Karl Acham
Stephan Moebius *Hrsg.*

Soziologie der Zwischenkriegszeit

Ihre Hauptströmungen und zentralen Themen im deutschen Sprachraum

Band 2

Springer VS

Soziologie der Zwischenkriegszeit. Ihre Hauptströmungen und zentralen Themen im deutschen Sprachraum

Karl Acham · Stephan Moebius
(Hrsg.)

Soziologie der Zwischenkriegszeit. Ihre Hauptströmungen und zentralen Themen im deutschen Sprachraum

Band 2

Springer VS

Hrsg.
Karl Acham
Institut für Soziologie, Universität Graz
Graz, Österreich

Stephan Moebius
Institut für Soziologie, Universität Graz
Graz, Österreich

ISBN 978-3-658-31400-2 ISBN 978-3-658-31401-9 (eBook)
https://doi.org/10.1007/978-3-658-31401-9

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

© Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2022
Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.
Die Wiedergabe von allgemein beschreibenden Bezeichnungen, Marken, Unternehmensnamen etc. in diesem Werk bedeutet nicht, dass diese frei durch jedermann benutzt werden dürfen. Die Berechtigung zur Benutzung unterliegt, auch ohne gesonderten Hinweis hierzu, den Regeln des Markenrechts. Die Rechte des jeweiligen Zeicheninhabers sind zu beachten.
Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag, noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen. Der Verlag bleibt im Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutionsadressen neutral.

Planung/Lektorat: Cori Antonia Mackrodt
Springer VS ist ein Imprint der eingetragenen Gesellschaft Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH und ist ein Teil von Springer Nature.
Die Anschrift der Gesellschaft ist: Abraham-Lincoln-Str. 46, 65189 Wiesbaden, Germany

Vorwort

Die Ideen- und Wissenschaftsgeschichte Europas im 20. Jahrhundert weist immer noch weiße Flecken auf, und dies trotz des Alexandrinismus im Umgang mit geistigen Innovationen, der heutzutage oft in einer geradezu unvergleichlichen Industrie der Sammlung, Deutung, Aneignung und Verwertung ganz unterschiedlicher Denkbemühungen Ausdruck findet. Dies gilt auch für die deutschsprachige Soziologie der Zwischenkriegszeit.

Für die Geschichte der Soziologie im deutschsprachigen Raum ist die Zeit von 1918 bis 1939 von besonderer Bedeutung. Das gilt sowohl für die Institutionalisierung des Faches, als auch für die Probleme, denen es sich zuwandte sowie seine Ideen- und Methodengeschichte. In jener Zeit werden die ersten Lehrstühle für Soziologie geschaffen, soziologische Institute werden eingerichtet und soziologische Fachzeitschriften gegründet. Diese Institutionalisierungsprozesse vollzogen sich vor dem Hintergrund des eben erst erlebten Ersten Weltkriegs und gewaltiger wirtschaftlicher, sozialer und politischer Konflikte, die auf ihn folgten und die auch in einer kulturellen Krise Ausdruck fanden. Von der Soziologie als neuem vielversprechenden akademischen Fach erhoffte man sich Lösungswege aus dieser für viele Menschen bedrängenden Lage. Auch wenn Zeitgenossen, sowohl Politiker wie Wissenschaftler, die Hoffnung hegten, die Soziologie möge zur Konfliktbeilegung und zu einer neuen geistigen Synthese beitragen, so zeigte sich doch schnell, dass sich rasch unterschiedliche politische Denkschulen mit sehr unterschiedlichen, oft sogar antagonistischen Programmen innerhalb der Disziplin herausbildeten. Die Vorschläge zur Lösung sozialer Probleme waren voneinander entsprechend verschieden, und nicht immer bestimmten sachliche Orientierungen die Fachvertreter der Soziologie. Aus der Distanz von rund 100 Jahren kann man in der Vorgeschichte und im Verlauf der gesellschaftlich-geschichtlichen Ereignisse der

Zwischenkriegszeit gleichermaßen wie in den innerfachlichen Konflikten der mit der Deutung, Erklärung und Lösung sozialer Probleme befassten Disziplin zahlreiche Ähnlichkeiten zu zeitgenössischen Entwicklungen erkennen.

Obgleich also die Zwischenkriegszeit für die Geschichte der Soziologie im deutschsprachigen Raum eine zentrale Epoche darstellt, mangelt es an umfassenden Publikationen dazu. Vorhandene Publikationen liegen oft schon mehrere Jahrzehnte zurück, auch bilden sie oft nicht mehr den neuesten Forschungsstand ab. Selbst neuere Werke zur Soziologiegeschichte weisen für den besagten Zeitraum eklatante Lücken auf. Zudem erfolgt oftmals eine Verengung des Blicks, weshalb für die Disziplin essentielle oder ihr doch sehr nahestehende Bereiche und bestimmte Gruppen von Geistes- und Sozialwissenschaftlern weitgehend außer Acht bleiben.

Der vorliegende Band ist der zweite in der mehrbändigen und unter dem Titel *Soziologie der Zwischenkriegszeit. Ihre Hauptströmungen und zentralen Themen im deutschen Sprachraum* erscheinenden Reihe, mit der versucht wird, diese Lücke zu schließen. Es soll bei diesem Unternehmen nicht darum gehen, die Geschichte der Disziplin allein um der Geschichte willen darzustellen, obschon auch ein solches Unternehmen gerechtfertigt wäre, sondern es soll, ohne das Unzureichende in der Soziologie und ihren Nachbardisziplinen jener Zeit zu ignorieren, vor allem gezeigt werden, was an gesellschaftsanalytischer Deutungs- und Erklärungskraft oft ergiebiger und in höherem Maße vorausweisend war als manches Heutige.

Die Bände sind jeweils untergliedert in „Gesellschaftstheorien und soziologische Hauptströmungen“, „Spezielle Soziologien und thematisch verwandte Nachbardisziplinen“, „Grundlagen und Praxis der empirischen Sozialforschung“ und „Institutionen und Organisationen der Soziologie“. Den Herausgebern ist natürlich bewusst, dass im Falle dieser vier Kategorien keine strenge Disjunktion besteht. Sie sind mit Absicht so gewählt, um die zur Darstellung kommenden Befunde, Deutungen und Erklärungen nicht durch die vom späteren akademischen Betrieb formulierten Begriffe, Theorien und Systematisierungen in schon vorgezeichnete Bahnen zu lenken und ihre Eigenständigkeit präsentistisch einzuebnen. Die Gefahr, dass subtile Einsichten im intellektuellen Betrieb nivelliert werden, da wir sie gemäß den Erwartungen und Deutungsgewohnheiten unserer Gegenwart darstellen, ist nicht zu übersehen. Und so ist zu hoffen, dass in den Beiträgen zu den einzelnen Bänden dieser soziologiegeschichtlichen Reihe mitunter auch Unbekanntes ans Licht tritt, das, lange im Verborgenen geblieben, plötzlich als etwas erscheint, das nicht durch die Kompromisse zeitgenössischer Debatten schon im Vorhinein jeder Ursprünglichkeit und Authentizität entkleidet ist.

Nun besagt „Authentizität“ nicht schon für sich genommen, wie häufig angenommen wird, etwas Positives und zugleich Widerständiges. Es gibt auch authentischen, durchaus bewussten Konformismus, dessen Vertreter gerade im Willen zum Konsens eine Gewähr für intellektuelle Reputation erblicken. Doch, so muss man fragen: Konsens bzw. Devianz in Bezug worauf? Und in Abhängigkeit vom Standort welches Betrachters? Nicht zuletzt deshalb bedarf es auch einer Bezugnahme auf die Verschiedenheit der gesellschaftlich-geschichtlichen Welt in Deutschland, Österreich und der Schweiz, um die Rolle des Einzelnen – auch des einzelnen Soziologen – in ihr zu bestimmen. Ein geschichtsentrücktes Unternehmen kann eine solche Bestimmung niemals leisten. Und daher soll versucht werden, durch Vergegenwärtigung der in der Vergangenheit bestehenden weltanschaulichen und methodologischen Orientierungen sowie der institutionellen Gegebenheiten, unter denen die einschlägigen Erkenntnisse gewonnen wurden, das Spannungsverhältnis zwischen Altem und Neuem fühlbar werden zu lassen. Zugleich soll gezeigt werden, dass und wie die Menschen in Situationen gerieten und auf sie gewissermaßen soziologisch reagierten, die jenen nicht unähnlich sind, in denen wir Heutigen uns befinden. Mit dem in Ausarbeitung befindlichen Reihenwerk wird damit aber auch versucht, einen Beitrag dazu zu leisten, unsere aktuelle Lage im Spiegel der Konflikte und Selbstdeutungen des soziologischen Denkens der Zwischenkriegszeit besser zu verstehen.

Angesichts der im deutschen Sprachraum noch immer recht verbreiteten Ansicht, in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen habe sich in der Soziologie ohnehin nicht viel Bedeutsames ereignet, könnte der Eindruck entstehen, dass nach Abschluss des letzten der geplanten fünf Bände der Reihe alles Erforderliche zur Soziologie der Zwischenkriegszeit gesagt sein würde. Den Herausgebern ist jedoch bewusst, dass ihre Bemühungen erst einen Anfang darstellen, die Vielgestaltigkeit und den Reichtum der Soziologie jener Epoche zu erfassen. Auch nach Abschluss der Reihe wird es noch hinreichend viele Desiderata geben, die Anlass zu weiterführenden Arbeiten bilden könnten.

Über die in der Buchreihe behandelten Themen gibt (mit Ausnahme des ersten Bandes) eine an den Schluss der einzelnen Bände gestellte Angabe des Inhalts der vorangegangenen Bände sowie (mit Ausnahme des letzten Bandes) eine Vorausschau auf den jeweils folgenden Band Aufschluss. Wie ein Blick auf das Inhaltsverzeichnis des vorliegenden zweiten Bandes zeigt, enthält dieser 19 Beiträge. Unter der Rubrik „Gesellschaftstheorien und soziologische Hauptströmungen“ finden sich Erörterungen zu Max Weber, zur phänomenologischen Soziologie, zur Heidelberger Kultursoziologie und zur frühen Kritischen Theorie. Unter den umfänglich den Band dominierenden Ausführungen zu den „Speziellen

Soziologien und thematisch verwandten Nachbardisziplinen“ geht es zunächst um das Verhältnis von Geographie und Sozialwissenschaften, um die Ethnosoziologie und um die biologische Anthropologie, ehe sich drei Autoren der Sozialökonomik sowie der Finanzsoziologie in Deutschland und Österreich zuwenden; im Anschluss daran folgt ein Beitrag zur Organisationssoziologie. Weitere Beiträge widmen sich der Kultur- und Mediensoziologie. Sodann folgen in einem weiteren Schwerpunkt drei Beiträge zur Soziologie der bildenden Kunst, zur soziologischen Kunstgeschichte und zum Verhältnis von Sprache und Gesellschaft. In dem Abschnitt „Grundlagen und Praxis der empirischen Sozialforschung“ ist Wilhelm Winklers „Gesellschaftsstatistik“ ein Beitrag gewidmet, und in der Rubrik „Institutionen und Organisationen der Soziologie“ kommt schließlich die Soziologie als akademisches Lehrfach in der Weimarer Republik zur Sprache.

Gegenwärtig werden Belange des Bildungs-, Weltanschauungs- und Aufklärungswissens gegenüber solchen des Ausbildungs- und Dienstleistungswissens wie nahezu in allen Geistes- und Sozialwissenschaften, so auch in der Soziologie, mehr und mehr in den Hintergrund gedrängt und einer Forschung zugeschlagen, der man nicht gerade hohe Chancen auf lebenspraktische Verwertbarkeit einräumt. Angesichts dieses Umstandes sind die Herausgeber dem Springer-Verlag, und insbesondere Frau Cori Mackrodt, für die Förderung der soziologiegeschichtlichen Forschung als einer zentralen Komponente der sozialwissenschaftlichen Grundlagenforschung zu großem Dank verpflichtet und hoffen, dem in sie gesetzten Vertrauen auch gerecht werden zu können. Desgleichen danken wir herzlich drei weiteren Frauen: der Projektmanagerin Britta Laufer von Springer Fachmedien in Wiesbaden und der Projektkoordinatorin Eva Schoeler von Springer Nature in Heidelberg, die sich mit der Planung bzw. der Produktionsorganisation unserer Reihe Soziologie der Zwischenkriegszeit befassten, sowie Nadine Teresa, die in Chennai als Projektmanagerin in der SPi Global Company Scientific Publishing Services für die Herstellung auch des nun vorliegenden Bandes der Reihe zur Soziologie der Zwischenkriegszeit zuständig war.

Unser verbindlicher Dank gilt auch der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW) sowie der dort angesiedelten Kommission für Geschichte und Philosophie der Wissenschaften. Durch die im Rahmen dieser Kommission erfolgende Förderung von Symposien, welche die dort eingerichtete Arbeitsgruppe Soziologiegeschichte organisiert und die im unmittelbaren Zusammenhang mit der fünfbändigen Reihe stehen, leistet die ÖAW einen bedeutsamen Beitrag zur Erforschung der Soziologie der Zwischenkriegszeit im deutschen Sprachraum. Schließlich danken die Herausgeber insbesondere den Beiträgerinnen und Beiträgern zu dem zweiten hiermit vorgelegten Band der

Reihe ganz herzlich für die sorgfältige Vorbereitung ihrer Texte und Frau Sabine List vom Institut für Soziologie der Universität Graz für die Formatierung des Bandes, gewisse Textkontrollen und die Koordinierung der Namenregister.

Graz
im März 2022

Karl Acham
Stephan Moebius

Inhaltsverzeichnis

Einleitung: Einige Bemerkungen zu Gegenstand, Methode und Erkenntnisinteressen der deutschsprachigen Soziologie der Zwischenkriegszeit 1
Karl Acham

Gesellschaftstheorien und soziologische Hauptströmungen

Wege in die Soziologie – Max Weber und Wien 45
Edith Hanke

Wesensschau und Konstitutionsanalyse – phänomenologisch orientierte Soziologie der Zwischenkriegszeit 77
Ilja Srubar

Heidelberger Kultursoziologie in der Weimarer Republik 113
Reinhard Blomert

Gesellschaft und Theorie – Das interdisziplinäre Forschungsprogramm der *Kritischen Theorie* 141
Harald Homann

Spezielle Soziologien und thematisch verwandte Nachbardisziplinen

Die Krux mit der „Landesnatur". Zum Verhältnis von Geographie und Sozialwissenschaften (Soziologie, Humanökologie) in der Zwischenkriegszeit 169
Hans-Dietrich Schultz

Die Ethnosoziologie im deutschen Sprachraum 1918–1945 201
Justin Stagl

Die Mär von der Rasse. Zur Geschichte der biologischen Anthropologie nach 1900 bis in die Zwischenkriegszeit 225
Uwe Hoßfeld

Die deutsche Sozialökonomik der Zwischenkriegszeit: Auf dem Weg zu einer historischen Theorie des Kapitalismus? 255
Alexander Ebner

Die Sozialökonomik in der Zwischenkriegszeit und ihre Sicht der Soziologie 297
Gertraude Mikl-Horke

Finanzsoziologie – der Steuerstaat als Schlüssel zur Gesellschaftsanalyse 333
Manfred Prisching

Johann Plenge als Wegbereiter der Organisationssoziologie und des organisatorischen Zeitalters 361
Bernhard Schäfers

Kultursoziologische Ansätze in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts: Ludo Moritz Hartmann, Emil Lederer, Franz Borkenau, Lucie Varga 375
Peter Stachel

Mediensoziologie der Zwischenkriegszeit 405
Udo Göttlich

Zur Entwicklung der Kunstsoziologie der bildenden Kunst in Deutschland in der Zwischenkriegszeit – Disziplinäre Abgrenzungen im Lichte der Diskussionen der Deutschen Gesellschaft für Soziologie 427
Katharina Scherke

„Zurück auf den Markt des Lebens“ (Hans Tietze) Die Anfänge der soziologischen Kunstgeschichte im Wien der 1920er Jahre – eine Spurensuche 455
Georg Vasold

Sprache und Gesellschaft. Sprachsoziologie als „Grenzgebiet“ in der Zwischenkriegszeit 481
Pascale Roure

Grundlagen und Praxis der empirischen Sozialforschung

Wilhelm Winklers „Gesellschaftsstatistik“ – konzeptionelle Aspekte und zeitgenössische Rezeption 529
Alexander Pinwinkler

Institutionen und Organisationen der Soziologie

Soziologie als akademisches Lehrfach in der Weimarer Republik: Institutioneller Siegeszug oder Schattenexistenz? 559
Roberto Sala

Bisher erschienen 591

Vorschau 593

Personenverzeichnis 595

Herausgeber- und Autorenverzeichnis

Über die Herausgeber

Em. Prof. Dr. Acham, Karl Dr. phil., Dr. h. c. der University of Waterloo (Kanada), geb. 1939 in Leoben, em. o. Professor für Soziologische Theorie, Ideengeschichte und Wissenschaftslehre an der Karl-Franzens-Universität Graz, wirkl. Mitglied der Österr. Akademie der Wissenschaften, Träger des Österr. Ehrenzeichens für Wissenschaft und Kunst. Forschungsschwerpunkte: Geschichts- und Sozialphilosophie, Geschichte und Theorie der Geistes- und Sozialwissenschaften, Kultursoziologie, Weltanschauungsanalyse.

Prof. Dr. Moebius, Stephan Dr. phil., geb. 1973 in Konstanz, Universitätsprofessor für Soziologische Theorie und Ideengeschichte an der Karl-Franzens-Universität Graz und wirkl. Mitglied der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW). Forschungsschwerpunkte: Soziologiegeschichte, Soziologische Theorie, Kultur-, Religions- und Intellektuellensoziologie.

Autorenverzeichnis

Em. Prof. Dr. Acham, Karl Institut für Soziologie, Graz, Österreich

Dr. Blomert, Reinhard Wissenschaftszentrum Berlin, Berlin, Deutschland

Prof. Dr. Ebner, Alexander Fachbereich Gesellschaftswissenschaften, Goethe-Universität Frankfurt, Frankfurt am Main, Deutschland

Prof. Dr. Göttlich, Udo Zeppelin-Universität Friedrichshafen, Friedrichshafen/Bodensee, Deutschland

Dr. Hanke, Edith Bayerische Akademie der Wissenschaften, München, Deutschland

Dr. Homann, Harald Institut für Kulturwissenschaften, Universität Leipzig, Leipzig, Deutschland

Prof. Dr. Hoßfeld, Uwe Institut für Zoologie und Evolutionsforschung, Friedrich-Schiller-Universität Jena, Jena, Deutschland

Prof. Dr. Mikl-Horke, Gertraude Institut für Soziologie und empirische Sozialforschung, Wirtschaftsuniversität Wien, Wien, Österreich

Priv.-Doz. Dr. Pinwinkler, Alexander Wien, Österreich

Prof. Dr. Prisching, Manfred Institut für Soziologie, Graz, Österreich

Dr. Roure, Pascale Berlin, Deutschland

Dr. Sala, Roberto Grenzach-Wyhlen, Deutschland

Prof. Dr. Scherke, Katharina Institut für Soziologie, Graz, Österreich

Prof. Dr. Schultz, Hans-Dietrich Geographisches Institut, Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin, Deutschland

Prof. Dr. em. Schäfers, Bernhard Baden-Baden, Deutschland

Prof. Dr. Srubar, Ilja Universität Erlangen-Nürnberg, Erlangen, Deutschland

Priv.-Doz. Dr. Stachel, Peter Österreichische Akademie der Wissenschaften (IKT), Wien, Österreich

Em. Prof. Dr. Stagl, Justin Wien, Österreich

Dr. Vasold, Georg Wien, Österreich

Einleitung: Einige Bemerkungen zu Gegenstand, Methode und Erkenntnisinteressen der deutschsprachigen Soziologie der Zwischenkriegszeit

Karl Acham

Inhaltsverzeichnis

1 Wissenschaftsgeschichtsbesessenheit? 2
2 Zur Interferenz Spezieller Soziologien mit Nachbarfächern 5
3 Über Objekte, Darstellungs- und Erklärungsformen sowie Erkenntnisinteressen der Soziologie 7
4 Altes im Neuen: Vielfalt, Konflikte und Einheitsstreben 31
Literatur. 35

Meinem Freund Michael Bock (1950–2021) zum Gedenken

Zusammenfassung

Die heutige Befassung mit den grundstürzenden Ereignissen, die mit dem Ende des Ersten Weltkriegs verbunden waren und alle Bereiche der gesellschaftlich-geschichtlichen Welt in Mitleidenschaft zogen, kann kaum als Alexandrinertum abgetan werden. So gut wie allen krisenhaften Zügen

K. Acham (✉)
Institut für Soziologie, Graz, Österreich
E-Mail: karl.acham@uni-graz.at

© Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2022

K. Acham und S. Moebius (Hrsg.), *Soziologie der Zwischenkriegszeit. Ihre Hauptströmungen und zentralen Themen im deutschen Sprachraum*,
https://doi.org/10.1007/978-3-658-31401-9_1

ihrer Zeit wandte sich die im deutschen Sprachraum erst seit den 1920er Jahren etablierte Soziologie zu. Eine ganze Batterie von sog. Bindestrich-Soziologien: von der Wirtschaftssoziologie über die Politische Soziologie und die Rechtssoziologie bis zur Religions- und Kultursoziologie, suchte nun unter dem Namen „Spezielle Soziologien" die zahlreichen, bislang anderen Einzelwissenschaften zugeordneten Forschungsbereiche unter einer neuen Perspektive darzustellen und zu analysieren. Ausgehend von der Frage nach der Besonderheit des Soziologischen in der Vielfalt von Speziellen Soziologien, welche dem Umfang nach die einzelnen Bände der Reihe *Soziologie der Zwischenkriegszeit* dominieren, werden in der vorliegenden Einleitung skizzenhafte Befunde über den Gegenstand der Soziologie, über einige Arten der für sie charakteristischen Beschreibung und Erklärung sowie insbesondere über ihre leitenden Erkenntnisorientierungen unter Bezugnahme auf exemplarische einschlägige Literatur dieser Zeit vorgelegt.

Schlüsselwörter

Soziologiegeschichte · Spezielle Soziologien · Objekte der Soziologie · Darstellungs- und Erklärungsformen der Soziologie · Erkenntnisinteressen der Soziologie

1 Wissenschaftsgeschichtsbesessenheit?

Am Anfang seiner zweiten *Unzeitgemäßen Betrachtung,* die vom *Nutzen und Nachteil der Historie für das Leben* handelt, bringt Friedrich Nietzsche im Anschluss an ein berühmtes Wort Goethes die Absicht zum Ausdruck, in seiner Betrachtung darstellen zu wollen, „warum Belehrung ohne Belebung, warum Wissen, bei dem die Tätigkeit erschlafft, warum Historie als kostbarer Erkenntnis-Überfluß und Luxus uns ernstlich […] verhaßt sein muß – deshalb, weil […] das Überflüssige der Feind des Notwendigen ist." (Nietzsche 1963 [1872]: 209) In einer Zeit, in der es im Namen der „Notwendigkeit" und der „Sachzwänge" sowie der ihnen Rechnung tragenden Rationalisierung und Ökonomisierung des Wissenschaftsbetriebs den vermeintlich luxurierenden geistes- und sozialwissenschaftlichen Fächern wenn schon nicht an den Kragen, so doch mitunter an die Substanz geht, ließe sich jene Bemerkung Nietzsches unschwer als Kampfansage an kulturwissenschaftliche „Orchideenfächer" und als Plädoyer für die zielgerichtete Förderung sogenannter MINT-Fächer nutzen. Gemeint war

sie anders, gleichwohl stellt sie heute noch eine Zurechtweisung jeder hypertrophen Historisierung dar.

Auch das auf fünf Bände angelegte Unternehmen einer Rekonstruktion der Soziologie der Zwischenkriegszeit im deutschen Sprachraum, dessen zweiter Band hiermit vorgelegt wird, mag manchem hypertroph und nur als Ausdruck eines eskapistischen Alexandrinertums erscheinen: In Ermangelung eigener originärer Beiträge zu dem von ihnen vertretenen Fach würden sich die daran Mitwirkenden, vor allem aber die Herausgeber zu Sachwaltern seiner Geschichte stilisieren. Die Aufgabe der wahren Soziologie bestehe jedoch in der Zuwendung zu den Problemen der Gegenwart, Vergangenheitspflege – sowohl im Sinne der Geschichte des Faches als auch im Sinne der historischen Soziologie – ressortiere hingegen letzten Endes zur Geschichtsforschung. Wahrscheinlich ist der Versuch vergeblich, so etwas dementieren zu wollen, da ein Dementi im Regelfall nicht vor dem Vorwurf schützt, damit doch nur einen psychischen Abwehrmechanismus gegen eine erfolgreiche Analyse und Therapie der Gegenwartsflucht in Gang setzen zu wollen. Da der Widerstand in der Psychotherapie als der Versuch bekannt ist, einen verdrängten, unbewussten Wunsch des Analysanden zu verbergen, hier aber das Dementi bewusst erfolgt, erscheint dieses in einem noch ungünstigeren Licht als jener.

Nichts spricht gegen die Kritik eines Übermaßes an historischer Betrachtung auf Kosten einer Beschäftigung mit Gegenwartsproblemen. Doch mit dem mehrbändigen soziologiegeschichtlichen Forschungsunternehmen soll gerade versucht werden, die Darstellung von Krisen der gesellschaftlich-geschichtlichen Welt der Zwischenkriegszeit und deren durch die Zeitgenossen versuchte Analysen auch zu unserer Gegenwart in Beziehung zu bringen. Einige dieser Krisen haben nämlich Folgen, die bis in die Gegenwart reichen, nicht wenige weisen strukturelle Ähnlichkeiten mit heutigen Krisen auf, und zudem sind diese oft mit jenen auch hinsichtlich der Umstände ihrer Entstehung und einzelner ihrer Wirkungen verwandt.

Seit dem frühen 19. Jahrhundert gilt die Soziologie als „Krisenwissenschaft“, als eine Disziplin, deren Analysen und Befunde Reaktionen oder Antworten auf krisenhafte Entwicklungen darstellen. Und da es immer und überall Krisen gibt, und das in unterschiedlichen Bereichen der gesellschaftlich-geschichtlichen Welt, hat man seit Auguste Comte verschiedentlich gemeint, die Soziologie als Universal- oder als Grundwissenschaft ansehen zu sollen. Über die generelle, oft reichlich übersteigerte Krisenwahrnehmung machte sich kurz nach dem Zweiten Weltkrieg Gottfried Benn lustig, als er dem Herausgeber einer süddeutschen Monatsschrift gegenüber bemerkte:

> „Innerhalb des Abendlandes diskutiert seit vier Jahrzehnten dieselbe Gruppe von Köpfen über dieselbe Gruppe von Problemen mit derselben Gruppe von Argumenten unter Zuhilfenahme von derselben Gruppe von Kausal- und Konditionalsätzen und kommt zu derselben Gruppe von sei es Ergebnissen, die sie Synthese, sei es von Nicht-Ergebnissen, die sie dann Krise nennt – das Ganze wirkt schon etwas abgespielt, wie ein bewährtes Libretto, es wirkt erstarrt und scholastisch, es wirkt wie eine Typik aus Kulisse und Staub. Ein Volk oder das Abendland, das sich erneuern möchte, und manches läßt darauf schließen, daß es sich auch noch erneuern könnte, ist mit dieser Methode nicht zu regenerieren." (Benn 1961 [1948]: 198)

Doch auch wenn „Krise" zu einem inflationär gebrauchten Wieselwort geworden ist – Krisen gab es in der Zwischenkriegszeit wirklich, und nicht gerade wenige. Wie Thukydides auf den Peloponnesischen Krieg und Auguste Comte auf die Französische Revolution, so reagierten im deutschen Sprachraum Vertreter der im akademischen Bereich erst seit den 1920er Jahren unter dem Namen „Soziologie" oder „Gesellschaftslehre" institutionalisierten Disziplin auf die grundstürzenden Ereignisse des Ersten Weltkriegs. Wie in einem nicht allzu fernen Spiegel begegnet uns Heutigen ein Knäuel von Problemen, deren Betrachtung und Analyse, weil den unsrigen in gewisser Hinsicht verwandt, so etwas wie ein imaginäres Probehandeln auszulösen vermag. Vielleicht ist dies der eigentliche Effekt jeder sich als pragmatisch verstehenden Geschichtsauffassung.

Die Zwischenkriegszeit im deutschen Sprachraum – hier ist vor allem von Deutschland und Österreich die Rede – weist, ähnlich den Jahren nach der Französischen Revolution, Epochenmerkmale auf, die mit oft sehr heterogen beurteilten Erfahrungen und Erwartungen verbunden sind. Sie ist einerseits bestimmt von militärischen Niederlagen, dem Ende von Monarchien, den Hoffnungen auf einen republikanischen Neubeginn, vom Streben nach Verwirklichung der Ziele sozialrevolutionärer und sozialreformistischer Bewegungen. Andererseits brachten sich auch gegenrevolutionäre und restaurative Kräfte wirkungsvoll zur Geltung, und dies vor allem in Anbetracht des politischen Einflusses und des ökonomischen Drucks von Seiten auswärtiger Mächte, des durch aufgenötigte Friedensverträge empfundenen Verlustes der nationalen Ehre und Selbstachtung, sowie angesichts der für pseudomoralisch gehaltenen Proklamation des Selbstbestimmungsrechts der Völker bei gleichzeitig akzeptierter Unterdrückung der eigenen nationalen Minderheiten in den aus dem Weltkrieg hervorgegangenen neuen Staaten durch die siegreichen Führungsmächte der Entente und der USA. All das war gekoppelt mit anderen, zueinander gegenläufigen Tendenzen: einerseits mit einem hohen Grad wissenschaftlich-technischer Entwicklung, andererseits mit dem Fortwirken und

der Weiterentwicklung von pseudowissenschaftlich begründeten Formen des Klassen- und Rassenkampfs.

Auf diese Entwicklungen der Zeit reagierte eine Vielzahl von Autorinnen und Autoren aus den Disziplinen der geisteswissenschaftlichen sowie der rechts-, sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Fächer, insbesondere auch der Soziologie. Diese haben oft eines der miteinander verfeindeten politischen Lager argumentativ unterstützt, oft aber auch die Zeittendenzen analysiert, ohne sich einer der verfeindeten Fraktionen anzuschließen. Die die Jahre zwischen 1918–1939 begleitenden gesellschaftswissenschaftlichen Analysen und Stellungnahmen beziehen sich nicht nur auf die Formen und Ergebnisse des Handelns von Individuen, Gruppen und Klassen, sondern auch auf deren Denken, Fühlen und Wollen. Insgesamt erschiene es geradezu anmaßend, eine Beschäftigung mit der Zwischenkriegszeit, die über die in Permanenz repetierte deutsche Verfallsgeschichte hinausgeht, als intellektuellen Luxus anzusehen. Eher hat uns die – aus durchaus verständlichen Gründen – in den Vordergrund gerückte deutsche Verfallsgeschichte für Vieles blind gemacht, was sich in deren Schatten ereignete und unserer Gegenwart in verschiedener Hinsicht strukturell verwandt ist. Ein ausführlicher Blick auf die Soziologie der Zwischenkriegszeit kann dieses Urteil bekräftigen.

2 Zur Interferenz Spezieller Soziologien mit Nachbarfächern

Im Folgenden soll es um einige Erwägungen bezüglich des Gegenstandes der Soziologie sowie der in ihr angewandten Beschreibungen und Erklärungen gehen, insbesondere aber um solche, die auf ihre leitenden Erkenntnisinteressen Bezug nehmen. Den fünf Bänden der Reihe *Soziologie der Zwischenkriegszeit* liegt keine normative Auszeichnung eines die Soziologie als Disziplin konstituierenden Problembereichs zugrunde, wohl jedoch ein durchgehend beibehaltener thematischer Rahmen. Er besteht in der Gliederung der Beiträge nach vier Gesichtspunkten, zwischen denen nicht immer trennscharfe Unterscheidungen möglich sind: 1. Gesellschaftstheorien und soziologische Hauptströmungen, 2. Spezielle Soziologien und thematisch verwandte Nachbardisziplinen, 3. Grundlagen und Praxis der empirischen Sozialforschung, 4. Institutionen und Organisationen der Soziologie. Den umfangreichsten Teil bilden in den fünf Bänden jeweils die sogenannten Speziellen Soziologien samt ihren

Bezügen zu thematisch verwandten Nachbardisziplinen.[1] Dass dieser Teil so umfangreich ist, hat darin seinen Grund, dass die Soziologie der Zwischenkriegszeit bzw. ihre Repräsentanten danach strebten, die gesellschaftlich-geschichtliche Welt, welche von den krisenhaften Entwicklungen der Epoche fundamental betroffen war, in möglichst all ihren Aspekten in Betracht zu ziehen. Insgesamt kommen in der Reihe *Soziologie der Zwischenkriegszeit* – man möge die Langatmigkeit der enumerativen Auflistung verzeihen – die folgenden Speziellen Soziologien zur Sprache: Bevölkerungssoziologie, Siedlungs- und Agrarsoziologie, Sozialgeographie, Wirtschaftssoziologie, Sozialökonomik, Finanzsoziologie, Arbeits-, Industrie- und Betriebssoziologie, Techniksoziologie, Politische Soziologie, Sozialpolitik, Rechtssoziologie, Kriminalsoziologie, Psychosoziologie, Kultursoziologie, Ethnosoziologie, Religionssoziologie, Wissenssoziologie, Wissenschaftssoziologie, Sprachsoziologie, Literatursoziologie, Soziologie der bildenden Kunst, Musiksoziologie, Mediensoziologie, Biosoziologie, Medizinsoziologie, Pädagogische Soziologie, Soziologie der Masse, Soziale Stellung der Frau, Soziologie der Intellektuellen, Soziologie des Krieges und des Friedens, Soziologische Zeitdiagnostik.

Aus dieser Aufzählung wird ersichtlich, welche Nachbardisziplinen mit den Speziellen Soziologien verbunden sind, auf die in den Bänden der Reihe Bezug genommen wird. Nicht selten rückten die Nachbarfächer deutlicher ins Bewusstsein der wissenschaftlich interessierten Öffentlichkeit als jene Bindestrich-Soziologien, deren Vertreter von den Zeitgenossen oft – und nicht selten mit Recht – als durch die aktuellen Umstände begünstigte Usurpatoren einer Kompetenz für alles und jedes betrachtet wurden. Emil Lederer (1882–1939) scheint dies und die daraus für die Soziologie resultierenden Probleme ähnlich gesehen zu haben, wenn er nachdrücklich darauf hinwies, dass die Kenntnis von Einzelwissenschaften jeder soziologischen Analyse von mit ihnen verbundenen Problemen vorangehen müsse:

> „Es kann keine Soziologie der Künste vor einer Kunstwissenschaft geben, ebenso wenig wie eine Soziologie der Wirtschaft vor einer theoretischen Durchdringung

[1] Die Herausgeber sind bestrebt, Ausführungen zu einer bestimmten Speziellen Soziologie in Deutschland, Österreich und der Schweiz, die zwei oder mehr Beiträge dazu nötig machen, um dem Vergleich bzw. der Spezifik der sich in verschiedenen Ländern vollziehenden Entwicklungen angemessen Rechnung zu tragen, jeweils im selben Band zum Abdruck zu bringen. Nicht immer gelingt es, diese Absicht umzusetzen. So kam z. B. bereits in Band 1 der Beitrag zur Bevölkerungswissenschaft in Österreich zum Abdruck, während der einschlägige auf Deutschland bezogene erst in Band 3 vorliegen wird.

> des wirtschaftlichen Kreislaufes und so wenig als es eine Soziologie des Krieges vor einer Kriegswissenschaft geben könnte." (Lederer 2014a, b [1922]: 228)

Sieht man sowohl von den überzogenen Prätentionen gewisser soziologischer Fachvertreter als auch von der oft nur tendenziösen und pauschal erfolgten Verurteilung der Soziologie als Allerweltswissenschaft ab, so zeigt sich, dass die Mehrheit der Soziologen ihre Disziplin weder als Ersatz für die jeweils involvierte Nachbarwissenschaft, noch als bloßen Zusatz zu dieser betrachteten. Vielmehr war für die Speziellen Soziologien eine neue Sicht auf schon Bekanntes, auf von jenen Einzel- und Nachbarwissenschaften Aufgewiesenes charakteristisch. Sie sollte es angesichts der aus anderen Disziplinen stammenden Befunde möglich machen, an den Forschungsobjekten jener Disziplinen bislang vernachlässigte oder sogar unbekannte Zusammenhänge aufzuzeigen und der Analyse zuzuführen. Was ist nun aber das genuin Soziologische, das über ein unterstelltes parasitäres Verhältnis der Speziellen Soziologie zu den Einzelwissenschaften hinausgeht? Es soll zunächst die wissenschaftsphilosophische Frage nach dem Gegenstand und der Methode der Soziologie in der gebotenen Kürze erörtert und dabei auf entsprechende Literatur aus der Zwischenkriegszeit hingewiesen werden, ehe im 4. Abschnitt des folgenden dritten Kapitels auf die verschiedenen Formen des soziologischen Erkenntnisinteresses Bezug genommen wird. Dass die bibliographischen Hinweise nur orientierenden Charakter haben und alles andere als vollständig sind, bedarf wohl keiner besonderen Rechtfertigung.

3 Über Objekte, Darstellungs- und Erklärungsformen sowie Erkenntnisinteressen der Soziologie

Für die Vertreterinnen und Vertreter der Soziologie drängte sich die Beantwortung der Fragen nach der Bestimmung, der Beschreibung und der Erklärung der Gegenstände ihrer Untersuchungen angesichts der mit ihrer Disziplin verwandten Nachbarfächer als ein methodologisches Erfordernis auf. Diese auf das *Was,* das *Wie* und das *Warum* soziologischer Darstellungen und Analysen bezogenen Fragen wurden zum Teil im Anschluss an ältere Arbeiten thematisiert, zum Teil aber neu formuliert und beantwortet. Die folgende kurze Übersicht über einschlägige Antworten ersetzt naturgemäß nicht sorgfältigere Einzelanalysen, welche mitunter wohl auch von den hier präsentierten Typisierungen Abweichendes zutage fördern.

3.1 Zum *Was* der Soziologie

3.1.1 Verbände, Institutionen, Beziehungen

Den Gegenstand der Soziologie bilden zunächst *Verbände* – in älterer Diktion „Gesellungen" (vgl. Geiger 1928) – und *Institutionen* sowie *Organisationen* – in älterer Diktion „Gebilde" (vgl. Wiese 1923–1928) –, sodann *Beziehungen* innerhalb von und zwischen Verbänden sowie innerhalb von und zwischen Institutionen und Organisationen, schließlich *Beziehungen* zwischen Verbänden auf der einen, Institutionen und Organisationen auf der anderen Seite.[2]

Zu den *Verbänden* zählt man Gemeinschaften und Gesellschaften unterschiedlicher Art, beispielsweise die Familie, die Gens, den Stamm, die Ethnie, das Volk, die Bürger eines Staates; als *Institution* gelten zum Beispiel die Politik, das Recht, die Wirtschaft, die Religion und die Kultur, während als ihnen entsprechende *Organisationen* z. B. die Agora und das Parlament, die Gerichte, der Markt, die Kirchen, sowie die Konzertsäle und Schulen anzusehen sind. Diese sind allesamt auch Forschungsobjekte von Nachbardisziplinen der Soziologie, die von der Ethnologie und Volkskunde über die Rechts- und Wirtschaftswissenschaften bis zur Religionswissenschaft und Kunstgeschichte reichen. Was im Unterschied zu diesen Disziplinen den besonderen Schwerpunkt der soziologischen Forschung ausmacht, das ist die Analyse der vielfältigen Formen der Vergemeinschaftung und Vergesellschaftung.

Was die *Beziehungen innerhalb von und zwischen Verbänden* sowie *innerhalb von und zwischen Institutionen und Organisationen* anlangt, so waren es vor allem Beziehungen der sozialen Ungleichheit, deren Analyse seit den Schottischen Moralphilosophen im 18. Jahrhundert und den verschiedenen Spielarten des Sozialismus bis heute geradezu als Domäne der soziologischen Forschung angesehen wird. Als grundlegenden Kategorien in der Aufweisungsanalyse von sozialen Beziehungen innerhalb von Gemeinschaften und Gesellschaften kommt vor allem folgenden Begriffspaaren besondere Bedeutung zu: Ungleichheit – Gleichheit, Hierarchie – Heterarchie, Dissoziierung – Assoziierung, Heterogenität – Homogenität, Konflikt – Konsens. Es waren insbesondere Georg Simmel (1858–1918; vgl. z. B. Simmel 1917), Alfred Vierkandt (1867–1953; vgl. z. B. Vierkandt 1928) und Leopold von Wiese (1876–1969;

[2] Vgl. dazu eines der frühen Lehrbücher der Soziologie in deutscher Sprache, Rudolf Eislers (1873–1926) *Soziologie* (Eisler 1903), in dem der Autor, hierin Georg Simmel verwandt und zum Teil im Anschluss an ihn, der Beziehungslehre in der Soziologie eine bestimmende Rolle eingeräumt hat.

vgl. z. B. Wiese 1923–1928), die als die namhaftesten Vertreter der formalen Soziologie jene grundlegenden Beziehungen in Verbänden und in Institutionen sowie Organisationen untersuchten. Schon vor ihnen hatte in Bezug auf Verbände Ferdinand Tönnies (1855–1936) in seinem 1887 erschienenen Hauptwerk *Gemeinschaft und Gesellschaft* (Tönnies 1963 [1887]) solche Analysen angestellt.[3] Im Sinne einer mit Tönnies' Forschungen verwandten formalsoziologischen Analyse von Gemeinschaften untersuchte kurz nach Ende des Ersten Weltkriegs Albert Salomon in seiner Dissertation Freundschaftsbeziehungen im 18. Jahrhundert in Deutschland (Salomon 1979 [1921]). Der Rolle nachzugehen, welche in der Zwischenkriegszeit der Begriff „Gemeinschaft" bzw. das damit gemeinte Kollektiv einer „Schicksalsgemeinschaft" für die Selbstbeschreibung der Angehörigen der im Krieg unterlegenen Generation nach 1918 zukam, insbesondere für deren unter Außendruck entstandene Sicht der „ingroup-outgroup"-Beziehungen, erscheint in Anbetracht ähnlich gelagerter Fälle in der jüngeren Vergangenheit – man denke an die USA nach dem Vietnam-Krieg oder an Russland nach dem Ende der Sowjetunion – auch heute noch als eine lohnende Aufgabe.[4]

Was schließlich die *Beziehungen zwischen Verbänden* auf der einen und *Institutionen* sowie *Organisationen* auf der anderen Seite anlangt, so genügt es, exemplarisch auf wirtschaftliche, politische, rechtliche und kulturelle Beziehungen hinzuweisen, wobei sowohl die von den Institutionen der Wirtschaft, der Politik, des Rechts und der Kultur mitgeformten Einstellungen von Gruppen und Kollektiven in Betracht stehen, als auch umgekehrt der Einfluss, der auf diese Institutionen von Gruppen und Kollektiven unterschiedlicher Schichtzugehörigkeit ausgeübt wird. Diese beiden Fragerichtungen sind charakteristisch dafür, wie man sich im Rahmen Spezieller Soziologien den Gruppen und Kollektiven in ihrer Beziehung zu Institutionen zuwendet, welche auch Gegenstand anderer Einzelwissenschaften sind: der Wirtschaft in der Wirtschaftssoziologie, der Politik in der Politischen Soziologie, dem Recht in der Rechtssoziologie etc.

[3] In diesem klassisch gewordenen Text versuchte Tönnies zu zeigen, dass mit einer bestimmten Form der „Gesellung", also mit der besonderen Beschaffenheit von Verbänden, jeweils bestimmte Komponenten aus den soeben erwähnten konträren Begriffspaaren kovariieren: mit Gemeinschaften eher Gleichheit und Konsens, mit Gesellschaften hingegen eher Ungleichheit und Konflikt.

[4] Vgl. unter anderem zur generationsprägenden Erfahrung der 1918 unterlegenen Deutschen Wolfgang Schivelbusch: *Die Kultur der Niederlage* (Schivelbusch 2002).

Der Frage, wie sich unterschiedliche soziale Lagen und unterschiedliche Lebenschancen, auf die Denk-, Erlebnis- und Willensformen von Gruppen und Kollektiven bzw. auf die in diesen befindlichen Individuen auswirken, wendet sich die Wissenssoziologie zu. Diese setzt bei der Situationsdeutung jener Gruppen an, die jeweils auch eine bestimmte Sicht auf das als wirtschaftliche, politische, rechtliche und kulturelle Realität Erfahrene beinhaltet. Exemplarisch sei hier auf Max Schelers (1874–1928) „Probleme einer Soziologie des Wissens" (Scheler 1960b [1925]) sowie auf Karl Mannheims (1893–1947) Habilitationsschrift *Altkonservatismus* hingewiesen, die 1926 bei Alfred Weber (1868–1958) eingereicht und mehr als ein halbes Jahrhundert später unter dem Titel *Konservatismus. Ein Beitrag zur Soziologie des Wissens* herausgegeben wurde (Mannheim 1984 [1926]).

3.1.2 Soziales Handeln, soziale Interaktionssysteme, soziale Distanz

Für Soziologen ist im deutschsprachigen Raum nach 1918 die Auffassung charakteristisch, dass – im Unterschied insbesondere zu Vertretern der positivistischen Tradition des 19. Jahrhunderts – nicht allein die („objektiven") Resultate aggregierter Handlungen, also Massendaten und statistische Mittelwerte im Zentrum ihrer Arbeit zu stehen hätten, sondern auch das („subjektive") soziale Handeln von Individuen und Menschengruppen in seinem Vollzug. Von einem solchen Handeln wird seit Max Weber (1864–1920) dann gesprochen, wenn die Handlung dem „gemeinten Sinn nach auf das Verhalten anderer bezogen wird und daran in seinem Ablauf orientiert ist" (Weber 1968b [1921]: 542). Nun ist jedoch für die vorhin erwähnten und von der Soziologie analysierten Beziehungen der Umstand wesentlich, dass die Handelnden in Interaktionssysteme integriert sind, in denen ihre Handlungen vorrangig über bestimmte Formen des Besitzes, der Macht, des Wissens, der Wertschätzung etc. kanalisiert werden. Dabei herrschte in der Zwischenkriegszeit häufig ein Konflikt zwischen den Proponenten des als „materialistisch" und des als „idealistisch" bezeichneten Lagers, die jenes Interaktionssystem das eine Mal als vorwiegend ökonomisch, das andere Mal als vorwiegend kulturell bestimmt sahen; exemplarisch sei hier nur auf Otto Neurath (1882–1945; vgl. Neurath 1928, 1982) und die frühe Kritische Theorie bzw. auf Max Scheler hingewiesen.

Es gibt nicht nur *einen* Grund für die Schwierigkeit, so etwas wie den Wesenskern des sozialen Lebens zu erfassen. Bereits für Max Weber und Joseph Schumpeter (1883–1950) lag er beispielsweise nicht in der individuellen Komplexität der menschlichen Akteure, sondern in der Komplexität jener Ordnung, die sich zwischen den auf verschiedenen Märkten agierenden

Individuen herausbildet, so beispielsweise auf dem ökonomischen, politischen oder kulturellen Markt. Es geht also um bestimmte Interaktionsmuster und die später von Norbert Elias (1897–1990) als „Figurationen" bezeichneten Formen der Assoziierung von Individuen in spezifischen sozialen Konstellationen (Elias 1997a [1939]: 70 f.), wobei der soziogenetischen Entwicklung eine auf den weiten Bereich der Emotionen bezogene Psychogenese von Individuen und Gruppen korrespondiert. Bei der Bestimmung der gesellschaftlichen Wirklichkeit und deren Analyse zählen vor allem jene Konstellationen, nicht jedoch die Aufsummierung vermeintlich entsozialisierbarer individualpsychischer Eigenschaften.[5]

Einen radikalen Versuch der weitestgehenden Entpersonalisierung sozialwissenschaftlicher Analysen zum Zwecke einer vermeintlich besseren Ermittlung der in der gesellschaftlich-geschichtlichen Welt wirksamen Kräfte unternahm Friedrich von Wieser (1851–1926) mit seinem Buch *Österreichs Ende* (Wieser 1919). Das Schicksal der Monarchie sei, wie er gleich zu Beginn bemerkt, durch die „Weltereignisse" entschieden worden – sie gelte es „bis auf ihren Grund" zu erkennen. Um aber über die Weltkräfte Aufschluss geben zu können, so erklärt er im Voraus, werde er „über den Anteil, welchen die führenden Personen genommen haben, nichts berichten":

> „Meine Darstellung wird daher des Interesses entbehren, das eine Geschichtserzählung durch die glänzenden Taten und Worte oder auch durch die schuldvollen Irrtümer der großen Männer erhält, welche die Völker in Krieg und Frieden leiten. Es ist eine *namenlose Geschichte,* die ich zu schreiben vorhabe, indem ich *die Folge der Massenerscheinungen* darstelle, wie sie in dieser ereignisreichen Zeit sich vor unseren Augen abgespielt haben." (Wieser 1919: 11; eigene Kursivierung, K.A.)

Wieser folgt hierin Auguste Comte, der seinerseits bestrebt war, eine „Geschichte ohne Namen" (*histoire sans noms*), also ohne die Namen von Individuen, ja

[5] In diesem Zusammenhang sei auf Einsichten von Thomas C. Schelling zur Sozialtheorie und zu den Grundlagen des Wirtschaftshandelns hingewiesen (Schelling 1978), denen zufolge das menschliche Verhalten besser verständlich sei, wenn man die übliche Fixierung auf die Individualpsychologie aufgebe und stattdessen einen anderen Ansatz verfolge: Wir müssten Menschen als Entitäten betrachten, deren Verhalten durch Normen reguliert wird, wobei es darum gehe, die Muster zu erkennen, die sich aus der Wirksamkeit dieser Normen ergeben. Scheinbar komplizierte soziale Phänomene haben Schelling zufolge oft simple Ursachen, die erkannt werden könnten, sobald wir die Gesetzmäßigkeiten erfassen, die der Ausbildung dieser Muster des zwischenmenschlichen Verhaltens zugrunde liegen.

sogar ohne die Namen der Völker zu schreiben. Eine solche sah er für Arbeiten in der von ihm erstmals mit dem Namen „Soziologie“ bezeichneten Disziplin als unerlässlich an (Comte 1830–1842, Bd. 5, 1841). Man kann sich kaum einen schärferen Gegensatz zu dieser Art von Darstellung der gesellschaftlich-geschichtlichen Welt vorstellen als die dem Denken, Fühlen und Wollen individueller historischer Akteure zugewandten Biographien in der klassischen historiographischen Tradition.

Die sich zumeist als Scheinproblem erweisende Frage danach, wie der Mensch über die Verhältnisse in der gesellschaftlich-geschichtlichen Welt sachgerecht belehrt werde: eher durch den Verstand oder eher durch das Gefühl, hängt mit der spezifischen Beziehung von Distanz und Nähe zum Untersuchungsgegenstand zusammen. Gemeint ist hier das eine Mal ein Sich-Erheben zu nüchterner Beschreibung genetisch-kausaler Wirkungszusammenhänge von hoher Warte aus, das andere Mal der Versuch, aus der Nähe das Besondere der aus großer Distanz nicht ermittelbaren emotionalen Bedeutung nacherlebbar zu machen, welche der erlebten Wirklichkeit für die in ihr Handelnden, und zwar sowohl für die Glücklichen wie auch für die an ihr Leidenden, zukommt. In der Sicht von Comte und Wieser auf die Geschichte, gleich wie später im Fall der soziologischen „Weltsystemanalyse“ Immanuel Wallersteins, haben Gefühle, aber auch Motive und Handlungsgründe keinen rechten Platz.[6] Dies hat durchaus insofern seine Ordnung, als sich dieser Art von Soziologie – sowohl aufgrund der vorsätzlich größeren Beobachtungsdistanz gegenüber ihrem Forschungsgegenstand als auch wegen der Beschränkung auf die objektivierten Handlungsfolgen – Fragen nach der „Sinnadäquatheit“ menschlichen Handelns im Lichte intentionaler oder motivationaler Deutungen und Erklärungen nicht stellen, wie sie etwa für Max Webers „verstehende Soziologie“[7] maßgeblich sind.

[6] Wie analysiert wird, hängt maßgeblich davon ab, was man zu beschreiben und zu erklären sucht. Für die auf das soziale Handeln von Individuen und Gruppen, und nicht allein auf die Handlungsresultate gerichteten Analysen der Soziologie gilt jedenfalls, dass in ihnen nicht von den Vorstellungen, Erwartungen, Stimmungen und Gefühlen abgesehen werden kann, aus denen jenes Handeln entspringt und von denen es begleitet ist.

[7] Vgl. in diesem Zusammenhang von Hans Kelsen: „Der Staatsbegriff der ‚verstehenden Soziologie‘“ (Kelsen 1921), ferner von Emil Lederer den Aufsatz „Zum Methodenstreit in der Soziologie. Ein Beitrag zum Grundproblem einer ‚verstehenden‘ Soziologie“ (Lederer 2014a,b [1925]); siehe auch die unter dem Titel „Varianten verstehender Soziologie“ erschienene Abhandlung von Martin Endreß (Endreß 2004).

3.1.3 Ereignisse, Strukturen und Prozesse

Den meisten Soziologen der Zwischenkriegszeit, wie Vertretern anderer Geistes- und Sozialwissenschaften auch, erschien die noch um die Jahrhundertwende häufig vertretene Ansicht nicht mehr haltbar, der zufolge der Soziologie das Allgemeine und Ganzheitliche zuzuordnen sei, der Historie hingegen das Besondere und Partikulare. Die Zuordnung von Makroperspektive sowie Holismus zur Soziologie und von Mikroperspektive sowie Individualismus zur Geschichte war nun bereits so obsolet geworden wie die Wilhelm Windelband fälschlich zugeschriebene Ansicht, wonach es die Naturwissenschaften nur mit dem Allgemeinen, die Geisteswissenschaften dagegen nur mit dem Besonderen zu tun hätten.[8] Für Geschichtswissenschaftler wie für Soziologen ist die Wahl der Mikro-, Meso- oder Makroperspektive abhängig von der jeweiligen Fragestellung, und die Forschungsgegenstände werden dann gewissermaßen aus geringer, mittlerer oder großer Höhe dargestellt: als Ereignisse, Strukturen oder Prozesse. Die Fragestellung bestimmt demzufolge auch die adäquate Beobachtungshöhe.

Ereignisse sind durch den Wechsel von Beschleunigung und Verzögerung, Dramatik und Entspannung des Geschehens gekennzeichnet. Charakteristisch für Ereignisse ist das Überraschungsmoment, vor allem der Umstand, dass sie innerhalb eines größeren Geschehenszusammenhanges den Charakter von Wendepunkten annehmen. Es geht dabei zumeist um nicht erwartete Handlungen und deren Folgen, um das aus dem Zusammenspiel von Absicht und Geschehen entstandene „Innovative" und „Kreative". Für dessen Analyse kommt den Handlungsgründen, Motiven oder Absichten von Personen, sowie den sich aus spezifischen Umständen ergebenden nicht-intendierten Handlungsfolgen eine besondere Bedeutung zu.

Anderes gilt für die *Strukturen,* vor allem für die das individuelle und kollektive Handeln hemmenden oder fördernden Institutionen und Organisationen, die beispielsweise politisch-rechtlicher, ökonomischer, sozialstruktureller, religiöser oder wissenschaftlicher Natur sind. Hier hat das oben zu den Beziehungen und Interaktionssystemen Gesagte seinen Ort. Nicht mehr sind es kurzfristig sich vollziehende Ereignisse – etwa der Wechsel von

[8] Exemplarisch sei hier auf Bücher von zwei Historikern aus der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts hingewiesen, für die diese alte Dichotomie längst einer Kooperation von „Idiographen" und „Nomothetikern" Platz gemacht hat: auf Winfried Schulzes *Soziologie und Geschichtswissenschaft* (Schulze 1974) und Peter Burkes *Soziologie und Geschichte* (Burke 1989).

Schlachten, Verträgen und Regierungen –, sondern die Stabilität mittel- oder langfristiger Konstellationen, die im Zentrum der soziologischen Analyse stehen, so z. B. die rechtliche Stellung des Bürgertums in den italienischen Stadtrepubliken der Renaissance, die sozialökonomische Lage und rechtliche Stellung der Bauern im Wandel der österreichischen Geschichte,[9] und die politische Rolle der deutschen Arbeiterschaft im ausgehenden 19. Jahrhundert.

Prozesse schließlich erstrecken sich über einen langen Zeitraum. Im Unterschied zu der als Ordnung erschließbaren „sozialen Statik", die durch Koexistenzgesetze exakter zu bestimmen ist, erachtete Auguste Comte die Analyse des Fortschritts auf der Grundlage der die „soziale Dynamik" erfassenden Sukzessionsgesetze als Voraussetzung für eine unser Handeln vor irrealen Utopien bewahrende Sozialprognostik. Der historische Prozess ist das Ergebnis einer Vielzahl von individuellen oder kollektiven Handlungen im Rahmen unterschiedlicher Strukturen, wobei deren Resultat sich im Allgemeinen nicht mit der ursprünglichen Intention der Akteure deckt – Hegel nannte dies „List der Vernunft", der Psychologe Wilhelm Wundt „Heterogonie der Zwecke" (Wundt 1892: 266). Zu den bedeutsamsten soziologischen Prozessanalysen gehören Max Webers Theorie der fortschreitenden Rationalisierung und Säkularisierung in der okzidentalen Geschichte (Weber 1972a [1904/05]) sowie die Zivilisationstheorie von Norbert Elias (Elias 1997a,b [1939]).

Die Übernahme des makrosoziologischen Blicks durch zeitgenössische deutsche Historiker und deren Neigung zu einer entindividualisierten Prozessgeschichte nach Art von Friedrich von s „Geschichte ohne Namen" veranlasste Golo Mann in den 1970er Jahren zur Feststellung, dass diese Spielart der „neuesten Historie […] sich viel zu wenig um wirkliche Menschen aus Fleisch und Blut kümmert, daß sie zu wenig Sympathien für Menschen hat oder gar keine, daß sie also *Hamlet* ohne den Prinzen von Dänemark spielt" (Mann 1979: 52). So treffend diese Feststellung auch ist, so darf sie nicht zu der Annahme verleiten, als ergehe sich auch die um Generalisierungen bemühte Soziologie nur in blutleeren Allgemeinheiten, während die lebendige Darstellung der gesellschaftlich-geschichtlichen Welt Sache des wahren Historikers sei. Was das Verhältnis von Geschichte und Soziologie anlangt, so war dieses schon aus der Sicht verschiedener Autoren der Zwischenkriegszeit recht unverkrampft. Methodologen der Sozialwissenschaften der 1930er Jahre, wie etwa der sowohl Max Weber als auch Alfred Schütz (1899–1959) nahestehende Felix Kaufmann (1895–1949; vgl.

[9] In diesem Zusammenhang sei auf das grundlegende Werk von Otto Bauer (1881–1938) *Der Kampf um Wald und Weide* (Bauer 1925) hingewiesen.

Kaufmann 1936), aber auch der sich als Positivist verstehende Richard von Mises (1883–1953; vgl. z. B. Mises 1939: 285) sahen so die Geschichte und die Soziologie in einer zueinander komplementären Beziehung. Dies besagt aber gerade nicht, dass etwa die Erzählung des Historiographen und die Theorie des Soziologen, also Besonderes und Allgemeines. so zu amalgamieren seien, dass sie voneinander nicht mehr unterscheidbar sind. „Obwohl das Allgemeine", so bemerkte einmal Friedrich von Hayek (1899–1992), „nur deswegen interessant ist, weil es das Besondere erklärt, und das Besondere nur durch Allgemeines erklärt werden kann, so kann doch das Besondere nie das Allgemeine und das Allgemeine nie das Besondere werden." (Hayek 1979: 99)

3.2 Zum *Wie* der Soziologie

Die Soziologie findet einerseits in beschreibend, soziographisch oder eher narrativ gehaltenen Darstellungen Ausdruck, andererseits in der Analyse von Massendaten, wobei man sich mit den Methoden der Statistik den sozialen Tatsachen zuwendet. Vor allem auf Letztere, nicht jedoch auf die Methoden einer sozialwissenschaftlichen Hermeneutik soll in diesem Abschnitt kurz Bezug genommen werden; einige mit der „verstehenden Soziologie" verbundene Fragen werden im dritten Abschnitt zur Sprache kommen.

Soziologen waren von Beginn an interessiert an Gesamtgesellschaften und Kollektiven, aber auch an Klassen und Schichten sowie an Gemeinschaften unterschiedlichen Charakters. Die von ihnen dabei bevorzugte Darstellungsmethode ist die *Statistik.* Adolphe Quetelet (1796–1874), der als Mathematiker und Astronom tätig war, hat im Rahmen der von ihm so bezeichneten „Sozialphysik" die Grundlagen der Sozialstatistik entwickelt. Weiterentwickelt fand diese in der Zwischenkriegszeit Anwendung in der Erfassung und Messung gesellschaftlicher und ökonomischer Tatbestände, insbesondere zum Zwecke der Beschreibung der Struktur und Entwicklung der Bevölkerung (vgl. Heberle 1931), der sozialen Schichtung (vgl. Geiger 1932), der wirtschaftlichen Produktion und des Konsums, sowie des Güter- und Einkommenskreislaufs und der Zahlungsbilanz (vgl. Klezl-Norberg 1921; Hertz 1925). Dass auch Formen und Methoden der Sozial- und Wirtschaftsprognostik (vgl. Morgenstern 1928) – nicht unähnlich der mit Comtes Formel „*Savoir pour prévoir, prévoir pour* pouvoir" verbundenen Erkenntnisabsicht – immer mehr an Bedeutung erlangten, ist naheliegend.

War schon die frühe, in Vorformen seit dem späten 17. Jahrhundert bestehende Sozialstatistik zunächst vor allem auf nicht-intentionales Geschehen gerichtet: von der Lebenserwartung und der Bevölkerungsentwicklung bis zum Körperbau,

so wandte sich auch das Interesse der „Moralstatistik“ im Laufe des 19. und des frühen 20. Jahrhunderts vor allem den wahrnehmbaren Handlungen der Menschen zu, beispielsweise Heiraten, Geburten oder Delikten, nicht den dafür bestimmenden Handlungsgründen und Handlungsmotiven. Als ihr Kernbereich galt die Kriminalstatistik und die Erfassung anderer als sozialpathologisch betrachteter Phänomene (vgl. Inama-Sternegg 1903b), wie etwa Abtreibung, Suizid und Scheidung, aber auch Analphabetismus und Armut. Dieser Statistik trat im weiteren Verlauf zunehmend eine an die Seite, deren Gegenstand Handlungsgründe und Absichten oder Motive waren. Für die Demoskopie (Meinungs- oder Umfrageforschung) eröffnete sich hier ein weiter Tätigkeitsbereich. Hier sei auf die demoskopische Studie von Paul Lazarsfeld (1901–1976), Marie Jahoda (1907–2001) und Hans Zeisel (1905–1992) *Die Arbeitslosen von Marienthal* verwiesen (Lazarsfeld et al. 1933), in der qualitative mit quantitativen Methoden der Sozialforschung – Beobachtung, Interviews, Gespräche, Fragebögen, Haushaltserhebungen etc. – bei gleichzeitig erfolgter Hilfestellung zum Einsatz kamen; dann aber auch auf die Marktforschung, die in der Zwischenkriegszeit mächtigen Aufwind erhielt (vgl. z. B. Lazarsfeld und Kornhauser 1935).

Die Statistik befasste sich also im Laufe der Zeit nicht nur mit der Messung quantitativer Daten und den daraus abgeleiteten Hypothesen,[10] die man in sozialtechnische Handlungsanweisungen zu transformieren bestrebt war, sondern auch mit dem Grad der zwischen verschiedenen Reihen sozialer Erscheinungen bestehenden Wechselwirkungen. Auch muss, wie schon Theodor von Inama-Sternegg (1843–1908) forderte, die statistische Erfassung (synchron gegebener) Zustände durch die (diachrone) Betrachtung der Entwicklung ergänzt werden, da das „Wesen der Dinge“ sich „nur in ihrem Werden“ enthülle, wenn auch oft bloß annäherungsweise (Inama-Sternegg 1903a: 17). Die Geschichte bezeichnete er daher als die „Zwillingsschwester“ der Statistik, und so sei auch die „historisch-statistische Forschung“ als die von der Sozialwissenschaft bevorzugte Methode anzusehen (Inama-Sternegg 1882).[11]

[10] Diese Hypothesen betreffen zum einen den synchron bestehenden Zusammenhang von Teilen und Ganzem in funktionalen Erklärungen, durch welche die Relevanz des jeweiligen Systemelements für das Systemganze bestimmt wird, und zum anderen den diachronen Zusammenhang sozialer Phänomene in kausal-genetischen Erklärungen.

[11] Inama-Sternegg, der die erste mit Hollerithmaschinen durchgeführte Volkszählung in der Habsburgermonarchie leitete, gab der Entwicklung der Arbeits- und Sozialstatistik in Österreich wesentliche Impulse, die auch in der Zwischenkriegszeit ihre Wirkung zeitigten.

Maßgeblich angeregt durch Inama-Sternegg, rückten schon vor dem Ersten Weltkrieg Beziehungen zwischen der allgemeinen Statistik und den spezifischen Anforderungen der Sozialstatistik, so vor allem bei Franz Žižek (1876–1938), dem späteren Hauptvertreter der Frankfurter Schule der Statistik, in den Blick (Žižek 1912). Als exemplarische Lehrbücher der Soziologie in der Zwischenkriegszeit gelten dessen *Grundriß der Statistik* (Žižek 1921) und insbesondere Wilhelm Winklers (1884–1984) gleichnamiges Werk, das in zwei Bänden erschienen ist (Winkler 1931–1933).[12] Ähnlich wie schon für Inama-Sternegg stand auch für Winkler fest, dass die Sozialstatistik zwar die Tatsachen des gesellschaftlichen Lebens und gewisse in ihm bestehende Wechselbeziehungen feststellen kann, dass aber die Gegebenheiten, die in die Statistik Eingang finden, weitgehend Objektivationen menschlicher Ideen und Interessen sind. Diese stehen sowohl am Anfang der historisch-statistischen Forschung, da sie die Menschen dazu bewogen haben, relevante in die Sozialstatistik eingehende Tatsachen oft überhaupt erst zu schaffen; sie stehen aber auch an deren Ende, zumal aus den Befunden der Sozialstatistik Schlüsse für das moralisch-politische Verhalten gezogen werden, die sich nicht wieder allein auf empirische Befunde zurückführen lassen. – Durch in den 1930er Jahren geleistete Vorarbeiten (z. B. Morgenstern 1935; Wald 1939) erfolgte später eine Erweiterung der herkömmlichen Statistik durch die Entscheidungstheorie.

3.3 Zum *Warum* in der Soziologie

3.3.1 Umstände, Ideen, und Interessen

Die sozialwissenschaftliche Ursachenforschung sucht sowohl das soziale Handeln der für soziale Verbände maßgeblichen Akteure und Gruppen aus deren jeweiliger Lebenslage und den sich in ihr entwickelnden Interessen und Ideen zu erklären, als auch jene Prozesse, die sich aus der Realisierung der mit jenem Handeln verbundenen Ziele ergeben. In beiden Fällen kommt der Bezugnahme auf Akteure in assoziierten oder konkurrierenden sozialen Verbänden eine wichtige Rolle zu, aber auch verschiedenen, die Ideen und Interessen der maßgeblichen Akteure und Gruppen kanalisierenden sozialen Institutionen und Organisationen: beispielsweise solchen der Sozialstruktur (beruflicher Status, Ansehen und soziale

[12] Vgl. dazu Alexander Pinwinklers Beitrag über Wilhelm Winklers „Gesellschaftsstatistik“ in diesem Band.

Anerkennung), der Ökonomie (Besitz, Einkommen), der Politik (Macht, Recht, Machtkontrolle), der Religion (rituelle Verehrung des als heilig Geltenden), der Wissenschaft (Erkenntniserweiterung des für wahr Gehaltenen), der Kultur (Alltagsmoral und Kunst) etc. Diese Institutionen können in zweifacher Hinsicht kausal relevant werden: einerseits als das soziale Handeln und die daraus resultierenden gesellschaftlichen Verhältnisse bedingende Faktoren, andererseits als durch die gesellschaftlichen Verhältnisse bedingte.

Zu all den genannten Institutionen ließe sich eine Vielzahl an soziologischen Publikationen der Zwischenkriegszeit anführen. Als Beispiel für eine in den beiden erwähnten Hinsichten mögliche Betrachtung der Sozialstruktur als einer sich institutionell verfestigenden Ordnung sei hier von Theodor (1891–1952) das Schlüsselwerk der deutschsprachigen Schichtungssoziologie, *Die soziale Schichtung des deutschen Volkes* (Geiger 1932; vgl. auch Geiger 1962 [1930]), genannt; als Beispiele für eine in diesem Sinne erfolgende Betrachtung der Wirtschaft seien Friedrich Wiesers *Theorie der gesellschaftlichen Wirtschaft* (Wieser 1924 [1914]), Werner Sombarts *Die Ordnung des Wirtschaftslebens* (Sombart 1925) und Franz Böhms Abhandlung „Das Problem der privaten Macht" (Böhm 1928) erwähnt; als ein wiederum für die entsprechende Betrachtung des Rechts exemplarisches Werk ist Karl Renners *Die Rechtsinstitute des Privatrechts und ihre soziale Funktion* (Renner 1929) anzusehen.

Fragt man nach der Eigenart und der Funktion der durch die mannigfachen Institutionen mitgeformten Ideen und Interessen, so ist es nach Max Weber nicht von Nutzen, die Soziologie zum Zwecke einer Analyse der gesellschaftlich-geschichtlichen Welt, wie dies Max Scheler tat, in zwei Teile auseinander zu reißen: in eine den „Sachen" und „Umständen" gewidmete „Realsoziologie" und in eine die „Ideen" behandelnde „Idealsoziologie".[13] Vielmehr würde es sich empfehlen, Ideen, wie Weber meint, als „Weichensteller" (Weber 1972b [1916]: 252) aufzufassen, welche den verschiedenen sozialen Interessen die Richtung weisen. Max Scheler sprach, trotz aller bestehenden Unterschiede zu anderen

[13] Daher soll Scheler zufolge die Aufgabe der Wissenssoziologie in einer das eine Mal ideal-, das andere Mal realsoziologisch vorgehenden Analyse bestehen: in der „Untersuchung des *vorwiegend geistig* bedingten und auf geistige, d. h. ‚*ideale*' Ziele gerichteten Seins und Handelns, Wertens und Verhaltens des Menschen – und [in der] Untersuchung des *vorwiegend* durch *Triebe* (Fortpflanzungstriebe, Nahrungstriebe, Machttriebe) und zugleich auf *reale* Veränderung von Wirklichkeiten intentional gerichteten Handelns, Wertens und Verhaltens nach ihrer sozialen Determiniertheit" (Scheler 1960a [1926]: 18).

Auffassungen Webers, in durchaus ähnlichem Sinne von Ideen als „Schleusen“ (Scheler 1960a [1926]: 40).[14]

3.3.2 „Verstehen“, „Erklären“ und die „verstehende Soziologie“

In allen bedeutenden soziologischen Arbeiten geht es nicht nur um die Erklärung aufgrund von Generalisierungen und Theorien unter Bezugnahme auf „Faktoren“ oder „Ursachen“, es geht auch um verstehende Deutungen: zunächst im Sinne des „aktuellen Verstehens“, wie es Max Weber nennt, sodann im Sinne des „erklärenden Verstehens“ von sozialem Handeln, und dies unter Hinweis auf die Gründe und Absichten der Handelnden. Ausgehend von der Unterscheidung einer nicht-mentalen Außenseite eines Handlungsvorgangs von dessen mentaler Innenseite proklamierte bekanntlich schon Wilhelm Dilthey den kategorialen Unterschied von Erklären und Verstehen.[15] Max Weber steht in dieser Tradition, auch wenn er die gelegentliche Unschärfe von Diltheys sprachlichen Formulierungen durch ein Missverständnis von dessen spezifischer Erkenntnisabsicht ersetzt. Denn Dilthey bezog das Erklären nicht-mentaler Vorgänge nicht allein auf das Naturgeschehen, sondern auch auf Wirkungszusammenhänge menschlichen Handelns, und das Verstehen, wie sich insbesondere in seinem späteren Schrifttum über das Ausdrucksverstehen geistiger „Objektivationen“ zeigt, nicht mehr, wie Max Weber glaubte, nur auf Einfühlung und Nacherleben.[16]

---

[14] Vgl. in diesem Zusammenhang Kap. 12: „Ideen“, in Acham 2016: 299–324.

[15] Wie für Dilthey, so war es auch für Karl Jaspers im Prinzip nicht widersinnig, beispielsweise bestimmte Vorstellungs- oder Gefühlsinhalte sowohl (mentalistisch) zu „verstehen“ als auch (physiko-chemisch) zu „erklären“. Nur seien die beiden gefundenen Zusammenhänge von ganz verschiedener Herkunft und ganz verschiedener Geltungsart: „Sie helfen sich gegenseitig nicht im geringsten. Die Erklärung macht den Zusammenhang nicht verständlicher, das Verständnis macht ihn nicht erklärter. Jedes, das Verstehen wie das Erklären, bedeutet dem andern gegenüber etwas Neues.“ Zwar sei etwa für den Psychologen die Kombination der verstehenden und der erklärenden Methode: des Erfassens des Sinnes von seelischen Akten oder von Handlungen, und des Erfassens der kausalen Bedeutung der sie bedingenden Umstände, gleich unentbehrlich; „aber“, so fügt Jaspers hinzu, „in keinem Falle treffen das Verstehen und das Erklären von verschiedenen Seiten her *denselben* realen Teil des komplexen seelischen Vorgangs“ (Jaspers 1990 [1913]: 333).

[16] Verstehen wird bei Dilthey lange Zeit hindurch tatsächlich als ein „Nacherleben“ durch „Einfühlung“ aufgefasst, in seinen späteren Abhandlungen jedoch vor allem als die Fähigkeit begriffen, jenen Regeln folgen zu können, die das Handeln von Menschen in Institutionen und die „Objektivationen“ ihres Schaffens bestimmen.

Der Handlungshermeneutik blieb Weber stets verbunden. Dies zeigt sich, wenn er in seinen „Soziologischen Grundbegriffen“ – ähnlich wie bereits in seiner Abhandlung zur „verstehenden Soziologie“ aus dem Jahre 1913 (Weber 1968a [1913])[17] – die Soziologie als eine Wissenschaft bezeichnet, welche soziales Handeln „deutend verstehen“ will, und wenn er „Handeln“, wie schon erwähnt, als „ein menschliches Verhalten“ charakterisiert, mit welchem die Handelnden einen „subjektiven *Sinn*“ verbinden (Weber 1968b [1921]: 542). Die unser Handeln leitenden Ansichten über die Natur, die Gesellschaft und den Menschen sind nie unabhängig von den Erfahrungen, Erwartungen und „Wertbeziehungen“ des sozialen Akteurs, wie Weber – ähnlich wie schon vor ihm Heinrich Rickert – ausführt. Stets ist daher in der sozialwissenschaftlichen Analyse bei der durch den Akteur erfolgenden Deutung seiner subjektiven Situation anzusetzen. Im weiteren Verlauf mag sich dann zeigen, ob die objektive Lage jener subjektiven Situationsdeutung entspricht oder nicht. Es kann nun allerdings für den Sozialforscher ein Problem daraus entstehen, dass er nur unzureichend imstande ist, seine Sicht der Lage jenes Akteurs hinreichend zu „entsubjektivieren“; doch dass Bestrebungen, dies zu leisten, mit Schwierigkeiten verbunden sind, heißt nicht, dass sie unsinnig wären.

3.3.3 „Weil-Motive“ und „Um-zu-Motive“

Die Feststellung der Differenz zwischen dem, was in einem Verhalten „sinnhaft adäquat“ und dem, was in ihm „kausal adäquat“ ist, ist nach Weber für den Sozialwissenschaftler unverzichtbar (vgl. Weber 1968b [1921]: 550 f.). Das „erklärende Verstehen“ – nach Dilthey käme diese Wortschöpfung einer contradictio in adiecto gleich – kann so unter anderem dazu verhelfen, das Zustandekommen unrichtiger Annahmen und die mit Bezug darauf erfolgenden (Fehl-)Handlungen zu erfassen.[18] Die auf seelische Inhalte Bezug nehmende Antwort auf die Frage nach dem Warum einer Handlung wird nun aber nicht durch die Rückführung jener psychischen Variablen oder Faktoren auf solche nicht-mentaler, also beispielsweise physiologischer, physikalischer, klimatischer oder demographischer Art gegeben – dies wäre ja kein erklärendes *Verstehen* mehr. Es geht vielmehr darum, die „Weil-Motive“, wie sie Alfred Schütz

[17] Siehe in diesem Zusammenhang abermals Fußnote 7.

[18] Mit dem Begriff des „erklärenden Verstehens“ signalisierte Weber, nicht mehr Diltheys Terminologie für zweckmäßig zu halten, der zufolge sich das Verstehen auf das „Seelenleben“, das Erklären aber auf die „Natur“ beziehe (Dilthey 1982 [1894]: 144).

bezeichnete, also die Handlungsgründe, in Erfahrung zu bringen und diese gemeinsam mit den „Um-zu-Motiven", den Absichten, der Rekonstruktion des sozialen Handelns zugrunde zu legen (vgl. Schütz 1974 [1932]: 99 f.). Felix Kaufmann hat sich in seiner *Methodenlehre der Sozialwissenschaften,* in der er Anregungen von Max Weber und Alfred Schütz verarbeitete, ebenfalls den hier skizzierten Problemen der Darstellung und Erklärung in den Wissenschaften von der geschichtlich-gesellschaftlichen Welt gewidmet (Kaufmann 1936).

In der Soziologie wie auch in anderen Geistes- und Sozialwissenschaften erfolgt oft eine deutliche Priorisierung der Erklärung gegenüber deskriptiven und narrativen Komponenten von Analysen der gesellschaftlich-geschichtlichen Welt. Diese Ansicht über den minderen Wert von Darstellungen, die dem Wie einer sozialen Handlung und ihren Umständen gelten, gegenüber Erklärungen, die auf das Warum dieser Handlung – die „Weil-Motive" – bezogen sind, hat verschiedene Gründe. Einer von ihnen hat wohl damit zu tun, was man deskriptive Hypertrophie nennen könnte. So kann es sein, dass mancher Sozialforscher in der Detailfülle seiner Darstellungen geradezu ertrinkt, ohne hier Ordnung in die Beschreibung der Sache bringen zu können. So etwas schafft mitunter Unmut und stärkt den Willen zur Erfassung von Wirkungszusammenhängen. Es kann allerdings auch der Fall sein, dass jemand so sehr und so ungeduldig Antworten auf Warum-Fragen erheischt, dass er seine Aufmerksamkeit, die einer umfassenden Situationsanalyse gelten sollte, auf einen schmalen Bereich von Phänomenen reduziert, die einer Erklärung zugänglich sind. Dann trifft das zu, was einmal Ludwig Wittgenstein in seinen *Vermischten Bemerkungen* so ausgedrückt hat: „Die Menschen, die immerfort ‚warum' fragen, sind wie die Touristen, die, im Baedeker lesend, vor einem Gebäude stehen und durch das Lesen der Entstehungsgeschichte etc. etc. daran gehindert werden, das Gebäude zu *sehen.*" (Wittgenstein 1977: 82)

3.4 Zu dem *Wozu* oder den Erkenntnisinteressen der Soziologie

Alles wissenschaftliche Tun, so auch das von Soziologinnen und Soziologen, ist bestimmt durch das objektive Ziel, auf dessen Verwirklichung sich die Tätigkeit der Forschenden richtet, dann aber auch durch den subjektiven Sinn, den diese mit ihrer Tätigkeit verbinden; er bezieht sich auf das durch diese Tätigkeit erlangte Wohlgefühl der Forschenden, auf deren Gesinnung und auf deren

Erkenntnisinteressen. Es sind vier grundlegende Erkenntnisorientierungen oder Erkenntnisinteressen der Forschenden, die nun unter Hinweis auf exemplarische Literatur aus der Zwischenkriegszeit näher charakterisiert werden sollen: Bildungswissen, Ausbildungs- und Dienstleistungswissen, normatives Weltanschauungswissen, Aufklärungswissen.[19] Diese Taxonomie hat in der Philosophie und in den Geistes- und Sozialwissenschaften einige Entsprechungen.[20] Mit jeder der vier Erkenntnisorientierungen gehen in der Regel bestimmte – bezüglich ihres erkenntnislogischen Status recht unterschiedliche – Theorien und Methoden als leitende und im Hintergrund der Forschung befindliche Annahmen einher, aber ihren Ausdruck finden sie vor allem in bestimmten Speziellen Soziologien. Mitunter können mit einer wissenschaftlichen Publikation auch mehrere Erkenntnisinteressen verbunden werden und nicht nur ein einziges. Bei den im Folgenden exemplarisch angeführten Büchern und Abhandlungen handelt es sich um solche, in denen das von ihnen repräsentierte Erkenntnisinteresse besonders offenkundig ist.

3.4.1 Bildungswissen

Die von Max Scheler als *Bildungswissen* bezeichnete Wissensform, der später bei Jürgen Habermas weitgehend bedeutungsgleich das „praktische Erkenntnisinteresse" entspricht, hat ihre Grundlage in den historisch-philologischen Disziplinen und den historisch-vergleichenden Analysen in den Geistes- und Sozialwissenschaften. Zu den Musterfällen von Speziellen Soziologien, die dem Bildungswissen zuzuzählen sind, gehören einerseits die Kunst- und Literatursoziologie, andererseits die allgemeine Kultursoziologie und die historische

[19] Diese Ordnungsbegriffe und weitgehend auch deren Explikation sind Michael Bocks anregendem Aufsatz „Die Entwicklung der Soziologie und die Krise der Geisteswissenschaften in den 20er Jahren" (Bock 1994) entnommen.

[20] Die in wirkungsgeschichtlicher Hinsicht wohl bedeutendste stammt von Max Scheler. Scheler hat im Anschluss an Wilhelm Diltheys Analyse der Weltanschauungen sowie an die im Jahr 1922 erschienene *Strukturanalyse der Erkenntnistheorie* von Karl Mannheim (Mannheim 1964a [1922]) im Jahr 1925 eine berühmt gewordene Unterscheidung von drei „Wissensformen" formuliert: von „Erlösungs-", „Bildungs-" und „Herrschafts-" oder „Leistungswissen" (Scheler 1960a [1926]), mit welcher Unterscheidung er die von „emanzipatorischem", „praktischem" und „technischem Erkenntnisinteresse" bei Jürgen Habermas (Habermas 1968) vorweggenommen hat. – Auch Werner Sombarts aus dem Jahr 1930 stammende Gliederung der Nationalökonomie in eine „richtende", eine „ordnende" und eine „verstehende Nationalökonomie" (Sombart 1930) ist hier zu nennen.

Soziologie.[21] Ihnen korrespondieren im Blick auf die zur Anwendung kommende Methode vor allem die verstehende Soziologie und Formen des Kulturvergleichs, im Blick auf die forschungsleitenden Grundannahmen und Theorien aber beispielsweise kulturmorphologische oder Transformations-Theorien. Als exemplarische Werke der Kultursoziologie, der Mentalitätsforschung und ganz allgemein der historischen Soziologie der Zwischenkriegszeit sind anzusehen: Alfred Webers *Kulturgeschichte als Kultursoziologie* (Weber 1935), die Abhandlungen von Emil Lederer und Friedrich Hertz (1878–1964) „Zum sozialpsychischen Habitus der Gegenwart" (Lederer 1918/1919) bzw. „Zur Soziologie der Nation und des Nationalbewußtseins" (Hertz 1931), Erich Voegelins (1901–1985) *Über die Form des amerikanischen Geistes* (Voegelin 1928), Alfred von Martins *Soziologie der Renaissance* (Martin 1932), Franz Borkenaus (1900–1957) *Der Übergang vom feudalen zum bürgerlichen Weltbild* (Borkenau 1934), sowie Helmuth Plessners (1892–1985) *Das Schicksal deutschen Geistes im Ausgang seiner bürgerlichen Epoche* (Plessner 1935); das zuletzt genannte Buch ist nach dem Zweiten Weltkrieg erstmals 1959 unter dem Titel *Die verspätete Nation* erschienen. Hohe Wertschätzung kommt bis heute dem ersten großen wissenschaftlichen Werk von Norbert Elias (1897–1990), *Über den Prozeß der Zivilisation* (Elias 1997a,b [1939]), zu; nach der Emigration des Autors zunächst in England geschrieben und im Jahr 1939 in der Schweiz veröffentlicht, erfuhr es seit der erweiterten Neuausgabe im Jahr 1969 eine breite Rezeption, nachdem es lange Zeit unbeachtet geblieben war.

Die richtende Nationalökonomie ist ihrem Charakter nach wertend, die ordnende Nationalökonomie analysiert ihren Gegenstand mit den Mitteln der Naturwissenschaft, während ihn die verstehende Nationalökonomie als ein Kulturphänomen unter den Gesichtspunkten des „Sinnverstehens", des „Sachverstehens" und des „Seelverstehens" untersucht; dabei wird nach Sombart allein die zuletzt genannte Form des Verstehens der Ökonomie als Kulturphänomen wirklich gerecht. – Vgl. in diesem Zusammenhang Adolf Löwes Besprechung von Sombarts Buch, die unter dem Titel „Über den Sinn und die Grenzen verstehender Nationalökonomie" (Löwe 1932) erschienen ist.

[21] Dass die Kultursoziologie und die historische Soziologie im deutschen Sprachraum nicht allein auf das mit „Bildungswissen" Bezeichnete einzuschränken waren, sondern vor allem auch essentielle Inhalte des sog. Weltanschauungswissens enthielten, ist nicht zu übersehen. Volker Kruse hat die verschiedenen Inhalte und Funktionen der deutschen historischen Soziologie in dem Buch *„Geschichts- und Sozialphilosophie" oder „Wirklichkeitswissenschaft"?* vorzüglich dargestellt (Kruse 1999).

Als ein Beispiel aus dem Bereich der Kunstsoziologie – oder besser: der Soziologie der bildenden Kunst – sei hier auf Hans Tietze (1880–1954) und sein Buch *Die Kunst in unserer Zeit* (Tietze 1930) hingewiesen, aus dem der Literatursoziologie auf Leo Löwenthals (1900–1993) Aufsatz „Zur gesellschaftlichen Lage der Literatur" (Löwenthal 1932). Reich sortiert ist die Literatur zur Musiksoziologie. Davon sollen hier nur einige Titel erwähnt werden:[22] von den Monographien Max Webers aus dem Nachlass herausgegebenes Werk *Die rationalen und soziologischen Grundlagen der Musik* (Weber 1921), Eberhard Preussners Studie über die bürgerliche Musikkultur (Preussner 1935) und Eberhard Reblings Buch über den Stilwandel der Musik in Deutschland um die Mitte des 18. Jahrhunderts (Rebling 1935); von den Aufsätzen und Abhandlungen Paul Honigsheims „Musik und Gesellschaft" (Honigsheim 1930), Theodor W. Adornos „Zur gesellschaftlichen Lage der Musik" (Adorno 1932) und Walter Serakys „Wesen und Aufgaben der Musiksoziologie" (Serauky 1934).

3.4.2 Ausbildungs- und Dienstleistungswissen

Bezüglich des Ausbildungs- und Dienstleistungswissens ist an die bei Max Scheler unter der Bezeichnung „Herrschafts- und Leistungswissen" auftretende Wissensform zu erinnern sowie an das damit verwandte, später von Jürgen Habermas als „technisches" apostrophierte Erkenntnisinteresse.[23]

Als Beispiele für Spezielle Soziologien, die dem Ausbildungs- und Dienstleistungswissen zuzuzählen sind, seien die Stadtsoziologie und die Wirtschafts- sowie die Organisations- und Industriesoziologie genannt. Stadtsoziologischen Arbeiten liegen häufig Migrationstheorien oder auch Standorttheorien nach Art derjenigen von Alfred Weber (Weber 1909) zugrunde. Als ein Beispiel aus der Zwischenkriegszeit ist hier das Buch *Die Großstädte im Strome der Binnenwanderung* von Rudolf Heberle und Fritz Meyer (Heberle und Meyer 1937) zu erwähnen. Von den nicht gerade zahlreichen Vertretern der Organisationssoziologie in Deutschland sei hier auf Johann Plenge und sein Buch *Drei Vorlesungen über die allgemeine Organisationslehre* (Plenge 1919) hingewiesen, der in seiner theoretischen Orientierung Leopold von Wiese nahestand und in den Jahren 1931

[22] Für wertvolle Hinweise danke ich an dieser Stelle Frau Barbara Boisits von der Kommission für Musikforschung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften.

[23] Beidem entspricht bei Werner Sombart die „ordnende Nationalökonomie" (vgl. Sombart 1930: 85–139).

und 1932 in drei Heften der *Kölner Vierteljahreshefte für Soziologie* eine Artikelfolge unter dem Titel „Zum Ausbau der Beziehungslehre“ verfasst hat.

Auch den organisations- und den wirtschaftssoziologischen Arbeiten, die einen Kernbereich des soziologischen Ausbildungs- und Dienstleistungswissens bilden, sind bestimmte Sozialtheorien inhärent. So hat beispielsweise Emil Lederer in seinem Buch *Die sozialen Organisationen* (Lederer 1922), wie auch in anderen seiner Werke, stets seine Nähe zur marxistischen Gesellschaftstheorie unter Beweis gestellt; Friedrich von Gottl-Ottlilienfeld (1868–1958) wiederum hat seine organisations- und industriesoziologischen Entwürfe durch eine vornehmlich auf industrielle Produktionsverläufe bezogene Rationalisierungstheorie zu fundieren gesucht (vgl. Gottl-Ottlilienfeld 1929), während Fritz Karl Mann in seiner wirtschaftssoziologisch bedeutsamen Darstellung der Staatswirtschaft seiner Gegenwart (Mann 1930) nicht nur Theorien der politischen Ökonomie in Betracht gezogen, sondern auch benutzt hat. – Was die Industriesoziologie anlangt, so hat diese ihren eigentlichen Aufschwung nach dem Ersten Weltkrieg in den USA genommen. Eines der wenigen Beispiele für einschlägige Forschungsarbeiten im deutschen Sprachraum stellt Friedrich von Gottl-Ottlilienfelds vor allem in Japan einflussreich gewordene Monographie *Fordismus* dar 1926).

In methodischer Hinsicht sind die in der Soziologie bedeutsamen Inhalte des Ausbildungs- und Dienstleistungswissens häufig mit statistischen Verfahren verknüpft, die im deutschen Sprachraum ursprünglich vor allem in der sog. „Policey-“ oder „Kameralwissenschaft“ (Verwaltungslehre) zur Anwendung gekommen sind. Abermals sei hier auf die einschlägigen Lehrbücher von Franz Žižek (1921) und Wilhelm Winkler (1931–1933) hingewiesen.

3.4.3 Weltanschauungswissen

Was als Weltanschauungswissen bezeichnet wird, kann einmal deskriptiv-erklärend, dann aber auch normativ verstanden werden. Die deskriptiv-erklärende Variante des Weltanschauungswissens gehört dem noch zu erörternden Aufklärungswissen an, die normative Variante hat hingegen mit der Vermittlung von moralischen und politischen Wertorientierungen zu tun. Das *normative Weltanschauungswissen* entspricht dem von Max Scheler als „Heils- und Erlösungswissen“ Bezeichneten.[24] Es geht dabei um das Erkenntnisinteresse von

[24] Werner Sombart hat dafür in seiner Monographie *Die drei Nationalökonomien* die Bezeichnung „richtende Nationalökonomie“ gewählt (vgl. Sombart 1930: 21–84).

Repräsentanten einer „wertenden Wissenschaft“.[25] Oft handelt es sich bei dieser um Verheißungen oder Proklamationen von Wünschen und Visionen, die auch mit moralischen oder kulturkritischen Verurteilungen verbunden werden. Der Hauptbereich des normativen Weltanschauungswissens war in der Zwischenkriegszeit, und ist es bis heute, eine zwischen Faktographie und Moralphilosophie angesiedelte Sozialpolitik, wie sie mitunter auch in die Wirtschafts- und der Rechtspolitik Eingang findet. Im Allgemeinen war sie entweder mit dem Bestreben verbunden, konkretes Leid sichtbar zu machen und zu dessen Vermeidung in der Absicht beizutragen, die Gesellschaft und den Staat entweder möglichst konfliktfrei zu gestalten oder sie aber durch das Purgatorium des Klassenkampfs erst diesem Ziel nahezubringen.

In der Zwischenkriegszeit fanden die sich als konservativ verstehenden Anwälte der Sozialpolitik neben der Religion vor allem im Naturrecht eine theoretische Stütze, wobei sie in methodischer Hinsicht oft der phänomenologischen Wesensschau nahe kamen, deren Vertreter das moralisch Gute als intuitiv erfahrbar ansahen. Andererseits suchten Vertreterinnen und Vertreter einer sozialistischen Orientierung theoretischen Halt entweder im sog. wissenschaftlichen Sozialismus oder, sofern sie sich nicht zu den Parteigängern des Marxismus-Leninismus zählten, im ethischen Sozialismus, der oft mit einer universalistischen Ethik im Sinne Kants verbunden war. Allgemein neigten die Sozialisten einer historisch-materialistischen Gesellschaftstheorie zu, wobei die auf deren Grundlage erfolgende Gesellschaftsanalyse zumeist mit der sogenannten dialektischen Methode verknüpft war. Im Allgemeinen bestand diese aus einer nur schwer erklärbaren Gedankeniteration zwischen sozialökonomischer „Basis“

[25] Exemplarische Vertreter einer solchen wertenden Wissenschaft sind in Deutschland die vor allem als Kulturkritiker in Erscheinung getretenen Paul de Lagarde und Julius Langbehn, aber auch der als Volkserzieher wirksame Philosoph und Pädagoge Friedrich Paulsen, der unter anderem mit Ferdinand Tönnies in engerer persönlicher Beziehung stand. Verschiedene Rechts-, Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler aus unterschiedlichen politisch-weltanschaulichen Lagern ließen sich hier hinzufügen, für deren Schrifttum eine Vermischung von Tatsachenaussagen mit subjektiv wertenden Stellungnahmen charakteristisch ist, wogegen bekanntlich insbesondere Max Weber deutlich Stellung bezogen hat. Als ein scharf gegen Max Webers Wertfreiheitsprinzip argumentierender Autor aus jüngerer Zeit sei hier Leo Strauss mit seinem vor allem in den USA einflussreichen Buch *Natural Right and History* angeführt (Chicago: University of Chicago Press 1953; die deutsche Übersetzung erschien im selben Jahr unter dem Titel *Naturrecht und Geschichte* im Verlag K.F. Köhler in Stuttgart.).

und ideellem „Überbau“, und in der marxistisch-leninistischen Praxis zusätzlich noch zwischen den wunschgeleiteten Extrapolationen ökonomischer Planziffern und einer dem Prinzip der Parteilichkeit verpflichteten Kritik. Ein wesentlicher methodischer Unterschied bestand zwischen den beiden großen sozialistischen Lagern insofern, als die Kommunisten in politischen Belangen das volksdemokratische Einparteiensystem vertraten, während die Sozialdemokraten die demokratische Methode im Sinne des Mehrparteiensystems praktizierten.

Als österreichische Beispiele aus dem konservativen Lager seien hier Othmar Spann (1878–1950) mit seinen Büchern *Der wahre Staat* sowie *Kämpfende Wissenschaft* (Spann 1921 bzw. 1934), Walter Heinrich (1902–1984) mit der Schrift *Gegen Parteienstaat, für Ständestaat* (Heinrich 1929) und Johannes Messner und sein Buch *Sozialökonomik und Sozialethik* (Messner 1928) genannt, während aus dem sozialistischen Lager der Austromarxist Max Adler (1873–1937) mit den Büchern *Neue Menschen* sowie *Politische oder soziale Demokratie. Ein Beitrag zur sozialistischen Erziehung* (Adler 1924 bzw. 1926) und Otto Neurath mit dem Buch *Lebensgestaltung und Klassenkampf* (Neurath 1928) exemplarisch angeführt werden können. Als dem Austromarxismus nahestehender ethischer Sozialist ist hier auch Rudolf Goldscheid mit der von ihm konzipierten „Entwicklungs- und Menschenökonomie“ (Goldscheid 1921) zu erwähnen.

Einen besonderen Bereich der Identitätspolitik, der dem Weltanschauungswissen zuzuordnen ist, bildeten in der Zwischenkriegszeit die mit der sogenannten Frauenfrage zusammenhängenden Erörterungen. Ebenfalls unter Bezugnahme auf Österreich sind dabei als dem sozialistischen Lager zugehörig Adelheid Popp mit ihrem Buch *Frauenarbeit in der kapitalistischen Gesellschaft* (Popp 1922) und Käthe Leichter (1895–1942), die wohl eindrucksvollste Vertreterin der österreichischen Frauenbewegung, zu nennen. Weit weg von der Entwicklung bloß utopischer Szenarien hat sie, ausgehend von der Analyse der realen Lebenslage von Arbeiterinnen, Analysen und Vorschläge zu *Frauenarbeit und Arbeiterinnenschutz in Österreich* (Leichter 1927) entwickelt und eine Erhebung über die berufliche Wirklichkeit und die soziale Situation von über 1300 Arbeiterinnen vorgelegt (Leichter 1932). Ähnlich wie Käthe Leichter ging es auch Ilse Arlt (1876–1960) in ihren *Grundlagen der Fürsorge* (Arlt 1921) um Aufweisungsanalysen realer Lebensprobleme, insbesondere von Frauen, wobei ihre Bestrebungen über die Geschlechtergrenzen hinausreichten. Bei ihrem pragmatischen Zugang zur Lösung sozialethischer Probleme war Arlt wohl von der Überzeugung geleitet, dass man wesentlich besser um moralisch belangvolle soziale Übel und deren Beseitigung Bescheid weiß als um die theoretische

Begründbarkeit des moralisch Guten, die nach Auffassung anderer der sozialreformerischen Praxis voranzugehen habe.[26]

Rosa Mayreders (1858–1938) Bestreben, die sogenannte Frauenfrage zu einer Analyse von Geschlechterverhältnissen zu erweitern, fand vor allem in den Büchern *Zur Kritik der Weiblichkeit* und *Geschlecht und Kultur* (Mayreder 1922 bzw. 1923) Ausdruck. Charakteristisch für ihre Arbeiten ist dabei die Verbindung von Sozialkritik mit Entwürfen einer alternativen Lebensform. Diese Alternative zum Herkömmlichen, die erst eine authentische Form der Liebe zwischen den Geschlechtern ermögliche, bestehe in der Herstellung gleicher Lebenschancen sowie der sozialkulturellen Gleichrangigkeit von Männern und Frauen (vgl. Mayreder 1927).

3.4.4 Aufklärungswissen

Bezüglich des mit dem Aufklärungswissen Gemeinten ist vor allem einerseits an die später bei Jürgen Habermas mit dem Etikett des „emanzipatorischen Erkenntnisinteresses“[27] versehenen Bestrebungen der Weltanschauungsanalyse und Ideologiekritik zu erinnern, andererseits an die der Erkenntnis- und Wissenschaftstheorie. Beide Erkenntnisbemühungen entsprechen dem reflektierenden Bewusstsein. Während sich das zuletzt genannte methodologische Erkenntnisbemühen auf die Formulierung der Prinzipien, Kriterien und Standards wissenschaftlicher Aussagen und Aussagensysteme richtet, geht es bei der Weltanschauungsanalyse in erster Linie um eine deskriptive Darlegung der Strukturen und Funktionen von Weltanschauungen und um deren Vergleich (vgl. Pribram 1917) oder wie bei Hans Kelsen um die Relationierung von *Staatsform und Weltanschauung* (Kelsen 1933), während es der Ideologiekritik vorrangig um eine Kritik von als unrichtig erkannten Denkinhalten, Fehlmeinungen und fixen Ideen geht, mit denen bestimmte gesellschaftliche Interessen verbunden sind.

---

[26] In besonderem Maße trifft dies auf die schon seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts im deutschen Sprachraum umfangreich betriebenen Studien zur „sozialen Frage“ zu, die im 20. Jahrhundert auch unter dem Namen „Armutsforschung“ in Erscheinung getreten sind; vgl. in diesem Zusammenhang exemplarisch Hildegard Hetzers (1899–1991) Buch *Kindheit und Armut* (Hetzer 1929).

[27] Wie sich in Werner Sombarts Buch *Die drei Nationalökonomien* (Sombart 1930) Probleme bei der Abgrenzung der Erkenntnisabsicht der „verstehenden“ von der „ordnenden“ Nationalökonomie ergeben, so später auch bei Habermas bezüglich der Abgrenzung bestimmter geistes- und sozialwissenschaftlicher von bestimmten naturwissenschaftlichen Fächern im Hinblick auf die „emanzipatorische“ Funktion des sie leitenden Erkenntnisinteresses (vgl. Acham 1972).

Das wissenschaftstheoretische oder methodologische Interesse findet in der soziologischen und sozialwissenschaftlichen Literatur der Zwischenkriegszeit vielfältigen Ausdruck. Sieht man von den geradezu als klassisch anzusehenden Abhandlungen Max Webers ab, die erstmals 1922 unter dem Titel *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre* (Weber 1968c [1922]) erschienen sind, so ist hier unter anderem auf Werner Sombarts (1863–1941) Buch *Die drei Nationalökonomien* (Sombart 1930), auf Felix Kaufmanns *Methodenlehre der Sozialwissenschaften* (Kaufmann 1936) und auf Richard von Mises' als „Einführung in die empiristische Wissenschaftsauffassung" bezeichnetes *Kleines Lehrbuch des Positivismus* (Mises 1939) hinzuweisen. Naturgemäß zählen zu dieser Art reflexiver Betrachtung auch solche Studien, die entweder auf die Eigenart einer wissenschaftlichen Disziplin Bezug nehmen, wie etwa der Aufsatz des Sozialökonomen Joseph Schumpeter „Das Woher und Wohin unserer Wissenschaft" (Schumpeter 1952 [1932]), oder das Verhältnis der eigenen Disziplin zu anderen thematisieren. Letzteres trifft beispielsweise auf Hans Kelsens (1881–1973) Untersuchungen zum soziologischen und juristischen Staatsbegriff zu (Kelsen 1928a; vgl. auch Kelsen 1922), auf Adolf Löwes (1893–1995) *Economics and Sociology* (Löwe 1935) sowie auf die Abhandlungen von Arthur W. Cohn und Josef Dobretsberger, die sich ebenfalls auf das Verhältnis von Ökonomie und Soziologie beziehen (Cohn 1922 bzw. Dobretsberger 1931/32); hier seien auch die Überlegungen Adolf Günthers (1881–1958) zur Beziehung der Soziologie zur Sozialpolitik (Günther 1925) und die Betrachtungen von Walther Maas zum Verhältnis von Geographie und Soziologie (Maas 1938) angeführt.[28]

Was andererseits die kritische Analyse ideologischer Aussagen und Aussagensysteme anlangt, so hat auch diese bestimmte theoretische und methodische Voraussetzungen. So mag es beispielsweise sein, dass in soziologischen Analysen, die in ideologiekritischer Absicht betrieben werden, Konflikttheorien den Argumentationsrahmen bilden, innerhalb dessen dann Methoden der Sprachanalyse zum Einsatz kommen. Dadurch können irreführende begriffliche Stereotype in geistes- und sozialwissenschaftlichen Arbeiten, beispielsweise in solchen der Ethnologie, Gegenstand der wissens- und wissenschaftssoziologischen Kritik werden. Um den Charakter der Wissens- und Wissenschaftssoziologie entbrannte in der Zwischenkriegszeit ein heftiger Streit. Er hatte seinen Ursprung in der Auseinandersetzung über den entweder für prinzipiell möglich oder für

[28] Vgl. dazu auch von Sebald Rudolf Steinmetz, dem Begründer der niederländischen Soziologie, die Abhandlung „Das Verhältnis von Soziographie und Soziologie" (Steinmetz 1927).

prinzipiell unmöglich erachteten Neutralitätsstatus dieser Speziellen Soziologie. Die teilweise sehr heftig geführte Auseinandersetzung nahm ihren Ausgang von Karl Mannheims Buch *Ideologie und Utopie* (Mannheim 1969 [1929]); Volker Meja und Nico Stehr besorgten eine vorzügliche, in zwei Bänden erschienene Zusammenstellung der zentralen Texte dieser breit gefächerten Diskussion, die unter dem Titel *Der Streit um die Wissenssoziologie* erschienen ist (Meja und Stehr 1982). Hier möge es genügen, exemplarisch auf die in dieser Sammlung erschienenen Aufsätze von Helmuth Plessner (Plessner 1982 [1931/1932]) und Max Horkheimer (1895–1973; vgl. Horkheimer 1982 [1930]) hinzuweisen. Den verschiedenen in ideologiekritischer Absicht argumentierenden Wissenssoziologen erwuchsen eine ganze Reihe von einmal mehr erkenntnistheoretisch und methodologisch, dann mehr anthropologisch argumentierenden Gegnern; für jene firmiert unter anderem Ernst Grünwald mit dem Buch *Das Problem der Soziologie des Wissens* (Grünwald 1934), für diese der ganz allgemein auf die milieutheoretische Denkweise der Soziologie zielende Aufsatz von Ernst Robert Curtius mit dem Titel „Soziologie – und ihre Grenzen" (Curtius 1982 [1929]).

Man wird niemandem sagen müssen, dass es nicht nötig ist, den Ausdruck „Ideologiekritik" im Titel von Abhandlungen zu suchen, um auf Ideologiekritisches zu treffen. So finden sich beispielsweise bedeutende und frühe auf den Bolschewismus, aber auch auf die vornehmlich Katholische Naturrechtslehre bezogene ideologiekritische Studien im Schrifttum Hans Kelsens. Seine Bücher *Sozialismus und Staat* (Kelsen 1920) und *Die philosophischen Grundlagen der Naturrechtslehre und des Rechtspositivismus* (Kelsen 1928b) sind hier besonders zu erwähnen, aber auch die von Ernst Topitsch herausgegebene Sammlung von Kelsens Aufsätzen zur Ideologiekritik (Topitsch 1964). Zu denken ist hier auch an den 1931 in Basel habilitierten Richard F. Behrendt und sein anregendes Buch *Politischer Aktivismus* (Behrendt 1932).

Einen besonders augenfälligen Bereich, auf den ideologiekritische Forschungen zur Anwendung gekommen sind, bildet die auf rassistische Annahmen und Lehren bezogene Vorurteilsforschung. Unter Hinweis auf Befunde und Erkenntnisse vor allem der Ethnologie und der Genetik und unter Verwendung vergleichender Methoden wurde dabei die für wissenschaftlich begründet gehaltene Auffassung der Kritik unterzogen, der zufolge zwischen verschiedenen Ethnien unverrückbare, nicht erst kulturell erworbene, sondern bereits biologisch grundgelegte Unterschiede nachweisbar seien. Die sich im Denken, Fühlen und Wollen äußernden Unterschiede seien wegen ihres biologischen Ursprungs unaufhebbar. Diese schicksalhafte Unausweichlichkeit markiert einen bedeutsamen Unterschied selbst zum Parteilichkeits-Prinzip (*partijnost'*) in der marxistisch-leninistischen Version (vgl. Zweerde 1997: v. a. 26–41). Denn

obschon dieses einen sehr engen Zusammenhang zwischen Klassenlage und Klassenbewusstsein statuierte, ließ es doch unter bestimmten Bedingungen eine Konversion vom feudalen oder bürgerlichen zum proletarischen Klassenbewusstsein zu. Eine biologische Konversion war hingegen ein Ding der Unmöglichkeit. In diesem Zusammenhang ist auf folgende bedeutenden, den biologischen Rassismus kritisierenden Werke aus der Zwischenkriegszeit hinzuweisen: auf Felix (von) Luschans (1854–1924) *Völker, Rassen, Sprachen* (Luschan 1922), auf Friedrich Hertz' *Race and Civilisation* (Hertz 1928)[29] und auf Theodor Geigers Buch *Soziologische Kritik der eugenischen Bewegung* (Geiger 1933).

4 Altes im Neuen: Vielfalt, Konflikte und Einheitsstreben

Das Verführerische an der erkenntnisgenetischen Betrachtung in der Wissenssoziologie besteht darin, dass sie uns im Rückblick zu der Annahme verleitet, wir könnten das Werk eines bestimmten Wissenschaftlers oder einer bestimmten Wissenschaftlerin in seinen wesentlichen Zügen aus der sozialen Lage dieser Person und aus dem auf sie einwirkenden Denken anderer erschließen. Doch es zeigt sich, dass auch andere Wissenschaftler derselben Disziplin sich zur gleichen Zeit in derselben sozialen Lage befinden und unter dem gleichen Einfluss irgendeiner wissenschaftlichen Tradition stehen konnten, ohne dass ihr Werk die gleiche Gestalt angenommen hätte. Ja, die Menschen ändern sich erfahrungsgemäß mit den Umständen, die auf sie einwirken – nur eben das eine Mal so, das andere Mal jedoch anders. Manchmal gelingt Soziologen sogar der Nachweis, dass die Umgebung den Menschen so verändert, dass er unter diesen und diesen Umständen mit der und der Wahrscheinlichkeit so und so denken, fühlen und handeln wird. Aber auch dann handelt es sich nicht um einen streng determinierten Vorgang. Die Umstände machen in solchen Fällen die Menschen zwar geneigt, auf eine bestimmte Weise zu reagieren, aber sie zwingen sie nicht. In Bezug auf die sozialen Umstände gilt ähnliches wie für die Denker christlichen und jüdischen Glaubens, die dem Astralfatalismus den Satz entgegenhielten: „Astra inclinant, non necessitant" – Die Sterne machen uns (zu etwas) geneigt,

[29] Hier ist auch die Auseinandersetzung von Friedrich Hertz mit dem wichtigsten Proponenten der nationalsozialistischen Rasseforschung zu erwähnen, die unter dem Titel *Hans Günther als Rassenforscher* erschienen ist (Hertz 1930).

sie zwingen uns aber nicht (dazu). Eine streng deterministische Metaphysik, die als Leitprinzip im Hintergrund ihrer Forschungen wirksam ist, kann Soziologen mitunter blind machen für die Allgegenwärtigkeit von „bloßen“ Wahrscheinlichkeiten, und damit auch für eine angemessene Erfassung des Unbestimmten und Uneindeutigen in den zwischenmenschlichen Beziehungen. Oft verbergen sich sogar hinter der unscharfen, eher behutsam als rigid erscheinenden Rede von „Prägung“ und „Formung“ derartige durchaus ideologisch nutzbare Annahmen. Doch hier muss eben gefragt werden: Wie durchgehend erfolgt jene Formung, und wie tiefreichend ist die Prägung?

Karl Mannheim hat wiederholt darauf hingewiesen, wie sehr zentrale Motive seiner Wissenssoziologie aus der persönlichen Erfahrung des Historismus und der Beschäftigung mit ihm resultieren (vgl. z. B. Mannheim 1964b [1924]). Der für seine Analysen charakteristische, mit der jeweiligen sozialen Lage verbundene Perspektivismus ist durch ein unterschiedliches Zeitempfinden der Angehörigen einzelner sozialer Gruppen und Generationen mitgeformt. Als selbstverständlich hat Mannheim es deshalb angesehen, dass nicht nur die verschiedenen sozialen Gruppen und die in ihnen wirkenden Akteure, denen sich Soziologen und Soziologinnen in ihren Forschungen zuwenden, sondern auch diese selbst von den sozialen und weltanschaulichen Strömungen ihrer Zeit mitgeformt sind. Angehörige von privilegierten Schichten denken ihm zufolge in der Regel anders als Angehörige von Unterschichten, und so sei für diese, sofern sie hoffnungsfroh und fortschrittsgläubig der Zukunft zugewandt sind, die Gegenwart der Anfang, für Konservative hingegen das Ende der Geschichte. Doch das Begriffspaar „fortschrittlich – konservativ“ deckt die Komplexität möglicher Einstellungen nur unzureichend ab. Einerseits ist unklar, in Bezug worauf jemand fortschrittlich oder aber konservativ ist; andererseits bleibt außer Acht, dass Einzelne oder ganze Gruppen in einer bestimmten Hinsicht fortschrittlich, in einer anderen aber zugleich konservativ sein können. Hier sieht man sich mit unterschiedlichen einander überlagernden Wertpräferenzen konfrontiert, deren Genese von der sozialen Lage, der sozialen Position, den Bildungseinflüssen und den generationsspezifischen Erfahrungen (vgl. Mannheim 1964c [1928]) mitbestimmt ist. Mannheim zufolge sollte das mit der Einsicht in die Reziprozität der Perspektiven verbundene Bemühen der Weltanschauungsanalytiker darauf gerichtet sein, „eine Formel der Umrechenbarkeit und Übersetzbarkeit dieser verschiedenen perspektivischen Sichten ineinander“ zu entwickeln (Mannheim 1969 [1929]: 258) und dabei weltanschaulich neutrale, unparteiische Erkenntnisse zu formulieren.

Mannheim, so scheint es, war vor allem bemüht, in einer sozial zerklüfteten Gesellschaft, in der verschiedentlich sogar die klassenmäßige Neutralität der

elementaren noetischen Voraussetzungen für eine zwischen den Klassen stattfindende Diskussion über deren Interessenlagen bezweifelt wurde, zumindest gewisse Formen der intersubjektiven Mitteilung argumentativ zu sichern. Eine andere Art, der sozialen Zerklüftung in der Zwischenkriegszeit Herr zu werden, schien den sich immer wirkungsvoller durchsetzenden politischen Hauptakteuren der Rechten und – bis 1933 – auch der Linken die Herstellung einer völkischen bzw. klassenbewussten Einheitlichkeit zu sein: einerseits die der „Volksgemeinschaft" und des ihr entsprechenden „Volksempfindens", andererseits die der „werktätigen Massen" und ihres Klassenbewusstseins. In beiden Fällen ging die erstrebte Integration mit der Exklusion von nicht als Volksgenossen bzw. nicht als klassenkonform angesehenen Bevölkerungsgruppen einher. Doch auch nur für eine bestimmte Volksgemeinschaft oder für eine einzelne Klasse gleichartige kognitive, emotionale sowie die Handlungsbereitschaft betreffende Wertorientierungen herstellen und auf Dauer sichern zu können, ist ein unrealistischer Traum. Letztlich scheint es sich bei solchen Ideen, sieht man von ihrer bloß agitatorisch-propagandistischen Wirkung ab, um die Projektion der Bewusstseinslage einer homogenen Kleingruppe auf große gesellschaftliche Einheiten und künftig zu formierende Gesamtgesellschaften zu handeln. Der illusionistische Charakter der nach Einheit und Einheitlichkeit strebenden politischen Bewegungen[30] konnte nach 1933 in Deutschland nicht mehr und in Österreich kaum mehr thematisiert werden; seit 1938 war so etwas auch hier unmöglich.

Die Geschichte gefällt sich mitunter in erstaunlichen Pendelbewegungen. So sieht man in der hyperliberal werdenden Ökonomie und Moral von heute die mit der Einheitlichkeit eines Volkswillens verbundenen Probleme grundlegend anders. Wie könnte es auch in einer Gesellschaft anders sein, in der es mittlerweile eine Vielzahl von Minderheiten gibt, die in einen identitätspolitischen Diskurs über ihren marginalisierten und diskriminierten Status als Angehörige von Kleingruppen getreten sind? Interkulturalität, Differenz, Diversität sind

[30] So wies Kenneth Arrow mit dem nach ihm bezeichneten Unmöglichkeitstheorem auf ein Paradoxon der sozialen Wahl (*Social choice*) hin, dem zufolge eine eindeutige Reihenfolge der Präferenzen in einem Ranglistensystem nicht bestimmt werden kann, wenn die verbindlichen Grundsätze eines ethisch fairen und methodisch korrekten Wahlverfahrens eingehalten werden; mit anderen Worten: dass es keine vollständige und transitive gesellschaftliche Rangordnung gibt, die sich aus beliebigen individuellen Rangordnungen unter Einhaltung dieser Grundsätze zusammensetzt (Arrow 1963 [1951]). – Von den mannigfachen Knappheitseffekten, die mit verschiedenen Formen der immer wieder intendierten Vereinheitlichung von Bedürfnissen und Wertorientierungen verbunden wären, sei hier erst gar nicht die Rede.

die Schlagworte, mit denen sich jeweils gruppenspezifische Wertpräferenzen verbinden. Mitunter scheint es, als würde sich das Gesellschaftsganze in voneinander oft sorgsam unterschiedene Komponenten auflösen. Doch dieser aus einem geradezu verklärten Pluralismus entsprungene Liberalismus, aus dem durchsetzungsstarke Interessengruppen den größten Nutzen ziehen, geht immer öfter mit politischen, ökonomischen, aber auch kulturellen Konflikten einher und provoziert auch heute wieder Rufe nach Solidarität, Gemeinschaft, Einheitlichkeit und Geschlossenheit. In verschiedenen Teilen Europas und der Welt werden sie immer deutlicher vernehmbar, vor allem, wenn sie mit kritischen Hinweisen auf eine wachsende sozialökonomische Ungleichheit und eine abnehmende Gemeinwohlorientierung verbunden sind. Das muss nicht nur Schlechtes bedeuten, verheißt aber vor dem Hintergrund der Erfahrungen der Zwischenkriegszeit auch nicht von vornherein nur Gutes.

Allenthalben zeigen sich heute wieder sozialökonomische und kulturelle Bruchlinien innerhalb und zwischen Staaten und Staatenbünden: alte, auf die Ungleichheit der Vermögen und Lebenschancen sowie auf geopolitische Interessenkonflikte bezogene, und neue, die mit den langfristigen Folgen einer anhaltenden transkontinentalen Migration und den unterschiedlichen geschichts- und moralpolitischen Einstellungen zu ihr verbunden sind. Neue Varianten des Nationalismus, aber auch ein aus der Sicht von allzu Friedensbewegten angeblich nur herbeigeredetes Denken in machtpolitischen Großraumkategorien gehen damit einher. Die Fokussierung auf Moralisches behindert dabei oft eine sachliche Analyse von zwar moralisch relevanten, jedoch nur vor- oder außermoralisch rekonstruierbaren Geschehensverläufen.[31] Nicht wenige Werke der Soziologie aus der Zwischenkriegszeit ermöglichen es, ein geschärftes Bewusstsein für solche Sachverhalte zu entwickeln.

Unsere Gegenwart, die im deutschen Sprachraum für viele, wenn auch nicht alle, eine Zeit des Wohlstands, des Friedens und des Hedonismus ist, missversteht leicht andere Epochen, deren Konflikte ihr – oft allzu pauschal – als irrational erscheinen. Über weite Strecken gilt dies auch für die Geschehnisse der Zwischenkriegszeit. Fälschlicherweise hält man es dabei nicht für nötig, weiterhin die rationale Rekonstruktion auch des in dieser Zeit Irrationalen oder irrational Erscheinenden voranzutreiben. Vereitelt wird eine solche

[31] Auch aus Gründen der Moralität, und nicht allein aus solchen der Wissenschaftlichkeit kann man die Reduzierung eines zunehmend ritualistisch erstarrten Moralismus als wünschenswert betrachten.

Rekonstruktion einerseits durch die Überzeugung, mit der Eroberung des (auch militärisch nutzbaren) Weltraums, der digitalen Revolution, dem neu entwickelten ökologischen Bewusstsein und dem Aufstieg Chinas zur Weltmacht in eine fundamental neue Epoche der Weltgeschichte eingetreten zu sein, für die sich aus der Vergangenheit nichts wirklich Bedeutsames lernen lasse, andererseits durch den moralischen Überlegenheitsanspruch in Bezug auf vermeintlich obsolet gewordene Denk- und Lebensformen einer längst abgetretenen Generation von Fanatikern und deren Opfern. Im deutschen Sprachraum war die Zwischenkriegszeit in der Tat eine Zeit der Opfer und eine Zeit der Fanatiker, sie war aber auch eine Zeit der Zweifler und Widersacher. Insbesondere zeigt sie uns die eminente Wirkung kollektiver Opfermythen und verschiedener Formen eines moralisch verschleierten Willens zur Usurpation. Diese Geschichtsperiode war nicht nur in sozialer, ökonomischer, politischer und kultureller Hinsicht ungemein vielfältig, sie hält in verschiedener Hinsicht auch Deutungsmuster gegenwärtiger Verläufe bereit. Und zudem gibt es keinen Grund anzunehmen, dass nicht unsere Gegenwart der Zwischenkriegszeit in mancher Hinsicht zunehmend ähnlicher wird, als wir uns dies einzugestehen wagen.

Literatur

(Bei den folgenden bibliographischen Angaben wurde es häufig unterlassen, die aktuellsten Neuausgaben oder Nachdrucke von Büchern und Abhandlungen zu nennen. Als bedeutsamer erschien die Nennung ihrer Ersterscheinungsjahre.)

Acham, Karl (1972): „Hermeneutik und Wissenschaftstheorie aus der Sicht des Kritischen Rationalismus – Zum Verhältnis von Hermeneutik und Sozialwissenschaften“, in: Uwe Gerber (Hg.), Hermeneutik als Kriterium für Wissenschaftlichkeit? Der Standort der Hermeneutik im gegenwärtigen Wissenschaftskanon. Dokumente des Kolloquiums vom Oktober 1971 (= Loccumer Kolloquien 2), Loccum: o. V., S. 102–128.

Acham, Karl (2016): Vom Wahrheitsanspruch der Kulturwissenschaften. Studien zur Wissenschaftsphilosophie und Weltanschauungsanalyse, Wien/Köln/Weimar: Böhlau.

Adler, Max (1924): Neue Menschen. Gedanken über sozialistische Erziehung, Berlin: E. Laub’sche Verlagsbuchhandlung.

Adler, Max (1926): Politische oder soziale Demokratie. Ein Beitrag zur sozialistischen Erziehung, Berlin: E. Laub’sche Verlagsbuchhandlung.

Adorno, Theodor W. (1932): „Zur gesellschaftlichen Lage der Musik“, in: Zeitschrift für Sozialforschung 1, S. 103–124, 356–378. [Wiederabgedruckt in: Gesammelte Schriften 18, S. 729–777.]

Arlt, Ilse (von) (1921): Die Grundlagen der Fürsorge, Wien: Österreichischer Schulbuchverlag.

Arrow, Kenneth J. (1963 [1951]): Social Choice and Individual Values, 2. Aufl., New Haven: Yale University Press.

Bauer, Otto (1925): Der Kampf um Wald und Weide. Studien zur österreichischen Agrargeschichte und Agrarpolitik, Wien: Verlag der Wiener Volksbuchhandlung. [Neuauflage in: Otto Bauer Werkausgabe, Bd. 3, Wien: Europaverlag 1976, S. 31–248.]

Behrendt, Richard F. (1932): Politischer Aktivismus. Ein Versuch zur Soziologie und Psychologie der Politik, Leipzig: Hirschfeld.

Benn, Gottfried (1961 [1948]): „Berliner Brief, Juli 1948 an den Herausgeber einer süddeutschen Monatsschrift", in: Vermischte Schriften, Wiesbaden/München: Limes Verlag [= Das Hauptwerk. Vierter Band], S. 197–202.

Bock, Michael (1994): „Die Entwicklung der Soziologie und die Krise der Geisteswissenschaften in den 20er Jahren", in: Knut Wolfgang Nörr/Bertram Schefold/Friedrich Tenbruck (Hg.), Geisteswissenschaften zwischen Kaiserreich und Republik. Zur Entwicklung von Nationalökonomie, Rechtswissenschaft und Sozialwissenschaft im 20. Jahrhundert, Stuttgart: Franz Steiner, S. 159–185.

Böhm, Franz (1928): „Das Problem der privaten Macht", in: Die Justiz 3, S. 324–345.

Borkenau, Franz (1971 [1934]): Der Übergang vom feudalen zum bürgerlichen Weltbild. Studien zur Geschichte der Philosophie der Manufakturperiode, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft. [Unveränderter reprographischer Nachdruck der Ausgabe Paris: Alcan 1934.]

Burke, Peter (1989): Soziologie und Geschichte, aus dem Engl. v. Johanna Friedman, Hamburg: Junius.

Cohn, Arthur Wolfgang (1922): „Wirtschaftslehre oder Sozialwissenschaft?", in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 39, S. 1–80.

Comte, Auguste (1830–1842): Cours de philosophie positive, 6 Bde., Paris: Bachelier.

Curtius, Ernst Robert (1982 [1929]): „Soziologie – und ihre Grenzen", in: Volker Meja/Nico Stehr (Hg.), Der Streit um die Wissenssoziologie, 2 Bde., Bd. 2: Rezeption und Kritik der Wissenssoziologie, Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 417–426. [Aus: Neue Schweizer Rundschau 22 (Oktober 1929), S. 727–736.]

Dilthey, Wilhelm (1982 [1894]): „Ideen über eine beschreibende und zergliedernde Psychologie", in: Ders., Die geistige Welt (= Ges. Schriften, Bd. V), 7. Aufl., Stuttgart/Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, S. 139–240.

Dobretsberger, Josef (1931/32): „Zur Soziologie ökonomischen Denkens", in: Archiv für angewandte Soziologie 4, S. 21–55.

Eisler, Rudolf (1903): Soziologie. Die Lehre von der Entstehung und Entwickelung der menschlichen Gesellschaft, Leipzig: J.J. Weber.

Elias, Norbert (1997a [1939]): Über den Prozess der Zivilisation. Soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen, 2 Bde., Bd. 1: Wandlungen des Verhaltens in den weltlichen Oberschichten des Abendlandes, Frankfurt a.M.: Suhrkamp (= Bd. 3.1 der Gesammelten Schriften, bearb. v. Heike Hammer). [Die Erstauflage erschien 1939 in Basel im Verlag Haus zum Falken.]

Elias, Norbert (1997b [1939]): Über den Prozess der Zivilisation. Soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen, 2 Bde., Bd. 2: Wandlungen der Gesellschaft. Entwurf zu einer Theorie der Zivilisation, Frankfurt a. M.: Suhrkamp (= Bd. 3.2 der Gesammelten Schriften, bearb. v. Heike Hammer). [Die Erstauflage erschien 1939 in Basel im Verlag Haus zum Falken.]

Endreß, Martin (2004): „Varianten verstehender Soziologie", in: Klaus Lichtblau (Hg.), Max Webers „Grundbegriffe", Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 21–46.

Geiger, Theodor (1928): Die Gestalten der Gesellung, Leipzig: Buske.
Geiger, Theodor (1932): Die soziale Schichtung des deutschen Volkes. Soziographischer Versuch auf statistischer Grundlage, Stuttgart: Enke.
Geiger, Theodor (1962 [1930]): „Zur Theorie des Klassenbegriffs und der proletarischen Klasse“, in: Ders., Arbeiten zur Soziologie. Methode – Moderne Großgesellschaft – Rechtssoziologie – Ideologiekritik. Ausgew. u. eingel. von Paul Trappe, Neuwied am Rhein/Berlin-Spandau: Hermann Luchterhand, S. 206–259. [Aus: Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft 54 (1930), S. 185–236.]
Geiger, Theodor Julius (1933): Soziologische Kritik der eugenischen Bewegung, Berlin: R. Schoetz.
Goldscheid, Rudolf (1921): „Die Stellung der Entwicklungs- und Menschenökonomie im System der Wissenschaften“, in: Kölner Vierteljahreszeitschrift für Soziologie 1, S. 5–15.
Gottl-Ottlilienfeld, Friedrich von (1926): Fordismus. Über Industrie und technische Vernunft, 3. erw. Aufl., Jena: Gustav Fischer.
Gottl-Ottlilienfeld, Friedrich von (1929): Vom Sinn der Rationalisierung, Jena: Gustav Fischer.
Grünwald, Ernst (1934): Das Problem der Soziologie des Wissens, Wien/Leipzig: Braumüller.
Günther, Adolf (1925): „Soziologie und Sozialpolitik“, in: Verhandlungen des Vierten Deutschen Soziologentages, Tübingen: J.C.B. Mohr, S. 8–70.
Habermas, Jürgen (1968): „Erkenntnis und Interesse“, in: Ders., Technik und Wissenschaft als „Ideologie“, Frankfurt a. M., S. 146–168.
Hayek, Friedrich August von (1979): Mißbrauch und Verfall der Vernunft, 2. erw. Aufl., Salzburg: W. Neugebauer. [1. amerik. Aufl. 1952.]
Heberle, Rudolf (1931): „Soziographie“, in: Alfred Vierkandt (Hg.), Handwörterbuch der Soziologie, Stuttgart: F. Enke, S. 564–568.
Heberle, Rudolf/Fritz Meyer (1937): Die Großstädte im Strome der Binnenwanderung, Leipzig: S. Hirzel.
Heinrich, Walter [als Reinald Dassel] (1929): Gegen Parteienstaat, für Ständestaat, Wien/Graz/Klagenfurt: Verlag des Steirischen Heimatschutzverbandes.
Hertz, Friedrich (Otto) (1925): Zahlungsbilanz und Lebensfähigkeit Österreichs, München/Leipzig: Duncker & Humblot.
Hertz, Friedrich Otto (1928): Race and Civilisation, London: Kegan Paul, Trench, Trubner & Co./New York: Macmillan.
Hertz, Friedrich Otto (1930): Hans Günther als Rassenforscher, Berlin: Philo-Verlag.
Hertz, Friedrich (1931): „Zur Soziologie der Nation und des Nationalbewußtseins“, in: Archiv für Sozialwissenschaft 65, S. 1–60.
Hetzer, Hildegard (1929): Kindheit und Armut. Psychologische Methoden in Armutsforschung und Armutsbekämpfung, Leipzig: Hirzel.
Honigsheim, Paul (1930): „Musik und Gesellschaft“, in: Leo Kestenberg (Hg.), Kunst und Technik, Berlin: Volksverband der Bücherfreunde, Wegweiser-Verlag, S. 63–96.
Horkheimer, Max (1982 [1930]): „Ein neuer Ideologiebegriff?“, in: Volker Meja/Nico Stehr (Hg.), Der Streit um die Wissenssoziologie, 2 Bde., Bd. 2: Rezeption und Kritik der Wissenssoziologie, Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 474–496. [Aus: Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung 15 (1930), S. 33–56.]

Inama-Sternegg, Karl Theodor von (1882): „Geschichte und Statistik“, in: Statistische Monatschrift 8, S. 3–15.
Inama-Sternegg, Karl Theodor von (1903a): „Vom Wesen und den Wegen der Sozialwissenschaft“, in: Ders., Staatswissenschaftliche Abhandlungen, Bd. 1, Leipzig: Duncker & Humblot, S. 1–19.
Inama-Sternegg, Karl Theodor von (1903b): „Zur Kritik der Moralstatistik“, in: Ders. Staatswissenschaftliche Abhandlungen, Bd. 1, Leipzig: Duncker & Humblot, S. 303–333.
Jaspers, Karl (1990 [1913]): „Kausale und ‚verständliche‘ Zusammenhänge zwischen Schicksal und Psychose bei der Dementia praecox (Schizophrenie)“, in: Ders., Gesammelte Schriften zur Psychopathologie, Nachdruck der 1. Aufl. von 1963, Berlin/Heidelberg/New York: Springer, S. 329–412. [Erstmals in: Zeitschrift für die gesamte Neurologie und Psychiatrie. Originalien 14 [1913], S. 158–263.]
Kaufmann Felix (1936): Methodenlehre der Sozialwissenschaften, Wien: Springer.
Kelsen, Hans (1920): Sozialismus und Staat. Eine Untersuchung der politischen Theorie des Marxismus, Leipzig: Hirschfeld.
Kelsen, Hans (1921): „Der Staatsbegriff der ‚verstehenden Soziologie‘“, in: Zeitschrift für Volkswirtschaft und Sozialpolitik, Neue Folge, Bd. 1, S. 104–119.
Kelsen, Hans (1922): „Staat und Recht. Zum Problem der soziologischen und juristischen Erkenntnis des Staates“, in: Kölner Vierteljahreshefte für Sozialwissenschaften 2, S. 18–37.
Kelsen, Hans (1928a): Der soziologische und der juristische Staatsbegriff. Kritische Untersuchung des Verhältnisses von Staat und Recht, Tübingen: J.C.B. Mohr.
Kelsen, Hans (1928b): Die philosophischen Grundlagen der Naturrechtslehre und des Rechtspositivismus, Charlottenburg: R. Heise.
Kelsen, Hans (1933): Staatsform und Weltanschauung, Tübingen: J.C.B. Mohr.
Klezl-Norberg, Felix (von) (1921): Zur Statistik der Teuerung in Österreich, Wien: Österreichische Staatsdruckerei.
Kruse, Volker (1999): „Geschichts- und Sozialphilosophie“ oder „Wirklichkeitswissenschaft“. Die deutsche historische Soziologie und die logischen Kategorien René Königs und Max Webers, Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
Lazarsfeld, Paul Felix/Arthur W. Kornhauser (1935): The techniques of market research from the standpoint of a psychologist. (Presented at the Institute of management meeting, Hotel Pennsylvania, May 24, 1935) New York: American Management Association.
Lazarsfeld, Paul Felix/Marie Jahoda/Hans Zeisel (1933): Die Arbeitslosen von Marienthal. Ein soziographischer Versuch über die Wirkungen langdauernder Arbeitslosigkeit, hrsg. und bearbeitet von der Österreichischen Wirtschaftspsychologischen Forschungsstelle, Leipzig: S. Hirzel.
Lederer, Emil (1918/1919): „Zum sozialpsychischen Habitus der Gegenwart“, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 46, S. 114–139.
Lederer, Emil (1922): Die sozialen Organisationen, 2. Aufl., Leipzig/Berlin: Teubner.
Lederer, Emil (2014a [1922]): „Zeit und Kunst“, in: Ders., Schriften zur Wissenschaftslehre und Kultursoziologie, hrsg. u. eingel. v. Peter Gostmann u. Alexandra Ivanova, Wiesbaden: Springer, S. 227–234.

Lederer, Emil (2014b [1925]): „Zum Methodenstreit in der Soziologie. Ein Beitrag zum Grundproblem einer ‚verstehenden' Soziologie", in: Ders., Schriften zur Wissenschaftslehre und Kultursoziologie, hrsg. u. eingel. v. Peter Gostmann u. Alexandra Ivanova, Wiesbaden: Springer, S. 259–282.
Leichter, Käthe (1927): Frauenarbeit und Arbeiterinnenschutz in Österreich, Wien: Verlag „Arbeit und Wirtschaft".
Leichter, Käthe (1932): So leben wir ... 1320 Industriearbeiterinnen berichten über ihr Leben. Eine Erhebung, Wien: Verlag „Arbeit und Wirtschaft".
Löwe, Adolf (1932): „Über den Sinn und die Grenzen verstehender Nationalökonomie. Zu Sombarts Werk ‚Die drei Nationalökonomien'", in: Weltwirtschaftliches Archiv 36, S. 149–162.
Löwe, Adolf (1935): Economics and Sociology: A Plea for Co-operation in the Social Sciences, London: Allen and Unwin.
Löwenthal, Leo (1932): „Zur gesellschaftlichen Lage der Literatur", in: Zeitschrift für Sozialforschung 1–2, S. 85–102.
Luschan, Felix (von) (1922): Völker, Rassen, Sprachen, Berlin: Welt-Verlag.
Maas, Walther (1938): „Geographie und Soziologie", in: Slavische Rundschau 10, S. 176–182.
Mann, Fritz Karl (1930): Die Staatswirtschaft unserer Zeit. Eine Einführung, Jena: Gustav Fischer.
Mann, Golo (1979): „Plädoyer für die historische Erzählung", in: Jürgen Kocka/Thomas Nipperdey (Hg.), Theorie und Erzählung in der Geschichte (= Beiträge zur Historik, Bd. 3), München: Deutscher Taschenbuch Verlag, S. 40–56.
Mannheim, Karl (1964a [1922]): „Die Strukturanalyse der Erkenntnistheorie", in: Ders., Wissenssoziologie. Auswahl aus dem Werk, eingel. u. hrsg. von Kurt H. Wolff, Berlin/Neuwied: Hermann Luchterhand, S. 166–245. [Kant-Studien, Ergänzungsheft Nr. 57, Berlin: Reuther und Reichard 1922.]
Mannheim, Karl (1964b [1924]): „Historismus", in: Ders., Wissenssoziologie. Auswahl aus dem Werk, eingel. u. hrsg. von Kurt H. Wolff, Berlin/Neuwied: Hermann Luchterhand, S. 246–307. [Aus: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 52 (1924), H. 1, S. 1–60.]
Mannheim, Karl (1964c [1928]): „Das Problem der Generationen", in: Ders., Wissenssoziologie. Auswahl aus dem Werk, eingel. u. hrsg. von Kurt H. Wolff, Berlin/Neuwied: Hermann Luchterhand, S. 509–565. [Aus: Kölner Vierteljahrshefte für Soziologie 7 (1928), S. 157–185, 309–330.]
Mannheim, Karl (1969 [1929]): Ideologie und Utopie, Frankfurt: Schulte-Bulmke. [Die 1. Aufl. erschien im Verlag F. Cohen in Bonn.]
Mannheim, Karl (1984 [1926]): Konservatismus. Ein Beitrag zur Soziologie des Wissens, hrsg. von David Kettler, Volker Meja und Nico Stehr, Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
Martin, Alfred von (1932): Soziologie der Renaissance. Zur Physiognomik und Rhythmik bürgerlicher Kultur, Stuttgart: Ferdinand Enke.
Mayreder, Rosa (1922): Zur Kritik der Weiblichkeit. Essays, 5. Aufl., Jena: E. Diederichs.
Mayreder, Rosa (1923): Geschlecht und Kultur. Essays, Jena: E. Diederichs.
Mayreder, Rosa (1927): Ideen der Liebe, Jena: E. Diederichs.
Meja, Volker/Nico Stehr (Hg.) (1982): Der Streit um die Wissenssoziologie, 2 Bde. Bd. 2: Rezeption und Kritik der Wissenssoziologie, Frankfurt/M.: Suhrkamp.

Messner, Johannes (1928): Sozialökonomik und Sozialethik, Paderborn: Schöningh.
Mises, Richard von (1939): Kleines Lehrbuch des Positivismus. Einführung in die empiristische Wissenschaftsauffassung, The Hague, Holland: W.P. van Stockum & Zoon. [Ein Nachdruck, hrsg. u. eingel. v. Friedrich Stadler, erschien 1990 bei Suhrkamp in Frankfurt a. M.]
Morgenstern, Oskar (1928): Wirtschaftsprognose. Untersuchung ihrer Voraussetzungen und Möglichkeiten, Wien: J. Springer.
Morgenstern, Oskar (1935): „Vollkommene Voraussicht und wirtschaftliches Gleichgewicht", in: Zeitschrift für Nationalökonomie 6, S. 337–357.
Neurath, Otto (1928): Lebensgestaltung und Klassenkampf, Berlin: E. Laubsche Verlagsbuchhandlung.
Neurath, Otto (1998): Gesammelte ökonomische, soziologische und sozialpolitische Schriften, 2 Bde., hrsg. v. Rudolf Haller und Ulf Höfer, Wien: Hölder-Pichler-Tempsky.
Nietzsche, Friedrich (1963 [1872]): „Vom Nutzen und Nachteil der Historie für das Leben" (= Unzeitgemäße Betrachtungen. Zweites Stück), in: Ders., Werke in drei Bänden, Bd. 1, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, S. 209–285.
Plenge, Johann (1919): Drei Vorlesungen über die allgemeine Organisationslehre, Essen: G.D. Baedeker.
Plessner, Helmuth (1935): Das Schicksal deutschen Geistes im Ausgang seiner bürgerlichen Epoche, Zürich/Leipzig: Niehans. [Dieses Buch erschien unter dem Titel *Die verspätete Nation. Über die politische Verführbarkeit bürgerlichen Geistes* 1959 in 5 Auflagen im Verlag Kohlhammer in Stuttgart, seit 1974 unter demselben Titel in mehreren Auflagen bei Suhrkamp in Frankfurt a. M.]
Plessner, Helmuth (1982 [1931/1932]): „Abwandlungen des Ideologiegedankens", in: Volker Meja/Nico Stehr (Hg.), Der Streit um die Wissenssoziologie, 2 Bde., Bd. 2: Rezeption und Kritik der Wissenssoziologie, Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 637–662. [Zuerst erschienen in: Kölner Vierteljahreshefte für Soziologie 10 (1931/1932), S. 148–170.]
Popp, Adelheid (1922): Frauenarbeit in der kapitalistischen Gesellschaft, Wien: Verlag des Frauen-Zentralkomitees.
Preussner, Eberhard (1935): Die bürgerliche Musikkultur. Ein Beitrag zur deutschen Musikgeschichte des 18. Jahrhunderts, Hamburg: Hanseatische Verlagsanstalt.
Pribram, Karl (1917): „Die Weltanschauungen der Völker und ihre Politik", in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 44, S. 161–197.
Rebling, Eberhard (1935): Die soziologischen Grundlagen der Stilwandlung der Musik in Deutschland um die Mitte des 18. Jahrhunderts, Saalfeld, Ostpr.: Günthers Buchdruckerei.
Renner, Karl (1929): Die Rechtsinstitute des Privatrechts und ihre soziale Funktion, Tübingen: J.C.B. Mohr. [Überarbeitete Neuausgabe des unter dem Pseudonym „Josef Karner" 1904 veröffentlichten Buchs *Die soziale Funktion der Rechtsinstitute.*]
Salomon, Albert (1979 [1921]): Der Freundschaftskult im 18. Jahrhundert in Deutschland. Versuch zur Soziologie einer Lebensform. Diss. Universität Heidelberg (Microfiche). [Wiederabgedruckt in: Zeitschrift für Soziologie 8 (1979), S. 279–308.]
Scheler, Max (1960a [1926]): Die Wissensformen und die Gesellschaft, 2. Aufl., Bern/München: Francke (= Gesammelte Werke, Bd. 8).

Scheler, Max (1960b [1925]): „Probleme einer Soziologie des Wissens“, in: Ders., Die Wissensformen und die Gesellschaft, 2. Aufl., Bern/München: Francke (= Gesammelte Werke, Bd. 8), S. 15–190.
Schelling, Thomas C. (1978): Micromotives and Macrobehavior, London/New York: W.W. Norton.
Schivelbusch, Wolfgang (2002): Die Kultur der Niederlage. Der amerikanische Süden 1865 – Frankreich 1871 – Deutschland 1918, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
Schütz, Alfred (1974 [1932]): Der sinnhafte Aufbau der sozialen Welt. Eine Einleitung in die verstehende Soziologie, 2. Aufl., Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
Schulze, Winfried (1974): Soziologie und Geschichtswissenschaft. Einführung in die Probleme der Kooperation beider Wissenschaften, München: Fink.
Schumpeter, Joseph A. (1952 [1932]): „Das Woher und Wohin unserer Wissenschaft. Abschiedsrede gehalten vor der Bonner staatswissenschaftlichen Fachschaft am 20. Juni 1932“, in: Ders., Aufsätze zur ökonomischen Theorie, Tübingen: J.C.B. Mohr, S. 598–608.
Serauky, Walter (1934): „Wesen und Aufgaben der Musiksoziologie,“ in: Zeitschrift für Musikwissenschaft 16, S. 232–244.
Simmel, Georg (1917): Grundfragen der Soziologie (Soziologie und Gesellschaft), Berlin: Göschen.
Sombart, Werner (1925): Die Ordnung des Wirtschaftslebens, München/Leipzig: Duncker & Humblot.
Sombart, Werner (1930): Nationalökonomie und Soziologie, Jena: Gustav Fischer.
Sombart, Werner (1967 [1930]): Die drei Nationalökonomien. Geschichte und System der Lehre von der Wirtschaft, 2. Aufl., Berlin: Duncker & Humblot.
Spann, Othmar (1921): Der wahre Staat. Vorlesung über Abbruch und Neubau der Gesellschaft, Leipzig: Quelle und Meyer.
Spann, Othmar (1934): Kämpfende Wissenschaft. Gesammelte Abhandlungen zur Volkswirtschaftslehre, Gesellschaftslehre und Philosophie, Jena: Gustav Fischer.
Steinmetz, Sebald Rudolf (1927): „Das Verhältnis von Soziographie und Soziologie“, in: Verhandlungen des Fünften Deutschen Soziologentages, Tübingen: Mohr, S. 217–225, Diskussion: S. 226–227.
Tietze, Hans (1930): Die Kunst in unserer Zeit, Wien: R. Lányi.
Tönnies, Ferdinand (1963 [1887]): Gemeinschaft und Gesellschaft. Grundbegriffe der reinen Soziologie (Nachdr. [der] 8., verb. Aufl., Leipzig 1935), Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
Topitsch, Ernst (Hg.) (1964): Hans Kelsen. Aufsätze zur Ideologiekritik, Neuwied am Rhein/Berlin: Luchterhand.
Vierkandt, Alfred (1928): Gesellschaftslehre. Hauptprobleme der Philosophischen Soziologie, 2. umgearb. Aufl., Stuttgart: Ferdinand Enke.
Voegelin, Erich (1928): Über die Form des amerikanischen Geistes, Tübingen: J.C.B. Mohr.
Wald, Abraham (1939): „Contributions to the theory of statistical estimation and testing hypotheses“, in: Annals of Mathematical Statistics 10, S. 299–326.
Weber, Alfred (1909): Reine Theorie des Standorts, Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck).
Weber, Alfred (1935): Kulturgeschichte als Kultursoziologie, Leiden: A. W. Sijthoff’s Uitgeversmaatschappij.

Weber, Max (1921): Die rationalen und soziologischen Grundlagen der Musik. Mit einer Einleitung von Prof. Dr. Theodor Kroyer, München: Drei Masken Verlag. [Aus dem Nachlass herausgegeben.]
Weber, Max (1968a [1913]): „Über einige Kategorien der verstehenden Soziologie“, in: Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre (1922), 3. Aufl., Tübingen: J.C.B. Mohr, S. 427–474.
Weber, Max (1968b [1921]): „Soziologische Grundbegriffe“, in: Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre (1922), 3. Aufl., Tübingen: J.C.B. Mohr, S. 541–581.
Weber, Max (1968c [1922]): Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre, 3. Aufl., Tübingen: J.C.B. Mohr.
Weber, Max (1972a [1904/05]): Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus, in: Ders., Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie, Bd. I, 6., photomech. gedr. Aufl. [der Ausgabe 1920], Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck), S. 17–206.
Weber, Max (1972b [1916]): Einleitung in die Wirtschaftsethik der Weltreligionen, in: Ders., Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie, Bd. I, 6., photomech. gedr. Aufl. [der Ausgabe 1920], Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck), S. 237–275.
Wiese, Leopold von (1923–1928): Allgemeine Soziologie als Lehre von den Beziehungsbedingungen der Menschen, 2 Bde., Teilband 1: Beziehungslehre, 1924, Teilband 2: Gebildelehre, 1928, München: Duncker & Humblot. [Zweite überarbeitete Aufl. in einem Band: System der allgemeinen Soziologie als Lehre von den sozialen Prozessen und den sozialen Gebilden der Menschen (Beziehungslehre), München/Leipzig: Duncker & Humblot 1933.]
Wieser, Friedrich von (1919): Österreichs Ende, Berlin: Ullstein & Co.
Wieser, Friedrich (1924 [1914]): Theorie der gesellschaftlichen Wirtschaft, 2. Aufl., Tübingen: J.C.B. Mohr.
Winkler, Wilhelm (1931–1933): Grundriß der Statistik, Bd. 1 und 2, Berlin: Springer. [2., umgearb. Aufl. Wien 1947–1948.]
Wittgenstein, Ludwig (1977): Vermischte Bemerkungen. Eine Auswahl aus dem Nachlass, hrsg. von Georg Henrik von Wright unter Mitarbeit von Heikki Nyman, Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
Wundt, Wilhelm (1892): Ethik. Eine Untersuchung der Thatsachen und Gesetze des sittlichen Lebens, 2. Aufl., Stuttgart: Ferdinand Enke.
Žižek, Franz (1912): Soziologie und Statistik, München/Leipzig: Duncker & Humblot.
Žižek, Franz (1921): Grundriß der Statistik, München: Duncker & Humblot.
Zweerde, Evert van der (1997): Soviet Historiography of Philosophy. Istoriko-Filosofskaja Nauka, Dordrecht/Boston/London: Kluwer Academic Publishers.

Karl Acham, Dr. phil., Dr. h. c. der University of Waterloo (Kanada), geb. 1939 in Leoben, em. o. Professor für Soziologische Theorie, Ideengeschichte und Wissenschaftslehre an der Karl-Franzens-Universität Graz, wirkl. Mitglied der Österr. Akademie der Wissenschaften, Träger des Österr. Ehrenzeichens für Wissenschaft und Kunst. Forschungsschwerpunkte: Geschichts- und Sozialphilosophie, Geschichte und Theorie der Geistes- und Sozialwissenschaften, Kultursoziologie, Weltanschauungsanalyse.

Gesellschaftstheorien und soziologische Hauptströmungen

Wege in die Soziologie – Max Weber und Wien

Edith Hanke

Inhaltsverzeichnis

1 Ludo Moritz Hartmann und die Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 48
2 Hans Kelsen und die juristische Methode 51
3 Eugen von Philippovich und Friedrich von Wieser – Von der Nationalökonomie zur Sozialökonomie und Soziologie 53
4 Rudolf Goldscheid und die Deutsche Gesellschaft für Soziologie 59
5 Ein Sommer in Wien 64
6 Ausblick: Wiener Spuren Max Webers 68
Literatur 71

Zusammenfassung

Die Entstehung und Profilierung der Soziologie zu Beginn des 20. Jahrhunderts war in hohem Maße von den wissenschaftshistorischen Kontexten abhängig. Anhand der Wiener Kontakte Max Webers lassen sich in idealtypischer Weise verschiedene soziologische Prägungen und Positionen benennen. Der mit Max Weber befreundete Wirtschafts- und Sozialhistoriker Ludo Moritz Hartmann steht für eine monistische und sozialethische Position, die typisch für das Wiener Milieu war. Hans Kelsen, der Begründer der

E. Hanke (✉)
Bayerische Akademie der Wissenschaften, München, Deutschland
E-Mail: Edith.Hanke@badw.de

© Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2022

K. Acham und S. Moebius (Hrsg.), *Soziologie der Zwischenkriegszeit. Ihre Hauptströmungen und zentralen Themen im deutschen Sprachraum*,
https://doi.org/10.1007/978-3-658-31401-9_2

„Reinen Rechtslehre“, markiert die methodologische Abgrenzung zur Soziologie. Die beiden Wiener Nationalökonomen Eugen von Philippovich und Friedrich von Wieser stehen für die breite Straße der deutschsprachigen Soziologie, die von der Wirtschaftswissenschaft über die Sozialökonomie führte. Gemeinsames Forum des Austausches war der Verein für Socialpolitik. Bezeichnend für Webers institutionell-organisatorische Absichten ist die scharfe Abgrenzung gegenüber dem Privatgelehrten Rudolf Goldscheid bei der Gründung der deutschen Gesellschaft für Soziologie.

Schlüsselwörter

Max Weber · Historische Nationalökonomie · Wertfreie Soziologie · Deutsche Gesellschaft für Soziologie · Verein für Socialpolitik

Am 26. Oktober 1917 erschien in der Wiener „Neuen Freien Presse“ ein ausführlicher Bericht über einen Vortrag, den Max Weber am Vorabend im Hörsaal des Anatomischen Instituts, Währingerstraße 13, und auf Einladung der Soziologischen Gesellschaft gehalten hatte.[1] „Probleme der Staatssoziologie“ bietet einen kondensierten Überblick über Max Webers Herrschaftstypen. Der Vortragsinhalt markiert ein wichtiges Zwischenglied zwischen der Vorkriegsfassung von Webers großem Werk *Wirtschaft und Gesellschaft* und der Neufassung von 1919/20. Es war ein Neuanfang nach intensiver Arbeit in der Lazarettverwaltung zu Beginn des Ersten Weltkrieges, anschließender Versenkung in die *Wirtschaftsethik der Weltreligionen* und einem ausgeprägten politischen Engagement für die Neuordnung Deutschlands.

Außergewöhnlich ist der Vortragsbericht für Weber-Experten, weil Weber hier zum ersten und einzigen Mal in seinem Werk einen vierten, demokratischen Legitimitätstypus einführt. Hier beruht die Herrschaftslegitimität auf „dem Willen der Beherrschten“ (Weber 2005: 755). Aber dieser aufregende Gedanke schien die Wiener Leser im Herbst 1917 weniger zu beschäftigen als

[1] Anonym, „Ein Vortrag Max Webers über die Probleme der Staatssoziologie“, in: Neue Freie Presse. Wien, Nr. 19102 vom 26. Okt. 1917, Mo.Bl., S. 10, Sp. 1–2 (= Weber 2005: 745–756). Es war der 111. Vortrag der Wiener Gesellschaft für Soziologie; vgl. die Ankündigung in: Fremden-Blatt, Wien, 71. Jg., Nr. 293 vom 25. Okt. 1917, Abend-Ausgabe, S. 3; ebenfalls in: Arbeiter-Zeitung. Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich, Wien, 24. Jg., Nr. 288 vom 20. Okt. 1917, Mo.Bl., S. 9; Neue Freie Presse, Wien, Nr. 19101 vom 25. Okt. 1917, Ab.Bl., S. 1. Der Vortrag Max Webers ist bei Exner (2013: 146) nicht erwähnt, vielleicht weil Rudolf Goldscheid nicht eingeladen hatte.

die Randinformationen des Berichterstatters. Dem Vortrag wohnten, wie es am Schluss des Zeitungsberichts heißt, prominente Vertreter aus Politik und Universität bei, u. a. der amtierende Unterrichtsminister Cwiklinski, Handelsminister Freiherr v. Wieser, Geheimrat v. Spitzmüller, sowie die Professoren v. Schey, Bernatzik, Grünberg, Schiff und Redlich (Weber 2005: 749). Der Grund war offensichtlich und eine Zeitungsmeldung wert: Max Weber, einer der „hervorragendsten und verdienstvollsten Lehrer der Volkswirtschaft in Deutschland“ (Weber 2005: 749), sollte auf den Lehrstuhl des im Frühsommer verstorbenen Hofrats Eugen von Philippovich berufen werden. Auch in dem internen Gutachten, das der Staats- und Völkerrechtler Edmund Bernatzik für die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät angefertigt hatte, wurden Webers außerordentliche persönliche und wissenschaftliche Eigenschaften hervorgehoben, vor allem seine neuesten soziologischen Studien zum Zusammenhang von Wirtschaft und Religion sowie sein „grösseres soziologisches Werk ‚Wirtschaft und Gesellschaft‘“, das er vor dem Amtsantritt noch „weiter fördern wolle“.[2] Sein Wiener Probesemester trat Max Weber im April 1918 an, ein zweites Mal in seinem Leben als Nachfolger Eugen von Philippovichs, dessen Lehrstuhl er im Oktober 1894 in Freiburg übernommen hatte; damals seine erste Stelle als ordentlicher Professor für Nationalökonomie und Finanzwissenschaft.

Max Weber, geb. 1864, ist weder als Soziologe zur Welt gekommen, noch hat er eine soziologische Ausbildung erhalten. Er selber gehört neben Georg Simmel und Ferdinand Tönnies zu den sog. Gründervätern der deutschen Soziologie. Lange Zeit hat sich Weber gegen die Soziologie als „viel zu hybrid[es]“ Fach gesperrt.[3] Die Selbstbezeichnung als „Soziologe“ fiel in den letzten Werk- und Lebensabschnitt, der durch eine Lungenentzündung im Juni 1920 abrupt beendet wurde. 1903, nach seiner psychosomatischen Erkrankung, machte sich Max Weber auf den Weg, „unsere Disziplin“ (gemeint ist hier noch die Nationalökonomie) neu aufzustellen (vgl. Weber 2018a: 49, Fn. 12). Dabei gelangte er schrittweise zur Soziologie.[4]

Die Konstituierung einer neuen Fachdisziplin umfasst mehrere Aspekte: a) die Ausdifferenzierung eines neuen Profils durch einen neuen Gegenstand

[2] Edmund Bernatzik: Bericht vom 24. Sept. 1917, AWA Wien, Fasz. 4 C1/751, masch., S. 2.

[3] Brief Max Webers an das k. k. Ministerium für Kultus und Unterricht vom 5. Juni 1918 (Weber 2012: 181; vgl. auch unten).

[4] Vgl. die ausführliche Darlegung zum deutschen, philosophie- und werkbezogenen Kontext von Weiß (Weber 2018b: 1–92), dort mit dem Wendepunkt 1913, sowie den systematisch sehr guten Überblicksartikel von Pankoke (1984: bes. Kap. IV: Begründung und Entwicklung der Soziologie als Wissenschaft).

(„*Problem*stellung“) oder/und eine neue kognitive Wahrnehmung (Methode, Begrifflichkeit);[5] b) eine Institutionalisierung in Form von Anerkennung und einer sachlich-personellen Ausstattung im Konzert der etablierten Fachwissenschaften; c) eine Kanonisierung durch Lehrbücher, Grundlagentexte oder Fachorgane. Auf dem Weg zur Soziologie waren die Wiener Kollegen – Juristen, Historiker, Nationalökonomen, Philosophen und selbsterklärte Soziologen – Webers Wegbegleiter. In der diskursiven Auseinandersetzung um die Konstituierung des neuen Fachs vertraten sie oft Gegenpositionen, an denen sich Weber abarbeitete, um das von ihm angestrebte Profil zu schärfen. Anhand der verschiedenen Persönlichkeiten und Fachrichtungen der Wiener Kollegen lässt sich der Weg Max Webers in die Soziologie nachzeichnen. Diese gewählte Perspektive eröffnet auch neue Einsichten.

1 Ludo Moritz Hartmann und die Sozial- und Wirtschaftsgeschichte

Hartmann (1865–1924) gehörte zu den ältesten Wegbegleitern Max Webers. Er steht hier auch deshalb an erster Stelle, weil er – und nicht der Obmann der Soziologischen Gesellschaft, Rudolf Goldscheid, – Weber 1917 zum Vortrag nach Wien einlud.[6] Als eines der Gründungs- und Vorstandsmitglieder hatte Hartmann offenbar die Legitimation, eine solche Einladung auszusprechen (vgl. Fleck 1990: 42). Dabei schlich sich für den bekennenden Sozialdemokraten ein symptomatischer Lesefehler ein. Er las aus Webers schwer lesbarer Handschrift offenbar „Problematik der sozialistischen Staatslehre“, statt – wie Weber den vorgeschlagenen Vortragstitel umgehend richtig stellte – „Probleme der

[5] Vgl. Weber (2009b: 193): Entscheidend für die Konstituierung einer neuen, selbständigen Wissenschaft seien: „a) *Problem*stellung/b) Methode. – *Gedankenzusammenhang*“; „Nicht Zusammenhang der *Dinge*, sondern Zusammenhang der *Gedanken* beim *Menschen*“; „Selbständige Wissenschaft: wo über neue selbständige *Probleme*/selbständige *Wahrheiten* mit/selbständiger *Methode* gefunden werden“. (Wiedergabe der Vorlesungsnotizen hier und im Folgenden ohne die eckigen Klammern der Editoren zur Markierung der Wortergänzungen). Zum Aspekt der kognitiven Wahrnehmung vgl. Lepsius (1981: 18 f.).

[6] Zur Vortragsplanung vgl. die Briefe von Ludo Moritz Hartmann vom 22. Jan., 29. Jan. und 3. Okt. 1917, BSB München, Ana 446.C; sowie die Briefe Max Webers an Ludo Moritz Hartmann vom 24. Jan., 22. Febr., 20. April, 10. Juli, 24. Juli, 11. Aug., 24. Sept., 7. Okt. und 10. Okt. 1917 (Weber 2008: 588 f., 601, 617 f., 687, 743, 784, 791 f.).

Staats*soziologie*“ oder „der *soziologischen* Staatslehre“ (vgl. Weber 2008: 791). Der ewige Privatdozent Hartmann (er erhielt eine außerordentliche Professur an der Universität Wien erst 1918 mit 53 Jahren!) war Fachmann für römische, byzantinische und italienische Geschichte. Als Schüler Theodor Mommsens besprach er 1892 die Habilitationsschrift Max Webers über die „Römische Agrargeschichte in ihrer Bedeutung für das Staats- und Privatrecht“. Einerseits begrüßte er die innovative Arbeit zur römischen Wirtschaftsgeschichte, vermisste bei Weber aufgrund des juristischen Blickwinkels aber bisweilen historische Genauigkeit (Hartmann 1892: 215).[7] In den Folgejahren bemühte sich Hartmann, den fast gleichaltrigen Weber für Rezensionen in der von ihm mitherausgegebenen „Zeitschrift für Social- und Wirtschaftsgeschichte“, der bis heute erfolgreichen „Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte“ (VSWG), zu gewinnen.[8] Weber schaffte es aufgrund vielfacher beruflicher und sonstiger Verpflichtungen nicht, bezog sich aber in seinen frühen Arbeiten und Vorlesungen zur Agrar- und Kulturgeschichte des Altertums auf die einschlägigen Titel Hartmanns.[9]

Neben dem starken sozial- und wirtschaftshistorischen Interesse (Weber rollte *alle* Probleme historisch auf) verband die beiden Gelehrten zunehmend eine persönliche Freundschaft, die auch die Ehefrauen einschloss.[10] Hartmann war

[7] Vgl. dazu auch Jürgen Deininger im Editorischen Bericht (Weber 1986: 41: „chronologische Unklarheiten“).

[8] Vgl. die Antwortbriefe Max Webers an Hartmann vom 2. Juni 1894 (Weber 2017a: 545) und vom 21. Jan. 1896 (Weber 2015: 161). – VSWG, jetzt: Band 108, 2021.

[9] Weber zitiert Hartmanns Aufsatz „Zur Geschichte der Zünfte im frühen Mittelalter“ von 1895 in der 3. Fassung der „Agrarverhältnisse“ (Weber 2006: 695 mit Hg.-Anm. 24). Er bezieht sich auch auf dessen Besprechung der „Römischen Agrargeschichte“ (Weber 2006: 350 mit Hg.-Anm. 18; 671, Fn. 33) und empfiehlt in seiner nationalökonomischen Vorlesung (Weber 2009a: 412) Hartmanns Aufsatz „Über die Ursache des Unterganges des römischen Reiches“ von 1889 (dazu auch Deininger im Editorischen Bericht zu „Soziale Gründe“ – Weber 2006: 83 mit Anm. 9).

[10] Zu einer ersten „flüchtigen Bekanntschaft“ scheint es vor 1894 gekommen zu sein (vgl. den Brief Max Webers an Hartmann vom 2. Juni 1894 – Weber 2017a: 545). Spätestens seit der Generalversammlung des Vereins für Socialpolitik im September 1909 in Wien waren auch die beiden Ehefrauen einbezogen (vgl. den Brief Max Webers an Hartmann vom 19. Nov. 1909 – Weber 1994: 317; sowie die Mitteilung von Marianne Weber an Helene Weber vom 15. Okt. 1909, BSB München, Ana 446.C, dass sie „bei einem Festessen u. bei Hartmanns bis um 12 Uhr nachts“ gewesen seien).

ein enger Freund von Webers nächstjüngerem Bruder Alfred.[11] Während seiner politisch motivierten Wien-Reise im Sommer 1916 logierte Max Weber sogar mehrere Tage bei der Familie Hartmann in der Rathausstraße 15 im I. Bezirk. Differenzen gab es allerdings hinsichtlich der methodischen Fragen. Der von Christian Fleck (1992: 41) als „Auch-Soziologe" titulierte Hartmann hatte 1905 eine kleine Broschüre mit dem vielversprechenden Titel *Über historische Entwickelung. Sechs Vorträge zur Einleitung in eine historische Soziologie* veröffentlicht. Teile davon hatte er im April 1903 unter dem Titel „L'evoluzione storica" beim Internationalen Historikerkongress in Rom vorgetragen (vgl. Hartmann 1905: V–VI), an dem auch Max Weber teilnahm.[12] Italien war Webers Fluchtpunkt in seiner Rekonvaleszenz-Zeit gewesen. Hier entstanden auch die ersten Vorarbeiten zum mehrteiligen Aufsatz „Roscher und Knies und die logischen Probleme der historischen Nationalökonomie". Im zweiten Teil des sog. „Seufzer"-Aufsatzes ging Weber auch auf die Hartmannsche Broschüre ein.

Weber trieb die Frage um, wie sich die historische Nationalökonomie methodisch neu aufstellen könnte, nicht nur gegen den historischen Materialismus, sondern vor allem gegen die naturalistischen und psychologischen Entwürfe, die aus der Wissenschaft auch eine „Weltanschauung", zumeist die des Monismus, ableiteten (vgl. Hübinger 1997). Dafür standen in der zeitgenössischen Debatte die Namen Wilhelm Wundt, Ernst Mach und Wilhelm Ostwald. Dass Hartmann seine Broschüre „Professor Ernest Mach in aufrichtiger Verehrung" zugeeignet hatte, dürfte Weber alarmiert haben. Er wendete sich folglich in einigen Fußnoten zum Seufzer-Aufsatz und der anschließenden Auseinandersetzung mit Eduard Meyer scharf gegen Hartmanns aus der Biologie entnommene Begriffe der „Anpassung" und des „Zufalls" (vgl. Weber 2018a: 276, Fn. 22; 390, Fn. 4; 399, Fn. 11). Die Menschheitsgeschichte deutete Hartmann (1905:

[11] Im Brief an ihre Schwiegermutter (Mitteilung von Marianne Weber an Helene Weber vom 15. Okt. 1909, BSB München, Ana 446.C) erwähnt Marianne Weber auch, dass Alfred Weber seine „Bekanntschaft" Sonja Ryss in „Hartmanns ‚Volksheim' als Dozentin für Kunstgeschichte untergebracht" habe. Dass Hartmann über die Liebesbeziehungen von Alfred Weber Bescheid wusste, ist wohl ein Indiz für die enge Freundschaft (vgl. dazu auch die Andeutungen in den Briefen Max Webers an Marianne Weber vom 16. Mai 1910 – Weber 1994: 517, und vom 7. Jan. 1911 – Weber 1998: 22).

[12] Zur Teilnahme Webers vgl. Gangolf Hübinger, „Einleitung" (Weber 2017b: 2 mit Anm. 3); sowie der Brief Marianne Webers an Helene Weber vom 31. März 1903, BSB München, Ana 446.C: Max habe sich eigens einen Frack geliehen, um „an der Eröffnung des internationalen Historikerkongresses, bei der das Königspaar anwesend sein wird, teil nehmen zu können".

6, 57 ff.) als organische Entwicklungsgeschichte, die sich durch fortschreitende Vergesellschaftung, Produktivität und Differenzierung auszeichne. Fortschritt bemesse sich nach den naturwissenschaftlichen Mechanismen der Anpassung und Auslese. Die Pflicht zur Vergesellschaftung mündete bei Hartmann (1905: 88) in eine „evolutionistische Sozialethik". Weber (2018a: 272 f., Fn. 19) wollte die Broschüre – eine „merkwürdige Verirrung eines mit Recht angesehenen Gelehrten" – selber rezensieren, weil sie „allerdings wider den Willen des Autors" „methodologisch" doch „recht lehrreich" sei. Dazu kam es nicht.

Gegen Hartmann entschied sich Weber gegen eine naturwissenschaftliche Behandlung des Historischen (vgl. Hübinger 2011: 188 f.). Er folgte Heinrich Rickert in der methodisch begründeten Abgrenzung der Kulturwissenschaften von den Naturwissenschaften. Im „Objektivitäts"-Aufsatz bekannte Weber (2018a: 174): „Die Sozialwissenschaft, die *wir* treiben wollen, ist eine *Wirklichkeitswissenschaft.* Wir wollen die uns umgebende Wirklichkeit des Lebens, in welches wir hineingestellt sind, *in ihrer Eigenart* verstehen – den Zusammenhang und die Kultur*bedeutung* ihrer einzelnen Erscheinungen in ihrer heutigen Gestaltung einerseits, die Gründe ihres geschichtlichen So-und-nicht-anders-Gewordenseins andererseits." Bis in sein Spätwerk trieb Weber die Frage um, wie menschliches Handeln methodisch sauber behandelt werden kann. Wie kann das Typische im Einzelgeschehen erkannt und auf den Begriff gebracht werden? Weber entschied sich für das deutende Verstehen mittels kausaler Zurechnung und der Aufstellung von rational konstruierten Idealtypen.

2 Hans Kelsen und die juristische Methode

Noch nicht ganz fertig habilitiert, trug Hans Kelsen (1881–1973) im Januar 1911 die wichtigsten Thesen seiner Habilitationsschrift in der Wiener Soziologischen Gesellschaft vor. Vermutlich über Ludo Moritz Hartmann in den Kreis eingeführt (vgl. Olechowski 2020: 164), wurde er auch zum Mitglied der Gesellschaft. In seinem Vortrag „Über Grenzen zwischen juristischer und soziologischer Methode" zog Kelsen scharfe Grenzen und machte damit die spezifischen Erkenntnisinteressen, aber auch die begrenzten Möglichkeiten des jeweiligen Fachs deutlich. Der spätere Begründer der „Reinen Rechtslehre" trennte glasklar zwischen Sein und Sollen und – daraus streng logisch folgernd – zwischen „*explikative*[*n*]" und „*normative*[*n*] Disziplinen" (Kelsen 1911a: 10 f.). Während die Soziologie frage, „warum irgendwelche Normen des gesellschaftlichen Zusammenlebens tatsächlich von den Menschen befolgt werden" (Kelsen 1911a: 18), wolle die Rechtswissenschaft „Normen […] erkennen und begreifen", ohne

selbst Normen (Sollvorschriften) aufzustellen (vgl. Olechowski 2020: 164). Die empirische Geltung eines Rechtssatzes sei streng von der normativen Geltung zu scheiden. Ausgehend vom Neukantianismus vertrat Kelsen einen erkenntnistheoretisch orientierten, kritischen Rechtspositivismus.

In drei Punkten stand er Max Weber besonders nahe: a) in der Betonung der Eigengesetzlichkeit der wissenschaftlichen Disziplinen; b) in der strengen Scheidung von empirischen und dogmatischen Wissenschaften; c) in der Unterscheidung von Recht und Moral, d. h. von Rechtssätzen einerseits und Wertpositionen andererseits. Angesichts dieser ähnlichen Denkvoraussetzungen verwundert es, wie Werner Gephart (Weber 2010: 20), der Herausgeber der „Rechtssoziologie" in der Max Weber-Gesamtausgabe, betont, dass es keine direkten Rezeptionsspuren im Werk Max Webers gibt. Es ist aber davon auszugehen, dass Weber sowohl die Broschüre des Wiener Vortrags als auch die Habilitationsschrift *Hauptprobleme der Staatsrechtslehre* (Kelsen 1911b) – beide bei Mohr-Siebeck in Tübingen erschienen – zur Kenntnis genommen hat, ebenso wie die Angriffe, die Kelsen im von Weber mitherausgegebenen „Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik" gegen die Freirechtsschule adressierte; so gegen Hermann Kantorowicz 1912 und seit 1915 in einer mehrjährigen Kontroverse gegen Eugen Ehrlich und dessen „Grundlegung der Soziologie des Rechts".[13]

Die Anfangssentenz von Webers Wiener Vortrag 1917 lese ich als einen Dialog mit Hans Kelsen. Weber (2005: 752) erklärt die Differenz von juristischem und soziologischem Staatsbegriff. Trotz aller äußeren Ähnlichkeiten meinen die Begriffe doch Unterschiedliches, ebenso wie Verfassungstext und Verfassungswirklichkeit oft nicht deckungsgleich sind. Und so klingt es nach der von Weber oft angeführten Entschuldigung, dass die Soziologie, solange sie selber nicht über einen präzisen Begriffsvorrat verfüge, immer wieder auf die präzisen juristischen Begriffe zurückgreifen müsse. Webers Bemühungen, Abhilfe zu schaffen, lassen sich vom „Kategorienaufsatz" (Weber 2018b, 383–440) bis zu den „Soziologischen Grundbegriffen" (Weber 2013: 147–215) verfolgen (vgl. Lichtblau 2006).

[13] Kelsen (1912) richtete sich im 1. Teil (601–607) gegen den Vortrag von Hermann Kantorowicz „Rechtswissenschaft und Soziologie" auf dem Ersten Deutschen Soziologentag, erschienen im Verhandlungsband 1911, und im 2. Teil (607–614) gegen den Wiener Rechtsanwalt Kornfeld, Soziale Machtverhältnisse. Grundzüge einer allgemeinen Lehre vom positiven Rechte auf soziologischer Grundlage, 1911. Zu Kelsens Auseinandersetzung mit Ehrlich vgl. Olechowski (2020: 166–168), sowie Gephart (Weber 2010: 20 mit den Nachweisen in Anm. 10).

3 Eugen von Philippovich und Friedrich von Wieser – Von der Nationalökonomie zur Sozialökonomie und Soziologie

Die beiden Wiener Professur-Inhaber waren über die Grenzen Österreichs hinaus bekannte Vertreter ihres Fachs: Eugen von Philippovich galt als hervorragender Lehrer und Verfasser des auflagenstarken *Grundriß der politischen Ökonomie* (Philippovich 1916)[14] und als ein engagierter Sozialpolitiker;[15] Friedrich von Wieser, ein Mitbegründer der „Österreichischen Schule der Nationalökonomie", zeichnete sich als theoretisch kluger und innovativer Kopf aus. Beide waren keine Soziologen, auch keine Mitglieder der Wiener Soziologischen Gesellschaft, dennoch standen sie in einem engen Austausch mit Max Weber und stehen bis heute für die breite Straße, die von der Nationalökonomie in die Soziologie führte. Verbunden war Weber den beiden Wiener Kollegen durch das große und von ihm betreute Lehrbuch, dem Schönbergschen *Handbuch für Politische Ökonomie,* dem späteren *Grundriß der Sozialökonomik,* sowie über die Mitgliedschaft im Verein für Socialpolitik (VfSp).[16]

Beginnen wir mit dem Lehrbuch. Der Tübinger Wissenschaftsverleger Paul Siebeck korrespondierte seit Mai 1906 mit Max Weber über die Neuausgabe des Schönbergschen Handbuchs, die aber erst nach dessen Tod 1908 richtig begonnen werden konnte.[17] Von Anfang an war v. Philippovich als Freund des Verlegers als Autor „gesetzt". Er übernahm das zu ihm passende Thema „Entwicklungsgang der wirtschafts- und sozialpolitischen Systeme und Ideale", das mit Webers eigenem Beitrag „Wirtschaft und Gesellschaft" in der Abteilung III erscheinen

[14] Vgl. dazu die Editorische Vorbemerkung zum Brief Max Webers an Paul Siebeck vom 5. Jan. 1918 (Weber 2012: 47).

[15] Vgl. den Nachruf von Plener (1917) mit dem Hinweis auf v. Philippovichs Herkunft aus der deduktiven Menger-Schule. Mit „zu viel praktischen Sinn und zu viel Neigung zu ökonomischen Werturteilen" habe er „die Verbindung seiner Wissenschaft mit dem wirklichen Leben" gesucht und „ein aufrichtiges Streben nach Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen" besessen. Auch Hainisch (1920) betonte die praktischen und didaktischen Fähigkeiten v. Philippovichs.

[16] Lindenlaub (1967: 182) bemerkt, dass v. Wieser, ebenso wie Eugen von Böhm-Bawerk, dem VfSp nicht aus sozialreformerischen Gründen angehörten, sondern ihn „allein als Sammelpunkt staatswissenschaftlicher Gelehrsamkeit" ansahen.

[17] Vgl. dazu die Erläuterung zum Brief Max Webers an Paul Siebeck vom 19. Mai 1906 (Weber 1990: 92 f., Hg.-Anm. 4).

sollte.[18] Weber brachte seinerseits schon Ende 1908 v. Wieser als Top-Besetzung für die Theorie ins Gespräch. An den Verleger schrieb er: „Der *Central*punkt ist die Art der Unterbringung der *Theorie.* Alles Andre findet sich dann. Aber für die Theorie kommen nur v. Wieser (Wien), Lexis u. vielleicht für einige *Teile* mein Bruder in Betracht.“[19] Neben v. Wieser fiel die Wahl auf einen weiteren Österreicher: Joseph Schumpeter, der die Dogmen- und Methodengeschichte übernahm (Schumpeter 1914). Auf v. Wiesers Beitrag „Theorie der gesellschaftlichen Wirtschaft“ (Wieser 1914) musste Weber allerdings lange warten. Er lag erst im März 1914 vor und enttäuschte Weber zunächst, weil er „nicht *so* präzis“, wie erwartet, aber gut im „*Lehrbuch*-Charakter“ sei.[20] Weber glaubte, die Defizite durch seinen eigenen Beitrag „Wirtschaft und Gesellschaft“ abfedern zu müssen. Nach genauerem Lesen der fast monographie-starken Abhandlung befand er, dass diese „ganz vortrefflich und erstklassig“ sei.[21] Die Frage drängt sich auf: Was hatte Weber von v. Wieser erwartet (vgl. Schluchter – Weber 2009b: 77 ff.)? Sollte er eine neue soziologische Wirtschaftstheorie liefern und damit den Schritt des Handbuchs von der politischen Ökonomie zur Sozialökonomik theoretisch begründen? Weber hatte bereits Ende 1908, als die Gründung der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in der Planung war, die Frage aufgeworfen, in welchem Maße die „Soziologie“ bei der Neuauflage des Handbuchs einzubeziehen sei.[22]

Liest man v. Wiesers Anfangspassagen des *Grundriß*-Beitrages über die „Methode der abnehmenden Abstraktion“ (Wieser 1914: 133–135) – er legte das Modell des homo oeconomicus und das Grenznutzenprinzip zugrunde –, fällt besonders die Übereinstimmung zu Webers methodischen Grundannahmen auf: Wirtschaftswissenschaft als empirische Disziplin zu betreiben, die den Sinn wirtschaftlichen Handels zu deuten und im Gegensatz zu Historikern und Statistikern das Typische der Erscheinungen zu begreifen sucht. Soziologisch angelegt ist vor allem v. Wiesers Abschnitt über die „Grundformen des gesellschaftlichen Handelns“ (Wieser 1914: 236–239). Dort spricht er über

[18] Zunächst als Kap. V im Ersten Buch (vgl. Stoffverteilungsplan 1910 – Weber 2009b: 146), dann als II. Teil in Abt. III des Ersten Buches (vgl. Einteilung 1914 – Weber 2009b: 169), schließlich erst in der 2. Auflage des *Grundriß der Sozialökonomik* erschienen (vgl. Philippovich 1924).

[19] Brief Max Webers an Paul Siebeck vom 26. Dez. 1908 (Weber 1990: 705).

[20] Brief Max Webers an Paul Siebeck vom 21. März 1914 (Weber 2003: 574).

[21] Brief Max Webers an Paul Siebeck vom 2. April 1914 (Weber 2003: 587).

[22] Brief Max Webers an Paul Siebeck vom 26. Dez. 1908 (Weber 1990: 705).

Freiheits- und Zwangsmächte als gesellschaftlichen Mächte, gesellschaftliche Über- und Unterordnung und über das Problem von unorganisierter Masse und Führung. Letzteres fand mit einer indirekten v. Wieser-Referenz auch Eingang in Max Webers Herrschaftssoziologie (Weber 2005: 145 mit Hg.-Anm. 40) und wurde später von v. Wieser (1926) zu seinem Werk *Das Gesetz der Macht* ausgebaut.

Im Vorwort zum *Grundriß der Sozialökonomik* (Weber 2009b: 167) thematisieren Verlag und Schriftleiter „die veränderte wissenschaftliche Lage, die veränderte Stellung zur Theorie und Soziologie", die sich auch im neuen Titel des Handbuchs widerspiegelte. Auf die Darlegung einer systematischen Erkenntnistheorie der Sozialwissenschaften sei im Handbuch jedoch angesichts der methodischen und politischen Pluralität der Beiträger bewusst verzichtet worden. Betrachtet würden die sozioökonomischen Zusammenhänge: die Beziehung der Wirtschaft zur Technik und zu den gesellschaftlichen Ordnungen, allerdings unter Wahrung der jeweiligen „Autonomie dieser Sphären gegenüber der Wirtschaft" (Weber 2009b: 164).

Sprachlich zurückgenommen liest sich das Programm des *Grundriß* als Fortführung von Webers frühen Definitionen in der Vorlesung zur „Theoretischen Nationalökonomie" von 1898. Dort definierte er (Weber 2009a: 193) Nationalökonomie als „Wissenschaft vom *Zusammenleben* der Menschen – Sozialwissenschaft[;] speziell: Bedeutung *eines* Moments: Art der Befriedigung der *materiellen* Bedürfnisse". Unter diesem spezifischen Blickwinkel betrachte die Nationalökonomie die „Organisation der menschlichen Bedarfsbefriedigung" auch in ihrer Bedingtheit und Wirkung auf die „*Gesammtheit* der Culturerscheinungen" (Weber 2009a: 194). Referenzpunkt der wirtschaftswissenschaftlichen Betrachtung kann das Politische sein („politische Ökonomie"), in der deutschen Wissenschaftstradition speziell der nationalstaatliche Rahmen („Nationalökonomie") oder aber die Gesellschaft („Sozialökonomie"). Allerdings wandte sich Weber (2009a: 368) bereits in den frühen Vorlesungen deutlich gegen die *„Eingliederung"* aller Gesichtspunkte des menschlichen Zusammenlebens unter nur eine Wissenschaft: die Soziologie à la Comte. Die Soziologie hätte damit den Rang einer Leit- oder Oberwissenschaft eingenommen, vergleichbar der früheren Stellung von Theologie oder Philosophie. Ebenso schloss Weber (2009a: 195 f.) bereits 1898 die Frage „was *soll* sein?" aus der theoretischen *und* praktischen Nationalökonomie aus. Beurteilungen seien an subjektive Voraussetzungen nationaler oder religiöser Art gebunden und damit wissenschaftlich nicht vertretbar.

Dieses Grundverständnis wurde von Max Weber zunehmend vehement vertreten und führte im September 1909 bei der Generalversammlung des Vereins für Socialpolitik in Wien zum Eklat. Eugen von Philippovich gehörte dem Verein spätestens seit seiner Freiburger Professur, d. h. seit Mitte der 1880er Jahre,

an.[23] Als sog. Kathedersozialist engagierte er sich im Ausschuss und Vorstand des Vereins.[24] Ihm kam das Verdienst zu, dass der Verein für Socialpolitik auch in Österreich bekannt wurde (1910 machten die Österreicher ca. 20 % bei den Ausschuss- und ebenso viel bei den übrigen Mitgliedern aus).[25] So konnten zwei Generalversammlungen 1894 und 1909 in Wien stattfinden. Dem 1872 gegründeten Verein gehörten Staatswissenschaftler und Praktiker an, die sich der sozialen Reform verschrieben hatten. Unter dem Vorsitz Gustav Schmollers, dem Haupt der deutschen Historischen Schule der Nationalökonomie, war der Verein zu einer mächtigen Institution geworden. Mit ausreichenden Fördermitteln konnte der Verein jährliche Versammlungen abhalten und Forschungsergebnisse in seiner vielbändigen Schriftenreihe veröffentlichen, darunter auch Max Webers Enquete zur Lage der ostelbischen Landarbeiter von 1892 (Weber 1984a) – seine Visitenkarte für die Freiburger Berufung.

Am 29. September 1909, dem dritten Verhandlungstag, referierte v. Philippovich über „Das Wesen der volkswirtschaftlichen Produktivität und die Möglichkeit ihrer Wertung“. Darin fiel u. a. der Satz: „Technische Produktivität bedeutet eine Menge von Gütern, volkswirtschaftliche Produktivität gesellschaftliche Bedarfsbefriedigung“ (Philippovich 1909: 360). Fortschritt bemesse sich nicht allein an gestiegenen Produktivitätszahlen, sondern am Wohlstand (Philippovich 1909: 364 f.), insbesondere der „arbeitenden Klassen“ (Philippovich 1909: 370). In der mehrstündigen Debatte, die zum ersten Mal in der Vereinsgeschichte eine theoretische Frage erörterte, griffen Werner Sombart und Max Weber den Referenten scharf an. Das „Hineinmengen eines Seinsollens in wissenschaftliche Fragen ist eine Sache des Teufels“, sagte Weber

[23] Genaue Angaben fehlen, aber 1890 hatte v. Philippovich schon entscheidenden Einfluss (vgl. Boese 1939: 61).

[24] Dem Ausschuss gehörte v. Philippovich seit der VfSp-Ausschuss-Sitzung am 19. März 1893 an (vgl. die Vereinsakten in: GStA PK, Berlin, Rep. 196; Kopie Max Weber-Arbeitsstelle, BAdW München), dem Vorstand 1909–1911 (vgl. Verhandlungen VfSp 1909: 625). Er habe mit seiner Berufung nach Wien 1893 den Kathedersozialismus dort verbreitet (Lindenlaub 1967: 181).

[25] Berechnet anhand der Mitgliederliste vom 14. Febr. 1910 (abgedruckt in: Verhandlungen VfSp 1909: 625–637). Dem Ausschuß gehörten 79 Mitglieder an, davon 15 Österreicher, darunter: Grünberg, Hainisch, Hartmann, Mataja, Redlich, v. Wieser; zu den über 600 „übrigen Mitgliedern“ gehörten viele Institutionen, Fabrikanten, Firmen, Ministerialbeamte, Bürgermeister, Stadträte, Rechtsanwälte, auch Bibliotheken etc. Die Österreicher zählten hier 120 Personen und Einrichtungen, darunter auch das Staatswissenschaftliche Institut der Univ. Wien.

(2018b: 208) und löste Heiterkeit durch den Nachsatz aus: „die der Verein für Socialpolitik allerdings recht oft in ausgiebiger Weise besorgt hat." Wissenschaft habe Werturteile gerade „in einer Zeit ohnehin subjektivistischer Kultur" auszuschließen (Weber 2018b: 212). Als einziger Redner ergriff Weber zweimal das Wort, wobei er sich auch gegen den Debattenbeitrag von Rudolf Goldscheid richtete (Weber 2018b: 213 f.). Außerdem unterbrach er v. Philippovich mehrfach bei seinem Schlusswort (Weber 2018b: 220). Erschrocken über die Aggressivität des Tons zeigte sich v. Philippovich in einem späteren Schreiben an Schmoller.[26]

In der Forschung ist viel darüber spekuliert worden, weshalb es zu diesem Eklat kam. War es eine Generationenfrage zwischen der kathedersozialistischen und der jüngeren liberalen Generation (Lindenlaub 1967: 434)? Oder ein sozialpolitischer Richtungskampf (Lindenlaub 1967: 439)? Wollte Weber eigentlich Schmoller und dessen „ethische Nationalökonomie" treffen? Oder dessen zu große Nähe zu den Ministerien, die sich dann auf die Stellenbesetzung auswirkte (Weber 2016: 613 f.)? Fragen lässt sich auch, weshalb überhaupt über die prinzipielle Ausrichtung einer Fachwissenschaft in einer sozialpolitischen Vereinigung debattiert wurde (Nau 1996: 51 f.). Offenbar hatte sich der Fokus des Vereins von den praktischen Zielen der Gründerphase hin zu einer nationalökonomischen Interessenvertretung verschoben (vgl. Weber 2018b: 211).

[26] Brief Eugen von Philippovichs an Gustav Schmoller vom 19. Okt. 1909, abgedruckt bei Boese (1939: 136): „Ich würde es mit Ihnen beklagen, wenn das Gefühl einer gemeinsamen Grundauffassung der Aufgabe, welche uns als Lehrer und Vertreter der Gesellschaftswissenschaft gestellt ist, abhanden käme. Dazu gehört aber, daß die *Webers* und ihre Freunde sich mäßigen lernen. Ich war weniger erstaunt über ihre Stellung zu meinem Referate als über den Ton, den sie anschlugen." v. Philippovich hatte auf eine Einigung gehofft, hielt aber daran fest, dass die Nationalökonomie Aussagen „über die Funktion der Wirtschaft im Leben der Menschen" zu machen habe; als „exakte" Wissenschaft (wie sie auch Schumpeter und Alfred Weber vertraten) könne sie das nicht. Entscheidend sei, wo die Grenze der Wissenschaft gezogen würde. – Ganz anders die Wahrnehmung von Marianne Weber (wohl zur Bürokratie-Debatte): „Dann redete er [Max Weber] glänzend in der Diskussion. Leider habe ich Alfreds Rede versäumt, die Alten waren wohl darüber entsetzt, die Jungen aber begeistert […]." Im selben Brief weist Marianne Weber daraufhin, dass man „immerfort" mit Knapp, Sombart, Schulze-Gaevernitz und Naumann zusammen gewesen sei. „Während der Verhandlungen stand Max immer in irgend einer Ecke u. redete auf irgend ein Einzelwesen ein, er wollte ja das nationalök. Handbuch noch nebenbei fördern." (Brief Marianne Webers an Helene Weber vom 15. Okt. 1909, BSB München, Ana 446.C).

Fortgesetzt wurde die Debatte in einer nicht-öffentlichen Sitzung am 5. Januar 1914, die auch nicht protokolliert wurde. Diskutiert wurden dort 15 vorab eingereichte und als Manuskript gedruckte Stellungnahmen zur sog. Werturteilsfrage, die entsprechend eines vorgelegten Fragenkatalogs auch die nationalökonomische Lehre betrafen (Werturteildiskussion 1913; dass. bei Nau 1996: 63–200).[27] Auch hier reichte Max Weber die umfangreichste Darlegung ein, den Vorläufer seines 1917 publizierten Aufsatzes „Der Sinn der ‚Wertfreiheit' in den soziologischen und ökonomischen Wissenschaften".[28] Beteiligt an der Werturteildiskussion 1913/14 waren auch vier Österreicher: Ludo Moritz Hartmann, Otto Neurath, Joseph Schumpeter und Rudolf Goldscheid, der auch schon an der Wiener Debatte teilgenommen hatte (Goldscheid 1909; vgl. auch Goldscheid 1913).[29] Die Beiträge von 1909 und 1914 zeigen, wie groß die sprachliche und logische Verwirrung hinsichtlich der von Weber erhobenen Forderungen war. Verstanden wurde zumeist nicht, dass das Erkenntnisinteresse subjektiv und wertbasiert war, aber von der eigentlichen Untersuchung zu trennen war; dass Wertbeziehungen durchaus Gegenstand der Forschung sein konnten; dass Wissenschaft aber keine praktischen und handlungsrelevanten Werturteile aus der Tatsachenanalyse vorgeben konnte. Durchschnitts- oder Mehrheitsurteile wurden von vielen Diskutanten als „objektiv" bezeichnet. Bei den letzten Wert- und Weltanschauungsfragen war Weber vor allen Dingen ein Feind des Monismus. Dieser war das Gegenbild seiner pluralistisch-antagonistischen Weltsicht.

[27] Die 15 Beiträge sind alphabetisch angeordnet und folgen zumeist dem vorgelegten Fragenkatalog (vgl. Beilage zum Brief Max Webers an Heinrich Rickert vom 23. März 1913 – Weber 2003: 141, zitiert aus dem Rundschreiben des VfSp vom November 1912): „1. über die Stellung des sittlichen Werturteils in der wissenschaftlichen Nationalökonomie, 2. über das Verhältnis der Entwicklungstendenzen zu praktischen Wertungen, 3. über die Bezeichnung wirtschafts- und sozialpolitischer Zielpunkte und 4. über das Verhältnis der allgemeinen methodologischen Grundsätze zu den besonderen Aufgaben des akademischen Unterrichts".

[28] Mit 38 Seiten legte Max Weber (2018b: 329–382) die umfangreichste Stellungnahme vor, gefolgt von Eduard Spranger (23 S.) und Rudolf Goldscheid (13 S.). Der Durchschnitt lag bei 3–5 Druckseiten. Vgl. auch Weber, Wertfreiheits-Aufsatz (2018b: 441–512).

[29] Goldscheid wurde bei der Mannheimer Generalversammlung im Sept. 1905 als Teilnehmer des Vereins für Socialpolitik geführt; dem Ausschuß gehörte er von 1926 bis 1930 an (ermittelt nach den Protokollen im Nl. Ignaz Jastrow, Misc. 114, British Library of Political and Economic Science, London School of Economics and Political Science, London; Kopie Max Weber-Arbeitsstelle, BAdW München).

4 Rudolf Goldscheid und die Deutsche Gesellschaft für Soziologie

Rudolf Goldscheid (1870–1931), der Begründer der Wiener Soziologischen Gesellschaft, war ein Autodidakt und Anhänger der monistischen Weltanschauung. Allein schon deshalb musste er zu einem Gegenspieler Max Webers werden. Öffentlich widersprach Weber das erste Mal den Ausführungen Goldscheids über „Entwicklungswert und Menschenökonomie" beim Internationalen Philosophenkongress 1908 in Heidelberg. Webers Diskussionsbeitrag ist nur indirekt überliefert, hat aber dieselbe Stoßrichtung wie seine Äußerungen im Verein für Socialpolitik: „Die Frage des *wirtschaftlichen* Wertes dürfe mit der Frage der *philosophischen* Wertorientierung nicht konfundiert werden. Der Wertbegriff der Nationalökonomie bedeute nirgends eine Projizierung des ‚Sollens' in die Wirklichkeit" (Weber 2018b: 524). Heute wird Goldscheids „Menschenökonomie" – ein etwas verwirrender Begriff für den nachhaltigen Umgang mit der menschlichen Arbeitskraft – als alternatives sozioökonomisches Konzept gewürdigt.[30] Weber kannte die Schriften Goldscheids. Seine „Entwicklungswerttheorie" verstand sich als „intersubjektiv eindeutige Werttheorie" mit einer *„idealen Weltwollung"* (Goldscheid 1908: XXXIV). Sie knüpfte an Machs Denkökonomie an und war zugleich eine kritische Fortentwicklung des Lamarckismus und Marxismus. Die Sozialwissenschaften sollten von der „*Alleinherrschaft* des Historismus" befreit werden (Goldscheid 1908: 106 f.). Goldscheid war überzeugt, mit einer „*aktivistisch gewendete*[*n*] *Wissenschaft*" die Welt verbessern zu können (Goldscheid 1908: 104). Er war ein vielfach engagierter Vereinsmensch, u. a. in der Friedensliga und im Monistenbund.[31] Relevant wurde seine Netzwerkarbeit für Weber durch sein Engagement in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS).

Die Gründungsinitiative ging auf Goldscheid, seinen akademischen Lehrer Georg Simmel und Hermann Beck, den späteren, langjährigen Geschäftsführer

[30] Vgl. Bammé (2018): 33: „andere Soziologie"; 63: soziale Frage als ökologische Frage; 75 f.: Menschenökonomie als „human resource management"; 82: Entwicklungsökonomie i. S. von Nachhaltigkeit; 101: anschlussfähige Konzepte einer ethischen Wissenschaft und Weltgesellschaft.

[31] Vgl. dazu u. a. Neef (2012: 106–119 – biographischer Überblick mit dem Engagement); Exner (2011 – Goldscheid und der „Monistenbund in Österreich"); Neef (2011 – Goldscheid und Wilhelm Ostwald).

in Berlin, zurück.[32] Schaut man sich die DGS-Unterlagen im Nachlass Tönnies an, so rüttelt das doch an dem Gründungsmythos der Deutschen Gesellschaft für Soziologie. Nach dem Anfangsengagement schieden Weber und Simmel noch vor dem Ersten Weltkrieg aus verantwortlichen Positionen, Weber sogar – enttäuscht und wütend – komplett aus.[33] Der Einfluss Goldscheids ist bislang vielfach unterschätzt worden. Könnte es ev. sogar sein, dass er die treibende Kraft war? Die ersten Statuten der DGS sind in Analogie zu den Statuten der Wiener Soziologischen Gesellschaft vom Februar 1907 erstellt worden.[34] Das Ziel der ersten Einladungen war – entsprechend des Wiener Vorbilds –, Unterstützer für die Verbreitung des soziologischen Gedankens zu finden, also hauptsächlich Vortragsveranstaltungen zu organisieren und Eingaben an Ministerien zu formulieren, um die Einrichtung soziologischer Lehrstühle nach vorne zu bringen.

Aber dann kam Max Weber ins Spiel. An der ersten konstituierenden Sitzung am 3. Januar 1909 in Berlin nahm er nicht teil, aber danach entwickelte er ein erstaunliches und auch zielstrebiges Engagement. Einerseits ließ er sich in den Ausschuss kooptieren und war auch dessen vorläufiger Vorsitzender, dann übernahm er das Amt des Rechners und war damit auch Vorstandsmitglied.[35] Er warb

[32] Vgl. Editorischer Bericht zu: „Einladung zur Gründung einer Deutschen Gesellschaft für Soziologie, November 1908“ (Weber 2016: 819). Goldscheid als Hörer Simmels zwischen 1891 und 1894 in Berlin (vgl. die Hg.-Anm. in: Simmel 2008: 36 f.). – Zur wissenschaftlichen Deutung (vgl. Mikl-Horke 2004 mit der Fokusverschiebung von Max Weber auf Goldscheid); Neef (2012: 57 f.) widerlegt den DGS-Gründungsmythos und führt dies (2012: 29 f.) auf die deutsche „Klassikerzentriertheit“ zurück, während die österreichische Soziologiegeschichte diskursorientiert sei (dazu auch Witrisal 2018: 47; Mikl-Horke 2007: 191–199).

[33] Zum Austritt Georg Simmels aus dem Vorstand vgl. dessen Schreiben an den Vorstand der DGS vom 11. Okt. 1913 (Simmel 2008: 208 f.), wo er bekennt, dass er sich zugunsten seiner Hinwendung zur „reinen Philosophie“ „der Soziologie entfremdet“ habe.

[34] Vgl. das Exemplar der Wiener „Statuten der Soziologischen Gesellschaft“ vom 5. Febr. 1907 in den DGS-Unterlagen im Nl. Ferdinand Tönnies, SHLB Kiel (Kopie Max Weber-Arbeitsstelle, BAdW München; dazu auch die Hg.-Anm. in: Simmel 2015: 317). Zum Abdruck der DGS-Statuten vom 3. Jan. 1909 (Berlin), vom 14. Okt. 1909 (Leipzig) und 19. Okt. 1910 (Frankfurt a. M.) vgl. Weber (2016: 857–868).

[35] Vorläufiger Ausschuss-Vorsitzender seit dem 4. März 1909 bis zur außerordentlichen Mitgliederversammlung am 14. Okt. 1909 in Leipzig, dort zum Rechner gewählt. Austritt aus dem Vorstand zum 1. Jan. 1911 nach dem Eklat beim Ersten Deutschen Soziologentag, erklärt am 27. Okt. 1910 (vgl. Editorischer Bericht – Weber 2016: 153 f., sowie Brief Max Webers an den Vorstand der DGS vom 27. Okt. 1910 – Weber 1994: 659–662). Aus dem Ausschuss trat er nach dem zweiten Soziologentag aus (Brief Max Webers an Hermann Beck vom 22. Okt. 1912 – Weber 1998: 709). Das Amt des Rechners stellte er ebenfalls zur Verfügung (Weber 2016: 416).

gezielt bei wissenschaftlichen Kollegen um Teilnahme.[36] Als Jurist schrieb er per Änderungsanträgen das Statut um und verpflichtete die Mitglieder auf das Gebot der Wertfreiheit (§ 1 der Statuten).[37] Der gesellige soziologische Verein wurde durch Weber zu einer rein wissenschaftlichen Fachvereinigung gemacht, die empirische Großprojekte fördern sollte, insbesondere die von Weber mit großem Einsatz betriebene Presse-Enquete und die Vereins-Enquete. Beide stellte er als Forschungsprojekte der Gesellschaft beim Ersten Deutschen Soziologentag vor (Weber 2016: 263–286). Überhaupt nahm er durch die Formulierung der Themen und die Auswahl der Referenten entscheidenden Einfluss auf die Gestaltung der ersten beiden Soziologentage in Frankfurt 1910 und Berlin 1912. Im Amt des Rechners ließ er sich die Legitimation für die Verlagsverhandlungen für die Publikation der Tagungsbände erteilen. Es lief auf Webers Hausverleger Paul Siebeck hinaus, was einer Richtungsentscheidung gegen die Leipziger Mitbewerber, die Verlage Dr. Werner Klinkhardt und Quelle & Meyer, gleichkam.[38] Das bei Mohr Siebeck verlegte und von Edgar Jaffé, Werner Sombart und Weber herausgegebene „Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik" bot Weber der Gesellschaft als Fachorgan an,[39] was der Vorstand allerdings mit Blick auf

[36] Vgl. das Einladungsschreiben vom Juni 1909 (Weber 2016: 153–162).

[37] Der Einfluss Max Webers zeigt sich bes. in der Umformulierung des § 1 der DGS-Statuten:

§ 1. des sog. Berliner Statuts (Jan. 1909)	§ 1. des sog. Leipziger Statuts (Okt. 1909)
Unter dem Namen „Deutsche Gesellschaft für Soziologie" wird ein Verein gegründet, der seinen Sitz in Berlin hat. Der Zweck des Vereines ist die Förderung der soziologischen Forschung und die Verbreitung soziologischer Kenntnisse. Dieser Zweck soll erreicht werden durch planmäßige Veranstaltung von Einzelvorträgen und Vortragsreihen, durch Pflege der Beziehungen zu ähnlichen Zwecken dienenden Vereinigungen, durch Schaffung einer Spezialbibliothek und Einrichtung eines Lesezimmers, ferner durch Veranstaltung von Publikationen und Enquêten und endlich durch Förderung einschlägiger Studien und anderer dem Gesellschaftszwecke dienlicher Veranstaltungen.	Unter dem Namen „Deutsche Gesellschaft für Soziologie" ist eine Vereinigung gegründet worden, die ihren Sitz in Berlin hat. Ihr Zweck ist die Förderung der soziologischen Erkenntnis durch Veranstaltung rein wissenschaftlicher Untersuchungen und Erhebungen, durch Veröffentlichung und Unterstützung rein wissenschaftlicher Arbeiten und durch Organisation von periodisch stattfindenden deutschen Soziologentagen. Sie gibt allen wissenschaftlichen Richtungen und Methoden der Soziologie gleichmäßig Raum und lehnt die Vertretung irgendwelcher praktischen (ethischen, religiösen, politischen, ästhetischen usw.) Ziele ab.

Vgl. auch Weber, Antrag auf Statutenänderung (Beilage zum Brief an Hermann Beck vom 25. Sept. 1910 – Weber 2016: 188–194).

[38] Vgl. die Editorische Vorbemerkung zum Brief Max Webers an Oskar Siebeck, vor dem 11. Jan. 1911 (Weber 1998: 28). Goldscheid 1908 und sein Hauptwerk 1911 waren bei Klinkhardt in Leipzig erschienen.

[39] Vgl. den Brief Max Webers an Edgar Jaffé von Anfang Februar 1909 (Weber 1994: 44).

andere bereits existierende soziologische Zeitschriften ablehnte.[40] Weber arbeitete unermüdlich für die Gesellschaft, so dass Marianne Weber (1984: 426 f.) um die Gesundheit ihres Mannes besorgt war und den „gottlosen" Wunsch äußerte: „der Teufel hole die soziologische Gesellschaft, für die Du Dich in kleiner Münze verausgabst". Und mit dem realistischen Blick einer Frau fügte sie hinzu: „außer den hübschen Tagungen wird sie ein leerlaufender Apparat bleiben".

Max Weber hatte ein Ziel vor Augen: eine Wissenschafts- und Forschungsorganisation nach seinen Vorstellungen zu schaffen. Dabei ging er zielstrebig vor, war aber auch ungeduldig und kein Mann des Kompromisses, was sich später auch auf der politischen Bühne zeigte. Mit seinem rigorosen Eintreten für die Werturteilsfreiheit, seinen vielen Diskussionsbeiträgen und Statements übte er offenbar eine zu große Dominanz aus. Rudolf Goldscheid trat bereits in der Vorbereitungsphase als Gegenspieler auf, der „Propagandavorträge" für die Berliner Ortsgruppe durchsetzen wollte. Weber wollte diesen „Goldscheid'schen Krempel" unbedingt verhindern,[41] bemühte sich im Mai 1909 aber noch um einen vermittelnden Ton, um Goldscheids *„Geschäftigkeit"* nicht zu brüskieren.[42] Beim ersten Soziologentag fuhr Goldscheid Max Weber direkt in die Parade, indem er die statutenmäßig festgeschriebene Wertfreiheit in Frage stellte.[43] Seine Gegenrede wurde nicht in die gedruckten Verhandlungen aufgenommen. Das verhinderte Max Weber als zuständiger „Schriftensekretär".[44] Die Fahnenkorrektur ist allerdings in den Verlagskorrespondenzen überliefert. Demnach hatte Goldscheid vor allen Teilnehmern des Soziologentages offen bekannt, dass er sich „auf das energischste gegen diesen Paragraphen [zur Wertfreiheit] gewehrt habe" und einer „Aufnahme in das Statut nur zugestimmt habe, als darüber die

[40] Votum von Simmel bei der Mitgliederversammlung am 7. März 1909 in Berlin (vgl. das Protokoll, S. 2 – DGS-Unterlagen, Nl. Tönnies, SHLB Kiel; Kopie Max Weber-Arbeitsstelle, BAdW München).

[41] Vgl. die Briefe Max Webers an Heinrich Herkner vom 7. April und vom 8. Mai 1909 (Weber: 1994: 90 f., 113 f.).

[42] Weber wusste um Goldscheids DGS-Bemühungen, sah in der übermäßigen „Geschäftigkeit" aber auch eine Gefahr für den weiteren Fortgang; vgl. Max Webers Brief an Heinrich Herkner vom 11. Mai 1909 (Weber 1994: 123).

[43] Vgl. dazu die Briefe Max Webers an Ferdinand Tönnies vom 26. und vom 27. Okt. 1910 (Weber 1994: 653 f., 655 f.).

[44] Vgl. den Brief Max Webers an den Vorstand der DGS vom 27. Okt. 1910 (Weber 1994: 661, mit dem entsprechenden Vorschlag).

ganze Gesellschaft in Brüche zu gehen gedroht hat“.[45] Weber brach nach dem Eklat die Zusammenarbeit „mit diesem braven, aber confusen Herren“ ab.[46] Die Korrespondenzen aus der Zeit davor sind leider nicht überliefert, so dass nur der Bruch dokumentiert ist.

Beim zweiten Soziologentag in Berlin gab es ein erneutes Zerwürfnis, so dass Weber sich aus der Deutschen Gesellschaft für Soziologie komplett zurückzog. Für alle seine Rückzugsschritte machte er Goldscheid verantwortlich: für sein Ausscheiden aus dem Vorstand, aus dem Ausschuss und schließlich aus der Gesellschaft selbst.[47] Die innere Abwehrhaltung gipfelte in der privatbrieflichen Mitteilung an Robert Michels vom November 1912: „Mit so klebrigen Insekten wie Hrn Goldscheid nehmen meine Nerven den Kampf auf die Dauer nicht auf – seine ‚Verdienste‘ in allen Ehren und sein ‚Idealismus‘ ebenfalls!“[48] – Man achte hier auf die Ironie-geladenen Anführungszeichen. – Sukzessive übernahm Goldscheid in der DGS Machtpositionen, zuerst Webers Amt als Rechner, dann den Vorstandsplatz von Simmel.[49] Dort verblieb Goldscheid bis zur Neuauf-

[45] Vgl. die vollständige Wiedergabe in der Editorischen Vorbemerkung zum Brief Max Webers an den Verlag J.C.B. Mohr (Paul Siebeck), vor oder am 27. Mai 1911 (Weber 1998: 219).

[46] Brief Max Webers an Hermann Kantorowicz vom 31. Okt. 1910 (Weber 1994: 672). Zugleich betonte Weber, dass er tunlichst vermeide, Schritte zu unternehmen, die als ein „Herausdrängen“ Goldscheids gedeutet werden könnten. Die Aufkündigung des Verkehrs mit Goldscheid findet sich auch im Brief an Ferdinand Tönnies vom 1. Dez. 1910 (Weber 1994: 703). Neben Beschimpfungen wird auch der sachliche Grund für die Unmöglichkeit einer Zusammenarbeit angesprochen: „Unseligerweise aber verfügt er über eine sog. Weltanschauung und erhebt im Zusammenhang damit wissenschaftliche Prätensionen, deren Natur jede Arbeit mit ihm für mich ausschließt“ (Brief Max Webers an Edgar Jaffé vom 22. Jan. 1914 – Weber 2003: 481).

[47] Weber: „Ich bin seit der Goldscheid-Affäre *nicht* mehr im Vorstand.“ Vgl. den Brief Max Webers an Robert Michels vom 9. März 1912 (Weber 1998: 460); dann: „Aus dem Ausschuß der ‚Soziologen‘ bin ich ausgetreten.“ Brief Max Webers an Robert Michels vom 9. Nov. 1912 (Weber 1998: 733). Nachdem Goldscheid am 3. Jan 1914 zum DGS-Vorsitzenden (anstelle von Simmel) und Michels zum Rechner gewählt worden waren, erklärte Weber seinen Austritt aus der DGS, vgl. Brief Max Webers an Hermann Beck vom 17. Jan. 1914 (Weber 2003: 469 f.).

[48] Brief Max Webers an Robert Michels vom 9. Nov. 1912 (Weber 1998: 733).

[49] Goldscheid soll in den DGS-Vorstand gewählt werden, Vorschlag von Hermann Beck am 5. Nov. 1912, das wird am 5. Juli 1913 beschlossen, aber bereits am 1. Nov. 1913 übernimmt Robert Michels das Rechneramt, weil Goldscheid in den Hauptausschuss gewählt wird (anstelle von Simmel; dieser tritt am 11. Okt. 1913 aus dem Vorstand aus). Bei der

stellung der Gesellschaft nach dem Ersten Weltkrieg, immer noch in einer engen Verbindung mit dem langjährigen Vorsitzenden Ferdinand Tönnies, wie eine Fotographie vom Soziologentag in Berlin ein Jahr vor Goldscheids Tod anschaulich dokumentiert. In seinem Nachruf betonte Tönnies (1998: 308) dessen Verdienste bei der Gründung der DGS.[50] Vor dem dritten Soziologentag 1922, dem ersten in der Weimarer Republik, wurden bereits die Statuten geändert: Max Webers § 1 der Wertfreiheit entfiel.[51] Tönnies bekannte sich dort offen zur philosophischen Tradition der Soziologie.[52] Webers Erbe verschwand, aber den internen Machtkampf hatte er schon lange vorher verloren.

5 Ein Sommer in Wien

Max Weber liebte das Wiener Lebensgefühl – vornehm, genussorientiert und mit gutem Essen –, aber er klagte auch über die vielen Besuchsverpflichtungen, die Großstadttechnik und den Schlendrian in der Verwaltung.[53] Er selbst konnte sein Wiener Sommersemester 1918 nicht genießen, denn die Anspannung der Nerven war zu groß, so dass er schon während des Probesemesters seinen Rückzug vorbereitete. Die zweistündige Vorlesung „Wirtschaft und Gesellschaft. Positive Kritik der materialistischen Geschichtsauffassung“ am Montagabend war ein

Vorstandsitzung am 16. Febr. 1913 fragt Sombart kritisch nach, ob Goldscheids Vorschlag hinsichtlich der Ortsgruppen „eine Änderung der Grundtendenz der Gesellschaft bezwecke im Sinne einer Umwandelung der rein wissenschaftlichen Gesellschaft in eine solche mit propagandistischen Tendenzen“. (Protokoll der Vorstandssitzung, S. 2, DGS-Unterlagen, Nl. Tönnies, SHLB Kiel). Am 3. Jan. 1914 wird Goldscheid zum Vorsitzenden (an Stelle von Simmel) gewählt (Protokoll der Hauptausschuss-Sitzung am 3. Jan. 1914, DGS-Unterlagen, Nl. Tönnies, SHLB Kiel).

[50] Bei Tönnies (1998: 308) heißt es: „Der Gedanke einer solchen Gesellschaft [der DGS] hat zuerst in ihm Gestalt gewonnen.“

[51] In der vorläufigen neuen Satzung lautete § 1: „Die Deutsche Gesellschaft für Soziologie ist eine Gelehrtengesellschaft, die den Zweck hat, den Gedankenaustausch zwischen ihren Mitgliedern zu fördern und von Zeit zu Zeit öffentliche Soziologentage zu veranstalten.“ (Verhandlungen DGS 1922: 55).

[52] Tönnies, Ansprache des Präsidenten (Verhandlungen DGS 1922: 4).

[53] Neben den brieflichen Darstellungen Max Webers (2012: 113 ff.) aus Wien vgl. auch Ehrle (1991), Morgenbrod (1993) und Girtler (2013).

Publikumsmagnet.[54] Sehr zum Verdruss Max Webers veröffentlichte das „Neue Wiener Tageblatt" einen Vorlesungsbericht im Stil einer „Theaterrezension", wie Weber seinen Unmut gegenüber dem Journalisten Erich von Korningen kundtat.[55] Auch der spätere Präsident der Bundesrepublik Deutschland Theodor Heuss (1965: 225) berichtete in seinen „Erinnerungen" über das Vorlesungsspektakel: „Seine Beredsamkeit war […] gezügelt, und doch war das Ganze ein grausames Spiel. Er war die Sensation der Universität geworden, ‚man' mußte ihn einmal gesehen, gehört haben – so war er im größten Hörsaal gelandet, wo eine ehrfurchtslose Neugier immer die Türen sich öffnen, sich schließen ließ, ich war ganz bieder empört, zumal ich spürte, wie er darunter litt, und sagte ihm das. Die Antwort habe ich nie vergessen: ‚Sie haben recht; man kann doch nicht in solchen Raum das Wort Askese hineinbrüllen'." Ähnlich war auch der Eindruck des mit Heuss befreundeten Wiener Ökonomen Gustav Stolper (vgl. Toni Stolper 1979: 104).

Ansonsten wissen wir aber so gut wie nichts über den Inhalt der Vorlesung. Die Meldeakten der Juristischen Fakultät enthalten die Namen von 68 Hörern,[56] wobei die Anzahl weit unter dem tatsächlichen Hörerkreis liegen dürfte. Recherchen nach Mit- und Nachschriften für die Vorlesungsedition der Max Weber-Gesamtausgabe blieben erfolglos. Einen wichtigen Hinweis liefert aber Marianne Weber (1984: 617) im „Lebensbild" Max Webers: „Er redet über das religions-soziologische Thema meist 2½ Stunden hintereinander, bis es dunkelt in dem schönen getäfelten Raum. […] der Stoff [ist] völlig bewältigt, alles plastisch, und das Entlegenste: Orient und Okzident überwölbt."

Während ihres Wien-Besuchs vom 17. Mai bis 5. Juni 1918 wurde Marianne Weber neben „Herrn Spann" auch von „Frl. Pick" betreut.[57] Es handelt sich um die bekannte Sozialdemokratin Käthe Leichter (seit 1921 mit Otto Leichter verheiratet), die Max Weber bereits 1917 in Heidelberg kennenlernte,

[54] Im Vorlesungsverzeichnis (Vorlesungen Wien 1918: 10) nur 1-stündig angekündigt, in den Meldebögen aber 2-stündig aufgeführt.

[55] Brief Max Webers an Erich von Korningen vom 10. Aug. 1918 (Weber 2012: 234). Der Artikel war am 29. Juli 1918 erschienen (vgl. die Editorische Vorbemerkung, Weber 2012: 233).

[56] So Ehrle (1991: 51), ohne die vom Militärdienst beurlaubten und die nicht gemeldeten Hörer, die nach den Angaben von Theodor Heuss sehr zahlreich gewesen sein müssen. Ehrle zählt die älteren Kollegen und Mitteilungen auf; dabei dürfte es sich aber jeweils nur um Einzelbesuche der Vorlesung gehandelt haben.

[57] Vgl. Brief Max Webers an Marianne Weber vom 28. April 1918 (Weber 2012: 153).

die dann aber ausgewiesen wurde, weil sie sich im Umfeld des sozialistisch-pazifistischen Kulturpolitischen Bundes von Ernst Toller bewegt hatte (vgl. Steiner 1997: 45). Im Zuge ihrer Besprechung von Marianne Webers „Lebensbild“ setzte sie ihrem Lehrer Max Weber 1926 in der Zeitschrift „Der Kampf“ ein eindrückliches Denkmal. Es war – wie Leichter (1926: 377) einräumte – ein Paradox, dass gerade „die kleinen Gruppen sozialistischer Studenten in Heidelberg wie in Wien“ Max Weber als „den großen Lehrer zutiefst verehrten, über alle politischen und Weltanschauungsgegensätze hinweg von der starken Persönlichkeit, der Universalität des Wissens, der schöpferischen Kraft des Gestaltens, der steten Kampfesfreudigkeit angezogen waren“. Respekt zollte sie dem Erforscher „der gesellschaftlichen Tatsachen“ (Leichter 1926: 374) und dem Vertreter einer „bürgerlichen Wissenschaft“ (Leichter 1926: 375), weil er – ganz im Sinne der Marxisten – die schichtspezifische Interessenlage des Wissenschaftsbetriebs erkannt hatte.

Mit der Vorlesung positionierte sich Max Weber intellektuell gegen den politisch erstarkenden Sozialismus. Die Vorlesung war – in direkter Fortsetzung der ersten Ankündigungen zu *Wirtschaft und Gesellschaft* im Mai 1910[58] – als eine „Positive Kritik der materialistischen Geschichtsauffassung“ angekündigt. Die Soziologie Max Webers gehe, wie der Kunsthistoriker Josef Strzygowski (1923: 172) erstaunt über das Wiener „Einführungskolleg“ bemerkte, vom „Einzelwesen“ und eben nicht von der Masse aus.[59] Der Psychoanalytiker Gaston Roffenstein (1921: 79 f.) kritisierte mit explizitem Bezug auf Webers Wiener Vorlesung[60] die einseitige Fokussierung der materialistischen Geschichtsauffassung auf den „ökonomischen Faktor“. Weber habe neben der „Klasse“ die Bedeutung „ständische[r] Kategorien“ für das Handeln der Menschen betont.

Greifbar wird Webers Grundhaltung im Vortrag „Der Sozialismus“ (Weber 1984b: 597–633), den er am Donnerstag, den 13. Juni 1918, um 9 Uhr im Rahmen eines Fortbildungskursus der „Feindespropaganda-Abwehrstelle“ der

[58] Stoffverteilungsplan 1910 (Weber 2009b: 146): „c) Wirtschaft und Kultur (Kritik des historischen Materialismus)“, vermutlich – wie Hans G. Kippenberg (Weber 2001: 18, 85 f.) meint – auf das religionssoziologische Kapitel bezogen.

[59] Den Hinweis verdanke ich Herrn Prof. Dr. Georg Vasold.

[60] In der Fußnote (Roffenstein 1921: 79) heißt es explizit: „Wo hier *Max Weber* nicht ausdrücklich […] zitiert wird, sind die Gedanken mit seiner Zustimmung aus den Aufzeichnungen zu den Vorlesungen und Kolloquien entnommen, die er im Sommersemester 1918 an der Wiener Universität gehalten hat.“

k.u.k. Armee hielt.[61] Vor 118 Offizieren erklärte er in einer äußerst einfachen Sprache und illustriert durch Alltagserfahrungen die Spielarten des Sozialismus in ihrer Verflechtung mit der modernen Demokratie und ihrer unvermeidlichen Begleiterscheinung: der immer stärker werdenden Bürokratisierung. Am Ende ging er (Weber 1984b: 629) auch auf die „Bolschewiki-Regierung" in Russland ein und bezeichnete sie als „das einzige ganz große Experiment einer ‚Diktatur des Proletariats'". Skeptisch beurteilte er die staatliche Verwaltung der Wirtschaft – ein Thema, das er später intensiv mit dem Wiener Ökonomen Otto Neurath diskutierte.[62] Den Bestand der bolschewistischen Regierung sah er (Weber 1984b: 629) durch ihren Zwangscharakter als „Militärdiktatur" garantiert. Im Sommer 1918 hielt Weber es noch für unwahrscheinlich, dass – entsprechend der Propaganda Leo Trotzkis – der Funke einer sozialistischen Revolution von Russland auch auf Deutschland überspringen könne. Ganz im Sinne der orthodoxen Marxisten und der Menschewiki argumentierte Weber (1984b: 631), dass außerhalb Russlands „als einzig mögliche Folge einer Revolution die Entstehung einer *bürgerlichen, nicht* aber einer proletarisch geleiteten Gesellschaftsordnung" zu erwarten sei.

In zeitlicher Nähe dürfte sich auch der von Felix Somary (1959: 171) überlieferte Eklat zwischen Max Weber und Joseph Schumpeter im Café Landtmann ereignet haben (vgl. auch Girtler, 2013: 67–70). Beide unterhielten sich – zunächst noch zivilisiert – über die Russische Revolution. Während Schumpeter meinte, es sei ein interessantes Experiment, verlor Max Weber angesichts des Zynismus des jüngeren Kollegen die Contenance und bemerkte – wohl lauter im Ton –, dass der russische Weg „über unerhörtes menschliches Elend gehen und in einer fürchterlichen Katastrophe enden" werde: „Ein Laboratorium mit gehäuften Menschenleichen." Politisch war Weber davon überzeugt, dass der Sozialismus eine Zunahme von zentraler bürokratischer Steuerung und Unfreiheit bedeuten würde, die er als Liberaler vehement bekämpfte. Intellektuell reizte ihn aber zugleich der Diskurs mit Andersdenkenden. Das „Kommunistische Manifest" sei, wie er im Wiener „Sozialismus"-Vortrag offen bekannte (Weber 1984b: 616), „eine wissenschaftliche Leistung ersten Ranges" und „ein prophetisches Dokument", obwohl er dessen Thesen entschieden ablehne. Wie Käthe Leichter (1926: 376) treffend

[61] Zu diesen Hintergründen vgl. den Editorischen Bericht (Weber 1984a: 597 f.; sowie Ehrle 1991: 98 f.).

[62] Brief Max Webers an Otto Neurath vom 4. Okt. 1919 (Weber 2012: 799 f.).

bemerkte, war Webers Soziologie wert- und schichtgebunden, weil Weber als Person Werte vertrat, jedoch als Wissenschaftler „strenge Enthaltsamkeit“ übte, die von ihm so vielfach angemahnte Werturteilsfreiheit.

Erschöpft verließ Max Weber Ende Juli 1918 das sommerliche Wien. Ein Jahr später übernahm er in der Staatswirtschaftlichen Fakultät der Universität München die Professur für „Gesellschaftswissenschaft, Wirtschaftsgeschichte, Nationalökonomie“ und arbeitete weiter an *Wirtschaft und Gesellschaft* – seinem unvollendeten Handbuch-Beitrag, der aber zum Klassiker der soziologischen Grundkategorien geworden ist.

6 Ausblick: Wiener Spuren Max Webers

Weber, der hochschulpolitische Einflussnehmer, lieferte bereits am 2. April 1918 ein umfangreiches Gutachten an die Wiener Juristische Fakultät für die Besetzung des vakanten Lehrstuhls v. Wiesers (Weber 2016: 505–616). Für diesen theoretischen Lehrstuhl machte sich Weber (Weber 2016: 611) für Joseph Schumpeter stark, entsprechend der *„Tüchtigkeit der theoretischen Schulung“* und *„Lehrbegabung“,* dann für Plenge und Bortkiewicz sowie an dritter Stelle für Spann und Diehl. Bei diesem Namensset blieb es auch im Juni/Juli, als Webers eigener Rückzug konkret wurde. Für den von ihm besetzten Lehrstuhl für praktische Nationalökonomie schlug er nun – wie aus den Tagebuchaufzeichnungen v. Wiesers hervorgeht – Plenge, dann Wiedenfeld und ev. auch Schulze-Gaevernitz vor.[63] Es schien aber auf Othmar Spann als Nachfolger hinzuzulaufen, dessen Stärken Weber weniger in der nationalökonomischen Theorie, sondern vielmehr in der Wirtschafts- und Sozialpolitik als auch in der Soziologie sah.[64] Er sei „ein lebendiger und sehr reicher Geist, nur noch sehr jugendlich und nicht klar“.[65] Weber hielt ihn schlicht für „noch nicht reif“.[66]

[63] v. Wieser, Tagebuch-Eintrag vom 11. Juni 1918, (1918/517), Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien, Nl. Friedrich v. Wieser (dass. auch in Weber 2012: 191, Anm. 3).

[64] Vgl. den Brief Max Webers an Carl Grünberg vom 4. Juni 1918 (Weber 2012: 178), sowie an den Dekan Hans von Voltelini vom 6. Juli 1918 (Weber 2012: 216).

[65] Zweiter Brief Max Webers an Hans von Voltelini vom 6. Juli 1918 (Weber 2012: 217).

[66] v. Wieser, Tagebuch-Eintrag vom 15. Juli 1918, (1918/671), Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien, Nl. Friedrich v. Wieser; ähnlich auch Webers Äußerung im Brief an den Kollegen N.N., nach dem 15. Dez. 1918 (Weber 2012: 364 f.).

Auch in anderer Hinsicht schien Weber die Lage für noch nicht reif zu halten: für die Etablierung der Soziologie als eigenständiges Lehrfach. In seinem Rücktrittsschreiben an das k.k. Ministerium für Kultus und Unterricht schrieb Weber am 5. Juni 1918: „Der Anregung eines Kollegen vollends, das Ordinariat in ein solches für Gesellschaftslehre umzuwandeln, konnte ich nur durchaus ablehnend gegenüberstehen. Dies Fach ist noch viel zu hybrid, um als Lehrfach eines Ordinarius und vollends: als Prüfungsfach (was dann wohl die Folge sein würde) konstituiert werden zu können oder auch nur zu dürfen."[67]

Wirft man einen Blick in die Wiener Vorlesungsverzeichnisse nach Webers kurzem Sommerintermezzo 1918, fällt auf, dass die Gesellschaftslehre – ebenso wie in München – im Rahmen der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät gelesen wurde. Das war die institutionelle Anbindung, für die sich Max Weber bereits 1895 in Freiburg stark gemacht hatte. Er erreichte dort, dass die Nationalökonomie (Soziologie wurde damals noch nicht gelehrt) von der Philosophischen in die Juristische Fakultät überführt wurde.[68] 1909 wollte er die klassische Fächereinteilung der Heidelberger Akademie der Wissenschaften um die *„systematischen staats- und gesellschaftswissenschaftlichen Disziplinen"* erweitert wissen und machte davon auch seine Kooptation in die Gelehrtengemeinschaft abhängig.[69] Mit der Berufung Othmar Spanns wurde die „Gesellschaftslehre" ab dem Wintersemester 1919/20 in Wien nicht nur sporadisch, sondern regelmäßig angeboten – und zwar gemeinsam mit dem Austromarxisten Max Adler. Dieser führte in den historischen Materialismus, aber auch in die bürgerliche Soziologie ein. Im Wintersemester 1923/24 und im Sommersemester 1924 kündigte er „für Hörer aller Fakultäten" u. a. jeweils eine 4-stündige Vorlesung über „Neuere Soziologie und Sozialphilosophie (von Tönnis [sic!] bis Max Weber)" sowie „Moderne Soziologie und Sozialphilosophie (Simmel, Max Weber, Troeltsch)" an (Vorlesungen Wien 1923/24: 13; Vorlesungen Wien 1924: 13). Der Spann-Schüler Wilhelm Andreae hielt im Wintersemester 1925/26 eine einstündige Vorlesung über „Soziologie als wertende und wertfreie Wissenschaft

[67] Brief Max Webers an das k.k. Ministerium für Kultus und Unterricht vom 5. Juni 1918 (Weber 2012: 181).

[68] Vgl. den Antrag Max Webers „zur Überführung der Kameralistik von der Philosophischen an die Juristische Fakultät" in der Fakultätssitzung am 25. und am 28. Juni 1895 (Weber 2016: 705–709), sowie die Umsetzung durch Neugründung der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät am 1. Juni 1896, vgl. dazu die Editorische Vorbemerkung zum Brief Max Webers an Friedrich Kluge vom 9. Mai 1896, (Weber 2015: 198).

[69] Brief Max Webers an Leo Königsberger vom 7. Aug. 1909 (Weber 1994: 215).

(eine methodologische Einführung)“ (Vorlesungen Wien 1925/26: 13), bei der eine Referenz auf Max Weber höchstwahrscheinlich gewesen sein dürfte.

Auch auf dem Wiener Soziologentag 1926 wirkte der „Geist“ Max Webers nach: sein Kampf „gegen ‚das Werturteil‘“ (Robert Wilbrandt, Verhandlungen DGS 1926: 143), seine Konstruktion des Idealtypus (Ferdinand Tönnies, Verhandlungen DGS 1926: 26), sein Begriff des Verstehens (Max Adler, Verhandlungen DGS 1926: 132) und nicht zuletzt seine rechts- und herrschaftssoziologischen Kategorien (Adolf Menzel, Verhandlungen DGS 1926: 168; Hans Kelsen, Verhandlungen DGS 1926: 57, 59). Zur Erinnerungsgabe (1923) für Max Weber steuerten neben Ludo Moritz Hartmann (I, 179–190) auch der Ökonom Friedrich von Gottl-Ottlilienfeld (I, 97–152) und der Sinologe Arthur von Rosthorn (II, 219–233) Beiträge bei, die neben menschlicher Nähe zugleich für das breite Wissensspektrum stehen, das die soziologischen Interessen Max Webers bestimmte.[70] Die Aufsätze zur *Wirtschaftsethik der Weltreligionen* bildeten auch eine Brücke zu Max Adler, der sie im Sommer 1918 von Max Weber erbeten hatte.[71]

1933 und 1938 markieren die Wendepunkte in der deutschen und österreichischen Geschichte. Auch für die Geschichte der Soziologie und die Weber-Rezeption ist die Zäsur greifbar, wenn man – wie M. Rainer Lepsius (1981: 17 f.) in seinem Artikel zur „Soziologie in der Zwischenkriegszeit“ – von einem Soziologie-Verständnis ausgeht, das die „Konstellationsanalyse des sozialen Wandels“ und den „methodologischen Individualismus“ in den Vordergrund stellt. Soziologische Erkenntnis beschreibt er als einen „Prozeß der kognitiven Differenzierung der Welt- und Existenzwahrnehmung des Menschen“, als „eine schrittweise Ausdifferenzierung sozialer Faktoren, Strukturen und Prozesse gegenüber biologischen Faktoren einerseits und kulturellen Ordnungsideen andererseits“. Mit dem Exodus vieler jüdischer und kritischer Gelehrter ist diese

[70] Mit dem gebürtigen Wiener Friedrich von Gottl-Ottlilienfeld verband Weber eine lange kollegiale Auseinandersetzung um methodische Fragen, vgl. insbes. Webers Wertschätzung für Gottls „Herrschaft des Wortes“ von 1901. Den Pekinger Botschafter Arthur von Rosthorn kannte Weber bereits durch dessen Vortrag im Heidelberger Eranos-Kreis 1906 und vertiefte die Verbindung in Wien 1918, vgl. die editorischen Erläuterungen zum Brief Max Webers an Arthur von Rosthorn vom 16. Juli 1918 (Weber 2012: 223). Dazu auch Ehrle (1991: 115 f.): „Vortragsbesuch Max Webers in der „Österreichischen Politischen Gesellschaft“ am 17. Juni 1918 (Datierung nach Weber 2012: 199).

[71] Brief Max Webers an Marianne Weber vom 6. Juni 1918 (Weber 2012: 184): „Kannst Du wohl meine ‚Weltreligionen‘ (alle Artikel) zusammenfinden und an Dr Max Adler, VIII, Josefstädter Str. 43 schicken? Er ersuchte mich darum.“

Wissenschaftstradition auch in Wien verdrängt und überlagert worden. Alleine in Max Webers Wiener Vorlesung im Sommersemester 1918 betrug der Anteil der Hörer „mosaischen Glaubens“, wie es damals hieß, fast die Hälfte der offiziell gemeldeten Studenten.[72]

Literatur

Bammé, Arno (2018): „Abseits vom Mainstream. Goldscheids unerledigte Desiderate“, in: Rudolf Goldscheid, Entwicklungstheorie, Finanzsoziologie, Menschenökonomie. Narrative einer anderen Soziologie, hg. von Arno Bammé, Marburg: Metropolis, S. 9–113.

Boese, Franz (1939): Geschichte des Vereins für Sozialpolitik 1872–1932 (Schriften des VfSp 188), Berlin: Duncker & Humblot.

Ehrle, Franz-Josef (1991): Max Weber und Wien. Inaugural-Diss. Freiburg 1991 (masch., Kopie Max Weber-Arbeitsstelle, BAdW München).

Erinnerungsgabe (1923): Erinnerungsgabe für Max Weber. Hauptprobleme der Soziologie, hg. von Melchior Palyi, 2 Bde., München/Leipzig: Duncker & Humblot.

Exner, Gudrun (2011): „‚Rudolf Goldscheid und der „Monistenbund in Österreich‘. Unter besonderer Berücksichtigung der ‚Wiener Hauptversammlung‘ 1927“, in: Pirmin Stekeler-Weithofer/Heiner Kaden/Nikolaos Psarros (Hg.), An den Grenzen der Wissenschaft. Die „Annalen der Naturphilosophie“ und das natur- und kulturphilosophische Programm der Herausgeber Wilhelm Ostwald und Rudolf Goldscheid, Stuttgart/Leipzig: Sächsische Akademie der Wissenschaften zu Leipzig/S. Hirzel, S. 272–294.

Exner, Gudrun (2013): Die „Soziologische Gesellschaft in Wien“ (1907–1934) und die Bedeutung Rudolf Goldscheids für ihre Vereinstätigkeit, Wien: new academic press.

Fleck, Christian (1990): Rund um „Marienthal“: Von den Anfängen der Soziologie in Österreich bis zu ihrer Vertreibung, Wien: Verlag für Gesellschaftskritik,

Fleck, Christian (1992): „Ludo M. Hartmann: Der Historiker als ‚Auch-Soziologe‘“, in: Wilhelm Filla/Michaela Judy/Ursula Knittler-Lux (Hg.), Aufklärer und Organisator. Der Wissenschaftler, Volksbildner und Politiker Ludo Moritz Hartmann, Wien: Picus Verlag, S. 37–50.

Girtler, Roland (2013): Max Weber in Wien, Wien: LIT.

Goldscheid, Rudolf (1908): Entwicklungswerttheorie, Entwicklungsökonomie, Menschenökonomie. Eine Programmschrift, Leipzig: Werner Klinkhardt.

Goldscheid, Rudolf (1909): „[Diskussionsbeitrag]“, in: Verhandlungen der Generalversammlung in Wien, 27., 28. und 29. September 1909 (Schriften des VfSp 132), Leipzig: Duncker & Humblot 1910, S. 594–599.

[72] Vgl. die Meldebögen in der Juristischen Fakultät der Univ. Wien für das Sommersemester 1918.

Goldscheid, Rudolf (1913): „[Stellungnahme]“, in: Äußerungen zur Werturteildiskussion im Ausschuß des Vereins für Sozialpolitik. – o. O.: als Manuskript gedruckt, S. 11–23.
Hainisch, Michael (1920): „Erinnerung an Eugen von Philippovich“, in: Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik in Regensburg 1919 (Schriften des VfSp 159), München/Leipzig: Duncker & Humblot, S. 25–29.
Hartmann, Ludo Moritz (1892): „[Rez.] Weber, Max, Die römische Agrargeschichte in ihrer Bedeutung für das Staats- und Privatrecht. Stuttgart, Enke 1891“, in: Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik, hg. von Heinrich Braun, 5. Bd., S. 215–218.
Hartmann, Ludo Moritz (1905): Über historische Entwickelung. Sechs Vorträge zur Einleitung in eine historische Soziologie, Gotha: Friedrich Andreas Perthes.
Heuss, Theodor (1965): Erinnerungen 1905–1933, Tübingen: Rainer Wunderlich Verlag.
Hübinger, Gangolf (1997): „Die monistische Bewegung. Sozialingenieure und Kulturprediger“, in: Rüdiger vom Bruch/Friedrich Wilhelm Graf/Gangolf Hübinger (Hg.), Kultur und Kulturwissenschaften um 1900. II. Idealismus und Positivismus, Stuttgart: Franz Steiner, S. 246–259.
Hübinger, Gangolf (2011): „Geschichtsdenken, kulturelle Evolution und sozialer Darwinismus“, in: Volker Gerhardt/Klaus Luca/Günter Stock (Hg.), Evolution. Theorie, Formen und Konsequenzen eines Paradigmas in Natur, Technik und Kultur, Berlin: Akademie Verlag, S. 185–193.
Kelsen, Hans (1911a): Über Grenzen zwischen juristischer und soziologischer Methode. Vortrag, gehalten in der Soziologischen Gesellschaft zu Wien, Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck).
Kelsen, Hans (1911b): Hauptprobleme der Staatsrechtslehre, entwickelt aus der Lehre vom Rechtssatze, Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck).
Kelsen, Hans (1912): „Zur Soziologie des Rechtes. Kritische Betrachtungen“, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 34 (2), S. 601–614.
Leichter, Käthe (1926): „Max Weber als Lehrer und Politiker [Rez. zu Marianne Webers „Lebensbild“]“, in: Der Kampf. Sozialdemokratische Monatsschrift 19 (9), S. 374–385.
Lepsius, M. Rainer (1981): „Die Soziologie der Zwischenkriegszeit: Entwicklungstendenzen und Beurteilungskriterien“, in: Ders. (Hg.), Soziologie in Deutschland und Österreich 1918–1945. Materialien zur Entwicklung, Emigration und Wirkungsgeschichte (Sonderheft 23 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie), Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 7–23.
Lichtblau, Klaus (Hg.) (2006): Max Webers „Grundbegriffe“. Kategorien der kultur- und sozialwissenschaftlichen Forschung, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
Lindenlaub, Dieter (1967): Richtungskämpfe im Verein für Sozialpolitik. Wissenschaft und Sozialpolitik im Kaiserreich vornehmlich vom Beginn des „Neuen Kurses“ bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges (1890–1914) (VSWG-Beiheft 52), Wiesbaden: Franz Steiner.
Mikl-Horke, Gertraude (2004): „Max Weber und Rudolf Goldscheid: Kontrahenten in der Wendezeit der Soziologie“, in: Sociologia Internationalis 42 (2), S. 265–285.
Mikl-Horke, Gertraude (2007): „Vergessene Hoffnungen – Rudolf Goldscheids Soziologie“, in: Dies./Wolfgang Fritz, Rudolf Goldscheid – Finanzsoziologie und ethische Sozialwissenschaft, Wien: LIT, S. 87–223.
Morgenbrod, Birgitt (1993): „‚Träume in Nachbars Garten‘. Das Wien-Bild im Deutschen Kaiserreich“, in: Gangolf Hübinger/Wolfgang J. Mommsen (Hg.), Intellektuelle im Deutschen Kaiserreich, Frankfurt/M.: Fischer, S. 11–123, 223–225.

Nau, Heino Heinrich (Hg.) (1996): Der Werturteilsstreit. Die Äußerungen im Ausschuß des Vereins für Sozialpolitik (1913), Marburg: Metropolis.

Neef, Katharina (2011): „Soziologie in monistischen, reformerischen und optimistischen Kreisen. Soziologische Diskurse in den ‚Annalen für Naturphilosophie' zwischen 1910 und 1921", in: Pirmin Stekeler-Weithofer/Heiner Kaden/Nikolaos Psarros (Hg.), An den Grenzen der Wissenschaft. Die „Annalen der Naturphilosophie" und das natur- und kulturphilosophische Programm der Herausgeber Wilhelm Ostwald und Rudolf Goldscheid, Stuttgart/Leipzig: Sächsische Akademie der Wissenschaften zu Leipzig/S. Hirzel, S. 295–372.

Neef, Katharina (2012): Die Entstehung der Soziologie aus der Sozialreform. Eine Fachgeschichte, Frankfurt/M./New York: Campus.

Olechowski, Thomas (2020): Hans Kelsen. Biographie eines Rechtswissenschaftlers. Unter Mitarbeit von Jürgen Busch, Tamara Ehs, Miriam Gassner und Stefan Wedrac, Tübingen: Mohr Siebeck.

Pankoke, Eckart (1984): „Soziologie. Gesellschaftswissenschaften", in: Otto Brunner/Werner Conze/Reinhart Koselleck (Hg.), Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Bd. 5, Stuttgart: Klett-Cotta, S. 997–1032.

Philippovich, Eugen von (1909): „Das Wesen der volkswirtschaftlichen Produktivität und die Möglichkeit ihrer Messung", in: Verhandlungen der Generalversammlung in Wien, 27., 28. und 29. September 1909 (Schriften des VfSp 132), Leipzig: Duncker & Humblot 1910, S. 327–358 (I. Schriftlicher Bericht), S. 359–370 (II. Mündliches Referat).

Philippovich, Eugen von (1916): Grundriß der Politischen Ökonomie, Bd. 1, 11., neubearb. Aufl., Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck).

Philippovich, Eugen von (1924): „Entwicklungsgang der wirtschafts- und sozialpolitischen Systeme und Ideale. I. Entwicklung bis zum Kriege", in: Grundriß der Sozialökonomik. I. Abt.: Historische und theoretische Grundlagen, I. Teil: Wirtschaft und Wirtschaftswissenschaft, 2., erw. Aufl., Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck), S. 125–183.

Plener, Ernst Frhr. von (1917): „Eugen von Philippovich, Gedenkrede in der Plenarversammmlung vom 30. Oktober 1917", in: Gesellschaft österreichischer Volkswirte, Jahrbuch 1917, S. V–VIII.

Roffenstein, Gaston (1921): „Das soziologische Problem der Gleichheit", in: Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reiche 45, S. 67–119.

Schumpeter, Joseph (1914): „Epochen der Dogmen- und Methodengeschichte", in: Grundriß der Sozialökonomik. I. Abt.: Wirtschaft und Wirtschaftswissenschaft, Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck), S. 19–124.

Simmel, Georg (2008): Briefe 1912–1918, Jugendbriefe (Georg Simmel-Gesamtausgabe, Bd. 23), Frankfurt/M.: Suhrkamp.

Simmel, Georg (2015): Nachträge, Dokumente, Gesamtbibliographie, Übersichten, Indices (Georg Simmel-Gesamtausgabe, Bd. 24), Frankfurt/M.: Suhrkamp.

Somary, Felix (1959): Erinnerungen aus meinem Leben, 4. Aufl., Zürich: Manesse Verlag.

Steiner, Herbert (Hg.) (1997): Käthe Leichter. Leben, Werk und Sterben einer österreichischen Sozialdemokratin, Wien: Ibera & Molden.

Stolper, Toni (1979): Ein Leben in den Brennpunkten unserer Zeit: Wien, Berlin, New York, Gustav Stolper 1888–1947, Stuttgart: Klett-Cotta.
Strzygowski, Josef (1923): Die Krisis der Geisteswissenschaften. Vorgeführt am Beispiele der Forschung über bildende Kunst. Ein grundsätzlicher Rahmenversuch, Wien: Anton Schroll & Co.
Tönnies, Ferdinand (1998): „Rudolf Goldscheid (1870–1932)“, in: Ferdinand Tönnies Gesamtausgabe, Bd. 22: 1932–1936. Geist der Neuzeit. Schriften. Rezensionen, hg. von Lars Clausen, Berlin/New York: Walter de Gruyter, S. 308–314.
Verhandlungen DGS (1922): Verhandlungen des Dritten Deutschen Soziologentages am 24. und 25. September 1922 in Jena, Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck).
Verhandlungen DGS (1926): Verhandlungen des Fünften Deutschen Soziologentages vom 26. bis 29. September 1926 in Wien, Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck) 1927.
Verhandlungen VfSp (1909): Verhandlungen der Generalversammlung in Wien, 27., 28. und 29. September 1909 (Schriften des VfSp 132), Leipzig: Duncker & Humblot 1910.
Vorlesungen Wien (1918): Öffentliche Vorlesungen an der k. k. Universität zu Wien im Sommer-Semester 1918, Wien: Druck von Adolf Holzhausen.
Vorlesungen Wien (1923/24): Öffentliche Vorlesungen an der Universität zu Wien. Wintersemester 1923/24, Wien: Emil Haim & Co. 1923.
Vorlesungen Wien (1924): Öffentliche Vorlesungen an der Universität zu Wien. Sommersemester 1924, Wien: Emil Haim & Co. 1924.
Vorlesungen Wien (1925/26): Öffentliche Vorlesungen an der Universität zu Wien. Wintersemester 1925/26, Wien: Emil Haim & Co. 1925.
Weber, Marianne (1984): Max Weber. Ein Lebensbild, 3. Aufl., Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck).
Weber, Max (1984a): Die Lage der Landarbeiter im ostelbischen Deutschland. 1892 (zuerst 1892 in: Schriften des VfSp 55-3) (MWG I/3), hg. von Martin Riesebrodt, Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck).
Weber, Max (1984b): Zur Politik im Weltkrieg. Schriften und Reden 1914–1918 (MWG I/15), hg. von Wolfgang J. Mommsen in Zusammenarbeit mit Gangolf Hübinger, Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck).
Weber, Max (1986): Die römische Agrargeschichte in ihrer Bedeutung für das Staats- und Privatrecht 1891 (MWG I/2), hg. von Jürgen Deininger, Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck).
Weber, Max (1990): Briefe 1906–1908 (MWG II/5), hg. von M. Rainer Lepsius und Wolfgang J. Mommsen in Zusammenarbeit mit Birgit Rudhard und Manfred Schön, Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck).
Weber, Max (1994): Briefe 1909–1910 (MWG II/6), hg. von M. Rainer Lepsius und Wolfgang J. Mommsen in Zusammenarbeit mit Birgit Rudhard und Manfred Schön, Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck).
Weber, Max (1998): Briefe 1911–1912 (MWG II/7), hg. von M. Rainer Lepsius und Wolfgang J. Mommsen in Zusammenarbeit mit Birgit Rudhard und Manfred Schön, Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck).
Weber, Max (2001): Wirtschaft und Gesellschaft. Die Wirtschaft und die gesellschaftlichen Ordnungen und Mächte. Nachlaß. Teilband 2: Religiöse Gemeinschaften (MWG I/22–2), hg. von Hans G. Kippenberg in Zusammenarbeit mit Petra Schilm, unter Mitwirkung von Jutta Niemeier, Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck).

Weber, Max (2003): Briefe 1913–1914 (MWG II/8), hg. von M. Rainer Lepsius und Wolfgang J. Mommsen in Zusammenarbeit mit Birgit Rudhard und Manfred Schön, Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck).

Weber, Max (2005): Wirtschaft und Gesellschaft. Die Wirtschaft und die gesellschaftlichen Ordnungen und Mächte. Nachlaß. Teilband 4: Herrschaft (MWG I/22-4), hg. von Edith Hanke in Zusammenarbeit mit Thomas Kroll, Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck).

Weber, Max (2006): Zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte des Altertums. Schriften und Reden 1893–1908 (MWG I/6), hg. von Jürgen Deininger, Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck).

Weber, Max (2008): Briefe 1915–1917 (MWG II/9), hg. von Gerd Krumeich und M. Rainer Lepsius in Zusammenarbeit mit Birgit Rudhard und Manfred Schön, Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck).

Weber, Max (2009a): Allgemeine („theoretische") Nationalökonomie. Vorlesungen 1894–1898 (MWG III/1), hg. von Wolfgang J. Mommsen in Zusammenarbeit mit Cristof Judenau, Heino Heinrich Nau, Klaus Scharfen und Marcus Tiefel, Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck).

Weber, Max (2009b): Wirtschaft und Gesellschaft. Entstehungsgeschichte und Dokumente (MWG I/24), dargestellt und hg. von Wolfgang Schluchter, Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck).

Weber, Max (2010): Wirtschaft und Gesellschaft. Die Wirtschaft und die gesellschaftlichen Ordnungen und Mächte. Nachlaß. Teilband 3: Recht (MWG I/22-3), hg. von Werner Gephart und Siegfried Hermes, Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck).

Weber, Max (2012): Briefe 1918–1920 (MWG II/10), hg. von Gerd Krumeich und M. Rainer Lepsius in Zusammenarbeit mit Uta Hinz, Sybille Oßwald-Bargende und Manfred Schön, Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck).

Weber, Max (2013): Wirtschaft und Gesellschaft. Soziologie. Unvollendet 1919–1920 (MWG I/23), hg. von Knut Borchardt, Edith Hanke und Wolfgang Schluchter, Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck).

Weber, Max (2015): Briefe 1895–1902 (MWG II/3), hg. von Rita Aldenhoff-Hübinger in Zusammenarbeit mit Uta Hinz, Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck).

Weber, Max (2016): Hochschulwesen und Wissenschaftspolitik. Schriften und Reden 1895–1920 (MWG I/13), hg. von M. Rainer Lepsius und Wolfgang Schluchter in Zusammenarbeit mit Heide-Marie Lauterer und Anne Munding, Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck).

Weber, Max (2017a): Briefe 1887–1894 (MWG II/2), hg. von Rita Aldenhoff-Hübinger in Zusammenarbeit mit Thomas Gerhards und Sybille Oßwald-Bargende, Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck).

Weber, Max (2017b): Briefe 1903–1905 (MWG II/4), hg. von Gangolf Hübinger und M. Rainer Lepsius in Zusammenarbeit mit Thomas Gerhards und Sybille Oßwald-Bargende, Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck).

Weber, Max (2018a): Zur Logik und Methodik der Sozialwissenschaften. Schriften 1900–1907 (MWG I/7), hg. von Gerhard Wagner in Zusammenarbeit mit Claudius Härpfer, Tom Kaden, Kai Müller und Angelika Zahn, Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck).

Weber, Max (2018b): Verstehende Soziologie und Werturteilsfreiheit. Schriften und Reden 1908–1918 (MWG I/12), hg. von Johannes Weiß in Zusammenarbeit mit Sabine Frommer, Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck).

Werturteildiskussion (1913): Äußerungen zur Werturteildiskussion im Ausschuß des Vereins für Sozialpolitik, o. O.: als Manuskript gedruckt.
Wieser, Friedrich Frhr. von (1914): „Theorie der gesellschaftlichen Wirtschaft“, in: Grundriß der Sozialökonomik. I. Abt.: Wirtschaft und Wirtschaftswissenschaft, Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck), S. 125–444.
Wieser, Friedrich (1926): Das Gesetz der Macht, Wien: Julius Springer.
Witrisal, Georg (2018): „Zum Verhältnis von Wissenschaft und politischen Engagement: Warum Rudolf Goldscheid soziologische Gesellschaften gründete“, in: Max Haller (Hg.), Aktuelle Probleme der Finanzsoziologie. Die Fragestellungen von Rudolf Goldscheid heute, Wien: LIT, S. 41–51.

Edith Hanke, Dr. phil., geb. 1962 in Köln, seit 1990 wissenschaftliche Mitarbeiterin der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, bis 2020 Generalredaktorin der Max Weber-Gesamtausgabe, jetzt zuständig für „Max Weber digital“ und die Forschungsdokumentation der Akademie. Forschungsschwerpunkte: Max Webers Herrschaftssoziologie und die weltweite Rezeption seines Werks.

Wesensschau und Konstitutionsanalyse – phänomenologisch orientierte Soziologie der Zwischenkriegszeit

Ilja Srubar

Inhaltsverzeichnis

1 Phänomenologie im zeitgenössischen Kontext 78
2 Phänomenologie als Hintergrund kultursoziologischen Denkens: Das Beispiel Karl Mannheims 81
3 Konstitutionsanalyse und formale Ontologie: zwei Forschungsperspektiven des phänomenologischen Ansatzes und ihre sozialtheoretische Rezeption 83
4 Phänomenologie und „reine Soziologie“ 87
5 Von den „phänomenologischen Tatsachen“ zur Wissenssoziologie: Max Scheler . . . 92
6 Fundierung verstehender Soziologie: Alfred Schütz 103
Literatur 108

Zusammenfassung

Die Phänomenologie Husserls erhob den Anspruch, einen neuartigen philosophischen Zugang zu den Bedingungen der Erkenntnis zu erschließen, die im intentionalen Erleben der Subjekte verankert sind, und so auch die Wissenschaften auf eine neue Grundlage zu stellen. Sie wurde dementsprechend auch in der Soziologie der Zwischenkriegszeit rezipiert als ein Ansatz, der die Sinnstruktur des Sozialen thematisierte und eine Klärung des verstehenden

I. Srubar (✉)
Universität Erlangen-Nürnberg, Erlangen, Deutschland
E-Mail: ilja.srubar@uni-konstanz.de

© Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2022

K. Acham und S. Moebius (Hrsg.), *Soziologie der Zwischenkriegszeit. Ihre Hauptströmungen und zentralen Themen im deutschen Sprachraum*,
https://doi.org/10.1007/978-3-658-31401-9_3

Zugangs zu dieser versprach. Relevant wurde der phänomenologische Ansatz einerseits im Rahmen der „reinen Soziologie“, wo man versuchte, die Grundformen des Sozialen mit Hilfe der phänomenologischen Wesensschau auszumachen. Andererseits wurden die phänomenologischen Analysen der lebensweltlichen Sinnkonstitution genutzt, um die Sinnorientierung sozialen Handelns als Grundlage verstehender Soziologie zu klären. Die soziale Konstitution des Wissens trat so in den Fokus des soziologischen Blicks. Das phänomenologische Konzept einer durch Subjekte konstituierten sinnhaften Lebenswelt trug so zu der Entstehung eines wissenssoziologischen Paradigmas bei, welches das heutige Verständnis von Gesellschaft prägt.

Schlüsselwörter

Phänomenologie · Soziologie · Wissenssoziologie · Lebenswelt · Methodologie der Sozialwissenschaften

1 Phänomenologie im zeitgenössischen Kontext

Um die Bedeutung des phänomenologischen Denkens für die Formierung der Soziologie zu erfassen, muss man sich vergegenwärtigen, welche Bedeutung Edmund Husserls (1859–1938) Phänomenologie für seine Zeitgenossen hatte. Sein „Prinzip aller Prinzipien“, das postulierte, dass „jede originär gegebene Anschauung eine Rechtsquelle der Erkenntnis sei“ und dass daher „alles, was sich originär darbietet, einfach hinzunehmen sei, als was es sich gibt, aber nur in den Schranken, in denen es sich gibt“ (Husserl 1928: 43 ff.), bedeutete eine radikale Wende im erkenntnistheoretischen Denken jener Zeit.

Es bedeutete nichts weniger, als dass die Fundierung der Erkenntnis nicht in Erkenntnistheorien zu suchen sei, die zuerst die Aufstellung einer Wissenschaftslehre verlangen, in der die Kriterien festgelegt würden, durch deren Befolgung der Gegenstand einer Wissenschaft seine rationale Gestalt und so auch einen verständlichen Sinn erhalten würde. Husserls Ansatz ging vielmehr davon aus, dass sich die sinnhafte Geltung der Welt und ihrer Gegenstände schon immer vor jeder Wissenschaft in den Bewusstseinsakten des Subjekts in seiner natürlichen Einstellung konstituiert. Wenn sich die Philosophie als eine Fundierung der Wissenschaft verstehen will, muss sie diesen vorwissenschaftlichen Konstitutionsprozess erschließen, in dem die Evidenz der Geltung von etwas als etwas ihre originäre Quelle hat, auf die sich auch jede Wissenschaft stützt. Die Quelle der Erkenntnis ist daher nicht in den Theoriekonstruktionen zu sehen, die von der Wissenschaft

der Wirklichkeit auferlegt werden, sondern in dem Konstitutionsprozess selbst, in dem die sinnhafte Lebenswelt ihre Gestalt annimmt (Husserl 1962: 130 ff.).

Damit eröffneten sich neue Forschungsfelder nicht nur für die Philosophie, sondern auch für jene Geistes- und Sozialwissenschaften, die im Anschluss an Dilthey aber auch an Max Weber die geschichtliche und soziale Wirklichkeit als einen sinnhaften Zusammenhang betrachteten. Denn obwohl Husserl die Sinnstruktur der Lebenswelt als ein Korrelat der Bewusstseinsakte des transzendentalen Subjekts ansah, enthüllten seine Untersuchungen auch viele andere Bereiche des intentionalen Erlebens, die den Konstitutionsprozess wesentlich mitgestalteten. Das Bewusstsein selbst erschien in seinen Analysen als ein leibgebundenes, wodurch das Handeln und die Emotionalität als mitkonstituierende Akte thematisch wurden. Als ein leibliches wurde das leistende Bewusstsein durch soziale Prozesse mitgeformt und damit geschichtlich. Soziale Bezüge der leistenden Subjektivität erforderten dringend die Klärung der Probleme der Intersubjektivität und des Fremdverstehens. Obwohl die transzendentale Phänomenologie Husserls nicht immer eine befriedigende Lösung dieser Probleme anbot, eröffneten sich dadurch thematische Bereiche und Ansätze, die für die Weiterentwicklung soziologischen Denkens weit über die Zwischenkriegszeit hinaus relevant wurden (Bühl 2002; Srubar 1991, 2013). Bereits vor dem Zweiten Weltkrieg gehörte also Phänomenologie zu den signifikanten Strömungen, durch die die Entwicklung der Soziologie nachhaltig beeinflusst wurde. Neben den Bemühungen um eine „reine Soziologie“ gilt dies vor allem für die neu entstehende Wissenssoziologie, für die der phänomenologische Ansatz eine Grundlage lieferte.

Die Phänomenologie Husserls, wie er sie in den ersten Dekaden des 20. Jahrhunderts entwickelte, war allerdings keine Sozialtheorie. Der späte Husserl bestimmt sie zwar als eine Wissenschaft von der Lebenswelt (Husserl 1962: 140 ff.). Aber unter der Lebenswelt in diesem Sinne versteht er nicht die empirische Vielfalt soziokultureller Realität, so wie sie in ihrer geschichtlichen Entwicklung vorliegt. Die Lebenswelt stellt für ihn vielmehr das Korrelat der Akte des Subjekts dar, in welchen die Welt zu einer für das Subjekt sinnhaften, verständlichen Wirklichkeit wird (Husserl 1962: 148). Das „Grundfeld“ der Phänomenologie, von dem Husserls Lebensweltforschung immer Ausgang nimmt, stellt das intentionale Erleben dar, in dessen Akten sich die Welt als sinnhaft gegeben konstituiert (Husserl 1928: 95). Die Struktur und die Dynamik dieser Akte und so auch die Sinnstruktur der Lebenswelt herauszuarbeiten, war die philosophische Absicht des Husserlschen Ansatzes. Damit hoffte er, die Philosophie zu den „Sachen selbst“ zu führen, wie sie uns vor dem Eingriff jeglicher Wissenschaft selbst erscheinen. Natürlich enthüllten Husserls Analysen auch,

dass intersubjektive Beziehungen der Subjekte zu den konstitutiven Akten der Lebenswelt gehören (Husserl 1962: 136, 185 ff.). Doch er belässt es bei dieser Allgemeinheit. „Soziologische" Konsequenzen, die daraus zu ziehen wären, lagen jenseits seines philosophischen Forschungsinteresses.

Es stellt sich also die berechtigte Frage, woher Husserls Denken seine Bedeutung für die Formierung des soziologischen Blickes gewann. Die Gründe sind zum einen in der bereits angesprochenen Wahrnehmung des phänomenologischen Ansatzes in dem damaligen Diskurs zu suchen, zum anderen jedoch in der Entwicklung der Problemlage in den Sozialwissenschaften selbst. Husserls Phänomenologie galt, neben der Lebensphilosophie Bergsons, als ein Versuch, die Philosophie aus den Traditionen des 19. Jahrhunderts hinaus zu führen (Mannheim 1980: 134; Adorno 2020a: 20 f.) und eine neuartige Forschungsweise zu etablieren, die der Anschauung keine vorkonstruierte Theorie vorschalten wollte. Die Erkenntnis sollte vielmehr aus der Immanenz der Konstitution der „Sache selbst" gewonnen werden. Nicht die Methode sollte den Gegenstand erschließen. Vielmehr erschließt sich der Sinn des Gegenstands aus der Anschauung seiner Konstitution.

Husserls Vorschlag der Neuausrichtung der philosophischen Forschung wirkte weit über den Kreis der philosophischen Diskussion hinaus. In seiner Perspektive wurde auch der Zugang zu einer Reihe von Sachgebieten formuliert, wie die Beiträge des seit 1913 erscheinenden „Jahrbuchs für Philosophie und phänomenologische Forschung" zeigen. Hier wurden nicht nur die grundlegenden Texte von Husserl (1928), Scheler (1980b) und Heidegger (1967) zuerst publiziert, sondern auch Beiträge zu Psychologie (Pfänder 1913), Rechtstheorie (Reinach 1913), Ästhetik (Geiger 1913), Geometrie (Becker 1923) und Mengenlehre (Lipps 1923), sowie zur Ontologie sozialer Gemeinschaften (Walter 1923), zu Individuum und Gemeinschaft (Stein 1922) und zur Staatslehre (Stein 1925). In der Sozialwissenschaft entwickelte der Ansatz seine Wirkung im Zusammenhang mit der zunehmenden Einsicht in die Eigenart des sozialen Gegenstandes, der eine eigene Sinnstruktur aufweist, die von seinen handelnden Gliedern hervorgebracht wird. Diese „wissenssoziologische Wende" kündigte sich bereits im Rahmen der Diskussion über die Differenz der natur- und geisteswissenschaftlichen Weltsicht (Dilthey 1974; Rickert 1929) an. Dilthey (1833–1911) verortete den Aufbau der geschichtlichen Welt im Wirkungszusammenhang von Erleben, Ausdruck und Verstehen, in dem sich Geschichte, Kultur und Gemeinschaftsformen entwickeln (Dilthey 1974: 164). Aus der Sicht der sich formierenden Soziologie formulierte Simmel (1858–1918) den gleichen Sachverhalt in seinem Exkurs über die Frage „wie ist Gesellschaft möglich", indem er feststellte, dass die „Natureinheit" erst durch die methodische Betrachtung durch die Wissenschaft zustande kommt,

während die gesellschaftliche Einheit bereits in den Wechselwirkungen der in der Gesellschaft sinnhaft handelnden Individuen hervorgebracht wird (Simmel 1968: 21 ff.). Der Zusammenhang von Sozialität und Wissenskonstitution wurde so im Diskurs der Soziologie der Zwischenkriegszeit zu einem der zentralen Themen (Meja und Stehr 1982; Acham 1998; Srubar 2010).

Bei aller Differenz der an diesem Diskurs beteiligten Ansätze stand die Frage nach der Sinnstruktur sozialer Wirklichkeit und nach der Konstitution sinnhafter Orientierung des Handelns im Fokus der sozialtheoretischen Debatte jener Zeit. Sie spielte nicht nur in Max Webers (1864–1920) verstehender Soziologie eine entscheidende Rolle (Weber 1973: 427 ff.). Sie war zentral auch für seine Opponenten aus der österreichischen Ökonomieschule, selbst wenn diese sie auf das Problem der Ermittlung des subjektiven Nutzens reduzierten (Mises 1929). Sie bewegte auch die zeitgenössische marxistische Diskussion, in der die Entwicklung des richtigen bzw. des falschen Klassenbewusstseins der Arbeiterklasse zum Prüfstein der Marxschen Prophezeiung wurde (Lukács 1970). Die zunehmende Ausdifferenzierung der modernen Gesellschaft, die eine Vielfalt von Weltanschauungen mit sich brachte, führte ebenso zu der Frage nach ihrer Konstitution und deren Verankerung in sozialen Standorten. Die wissenssoziologische Problematik in diesem Sinne (Mannheim 1969; Scheler 1980a) aber auch im allgemeineren Rahmen eines sinnhaften Aufbaus der sozialen Welt (Schütz 2004) stand also aktuell greifbar im Raum.

2 Phänomenologie als Hintergrund kultursoziologischen Denkens: Das Beispiel Karl Mannheims

Husserls Analysen des sinnkonstituierenden Erlebens, selbst wenn sie keine genuin soziologischen Aspekte erörterten, schienen hier viele Ansatzpunkte zu liefern. Dies vor allem auch, weil sie nicht als ein geschlossenes Denkgebäude auftraten, sondern lediglich einen Weg boten, sich dem Sinnphänomen und seiner Konstitution zu nähern. Die Auseinandersetzung mit Husserls Phänomenologie blieb so nicht nur seinen Anhängern und Schülern vorbehalten. Sie bildete den Subtext unterschiedlicher Ansätze, so etwa auch der Entwicklung der Mannheimschen Wissenssoziologie (Mannheim 1980). Auch im Denken der Frankfurter Schule spielte die Auseinandersetzung mit Husserl und Heidegger eine nicht unbedeutende Rolle (Adorno 2020b, 1975; Horkheimer 1987, 1990; Marcuse 1973). Wie der phänomenologische Blick die Wahrnehmung des soziologischen Gegenstandes selbst jenseits der „phänomenologischen Bewegung“

modifizierte, lässt sich am Beispiel der Genese der Mannheimschen Wissenssoziologie beobachten, die wir unter anderem anhand seiner aus dem Nachlass publizierten Schriften nachverfolgen können (Mannheim 1980: 186 ff. 2, 206, 2000: 50, 1970: 100, 272, 388 ff.). Am Anfang der 1920er Jahre war Karl Mannheim (1893–1947) dabei, eine Kultursoziologie zu entwickeln, deren Gegenstand das Sinnhafte einer Gesellschaft darstellte, das die „strukturell materiale Analyse" der Gesellschaft nicht fassen kann (Mannheim 1980: 40 ff.). Auch für ihn konstituieren sich die Sinnstrukturen der „geistigen Realität" im Erleben, wodurch die Einstellungen der erlebenden Subjekte in sie eindringen. Das Wissen wird so notwendigerweise in der Sozialität aber auch in der Relativität dieser Einstellungen verankert (Mannheim 1980: 56). Er geht davon aus, dass kulturelle Gebilde keinen „dinghaften" Charakter haben und daher nicht mit objektivierenden Mitteln naturwissenschaftlicher Art adäquat erforschbar sind. Sie seien vielmehr durch eine immanente Sinnstruktur charakterisiert, die vor jeder Wissenschaft durch handelnde Subjekte hervorgebracht wird und die durch jede methodisch objektivierende Rekonstruktion verfremdet würde (Mannheim 1980: 54). Mannheim folgt der Diltheyschen Vorgabe (Dilthey 1974: 167), die nach einer besonderen Methodik der Geisteswissenschaften verlangt und sucht nach einem theoretischen Zugang, der die gesuchte Struktur zum Vorschein bringen würde, ohne sie „methodologisch" zu verfälschen (Mannheim 1980: 82 ff.). In seiner Untersuchung der Theoriearchitektur von Erkenntnistheorien kommt Mannheim zu dem Ergebnis, dass sie ihren Gegenstand unausweichlich normativ präformieren und fordert ein Verfahren ein, das die Gegebenheitsweise des Gegenstands als solchen zur Erscheinung bringen würde (Mannheim 1970: 244, 1980: 82). Diesen Zugang würde die „neue" phänomenologische Betrachtung bieten, die auf die „bewusstseinsmäßigen Einstellungen und auf die Verhaltungsweisen des Gesamtsubjekts" ausgerichtet sei (Mannheim 1980: 40, 186). Nur über den Zugang zu den Erlebniszusammenhängen, in welchen sich die Subjekte der Realität einerseits bewusst werden und in welchen sie andererseits die soziale Wirklichkeit als eine kulturelle hervorbringen, könne die Sinnstruktur dieser Realität erschlossen werden. „Unter dem rätselhaften Wort, dass sich gewisse soziale Lagen in Ideologien *umsetzen* [Hervorhebung im Orig.], ist gerade dieser doppelseitige Bezug zu einem einheitlichen Lebenssystem zu verstehen." (Mannheim 1980: 105) In dieser Synthese fungiert die Phänomenologie als ein Gegengewicht zu der „strukturellen" Analyse, die die Weltanschauungen aus dem Zusammenspiel soziostruktureller Faktoren ableitet. Die Einsicht, dass das Wissen von der Welt je nach existentieller Einstellung des Subjekts variiert und das diese Einstellungen durch die Erlebniszusammenhänge bedingt sind, in welchen sich das Subjekt befindet, stellt für Mannheim bereits seit 1922 den

Ausgangspunkt seiner wissenssoziologischen Überlegungen, die er immer wieder explizit auf die Phänomenologie Husserls stützt (Mannheim 1970: 388, 103, 1980: 56). Unter phänomenologischer Perspektive versteht Mannheim freilich nicht nur den Ansatz von Husserl. In seine Analysen des Erlebniszusammenhangs spielen sowohl Schelers anthropologisch orientierten Untersuchungen hinein als auch die Versuche von Gerda Walter (1897–1977) (Walter 1923), Edith Stein (1891–1942) (Stein 1922) und anderen Schülern Husserls, eine „reine Soziologie" in Gestalt einer eidetischen Ontologie des „Sozialen" zu entwerfen. In seinen nachgelassenen Entwürfen experimentiert Mannheim mit diesem Konzept, das er einer „allgemeinen" und einer „dynamischen" Soziologie gegenüber stellt, die sich mit den empirischen Formen der eidetischen Struktur des Sozialen befassen sollten (Mannheim 1980: 121 ff.). Doch sein Anspruch, die „strukturelle" und die „phänomenologische" Sichtweise in einem Ansatz zu vereinigen, der die Seinsgebundenheit des Denkens klären würde, ließ ihn wohl das Experiment beenden. Dies nicht zuletzt, weil der „überzeitlichen" eidetischen Struktur des Sozialen die historisch-dynamische Dimension fehlte, die für das Konzept seiner Wissenssoziologie unentbehrlich war (Mannheim 1970: 339 ff.). Als produktiv erwies sich für ihn daher die phänomenologische Sicht auf die Sinn konstituierenden Akte des Subjekts, nicht jedoch das damit verbundene Streben nach einer formalen eidetischen Ontologie (Mannheim 1970: 340).

3 Konstitutionsanalyse und formale Ontologie: zwei Forschungsperspektiven des phänomenologischen Ansatzes und ihre sozialtheoretische Rezeption

Am Beispiel der Mannheimschen Rezeption der Phänomenologie lassen sich die Attraktivität aber auch die Probleme der sozialtheoretischen Anwendung des phänomenologischen Ansatzes verdeutlichen: Husserls Konstitutionsanalysen berühren eine Reihe von Problemen, die auch die soziologischen Theorie zu lösen hatte, wenn sie nach der Sinnorientierung des Handelns und einem Zugang dazu suchte. Dass der phänomenologische Ansatz sich nicht als ein fertiges System präsentierte, dessen Aussagen als Axiome einer Erkenntnistheorie zu verstehen sind, sondern als ein ergebnisoffener Forschungsweg galt, steigerte die Bereitschaft, sich seiner zur Klärung offener Fragen zu bedienen. Die Klärung der Sinnkonstitution war jedoch nicht das einzige Interesse Husserls. Er hoffte daraus eine formale Ontologie zu entwickeln, die der Sinnstruktur der Lebenswelt zu Grunde liegen müsste (Husserl 1962: 176 ff.). Dies führte zu Versuchen, das phänomeno-

logische Verfahren als direkte Suche nach einer solchen Ontologie zu verstehen, die direkt zum „reinen Wesen" des untersuchten Phänomens, etwa der „sozialen Gebilde", führen würde.

In dieser Offenheit des phänomenologischen Ansatzes war es beschlossen, dass viele seiner Anhänger ihn an ihre eigenen Forschungsinteressen anzupassen suchten bzw. nur probeweise anwendeten. Zu der Entstehung von unterschiedlichen Varianten und Modifikationen des Ansatzes, die nicht selten den Intentionen Husserls entgegen liefen, trug auch die Struktur des phänomenologischen Verfahrens selbst bei, dessen einzelne Schritte in unterschiedlicher Weise betont und abgewandelt wurden. Um die Weisen der Rezeption des Husserlschen Ansatzes in der Sozialtheorie jener Zeit zu verstehen, ist es erforderlich, sich sein Grundgerüst zu vergegenwärtigen: Die Phänomenologie als eine neuartige, „strenge Wissenschaft" (Husserl 1910) bzw. als die spätere „Wissenschaft von der Lebenswelt" zielt primär auf die Konstitution der ursprünglichen Weltgewissheit ab. Diese erfolgt im intentionalen Erleben des Subjekts, dessen Korrelat die sinnhafte Lebenswelt darstellt. Das Erleben des Subjekts erscheint in dieser Perspektive nicht als ein Chaos einzelner Eindrücke. Die intentionalen Erlebnisakte greifen in die Welt hinaus, so dass das Bewusstsein immer ein Bewusstsein von etwas ist. Sie weisen nach Husserl eine noetisch-noematische Struktur auf (Husserl 1928: 179 ff.). So entsteht die sinnhafte Struktur der Lebenswelt immer noematisch, d. h. am Leitfaden des erlebten Objekts, dessen Erscheinung jedoch zugleich auch noetisch von der aktuellen Einstellung des erlebenden Subjekts abhängt. Diese sinnhaften Synthesen sind möglich dank der Zeitlichkeit des Bewusstseins, in dessen innerem Zeitstrom sie sich vollziehen. Zu der Sinnkonstitution am Leitfaden des Objekts gehört es allerdings auch, dass in allen möglichen Abschattungen seiner Erscheinung eine ihm eigene Typik erhalten bleibt, die seine Varianten als Varianten von ihm selbst erkennbar macht. Die im präreflexiven Erleben entstehende Typik von Objekten macht für Husserl die Vorbekanntheit der Welt in der natürlichen Einstellung aus (Husserl 1999: 26 ff.). Da zu den „Objekten", auf die das Bewusstsein sich bezieht, auch Andere gehören, wird die Sinnstruktur der Lebenswelt durch die Intersubjektivität qua Sozialität geprägt sowie sie auch aufgrund der Temporalität des Bewusstseins und der Leiblichkeit des Subjekts geschichtlich wird (Husserl 1962: 161 ff.).

In diesem hier nur notdürftig skizzierten Umriss von Husserls Konstitutionsanalysen lassen sich nun zwei Forschungsperspektiven erkennen, die in seinem Ansatz präsent sind und die auch seine soziologische Rezeption beeinflussen. In der Struktur des von ihm ausgearbeiteten Konstitutionsprozesses lässt sich eine Typik erkennen, die er glaubte, als eine universale Struktur des Erfahrungs-

prozesses ansehen zu dürfen, in der sich die Vorbekanntheit der Welt in der natürlichen Einstellung konstituiert (Husserl 1999: 23 ff.). Da diese Typik jeder Erfahrung des Subjekts zugrunde liegt, kann sie als transzendental gelten. Das Innovative an diesem Ansatz bestand also darin, dass der transzendentale Charakter nicht einem erkenntnistheoretischen Räsonnement entsprang, dessen Resultate *vor* jeder Erfahrung anerkannt werden müssten. Husserls universale Typik erhob den Anspruch, transzendental zu sein, weil seine Analysen sie als *in* jeder Erfahrung enthalten enthüllten. Aus der Typik selbst, die sich auf den Konstitutionsprozess bezog, resultierten keine inhaltlichen Vorgaben für die konkrete Gestalt der Lebenswelt bzw. für das Erleben der sie konstituierenden Subjekte. Im Gegenteil: Diese Typik lag der Plastizität des Bewusstseins zugrunde, aus der die Vielfalt der konkreten Lebensformen resultierte. Deskription und nicht Präskription bleibt hier immer die phänomenologische Maxime. Da sich allerdings die Typik als der formale Träger der Sinnhaftigkeit der Lebenswelt und ihrer Objekte erwies, hoffte Husserl durch seine Analyse zu einer formalen Ontologie zu kommen, die man, je nach intendiertem Gegenstand, zur regionalen Ontologie einzelner Wissenschaften verfeinern könnte (Husserl 1928: 307 ff., 1962: 176 ff.). Die phänomenologische Forschung verfolgte demnach zwei Richtungen: In Richtung Konstitutionsanalyse galt es, die sinngebenden Akte einschließlich der Intersubjektivität und der Sozialität zu beleuchten, um einen universalen Mechanismus der Sinnkonstitution zu beschreiben, in dessen Vollzug es angelegt ist, dass er sich nur in einer Vielfalt von Lebensformen realisieren kann. In Richtung formaler Ontologie als Grundlage der Wissenschaften wollte man die Typik dieser differenzierenden Prozesse als die Wesensstruktur des jeweiligen Genstandes enthüllen. Damit schien sich in der Anwendung des Ansatzes sowohl der Zugang zu einer allgemeinen Theorie als auch zu einzelnen Phänomenen zu öffnen.

In der Entwicklung des Husserlschen Ansatzes lassen sich so drei Phasen unterscheiden, in welchen seine unterschiedlichen Momente betont ausgearbeitet werden (Biemel 1959). Das Interesse der ersten, „deskriptiven“ Phase, das er bereits 1900/1901 in den *Logischen Untersuchungen* (Husserl 1968) verfolgte, galt der Erfassung der Art und Weise, in der die Geltung von idealen Gegenständen der Logik in den Akten des intentionalen Erlebens verankert ist. 1911 formulierte er das Programm einer „Philosophie als strenge Wissenschaft“, in dem er hoffte, dass die Phänomenologie auch etwa Diltheys Weltanschauungsphilosophie und so auch die Geisteswissenschaften zu begründen vermag (Husserl 1910: 328). Damit wird die zweite, „konstitutive“ Phase eingeleitet, die den „Ideen I“ von 1913 zugerechnet wird (Husserl 1928). Darin wird die Suche nach der Konstitution der Geltung „von etwas“ auf alle Objekte

des Bewusstseins erweitert. Hier wird das Verfahren der „phänomenologischen Reduktion“ (Husserl 1928: 53 ff.) entwickelt, in der sowohl die naiven als auch die wissenschaftlichen Annahmen über den zu untersuchenden Gegenstand eingeklammert werden, damit die originären Akte des Bewusstseins sichtbar werden, in welchen die Geltung des Gegenstands als eines solchen zustande kommt. Die auffindbare Struktur dieser Akte, die zugleich die Struktur darstellt, in der die „Sache selbst“ gegeben ist, kann dann als das Wesen, das Eidos, des fraglichen Phänomens gelten, das mittels der Reduktion „geschaut“ werden kann. Von hier aus erhoffte sich Husserl den Weg zu einer formalen Ontologie der Lebenswelt. In der letzten, „genetischen“ Phase des Husserlschen Denkens in den 1930er Jahren wird die Suche nach einer solchen Struktur der Lebenswelt schlechthin als Grundlage der Wissenschaften thematisch. In den Vordergrund treten die Analysen der Temporalität und die Sozialität, verbunden mit der Intersubjektivität und Geschichtlichkeit der Lebenswelt (Husserl 1962, 1973a; Biemel 1959).

Aus den Forschungsmanuskripten in Husserls Nachlass wird deutlich, dass die Themen der drei Phasen als Momente in Husserls Denken seit seinen Anfängen präsent sind (Biemel 1959). Der unterschiedlichen Betonung der drei Themenbereiche in der Rezeption des Husserlschen Werkes durch seine Zeitgenossen verdanken sich jedoch die Differenzen in seiner Verwendung. Das Verfahren, das Husserl in den Raum stellt, kann mit drei Schritten charakterisiert werden: Auf die Deskription des Phänomens folgt die Analyse der seine Geltung konstituierenden Akte und die daraus resultierende Anschauung der Struktur dieser Akte, die das „Wesen“ des Phänomens ausmacht. Letztlich wird die Genesis dieser Geltung in dem Erlebnisstrom des Subjekts in seiner Geschichtlichkeit und seinen intersubjektiven Beziehungen thematisch (Husserl 1973a: 111 ff.). Diesem konstitutiv-genetischen Strang folgt Husserls phänomenologische Analyse. Doch unter der Voraussetzung, dass man dieses Verfahren für begründet hält und somit auch sein Resultat – das enthüllte Wesen – als geltend betrachtet, erschien es auch legitim, die Forschungsrichtung umzudrehen: Durch die Betrachtung eines einzelnen Phänomens könnte man dann auf sein „Wesen“ direkt schauen und davon seine Konstitution ableiten bzw., da das Wesen schon mal enthüllt wurde, auf die Konstitutionsanalyse ganz verzichten und direkt zu „reiner“ Deskription schreiten (Bühl 2002: 33 ff.). Und in der Tat wurde diese „Abkürzung“ zu der „Sache selbst“ häufig von Ansätzen gewählt, die der formalontologischen Forschungsrichtung der Phänomenologie folgen wollten und die „Wesensschau“ zu ihrem Ausgangspunkt wählten. Exemplarisch für die Anwendung dieses Verfahrens auf die sozialphilosophische Thematik ist Gerda Walters Abhandlung *Zur Ontologie der sozialen Gemeinschaft* (1923) bzw. Edith Steins *Individuum und Gemeinschaft* (1922). Der ontologische Zugang ist hier

der Konstitutionsanalyse vorgeordnet, da das „Wesen des Objekts dem Bewusstsein vorschreibt wie es das Objekt in seinen Akten originär zu konstituieren habe“ (Walter 1923: 9). In dieser Perspektive ließen sich die Wesensmerkmale von empirischen Phänomenen quasi mittels phänomenologischer Reduktion direkt erschauen, wobei die Wesensschau eines einzelnen Phänomens die Struktur aller weiteren offenbaren würde (Walter 1923: 17). Obwohl dieses Konzept aus der heutigen Sicht recht metaphysisch anmutet, wurde es damals als eine mögliche Fundierung soziologischer Kategorien diskutiert und angewendet.

4 Phänomenologie und „reine Soziologie“

Einen thematischen Bereich, in dem sich die Phänomenologie und die Soziologie im damaligen Diskurs aufeinander bezogen, stellten die Bemühungen dar, den soziologischen Gegenstand mit Hilfe einer „reinen“ formalen Soziologie zu umgrenzen. In der formalontologischen Perspektive der Phänomenologie erschien es denkbar, dass das Wesen der „sozialen Gemeinschaft überhaupt“ per „Wesensschau“ erfasst werden könnte, da es auf dem seelischen Erleben von Subjekten beruhe, die das gleiche seelisch-geistige Leben in Bezug auf gleiche intentionale Inhalte im gleichem Sinn und auf dieselbe Weise führen (Walter 1923: 22). Strukturen der Einzelpersönlichkeit wurden so als analoger Leitfaden der Untersuchung der Gemeinschaft gesehen (Stein 1922: 119 ff., 175 ff., 181 f.). Obwohl hier der eigentliche Konstitutionsprozess des „Sozialen“ als eines eigenständigen Gegenstandes eigentlich nicht in den Blick kam, sah sich diese Forschungsrichtung bei der Suche nach dem Wesen des Sozialen durch die Ansätze der formalen bzw. „reinen“ Soziologie jener Zeit bestätigt, vor allem durch Tönnies (1855–1936) und Simmel aber auch durch Max Webers Grundbegriffe (vgl. Stein 1922: 117, 201, 252 f., 259 ff.; Walter 1923: 20 f., 33, 38, 68, 101, 132 f.). Sie galten phänomenologischerseits als mögliche Ansätze zu Entdeckung reiner Formen des Sozialen, denen jedoch die eidetisch-phänomenologische Fundierung abgeht. Simmels Formen der sozialen Wechselwirkung etwa, die die Gesellschaft als eine „Wissenstatsache“ konstituieren (Simmel 1968: 24), dienten so als Nachweis für das Wesen der zu behandelnden Phänomene, obwohl Simmel selbst sich das phänomenologische Verfahren nicht zu eigen machen wollte, wie seine Korrespondenz mit Husserl verrät (Simmel 2008: 940, 950). Gleiches dürfte für Max Weber gelten. Auch Tönnies‘ kategoriale Bestimmung von *Gemeinschaft und Gesellschaft* als *Grundbegriffe der reinen Soziologie* (Tönnies 1912) wurde als ein Beispiel praktizierter soziologischer Wesensschau rezipiert, vor allem wohl, weil bei ihm hinter der Gemeinschaft der natürliche „Wesenswille“

stand im Gegensatz zum künstlichen „Kürwillen“ der Gesellschaft (Tönnies 1912: 103 ff.). Selbst Husserl in seinen Forschungsmanuskripten zog probeweise Tönnies‘ Gemeinschaft als einen Wesenstyp realisierter Intersubjektivität heran (Husserl 1973b: 182).

Hier berührt sich die formalontologische Ausrichtung der phänomenologischen Forschung mit den Bemühungen um eine „reine“ Soziologie als deren Vertreter Simmel und Tönnies angesehen wurden. Nicht zufällig stellt Mannheim fest, dass „die meisten Arbeiten der Husserlschen phänomenologischen Schule auf die Tönnieschen Anregungen zurückgehen“ und dass „in der Phänomenologie scheint […] viel endgültiger ein prinzipieller Rahmen gefunden zu sein, der im Geist der reinen Soziologie liegt. Eine aus rein philosophischen Überlegungen stammende Lehre hatte hier nachträglich einen von dem Kantischen verschiedenen Begriff des Apriori für die reine Soziologie emporgefördert.“ (Mannheim 1980: 122) So schienen einerseits die Werke von Vertretern der „reinen Soziologie“, die selbst keinen expliziten Bezug zu Husserl hatten, den in seinem Werk angedeuteten Zugang zum „Sozialen“ zu stützen, während andererseits die „Wesensschau“ als eine Fundierung der reinen Soziologie angesehen wurde und als praktikable „Methode“ erschien: Alfred Vierkandt (1867–1953), einer der Begründer der „Deutschen Gesellschaft für Soziologie“, betrachtete es als die Aufgabe der „philosophischen Soziologie“, die er in seiner *Gesellschaftslehre* von 1923 formulierte, „die letzten Formen […] und Tatsachen des gesellschaftlichen Lebens schlechtweg“ zu erfassen, die „unabhängig von allem historischen Wandel aus dem Wesen der Gesellschaft folgen“. Damit wollte er das Ziel erreichen, das bereits Simmel und Tönnies vorschwebte, „das aber bei dem damaligen Stand der Forschung noch nicht lösbar war. Lösbar geworden ist es […] erst durch die Entwicklung der Phänomenologie, die uns in ganz neuer Weise umfassende Reihen letzter apriorischer Tatbestände festzustellen ermöglicht, […] die den logischen Vorzug besitzen, dass sie aus dem ‚Wesen‘ der Dinge folgen.“ (Vierkandt 1923: III) Er ging davon aus, dass „das gesellschaftliche Leben ebenso wie das Seelenleben unmittelbar gegeben“ sei, so dass „das Wesen der inneren sozialen Zustände als Erlebnis der phänomenologischen Erhebung zugänglich“ ist, während die Verbreitung solcher Zustände und ihre „Einkleidung in bestimmte äußere Verhältnisse […] nur durch Erfahrung festgestellt werden“ könne (Vierkandt 1923: 15 f.). Unter Berufung auf Gerda Walter (1923), betrachtete er das Wesen der Gemeinschaft als die „Ausweitung des Ich über den Umfang der eigenen Person hinaus“ (Vierkandt 1928: 209). Seine phänomenologische Methode spezifizierte er als die Untersuchung der letzten sozialen Phänomene und der ihnen entsprechenden Begriffe, die nicht mehr auf weitere Begriffe zurückführbar sind. Diese Untersuchung werde dadurch möglich, dass

man sich das spezifische Wesen eines solchen Begriffs in der inneren Anschauung an einem Beispiel klar macht. Die Einsicht in das Wesen des Begriffs „vollzieht sich […] durch Betrachtung eines einzelnen Falles, der nicht einmal ein realer Fall zu sein braucht" im Verfahren einer „ideierenden Abstraktion". Als Beispiele solcher Phänomene und der ihnen entsprechenden Kategorien nennt Vierkandt einen Katalog, der von Selbstgefühl und Unterordnungswillen, Liebe und Hass bis zu Tausch und Vertrag reicht (Vierkandt 1928: 19 f.).

Einen phänomenologischen Zugang zu „reiner Soziologie" entwickelte zu gleicher Zeit auch der in Prag wirkende Fritz Sander (1889–1939), der 1924 eine Abhandlung über den *Gegenstand der reinen Gesellschaftslehre* publizierte. Auch er verfolgt eine phänomenologische, deskriptive und eidetische „reine Lehre […] von den Wesensmomenten der Gesellschaft". Seinen phänomenologischen Ansatz stützte er allerdings nicht auf die Phänomenologie Husserls, sondern auf die Aktpsychologie Brentanos (1838–1917), von der auch Husserl ausging, sowie auf die Sprachphilosophie von Brentanos Schüler Anton Marty (1847–1914), der ebenfalls in Prag lehrte (vgl. Helling 2019). Er lässt die „phänomenologisch-genetische" Fragestellung zu, der jedoch eine Erfassung der wesentlichen Momente des Gesellschaftlichen vorangehen müsse. Hierzu sei jedoch Husserls eidetische Methode nur bedingt geeignet, da sie sich an idealen Gegenständen der Logik und Mathematik orientiere. Die reine Gesellschaftslehre sei jedoch eine Erfahrungswissenschaft, da sie „eine Wissenschaft von dem Bewusstsein gegebenen Gegenständen" sei (Sander 1925: 329 f., 334). „Die reine Gesellschaftslehre ist also ein Teilgebiet der deskriptiven Psychologie und ihr Gegenstand ist lediglich Psychisches" im Sinne des gegenseitigen Verhältnisses psychischer Akte in der Ich-Du-Beziehung. Äußere Handlungen, die immer Materielles enthalten, seien aus diesem Prozess ausgeschlossen (Sander 1925: 365, 376).

Diese zwei Beispiele zeigen, dass die phänomenologischen Konzepte bei der Suche nach einer „reinen Soziologie" wirksam wurden, selbst wenn ihre Ausführung bei Husserl kritisch betrachtet wurde. Es zeichnet sich hier eine der Schnittstellen ab, an der die Phänomenologie und die sich formierende Soziologie der Zwischenkriegszeit in Berührung kommen und sich gegenseitig in ihrer suchenden Entwicklung stützen. Haben die Beobachtungen der „reinen Soziologie" für die phänomenologische Wesensschau die Funktion des materialen „Leitfadens" übernommen, liefert die „Wesensschau" der „reinen" Soziologie die letzte Begründung. Die „Wesensschau" erschien so eine Zeit lang als eine mögliche und wohl begründete Abkürzung auf dem Wege zu der Simmelschen Frage, „wie die Gesellschaft überhaupt möglich sei".

Obwohl ein solcher phänomenologischer Subtext in der Suche nach Gegenstand und Methode der Soziologie existierte, haben die Komplexität des Husserlschen Denkens sowie die Auseinandersetzungen innerhalb der phänomenologischen Bewegung selbst zugleich auch ein gewisses Distanzbedürfnis zu diesem Ansatz seitens der Soziologie bewirkt. So spricht Mannheim von „übertriebener Scholastik", die dem Ansatz eigen sei (Mannheim 1980: 122). Vierkandt selbst versucht in der zweiten Auflage seiner Gesellschaftslehre (Vierkandt 1928) die phänomenologischen Bezüge zu mindern, denen die geringe Wirkung seines Werks zugerechnet wurden (Eisermann 1968: 8 ff.). In seiner *Allgemeinen Gesellschaftslehre* (Sander 1930) hat Sander den phänomenologischen Ansatz nicht mehr betont und orientierte sich an der Philosophie als Grundwissenschaft von Johannes Rehmke (1910). Auch innerhalb der phänomenologischen Gemeinde blieb die eidetische Abkürzung zum Wesen des Sozialen nicht ohne Kritik. Die „naiv angewandte eidetische Methode in der Analyse von Problemen der Sozialbeziehungen", die „dazu verleitete, gewisse apodiktische und angeblich apriorische Sätze zu formulieren", habe dazu beigetragen, „die Phänomenologie unter Sozialwissenschaftlern zu diskreditieren" (Schütz: 2009: 305 f.)

Das Problematische der Wechselbeziehung zwischen der „reinen Soziologie" und der Phänomenologie hat Siegfried Kracauer (1889–1966) klar erkannt (Kracauer 2006). Er ging davon aus, dass nach dem Zerfall der kollektiven Sinngewissheit, die etwa die Religion stiftete, die Sinnorientierung des modernen Menschen die Gestalt einer individualisierten Mannigfaltigkeit annimmt (Kracauer 2006: 13 ff.) Wollte also die Soziologie mehr als bloß empirische Gleichförmigkeit sozialer Vorgänge feststellen, müsste sie eine neue Grundlage für die Entdeckung notwendiger Strukturen der Vergesellschaftung finden (Kracauer 2006: 32 ff.). Diese seien mit apodiktischer Evidenz nur mehr im intentionalen Erleben der freischwebenden Subjekte zu suchen, zu dessen Strukturen die Phänomenologie Husserls den Zugang biete (Kracauer 2006: 35 ff.). Die phänomenologische Reduktion entdecke den Bereich des „reinen Ich", dessen Strukturen ein Korrelat der reinen Formen der Vergesellschaftung darstellen, die den Gegenstand der „reinen Soziologie" bilden. Im Prozess der eidetischen Formalisierung werden so aus der materialen Mannigfaltigkeit des Erlebens „Wesenheiten" herausgeschält, denen die soziologischen Notwendigkeiten entspringen müssten (Kracauer 2006: 43 ff., 66 ff.). Darin sieht Kracauer allerdings ein ernsthaftes Problem: Während der phänomenologische „Reinigungsprozess" durch die „epoché" in den Bereich apodiktischer Evidenz hinführe, sei die vielfältige Gestalt der sozialen „Vollrealität" keineswegs mit zwingender Notwendigkeit auf die formalen Strukturen des „reinen Ich" zurückzuführen (Kracauer 2006: 96 ff.). Als strenge Wissenschaft im

phänomenologischen Sinne sei die „reine Soziologie“ nicht durchführbar, da die Abkürzung zur Empirie per Wesensschau nicht in die soziale Wirklichkeit, sondern in ein künstliches „Konstruktionsgeschiebe“ hinführen würde (Kracauer 2006: 96 ff.). Phänomenologische Ergebnisse seien vielmehr für die Soziologie von heuristischem Wert als „Stützpunkte“ eines Begriffsnetzes, das empirischer Sättigung bedarf (Kracauer 2006: 100).

An den angeführten Beispielen wird deutlich, dass die Präsenz des phänomenologischen Ansatzes trotz ihrer widersprüchlichen Resonanz ein Problembewusstsein im damaligen Diskurs geweckt hat, das in die theoretischen Fragestellungen einging und die gesuchten Lösungen beeinflusste. Zu diesen gehörte die Einsicht, dass die „Wesensschau“ zwar als das „Markenzeichen“ der Husserlschen Methode gelten mochte, dass aber der phänomenologische Ansatz durchaus auch andere Wege zur sozialwissenschaftlicher Theoriebildung öffnete. Inspiriert von Husserls Werk, das für seine rechtstheoretischen Schriften grundlegend war (Kaufmann 1966), entwickelte Felix Kaufmann (1895–1949) in Wien eine *Methodenlehre der Sozialwissenschaften* (Kaufmann 1999). Hier folgte er nicht dem transzendentalen Weg von Husserl, sondern transformierte die Frage nach dem „Wesen des Seins“ in die Frage nach Geltungsgründen wissenschaftlicher Urteile (Kaufmann 1999: 10). Mit dem Hinweis auf die Verankerung aller prädikativen Sätze im vorprädikativen Wissen der natürlichen Einstellung betonte er die gemeinsame Grundlage aller Wissenschaften und relativierte so die Hypostasierung der Differenz zwischen den natur- und sozialwissenschaftlichen Verfahren (Kaufmann 1999: 125 ff., 226 f.). Methodologien stellten für ihn keine „Urzeugung von Wissen“ dar, sondern dienen lediglich der Klärung des Vorgegebenen (Kaufmann 1999: 13). Der Husserlschen Auffassung folgend, nach der Dinge als ein „offener Horizont von Möglichkeiten“ erscheinen, blieb er gegenüber der Idee einer einheitlichen Methode der Sozialwissenschaft skeptisch und befürwortete eine Pluralität von Methoden, die durch die Vielfältigkeit des sozialwissenschaftlichen Gegenstands erzwungen würde (Kaufmann 1999: 11, 229).

Als soziologisch produktiv erwies sich vor allem der zweite fundierende Strang der phänomenologischen Forschung, nämlich die Konstitutionsanalyse der Sinnbildung selbst. Denn die Wesensstrukturen Husserls gingen auf die konstituierenden Akte der involvierten Subjekte zurück, die „ihrem gemeinten Sinne nach auf das Verhalten anderer bezogen sind“, um Max Weber zu bemühen (Weber 1972: 1). Damit traten die Probleme der intersubjektiven Sinnbildung in den Vordergrund, die auch Husserl in seiner letzten Schaffensphase beschäftigten. Die Simmelsche Frage stellte sich nun in dieser Sicht nicht vordergründig als die Frage nach dem Wesen, sondern vielmehr als die Frage nach der Konstitution einer sinnhaften Lebenswelt. Hier führte die phänomenologische Analyse selbst

zu Problemen, die auch die Soziologie dringend zu lösen hatte. Diese betrafen sowohl das Zustandekommen des soziologischen Gegenstandes als auch den Weg zu seinem adäquaten Verständnis. Eine derart konsequente Erforschung der „phänomenologischen Tatsachen" führte Max Scheler zur Soziologie des Wissens. Und es waren Alfred Schütz' auch von Felix Kaufmann angeregten Untersuchungen der Strukturen der Lebenswelt, die eine folgenreiche Variante der verstehenden Soziologie begründeten.

5 Von den „phänomenologischen Tatsachen" zur Wissenssoziologie: Max Scheler

Max Schelers (1874–1928) Gesamtvorhaben war kein soziologisches. Geht man von den zwei Forschungsrichtungen der Husserlschen Phänomenologie aus, deren eine die Akte der Konstitution der Lebenswelt verfolgt, während die andere auf die universale Typik dieser Akte als deren „Wesen" zielt, so sehen wir, dass Schelers Werk dieses Vorhaben radikal vorantreibt, indem Scheler die Konstitutionsproblematik auf ihre anthropologischen Grundlagen hin befragt und die Suche nach der universalen Struktur bis zu der offenen Frage nach einer möglichen göttlichen Ordnung steigert (Scheler 2000a). Schelers Projekt, das in der Spannweite zwischen anthropologischer Fundierung und einer „ordo amoris" göttlichen Ursprungs nach der *Stellung des Menschen im Kosmos* fragte (Scheler 1976a), ist allerdings in seiner Ausführung kein rein spekulatives Unterfangen. Schelers akribische „Tatsachenforschung" (Scheler 2000c) in der phänomenologischen Einstellung führte ihn zu einer Reihe materialer Studien, die einerseits ein breites Spektrum sozialer Phänomene umfassten, andererseits jedoch – viel wesentlicher – die soziale Konstitution der Lebenswelt untersuchten. Dieser Spannweite seines Werkes und Denkens zwischen Philosophie, Anthropologie und Soziologie verdankte er auch seine 1919 erfolgte Berufung auf den Lehrstuhl für Philosophie und Soziologie in Köln sowie die Leitung des Instituts für Sozialforschung dortselbst, die er zusammen mit Leopold von Wiese innehatte (von Alemann 1994: 20).

Schelers soziologisches Interesse wird geweckt durch die Erforschung dessen, was er „reine phänomenologische Tatsachen" nennt. Dies mag auf den ersten Blick überraschen. Denn unter einer „reinen Tatsache" versteht Scheler etwas, das „durch den Gehalt einer unmittelbaren Anschauung zur Gegebenheit kommt" (Scheler 2000c: 434), wobei der Gehalt von den „sinnlichen Funktionen, durch welche er gegeben wird, völlig unabhängig sein müsse" (Scheler 2000c: 443). Dies heißt allerdings nicht, dass die Mitwirkung der unterschiedlichen Akte an

der Konstitution dessen, was in der phänomenologischen Einstellung erscheint, annulliert wäre. Im Gegenteil: Es macht, ganz in Husserls Sinne, das Wesen der phänomenologischen Tatsache aus, dass die Struktur der sinnlichen sowie der sozialen Akte, in deren Vollzug die Gegebenheiten der natürlichen Weltanschauung ihrer Träger zustande kommen, an ihr sichtbar werden (Scheler 2000c: 443). Diese Struktur tritt dann als eine „unabhängige Variable" auf, in deren daseinsrelativen Variationen sich die Mannigfaltigkeit der Lebenswelt realisiert. Diese Struktur kann der Phänomenologe allerdings nur durch die Analyse der natürlichen Einstellung ermitteln, in der sich der Gegenstand daseinsrelativ, d. h. als sinnlich und sozial vermittelt „selbst darstellt" (Scheler 2000c: 404, 461). Die Spuren, die vom „Wesen" der „phänomenologischen Tatsache" aus zu der Leiblichkeit einerseits und zu der Sozialität andererseits hinführen, verlangen sowohl nach einer anthropologischen aber auch nach einer soziologischen Klärung.

Schelers Phänomenologie unterscheidet sich an dieser Stelle erheblich von jener Husserls. Scheler teilt zwar die Grundthese der phänomenologischen Einstellung, nach der die originären Tatsachen, auf welchen der menschliche Weltzugang einschließlich der Wissenschaften beruht, in der phänomenologischen Reduktion sichtbar gemacht werden können und die Grundlage unserer Erkenntnis vor jeder Wissenschaft darstellen. Ein wesentlicher Unterschied zu Husserls Sicht besteht jedoch in Schelers Auffassung dessen, was diese Tatsachen sind und welches der Ort ist, an dem man ihre Wesensstruktur auffinden kann. Zu der Wesensstruktur einer „phänomenologischen Tatsache", wie sie in der Reduktion erscheint, gehören sowohl die erlebenden Akte, in welchen der Gegenstand sich gibt, als auch die Struktur des Gegenstandes als des in diesen Akten gegebenen Gehalts. Die Widerständigkeit und die Eigenwertigkeit des Gegenstandes machen wesentliche Momente dieser Struktur aus. Der „Wesenszusammenhang" der Aktstruktur und der Gehaltsstruktur macht die originäre Gegebenheit von etwas als etwas aus. Da nun diese „Wesensstruktur" nur teilweise aus den Sinnleistungen des Subjekts bestehe, kann die universale Struktur der Lebenswelt nicht – wie bei Husserl– jener des transzendentalen Subjekts entsprechen, sondern müsse dies notwendigerweise transzendieren. Und da das erlebende Subjekt selbst ein Teil der Lebensweltstruktur sei, ist diese als eine Struktur zu denken, die Individuen transzendiert (Scheler 2000b: 395). Was in der Reduktion erscheint, ist so der „Erlebnisverkehr" mit der Welt selbst, auf dessen „Berührungsstelle" zwischen Erleben und Gegenstand sich der phänomenologische Blick richtet (Scheler 2000b: 380 f.). Was Scheler im Auge hat, ist eine den Menschen und die Welt umfassende Ordnung, in der, bildlich gesprochen, die Welt auf Fragen antwortet, die der Mensch an sie richtet, und diese sind beantwortbar, weil beide der gleichen Ordnung angehören (Scheler 2000c: 436).

Diese Denkfigur wirft Fragen nach dem Ursprung einer solchen Ordnung auf, die Scheler einerseits in die Metaphysik bzw. in die Religionsphilosophie führen. Andererseits jedoch muss sich eine solche Ordnung als eine gelebte Ordnung aufweisen lassen, und das bedeutet, dass ihre Verwirklichung immer „daseinsrelativ" auf ihre Träger ist. Selbst wenn die phänomenologische Reduktion eine transzendente, zeitlose Ordnung nicht ausschließt und gar erahnen lässt, erscheinen muss diese Ordnung in ihrer menschlichen Realisierung in Gestalt der natürlichen Weltanschauung, in der ihre Züge der durch sie gegebenen Bedingtheit ihrer Träger entsprechen. Indem die phänomenologische Reduktion eine Schicht „reiner Wesenszusammenhänge", enthüllt, in welchen die „Sachen selbst" gegeben sind, enthüllt sie auch zugleich die formende Macht der Daseinsrelativität, durch welche die „Sachen selbst" den erlebenden, handelnden, fühlenden und wollenden Akteuren in ihrer natürlichen Einstellung begegnen und durch ihre Widerständigkeit und Eigenwertigkeit das Handeln und Wollen der Akteure orientieren (Scheler 2000b: 412).

Wie das Dasein der Träger der natürlichen Einstellung beschaffen ist, ist für Scheler eine anthropologische Frage. Es ist verankert einerseits in naturhaften, vital organischen Bedingungen der menschlichen Existenz, andererseits jedoch in den geistigen, d. h. auch geschichtlichen und sozialen Bedingungen, die der Mensch aufgrund der Offenheit seines Geistes selbst schafft. Die Untersuchung der sozialen Konstitution von menschlichen Milieus und Weltanschauungen, die dem Weltzugang des Einzelnen immer vorgegeben sind, wird so zum notwendigen Schritt in der Verwirklichung von Schelers philosophisch- anthropologischem Programm.

Die Daseinsrelativität des menschlichen Weltzugangs stellt die Brücke dar, durch welche die Suche nach den „phänomenologischen Tatsachen" auf den Boden der Sozialität geführt wird. In Schelers Perspektive dient die Phänomenologie nicht als ein Mittel des soziologischen Verfahrens. Vielmehr wird hier die Sicht auf Soziales durch die phänomenologische Analyse selbst erzwungen: „Die Daseinsrelativität der Gegenstände der natürlichen Weltanschauung ist relativ auf die menschliche Organisation." Darin sei zugleich „die wesensmäßige Anschauung einer menschlichen Gemeinschaft" gegeben (Scheler 2000b: 404). Diese Anschauung enthüllt bei Scheler eine komplexe Beziehungsstruktur zwischen Mensch und Welt. Um sie zu erfassen, erweitert Scheler den Rahmen der phänomenologischen Analyse weit über Husserls transzendentale Subjektivität hinaus. Er begreift das Subjekt als Person, die sich als Einheit ihrer Akte in ihrem Vollzug verwirklicht (Scheler 1980b: 382 ff.). Über die Bewusstseinsakte hinaus sind es bei Scheler die Akte des Fühlens, Handelns und Wollens, durch die sich die Person auf die Welt bezieht und durch welche sie diese auch erlebt. Die

„Welt“ der Person wird, wie wir bereits sahen, nicht allein durch Erlebensakte konstituiert. In ihnen wird auch erlebt, was in der Umwelt der Person wirksam ist. Durch seine Rezeption des Pragmatismus angeregt (Scheler 1980a: 191 ff.), betrachtet Scheler die Konstitution der „Welt“ in der natürlichen Einstellung als eine Interaktion zwischen der Wirkung des Gegenstandes und ihrer Bewertung in den Erlebensakten der Person. In diesem Wirkungszusammenhang entwickelt sich einerseits eine Struktur des Vorziehens, Fühlens, Handelns und Wollens, die Scheler „Ethos“ nennt, der andererseits eine materielle Struktur der so als wirksam erlebten und konstituierten Gegenstände entspricht, die die Umwelt, d. h. das Milieu der erlebenden Personen ausmacht (Scheler 1980b: 154, 303). Beide Strukturen sind in der spezifischen anthropologischen Verfassung des Menschen verankert, die einerseits auf seine eingrenzende Verwurzelung im organischen Leben zurückgeht, andererseits jedoch durch seine Fähigkeit gekennzeichnet ist, diese Begrenzung durch die Entwicklung eigener Milieus zu kompensieren und zu transzendieren, die durch die Offenheit seiner geistigen Entwicklung möglich wird (Scheler 1980b: 292 ff.).

Diese Entwicklung hat bei Scheler *wesentlich* einen sozialen Charakter. Wenn auch Scheler zwischen einer empirisch-induktiven und einer die „rein apriorischen“ Wesen betrachtenden Soziologie unterscheidet, so gehört zu der Wesensstruktur des menschlichen Weltzugangs seine Sozialität und ihre anthropologische Fundierung ausdrücklich dazu (Scheler 1980a: 18). Die erlebenden, wertenden Akte des Ethos sind als Akte des Fühlens und Vorziehens, d. h. der Liebe und des Hasses, immer auch auf die Existenz von anderen ausgerichtet. Unabhängig davon, ob diese Akte im Handeln der Person Erfüllung finden oder nicht, ist das Handeln und Wollen in seiner Erwartungsstruktur immer durch den Bezug auf Mitmenschen mitstrukturiert, die so zu der Wesensstruktur von Ethos gehören (Scheler 1980b: 511). Da die Gegenstände der natürlichen Einstellung immer auf die menschliche Organisation ihrer Herkunft verweisen, ist auf Seiten des Milieus in diesen Gegenständen und ihrer Wirksamkeit die „Mittäterschaft“ der anderen immer präsent. Durch das Erleben dieser sozialen „Zeigefunktion“ der Milieugegenstände ist die Person von vorneherein in die Sozialität des Ethos und des Milieus einer Gemeinschaft eingebettet. Gemeinschaft in diesem Sinne bezeichnet Scheler – etwas unglücklich – als „Gesamtperson“ (Scheler 1980b: 510 ff.), obwohl er betont, dass sie als dauerhaftes Gebilde endlichen Einzelpersonen vorgängig ist, die ihre Individualität erst in Abhebung zu der „Gesamtperson“, der sie angehören, herausbilden können (Scheler 1980b: 511).

Phänomenologisch ergibt sich aus diesem von Scheler in seinen frühen Schriften formulierten Befund, dass der intentionale Bezug des Menschen originär ein intersubjektiver ist und dass die Typik intentionaler Gegenstände

soziale und in diesem Sinne bereits vorverstandene Züge trägt. Probleme der Intersubjektivität und des Fremdverstehens ergeben sich so erst dann, wenn der „jeweilige Gehalt alles Erlebens“ durch „singularisierende Akte des Für-sich-erlebens der Welt“ individualisiert und das Eigene so vom Fremden getrennt wird (Scheler 1980b: 511). Das kann allerdings erst vor einem Horizont der Vorbekanntheit der Welt passieren, deren Quelle nicht in der transzendentalen Subjektivität, sondern in der Sozialität der Person zu suchen ist. *Soziologisch* resultiert daraus, dass die „endliche“ Person als Einheit ihrer Akte nicht als eine Kopie sozial vorgegebener Muster der „Gesamtperson“ angesehen werden kann, sondern ein autonom handelndes, freies Subjekt bleibt, und dass die soziale „Gesamtperson“ nicht die Summe der Akte von Einzelpersonen darstellt, sondern als ein Resultat eines Konstitutionsprozesses *sui generis* aufzufassen ist. Die Erforschung „des Wesens des Verhältnisses“, in dem „Glied und Gesamtperson gegeben sind“, wo die „Gesamtperson den an Gehalt, Dauer und Wirkungsspielraum die Einzelperson überragenden Rahmen abgibt“ (Scheler 1980b: 513), erfordert also eine gesonderte Untersuchung, der wir Schelers Wissenssoziologie verdanken.

Der phänomenologische Befund der Daseinsrelativität des menschlichen Weltzugangs erfordert es also, die Verbindungs- und Beziehungsformen zwischen den Subjekten zu untersuchen, in welchen die gruppenbezogenen Weltanschauungen und materiale Milieus entstehen. Dies unternimmt Scheler in seiner Wissenssoziologie (Scheler 1980a: 17). Da menschliche Milieus quasi Resultate der gruppeneigenen Präferenzen sind, sind Dinge, Verhältnisse und Mitmenschen, auf die sich das Subjekt intentional bezieht, keine „Objekte“ an sich, sondern in sich bereits sozial geformt. Ihre vom Subjekt wahrgenommene Wertigkeit ist ein Resultat einer bereits sozial vorgenommenen Selektion und hat eine Zeigefunktion, in der die der Gruppe eigene relative Weltanschauung zum Ausdruck kommt. Die natürliche Weltanschauung, die sich im fühlenden Erleben der Welt quasi „automatisch“ aufbaut, ist somit immer schon durch die Sozialität als *conditio humana* mitgeprägt. Die „natürliche Einstellung“ ist daher für Scheler – im Unterschied zu Husserl – immer eine relative (Scheler 1980a: 60 ff.). Um den menschlichen Weltzugang adäquat zu erfassen, ist es daher notwendig, seine soziale Vermittlung zu beleuchten, durch die sich die Welt in ihrer Relativität dem Menschen bietet. Die Soziologie wird hier sozusagen zum Werkzeug der phänomenologischen Analyse. Der späte Scheler ist hier in gewisser Weise radikaler aber auch pragmatischer als Husserl. Im Rahmen seiner philosophischen Anthropologie zögert er nicht, „positive Wissenschaften“ heranzuziehen, um das Wesen phänomenologischer Tatsachen zu beleuchten, selbst wenn er in seinen frühen Schriften darauf besteht, dass dieses Wesen „an sich“ nur in

der phänomenologischen Einstellung und nicht durch empirische Beobachtung sichtbar gemacht werden kann (Scheler 2000c: 443 ff.).

Die Grundfigur der Schelerschen Fragestellung bezüglich der sozialen Vermittlung der natürlichen Weltanschauung folgt der Struktur des Aufbaus der menschlichen Milieus schlechthin, in der sich bei Scheler auch bestimmte Momente des Pragmatismus wiederfinden (Scheler 1980b: 154 ff.). Aus der Interaktion der Akteure mit dem wirksamen Potential der Objekte entstehen aus der Vielfalt möglicher Optionen gemeinsame Milieuwelten mit gemeinsamen Realien. Milieus stellen so „Aktionssysteme" dar, deren Wandel auch die Daseinsweise der Akteure samt ihrer Sinnwelt nach sich zieht (Scheler 2000c: 439 ff.). So bestimmt einerseits die Gesellschaft und ihre Struktur das gemeinsame Wissen ihrer Akteure, durch welches jedoch andererseits das Sosein der Gesellschaft bestimmt wird (Scheler 1980a: 53). Dieser quasi autogenetische Prozess des Aufbaus sozialer Wirklichkeit ist der Wirklichkeitsaneignung und der Personenentwicklung einzelner Subjekte immer vorgängig. Er gilt als Voraussetzung der Herausbildung selbstbewusster Subjekte, die erst durch die Abgrenzung gegen das kollektive Wissen Abstand und so die für die Weiterentwicklung des Milieus notwendige Freiheit gewinnen können. Indem das „Wir" auf diese Weise immer vorgängig sein muss (Scheler 1980a: 52), wird die strittige Frage der transzendentalen Intersubjektivität auf dieser Ebene entschieden zugunsten einer anthropologischen Lösung. Das bedeutet allerdings nicht, dass Scheler eine „universale Menschennatur" voraussetzen würde, von der bestimmte Wissensinhalte kausal abzuleiten wären. Vielmehr entwirft er eine dynamische Konstitutionstheorie sozialer Realität, deren anthropologische Fundierung in der Offenheit des menschlichen Weltzugangs besteht, durch die die organisch vitale Verankerung des Menschen transzendiert und seine Daseinsweise in der Vielfalt sozialer Milieus ermöglicht wird (Scheler 1980a: 17 ff.). Die soziale Natur des Weltzugangs und des darin generierten Wissens resultiert notwendigerweise („apriori") in eine Pluralität gruppenbezogener Sinnwelten, die den Gruppenmitgliedern primär nicht als „bewusstes" Wissen zukommen, sondern in Gestalt von inkorporierten, selbstverständlichen Weltanschauungen quasi präreflexiv gelebt werden. In der Einbettung der Wissensbildung in das Gruppenmilieu, welches von den erlebenden Subjekten handelnd mitvollzogen wird, kommt die soziale Daseinsgebundenheit des Wissens zum Ausdruck. Daher wehrt Scheler die marxistische Kritik ab, die ihm vorwirft, eine idealistische Wissenssoziologie zu treiben. Mit leichter Ironie weist er darauf hin, dass in seiner Konzeption das Wissen viel radikaler von dem sozialen Dasein des Menschen bestimmt wird als es bei Marx der Fall sei. Dort ginge es um die ökonomische Bedingtheit

des Bewusstseins, während bei ihm die soziale Formung das ganze Wesen des Menschen umfassen würde (Scheler 1980a: 18, 143 ff.).

Das Verhältnis von kollektivem Wissen und sozialer Struktur begreift Scheler als den Zusammenhang von Ideal- und Realfaktoren in seiner geschichtlichen Entwicklung. Obwohl sich Scheler des soziologischen Wissens und der Terminologie seiner Zeit bedient, die auch die damalige Diskussion um die Wissenssoziologie rahmten (Meja und Stehr 1982), wäre es ein Fehler, Schelers Real- und Idealfaktoren für eine Variante der marxistischen Vorstellung von Überbau und Basis zu halten, gegen deren Ökonomismus sich Scheler explizit abgrenzt. Der Ursprung des Schelerschen Konzepts lässt sich wohl zum einen in dem Dualismus von vitalen und geistigen Faktoren ausmachen, der Schelers Auffassung der *conditio humana,* durchzieht. Seine phänomenologische Quelle ist wohl Husserls Lehre vom intentionalen Gegenstand, an dessen Leitfaden sich das Wissen um die Lebenswelt in der natürlichen Einstellung des Subjekts konstituiert (Husserl 1928: 265 ff.). Von seiner Rezeption des Pragmatismus beeinflusst, erkennt Scheler in diesem Konstitutionsprozess auch der Eigenwertigkeit des Objekts eine strukturierende Wirkung zu. Dieses Konstitutionsverhältnis liegt auch der menschlichen Milieubildung zugrunde, die als das Resultat der Zusammenwirkung von Ideal- und Realfaktoren begriffen werden kann. Idealfaktoren stellen hier die Vielfalt von möglichen Weltanschauungen dar, in welchen sich diverse Optionen dem Handeln darbieten. Zugleich enthalten sie auch wertende Elemente, die die Neigung, bestimmte Optionen zu realisieren, befördern oder hemmen. Man könnte also sagen, sie seien die Quelle der Variationen und Semantiken, die wünschenswerte Varianten von den unerwünschten scheiden. Als Realfaktoren gelten die materialen Möglichkeiten des Milieus, die Optionen zu realisieren, wodurch diese dann eine der Struktur des Milieus entsprechende Gestalt erhalten (Scheler 1980a: 40 ff.). Die Variabilität dieses Zusammenwirkens schließt für Scheler die Möglichkeit aus, eine kausale Bestimmung der einen Faktorengruppe durch die andere anzunehmen (Scheler 1980a: 50 ff.). Die empirische Existenz einer solchen Kausalität würde die Möglichkeit eines „dynamischen Werdens“ und somit auch der Ausdifferenzierung von Gesellschaften unmöglich machen, da durch sie die dazu nötige Variationsfreiheit unterbunden würde. Nur dann, wenn sich die beiden Faktorenarten gegenseitig beeinflussen, aber trotzdem einer je eigenen Entwicklungslogik folgen, sei die Differenzierung von Gesellschaften und Weltanschauungen faktisch möglich und *ex post* erklärbar (Scheler 1980a: 20 ff.).

In dem Diskurs um die soziale Bedingtheit des Wissens lehnt Scheler den Marxschen Ökonomismus als eine eurozentrische Vernunftvariante ab, die andere Wissensarten mit ihrer spezifischen Rationalität als minderwertig darzustellen ver-

sucht. Scheler dagegen ist bemüht, die Relevanz aller Wissensarten zu erfassen und ihre soziale Genese und Wirkung aufzuzeigen. Seine phänomenologische Auffassung der Person als der Einheit aller ihrer Akte, die ihr Handeln, Fühlen und Wollen umfassen, führt ihn zu einem Konzept von Wissen, das durch alle diese Akte und ihre soziale Gestaltung erlangt wird. Bereits in der relativ natürlichen Weltanschauung, die sich dem Subjekt durch seine Teilhabe an seinem Milieu mitteilt, sind daher unterschiedliche Wissensbereiche präsent, die aus der unterschiedlichen Weltausrichtung dieser Akte resultieren und gleichermaßen für die Erhaltung des Gruppenlebens relevant sind. Diese Wissensbereiche differenzieren sich zu selbstständigen, in allen Kulturen vorfindlichen Wissenssystemen, die Scheler einerseits als die „obersten Wissensarten" idealtypisch charakterisiert, andererseits jedoch, ausgehend von seinem Personenkonzept, anthropologisch verankert. So entspricht das religiöse Heilswissen dem emotionalen Bedarf, die eigene Gruppe durch eine Wissensverbindung mit einer als „übermächtig und heilig" angesehenen Wirklichkeit zu schützen, die jenseits des Wirkens der Menschen ihr Schicksal bedingt. Das philosophische Lebenswissen geht auf die Wissbegier zurück, die über das So-und-nicht- anders-sein der Dinge verwundert wird. Und schließlich bringt das Bedürfnis nach der Beherrschung der Umwelt das Macht- und Herrschaftswissen hervor, das die Natur, den Menschen und die Gesellschaft regelbar und voraussehbar machen will (Scheler 1980a: 65 ff.). Jedes dieser Systeme verfügt über eigene Ausdrucksweisen und Techniken der Wissensgewinnung, die mit spezifischen Trägern, Regeln und Praktiken verbunden sind.

Scheler lehnt es ab, die Entstehung der Wissensarten als Stadien der Entwicklung der menschlichen Kultur anzusehen, die etwa bei Comte im positivistisch-wissenschaftlichen Beherrschungswissen kulminiert (Scheler 1980a: 29 f.). Vielmehr betont er ihre in der *conditio humana* verankerte Gleichursprünglichkeit und ihre kulturelle Gleichwertigkeit. Seine Wissenssoziologie soll nicht der Wertung von Wissensarten in der Perspektive einer bestimmten Weltanschauung dienen, sondern ihre kulturell gleichwertige Bedeutung aufzeigen. Das Konzept der anthropologisch fundierten Daseinsrelativität des Wissens, auf dem Schelers Wissenssoziologie beruht, eröffnet ihm daher eine viel breitere Perspektive als es im Rahmen des Marxschen und selbst des Mannheimschen Ansatzes der Fall ist. Schelers Sicht soll nicht eine „oberste" Weltanschauung fördern. Sein Nachweis der gruppenbezogenen Relativität des Wissens soll auch nicht – wie bei Mannheim (Mannheim 1969: 162 ff.) – lediglich dem kompromisshaften Ausgleich innerhalb des Diskurses der europäischen Moderne dienen. Der dringend notwendige Ausgleich, den Scheler im Auge hat, bezieht sich auf die Gleichberechtigung aller Kulturen und aller Wissensarten, die sich von der Dominanz des europäischen Beherrschungswissens zu emanzipieren

beginnen. Der Prozess der zunehmenden Vernetzung von Kulturen bedeutet für Scheler keinen Untergang des Abendlandes, sondern den Aufbruch zu einem globalen Milieu, in dem das europäische Wissen zu einem Element unter anderen wird (Scheler 1976b: 152 ff., 1980a: 135 ff.).

Scheler nimmt also die Husserlsche Idee einer in den sinnkonstituierenden Akten des Subjekts entstehenden Lebenswelt auf und erweitert sie zu einem wissenssoziologischen Ansatz, in dem der Mensch sich selbst seine „wissensbasierten" Milieus schafft. Der Mensch erweist sich dabei als ein Wesen von „ungeheuren Plastizität", das nicht an einzelne natur- oder welthistorische Gehalte gebunden, sondern für alle möglichen personalen, sozialen und kulturellen Variationen offen ist (Scheler 1976b: 151). Die Dynamik und der Wandel der wissensbasierten Milieus machen die Dynamik der Geschichte aus. Mit Manfred Frings gesprochen, bestehe der Leitgedanke Schelers darin, dass „die gesamte menschliche Geschichte von solchen Ideen geprägt ist, die der Mensch ‚von sich selbst' hat, die aber immer schon zu einem Umkreis bestimmter Wertearten gehören". Geschichte stelle dann „eine Strecke der wechselnden Selbstverständnisse des Menschen" dar (Frings 1979: 117).

Aus seinem enzyklopädischen Wissen schöpfend, füllte Scheler sein wissenssoziologisches Konzept mit zahlreichen kultur- und religionsgeschichtlichen Studien und Zeitdiagnosen (vgl. etwa Scheler 1979, 1986). Im Rahmen seines milieuanalytischen Ansatzes untersuchte er die Wissensarten sowie die Strukturen des Wertens und Vorziehens im Ethos unterschiedlicher Gruppierungen. Eingehende Studien widmete er den Arten der Akte, durch die sich Subjekte auf ihre Welt beziehen – etwa der Liebe und dem Hass, dem Leiden oder dem Mit- und Schamgefühl (Scheler 1973, 1986, 2000d). Ebenso widmete er sich kulturellen, nationalen bzw. klassenbezogenen Weltanschauungen und versuchte, die personale Struktur und soziale Position ihrer typischen Träger auszumachen, wie etwa seine Arbeiten zu Ressentiment und der Zukunft des Kapitalismus zeigen (Scheler 1955, 1979). Er erkannte die zunehmende Ausdifferenzierung des kulturellen Wissens in der global werdenden Gesellschaft einerseits und registrierte den daraus resultierenden Drang zum Austausch und Ausgleich andererseits, der sich in seinen Augen auch in der Konfliktform des Ersten Weltkriegs abrupt artikulierte (Scheler 1976b: 152). Aus dieser negativen Tendenz leitete Scheler die Notwendigkeit ab, die Hierarchisierung von Kulturen aufzugeben, die die Menschen in Über- und Untermenschen unterteilt, und statt dessen das Ideal eines „Allmenschen" zu verfolgen, das die Offenheit der menschlichen Seinsart und die Gleichwertigkeit ihrer Resultate anerkennen würde (Scheler 1976b: 151).

Obwohl Schelers umfangreiches Werk breit rezipiert wurde und ihm Einladungen nach Japan, Moskau und in die USA einbrachte, blieb er in der

Soziologie ohne Schüler und Nachfolger. Im Bereich der philosophischen Anthropologie entwickelte Helmuth Plessner (1892–1985) in seiner Schrift *Die Stufen des Organischen und der Mensch* die These der „natürlichen Künstlichkeit" des Menschen (Plessner 1975: 309 ff.). Er führte viele der Motive des Schelerschen Ansatzes weiter und enthüllte die „exzentrische Position des Menschen", die ihn zwingt, die Offenheit seiner Möglichkeiten durch eine selbstgesetzte soziale Ordnung zu bändigen (Plessner 1975: 344 ff.). Doch trotz der Nähe der Motive lehnte Plessner es ab, sich als ein Schüler Schelers zu betrachten (Plessner 1975: XI).

Aron Gurwitsch (1901–1973) erkannte in seiner Habilitationsarbeit *Die mitmenschlichen Begegnungen in der Milieuwelt* die Radikalität des Schelerschen Denkens, die über Husserls „Bewusstseinsphänomenologie" hinausging, indem er die Materialität, Sozialität und Geschichtlichkeit der menschlichen Milieubildung thematisierte, die dem intentionalen Erleben des Subjekts immer schon vorgängig sind und daher der Wesensstruktur des menschlichen Weltzugangs angehören (Gurwitsch 1977: 54 f., 83 f.). Aber auch er hielt den Schelerschen Versuch für unzureichend, um eine Grundlage für die Begründung der soziologischen Fundamentalkategorien zu leisten. Hierzu sei Heideggers Fundamentalontologie geeigneter, die das In-der-Welt-sein des Daseins existential begreift und den Sinn des „Lebens" in verschiedenen Modalitäten des menschlichen Zusammenseins noch radikaler erfasst (Gurwitsch 1977: 220 f.). Gurwitschs Absicht war es, diese Modalitäten als Modi der Organisation der Erfahrung von Situationen mit Hilfe der Gestaltpsychologie zu beleuchten (Gurwitsch 1977: 55 ff.). Als Leitfaden dazu dienten ihm die von Vierkandt, Tönnies und Schmalenbach (Schmalenbach 1922) ermittelten Grundformen sozialer Beziehungen. Obwohl Gurwitsch so im Rahmen der im damaligen Diskurs etablierten Wechselbeziehung zwischen Phänomenologie und der „reinen Soziologie" verblieb, stellt das von ihm ausgearbeitete Konzept der Milieuwelt ein Beispiel dafür dar, dass der Schelersche Ansatz einen Boden für innovative transdisziplinäre Konzepte bot. Gurwitschs 1931 fertiggestelltes Werk blieb allerdings ungedruckt, weil sein Verfasser 1933 das nationalsozialistische Deutschland verlassen musste.

Die geringe Wirkung Schelers innerhalb der Soziologie[1] verwundert umso mehr, als wir aus der heutigen Distanz erkennen können, wie sensibel sein Denken, das den menschlichen Weltzugang von der Phänomenologie aus im

[1] So ist Max Scheler in der zweiten Auflage des Standardwerkes *Klassiker der Soziologie*, herausgegeben von Dirk Käsler (1999), nicht mehr vertreten.

weiten Kontext seiner sozialen und anthropologischen Fundierung fasste, für die Tendenzen der materialen Entwicklung der Moderne war und theoretische Möglichkeiten aufzeigte, die erst mit jahrzehntelanger Verzögerung wieder in den soziologischen Fokus gerieten. Es ist nicht nur der konstitutionstheoretische Ansatz, den er sich mit anderen phänomenologischen Zugängen zur sozialen Realität teilt. Hervorzuheben ist der Gedanke der Autogenese der sozialen Wirklichkeit, der sich in seiner Wissenssoziologie ankündigt. Ebenso bedeutend ist die Erkenntnis, dass die sich ausdifferenzierenden Wissenssysteme einer Eigenlogik folgen und nicht „funktional" aufeinander reduzierbar sind. Man fragt sich, ob Parsons während seiner Zeit in Heidelberg neben Husserl (Tada 2013) nicht auch Scheler gelesen habe, wenn man Parsons' Vorstellung bedenkt, dass soziale Systeme vom Organismus mit Leben erfüllt werden, während die Kultur ihren obersten Informationsspeicher darstellt (Parsons 1975: 50 f.). In Schelers Auffassung der Kultur als einer Pluralität gleichwertiger Wissensarten, deren Eigenart ihre Überführung in andere Wertsysteme unmöglich macht, erkennen wir einen Topos, der den Diskurs der Postmoderne charakterisiert (Bühl 2002: 44 ff.). Auch Schelers Ablehnung der eurozentrischen Hierarchisierung des Wissens und sein Gedanke des interkulturellen Ausgleichs infolge der Emanzipation außereuropäischer Kulturen klingen in unserer Zeit des postkolonialen Diskurses bemerkenswert aktuell.

Es stellt sich also die Frage, wieso Schelers einzelne Konzepte zwar als „Bausteine" in anderen Ansätzen – etwa bei Alfred Schütz– präsent wurden, während sein Gesamtansatz in der Soziologie ohne Nachfolge blieb? Warum haben etwa Schelers oberste Wissensarten, deren idealtypische Gestalt er am geschichtlichen Material belegen und fundieren konnte, weniger überzeugend gewirkt als etwa Webers Idealtypen der traditionalen, charismatischen und rationalen Herrschaft? Einen Grund könnte man in der von Scheler eingeforderten Transdisziplinarität seines Unternehmens erblicken, die der in der Zwischenkriegszeit um ihren Gegenstand und Methode kämpfenden Soziologie zu wenig „Alleinstellungsmerkmale" zu bieten schien, zumal der „methodologische" Teil der Milieuanalyse in ihrer phänomenologischen und anthropologischen Fundierung lag. Und in der Tat war es einfacher, dem neukantianischen Grundsatz der Weberschen Wissenschaftslehre zu folgen, in der die Präzision der Methode für die Erfassbarkeit des Gegenstands stand, als die unwägbaren Anstrengungen auf sich zu nehmen, die zu untersuchenden Implikationen des menschlichen Weltzugangs mit Hilfe eines transdisziplinären, philosophisch anthropologischen Ansatzes zu ermitteln. So stand die revolutionäre Forderung der Phänomenologie, von Phänomen aus zu denken, durch einen derart komplexen Zugang zu der „Sache selbst", den pragmatischen Anforderungen des normalen Wissenschaftsbetriebs

im Wege. Auch die eigenwillige Terminologie Schelers, die von Gruppenseele und Gruppengeist sprach und soziale Verbände als Gesamtpersonen bezeichnete, war geeignet, den Anschein der Übertragung individueller Eigenschaften und Handlungsweisen auf soziale Kollektive zu wecken. Schließlich spielte auch hier der durch die Rede vom „Wesenswissen" genährte Metaphysikverdacht eine Rolle ebenso wie Schelers Nähe zur Religion und die vermutete „Theomorphie" seines Menschenbegriffs, die Zweifel an dem wissenschaftlichen Status seiner Aussagen nährten. „Ohne Rückgriff auf Gott", so etwa das Urteil von Helmuth Plessner, sei Schelers Mensch nicht zu begreifen (Plessner 1928/1975: XI).

6 Fundierung verstehender Soziologie: Alfred Schütz

Es blieb so dem mundan-phänomenologischen Ansatz von Alfred Schütz (1899–1959) vorbehalten, den soziologischen Blick im Allgemeinen und die soziologische Theorie im Besonderen nachhaltig zu prägen. Schütz' *Sinnhafter Aufbau der sozialen Welt* erschien zwar erst 1932, so dass das Buch kaum die Formierung der Soziologie der Zwischenkriegszeit beeinflussen konnte, dafür war jedoch seine Wirkung in der Nachkriegszeit umso nachhaltiger. Obwohl Schütz im seinem Wiener akademischen Milieu in engem Kontakt mit Gelehrten stand, die der Phänomenologie nahe standen (etwa mit Felix Kaufmann), verlief sein Weg zur Phänomenologie keineswegs gradlinig. Während Scheler durch seine phänomenologischen Untersuchungen zur Soziologie geleitet wurde, war es bei Schütz sein Interesse an theoretischer Fundierung verstehender Soziologie, das ihn auf Umwegen zur Phänomenologie brachte. Da die verstehende Soziologie die soziale Realität als ein sinnhaftes Gefüge auffasste, war die Frage nach der Sinnkonstitution im Erleben der Akteure zentral für die Entwicklung eines solchen Ansatzes, den Schütz im Anschluss an Max Webers Zugang verfolgte. Seinen nachgelassenen Manuskripten können wir entnehmen, dass er noch in der Mitte der 1920er Jahre Husserls Phänomenologie für ein solches Unterfangen für ungeeignet hielt, da für ihn Husserls Ausgang von formal logischer Problematik eher der naturwissenschaftlichen Denkweise entsprach (Schütz 2006: 185 ff.). In seinen Erinnerungen an Husserl berichtet Schütz, dass er – angeregt von Felix Kaufmann – zwar die frühen Schriften Husserls, d. h. die *Logischen Untersuchungen* (Husserl 1968) und die *Ideen I.* (Husserl 1928) las, doch, obwohl er beide Werke sehr bewunderte, konnte er darin die Brücke zu seinen Problemen nicht finden (Schütz 2009: 296). Vom phänomenologischen Schrifttum schien ihm für seine Zwecke der Ansatz Schelers bedeutender zu sein, da er das Problem

der Du-Beziehung und des Fremdverstehens ausführlich thematisierte (Schütz 2006: 186).

Schütz war bewusst, dass Webers Kategorie des subjektiv gemeinten Sinns einer Handlung für die Fundierung einer verstehenden Soziologie zentral war. Er betrachtete allerdings die Art und Weise, wie Weber sie fasste, als unzureichend (Schütz 2004: 108 ff.). Schütz hielt es für voreilig, über den Sinn von etwas zu urteilen, bevor geklärt wurde, wie ein solcher Sinn überhaupt zustande kommt. Unter Sinnkonstitution verstand er ursprünglich einen stufenweise in der Zeit ablaufenden Prozess. Da die logischen Urteile der Wissenschaften eine bereits komplexe Art der Sinnbildung darstellen, erschien es ihm notwendig, den Sinn einer Handlung auf den tieferen Stufen seiner vorwissenschaftlichen Konstitution zu beleuchten. Er war daher auf der Suche nach einer Bewusstseinstheorie, die die Sinnkonstitution im Zeitstrom des Erlebens thematisieren würde (Schütz 2009: 295). Diese fand er nicht in den neukantianischen Ansätzen, die Webers Denken zugrunde lagen, in welchen erst die Rationalität der Methode eine begreifbare Sinnstruktur am Gegenstand ausmachte. Noch fand er den Wiener Logischen Positivismus befriedigend, der von reinen, in Protokollsätzen festgehaltenen Beobachtungen ausging. Zur Zeit seiner ersten Versuche, eine Theorie der Sinnkonstitution für seine Zwecke zu entwerfen, war für ihn daher die Philosophie Henri Bergsons (1859–1941) leitend, die die Konstitution erlebter Realität innerhalb der inneren Bewusstseinsdauer entdeckte und alle Kategorien des Verstandes einschließlich der Sprache als eine verzerrende Reduktion der ursprünglichen kontinuierlichen und heterogenen Erlebnisse innerhalb der inneren Dauer ansah (Bergson 1911).

Auf dieser Grundlage entwarf Schütz in der Mitte der 1920er Jahre eine „Theorie der Lebensformen des Ich und ihrer Sinnstruktur“ (Schütz 2006: 49 ff.), in der er die Sinnleistungen unterschiedlicher, aufeinander aufbauender Lebensformen analysierte, beginnend mit den Lebensformen der reinen Dauer, des gedächtnisbegabten, des handelnden, des du-bezogenen und des sprechenden Ich, bis zu jener des begrifflichen Denkens. Erst als 1928 Husserls Untersuchungen *Zur Phänomenologie des inneren Zeitbewusstseins* (1969) erschienen, erkannte Schütz den Wert von Husserls minutiösen Analysen für seinen Ansatz und wandte sich der Phänomenologie zu, da er darin zugleich auch die Überwindung von Bergsons Dualismus von Erleben und begrifflichem Denken sah. Gestützt auf Bergsons Konzept der inneren Dauer sowie auf Husserls Analyse des intentionalen Erlebens und des Bewusstseinsstroms untersuchte Schütz die Handlungen orientierende Sinnkonstitution und wandte sich dem Sinnphänomen in seinem sozialen Kontext der Sinnsetzung und Sinndeutung zu, um den *Sinnhaften Aufbau der sozialen Welt* zu erfassen (Schütz 2004). Mit Bergson und

Scheler ging er davon aus, dass der Prozess der Sinnkonstitution nicht nur in Bewusstseinsakten erfolgt, sondern dass Handlungsakte für die Konstitution sinnhafter sozialer Realität gleichermaßen bedeutend sind. Der Sinn einer Handlung konstituiert sich demnach nicht in Bewusstseinsakten quasi gesondert von der Handlung, sondern nimmt im Verlauf des Handelns seine spezifische Gestalt an (Schütz 2004: 175 ff.). Der soziale Aufbau von Sinnstrukturen, an welchen sich das Handeln orientiert, erfolgt so in Handlungsprozessen, in welchen Handlungen als Ereignisse den Verlauf von individuellen Bewusstseinsströmen koordinieren, sei es in Wirkungsbeziehungen, sei es als Kundgabe und Kundnahme in Prozessen der Kommunikation (Schütz 2004: 258 ff., 309 ff.). Dadurch, dass Ego die Erfüllung oder Nichterfüllung der Intention seines Handelns an der Reaktion von Alter Ego erfahren kann, entstehen sozial geformte Erfahrungsschemata und typische Erwartungen, die den weiteren Verlauf des Handelns orientieren. So entstehen pragmatische Relevanz- und Typiksysteme alltäglichen Wissens, die den Kern der Sinnstruktur sozialer Lebenswelten prägen. Diese „ausgezeichnete Wirklichkeit“ des Alltags, die in den Wirkungsbeziehungen der Akteure in ihrer natürlichen Einstellung entsteht, kann in unterschiedlichen, außeralltäglichen Einstellungen thematisiert und erlebt werden. So entstehen Sinnprovinzen etwa des Traums, der Phantasie, der Religion, die allesamt zum Gegenstand der wissenschaftlichen Einstellung werden können (Schütz 2003a: 203 ff.). Alle diese mannigfaltigen Wirklichkeiten stellen Sinnprovinzen der Lebenswelt dar, die sich um den Kern der Alltagswirklichkeit gruppieren und in diesen durch symbolische Vermittlung eingreifen. Die Relevanz- und Typikstruktur der so konstituierten Wirklichkeit drücke sich in der Sprache aus. Die Sprache wird zum Träger dieser Struktur, indem sie Bestimmtes thematisiert, es durch die wertende Art der Benennung interpretiert und so zum bestimmten Handeln motiviert (Schütz 2003b: 327 ff.).

Schütz‘ phänomenologischer Ansatz legt sich jedoch nicht auf transzendentale Strukturen fest. Er nutzt Husserls Analysen, um die Struktur sinngebender Bewusstseinsakte mit der Zeitstruktur des Handelns zu verbinden und so den Zugang zur sozialen Sinnkonstitution in Prozessen der Interaktion und Kommunikation zu gewinnen, aus welchen sich die Sinnstruktur der Lebenswelt entfaltet. Konstitutionstheoretisch gesehen eröffnet er sich den Zugang zur Autogenese sinnhafter sozialer Realität, deren Handlung orientierende Sinnstruktur ein Resultat des inneren und äußeren Handelns selbst ist. Zugleich kann er aber auch die Charakteristika dieser Sinnstruktur aufzeigen, auf ihre Raum-, Zeit-, Typik- und Relevanzstruktur hinweisen, die nicht nur den alltäglich Handelnden, sondern auch dem wissenschaftlichen Beobachter als Orientierung seiner Forschung dienen können.

Von seiner Konstitutionsanalyse der Lebenswelt leitete Schütz methodologische Konsequenzen für das Verfahren der Sozialwissenschaft ab, die er in seinen Postulaten der logischen Konsistenz, der subjektiven Interpretation und der Adäquanz zusammenfasste (Schütz 2010: 374 ff.). Hier enthüllt die phänomenologische Analyse Bedingungen, unter welchen die Anwendung idealtypischer Verfahren als berechtigt erscheint. Da sich die Sinnorientierung der Akteure in der natürlichen Einstellung in Prozessen der Typisierung aufbaut, ist auch die sozialwissenschaftliche Interpretation sozialer Phänomene anhand von Idealtypen legitim. Die sozialwissenschaftliche Typenbildung darf allerdings nicht lediglich nach den Kriterien logischer Stimmigkeit gebildet werden, sondern muss auch der Struktur der alltäglichen Typenbildung adäquat sein. Soziale Phänomene sind demnach als Resultate individuellen Handelns zu betrachten, dem typische Inhalte und Orientierungen zuzuschreiben sind, die in einem verständlichen Zusammenhang stehen. Die erklärenden Typisierungen der Wissenschaft müssten daher so gebildet werden, „dass eine innerhalb der Lebenswelt durch ein Individuum ausgeführte Handlung, die mit der Typenkonstruktion übereinstimmt, für die Handelnden verständlich wäre […] im Sinne der Interpretation des Alltagslebens“ (Schütz 2010: 375).

Schütz betreibt so keine „phänomenologische Soziologie“ im Sinne einer Wesensschau, in der apriorische Strukturen des Sozialen sichtbar werden sollen. Von solchen Ansätzen einer „reinen Soziologie“ distanziert er sich nicht nur explizit in seinen Schriften (Schütz 2009: 305), aber auch implizit durch sein Verfahren. Er nutzt Husserls transzendentale Phänomenologie als auch Schelers Untersuchung phänomenologischer Tatsachen als ein Instrumentarium der Analyse der Lebenswelt, wie sie sich in den Bewusstseinsakten und Handlungsprozessen der alltäglich Handelnden konstituiert. Daher unterscheidet er wohl die Sphäre der transzendental phänomenologischen Deskription von dem mundanen Bereich des Handelns und der Wirkungsbeziehungen, in dem sich die Konstitution dessen vollzieht, was die Phänomenologie beobachtet (Schütz 2004: 129 f.). Seine Analyse dieses Bereichs mundaner Sozialität ersetzt jedoch keineswegs die eigentliche soziologische Forschung, die sich konkreten Phänomenen und Ausschnitten realer Lebenswelt zuwendet. Sein Ansatz soll vielmehr der Fundierung adäquater Typen- und Modellbildung in jenen Sozialwissenschaften dienen, die sich verstehend ihrem Gegenstand nähern wollen, indem er die Rekonstruktion der alltäglichen Typenbildung der Akteure fordert und Erklärungen durch rein theoretisch abgeleitete Modelle ablehnt.

Es ist wohl nicht zuletzt dieser „Operationalisierung“ der phänomenologischen Zugangsweise für interpretative Verfahren in der Soziologie zu verdanken, dass Schützes Ansatz seine Wirkung in der soziologischen Theorie- und

Methodenbildung entfalten konnte. Diese Wirkung trat allerdings mit erheblicher Verspätung ein. *Der sinnhafte Aufbau der sozialen Welt,* der 1932 erschien, konnte die Entwicklung der deutschsprachigen Soziologie in der Zwischenkriegszeit, die durch den Nationalsozialismus und die nachfolgende Emigration vieler Sozialwissenschaftler unterbrochen wurde, nicht mehr signifikant beeinflussen. Sein Potential entwickelte sich zuerst in den USA, wo er als Alternative zu Parsons Systemtheorie rezipiert wurde. Durch Berger und Luckmann (1971) erreichte er Europa wieder, wo er als eine der Grundlegungen für die Entwicklung qualitativer Methoden der Sozialforschung wirkte.

Phänomenologisches Denken gehört so zu den Impulsen, die nicht nur das theoretische Denken in der deutschsprachigen Soziologie der Zwischenkriegszeit motivierten, sondern die über den Zweiten Weltkrieg hinaus die soziologische Theoriebildung und Forschung prägten und prägen (vgl. Bühl 2002). Es beförderte vor allem die Entstehung der Wissenssoziologie, die sich nicht nur als eine soziologische Spezialdisziplin verstand, sondern den Anspruch erhob, einen allgemeinen Zugang zu den Prozessen zu öffnen, in welchen sich die Gesellschaften als ein sinnhafter Handlungszusammenhang konstituieren, oder, ganz aktuell ausgedrückt, als sinnprozessierende Systeme fungieren (Luhmann 1997: 44 ff.). Dies eröffnete den Blick auf eine Reihe von Phänomenen, die in den folgenden Jahren an verschiedenen Stellen des soziologischen Diskurses für die Theoriebildung relevant wurden (Bühl 2002).

Das phänomenologische Konzept der Konstitution einer sinnhaften Lebenswelt in der natürlichen Einstellung der Subjekte wurde so für die Entstehung eines soziologischen Paradigmas prägend, das einen integralen Bestandteil des theoretischen Rahmens darstellt, in dem die Soziologie der Gegenwart die Gesellschaft thematisiert. Ob nun im Hintergrund wirkend, wie bei Karl Mannheim, oder explizit wie bei Max Scheler und Alfred Schütz, der phänomenologische Ansatz öffnete trotz seiner scheinbar entlegenen „bewusstseinsphilosophischen" Thematik (Habermas 1981: 199) und der komplexen Terminologie, die ihm von den Zeitgenossen vorgeworfen wurde, neue Forschungsperspektiven, die der Soziologie eine neue, wissenssoziologische Richtung gaben. So gesehen irrte Helmut Schelsky (1912–1984), als er der Meinung war, dass die Melodien der deutschen Soziologie der Zwischenkriegszeit bereits 1933 „durchgespielt" wurden (Schelsky 1959: 37), so dass der Nationalsozialismus keine Zäsur in ihrer Entwicklung darstellen konnte. Im Gegenteil: Es waren durchaus neue Ansätze da, die, trotz der durch die vom Nationalsozialismus erzwungene Emigration ihrer Träger, die soziologische Forschung und Theoriebildung nachhaltig voranbrachten.

Literatur

Acham, Karl (1998): „Historische Umbrüche in dem halben Jahrhundert seit dem Ersten Weltkrieg. Über einige Folgen für den Geist der Sozialwissenschaften.“, in: Ders./ Knut Wolfgang Nörr/Bertram Schefold (Hg.), Erkenntnisgewinne, Erkenntnisverluste. Kontinuitäten und Diskontinuitäten in den Wirtschafts-, Recht- und Sozialwissenschaften zwischen den 20er und 50er Jahren, Stuttgart: Franz Steinert Verlag, S. 535–566.

Adorno, Theodor W. (1975 [1938]): „Metakritik der Erkenntnistheorie“, in: Ders., Gesammelte Schriften 5, Frankfurt/M.: Suhrkamp. S. 7–246.

Adorno, Theodor W. (2020a [1966]): Negative Dialektik, Frankfurt/M.: Suhrkamp.

Adorno, Theodor W. (2020b [1924]): „Transzendenz des Dinglichen und des Noematischen in Husserls Phänomenologie“, in: Ders., Philosophische Frühschriften, Frankfurt/M.: Suhrkamp. S. 19–72.

Alemann, Heine, von (1994): „Helmuth Plessner, Max Scheler und die Entstehung der philosophischen Anthropologie in Köln. Eine Skizze“, in: Phänomenologische Forschungen 28/29, S. 10–34.

Becker, Oskar (1923): „Beiträge zur phänomenologischen Begründung der Geometrie und ihrer physikalischen Anwendungen“, in: Jahrbuch für Philosophie und phänomenologische Forschung 7, S. 1–176.

Berger, Peter L./Thomas Luckmann (1971 [1966]): „Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit“, Frankfurt/M.: Fischer.

Bergson, Henri (1911): Zeit und Freiheit, Jena: Diederichs.

Biemel, Walter (1959): „Die entscheidenden Phasen der Entfaltung von Husserls Philosophie“, in: Zeitschrift für philosophische Forschung 13 (2), S. 187–213.

Bühl, Walter L. (2002): Phänomenologische Soziologie. Ein kritischer Überblick, Konstanz: UVK.

Dilthey, Wilhelm (1974 [1910]): Der Aufbau der geschichtlichen Welt in den Geisteswissenschaften, Frankfurt/M.: Suhrkamp.

Eisermann, Gottfried (1968): „Rückblick auf die Soziologie Alfred Vierkandts“, in: Soziale Welt 19 (1), S. 1–16.

Frings, Manfred S. (1979): „Nachwort des Herausgebers“, in: Max Scheler, Die Zukunft des Kapitalismus und andere Aufsätze, München: Francke Verlag, S. 117–131.

Geiger, Moritz (1913): „Beiträge zur Phänomenologie des ästhetischen Genusses“, in: Jahrbuch für Philosophie und phänomenologische Forschung 1, S. 568–684.

Gurwitsch, Aron (1977): Die mitmenschlichen Begegnungen in der Milieuwelt, Berlin/ New York: de Gruyter.

Habermas, Jürgen (1981): Theorie des kommunikativen Handelns, Bd. 2., Frankfurt/M.: Suhrkamp.

Heidegger, Martin (1967 [1927]): Sein und Zeit, Tübingen: Niemeyer.

Helling, Ingeborg (2019): “One More Phenomenology of the Social World?”, in: Schutzian Research 11, S. 103–119.

Horkheimer, Max (1987 [1925]): „Husserls erkenntnistheoretische Fundierung der Wesensschau“, in: Ders., Gesammelte Schriften, Bd. 11, Frankfurt/M.: Fischer. S. 80–99.

Horkheimer, Max (1990 [1926]): „Einführung in die Philosophie der Gegenwart“, in: Ders., Gesammelte Schriften, Bd. 10, Frankfurt/M.: Fischer. S. 170–418.
Husserl, Edmund (1910/11): „Philosophie als strenge Wissenschaft“, in: Logos I, S. 289–341.
Husserl, Edmund (1928 [1913]): Ideen zu einer reinen Phänomenologie und phänomenologischen Philosophie, Bd. I, Tübingen: Niemeyer.
Husserl, Edmund (1962 [1936]): Die Krisis der europäischen Wissenschaften und die transzendentale Phänomenologie, Husserliana Bd. VI, Den Haag: Nijhoff.
Husserl, Edmund (1968 [1900/1]): Logische Untersuchungen, Tübingen: Niemeyer.
Husserl, Edmund (1969 [1928]): Zur Phänomenologie des inneren Zeitbewusstseins, Husserliana Bd. X, Den Haag: Nijhoff.
Husserl, Edmund (1973a [1931]): Cartesianische Meditationen und Pariser Vorträge, Husserliana Bd. I, Den Haag: Nijhoff.
Husserl, Edmund (1973b): Zur Phänomenologie der Intersubjektivität, Bd. 2, Husserliana Bd. XIV, Den Haag: Nijhoff.
Husserl, Edmund (1999 [1938]): Erfahrung und Urteil, Hamburg: Meiner.
Käsler, Dirk (Hg.) (1999): Klassiker der Soziologie, 2. Aufl., München: Beck.
Kaufmann, Felix (1966 [1922]): Logik und Rechtswissenschaft. Grundriss eines Systems der reinen Rechtslehre, Aalen: Scientia.
Kaufmann, Felix (1999 [1936]): Methodenlehre der Sozialwissenschaften, Wien/New York: Springer.
Kracauer, Siegfried (2006 [1922]): „Soziologie als Wissenschaft. Eine erkenntnistheoretische Untersuchung“, in: Ders., Werke, Bd. 1., Frankfurt/M.: Suhrkamp. S. 9–106.
Lipps, Hans (1923): „Die Paradoxien der Mengenlehre“, in: Jahrbuch für Philosophie und phänomenologische Forschung 7, S. 561–571.
Luhmann, Niklas (1997): Die Gesellschaft der Gesellschaft, Bd.1, Frankfurt/M.: Suhrkamp.
Lukács, Georg (1970 [1923]): Geschichte und Klassenbewusstsein, Neuwied: Luchterhand.
Mannheim, Karl (1969 [1929]): Ideologie und Utopie, Frankfurt/M.: Schulte-Bulmke.
Mannheim, Karl (1970): Wissenssoziologie, hg. von Kurt H. Wolff, Neuwied: Luchterhand.
Mannheim, Karl (1980): „Strukturen des Denkens“, hg. v. David Kettler/Volker Meja/Nico Stehr, Frankfurt/M.: Suhrkamp.
Mannheim, Karl (2000): „‚Allgemeine Soziologie‘, Vorlesung Sommersemester 1930“, in: Ilja Srubar/Martin Endreß, (Hg.), Karl Mannheims Analyse der Moderne, Opladen: Leske und Budrich, S. 19–117.
Marcuse, Herbert (1973 [1928]): „Beiträge zu einer Phänomenologie des Historischen Materialismus“, in: Ders./Alfred Schmidt, Existentialistische Marx-Interpretation, Frankfurt/M.: EVA. S. 41–84.
Meja, Volker/Nico Stehr (Hg.) (1982): Der Streit um die Wissenssoziologie, Frankfurt/M.: Suhrkamp.
Mises, Ludwig von (1929): „Soziologie und Geschichte“, in: Archiv für Sozialwissenschaften und Sozialpolitik 61, S. 465–512.
Parsons, Talcott (1975): Gesellschaften, Frankfurt/M.: Suhrkamp.
Pfänder, Alexander (1913): „Zur Psychologie der Gesinnungen“, in: Jahrbuch für Philosophie und phänomenologische Forschung 1, S. 561–571.

Plessner, Helmuth (1975 [1928]): Die Stufen des Organischen und der Mensch, Berlin/New York: de Gruyter.
Rehmke, Johannes (1910): Philosophie als Grundwissenschaft, Frankfurt/M./Leipzig: Kesselring.
Reinach, Adolf (1913): „Die apriorischen Grundlagen des bürgerlichen Rechtes“, in: Jahrbuch für Philosophie und phänomenologische Forschung 1, S. 685–847.
Rickert, Heinrich (1929 [1896]): Die Grenzen der naturwissenschaftlichen Begriffsbildung, Tübingen: Mohr.
Sander, F. (1925): „Der Gegenstand der reinen Gesellschaftslehre“, in: Archiv für Sozialwissenschaften und Sozialpolitik 54, S. 329–423.
Sander, F. (1930): Allgemeine Gesellschaftslehre, Jena: Fischer.
Scheler, Max (1955): Vom Umsturz der Werte. Gesammelte Werke, Bd. 3., Bern/München: Francke Verlag.
Scheler, Max (1973 [1913]): Wesen und Formen der Sympathie. Gesammelte Werke, Bd. 7., Bern/München: Francke Verlag. S. 7–208.
Scheler, Max (1976a [1928]): Stellung des Menschen im Kosmos. Gesammelte Werke, Bd. 9., Bern/München: Francke Verlag, S. 7–72.
Scheler, Max (1976b [1928]): Philosophische Weltanschauung. Gesammelte Werke, Bd. 9., Bern/München: Francke Verlag, S. 73–182.
Scheler, Max (1979 [1914]): Die Zukunft des Kapitalismus und andere Aufsätze, München: Francke Verlag.
Scheler, Max (1980a [1926]): Wissensformen und die Gesellschaft. Gesammelte Werke, Bd. 8., Bern/München: Francke Verlag, S. 15–190.
Scheler, Max (1980b [1913–1916]): Der Formalismus in der Ethik und die materiale Wertethik. Gesammelte Werke, Bd. 2., Bern/München: Francke Verlag.
Scheler, Max (1986 [1923–1924]): Schriften zur Soziologie und Weltanschauungslehre. Gesammelte Werke, Bd. 6., Bonn: Bouvier Verlag.
Scheler, Max (2000a [1933]): Ordo amoris. Gesammelte Werke, Bd. 10, Bonn: Bouvier Verlag, S. 345–376.
Scheler, Max (2000b [1933]): Phänomenologie und Erkenntnistheorie. Gesammelte Werke, Bd. 10, Bonn: Bouvier Verlag, S. 377–430.
Scheler, Max (2000c [1933]): Lehre von den drei Tatsachen. Gesammelte Werke, Bd. 10., Bonn: Bouvier Verlag, S. 431–473.
Scheler, Max (2000d [1933]): Über Scham und Schamgefühl. Gesammelte Werke, Bd. 10., Bonn: Bouvier Verlag, S. 65–154.
Schelsky, Helmut (1959): Ortsbestimmung der deutschen Soziologie. Düsseldorf: Diederichs
Schmalenbach, Herman (1922): „Die soziologische Kategorie des Bundes“, in: Die Dioskuren. Jahrbuch für Geisteswissenschaften, München 1922, S. 35–105.
Schütz, Alfred (2003a [1945]): „Über die mannigfaltigen Wirklichkeiten“, in: Ders., Werkausgabe, Bd. V.1, Konstanz: UVK, S. 181–239.
Schütz, Alfred (2003b [1966]): Strukturen der Lebenswelt. Werkausgabe, Bd. V.1, Konstanz: UVK, S. 327–342.
Schütz, Alfred (2004 [1932]): Der sinnhafte Aufbau der sozialen Welt. Werkausgabe, Bd. II, Konstanz: UVK.

Schütz, Alfred (2006): Sinn und Zeit. Frühe Wiener Arbeiten und Entwürfe. Werkausgabe, Bd. I, Konstanz: UVK.
Schütz, Alfred (2009): Philosophisch-phänomenologische Schriften 1. Werkausgabe, Bd. III.1, Konstanz: UVK.
Schütz, Alfred (2010 [1953]): „Wissenschaftliche Interpretation und Alltagsverständnis des menschlichen Handelns“, in: Ders., Werkausgabe, Bd. IV, Konstanz: UVK, S. 331–379.
Simmel, Georg (1968 [1908]): Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung, Berlin: Duncker & Humblot.
Simmel, Georg (2008): Briefe 1880–1911. Georg Simmel Gesamtausgabe, Bd. 22, Frankfurt/M.: Suhrkamp.
Srubar, Ilja (1991): „Phänomenologische Soziologie als Theorie und Forschung“, in: Carl F. Graumann/Max Herzog (Hg.), Sinn und Erfahrung, Heidelberg: Assanger, S.169–183.
Srubar, Ilja (2010): „Der Streit um die Wissenssoziologie“, in: Kneer Georg/Stephan Moebius (Hg.), Soziologische Kontroversen, Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 46–78.
Srubar, Ilja (2013): „Emigration und Innovation“, in: Hans-Georg Soeffner (Hg.), Transnationale Vergesellschaftungen. Verhandlungen des 35. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Frankfurt am Main 2010, Wiesbaden: Springer VS, S. 1093–1105.
Stein, Edith (1922): „Beiträge zur philosophischen Begründung der Psychologie und der Geisteswissenschaften“, in: Jahrbuch für Philosophie und phänomenologische Forschung 5, S. 116–283.
Stein, Edith (1925): „Eine Untersuchung über den Staat“, in: Jahrbuch für Philosophie und phänomenologische Forschung 7, S. 1–124.
Tada, Mitsuhiro (2013): “Edmund Husserl in Talcott Parsons: Analytical Realism and Phenomenology”, in: Human Studies 36 (3), S. 357–374.
Tönnies, Ferdinand (1912 [1887]): Gemeinschaft und Gesellschaft. Grundbegriffe der reinen Soziologie, Berlin: Karl Curtius.
Vierkandt, Alfred (1923): Gesellschaftslehre. Hauptprobleme der philosophischen Soziologie, Stuttgart: Enke.
Vierkandt, Alfred (1928): Gesellschaftslehre, Stuttgart: Enke.
Walter, Gerda (1923): „Zur Ontologie der sozialen Gemeinschaften“, in: Jahrbuch für Philosophie und phänomenologische Forschung 6, S. 1–158.
Weber, Max (1972 [1921–1922]): Wirtschaft und Gesellschaft, Tübingen: Mohr.
Weber, Max (1973 [1922]): Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre, Tübingen: Mohr.

Ilja Srubar, Dr. phil., geboren 1946 in Teplitz-Schönau, bis 2012 Professor für Soziologie an der Friedrich-Alexander-Universität-Erlangen-Nürnberg. Forschungsschwerpunkte: Theorie und Geschichte der Soziologie, Wissens- und Kultursoziologie, Soziologie Mittelosteuropas.

Heidelberger Kultursoziologie in der Weimarer Republik

Reinhard Blomert

Inhaltsverzeichnis

1 Die Heidelberger Universität in den 1910er und 1920er Jahren . . . 114
2 Max Weber . . . 115
3 Eberhard Gothein . . . 116
4 Vom volkswirtschaftlichen Seminar zum Institut für Sozial- und Staatswissenschaften . . . 117
5 Alfred Weber . . . 118
6 Karl Mannheim . . . 121
7 Norbert Elias . . . 128
Literatur . . . 138

Zusammenfassung

Von Max Webers Begriffsprägungen ausgehend entwickelte sich die Heidelberger Soziologie zur historischen Kultursoziologie. Protestantische Ethik als Geist des Kapitalismus ist der Ausgangspunkt für Studien zur Bedeutung und Rolle der Kultur im Gesellschaftsprozess. Mit Eberhard Gothein, Alfred Weber, Karl Mannheim und Norbert Elias werden hier vier bedeutende Vertreter der Heidelberger Kultursoziologie der 1920er Jahre vorgestellt.

R. Blomert (✉)
Wissenschaftszentrum Berlin, Berlin, Deutschland
E-Mail: reinhard.blomert@wzb.eu

© Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2022

K. Acham und S. Moebius (Hrsg.), *Soziologie der Zwischenkriegszeit. Ihre Hauptströmungen und zentralen Themen im deutschen Sprachraum*,
https://doi.org/10.1007/978-3-658-31401-9_4

Schlüsselwörter

Heidelberger Kultursoziologie · Gesellschaftsprozess · Zivilisationsprozess · Persönlichkeitsbildung · Historische Soziologie · Vermittlung · Verstehen

1 Die Heidelberger Universität in den 1910er und 1920er Jahren

Die Heidelberger Universität hatte in den 1910er und 1920er Jahren den Ruf, eine der liberalsten und weltoffensten Stätten der Wissenschaften und des Geisteslebens zu sein. Gelegen in einem landschaftlich reizvollen und anregenden städtisch-kulturellen Milieu, war sie nicht nur für Studenten aus dem Badischen, sondern auch deutschlandweit und sogar weltweit attraktiv, und besonders auch für die Jugendbewegung, die einen großen Teil der Studentenschaft ausmachte. So waren etwa die beiden Dozenten Norbert Elias (1897–1990) und Arnold Bergstraesser (1896–1964) Führer der Jugendbewegung gewesen oder waren es zeitweilig noch. „Die Atmosphäre dieser kleinen Stadt", schrieb Alfred Weber (1868–1958), „war ganz und gar nicht bürgerlich eng oder gesättigt. Sie war vollgesogen und wurde durchströmt von Neuem, das in Deutschland auf merkwürdige Weise seit der Jahrhundertwende sich zu entwickeln begonnen hatte. Sie war geistig und persönlich anregend und dabei nach allen Seiten geöffnet." (Buselmeier 1986: 179).

Die romantische Tradition von „Des Knaben Wunderhorn" wurde um die Jahrhundertwende mit dem in Heidelberg entstandenen Liederbuch des Zupfgeigenhansls (Breuer 1909) wieder aufgenommen, das zum Standardliedgut der Wandervögel wurde und löste den lockeren biedermeierlichen Humor des *Gaudeamus* (1868) eines Victor von Scheffel (1826–1886) ab. Die traditionellen Burschenschaftler, denen Max Weber (1864–1920) zuvor selbst noch angehörte, wurden teilweise verdrängt[1] von der freideutschen, bündischen Jugend, die insbesondere nach dem Weltkrieg mit großem Ernst und vielen Fragen in die Vorlesungen der aufgeschlosseneren Professoren strömte und bei Eberhard Gothein (1853–1923), Friedrich Gundolf (1880–1931), Karl Jaspers (1883–1969), Alfred Weber (1868–1958), Emil Lederer (1882–1939) oder Karl Mannheim (1893–1947) in den Vorlesungen saßen.

[1] „Ein Hundsfott, wer noch Couleur trägt", rief Max Weber in einer Rede in Heidelberg im November 1918, und schickte seinen Bierzipfel zurück (Salin 1964).

2 Max Weber

Für die Sozialwissenschaften war es *Max Weber,* der diesen Ruf begründet hatte und ein hohes Ansehen genoss: „[…] ein Charisma ganz eigener Art hat er besessen und das strahlte von ihm aus, gleichviel ob er Kollegen und Freunde seines Alters um sich versammelt hatte oder ob er mit Gundolf und dessen jungen Freunden sprach oder ob er mit der aufsteigenden Generation von revolutionären Sozialisten diskutierte, mit Ernst Bloch – ihrem Propheten, Georg v. Lukacs – ihrem Philosophen und Emil Lederer – ihrem Ökonomen." (Salin 1964) Weber wurde 1903 aus Krankheitsgründen von der Lehre entbunden, blieb jedoch in Heidelberg und wirkte durch seine Schriften[2] und durch gelegentliche Auftritte in der Öffentlichkeit bis zu seinem Abschied nach Wien und später München. Zu seinen sonntäglichen Tees wurden die Professorenkollegen oder Kandidaten, durchreisende Wissenschaftler, Politiker und besondere Persönlichkeiten eingeladen, wie etwa der Dichterfürst Stefan George (1868–1933) oder Hermann Graf Keyserling (1880–1946). Auch an den Soziologischen Abenden ließ er sich gelegentlich blicken, die als offene Debattenabende vom volkswirtschaftlichen Seminar mit ausgewählten Studentinnen und Studenten organisiert wurden.

Von den jüngeren Dozenten am Institut für Sozial- und Staatswissenschaften (die offizielle Abkürzung war „InSoSta") hatten einige Max Weber noch selbst erlebt – die Georgeaner Arthur Salz (1881–1963), Edgar Salin (1892–1974) und Arnold Bergstraesser (1896–1974),[3] sowie auch Carl Brinkmann (1885–1954) und einige der Lehrbeauftragten. So gab es aufgrund der persönlichen Beziehungen zu ihm viele direkte Bezüge auf seine Lehre im volkswirtschaftlichen Seminar bzw. am späteren Institut für Sozial- und Staatswissenschaften. Und es ist klar, dass seine von seiner juristisch formalen Ausbildung herkommenden Begriffsprägungen ein wichtiger Grundstein auch für die in den 1920er Jahren sich ausbreitende Soziologie geworden sind.[4] Seine soziologische Grundfrage war zugleich eine politische, denn es ging ihm um die Heranziehung

[2] Zu seinen Lebzeiten war es vor allem die *„protestantische Ethik"* von 1904, seine publizistischen Beiträge in der Frankfurter Zeitung und die Reden vor der Jugend auf der Burg Lauenstein 1917, die weithin verfolgt wurden. Die Ausgabe seiner Werke wurde nach seinem Tod 1920 von seiner Witwe Marianne betreut.

[3] Bergstraesser gehörte zum Umkreis der Georgeaner, studierte zeitweise bei Friedrich Wolters in Kiel.

[4] Die Rolle, die sein Werk heute wieder – oder noch – spielt, verdankt sich vor allem der Übermittlung durch den Bergstraesser-Schüler Talcott Parsons (1902–1979).

von Persönlichkeiten, die in der Lage sein sollten, die Geschicke Deutschlands in der bewegten Zeit des Umschlags von einem Agrarstaat zu einem exportstarken Industriestaat zu lenken.[5] In diesem Bestreben waren sich die Brüder einig, und Alfred Weber hat dies zum pädagogischen Konzept des Instituts für Sozial- und Staatswissenschaften gemacht.

3 Eberhard Gothein

Max Webers Nachfolger war *Eberhard Gothein* (1853–1923), Nationalökonom und Kulturhistoriker, den Edgar Salin (1892–1974) als Erben von Jakob Burckhardt (1818–1897) beschrieben hatte. Gothein sah die Kulturgeschichte als eigenes Wissenschaftsgebiet an, ja, „er hielt den Staat nicht für ‚das ordnende, das bedingende Prinzip' des Kulturlebens, sondern sah die Kulturgeschichte als ‚die höhere Einheit', in der sich die politische, Rechts-, Wirtschafts-, Kunst-, Literatur- und Religionsgeschichte verbänden" (Reichert 2007: 475 f.). Dazu passte, dass Gothein, anders als die Webers und die große Mehrzahl der Kollegen, dem Krieg gegenüber sehr skeptisch blieb: Krieg sah er als Krankheit (M.-L. Gothein 1931: 255).

Gothein veröffentlichte eine große Zahl von Arbeiten zur lokalen Wirtschaftsgeschichte und zur Kunst- und Kulturgeschichte, darunter Schriften zur Renaissance in Süditalien (Gothein 1886/1924) und ein Werk über Ignatius von Loyola (Gothein 1885). Durch Gothein war der Weg zur Stärkung der Kultursoziologie für die nachfolgende Dozentengeneration vorbereitet. Zusammen mit Alfred Weber konnte Gothein verhindern, dass die Selbständigkeit des Instituts verloren ging. Als das Ministerium 1920 das volkswirtschaftliche Seminar in die juristische Fakultät integrieren wollte, und dazu auch das Votum der Juristen vorlag, formulierten Gothein und Alfred Weber gemeinsam die Ablehnung der Philosophischen Fakultät, in der es heißt:

> „Als wissenschaftliche Disziplin stellt die Volkswirtschaftslehre einen Teil, und zwar den bisher am besten, ja allein vollständig ausgebauten Teil der Soziologie dar. Ihre wissenschaftliche Zukunft sowohl als historische wie als theoretische Durchdringung des Wirtschaftslebens kann sie nur im Rahmen soziologischer Frage-

[5] Max und Alfred Weber gehörten zum Gründungskreis der links-liberalen Deutschen Demokratischen Partei, Alfred wurde erster Vorsitzender und Marianne Weber eröffnete 1919 als Abgeordnete der DDP im badischen Landtag die erste parlamentarische Sitzung.

> stellungen, d. h. in engster Verbindung mit den historischen und philosophischen Disziplinen vollziehen. […] Man würde [die Volkswirtschaftslehre] aus ihren wissenschaftlich wichtigsten Beziehungen lösen und in Gefahr geraten, sie in eine reine Arbeitsdisziplin für praktische Zwecke zu verwandeln, wenn man sie generell an den deutschen Universitäten aus dieser Verbindung heraushöbe." (zit. in Blomert 1999: 52 f.)

Das Ministerium ließ sodann von dem Plan der Integration ab.

4 Vom volkswirtschaftlichen Seminar zum Institut für Sozial- und Staatswissenschaften

Anders als in vielen deutschen Universitäten wurde in Heidelberg das volkswirtschaftliche Seminar zum institutionellen Rahmen der Soziologie. Der Lehrstuhlinhaber Max Weber hatte auf die Errichtung eines zweiten volkswirtschaftlichen Lehrstuhls gedrängt, aber erst als 1903 sein Entlassungsgesuch vorlag, wurde Webers Antrag vom badischen Ministerium genehmigt. Auf der Liste standen Werner Sombart (1863–1941), Karl Rathgen (1856–1921) und Wilhelm Hasbach (1849–1920). Das Ministerium überging Sombart und berief Rathgen, der jedoch Heidelberg bald wieder verließ, um an die neu gegründete Kolonial-Akademie nach Hamburg zu wechseln. „Rathgen machte Platz für einen Mann ungleich größeren Kalibers" (Hentschel 1988: 209), nämlich für Alfred Weber, der am 2. August 1907 ernannt wurde. Man wird Hentschel zustimmen, wenn er schreibt, dass „keiner […] in der Geschichte des Faches in Heidelberg nachdrücklicher seinen Stempel aufgeprägt" hat als Alfred Weber (Hentschel 1988: 209), der mit zwei Unterbrechungen (1914–1919 und 1933–1945) bis 1955 dort lehrte. Ein dritter Lehrstuhl wurde auf Drängen Alfred Webers eingerichtet und mit Emil Lederer besetzt („Sozialpolitik"), der bereits lange Jahre an der Seite von Max Weber, Werner Sombart und Edgar Jaffé das Redaktionssekretariat des *Archivs für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik*[6] betrieben, und sich in Heidelberg mit einer Arbeit über die „Privatangestellten" habilitiert hatte. Nach Gotheins Tod 1923 wechselte Lederer auf dessen Lehrstuhl und wurde so zum dritten Nachfolger Max Webers (auf dem Lehrstuhl für „Nationalökonomie und Finanz-

[6] Darin erschienen berühmte Aufsätze u. a. von Hans Kelsen (über Demokratie), Ludwig von Mises (über das sozialistische Rechnungswesen), Walter Benjamin (Zur Kritik der Gewalt), Karl Mannheim (Das konservative Denken), Carl Schmitt (Der Begriff des Politischen) oder Nikolai Kondratjew (Die langen Wellen der Konjunktur).

wissenschaft“). Emil Lederer leitete auch das *Archiv für Sozialwissenschaften und Sozialpolitik* weiter und führte die von Max Weber begonnenen *Grundrisse der Sozialökonomie* fort. Wie nah sich Alfred Weber und Lederer standen, ist in der Debatte über die Angestellten zu erkennen, die am Institut für Sozial- und Staatswissenschaften über den Artikel „Mittelstand“ ausgetragen wurde (siehe Blomert 1999: 71–103), der in den *Grundrissen* erschien. Carl Brinkmann, wie Alfred Weber ein Schüler von Gustav Schmoller (1838–1917) bekam die ao. Professur Lederers. Seine Lehre umfasste insbesondere die Wirtschaftsgeschichte. Er war befreundet mit dem Juristen Carl Schmitt, den er auch zu einem der vielen gut besuchten Vorträge nach Heidelberg holte, die durch die von Alfred Weber eingerichtete „Studien- und Fördergesellschaft“ ermöglicht wurden. Alfred Weber eröffnete 1924 das Institut für Sozial- und Staatswissenschaften, welches das alte volkswirtschaftliche Seminar ersetzte und einen freieren Raum bot für die notwendigen Drittmittelakquisitionen, mit denen er neben der Studien- und Fördergesellschaft auch die Bibliothek und die Lesehalle des 1927 gegründeten Instituts für Zeitungswesen mit einer Vielzahl von in- und ausländischen Zeitungen und Zeitschriften ausstatten konnte. Seinen Studentinnen und Studenten sollte durch die Vorträge und die regelmäßige Lektüremöglichkeit geholfen werden, die Isolation, zu überwinden, in die Deutschland nicht nur wissenschaftlich zunächst im Krieg und dann durch den Versailler Vertrag geraten war.

5 Alfred Weber

Alfred Webers Fragestellung war, in der Formulierung von Marianne Weber (1870–1954): „Was für Menschen prägt die moderne Großindustrie und welches berufliche und sonstige Schicksal bereitet sie ihnen?“ (M. Weber 1926: 344 f.) Diese Frage beschäftige ihn in praktischer und theoretischer Hinsicht, wobei er die empirisch-nationalökonomische Perspektive nach und nach zugunsten einer kultursoziologischen Sicht aufgab. Anders als Max Weber, der einen liberalen und im Grunde antisoziologischen methodischen Individualismus vertrat, suchte *Alfred Weber* im Rahmen seiner Kultursoziologie ein jeweiliges historisches „Daseinsgesamt“ in seiner Dynamik synthetisch zu erfassen. Darunter verstand er, ähnlich wie Oswald Spengler, ganze Epochen und Kulturkreise in ihrem historischen Werden und Vergehen. Dieses Gesamt teilte er nach drei Lebenssphären auf, nach Zivilisation, Gesellschaft und Kultur. Bedeutung erhält bei ihm in der Folge weniger das technisch-naturwissenschaftliche Moment der Zivilisationssphäre, auch nicht das der gesellschaftlich-staatlichen Verfassung der

Gesellschaftssphäre, sondern vielmehr die Kultur, die ihn besonders interessiert. Er erklärt, wie sie sich jeweils aus einer „Anfangskonstellation" heraus formiert und als „ethnisch-seelische Substanz zu etwas Fixiertem eine ‚seelische Entelechie' schafft, die sich nach allen Seiten und durch die Zeiten entfaltet, in bestimmten Momenten aber auch untergehen, neu geboren werden oder einer anderen Platz machen kann" (Weber 1935/1950: 27).[7] Es sei ein.

> „hinzunehmendes Faktum immanenter Transzendenz, daß das seelische Wollen gleichsam durch uns hindurch auf die gegebene Lebenssubstanz und deren von uns selbst gewandelte Gestaltungsbildungen wirkt, spontan, unzerstörbar, mit der Tendenz das, was wir erhaben, heilig, vollendet nennen, hinzustellen, Gesamtformungen, Haltungen und Werke entstehen zu lassen, an deren Teilverwirklichung wir jede Hochkultur erkennen, auf Grund deren wir sie allein so benennen dürfen." (Weber 1935/1950: 27).

Hochkulturen erkennt man also an ihren erhaben, heilig oder vollendet zu nennenden Werken, die der Transzendenz entspringen, also aufgrund von nichtmateriellen seelischen und geistigen Kräften im Diesseits errichtet werden. Es geht da um die Erkenntnis von Kräften, die über Kulturträger mit deren Wollen den Geschichtsverlauf gestalten. Als Beispiel nennt er Augustin, der am Beginn des sich formierenden christlichen Abendlandes steht, und von dem aus sich die Entelechie der abendländischen Kultur entfaltet, oder es geht um Karl Marx, dessen Geschichtsdeutung aus einem menschlichen Wollen heraus zugleich Lebensdeutung für eine ganze Gesellschaftsformation wurde. So erhalten die einzelnen Kulturen bei ihm ein Gesicht, Weber spricht von Physiognomien, von Typen oder etwa vom „angelsächsischen Wesen". Um es an einem Beispiel zu zeigen: Nach Aufzählung gesellschaftlicher Tatbestände, kommt er zur Deutung englischer Geschichtsereignisse:

> „[…] An die Stelle dieser Faktoren trat in dieser Zeit als treibend, formend, nach allen Richtungen ausstrahlend, die entscheidenden dauernden Wirkungen hinterlassend, der puritanische Glaube […]. So stark sie daher ein vom Religiösen bestimmtes und von da auf Selbstverwaltung und Selbstregierung tendierendes Freiheitswollen zum Inhalt hat, ist sie doch verschmolzen mit dem, was man Comittee-Sense nennt, der selbstverständlichen Einfügung in eine sich selbst verwaltende Gesamtheit, dem entscheidend gewordenen Grundzug alles angelsächsischen Wesens. Sie ist aber deshalb auch begleitet von einem Missions- und Überlegen-

[7] Die Zitate sind, wie es der Duden empfiehlt, bei Bedarf dem Satzbau grammatisch angepasst.

> heitsgefühl. Der Auserwählte, dieser Engländer, will und muss die Welt erlösen. Daher die enge Verbindung mit dem Gefühl des alten Judentums, daher das alte Testament im Puritanismus und den angelsächsischen Ländern beinah wichtiger als das neue." (Weber 1935/1950: 365 f.)

Hier wirke also ein Überlegenheitsgefühl, das bestätigt worden sei durch die erfolgreiche Welteroberung. Als „von außen kommende Bestätigung der Gnadenwahl, die dieses puritanische Angelsachsentum […] auch im geschäftlichen Erfolg, also der kapitalistischen Erderoberung sah" (Weber 1950: 365 f.).

Das Buch ist eine Globalgeschichte, in der die Gesellschaften mit ihren kulturellen Physiognomien dargestellt werden, gerade historisch offen, nicht als ein unentrinnbarer Prozess wie bei Max Weber, und auch nicht teleologisch, wie bei Spengler, dessen Leistung er bewunderte,[8] dessen nihilistisch-nietzscheanische Sicht er jedoch ablehnt; das seien „Kulturprognosen ohne Glauben" (Weber 1935/1950: 20).

In dieses Werk, an dem er fast zwei Jahrzehnte saß, flossen auch z. T. die Arbeiten mit seinen Schülerinnen und Schülern ein, man erkennt bei der Sichtung der überlieferten Seminarprotokolle bereits den Plan wieder, den er in seinem Buch ausgeführt hat. Alfred Weber hat dabei stets die Verfassung der Freiheit im Auge und hebt Gesichtspunkte hervor, die die Freiheitsgrade der Gesellschaft betreffen. Je näher er unserer Zeit kommt, desto düsterer wird sein Blick auf die von der Bürokratie erstickte Freiheit. So treffen sich seine Befürchtungen in Bezug auf die Bürokratisierung in den Großbetrieben und im Staat mit jenen seines Bruders. Hier steht etwa sein früher Aufsatz über den „Beamten" am Anfang, womit nach damaliger Sprachgewohnheit nicht nur Staatsbeamte, sondern auch „Privatbeamte", also Angestellte gemeint waren. Das Anwachsen der Zahlen der Beamten/Angestellten, das der Arbeitsteilung – also dem Rationalisierungsprozess – geschuldet war, machte ihm große Sorgen, stellte es doch die Freiheit des Individuums in Frage. Noch bis in seine letzte Schrift ist das sein Thema (Weber 1953).

> „Die alten Kulturträger hätten ihre Kraft verloren, Versuche der Kulturerneuerung aber stießen auf Skepsis, besonders bei Intellektuellen, obgleich gerade bei ihnen die Sehnsucht nach neuer Synthese verbreitet sei. Die alten Kulturträger, das seien vor allem die institutionalisierten Religionen gewesen, die sich aber nicht revitalisieren ließen. Zu einem neuen Kulturträger aber könne nur werden, was gleichsam auf Augenhöhe mit ihnen operiere, also in eine religiöse Dimension

[8] Das Buch habe ihm „zu endgültiger Erleuchtung verholfen" (zit. in Demm 1990: 142).

> vorstoße. Dies setze voraus, daß man zunächst einmal die alten Fesseln sprenge. Sie zeigten sich in der Einschnürung des Lebens durch die rationalisierten Apparate: den Verstandesapparat, den Verwaltungsapparat und den Selbstzwangapparat. Ihre Träger seien die moderne Wissenschaft, der moderne Kapitalismus und die moderne Bürokratie sowie die bürgerliche Lebensführung innerweltlicher Berufsaskese. Sie hätten zwar äußere Lebenserleichterung, aber auch innere Verarmung, insbesondere aber die Deformation der Sexualität und aller starken egoistischen Triebe gebracht.“ (Schluchter 1994).

Während diese Entwicklung aber für Max das unentrinnbare Gehäuse der Hörigkeit im Zuge des Rationalisierungsprozesses darstellt, ist sie für Alfred ein gestaltbarer Prozess und verbunden mit dem pädagogischen Auftrag, die Studentinnen und Studenten mit einer Bildung und einem Wissen um die Kultur auszustatten.

Während Max von der inneren Haltung eines deutschen Reserveoffiziers geprägt war, von der er sich erst gegen Ende des Weltkriegs verabschiedet zu haben scheint, neigte Alfred zur noch jungen Tradition der Lebensphilosophie. Max bewertete die Jugendbewegung als Neuromantizismus und unterschätzte sie damit gewaltig, Alfred nahm selbst gelegentlich Anteil am Künstler- und Literatenleben in Schwabing und Ascona und verfügte über eine starke innere Freiheit, die sich seinen Studentinnen und Studenten mitteilte.

6 Karl Mannheim

Karl Mannheim (1893–1947), war der Sohn des Textilhändlers Gusztáv Mannheim und der Hausfrau Rosa Eylenburg in Budapest. Nach dem Gymnasium studierte er Philosophie, Pädagogik und Literaturgeschichte, unter anderem bei Georg Simmel (1858–1918) in Berlin. Im Budapester Sonntagskreis und in der Budapester Freien Schule für Geisteswissenschaften gehörte er zum engsten Kreis um Georg Lukács (1885–1971), Arnold Hauser (1892–1978), Béla Balázs (1884–1949), Anna Leznai (1885–1966), Lajos Fülep (1885–1970), Emma Ritoók (1868–1945) und Zoltán Kodály (1882–1967). Als Georg Lukács nach dem Krieg zum Minister der ungarischen Räterepublik wurde, bekam Mannheim eine Professur am Pädagogischen Seminar der Universität Budapest. Die Räterepublik wurde gestürzt, als rumänische Truppen im Gefolge von Gebietsansprüchen Budapest besetzten und der Admiral der k.u.k. Kriegsmarine Miklas Horthy (1868–1957) als Reichsverweser eingesetzt wurde. Mannheim emigrierte mit seiner späteren Frau Juliska Lang über Wien nach Deutschland. In Freiburg besuchte er Vorlesungen von Husserl und Heidegger, in Berlin hörte er

bei Simmel. Ab 1921 begann er in Heidelberg als Privatgelehrter an seiner Habilitation zu arbeiten und gab private Seminare in seiner Wohnung in der Landfriedstraße 6,[9] sowie Kurse an der Volkshochschule Darmstadt (Woldring 1986: 21).

In diese Zeit fällt Mannheims Auseinandersetzung mit der Soziologie von Alfred und Max Weber (Mannheim 1980). Sein Ausgangspunkt ist die Aufklärung, in der die „Eindeutigkeit der Dinge", wie sie in der „Gemeinschaftskultur" zuvor bestanden habe, aufgehoben worden sei: „Werte sind nicht mehr mit Verhältnissen und Dingen verwachsen, sondern Projektionen geworden", eine historische Relativierung habe eingesetzt (vgl. Blomert 1999).[10] Der Kulturbegriff ist hier, wie bei Alfred Weber, auf den geistigen Überbau bezogen, also auf die Deutung der Dinge der Welt durch die Menschen. Während Marx noch am ökonomisch-juristischen System orientiert gewesen sei, habe sich die Kultursoziologie dann eine eigene Berechtigung mit Simmel, Alfred Weber und Theodor Kistiakowski erworben (Mannheim 1980: 52). Dabei hat, so Mannheim, der Historismus die Voraussetzungen für die Möglichkeit der Relativierung geliefert, also die Möglichkeit der Änderung der Sichtweise: Im Rahmen von „Kulturgemeinschaften" sind die Wertbezüge fest, erst die Sicht von außen oder eine historisch distanzierte Sicht ermöglicht oder erzwingt eine Relativierung der Maßstäbe und Begriffe. Dass darin neben der Wandlung europäischer Agrargesellschaften zu Industriegesellschaften auch biographische Erfahrungen mitverarbeitet sind, darauf weist David Kettler in seiner Beschreibung immer wieder hin (z. B. Kettler et al.1984).

Empathie bedeutet Einlassen auf andere Sichtweisen und Wahrnehmungsformen, also Grenzüberschreitungen, die mit Übersetzungsleistungen vergleichbar sind. Dabei steht im Hintergrund die Lebensphilosophie, denn Begriffe und Maßstäbe, die wir benutzen und für selbstverständlich halten, sind ja stets an Erfahrungen und Erlebnisse gekoppelt, also zeit- und raumgebunden. Im Unterschied zu Max Weber, der in dieser Frage beim methodologischen Individualismus stehen blieb, betont Mannheim in Annäherung an Alfred Weber, dass individuelle Erlebniszusammenhänge sich „in Bahnen" bewegen, „die für eine Gruppe oder ein Zeitalter charakteristisch seien" (vgl. Blomert 1999: 187). Der Bezug auf eine jeweilige Gruppe, ihre gesellschaftliche und historische Lagerung

[9] Teilgenommen haben daran u. a. Alfred Weber, Marianne Weber, Heinrich Rickert, Karl Jaspers, Martin Buber, Emil Lederer und seine Frau Emmy Lederer-Seidler (Woldring 1986: 21).

[10] Die folgende Darstellung beruht in vielen Teilen auf dieser Arbeit.

müsse also Grundlage jeder kultursoziologischen Deutung sein. Somit wird Kultur – Normen, Moral, Lebensweise, Kunst und Religion – in Relation zu den sie tragenden Schichten, Gruppen oder Völkern gesetzt, zu ihrer Stellung in einer Figuration, ihrem wirtschaftlichen und politischen Streben. Unter dem von ihm favorisierten Begriff der „Weltanschauung" (Mannheim 1923) begreift er nicht ein zufällig individuell zusammengesetztes Mosaik von Bildern der Welt, sondern eine Art seelischer Instanz im Individuum, die funktional zwischen Stand und Klasse, Status und Rolle vermittelt. Es ist der Erlebniszusammenhang, der die Basis für Weltanschauung darstellt, mithilfe derer die Individuen ihr Leben bemeistern – er spricht hier von „Lebensdurchdringung".

Damit bekommt die Kultur eine tragende Funktion für den Gesellschaftsprozess: Max Weber ging es um den Motivursprung von Handlungen, etwas, was Mannheim als „extremen Nominalismus" kritisiert: Es sei nicht so, dass der vergesellschaftete Mensch „aus (s)einem Motivationszusammenhang heraus zufällig ab und zu mit Erlebnisgehalten anderer derselben Gruppe angehörenden Individuen in Übereinstimmung (gerät)". Stattdessen gehöre es zum Gruppencharakter des Menschen, dass „die verschiedenen Individuen zumindest gewissen äußeren Schicksalen gegenüber […] denselben Erlebniszusammenhang in sich vollziehen" (Mannheim 1980: 77 f.). Mannheim thematisiert soziologische Basiselemente, die über Max Weber hinausgehen, und für die Max Weber von Status und Herkunft her wohl nur begrenzte Einsicht aufbringen konnte. „Indem es nicht nur im eigenen Namen, sondern im Namen aller handelt, indem es argumentiert und ‚im Namen aller' argumentiert, tut es das im Bewußtsein davon, daß es nicht nur seine Lebensstrecke beschreitet und daß die entstehenden Gebilde als Funktionen des Gemeinschaftsstromes genommen werden müssen" (Mannheim 1980: 78). Soziales Handeln beruht also nicht einfach auf rationalem Kalkül, sondern auch auf der Identifikation mit dem, was die Gruppe bewegt, ist also zugleich auch immer eine Gruppenfunktion. Hier begegnen wir dem, was wir bei Elias später als „Wir"-Gefühle finden. Damit geht Mannheim auch auf die damals sehr verbreiteten Vorstellungen von Massenpsychologie ein, die in ihren Erklärungen mit „Ansteckung" oder „Nachahmung" das Phänomen in Wirklichkeit verpassen. Seine vielbeachtete Schrift „Über das Problem der Generationen" (Mannheim 1927), die er in den *Kölner Vierteljahresheften für Soziologie* veröffentlichte, führte diese Gedanken für eine spezielle Gruppierung aus, nämlich für die Jugend: Darin lag seine Deutung der Jugendbewegung als gemeinsamer konstitutiver Erlebniszusammenhang.

Auf diesem Wege ließ sich generell die „soziale Struktur des Bewußtseins" eines Zeitalters bestimmen, der „materialistische" Ansatz, der die Voraussetzungen bietet, um eine gesellschaftliche Position zu erkennen, wird ergänzt

durch eine Bestimmung des Bewußtseins, das aus Gruppenzusammenhängen, aus gemeinsamen Erlebnissen und Erfahrungen entsteht. Seine Kritik an Max Weber bezieht sich auf diese Zusammenhänge: Max Weber kenne keine historischen Stufen und Kulturkreise, aber gerade erst in Verbindung mit dem gesamten „Geschichtskörper" erhielten die soziologischen Regelmäßigkeiten „einen prägnanten Sinn, wenn sie aufgrund jener einmaligen Struktur typisiert werden" (Mannheim 1980: 131). Insofern sah er in Alfred Webers Methode der Kulturmorphologie einen großen Fortschritt: er löse die geschichtlichen Entitäten in drei Ströme auf, die weiter führten als „Aufstieg", „Verfall", „Beginn" und „Ende". Denn erst mit der Auflösung monistischer Geschichtskörper und der Betrachtung solcher unterschiedlicher Ströme könnten die verschiedenen Durchsetzungsweisen und die unterschiedliche Dynamik einzelner Sphären beschrieben werden. Damit habe Alfred Weber den Entwicklungsmonismus aufgehoben, der seit Augustin in der Geschichte die Verwirklichung eines einzigen Prinzips erkennen will (vgl. Blomert 1999: 190 f.). Die Geschichtsbetrachtung sei polyphon geworden, es wird damit Platz geschaffen für das, was Ernst Bloch (1885–1977) später einmal die „Ungleichzeitigkeiten" nannte. So fragt Mannheim, was mit den Weltanschauungen geschehe, die von einer siegreichen anderen gestürzt worden ist. Was geschieht mit dem Adel und seiner Kultur, wenn das „Bürgertum die Rolle des Kulturträgers" auf seine Weise definiert, oder wenn „seine Weltanschauungen und Kulturgebilde […] von einer anderen Trägerschicht übernommen werden?" (vgl. Mannheim 1980: 147 f.).

Diesen Punkt seiner Überlegungen nimmt er bald wieder auf und arbeitet ihn aus zu seiner Habilitation unter dem Titel *Konservatismus* (Mannheim 1984), die in gekürzter Form im *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik* veröffentlicht wird. Mannheim reflektierte damit auf die Denkraumpotentiale jener kulturellen Kräfte, die in der Industriegesellschaft verdrängt wurden und auch in der aufkommenden „konservativen Revolution" (Troeltsch 1922) nicht wirklich enthalten waren. In dieser Schrift befasst sich Mannheim u. a. mit dem Romantiker Adam Müller, dessen dialektisches Denken an der Wende zum bürgerlichen Zeitalter angesiedelt ist. An Müller arbeitet er seine Kritik am linearen Fortschrittsbegriff heraus und zieht aus dem historistischen Denken zugleich sein Instrumentarium der historischen Relativierung. Damit geht er über das eindimensionale Traditionalismusverständnis Max Webers weit hinaus und zeigt das konservative Denken als einen Prozess des Reflexivwerdens. Max Weber sah den Sieg der Moderne vor Augen, einen Anlass, sich mit dem Begriff des Traditionalismus näher auseinanderzusetzen gab es für ihn nicht. Das Gesicht der Gegenrevolution war für ihn noch nicht erkennbar. Es taucht erst bei Ernst

Troeltsch (1865–1923) auf, der 1922 als einer der ersten den „gegensätzischen" Begriff der „konservativen Revolution" benutzt (Troeltsch 1925).

Mannheim ging bei seiner Analyse des konservativen Denkens selbst nach der „gegensätzischen Methode" Adam Müllers vor, indem er das konservative Denken dem bürgerlichen Denken gegenüberstellt, wie es mit dem Rationalismus der Aufklärung auftritt. Mannheim zeigt auf, dass das konservative Denken keineswegs starr und statisch ist, sondern dynamisch, das Denken der progressiven Fortschrittler dagegen linear und unorganisch. Seine mithilfe von Adam Müller gewonnene Methode macht historische Lebens- und Denkweisen sichtbar und bringt Möglichkeiten des Fremdverstehens hervor, die – tertium datur – über Identifikation und Ablehnung hinausgehen.

In den vereinigten Seminaren von Weber und Mannheim 1928 kommt es darüber zur Diskussion. Mannheim fragt, was mit dem Irrationalen geschehe im Prozess der Rationalisierung, den Max Weber diagnostiziert habe. In seiner Habilitation zum konservativen Denken hatte er den Weg des beiseite gedrängten altständischen Denkens verfolgt und entdeckt, dass es nicht einfach verschwindet, sondern nach den Reformen als romantisches Denken fortlebt und sich bis zur Lebensphilosophie entwickelte. „Das Rationale und das Irrationale sind nur korrelativ zu definieren" (Protokoll II 1929: 1), das Irrationale als das Paradigma des Wachsens und des Lebens, das Rationale als das anorganisch Technische, das Formale. Während das Rationale sich vergrößert, wird der Bereich des Irrationalen kleiner, deutet Mannheim den Weberschen Rationalisierungsprozess. Es handle sich dabei um eine Entsubstanzialisierung und Funktionalisierung. Alfred Weber stimmt zu, dass das Rationale bestimmte „Letztheiten" eben nicht ergreifen könne, und dass das „Eigentliche" wohl nur uneigentlich auszudrücken sei. Das ist eine Formulierung, die genau auf Mannheims Beschreibung des Stadiums des konservativen Denkens zugetroffen hatte, solange es noch nicht reflexiv geworden ist. Allerdings widerspricht Weber Mannheim, insoweit die Kunst betroffen ist, wenn er darauf hinweist, dass „schon in der griechischen Kunst […] durchaus reflexiv gearbeitet worden [sei], ebenso in der Renaissance. Die Entdeckung der Perspektive war für die ‚experimentierenden Meister' durchaus Sache der Reflexion." Weber macht hier auf die Schwäche geschichtlicher Tiefenkenntnisse bei Mannheim aufmerksam, der nur den einen großen historischen Bruch der Aufklärung behandelt hatte. Ob es sich um eine bewusste Stichelei, eine Überlegenheitsgeste handelte oder um einen nicht strategisch bedachten Hinweis, das lässt sich nicht rekonstruieren. Weber hält daran fest, dass etwa Ideen keine Art des Denkens mehr seien, sondern „Akte der seelischen Haltung, worin ein Subjekt […] sich mit dem Objekt schöpferisch vereinigt". Dem Einwand des Seminarteilnehmers Alfred Sohn-Rethels (1899–1990), dass

auch seelische Akte einem Wandel unterlägen, entgegnet Weber: „Wenn er von ‚heilig', ‚erhaben' usw. spreche", so „fühle er sich mit diesen Werten als mit etwas Objektivem, Seinstranszendenten verbunden. […] Freilich könne er nur zu denen sprechen, bei denen das gleiche Gestaltwollen vorhanden sei." Das sei der Sinn von „Seinsverbundenheit", den er ohne weiteres anerkennen wolle (Protokoll II 1929: 5). Damit benutzt er ganz bewusst einen Begriff Mannheims, bricht der Kontroverse die Spitze und stellt sich gewissermaßen fröhlich auf die Seite der konservativen Denker.

Nicht nur Alfred Weber, auch Ernst Robert Curtius und Karl Jaspers antworten auf Mannheims relativistische Deutungen in derselben Weise. Sie empfinden die Relativierungen als Angriff auf ewige Werte, auf „das Überlieferte, Geglaubte und Geliebte" (Curtius 1932: 101), Jaspers hält Mannheim vor, Nihilismus zu predigen. Curtius lobt Mannheims „gedrängte Darlegung" über die Intellektuellenschicht (Curtius 1932: 100), aber wie Weber kritisiert er die schwache Kenntnis der Geschichte. Beide sehen in Mannheim eine Art von verkapptem Marxisten – Curtius nennt Mannheims Argumentation „submarxistisch". Doch suchen alle gleichwohl den Disput nicht ausarten zu lassen. Die Volte von Alfred Weber am Schluss seiner Argumentation zeigt es ebenso wie das Angebot von Curtius, dass aus einer Polemik eine Irenik entstehen sollte (Curtius 1932: 92). Kultur bedeutet ihnen mehr als nur gesellschaftlicher Überbau, Raum für jeweilige historische Deutungen von Ereignissen. Kultur ist für sie etwas Höheres, transzendentale Emanation im neoplatonischen Sinn. Sie waren Anhänger dessen, was man Goethereligion genannt hat.[11]

Am Schluss der vereinigten Seminare nähern sich Weber und Mannheim einem Konsens: Sie einigen sich darauf, dass sie den Kapitalismus nicht wollen, wenn auch von ganz unterschiedlicher Position aus. Weber, der sich als Bürger betrachtete, sah im Kapitalismus eine barbarische Periode, während Mannheim in seiner Geschichtsteleologie den Kapitalismus als ein Durchgangsstadium ansah, der, was ungesagt bleibt, zum Sozialismus führen werde. Weber holte sich dann am Ende aber noch die Zustimmung der übrigen Teilnehmer:

> „Seine [also Webers, RB] Fragestellung sei geprägt von einem bestimmten Gestaltwollen für die Gegenwart, das aber übrigens durchaus nicht kontemplativ sei [dies Dr. Mannheim gegenüber betont]. Vor allem gehe er von der Frage aus, was denn aus dem Proletariat im Kapitalismus wird. Und nur aus dem Grunde einer solchen

[11] Siehe dazu etwa Walter Naumann 1952.

> Aktivität des Gegenwartswollens unternehme er seine ganze Geschichtsanalyse. Wenn man dagegen von dem Glauben an die dialektische Selbstauflösung des Kapitalismus ausgehe, so sei das alles ja gar nicht nötig. Dann vielmehr sei das ganze Verhältnis zur Geschichte kontemplativ.“ (Protokoll II 1929: 7).

An den Rand des uns überlieferten Exemplars der Protokolle ist handschriftlich notiert: „Mannheims Blöße“.

Diese Debatten sind auf dem Hintergrund des Verstädterungsprozesses zu sehen, der aus einem Agrarland einen Industriestandort Deutschland machte. Das Bildungsbürgertum sah sich in die Enge gedrängt, Technische Hochschulen erhielten Universitätsrang, und die gesellschaftliche Aufmerksamkeit richtete sich mehr und mehr auf technische Neuerungen und kaufmännische Triumphe. Die Vertreter des substantialistischen Kulturbegriffs fühlten sich bedroht, Mannheims Relativierungen wirkten auf sie wie ein Angriff. Dabei sah Mannheim selbst freilich auch Gefahren für die überlieferten kulturellen Werte: Zum einen ist es die Angst vor einer Amerikanisierung, die eine Generation erzeuge, deren Weltanschauung ohne Geschichte auskommen wolle, zum andern richtet sich seine Furcht auf die Zukunft – auf jene Zerstörungen, die von der von ihm erwarteten kommunistischen Revolution in Deutschland ausgehen würden – ein Ereignis, das er gerade in Ungarn hinter sich hatte. Seine Forderung im letzten Satz seines Buches *Ideologie und Utopie* ging an die Intellektuellen, „Wächter“ zu sein in allzu „finsterer Nacht“, also Wächter des Kulturerbes, wenn die Revolution hereinbrechen wird (Mannheim 1929).

Mannheim war seit 1921 mit Julia Lang (1893–1955) verheiratet, die Sprachen, Philosophie und Psychologie studiert hatte. Sie hatten sich im Sonntagskreis kennen gelernt, und waren nach der Niederschlagung der ungarischen Revolution ins Exil nach Heidelberg gegangen. In ihre Wohnung in der Landfriedstraße kamen gerne Besucherinnen und Besucher, darunter die Lederers, die im Nachbarhaus wohnten, oder Ernst Bloch und Adolf Löwe (Bloch 1985: Brief Nr. 38).[12] Julia Lang-Mannheim war schon in Heidelberg mit der Psychoanalyse bekannt geworden, als sie in der kinder- und jugendpsychiatrischen Beratungsstelle von August Homburger in der Blumenstraße arbeitete. Homburger war Pionier der Kinder- und Jugendpsychiatrie und interessierte sich für Psychoanalyse, ohne allerdings zum Kreis der Freudianer zu gehören. Wenn Karl Mannheim vom „Irrationalen“ spricht, das im

[12] Über diese Geselligkeit ist bislang wenig bekannt.

Rationalisierungsprozess „verdrängt“ werde, so weist diese Wortwahl schon auf den Einfluss der Psychoanalyse hin, der über seine Frau gekommen sein mag, und der dann in Frankfurt sehr viel stärker wurde. Karl Mannheim selbst machte, soweit bekannt, keine Psychoanalyse, aber Julia begann dort nach dem Umzug vom Neckar an den Main eine psychoanalytische Ausbildung, die sie dann erst in England nach der zweiten Exilierung zu Ende führen konnte. 1944 wurde sie Mitglied der British Psychoanalytical Society. Sie führte eine eigene Praxis als Psychoanalytikerin und lehrte als Dozentin am Kinderanalyse-Seminar von Anna Freud. Ihr Einfluss auf die Theoriebildung und ihre Rolle in den wissenschaftlichen Kreisen ist bislang nicht erforscht.[13]

7 Norbert Elias

Elias hatte 1919 zusammen mit seinem Blau-Weiß-Kameraden Franz Meyer (1897–1972)[14] ein Semester in Heidelberg verbracht. Dorthin zog sie der Ruf des Soziologen Max Weber (Hackeschmidt 1997: 156) – die Nachricht von seinem Weggang war noch nicht nach Breslau durchgedrungen. Sie hörten dann bei Jaspers, Driesch und Rickert. Mit dem Mediziner und Philosophen Karl Jaspers hatte Elias sich, wie er berichtete, gut verstanden. Bei einem Spaziergang auf dem Philosophenweg hatte Jaspers ihm von dem von ihm hochverehrten Max Weber erzählt, und seine Neugier für die Soziologie geweckt. Nach der Promotion in Breslau kam Elias dann 1925 zum zweiten Mal nach Heidelberg, wo er

[13] Von Juliska Lang-Mannheim liegt nur ein Aufsatz über ihre Analyse einer rauschgiftsüchtigen Patientin vor.

[14] Blau-Weiß war ein jüdischer Wanderbund, 1912 als Verband nach dem Vorbild des Wandervogel gegründet, mit dem Ziel der Siedlung in Palästina. Es gab ein Blau-Weiß-Liederbuch, das dem Zupfgeigenhansel nachempfunden war, und es gab Wanderungen in die Natur und zu Burgen und Denkmälern. Nach dem Krieg ergab sich auch die Möglichkeit, die Siedlungsprojekte in Palästina zu verwirklichen, Werkstätten und Kibbuzim wurden gegründet und die Frage von Bildung und Persönlichkeitsbildung einerseits und Bildungsübertragung in ein anderes Land und beruflicher Ausbildung (vor allem zur Landwirtschaft) andererseits prägte die Diskussionen. Blau-Weiß löste sich 1927 auf.

einen neuen Anschluss an die Universitätslaufbahn fand, die er in Breslau bei Hönigswald nicht hatte fortsetzen können.[15]

Elias war mit einem Manuskript im Gepäck zu Jaspers gekommen, seinem großen Buch über Bewusstseinsstufen, das er zu einer Habilitation auszuarbeiten gedachte.[16] Darin suchte er zu zeigen, dass mit den historischen Etappen zugleich auch bestimmte Bewusstseinsstufen der Menschheit verbunden sind, hinter die wir nicht zurück können. Doch Jaspers lehnte es ab, den ihm nicht näher bekannten aber überaus selbstbewusst auftretenden Jugendführer zu betreuen. Die Arbeit ist verschollen, aber das Thema der Bewusstseinsstufen fand Eingang in die Disposition, die er bei Alfred Weber einreichte, um sich in Heidelberg zu habilitieren.

Dass er sich der Soziologie zuwandte, ist nicht ganz überraschend. Denn Alfred Weber stand nicht nur der Jugendbewegung als Mentor nahe, sondern er vertrat auch ein Konzept der Soziologie, das, so von Alfred von Martin (1882–1979), „letztlich in der Geschichte“ aufging, was auch für Elias attraktiv war. Zwar hatte Elias bereits eine starke historische Orientierung mitgebracht, doch die Verbindung von Stoff und Struktur, wie sie Alfred Weber lehrte, hatte er bisher noch nicht kennen gelernt. Das Fach Soziologie war in den 1920er Jahren auf breite öffentliche Resonanz gestoßen. Tatsächlich hatte das Institut für Sozial- und Staatswissenschaften eine hohe Frequenz im Vergleich zu anderen Seminaren: 1925 kamen an diesem Institut auf 169,8 Studenten ein Professor, während in der naturwissenschaftlichen Abteilung der Philosophischen Fakultät 25,5 Studenten, und bei den Juristen 28,4 Studenten auf je einen Professor kamen. Die Vielfalt der Forschungsmöglichkeiten, die die Heidelberger Soziologie gewährte, war eines ihrer Hauptcharakteristika, was mit Alfred Webers Liberalität und seinen breit gestreuten thematischen Interessen zusammenhing.

Nach einer Art Vorprüfung durch die Gesellschaft, die sich in Marianne Webers Sonntagssalon zu einem Vortrag des jeweiligen Kandidaten einfand, und die Elias erfolgreich absolvierte, nahm Alfred Weber ihn als Habilitand an. Elias gehörte damit bald zum „inneren Kreis“ des Heidelberger Instituts für Sozial- und

[15] Hoenigswald hatte die Arbeit kritisiert, weil sie an vielen Stellen den Stoff nicht so vertieft hätte, wie es notwendig gewesen wäre, und weil sie auch formal zu wünschen übrig ließ. Elias, der als Soldat aus dem Krieg gekommen war und zu den leitenden Figuren im Blau-Weiß gehörte, zeigte auch hier deutlich, welche Schwierigkeiten er im Umgang mit Höherrangierenden hatte. Josef Garncarz hat in einem Aufsatz ausführlich über den Konflikt mit Hoenigswald berichtet (MS im Erscheinen).

[16] Die näheren Einzelheiten u. a. in Blomert (1999).

Staatswissenschaften, zum einen durch sein Habilitationsprojekt und seine Teilnahme an den Kolloquien von Alfred Weber, und zum andern durch Karl Mannheim, als dessen „Assistent“ in halbinstitutioneller Position er bald fungierte.

Elias hatte schon in einem früheren Beitrag für den zionistischen Wanderbund Blau-Weiß deutlich gezeigt, dass er das Sehen und Wahrnehmen als kulturgeprägt betrachtete. In dieser kleinen Schrift ging es um das „Sehen in der Natur“ (Elias 1921, in Elias 2002: 9–28), das historischen und gesellschaftlichen Änderungen unterliegt. Dabei stellt er fest, dass die Landschaft erst in der Renaissance zum Malmotiv wird, und ebenso – zurückgreifend offenbar auf Jakob Burckhardt – dass es zuvor den Begriff der „Persönlichkeit“ nicht gegeben habe. Hier also werden schon Bewusstseinsstufen ausgemacht, die er in dem verschollenen Buch, und später seinem Referat auf dem Züricher Soziologentag noch einmal verdeutlichte.

Die Renaissance wurde seit Jakob Burckhardts *Kultur der Renaissance* ein Thema, das die bis dahin weit verbreitete Vorstellung von der Reformation als Epochenschwelle verdrängte. 1860 erschienen, hatte es in kurzer Zeit 30 Auflagen erlebt. Eberhard Gothein, Heidelberger Nationalökonom und Kulturhistoriker, hatte sich 1886 mit der *Renaissance in Süditalien* beschäftigt, und wurde von Jakob Burckhardt (1818–1897) selbst als sein Erbe und Nachfolger begrüßt, wie Edgar Salin in der Neuauflage bemerkt. Alfred von Martin griff 1916 mit der Biographie des Humanisten Coluccio Salutati ein *Kapitel aus der Genese der Renaissance* heraus, in dem er den Focus auf den Humanismus zu verlagern suchte. Zu den Renaissancestudien von Heidelberger Professoren gehörten jene von Carl Neumann (1860–1934), Henry Thode (1857–1920), dem Schwiegersohn von Richard Wagner, und Ernst Troeltsch, ebenso die Studie des Heidelberger Studenten Ernst Kantorowitz (1895–1963) aus dem Jahr 1927 über Friedrich II, die George gewidmet war. Hinter der Danteapologie der Georgeaner stand eine Art Gegenbild zum republikanisch-städtischen Italien der Renaissance, eine Apotheose des Reichsgedankens. Elias setzt seinen Schwerpunkt wiederum anders. Er ist von dieser Renaissanceforschung stark angezogen – schließlich sollte die zionistische Siedlung in Palästina auch zu einer Art gesellschaftlicher Renaissance führen –, aber er schaut nicht in die Richtung der Georgeaner, sondern nutzt die Denkpfade, die die Soziologie ihm bot und den Freiraum, der ihm durch Alfred Weber gelassen wird.

7.1 Elias’ Habilitationsdisposition

In das Colloquium zur Kultursoziologie, das Alfred Weber vom Wintersemester 1926/1927 bis 1932/1933 gehalten hat, gehört der Entwurf der ersten

Habilitationsarbeit von Elias, den er dort vorstellte. Im Teilnachlass Alfred Webers in der Handschriftenabteilung der Heidelberger Universitätsbibliothek fand sich eine achtseitige „Disposition“ mit dem Titel „Die Entstehung der modernen Naturwissenschaften“ (ca. 1999). Dass diese von Elias stammte, ergab sich rasch aus allen Indizien, aus Stil, Themenstellung und seinen eigenen Angaben in den biographischen Notizen.

Mit diesem Entwurf schloss Elias an den kleinen Text wieder an, den er, wie erwähnt, für die „Blau-Weiß-Blätter“ des jüdischen Wanderbunds verfasst hatte. Es ging um eine wissenssoziologische Untersuchung, nämlich um die Frage, unter welchen gesellschaftlichen Voraussetzungen sich die Wahrnehmung der „experimentierenden Meister“ der Renaissance bildete und „was für Menschen“ das waren. Dabei lehnte er sich eng an eine Arbeit an, die heute zu Unrecht vergessen ist: Leonardo Olschkis dreibändige *Geschichte der neusprachlichen wissenschaftlichen Literatur,* deren erster Band 1919 in Heidelberg erschienen war.

Olschki (1885–1961) hat darin die wissenschaftliche Entwicklung von den spätmittelalterlichen Anfängen bis zu Galilei dargestellt, mitreißend und flüssig formuliert. Brunelleschi, Donatello, Masaccio und schließlich Leonardo waren ihm zufolge keine Scholastiker und keine Humanisten, sie sprachen Italienisch, kein Latein, und sie gehörten nicht zur Universität. Olschki formulierte hier die These, dass die Entdeckung der Perspektive und die mathematischen und astronomischen Entdeckungen nur aus diesem wissenschaftlich unberührten Milieu stammen konnten. Die Gelehrtenwelt hätte den Sprung in die reine Erfahrungswissenschaft nicht machen können, zu stark war sie dem Aristotelismus verhaftet. Diese These reizte Elias. „Saper vedere“, das Motto Leonardo da Vincis, war schon länger auch seine eigene Maxime: Auf Leonardo hatte er in jenem Aufsatz von 1921 verwiesen, und über sich selbst sagte er gelegentlich: „Ich bin ein Soziologe, der sehen will.“

Olschki sah, dass Italien in der Renaissance von den „experimentierenden Meistern“ bis Galilei für ein oder zwei Jahrhunderte an der Spitze der europäischen Entwicklung von Wissenschaften, Technik und Kunst stand. Das bedeutete ihm mehr als jene humanistischen Traditionen, die die Entwicklung zur „modernen Naturwissenschaft“ aus seiner Sicht nur behinderten. Mit der kirchlichen Verurteilung Galileis brach die naturwissenschaftliche Bewegung ab, die auf denkwürdige Art an das „volgare“ gebunden war, an ein sich neu formierendes bürgerliches Milieu, aus dem auch die italienischen Weltumseglungen und die Fahrten des Marco Polo entstanden. Dass Galilei widerrufen musste, nicht weil er den Heliozentrismus verkündete, sondern weil er ihn in der Volkssprache verkündete – das gehört zu den Einsichten Olschkis, die Elias sich zu eigen machte.

Elias entnahm Olschkis Buch die Anregung, Wissenschaftsentwicklung und Kunstentwicklung als Kinder *eines* Geistes darzustellen. Doch er widersprach Olschki, der Leonardos unsystematisches Denken direkt auf die schädlichen Einflüsse der florentinischen Akademie zurückführte, die Michelangelo und Leonardo zu „widerspruchsvollen und selbstquälerischen Zwitternaturen ausgebildet" habe, ihre ursprüngliche Natur „vergewaltigte und sie auf Abwege geraten ließ". Elias zitiert Olschki und notiert dazu: „(‚Unrecht Olschkis!')". Den Gedanken, dass sich in der Geschichte etwas entwickelte, ja dass es so etwas wie einen Fortschritt gebe, teilte er zwar mit Olschki, aber er erkannte in jener „Unfertigkeit" Leonardos die Tatsache, dass Wissensfortschritte in einer Stufenfolge verlaufen, denn das Wissen macht keine Sprünge. Die Renaissance bedeutete für ihn eine neue Stufe im gesellschaftlichen Wissen. Hier hatte es, so sah er es, eine Entwicklung des Geistes gegeben, die man erkennen konnte. Ob diese neuen Erkenntnisse nun gut sind oder nicht, suchte er in seinem Schlusssatz auszubalancieren. Dort heißt es: „Und so wuchs der Menschheit wie immer nach einer geistigen Revolution ein neues Glück und ein neues Leid heran. Das neue Glück, das das Bewußtsein der eigenen Erkenntniskraft dem Menschen gab, und das neue Leid, das Leiden an seiner eigenen Bewußtheit, an der Kühle der eigenen Erkenntniskraft oder Rationalität." Damit hielt Elias die Spannung aufrecht zwischen Olschkis Optimismus und Max Webers Angst vor dem „Gehäuse der Hörigkeit" (Elias 2002: 102).

Elias' Methode ist die der historischen Soziologie, die er bei Alfred Weber gelernt hat, einer Soziologie, die das Erleben und das konkrete Alltagsgeschehen zur Basis hat: Er will sich in Florenz die Umwelt der Renaissancemeister genau anschauen, sehen, in welcher Welt sie lebten – „saper vedere". Hier kommt der Anteil des Erfahrungshungers der Jugendbewegung zum Ausdruck, der Ansatz der Lebensphilosophie, der die Heidelberger der 1920er Jahre von Max Webers Ansatz des methodologischen Individualismus unterschied. Noch in den späten, unvollendet gebliebenen „Studien über die Deutschen" ist die Methodologie das erlebnismäßige Nachvollziehenwollen. Dabei ist das Erleben stets ein Gruppenerleben, die Vorstellung von einem monadologischen Individuum ist das Gegenbild zu seinem Denken. Selbst die Spitze einer Figuration, selbst der französische König ist nicht ein einsam Handelnder, von dessen Gunst und Laune das Wohl der Menschen abhängt: er unterliegt im Gegenteil den stärksten Selbstzwängen, steht am oberen Ende eines Apparates der Erhaltung der Macht des Staates und des Wohls seiner Bevölkerung, denn dies ist gewissermaßen sein Reichtum. Sein Agieren wird von allen auf das Genaueste beobachtet, er muss sich also permanent kontrollieren, denn jeder falsche Zungenschlag kann interpretiert werden in einem Sinne, der seine Macht und die Staatsraison beeinträchtigt.

Elias hatte schon früh ein besonderes Interesse an Frankreich, und am Institut wurden die deutsch-französischen Beziehungen sehr gepflegt. Sein Interesse richtete sich allerdings weniger auf die politischen Bezüge, wie sie sich etwa in der Mitarbeit von Weber und Bergstraesser an der *Europäischen Revue* und dem Europaprojekt des Grafen Rohan zeigten, sondern auf den wissenschaftlichen und kulturellen Austausch. Wir finden ihn daher als Vertreter des Heidelberger Mittelbaus bei den Davoser Hochschulkursen, zu denen prominente Vertreter aus der Wissenschaft zum Zwecke der deutsch-französischen Verständigung einmal im Jahr geladen wurden. Er sieht sich inzwischen selbst als Mitglied der ersten Generation der Soziologen, da die Gründer selbst nicht ausgebildete Soziologen sind. Und so finden wir ihn auch auf dem Züricher Soziologentag 1928, wo er in zwei Debatten das Wort ergriff.

In seinem Vortrag ging es um die damals in Mode kommende sogenannte „Kunst der Primitiven“: Hier zeigt sich sein Verständnis vom geschichtlichen Prozess als Prozess der allgemeinen Bewusstseinserhellung, also der Aufklärung und des besseren Verständnisses der Welt, ein Verständnis, das später durch Studien über die sie begleitenden Emotionen ergänzt werden sollte. Er glaubte, dass Verstehen von Menschen fremder Kulturen niemals ausgeschlossen wäre, etwa „weil sie eine andere Natur hätten“ als wir, denn er war „ganz im Gegenteil“ überzeugt, „daß es den *einen* Menschen gibt“ (Elias 2002: 112). Doch die Schwierigkeit bestehe, so seine Erklärung, in der allgemeinen Unkenntnis der Stufen des Bewusstseins, die die Entwicklung der Gesellschaften in unterschiedlichen Maßen vollzogen hätten. Elias beschrieb dies am Beispiel eines französischen Heerführers, „der in Nordafrika Krieg mit einheimischen Truppen führte, und dem eines Tages eine Sonnenfinsternis begegnete, so daß die Truppen sich weigerten, weiter dem Feinde entgegen zu ziehen. Er rief den Scheich zu sich“ und erklärte ihm, dass er keine Angst zu haben brauchte: Es verhielte sich einfach so, dass der Mond sich zwischen Erde und Sonne schiebe und dadurch eine Sonnenfinsternis zustande komme. Auf die Frage des Heerführers, ob er verstanden habe, antwortete der Scheich bejahend, aber als der Heerführer ihn daraufhin auffordert, weiter zu ziehen, erwiderte der Scheich, es sei doch bekannt, „wenn die Sonne sich so verfinstert so kommt das daher, daß der und der Geist seinen Mantel vor die Sonne hält. Dann darf man unmöglich weiterziehen“ (Elias 2002: 113 f.). Wir müssen akzeptieren, dass die Menschen einander nicht verstehen. Sein Beispiel von dem französischen Heerführer in Nordafrika, der mit einheimischen Truppen Krieg führt und unversehens auf die Wirkung der Magie stößt, erinnert an seine Überlegungen zur Renaissance als einem Entwicklungsschritt, mit dem eine neue Stufe des allgemeinen Bewusstseins erreicht wurde. In dieser Debatte stellte Elias seine Grundfrage: „Wie erlebt der Primitive selbst

die Welt? Warum ist er gezwungen, die Welt so und nicht anders zu erleben, und warum sind wir gezwungen – wir können nicht anders – die Welt so und nicht anders zu erleben, obwohl wir beide Menschen – wahrscheinlich – von derselben Natur sind? Woher kommt diese Zwangsläufigkeit, diese innere Notwendigkeit, aus der der Primitive einen Baum so und nicht anders – als Geist! – erleben muß und wir ihn nicht mehr als Geist erleben können?“ (Elias 2002: 114) Seine Erklärung spielt dann auch in der Disposition eine Rolle, die wir von seinem Habilitationsprojekt bei Alfred Weber besitzen: „Wir, die heute Lebenden, haben den Übergang von der Auffassung der Welt als einer Geisterwelt zu der Auffassung der Welt als ‚Natur‘ nicht selbst vollzogen, sondern wir sind gezwungen, diese Art, die Welt zu erleben, als eine Erbschaft, an die wir gebunden sind, in uns zu verwirklichen.“ (Elias 2002: 114) Hier wird deutlich: Die Medizin und die Biologie stellte damals forciert Fragen, auf welche die Soziologie die Antworten geben konnte: Wie ist das Niveau der menschlichen Entwicklung, wie sind die geistigen Leistungen der Menschen in den verschiedenen Gesellschaften zu erklären? Sind es biologische, anlagemäßige Voraussetzungen oder handelt es sich um soziale Prozesse der Bildung und geistigen Formung?

7.2 Über Heidelberg hinaus

Elias vollendete die Habilitation bei Alfred Weber nicht. Da er auf der Liste bei Weber an vierter Stelle stand, konnte er das Angebot von Karl Mannheim, ihn im Rahmen von zwei oder drei Jahren zu habilitieren, nicht ablehnen. So wechselte er im Oktober 1930 seinen Mentor und ging mit Mannheim von Heidelberg nach Frankfurt. Damit wechselte er auch das Thema seiner Habilitation. Was blieb von seinem Entwurf? Im Buch *Über den Prozeß der Zivilisation* kann man die Gedanken aus dieser Disposition wiedererkennen. Seine Forschung trieb ihn geographisch zum „Mittelpunkt Frankreichs“ (Olschki), dorthin, wohin auch Leonardo sich begeben hatte, um dort mit Benvenuto Cellini und anderen italienischen Künstlern unter Franz I. den glänzenden Beginn der französischen Zivilisation und des französischen Staates mitzugestalten. Wie die Renaissance über Toulouse aus Italien hereindrang und dort zur „französischen Renaissance“ wurde hatte Hedwig Hintze (1884–1942) in ihrem Beitrag in der *Deutschen Vierteljahresschrift für Literatur* 1927 beschrieben, deren drittes Heft ganz der Renaissance gewidmet war. Dieses Heft mag Elias in die Hände gekommen sein, denn darin findet man bereits einige Ingredienzien, die später sein großes Buch *Über den Prozeß der Zivilisation* ausmachen. Wenn der Aufsatz Hintzes mit einem Hinweis auf die Bedeutung des Nationalstaates und einem Goethewort

endet, so lag das ganz auf dem Wege von Elias und der Fortsetzung seiner Heidelberger Forschungen: „Wenn wir die Renaissance als Geburtsstunde des modernen Nationalstaates ansprechen, so dürfen wir darüber nicht vergessen, daß von ihr auch jenes andere, den Nationalismus korrigierende Ideal verkündet worden ist, das Goethe in die Worte gefaßt hat: Humanität sei unser ewig Ziel."

Die Frankfurter Umgebung war sehr viel stärker von psychoanalytischem Gedankengut geprägt, als die vorherige des Heidelberger Instituts für Sozial- und Staatswissenschaften. Mitglieder des benachbarten Instituts für Sozialforschung mussten vor ihrer Aufnahme eine Psychoanalyse machen. Das wirkte, wenn auch nur indirekt, auch auf die universitäre Soziologie. Elias hatte in Heidelberg keinen Kontakt zu dem dortigen psychoanalytischen Sanatorium der Frieda Reichmann gesucht, da er als Breslauer Blau-Weißer der Frankfurter Blau-Weiß-Richtung des Rabbi Nobel fernstand, die von Frieda Fromm-Reichmann und Erich Fromm vertreten wurde. Ob er über Juliska Lang-Mannheim einen zweiten Faden zur Psychoanalyse aufnahm, wissen wir nicht. In Frankfurt war er dann mit dem Psychoanalytiker Sigmund Heinz Fuchs zusammengekommen, mit dem er bald in freundschaftlichem Austausch stand. Die nationalsozialistische Regierung trieb beide ins Exil: Fuchs ging nach England, und Elias zunächst nach Paris. Von dort ging er 1936 ebenfalls nach England, wo er mit einem kleinen Stipendium begann, an seinem großen Buch zu arbeiten. Dort trafen sie sich wieder, und es war die Verabredung, dass Fuchs, der große Anteilnahme an dem Projekt zeigte, die psychoanalytischen Teile schreiben sollte (vgl. Blomert 1989/1991: 47). Warum es nicht dazu kam, ist nicht bekannt, Elias, der inzwischen eine Analyse gemacht hatte, schrieb schließlich auch diesen Teil selbst. Fuchs kommentierte daher verblüfft in seiner Rezension:

> „Es ist dem Referenten (dieser Rezension, RB) trotz vieler lebhafter und freundschaftlicher Auseinandersetzungen und besten Einverständnisses […] offenbar nicht gelungen, den Verf. zu überzeugen, daß er es der Analyse überlassen müsse, die notwendige Ergänzung von der Perspektive des Individuums zu liefern. Er konnte der Versuchung nicht widerstehen, es doch selbst zu machen. Dabei bedient er sich auf dem Wege des Kompromisses mehr oder weniger analytischer Terminologie. […] Es muß jedoch zugegeben werden, daß er sie mit mehr Verständnis und Präzision gebraucht, als so mancher andere – umso gefährlicher in einem gewissen Sinne" (Foulkes 1941 in Blomert 1991: 16 f.).

So zeigte sich hier eine Verlegung seiner Aufmerksamkeit zu Fragen der Einstellung und psychischen Dispositionen: von der Frage der Erkennbarkeit und Kontrollierbarkeit der äußeren Natur zur Frage der Erkennbarkeit und Kontrollierbarkeit der inneren Natur, von der Sicht auf einen neuen Typus von

nichtuniversitären experimentellen Meistern, die Techniker und Künstler waren, zur Frage der Zivilisierung durch die Bildung von Nationalstaaten als Prägungsrahmen im Prozess der Dämpfung der Triebe. Der bis dahin verfolgte Themenkomplex wird nicht verdrängt, sondern durch Psychoanalyse und Staatssoziologie vertieft und bereichert. Es ist ein Konzept, das, wenn man so will, die drei bei Alfred Weber geschiedenen Sphären wieder zusammenrückt.

Bemerkenswert ist, dass das Wort „Kapitalismus“ bei Elias nicht auftaucht, sein Augenmerk richtet sich auf Staat und Persönlichkeit, auf den französischen Staatsbildungsprozess und den damit einhergehenden Zivilisationsprozess – Fragen der Wirtschaftsweise stellt er nur am Rande. Die Wendung zum ancien régime hat Leserinnen und Leser oft überrascht, wird doch die Französische Revolution zumeist als ein Umschlag zur (bisher) höchsten Stufe der politischen Systeme sowohl von Liberalen wie von Marxisten betrachtet. Mit dieser Bewertung war in der Regel eine Verurteilung der kulturellen Lebensformen der Zeit vor der Revolution verbunden, die man als Monstrositäten karikierte und zum Negativklischee machte. Elias hob stattdessen die besonderen kulturellen Elemente dieser höfischen Gesellschaft ans Licht, die nur am Rande mit dem zu tun hatten, was die sogenannte Moderne bereitzuhalten verspricht. Es geht ihm um ein Thema, das die Menschen der Weimarer Republik umtrieb, die Gewalt im öffentlichen Raum.

> „Der Prozeß der Staatsbildung wird in dieser Theorie zum zentralen Element des humanistischen Fortschritts, vollendete er doch die Pazifizierung des Raums. Er bedeutete die Monopolisierung und Kasernierung der bis dahin viele gesellschaftliche Verhältnisse beherrschenden körperlichen Gewalt durch die Monarchie. Das macht in der Zivilisationstheorie den entscheidenden Wendepunkt für die abendländischen Gesellschaften aus. Die Zivilisationstheorie entstammt somit einer Wahrnehmung, die eine von den gängigen völlig verschiedene historische Erzählung begründete.“ (Blomert 2004: 396).

Elias zeichnet die Physiognomie einer Epoche, die er höfische Gesellschaft nennt, ihre Kultur, ihre Machtstrukturen und die Haltungen ihrer Mitglieder. Es geht ihm um den Habitus und den Charakterbildungsprozess,[17] den er als Prozess der Eindämmung und Zähmung von Aggressivität durch den Aufbau des Über-Ich beschreibt. Der Zivilisationsprozess ist hier kein technisch-wissenschaftlicher wie bei Alfred Weber, sondern eine Kombination, ein Prozess der Wandlungen des Seelenhaushalts, also wenn man so will: der geistig-seelischen Physiognomie

[17] Den Terminus „Charakter“ hatte er von Wilhelm Reich übernommen.

der Epoche, zusammen gesehen mit dem gesellschaftlich-politischen Prozess der Staatsbildung. Der kulturelle Prozess (von ihm als Zivilisationsprozess bezeichnet) ist also bei Elias nicht unabhängig vom Gesellschaftsprozess, keine Emanation von Transzendenz. Die Psychoanalyse ist ihm zum Handwerkszeug geworden, über das er in Heidelberg noch nicht verfügte. Der vorherige Ansatz, die technisch-wissenschaftlichen Umbrüche der experimentierenden Meister der Renaissance als eine historische Bewusstwerdungsstufe der Menschheit zu sehen, wird verfeinert mit den Mitteln der Psychoanalyse, die, das ist das Neue an seinem Ansatz, ihrerseits historisiert wird: In Freuds psychischem Apparat gab es noch keine geschichtliche Dimension, erst Elias führt sie ein und verbindet sie mit einer gesellschaftlich-politischen Instanz, dem Staat. So wird aus dem gesellschaftlich zunächst punktuell ausgeübten Zwang zum Selbstzwang im Laufe von Generationen eine innere Instanz, das Über-Ich.

Was bei Alfred Weber die Furcht vor der Rebarbarisierung war, mit der er das Zeitalter der „Beamten"-Typen heraufziehen sah, und das den Untergang der Freiheit des Bürgers und der Selbstständigen bedeutete, ist bei Mannheim die Angst vor der Zerstörung durch eine kommende Revolution. Bei Elias ist der Erlebnishintergrund für seine Fragestellung die Gewalterfahrung in der Weimarer Republik, in der der Staat mit Attentätern und Freikorps nicht fertig wurde. Daraus entsteht seine Beschäftigung mit der Geschichte und, ausgehend von historischen Bewusstseinsstufen und der Entdeckung, dass auch die Gefühlsstruktur sich im Laufe der Zeiten wandelt, das Buch über den Zivilisationsprozess, in dem das Thema des Verschwindens von Gewalt im öffentlichen Raum im Zuge der Bildung der innerpsychischen Instanz des Über-Ich dominiert. In allen drei Fällen waren die eigenen Erfahrungen federführend beim Erkenntnisgewinn, und alle drei Forscher haben sich einer historischen Soziologie verschrieben. Sie sehen die Geschichte allerdings verschieden: als offen und gestaltbar ist sie bei Weber verstanden, als teleologischer Prozess der Gesellschaftsabfolge bei Mannheim, und bei Elias als ein nicht teleologisch gedachter Prozess der fortschreitenden Zivilisierung; es ist dies ein Prozess der Zurückdrängung von Gewalt und der Veränderung des psychischen Haushalts der Menschen, die nach und nach mit einer wachsenden Selbstkontrollapparatur ausgestattet werden. Bei den jüngeren Autoren, bei Mannheim und Elias, findet sich die transzendentalistische „Goethereligion" nicht mehr, die in Kunst und Werken der Kultur das Wirken eines höheren Geistes sieht. Dagegen ist es ihnen wichtig zu historisieren, wie es auch Alfred Weber getan hat, aber darüber hinaus auch Dinge zu relativieren, angeregt durch Simmel und Cassirer. Elias nimmt ein neues Werkzeug in die Hand, die Psychoanalyse, mit der er jedoch erst in Frankfurt nähere Bekanntschaft machte.

Wenn man also fragen wollte, was ist „anschlußfähig“, wie es Wolfgang Schluchter in dem erwähnten Artikel getan hat, dann kommt man nicht umhin festzustellen, dass das Thema der Kulturkreise aufgegangen ist in dem der Grenzen der Globalisierung, das Thema der Persönlichkeit in dem des Habitus (oder der Identität), und dass die Methode der Relativierung und des „gegensätzischen“ Denkens zurückgetreten ist und als Ambiguitätsverlust notiert wird (vgl. Bauer 2018). Nicht zu übersehen ist auch, dass die Möglichkeit des (Nicht-)Verstehens von einem scheinbar allwissenden Kosmopolitismus in den Hintergrund gedrängt wird, der mit der Betonung der prinzipiellen Gleichheit die faktischen Unterschiede – der „Bewußtseinsstufen“ und der Emotionskontrolle, wie man mit Elias sagen würde – zu überdecken trachtet. Welche Diskursverschiebungen und -veränderungen sich hier durch den Ukrainekrieg ergeben, läßt sich noch nicht absehen, aber die Ablehnung von Gewalt wird Maßstab des zivilisatorischen Fortschritts der Geschichte bleiben.

Literatur

Bauer, Thomas (2018): Die Vereindeutigung der Welt. Über den Verlust an Mehrdeutigkeit und Vielfalt, Stuttgart: Reclam.

Bloch, Ernst (1985): Briefe, 2. Bde., Frankfurt/M.: Suhrkamp.

Blomert, Reinhard (1991 [1989]): Psyche und Zivilisation. Zur theoretischen Konstruktion bei Norbert Elias, Münster: LIT Verlag.

Blomert, Reinhard (1999): Intellektuelle im Aufbruch. Karl Mannheim, Alfred Weber, Norbert Elias und die Heidelberger Sozialwissenschaften der Zwischenkriegszeit, München: Carl Hanser.

Blomert, Reinhard (2004): „Der jüdische Intellektuelle und die Liebe zur höfischen Kultur“, in: Merkur 58 (661), S. 395–406.

Breuer, Hans (Hg.) (1909): Der Zupfgeigenhansl, Darmstadt: Heinrich Hohmann.

Buselmeier, Michael (1986): Heidelberg Lesebuch, Frankfurt/M.: Insel Vlg.

Demm, Eberhard (1990): Ein Liberaler in Kaiserreich und Republik. Der politische Weg Alfred Webers, Boppard: Noldt-Verlag.

Curtius, Ernst Robert (1932): „Soziologie oder Revolution?“, in: Ders., Deutscher Geist in Gefahr, Stuttgart: DVA, S. 79–102.

Gothein, Eberhard (1885): Ignatius von Loyola, Halle: Niemeyer.

Gothein, Eberhard (1886): „Die Renaissance in Süditalien“, München/Leipzig: Duncker & Humblot.

Gothein, Marie Luise (1931): Eberhard Gothein. Ein Lebensbild, Stuttgart: Kohlhammer.

Elias, Norbert (1921): „Vom Sehen in der Natur“, in: Breslauer Hefte der Blau-Weiß-Blätter, Führerzeitung 1 (11. Februar 1914), S. 6.

Elias, Norbert (1999 [ca. 1929]): „Die Entstehung der modernen Naturwissenschaften“, in: Reinhard Blomert, Intellektuelle im Aufbruch. Karl Mannheim, Alfred Weber, Norbert Elias und die Heidelberger Sozialwissenschaften der Zwischenkriegszeit, München: Carl Hanser Blomert, S. 351–364.

Elias, Norbert (2002): „Frühschriften“, in Gesammelte Schriften (GS), Bd. 1, bearb. von Reinhard Blomert, Frankfurt/M: Suhrkamp.
Hackeschmidt, Jörg (1997): Von Kurt Blumenfeld zu Norbert Elias. Die Erfindung einer jüdischen Nation, Hamburg: Europäische Verlagsanstalt.
Hentschel, Volker (1988): Die Wirtschaftswissenschaften als akademische Disziplin an der Universität Heidelberg 1822–1924, o.O.
Kettler, David/Volker Meja/Nico Stehr (1984): Karl Mannheim, London: Tavistock.
Mannheim Karl (1923): Beiträge zu einer Theorie der Weltanschauungsinterpretation, Wien: Hölzel.
Mannheim, Karl (1929): Ideologie und Utopie, Bonn: Friedrich Cohen.
Mannheim, Karl (1980): Strukturen des Denkens, hrsg. von David Kettler, Volker Meja, Nico Stehr, Frankfurt/M.: Suhrkamp.
Mannheim, Karl (1984): Konservatismus. Ein Beitrag zur Soziologie des Wissens, hrsg. von David Kettler, Volker Meja, Nico Stehr, Frankfurt/M.: Suhrkamp.
Mannheim, Karl (1927): „Über das Problem der Generationen“, in: Kölner Vierteljahresheften für Soziologie VII, 2: 157–195 und 3: 309–330.
Naumann, Walter (1952): „Goethes Religion“, in: Journal of the History of Ideas 13 (2), S. 188–199.
Protokoll II (1929): Protokoll der 2. Sitzung der vereinigten Seminare von Prof. Weber und Dr. Mannheim, den 27. Februar 1929, unveröff. MS.
Reichert, Folker (2007): „Eberhard und Marie Luise Gothein – Kulturgeschichte aus Leidenschaft“, in: Archiv für Kulturgeschichte 89, S. 475–488.
Salin, Edgar (1964): „Max Weber und seine Freunde“, in: DIE ZEIT, 21. April 1964.
Scheffel, Victor von (1868): Gaudeamus. Lieder aus dem Engeren und Weiteren, o.O.
Schluchter, Wolfgang (1994): „Max und Alfred Weber – zwei ungleiche Brüder“, in: Ruperto Carola, Unispiegel Heidelberg 3/1994, https://www.uni-heidelberg.de/uni/presse/rc7/5.html
Troeltsch, Ernst (1922): s. Troeltsch, Ernst (1925)
Troeltsch, Ernst (1925): „„Naturrecht und Humanität in der Weltpolitik‘, Vortrag an der Deutschen Hochschule für Politik 1922“, in: Hans Baron (Hg.), Deutscher Geist und Westeuropa. Gesammelte kulturpolitische Aufsätze und Reden, Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck), S. 3–27.
Weber, Alfred (1953): Der dritte oder vierte Mensch. Vom Sinn des geschichtlichen Daseins, München: Piper Verlag.
Weber, Alfred (1950 [1935]): „Kulturgeschichte als Kultursoziologie“, München: Piper.
Weber, Marianne (1926): „Die Jugendbewegung und die modernen pädagogischen Methoden“, in: Die Frau. Monatsschrift für das gesamte Frauenleben unserer Zeit 33 (8), S. 449–458.
Woldring, Henk (1986): Karl Mannheim. The Development of his Thought, Assen/Maastricht: van Gorcum.

Reinhard Blomert, Dr. habil., Gastwissenschaftler am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, ehem. Chefredakteur der Zeitschrift *Leviathan.* Forschungsschwerpunkte: Zivilisationstheorie, ökonomische und ökologische Theoriebildung.

Gesellschaft und Theorie – Das interdisziplinäre Forschungsprogramm der *Kritischen Theorie*

Harald Homann

Inhaltsverzeichnis

1 Das Forschungsprogramm 149
2 Die intellektuelle Konkurrenz 155
3 Kritische Theorie 156
Literatur 160

Zusammenfassung

Um das 1924 in Frankfurt/M. gegründete Institut für Sozialforschung herum entstand mit der Direktoratsübernahme durch den Philosophen Max Horkheimer ein Arbeitszusammenhang, der später als *Frankfurter Schule* bezeichnet wurde. Der Gründungsimpuls des Institutes entfaltete sich im Gefolge der kritischen, marxistischen Aufarbeitung der unterbliebenen Revolution am Ende des Ersten Weltkriegs. Das Scheitern der revolutionären Arbeiterbewegung und die Reflexion der theoretischen Defizite des klassischen Marxismus sollten hier kritisch, historisch und systematisch aufgearbeitet werden. Unter den bereits dunklen Wolken des aufziehenden Faschismus entwickelte Horkheimer daher programmatisch ein interdisziplinäres Forschungsprojekt. Dieses war philosophisch grundiert,

H. Homann (✉)
Institut für Kulturwissenschaften, Universität Leipzig, Leipzig, Deutschland
E-Mail: homann@uni-leipzig.de

© Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2022

K. Acham und S. Moebius (Hrsg.), *Soziologie der Zwischenkriegszeit. Ihre Hauptströmungen und zentralen Themen im deutschen Sprachraum*,
https://doi.org/10.1007/978-3-658-31401-9_5

aber weitgehend empirisch ausgerichtet, insofern es auf die Analyse der gegenwärtigen Gesellschaft bezogen wurde und durch die Einbeziehung der „Sozialpsychologie“ zur Aufklärung über die im „Bewusstsein“ offenbar fehlenden revolutionären Impulse führen sollte. Angesichts des sich abzeichnenden Sieges des Nationalsozialismus und drohender Verfolgung zerstreute sich das Institut und blieb allein über die *Zeitschrift für Sozialforschung* locker integriert. Ohne die verschiedenen sozialen, personellen und kulturellen Ressourcen, die für die Realisierung des Forschungsprogramms notwendig gewesen wären, reflektierte Horkheimer in einer Kette von Aufsätzen bis 1937 die Auswirkungen dieser historischen Umbrüche und Katastrophen auf die Möglichkeit einer *Kritischen Theorie* der Gesellschaft, die an der Idee einer zukünftigen „vernünftigen“ Gesellschaft festzuhalten gedachte. Diese Versuche kulminierten im Aufsatz *Traditionelle und kritische Theorie,* der jedoch letztlich das theoretische Scheitern dieses Konzeptes vorführte. Danach, und außerhalb unseres Horizontes, wird dieses Scheitern in der mit Adorno verfassten *Dialektik der Aufklärung* erneut reflektiert.

Schlüsselwörter

Kritische Theorie · Traditionelle Theorie · Frankfurter Schule · Institut für Sozialforschung · Sozialphilosophie

Beschäftigt man sich mit der *Kritischen Theorie* oder der *Frankfurter Schule,* bewegt man sich auf unübersichtlichem und vermintem Gelände. Ein Blick in die Literatur zeigt, dass nichts an diesem Thema unumstritten ist. Ob es überhaupt eine *Frankfurter Schule* gegeben habe oder noch gebe, ob es eine *Kritische Theorie* gegeben habe, von wann an, von wem vertreten und vielleicht noch heute. Was ihre Inhalte seien und wie sie sich entwickelt haben. Alles kontrovers diskutiert von Beteiligten, Interessierten, Erben und Gegnern – man kann sagen umkämpft (Albrecht et. al. 1999).[1] Daraus lässt sich zumindest schließen, dass die *Kritische Theorie* im Gegensatz zu vielem, was in den 1920er und 1930er Jahren gedacht und erarbeitet

[1] Vgl. z. B. Açıkgöz (2014). Wie „reif“ die Forschung ist, erhellt aus der Möglichkeit und Notwendigkeit zu „Handbüchern“ und lexikalischen Versuchen, die Überblick verschaffen und meist mit autorgebundenen Deutungen versehen sind (Bittlingmayer et al. 2019; Best et al. 2018; Gordon et al. 2018).

worden ist, von größerem als bloß historischem Interesse ist.[2] Es ist daher im Grunde kaum möglich, im Angesicht der weiterhin wachsenden internationalen Literatur auf knappem Raum den Beitrag der *Kritischen Theorie* zu den Sozialwissenschaften in der Zwischenkriegszeit zu skizzieren. Ich werde daher auf einige eher allgemeine und programmatische Aspekte eingehen, wobei es allerdings dafür auch später auszuführende Gründe gibt, die mit der spezifischen Situation für die Kreise um das *Institut für Sozialforschung* (im Folgenden IfS) zu tun haben. Im weiteren werde ich den Begriff der *Kritischen Theorie* bemühen, wenn es explizit um die Entwicklung des Programms des IfS geht, dessen Leiter Max Horkheimer 1930 wurde. Dieses Programm findet seinen Abschluss, zum Teil auch schon seine Revision (das wäre eine eigene Arbeit), mit Horkheimers Aufsatz *Traditionelle und kritische Theorie* von 1937 (Abromeit 2011). In den anderen Zusammenhängen werde ich der Kürze halber von der *Frankfurter Schule* sprechen.[3] Die Interessen an der *Kritischen Theorie* und der *Frankfurter Schule* können durchaus verschiedener Art sein.[4]

[2] In ausgesprochen luziden Studien, die sich der philosophischen Rekonstruktion und Aktualität widmen, hat dies Gunnar Hindrichs (2020) unternommen zu zeigen, ebenfalls anregend Martin Jay (2020). Stefan Breuer (2016) hat sich in einer auch selbstkritischen Annäherung an das *soziologische Programm* der *Kritischen Theorie* begeben. Er folgert aus einer konsequenten Historisierung, die keinesfalls ihre Leistungen abstrakt negieren wolle, dass ihre Gesamtkonstruktion aber (gemessen am Anspruch) immanent brüchig sei und letztlich vollständig scheitere. Während Hindrichs (2020) die philosophische Dimension einbezieht, beschränkt Breuer sein Vorhaben, auf die „soziologische Dimension" (Breuer 2016: 3) der klassischen *Kritischen Theorie* und verschreibt sich hinsichtlich ihrer „philosophischen Grundlagen" aber „Zurückhaltung" (Breuer 2016: 2).

[3] Für einen umfassenden Überblick und die Einzelheiten aller hier behandelten Themen steht immer noch die monumentale und nicht überholte Studie von Rolf Wiggershaus (1986). Weiterhin zum Komplex dessen Arbeiten (Wiggershaus 2006, 2010, 2013, 2014, 2019).

[4] Ich selbst habe mit Kollegen, angestoßen durch Ideen des Soziologen Friedrich Tenbruck, eine Wirkungsgeschichte der Frankfurter Schule in der Bundesrepublik Deutschland nach 1949 mitverfasst, in der es um die These ging, dass die *Frankfurter Schule* einen beachtenswerten Beitrag zur „intellektuellen Gründung der Bundesrepublik Deutschland" geleistet habe. *Die intellektuelle Gründung der Bundesrepublik. Eine Wirkungsgeschichte der Frankfurter Schule* erschien 1999 und hat kontroverse Reaktionen ausgelöst. Der Titel kann missverstanden werden. Die These ist gerade nicht, die *Frankfurter Schule* habe die Bundesrepublik intellektuell gegründet. Der Befund lässt sich vielmehr so zusammenfassen: Die nach der institutionellen Gründung erst allmählich vollzogene politisch-kulturelle Gründung des neuen demokratischen Staates ist nicht das Werk einer einzelnen „Schule" oder Theorie, auch nicht der *Frankfurter Schule*, aber an deren Wirkungsgeschichte können der Prozess und die Probleme der sich herausbildenden politischen

Sie beschäftigen sich mit einzelnen Vertretern,[5] den empirischen Studien, der Geschichte des *Instituts für Sozialforschung,* usw. Auch international wächst das Interesse daran weiterhin. Sehr viele Arbeiten zur *Kritischen Theorie* haben es mit deren theoretischen Programm zu tun (vgl. z. B. Winter 2007; Schweppenhäuser 2010). Und dieses Programm kann man kurz fassen als „Theorie der Gesellschaft".[6]

Im Folgenden möchte ich mich in verschiedenen Anläufen mit der Eigenheit und dem Beitrag der *Kritischen Theorie* zu den Sozialwissenschaften der Zwischenkriegszeit beschäftigen und dabei muss immer mitbedacht werden, dass dies nur einen kleinen und was die Wirkungsgeschichte angeht, einen eher marginalen Ausschnitt der Geschichte der *Kritischen Theorie* darstellt. Denn die besondere Situation, die sich für die exilierten Wissenschaftler ergab, insbesondere, wenn sie sich als eine zusammengehörige Gruppe sahen, gilt für die *Frankfurter Schule,* aber auch um den Kreis um Karl Mannheim in Frankfurt (Karádi/Vezér 1985; Kettler 2016). Ungewöhnlich war es, dass es einigen dieser Exilierten gelungen ist, nicht nur nach Deutschland zurück zu kehren, sondern

[5] Für nahezu jeden der wichtigeren Mitglieder des IfS liegen umfangreichere biografische Arbeiten vor, die alle auch die Werkgeschichte mit einbeziehen und die jeweiligen Beiträge zur *Kritischen Theorie* und *Frankfurter Schule* versuchen zu würdigen, einen Sonderfall bildet hier sicherlich Walter Benjamin. Zu H. Grossmann vgl. z. B. Kuhn (2016); zu Pollock Lenhard (2014 und umfassend Lenhard 2019).

[6] Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass es neben der kritischen Theorie der Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland nur Niklas Luhmann war, der eisern an einem Projekt „Theorie der Gesellschaft" festgehalten hat. Luhmann, der in der Hochzeit der Studentenbewegung in Frankfurt Adornos Lehrstuhl vertreten und ein Seminar „Liebe. Eine Übung" angeboten hat und gemeinsam mit Habermas 1971 in „Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie" die Frage einer möglichen Gesellschaftstheorie diskutiert hat.

Kultur besonders gut verfolgt werden. Die institutionelle Gründung der Bundesrepublik war von Anfang an begleitet von theoretischen Konzepten; Von einem erneuerten Naturrechtsdenken, vom Entwurf sozialer Marktwirtschaft durch die Ordoliberalen und von der Hinwendung zur westlichen Demokratie. In diese Gemengelage mischten sich Horkheimer und Adorno nach ihrer Rückkehr aus der Emigration mit ein, und zwar keineswegs als linksintellektuell-marxistische Opposition, sondern kooperativ in Konkurrenz zu anderen Strömungen. Erst als in den 1960er Jahren die Soziologie zu einer gesellschaftlichen Deutungsmacht aufstieg, verschärfte sich der Dissens vor allem gegenüber dem kritischen Rationalismus. Adorno hat ihn 1969 als Positivismusstreit gedeutet, das heißt als Streit um die richtige Theorie für Sozialforschung, aber auch für Gesellschaftskritik. Die *Frankfurter Schule* wurde zur Stichwortgeberin einer „kritischen Intelligenz", auch in der Frage, wie die NS-Vergangenheit aufzuarbeiten sei (interessant: Boll 2004).

auch einen institutionellen Ort wieder beziehen zu können, der weitere Wirkungsmöglichkeiten eröffnete, wie das IfS in Frankfurt. Dies war der Mannheim-Gruppe nicht möglich, wie an vielen Biografien ablesbar, insbesondere der von Norbert Elias (Blomert 1989, 1999). Drei Punkte werde ich im Folgenden insgesamt ungebührlich kurz anreißen. Erstens das *Forschungsprogramm,* zweitens die *intellektuelle Konkurrenz in Frankfurt* und drittens die *Kritische Theorie.*

Vorweg aber einige kursorische Bemerkungen zur historischen Einordnung, die im Fall der Frankfurter Schule notwendig sind, auch um die inneren Entwicklungen ihrer intellektuellen und theoretischen Beiträge nachvollziehen zu können. Es gibt historisch ruhigere und unruhige Zeiten jeweils für bestimmte Regionen oder Gesellschaften oder Gruppen und Personen. Aber schon die begriffliche Rahmung des Sammelwerkes, in dem dieser Beitrag erscheint, besitzt einen zeitlich historischen Index mit der „Zwischenkriegszeit". Damit ist für das, was wir Deutschland und Österreich nennen, aber nicht nur ein zeitlicher Index gesetzt, sondern ein Verweis auf tief gehende Umbrüche, die auch von unseren näheren Themen nur analytisch zu scheiden sind. Faktisch und praktisch muss man sehr ernsthaft überlegen und prüfen, wie innere und äußere Geschichte hier ineinandergreifen und sich bedingen. Die Vermutung ist, dass dies in höherem Maße der Fall war, als zu ruhigen Zeiten. Nur knapp dazu einige Hinweise in Bezug auf die *Frankfurter Schule,* auch weil Stephan Moebius (2021) die historischen Konstellationen am Beginn des ersten Bandes kompakt dargestellt hat.

Schon ganz grob betrachtet, stellen der Ausbruch des Ersten Weltkrieges, sein Verlauf und Ende, der Vertrag von Versailles, der Untergang der deutschen und österreichischen Monarchien, die russische Revolution von 1917/1918 und die Etablierung der Sowjetunion, die gescheiterte Revolution in Deutschland 1918/1919, die Existenz einer labilen Demokratie, die grundlegende Krise des kapitalistischen Wirtschafts- und Finanzsystems, die sich 1928/1929 zu einer Weltwirtschaftskrise auftürmt, in deren Gefolge überall in Europa autokratische politische Systeme entstehen und in Deutschland sich die nationalsozialistische Herrschaft ankündigt, eine Kaskade von Welt und Weltbild erschütternden und verändernden Großereignissen dar. Sehen wir es mit den Augen der Wissenschaftler, Philosophen und Intellektuellen, die seit 1923/1924 in Frankfurt am Main am IfS mitarbeiten, dann haben wir es mit einer Verschränkung und Aufschichtung von Krisen zu tun (Föllmer und Graf 2005; Graf 2008).[7] Auch wenn

[7] Die Konjunktur des Krisen-Begriffs in der Weimarer Republik ist gut dokumentiert (vgl. Graf 2008; Föllmer und Graf 2005). Interessant ist die Offenheit des Begriffs, er meint

es vielleicht wenig Gründe gibt, an der Realität dieser Krisen zu zweifeln, so kommt es mir hier darauf an, dass diese Ereignisse auch als Krisen *wahrgenommen* und diskursiv dramatisiert wurden und damit eine hohe Dringlichkeit der Verarbeitung bekamen. Und zwar handelt es sich in dieser Perspektive um eine verschränkte Krisenkonstellation. Insofern war die *Kritische Theorie* von Beginn an auch eine Theorie der Krise, denn diese Verschränkung der Krisen war für kritische Intellektuelle der Zwischenkriegszeit grundstürzend. In zeitlicher Reihenfolge, doch sich überlagernd: Erstens das Scheitern der deutschen Revolution von 1918/1919[8] und damit auch der von Rosa Luxemburg bis Lenin erwarteten und erhofften Welt-Revolution[9] und damit der organisierten

nicht in erster Linie ein Scheitern, sondern wird oft als Siegel einer offenen, gestaltbaren Zukunft verwandt, von politisch rechten wie linken Diskursbeiträgern. Diese Ambivalenz ist auch in den Äußerungen der Mitarbeiter des IfS zu finden, wobei zu bedenken ist, dass für jede Gegenwart die Zukunft (relativ) offen ist. Die Nachgeborenen können allerdings kaum abstrahieren von dieser Zukunft, weil sie wissen, wie es „weiterging" – was aber auch für die überlebenden Akteure gilt.

[8] Insbesondere Horkheimer hielt bis zum Lebensende daran fest, dass eine Revolution 1918/1919 möglich gewesen sei. Diese innere Spannung und Enttäuschung blieb ein Element seiner Existenz, ähnlich wie das latente Bedrohungsgefühl im Land der Täter, aber auch darüber hinaus – zunehmend von ihm auch als nicht endende antisemitische Bedrohung gesehen.

[9] Statt vieler, auf allen Seiten der Sozialdemokratie und der entstehenden kommunistischen Lager, Ballod (1919: 8): In der Einleitung seines Buches *Der Zukunftsstaat* identifizierte er den Weltkrieg als die Krise: „Bürgerliche Nationalökonomen wiesen mit besonderem Stolz darauf hin, daß die Wirtschaftskrisen nicht, wie Marx es erwartet hätte, immer schlimmer geworden wären, sondern daß sie im Gegenteil sich immer mehr abgeschwächt hätten. Ja doch – bis die aufgespeicherten, zur Krisis hindrängenden Kräfte sich in der furchtbarsten Krisis der Weltgeschichte, in dem Weltkrieg, Luft machten, der doch gerade von den bürgerlichen Nationalökonomen als ein Wirtschaftskrieg im eigentlichen Sinne des Wortes hingestellt wird, und der weit, weit mehr Werte vernichtet hat als alle vorangehenden Wirtschaftskrisen". Seine Folgerung war: Marx hatte Recht, und jetzt rückt der Sozialismus auf die Tagesordnung. Der Weltkrieg wird wahrgenommen als die Krise selbst, als der Gipfelpunkt aller je gekannten Krisen der Neuzeit, aber schon bald wurde auch das Scheitern der deutschen Revolution als Krise diskutiert. Auch der sowjetische Marxismus und Lenin mussten sich mit der Hoffnung und ihrem Scheitern beschäftigen. „Es ist begreiflich, warum der Imperialismus sterbender Kapitalismus ist, den Übergang zum Sozialismus bildet: das aus dem Kapitalismus hervorwachsende Monopol ist bereits das Sterben des Kapitalismus, der Beginn des Übergangs in den Sozialismus." (Lenin 1975a: 104). Die russische Revolution von 1917 wurde als der notwendige Ausgang aus Krieg und sterbendem Kapitalismus gesehen. „Die soziale Revolution kann nicht anders vor sich gehen als in Gestalt einer Epoche, in der der Bürgerkrieg des Proletariats gegen

Arbeiterbewegung.[10] Zweitens das Scheitern des internationalen Wirtschafts- und Finanzkapitalismus 1929/1930 und drittens die parallel damit einhergehende Krise des klassischen Marxismus, der nicht in der Lage schien, das Scheitern in diesen Krisen begrifflich-theoretisch überzeugend zu fassen, zu analysieren und Alternativen aufzuzeigen (Pons und Smith 2017). Das galt nicht nur für die Marxistische Theorie, sondern insbesondere nach dem Tode Lenins auch für die Entwicklung in der jungen Sowjetunion, in der zunehmend der Marxismus zu einer Legitimationswissenschaft funktionalisiert wurde, die dem Aufbau des Sozialismus in einem Land dienen sollte. Zugleich aber auch zerrüttete der von Moskau ausgehende Kommunismus und Marxismus der II. und III. Internationale die europäische Arbeiterbewegung, die kommunistischen Bewegungen und Parteien mit der „Sozialfaschismusthese" (Hoppe 2007; Schönhoven 1989; Winkler 1985) und mit der Ablehnung der Volksfrontüberlegungen. Es sei noch einmal betont, dass es sich hier um die Perspektive des IfS und vieler anderer linker Denker handelt. Eine sachliche und kontextualisierende Diskussion der Interpretationen übersteigt bei weitem die Möglichkeiten dieses Beitrags – es

die Bourgeoisie in den fortgeschrittenen Ländern mit einer ganzen Reihe demokratischer und revolutionärer Bewegungen verbunden ist, darunter auch mit nationalen Befreiungsbewegungen der unentwickelten, rückständigen und unterdrückten Nationen." (Lenin 1975b: 53). So kam es allerdings nicht und die Erklärung lieferte Eugen Varga, der vielleicht einflussreichste Wirtschaftsexperte der Kommunistischen Internationale. Er nahm den Begriff einer „allgemeinen Krise des Kapitalismus" von Eduard Bernstein auf, im Unterschied von den „zyklischen Krisen" des Kapitalismus. Die „allgemeine Krise" sei mit dem Imperialismus entstanden und mit dem Ersten Weltkrieg und der russischen Oktoberrevolution offen ausgebrochen. Seine ökonomischen Analysen und die seiner Mitarbeiter boten ins Einzelne gehende marxistische Untersuchungen der einzelnen Länder und der Weltwirtschaft als Ganzes. Diese konkreten Studien wurden jedoch der Grundannahme von der „allgemeinen Krise" untergeordnet. Noch in der DDR wurde diese Definition verwendet und benutzt, um die Parusieverzögerung der Welt-Revolution hinweg zu deuten. Die „allgemeine Krise des Kapitalismus" sei eine „umfassende System- und Gesellschaftskrise des niedergehenden Kapitalismus. Die a. K. erfaßt alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens: Ökonomie, Politik, Kultur, Ideologie, Moral usw. Sie umfaßt jenen historischen Zeitabschnitt der Existenz des Kapitalismus, in dem sich der Prozeß seines Niedergangs und seiner revolutionären Ablösung durch den Sozialismus und Kommunismus im Weltmaßstab gesetzmäßig vollzieht." (oder eben, jedenfalls bei Erscheinen des Wörterbuchs, auch nicht – Kleines Politisches Wörterbuch 1985: 32).

[10] Vgl. die unermüdlichen und nahezu obsessiven Bemühungen zu diesem Thema im weiteren Sinne, im außerakademischen Kontext entstandenen und nahezu konkurrenzlosen Arbeiten von: Koenen (2017, 2008, 2010, 2005, 2001, 1998).

geht daher, mit einem etwas modischen Begriff: um „Wahrnehmungen“. Die Wahrnehmung dieser Krisenkonstellation stand am Beginn der Gründung des IfS in Frankfurt und damit auch am Beginn der Herausbildung der *Kritischen Theorie.* Damit ist natürlich nicht gesagt, dass nicht auch für viele andere Sozialwissenschaftler die Krisenhaftigkeit der Zeit ein entscheidendes Movens der eigenen Arbeit gewesen ist und damit auch für sie das Theorie-Praxis-Problem bedrängend wurde. Einen Unterschied mag es bedeuten zu anderen Sozialwissenschaftlern (z. B. Mannheim), dass die Mitglieder des IfS dezidiert die theoretische Reflexion und Anleitung von politischer Praxis suchten, einer durchaus revolutionären Praxis, zumindest aber theoretische Orientierung für diese revolutionäre Praxis. So jedenfalls dachten zu Beginn der Weimarer Republik viele linksgerichtete, marxistisch orientierte Intellektuelle wie der Millionärssohn Felix Weil, der sich mit dem Gedanken trug, ein beträchtliches Vermögen für die Gründung und Einrichtung eines Instituts für Marxismus zu stiften. Das Institut sollte die Geschichte und Erfahrungen der Arbeiterbewegung erforschen. Weil spendete das Vermögen in der Hoffnung, dass dieses Institut in absehbarer Zeit einer siegreichen Revolution in Deutschland: einem deutschen Rätestaat, übergeben werden könne.[11] Die Grundkonstellation der Gründung des Instituts für Sozialforschung ist recht gut erforscht.[12] Pfingsten 1923, bevor das Institut seine Arbeit aufnahm, organisierte Felix Weil zusammen mit Karl Korsch in Thüringen eine „Marxistische Arbeitswoche“ (Alexander 1985; Buckmiller 1988). Sie war das erste Theorieseminar des zuvor per Erlass des preußischen Bildungsministeriums am 3. Februar 1923 an der Universität Frankfurt gegründeten *Instituts für Sozialforschung* (Vollgraf et al. 2000). Teilnehmer waren unter anderen Felix Weil, der als Mäzen die Veranstaltung finanziell unterstützte, Karl August Wittfogel, Friedrich Pollock, Karl Korsch und Georg Lukács. Inhaltlich waren bei der Arbeitswoche drei Themen vorgesehen. „Über die Behandlungsarten des gegenwärtigen Krisenproblems“, „Zur Methodenfrage“ und „Organisatorische Fragen der marxistischen Forschung“. Die Teilnehmer verband die Hoffnung auf ein selbstbewusst handelndes Proletariat, das weder auf sozialdemokratische Reformen und Evolution setzt, aber sich auch der Bolschewisierung widersetzt, das heißt an der Revolution festhält. Die 1923 erschienenen Arbeiten *Marxismus und Philosophie* von Korsch und *Geschichte und Klassenbewußtsein* von Lukács, die Gegenstand der Diskussionen

[11] Vgl.: wenn auch populär gehalten: Erazo-Heufelder (2017); Eisenbach (1987). Weiterhin und für alle hier behandelten Fragen gewinnbringend: Wiggershaus (1986: 19–35).

[12] Immer noch: Migdal (1981); Herrschaft und Lichtblau (2010).

waren, stellen Versuche einer Erneuerung marxistischer Theorie angesichts der Erfahrungen nach 1917 dar (Korsch 1923; Lukács 1923).[13] Auch für Horkheimer, der 1930 Direktor des Instituts wird, sind sie die Bezugspunkte bei der Ausarbeitung des Programms der *Kritischen Theorie* gewesen.[14]

1 Das Forschungsprogramm

Max Horkheimer wurde 1930 zum Direktor des Instituts für Sozialforschung ernannt und hielt am 24.1.1931 seine öffentliche Antrittsvorlesung bei Übernahme des von Felix Weil gestifteten Lehrstuhls für Sozial-Philosophie und der Leitung des IfS unter dem Titel „Die gegenwärtige Lage der Sozial-Philosophie und die Aufgaben eines Instituts für Sozialforschung“ (Wiggershaus 1986: 51 f.). Diese Vorlesung kann als Gründungsdokument der *Kritischen Theorie* und auch als Programm-Schrift für die Arbeit des IfS verstanden werden (vgl. Walter-Busch 2010). Bevor das näher entwickelt wird, müssen allerdings wieder die mehr als äußeren Bedingungen ins Auge gefasst werden. Aus der Brief-Korrespondenz von Horkheimer wird deutlich, dass ihm und anderen nach der Reichstagswahl im September 1930, in der die NSDAP von drei auf 18 % Wähleranteil gewachsen war, klar war, dass damit die so genannte Weimarer Koalition mit einer starken SPD unmöglich geworden war – und die Gefahr für linke Intellektuelle beängstigend wuchs (vgl. Horkheimer 1995). Sehr konsequent und mit einschneidenden Folgen zogen Horkheimer, Felix Weil und Friedrich Pollock, der das Stiftungsvermögen verwaltete, die Konsequenz, das Vermögen Zug um Zug erst nach Amsterdam und nach 1932 in die Schweiz zu verlagern. Zudem wurden in Genf, Paris und Amsterdam Dependancen des Institutes gegründet, die 1932/1933 eine endgültige Verlegung nach Genf vorbereiteten. Das geschah überlegt und erfolgreich, bevor die Machtübernahme der NSDAP dazu führte, dass das Institut am 13. März 1933 geschlossen und enteignet wurde. Die Dramatik dieser Entwicklung betrifft mit ihren Unsicherheiten und Katastrophen die Personen und Familien, aber auch die in Angriff und Aus-

[13] Felix Weil förderte maßgeblich diesen Verlag, wie auch andere proletarische Kulturproduktionen, so Erwin Piscators berühmte Bühnenshows. Zu Korsch: Kellner (1977). Literatur zu Lukács ist unschwer erreichbar und wie alles, was unsere Problematik angeht, ein weitgehend umstrittenes und vermintes Terrain.

[14] Horkheimers philosophische und akademische Biografie lässt nicht sofort an eine marxistische Prägung denken (vgl. Fath 2006).

sicht genommene Tätigkeit in Frankfurt. Also schon mit und vor Beginn der gemeinsamen Arbeit am Institut unter dem Direktorat Horkheimers, also bei der Antrittsvorlesung, drohte dem Institut der Verlust seiner Wirkungsstätte und des Wirkungsumfelds, des lokalen, regionalen und nationalen Diskursraums, des Verlustes der Möglichkeit, Nachwuchs zu rekrutieren und sich in Deutschland als ernstzunehmender Teil der sich herausbildenden sozialwissenschaftlichen Forschungslandschaft zu etablieren. Alle diese Möglichkeiten und angestrebten Ziele lösten sich schlagartig auf und es blieb eine exilierte Gruppe von Mitarbeitern des IfS, die erst in Europa und letztlich in den USA überlebte.[15] Von der erfolgreichen Institutionalisierung und Etablierung blieb nur die *Zeitschrift für Sozialforschung,* deren erster Jahrgang 1932 in Leipzig erschienen war (Schmidt 1970; Schneider 2014). Schon der Jahrgang 2 musste 1933 in Paris erscheinen, bis zum Jahrgang 7 im Jahr 1938. Die letzten beiden Jahrgänge 8 und 9 erschienen 1939/1940 und 1941/1942 unter dem Titel „Studies in Philosophy and Social Science" im Eigenverlag in New York City. Wissenschaftssoziologisch gesehen sind Zeitschriften wichtige Indikatoren für Institutionalisierung und Paradigmatisierung. Eine genauere Analyse der veröffentlichten Bände, der Themen, die in ihnen behandelt wurden, und eine Liste der Beiträgerinnen würde zeigen, welcher Anspruch in diesen Bänden entwickelt wurde und welches Programm, denn das Zeitschriftenprojekt wurde zu einem Selbstverständigungsort des IfS. Das ist auch wörtlich und exklusiv zu verstehen, da Horkheimer es sich herausnahm, und das anderen und Anfragenden gegenüber betonte, dass die Zeitschrift kein Ort von auszutragenden Kontroversen mit anderen Positionen sein solle, mit Rede und Gegenrede. Und sie war der Ort, wo Horkheimer die Grundideen der *Kritischen Theorie* entwickelte, wo die Mitglieder des Instituts das ihre beitrugen, aber auch ein Nicht-Ort, weithin ohne Kontakt zu einer zunehmend illusorisch gewordenen Leserschaft. Mit der Aufgabe der deutschen Sprache und den letzten beiden englischsprachigen Ausgaben erlosch das gleichermaßen fremde wie interne Selbstverständigungsmedium. Die Mitglieder des Instituts befanden sich jetzt in einer geradezu schwebenden Existenz des Institutes, auch ihr Kontakt und Austausch untereinander war fast nur noch brieflich möglich.

[15] Im Blick auf die Exilszeit als eine entscheidende auch inhaltlich bedeutsame Zeit: Homann (1999). Die Wirkung der Frankfurter Schule in den USA ist erstmals umfassend dargestellt worden von: Zwarg (2017); interessant, aber nicht unproblematisch: Wheatland (2009).

> Zum Forschungsprogramm.
> Bedenken wir, dass das Forschungsprogramm weitgehend nur Programm bleiben musste bis zum Ende unseres Zeitraums, also bis 1939. Ein wichtiges Element des Programms, die eher theoretische Seite, entsprechend der Denomination seines Lehrstuhls Sozialphilosophie, wurde von Horkheimer im diskursiven Zusammenhang der ZfS weiter ausgebaut und theoretisch radikalisiert. Diese Entwicklung gipfelte im Aufsatz 'Traditionelle und Kritische Theorie' von 1937. (Schmidt 1970).

Der zweite damit spezifisch verknüpfte Teil des Programms, die interdisziplinär angelegte Sozialforschung, konnte aus den angegebenen Gründen bis 1939 nicht realisiert, sondern nur rudimentär verfolgt werden. Wir müssen daher hier bei der programmatischen Fassung der Sozialforschung bleiben. Wichtig ist für Horkheimer, dass auch diese Sozialforschung keine Eigenständigkeit besitzen sollte, kein verselbständigter Bereich der Wissenschaften sein sollte. Sie sollte dem Stand der wissenschaftlichen Arbeitsteilung gemäß als Teil eines gemeinsamen Zusammenhangs praktiziert werden. Im Vorwort der Zeitschrift heißt es:

> „Das Wort ‚Sozialforschung' beansprucht nicht, auf der Landkarte der Wissenschaften, die heute ohnehin sehr fragwürdig erscheint, neue Grenzlinien einzuzeichnen. Die Untersuchungen auf den verschiedensten Sachgebieten und Abstraktionsebenen, die es hier bedeutet, werden durch die Absicht zusammengehalten, daß sie die Theorie der gegenwärtigen Gesellschaft als ganzer fördern sollen. Dieses vereinigende Prinzip, nach dem die Einzeluntersuchungen bei unbedingter empirischer Strenge doch im Hinblick auf ein theoretisches Zentralproblem zu führen sind, unterscheidet die Sozialforschung, der die Zeitschrift dienen möchte, ebenso von bloßer Tatsachenbeschreibung wie von empiriefremder Konstruktion. Es erstrebt Erkenntnis des gesamtgesellschaftlichen Verlaufs und setzt daher voraus, daß unter der chaotischen Oberfläche der Ereignisse eine dem Begriff zugängliche Struktur wirkender Mächte zu erkennen sei. […] Geschichte gilt in der Sozialforschung nicht als die Erscheinung bloßer Willkür, sondern als von Gesetzen beherrschte Dynamik, ihre Erkenntnis ist daher Wissenschaft. Diese hängt freilich in besonderer Weise von der Entwicklung anderer Disziplinen ab. […] Um ihr Ziel, die Vorgänge des Gesellschaftslebens nach dem Stand der jeweils möglichen Einsicht zu begreifen, erreichen zu können, muß die Sozialforschung eine Reihe von Fachwissenschaften auf ihr Problem zu konzentrieren und für ihre Zwecke auszuwerten trachten." (Zeitschrift für Sozialforschung 1970: I, Vorwort).

Sozialforschung als empirisches Projekt war durchaus ernst gemeint, da es für Horkheimer evident war, dass Philosophie, wenn sie gesellschaftlich noch von Bedeutung sein sollte als Versuch das Ganze in den Blick zu nehmen, dies nur noch als Sozialphilosophie konnte und nur durch die Öffnung zu den empirischen

Sozialwissenschaften.[16] Bereits 1929 hatte der Psychologe Erich Fromm als Mitarbeiter des Instituts eine fragebogenbasierte Untersuchung über die Einstellungen der Frankfurter Arbeiter und Angestellten begonnen. Fromm wurde von Horkheimer als einzig fester Forschungsleiter 1930 auf Lebenszeit eingestellt.[17] Die Studie markiert den Beginn der sozialempirischen Forschungen des Instituts, die im Exil fortgeführt wurden, mit wenig mehr empirischem Material aus Befragungen in Genf und Paris angereichert, weil weitere Forschung in Deutschland nicht mehr möglich war, zudem unter Verlust einer beträchtlichen Menge der erhobenen Daten durch die Emigration. Die zusammengefassten und interpretierten Ergebnisse wurden 1936 unter dem Titel *Studien über Autorität und Familie* veröffentlicht.[18] Von hier aus lässt sich eine Kontinuität zu den „Studies in Prejudice" in den USA, der sogenannten „Gruppenstudie" nach der Remigration von 1950/1951, die als großangelegte empirische Untersuchung die kollektiven Mentalitäten der bundesrepublikanischen Nachkriegsgesellschaft erkundete und der „Mannesmann-Studie" feststellen (vgl. umfassend: Platz 2012;

[16] Vergleichend angelegte Studien versuchen seit geraumer Zeit zu zeigen, dass dieses Forschungsprogramm zum Teil zumindest auch nach der Neugründung des IfS in der jungen Bundesrepublik umgesetzt und praktiziert wurde. Die Forschungspraxis nehmen Christian Fleck (2007) und Johannes Platz (2012) in den Blick. Der Beitrag der *Kritischen Theorie* zur Disziplin der Industriesoziologie wurde etwa am Beispiel der Etablierung der Fallstudienmethode im *Institut für Sozialforschung* vergleichend mit anderen führenden soziologischen Forschungsinstituten untersucht (Pongratz und Trinczek 2010). Christoph Weischer (2004) gibt einen Überblick zum „Unternehmen ‚Empirische Sozialforschung'", der sich auch mit der Institutionen- und Ideengeschichte des *Instituts für Sozialforschung* befasst.

[17] Die Beziehung Horkheimers zu Fromm ist ausgesprochen komplex. Ausweislich der Aufsätze Fromms in der ZfS und seiner Texte in „Autorität und Familie" müsste man erneut überlegen, welchen Beitrag Fromm zur Ausfüllung des Forschungsprogramms geleistet hat (Kessler/Funk 1992).

[18] Der Horkheimer-Essay „Autorität und Familie" war als allgemeiner Teil dem Forschungsbericht vorangestellt, der unter dem Titel *Studien über Autorität und Familie* in Paris 1936 veröffentlicht wurde. Er enthielt des weiteren: *Sozialpsychologischer Teil* von Erich Fromm, *Ideengeschichtlicher Teil* von Herbert Marcuse und in der Zweiten Abteilung neben vorläufigen Einzelberichten zu schon durchgeführten Erhebungen: *Wirtschaftsgeschichtliche Grundlagen der Entwicklung der Familienautorität* von Karl A. Wittfogel, *Beiträge zu einer Geschichte der autoritären Familie* von Ernst Manheim, *Das Recht der Gegenwart und die Autorität in der Familie* von Ernst Schachtel, *Autorität und Sexualmoral in der freien bürgerlichen Jugendbewegung* von Fritz Jungmann (Franz Borkenau) sowie noch mehrere Literaturberichte anderer Autoren. Eine rekonstruierte Fassung der ursprünglichen Untersuchung: Fromm (1980); Bonß (1983); Morelock (2018).

Fleck 2007; Jung 2013; Faber und Ziege 2008). Sieht man vergleichend auf die Ergebnisse dieser Studien, zeitigen sie ein für Horkheimer und das Institut erschreckendes Ergebnis. Knapp gesagt – 1929 in Deutschland, 1949 in den USA und in den frühen 1950er Jahren in der Bundesrepublik herrschen autoritär fixierte Mentalitäten und rassistische und antisemitische Stereotype in weiten Teilen der Bevölkerung, insbesondere auch der Arbeiterschaft. Dass das bereits 1929/1930 der Fall war, bewog Horkheimer dazu, die Ergebnisse der Studie, abgesehen auch von methodischen Bedenken, nicht zu veröffentlichen, denn gerade in Bezug auf Resistenz und Resilienz der Arbeiterschaft im heraufziehenden – ich benutze den Begriff der Zeitgenossen – Faschismus, war das ein erschreckendes Ergebnis, aus dem heraus sich Fragen zur Gesellschaftstheorie stellten. Teilergebnisse flossen in die *Studien zur Autorität und Familie* ein. Wie war es zu erklären, was jedenfalls für das Institut und andere linke und marxistische Theoretiker klar war, dass die Arbeiterschaft in ihren Mentalitäten auf mentale Dispositionen zusteuerte, die dem Faschismus entgegenkamen und damit dem Totengräber ihrer eigentlichen Interessen? Wie war es zu erklären, dass auch die organisierte Arbeiterschaft nicht in der Lage war zu sehen, dass die Entwicklung der Produktivkräfte es ermöglichen würde, bereits jetzt eine Gesellschaft zu organisieren, die unnötiges Leid abzustellen in der Lage war? Eine Kaskade weiterer Fragen könnte angeschlossen werden, doch diese reichen, um plausibel zu machen, wie Horkheimer jetzt das Institut und sein Forschungsprogramm inhaltlich ausrichtete. Diese Ausrichtung stellt eine wichtige programmatisch-theoretische und in Ansätzen empirisch orientierte, im Vergleich mit anderen sozialwissenschaftlichen Bemühungen, innovative Konzeption dar. Horkheimer formuliert sie ganz unspektakulär im Vorwort zur ersten Ausgabe der ZfS: „Unter den Teilproblemen der Sozialforschung steht die Frage des Zusammenhangs zwischen den einzelnen Kulturgebieten, ihrer Abhängigkeit voneinander, der Gesetzmäßigkeit ihrer Veränderung voran. Eine der wichtigsten Aufgaben zur Lösung dieser Frage ist die Ausbildung einer den Bedürfnissen der Geschichte entgegenkommenden Sozialpsychologie. Sie zu fördern, wird eine der besonderen Aufgaben der Zeitschrift sein.“ (Zeitschrift für Sozialforschung 1970: II, Vorwort).

Ähnliche Formulierungen gibt es auch in der Antritts-Vorlesung, die anlassgemäß noch vorsichtiger und akademischer angelegt ist. Doch im Hintergrund steht die dramatische Zuspitzung der kapitalistischen Krisen-Realität und der theoretischen Krise des Marxismus. Wenn es doch keinen begründeten Zweifel an der Valenz der objektiv ökonomischen Analyse und Bestimmung der wirtschaftlichen Gegenwart als kapitalistische gibt, wenn auch die marxistische Voraussage der ungeheuerlichen Produktions- und Reproduktionskrisen des Kapitalismus sich gerade wieder bewahrheitet hatten und durch die Ana-

lysen Hilferdings (1910; Krätke 2013) und Lenins[19] sich als globale und imperialistische zeigten, warum war da auch ein dogmatisch gelockerter und erneuerter Marxismus, wie von Korsch und Lukacs angestoßen, nicht in der Lage, die hoffnungslose Verschränkung von objektiver und subjektiver Seite dieser Realität zu fassen? Für Horkheimer fehlte eine zureichende theoretische Bestimmung dieser Verschränkung, die offenbar als Prozess weithin unaufgeklärt war, denn eine zureichende Erklärung des hilflos so bezeichneten „falschen Bewusstseins" der meisten Akteure gab es nicht. Mehr noch als theoretischer Anstrengungen bedürfte es empirischer Forschung, um die Mechanismen aufzuklären, die bei der Vermittlung der objektiven und subjektiven Seite der Gesellschaft wirksam seien. Eingeschränkt, auf die Individuen bezogen, leistete dies ansatzweise die junge Freudsche Psychoanalyse, es bedurfte aber der Konzeption einer auf die sozialen Gruppen bezogenen Analyse, um die verhängnisvolle Lücke in den marxistischen Ansätzen zu füllen.[20] Das schien Horkheimer eine der Hauptaufgaben einer interdisziplinär angelegten gleichermaßen theoretisch und empirisch verfahrenden Sozialforschung. Mit ihr sollte die Sozialforschung des Vermittlungsmechanismus habhaft werden, der, wenn verstanden, in den Dienst genommen werden konnte, von denen, die weiterhin daran festhielten, dass nur eine Revolutionierung der Verhältnisse zu einer anderen und gerechteren Gesellschaft führen werde. Interessanterweise gibt es in Horkheimers Schriften (und anderer des IfS) bis zum Ende des uns interessierenden Zeitraums (und darüber hinaus mindestens bis zur Rückkehr aus dem Exil), wie auch in den empirischen Arbeiten des IfS, keinen ausgearbeiteten theoriegesättigten Begriff der „Gesellschaft". Es scheint eher so, dass das Problem einer Gesellschaftstheorie von Horkheimer zum Problem der Theorie hin aufgelöst wurde. Und diese in seinen Texten in einer historisch-systematischen Weise entwickelt wurde. Ähnlich unbestimmt bleiben weitere zentrale Begriffe einer möglichen „kritischen" Gesellschaftstheorie im Anschluss an Marx, wie der Begriff der „Arbeit". Auch hier würde ich vorschlagen, dies als Konsequenz der spezifischen Situation des IfS zu lesen. Vieles, das meiste, blieb Programm, wurde unter den unsicheren

[19] Zur zeitgenössischen Imperialismusdiskussion: W. I. Lenin *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. Gemeinverständlicher Abriß* (1960); Rosa Luxemburg *Die Akkumulation des Kapitals* (1913); Nikolai Bucharin *Imperialismus und Weltwirtschaft* (1917); Joseph Schumpeter *Zur Soziologie der Imperialismen* (1919).

[20] Horkheimer korrespondierte mit Freud, wenn auch eher in Bezug auf Hinweise auf mögliche psychoanalytisch geschulte Mitarbeiter (Horkheimer 2012/1932).

Umständen des Exils und der weitgehenden Unklarheit über die Möglichkeit einer Rückkehr nach Deutschland oder der Wirkungsmöglichkeiten im Exil nicht ausgearbeitet oder abgebrochen.

2 Die intellektuelle Konkurrenz

Die Ausarbeitung einer *Kritischen Theorie* in Frankfurt geschah im Kontext einer intellektuellen Konkurrenz und zwar zum Wirkungskreis von Karl Mannheim (Steinert 1989a, 1989b). Diese Konstellation ist gekennzeichnet durch die Entstehung von zwei konkurrierenden Versionen der kritischen Sozialwissenschaften, gleichsam unter einem Dach. Repräsentiert einerseits durch die *Kritische Theorie* und andererseits durch das theoretische Programm der Wissens-Soziologie, wie sie Mannheim entwickelte. Horkheimers erste Publikation war denn auch eine kritische Rezension von Mannheims *Ideologie und Utopie* (Horkheimer 1930). Konkurrenz bestand auch in der Marx-Deutung, die auch immer eine Auseinandersetzung mit Max Weber war. (Homann 1999b) Da die *Kritische Theorie* insbesondere eine Lukács'sche Marx-Lesart weiterentwickelte, die die Entdeckung des Marxschen Frühwerks in den frühen 1930er Jahren vorwegnimmt, wissen wir heute, in welch starkem Maße auch von Horkheimer dadurch eine von Weber inspirierte Marx-Deutung vorgenommen wurde (Beiersdörfer 1986). Fruchtbar wird dieses Erbe allerdings erst, als das Institut im Exil den Versuch unternimmt, den Aufstieg des Faschismus ausführlicher zu erklären. Denn nun vollzieht die *Kritische Theorie* eine erneute, vom Hegel-Marxismus inspirierte Weberlektüre.

Obwohl Horkheimer, soweit wir wissen, ein gründlicher Weberleser gewesen ist (Jay 1981: 304), taucht dieser in seinen frühen Arbeiten kaum auf. Viel mehr nutzt ihn Horkheimer immer auch im Zusammenhang mit Mannheim als Verkörperung der von ihm so genannten Traditionellen Theorie. Auch der Konkurrent Mannheim entwickelt seine kritische Soziologie im Dialog mit Weber, wobei er allerdings im Trend der Zeit eine Synthese beider anstrengt (Kettler et al. 2008). Mannheim selbst fühlte sich Weber tief verpflichtet, und die *Frankfurter Schule* stellte seine Soziologie als eine Art aufgewärmten Weberianismus dar. Für die kritische Theorie war eine Verbindung von Marx und Weber nicht denkbar. Im Gegenteil kann die Horkheimersche Unterscheidung von *Traditioneller* und *Kritischer Theorie* auch als Ausdruck der Anti-Weber-Position verstanden werden. Liest man die programmatischen Texte Horkheimers im Lichte der Konkurrenzsituation, dann wird deutlich, dass sie immer auch Adressaten und Referenzen haben, die mit dieser Konkurrenz und der Rezipientenschaft zu tun haben. Daher sollte man vorsichtig sein und einzelne

Texte oder „Stellen“ nicht überinterpretieren. Wollte man dies pünktlich herausarbeiten, bedürfte es umfangreicher kontextualisierender und einzelne Autoren einbeziehender Studien.

Kurz zu den inhaltlichen Gründen, warum Mannheim für Horkheimer zur Traditionellen Theorie gehört. Mannheim lehnte die marxistische Geschichtstheorie und die Theorie der politischen Revolution ebenso dezidiert und explizit ab wie Weber, wie dieser arbeitete er an der Ausführung einer sozialwissenschaftlichen und nicht philosophischen Methode zur empirischen Analyse des Wissens und der Ideen. Webers und Mannheims Ziel war die Emanzipation einer empirisch arbeitenden Sozialwissenschaft-Soziologie von Philosophie und Psychologie. Dem stand Horkheimers frühes Projekt einer materialistischen, wenn auch interdisziplinär angelegten Sozialwissenschaft entgegen, die statt Emanzipation die Integration der Soziologie auf der Basis einer *Kritischen Theorie,* d. h. eines fortentwickelten Marxismus betreiben wollte.[21]

3 Kritische Theorie

Exiliert, isoliert und marginalisiert versucht Horkheimer, ausgehend von den wahrgenommenen drei Krisen, in einer Kette von Aufsätzen zwischen 1930 und 1937 das Marxsche Problem und Programm einer kritischen Gesellschaftstheorie, so wie er es rekonstruiert, neu zu formulieren. Er gab ihm den Titel *Kritische Theorie.*[22]

Dazu müssen einige Gedanken etwas abstrakterer Art angedeutet werden, denn es handelt sich durchweg um ein sozialphilosophisches Programm. Am Beginn steht die Antrittsvorlesung, die das Forschungsprogramm einer interdisziplinären Forschung integriert über die Idee der Sozial-Philosophie,

[21] Das bleibt in den programmatischen frühen Schriften noch etwas offen, doch 1937 wird dies sehr deutlich formuliert. Auch da gibt es keine Abkehr von der Soziologie, aber eine deutliche Qualifizierung des Verhältnisses von Philosophie und Soziologie, wobei der Philosophie in Gestalt der *Kritischen Theorie* die integrative Rolle zugesprochen wird. Aufschlussreich rekonstruiert Walter Busch (2010) dieses frühe Programm.

[22] Ob der Begriff der *Kritischen Theorie* von Horkheimer als politisch unverfänglicher Ersatzbegriff für *Marxismus* gebildet und benutzt wurde, ist in der Literatur umstritten. Anhaltspunkte dafür finden sich auch in Säuberung diverser Texte des IfS von marxistischer Terminologie unter den Bedingungen des Exils. Umstritten ist, ob es sich um taktisch verursachte oder auch sachlich begründete terminologische Änderungen handelt.

also eine Idee der Vertretung des allgemeinen, des Ganzen oder der Vernunft, wie sie Horkheimer über Kant, vor allem an Hegels und Marx‘ Konzeption des objektiven Geistes und der Gesellschaft entwickelt. Am Ende dieser Entwicklung steht der große Aufsatz von 1937 mit allein über 60 Seiten, die Aufsätze insgesamt mehrere hundert Seiten. Ich würde die Position vertreten, dass hier ein einheitlicher Gedanke verfolgt wird und das 1939–1941 mit Kriegsbeginn und mit dem allmählichen Durchsickern der Informationen über die systematische Verfolgung und Vernichtung des europäischen Judentums ein neuer Abschnitt und ein Einschnitt in der Entwicklung der *Kritischen Theorie* vorliegen. Die *Kritische Theorie* bis 1937 ist nahezu allein das Werk Horkheimers, die anderen Mitglieder des Institutes wie Pollock,[23] Löwental, Marcuse und Adorno beteiligten sich durch Beiträge in der ZfS, aber Horkheimer arbeitet nahezu im Alleingang die umfassende Programmatik aus (Ottmann 2012).

Ausgangspunkt ist der Marx-Satz: „Die wahre Theorie muss innerhalb konkreter Zustände und an bestehenden Verhältnissen klar gemacht und entwickelt werden.“ (Marx 1963: 409 f.) Die Theorie soll theoretisch stimmig sein und einen konstitutiven Zeit-Bezug haben. Welche diese Zeit in unserem Falle sei, war Gegenstand kontroverser Diskussionen im Kreis der Institutsmitglieder und ihnen nahe stehender oder auch entfernterer, meist exilierter Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Der Institutsmitarbeiter Franz Neumann bezeichnete diese Zeit als die des „Behemoth“ in Abgrenzung von Hobbes „Leviathan“ und „Behemoth“ (Neumann 1942; Laudani 2016; Bebnowski 2018; Scheuerman 2019).

Bei Hobbes wird das menschliche Ausgesetztsein der Gewalt im Naturzustand durch die Institutionen des bürgerlichen Zustandes überwunden. Neumann aber erkennt im Faschismus das menschliche Ausgesetztsein als bürgerlichen Zustand. Denn die faschistische Herrschaft bleibt ein bürgerlicher Zustand. Aber sie wiederholt das Kennzeichen des Naturzustandes, das Ausgesetztsein der Gewalt auf einer anderen Ebene. Ein bürgerlicher Zustand, der seinen Sinn, das bürgerliche Leben im Frieden zu sichern, pervertiert. Diese Form der Herrschaft ist eine Gestalt der negativen gesellschaftlichen Totalität – sie ist totalitär.[24]

[23] Die Diskussion über den „Staatskapitalismus“ prägt das Institut erst etwas später. Horkheimer folgt dabei der Position Pollocks (vgl. Brink ten 2013).

[24] Zur Diskussion über den Totalitarismus in Bezug auf Neumann (Bast 1999; vgl. Doering-Manteuffel 2012). Es versteht sich wahrscheinlich von selbst, dass ich auf jede Darstellung und Diskussion dessen hier verzichten muss, was mit dem „totalitär“ an Beiträgen und Kontroversen verbunden ist. Hier geht es nur um die Eigenverortung der Mitglieder des IfS.

Neumanns Buch fasst seine Überlegungen der späten 1930er Jahre zusammen, reflektiert auch die Diskussionen in den Exilkreisen und erscheint 1942, also fünf Jahre nach Horkheimers Aufsatz, den ich hier als Abschluss seiner Überlegungen im Gefolge der Institutsgründung lese und nicht primär als Reflexion der Erfahrung des Faschismus. Die Exilautoren bleiben in ihren Reflexionen weitgehend gebunden an das, was in Europa geschieht, sie beziehen eigene kritische Überlegungen zu den USA zu der Zeit kaum ein (Dubiel und Söllner 1981). Dies knapp zu den konkreten Zuständen, an denen die Theorie entwickelt werden muss. Bürgerliche Gesellschaften und bürgerliche Herrschaft können totalitär werden, sie können das wissen und auch bejahen (Homann 1999a). Wissenschaften in ihnen sind daran beteiligt, Produkt arbeitsteiliger Entwicklung, die unendlich differenziertes praktisches nutzbares Wissen erzeugt, sich aber von der gesellschaftlichen Praxis distanziert sieht. Hier die Wissenschaft, da die Gesellschaft. Ein Schein, wie Horkheimer mit Bezug auf Hegel und Marx entwickelt. Denn nichts sei an der Wirklichkeit, was nicht durch diese Wirklichkeit produziert und konstituiert wäre. Es gibt kein außen. Alles vollzieht sich im Inneren der Gesellschaft, auch eine Theorie und Wissenschaft, die das reflektiert. Auch ihre Begriffe und Denkformen gehören der Gesellschaft an. Nicht andere *Denkformen,* aus denen heraus eine Kritik von außen der Gesellschaft möglich ist, ist das, was kritische Theorie meint. Denn alle Denkformen verbleiben im Inneren der Gesellschaft. Der Kern der *Kritischen Theorie* ist die Idee eines die Zukunft in Anspruch nehmendes Handeln. Kern ist eine Idee, die sich auf die anstehenden gesellschaftlichen Umwälzungen bezieht. Denn Horkheimer und viele linke Intellektuelle hielten es 1918 für möglich, dass eine Revolutionierung der Gesellschaft anstehe und erfolgreich sein könne. Unmissverständlich schreibt er: „Der Beruf des kritischen Theoretikers ist der Kampf, zu dem sein Denken gehört, nicht das Denken als etwas selbstständiges davon zu trennendes." (Horkheimer 1988: 190) Denn immer noch gilt für Horkheimer der Satz von Marx: „Die Philosophie kann sich nicht verwirklichen ohne die Aufhebung des Proletariats, das Proletariat kann sich nicht aufheben ohne die Verwirklichung der Philosophie." (Marx 1981: 391) Horkheimer vollzieht die Überlegungen von Lukács und anderen nach, aber er geht darüber hinaus. Denn er spricht jetzt nicht über die Lage des Bewusstseins der anderen, das Proletariat – wie wir gesehen haben eine der entscheidenden Antriebe seines Forschungsprogramms von 1931 –, sondern zieht 1937 eine weitere Konsequenz und wendet die Reflexion auf die Lage der Theorie selbst. Seine Frage ist, wie eine angemessene Theorie nach dem Ausbleiben ihrer Verwirklichung 1918/19, ganz im Sinne der Marx-Sentenz, noch möglich ist. Wenn die Vernünftigkeit der Theorie darin bestanden hätte, sich in revolutionäre Praxis aufzuheben, dann muss nach der Frage, warum das Bewusst-

sein der Klasse, die dies zu leisten hätte, nicht vorhanden war – nach der Verschärfung der faschistischen Bedrohung seither und gewissermaßen begünstigt durch die Isolierung im Exil –, die Frage nach der Vernünftigkeit des kritischen theoretischen Denkens selbst gestellt werden. Eine Selbstkritik der Vernunft, die ich versuche zum Schluss anzudeuten in Bezug auf einen 60-seitigen Text, der sehr unterschiedliche Deutungen hervorgerufen hat.

Der Aufsatz trennt in zwei Teilen *Traditionelle* und *Kritische Theorie.* Was traditionellerweise Theorie heißt, ist das Erkennen der Welt, das den Subjekten die Selbsterhaltung erlaubt und das Wissen zur Verfügung stellt, um die Welt zu bearbeiten und praktisch zu nutzen. Es ist unabdingbar und es wird bleiben. Diese Funktion thematisiert die Traditionelle Theorie allerdings nicht, sie versteht sich als isolierte Tätigkeit von Wissenschaftlern und Gelehrten, die die Welt und Gesellschaft erkennen. Sie kann sich daher auch nicht als Teil einer gesamtgesellschaftlichen Tätigkeit verstehen, in der sie nur eine bestimmte Aufgabe hat. Sie versteht auch nicht, dass die Tatsachen, die ihr als äußere Objekte vorkommen, ebenfalls Produkte der gesamtgesellschaftlichen Tätigkeit sind, denn seit , so argumentiert Horkheimer, sei klar, dass es keine Welt gibt, die nicht schon praktisch technisch oder kategorial durch das Subjekt geformt werde. Nun wird es noch etwas abstrakter. Diese Einsicht soll nach Horkheimer aber nicht wiederum eine neue Tatsache sein, dann würde die Traditionelle Theorie nur erweitert, diese Einsicht soll vielmehr das Subjekt verändern. Aus der Einsicht, dass die Tatsachen nicht äußerlich sind, sondern Produkte gesamtgesellschaftlicher Tätigkeit, durch die auch das Subjekt selbst konstituiert ist, entstehe das Bewusstsein einer fundamentalen Entzweiung. Die Welt, die das Subjekt begreift, ist gesamtgesellschaftlich produziert und so liegt auch die Vernunft dieser Produktion in dieser Welt. Aber die Welt ist nicht die Welt des Subjekts, denn die gesellschaftlichen und natürlichen Tatsachen sind nicht selbst und frei von den Subjekten der Gesellschaft gemacht. Dadurch ist dieses Subjekt, obwohl Teil des Produzierten, durch die Einsicht in diesen Zusammenhang, zugleich in einen Widerspruch zu dieser Welt versetzt. Denn die Gesellschaft ist produziert (und nicht naturwüchsig), so aber auch die Subjekte, die dies erkennen. Sie erkennen, dass diese Produktion der Gesellschaft nicht ihre eigene, freie bewusste Produktion ist. Diese Welt ist entzweit. So vernünftig die Welt erscheint, sie ist doch nicht selbst gemacht vernünftig. Dafür müsste die Welt verändert werden zu einer Welt, also Gesellschaft, die die Subjekte selbst machen, dann würden sie diese und sich als Einheit erleben können. Die *Kritische Theorie* nimmt diese mögliche Zukunft in Anspruch und vertritt die Zukunft und hält damit die Möglichkeit fest, dass die Wirklichkeit bewusst verändert und produziert werden

kann, ist insofern revolutionär ausgerichtet. Aber 1937 ist auch klar, dass sie nicht zur Praxis wird, sie bleibt Theorie.

Daraus aber ergibt sich ein gravierendes Problem. Die *Kritische Theorie* soll sich ja gerade bewähren in den konkreten Verhältnissen. Was aber in der Einsicht in diese konkreten Verhältnisse ermöglicht es, die Revolutionierung der Gesellschaft nicht als Wunsch und Illusion, sondern als wirkliche Möglichkeit auszuzeichnen? Es bedarf einer Erfahrung der kapitalistischen Gesellschaft, die über diese Wirklichkeit hinausgeht, aber nicht das reine Wollen oder Denken sein kann. Sonst würde es Traditionelles Denken oder Illusion sein. Horkheimers Lösung dieses Problems, oder ein Angebot dafür, wäre nun aber unabdingbar, wenn aus dem bisher entwickelten die programmatisch und theoretisch-praktische Füllung des Begriffs der *Kritischen Theorie* das Ziel seiner Anstrengungen gewesen sein sollte. Dies aber, sollte es so gewesen sein, unterbleibt. Und was stattdessen kommt, hat viele Leser und Deutungen erstaunt, enttäuscht und überfordert. Es wird aufgerufen der „Eigensinn der Fantasie". Die Fantasie gehe mit den Gegebenheiten spontan und schöpferisch um. Sie ist die Ressource, die, nach allem realen und theoretischen Scheitern nach 1918/1919, Horkheimer verbleibt. Die Ressource, die die mögliche Revolution begründen könne.

Damit endet die Phase der Entwicklung der *Kritischen Theorie* in der Zwischenkriegszeit. Aber das ist nicht das Ende ihrer Entwicklung. Denn hier ist der Schritt noch nicht vollzogen und konnte vielleicht noch nicht vollzogen werden zur *Dialektik der Aufklärung*. Dazu bedurfte es vielleicht der katastrophalen Kataklysmen des Beginns des Zweiten Weltkriegs von 1939 und der Kenntnis des Schicksals des europäischen Judentums seit 1941. 1937 jedenfalls ist das Verhältnis von *Kritischer Theorie* und ihrer Zeit noch keine unausweichliche Verstrickung und Verschränkung einer historischen und gesellschaftlichen gegenwärtigen negativen Totalität – so sieht es die *Kritische Theorie* selbst. Das zeigt sich daran, dass sie, da sie auf Praxis nicht mehr setzen kann, sich noch auf die fantasievolle Erfahrung des Gegebenen meinte beziehen zu können; was ab 1939 und 1941 sich ereignete, aber überstieg jede Fantasie. Diese Lösung konnte nicht reichen – aber das ist eine weitere Fortsetzungsgeschichte der Geschichte der *Kritischen Theorie*.

Literatur

Abromeit, John (2011): Max Horkheimer and the Foundations of the Frankfurt School, Cambridge: University Press.

Açıkgöz, Muharrem (2014): Die Permanenz der kritischen Theorie: Die zweite Generation als zerstrittene Interpretationsgemeinschaft, Münster: Westfälisches Dampfboot.

Albrecht, Clemens/Behrmann, Günter C./Bock, Michael/Homann, Harald/Tenbruck, Friedrich H. (Hg.) (1999): Die intellektuelle Gründung der Bundesrepublik Deutschland. Eine Wirkungsgeschichte der Frankfurter Schule, Frankfurt/M./New York: Campus.

Alexander, Susanne (1985): „Marxistische Arbeitswoche 1923“, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 27 (1), S. 53–54.

Ballod, Karl (1919): Der Zukunftsstaat. Produktion und Konsum im Sozialstaat, Stuttgart: J.H.W. Dietz.

Bast, Jürgen (1999): Totalitärer Pluralismus. Zu Franz L. Neumanns Analysen der politischen und rechtlichen Struktur der NS-Herrschaft, Tübingen: Mohr Siebeck.

Bebnowski, David (2018): „Grundlagen der Neuen Linken. Franz L. Neumann und amerikanisch deutsche Netzwerke in West-Berlin“, in: Zauber der Theorie – Geschichte der Neuen Linken in Westdeutschland, Schwerpunktheft von Arbeit – Bewegung – Geschichte (Zeitschrift für historische Studien 2018/II), Berlin: Metropol, S. 23–38.

Beiersdörfer, Kurt (1986): Max Weber und Georg Lukács: über die Beziehung von verstehender Soziologie und westlichem Marxismus, New York/Frankfurt/M.: Campus.

Best, Beverly/Werner Bonefeld/Chris O’Kane (Hg.) (2018): The SAGE Handbook of Frankfurt School Critical Theory, Vol. I bis III, London: Sage.

Bittlingmayer, Uwe H./Alex Demirović/Tatjana Freytag (Hg.) (2019): Handbuch Kritische Theorie, Wiesbaden: Springer VS.

Blomert, Reinhart (1989): Psyche und Zivilisation. Zur theoretischen Konstruktion bei Norbert Elias, Münster: Lit.

Blomert, Reinhart (1999): Intellektuelle im Aufbruch. Karl Mannheim, Alfred Weber, Norbert Elias und die Heidelberger Sozialwissenschaften der Zwischenkriegszeit, München: Carl Hanser.

Boll, Monika (2004): Nachtprogramm. Intellektuelle Gründungsdebatten in der frühen Bundesrepublik, Münster: Lit.

Bonß, Wolfgang (1983): „Kritische Theorie und empirische Sozialforschung. Anmerkungen zu einem Fallbeispiel“, in: Erich Fromm, Arbeiter und Angestellte am Vorabend des Dritten Reiches. Eine sozialpsychologische Untersuchung, München: Deutscher Taschenbuchverlag, S. 7–46.

Breuer, Stefan (2016): Kritische Theorie. Schlüsselbegriffe, Kontroversen, Grenzen, Tübingen: Mohr Siebeck.

Brink ten, Tobias (2013): „Staatskapitalismus und die Theorie der verwalteten Welt. Friedrich Pollock und die Folgen“, in: WestEnd. Neue Zeitschrift für Sozialforschung 10 (2), S. 128–136.

Buckmiller, Michael (1988): „Die ‚Marxistische Arbeitswoche‘ 1923 und die Gründung des ‚Instituts für Sozialforschung‘“, in: Gunzelin Schmid Noerr/Willem van Reijen (Hg.), Grand Hotel Abgrund. Eine Photobiographie der Kritischen Theorie, Hamburg: Junius, S. 141–173.

Bucharin, Nikolai (1969 [1917]): Imperialismus und Weltwirtschaft (zuerst veröffentlicht Ende 1917, die autorisierte deutsche Ausgabe erschien 1929 im Verlag für Literatur und Politik, Wien/Berlin), Nachdruck Frankfurt/M.: Verlag Neue Kritik.

Doering-Manteuffel, Anselm (2012): „Protagonist kritischer Demokratiewissenschaft zwischen Weimar, Washington und West-Berlin – Franz L. Neumann (1900–1954)“, in: Bastian Hein/Manfred Kittel/Horst Möller (Hg.), Gesichter der Demokratie, Oldenburg: Wissenschaftsverlag, S. 161–174.

Dubiel, Helmut/Alfons Söllner (Hg.) (1981): Wirtschaft, Recht und Staat im Nationalsozialismus: Analysen des Instituts für Sozialforschung, 1939–1942, Frankfurt/M.: Europäische Verlagsanstalt.
Eisenbach, Helmut Robert (1987): „Millionär, Agitator und Doktorand. Die Tübinger Studienzeit des Felix Weil (1919)“, in: Bausteine zur Tübinger Universitätsgeschichte, Bd. 3, Tübingen: Universitätsarchiv, S. 179–216.
Erazo-Heufelder, Jeanette (2017): Der argentinische Krösus: Kleine Wirtschaftsgeschichte der Frankfurter Schule, Berlin: Berenberg.
Faber, Richard/Eva-Maria Ziege (Hg.) (2008): Das Feld der Frankfurter Kultur- und Sozialwissenschaften nach 1945, Würzburg: Königshausen & Neumann.
Fath, Thorsten (2006): Der frühe Horkheimer und Dilthey: Eine Untersuchung zur Konstitutionsphase der Kritischen Theorie, Frankfurt/M.: Peter Lang.
Fleck, Christian (2007): Transatlantische Bereicherungen. Zur Erfindung der empirischen Sozialforschung, Frankfurt/M.: Suhrkamp.
Föllmer, Moritz/Rüdiger Graf (Hg.) (2005): Die „Krise“ der Weimarer Republik. Zur Kritik eines Deutungsmusters, Frankfurt/M.: Campus.
Fromm, Erich (1980): Arbeiter und Angestellte am Vorabend des Dritten Reiches. Eine sozialpsychologische Untersuchung. Bearbeitet und hg. Von Wolfgang Bonß, Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt.
Gordon, Peter E./Espen Hammer/Honneth Axel (Hg.) (2018): The Routledge companion to the Frankfurt school, New York City: Routledge.
Graf, Rüdiger (2008): Die Zukunft der Weimarer Republik. Krisen und Zukunftsaneignungen in Deutschland 1918 bis 1933, München: Oldenbourg.
Herrschaft, Felicia/Klaus Lichtblau (Hg.) (2010): Soziologie in Frankfurt. Eine Zwischenbilanz, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
Hilferding, Rudolf (1910): Das Finanzkapital. Eine Studie zur jüngsten Entwicklung des Kapitalismus, Wien: Verlag der Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand & Co.
Hindrichs, Gunnar (2020): Zur kritischen Theorie, Berlin: Suhrkamp.
Homann, Harald (1999a): „Die Frankfurter Schule im Exil“, in: Clemens Albrecht/Günter C. Behrmann/Michael Bock/Harald Homann/Friedrich H. Tenbruck (Hg.), Die intellektuelle Gründung der Bundesrepublik. Eine Wirkungsgeschichte der Frankfurter Schule, Frankfurt/M./New York: Campus, S. 57–77.
Homann, Harald (1999b): Der Schatten Max Webers. Der Prozeß der gesellschaftlichen ‚Rationalisierung‘ in der Deutung der Kritischen Theorie, in: Jahrbuch für Soziologiegeschichte 1995, Opladen 1999, S. 151–172.
Hoppe, Bert (2007): In Stalins Gefolgschaft. Moskau und die KPD 1928–1933 (= Studien zur Zeitgeschichte, Bd. 74), München: Oldenbourg.
Horkheimer, Max (1930): „Ein neuer Ideologiebegriff?“, in: Archiv für Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung 15, S. 33–56.
Horkheimer, Max (1936): Studien über Autorität und Familie. Forschungsberichte aus dem Institut für Sozialforschung, Paris: Librairie Félix Alcan.
Horkheimer, Max (1988 [1937]): „Traditionelle und kritische Theorie“, in: Ders. (Hg.), Gesammelte Schriften, Bd. 4, Frankfurt/M.: Fischer, S. 116–216.
Horkheimer, Max (1995): Gesammelte Schriften, Bd. 15, Briefe 1913–1939, Frankfurt/M.: Fischer.

Horkheimer, Max (2012 [1932]): „Brief an Sigmund Freud“, in: Soziologie-Forum der Deutschen Gesellschaft für Soziologie 41 (3), S. 283–288.
Jay, Martin (1981): Dialektische Phantasie. Die Geschichte der Frankfurter Schule und des Instituts für Sozialforschung 1923–1950, Frankfurt/M.: Fischer.
Jay, Martin (2020): Splinters in your eye: Frankfurt School provocations, London/New York: Verso Books.
Jung, Matthias (2013): „Das ‚Joch der Methode‘. Adornos Selbstverständnis als Sozialforscher und sein Beitrag zum Paradigma qualitativer Forschung. Zwei Briefe aus den Anfangstagen des ‚Princeton Radio Research Project‘“, in: Forum Qualitative Sozialforschung/Forum: Qualitative Social Research 14 (3), S. 1721.
Karádi, Éva/Erzsébet Vezér (Hg.) (1985): Georg Lukács, Karl Mannheim und der Sonntagskreis, Frankfurt/M.: Sendler.
Kellner, Douglas (Hg.) (1977): Karl Korsch. Revolutionary Theory, Austin: University of Texas Press.
Kessler, Michael/Rainer Funk (Hg.) (1992): Erich Fromm und die Frankfurter Schule: Akten des Internationalen, interdisziplinären Symposions, Stuttgart-Hohenheim, 31.5.-2.6.1991, Tübingen: Francke.
Kettler, David (2016): „Karl Mannheim in Frankfurt. A Political Education“, in: Moritz Epple/Johannes Fried/Raphael Gross/Janus Gudian (Hg.), Politisierung der Wissenschaft. Jüdische Wissenschaftler und ihre Gegner an der Universität Frankfurt am Main vor und nach 1933, Göttingen: Wallstein, S. 305–336.
Kettler, David/Colin Loader/Volker Meja (2008): Karl Mannheim and the Legacy of Max Weber. Retrieving a Research Programme, Aldershot/Burlington: Ashgate.
Kleines Politisches Wörterbuch (1985): Berlin: Dietz.
Koenen, Gerd (1998): Utopie der Säuberung. Was war der Kommunismus?, Berlin: Alexander Fest.
Koenen, Gerd (2001): Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967–1977, Köln: Kiepenheuer&Witsch.
Koenen, Gerd (2005): Der Russland-Komplex. Die Deutschen und der Osten 1900–1945, München: C. H. Beck.
Koenen, Gerd (2008): Traumpfade der Weltrevolution. Das Guevara-Projekt, Köln: Kiepenheuer&Witsch.
Koenen, Gerd (2010): Was war der Kommunismus?, Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht.
Koenen, Gerd (2017): Die Farbe Rot. Ursprünge und Geschichte des Kommunismus, München: Beck.
Korsch, Karl (1923): Marxismus und Philosophie, Leipzig: C.L. Hirschfeld.
Krätke, Michael (2013): „Rudolf Hilferding und der Organisierte Kapitalismus“, in: Spw – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft 199, S. 56–60.
Kuhn, Rick (2016): „Henryk Grossman and Critical Theory“, in: History of the Human Sciences 29 (2), S. 42–59.
Laudani, Raffaele (Hg.) (2016): Im Kampf gegen Nazideutschland. Die Berichte der Frankfurter Schule für den amerikanischen Geheimdienst 1943–1949, New York/Frankfurt/M.: Campus.

Lenin, Wladimir I. (1960): Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. Gemeinverständlicher Abriß (russisch 1917, deutsch 1921), in: Ders.: Werke, Bd. 22, Berlin: Dietz, S. 191–309.

Lenin, Wladimir I. (1975a [1916]): „Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus“, in: Ders.: Werke, Bd. 23, Berlin: Dietz, S. 102–118.

Lenin, Wladimir I. (1975b [1916]): „Über eine Karikatur auf den Marxismus und über den ‚imperialistischen Ökonomismus‘“, in: Ders.: Werke, Bd. 23, Berlin: Dietz, S. 18–71.

Lukács, Georg (1923): Geschichte und Klassenbewusstsein. Studien über marxistische Dialektik, Berlin: Malik.

Lenhard, Philipp (2014): „‚In den Marxschen Begriffen stimmt etwas nicht‘. Friedrich Pollock und der Anfang der Kritischen Theorie“, in: sans phrase – Zeitschrift für Ideologiekritik 5, S. 5–16.

Lenhard, Philipp (2019): Friedrich Pollock: Die graue Eminenz der Frankfurter Schule, Berlin: Jüdischer Verlag im Suhrkamp Verlag.

Luxemburg, Rosa (1913): Die Akkumulation des Kapitals. Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus, Berlin: Vorwärts.

Marx, Karl (1963): „Brief an Dagobert Oppenheim (um den 25. August 1842)“, in: Marx Engels Werke, Bd. 27, Berlin: Dietz, S. 409f.

Marx, Karl (1981 [1844]): „Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung“, in: Marx Engels Werke, Bd. 1, Berlin: Dietz, S. 378–391 (ursprünglich in: Deutsch-Französische Jahrbücher, 1844).

Migdal, Ulrike (1981): Die Frühgeschichte des Frankfurter Instituts für Sozialforschung, New York/Frankfurt/M.: Campus.

Moebius, Stephan (2021): „Soziologie in der Zwischenkriegszeit in Deutschland“, in: Karl Acham/Stephan Moebius (Hg.): Soziologie der Zwischenkriegszeit. Ihre Hauptströmungen und zentralen Themen im deutschen Sprachraum. Band 1, Wiesbaden: Springer VS, S. 31–176.

Morelock, Jeremiah (2018): „Introduction: The Frankfurt School and Authoritarian Populism – A Historical Outline“, in: Ders. (Hg.), Critical Theory and Authoritarian Populism, London: University of Westminster Press, S. 13–38.

Neumann, Franz (1942): Behemoth. The Structure and Practice of National Socialism, New York u.a.: Oxford University Press (dt. Übers.: Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933–1944, hg. u. mit einem Nachwort versehen von Gert Schäfer, Köln/Frankfurt/M.: Europäische Verlagsanstalt).

Ottmann, Henning (2012): „Die Kritische Theorie der Frankfurter Schule (Horkheimer, Adorno, Kirchheimer, Neumann, Marcuse)“, in: Ders: Geschichte des politischen Denkens, Stuttgart: J.B. Metzler, S. 66–99.

Platz, Johannes (2012): Die Praxis der kritischen Theorie. Angewandte Sozialwissenschaft und Demokratie in der frühen Bundesrepublik 1950–1960, Diss. Universität Trier.

Pongratz, Hans J./Rainer Trinczek (Hg.) (2010): Industriesoziologische Fallstudien. Entwicklungspotentiale einer Forschungsstrategie, Berlin: ed. Sigma.

Pons, Silvio/Stephen A. Smith (Hg.) (2017): The Cambridge History of Communism, Vol. 1: World Revolution and Socialism in One Country 1917–1941, Cambridge: University Press.

Schneider, Gregor-Sönke (2014): Keine Kritische Theorie ohne Leo Löwenthal: Die Zeitschrift für Sozialforschung (1932–1941/42), Bern: Peter Lang.

Scheuerman, William E. (2019): „Die Krise der liberalen Demokratie: Was ein in Vergessenheit geratener ‚Frankfurter' uns lehren kann", in: Ulf Bohmann/Paul Sörensen (Hg.), Kritische Theorie der Politik, Berlin: Suhrkamp, S. 84–109.

Schmidt, Alfred (1970): „Die ‚Zeitschrift für Sozialforschung'. Geschichte und gegenwärtige Bedeutung", in: Zeitschrift für Sozialforschung, Bd. 1, Reprint, München: Kösel, S. 5–63.

Schönhoven, Klaus (1989): Reformismus und Radikalismus. Gespaltene Arbeiterbewegung im Weimarer Sozialstaat. München: Deutscher Taschenbuch-Verlag.

Schumpeter, Joseph (1919): Zur Soziologie der Imperialismen, Tübingen: Mohr (Siebeck).

Schweppenhäuser, Gerhard (2010): Kritische Theorie, Stuttgart: Reclam-Taschenbuch.

Steinert, Heinz (1989a): „Zur Einleitung: Die Chancen der lokalen Besonderheit", in: Ders. (Hg.), Die (mindestens) zwei Sozialwissenschaften in Frankfurt und ihre Geschichte (Studientexte zur Sozialwissenschaft), Frankfurt/M.: J.W. Goethe Universität Frankfurt, S. 5–15.

Steinert, Heinz (Hg.) (1989b): Die (mindestens) zwei Sozialwissenschaften in Frankfurt und ihre Geschichte (Studientexte zur Sozialwissenschaft), Frankfurt/M.: J.W. Goethe Universität Frankfurt.

Vollgraf, Carl-Erich/Richard Sperl/Rolf Hecker (Hg.) (2000): Erfolgreiche Kooperation: Das Frankfurter Institut für Sozialforschung und das Moskauer Marx-Engels-Institut (1924–1928). Korrespondenz von Felix Weil, Carl Grünberg u.a. mit David Borisovič Rjazanov, Ernst Czobel u.a. aus dem Russischen Staatlichen Archiv für Sozial- und Politikgeschichte Moskau, Hamburg: Argument.

Walter-Busch, Emil (2010): Geschichte der Frankfurter Schule: Kritische Theorie und Politik, Paderborn: Wilhelm Fink.

Weischer, Christoph (2004): Das Unternehmen „Empirische Sozialforschung". Strukturen, Praktiken und Leitbilder der Sozialforschung in der Bundesrepublik Deutschland, München: Oldenbourg.

Wheatland, Thomas (2009): The Frankfurt School in Exile, Minneapolis/London: University of Minnesota Press.

Wiggershaus, Rolf (1986): Die Frankfurter Schule. Geschichte, Theoretische Entwicklung, Politische Bedeutung, München: Hanser.

Wiggershaus, Rolf (2006): Theodor W. Adorno, München: C. H. Beck.

Wiggershaus, Rolf (2010): Die Frankfurter Schule, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch.

Wiggershaus, Rolf (2013): Max Horkheimer: Unternehmer in Sachen „Kritische Theorie", Frankfurt/M.: Fischer Taschenbuch.

Wiggershaus, Rolf (2014): „Von Horkheimer und Adorno bis zu ihren Urenkeln: ‚Frankfurter Schule' im Wandel der Zeiten: Vom ‚ungeliebten Nestling' zum ‚international konkurrenzfähigen geistes- und sozialwissenschaftlichen Großunternehmen'", in: Forschung Frankfurt: Wissenschaftsmagazin der Goethe-Universität (32/1), Frankfurt/M.: Univ. Frankfurt, Campusservice, S. 50–57.

Wiggershaus, Rolf (2019): „‚Konsequent wäre ein Institut für Sozialwissenschaften' Blicke auf 100 Jahre Soziologie an der Frankfurter Universität", in: Forschung Frankfurt: Wissenschaftsmagazin der Goethe-Universität (36/1), Frankfurt/M.: Univ. Frankfurt, Campusservice, S. 113–115.

Winkler, Heinrich August (1985): Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik. Der Schein der Normalität. 1924–1930, Berlin/Bonn: Dietz.
Winter, Rainer (2007): „Kritische Theorie jenseits der Frankfurter Schule? Zur aktuellen Diskussion und Bedeutung einer einflussreichen Denktradition“, in: Ders./Peter V. Zima (Hg.), Kritische Theorie heute, Bielefeld: transcript, S. 23–46.
Zeitschrift für Sozialforschung (1970): Bd. 1, Reprint, München: Kösel.
Zwarg, Robert (2017): Die Kritische Theorie in Amerika. Das Nachleben einer Tradition, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.

Harald Homann, Dr. rer. soc., geb. 1957 in Hannover, seit 1992 Wiss. Angest. am Institut für Kulturwissenschaften, Leipzig. Forschungsschwerpunkte: Max Weber, Frankfurter Schule, Wissenschaftsgeschichte.

Spezielle Soziologien und thematisch verwandte Nachbardisziplinen

Die Krux mit der „Landesnatur“. Zum Verhältnis von Geographie und Sozialwissenschaften (Soziologie, Humanökologie) in der Zwischenkriegszeit

Hans-Dietrich Schultz

Inhaltsverzeichnis

1 Vorbemerkung . . . 170
2 Führende Geographen zur (Anthropo-)Geographie in den 1920er Jahren . . . 171
3 Die geographische Bedingtheit auf dem Prüfstand der Soziologie . . . 176
4 Adolf Günthers großangelegte regionale Soziologie und Leopold von Wieses Kritik . . . 180
5 Positionen zur (Anthropo-)Geographie bis Anfang der 1930er Jahre . . . 183
6 Die geographische Sicht auf die Soziologie bis in die späten 1930er Jahre . . . 187
7 Die soziologische Sicht auf die Geographie in den 1930er Jahren . . . 192
8 Ungeschehene Wissenschaftsgeschichte . . . 196
Literatur . . . 197

Zusammenfassung

Die Geographie der Zwischenkriegszeit verstand sich mehrheitlich als Länder- bzw. Landschaftskunde mit dem Ziel, das konkrete Mensch-Natur-Verhältnis in seinen regionalen Ausprägungen ganzheitlich zu beschreiben und zu

H.-D. Schultz (✉)
Geographisches Institut, Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin, Deutschland
E-Mail: hans-dietrich.schultz@geo.hu-berlin.de

© Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2022

K. Acham und S. Moebius (Hrsg.), *Soziologie der Zwischenkriegszeit. Ihre Hauptströmungen und zentralen Themen im deutschen Sprachraum*,
https://doi.org/10.1007/978-3-658-31401-9_6

erklären. Dazu brauchte sie sowohl naturwissenschaftliche wie sozialwissenschaftliche Erkenntnisse, die sie sich entweder durch ihr angeschlossene Allgemeine Geographien besorgte oder von Nachbarwissenschaften übernahm. Lange Zeit dominierte in der Geographie, teils von soziologischer Seite erwartet, teils bekämpft, ein naturwissenschaftlicher Blick auf das Mensch-Natur-Verhältnis, doch je mehr sich seit der Vorkriegszeit in der Geographie eine vom Menschen und seinen Willensentscheidungen ausgehende Blickrichtung durchsetzte, desto stärker geriet das Dogma der sogenannten geographischen Bedingtheit und die feste Anbindung aller geographischen Erscheinungen an die Landesnatur oder das Landschaftsbild unter Druck, vor allem auch von Seiten der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Dennoch kam es trotz einer in den 1930er Jahren zu beobachtenden Soziologisierung der Geographie des Menschen bis zum Ende der Zwischenkriegszeit nicht, wie von einzelnen Geographen gefordert und erwartet, zu einem klaren Bruch mit der länder- bzw. landschaftskundlichen Denktradition.

Schlüsselwörter

Bedingtheit (geographische) · Landesnatur · Kulturlandschaft · Umwelt (geographische, soziale) · Soziographie · Soziogeographie · Sozialgeographie

1 Vorbemerkung

Verwundert stellte einer der Pioniere der deutschen Sozialgeographie, der österreichische Geograph Hans Bobek (1903–1990), kurz nach dem Zweiten Weltkrieg fest, welch „geringe Rolle“ der Begriff der Gesellschaft und alle mit ihm assoziierten Begriffe bislang in der deutschen Geographie gespielt hätten. Im Gegensatz zu „den Siedlungsgemeinschaften, den Staaten, Völkern und Religionsgemeinschaften“ würden in der Geographie speziellere menschliche Gruppen einfach „als etwas Gegebenes“ hingenommen. Als Brückenbauer zwischen Geographie und Soziologie fielen Bobek auf geographischer Seite nur Peter Heinrich Schmidt (1932), Hugo Hassinger (1933) und Richard Busch-Zantner (1938) ein, auf soziologischer Seite einzig Adolf Günther (1930). Soweit überhaupt der Mensch noch geographisch betrachtet worden sei, sei dies ganz „im Banne“ Carl Ritters geschehen. Friedrich Ratzel habe dessen Ideen weiterentwickelt, aber „nicht den Weg zum Begriff ‘Gesellschaft’ gefunden“, während

seine Gedanken in die „Sackgasse" (Bobek 1948: 118 f.) des amerikanischen Environmentalismus und der deutschen Geopolitik geraten seien.[1]

Im Folgenden werden nicht nur die von Bobek genannten und weitere Wissenschaftler vorgestellt, die ein Zusammengehen von Geographie und Soziologie für möglich und zweckmäßig hielten, sondern gerade auch solche, die durch ihre disziplinpolitisch dominante Stellung eine Kooperation zwischen den beiden Fächern erschwerten. Die Darstellung folgt einer chronologischen Ordnung, weicht aber gegebenenfalls davon ab. Einen Überblick über nichtdeutsche Traditionen für die Zwischenkriegszeit bieten deutschsprachig von geographischer Seite Thomale (1972) und Fliedner (1993), von soziologischer Groß (2001).

2 Führende Geographen zur (Anthropo-) Geographie in den 1920er Jahren

Obwohl die Geographie als Universitätsdisziplin gegen Ende des 19. Jahrhunderts im deutschsprachigen Raum fest etabliert war, bestand inner- wie außerhalb des Faches weiterhin eine auffällige Unsicherheit über ihren Charakter als Wissenschaft. In die übliche Unterscheidung zwischen Natur- und Geistes- bzw. Kulturwissenschaften schien sie nicht hineinzupassen. Was aber war sie dann? Eine dualistische Wissenschaft, die der Soziologe Othmar Spann (1914: 366) ihres anthropogeographischen Teiles wegen abfällig als unerwünschte „Zwitterwissenschaft" bezeichnete, oder doch eine Disziplin mit einem einheitlichen Gegenstand und einheitlicher Aufgabe?

Für Alfred Hettner (1859–1941), den Methodologen unter den Geographen, kam nur die Einheit der Geographie in Frage, wie er kurz vor Ende des Ersten Weltkriegs im Berliner *Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht* vor Schulleuten vortrug, andernfalls verliere sie ihr „Daseinsrecht im Systeme der Wissenschaften" und müsse „in ihre Teile auseinanderfallen" (Hettner 1919: 7). Hettner gliederte die Wissenschaften in Sach-, Zeit- und Raumwissenschaften, der einzig logischen Einteilung, wie er meinte, und bestimmte die Geographie als „chorologische" oder „Raumwissenschaft". Die „Räume" der Geographie waren für ihn die „Länder" und „Landschaften" der Erdoberfläche. Ihre Inhalte teilten

[1] Alle Kursivstellungen innerhalb von Zitaten sind Hervorhebungen im Original.

sich auf das Gegensatzpaar „Natur und Mensch“[2] auf und wurden durch ständige „Wechselwirkung“, d. h. beiderseitige Beeinflussungen, zusammengehalten. Jedes Land besaß einen nur ihm eigentümlichen Charakter. Geographie war somit für Hettner „Länderkunde“, auch „Landschafts- und Länderkunde“; wer sie nicht pflege, sei „kein echter Geograph“ (Hettner 1919: 23). Zwar hätte Hettners Geographieverständnis eine *Humanökologie* im weiteren Sinne einschließen können (vgl. Werlen 2000: 100), doch war der Ökologiebegriff der Zwischenkriegszeit im deutschsprachigen Raum für die Tier- und Pflanzengeographie vergeben. Den Begriff der „Landschaftsökologie“ prägte Ende der 1930er Jahre Carl Troll (1939: 297).

Neben der Länderkunde kannte Hettner noch eine „Allgemeine Geographie“, deren Zweige, z. B. die Geomorphologie, die Klimatologie oder die Siedlungsgeographie, die jeweiligen Sachgebiete über die ganze Erdoberfläche verfolgen sollten, um durch Vergleich zu Klassifikationen, Typen und kausalen Gesetzmäßigkeiten zu gelangen, die zur Erklärung der Bestandteile eines „Landes“ gebraucht würden, um dessen „Wesen“ zu erfassen. Doch obwohl Hettner die Allgemeine Geographie „wissenschaftlich auf gleicher Höhe“ mit der Länderkunde stehen sah, machte für ihn nur die Länderkunde „die eigentliche Eigenart“ des Faches aus. Ohne die Länderkunde könne die Allgemeine Geographie ihre Aufgabe „überhaupt nicht erfüllen“ und falle „leicht aus der Geographie“ heraus, umgekehrt bleibe die Länderkunde ohne die Allgemeine Geographie zwar „unvollkommen“, aber immer noch „geographisch“ (Hettner 1919: 22 f.). Eine allgemeine Gesellschafts- oder Sozialgeographie war nicht vorgesehen.

Hettner beendete seinen Vortrag mit dem Appell an seine Zuhörer, auf eine „strenge Selbstbeschränkung“ zu achten, um nicht das „Lebensrecht [der Geographie] in der Wissenschaft, im öffentlichen Leben und in der Schule“ (Hettner 1919: 31 f.) zu gefährden. So gehe „die Verfassung und Verwaltung der Staaten und die ganze Organisation des Wirtschaftslebens“ die Geographie nichts an. Die

[2] Die klassische Geographie verfügte über eine breite Palette analoger Paarbildungen, darunter: „Land und Leute“, „Land und Volk“, „Natur und Kultur“, „Mensch und Erde“, „Natur und Geist“, „Mensch und Boden“, „Volk und Raum“, „Mensch und Raum“, „Landschaft und Volkstum“, seltener „Natur und Menschheit“, „Erde und Menschheit“, „Erde und Leben“, „Mensch und Umwelt“. Einige kamen auch in umgekehrter Anordnung vor, also z. B. „Volk und Land“, „Boden und Mensch“. „Natur und Gesellschaft“ gehörte nicht zum Formelinventar der klassischen Geographie. Nach 1933 wurden obige Paare meist eilfertig durch „Blut und Boden“ ergänzt oder ersetzt.

Staaten der Erde könnten (ebenso wie die Völker) vom Geographen „nur als Tatsachen der Erdoberfläche in ihrer Verbreitung und ihrer geographischen Eigenart, in ihrer Bedingtheit durch die Landesnatur und ihrer Rückwirkung auf die Landesnatur" (Hettner 1919: 15) aufgefasst werden.

Zieht man weitere Publikationen Hettners heran, so wird zwar deutlich, dass er die Handlungen des Menschen als *gewollte* Handlungen und nicht als mechanische Reaktionen auf Reize der äußeren Natur verstand, doch verankerte er die Motive des Handelns statt beim Menschen in der Natur selbst. „Für die allgemeinen Erscheinungen des Menschenlebens, besonders für die großen Tatsachen der Kultur", nahm er zudem „eine selbständige Ursächlichkeit [an], die von den einzelnen Willenshandlungen nur noch wenig" abhänge, aber „gerade für die geographische Betrachtung am wichtigsten" sei. Der Geograph übergehe daher die menschlichen Willensentschlüsse und führe „die geographischen Tatsachen des Menschen auf ihre durch die Landesnatur gegebenen Bedingungen zurück" (Hettner 1927: 267). Es verwundert daher nicht, dass Hettner Erfolge in der Humangeographie von einer „gründliche[n] physisch-geographische[n] Ausbildung" (Hettner 1927: 268) abhängig machte und so die Entwicklung einer sozialwissenschaftlichen Geographie des Menschen blockierte (vgl. Wardenga 1991: 222). Ja, er kritisierte sogar, dass beim „Gang der Kultur über die Erde" die geographische Bedingtheit der Entwicklung von anderen Disziplinen – der Geschichte, der Völkerkunde und der Soziologie – „meist viel zu wenig herausgearbeitet" werde, und warf der Soziologie vor, „zu sehr in Allgemeinheiten [zu] bleiben und zu oft auch von vorgefaßten Ideen aus[zu]gehen". Die Geographen wiederum forderte er auf, es „der Geschichte und der Soziologie [zu] überlassen", „die Kulturen im einzelnen darzustellen und den inneren Zusammenhang der Kulturerscheinungen zu entwirren" (Hettner 1929: Vorwort).

Diese strikte Beschränkung der geographischen Betrachtung des Menschen auf die mit der Landesnatur verbundenen Erscheinungen passte zum Geographieverständnis Friedrich Ratzels (1844–1904), bei dem Hettner habilitiert hatte. Seit den 1880er Jahren versuchte dieser die hinter der physischen Geographie weit zurückgebliebene Anthropogeographie als „wahre Wissenschaft von der Naturbedingtheit der Menschheit" (Ratzel 1899: 21) voranzubringen. Ratzel wusste allerdings, dass sich die äußere Natur meist nicht direkt „auf das höhere geistige Leben" auswirkte, sondern „durch das Medium der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse" (Ratzel 1899: 54) ging. Auch erkannte er im Landschaftsbild „zugleich Züge des sozialen Bildes" (Ratzel 1898: 208 f.), die z. B. Grundbesitzverhältnisse spiegelten. Vieles aber war für Ratzel noch ungeklärt, so „vor allem" die Frage, ob nicht auch „der soziale Aufbau, die gesellschaftliche Gliederung von natürlichen Gegebenheiten abhängig" sei,

„welche auf diese Weise mittelbar und doch ohne sehr weiten Umweg Bildung, Erziehung, überhaupt alles Geistige so tief wie nur möglich zu beeinflussen vermögen“ (Ratzel 1882: 84). Wie Hettner warf auch Ratzel den „meisten soziologischen Systemen und Theorieen [sic!]“ vor, „den Menschen wie von der Erde losgelöst“ (Ratzel 1899: 66) zu denken, hoffte aber, ihre Vertreter davon zu überzeugen, „daß der ganze Komplex der soziologischen Wissenschaften nur auf geographischem Grunde recht gedeihen“ könne, wovon „wieder die fruchtbarste Förderung der Geographie als Wissenschaft und als Lehre [zu] erwarten“ (Ratzel 1903: V) sei.

Eine andere Lösung der Einheitsfrage vertrat Hettners Gegenpart, Otto Schlüter (1872–1959), der kurz nach ihm am besagten *Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht* vortrug und aus Thomales Sicht hauptverantwortlich für die auf Jahrzehnte verzögerte Berücksichtigung des Sozialkomplexes durch die deutsche Geographie war (Thomale 1972: 35). Schlüter hielt Ratzels Herangehensweise an das Mensch-Natur-Thema für grundfalsch, da es sich regelmäßig als unmöglich erwiesen habe, „aus der Natur bestimmte Kulturwirkungen abzuleiten“ (Schlüter 1919: 7). Nicht die Natur, der Mensch und seine Kulturentwicklung müssten Ausgangspunkt der geographischen Betrachtung sein, „die geographische Umgebung“ erscheine dann „nicht als das Schaffende, sondern nur als das Begrenzende, Umändernde“ (Schlüter 1919: 9). Aus dieser Umkehr der Blickrichtung folgte für Schlüter, „die allgemeinen Gesichtspunkte nicht nur auf dem Boden der Geographie [zu] suchen“, sondern die „Kulturwissenschaften weit mehr zu Rate [zu] ziehen“ (Schlüter 1919: 9) als bisher. „Nur bei genügender Kenntnis der wirtschaftlichen Gesetze, der technischen Regeln“ und der „allgemein-kulturgeschichtlichen Gesichtspunkte der Völkerkunde“ lasse sich sicher urteilen, was „auf Einwirkungen der geographischen Umwelt“ beruhe und „was nicht“ (Schlüter 1919: 9).

Neben der Ablehnung einer durchgreifenden geographischen Bedingtheit der Kultur legte Schlüter auch in der Gegenstandsfrage eine Alternative zu Hettner vor: An die Stelle der „dinglichen Erfüllung des Raumes“ (Hettner 1919: 11) trat bei ihm das äußerlich sichtbare *„Landschaftsbild“* (Schlüter 1919: 17), das die unzähligen Erscheinungen der physischen Geographie und der Geographie des Menschen „zu einem innerlich verbundenen Gesamtbild“ (Schlüter 1919: 15) zusammenschloss. Dies ermögliche, die „Morphologie der festen Erdrinde“ durch eine „Morphologie der Kulturlandschaft“ (Schlüter 1919: 18) fortzusetzen, die „in allen Einzelheiten an die Einzelheiten der verschiedenen Zweige der physischen Geographie mit größtem Vorteil anknüpfen“ könne, „weil hier alles sich stützt und trägt“ (Schlüter 1919: 30). Die Geographie war daher für Schlüter

die Wissenschaft von den *Oberflächenformen* der Natur- und Kulturlandschaft. Erst bei deren Erklärung kamen die nicht sichtbaren Sozialursachen mit ins Spiel.

Diese restriktive Bestimmung hatte Folgen für den Staat. Während dieser bei Hettner in die Länderkunde gehörte, soweit er sich auf die geographischen Verhältnisse (die Landesnatur) bezog, schloss Schlüter ihn aus seiner Kulturlandschaftsmorphologie aus: „Es verspricht keinen Erfolg, den Staat mit den Formen des Rumpfgebirges oder der Stufenlandschaft zu vergleichen oder mit einem bestimmten Klima, einer bestimmten Vegetationsformation, was doch alles bei den Formen der Wirtschaft, des Verkehrs und der Besiedelung in hohem Maße der Fall ist." (Schlüter 1919: 30)

Gleichwohl hielt Schlüter die „Geographie der Gemeinschaften" für wichtig genug, dass er der Kerngeographie eine zweite an die Seite stellte, die ein anderes Ziel verfolgte: „Auf der einen Seite steht dann eine Geographie, die sich zur Aufgabe macht, die Natur- und Kulturlandschaft zu erforschen und darzustellen. Da sie sich überall mit körperlichen Dingen befaßt, bekommt sie auch in ihrem menschlichen Teil einen mehr naturwissenschaftlichen Charakter. Den Staat und die Gemeinschaften wird sie besser fortlassen. Die andere Art von Geographie zielt auf die Darstellung eben dieser Gemeinschaften ab, sie wird von dem Physisch-Geographischen und Anthropogeographischen nur soviel heranziehen, wie sie zur Grundlegung bedarf." (Schlüter 1919: 30 f.)

Ähnlich wie Schlüter beschränkte auch der viel auf Deutsch publizierende finnische Geograph Johannes Gabriel Granö (1882–1956) den Forschungsgegenstand der Geographie auf die „unmittelbar wahrnehmbare Umwelt", „die s. g. Naturumgebung": „das *geographische Milieu* oder die *geographische Umgebung*" (Granö 1927: 5). Der Geograph sei bei seiner Arbeit mit diesem Gegenstand „Naturforscher", wobei der Naturbegriff „auch die Siedlungen, die Dörfer und Städte" (Granö 1927: 6) einschließe. Die „soziale Umwelt" gehörte für Granö dagegen „eher zur Soziologie, dieser lebenskräftigen jungen Wissenschaft", „die sicherlich [über] mehr Voraussetzungen als die Geographie" verfüge, „diesen Komplex des menschlichen Gesellschaftslebens zu deuten" (anders Schmidt, s. u.). Da nun aber „das sinnlich Wahrnehmbare und die soziale Umwelt" eine Einheit bilden würden, benötigte man aus Granös Sicht auch noch eine „Anthropoökologie", die „am zweckmässigsten durch Zusammenarbeit zwischen Geographen und Soziologen" (Granö 1927: 5) gepflegt werde.

Angeregt wurde Granö hierzu durch die „human ecology" der US-amerikanischen Geographie, während die humanökologischen Versuche der Chicagoer Soziologenschule (vgl. Groß 2001: 89 ff.) bei ihm, wie auch sonst in der deutschsprachigen Geographie der Zwischenkriegszeit, keine erkennbare Rolle gespielt haben. Interessanterweise hatte Robert E. Park, der

Begründer dieser Schule, in Deutschland u. a. bei Hettner studiert. Er bekannte: „Geography, as Hettner conceived it, was a revelation to me, and it had led me to the conclusion that every student of sociology should have to know geography, human geography particularly, for after all, culture is finally a geographical phenomenon." (Zit. nach Baker 1973: 256) Doch nicht einmal Hettner selbst hat zur Chicagoer Soziologenschule Stellung bezogen.

3 Die geographische Bedingtheit auf dem Prüfstand der Soziologie

Erste ernsthafte Kontakte zwischen Geographie und Soziologie kamen durch den Ratzel-Schüler Ernst Friedrich (1867–1937) zustande, der für seinen Forschungsbericht zur Anthropogeographie im *Geographischen Jahrbuch* den Abschnitt „Die Gesellschaft" dem Genfer Soziologen André de Máday überließ, der auch 1908 auf dem *IX. Internationalen Kongress der Geographie* in Genf zum Verhältnis Geographie – Soziologie vortrug. Als Ziel schwebte de Máday eine „Gesellschaftsgeographie" vor, die alle „Gemeinschaften" umfassen sollte, „deren Macht sich auf alle Lebensverhältnisse ihrer Angehörigen erstrecken kann, z. B. Familie, Stamm, Staat". Die Hauptaufgabe des Soziologen bestehe „nun vor allem darin, zu ermitteln, *ob überhaupt ein Kausalzusammenhang zwischen den geographischen Verhältnissen und der Entstehung und Entwicklung der Gesellschaft festzustellen*" sei (de Máday 1909: 36). Friedrich selbst, der de Mádays Beitrag mit eigenen Vorstellungen einleitete, erhoffte sich aus der Feststellung „der geographischen Verbreitung der Gesellschaftsformen und -stufen […] die Erkenntnis von *Gesellschaftszonen*" (Friedrich 1909: 36). Bezüglich des Staates wusste er: „[H]eute ruhen die Grenzen der Staaten nicht in Naturverhältnissen verankert, sondern in der Kraft ihrer Völker" (Friedrich 1909: 46).

Direkt angesprochen wurden die Geographen ferner auf dem *Ersten Deutschen Soziologentag* 1910 von Ferdinand Tönnies (1855–1936) in seiner Eröffnungsrede. Für ihn zählte die Beantwortung der „Frage nach dem relativen Anteil […] der […] natürlichen Faktoren […] an der Kausalität einer Kultur, nach ihrer gegenseitigen Bedingung, […] zu den bedeutendsten Aufgaben der soziologischen Analyse", „die sich hier auf anthropologische wie auf andere naturwissenschaftliche Forschungen, auf geologische und besonders auf geographische stützen" müsse. Die *Anthropogeographie,* die von der *Anthropologie* nicht zu trennen sei, sei eben dieser Fragestellung wegen als „ein besonderes Arbeitsgebiet" entstanden, weshalb „auch die soziologische Ansicht des Menschen sich immer auf die geographischen Tatsachen zurückbeziehen" müsse (Tönnies 1911: 28 f.).

Äußerst kritisch zur Geographie äußerte sich hingegen der auch auf Deutsch publizierende niederländische Ethnologe und Soziologe Sebald Rudolph Steinmetz (1862–1940), der mit der „Soziographie", eine wohl auf ihn zurückgehende Begriffsbildung, eine empirische Disziplin einforderte, welche der ihm übermäßig philosophisch erscheinenden reinen Soziologie das nötige Tatsachenmaterial beibringen sollte, um sie wirklichkeitstauglich zu machen. Als Aufgabe der Soziographie legte er vorläufig die Schilderung des „Sein[s] aller Völker nach allen Richtungen ihres [gegenwärtigen] Lebens" (Steinmetz 1912/1913: 493) fest, so wie die Geschichte dies mit ihrem Werden tue. Die bisher von Geographen erledigte Arbeit und die von ihnen gebotene physische Erklärung der Verschiedenheit des Volkslebens sei soziographisch „wertlos", ja „geradezu verhängnisvoll", da beide Forschergruppen „eine durchaus verschiedene, ja entgegengesetzte" Geisteshaltung besäßen: „[D]er eine beschreibt die Natur und kann dies nur richtig tun, wenn er Naturwissenschaftler ist, der andere untersucht und beschreibt Menschen, Staaten und Gesellschaften und muss deshalb den Wissenschaften vom Menschen, d. h. den Geistes- und Gesellschaftswissenschaften durch Anlage, Neigung, Vorbereitung und Uebung angehören." (Steinmetz 1912/1913: 497) Damit waren der Geologe, der Klimatologe und der physische Geograph für Steinmetz „nicht die rechten Leute zum Wahrnehmen wie zum Erklären sozialer Erscheinungen". Nur ein Geistes- und Sozialwissenschaftler komme dafür in Verbindung mit der theoretischen Soziologie in Frage (Steinmetz 1912/1913: 500 f.).

Später, auf dem *Fünften Deutschen Soziologentag* von 1926, präzisierte Steinmetz die Aufgabe der Soziographie, die – „anfangs unter dem Namen Sozialgeographie (géographie humaine)", eingeschlossen die Wirtschaftsgeographie – „aus der sich differenzierenden *Geographie*" hervorgegangen sei, dahingehend, dass „ihr weiteste[r] und zugleich der festeste Komplex […] *das Volk*" sei, das „*Volk und seine Teile* (Weltstadt, Großstadt, Kleinstadt, Dorf, Provinz usw.)". Zwar studiere „in *abstracto*" auch die Soziologie das Volk, doch eben „nicht konkret, *nicht* in ihrer [räumlichen] *Wirklichkeit:* nicht Rußland, Mexiko, Siam, nicht Berlin oder Neuyork, nicht dieses oder jenes Dorf, von denen auch im selben Lande doch jedes seine eigene Individualität besitzt" (Steinmetz 1927: 218). Um aber als „eine *volle* Wissenschaft" zu gelten, müsse die Soziographie für die festgestellten Tatsachen, „wie eine jede Wissenschaft", nach „*Regel-, alias Gesetzmäßigkeiten suchen*", um „aus *diesen Regelmäßigkeiten die Erscheinungen zu erklären*" (Steinmetz 1927: 221 f.) trachten.

Besonders eingehend setzte sich in den 1920er Jahren der Sozialwissenschaftler Otto Haußleiter (1896–1982) mit der Geographie auseinander. Leider seien die ersten Kontakte zwischen Geographen und Soziologen im Anschluss

an Ratzels Arbeiten wohl als Folge einer „zunehmenden Spezialisierung“ beider Disziplinen so gut wie unbeachtet geblieben, was vor allem bezüglich Steinmetz’ zu bedauern sei (Haußleiter 1924/1925: 95). Mit seiner eigenen Kritik wollte Haußleiter den Geographen „in der Wirtschafts- und staatsgeographischen Forschung Arbeit auf Gebieten […] ersparen, die sich infolge“ des Nachweises „der Unanwendbarkeit geographischer Methoden als unfruchtbare Felder für die Erdkunde erweisen müssen“ (Haußleiter 1924: 408). Dazu bestimmte er zunächst als Aufgabe „aller Sozialwissenschaften […] die Erklärung des menschlichen sozialen Handelns“, wobei es in methodischer Hinsicht nicht um die Feststellung von „Kausalbeziehungen von naturgesetzlicher Ausnahmslosigkeit“ gehe, sondern „in erster Linie auf das ‘Verstehen’, auf die Ermittlung von *Sinn*zusammenhängen“ (Haußleiter 1924: 410) ankomme. Soweit also „*die geographischen Naturgegebenheiten, welche die Gestaltung der Wirtschaft beeinflussen, durch das Medium des menschlichen Bewußtseins gehen und zu Triebfedern zweckmäßigen Wirtschaftshandelns werden*“, seien sie nur durch die „*nach verstehbaren Motiven forschende Methode voll erfaßbar*“ (Haußleiter 1924: 412). Hinsichtlich vermuteter Einwirkungen räumlicher Naturgegebenheiten auf Körper und Seele der Menschen gebe es bisher wenig gesicherte Ergebnisse (vgl. Hellpach 1911). Diese Forschung gehöre auch nicht in eine geographische Gesellschafts- und Wirtschaftslehre, sondern in den „anthropologisch-biologischen“ oder „psychophysischen Teil“ einer „naturwissenschaftlichen Gesellschaftslehre“ (Haußleiter 1924: 414).

Hettners chorologische Lösung des Einheitsproblems lehnte Haußleiter rundweg ab, da „dem die Erdoberfläche erforschenden Geographen im Bilde der Kulturlandschaft Erzeugnisse bewußter menschlicher Arbeit“ entgegenträten, „die oft nur durch Eingehen auf nichträumliche und gesellschaftliche Faktoren voll erklärt werden können“ (Haußleiter 1924: 420).

Gerade noch hinnehmen wollte Haußleiter Gustav Brauns „soziologische Länderkunde“. Braun (1881–1940) arbeitete mit der „Fiktion“, Staaten seien „organische Lebewesen“, deren „Stoffwechsel“ (die Ein- und Ausfuhr von Waren) es geographisch zu untersuchen gelte (Braun 1924: 7 f.). Doch so unabdingbar Haußleiter einerseits die Berücksichtigung von Naturgegebenheiten durch die Standortforschung befand, so entschieden warnte er vor ihrer Überschätzung, die sich nur durch eine Berücksichtigung der „gesellschaftlich-kulturellen Tatsachen“ verhindern lasse. Letztlich sah Haußleiter im Standortproblem aber ohnehin nur ein „scheinbar geographisches“; denn sobald der Geograph „zum Darsteller der geographischen Bedingtheit der gesamten fremden Kultur“ werde, verlasse er seine „eigentliche Aufgabe“, die in der „erklärenden Beschreibung der Natur- und Kulturlandschaft“ liege, und betrete das Feld der

„speziellen Sozialwissenschaften", die „zur vollständigen Kenntnis der einzelnen Kulturgebiete" auch die „geographischen Einflüsse auf die sozialen Tatsachen und Vorgänge" berücksichtigten müssten, was „vor allem für die sozialwissenschaftlichen Untersuchungen auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet" gelte (Haußleiter 1924/1925: 97 f.).

Für „gänzlich wertlos" erklärte Haußleiter die Organismustheorie für die „erklärende Staatstheorie"; „denn nachempfindend 'verstehen' können wir nur einzelmenschliches Verhalten, aber nicht das Wirken von Naturkräften und erst recht nicht so mystische Vorgänge wie das Werden und Vergehen des Staatsorganismus, das Handeln der 'Staatspersönlichkeit' oder das Walten des Volksgeistes" (Haußleiter 1924: 432). Geradezu gefährlich aber werde diese begriffliche Anleihe bei der Biologie, weil sich hinter dem missbrauchten Organismusbegriff „ein verkapptes ethisch-politisches Ideal" verberge. Indem man dieses Ideal „in ein naturwissenschaftliches Gewand" stecke, verleihe man ihm, wie dies schon bei Ratzel der Fall sei, eine „normative Allgemeingültigkeit", obwohl nur eine subjektive Stellungnahme vorliege. Solche Stellungnahmen seien aber, wie Max Weber gezeigt habe, „der wissenschaftlichen Diskussion entzogen" (Haußleiter 1924: 432 f.).

So war es nur konsequent, dass Haußleiter gegenüber der neu begründeten „Geopolitik", deren Ziele er im Wesentlichen für identisch mit denen der Politischen Geographie Ratzels hielt, ebenfalls aus sozialwissenschaftlicher Sicht größte Bedenken vortrug und auch hier auf „das Medium des menschlichen Bewußtseins" verwies, ohne das „geographische Tatsachen […] (zusammen mit anderen Motiven!)" nicht „zu Triebfedern politischen Handelns werden" könnten. Wenn in der Geopolitik „in biologischer Verkleidung" von „Wachstums- und Verkümmerungserscheinungen der Staaten" die Rede sei, so seien damit, „ins Soziologische übersetzt", lediglich die „friedlich oder kriegerisch" herbeigeführten „Ergebnisse des außenpolitischen Handelns der Herrschaftsgewalten sowie der Einstellung der Völker (Staatsbürgergemeinschaften)" (Haußleiter 1924/1925: 100) gemeint. Zwar gab es auch für Haußleiter „unbestreibare Einwirkung[en] geographischer Faktoren auf die Gestaltung der Außenpolitik", doch liege hier kein Naturgesetz vor, sondern nur eine „bildliche Ausdrucksweise". Bei faktisch unüberwindbaren Naturgegebenheiten, die „die *Wahl* bestimmter politischer Ziele *vernünftigerweise ausschließen*", könne man aber daher „auch von einem Zwang der geographischen Verhältnisse sprechen" (Haußleiter 1924/1925: 99). Für grundverkehrt hielt er es jedoch, die geographischen Bedingungen von anderen Kausalbeziehungen zu isolieren und in einer eigenen Disziplin zu betrachten, um behaupten zu können, sie seien „das *entscheidende* Moment" (Haußleiter 1924/1925: 101) im Verlauf der Weltpolitik. „Fast überall", wo die Politische

Geographie „von einem unerbittlich naturnotwendigen Müssen“ spreche, handle es sich „in Wahrheit um ein subjektives politische Werturteil“ (Haußleiter 1924/1925: 101).

Akzeptiert wurde von Haußleiter allein Schlüters Geographiekonzept, das über „die einzige wahrhaft erdkundliche Theorie vom *Forschungsgegenstand* der Anthropogeographie“ verfüge und mit ihr „zugleich die Einheit der gesamten geographischen Wissenschaft“ sicherstelle. Um die landschaftlich „sichtbaren Werke des Menschen“ zu erklären, müsse sie diese „als Erzeugnisse verstehbaren menschlichen Handelns“ begreifen und, „von der naturwissenschaftlichen Untersuchung der Naturlandschaft ausgehend, zur Anwendung kulturwissenschaftlicher (sozialwissenschaftlicher) Methoden fortschreiten“. Ein „Übergriff“ auf andere Gebiete liege solange nicht vor, wie trotz grundverschiedener Methoden „die Richtung auf das Objekt, die Kulturlandschaft“ (Haußleiter 1924: 421 f.), gewahrt bleibe.

4 Adolf Günthers großangelegte regionale Soziologie und Leopold von Wieses Kritik

Haußleiters Abgrenzung zwischen Geographie und Sozialwissenschaft(en) wurde vom Soziologen Adolf Günther (1881–1958), der durch seinen Vater, den Geographieprofessor Siegmund Günther, „frühzeitig auf die Zusammenhänge des Räumlichen mit dem Politisch-Gesellschaftlichen“ (Günther 1930: IX) hingewiesen worden war, als „im ganzen zutreffend“ (Günther 1927: 202, Fußn.) geteilt. Schon auf dem *Vierten Deutschen Soziologentag* von 1924 hatte er neben der „*Statistik*“ die „*Anthropo-(besser: Sozio-) Geographie*“ als „*Mittelglieder zwischen Soziologie und Sozialpolitik*“ (Günther 1925: 33) präsentiert und sich gegen ein rein geistiges Verständnis der Gesellschaft gestellt, denn ihre „räumlichen Belange und Verbundenheiten“ würden sich „nicht leugnen“ lassen (Günther 1925: 36). Von ihrer Berücksichtigung versprach sich Günther „nicht unverächtliche Widerstände gegen verfrühte Generalisierungen und hemmungslose ‘philosophische’ Geschichtsklitterung“ (Günther 1925: 37). Zugleich blieb ihm nicht verborgen, „wie strittig die Fragen“ nach dem „Verhältnis des Raums zur Gesellschaft“ waren: „[D]er Anthropogeograph wird versuchen, das Gesellschaftliche soweit immer möglich aus dem Räumlichen [d. h. der Lage und der Landesnatur] zu begreifen, der Geopolitiker wird von hier aus seine Forderungen begründen, – auf der andern Seite sehen wir eine Übereinstimmung sonst weit auseinanderstrebender Soziologen in der Nichtanerkennung dieses geographischen Anspruchs.“ (Günther 1927: 201).

Vor diesem Hintergrund wollte Günther an einem regionalen Beispiel zeigen, dass auch Soziologie und Soziographie im fachwissenschaftlichen Sinn etwas zum Verhältnis Raum – Mensch beitragen könnten, was sonst ungesagt bleibe. Geeignet dafür schienen ihm vorzugsweise das Hochgebirge, das Meer und die Wüste, nicht dagegen die großstädtische Gesellschaft, die zwar auch raumgebunden sei, „jedoch in einem ganz anderen Sinne" (Günther 1930: VIII). Seine Wahl fiel auf die Alpen, die „nicht nur ein geographischer, sondern auch ein *Kultur*begriff geworden" seien; „ihr räumliches Übergewicht" gegenüber den „von ihnen umhegten gesellschaftlichen Bildungen" sei „groß genug", um sie „zum soziologischen Objekt zu machen" (Günther 1930: VI).

Mit der Wahl des „Alpenraumes" stellte sich für Günther die Frage nach der räumlichen Erstreckung der dazugehörigen Gesellschaft. Georg Simmel (1858–1918) hatte für die Soziologie pointiert festgelegt: „Die Grenze ist nicht eine räumliche Tatsache mit soziologischen Wirkungen, sondern eine soziologische Tatsache, die sich räumlich formt" (Simmel 1908: 623). Günther lehnte diese Bestimmung ab, die er auf Kants Raumverständnis als bloße Form der Anschauung zurückführte. Die Grenze sei vielmehr beides, also „*ebenso eine räumliche Tatsache mit soziologischen Wirkungen*" (Günther 1927: 204). Der Soziologe müsse „mit der Realität des Raumes" rechnen, erst recht im Falle der mächtigen Alpen. So beschwor er „die Formung, welche gesellschaftliche Zustände erfahren, *wenn ihnen der Raum in übermächtiger, schlechthin dominierender Gestalt entgegentritt*" (Günther 1930: 19), und hielt „geographische Umstände" für „zweifellos geeignet, eine soziale Gruppe abzustempeln" (Günther 1930: 31). Gleichwohl beschränkte sich Günther bei der Frage nach der räumlichen Erstreckung seiner „Alpenländischen Gesellschaft" nicht streng auf physische Vorgaben. Es sei für die soziologische Fragestellung nicht entscheidend, ob neben dem Kernraum Alpen auch noch die Vorberge oder Stücke angrenzender Ebenen hinzugerechnet würden, doch wo mit der Schweiz „ein eigner selbständiger Alpenstaat" existiere, sei es wohl angebracht, „auch die Bewohner der Ebene zwischen Jura und Alpen" zur Alpengesellschaft zu rechnen, weil „deren Schicksal so stark durch die Alpen mitbestimmt" worden sei (Günther 1930: 31).

Das Verhältnis von Raum (Berg, Gebirge) und Mensch musste allerdings aus Günthers Sicht, um als soziologisch gedeutet werden zu können, ein „Verhältnis *zwischen Menschen*" (1930: 22) sein. Denn nur Menschen könnten sich verhalten, nicht das Gebirge, der Berg selbst. Wenn Ratzel und auch neuere Geographen von einem „Verhalten" der Alpen sprächen, so sei dies „genau und zumal soziologisch gesehen" falsch. Die „'Macht des Gebirgs gegenüber dem Menschen'" sei „eigentlich 'Ohnmacht des Menschen gegenüber dem Gebirge'" (Günther 1927: 207 f.).

Wie Günther suchte auch der Soziologe Leopold von Wiese (1876–1969) nach einer Lösung für das Problem der Bedeutung *physischer* (objektiver) Grundlagen für *soziale* (subjektive) Gebilde. Er unterschied unter Verweis auf eine 1927 erschienene Studie des russisch-amerikanischen Soziologen Pitirim Sorokin (1889–1968) zur sozialen Mobilität zwischen einem „Raum im physikalischen, geometrischen Sinne" und einem „*sozialen Raum*" und konstatierte, dass „überall, wo Menschen handeln, (…) Willensentscheidungen, also seelisch-geistige Tatsachen die *unmittelbaren* Ausgangspunkte" (von Wiese 1928: 1 f.) seien. Zwar würden Entscheidungen, speziell im wirtschaftlichen Bereich (etwa Standortfragen), oft wie selbstverständlich, gleichsam „von der Natur vorgeschrieben" erscheinen, doch bleibe das „Verhältnis von Raum und Gesellschaft" gleichwohl ein indirektes, so dass es „logisch" inkorrekt sei, „das Räumliche" als „eine Bedingung des Gesellschaftlichen" zu bezeichnen. Besser spreche man (wie übrigens in der Geographie üblich) von „unmittelbare[n] und mittelbare[n] Ursachen", wobei der Raum zu den „mittelbaren Ursachen sozialen Geschehens" (von Wiese 1928: 2) gehöre. Disziplinpolitisch folgerte von Wiese daraus, dass die „Mensch-Ding-Beziehungen" kein „eigentlicher Gegenstand der Soziologie", sondern anderer „Wissenschaften" seien, dennoch müssten sie auch für soziologische Erklärungen herangezogen werden, da Seelisches und Soziales „überall in weitem Maße vom Räumlichen abhängig" seien. So seien Geographie und Soziologie, die „Tatsachen des Raumes (genauer: der Erdoberfläche)" und die „zwischenmenschlichen Beziehungen", aufeinander verwiesen. Während der Soziologe sein „Stockwerk des Wissens auf dem Erdgeschosse" aufbaue, „das der Geograph (und nicht nur er) gefügt" habe, könne dieser umgekehrt die soziologischen Erkenntnisse „für seine 'anthropogeographische' Etage benutzen" (von Wiese 1928: 2).

Günthers Alpenwerk befriedigte von Wiese jedoch nicht. Zwar bewunderte er das Werk als monumentale Leistung, hielt es aber im Kern für verfehlt. „*Nicht alles, was den sozial lebenden Menschen angeht, ist Soziologie.*" Bei den Alpen handele es sich „zu sehr in erster Linie um einen *anthropogeographischen* Gegenstand, um ihn völlig mit soziologischen Methoden erschöpfen zu können". Zwar wolle er nicht leugnen, daß „*zwischen* dem besonders gearteten *Raume* (oder besser: der besonderen Erdformation" der Alpen und dem dort lebenden Menschen „eine Naturbeziehung erster Ordnung" bestehe, „deren Folgen tief hinein ins soziale Leben reichen" würden, doch „die Beobachtungsweise der [d. h. von Wieses] Beziehungslehre" eigne „sich nur für das Studium des Wechselverhältnisses von Mensch zu Mensch, nicht für die anthropogeographische Problematik", die dort aufhöre, „brauchbar zu sein, wo ihre Analysen bis zum Mensch-Raum-Zusammenhang geführt" würden: „An diesem Punkt beginnt die Geographie." So hätte Günthers Alpenwerk auch ein Geograph

berechtigterweise „für sich […] beanspruchen" können, wenn es nicht Qualitäten aufweisen würde, „die man beim Geographen (der ja über alles und jedes schreiben kann, wofern sich nur ein Zusammenhang mit Orten der Erde aufweisen läßt) selten finden" werde „und auch nicht von ihm fordern" (von Wiese 1929/1930: 423 ff.) könne.

5 Positionen zur (Anthropo-)Geographie bis Anfang der 1930er Jahre

Von Wieses Bemerkung zur Geographie war wenig schmeichelhaft; denn die Formulierung „alles und jedes" spielte auf den alten Vorwurf an, dass die Geographie kaum mehr als eine extensive Summierung von Fakten, eher Enzyklopädie als strenge Wissenschaft sei. Diese nie ganz verstummende Abwertung sollte durch ein mehrbändiges, allgemein und regional angelegtes Handbuch widerlegt werden. Die ersten beiden Bände gingen zur „Allgemeinen Geographie" und erschienen Anfang der 1930er Jahre. Waren zu Beginn der 1920er Jahre Hettner (er vor allem) und Schlüter führende Methodologen, so in den 1930er Jahren Hermann Lautensach, der den Teil zur Gesamtgeographie schrieb, und Hugo Hassinger, der den zur Geographie des Menschen lieferte.

Zunächst zu Lautensach (1886–1971), der sich im allgemeinen Teil seines Handbuchs zum Stieler-Atlas auf Hettners Bestimmung der Geographie als Raumwissenschaft und auf das Prinzip „der *räumlichen Wechselwirkung,* der ursächlichen Abhängigkeit einer Erscheinung von einer anderen […] am gleichen Ort oder in der Nachbarschaft" (Lautensach 1926: 5) festlegte. Durch Schlüters Sonderstellung der menschlichen Gemeinschaften sah er die Einheit der Geographie verloren gehen, merkte aber an, dass aus der Beschränkung des Landschaftsbegriffs auf das sinnlich Wahrnehmbare nicht zwingend diese Sonderstellung folgen müsse, da sich auch „die menschlichen Gemeinschaften in einer Unmenge sinnlich wahrnehmbarer Erscheinungen der Kulturlandschaft unmittelbar" ausprägen würden. Allerdings müsse man „häufig […] die Gemeinschaften als solche zur geistigen Wesenheit der Landschaft rechnen" (Lautensach 1926: 10).

Nicht gestört sah Lautensach die Einheit der Geographie dagegen durch die Unterschiede bei der Erklärung der Landschaften. Während man bei der Naturlandschaft „restlos mit dem *naturwissenschaftlichen Prinzip von Ursache und Wirkung*" auskomme, müsse man sich im Falle der Kulturlandschaft „oft auf die Angabe von *verstehbaren Motiven* für die die Geofaktoren schaffenden menschlichen Handlungen beschränken und damit von der naturwissenschaftlichen zur soziologischen Methode übergehen", was „notwendig" werde,

weil „irgendeine Erscheinung“, aus der ein „Kulturwerk“ entstehen soll, erst „zum Bewußtseinsinhalt einer menschlichen Gemeinschaft geworden“ sein müsse. Hier sah Lautensach die Sozialwissenschaften gefragt, von denen er sich die Erforschung der „kulturpsychologische[n] Einstellung der einzelnen menschlichen Gemeinschaften“ wünschte. Beispielhaft nannte er die moderne kapitalistische Wirtschaft. Für diesen Fall reiche es dem Geographen, „mit dem Typ des streng zweckrational handelnden Wirtschaftsmenschen zu rechnen, um wirtschaftsgeographische Tatsachen der Kulturlandschaft zu erklären“. Doch insgesamt bleibe „auf diesem Gebiet noch ein sehr weiter Weg zu gehen“, so dass der Geograph „bei einer genetischen Erfassung der Kulturlandschaft sehr vorsichtig sein“ (Lautensach 1926: 11 f.) müsse. Neben Max Weber, der einen „hervorragenden Anfang“ gemacht habe, erwähnte Lautensach auch den Wirtschaftsgeographen Alfred Rühl (s. u.) mit seinen Arbeiten zum spanischen und orientalischen Wirtschaftsgeist.

Ausgangspunkt der anthropogeographischen Forschung war für Lautensach die Annahme, dass die Kulturerscheinungen der Menschheit „geographischer Auffassung fähig und bedürftig“ seien, weil sie „in den verschiedenen Erdräumen verschieden ausgebildet“ seien und „mehr oder weniger stark die Individualität der einzelnen Erdräume“ bestimmen würden (Lautensach 1926: 237). Mit der Höherentwicklung der Kultur trete die „unmittelbare Wirkung der Natur auf die Gesamtsumme des Volkes zurück gegenüber einem ungemein verschlungenen Geflecht von Beeinflussungen, die jedoch ihrerseits sehr oft wieder chorologische Züge“ trügen. Ratzels Fragestellung: „‘Dies ist der geographische Boden. Was für Völker kann er tragen?’“ müsse daher umformuliert werden in: „‘Dies sind die für die Landschaft wesentlichen Kulturerscheinungen. Wie sind sie entstanden?’“ Doch so „gewiß“ der Geograph zur Beantwortung dieser Frage „mit besonderer Vorliebe die Fäden verfolgen“ müsse, „die mittelbar oder unmittelbar zur Naturlandschaft zurückführen“, so sehr könne er das „aber nur, wenn er auch die Fäden im Auge“ behalte, „die zu anderen Wurzeln hinleiten“, und auch jene, die „irgendwo abreißen oder sich zerfasernd im Unbestimmten endigen“. Dankbar werde er „die Ergebnisse der anderen Wissenschaften vom Menschen zu Rate ziehen, insbesondere der Geschichte, der Allgemeinen Wirtschaftslehre, der Soziologie, der Völkerpsychologie, Ethnologie, Anthropologie und Prähistorie“ (Lautensach 1926: 240 f.).

Bezüglich der Gliederung der Anthropogeographie unterschied Lautensach zwischen einer „Physischen Anthropogeographie“, die den Menschen „in seiner physischen Erscheinungsform“ behandele, einer „Kulturgeographie“ im „engeren Sinn“, die aus den „Abteilungen Siedlungs-, Wirtschafts- und Verkehrsgeographie“ bestehe und sich „des sinnlich unmittelbar wahrnehmbaren

Kulturbesitzes" annehme, und schließlich einer „*Geographie der menschlichen Gemeinschaften,* deren wesentliche Glieder die Sprachgeographie, die politische Geographie und die Religionsgeographie" (Lautensach 1926: 236 f.) seien. Damit gab er den Völkern, Staaten und Religionen, denen Schlüter nur eine Nebenrolle zuwies (s. o.), eine *selbständige* Stellung innerhalb des Faches. Hassinger (s. u.) übernahm später diese Gliederung.

In seinem Handbuchbeitrag von 1933 bestätigte Lautensach seine Position von 1926: „Die verschiedenen Erscheinungen der Naturlandschaft werden auf den höheren Stufen der geistigen Entwicklung zu bewußten Vorstellungsinhalten des Menschen mit ausgeprägter Wertbetonung, und diese Wertungen lösen Willensimpulse aus, die zu Motiven menschlicher, die Kulturlandschaft erzeugenden Handlungen werden." Dieser menschliche Wille bilde immer „die treibende Kraft, die die landschaftsgestaltenden Vorgänge" auslöse, hier herrsche „daher die *psychische Kausalität*", die sich in verschiedenen Motivationstypen äußere, wie sie „der Soziologe Max Weber […] klar herausgearbeitet" habe: „Es kann sich um irrationale, z. B. religiöse oder nationale bzw. politische, oder um rationale, d. h. auf den Trieb der Erhaltung des Daseins oder zur Verbesserung der Existenzbedingungen gegründete Motive handeln." Doch könne „rationales Denken" selbst bei Völkern „ein und derselben Kulturstufe […] noch merklich" verschieden ausfallen, wie man an den „Schattierungen" ihrer Kulturlandschaften erkennen könne (Lautensach 1933: 38 f.).

Lautensach ging allerdings nicht davon aus, als würden diese Motivationen „immer auf der naturlandschaftlichen Umwelt oder auch nur auf der von früheren Generationen geformten kulturlandschaftlichen Umwelt" basieren, auch fänden sich „unter den beschränkenden oder fördernden Bedingungen […] viele, die mit der geographischen Natur des Landes unmittelbar nichts zu tun haben". Ferner sei es unmöglich „die zivilisatorischen Bedingungen, wie Kapital, Volksvermögen, Technik, die Wirtschaftspsychologie der Völker, die Willenskraft einzelner Männer, die ausschlaggebenden historischen Ereignisse, irgendwie restlos auf die Landesnatur zurückzuführen", denn es gebe „eben im menschlichen Bereich eine Unmenge von geographisch wirkungsvollen Ereignissen und Dingen", deren Erklärung wohl jenseits der Grenze empirischer Erfahrung liege. So gestand Lautensach schließlich zu, dass „*[d]ie Bereiche berechtigter chorologischer Zielsetzung einerseits und der Geographie andererseits*" sich nicht decken würden, und forderte dazu auf, die Geographie nicht länger als „die 'Wissenschaft von der Erdoberfläche und den mit ihr in ursächlichem Zusammenhang stehenden Dingen und Erscheinungen'" zu definieren, sondern als „die Wissenschaft vom individuellen Charakter der Land- und Meeresräume, deren Gesamtheit die Erdhülle bildet" (Lautensach 1933: 40).

Nun zu Hugo Hassinger (1877–1952), der noch 1919 im Zusammenhang mit der gesellschaftlichen Gliederung eines Staates eine deutliche Präferenz für die konkrete Natur als Einflussgröße zeigte, aber schon damals ahnte, dass die „selbstgezogenen Grenzen" für die Anthropogeographie angesichts der „häufige[n] Inkongruenz der materiellen und geistigen Kulturentwicklung" nicht ausreichen könnten, um die „Gesamtkultur von Gesellschaftskörpern" zu klassifizieren. Sein vorläufiger Vorschlag für das künftige „Haus" der Anthropogeographie sah auch eine „Gesellschaftsgeographie" vor (der Begriff schon bei de Máday, s. o.), wobei Hassinger bezüglich der Beziehungen zwischen Geographie und Soziologie konstatierte, dass „die Verfolgung der räumlichen Verbreitung der Gesellschaftskörper und die Erklärung dieser Verbreitung […] erst in den Anfängen" (Hassinger 1919: 72 f.) stecke.

In späteren Jahren wurde Hassinger (er war nicht der einzige) immer klarer, dass die *Hauptfrage der Anthropogeographie* nicht die Frage nach der Einwirkung der Natur auf den Menschen, sondern umgekehrt die des Menschen auf die Natur sei. Sein gegenüber 1919 modifiziertes System der Anthropogeographie im Handbuch von 1933 unterschied zwischen einer „Analytischen" und einer „Synthetischen Anthropogeographie". Mit letzterer trat der Geograph „in eine *synthetische Betrachtung der menschlichen Gemeinschaften,* der Völker, Staaten, Religionsgemeinschaften und Kulturkreise und deren Beziehungen zum Bild und Wesen der Landschaften ein (Soziogeographie)", zu der noch eine Betrachtung der „Kulturlandschaftstypen der Erde als Ergebnis der Wechselwirkung von Mensch und Natur" (Hassinger 1933: 178 f.) hinzukam. Von einer „Soziogeographie" hatte bereits Tiessen (1927: 4) gesprochen und diesen Ausdruck für einen von ihm sehr weit gefassten Komplex des „Mensch[en] als Wirtschaftsbildner" vorgeschlagen.

Hassingers „*Ausquartierung des Sozialkomplexes* aus dem überkommenen anthropo- und kulturgeographischen Disziplinensystem" (Thomale 1972: 107) führte allerdings nicht zu einem prinzipiell anderen Verständnis der Gesamtgeographie. Er blieb vielmehr in gewohnten Bahnen, wenn er der „Synthetischen Anthropogeographie" auftrug, „die Kollektivorganismen der Völker selbst als Träger eines geschlossenen Kulturbesitzes und als Schöpfer der Gesellschaftsform des Staates zu den Erdräumen in Beziehung" (Hassinger 1933: 486) zu setzen, und sich ausdrücklich gegen jene Geographen stellte, „welche die Anthropogeographie mehr im Sinne einer Menschen- als einer Erdkunde betrachteten und betrachten" (Hassinger 1933: 167). Das täten andere Wissenschaften.

Selbst von der „Völkerpsychologie und der Soziologie" erwartete Hassinger nur „gelegentlich" (Hassinger 1933: 169) Hilfe. Denn nicht die räumlich

gegliederte Gesellschaft, sondern „die Erklärung der Kulturlandschaft und des Wesens der Erdräume, so weit letzteres menschlich beeinflußt und beeinflußbar" sei, stand für ihn im „Mittelpunkt" (Hassinger 1933: 178) des Forschungsauftrages der Anthropogeographie, weshalb diese für ihn als „Physiognomik und Wesenheitslehre der Erdräume" schließlich „in die Länderkunde […], diese höchste Stufe unserer geographischen Gesamtwissenschaft" (Hassinger 1933: 180), einmünden musste. Ohne Ausrichtung auf dieses *eine Ziel* der Gesamtgeographie würden die verschiedenen Disziplinen der Anthropogeographie „systemlos nach allen Richtungen zerflattern" (Hassinger 1933: 177). Damit war eine Trennung der physischen und der menschlichen Geographie für Hassinger undenkbar: „Wer das Verhältnis von Mensch und Erde betrachten will, muß zuerst die Physis der Erdräume kennen. Es kann keine Anthropogeographie geben ohne die Grundlage einer physischen Geographie." (Hassinger 1933: 168) Das war eindeutig!

1941 stellte Hassinger anlässlich der Besprechung einer Arbeit des Niederländers Vermoorten klar, dass Ethnologie und Soziologie „Menschen und menschliche Kulturformen zum Selbstzweck ihrer wissenschaftlichen Untersuchungen" machen würden, während diese für die Geographie eben kein Selbstzweck, sondern Bestandteile von „Landschaftsräumen" seien (Hassinger 1941: 315).

6 Die geographische Sicht auf die Soziologie bis in die späten 1930er Jahre

1937 publizierte der in St. Gallen lehrende Peter Heinrich Schmidt (1870–1954), den Bobek zu einem der wenigen Anreger der späteren Sozialgeographie zählte (s. o.), eine „Philosophische Erdkunde", in der er den „Reichtum der Wirklichkeiten" pries, mit der es die Geographie wie „keine Wissenschaft" sonst zu tun habe. Eben deshalb könne „nur die Einheitlichkeit der fachlichen Auffassung sie vor Verzettelung und Verflachung bewahren" (Schmidt 1937: 1). „[M]itten zwischen den beiden großen Erkenntniszweigen des Geistes und der Natur" stehend, sei sie dazu berufen, der Philosophie wertvolle Dienste bei der Überwindung der „vielbeklagte[n] Zwiespältigkeit der Weltbetrachtung" zu leisten (Schmidt 1937: 4). Denn der Mensch sei beides zugleich, „eingefügt in den unerbittlichen Kreislauf der Stoffe und Kräfte" und als Einzelner ein „Glied *sozialer Gemeinschaften*". Auch diese seien „den Gesetzen der Natur unterworfen und nur innerhalb dieses Zwanges den Geboten ihrer eigenen Formung" (Schmidt 1937: 60). Andererseits würden die Menschen aber ihre Umwelt auch durch „ihre

eigenen Wandlungen, ihre gegenseitigen Beziehungen und ihre Einrichtungen" mitgestalten; darum trete „beim Menschen eine neue, die *soziale Umwelt* zu der von der Natur gegebenen, und da die Wirkungen der beiden Umwelten […] sich vereinigen, und in beiden viele vergangene Umwelten fortleben" würden, würden „hier Zeit und Raum in eigenartiger, vielfältiger Verquickung" erscheinen (Schmidt 1937: 64).

So ähnlich dachte Schmidt schon 1925. **„**Gerade die Verbindung der natürlichen mit der sozialen und geistigen Umwelt" mache „die *Gesamtheit der geographischen Umwelt* aus, die dem einzelnen Menschen wie allen menschlichen Gruppen ihren Stempel aufdrückt" (Schmidt 1925: 202). „Wirtschaftsforschung und Geographie" sollten sich zur Wirtschaftsgeographie vereinen, die „als Grenzgebiet und Zwischenland, aber auch als gemeinsame Provinz und Vermittlungsgebiet zugleich zwischen den beiden Wissenschaften und der Philosophie" (Schmidt 1925: 172) angesehen werden könne. Zwar stellte Schmidt auch für die Soziologie fest, dass bei ihr „Naturwissenschaften mit Kulturwissenschaften aufs engste Hand in Hand gehen" (Schmidt 1925: 131), doch sah er für sie und die Geographie kein „Zwischenland" vor.

Entschieden für eine *Soziologisierung* der Geographie trat Richard Busch-Zantner (1911–1942) ein, der außer seinen Hauptfächern, den Rechts- und Staatswissenschaften und der Volkswirtschaftslehre, auch Geographie, Ethnologie, Orientalistik und Soziologie studierte. Zwecks „Ordnung der anthropogenen Faktoren" unterschied er zwischen einer „mehr biologischen Anthropogeographie", welche „die Einflüsse des natürlichen Raumes auf den Menschen" untersuche, und einer strikt auf eine soziologische Sichtweise fokussierten *Kulturgeographie,* „zu deren konstitutiven Aufgaben" es gehöre, „die Einflüsse des Menschen auf das Erdraumbild zu betrachten" (Busch-Zantner 1937: 138 f.). Doch dieser Mensch dürfe nicht als Abstraktum begriffen werden. All seine „Äußerungen […] im Raum und in der Landschaft" seien „ja niemals Äußerungen eines Individuums, sondern stets nur Äußerungen der Wirksamkeit einer Gruppe im soziologischen Sinne. Nicht das Individuum oder der abstrakte Mensch, sondern ein sozialer Komplex, die Gesellschaft", erscheine „deshalb als der eigentliche Träger der anthropogenen Kräfte" (Busch-Zantner 1937: 138). In ihr, der Gesellschaft, fänden die Träger ihre einheitliche Basis, denn es gebe „schlechterdings keine Äußerung des menschlichen Daseins, die nicht gesellschaftlicher Natur" (Busch-Zantner 1937: 140) sei. Somit stand für Busch-Zantner fest, dass eine Ordnung der Kräfte auch „nur von der Soziologie hergestellt werden" (Busch-Zantner 1937: 138) könne. Sie war für ihn im Bereich der Kulturgeographie das, was die *Physik* im Bereich der Naturgeographie war, sie brachte die verschiedenen Faktoren auf einen einheitlichen methodischen

Nenner und sicherte der Kulturgeographie die Gleichwertigkeit gegenüber der physischen Geographie. Fortan standen sich „zwei einander adäquate Bedingungsfelder" (Busch-Zantner 1937: 139) gegenüber.

Busch-Zantner zog daraus jedoch nicht die Konsequenz, die Geographie in zwei Geographien, eine naturwissenschaftliche und eine sozialwissenschaftliche, aufzulösen. Die Geographie habe es mit dem *Raum,* die Soziologie mit der *Gesellschaft* zu tun. Das unterscheide beide. Es genüge daher nicht, „das soziologische Bedingungsfeld beziehungslos neben das geographische [= physische] Bedingungsfeld zu stellen, um zu einer wirklich integralen Raumbetrachtung zu gelangen", die „als Leitmotiv der Geographie jede geographische Darstellung deutlich zu durchziehen" habe, um Geographie zu sein. Allerdings sollten soziologische Verhältnisse nur so weit herangezogen werden, wie „hieraus Einflüsse auf das Landschaftsbild nachweisbar sind" (Busch-Zantner 1937: 141). Das war das von Schlüter festgelegte Relevanzkriterium für die Zuständigkeit des Geographen, den nur anging, was sich im Erdraumbild sichtbar niederschlug. Als Endprodukt einer integralen Betrachtung von physischen und sozialen Faktoren schwebte Busch-Zantner eine *sozialräumliche* Gliederung vor, die ihm „als ein gewisses letztes Ziel der länderkundlichen Anwendung der geographischen Erkenntnis" (Busch-Zantner 1937: 141) galt. Pintschovius' aus geopolitischer Sicht unternommener Versuch, „*nach der Echtheit des sozialen Raumes zu fragen*" und ihn nur als „denktechnische" Größe zu verstehen (Pintschovius 1934: 72), lehnte Busch-Zantner ab. Eine Loslösung „vom Erdboden" und das Zugeständnis einer „völlige[n] Emanzipation [der soziologischen Kräfte] von aller Erdgebundenheit" kam für ihn nicht in Frage: „Denn daß es nicht heißen kann, Raum *oder* Gesellschaft, sondern stets nur Raum *und* Gesellschaft, ist eine Erkenntnis gerade typisch geographischer Natur, die nur geographischer Einsicht in die Rahmenbedingtheit alles Lebens entspringt" (Busch-Zantner 1937: 141).

Dies bekräftigte Busch-Zantner in seiner Dissertation über die „Agrarverfassung, Gesellschaft und Siedlung in Südosteuropa" (1938). Für die Geographie, „die sich in Raumfragen immer die Führung sichern" müsse, könne der „soziale Raum" nur „als ein individueller Teil der Erdoberfläche" verstanden werden, „der seine Charakterisierung und Begrenzung […] durch eine soziale Tatsachenreihe" erfahre, „die nur ihm eigen" sei „und die sich ebenso ursächlich von diesem Raum abhängig" erweise, „wie sie umgekehrt dem Landschaftsbild dieses Raumes wesentliche Züge aufgeprägt" habe. Da jedoch die landeskundlich ausgerichtete „rein beschreibende Soziologie", die „Soziographie", noch „in den Anfängen" stecke, sei für den „im Felde arbeitenden Geographen der Anreiz gegeben, die sozialen Zustände mit in den Beobachtungskreis einzubeziehen", und zwar „mindestens schon darum, weil nur der geographisch geschulte Blick

allein in der Lage“ sei, „die sonst nur zu leicht drohende Gefahr einer von den Raumgebundenheiten gelösten Betrachtung der gesellschaftlichen Dinge zu vermeiden“ (Busch-Zantner 1938: 8 f.).

Für das Problem, dass durch die Verbindung der „Geographie als Naturwissenschaft mit geisteswissenschaftlichem Arbeits- und Rüstzeug“ eine „innere Zwiespältigkeit“ bei der „integralen Raumerfassung“ vorliege, sah Busch-Zantner allerdings keine Lösung. Der „stets wirkende Gegensatz von Naturwissenschaft und Geisteswissenschaft“ lasse im Falle der integralen Raumbetrachtung keinen „Kompromiß“ zu, „nur das alternative Überwiegen“ der einen oder der anderen Seite. Die Sachlage aber spreche für die „Führerrolle“ der Geographie: „Sie allein vermag durch ihre Gebundenheit an die induktive Erkenntnismethode eine feste und bleibende Leitlinie abzugeben, während die Geisteswissenschaft selbst stets einem Wandel unterworfen ist, der sich aus dem Wandel der Weltanschauung und der philosophischen Voraussetzungen ergibt.“ (Busch-Zantner 1938: 10)

Während Busch-Zantner bei einer „integralen Geographie“ blieb, betrachtete Alfred Rühl (1882–1935) in seiner von Steinmetz posthum publizierten „Einführung in die Allgemeine Wirtschaftsgeographie“ (1938) „die beiden Hauptteile der Geographie, die physische Geographie und die soziale Geographie, als getrennte Wissenschaften“, statt „in ihrer Vereinigung und Durchmengung das Ziel zu sehen“ (Rühl 1938: 34). Damit hatte er, Widerstand einkalkulierend, der Länderkunde eine entschiedene Absage erteilt und ihre Auflösung gefordert. Besonders monierte er, dass dort die physische Geographie dominiere und auch der anthropogeographische Teil möglichst naturwissenschaftlich behandelt werde. Schon der Lehrbetrieb und die Bibliotheken zeigten ihm dieses Ungleichgewicht. So begnüge sich der Studienplan beim Menschen „mit bescheidensten Ansprüchen“ und „Allerweltwissen“, und selbst dort, wo Wirtschaftsgeographie betrieben werde, finde man „selten auch nur eine wirtschaftswissenschaftliche oder soziologische Zeitschrift“ (Rühl 1938: 36).

Begonnen hatte Rühl seine wissenschaftliche Karriere, wie viele Geographen seinerzeit, als physischer Geograph. 1912 wurde er von Albrecht Penck mit dem Auftrag an das Berliner *Institut für Meereskunde* geholt, die Wirtschaftsgeographie programmatisch als Naturwissenschaft zu bestimmen, um sie gegen andere Tendenzen, die nach mehr Mensch in der Geographie verlangten, zu immunisieren. Rühl wurde allerdings bald klar, wie unmöglich dies war. Nicht die sog. „geographischen Bedingungen“, sondern der Ziele setzende, nach seinen Kräften handelnde Mensch bestimmte aus seiner Sicht den Umgang mit ihnen. „Der Ausgangspunkt in der sozialen Geographie“ könne daher „nicht die Erdoberfläche, also auch nicht die Naturlandschaft sein, sondern der Mensch, weil nur so die tatsächliche Gestaltung der Wirtschaft begriffen werden“ könne und

sich andernfalls „nur eine mit wirtschaftlichen Tatsachen gespickte physische Geographie" ergebe (Rühl 1938: 53). Nicht der Einfluss der Erdoberfläche oder der geographischen Bedingungen, sondern die „Ziele und Kräfte" des „wirtschaftenden Menschen" würden „die Gestaltung des Wirtschaftslebens bestimmen" (Rühl 1938: 56). Die Wirtschaftsgeographie müsse daher „zu den Sozialwissenschaften" gehen, „wohin sie durch ihr Erfahrungsobjekt gezogen" werde (Rühl 1938: 61). Es sei ein „arger Dogmatismus", wenn Geographen „immer nur hinter den geographischen Momenten", dem natürlichen Milieu, herjagten und „die nicht-geographisch bedingten Kausalfaktoren auf einen geringen Rückstand einschränken" würden (Rühl 1938: 49). Die physische Geographie blieb gleichwohl für Rühl eine der „wichtigsten Grundlagen" der „sozialen Geographie", nur sollte diese von ihr nicht „erdrückt" werden (Rühl 1938: 36).

Besonders erwähnt seien Rühls regionalbezogene „Wirtschaftsgeist"-Studien (vgl. Freund 2011), die an Max Webers und Werner Sombarts einschlägige Arbeiten zu diesem Thema anknüpften, um dem „homo oeconomicus" der Nationalökonomie „eine Anzahl von Typen des Wirtschaftsmenschen einander gegenüberzustellen". Bisher seien diesbezüglich „soziologische Untersuchungen der Kulturvölker […] noch kaum über das erste Stadium hinausgelangt" (Rühl 1928: VIIf.). Steinmetz (1927: 211) lobte speziell die Orient-Studie als gutes Beispiel für einen soziographischen Beitrag, während der Hettner-Schüler Heinrich Schmitthenner (1926: 48) sie als „ein ungeographisches Werk über ein geographisch auffaßbares Thema" disqualifizierte, was nur „methodisch Verwirrung" stifte. Aus heutiger Sicht werden Rühl zwar „manche unzulässigen Verallgemeinerungen" vorgeworfen, zugleich aber zugestanden, dass seine Problemstellung, bezogen auf „kleinere Raumeinheiten" und „soziale Gruppen im engeren Sinne", „zu den ebenso wirtschafts- wie sozialgeographisch wichtigen Fragen der sozialen Steuerungsmechanismen wirtschaftlicher Inwertsetzung" geführt hätten (Thomale 1972: 71 f.; ähnlich Werlen 2000: 82).

Im selben Jahr wie Rühls Schrift zur Wirtschaftsgeographie erschien in der *Slavischen Rundschau* ein Aufsatz von Walther Maas (1901–1976), der schon mit dem Titel anzeigte, dass es dem Autor um das Verhältnis von „Geographie und Soziologie" ging. Ganz in der Tradition Schlüters stehend, wollte er zeigen, dass zur vollständigen Erklärung der äußeren, makroskopisch sichtbaren Verschiedenheit der Kulturlandschaften neben der Geographie auch die Soziologie herangezogen werden müsse (Maas 1938: 177). Sein Fazit lautete nach der Präsentation zahlreicher polnischer Beispiele aus Landwirtschaft und Industrie: „Wir sahen die Landschaftselemente Wälder, Felder, Häuser, Fabriken, Schafherden, Wege, Strombauten. Aber dieselben ordnen sich [nicht nur geographischen, sondern] auch soziologischen Tatbestände ein: äußerer und innerer

Wirtschaftspolitik des Staates, Grundbesitzverhältnisse, Erbschaftsgebräuchen, Feuerpolizei, Heerwesen, Produktionstechniken, Zivilisationsstufen.“ (Maas 1938: 182) Explizit stimmte Maas der Ansicht Haußleiters (s. o.) zu, dass der Anthropogeograph zur Erklärung der Kulturlandschaft „vor der Anwendung sozialwissenschaftlicher Methoden nicht zurückschrecken“ dürfe (Maas 1938: 182; Haußleiter 1924: 420).

7 Die soziologische Sicht auf die Geographie in den 1930er Jahren

1931 erschien, herausgegeben von Alfred Vierkandt, der von der Völkerkunde und Geographie zur Soziologie kam, das für den soziologischen Forschungsstand damals repräsentative „Handwörterbuch der Soziologie“, das zu 62 Themen einen Überblick über den aktuellen Stand soziologischer Erkenntnisse und Bestrebungen geben sollte. Knapp inhaltlich eingegangen wurde auf die Geographie unter den Stichworten „Ländliche Siedlungen“ (Leopold von Wiese), „Städtische Siedlung, Stadt“ (Werner Sombart), „Rasse“ (Friedrich Hertz), „Staat“ (Hermann Heller) und „Soziographie“ (Rudolf Heberle).

Von Wiese sah in einer Siedlung ein „soziales Gebilde, das durch den Willen einer Mehrschaft von Menschen entstanden“ sei „und erhalten“ werde. Nicht der physische Raum, sondern die „*Vereinigung von Menschen*“ und die „bestimmte Art“ ihres „Zusammenlebens und -wirkens“ interessiere den Soziologen, also z. B. im Falle eines Dorfes für „die *Dörfler* (das Dorfleben, das zwischenmenschliche Geschehen im Dorfe), nicht eigentlich“ für das Dorf, „sofern man […] nur an die physisch-räumliche Erscheinung“ denke „oder nur das Verhältnis dieses Stückchens Erdoberfläche zu *dem* Menschen (als Typus) ins Auge“ fasse. Man werde vielmehr anerkennen müssen, „daß das Verhältnis *des* Menschen zur Erdoberfläche ein Gegenstand der Geographie und nach ihren Gesichtspunkten zu behandeln“ sei (von Wiese 1931: 522 f.; vgl. auch von Wiese 1928, s. o.). Sombart listete verschiedene Stadtbegriffe auf, darunter den geographischen, als dessen Vertreter er Ratzel nannte, doch wusste er nicht, „ob sich die Geographen auf Ratzels [synthetischen] Stadtbegriff geeinigt“ (Sombart 1931: 527) hatten. Sie hatten es nicht! Hertz erwähnte die von Montesquieu und Herder wiederbelebte antike Klimatheorie zur Erklärung des menschlichen Temperaments, „die dann von der modernen Anthropogeographie (Ritter, Ratzel) weiter ausgebildet“ (Hertz 1931: 459) worden sei. Heller attestierte der an Ratzel orientierten Politischen Geographie zwar, „das Sosein der einen oder andern Eigenschaft eines bestimmten Staates verständlich“ machen zu können, sie versage aber

darin, sein „Dasein […] als einer handelnden Einheit in der Vielheit natürlicher und gesellschaftlicher Verhältnisse und Handlungen […] zu erklären, weil die gleichen geographischen Bedingungen sowohl politisch integrierend wie desintegrierend zu wirken vermögen" (Heller 1931: 611).

Den für die Geographie interessantesten Handbuch-Beitrag zur „Soziographie" lieferte Rudolf Heberle (1896–1991), der Schüler (und Schwiegersohn) von Ferdinand Tönnies. Letzterer hatte sich in den 1920er Jahren entschlossen, den von Steinmetz geprägten Ausdruck „Soziographie" „für den auf induktiver Forschung beruhenden Teil der Soziologie" (Tönnies 1929: 116) zu übernehmen. Seine Einführung in das Fach endete mit der Mahnung, die Unterschiede zwischen den „Tatsachen des sozialen Lebens" und „denen der Naturforscher […] nie aus den Augen" zu lassen, „weil überall die Gebilde des sozialen Willens, also der sozialen Wesenheiten [Normen, Werte, Institutionen] hineinspielen, die in der übrigen Natur ihresgleichen nicht haben", doch gebe es „keinen zureichenden Grund", die „Tatsachen selber und ihre Kausalität […] nicht zugleich als Tatsachen der Natur […] zu verstehen und zu deuten", vorausgesetzt, man begreife sie „in dem ihr angemessenen weiten Sinne" (Tönnies 1931: 327).

Ausführlich äußerte sich Heberle, der von Tönnies den Begriff der „sozialen Wesenheiten" adoptierte, zur „Empirischen Soziologie (Soziogeographie)" bereits in seiner Probevorlesung im Zuge seiner Habilitation. Ihr Gegenstand sei „das Soziale Leben einer bestimmten Vielheit von Menschen, in der Regel eines konkreten Volkes oder der Teile eines solchen", welche entweder „geographisch bestimmt sein" mochten, „etwa als die Bevölkerung einer bestimmten Provinz, Stadt oder [eines] Stadtteiles", „oder anderweitig […], z. B. als Klassen oder Nationalitäten" (Heberle 1929: 99). Als ihre Tatsachen anerkannte Heberle „nur" die „*sozialen* Tatsachen", die dann vorlagen, wenn ihnen „Bedeutung […] für die Erkenntnis sozialer Wesenheiten, Normen oder Werte usw." (Heberle 1929: 100 f.) zukam.

Auch andere empirische Wissenschaften, die „das menschliche Zusammenleben" betrafen oder ihre Objekte in „sozialem Zusammenhang" betrachteten, gehörten für Heberle zu den soziographischen Disziplinen, die Geographie im Verständnis Ratzels jedoch nicht. In ihrem Fall „wären die Beziehungen des Menschen zur natürlichen Umwelt, nämlich die Bedingtheit des sozialen Lebens durch jene Umwelt, und die Wirkungen der menschlichen Gesellschaft auf die natürliche Umgebung, z. B. die Veränderung der Naturlandschaft unter dem Einfluß der Besiedlung, als Gegenstand der Sozialen Geographie zu betrachten". Die „Soziale Geographie" werde sich aber „der Resultate soziographischer Forschung […] bedienen wollen, ohne selber in die Erforschung des spezifisch 'Sozialen' einzutreten", so wie umgekehrt die Soziographie mit den Ergebnissen

der „das soziale Leben betreffenden“ (Heberle 1929: 101 f.) anderen Wissenschaften verfahren müsse.

Heberles einschlägiger Handwörterbuch-Artikel bestätigte dieses Verfahren wechselseitiger Bezugnahme bei gleichzeitiger Betonung der jeweiligen disziplinären Selbständigkeit: „In Anbetracht der räumlichen Abgrenzung der zu beobachtenden Gruppen ergeben sich enge Beziehungen zur *sozialen Geographie* (Anthropogeographie); die Abhängigkeit des sozialen Lebens von der natürlichen Umwelt und die Wirkungen der menschlichen Besiedlung auf diese wird die soziographische Forschung kennen und berücksichtigen müssen, wenn sie auch nicht ihren eigentlichen Gegenstand bilden.“ (Heberle 1931: 566)

Als Hans Pflug, ein geopolitischer Schriftsteller, 1934 eine „Landschaftsforschung“ propagierte, die „mit dem *Generalthema* ‘*Volk und Raum’* oder ‘*Volk im Raum*’“ eine „*neue Gesamtfragestellung*“ verfolgen und die „gesamte Gestalt eines Raumes und der darin wohnenden Menschen in allen Erscheinungen, Vorgängen, Wirkungen, Bezügen und Entwicklungsmöglichkeiten“ (Pflug 1934: Sp. 1155) interdisziplinär bearbeiten sollte, ergriff Heberle die Gelegenheit, auf die Gefahr hinzuweisen, dass durch eine nicht theoretisch abgesicherte „*allgemeine Bestandsaufnahme des sozialen Lebens einer Landschaft*“ wie einst in der früheren Staatenkunde nur „Zahlenfriedhöfe und Materialdepots geschaffen“ (Heberle 1934: Sp. 1417 f.) würden. Die Tatsachen sprächen „niemals für sich selber“, sie würden nur dem antworten, der zu fragen verstehe, was systematisch ohne Theorie nicht gehe (Heberle 1934: Sp. 1419). Beteiligt sah Heberle an einer gemeinschaftlichen Landschaftsforschung „in erster Linie Geographie, Betriebswissenschaft, Sozialökonomie, Soziologie und Sozialpsychologie“, die „auf Grund genauer, in eigener Anschauung erworbener Kenntnis aller bedeutsamen Tatsachen […] eine synthetische Darstellung der natürlichen, sozialen und geistigen Eigenart des betreffenden Gebietes […] geben und Zusammenhänge“ aufdecken sollten, „die bei weniger intensiver Forschung und fehlender Kooperation leicht unbeachtet bleiben“ (Heberle 1934: Sp. 1417) würden.

Für die Soziologie, auf deren Eigenständigkeit er nachdrücklich pochte, reklamierte Heberle „eine *wichtige Stellung*“ (Heberle 1934: Sp. 1419). Sie sei *erstens,* „überall dort“ zuständig, „wo es sich um die Beschreibung und um das Verstehen der Struktur und des Funktionierens sowie der Entwicklung sozialer Gestalten wie Familie und Haus, Nachbarschaft, Vereine und der durch die Art der Besiedlung bedingten Gemeinwesen ländlicher und städtischer Art“ handele, *zweitens* für das Gebiet „der sozialen *Prozesse:* nämlich der Wanderungen, des sozialen Auf- und Abstiegs und der Zusammenhänge zwischen diesen beiden ‘Bewegungen’, der mit ihnen verknüpften Auslese- und Anpassungsvorgänge“, und schließlich *drittens* wegen der methodischen Kompetenz des Soziologen

und mangels primären Interesses anderer Fächer für die schichtenspezifische „Untersuchung des Grades der 'Bodenständigkeit' und 'Seßhaftigkeit' einer Bevölkerung" sowie der „Bedingungen und […] Wirkungen größerer oder geringerer Fremdbürtigkeit und Mobilität" (Heberle 1934: Sp. 1420).

Als Beispiel solcher gemeinschaftlichen Landschaftsforschung ist Heberles Beteiligung an einer von Kieler Geographen durchgeführten Exkursion in die Lüneburger Heide zu verstehen. Er untersuchte die Bevölkerungs- und Wirtschaftsverhältnisse der bäuerlichen Gemeinden Moide und Suroide nach soziographischen Methoden, die die teilnehmenden Studierenden kennenlernen sollten (zur soziologischen Dorfforschung vgl. auch von Wiese 1928). Es zeigte sich ihm, „daß hier ein bodenständiges, traditionsbewußtes, kirchlich gebundenes und noch in patriarchalischer Hausgemeinschaft lebendes Bauerntum heute vollkommen in die Marktwirtschaft einbezogen ist. Von einer zunehmenden Abkapselung gegenüber der sogenannten Industriegesellschaft kann gar keine Rede sein" (Heberle 1935: 57).

Ein besonderer Schwerpunkt der Forschung waren Heberles Wanderungsstudien. Die 1937 mit dem Statistiker Fritz Meyer veröffentlichte Studie über den „*Wanderungsumschlag in deutschen Städten*" (der A-Teil von Heberle, der B-Teil von Meyer) war „als Beitrag zu einer systematischen soziologisch-ökonomischen Lehre von den Wanderungen" gedacht und sollte Möglichkeiten für eine „*Lenkung der Binnenwanderungen*" aufzeigen, um somit im Rahmen der „Neuordnung des deutschen Volksraums" „einen *Beitrag zur Raumforschung* zu liefern" (Heberle und Meyer 1937: 1, 8). Als Beweggründe für die Wanderungen werden neben wirtschaftlichen auch sozial-kulturelle genannt. Die Wanderungshäufigkeit hängt ab von Strukturen, Konjunkturverläufen und Saisoneinflüssen. Klassische landschaftsgeographische Argumente kommen nicht vor. Die Studie fand keinen Niederschlag in der damaligen geographischen Literatur, aber wohl auch sonst kaum, weil Heberle 1938 in die Vereinigten Staaten auswandern musste (vgl. Waßner 1995). Umgekehrt ging der B-Teil der Studie positiv auf die Arbeit des Geographen Walter Christaller über „Die zentralen Orte in Süddeutschland" ein (Christaller 1933: 156), die unter traditionellen Geographen als wirklichkeitsfremd galt, weil sie als abstrakte Raumtheorie eine völlig gleichförmige Modell-Landschaft unterstellte, die den konkreten Verhältnissen der Erdoberfläche nicht gerecht werde.

Wie dagegen das Wanderungsthema *geographisch* anzugehen war, zeigt Hassingers Beitrag zur „Geographie des Menschen" (s. o.). Zwar hielt er es für falsch, „alle Wanderungen als biologische, durch physisch-geographische Vorgänge und Zustände bedingte Ereignisse aufzufassen" (Hassinger 1933: 236), doch beließ er es bei einer stichwortartigen Aufzählung alternativer Ursachen,

während der Schwerpunkt seiner Ausführungen beim Bodenrelief, der Pflanzendecke, dem Klima und den entsprechenden Anpassungserscheinungen beim Menschen lag. Und so überrascht es nicht, dass die Bewegungen der Wüsten-, Steppen-, Berg- und Waldvölker und ihre „Spuren der Bewegung in der Landschaft", die sich „als Pfade und Wege einprägen", für Hassinger „ganz besonders geographischer Betrachtung" (Hassinger 1933: 234) würdig waren. Ebenso „der Wanderzug der Nordvölker nach südlichen Sonnenländern" und ihre „klimatische Anpassung", die „Abdrängung" von Stämmen „in kargere Landschaften, an die Peripherie der Ökumene, in Gebirge, Wüsten, Steppen und Urwälder", und nicht zuletzt die „Europäisierung und Kolonisation der Erde" und damit verbunden die Frage „der Tragfähigkeit und Aufteilung des Lebensraumes" (Hassinger 1933: 237).

Bleibt noch festzuhalten, dass eine interdisziplinäre „Landschaftsforschung", wie sie von Pflug gefordert und von Heberle zugunsten der Soziologie modifiziert wurde, für die Geographie nicht ohne Risiko war; denn ihr Anspruch, die *Ganzheit* der Landschaft *allein* zu stemmen, wäre hinfällig geworden. Ja sogar die Identität des Faches, das in der Landschaft seinen ureigenen Gegenstand gefunden hatte, den ihr „keine Sachwissenschaft rauben" (Lautensach 1933: 30) könne, wäre gefährdet gewesen und damit auch der exklusive Anspruch, den Riss zwischen den beiden Hauptgruppen der Wissenschaften durch das geographische Synthesedenken überbrücken zu können. Der schon von Rühl prognostizierte „Zerfall der geographischen Gesamtwissenschaft" (Rühl 1938: 32) trat jedoch vorerst nicht ein, die Mehrheit der Geographen hielt an der Geographie als Einheitswissenschaft fest.

8 Ungeschehene Wissenschaftsgeschichte

Allerdings gab es schon im 19. Jahrhundert Gegenstimmen zum Einheitspostulat. So war sich z. B. der Pädagoge Karl Mager (1810–1858) sicher, dass die Theorien und Tatsachen der Geographie nicht „consubstanzial" seien und man „von vornherein" zwischen „eine[r] natürliche[n] und eine[r] menschliche[n] Erdkunde" unterscheiden müsse, und zwar nicht etwa nur im Sinne von zwei Teilen, „sondern zwei *Arten* oder *Gattungen*" die „generisch verschieden" seien, „gerade so scharf und so genau, wie z. B. die somatische Anthropologie […] von der pragmatisch-historischen […], obschon es nicht an Wirrköpfen gefehlt" habe, „die auch hier vereinigen wollten" (Mager 1846: 396).

Besonders pointiert urteilte der Straßburger Geographieordinarius Georg Gerland (1833–1919), der zu der Einsicht gelangt war, dass der Mensch als ein

nach Motiven handelndes, wollendes Wesen nicht in eine naturwissenschaftliche Geographie gehöre, er stehe vielmehr „selbständig und eigenartig der Natur gegenüber". Seine Reaktionen könne man nicht durch induktive Beobachtung erschließen, sondern nur gefühlsmäßig begreifen: „Wir verstehen die menschliche Reaction nur, weil wir selbst Menschen sind und uns mitfühlend in andere hineinversetzen können." Daher komme nur die „psychologische oder psychophysische" Methode der Forschung in Frage, die zwischen „Induction und Schluss noch das eigenartige Wesen der Seele als Durchgangsmedium" einschiebe, „was bei […] rein exacten Schlüssen nicht der Fall" (Gerland 1887: XXV f.) sei.

Hätte sich dieses Pochen auf den prinzipiellen Unterschied naturwissenschaftlicher und sozialwissenschaftlicher Herangehensweisen beim Umgang des Menschen mit der Natur durchgesetzt, wäre womöglich der Weg für eine „Gesellschaftsgeographie" ohne Bezug auf die „geographische Bedingtheit", auf das „Wesen" und/oder das „Bild" der „Länder" und „Landschaften" schon vor dem Ersten Weltkrieg freigeworden und die Krux der Geographen mit der Landesnatur erledigt gewesen. So aber kam eine breite Hinwendung der Geographie des Menschen zu den Sozialwissenschaften erst nach dem Zweiten Weltkrieg gegen heftigen Widerstand seiner Verteidiger allmählich in Gang, die befürchteten, mit einer stärkeren Berücksichtigung sozialer Gruppen in der Geographie ungewünscht und unversehens in der Soziologie zu landen und keine echten Geographen mehr zu sein. Am Ende stand gar die Angst, die Geographie würde ohne Natur- bzw. Landschaftsbezug nur noch eine Summe von mehr oder weniger verbundenen Einzelwissenschaften sein.

Literatur

Baker, Paul (1973): „The Life histories of W. I. Thomas and Robert E. Park", in: American Journal of Sociology 79 (2), S. 243–260.

Bobek, Hans (1948): „Stellung und Bedeutung der Sozialgeographie", in: Erdkunde 2, S. 118–125.

Braun, Gustav (1924): Die Nordischen Staaten Norwegen, Schweden, Finnland. Eine soziologische Länderkunde. Einführung und Grundlagen, Breslau 1924: Ferdinand Hirt.

Busch-Zantner, Richard (1937): „Ordnung der anthropogenen Faktoren", in: Petermanns Mitteilungen 83, S. 138–141.

Busch-Zantner, Richard (1938): Agrarverfassung und Siedlung in Südosteuropa unter besonderer Berücksichtigung der Türkenzeit. Diss. Phil. Fak. Erlangen, Leipzig: O. Harrassowitz.

Christaller, Walter (1933): Die zentralen Orte in Süddeutschland, Jena: G. Fischer.

Fliedner, Dietrich (1993): Sozialgeographie, Berlin/New York: Walter de Gruyter.

Freund, Bodo (2011): „Der Wirtschaftsgeist – von Alfred Rühl bis heute“, in: Bernhard Nitz et al. (Hg.), 1810–2010: 200 Jahre Geographie in Berlin [etc.], 2. Aufl., Berlin: Selbstverl. d. Geogr. Inst. d. Humboldt-Universität zu Berlin, S. 197–237.
Friedrich, Ernst (1909): „Die Fortschritte der Anthropogeographie (1891–1907)“, in: Geographisches Jahrbuch 32, S. 1–68.
Gerland, Georg (1887): „Vorwort des Herausgebers“, in: Beiträge zur Geophysik 1, S. I–LIV.
Granö, Johannes Gabriel (1927): Die Forschungsgegenstände der Geographie, Helsinki-Helsingfors: Tilgmann.
Groß, Matthias (2001): Die Natur der Gesellschaft. Eine Geschichte der Umweltsoziologie, Weinheim/München: Juventa.
Günther, Adolf (1925): „Soziologie und Sozialpolitik“, in: Verhandlungen des Vierten Deutschen Soziologentages, Tübingen: J. C. B. Mohr, S. 8–70.
Günther, Adolf (1927): „Soziologie des Grenzvolks, erläutert an den Alpenländern“, in: Jahrbuch für Soziologie. Eine internationale Sammlung 3, S. 200–234.
Günther, Adolf (1930): Die alpenländische Gesellschaft, Jena: G. Fischer.
Hassinger, Hugo (1919): „Über einige Aufgaben geographischer Forschung und Lehre“, in: Kartographische und schulgeographische Zeitschrift 8, S. 65–76.
Hassinger, Hugo (1933): „Die Geographie des Menschen (Anthropogeographie)“, in: Fritz Klute (Hg.), Handbuch der Geographischen Wissenschaften. Allgemeine Geographie, Teil 2: Das Leben auf der Erde, Potsdam: Akad. Verl.-Ges. Athenaion, S. 167–542.
Hassinger, Hugo (1941): „Kulturgeographie – ‘Sociographie’“, in: Petermanns Geographische Mitteilungen 87, S. 314–315.
Haußleiter, Otto (1924): „Wirtschaft und Staat als Forschungsgegenstand der Anthropogeographie und der Sozialwissenschaften“, in: Weltwirtschaftliches Archiv 20, S. 408–442.
Haußleiter, Otto (1924/1925): „Zur Erforschung der geographischen Einflüsse im sozialen Geschehen“, in: Kölner Vierteljahrshefte für Soziologie 4, S. 95–102.
Heberle, Rudolf (1929): „Soziographie“, in: Sonderabzug aus Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reiche 53, S. 95–114.
Heberle, Rudolf (1931): „Soziographie“, in: Alfred Vierkandt (Hg.), Handwörterbuch der Soziologie, Stuttgart: F. Enke, S. 564–568.
Heberle, Rudolf (1934): „Aufgaben und Anwendung der Soziologie in der Landschaftsforschung“, in: Soziale Praxis 43 (48), Sp. 1417–1422.
Heberle, Rudolf (1935): „Soziographie“, in: Die Heidedörfer Moide und Suroide, Kiel: Geographisches Institut der Universität Kiel, S. 47–57.
Heberle, Rudolf/Fritz Meyer (1937): Die Großstädte im Strome der Binnenwanderung, Leipzig: S. Hirzel.
Heller, Hermann (1931): „Staat“, in: Alfred Vierkandt (Hg.), Handwörterbuch der Soziologie, Stuttgart: F. Enke, S. 608–616.
Hellpach, Willy (1911): Die geopsychischen Erscheinungen. Wetter, Klima und Landschaft in ihrem Einfluß auf das Seelenleben, Leipzig: W. Engelmann.
Hertz, Friedrich (1931): „Rasse“, in: Alfred Vierkandt (Hg.), Handwörterbuch der Soziologie, Stuttgart: F. Enke, S. 458–466.
Hettner, Alfred (1919): Die Einheit der Geographie in Wissenschaft und Unterricht, Berlin: E. S. Mittler und Sohn.

Hettner, Alfred (1927): Die Geographie. Ihre Geschichte, ihr Wesen und ihre Methoden, Breslau: F. Hirt.
Hettner, Alfred (1929): Der Gang der Kultur über die Erde, 2., umgearb. u. erw. Aufl., Leipzig/Berlin: B. G. Teubner.
Lautensach, Hermann (1926): Allgemeine Geographie. Ein Handbuch zum Stieler, Gotha: J. Perthes.
Lautensach, Hermann (1933): „Wesen und Methoden der Geographischen Wissenschaft", in: Fritz Klute (Hg.), Handbuch der Geographischen Wissenschaften. Allgemeine Geographie, Teil 1: Physikalische Geographie, Potsdam: Akad. Verl.-Ges. Athenaion, S. 23–56.
Maas, Walther (1938): „Geographie und Soziologie", in: Slavische Rundschau 10, S. 176–182.
Máday, André de (1909): „Die Gesellschaft", in: Geographisches Jahrbuch 32, S. 35–44.
Mager, Karl (1846): „Einige Gedanken über die sog. Erdkunde", in: Pädagogische Revue. 12, S. 393–415.
Pflug, Hans (1934): „Zur Aufgabe und Methodik der Landschaftsforschung", in: Soziale Praxis 43 (48), Sp. 1153–1163.
Pintschovius, Karl (1934): Das Problem des sozialen Raumes, Berlin-Charlottenburg: K. Vowinckel.
Ratzel, Friedrich (1882): Anthropo-Geographie oder Grundzüge der Anwendung der Erdkunde auf die Geschichte, Stuttgart: J. Engelhorn
Ratzel, Friedrich (1898): Deutschland. Einführung in die Heimatkunde, Leipzig: W. Grunow.
Ratzel, Friedrich (1899): Anthropogeographie oder Grundzüge der Anwendung der Erdkunde auf die Geschichte, 2., stark umgearbeitete Aufl., Stuttgart: J. Engelhorn.
Ratzel, Friedrich (1903): Politische Geographie oder die Geographie der Staaten, des Verkehres und des Krieges, 2., umgearb. Aufl., München/Berlin: R. Oldenbourg.
Rühl, Alfred (1928): Vom Wirtschaftsgeist in Spanien, 2. Aufl., Leipzig: Quelle & Meyer.
Rühl, Alfred (1938): Einführung in die allgemeine Wirtschaftsgeographie, Leiden: A. W. Sijthoffs.
Schlüter, Otto (1919): Die Stellung der Geographie des Menschen in der erdkundlichen Wissenschaft, Berlin: E. S. Mittler & Sohn.
Schmidt, Peter Heinrich (1925): Wirtschaftsforschung und Geographie, Jena: G. Fischer.
Schmidt, Peter Heinrich (1932): Einführung in die allgemeine Geographie der Wirtschaft, Jena: G. Fischer.
Schmidt, Peter Heinrich (1937): Philosophische Erdkunde. Jena: G. Fischer.
Schmitthenner, Heinrich (1926): [Besprechung von:] „Rühl, Alfred. Vom Wirtschaftsgeist im Orient", in: Geographische Zeitschrift 32, S. 48.
Simmel (1908): Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung, Leipzig 1908: Duncker & Humblot.
Sombart, Werner (1931): „Siedlungen. II. Städtische Siedlung, Stadt", in: Alfred Vierkandt (Hg.), Handwörterbuch der Soziologie, Stuttgart: F. Enke, S. 527–533.
Sorokin, Pitirim (1927): Social mobility, New York/London: Harper.
Spann, Othmar (1914): Kurzgefaßtes System der Gesellschaftslehre, Berlin: Guttentag.
Steinmetz, Rudolf Sebald (1912/1913): „Die Stellung der Soziographie in der Reihe der Geisteswissenschaften", in: Archiv für Rechts- und Wirtschaftsphilosophie 6, S. 492–501.

Steinmetz, Rudolf Sebald (1927): „Das Verhältnis von Soziographie und Soziologie“, in: Verhandlungen des Fünften Deutschen Soziologentages, Tübingen: Mohr, S. 217–225, Diskussion: S. 226–227.

Thomale, Eckhard (1972): Sozialgeographie. Eine disziplingeschichtliche Untersuchung zur Entwicklung der Anthropogeographie, Marburg: Selbstverl. d. Geogr. Inst. der Universität Marburg.

Tiessen, Ernst (1927): „Die Eingrenzung der Geographie“, in: Petermanns Mitteilungen aus Justus Perthes’ Geographischer Anstalt 73, S. 1–9.

Tönnies, Ferdinand (1911): „Wege und Ziele der Soziologie“, in: Verhandlungen des Ersten Deutschen Soziologentages, Tübingen: J. C. B. Mohr, S. 17–38.

Tönnies, Ferdinand (1929): „Die Statistik als Wissenschaft“ [Aufsatz von 1919 nebst einem Nachwort]. In: Soziologische Studien und Kritiken, 3. Sammlung, Jena: G. Fischer, 85–116.

Tönnies, Ferdinand (1931): Einführung in die Soziologie, Stuttgart: F. Enke.

Troll, Carl (1939): „Luftbildplan und ökologische Bodenforschung“, in: Zeitschrift der Gesellschaft für Erdkunde zu Berlin o. Jg., S. 241–298.

Vierkandt, Alfred (Hg.) (1931): Handwörterbuch der Soziologie, Stuttgart. F. Enke.

Wardenga, Ute (1991): Geographie als Chorologie. Zur Genese und Struktur von Alfred Hettners Konstrukt der Geographie, Wiesbaden: F. Steiner.

Waßner, Rainer (1995): Rudolf Heberle. Soziologie in Deutschland zwischen den Weltkriegen, Hamburg: R. Fechner.

Werlen, Benno (2000): Sozialgeographie, Bern/Stuttgart: P. Haupt.

Wiese, Leopold von (1928): „Die Problematik einer Soziologie des Dorfes“, in: Leopold von Wiese (Hg.).: Das Dorf als soziales Gebilde, München/Leipzig: Duncker & Humblot, 1–9.

Wiese, Leopold von (1929/1930): „Adolf Günthers Alpenwerk“, in: Kölner Vierteljahrshefte für Soziologie 8, S. 421–427.

Wiese, Leopold von (1931): „Siedlungen. I. Ländliche Siedlungen“, in: Alfred Vierkandt (Hg.), Handwörterbuch der Soziologie, Stuttgart: F. Enke, S. 522–526.

Hans-Dietrich Schultz, Dr. rer. nat., Dr. phil. habil., geb. am 19.02.1947 in Gronau (Leine), bis 2012 Prof. der Didaktik der Geographie an der Humboldt-Universität zu Berlin. Forschungsschwerpunkte: Geschichte der Geographie und Schulgeographie des 19. und 20. Jahrhunderts und ihrer Raumkonstruktionen.

Die Ethnosoziologie im deutschen Sprachraum 1918–1945

Justin Stagl

Inhaltsverzeichnis

1 Begriff und Thematik – Edward Westermarck 202
2 Richard Thurnwald 206
3 Wilhelm Emil Mühlmann 211
4 Fazit. 216
Literatur. 219

Zusammenfassung

Der Artikel stellt zuerst die Entstehung der Ethnosoziologie als Soziologie der Stammesgesellschaften dar, wobei das Schwergewicht auf E. Westermarck und seiner Schule liegt, dann Laufbahn und Œuvre der beiden bedeutendsten deutschsprachigen Ethnosoziologen R. Thurnwald und W. E. Mühlmann in der Zwischenkriegszeit und unter dem Nationalsozialismus, schließlich konfrontiert er die Ethnosoziologie mit den eher apolitischen kulturhistorischen und kulturrelativistischen Richtungen der Ethnologie als eine notwendigerweise politische Disziplin.

Schlüsselwörter

Ethnosoziologie · Funktionalismus · Westermarck · Thurnwald · Mühlmann

J. Stagl (✉)
Wien, Österreich
E-Mail: justin-stagl@web.de

© Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2022

K. Acham und S. Moebius (Hrsg.), *Soziologie der Zwischenkriegszeit. Ihre Hauptströmungen und zentralen Themen im deutschen Sprachraum*,
https://doi.org/10.1007/978-3-658-31401-9_7

1 Begriff und Thematik – Edward Westermarck

Als „soziologische Disziplin, die sich mit den sozialen Strukturen der Naturvölker befaßt“, steht die Ethnosoziologie zwischen der Ethnologie, aus der ihr Material stammt, und der Soziologie, mit deren Begriffen sie arbeitet (Thiel 1983: 12 f.). Wir können nicht angeben, wann, wo und von wem der Begriff geprägt wurde, ob nebenbei oder gezielt, ob ein- oder mehrmals. Da die beiden Disziplinnamen aber schon vorhanden waren, lag die Begriffsprägung nahe. Geläufig ist „Ethnosoziologie“ besonders in Skandinavien und im deutschen Sprachraum (Hultkrantz 1960: 115). In Skandinavien erschien der Name früher, und zwar in der Schule Edward Westermarcks (Eskeröd 1954). Im Deutschen ist er mit der Schule Richard Thurnwalds verbunden und meint „ungefähr (eben nicht ganz)“ dasselbe wie „Social Anthropology“ im Englischen (Mühlmann 1966: 10). Ähnlich vorsichtig drücken sich Goetze und Mühlfeld (1984: 5, 10) aus. Darauf wird zurückzukommen sein.

Eine solche Zwischendisziplin benötigte die Ethnologie wie die Soziologie. Jene war in der deutschen Aufklärung als die Lehre vom „Menschengeschlecht“ in seinen Völkern und Stämmen hervorgetreten (Vermeulen 2015), diese in der Revolutionsperiode als Theorie der Moderne, die als höchste Entwicklungsstufe der Menschheit dazu bestimmt erschien, sich über die Erde zu verbreiten und alles Vormoderne in sich aufzunehmen (Jonas 1968–1969, Bd. 1). In dieser Konstellation kam den „Naturvölkern“ bzw. „primitiven Gesellschaften“ eine strategische Bedeutung zu, schienen sie doch die einfachste und somit ursprüngliche Gesellschaftsformation darzustellen, aus welcher die „sozio-kulturelle Evolution“ alle komplexen Formationen hervorgebracht habe (Stocking 1987: 169–179). Die Frage nach Ursprung und Wesen der Moderne musste also bei ihnen ansetzen.

Dazu erwies es sich als nötig, erst einmal das relevante Material zusammenzutragen. Herbert Spencer ließ etwa aus Reiseberichten die „Fakten“ exzerpieren und mittels eines alle Lebensbereiche einbeziehenden Beschreibungsschemas aufbereiten (*Descriptive Sociology; or, groups of sociological facts, classified and arranged,* 8 Bde. in Folio, 1873–1881). Ähnliches unternahm ein Schüler Auguste Comtes, Charles Letourneau, für Frankreich (*La Sociologie d’après l’ethnographie,* 1880). Derart strukturierte Datensammlungen waren soziologische Äquivalente der Völkerkundemuseen. Die großen Evolutionstheoretiker der Epoche, Lewis Henry Morgan, Edward Burnett Tylor, Johann Jakob Bachofen, James Frazer oder Emile Durkheim, legten jeder für sein Spezialthema auch noch eigene Datensammlungen an. Etwas einfacher machte es sich Friedrich

Engels, indem er die Daten Morgans im sozialistischen Sinne interpretierte (*Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates. Im Anschluß an L. H. Morgans Forschungen,* 1884). Es gab somit am Ende des 19. Jahrhunderts bereits eine ethnologisch-soziologische Zwischendisziplin. Doch wie sollte sie genannt werden? Eigens dazu trafen sich 1909 Lehrende beider Fächer aus Oxford, Cambridge und London, die sich für „Social Anthropology" entschieden (Radcliffe-Brown 1952: 276). Dabei meinte „Anthropology" die Lehre vom Menschen als leib-seelischem Wesen überhaupt, „Social" die soziologische Spezialisierung. Diese Bezeichnung setzte sich in Großbritannien durch (nicht in den USA, die sich für „Cultural Anthropology" entschieden). Im englischen Sprachraum bestanden aber die älteren Disziplinnamen Ethnology, Ethnography und Folklore für das Studium musealer Objekte, außereuropäischer Stammesgesellschaften und der Populärkultur daneben noch weiter (vgl. Kuper 1973: 14–18).

Der finnländische Schwede Edvard (Edward) Westermarck (1862–1939) hatte in für das kulturell nach Deutschland orientierte Nordeuropa untypischer Weise das Doktorat in England gemacht. Er war von den schon genannten großen britischen Evolutionstheoretikern angezogen worden. Aber er gehörte bereits einer jüngeren Generation an, die von den außereuropäischen Stammesgesellschaften schon einen deutlicheren Begriff besaß, aufgrund dessen sie die alle menschlichen Gesellschaften umfassenden Großtheorien der „Gründerväter" einer kritischen Revision unterzog. Westermarck glaubte nicht mehr an eine unilineare Entwicklung der Menschheit, die allenthalben, obzwar in unterschiedlichem Tempo, dieselben Stadien durchlaufen habe oder noch zu durchlaufen hätte (vgl. Ihanus 1999). Seine Dissertation *The History of Human Marriage* (1889–1891) machte Epoche. Sie bestritt die Voraussetzung Morgans, Bachofens und Engels', dass sich die Ehe von einem Stadium ungeregelter Sexualität über ein „mutterrechtliches" zum heutigen „vaterrechtlichen" Stadium und in diesem von der Vielehe zur Einehe weiterentwickelt habe. Im übrigen vertritt sie die später von Claude Lévi-Strauss so brillant entfaltete These, dass Ehe, Familie und Verwandtschaft ihren Ausgang vom Inzesttabu genommen hätten, sowie die subsidiäre These, dass dieses Tabu aus der Hemmung der sexuellen Attraktion durch die familiale Vertrautheit zu erklären sei („familiarity breeds contempt"). Von der Psychoanalyse später ridikülisiert (wozu etwas noch eigens verbieten, das ohnehin niemand will?) wird sie heute als „Westermarck-Effekt" in der Soziobiologie wieder ernst genommen (vgl. De Smet et al. 2014). Der Ruhm dieser Dissertation führte Westermarck auf Professuren in Helsinki (1906) und an der London School of Economics (1907). Zwischen den beiden teilte er sich nun semesterweise,

während er die Zwischenperioden (insgesamt sieben Jahre) in Marokko verbrachte, wofür er sich Arabisch und Berbersprachen angeeignet hatte. Er selbst sah die Monographie *Ritual and Belief in Morocco* (2 Bde., 1926) als sein Meisterwerk an. So pendelte der Theoretiker der menschlichen Ehe unverheiratet zwischen drei Destinationen, die ihm Heimat und Fremde zugleich waren (Ihanus 1999; Lyons 2008).

Wenn Westermarck als Kulturvermittler zwischen England und dem Kontinent Social Anthropology nicht einfach mit „Sozialanthropologie" wiedergab, dann weil dieser Begriff hier schon besetzt war. So nannte sich eine Disziplin, welche die biologische Vererbungslehre auf die Selbstreproduktion moderner Gesellschaften anwandte und sich dabei statistischer Methoden bediente (vgl. etwa Ammon 1895). Das Hauptverdienst dieser Sozialanthropologie war „eine umfassende Forschung nach den Beziehungen zwischen sozialer Mobilität und Fluktuationen (Wanderungen, sozialer Auf- und Abstieg) zu den sozialen Kräften ins Rollen gebracht zu haben" (Mühlmann 1968: 115). Ein ziemlich verhaltenes Lob! Denn sie war keine rein akademische, vielmehr eine politische Disziplin, die sich lebens- und sozialreformerischen Tendenzen als Legitimationsinstanz anbot, wobei sie den Anspruch erhob, zugleich Natur- und Sozialwissenschaft zu sein. Vor allem war die wichtigste soziale Kraft für sie die „Rasse" (im Sinne der auf Amédée Thierry und Arthur de Gobineau zurückgehenden Rassenlehre). Dabei konzentrierte sie sich auf moderne Gesellschaften, für die damals allein statistisch brauchbare Daten zur Verfügung standen.

Westermarck und seine Schüler stützten sich dagegen auf ein ganz anderes Datenmaterial, nämlich auf die gerade durch sie selbst entscheidend verbesserte Beschreibung von Stammesgesellschaften. Zunächst von außereuropäischen, dann zunehmend auch von vergleichbaren Gruppierungen in Europa, etwa den finnisch-skandinavischen Samen („Lappen"), den sich über die Blutrache definierenden nordalbanischen Stämmen oder „Zigeunern", zuletzt dann auch von „Peasants" oder den „Folk-Gesellschaften" genannten traditionalistischen Gruppierungen (vgl. etwa Redfield 1966). Damit kam die von ihnen betriebene Ethnosoziologie freilich einer schon etablierten Disziplin ins Gehege, der Volkskunde/Folklore. Weil diese sich aber gerade in England vor allem mit der materiellen und geistigen Volkskultur befasste und somit das soziale Feld freigab, hatte die britische Social Anthropology hier weniger Abgrenzungsprobleme (vgl. Stagl 1981: 39–45; Gerholm 1995). Zu diesen Problemen später. Wie er selbst verbanden auch die Schüler Westermarcks die weltweite Perspektive mit der intensiven Erforschung zumindest *einer* Stammesgesellschaft in allen ihren sozio-kulturellen Aspekten einschließlich der Sprache. Dieses totale Eintauchen

in die fremde Lebenswirklichkeit führte zu einer wechselseitigen Identifikation von Forscher und Erforschten, wie man sie sonst nur mit der eigenen Kultur und Gesellschaft durch das Aufwachsen darin gewinnt – zumindest anspruchs- und annäherungsweise. Mit ihr musste freilich die innere Distanzierung des Wissenschaftlers von seiner Umgebung verbunden sein, die man erst später im Leben erwirbt und die es dem Forscher gestatten sollte, die angestammte wie die hinzugewonnene Bezugsgruppe als Ganzheiten in den Blick zu nehmen und in einen weltweiten Vergleich einzubringen. In London wurde Westermarcks einflussreichster Schüler Bronislaw Malinowski (1884–1942), der nach seiner kriegsbedingten stationären Forschung auf dem Trobriand-Archipel (östlich von Neuguinea) zu einem der beiden Schulhäupter der Social Anthropology aufstieg (vgl. Kuper 1973: 13–50). Die bekanntesten Schüler in Finnland wurden Gunnar Landtman (1878–1940), Rafael Karsten (1879–1956) und Hilma Granqvist (1890–1972). Der Philosoph Landtman, später Lehrstuhlnachfolger Westermarcks, hatte noch vor Malinowski zwei Forschungsjahre in Südneuguinea verbracht (vgl. Landtman 1927); Karsten arbeitete während des Krieges bei den Jibaro in Ost-Ecuador (vgl. Karsten 1923) und später auch bei den heimischen Samen als ein „Pionier der Feldforschung“ (Münzel im Druck); Granqvist hatte vier Jahre in einem palästinensischen Dorf verbracht (vgl. Granqvist 1931–1935). Die Betrachtung fremder Lebensformen als in sich stimmige und funktionierende Ganzheiten durch diese Autoren („Funktionalismus“) lag offensichtlich quer zu den aus zusammengelesenen Einzelbeobachtungen destillierten Entwicklungssequenzen der vorangegangenen Generation („Evolutionismus“). In ihr bekam die Social Anthropology/Ethnosoziologie eine Nadel in die Hand, um die evolutionistischen Luftballons zum Platzen zu bringen. Doch wie aufwendig auch immer erworben: solche Lokalkenntnis konnte nur im Vergleich Früchte tragen. Der Vergleich aber hatte von der Einzigartigkeit der verglichenen Objekte abzusehen und sich auf das zu beschränken, was typisch an ihnen war (Stagl 1993a, b). Der Funktionalismus trat aber nicht nur der (voreiligen) Evolutionstheorie, er trat auch der vorherrschenden geographisch-historisch-psychologisch orientierten Richtung der Ethnologie („Diffusionismus“) entgegen. Gerade in Skandinavien und noch mehr in Finnland war diese Richtung eng mit der nationalen Selbstwerdung verschwistert (vgl. Gerholm 1995; Pentikäinen 1999; Branch 1999). Sie dominierte aber auch im deutschen Sprachraum. Während der Funktionalismus in Großbritannien mit seinem weiten Kolonialbereich in der ethnologischen Theorie führend wurde, blieb er in Skandinavien/Finnland auf den Status einer Minderheitsschule beschränkt.

2 Richard Thurnwald

Im deutschen Sprachraum gelangte der Funktionalismus in der Zwischenkriegszeit nicht einmal so weit (vgl. Milke 1937). Die Ethnosoziologie war hier „im Grunde zunächst ein Einmannunternehmen (Richard Thurnwald), dem ein weiteres Einmannunternehmen (Wilhelm Mühlmann) folgte“ (Petermann 2004: 765). Richard Thurnwald (1869–1954) stammte aus einem gutgestellten, gebildeten Wiener Bürgerhaus und hatte neben dem Studium der Rechte auch noch Nationalökonomie, Geschichte und orientalische Sprachen gehört. Diese letzteren verrieten sein eigentliches Lebensziel: Der junge Jurist ließ sich zunächst nach Bosnien versetzen, um dort das traditionelle Handwerk zu studieren; das Interesse an der balkanischen Großfamilie (Zadruga) eröffnete ihm die Ethnologie. Hinzu trat der prägende Einfluss des Grazer Soziologen Ludwig Gumplowicz (*Der Rassenkampf,* 1883), welcher die Entstehung des Staates aus der „Überlagerung“ sesshafter Bodenbauer durch organisatorisch begabte Nomaden zu erklären suchte (vgl. Mühlmann 1964: 248–319). Thurnwald stand als Sportsmann, Alpinist und entschiedener Antialkoholiker überdies der Lebensreform und der Sozialanthropologie nahe. Nachdem er sich eine Orientreise gegönnt hatte, ging er zum Weiterstudium der Ägyptologie und Altorientalistik nach Berlin, wo er schließlich eine Stelle am Völkerkundemuseum annahm. Er beteiligte sich auch an der Gründung einer „Gesellschaft für Rassenhygiene“. Ein neuer lebensbestimmender Einfluss kam von Wilhelm Wundt, dessen *Völkerpsychologie* (10 Bde., 1900–1921) eine entwicklungstheoretische Zusammenfassung von Sprache, Mythos und Sitte der Menschheit bot (zur Biographie Thurnwalds vgl. Melk-Koch 1989).

Von 1906–1909 und 1912–1915 führte Thurnwald Feldforschungen in den deutschen „Schutzgebieten“ Inselmelanesiens und Neuguineas durch. Im Unterschied zu denen der Westermarck-Schüler waren Thurnwalds Forschungen nicht stationär: eine Sammelreise für das Berliner Museum, weitgestreute ethnopsychologische, -soziologische und -linguistische, dazu physisch-anthropologische, geographische, kartographische, kolonialadministrative, kurz enzyklopädische Untersuchungen, zum Schluss auch eine Entdeckungsreise. Mit dieser unterschiedlichen Forschungspraxis hängt auch der von Mühlmann sowie seinen Schülern Goetze und Mühlfeld nur angedeutete Unterschied zwischen der Social Anthropology und Thurnwalds Ethnosoziologie zusammen: das vergleichende Interesse überwiegt hier das beschreibende. Auf der Entdeckungsreise im Quellgebiet der Sepik (damals Kaiserin-Augusta-Fluss) war Thurnwald als erster Weißer bis zum Rande des Hochlandes von Neuguinea vorgedrungen. Dort hätte die größte ethnographische Entdeckung des 20. Jahrhunderts seiner geharrt, eine

bislang völlig unbekannte, eine Million zählende Bevölkerung. Doch nun kam der Krieg dazwischen. Immerhin konnte Thurnwald als feindlicher Ausländer, wenn auch unter Verlust eines Gutteils seiner Unterlagen, in die neutralen USA ausreisen. In Berkeley fand er Unterschlupf, musste aber mit dem Kriegseintritt der USA höchst ungern zurück nach Deutschland, wo er als Reserveoffizier an der Westfront eine neue Verwendung fand. Überblickt man seine Lehr- und Wanderjahre, findet man ein weitgespanntes, Entlegenes zusammenführendes Ingenium, gute Kondition und die Veranlagung zum Einzelgänger. Oft stellen Feldforscher „draußen" eine Geistesgegenwart und Anpassungsfähigkeit unter Beweis, die ihnen daheim abgeht: war ihnen die Fremde zur Heimat geworden, so auch die Heimat zur Fremde (Stagl 1981: 65–96). Im Gegensatz zur Fülle und Bedeutung seiner Arbeiten verlief seine Universitätskarriere denn auch schleppend.

Thurnwalds enzyklopädisch angelegte Forschungen hatten ihn von den evolutionistischen und rassenkundlichen Scheuklappen befreit. Er sah in den Erforschten nunmehr entscheidungsbefähigte Persönlichkeiten, die sich von ihm selber im Prinzip nicht unterschieden. Das war dann auch die Voraussetzung seiner Ethnosoziologie. Als Psychologe verwendete er die in Europa geläufigen Forschungstechniken, ließ aber daneben auch die Erforschten unmittelbar zu Wort kommen (vgl. *Forschungen auf den Salomo-Inseln und dem Bismarck-Archipel,* 1912 sowie den ersten Band seines Hauptwerkes). Im Ergebnis relativierte er Lucien Lévy-Bruhls bekannte These von einer „primitiven Mentalität", die auf einem inklusiven, „prälogischen" Denken basierte (Lévy-Bruhl 1912). Deren Existenz gibt er gerne zu, sieht aber in ihr eine in der Persönlichkeit *aller* Menschen vorhandene Grundschicht, auf der dann das der jeweiligen Kultur gemäße logisch-technisch-rationale Denken aufbaue („Prä-Logik?", 1928a). Aufgrund seiner Kenntnis der matrilinealen melanesischen Gesellschaften entzauberte er auch die Morgan-Bachofen'sche „Mutterrechts"-These („Mutterrecht", 1928b), worin ihm freilich Westermarck und Malinowski vorangegangen waren. Ein Gründungstext der Thurnwald'schen Ethnosoziologie war dagegen *Bánaro Society* (1916; deutsch: *Die Gemeinde der Bánaro. Ehe, Verwandtschaft und Gesellschaftsaufbau eines Stammes im Inneren von Neuguinea,* 1921). Als ethnographisches Material lag ihm zwar nur der Aufenthalt eines halben Tages sowie die Befragung *eines* Gewährsmannes zugrunde – es war eben bei dieser Gesellschaft am Rande des Hochlandes, wo er den Aufenthalt kriegsbedingt abbrechen musste – doch in die Interpretation flossen die sechs in melanesisch-papuanischen Gesellschaften verbrachten Jahre ein. Als Grundmuster dieser und verwandter Sozialordnungen zeigt sich eine von Wertungen und Brauch regulierte Reziprozität, welche die wirtschaftlichen, verwandtschaftlichen und politisch-rechtlichen Institutionen durchdeklinieren.

Vor allem aber wies Thurnwald nun die Simplifikationen der gängigen Rassenlehre zurück („Zur Kritik der Gesellschaftsbiologie“, 1924). Er fasste die sozialanthropologischen Kategorien der Auslese und Ausmerze unter dem Begriff der „Siebung“ zusammen. Dies bezeichnet Prozesse, die immer, überall und in jeder Form menschlichen Zusammenlebens ablaufen, zumeist unwillkürlich, bisweilen auch gesteuert. So etwa die unterschiedlichen Vorstellungen von Schönheit und Attraktivität mit ihren Auswirkungen auf die Reproduktionschancen bestimmter Menschentypen, die im Generationenverlauf zur Bevorzugung oder Zurücksetzung solcher Typen führen. Eine Gesellschaftsbiologie, die diese wertenden Verhaltensweisen übersieht, ist ebenso unvollständig wie eine Soziologie, die ohne die Erblehre meint auskommen zu können. Thurnwalds Ethnosoziologie dagegen betrachtet die biologische *und* die sozio-kulturelle Seite der Siebung. Während die Social Anthropology indigene Gesellschaften in ihrem Funktionieren beschrieb und analysierte, bezog die Ethnosoziologie auch die Prozesse ein, die solches Funktionieren bewirkten. Man könnte auch von einem sozialanthropologischen Substrat ihrer sozio-kulturellen Analysen sprechen. *Das* ist der entscheidende Unterschied zwischen diesen beiden ansonsten so naheverwandten Richtungen, den Mühlmann sowie Goetze und Mühlfeld bloß angedeutet haben.

Im Jahre 1923 habilitierte sich Thurnwald mit einer Venia für „Völkerpsychologie, Soziologie und Ethnologie“ an der Berliner Humboldt-Universität. Diese breite Venia schien Rufe zu antizipieren, die aber nicht kamen. Immerhin erhielt er seinem Alter gemäß nun den Professorentitel. In dem Jahre heiratete er auch Hilde Thurnwald (1890–1979), die ihn von nun an auf seinen Forschungsaufenthalten begleitete und dabei selber zur Ethnosoziologin wurde (*Die schwarze Frau im Wandel Afrikas,* 1935). Thurnwalds Gründung der „Zeitschrift für Völkerpsychologie und Soziologie“ (später umbenannt in „Sociologus“, 9 Bde. 1925–1933), worin die internationale Fachelite publizierte, machte einen ersten Schritt zur Institutionalisierung der jungen ethnosoziologischen Disziplin. Gleichzeitig trug Thurnwald eine Fülle von Artikeln zu Max Eberts *Reallexikon der Vorgeschichte* (15 Bde., 1924–1932) bei, die ihm auch zur Vorbereitung seines Hauptwerkes *Die Menschliche Gesellschaft in ihren ethno-soziologischen Grundlagen* (5 Bde., 1931–1935) dienten. Als Summa der Ethnosoziologie ist dieses Werk unübertroffen, wenngleich in den Einzelheiten meist schon überholt. Sein Bd. 1, *Repräsentative Lebensbilder von Naturvölkern,* tritt für eine individualistische Auffassung von der Ethnologie ein: statt von einer „Gruppenseele“ auszugehen, einem hochideologischen Konzept, das freilich die ethnographische Beschreibung sehr vereinfachte, sieht er in den Stammesgesellschaften Interdependenzen von ihre Lebensumstände mitbestimmenden und inso-

fern auch biographierbaren Einzelpersönlichkeiten. Die Titel der weiteren Bände richten sich nach ein und demselben Schema: Der konstanten Einleitungsfloskel *Werden, Wandel und Gestaltung* folgt die Spezifizierung des betreffenden Bandes und dieser die wiederum konstante Schlussfloskel *im Lichte der Völkerforschung.* Die Spezifizierungen sind: Bd. 2 *von Familie, Verwandtschaft und Bünden,* Bd. 3 *der Wirtschaft,* Bd. 4 *von Staat und Kultur,* Bd. 5 *des Rechtes.* Jeder dieser Bände fasst den Kenntnisstand des betreffenden Gebietes zusammen und gibt ihm eine theoretische Grundlegung. Damit werden die Naturvölker gleichsam aus dem Ghetto der Ethnographie entlassen und in die die ganze Menschheit einbeziehenden Forschungsgebiete der Soziologie, Ökonomie, Staats-, Kultur- und Rechtswissenschaft eingegliedert. Für Thurnwald unterscheiden sie sich von der übrigen Menschheit alleine in ihrer ärmeren Technik. Die Einleitungsfloskel bezeichnet in dieser Gliederung des Riesenstoffes den Prozesscharakter der behandelten Phänomene, die Schlussfloskel hingegen eine Superdisziplin, welche die Psychologie, Soziologie und Ethnologie übergreift und als deren rechtmäßiger und einziger Vertreter Thurnwald sich fühlen konnte. Nach dem Kriege fügte er diesem seinem Hauptwerke noch einen Bd. 6 hinzu, der für den deskriptiven Bd. 1 gleichsam die Theorie nachliefert und somit auch diesen Zirkel schließt (*Des Menschengeistes Erwachen, Wachsen und Irren. Versuch einer Paläopsychologie von Naturvölkern mit Einschluß der archaischen Stufe und der allgemeinen Züge,* 1951; vgl. Zum Gesamtwerk auch Melk-Koch 2001).

Thurnwalds Funktionalismus legt auf Prozesse ebensolchen Wert wie auf Funktionen; er gilt auch als Theorie sozialen Wandels. Dessen entscheidende Triebfeder ist die Akkumulation körperlicher und geistiger Fertigkeiten beim Einzelnen bzw. technischer und sozio-kultureller Fähigkeiten bei Gemeinschaften. Auf beiden Ebenen erfolgt sie nicht von selbst, sondern in Interdependenz mit den Umweltbedingungen. Hierzu gehören auch unvorhergesehene Ereignisse und Katastrophen sowie Kontakte mit anderen Gemeinschaften. Auf diese Weise interferieren „Evolution“ und „Geschichte“, und Thurnwald kann den Diffusionismus in seinen Funktionalismus einbeziehen. Alle diese Zusammenhänge sind komplex und störungsanfällig, sie geben indes den ständigen Siebungen ihre Richtung vor: körperliche, soziale, charakterliche Typen steigen im Gesellschaftsgeschehen auf oder ab, jeder Status quo ist durch vergangene Siebungen bedingt und zugleich prekär. Dasselbe gilt für Innovationen. Ob aus der Gemeinschaft selbst oder von auswärts gekommen, immer werden sie gesiebt, wobei sich die Tendenzen zur Selbstbehauptung oder zur Selbstaufgabe die Waage halten. Keine Ganzheit kann alles und jedes wie es ist übernehmen, jede wählt aus und bringt Überkommenes und Neues irgendwie in Übereinstimmung.

Je länger die „synchronisierende Anpassung“ in allen Lebensbereichen ungestört verlaufen kann, desto deutlicher gestalten sich ihre Verhaltens- und Denkmuster, desto schärfer umrissen wird ihre Individualität. Darum erwecken gerade Naturvölker bei aller technologischen Armut den Anschein, in sich harmonisch und in ihre Umwelt wohleingefügt zu sein. Das hat in komplexer organisierten Zivilisationen seit jeher die Sehnsucht nach Einfachheit und Überschaubarkeit („Primitivismus“) geweckt. Sie steckt auch noch in den modellhaften Funktionsanalysen der Social Anthropology. Doch so harmonisch sie erscheinen, so bedroht sind die technologisch armen Gesellschaften. Sobald sie mit anderen zusammentreffen, die ihnen technologisch überlegen sind, wird die erreichte Balance erschüttert. Für die unterlegene Seite ergibt sich dabei ein Spektrum von Optionen, das vom identitätswahrenden Rückzug über die selektive Anpassung bis hin zur Selbstaufgabe durch Übergang zur stärkeren Seite reicht (Thurnwald 1966a, 1966b). Anders als die Social Anthropology ist Thurnwalds Ethnosoziologie dezidiert unromantisch. Sie verzichtet auf die primitivistische Verklärung, die ein vollständiges „Verstehen“ der Erforschten zu erlauben scheint. Statt dessen rückt sie nicht einzelne Gesellschaftsganzheiten, sondern deren Wechselbeziehungen in den Vordergrund ihres Interesses. Naturvölker koexistieren nicht ungestört nebeneinander, ihre Wechselbeziehungen schließen Machtgefälle ein. So hat sich Thurnwald – wohl unter dem prägenden Einfluss der Überlagerungstheorie, des österreichischen Vielvölkerreiches und der kolonialen Situation, in der seine Forschungen stattfanden, an die Analyse interethnischer Beziehungskonstellationen gewagt (*Black and White in East Afrika,* 1935; *Koloniale Gestaltung. Methoden und Probleme überseeischer Ausdehnung,* 1939).

Als Hitler an die Macht kam, suchte Thurnwald zunächst in den USA unterzukommen. Doch seine Verbindungen reichten nur für Gastprofessuren, mit 64 war er für eine feste Stelle zu alt. Zudem bekam er 1935 endlich eine Professur in Berlin. Sei es Opportunismus, sei es Patriotismus, jedenfalls zeigte er wenig Berührungsscheu mit dem neuen Regime. Vor allem engagierte er sich für den kolonialen Gedanken, der den Nazis ziemlich gleichgültig war: neuen deutschen Lebensraum suchten sie vielmehr in Europa. Am ehesten wollte er etwas für sein Fach tun, das den Nazis ebenso gleichgültig war: So trafen sich bei dem aus Propagandagründen veranstalteten Kolonialgerede betrogene Betrüger (vgl. Fischer 1990: 108 f., 115, 117, 130 f., 216).

Im Übrigen fand Thurnwald auch zwei Habilitanden, Wilhelm Emil Mühlmann und Günter Wagner. Zu Mühlmann sogleich. Günter Wagner (1908–1952) hatte in den USA bei Franz Boas studiert, war in England zum Social Anthropologist geworden, dann aber auch nach Deutschland zurückgekehrt, der Not gehorchend, vielleicht auch dem eigenen Trieb. Zumindest wurde er dann

Kolonialreferent im Reichspropagandaministerium. Als er nach dem Kriege als deklarierter Nazi keine Stelle mehr fand, wurde er 1950 „Assistant Government Anthropologist“ in Südwest-Afrika, wo er im Felde starb (vgl. Wagner 1949–1956). Mühlmann schweigt sich über ihn aus.

Neuerdings hat der amerikanische Soziologe George Steinmetz Thurnwald vorgeworfen, er sei als in der Wolle gefärbter Sozialdarwinist unfähig gewesen, eine voraussetzungsfreie Wissenschaftlichkeit überhaupt zu verstehen und so zum Kolonisten geworden (Steinmetz 2015). Solche Unerbittlichkeit führt in ein Denkverbot: sie diskreditiert mit der Person auch eine Denkweise, die die relativen Machtverhältnisse in den Blick nimmt, statt sich an der Einzigartigkeit der Erforschten zu erbauen. Solche Andacht vor dem Einzigartigen – Mary Douglas hat sie „Bongo-Bongoismus“ genannt (Douglas 1974: 7) – ist selber auch nicht voraussetzungsfrei: Sie umgeht das Machtproblem, verlagert den eigenen Ethnozentrismus ins Exotische und schafft sich statt einem blinden Fleck deren zwei.

Thurnwald wurde nach dem Krieg als – relativ – Unbelasteter doch noch Ordinarius. Er wanderte 1948 aus der kommunistisch gewordenen Humboldt Universität zur Gegengründung „Freie Universität“ aus und richtete dort das Ethnologische Institut ein. Auch der „Sociologus“ erstand wieder. So wurde Thurnwald zu einem Geburtshelfer der Nachkriegsethnologie. Wenn er heute weniger gelesen wird, dann weil seine Gedanken Gemeingut geworden bzw. von Mühlmann fortgesetzt worden sind (vgl. Goetze und Mühlfeld 1984). Zudem hat Thurnwalds wohlgerundete, scharfe Formulierungen meidende Sprache der Komplexität seines Denkens oft nicht die richtige Fassung gegeben.

3 Wilhelm Emil Mühlmann

Auch Mühlmann (1904–1988) war von der Sozialanthropologie hergekommen. Nach einem breit angelegten Studium erst der Physischen Anthropologie, dann der Ethnologie und Soziologie wurde er 1932 bei Thurnwald promoviert und 1938 habilitiert. Er war 1931–1933 Redakteur des „Sociologus“ und half zugleich dem Lehrer bei der Redaktion seines Hauptwerkes. Dann empfahl ihn Thurnwald für eine Kustodenstelle am Hamburger Museum für Völkerkunde. Mühlmann war gleich ihm Universalgelehrter, aber mehr Theoretiker als Feldforscher und verfügte über ein ausgeprägtes, nicht allseits geschätztes Selbstbewusstsein. Ein öffentliches Bekenntnis zum neuen Regime (Mühlmann 1933) sollte wohl auch seinen Karrierechancen dienen. Dieser „Die Hitler-Bewegung“ genannte Aufsatz beabsichtigte keine Soziologie des Nationalsozialismus. Offensichtlich stand der

Verfasser dem Gedankenkreis der „Konservativen Revolution“ nahe. Er warf dem Bildungsbürgertum vor, angesichts einer Erneuerungsbewegung des deutschen Volkes versagt zu haben. Es gelte aber, sich ihrer „geistig zu bemächtigen“, und sei es unter Preisgabe der „Unbeflecktheit der wissenschaftlichen Erkenntnis“ (Mühlmann 1933: 136 f.). Befremdlich dabei war vor allem, dass der junge Mann das so unverhohlen aussprach. Doch nach diesem Sacrificium intellectus gab es für ihn kein Zurück mehr und er ließ sich an Regimetreue bis Kriegsende von keinem mehr überbieten. Von den Nazis wurde diese Hingabe mit sicherem Gespür für die Fragwürdigkeit eines solchen Intellektualismus nur zögernd erwidert. Auf die Stelle musste er lange warten und ein erster Habilitationsversuch in Hamburg scheiterte am Widerspruch des Anthropologen Walter Scheidt, der die Schrift Mühlmanns als „von einem kosmopolitischen [sprich: jüdisch-liberalistischen, J. St.] Geistesbegriff angesteckt“ betrachtete, leitete sie doch aus dem naturvölkischen Datenmaterial „allgemeine Gesetzmäßigkeiten […] einer schlechthin menschlichen Gesellung“ ab. Ein derartiger Autor sei bei aller Anerkennung seiner Brillanz als Bildner der deutschen akademischen Jugend heute nicht mehr geeignet (zit. n. Fischer 1990: 171). Die Kommission verstand und knickte ein. Die Museumsstelle lief aus. Mühlmanns Lebensunterhalt blieb prekär und letztlich nur durch die Ehe mit einer Kinderärztin gesichert: Wie Thurnwald fand auch er in einer kinderlosen symbiotischen Ehe seine Erdung. Beim zweiten Habilitationsversuch in Berlin hatte Thurnwald Mühe, den Jungnazi gegen konservativere Kollegen durchzubringen. Mühlmann blieb dann, nach dem Kriegsdienst an der Westfront, von 1941–1945 Privatdozent in Berlin (zur Biographie vgl. Fischer 1990; Michel 1991).

Die Vorkriegs- und Kriegsjahre waren wissenschaftlich außergewöhnlich produktiv. Es erschienen von Mühlmann folgende Bücher: *Die geheime Gesellschaft der Arioi: eine Studie über die polynesischen Geheimbünde, mit besonderer Berücksichtigung der Siebungs- und Auslesevorgänge in Alt-Tahiti* (Dissertation 1932); *Rassen- und Völkerkunde* (1936); *Staatsbildung und Amphiktyonien in Polynesien. Eine Studie zur Ethnologie und politischen Soziologie* (Habilitationsschrift 1938a); *Methodik der Völkerkunde* (1938b); *Krieg und Frieden. Ein Leitfaden der politischen Ethnologie* (1940); *Die Völker der Erde* (1944a); *Assimilation, Umvolkung, Volkswerdung* (1944b). Dabei zeigte Mühlmann die Gabe, umfangreiche und komplexe Materien – im Grunde den gesamten Stoff der Ethnologie – auf ihren Kern zu reduzieren und in gedrängter, aber klarer Sprache darzustellen. Sein der „Neuen Sachlichkeit“ zuzurechnender Stil, teils in Antithesen brillierend, teils von Zeitjargon verunziert, unterscheidet sich deutlich vom altmodischen Periodenbau Thurnwalds. Wir verzichten in der nun folgenden Bewertung dieser die erste Hälfte des Mühlmann’schen Gesamt-

werks ausmachenden Schriften auf die wohlfeile Polemik, die sie infolge des „Falles Mühlmann“ (s. u.) auf sich gezogen haben und folgen lieber der um Einzelfallgerechtigkeit bemühten Darstellung in Hans Fischers *Völkerkunde im Nationalsozialismus* (1990).

Mühlmann war demnach „während der NS-Zeit wohl der einzige Ethnologe der aufgrund seiner anthropologischen Ausbildung fundiert über biologische ‚Rassen‘-Probleme schreiben konnte“ (Fischer 1990: 42). Er hat dann auch die populären, im Grunde nur auf Eigenlob hinauslaufenden Rassen-Ideologeme, von denen die NS-Bewegung zehrte, in ihrer Unwissenschaftlichkeit bloßgestellt. Damit kam er aber, wie das Urteil Walter Scheidts, der selber kein verbohrter Nazi war, zu seinem Schaden zeigte, bei den physischen Anthropologen nicht unbedingt gut an (Fischer 1990: 34–37). Doch was diese Zunft an ihm missbilligte, war eher etwas anderes, die ethnologische Mit-Fundierung des Rassenbegriffs im Thurnwald’schen Sinne, die ihre Interpretationshoheit über dieses Feld untergrub. Der Locus classicus ist hierfür die *Rassen- und Völkerkunde,* wo Mühlmann zu folgender Definition kommt: „Rasse ist eine Gruppe von Menschen, die ähnliche leib-seelische Persönlichkeitszüge aufweisen, und die ihren Gruppentypus durch Siebung und nachfolgende Auslese erhalten“ (Mühlmann 1936: 213). Ihre Analyse erfordere daher die Kombination natur- und geisteswissenschaftlicher Verfahren. Von dieser Analyse sei die „Rassenpolitik“ als jenseits der Wissenschaftlichkeit stehend prinzipiell zu unterscheiden. Doch nachdem er auf diese Weise reinen Tisch gemacht hat, greift Mühlmann unter der Rubrik der Rassenpolitik den ganzen alten sozialdarwinistisch-rassenhygienischen Ballast wieder auf.

Dissertation und Habilitationsschrift sind seinem regionalen Spezialgebiet Polynesien gewidmet. Die Arioi waren ein tahitianischer Geheimbund, der sich über die Besessenheit durch den Kriegsgott Oro definierte und junge, schöne Menschen aus allen Ständen und beiden Geschlechtern aufnahm. Er pflegte die schönen Künste und das Erzählgut, womit er bei Kulten und Festen öffentlich auftrat und so die Adelsherrschaft dem Volke angenehm machte. Ansonsten führten die Arioi das freie Geschlechtsleben, für das Alt-Tahiti berühmt wurde, wobei sie sich aber auf Abtreibung oder Kindstötung verpflichten mussten. Mühlmann interessierte sich besonders für die Auswirkung dieser Maßnahmen auf die Bevölkerungsdynamik. Das ließ sich auch als ein Kommentar zu den „Roaring Twenties“ und der hedonistischen Kinderarmut der Moderne verstehen. Nach dem Kriege griff er das Thema in *Arioi und Mamaia, eine ethnologische, religionssoziologische und historische Studie über die polynesischen Kultbünde* (1955) wieder auf. Dabei bezieht sich der Name Mamaia auf eine Erneuerungsbewegung, die auf den Oro-Kult zurückkam, um besser die Missionare vertreiben

zu können. Es war insofern eine Vorstudie zu dem Buch *Chiliasmus und Nativismus* (1961), das wir als Mühlmanns Hauptwerk ansehen. Der Bund der Arioi hatte zu den die polynesischen Inselgruppen übergreifenden religiös-politischen Bewegungen gehört, die um die Mitte des zweiten Jahrtausends den pazifischen Raum prägten. In der Habilitationsschrift verglich Mühlmann sie mit den altgriechischen Amphiktyonien und stellte sie in den Zusammenhang der Überlagerungstheorie. Hierfür bildete Altpolynesien einen Grenzfall. Die Inselgruppen wurden von derselben „Rasse" in zwei Wanderungswellen besiedelt, wobei die spätergekommene die vorausgegangene in das Innere der Inseln und das Unten der sozialen Skala zurückdrängte. Bootsbau, Hochseefischerei, Seefahrt und die politische Organisation wurden von den Küstenbewohnern monopolisiert. Gleich der altgriechischen Kolonisationsbewegung waren beide pazifischen Expansionswellen von der jüngeren Generation und den jüngeren Geschlechtslinien getragen. Als schließlich alle polynesischen Inseln besetzt und bevölkert waren, was im 17. Jahrhundert der Fall war, hatte die Expansion ihr Limit erreicht. Die Amphiktyonien zerfielen und eine restriktive Bevölkerungspolitik setzte ein. Besonderen Wert legte Mühlmann auf die Erkenntnis, dass religiöse Friedensbewegungen dazu tendieren, in ihr Gegenteil umzuschlagen, wenn Opposition in ihrem Inneren auftritt: Deren Vernichtung wird dann Gotteswerk.

Die *Methodik der Völkerkunde* stellte sich mit ihrer ethnosoziologischen Orientierung gegen die Methodenbücher Fritz Graebners (1911) und Wilhelm Schmidts (1937), die die Ethnologie als Sonderzweig der Geschichtswissenschaft behandeln. Dabei teilte Mühlmann in Analogie zu seinem Rassenbegriff das völkerkundliche Material in zwei nicht aufeinander zurückführbare Serien, „funktionale" und „intentionale Daten". Funktional sind die Daten der Biologie, Soziologie, Statistik und überhaupt alle, die von außen her beobachtbar sowie füreinander relevant sind. Für die intentionalen Daten muss man in das Innere des Menschen schauen und ihn als ein nicht bloß sich verhaltendes, sondern als ein handelndes Wesen auffassen. Es sind alle jene, mit denen Einzelne oder Gruppen eine Absicht verbinden. Mühlmann hatte in Freiburg auch bei Edmund Husserl gehört und betrachtete sich als sein Schüler; er hat sich lebenslang intensiv mit der Phänomenologie auseinandergesetzt. Praktische Folgerungen aus diesem Natur- und Geisteswissenschaften übergreifenden Ansatz zog er in „Einige Probleme und Aufgaben der Ethnologie" (1939). Dabei ging er gleich seinem Lehrer Thurnwald von einer „Krise" der Ethnologie aus: Ihr komme durch das Dahinschwinden der Naturvölker unter dem Druck der Moderne allmählich das Material abhanden, während sie in Europa durch die Volkskunde blockiert werde. So müsse sie sich wenn sie weiterbestehen wolle aus einer deskriptiven Disziplin in eine Forschungsmethode verwandeln, und zwar in die Strukturanalyse

interethnischer Auseinandersetzungen (Mühlmann 1939: 361). Dabei seien für die deutsche Völkerkunde im Besonderen statt der einstigen Kolonialvölker jene Osteuropas und Eurasiens von vordringlicher Relevanz. Damit zeigte sich ein Gegensatz zwischen Mühlmann und Thurnwald in der Auffassung von Ethnosoziologie. Für Mühlmann war eine Ethnologie, welche die Menschheit in Kolonisierende und Kolonisierte unterteile, unrealistisch, seien doch in der Wirklichkeit die meisten Völker beides (vgl. Fischer 1990: 128–132). Im Übrigen hatte er ja schon in der *Rassen- und Völkerkunde* allen Kulturen und damit auch deren Erneuerungs- und Befreiungsbewegungen, zu denen schließlich auch der Nationalsozialismus zähle, ihre Eigenberechtigung zuerkannt (Mühlmann 1936: 339, 445, 449). Hier stößt man auf das Grundgeflecht seines Denkens: eine Feindschaft gegen den Liberalismus und Imperialismus, „Konservative Revolution", Hinneigung zum „Völkischen". Seine politische Parteinahme war somit nicht bloß opportunistisch. Darüber kam es auch mit Thurnwald, der nicht an Hitler und immer weniger an einen Sieg glaubte, zur Entfremdung.

Mühlmann hat als einziger deutscher Ethnologe mit dem Kriege die regionale Spezialisierung gewechselt, vom Pazifik zu Osteuropa/Eurasien. Er hat die NS-Ostpolitik mitgetragen und ihr ein wissenschaftliches Fundament geben wollen. Das bedeutet aber noch nicht, dass er das wirkliche Handeln des Regimes guthieß, das sich auch seinerseits wenig um den Rat der Wissenschaft scherte (vgl. Fischer 1990: 132–134). Immerhin hat er aber persönlichen Nutzen aus dieser Umorientierung gezogen: er wurde nach zwei Jahren an der Front „u.k. gestellt" und konnte publizieren. Sein Buch *Krieg und Frieden* nahm den Titel von Tolstoi, die These von der faktischen Identität beider Phänomene von Clausewitz und das Freund/Feind-Schema von Carl Schmitt. Ansonsten arbeitet es das ethnographische Material in einer martialischen Rhetorik positivistisch auf. Aus dem Mühlmann'schen Grundgeflecht stammt hierbei die Entzauberung des Pazifismus als „eine eigentümliche Variante des primitiven Denkens, die ihr Ziel, den ewigen Frieden, auf unmittelbarem Wege, d. h. ohne die Einschaltung der historisch erfahrbaren Mittelfaktoren, erreichen will" (Mühlmann 1940: 190). Damit verallgemeinerte er seine Kritik an den Amphiktyonien. Wir können hierin nicht wie Fischer eine „fast hysterische Formulierung" erkennen (Fischer 1990: 160). Was ist denn daran falsch? Der spätere Mühlmann hat in *Chiliasmus und Nativismus* diesen Gedanken noch weiter geführt: Jedes übersteigerte Schwarz/Weiß-Denken münde in einen Totalitarismus (Mühlmann 1961: 281 f., 398–403). Er hat das die „tragische Anthropologie des Schwärmertums" genannt (Mühlmann 1962: 130–161). Sein letztes Buch unter dem NS-Regime, *Assimilation, Umvolkung, Volkswerdung,* erörtert drei Zentralbegriffe seiner Ethnosoziologie. Assimilation, die Selbstangleichung an ein höher bewertetes Volkstum, war als

Begriff schon längst gebräuchlich und als Erscheinung schon von Thurnwald gründlich erforscht worden. Umvolkung meinte die meist gelenkte oder erzwungene Eingliederung eines niedriger bewerteten in ein höher bewertetes Volkstum. Der Begriff, auch schon vor längerem geprägt, gilt heute in seiner kühl-technokratischen Anmutung als Nazi-Begriff; er bräuchte aber nur durch Ethnozid ersetzt zu werden, wenn man ihm den erwünschten moralischen Akzent geben möchte. Volkswerdung, Ethnogenese, bildet das Gegenstück hierzu. Dieses Konzept sieht die Völker nicht im Herder'schen Sinne als ewige Gedanken Gottes, vielmehr als durch Prozesse wie die eben genannten historisch gewordene Erscheinungen, die somit in ihrem Werden und Vergehen empirisch erforscht werden können. Es entzaubert insofern die fremde wie die eigene Einzigartigkeit und erweist jegliche Volkstums- und Rassenpolitik als ideologisch gesteuert. Dass das also auch für das deutsche Volk, die NS-Ostpolitik, ja die eigene Parteinahme für beides gilt, hat sich Mühlmann wohlweislich auszusprechen gehütet. Es wurde aber für sein Nachkriegswerk bestimmend.

Gerade über die ethnogenetische Forschung hatten sich schon vor dem Kriege unterschwellige Kontakte zwischen deutscher und sowjetrussischer Ethnosoziologie ergeben (vgl. Rudy 1962: 136, 143–146). Mühlmann führte aber auch eine freundschaftliche Korrespondenz mit dem in Peking lehrenden Exilrussen Sergei Mikhailovich Schirokogoroff, der bedeutenden Einfluss auf sein Denken ausübte. Er übersetzte auch einen Teil des theoretischen Vorwortes zu dessen Hauptwerk *Psychomental Complex of the Tungus* (1935) (Shirokogoroff 1938; vgl. zum Einfluss Schirokogoroffs auf Mühlmann Johansen 2001). Von ihm übernahm Mühlmann die Theorie von „Ethnos" als einem labilen Gleichgewicht zwischen ethnozentripetalen und ethnozentrifugalen Kräften (vgl. Mühlmann 1962: 301–351, 1964: 59–73, 1968: 223, 234). Die Nutzanwendung auf die Ethnogenese des deutschen Volkes erbrachte Reinhard Wenskus' *Stammesbildung und Verfassung. Das Werden der frühmittelalterlichen gentes* (1961). – Nach dem Zusammenbruch flüchtete Mühlmann mit seiner Frau zu Fuß aus dem brennenden Berlin in das heimatliche Rheinland.

4 Fazit

Die selbstreflektiertere, bedeutendere Nachkriegshälfte von Mühlmanns Œuvre ist hier nicht mehr Thema, wohl aber die Rechtfertigungsschrift *Dreizehn Jahre,* die er dem Entnazifizierungs-Fragebogen beilegte und separat publizierte (1947). Fischers Schülerin Ute Michel konnte nachweisen, dass es sich bei

diesem Pseudo-Tagebuch um eine Geschichtsklitterung handelt (Michel 1995: 163). Mühlmannisch gesprochen: Die funktionalen Daten sind überall durch intentionale ersetzt. Das mag ihm bei der Weißwaschung geholfen haben, jedoch nicht im Fach. Auch hier gab es Nazis, vielleicht sogar noch kompromittiertere, die aber dank wechselseitiger kollegialer Entlastung meist ungeschoren davonkamen. Doch „Mühlmann wurde fast sofort nach dem Kriege zum Sündenbock gemacht", wofür Fischer zwei Erklärungen hat, seine relative Isolation im Fach und seine wissenschaftliche Innovativität (Fischer 1990: 220–222). Erst 1950 erhielt er wieder eine Position an der Universität, eine Diätendozentur in Mainz, wo er 1957 Professor wurde, nachdem sein Chef Adolf Friedrich im Felde gestorben war. Doch dann erhielt er 1960 Max Webers Heidelberger Lehrstuhl. Er bildete jetzt mit Hermann Baumann und Adolf Ellegaard Jensen das Führungstrio der deutschsprachigen Völkerkunde. Als Studienanfänger haben wir es selbst noch erlebt, wie diese drei Führungsfiguren bei der Fachtagung in Freiburg 1961 einander in einem Maße angifteten, dass es uns fast dieses Studium verleidet hätte. Mühlmanns Position blieb bei aller Prominenz weiterhin labil. Im Jahre 1968 „entdeckten" die Studentenrevolutionäre seine frühere NS-Verstrickung und skandalisierten sie zum „Fall Mühlmann": der Chiliasmus verdammte den Nativismus. Darüber ging das einzigartige Heidelberger „Institut für Soziologie und Ethnologie" zu Bruch; Mühlmann ließ sich vorzeitig emeritieren (Fischer 1990: 223–226). Als Emeritus erschloss er sich noch ein neues Forschungsgebiet, die Ethnosoziologie der Weltliteratur (*Die Metamorphose der Frau. Weiblicher Schamanismus und Dichtung* 1981; *Pfade in die Weltliteratur* 1984).

Unseres Erachtens war es gerade der geistige Rang Mühlmanns, der in der Konjunktion mit Menschlich-Allzumenschlichem der verfolgenden Unschuld Motiv und Anlass bot, ihr Mütchen an einem Meister zu kühlen. Man vergleiche die Fälle Carl Schmitt, Gottfried Benn, Arnold Gehlen und Ernst Jünger. Dabei arbeitet Mühlmanns Ungeschick den Verfolgern noch in die Hände. Wir haben ihn selbst ein wenig gekannt: Als Mann der Feder war er im persönlichen Umgang eher verschlossen und gehemmt. Den vom Politsadismus der Achtundsechziger verlangten öffentlichen Kniefall brachte er nicht über sich. Nach diesen Ereignissen hat sich eine reiche Sekundärliteratur zu ihm angesammelt, die aber mehr den „Fall" als das Werk behandelt, was übrigens auch leichter ist. Auch noch Werner Petermann in seinem Tausendseiter *Die Geschichte der Ethnologie* (2004) strickt an der schwarzen Legende. Er tut Mühlmanns späteres Werk recht kursorisch ab, sein wahres Interesse gilt den Schriften vor 1945, wobei er mit Ausrufen der Entrüstung nicht spart: Das eine mache ihn „heute noch wütend", das andere sei „pervers", wieder ein anderes „zum Dreinhauen" (Petermann

2004: 777–794). Ein Übersoll an Geschichtsmoralisierung erfüllt dann noch Andre Gingrich mit „anthropology's Holocaust ideologist" (Gingrich 2005: 134).

Ganz zufällig war das Sich-Einlassen der Ethnosoziologie mit dem Kolonialsystem, dem Nationalsozialismus und – wie zu ergänzen ist – dem Sowjetkommunismus jedoch nicht. Wer es Thurnwald und Mühlmann als persönliche Verfehlung anrechnet, macht sich die Sache zu einfach. Da waren ja etwa auch noch Günter Wagner, der noch mehr als Mühlmann dafür bezahlt hat, und Hilde Thurnwald, die freilich mit dem Frauenthema durchkam. Der russische Untertan Westermarck war wohlweislich nach England und von dort nach Marokko ausgewichen. Denn die Ethnosoziologie hat es mit der politischen Wirklichkeit der Stammesgesellschaften zu tun. Hier haben es die kulturhistorisch-museale Ethnographie und die Folkloristik besser, sie können in die politische Unverbindlichkeit ausweichen und, wie sich gezeigt hat, von jederlei Regime zu Dekorationszwecken herangezogen werden. Zwar setzen sich Feldforscher meistens auch für „ihre" Erforschten ein, obzwar dabei die Spielregeln des kolonialen/postkolonialen Bezugsrahmens einzuhalten sind. Auch die Social Anthropology hatte sich dem angepasst und bei ihrer Form des Funktionalismus die Ereignisgeschichte ausgeschaltet. Das eine Schulhaupt, der österreichische Pole Malinowski, wusste genau warum, das andere, Radcliffe-Brown, fand in reibungsfreien, perpetuum-mobile-artigen Gesellschaftsmodellen sein ästhetisches Genügen.

Es war auch kein Zufall, dass die „Krise der Ethnologie" zuerst von den Ethnosoziologen diagnostiziert wurde: Weil sie halb drinnen und halb draußen standen, hatten sie die politischen Implikationen des Faches schärfer erfasst. Hiermit, sowie mit ihrem außergewöhnlich breiten, die Nachfolgenden einschüchternden geistigen Horizont hing es zusammen, dass Thurnwald und Mühlmann im eigentlichen Sinne nicht schulenbildend wurden. Zu diesem ihnen Gemeinsamen traten aber auch Unterschiede in der Epoche und der Persönlichkeit. Thurnwald, der gleich Westermarck aus der gesichert erscheinenden Vorkriegswelt eines Großreiches stammte, war im Grunde ein Liberaler, der sich an Selbstregulierungs- und Harmonievorstellungen orientierte und sogar noch in der Überlagerungstheorie eine Rechtfertigung im Gehorchenwollen der Überlagerten fand. Mühlmann dagegen, in der verarmten, zerstrittenen Weimarer Republik aufgewachsen, sah mit soziologischem Röntgenblick vor allem die Konflikte. So hatte sich auch der alte Thurnwald in der restaurativen Nachkriegsepoche besser als er zurechtgefunden. Doch wir Heutigen verdanken Mühlmann mehr als den 1968 verweigerten Kniefall: die tragische Anthropologie des Schwärmertums.

Literatur

Ammon, Otto (1895): Die Gesellschaftsordnung und ihre natürlichen Grundlagen. Entwurf einer Sozial-Anthropologie zum Gebrauch für alle Gebildeten, die sich mit sozialen Fragen befassen, Jena: Gustav Fischer.

Branch, Michael (Hg.) (1999): National History and Identity: Approaching to the Writing of National History in the North-East Baltic Region, Nineteenth and Twentieth Centuries, Helsinki: Finnish Literature Society.

De Smet, Delphine et al. (2014): „The Westermarck effect revisited: a psychophysiological study of sibling incest aversion in young female adults", in: Evolution and Human Behavior 35 (1), S. 34–42.

Douglas, Mary (1974): Ritual, Tabu und Körpersymbolik. Sozialanthropologische Studien in Industriegesellschaft und Stammeskultur, Frankfurt/M.: Fischer.

Ebert, Max (Hg.) (1924–1932): Reallexikon der Vorgeschichte, Berlin: W. de Gruyter.

Engels, Friedrich (1884): Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates. Im Anschluß an L. H. Morgans Forschungen, Zürich: Verlag der Schweizerischen Volksbuchhandlung

Eskeröd, Albert (1954): „‚Folk Society' and ‚Western Civilization'. A Suggestion to the Study of European Folk Cultures", in: Folkliv 1953–1954, S. 53–60.

Fischer, Hans (1990): Völkerkunde im Nationalsozialismus. Aspekte der Anpassung, Affinität und Behauptung einer wissenschaftlichen Disziplin, Berlin/Hamburg: Dietrich Reimer.

Gerholm, Tomas (1995): „Sweden: central ethnology, peripheral anthropology", in: Han F. Vermeulen/Arturo Alvarez Roldán (Hg.), Fieldwork and Footnotes. Studies in the History of European Anthropology, London/New York: Routledge, S. 159–170.

Gingrich, Andre (2005): „The German Speaking Countries", in: Frederik Barth/Andre Gingrich/Robert Parkin/Sydel Silverman, One Discipline, Four Ways: British, German, French and Americal Anthropology. The Hall Lectures, Chicago: University Press, S. 61–156.

Goetze, Dieter/Claus Mühlfeld (1984): Ethnosoziologie, Wiesbaden: Springer.

Graebner, Fritz (1911): Methode der Ethnologie, Heidelberg: Winter.

Granqvist, Hilma (1931–1935): Marriage Conditions in a Palestinian Village, 2 Bde., Helsingfors: Societas Scientiarum Fennica.

Gumplowicz, Ludwig (1883): Der Rassenkampf. Soziologische Untersuchungen, Innsbruck: Wagner.

Hultkrantz, Åke (1960): International Dictionary of Regional European Anthropology and Folklore, Bd. 1, Copenhagen: Rosenkilde and Bagger.

Ihanus, Juhani (1999): Multiple Origins. Edward Westermarck in Search of Mankind, Frankfurt/M.: Peter Lang.

Johansen, Ulla (2001): „Sergei Mikhailovich Shirokogoroff, Psychomental Complex of the Tungus", in: Christian Feest/Karl-Heinz Kohl (Hg.), Hauptwerke der Ethnologie, Stuttgart: Kröner, S. 424–429.

Jonas, Friedrich (1968–1969): Geschichte der Soziologie, 4 Bde., Reinbeck bei Hamburg: Rowohlt.

Karsten, Rafael (1923): Blood revenge, war and victory feasts among the Jibaro Indians of Eastern Ecuador, Washington, DC: Gov. Print Off.
Kuper, Adam (1973): Anthropologists and Anthropology. The British School 1922–1972, Harmondsworth: Penguin Books.
Landtman, Michael (1927): The Kiwai Papuans of British New Guinea. A nature-born instance of Rousseau's ideal Community, London: Macmillan.
Letourneau, Charles (1880): La Sociologie d'après l'ethnographie, Paris: C. Reinwald & Cie.
Lévy-Bruhl, Lucien (1912): La mentalité primitive, Paris: Alcan.
Lyons, Andrew (2008): „A Revolutionary Anthropologist before his time: The Intellectual Biography of Edward Westermarck", in: Bérose-Encyclopédie internationale des histoires de l'anthropologie, URL Bérose, art. 1452.
Melk-Koch, Marion (1989): Auf der Suche nach der menschlichen Gesellschaft. Richard Thurnwald, Berlin: Museum für Völkerkunde.
Melk-Koch, Marion (2001): „Richard Thurnwald. Die menschliche Gesellschaft in ihren ethno-soziologischen Grundlagen", in: Christian Feest/Karl-Heinz Kohl (Hg.), Hauptwerke der Ethnologie, Stuttgart: Kröner, S. 480–484.
Michel, Ute (1991): „Wilhelm Emil Mühlmann (1904–1988) – ein deutscher Professor. Amnesie und Amnestie: Zum Verhältnis von Ethnologie und Politik im Nationalsozialismus", in: Carsten Klingemann/Michael Neumann/Karl-Siegbert Rehberg/Ilja Srubar/Erhard Stölting (Hg.), Jahrbuch für Soziologiegeschichte 1991, Opladen: Springer VS, S. 69–117.
Michel, Ute (1995): „Neue ethnologische Forschungsansätze im Nationalsozialismus? Aus der Biographie von Wilhelm Emil Mühlmann", in: Thomas Hauschild (Hg.), Lebenslust und Fremdenfeindlichkeit. Ethnologie im Nationalsozialismus, Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 141–167.
Milke, Wilhelm (1937): „Der Funktionalismus in der Völkerkunde", in: Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft 61, S. 513–533.
Mühlmann, Wilhelm Emil (1932): Die geheime Gesellschaft der Arioi: Eine Studie über die polynesischen Geheimbünde, mit besonderer Berücksichtigung der Siebungs- und Auslesevorgänge in Alt-Tahiti, Leiden: Brill.
Mühlmann, Wilhelm Emil (1933): „Die Hitler-Bewegung. Bemerkungen zur Krise der bürgerlichen Kultur", in: Sociologus 9, S. 129–140.
Mühlmann, Wilhelm Emil (1936): Rassen- und Völkerkunde, Braunschweig: Vieweg.
Mühlmann, Wilhelm Emil (1938a): Staatsbildung und Amphiktyonien in Polynesien. Eine Studie zur Ethnologie und politischen Soziologie. Stuttgart: Enke.
Mühlmann, Wilhelm Emil (1938b): Methodik der Völkerkunde, Stuttgart: Enke.
Mühlmann, Wilhelm Emil (1939): „Einige Probleme und Aufgaben der Völkerkunde von heute", in: Archiv für Bevölkerungswissenschaft und Bevölkerungspolitik 9, S. 358–366.
Mühlmann, Wilhelm Emil (1940): Krieg und Frieden. Ein Leitfaden der politischen Ethnologie. Kulturgeschichtlichen Bibliothek, Heidelberg: C. Winter.
Mühlmann, Wilhelm Emil (1944a): Die Völker der Erde, Berlin: Weltpolitische Bücherei.
Mühlmann, Wilhelm Emil (1944b): Assimilation, Umvolkung, Volkswerdung. Ein globaler Überblick, und ein Programm, Stuttgart/Prag: Kohlhammer.
Mühlmann, Wilhelm Emil (1947): Dreizehn Jahre, Hamburg: Hans von Hugo.

Mühlmann, Wilhelm Emil (1955): Arioi und Mamaia. Eine ethnologische, religionssoziologische und historische Studie über polynesische Kultbünde, Wiesbaden: Studien zur Kulturkunde.
Mühlmann, Wilhelm Emil (1961): Chiliasmus und Nativismus. Studien zur Psychologie, Soziologie und historische Kasuistik der Umsturzbewegungen, Berlin: Dietrich Reimer.
Mühlmann, Wilhelm Emil (1962): Homo Creator. Abhandlungen zur Soziologie, Anthropologie und Ethnologie, Wiesbaden: Otto Harrassowitz.
Mühlmann, Wilhelm Emil (1964): Rassen, Ethnien, Kulturen. Moderne Ethnologie, Neuwied/Berlin: Luchterhand.
Mühlmann, Wilhelm Emil (1966): „Einführung", in: Ders./Ernst W. Müller (Hg.), Kulturanthropologie, Köln/Berlin: Kiepenheuer & Witsch, S. 9–13.
Mühlmann, Wilhelm Emil (1968): Geschichte der Anthropologie, 2. verbesserte u. erweitere Aufl., Frankfurt/M./Bonn: Athenäum.
Mühlmann, Wilhelm Emil (1981): Die Metamorphose der Frau. Weiblicher Schamanismus und Dichtung, Berlin: Dietrich Reimer.
Mühlmann, Wilhelm Emil (1984): Pfade in die Weltliteratur, Königsstein/Taunus: Athenäum.
Münzel, Mark (im Druck): Indigene Religionen Südamerikas, Stuttgart: Kohlhammer.
Pentikäinen, Juha Y. (1999): Kalevala Mythology. Expanded edition, Bloomington-Indianapolis: Indiana University Press.
Petermann, Werner (2004): Die Geschichte der Ethnologie, Wuppertal: Edition Trickster im Peter Hammer Verlag.
Radcliffe-Brown, Alfred Reginald (1952): „Historical note on British social anthropology", in: American Anthropologist 54, S. 275–277.
Redfield, Robert (1966): „Die ‚Folk'-Gesellschaft", in: Wilhelm Emil Mühlmann/Ernst W. Müller (Hg.), Kulturanthropologie, Köln-Berlin: Kiepenheuer & Witsch, S. 327–355 (engl. Orig. 1962).
Rudy, Zvi (1962): Ethnosoziologie Sowjetischer Völker, Bern/München: Francke.
Schmidt, Wilhelm (1937): Handbuch der Methode der kulturhistorischen Ethnologie, Münster: Aschendorff.
Shirokogoroff, Sergei Mikhailovich (1935): Psychomental Complex of the Tungus, London/Shanghai: Kegan Paul, Trench, Trubner and Co.
Shirokogoroff, Sergei Mikhailovich (1938): „Ethnographie und Ethnologie. Zur Lage der modernen Völkerkunde", in: Archiv für Anthropologie NF 24, S. 1–7.
Spencer, Herbert (1873–1881): Descriptive sociology; or, Groups of Sociological Facts classified and arranged, London: Williams & Norgate.
Stagl, Justin (1981): Kultur-Anthropologie und Gesellschaft. Eine wissenschaftssoziologische Darstellung der Kulturanthropologie und Ethnologie, 2. Aufl., Berlin: Dietrich Reimer.
Stagl, Justin (1993a): „Szientistische, hermeneutische und phänomenologische Grundlagen der Ethnologie", in: Wolfdietrich Schmied-Kowarzik/Ders. (Hg.), Grundfragen der Ethnologie. Beiträge zur gegenwärtigen Theorie-Diskussion, Berlin: Dietrich Reimer, S. 15–49.
Stagl, Justin (1993b): „Malinowskis Paradigma", in: Wolfdietrich Schmied-Kowarzik/Ders. (Hg.), Grundfragen der Ethnologie. Beiträge zur gegenwärtigen Theorie-Diskussion, Berlin: Dietrich Reimer, S. 93–105.

Steinmetz, George (2015): „La sociologie et l'empire: Richard Thurnwald et la question de l'autonomie scientfique", in: Actes de la Recherche en Sciences Sociales 2015, S. 12–29.

Stocking, George W. Jr. (1987): Victorian Anthropology, New York/London: The Free Press.

Thiel, Josef Franz (1983): Grundbegriffe der Ethnologie. Vorlesungen zur Einführung, 4. Aufl., Berlin: Dietrich Reimer.

Thurnwald, Hilde (1935): Die schwarze Frau im Wandel Afrikas. Eine soziologische Studie unter ostafrikanischen Stämmen, Stuttgart: Kohlhammer.

Thurnwald, Richard (1912): Forschungen auf den Salomo-Inseln und dem Bismarck-Archipel, 2 Bde., Berlin: Dietrich Reimer.

Thurnwald, Richard (1916): „Bánaro Society, social organisation and kinship system of a tribe in the Interior of New Guinea", in: Memoirs of the American Anthropological Association 3/4, S. 251–391.

Thurnwald, Richard (1921): Die Gemeinde der Bánaro. Ehe, Verwandtschaft und Gesellschaftsaufbau eines Stammes im Inneren von Neuguinea, Stuttgart: Enke.

Thurnwald, Richard (1924): „Zur Kritik der Gesellschaftsbiologie", in: Archiv für Sozialwissenschaft 25, S. 462–499.

Thurnwald, Richard (1928a): „Prä-Logik?", in: Zeitschrift für Völkerpsychologie und Soziologie 4, S. 324–330.

Thurnwald, Richard (1928b): „Mutterrecht", in: Zeitschrift für Völkerpsychologie und Soziologie 4, S. 87–93.

Thurnwald, Richard (1931–1935): Die menschliche Gesellschaft in ihren ethno-soziologischen Grundlagen, 5 Bde., Berlin: Walter de Gruyter: Bd. 1: Repräsentative Lebensbilder von Naturvölkern (1931): Bd. 2: Werden, Wandel und Gestaltung von Familie, Verwandtschaft und Bünden im Lichte der Völkerforschung (1932): Bd. 3: Werden, Wandel und Gestaltung der Wirtschaft im Lichte der Völkerforschung (1932): Bd. 4: Werden, Wandel und Gestaltung von Staat und Kultur im Lichte der Völkerforschung (1935): Bd. 5: Werden, Wandel und Gestaltung des Rechtes im Lichte der Völkerforschung (1935)

Thurnwald, Richard (1935): Black and White in East Africa. The fabric of an new civilization. A study in social contact and adaptation of life in East Africa, London: Routledge.

Thurnwald, Richard (1939): Koloniale Gestaltung. Methoden und Probleme überseeischer Ausdehnung, Hamburg: Hoffmann & Campe.

Thurnwald, Richard (1951): Des Menschengeistes Erwachen, Wachsen und Irren. Versuch einer Paläopsychologie von Naturvölkern mit Einschluß der archaischen Stufe und der allgemeinen Züge, Berlin: Duncker & Humblot.

Thurnwald, Richard (1966a): „Die Psychologie der Akkulturation", in: Wilhelm Emil Mühlmann/Ernst W. Müller (Hg.), Kulturanthropologie, Köln/Berlin: Kiepenheuer & Witsch, S. 312–326 (zuerst engl. 1932).

Thurnwald, Richard (1966b): „Beiträge zur Analyse des Kulturmechanismus", in: Wilhelm Emil Mühlmann/Ernst W. Müller (Hg.), Kulturanthropologie, Köln/Berlin: Kiepenheuer & Witsch, S. 356–391 (zuerst engl. 1932).

Vermeulen, Han F. (2015): Before Boas. The Genesis of Ethnography and Ethnology in the German Enlightenment, Lincoln/London: University of Nebraska Press.

Wagner, Günter (1949–1956): The Bantu of North Kavirondo, 2 Bde., Oxford: University Press.
Wenskus, Reinhard (1961): Stammesbildung und Verfassung. Das Werden der frühmittelalterlichen gentes, Köln et. al: Böhlau.
Westermarck, Edward (1889–1891): The History of Human Marriage, 2 Bde., London: Macmillian.
Westermarck, Edward (1926): Ritual and Belief in Morocco, 2 Bde., London: Macmillian.
Wundt, Wilhelm (1900–1921): Völkerpsychologie. Eine Untersuchung der Entwicklungsgesetze von Sprache, Mythos und Sitte, 10 Bde., Stuttgart: Frommann.

Justin Stagl, Dr. phil., em. o.Univ.-Prof., geb. 1941 in Klagenfurt, Professor der Soziologie 1973-1990 in Bonn, 1990–2009 in Salzburg. Forschungsschwerpunkte: Theorie und Geschichte der Soziologie und Ethnologie, Kultursoziologie.

Die Mär von der Rasse. Zur Geschichte der biologischen Anthropologie nach 1900 bis in die Zwischenkriegszeit

Uwe Hoßfeld

Inhaltsverzeichnis

1 Einleitung 226
2 Sonderwege im 20. Jahrhundert: Eugenik, Rassenhygiene und Rassenkunde, Sozialdarwinismus 229
3 Exkurs: „Rasse-Sonderfall" Drittes Reich 236
4 Hans F. K. Günther und die „Rassengeschichte des deutschen Volkes" 239
5 Ausblick: Die „Jenaer Erklärung" von 2019 246
Literatur 248

Zusammenfassung

Die Fragen nach unseren Ursprüngen beschäftigen die Menschen schon seit jeher. Sie spielen bei der Selbstfindung und Herausbildung der eigenen ethnischen Identität und des Nationalverständnisses eine ebenso große Rolle wie in der europäischen Wissenschaftstradition. Im Laufe der Geschichte sind ethnische Auseinandersetzungen, offener Rassismus und Antisemitismus aber zu wichtigen, oftmals konstruierten, zweifelhaften Merkmalen nationalen Selbstverständnisses geworden. Die vorrangig biologische Begründung von Menschengruppen als Rassen – etwa aufgrund der Hautfarbe, Haarstruktur, Augen- oder Schädelform – hat zur Verfolgung, Versklavung und Ermordung

U. Hoßfeld (✉)
Institut für Zoologie und Evolutionsforschung, Friedrich-Schiller-Universität Jena, Jena, Deutschland
E-Mail: uwe.hossfeld@uni-jena.de

© Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2022

K. Acham und S. Moebius (Hrsg.), *Soziologie der Zwischenkriegszeit. Ihre Hauptströmungen und zentralen Themen im deutschen Sprachraum*,
https://doi.org/10.1007/978-3-658-31401-9_8

von Abermillionen von Menschen geführt. Auch heute noch wird der Begriff Rasse im Zusammenhang mit menschlichen Gruppen vielfach verwendet. Es gibt hierfür aber keine biologische Begründung und tatsächlich hat es diese auch nie gegeben. Es ist vermutlich das kategoriale und hierarchische Denken, das in der Biologie und in anderen Wissenschaften geradezu grundlegend für Fortschritt im Denken zu sein scheint, wobei feste, starre Kategorien in der Wissenschaft wenig hilfreich sind.

Schlüsselwörter

Eugenik · Jenaer Erklärung · Rasse · Rassenhygiene · Sozialdarwinismus

1 Einleitung

Wir Menschen sind verschieden und dennoch gleich, weil wir genetisch eine breite Mixtur aus ethnischen Gemeinsamkeiten darstellen (Cavalli-Sforza und Cavalli-Sforza 1994). Einige haben eine blasse weiße Hautfarbe, andere hingegen sind dunkel oder hellbraun. Auch die Haarfarbe, der Haartyp, die Lippen, Nase, Ohren und Augen oder die Gesichts- und Schädelform variieren. Zum Teil haben wir uns an diese Unterschiede gewöhnt und benutzen sie, um bekannte, verwandte Menschen wieder zu erkennen. Unterschiedlichkeit ist keine Illusion! Damit stellen die Menschen körperlich eine der variantenreichsten Spezies auf der Erde dar (Barbujani und Pigliucci 2013; Evans 2019). Diese individuellen Unterschiede sind eine Triebfeder evolutionärer Prozesse, denn Variation führt durch Selektion zu Anpassung in Raum (Speziation) und Zeit (Transformation) (Junker und Hoßfeld 2009). Sichtbar wird dies beispielsweise bei der Haut-, Haar- und Augenfarbe oder bei Stoffwechselanpassungen wie der Lactose- oder Alkohol-Toleranz. Nun könnte man leichthin sagen, dass sich ein Norweger, dessen Vorfahren seit Jahrhunderten in Norwegen lebten, problemlos von einem Ghanaer, für den jeweils Entsprechendes gilt, unterscheidet. Doch reicht das tatsächlich aus, um ganze Menschengruppen (wie bis heute geschehen) in Negride, Europide oder Mongolide zu klassifizieren bzw. zu kategorisieren (Levit und Hoßfeld 2020; Porges et al. 2020, 2021)?

Die oben erwähnten „Unterschiede“ werden nun aber auch seit langem dazu benutzt, um Rückschlüsse auf die Abstammung und Herkunft der Menschen zu ziehen (Baker 1974; Kaupen-Haas und Saller 1999; Kühl 1997). Dieser menschliche Hang, stets kategorisieren und hierarchisieren zu wollen, hat zu ungeheurem

menschlichen Leid im Laufe der Geschichte geführt. Ganze Menschengruppen wurden so wegen ihrer Hautfarbe, Augen- oder Schädelform, Religion und Weltanschauung etc. verfolgt, ermordet oder versklavt (Benz 2014; Friedländer 2000; Hohmann 1988; Hoßfeld 2016, 2021; Levit und Hoßfeld 2020; Longerich 1998; Pohl 2003). Dabei ist es scheinbar leicht, zwischen Menschen aus verschiedenen Teilen der Erde Unterschiede am äußeren Erscheinungsbild (Haarfarbe, Hautpigmentierung usw.) zu erkennen, obwohl die zugrundeliegenden genetischen Variationen selbst viel weniger ausgeprägt sind. Die Wahrnehmung von morphologisch-phänotypischen (äußeren) Unterschieden kann uns aber eben irrtümlicherweise dazu verleiten, von diesen auf die Herkunft und damit einhergehenden genetischen (inneren) Unterschieden zu schließen. Hier ist, will man nicht einem Trugschluss aufsitzen, also Vorsicht geboten. Dass dann ein gemeinsames Kind nicht so einfach zuzuordnen ist, zeigt auch die Haltlosigkeit derartiger Denkmuster. Ferner kann man in unserer globalen Welt nur noch begrenzt von (isolierten) geografischen Verbreitungsgebieten sprechen. Anders als bei der biologischen Art, die klar definiert ist, ist die oben genannte Lesart wissenschaftlich nicht haltbar. Jegliche Versuche in diese Richtung scheiterten (Mayr 2002; Fischer et al. 2019, 2020, 2021; Norton et al. 2019).

Das 20. Jahrhundert ist die Epoche, in der sich Wissenschaft, Gesellschaft und Politik am weitesten auf die Ideologie des Rassismus eingelassen haben, diese zum Teil neu begründete und an der praktischen Umsetzung beteiligt war. Dieser Zusammenhang war ein wichtiger Faktor und treibendes Moment der Verwirklichung politisch-ideologischer Visionen. Dabei ging es bspw. um Visionen einer „reinen Rasse“, einer „Rasse ohne Fremdkörper“ oder Kranke. Ein besonders perfides Beispiel im letzten Jahrhundert war das stark antisemitisch orientierte „Rasse-Konzept“ der Nationalsozialisten in Deutschland mit ihrem Hauptprotagonisten Hans F. K. Günther (Hoßfeld 1999, 2005, 2016). Hier verschmolzen Wissenschaft, Ideologie, Gesellschaft und Politik zu einem eugenisch bzw. rassenhygienisch motivierten Weltbild. Angeblich wissenschaftlich begründete Forschungserkenntnisse wurden als biologisch-medizinische Rechtfertigungen für den Völkermord sowie die Ausgrenzung anderer Menschengruppen herangezogen: „Es gibt [bis heute] keinen überzeugenden wissenschaftlichen Beleg, mit dem dieser Glaube gestützt werden könnte.“ (Stagl und Reinhard 2005: 723) Rassenkunde wurde im Dritten Reich dabei als eine physisch-anthropologische, die Rassenhygiene als eine medizinische Wissenschaft mit zumeist klinischer Orientierung verstanden. Die Rassenbiologie entstand aus der Verknüpfung der Erblehre mit der Anthropologie, menschliche

Erblehre und Erbbiologie entsprechen in etwa unserem heutigen Begriff Humangenetik (Hoßfeld 2021).

Bis heute gibt es keine biologische Grundlage für einen Rassebegriff. Dieser ist nichts anderes als ein gedankliches Konstrukt und entbehrt jeder Realität. Die „Jenaer Erklärung" plädiert dafür, diesen Begriff einfach nicht mehr im Zusammenhang mit Wissenschaft zu benutzen. Hier haben eben die Biologie, Anthropologie und teilweise auch die Medizin, auch aufgrund ihrer teilweise verhängnisvollen Geschichte, eine besondere Verantwortung, sich nunmehr offensiver, objektiver und deutlicher mit den neuen Forschungsergebnissen in der Öffentlichkeit zu positionieren, um eben zu verhindern, dass biologische Argumente missbräuchlich in sozialen oder sozialpsychologischen Kontexten verwendet werden. Man kann also irgendein Merkmal nehmen, egal welches man auch zu Rate zieht: Körpergröße, Haarfarbe usw., die fehlende genaue Abgrenzbarkeit widerlegt stets das Prinzip der Kategorisierung. Scharfe Grenzen existieren schlichtweg nicht, sondern sind reine menschliche Konstrukte. Das ist auch der Grund, warum man sich für Populationen mit dem Begriff der Metapopulation behilft. In letzter Konsequenz bedeutet das aber auch, dass nicht nur Rassen, sondern auch Gruppen, Populationen, Völker nicht real sind. Real sind Gradienten! (Porges et al. 2020; Fischer et al. 2020).

Die aktuelle Genforschung hat nun mit Analysen an altem Skelettmaterial (auch als Archäogenetik bezeichnet) den Schwachpunkt solcher Überzeugungen aufgedeckt und gezeigt, dass zwischen menschlichen „Gruppen" im Laufe der Zeit ein immerwährender Genaustausch stattgefunden hat. So zeigen die heutigen Einwohner Westeurasiens bspw. nur halb so viele genetische Unterschiede wie die Menschen, die dort noch vor 10.000 Jahren lebten. Ferner deuten aktuelle Befunde der Genetik, Anthropologie, Ethnologie und Molekularbiologie darauf hin, dass der moderne Mensch erst vor ca. 200.000 Jahren in Afrika entstand und sich vor relativ kurzer Zeit in die bewohnbaren Gebiete der Erde ausbreitete und sich während dieses Prozesses an die unterschiedlichen Umweltbedingungen (Klima etc.) anpassen musste (Krause und Trappe 2019; Hoßfeld 2021). Als der moderne Mensch *(Homo sapiens)* vor ca. 50.000 bis 60.000 Jahren dann Afrika verließ, traf er in Eurasien nach heutigem Erkenntnisstand mindestens drei seiner unmittelbaren Verwandten – *Homo floresiensis,* den Neandertaler und wohl auch den jüngst entdeckten Denisovaner aus dem russischen Altai-Gebirge (Green et al. 2010; Krause et al. 2010; Reich et al. 2010). Diese Notwendigkeit der Anpassung an die jeweils unterschiedlichen Umweltbedingungen hat aber eben nur in einer kleinen Untergruppe von Genen, die die Empfindlichkeit gegenüber Umweltbedingungen betrifft, z. B. Sonneneinstrahlung, Veränderungen bewirkt.

2 Sonderwege im 20. Jahrhundert: Eugenik, Rassenhygiene und Rassenkunde, Sozialdarwinismus

Dank der breiten Diskussion um die Herkunft und Entstehung des Menschen seit den 1860er Jahren beschäftigten sich auch kleine und kleinste politische Kreise mit dem Thema (Hoßfeld 2016, 2021). Was über Jahrhunderte als „gottgegeben" galt, stand nun zur Disposition. Die Forschungen von Charles Darwin (1809–1882) und Ernst Haeckel (1834–1919) wurden in der (europäischen) Öffentlichkeit breit diskutiert (Engels und Glick 2008; Hoßfeld et al. 2019). Dabei kam es aber recht schnell zu einer Verkürzung der Aussagen und parallel dazu oftmals zu einer politisch aufgeladenen Interpretation der Forschungsergebnisse in der (Wissenschafts)Politik einzelner Staaten: Schweden ist dabei schon durch das Wirken von Anders A. Retzius (1796–1860) als eine der Ursprungsstätten der Anthropologie zu bezeichnen; Eugen Fischer (1874–1967) sprach später in diesem Zusammenhang vom „Germanennorden" und Alfred Ploetz (1860–1940) vom „Mutterland der Germanen" (Hagermann 2020). In Italien hingegen existierte zeitweise sogar ein eigener Lehrstuhl für Kriminalanthropologie des Zoologen und Anthropologen Cesare Lombroso (1835–1909) in Turin (1905–1909). Aber auch einzelnen Interessengruppen (wie bspw. denen der Nationalsozialisten; den Mitgliedern des Kepler- oder des Monistenbundes usw.) dienten die Erkenntnisse über die Abstammung des Menschen zur Begründung ihrer politischen Ziele (Nöthlich et al. 2006; Hoßfeld und Weber 2008). Dabei erregten diese Gruppen eine recht große mediale Aufmerksamkeit und trugen auf diese Weise ihre Vorstellungen breit in die Gesellschaft. So wurde im Jahre 1907 auf Initiative von Ploetz der „Ring Norden" bzw. 1905 die Gesellschaft für Rassenhygiene, 1926 der „Nordische Ring"[1] sowie 1925 die „Nordische Bewegung" gegründet; 1911 folgten Willibald Hentschel (1858–1947) mit dem „Mittgart-Bund" sowie Jörg Lanz von Liebenfels (1874–1954) mit der „Ostara-Gesellschaft". Als weitere Beispiele seien das 1895 von A. Ploetz geschriebene Buch *Die Tüchtigkeit unsrer Rasse und der Schutz der Schwachen;* die seit 1902

[1] So heißt es in einem Faltblatt des Ringes: „[…] ist eine im Jahre 1926 gegründete Vereinigung, deren Arbeit durch die Tatsache bestimmt wird, daß der noch heute im deutschen Volke wie in den verwandten Völkern germanischer Sprache stärker vertretenen Menschenrasse, der Nordischen Rasse, eine besondere Bedeutung zukommt […]." (Vgl. ZStA Prag, Bestand Amt des Reichsprotektors – RuSHA Stengel von Rutkowski, Karton 58, II. Nachträge)

von Ludwig Woltmann (1871–1907) edierte *Politisch-Anthropologische Revue*[2] sowie das 1904 von Ploetz, dem Zoologen Ludwig Plate (1862–1937) und dem Juristen Anastasius Nordenholz (1862–1953) begründete *Archiv für Rassen- und Gesellschaftsbiologie*[3] angeführt.

In den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg sollten dann die Eugenik, Rassenhygiene und Rassenkunde unter dem Eindruck der angeblichen weiteren Schwächung des deutschen „Volkskörpers" (der deutschen Erbsubstanz) einen nachhaltigen konjunkturellen Aufschwung erfahren (Lutzhöft 1971; Grosse 2000). So kam es innerhalb des spezifischen Forschungsverbundes von Rassenhygiene, Rassenkunde und Rassenanthropologie in Deutschland zu einer Präzisierung von „Rassenkategorisierungen" (Eugen Fischers „Rehobother

[2] Die Monatsschrift hatte einen breitgefächerten inhaltlichen Rahmen: Aufsätze, Berichte (über Biologie, Anthropologie, Psychologie, Medizin, über Sozial- und Rassen-Hygiene bis hin zu Bevölkerungsstatistik usw.) sowie Buchbesprechungen markierten wichtige Bereiche. Man wollte sich mit diesem Programm als „Archiv für die Naturgeschichte der Menschheit" verstehen und damit auch auf die neue „ökonomische und soziale Welt" reagieren (Hoßfeld 2016).

[3] Als Ziel wurde im Vorwort des ersten Bandes formuliert: „Das Wachsen biologischer Einsicht in den letzten Jahrzehnten hat dazu Veranlassung gegeben, auch die Grundlagen der menschlichen Gruppirungen, seien sie rassenhafter oder gesellschaftlicher Natur, einer biologischen Betrachtung zu unterziehen […] Aber nicht nur um Sammlung handelt es sich, sondern auch um gegenseitige Anregung." (Vorwort 1904: III) Zur beidseitigen Orientierung und den Begriffsbestimmungen in der Zeitschrift, die bereits eine umfassendere Herangehensweise (als beispielsweise bei Woltmann) sowie größere Professionalität erkennen ließen, bemerkten die Herausgeber weiter: „*Rassenbiologie* ist die Lehre vom Leben und von den inneren und äußeren Lebens- und Entwicklungs-Bedingungen der Rasse und, da man die *Rassenhygiene* mit einbeziehen muß, auch die Lehre von den optimalen Erhaltungs- und Entwicklungsbedingungen der Rasse […] Zur *Rassenhygiene* gehören zunächst alle Versuche, ihr Ziel wissenschaftlich festzustellen, sodann aber die Herstellung aller von diesem Ziel ausgehenden Kausalketten bis zu beherrschbaren materiellen und psychologischen Faktoren unserer Gegenwart, mögen sie die Einzelnen, die Familie (Fortpflanzungshygiene), Gesellschaften oder Staaten betreffen, mit allen ihren Ausstrahlungen auf Moral, Recht und Politik […] Die *Gesellschaftslehre* entnimmt der Biologie deren Grundtatsachen und Gesetze, um dafür zum Vorstellungskreis der letzeren ihre eigenen Ergebnisse über die Voraussetzungen, Gesetzlichkeiten und Formen der Assoziation unter den Lebewesen, vor allem aber den höchst organisirten Lebewesen, den Menschen, hinzuzutun […] Wir verwahren uns dagegen, das Archiv von vornherein für eine bestimmte wissenschaftliche, sozial- oder rassenpolitische Richtung festzulegen. Alle Richtungen sind willkommen […]." (Vorwort 1904: IV-VI, Hervorhebungen im Orig.)

Bastardstudien“ 1913),[4] zur weiteren Erforschung der Folgen der „Rassenmischung“ für das „Degenerationsproblem“, sah man Leitbilder in den lebensreformerischen Vorstellungen,[5] lehnte man weitgehend Rauschmittel wie Alkohol und Nikotin ab (so eröffnete August Forel 1889 die Trinkerheilstätte Ellikon an der Thur [seit 1984 „Forel-Klinik“] und Karl Astel gründete 1941 das Wissenschaftliche Institut zur Erforschung der Tabakgefahren in Jena nach einer persönlichen Spende von 100.000 RM durch Adolf Hitler). Des Weiteren bezog man verstärkt die Blutgruppenforschung mit ein (1901 erfolgte die Entdeckung der Blutgruppen durch Karl Landsteiner [1868–1943] – damit wurde eine erweiterte Sicht auf die um 1900 wiederentdeckten Mendelschen Regeln möglich), die Sexualreformbewegung (u. a. mit ihren Kongressen für Sexualreform ab 1921) strebte im Umfeld von Magnus Hirschfeld die Verbindung von Forschung, Praxis und politischem Engagement (Geburtenregelung, Sterilisationsthematik […]) an usw. (Šimůnek et al. 2011, 2012; Hoßfeld et al. 2017; Hoßfeld 2016).

Dieser positiven Aufladung der „Nordischen Rasse“ folgten zwangsläufig Tendenzen zur Bewahrung der angeblich positiven Eigenschaften bzw. „wünschenswerten“ Eigenschaften auch im gesundheitlichen Bereich. Hier wurde die Politik angefragt, entsprechende Forderungen in Gesetze auszugestalten. Ferner gerieten bevölkerungspolitische Überlegungen mehr und mehr in sozialdarwinistische Perspektive, und es war die Rede von der Zurückdrängung der Minderwertigen, der Auslese der Tüchtigsten usw. (Conrad-Martius 1955; Lutzhöft 1971; Stock 2004). Dieser „sozialdarwinistische Biologisierungsschub“

[4] Über die Folgen der „Rassenmischung“ hatte auch der Anthropologe Eugen Fischer nachgedacht. Mit seiner Untersuchung von 2567 „Rehobother Bastarden“ unternahm er erstmals den Versuch, die Mendelschen Erbgesetze auf den Menschen zu übertragen, wobei er auf traditionelle Methoden der Anthropologie (wie Vermessung von Körperpartien, Haut- und Haaruntersuchungen) zurückgriff. Bei den Versuchspersonen handelte es sich um die Nachkommen holländischer und deutscher Männer und Nama-Frauen, die von den Europäern „Hottentottinnen“ genannt wurden. Sie hatten sich 1870 in Rehoboth niedergelassen, das seit 1884 zum deutschen „Schutzgebiet“ in Afrika gehörte (Przyrembel 2003). Ein weiteres, besonders perfides Beispiel von Inhumanität war die ab 1937 durchgeführte illegale und geheime Zwangssterilisation der sog. „Rheinlandbastarde“. Hierbei handelte es sich um Kinder, die einer Beziehung zwischen einer deutschen Frau und einem Besatzungssoldaten entstammten. Insgesamt wurden ca. 400 Kinder zwangssterilisiert (Tascher 2016).

[5] Das Motto war „Zurück zur Natur“ – Vertreter der Lebensreform propagierten eine naturnahe Lebensweise, ökologische Landwirtschaft, Vegetarismus, Reformkleidung, Naturheilkunde freie Körperkultur usw. und reagierten damit auf die aus ihrer Sicht negativen Folgen der gesellschaftlichen Veränderungen usw.

(Kaiser et al. 1992: XIV) in der Bevölkerungstheorie und Gesundheitspolitik führte zu einem tiefgreifenden Paradigmenwechsel, stießen doch nun zunehmend Stichworte wie eben „Rassenkunde und Rassenhygiene“, „Eugenik“ usw. auf breite Resonanz in der Bevölkerung (Marten 1983; Harten et al. 2006; Mackensen et al. 2009). Gesellschaftspolitische und soziale Probleme des Staates wurden so als biologische Krise der Gesellschaft umgedeutet. Die sozialdarwinistische Bewegung fand deshalb innerhalb kurzer Zeit in weiten Kreisen der deutschen Bevölkerung Gehör und erhielt dann auch noch durch die neuen Forschungsergebnisse der Vererbungsforscher den notwendigen wissenschaftlichen Unterbau. Über die USA und England gelangte der Sozialdarwinismus dann auch nach Frankreich und Deutschland. In Frankreich finden sich frühe Elemente in Georges Vacher de Lapouges (1854–1936) Werk (*Les sélection sociales,* 1896), ebenso in Arthur Comte de Gobineaus (1816–1882) Lehre von der Überlegenheit der weißen Rasse (*L'Aryen, son role social,* 1899) oder in den Werken des russischen Rasseforschers Joseph Deniker (1852–1918). In Deutschland baute Houston Stewart Chamberlain (1855–1927) seine Rassentheorie weiter aus, bildeten sich verschiedene sozialanthropologische Schulen im Umfeld von Otto Ammon (1842–1916), Wilhelm Schallmayer (1857–1919), Ludwig Schemann (1852–1938) oder A. Ploetz, die Binnenwanderungen, den Einfluss von Kriegen auf die menschliche Entwicklung etc. untersuchten, setzte Friedrich von Hellwald (1842–1892) in seinen Überlegungen Natur- und Gesellschaftsprozesse und deren Resultate gleich: Rassen und Klassen, oder ergänzte der Philosoph Ludwig Gumplowicz (1838–1909) in seinem Buch *Der Rassenkampf* (1883) die sozialdarwinistisch-rassistischen Auffassungen Hellwalds (Muckermann 1934; Hawkins 1997; Broberg und Roll-Hansen 2005; Turda und Weindling 2007; Hoßfeld 2016; Hoßfeld und Šimůnek 2017a).[6]

Zwischen Eugenik und der darwinschen Evolutionsbiologie bestanden zudem stets enge historische und inhaltliche Beziehungen. Im weiteren Sinne eugenische Ideen existieren zwar schon seit der Antike und frühen Neuzeit (Platon, Campanella), wissenschaftlich umsetzbar wurden sie jedoch erst Mitte des 19. Jahrhunderts, nachdem der Siegeszug der Evolutions- und Selektionstheorie begonnen hatte. Bereits wenige Jahre nach Darwins *Origin* (1859), im Jahre 1865, hatte der Engländer Francis Galton (1822–1911), ein Vetter Darwins, ein

[6] „Das Hauptverdienst der sozialanthropologischen Schule besteht überhaupt darin, eine unbefangene Forschung nach den Beziehungen zwischen sozialer Mobilität und Fluktuation (Wanderungen, sozialer Auf- und Abstieg) zu den sozialen Kräften ins Rollen gebracht zu haben.“ (Mühlmann 1968: 115)

Programm zur genetischen Verbesserung der Menschheit vorgeschlagen (Junker und Hoßfeld 2009).

Die Motive für eugenische Programme wandelten sich aber je nach politischem und historischem Kontext. Ziel der Eugeniker ist/war es seither, die genetische Zusammensetzung einer menschlichen Population zu verbessern bzw. eine Verschlechterung zu verhindern. Es wird – modern gesprochen – versucht, den menschlichen Genpool mit wissenschaftlichen Mitteln zu kontrollieren und die biologische Evolution der Menschen planmäßig und bewusst zu gestalten. Die konkreten Ziele, die unter dem allgemeinen Wunsch nach einer Verbesserung subsumiert wurden, haben je nach politischem Standpunkt und historischer Situation stark geschwankt. Es lassen sich aber einige Gemeinsamkeiten feststellen; meist ging es um Gesundheit, Intelligenz, positives Sozialverhalten und manchmal auch um Schönheit. Man nahm an, dass diese Eigenschaften zumindest zu einem Teil erblich bedingt sind und wollte den biologischen Anteil verbessern. Dies wurde meist nicht als Alternative, sondern als Ergänzung zur Verbesserung der allgemeinen sozialen und Umweltbedingungen der Menschen, von der Hygiene bis zur Erziehung, gesehen. Seit der Antike bis in die Neuzeit stand zudem die Erhöhung der menschlichen Glücksfähigkeit im Vordergrund. Mit Beginn des Imperialismus interessierten dann vornehmlich die militärischen und ökonomischen Interessen des jeweiligen Staates. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde meist das Leiden der Kranken und ihrer Angehörigen oder der Wunsch der Eltern nach einem gesunden Kind als Begründung eugenischer Maßnahmen angeführt. An den Konzepten der Eugenik wurde aber auch Kritik geübt. In Deutschland bestritt z. B. der Biologe und Haeckel-Schüler Oscar Hertwig (1849–1922) im Jahre 1918 die Durchführbarkeit der eugenischen Ideen, da der dafür benötigte „Züchtungsstaat“ aus verschiedenen Gründen nicht realisierbar sei: Gesetze zur Einschränkung des Selbstbestimmungsrechts und der Eheschließung würden am Widerstand der Betroffenen scheitern; zudem könne die Verantwortung für die Folgen der eugenischen Programme wegen der mangelnden Kenntnis der biologischen Grundlagen nicht übernommen werden. Diese Kritikpunkte werden auch heute noch vorgetragen (Šimůnek und Hoßfeld 2011; Hoßfeld und Šimůnek 2017a, b).

Die Erfahrungen und Folgen des Ersten Weltkrieges gaben den Forderungen nach eugenischen Programmen in verschiedenen Staaten schließlich Auftrieb (Adams 1990; Broberg und Roll-Hansen 2005; Turda und Weindling 2007; Šimůnek 2007; Baader et al. 2007; Edgar 2009). Mit biologischen Argumenten war die Krise der Moderne plötzlich erklärbar. Im angeblichen Verfall der Sitten und dem der politischen Stabilität sahen Teile der Öffentlichkeit Parallelen zum Verfall der „Rasse“. Entsprechende Hoffnungen auf eine „Gesundung“ wurden

in biologische Maßnahmen gesetzt. So erließ man Sterilisationsgesetze und Einwanderungsbestimmungen, aber auch die heute selbstverständlichen Maßnahmen zum Schutz vor mutagenen Strahlen und Substanzen wurden eingeführt sowie finanzielle bzw. städtebauliche Programme initiiert, die es Familien der Mittelschicht erleichtern sollten, Kinder zu haben. Die Eugenik hatte – weitgehend unabhängig von der politischen Ausrichtung – seit Ende des 19. Jahrhunderts in allen Industriestaaten einflussreiche Vertreter. Sie wurde in den westlichen Demokratien USA und Großbritannien geschätzt und fand sowohl in der frühen Sowjetunion als auch in Deutschland vor und nach 1933 Fürsprecher. Die Vertreter der Eugenik verband eine wissenschafts- und technologiefreundliche Grundüberzeugung, die sich auch auf die menschliche Fortpflanzung erstreckte. Die Frontstellung pro und contra Eugenik verlief also in erster Linie entlang der Einstellung zum technischen Modernismus und nicht nach einem politischen Schema (Kühl 1997). Inhaltlich sind, das belegen die aufgezeigten Beispiele, Eugenik und Rassismus nur unter bestimmten Voraussetzungen zu vereinbaren. So wurde angenommen, dass bestimmte menschliche Bevölkerungsgruppen („Rassen“) mehr schlechte Gene aufweisen als andere. Eine quantitative Zunahme dieser Bevölkerungsgruppen würde dann zu einer allgemeinen Verschlechterung der genetischen Voraussetzungen (des Genpools) der Gesamtbevölkerung führen. Es wurde auch behauptet, dass die Vermischung von „Rassen“ als solche ungünstig sei. Dass die deutschen Eugeniker einen Sonderweg innerhalb der Wissenschaftler vertraten, zeigt das Manifest der Genetiker („Geneticists’ Manifesto“). Es wurde unmittelbar vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs auf dem 7. Internationalen Kongress für Genetik in Edinburgh verabschiedet und in *Nature* unter dem Titel „Social Biology and Population Improvement“ veröffentlicht. Die Unterzeichner bekennen sich eindeutig zur Eugenik und lehnen zugleich Rassenvorurteile und -privilegien ab. Nicht nur eine genetische Verschlechterung sollte verhindert, sondern weitgehende Verbesserungen sollten möglich werden. Unter sozialen Gesichtspunkten seien drei Ziele bei der Verbesserung der genetischen Eigenschaften anzustreben: Gesundheit, Intelligenz und angeborene Charaktereigenschaften, die soziales Verhalten fördern. Die zukünftigen Generationen hätten ein Recht darauf, als Genie geboren zu werden (Muller et al. 1939; Šimůnek und Hoßfeld 2011; Hoßfeld und Šimůnek 2017a).

Ein belegkräftiges Indiz für die mehrfach schon erwähnte kulturpessimistische Dramatisierung der Lage des deutschen Volkes – auch hinsichtlich der Suche nach generativen Technologien der „Artverbesserung“ – stellt zudem ein Preisausschreiben von 1900 dar. Für die Verbreitung der sozialdarwinistischen Ideen in Deutschland spielte das von Friedrich Alfred Krupp (1854–1902) mit 30.000 Mark finanzierte und auf den 1. Januar 1900 datierte Preisausschreiben zum

Thema „Was lernen wir aus den Prinzipien der Descendenztheorie in Beziehung auf die innerpolitische Entwickelung und Gesetzgebung der Staaten?“ eine zentrale Rolle. Mit dem Preisausschreiben hatten die Initiatoren zudem den Zeitgeist jener Jahre heraufbeschworen und die Öffentlichkeit aktiviert, zumal in den ersten acht Wochen seit der Veröffentlichung der Ausschreibung über 100 Anfragen bei Haeckel, einen der Initiatoren, in Jena eingegangen waren. Aufgrund der hohen Beteiligung am Preisausschreiben, die Haeckel als persönlichen Erfolg wertete, mussten die Preisrichter schnell handeln. So wurde u. a. die Drucklegung beim Gustav Fischer Verlag besprochen, so dass im Jahre 1903 bereits der erste Band des Sammelwerkes *Natur und Staat. Beiträge zur naturwissenschaftlichen Gesellschaftslehre* dort erscheinen konnte. Außer der Preisarbeit *Vererbung und Auslese im Lebenslauf der Völker. Eine staatswissenschaftliche Studie auf Grund der neueren Biologie* (Bd. III)[7] des Rassenhygienikers Wilhelm Schallmayer erschienen zwischen 1903 und 1907 noch weitere neun Bände.[8] Das Preisausschreiben trug in hohem Maße zu einer Politisierung verschiedener Themata der biologischen Anthropologie bei und wurde zu einem Zeitpunkt ausgelobt, als die Bereitschaft in weiten Teilen der

[7] So hatte Schallmayer am Ende seiner 386 Seiten umfassenden Schrift zusammenfassend bemerkt: „Wir lernen also aus der Descendenztheorie, dass die Völker nicht nur auf dem Gebiet der Traditionswerte oder der Kultur, sondern auch auf dem der erblichen Eigenschaften einer Entwicklung unterworfen sind, daß letztere nur langsam vor- und rückwärts schreitet und darum bisher nur wenig beachtet wurde […] Es wurde gefunden, dass zwar eine generative Höherentwicklung stets günstige Vorbedingungen für eine kulturelle Höherentwicklung schafft, nicht aber umgekehrt, wenigstens nicht immer, daß vielmehr das Ansteigen der Kultur die generative Auslese in eine abwärts führende Richtung drängen kann, sobald sie eine solche Höhe erreicht hat, daß der Rückgang der generativen Werte die Aufwärtsbewegung der Kultur zwar nicht sofort aufzuhalten vermag, mit der Zeit aber notwendig auch zu deren Stillstand und Sinken führen muß […].“ (Schallmayer 1903: 378)

[8] Außer der Preisarbeit erschienen noch folgende Bände: Philosophie der Anpassung mit besonderer Berücksichtigung des Rechtes und des Staates (Heinrich Matzat) – Bd. I; Darwinismus und Sozialwissenschaft (Arthur Ruppin) – Bd. II; Natur und Gesellschaft. Eine kritische Untersuchung der Bedeutung der Deszendenztheorie für das soziale Leben (Albert Hesse) – Bd. IV; Prinzipien der natürlichen und sozialen Entwicklungsgeschichte des Menschen. Anthropologisch-ethnologische Studien (Curt Michaelis) – Bd. V; Soziologie (A. Eleutheropulos) – Bd. VI; Der Wettkampf der Völker mit besonderer Bezugnahme auf Deutschland und die Vereinigten Staaten von Nordamerika (Emil Schalk) – Bd. VII; Organismen und Staaten. Eine Untersuchung über die biologischen Grundlagen des Gesellschaftslebens und Kulturlebens (Alfred Methner) – Bd. VIII; Die ererbten Anlagen und die Bemessung ihres Wertes für das politische Leben (Walter Haecker) – Bd. IX; Die Vererbungslehre in der Biologie und in der Soziologie (Heinrich Ernst Ziegler) – Bd. X.

deutschen Bevölkerung vorhanden war, sich mit biologistischen Theorien näher zu beschäftigen. Die Erfolge der Naturwissenschaften um 1900 waren dabei oftmals so einleuchtend, dass eine Übertragung dieser Inhalte auf die Gesellschaft nur eine Konsequenz dieser neuen Denkart war (Thomann und Kümmel 1995).

3 Exkurs: „Rasse-Sonderfall" Drittes Reich

Ein Sonderfall und weltweit einzig war schließlich die Verbindung von Eugenik bzw. Rassenhygiene und politischem Rassismus – speziell in seiner antisemitischen Variante – in der Zeit des Nationalsozialismus. Seit Mitte der 1920er Jahre hatten sich – neben dem Sozialdarwinismus – ebenso die Rassenkunde sowie die Rassenhygiene als geeignete Felder für eine nationalsozialistische Propagierung von Rassenideen erwiesen und weitgehend in der deutschen Wissenschaftslandschaft etabliert (Saller 1961; Hoßfeld 2016). Dabei wurde das neue Regime von vielen Rassenhygienikern und Rassenkundlern aktiv unterstützt und befürwortet.[9]

Bereits am 17. November 1933 hatte der Stellvertreter Adolf Hitlers (1889–1945), Rudolf Heß (1894–1987), dem in Göttingen promovierten Mediziner Walter Groß (1904–1945) die Überwachung und Vereinheitlichung der gesamten Schulung und Propaganda auf den Gebieten der Bevölkerungs- und Rassenpolitik übertragen. Groß wurde als Leiter des Rassenpolitischen Amtes der NSDAP berufen, welches Anfang des Jahres 1934 auf Wunsch Adolf Hitlers beim Stab des „Stellvertreters des Führers" eingerichtet worden war. Dieses Amt erhielt den Auftrag, die „rassenpolitische Aufklärungsarbeit" in der NSDAP, ihren Gliederungen und den angeschlossenen Verbänden zu überwachen und nach einheitlichen Gesichtspunkten auszurichten. Mit Unterstützung des Reichsschulungsamtes und durch die Förderung von Alfred Rosenberg (1893–1946)

[9] Der später umstrittene Anthropologe, der Berliner Ordinarius für Rassenhygiene und Doktorvater des berüchtigten Josef Mengele, Otmar Freiherr von Verschuer, bemerkte 1944 zum zehnjährigen Jubiläum des Rassenpolitischen Amtes der NSDAP: „Die Rassenpolitik gilt mit Recht als Kernstück des Nationalsozialismus […] Der Nationalsozialismus dagegen hat den Menschen selbst mit den in ihm enthaltenen rassischen und erblichen Anlagen und die dem einzelnen Menschen übergeordnete Gesamterscheinungsform von Volk und Rasse in den Mittelpunkt seiner Politik gerückt […] Die Vorschläge einzelner Wissenschaftler, Programme wissenschaftlicher Gesellschaften wären aber niemals zur Durchführung gekommen, wenn nicht der Nationalsozialismus die Rassenpolitik als Panier erhoben hätte." (Verschuer 1944: 54)

und Joseph Goebbels (1897–1945) gelang es Groß relativ schnell, „einheitliche Richtlinien für die Behandlung dieser Fragen im Sinne der Partei durchzusetzen und ihnen in der Öffentlichkeit Geltung zu verschaffen. Dabei wurde auf die weltanschaulichen Folgerungen und Voraussetzungen des rassischen Denkens bewußt der allergrößte Wert gelegt." (Groß 1934) Mit der Gründung des Rassenpolitischen Amtes der NSDAP setzte dann also reichsweit eine planmäßig gesteuerte, bewusst gezielte und von politischen bzw. wissenschaftsideologischen Gesichtspunkten getragene „Aufklärung des deutschen Volkes" in Rassenfragen ein (Uhle 1999): „Der Rassengedanke wurde zur politischen Willenserklärung des Dritten Reiches. Aus den Erkenntnissen der Erb- und Rassenforschung und noch über sie hinaus ist uns diese neue weltanschauliche Haltung erwachsen, die uns wieder die Gesetze des Lebens, die Stimme des Blutes und den Wert der Rasse verstehen gelehrt hat." (Groß 1936, 1939, 1941, 1943)

An dieser Stelle ist ausdrücklich zu betonen, dass es einen/den zentralen, homogenen Rasse-Begriff im Dritten Reich nie gab. Während der Rassenpopularisator Hans F. K. Günther (1891–1968) bspw. einen statischen Rasse-Begriff[10] bevorzugte, wählten andere – wie der Göttinger Anthropologe Karl Saller (1902–1969) – hingegen einen dynamischen Rasse-Begriff[11] (Hasenauer 2002/2003: 37–42; Hoßfeld 2021). Weniger relevant war das Fach dann allerdings für die medizinischen Fächer. Verschiedene Autoren sahen ferner den nachhaltigen Einfluss, den die Rassentheorien in der deutschen Rassenkunde und Rassenhygiene haben sollten und der ihre wissenschaftspolitische Funktion für das Dritte Reich legitimierte, in dem Umstand begründet, dass zwischen der sich etablierenden (physischen) Anthropologie und den populären Rassentheorien „keine ausreichenden Differenzen bestanden, die es vor allem der Wissenschaft erlaubt hätten, sich von den politischen Bewegungen erfolgreich abzugrenzen." (Weingart et al. 1992: 99–100) So wurden zwar einerseits rassentheoretisch, biologistisch und sozialdarwinistisch beeinflusste Wissenselemente in die

[10] Es war ein völkisch-abstammungsgeschichtliches Modell, das auf den phänotypisch-morphologischen Studien basierte und die Bedeutung der „Rassenseele" hervorhob. Günthers Definitionsversuch fällt daher auch nichtssagend aus: „Eine Rasse stellt sich dar in einer Menschengruppe, die sich durch die ihr eignende Vereinigung körperlicher Merkmale und seelischer Eigenschaften von jeder anderen (in solcher Weise zusammengefassten) Menschengruppe unterscheidet und immer wieder nur ihresgleichen zeugt." (Günther 1922/1933: 1, 14)

[11] Es war ein konstruierter Arbeitsbegriff, der die geographisch-sozial-religiöse Rasse als Mischungs- und Veränderungsprozess gesehen hat. Deutlich war der Einfluss der Deszendenztheorie.

nationalsozialistische Ideologie übernommen, um den instrumentellen politischen Stellenwert zu dokumentieren. Andererseits wurde aber gerade durch diese Einfügung der aus dem rassenkundlichen Wissenskanon sich ergebenden praktischen Maßnahmen auch ein neues Betätigungsfeld („Eignungsprüfung", „Eindeutschung" usw.) geschaffen, wo man nun den Schritt der direkten Umsetzung der ideologischen Gesichtspunkte in konkrete wissenschaftliche Ergebnisse vollziehen konnte (Weingart et al. 1992: 99–100; Mann 1978). Die Forschung wurde nun eng mit den zwei Doktrinen der „Rassen-" und „Erbgesundheitspflege" verknüpft und somit Bestandteil der neuen Infrastruktur des NS-Staates. Am 14. Juli 1933 wurde dann das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses" genehmigt und damit der Weg zu den Ausgrenzungsstrategien durch exzessive Unfruchtbarkeitsmachungen bereitet. Der ideologisch bevorzugte Aufschwung an rassenkundlichen und vererbungswissenschaftlichen Fragestellungen spiegelte sich auch in den Bereichen der Human- und Biowissenschaften (Universitäten, Kaiser Wilhelm-Instituten usw.) wider (Hoßfeld 2004; Schmuhl 2005).

Wie ausweglos die Lage bei den Versuchen war, die ideologisierte deutsche Rassenhygiene frühzeitig abzulehnen und zugleich ihre zentrale These von der „natürlichen", d. h. eingeborenen und unveränderlichen Ungleichheit der Menschen auf der wissenschaftlichen, aber auch populärwissenschaftlichen Ebene zu diffamieren, zeigt die Initiative des in Karlsbad tätigen Anthropologen und Röntgenologen Ignaz Zollschan (1877–1948). Seit 1934 bemühte er sich, eine Initiative gegen die NS-Rassenlehre („Internationale Enquête über die wissenschaftlichen Grundlagen der Rassenideologie") im wissenschaftlichen Bereich auf der Ebene der Akademien und Universitäten in Mittel- und Westeuropa sowie in den Vereinigten Staaten zu organisieren (Efron 1994). Besonderes Engagement zeigten dabei nicht nur die Gesellschaft der Nationen, sondern auch bekannte Persönlichkeiten wie Albert Einstein (1879–1955), Sigmund Freud (1856–1939) oder der erste tschechoslowakische Staatspräsident Tomáš Garrigue Masaryk (1850–1937). In ihrem nie veröffentlichten Manifest „An die Vertreter der Wissenschaft!" von 1935 wurde die kommende Katastrophe eindeutig vorhergesagt: „Wir erleben es Alle, wie die Rassenlehre unter Zuhilfenahme von Erkenntnissen aus den verschiedenen Wissensgebieten, Theorien über Wert und Unwert von Völkern und Menschengruppen als Tatsachenfeststellungen proklamiert; wir erleben es Alle, wie aus der Rassenlehre Rechte abgeleitet werden, die tief in die Beziehung von Mensch zu Mensch, von Volk zu Volk, von Staat zu Staat eingreifen und darüber hinaus die Beziehung zwischen Menschen und ethnischen Prinzipien umgestalten wollen. Wir stehen vor der Alternative: ist die Lehre richtig, unabänderlich und daher schicksalsbestimmend, dann müsste sich unter ihrem Einfluss das gesamte soziale Aussehen unseres Erdballes und

unser gesamtes Kulturbewußtsein ändern. Ist sie aber unrichtig, unwahr, dann müsste um der unabsehbaren Folgen willen ihr Einfluss als verderblich angesehen werden.“[12]

4 Hans F. K. Günther und die „Rassengeschichte des deutschen Volkes“

Besondere Beachtung in akademischen Kreisen erfuhr die nationalsozialistische Praxis, Professoren nach politischen und ideologischen und nicht nach wissenschaftlichen Kriterien zu berufen.[13] Ein Ereignis ragt dabei innerhalb dieser frühen regionalen nationalsozialistischen Machtetablierung heraus. Es handelt sich um die Berufung des nicht habilitierten Philologen und Publizisten Dr. Hans Friedrich Karl Günther, im Volksmund auch „Rasse-Günther“ genannt,[14] auf den Lehrstuhl für Sozialanthropologie an der Jenaer Universität im Jahre 1930. Die Ernennung Günthers zum ordentlichen Professor ist ein Beispiel für die Berufungspolitik der Nationalsozialisten und frühzeitigen Vernetzung der nationalsozialistischen Politik und Ideologie mit der Wissenschaft. Karl Astels (1898–1945) späterer Assistent, der Mediziner und „völkische Philosoph“ Lothar Stengel von Rutkowski (1908–1992), ordnete 1935 die Berufung Günthers in der Zeitschrift *Nationalsozialistische Monatshefte* wie folgt ein: „Als im Jahre 1930 in Thüringen, der Vorhut der nationalsozialistischen Bewegung, der erste

[12] Archiv der Kanzlei des Staatspräsidenten Prag, Korrespondenz – Mappe Zollschan I., Entwurf „An die Vertreter der Wissenschaft!“

[13] Mit der Berufung von Günther im Jahr 1930 wurde in Deutschland und im thüringischen Jena ein Präzedenzfall geschaffen, dem noch zahlreiche Beispiele folgen sollten. Schon 1933 hatte der namhafte Jungkonservative Max Hildebert Boehm eine Professur und ein Seminar für „Volkstheorie und Grenzlandkunde“ erhalten, war 1934 mit Walter Weddingen (1895–1978) ein Verfechter der „Völkischen Volkswirtschaftslehre“ nach Jena gekommen und wurde 1940 der Jurist Falk Ruttke (1894–1955), einer der Kommentatoren des „Sterilisationsgesetzes“, auf einen „Lehrstuhl für Rasse und Recht“ berufen usw. (Hoßfeld et al. 2003; Hoßfeld 2014).

[14] Zum Teil wird in der Literatur auch vom „Rassen-Günther“ gesprochen. In Österreich übernahm man ebenso diese Bezeichnung: „In Wien war er [der Anthropologe Otto Reche] alsbald auch mit General Alfred Krauß, Professor Dr. Franz Heidrich und dem ‚österreichischen Rasse-Günther‘ Herrn Professor Dr. Gustav Krautschek befreundet.“ (BDC, Partei Kanzlei Correspondence, Akte Reche, Brief von Justizrat Willibald v. Zezschwitz vom 19.9.1940)

nationalsozialistische Minister, Pg. Frick, die Regierung übernahm, wurde auch die erste Bresche in die Wissenschaft des vergehenden Systems geschlagen. Diese Bresche war die Ernennung Hans F. K. Günthers zum ordentlichen Professor der Universität Jena gegen Protest von Rektor und Senat […] eine Lehrstuhlbesetzung mit diesem Mann in der kleinen mitteldeutschen Universität Jena war der erste empfindliche und in ganz Deutschland von Freund und Feind registrierte Stoß gegen die gehegten Traditionen und weltanschaulichen Fundamente einer nach jahrhundertelanger unumschränkter Herrschaft morsch gewordenen und Morschheit verbreitenden Wissenschaft, des Zeitalters der Umweltlehre, der Rassenlosigkeit und einer vernünftelnden (intellektualistischen) Spekulation und Verstiegenheit." (Stengel von Rutkowski 1935: 962)

Günthers erstes programmatisches Werk mit dem Titel *Ritter, Tod und Teufel. Eine Darstellung der Wesensart des nordischen Menschen* war 1920 im völkischen Verlag von Julius Friedrich Lehmann in München erschienen (Günther 1920). Im Titel an Albrecht Dürers Kupferstich erinnernd, steht es als seine erste historische Auseinandersetzung nach dem Zusammenbruch des Kaiserreiches, dem Weltkrieg, der Novemberrevolution und kann als „Entwurf und Ankündigung seines Lebenswerkes" betrachtet werden (Becker 1990: 291). Es ist inhaltlich angelehnt an Ideen, Aussagen und Bücher von Gobineau, Gustave Le Bon (1841–1931), Chamberlain, Woltmann u. a. (damit war seine Gedankenwelt keineswegs originell), im Geiste der Vorkriegszeit verfasst und sollte den Blick für Rassisches bei den „Volksgenossen" wecken. So liest man: „Der nordische Mensch ist das Maß des Schönen […] Der Reichsgedanke der Deutschen […] muß ein nordischer sein […] Die eisern harte Faust des kommenden Staatsmanns heldischer Art muß ihr Werk tun auch am Spießbürger." (Günther 1922/1933; Stock 2004)

Es war sicher ein Zufall der eigenen Art und von schicksalhafter Bedeutung, dass Günther in seinem Münchener Verleger Julius Friedrich Lehmann (1864–1934) bereits 1920 einen Gleichgesinnten fand, der ebenso die Ideen eines Deutschtums propagierte, sich seit Jahren aktiv im Alldeutschen Verband und der Münchner Gesellschaft für Rassenhygiene sowie als Herausgeber der Zeitschrift *Deutschlands Erneuerung* engagiert hatte. Lehmann war im Sommer 1920 während eines Treffens mit den Rassenhygienikern Ploetz und Fritz Lenz (1887–1976) an Günther mit der Bitte herangetreten, eine rassenkundliche Arbeit über die deutsche Bevölkerung zu verfassen; zuvor hatten die Anthropologen Rudolf Martin (1864–1925) und Karl Saller abgelehnt: „Ich [J. F. Lehmann] lud ihn [Günther] nach München ein und machte im Anschluß daran eine Bergwanderung mit ihm, auf der wir verschiedene Pläne besprachen. Der Rassengedanke war damals eine treibende Kraft in mir und als Dr. Günther bei

Besprechung solcher Fragen sofort von jedem Wanderer, der uns begegnete, eine Rassenbeschreibung machte, erkannte ich, daß er für Rassenfragen ein besonders feines Verständnis hatte. Wie eine Eingebung kam mir der Gedanke: Das ist der Mann, den du seit Jahren suchst, der die Fähigkeiten besitzt, eine ‚Rassenkunde des deutschen Volkes' zu schreiben."[15] Günther war von Lehmanns Vorschlag begeistert und widmete sich in den verbleibenden Monaten des Jahres 1920 dieser Aufgabe, insbesondere in den anthropologischen Abteilungen des Naturkundemuseums in Wien bzw. des Dresdener Zwingers: „Als Günther im Jahre 1921 […] mit den Vorarbeiten zu diesem Buch begann, gab es in keinem anthropologischen Institut Deutschlands eine Sammlung von Rassentypen der deutschen Bevölkerung. Günther mußte daher das große Bildmaterial zu seinem Werk ganz selbständig sammeln."[16] Im Januar 1922 erschien dann die *Rassenkunde des deutschen Volkes* in erster Auflage – für den Lehmann-Verlag ein wirtschaftlicher, für Günther ein schriftstellerischer Erfolg. Bis 1945 sollen insgesamt 500.000 Bücher von Günther verkauft worden sein (Weindling 1989: 472).[17] Trotz einiger kritischer Besprechungen in Fachzeitschriften, bspw. durch die Rassenanthropologen Eugen Fischer und Fritz Lenz – was angesichts der engen Freundschaft mit Günther verwundert –, folgten im Herbst desselben Jahres die zweite Auflage, „die weiteren, jeweils nach sorgfältiger Sichtung der gegnerischen wissenschaftlichen Kritik umgearbeitet, zum Teil erweitert, in kurzen Abständen": so im Juni 1923 die dritte, im Herbst 1924 die sechste, im Herbst 1925 die neunte, im Dezember 1927 die zwölfte usw. Für eine Analyse wurde die 16. Auflage aus dem Jahr der „Nationalen Erhebung" 1933 ausgewählt. Im Vorwort skizzierte darin der Verleger Lehmann die seinerzeitige Ausgangslage: „Als wir vor 11 Jahren die erste Auflage erscheinen ließen, war die Rassenkunde in Deutschland so gut wie unbekannt – heute sind Rassenkunde und Rassenpflege Unterrichtsfächer geworden. Mit Genugtuung sehen Verfasser und Verleger auf diese Entwicklung zurück." (Günther 1922/1933: III) Das Inhaltsverzeichnis sah meist folgendermaßen aus: in der Regel zwei Dutzend Kapitel,

[15] Vgl. Redaktion der Zeitschrift *Der Biologe* (III/1934: 306).

[16] Vgl. NS Monatshefte (1/1930: 199).

[17] Günther war seit dem 1. Mai 1932 Mitglied der NSDAP (Nr. 1185391) und in der Ortsgruppe Freiburg (Gau Baden) organisiert. Später trat er noch dem NSD-Dozentenbund, der NSV (Volkswohlfahrt), dem NSLB sowie dem Reichsluftschutzbund bei. In den NS-Organisationen trat er kaum aktiv in Erscheinung (Berlin Document Center – BDC, Personalakte Günther. Alle Daten sind auch noch einmal im von Günther ausgefüllten Fragebogen der „Parteistatistischen Erhebung 1939" nachzulesen).

die die Hauptschwerpunkte „leibliche Merkmale“ sowie „seelische Eigenschaften“ (der einzelnen Rassen) behandelten, eine Reihe von Verzeichnissen und ein Werbeanhang. Das Werk war mit großem philologischem Geschick geschrieben, zahlreiche Bilder sollten den Blick „auf die rassenhafte Bedingtheit menschlicher Umwelt“ lenken sowie die Aufmerksamkeit des Lesers auf eine rassische Geschichtsbetrachtung richten. Das von Günther in diesem Buch postulierte Rassenschema war anschaulich und geeignet, historisch-kulturelle Zusammenhänge auf einen Nenner zu bringen; ein großer Intellektualismus war allerdings zum Verständnis nicht notwendig. Im inhaltlichen Bereich ging es Günther vorwiegend um die Kennzeichnung der verschiedenen Rassen und damit die Postulierung seiner „Rassensystematik“ wie der nordischen, westischen, dinarischen, ostischen, ab der sechsten Auflage (1924) kam noch die ostbaltische, ab der zwölften Auflage (1927) die fälische/dalische Rasse hinzu. Er hat es bei diesen Merkmalsbeschreibungen verstanden, „dem Leser die Augen für eine künstlerisch gestaltende Anschauung zu öffnen, und er hat es vermieden, durch allzu viele Meßdaten und somatologische Häufigkeitszahlen aus Reihenuntersuchungen langweilig zu werden.“ (Becker 1990: 237) Neben der Darstellung der Eigenschaften der einzelnen Rassen finden sich in der *Rassenkunde* aber auch ausführliche Kommentare zu Themata wie Verteilung und Sprache der Rassen, Rassenkreuzung, Rassenmischung, Herkunft der nordischen Rasse sowie zur Ent- und Wiedervernordung. Als ein Hauptresümee formulierte er unter der Überschrift „Die Aufgabe“: „Eine folgerichtige, reine und wertezeugende Entfaltung deutschen Lebens ist nur möglich aus dem Blut und Geist der Nordrasse heraus […] Aus dem drohenden ‚Untergang‘ kann ein neuer Aufstieg nur werden, wenn das nordische Blut, dem die geschichtliche Größe aller indogermanischen Völker zu danken ist, wieder erstarkt und nordische Menschen wieder zahlreich, kinderreich und führend werden.“ (Günther 1922/1933: 463) Das Schicksal des deutschen Volkes war nach Günther also Produkt der Auseinandersetzung der jeweiligen Rassenanlagen des Volkes mit seiner Umwelt und „vom Züchtungsstandpunkt heraus, nicht allein zu entscheiden.“ (Günther 1922/1933: 473)

Noch eine Bemerkung zum Thema Judentum in Günthers Darstellungen. Bis zur elften Auflage 1927 hatte er jeweils ein Kapitel zur *Rassenkunde des jüdischen Volkes* verfasst; dieses lieferte dann die Grundlage für das spätere Buch mit gleichem Titel. Einige Kurzzitate von Günther zum Judentum zeigen dabei seine Geisteshaltung deutlich auf: „Juden sind ein Rassengemisch […] der Jude wird in den meisten Fällen als solcher an somatischen Merkmalen und am Habitus von Nichtjuden erkannt […] niemand bezweifelt im Ernst die Macht, die die Juden in der Presse besitzen“ usw. (Günther 1922/1933) Seine Rassenideologie baute im Ganzen betrachtet aber nicht primär, sondern eher beiläufig,

auf dem Begriffspaar „Arier vs. Jude“ auf. So hatte er auch bereits 1927 eine Reformierung des Arier-Begriffes angeregt (Günther 1927: 4). Seine *Jüdische Rassenkunde* verkaufte sich in nur drei Auflagen mit ca. 12.000 Exemplaren – im Vergleich zu den anderen Büchern – relativ schlecht (Weisenburger 1997: 175; Varshizky 2021).

In Norwegen ist dann Günthers zweites „anthropologisches“ Buch, die *Rassenkunde Europas* (1924), entstanden, die auch ins Englische und Schwedische übersetzt wurde. Sie ist der Anlage nach eine in wesentlichen Punkten präzisierte Ausgabe der „großen Rassenkunde“ – Günther war ein guter Kompilator! Parallel dazu erschienen zudem die Werke *Adel und Rasse* (1926), *Rasse und Stil* (1926) bzw. das Bilderbuch *Deutsche Köpfe nordischer Rasse* (1927, mit E. Fischer) zur Vertiefung nordischen Gedankengutes. Während eines Kurzaufenthaltes in Saaleck bei seinem Freund Paul Schulze-Naumburg (1869–1949)[18] erarbeitete Günther schließlich 1928 einen Vortrag zum Thema „Platon als Hüter des Lebens“, der kurze Zeit später unter gleichem Titel mit dem Untertitel *Platons Zucht- und Erziehungsgedanken und deren Bedeutung für die Gegenwart* als Buch erschien (Günther 1928b; Stock 2004).[19] Es folgten im Herbst 1928 für Günther

[18] Im gleichen Jahr, wo der „Volks-Günther“ erschienen war, hatte auch Schultze-Naumburg sein Buch *Kunst und Rasse* vorgelegt. Dieses hatte 144 Seiten, war in fünf Kapitel gegliedert und enthielt 159 Abbildungen. Es stellt den makabren Versuch dar, Kunstwissenschaft mit den damaligen rassenkundlichen und rassenhygienischen Forderungen in Einklang zu bringen. Ziel des Buches war nicht eine Rassenkunde zu bringen, sondern „die Physiognomie unseres Landes, wie sie in den Bauwerken und den übrigen Gestaltungen des Menschen sichtbar wird, auf den ihr innewohnenden Ausdruck zu untersuchen und aus dem Vergleich mit den Werken anderer Epochen Rückschlüsse auf die Bevölkerung und ihre geistige und körperliche Zusammensetzung zu ziehen.“ (Schultze-Naumburg 1928: 9, Fn. 1; 106) Für diese Zielsetzung stehen Äußerungen wie: „Durch Auslese der jeweils besten Erbmasse bei den zu kreuzenden Individuen lassen sich auf diese Weise Höherzüchtungen hervorbringen, die uns in der Eugenik ungeahnte Perspektiven eröffnen“ usw. (Schultze-Naumburg 1928: 7).

[19] Im Jahre 1994 hat T. Orozco nachgewiesen, daß die Berufung auf die Antike sich in allen nachkommenden Gesellschaftsformationen nachweisen läßt. Diese Antike-Resonanz webte ein Netz gesellschaftlich mächtiger Diskurse der Medizin, des Rechts, der Religion, Literatur, Philosophie sowie der Medien und Politik. Durch ihre zeitliche Ferne wurde die Antike zum idealen Austragungsfeld historisch-gesellschaftlicher Kämpfe, auch im Fall von Günther, der an dieser Stelle so in verdichteter Form seine Gedanken zur NS-Eugenik präsentieren konnte. Dementsprechend liest man: Platon fördere als Vordenker der NS-Vernichtung „die Aussetzung aller mißgeschaffenen und kränklichen Kinder, die Ausmerze alles Untüchtigen“, unplatonisch sei „jede verhätschelnde Aufzucht von Minderwertigen, jede übertriebene Schonung und Pflege von Schwachen.“ (Günther 1928b: 36, 44)

dann finanziell schwere Zeiten. Er pendelte zwischen Norwegen und Deutschland, verfasste aber dennoch weitere Bücher. So erschien *Die Rassengeschichte des hellenischen und römischen Volkes* (1928a), im darauffolgenden Jahr – wie bereits erwähnt – die *Rassenkunde des jüdischen Volkes* und ebenso der „Volksgünther" die kleine billige Ausgabe der *Rassenkunde des deutschen Volkes* (1929a) für „jedermann". Zur Genese des „Volks-Günthers" bemerkte der Autor: „[So waren] an den Verlag und an mich [Günther] Anfragen gerichtet worden, ob es nicht möglich wäre, eine gekürzte Darstellung der Rassenverhältnisse des deutschen Sprachgebietes herauszubringen [… Ich] habe versucht, vorliegendes Buch von Schrifttumsnachweisen möglichst freizuhalten, um mich eben immer so kurz wie möglich fassen zu können […] So wird auch an dieser und jener Stelle zu wenig zutage treten, wie viel ich der gesamten rassenkundlichen und vererbungswissenschaftlichen Forschung verdanke und wie begrenzt der Anteil eigener Gedanken an dem ganzen des Buches ist." (Günther 1929b: 6)

Das Jahr 1930 wurde schließlich zum ‚Schicksalsjahr' für Günther: Am 16. Mai 1930 erfolgte durch Wilhelm Frick (1877–1946), trotz aller angeführten Proteste von Rektor und Senat, seine Ernennung zum ordentlichen Professor mit Lehrauftrag für Sozialanthropologie in der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät Jena. Am 1. Oktober 1930 trat Günther sein Lehramt in Jena an und hielt am 15. November in der überfüllten Aula der Universität seine Antrittsvorlesung mit dem Titel „Über die Ursachen des Rassenwandels der Bevölkerung Deutschlands seit der Völkerwanderungszeit" in Anwesenheit von Frick, Hitler, Hermann Göring (1893–1946), Hanno Konopath (1882–1962), Paul Schultze-Naumburg u. a. Hitler war bei dieser Gelegenheit übrigens das erste und zugleich letzte Mal Gast an einer Universität (Heiber 1991). Trotz umfangreicher Lehrtätigkeit erschienen in Jena weitere Werke; so ein Reichsminister Frick gewidmeter Vortrag mit dem Titel „Volk und Staat in ihrer Stellung zur Vererbung und Auslese" im April 1933, im September 1933 das Buch *Die nordische Rasse bei den Indogermanen Asiens,* 1934 noch die Alfred Rosenberg gewidmete Schrift *Die Verstädterung.*

Im Jahre 1935 erhielt Günther als erster Wissenschaftler auf dem „Parteitag der Freiheit" der NSDAP in Nürnberg den von Hitler gestifteten „Staatspreis der Bewegung für wissenschaftliche Leistungen feierlich und bedeutsam verliehen".[20] Die Worte der offiziellen Erklärung Hitlers zur Preisvergabe wurden

[20] Später (30.1.1937) gab es dann u. a. noch den von Hitler gestifteten „Nationalpreis für Kunst und Wissenschaft" für die „deutschen Wissenschaftler" als Ersatz für den Nobelpreis.

von Rosenberg verlesen: „Den Preis für Wissenschaft erteilt die NSDAP. in diesem Jahre Professor Dr. Hans F. K. Günther. Das Ringen der NSDAP. hat sich von ihrem ersten Tage an aus den Erkenntnissen der Rassenkunde und des Schutzes des gesunden deutschen Blutes aufgebaut. In diesem Kampf hat der Forscher Dr. Hans Günther Entscheidendes für die Gestaltung dieser Rassenkunde und der Ausbildung des heldischen Charakters unserer Zeitepoche beigetragen. In seinen vielen Schriften und vor allen Dingen in seiner ‚Rassenkunde des deutschen Volkes' hat er geistige Grundlagen gelegt für das Ringen unserer Bewegung und für die Gesetzgebung des nationalsozialistischen Reiches." (Stengel von Rutkowski 1941: 264 f.) Aus seiner Berliner- und Freiburger-Zeit sind an nennenswerten Schriften zu erwähnen: *Führeradel durch Sippenpflege* (1936), *Das Bauerntum als Lebens- und Gemeinschaftsform* (1939), *Formen und Urgeschichte der Ehe* (1940) sowie *Gattenwahl zu ehelichem Glück und erblicher Ertüchtigung* (1941).

Das mit der Buchschwemme verbreitete Gedankengut fand aber nicht bei allen Anklang. So distanzierten sich viele Kollegen frühzeitig von Günther und dessen oftmals populären Auffassungen bzw. pseudowissenschaftlichen Publikationen: „In den Augen seiner Gegner hatte er ‚die Kristallnacht seelisch vorbereitet und gewissermaßen die Krematorien von Auschwitz vorgeheizt'." (Weisenburger 1997: 162) Stellvertretend sei hier nur an die mutige Haltung des Freiburger Pathologen Ludwig Aschoff (1866–1942), des Göttinger Anthropologen Karl Saller sowie des Botanikers Friedrich (Fritz) Merkenschlager (1892–1968) erinnert. Merkenschlager verfasste 1927 sogar ein Buch mit dem polemischen Titel *Götter, Helden und* Günther. *Eine Abwehr der Güntherschen Rassenkunde,* wo er die von Günther propagierten rassenkundlichen Theorien offen angriff. Auf dem Anthropologenkongreß 1910 hatte bereits Felix von Luschan (1854–1924) das Gerede von einer arischen Rasse als unheilbaren Chauvinismus gebrandmarkt (Straaß 1978). Zudem entbrannte Mitte der 1930er Jahre ein heftiger Streit über gültige Rassenkriterien, den Günther mit Ludwig Ferdinand Clauß (1892–1974) und Siegfried Passarge (1866–1958) austragen musste, und schon zuvor (1930) war es zwischen Günther und dem Schweizer Vorgeschichtsforscher Otto Hauser (1874–1932) zu einem Eklat gekommen, in dessen Verlauf behauptet wurde, Hauser habe seine Bücher von Günther abgeschrieben. Günthers pseudowissenschaftliche Thesen hatten zudem dazu gedient, die NS-Gesetzgebung zu rechtfertigen, die auf die Stärkung der germanischen Rasse abzielte (Mosse 1990, 1991). Für Günther war die nordische Rasse die große, schöpferische Triebkraft der Menschheitsgeschichte, deren drohende Vermischung mit anderen Rassen eine Gefahr für die Zukunft der Menschheitskultur bedeutete, wenn diese nicht eugenisch von allen zersetzenden Einflüssen gereinigt würde. An der Spitze

dieser zersetzenden Fragmente sah er die nicht-europiden Juden, eine Mischung asiatischer und orientalischer Herkunft.

5 Ausblick: Die „Jenaer Erklärung" von 2019

Die „Jenaer Erklärung", die das „Konzept der Rasse" sowie den Rassismus in den Wissenschaften und der Öffentlichkeit kritisch und aktuell hinterfragt, wurde am 10. September 2019 anlässlich der 112. Jahrestagung der Deutschen Zoologischen Gesellschaft (DZG) in Jena vom Institut für Zoologie und Evolutionsforschung der Friedrich-Schiller-Universität in einer öffentlichen Abendveranstaltung zum Thema „Jena, Haeckel und die Frage nach den Menschenrassen: wie Rassismus Rassen macht" erstmals vorgestellt.[21] Die Kernaussage des dreieinhalbseitigen Papiers ist, dass es für die Verwendung des Begriffs der Rasse im Zusammenhang mit menschlichen Gruppen keine biologische Begründung gibt und es diese tatsächlich auch nie gegeben hat: „Das Konzept der Rasse ist das Ergebnis von Rassismus und nicht dessen Voraussetzung." (Fischer et al. 2019: 399)

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts sieht es nun so aus, dass „Rasse" als wissenschaftlicher Begriff weitgehend obsolet geworden ist und im Alltagsgebrauch zumindest in Deutschland geächtet wird, in den USA dagegen wohl noch toleriert ist. Stattdessen wird mehr von Fortpflanzungsgemeinschaften in biologischer Hinsicht, von Ethnien bzw. Kulturen in Geistes- und Sozialwissenschaften gesprochen. Aus genetischer Sicht lässt sich ganz klar sagen, dass alle Menschen der Welt Afrikaner sind und mehr als 95 % ihrer Gene erst vor wenigen tausend Jahren Ostafrika verlassen haben. Die Menschen außerhalb Afrikas sind näher verwandt mit Menschen aus Ostafrika als diese mit Menschen aus Westafrika oder dem Süden Afrikas. Die Auftrennung der Menschen in „Kontinentalpopulationen" macht aus stammesgeschichtlicher Sicht daher keinen Sinn, denn die Menschen außerhalb Afrikas sind nur ein kleiner Zweig des Stammbaumes, dessen Wurzeln, Stamm und Hauptäste in Afrika liegen (Fischer et al. 2020, 2021).

Das zentrale Kennzeichen der heutigen, oftmals neuen Formen des Rassismus ist der explizite Wechsel vom dogmatischen Weltbild zur praktischen Weltveränderung. Die Angst vor den Herausforderungen der Globalisierung scheint

[21] Vgl. https://www.uni-jena.de/190910_JenaerErklaerung.

hier bereits deutlich auf: In diesem Sinne beginnt Rassismus dort, wo Menschen der Ansicht sind, dass die Bekämpfung bestimmter Gruppen anderer Menschen die Welt besser macht (Geulen 2007; Hohmann 1988). Rassistisches Denken hat bis heute Bestand und es bleibt in vielen gesellschaftlichen Bereichen das merkwürdige Bedürfnis, das „Konzept der Menschenrassen" zu retten, da phänotypische Unterschiede und genetische Differenzierung doch nun „offensichtlich" seien. Typologisches Denken scheint dem Menschen seit den Zeiten des deutschen Idealismus irgendwie eigen zu sein. Typologie jedoch zeichnet sich durch statische Eigenschaften und das Fehlen von Übergängen aus und ist nicht mit einem dynamischen, evolutionären (darwinistischen) Weltbild vereinbar. Sorgen wir also dafür, dass nie wieder mit scheinbar biologischen Begründungen Menschen diskriminiert, verfolgt werden und erinnern wir uns und andere stets daran, dass es der Rassismus ist, der Rassen geschaffen hat und die Zoologie/Anthropologie und teilweise die Medizin sich unrühmlich an vermeintlich biologischen Begründungen beteiligt haben. Der Nichtgebrauch des Begriffes Rasse sollte heute und zukünftig zur wissenschaftlichen Redlichkeit gehören (Fischer et al. 2019). Dabei geht es aber eben nicht nur um die sprachpolitische Korrektheit, einfach einen Begriff durch einen anderen zu ersetzen. Es geht um eine Korrektur im Denken dergestalt, dass die Anwendung des Begriffes „Rasse" auf den Menschen nicht korrekt ist und man heute in der Regel von Menschengruppen und Populationen spricht und diese wertfreien Wörter benutzt (Hoßfeld 2020).

Das Blumenbachsche und Humboldtsche Postulat von der „Einheit des Menschengeschlechts" hatte in den meisten gesellschaftlichen Epochen kaum eine reale Chance auf Umsetzung. So wurde es bereits von einzelnen Denkern der Aufklärung angegriffen und teilweise in Frage gestellt, fand um 1900 in den Biologismen und dem Sozialdarwinismus weitere negative Offerte und sollte schließlich in den Rasse-Doktrinen des Dritten Reiches einen vorläufigen Höhepunkt erfahren. Dennoch unternahm die UNESCO im Jahre 1949 mit einer Erklärung zum wissenschaftlichen Stand der Rasseforschung den Versuch, das „Rassenvorurteil" zu beseitigen. So heißt es – noch unter dem Eindruck der NS-Verbrechen – an einer Stelle: „Die Menschheit ist eins: […] alle Menschen gehören der gleichen Art an". Im Juni 1951 folgte ein zweiter Vorschlag an dem (im Gegensatz zum ersten) nun auch verstärkt Genetiker und Anthropologen mitwirkten. Als Ergebnis wurde das *UNESCO-Statement on the Nature of Race and Race Differences by Physical Anthropologists and Geneticists* vorgelegt (UNESCO 1950–1952; Brattain 2007). Bereits sechs Jahre vor dem UNESCO-Statement hatten die Biologen Leslie C. Dunn (1893–1974) und Theodosius Dobzhansky (1900–1975) in ihrem Buch *Heredity, Race, and Society* (1946) ver-

sucht, dem Rassenbegriff einen neuen Inhalt zu geben. Aus ihrer Sicht konnten „Rassen“ nur populationsgenetisch (und nicht typologisch) definiert werden, „als Populationen, die sich in der Häufigkeit eines Gens oder einiger Gene unterscheiden.“ (Dunn und Dobzhansky 1970: 108)

Literatur

Adams, Mark B. (1990): The Wellborn Science: Eugenics in Germany, France, Brazil, and Russia, New York-Oxford: OUP.

Baader, Gerhard et al. (2007): Eugenik in Österreich. Biopolitische Strukturen von 1900 bis 1945, Wien: Czernin Verlag.

Baker, John R. (1974): Race, New York: Oxford University Press.

Barbujani, Guido/Massimo Pigliucci (2013): „Human Races“, in: Current Biology 23 (5), S. 185–187.

Becker, Peter Emil (1990): Sozialdarwinismus, Rassismus, Antisemitismus und Völkischer Gedanke. Wege ins Dritte Reich, Teil II, Stuttgart/New York: Georg Thieme.

Benz, Wolfgang (2014): Sinti und Roma. Die unerwünschte Minderheit. Über das Vorurteil Antiziganismus, Berlin: Metropol.

Brattain, Michelle (2007): „Race, racism, and anti-racism: UNESCO and the politics of presenting science to the postwar public“, in: American Historical Review 112, S. 1386–1413.

Broberg, Gunnar/Nils Roll-Hansen (2005): Eugenics and the Welfare State. Sterilization Policy in Denmark, Sweden, Norway, and Finland, East Lansing: Michigan State UP.

Cavalli-Sforza, Luca/Francesco Cavalli-Sforza (1994): Verschieden und doch gleich. Ein Genetiker entzieht dem Rassismus die Grundlage, München: Knaur.

Conrad-Martius, Hedwig (1955): Utopien der Menschenzüchtung. Der Sozialdarwinismus und seine Folgen, München: Kösel-Verlag.

Dunn, Leslie C./Theodosius Dobzhansky (1970): Vererbung, Rasse und Gesellschaft, Stuttgart: S. Fischer Verlag (engl.: Heredity, Race, and Society, New York 1946).

Edgar, Heather J. H. (2009): „Biohistorical Approaches to ‚Race‘ in the United States: Biological Distances among African Americans, European Americans, and Their Ancestors”, in: American Journal of Physical Anthropology 139 (1) (Symposium Issue: “Race Reconciled? How Biological Anthropologists View Human Variation”), S. 1–10.

Efron, John M. (1994): Defenders of the Race. Jewish Doctors and Racial Science in Fin-de-Siècle Europe, New Haven: Yale UP.

Engels, Eve-Marie/Thomas Glick (2008): The Reception of Charles Darwin in Europe, London: Continuum.

Evans, Gavin (2019): Skin Deep: Journeys in the Divisive Science of Race, London: Oneworld Publications.

Fischer, Eugen (1913): Die Rehobother Bastards und das Bastardierungsproblem beim Menschen, Jena: G. Fischer.

Fischer, Martin S./Uwe Hoßfeld/Johannes Krause/Stefan Richter (2019): „Jenaer Erklärung – Das Konzept der Rasse ist das Ergebnis von Rassismus und nicht dessen Voraussetzung“, in: Biologie in unserer Zeit 49 (6), S. 399–402.

Fischer, Martin S./Uwe Hoßfeld/Johannes Krause/Stefan Richter (2020): „Jena, Haeckel und die Frage nach den Menschenrassen oder der Rassismus macht Rassen“, in: Zoologie 2020 – Mitteilungen der Deutschen Zoologischen Gesellschaft, hg. von Rudolf A. Steinbrecht, S. 7–32.

Fischer, Martin S./Uwe Hoßfeld/Johannes Krause/Stefan Richter (2021): „The Jena Declaration. Jena, Haeckel and the Question of Human Races, or, Racism Creates Races“, in: Annals of the History and Philosophy of Biology 24/2019, S. 91–123.

Friedländer, Saul (2000): Das Dritte Reich und die Juden: Die Jahre der Verfolgung 1933–1939, München: Beck.

Geulen, Christian (2007): Geschichte des Rassismus, München: C. H. Beck.

Green, Richard E. et al. (2010): „A draft sequence of the Neandertal genome“, in: Science 328 (5979), S. 710–722.

Groß, Walter (1934): „Ein Jahr rassenpolitische Erziehung. Kritik und Auslese“, in: Nationalsozialistische Monatshefte 5 (54), S. 833–837.

Groß, Walter (1936): „Drei Jahre rassenpolitische Aufklärungsarbeit“, in: Volk und Rasse 11, S. 331–337.

Groß, Walter (1939): „Die Rassen- und Bevölkerungspolitik im Kampf um die geschichtliche Selbstbehauptung der Völker“, in: Nationalsozialistische Monatshefte 10, S. 882–889.

Groß, Walter (1941): „Grundfragen nationalsozialistischer Rassen- und Bevölkerungspolitik“, in: Nationalsozialistische Monatshefte 12 (137), S. 634–666.

Groß, Walter (1943): „Nationalsozialismus und Wissenschaft“, in: Nationalsozialistische Monatshefte 4 (154), S. 4–23.

Grosse, Pascal (2000): Kolonialismus, Eugenik und bürgerliche Gesellschaft in Deutschland: 1850–1918, Frankfurt/M./New York: Campus.

Günther, Hans F. K. (1920): Ritter, Tod und Teufel. Der heldische Gedanke, München: J. F. Lehmanns.

Günther, Hans F. K. (1924): Rassenkunde Europas, München: J. F. Lehmanns.

Günther, Hans F. K. (1927): Der nordische Gedanke unter den Deutschen, 2. Aufl., München: J. F. Lehmanns.

Günther, Hans F. K. (1928a): Die Rassengeschichte des hellenischen und römischen Volkes, München: J. F. Lehmanns.

Günther, Hans F. K. (1928b): Platon als Hüter des Lebens, München: J. F. Lehmanns.

Günther, Hans F. K. (1929a): Rassenkunde des jüdischen Volkes, München: J. F. Lehmanns.

Günther, Hans F. K. (1929b): Kleine Rassenkunde des deutschen Volkes, München: J. F. Lehmanns.

Günther, Hans F. K. (1933 [1922]): Rassenkunde des deutschen Volkes, 1. Aufl., München: J. F. Lehmanns (16. Aufl. 1933).

Hagermann, Maja (2020): Herman Lundborg. Rätsel eines Rassenbiologen. Aus dem Schwedischen von Krister Hanne, Berlin: Berliner Wissenschafts-Verlag.

Harten, Hans-Christian/Uwe Neirich/Matthias Schwerendt (2006): Rassenhygiene als Erziehungsideologie des Dritten Reiches. Bio-bibliographisches Handbuch, Berlin: Akademie Verlag.

Hasenauer, Volker (2002/2003): Rasse, Wahn und Wissenschaft. Hans F. K. Günthers Rassenkunde im eugenischen Diskurs der Jahre 1922–1945. Magisterarbeit an der Philosophischen Fakultät der Albert-Ludwigs-Universität zu Freiburg im Breisgau.

Hawkins, Mike (1997): Social Darwinism in European and American thought, 1860-1945: Nature as model and nature as threat, Cambridge: Cambridge University Press.
Heiber, Helmut (1991): Universität unterm Hakenkreuz. Der Professor im Dritten Reich, Teil 1, München/London: KG Saur.
Hertwig, Oscar (1918): Zur Abwehr des ethischen, des sozialen, des politischen Darwinismus, Jena: G. Fischer.
Hohmann, Joachim S. (1988): Geschichte der Zigeunerverfolgung in Deutschland, Frankfurt/M./New York: Campus.
Hoßfeld, Uwe (1999): „Die Jenaer Jahre des ‚Rasse-Günther' von 1930 bis 1935. Zur Gründung des Lehrstuhles für Sozialanthropologie an der Universität Jena", in: Medizinhistorisches Journal 34 (1), S. 47–103.
Hoßfeld, Uwe (2004): „'Rasse' potenziert: Rassenkunde und Rassenhygiene an der Universität Jena im Dritten Reich", in: Karen Bayer/Frank Sparing/Wolfgang Woelck (Hg.), Universitäten und Hochschulen im Nationalsozialismus und in der frühen Nachkriegszeit, Stuttgart: F. Stainer Verlag, S. 197–218.
Hoßfeld, Uwe (2005): „‚Rasový papez'. Zivotopisná skica rasového badatele Hanse Fridricha Karla Günthera", in: Jaroslava Milotová (Hg.), Terezínské studie a dokumenty, Praha: Sefer, S. 337–374.
Hoßfeld, Uwe (2014): Institute, Geld, Intrigen. Rassenwahn in Thüringen, 1930 bis 1945, Erfurt: Landeszentrale für politische Bildung Thüringen.
Hoßfeld, Uwe (2016): Geschichte der biologischen Anthropologie in Deutschland. Von den Anfängen bis in die Nachkriegszeit, 2. Aufl., Stuttgart: Franz Steiner Verlag.
Hoßfeld, Uwe (2020): „Wider den Rassenbegriff in seiner Anwendung auf den Menschen – Ein Überblick", in: Michael Fahlbusch et al. (Hg.), Völkische Wissenschaften: Ursprünge, Ideologien und Nachwirkungen", Berlin/Boston: De Gruyter Oldenbourg, S. 140–174.
Hoßfeld, Uwe (2021): Biologie und Politik. Die Herkunft des Menschen. Landeszentrale für politische Bildung Thüringen, 4. Aufl., Staatskanzlei Erfurt.
Hoßfeld, Uwe/Jürgen John/Oliver Lemuth/Rüdiger Stutz (Hg.) (2003): „Kämpferische Wissenschaft". Studien zur Universität Jena im Nationalsozialismus, Köln: Böhlau.
Hoßfeld, Uwe/Heiko Weber (2008): „Rassenkunde, Rassenhygiene und Eugenik im Deutschen Monistenbund – Keplerbund", in: Jahrbuch für Europäische Wissenschaftskultur 3, S. 257–271.
Hoßfeld, Uwe/Michal Šimůnek/Michael Mielewczik (2017): „Die ‚Wiederentdeckung' der Mendelschen Gesetze im Kontext neuerer Forschungen", in: Nova Acta Leopoldina NF Nr. 413, S. 135–153.
Hoßfeld, Uwe/Michal Šimůnek (2017a): „Eugenik und Rassenhygiene in Europa: Definitionen des idealen Menschen und Versuche ihrer Umsetzung", in: Angela Schwarz (Hg.), Streitfall Evolution. Eine Kulturgeschichte, Wien: Böhlau Verlag, S. 431–448.
Hoßfeld, Uwe/Michal Šimůnek (2017b): „Rassenbiologie", in: Michael Fahlbusch/Ingo Haar/Alexander Pinwinkler (Hg.), Handbuch der völkischen Wissenschaften, 2. Aufl., Göttingen: DeGruyter-Verlag, S. 1114–1126.
Hoßfeld, Uwe/Georgy S. Levit/Ulrich Kutschera [eds.] (2019): Ernst Haeckel (1843–1919): The German Darwin and his impact on modern biology. Special Issue, Theory in Biosciences 138 (1), S. 1–202.

Junker, Thomas/Uwe Hoßfeld (2009): Die Entdeckung der Evolution. Eine revolutionäre Theorie und ihre Geschichte, 2. Aufl., Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
Kaiser, Jochen-Christoph/Kurt Nowak/Michael Schwartz (1992): Eugenik, Sterilisation, „Euthanasie". Politische Biologie in Deutschland 1895–1945. Eine Dokumentation, Berlin: Buchverlag Union.
Kaupen-Haas, Heidrun/Christian Saller (Hg.) (1999): Wissenschaftlicher Rassismus: Analysen einer Kontinuität in den Human- und Naturwissenschaften, Frankfurt/M./New York: Campus.
Krause, Johannes et al. (2010): „The complete mitochondrial DNA genome of an unknown hominin from southern Siberia", in: Nature 464 (7290), S. 894–897.
Krause, Johannes/Thomas Trappe (2019): Die Reise unserer Gene, Berlin: Propyläen.
Kühl, Stefan (1997): Die Internationale der Rassisten, Frankfurt/M./New York: Campus.
Levit, Georgy S./Uwe Hoßfeld (2020): „Ernst Haeckel, Nikolai Miklucho-Maclay and the racial controversy over the Papuans", in: Frontiers in Zoology 17 (16), S. 1–20.
Longerich, Peter (1998): Politik der Vernichtung – Eine Gesamtdarstellung der nationalsozialistischen Judenverfolgung, München: piper.
Lutzhöft, Hans-Jürgen (1971): Der Nordische Gedanke in Deutschland 1920–1940, Stuttgart: Klett.
Mackensen, Rainer/Jürgen Reulecke/Josef Ehmer (Hg.) (2009): Ursprünge, Arten und Folgen des Konstrukts „Bevölkerung" vor, im und nach dem „Dritten Reich", Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
Mann, Gunter (1978): „Neue Wissenschaft im Rezeptionsbereich des Darwinismus: Eugenik – Rassenhygiene", in: Berichte für Wissenschaftsgeschichte 1, S. 101–111.
Marten, Heinz-Georg (1983): Sozialbiologismus. Biologische Grundpositionen der politischen Ideengeschichte, Frankfurt/M./New York: Campus.
Mayr, Ernst (2002): „The Biology of Race and the Concept of Equality", in: Daedalus 131, S. 89–94.
Merkenschlager, Fritz (1927): Götter, Helden und Günther. Eine Abwehr der Güntherschen Rassenkunde, Nürnberg: Lorenz Spindler.
Mosse, George L. (1990): Die Geschichte des Rassismus in Europa, Frankfurt/M.: Fischer.
Mosse, George L. (1991): Die völkische Revolution. Neue Wissenschaftliche Bibliothek, Frankfurt/M.: Athenäums, Sonderausgabe by anton hain.
Muckermann, Hermann (1934): Eugenik, Berlin/Bonn: Ferd. Dümmlers Verlag.
Mühlmann, Wilhelm E. (1968): Geschichte der Anthropologie, 2. Aufl., Bonn/Frankfurt/M.: Athenäum Verlag (1. Aufl. 1948).
Muller, Hermann J. et al. (1939): „Social biology and Population Improvement", in: Nature 144, S. 521–22.
Nöthlich, Rosemarie/Heiko Weber/Uwe Hoßfeld/Olaf Breidbach/Erika Krauße (2006): „Substanzmonismus" und/oder „Energetik": Der Briefwechsel von Ernst Haeckel und Wilhelm Ostwald (1910–1918). Zum 100. Jahrestag der Gründung des Deutschen Monistenbundes, Berlin: VWB.
Norton, Heather L. et al. (2019): „Human races are not like dog breeds: refuting a racist analogy", in: Evo Edu Outreach 12, S. 17.
Orozco, Teresa (1994): „Die Platon-Rezeption in Deutschland um 1933", in: Ilse Korotin (Hg.), Die besten Geister der Nation, Wien: Picus Verlag, S. 141–185.

Ploetz, Alfred (1895): Die Tüchtigkeit unsrer Rasse und der Schutz der Schwachen. Ein Versuch über Rassenhygiene und ihr Verhältnis zu den humanen Idealen, besonders zum Socialismus, Berlin: S. Fischer.

Pohl, Dieter (2003): Verfolgung und Massenmord in der NS-Zeit 1933–1945, Darmstadt: WBG.

Porges, Karl/Uwe Hoßfeld/Johannes Krause (2020): „Real sind Gradienten. Die ‚Jenaer Erklärung' im Unterricht", in: MINT-Zirkel 9 (4), S. 9.

Porges, Karl/Felix Bergens/Uwe Hoßfeld/Johannes Krause (2021): „Die ‚Jenaer Erklärung' im (Biologie-)Unterricht", in: MNU 74 (2), S. 154–158.

Przyrembel, Alexandra (2003): Rassenschande, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.

Reich, David et al. (2010): „Genetic history of an archaic hominin group from Denisova Cave in Siberia", in: Nature 468 (7327), S. 1053–1060.

Saller, Karl (1961): Die Rassenlehre des Nationalsozialismus in Wissenschaft und Propaganda, Darmstadt: Progress-Verlag.

Schallmayer, Wilhelm (1903): Vererbung und Auslese im Lebenslauf der Völker. Eine staatswissenschaftliche Studie auf Grund der neueren Biologie, Jena. G. Fischer.

Schmuhl, Hans-Walter (2005): Grenzüberschreitungen. Das Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik 1927–1945, Göttingen: Wallstein.

Schultze-Naumburg, Paul (1928): Kunst und Rasse, München: J. F. Lehmanns Verlag.

Šimůnek, Michal (2007): „Eugenics, Social Genetics and Racial Hygiene. Plans for the Scientific Regulation of Human Heredity in the Czech Lands, 1900–1925. Eugenics and Nationalism in Central and Southeast Europe 1900–1940", in: Marius Turda/Paul J. Weindling (Hg.), Blood and Homeland. Eugenics and Nationalism in Central and Southeast Europe, 1900–1940, Budapest: Central European University Press, S. 145–167.

Šimůnek, Michal/Uwe Hoßfeld (2011): „Von der Eugenik zur Rassenhygiene – der tödliche Mythos vom ‚erbgesunden Volk'", in: Dresdner Hefte 108, S. 57–65.

Šimůnek, Michal/Uwe Hoßfeld/Volker Wissemann (2011): „‚Rediscovery' Revised – the co-operation of Erich and Armin von Tschermak-Seysenegg in the context of the ‚rediscovery' of Mendel's Laws in 1899–1901", in: Plant Biology 13 (6), S. 835–841.

Šimůnek, Michal/Uwe Hoßfeld/Olaf Breidbach (2012): „‚Further Development' of Mendel's Legacy? Erich von Tschermak-Seysenegg in the Context of Mendelian-Biometry Controversy, 1901–1906", in: Theory in Biosciences 131 (4), S. 243–252.

Stagl, Justin/Wolfgang Reinhard (Hg.) (2005): Grenzen des Menschseins. Probleme einer Definition des Menschlichen, Wien: Böhlau.

Stengel von Rutkowski, Lothar (1935): „Hans F. K. Günther der Programmatiker des Nordischen Gedankens. Teil 1", in: NS Monatshefte 6 (68), S. 962–997.

Stengel von Rutkowski, Lothar (1941): „Hans F. K. Günther 50 Jahre alt", in: NS Monatshefte 12 (132), S. 263–265.

Stock, Clemens A. (2004): „… das Schöne und Gute in Menschengeschlechtern zu verleiblichen". Hans F. K. Günther Buch „Plato als Hüter des Lebens". Werkkritik und historische Einordnung. Dissertation Medizinische Fakultät der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf.

Straaß, Gerhard (1978): Rassen – Herkunft und Zukunft. Urteile und Vorurteile, Berlin: Verlag Neues Leben.

Tascher, Gisela (2016): „NS-Zwangssterilisationen: Handeln auf Befehl des Führers. Die illegale und streng geheime Zwangssterilisation der ‚Rheinlandbastarde' von 1937 und

die Strafverfolgung der ärztlichen Täter nach 1945“, in: Deutsches Ärzteblatt 113 (10), S. 420–422.
Thomann, Klaus-Dieter/Werner F. Kümmel (1995): „Naturwissenschaft, Kapital und Weltanschauung. Das Kruppsche Preisausschreiben und der Sozialdarwinismus“, in: Medizinhistorisches Journal 30, 1. Teil (H. 2, S. 99–143), 2. Teil (H. 3, S. 205–243) und 3. Teil (H. 4, S. 315–352).
Turda, Marius/Paul J. Weindling (Hg.) (2007): Blood and Homeland. Eugenics and Nationalism in Central and Southeast Europe, 1900–1940. Budapest: Central European University Press.
Uhle, Roger (1999): Neues Volk und reine Rasse. Walter Gross und das Rassenpolitische Amt der NSDAP (RPA). Dissertation, Technische Hochschule Aachen.
UNESCO (1950): „U.N.E.S.C.O. on Race“, in: Man 50, S. 138–139.
UNESCO (1951): „U.N.E.S.C.O.’s New Statement on Race“, in: Man 51, S. 154–155.
UNESCO (1952): „U.N.E.S.C.O.’s New Statement on Race“, in: Man 52, S. 9.
Varshizky, Amit (2021): „Non-Mechanistic Explanatory Styles in the German Racial Science: A Comparison of Hans F. K. Günther and Ludwig Ferdinand Clauß“, in: Sabine Hildebrandt/Miriam Offer/Michael Grodin (Hg.), Medicine and the Holocaust: New Studies on Victims, Perpetrators and Legacies for the 21st Century, New York/Oxford: Berghahn Books, S. 21–43.
Verschuer, O. v. (1944): „10 Jahre Rassenpolitisches Amt“, in: Der Erbarzt 3/4, S. 54.
Weindling, Paul (1989): Health, race and German politics between national unification and Nazism, 1870–1945, Cambridge: Cambridge University Press.
Weingart, Peter et al. (Hg.) (1992): Rasse, Blut und Gene. Geschichte der Eugenik und Rassenhygiene in Deutschland, Frankfurt/M.: Suhrkamp.
Weisenburger, Elvira (1997): „Der ‚Rassepapst‘. Hans Friedrich Karl Günther, Professor für Rassenkunde“, in: Michael Kißener/Joachim Scholtysseck (Hg.), Führer der Provinz. NS-Biographien aus Baden und Württemberg, Konstanz: Universitätsverlag, S. 161–199.

Hoßfeld, Uwe, Prof. Dr. rer. nat. (Jena), Dr. sc. phil. (St. Petersburg), geb. 1966 in Bad Liebenstein. Seit 2009 apl. Prof. für Didaktik der Biologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, korrespondierendes Mitglied der Akademie der Wissenschaften zu Göttingen. Forschungsschwerpunkte: Biologiedidaktik, Biologie- und Wissenschaftsgeschichte, Universitätsgeschichte.

Die deutsche Sozialökonomik der Zwischenkriegszeit: Auf dem Weg zu einer historischen Theorie des Kapitalismus?

Alexander Ebner

Inhaltsverzeichnis

1 Einleitung 256
2 Ideengeschichtliche Grundlagen der deutschen Sozialökonomik der Zwischenkriegszeit 258
3 Max Weber und der ***Grundriß der Sozialökonomik*** ***263***
4 Von der Historischen Theorie des Kapitalismus zur Ordnungsökonomik 268
5 Sozialökonomische Theoriebildung und die sozialistische Herausforderung 277
6 Fazit 285
Literatur 287

Zusammenfassung

Dieser Beitrag zielt auf eine historische Rekonstruktion maßgeblicher Diskurse der deutschen Sozialökonomik der Zwischenkriegszeit zur Ausarbeitung historischer Theorien des Kapitalismus. Dabei wird die These verfolgt, dass diese sozialökonomischen Diskurse auf das Potential einer vorparadigmatischen Konstellation historischer Theorien kapitalistischer Entwicklung hinweisen, die sich in zwei Stränge einteilen lässt: die Ausläufer der Historischen Schule und die Vertreter dynamischer Wirtschaftstheorie.

A. Ebner (✉)
Fachbereich Gesellschaftswissenschaften, Goethe-Universität Frankfurt, Frankfurt am Main, Deutschland
E-Mail: a.ebner@soz.uni-frankfurt.de

© Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2022

K. Acham und S. Moebius (Hrsg.), *Soziologie der Zwischenkriegszeit. Ihre Hauptströmungen und zentralen Themen im deutschen Sprachraum*,
https://doi.org/10.1007/978-3-658-31401-9_9

Im Beitrag werden zunächst grundlegende Beiträge der Historischen Schule im Gefolge Gustav Schmollers diskutiert, um dann Max Webers Konzept der Sozialökonomik sowie die Auseinandersetzung mit den Ausläufern der Historischen Schule um Werner Sombart und – näher an der dynamischen Theorie orientiert – Joseph Schumpeter zu rekapitulieren. Dem werden Entwürfe sozialökonomischer Theoriebildung um Franz Oppenheimer und Emil Lederer gegenübergestellt, die normativ mit sozialistischen Vorstellungen verbunden sind. Im Fazit wird der von der nationalsozialistischen Diktatur erzwungene Abbruch der Debatten zur historischen Theorie des Kapitalismus als Ausdruck der auch ideengeschichtlich manifest gewordenen Tragödie der deutschen Sozialwissenschaften bewertet.

Schlüsselwörter

Sozialökonomik · Kapitalismus · Theorie · Geschichte · Dynamik

1 Einleitung

Die akademischen Debatten der deutschen Sozialökonomik der Zwischenkriegszeit spiegeln jene tiefgreifenden wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Brüche dieser Periode, die auch für die zeitgenössischen Sozialwissenschaften insgesamt prägend waren. Die bereits vor dem Ersten Weltkrieg angedeutete Wendung zu einer paradigmatischen Neuorientierung entwickelte sich zu einem Leitmotiv der sozialökonomischen Auseinandersetzung. Dabei gelang trotz der disziplinären Differenzierung zwischen der etablierten Ökonomik und der akademisch neu formierten Soziologie eine transdisziplinäre Verständigung, die der Sozialökonomik in Deutschland ein fruchtbares Feld bereiten sollte, vor allem in der Wirtschaftssystem- und Konjunkturforschung zur Dynamik des modernen Kapitalismus. Vor diesem Hintergrund fußt der folgende Beitrag auf der These, dass die Formierung der deutschen Sozialökonomik der Zwischenkriegszeit als Phase einer kurzen Blüte historischer Theorien kapitalistischer Entwicklung interpretiert werden kann. Diese Bemühungen um eine sozialökonomische Integration von Theorie und Geschichte des modernen Kapitalismus kreisten um zwei Problemfelder. Methodologisch ging es darum, inwiefern eine historische Theoriebildung nur im spezifischen Geltungsbereich des kapitalistischen Wirtschaftssystems gültig wäre. Theoretisch war zu klären, inwiefern es historischer Theoriebildung gelingen würde, endogene Zusammenhänge kapitalistischer Entwicklung in ihrer Gesamtheit zu analysieren.

Der vorliegende Text zielt auf eine Rekonstruktion maßgeblicher Diskurse der deutschen Sozialökonomik der Zwischenkriegszeit. Dabei besteht kein Anspruch auf Vollständigkeit in thematischer Darstellung und Literaturerfassung. Vielmehr geht es um eine an maßgeblichen Akteuren und Beiträgen orientierte Vermessung des diskursiven Felds, wobei sich die Darstellung auf deutsche wissenschaftlich-institutionelle Zusammenhänge konzentriert, um den besonderen Kontextbedingungen dieser Diskurse gerecht zu werden. Ziel ist die Überprüfung der Ausgangsthese, der zufolge die Formierung der deutschen Sozialökonomik der Zwischenkriegszeit als Phase einer kurzen Blüte historischer Theorien kapitalistischer Entwicklung interpretiert werden kann. Dabei werden, auf den grundlegenden Beiträgen aus dem Umfeld der historisch-ethisch argumentierenden Historischen Schule aufbauend, zwei weiterführende Diskursstränge unterschieden: zum einen die um Max Weber, Werner Sombart und später auch Joseph Schumpeter sowie Alfred Müller-Armack gruppierten Beiträge zu einer historischen Perspektive auf den modernen Kapitalismus, zum anderen die mit Franz Oppenheimer, Emil Lederer, Eduard Heimann und Adolf Lowe verbundene sozialtransformative Position. Beiden Strängen gemeinsam ist das Interesse an der methodischen Kombination von Theorie und Geschichte zur Analyse des modernen Kapitalismus – sie unterscheiden sich vor allem im Hinblick auf methodologische Fragen zum Status historischer Theorie wie auch in der analytischen sowie normativen Sicht auf den Kapitalismus.

Der Beitrag gliedert sich wie folgt. Zunächst werden die Grundlagen der deutschen Sozialökonomik in Beiträgen aus dem Umfeld der Deutschen Historischen Schule skizziert, wobei Gustav Schmoller, Adolph Wagner und Lujo Brentano im Vordergrund stehen. Darauf aufbauend wird Max Webers Konzept der Sozialökonomik präsentiert, wie es in dem von ihm herausgegebenen *Grundriß der Sozialökonomik* genutzt wurde. Diesen Darlegungen folgt die Auseinandersetzung mit Vorstellungen zu einer historischen Theorie des Kapitalismus bei Werner Sombart und Joseph Schumpeter sowie Arthur Spiethoff und Alfred Müller-Armack. Diesen Positionen werden sozialtransformative Vorstellungen sozialökonomischer Theoriebildung gegenübergestellt. Dabei geht es in erster Linie um die mit der kapitalistischen Entwicklungsdynamik und ihrer sozialistischen Systemalternative befassten Beiträge von Franz Oppenheimer, Emil Lederer, Eduard Heimann und Adolf Löwe. Das Fazit verweist auf die inhärenten Probleme der vorparadigmatischen Konstellation der deutschen Sozialökonomik, deren Niedergang im Nationalsozialismus auch für die bundesdeutschen Sozialwissenschaften irreversibel bleiben sollte.

2 Ideengeschichtliche Grundlagen der deutschen Sozialökonomik der Zwischenkriegszeit

In der folgenden Darstellung wird die an Max Weber anknüpfende Vorstellung verfolgt, dass Sozialökonomik ein Ökonomik und Soziologie und auch Geschichte erfassendes, transdisziplinäres Feld integrierter Sozialwissenschaften umreißt, das sich mit den ökonomischen und sozialen Spezifika des modernen Kapitalismus befasst, und dabei diverse theoretische, methodologische und politisch-normative Strömungen und Richtungen aufgreift. Die politisch-kulturelle Krise des Liberalismus und die Erwiderung auf marxistische Herausforderungen waren bestimmende Momente in der intellektuellen Atmosphäre der deutschen Sozialökonomik, deren Wurzeln bis in das letzte Drittel des 19. Jahrhunderts zurückreichten (Häuser 1994a: 49 f.; Acham 1998). Der Begriff der Sozialökonomik wurde seit den 1890er Jahren zunächst als Subkategorie der Politischen Ökonomie genutzt, sollte ihn dann aber sukzessive ersetzen (Takebayashi 2003: 394, 399 f.). Politisch-normative Konnotationen blieben uneindeutig. Bei Adolph Wagner wurde die Sozialökonomik im zeitgenössischen Zusammenhang mit sozialistischer Literatur und sozialreformerischen Absichten thematisiert (Wagner 1907). Heinrich Dietzel kombinierte seinen Ansatz der Sozialökonomik mit liberalen Positionen (Dietzel 1895). Bei Max Weber erschien Sozialökonomik dann mit Verweis auf den sozialen, das heißt, in sozialen Beziehungen und Gebilden eingefassten Charakter wirtschaftlichen Handelns als Grundlage der Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Dimensionen des Wirtschaftens (Weber 1904; Weber und Siebeck 1914).

In der Zwischenkriegszeit entwickelte sich die Sozialökonomik schließlich zum Terrain für fundamentale Auseinandersetzungen um die Analyse des zeitgenössischen Kapitalismus. Unter Bezug auf die Einschätzungen Friedrich Tenbrucks lässt sich festhalten, dass für dieses spezifische intellektuelle Klima der theoretischen wie auch methodologischen Sinnsuche die Krise von Modernisierungsmythen und Fortschrittsglauben im Anschluss an den verlorenen Weltkrieg und die Novemberrevolution bestimmend war (Tenbruck 1994: 24 f.). Nach 1918 übten politische und ökonomische Brüche einen fortwährenden Einfluss auf die thematische Neuformierung der deutschen Sozialökonomik aus: Der abrupte Übergang zu einer instabilen parlamentarischen Demokratie, das Verhältnis von Unternehmertum und Bürokratie unter Bedingungen industrieller Konzentration, die Problematik von Arbeitslosigkeit, Inflation, und Haushaltskonsolidierung, die Stabilisierung der Außenwirtschaft angesichts der Versailler Reparationen – all dies verstärkte den ökonomischen und politischen Legitimationsdruck und beflügelte zugleich die sozialökonomischen

Forschungsanstrengungen in der Kapitalismusanalyse (Köster 2011: 52 f.; Krüger 1983: 141 f.; Kruse 1990).

Der für die deutsche Sozialökonomik der Zwischenkriegszeit konstitutive Zusammenhang historischer und dynamischer Kapitalismusanalysen war bereits in den Forschungstraditionen der Deutschen Historischen Schule angelegt. Die vielfältigen theoretischen Bezüge reichten von Klassischer Politischer Ökonomie, Marxismus, Neoklassik und Österreichischer Schule bis hin zu kultursoziologischen Ansätzen. In methodologischer Hinsicht entsprach die Theorienvielfalt einer Ausdifferenzierung: von formal und quantitativ orientierten Diskussionen, über einen historisch sensibilisierten Methodenpluralismus, bis hin zu sinnverstehenden, dezidiert geisteswissenschaftlichen Positionen. Schließlich fassten auch die politisch-normativen Haltungen das gesamte zeitgenössische Spektrum von sozialer Reform und sozialistischer Transformation, über liberales Ordnungsdenken und sozialkonservative Positionen, bis hin zu korporatistisch-faschistischen Sympathien. Diese Differenzierung von Theorieperspektiven, Methodenverständnis, und politischen Verortungen akzentuierte eine zentrale Problemachse der deutschen Sozialökonomik der Zwischenkriegszeit, die zeitgenössisch auch als „Krise der Volkswirtschaftslehre“ interpretiert wurde und Raum für neue Entwicklungen bieten sollte (Janssen 2000: 29 f.; Köster 2011: 11 f.).

Diese Neuformierung der Sozialökonomik lässt sich im Sinne von Thomas Kuhn als vorparadigmatische Konstellation von Meinungen, Werten und Methoden interpretieren, deren konkurrierende Lager sich zur schrittweisen Identifizierung gemeinsamer Probleme austauschen (vgl. Kuhn 1970). Das gemeinsame Interesse an ökonomischen und soziologischen Aspekten wirtschaftlicher Phänomene betraf Aspekte wie den Zusammenhang von sozialkultureller Prägung und wirtschaftlichem Handeln, die sozialen Charakteristika von Wirtschaftswachstum und Einkommensverteilung sowie das Zusammenwirken von wirtschaftlichem und sozialem Strukturwandel – eingebettet in ein vorparadigmatisches Interesse an der Analyse des Gegenwartskapitalismus (Kruse 1994a: 193, b: 375 f.). So konzentrierte sich die sozialökonomische Diskussion nach dem Ersten Weltkrieg zunächst auf die Gegenüberstellung von Kapitalismus und Sozialismus als eigenständigen Wirtschaftssystemen, um sich ab Mitte der 1920er Jahre auf die Formierung einer neuen monopolistisch-bürokratischen Phase des Kapitalismus sowie auf Fragen seiner konjunkturellen Dynamik zu fokussieren. Die Verbindung beider Problemfelder im Gefolge der Weltwirtschaftskrise ab 1929 kombinierte Debatten um Nachfragesteuerung, Wirtschaftslenkung und zentrale Planung, bewegte sich also quasi wieder an den Ausgangspunkt zurück, bevor dann mit dem Zusammenbruch der Weimarer Ordnung ab 1933 die sozialökonomische Debatte durch Emigration, Gleichschaltung

und Anpassung abebbte. Diese inhaltlichen Auseinandersetzungen waren von einer institutionellen Differenzierung begleitet, in der sich die Soziologie als akademische Disziplin etablierte, dabei aber zunächst noch an die Ökonomik angebunden blieb. Die Einrichtung genuin sozialökonomischer Professuren folgte Franz Oppenheimers 1919 über private Stiftungsmittel eingerichtetem Lehrstuhl für Soziologie und theoretische Nationalökonomie an der Goethe-Universität Frankfurt (Köster 2011: 208).

Für die Etablierung der deutschen Sozialökonomik der Zwischenkriegszeit blieben bei allen Bestrebungen nach einer theoretischen und methodologischen Modernisierung die Einflüsse der Deutschen Historischen Schule bestehen. Deren bestimmende akademische Größe war Gustav von Schmoller (1838–1917), Begründer der auf das Primat historischer Forschung zur Erkenntnis institutioneller wirtschaftlicher Entwicklungsmuster abstellenden „jüngeren" Historischen Schule, welche sich von der „älteren" Generation um Wilhelm Roscher und Karl Knies vor allem dadurch unterschied, dass sie theoretische Bezüge zur ökonomischen Klassik relativierte, um stattdessen einen historisch-ethischen Ansatz in der Analyse wirtschaftlicher Entwicklung zu betonen, der sozialreformerische Aktivitäten unterstützen sollte – wie sie ab 1872 im Verein für Socialpolitik gebündelt wurden (Schefold 1994: 218 f.; Grimmer-Solem 2003). Mit seinem Programm einer historisch-empirisch begründeten Erforschung institutionellen Wandels im Prozess der wirtschaftlichen Entwicklung von Völkern und Zivilisationen übte Schmoller einen kritischen Einfluss auf die „jüngste" Generation der ausgehenden Historischen Schule aus, die sich um Max Weber und Werner Sombart gruppierte, und zu der sich auch Joseph Schumpeter zählen ließe (vgl. Ebner 2000; Shionoya 1997). Eine durch konkrete Diskussionsbeiträge artikulierte Nachwirkung auf die deutsche Sozialökonomik der Zwischenkriegszeit hatte Schmoller vornehmlich über die erweiterte, posthum publizierte Neuausgabe seines zweibändigen *Grundriß der Allgemeinen Volkswirtschaftslehre* von 1900 und 1904, der 1923 letztmalig erschien. Zu diesem Zeitpunkt war sein programmatisches Werk weitgehend überholt: Die Neuausgabe des *Grundriß* wurde kaum noch im Detail rezipiert. Sein Beitrag zur dritten Auflage des einflussreichen Kompendiums *Handwörterbuch der Staatswissenschaften* – „Volkswirtschaft, Volkswirtschaftslehre und -methode", der auf einem programmatischen Aufsatz von 1893 basierte (Schmoller 1911) – wurde in der ab 1923 veröffentlichten vierten Auflage nicht mehr berücksichtigt (Häuser 1994a: 53). Schmollers Position geriet nicht zuletzt auch wegen seiner Bedenken gegenüber zeitgenössischen Kapitalismusanalysen in die Kritik. So äußerte er Bedenken gegen den Begriff des Kapitalismus, wie er von Sombart und Weber verwendet wurde – wegen deren Überbewertung des Kapitals als ökonomischer Triebkraft (Schmoller

1903: 144). Politisch überholt war mit der Novemberrevolution schließlich die von Schmoller bis an sein Lebensende 1917 artikulierte Hoffnung auf das Fortdauern einer reformorientierten „sozialen Monarchie“ (Schmoller 1918).

Dennoch gehörte Schmoller zu den maßgeblichen Impulsgebern für den sozialökonomischen Gedanken einer historischen Theorie kapitalistischer Entwicklung. In seinem *Grundriß* wurde der Ausgangspunkt seiner Ausführungen über drei Aspekte markiert: ein Verständnis wirtschaftlicher Phänomene als Ausdruck anhaltender Entwicklungsprozesse, die Berücksichtigung psychologischer wie auch institutioneller Einbettungsmechanismen des Wirtschaftens, welche für Schmoller den Entwicklungszusammenhang von Wirtschaft, Staat, Religion und Moral unterfütterten, und schließlich die normativ auf soziale Kooperation setzende Gegenposition zu naturrechtlichem Individualismus und klassenkämpferischem Sozialismus (Schmoller 1900/1923: 124). Schmollers Theorie wirtschaftlicher Entwicklung befasste sich denn auch dezidiert mit soziologischen Elementen wie sozialer Differenzierung, gesellschaftlicher Arbeitsteilung und der institutionellen Einbettung wirtschaftlichen Wettbewerbs (Schmoller 1904/1923b: 761 f.). So blieb Schmoller mit seiner Programmatik einer aus historischer Erkenntnis heraus informierten theoretischen Durchdringung des empirischen Materials sowie mit seiner Forderung nach der Einheit wirtschafts- und sozialwissenschaftlicher Fragestellungen, Theorien und Methoden für die deutsche Sozialökonomik der 1920er Jahre auch jenseits der Ausläufer der Historischen Schule explizit wie implizit ein bedeutender Einfluss (Häuser 1994a: 58 f.). Tatsächlich setzte sich Schumpeter 1926 in seinem programmatischen Aufsatz „Gustav Schmoller und die Probleme von heute“ mit dem Schmoller’schen Forschungsprogramm durchaus affirmativ auseinander (Schumpeter 1926b). Auch Eucken musste sich mit seinem ordoliberalen Programm noch Ende der 1930er Jahre zunächst an Schmoller abarbeiten (Eucken 1938).

Allerdings wäre es unzulässig, bei der historischen Rekonstruktion der ideengeschichtlichen Einflüsse auf das Zusammenwirken von Ökonomik und Soziologie in der sich formierenden Sozialökonomik den Blick auf Schmoller zu verengen. Als führender Kopf der „Kathedersozialisten“ war für die deutsche Sozialökonomik ab 1918 Adolph Wagner (1835–1917) ebenso bedeutsam. Als finanzwissenschaftlich versierter wie auch geld- und finanzwirtschaftlich ausgewiesener maßgeblicher Vertreter eines für theoretische Entwicklungen offenen Segments der Historischen Schule profilierte sich Wagner zugleich auch als Fürsprecher eines sozialreformerischen „Kathedersozialismus“, der den Staat als sittlichen Regulator des Wirtschaftslebens nutzen wollte – wobei Wagner ein historisch-kulturelles Gesetz zunehmender Staatstätigkeit behauptete, das Entwicklungstendenzen hin zu einem „Staatssozialismus“ befördern würde

(Wagner 1895). Neben seinem mehrbändigen Überblick zum Feld der Finanzwissenschaft präsentierte Wagners Lehrbuch *Theoretische Sozialökonomik,* das 1907 und 1909 als Variation des Lehrbuchs *Allgemeine und Theoretische Volkswirtschaftslehre* von 1876 bzw. *Grundlegung der Politischen Ökonomie* von 1892 erschien, eine von Schmoller abgegrenzte Perspektive, die auch Positionen der Österreichischen Schule integrieren wollte (vgl. Wagner 1907, 1909). Bereits in der *Grundlegung* fasste Wagner das disziplinäre Feld der Sozialökonomie als eigenständigen Gegenstandsbereich mit spezifischen analytischen Aufgaben und empirischen Methoden, wobei die Wechselwirkungen zwischen ökonomischen und sozialen Phänomenen und Institutionen im Vordergrund standen (Wagner 1892). In der Endfassung des Lehrbuchs *Theoretische Sozialökonomik* wird die Sozialökonomik dann ausdrücklich als Form der Politischen Ökonomie bzw. Volkswirtschaftslehre bezeichnet, die im Kontext von sozialer Frage und Sozialismus in den Vordergrund gerückt wäre (Wagner 1907: 29 f.).

Als dritte maßgebliche Größe in der Vorbereitung sozialökonomischer Debatten der 1920er Jahre aus dem Umfeld der Historischen Schule ist der katholische Sozialliberale Lujo Brentano (1844–1931) anzuführen – bekannt geworden als Analytiker des Gewerkschaftswesens, der die subsidiäre Funktion der Gewerkschaften betonte. In die deutsche Sozialökonomik der Zwischenkriegszeit wirkte Brentano als Emeritus hinein – Max Weber hatte 1919 die Nachfolge seiner seit 1916 vakanten Münchner Professur übernommen. Seine Plädoyers für eine historische wie theoretische Aspekte integrierende Methodenvielfalt flossen nun vornehmlich in die Lehrbuchliteratur ein (Brentano 1919, 1924). Fachliche Resonanz erhielt vor allem die 1923 publizierte Reden- und Aufsatzsammlung *Der wirtschaftende Mensch in der Geschichte,* die Brentanos Argumente zur Vielfalt und Kontextbedingtheit wirtschaftlicher Entwicklungsprozesse zusammenfasste, und damit monokausal anmutende Erklärungen für das Aufkommen des modernen Kapitalismus zurückzuweisen – ein Punkt, der ihn in Auseinandersetzungen mit Sombart und Weber hinsichtlich der religiösen Wurzeln des Kapitalismus geführt hatte (Brentano 1923).

Zwei weitere einflussreiche Vertreter der aus der Historischen Schule herkommenden Sozialökonomik der Zwischenkriegszeit, die in den 1920er und 1930er Jahren wissenschaftlich aktiv blieben, sind Heinrich Dietzel (1857–1935) und Heinrich Herkner (1863–1932). Dietzel war akademischer Schüler Adolph Wagners und zugleich liberaler Ökonom an der Universität Bonn, der sich bereits mit seinem 1895 publizierten Lehrbuch *Theoretische Socialökonomik* um einen eigenständigen Ansatz bemüht hatte, der exakte theoretische Positionen zu „wirtschaftlichen Socialphänomenen“ mit eigenem Geltungsbereich umreißen sollte – als Analyse von wirtschaftlichen Phänomenen, die aus sozialer Interaktion und sozialen Wirkungsverflechtungen entstehen würden, und zu deren Analyse

eine Kombination historisch-empirischer und theoretisch-abstrakter Methoden zum Einsatz kommen sollte (Dietzel 1895: 25 f.). Dabei gehörte Dietzel zu den ersten, die den Begriff des Kapitalismus als Kategorie sozialökonomischer Analyse nutzten, wobei er Kapitalismus als Periode der Verkehrswirtschaft mit konzentriertem Kapitaleinsatz definierte (Takebayashi 2003: 394). Heinrich Herkner stand als Schüler Brentanos, Mitarbeiter von Schmoller, und ab 1917 dessen Lehrstuhl-Nachfolger in Berlin, für eine stärker an den normativen Beständen der Historischen Schule orientierte Sozialökonomik. So wurde er denn auch in zeitgenössischen Befunden zur historisch-ethischen Tradition der Historischen Schule als deren letzter maßgeblicher Vertreter klassifiziert (Wilbrandt 1926: 73). Im Weber'schen *Grundriß der Sozialökonomik* befasste sich Herkner entsprechend mit dem Themenfeld „Arbeit und Arbeitsteilung" und schloss damit auch in der Neuauflage 1923 den Teilband zu Wirtschaft und Natur ab (Herkner 1923). Allerdings waren es andere Vertreter der post-Schmoller'schen Ausläufer der Historischen Schule, die auf der sozialökonomischen Suche nach einer historischen Theorie des Kapitalismus tonangebend waren.

3 Max Weber und der *Grundriß der Sozialökonomik*

Max Weber (1864–1920) war sicherlich ein maßgeblicher ideeller wie auch institutioneller Impulsgeber der deutschen Sozialökonomik, dessen wissenschaftlicher Weg von der Wirtschafts- und Rechtgeschichte über die Volkswirtschaftslehre bis zur Soziologie führte. Weber repräsentierte mustergültig die intellektuellen Entwicklungspfade der deutschen Sozialökonomik der Zwischenkriegszeit. Neben Werner Sombart und Arthur Spiethoff– und auch neben Joseph Schumpeter selbst – gehörte er zu der von Schumpeter so bezeichneten „jüngsten Historischen Schule", die sich mit theoretischen wie historisch-empirischen Instrumenten um die Analyse der Dynamik des modernen Kapitalismus bemühen wollte (Takebayashi 2003; Ebner 2000, 2003; Osterhammel 1988). Max Webers Forschungsprogramm zu den Besonderheiten rationaler Weltbeherrschung unter kapitalistischen Vorzeichen ist vornehmlich aus dem zeitgenössischen Kontext des intellektuellen Zusammenpralls von Deutscher Historischer Schule, Österreichischer Schule und Marxismus ableitbar – eingebettet in methodologische Debatten neo-kantianischer Provenienz (Ebner 2021: 173 f., 2014; Mommsen 2004). Für Max Weber ging es in diesem intellektuellen Zusammenhang darum, die historische und kulturelle Variabilität von Macht- und Herrschaftsformen in der Artikulierung individueller Handlungsweisen nachzuvollziehen, wobei Theorie und Geschichte über methodische Instrumente wie den Idealtyp integriert werden sollten. In diesem Zusammenhang zielte Webers Verständnis der Sozial-

ökonomik auf eine umfassende ökonomische und soziologische Betrachtung wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Phänomene, wobei die Betrachtung ökonomischen Verhaltens in seinem konkreten sozialen und kulturellen Entwicklungskontext im Mittelpunkt stand (Weber 2014/1919–1920: 42 f.). In seinem 1904 publizierten programmatischen Aufsatz zur „‚Objektivität' sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis" zählte Weber zu den kausal zu analysierenden Phänomenen des Forschungsfelds jene wirtschaftlichen Erscheinungen, Vorgänge und Institutionen, die ökonomischen Zwecken dienten; dazu kämen ökonomisch relevante Erscheinungen, die aus nicht-wirtschaftlichen gespeist würden, und schließlich auch ökonomisch bedingte Erscheinungen, die von ökonomischen Zusammenhängen in außerökonomischen Feldern beeinflusst wären (Weber 1904: 37–38). Hierbei sollte es darum gehen, Analysen der „allgemeinen Kulturbedeutung der sozialökonomischen Struktur des menschlichen Gemeinschaftslebens und seiner historischen Organisationsformen" vorzunehmen (Weber 1904: 40). In diesem Sinne skizzierte Max Weber – ebenfalls 1904 – mit seinen Mitherausgebern Werner Sombart und Edgar Jaffé im Geleitwort zur ersten Ausgabe des „Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik" als grundlegendes Forschungsprogramm „die historische und theoretische Erkenntnis der allgemeinen Kulturbedeutung der kapitalistischen Entwicklung" (Sombart et al. 1904: V). Die wechselseitige Bezogenheit wirtschaftlicher und anderer gesellschaftlicher Phänomene sollte im Vordergrund stehen – betrachtet unter dem Blickwinkel ihrer historischen Bedingtheit durch das Vordringen des modernen Kapitalismus (Sombart et al. 1904: I–II). Für die tagespolitische Debatte deutete sich in diesem Zusammenhang ein Bruch mit der Schmoller'schen Historischen Schule an. Auf der Mannheimer Tagung des Vereins für Socialpolitik 1905 stellte sich Weber – noch vor dem Ausbruch des Werturteilsstreits ab 1909 – explizit gegen Schmollers Thesen von der stabilisierenden und versittlichenden Wirkung industrieller Kartelle, da diese tatsächlich vor allem auch Probleme der Bürokratisierung mit sich bringen würden (Köster 2011: 271–273).

Webers publikationsbasierter Einfluss auf die deutsche Sozialökonomik der Zwischenkriegszeit entfaltete sich in den 1920er Jahren vornehmlich über die mit dem ersten Band noch zu Lebzeiten begonnene Herausgabe von Aufsatzsammlungen zur Religionssoziologie (Weber 1920, 1921a, b), denen posthum zügig weitere Aufsatzsammlungen zu Wissenschaftslehre, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte sowie Soziologie und Sozialpolitik folgten (Weber 1922b, 1924a, b), begleitet von einer Edition politischer Schriften (Weber 1921c). Ergänzend wurden Webers Vorlesungsmanuskripte zur Wirtschaftsgeschichte veröffentlicht (Weber 1923). Sein für das sozialökonomische Forschungsprogramm relevante Verständnis der Entwicklungsdynamik des modernen,

rationalen Kapitalismus umriss Weber kurz vor seinem Tod noch einmal in der Vorbemerkung zur 1920 publizierten Neufassung der erstmals 1904 und 1905 publizierten Studie „Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus" im ersten Band seiner religionssoziologischen Aufsätze. Hier galt der okzidentale Kapitalismus als Ausprägung rational-systematisch gebändigten, betrieblich routinierten Erwerbsstrebens, das sich insbesondere durch rationale Arbeitsorganisation auszeichnete (Weber 1920: 4 f.). Weber sah sich zum Zeitpunkt der Bearbeitung dieser Texte vornehmlich als Soziologe. Seine letzte Professur, die Nachfolge Brentanos in München, wurde jedenfalls 1919 auf „Gesellschaftswissenschaft, Wirtschaftsgeschichte und Nationalökonomie" denominiert – man hätte sie wohl auch direkt der Sozialökonomik zuwidmen können.

Für die Sozialökonomik erwies sich schließlich Webers posthum publizierter Schlüsselbeitrag „Die Wirtschaft und die gesellschaftlichen Mächte" zu dem von ihm selbst konzipierten, mitherausgegebenen und ab 1914 in Einzelbänden veröffentlichten *Grundriß der Sozialökonomik* als leitbildsetzend (Weber 1922a). Der *Grundriß* war von Weber im inhaltlichen Austausch mit Karl Bücher und Eugen von Philippovich als Nachfolgeprojekt des von Gustav von Schönberg herausgegebenen *Handbuch der politischen Ökonomie* konzipiert worden. Der neue Name des *Grundriß der Sozialökonomik* wurde erst kurz vor Publikation der ersten Bände 1914 gewählt: Der Bezug zur Sozialökonomik sollte Weber zufolge Modernität vermitteln (Swedberg 1998: 154 f.; Nau 1997: 255 f.). Dabei war keinesfalls ein Bruch mit etablierten Begriffen wie Volkswirtschaftslehre oder politische Ökonomie vorgesehen; im Anklang an Dietzel ging es vielmehr zunächst nur darum, die für das Wirtschaften maßgeblichen sozialen Dimensionen zur Geltung zu bringen (Takebayashi 2003: 400 f., 402 f.; Schluchter 1998). Dieses umfassende Publikationsprojekt war also im Grunde ein Versuch der vorparadigmatischen Zusammenführung von historischen, ökonomischen, soziologischen, rechtlichen, politischen und kulturellen Fragestellungen und Zusammenhängen, die bereits im „Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik" von Max Weber, Sombart und Jaffé vorbereitet worden waren, und die nun in Webers *Grundriß* umgesetzt werden sollten (Oppolzer 1990: 15). Dass im ersten Band des *Grundriß* mit Karl Bücher ein führender Vertreter der Historischen Schule zur Wirtschaftsentwicklung und mit Friedrich von Wieser ein führender Vertreter der Österreichischen Schule zur Wirtschaftstheorie vortragen sollten, flankiert vom jungen Österreicher Schumpeter zur ökonomischen Theoriegeschichte, machte dieses Anliegen deutlich. Insofern diente der bis Ende der 1920er Jahre weitergeführte *Grundriß der Sozialökonomik* einer Demarkation des diskursiven Felds der Sozialökonomik im deutschsprachigen Raum. Bereits in Webers Urkonzeption wurde die umfängliche Theorie- und Methodenvielfalt

als Charakteristikum dieses Feldes deutlich (Quensel 2007: 193 f.). Im *Grundriß* definierte Weber die Sozialökonomik konkret als „Querschnitt derjenigen Betrachtungen, die es mit der systematischen Erforschung der Sozialwirtschaft zu tun haben“ (Weber und Siebeck 1914: IX). Wobei – für Weber charakteristisch – zudem davon die Rede war, „daß die Entfaltung der Wirtschaft vor allem als eine besondere Teilerscheinung der allgemeinen Rationalisierung des Lebens begriffen werden müsse“ (Weber und Siebeck 1914: VII).

Dem Gesamtkonzept des *Grundriß* gemäß sollten denn auch zunächst die ökonomischen Grundlagen diskutiert werden: Wirtschaftsentwicklung, ökonomische Ideengeschichte, und aktuelle Wirtschaftstheorie – als Theorie der gesellschaftlichen Wirtschaft, der Staatswirtschaft, und der Weltwirtschaft – gefolgt von natürlichen und technischen Beziehungen des Wirtschaftens, sowie dessen Wechselbeziehung mit gesellschaftlichen Ordnungen und Mächten, unter dem Titel *Wirtschaft und Gesellschaft*. Letzteres übernahm Weber persönlich. Darauf aufbauend war an die Diskussion spezifischer institutioneller Eigenarten des Kapitalismus gedacht, gefolgt von Ausführungen zu einzelnen Infrastrukturen, Branchen und Märkten sowie inländischen wie auch internationalen wirtschaftspolitischen Aspekten. Weber wollte das Vorhaben schließlich durch eine Diskussion von Sozialstruktur und Sozialpolitik abschließen (Weber und Siebeck 1914: X–XIII). Ausgenommen blieben „Finanzlehre“, also finanzwissenschaftliche Aspekte sowie die „Lehre vom Armenwesen“, weil sie als Teile anderer Disziplinen angesehen wurden. Ebenso sollten rein historische bzw. methodologische Darlegungen aus Gründen des Formats unberücksichtigt bleiben (Weber und Siebeck 1914: VII). Mit den Überarbeitungen der noch zu Webers Lebzeiten ab 1914 erschienenen Teilbände stellte sich der unvollständig gebliebene *Grundriß* mit den jeweiligen Teilbänden in der Erst- oder Zweitauflage im Laufe der 1920er Jahre folgendermaßen dar:

- **Abteilung I: Historische und theoretische Grundlagen.**
  - Teil 1: Wirtschaft und Wirtschaftswissenschaft, mit Beiträgen von Karl Bücher, Eduard Heimann, Eugen von Philippovich und Joseph Schumpeter, 2. Auflage 1924 (1914).
  - Teil 2: Theorie der gesellschaftlichen Wirtschaft, bearbeitet von Friedrich von Wieser, 2. Auflage 1924 (1914).
- **Abteilung II: Die natürlichen und technischen Beziehungen der Wirtschaft.**
  - Teil 1: Wirtschaft und Natur, mit Beiträgen von Heinrich Herkner, Alfred Hettner, Robert Michels, Paul Mombert und Karl Oldenberg, 2. Auflage 1923 (1914).

  - Teil 2: Wirtschaft und Technik, bearbeitet von Friedrich von Gottl-Ottlilienfeld, 2. Auflage 1923 (1914).
- **Abteilung III: Wirtschaft und Gesellschaft, bearbeitet von Max Weber, 2. Auflage 1925 (1922).**
- **Abteilung IV: Spezifische Elemente der kapitalistischen Welt.**
  - Teil 1: Beiträge von Werner Sombart, Alexander Leist, Hans Nipperdey, Carl Brinkmann, Erwin Steinitzer, Friedrich Leitner, Arthur Salz, Franz Eulenburg, Otto von Zwiedineck-Südenhorst und Emil Lederer 1925.
  - Teil 2: Geld und Kredit in der modernen kapitalistischen Wirtschaft, bearbeitet von Franz Gutmann, vom Verlag angekündigt für 1926.
- **Abteilung V: Handel, Transportwesen, Bankwesen.**
  - Teil 1: Entwicklung, Wesen und Bedeutung des Handels, bearbeitet von Heinrich Sieveking, 2. Auflage 1925 (1915).
  - Teil 2: Der moderne Handel, seine Organisation und Formen und die staatliche Binnenhandelspolitik, von Julius Hirsch, 2. Auflage 1925 (1915).
  - Teil 3: Transportwesen, bearbeitet von Kurt Wiedenfeld, 1930.
    (Nicht neu aufgelegt: Teil 2: Bankwesen, mit Beiträgen von Gerhart von Schulze-Gaevernitz und Edgar Jaffé, 1915.)
- **Abteilung VI: Industrie, Bergwesen, Bauwesen.**
  Beiträge von Heinrich Sieveking, Eugen Schwiedland, Alfred Weber, Friedrich Leitner, Moritz Rudolf Wexermann, Theodor Vogelstein, Otto von Zwiedineck-Südenhorst, Eberhard Gothein und Adolf Weber, 2. Auflage 1923 (1914).
- **Abteilung VII: Land- und forstwirtschaftliche Produktion, Versicherungswesen.**
  Beiträge von Werner Wittich, Theodor Brinkmann, Joseph Bergfried Esslen, Karl Grünberg, Eduard Wegener, Heinrich Mauer, Wilhelm Wygodzinski, Hans Hausrath und Paul Moldenhauer, 1922.
- **Abteilung VIII: Außenhandel und Außenhandelspolitik (Die internationalen Wirtschaftsbeziehungen), bearbeitet von Franz Eulenburg, 1929.**
- **Abteilung IX: Das soziale System des Kapitalismus.**
  - Teil 1: Die gesellschaftliche Schichtung im Kapitalismus, mit Beiträgen von Carl Brinkmann, Gerhard Albrecht, L. D. Pesl, Emil Lederer, Jakob Marschak, Goetz Briefs, Robert Michels und Georg Neuhaus, 1926.
  - Teil 2: Die autonome und staatliche soziale Binnenpolitik im Kapitalismus, mit Beiträgen von Karl Schmidt, Otto Swart, Willi Wygodzinski, Vahan Totomianz, Theodor Brauer, Robert Wilbrandt und Adolf Weber, 1927.

Max Webers *Grundriß der Sozialökonomik* lässt sich als maßgebliches feldgenerierendes Publikationsprojekt der deutschen Sozialökonomik der Zwischenkriegszeit fassen. Mit dem ausgiebig ausgeführten Interesse an den Faktoren, Bedingungen und Formen kapitalistischer Wirtschaftsentwicklung deckte der *Grundriß* nicht nur die für die zeitgenössische Sozialökonomik konstitutiven Bedürfnisse nach einer Integration historischer und theoretischer Betrachtungsweisen ab, vielmehr kamen auch die relevanten Strömungen der sozialökonomischen Debatte zu Wort: historisch-institutionell argumentierende Ansätze zum Verständnis kapitalistischer Dynamik ebenso wie die stärker theoretisch-analytisch argumentierenden Ansätze, die sich zugleich um die soziale und politische Regulierung des Kapitalismus sorgten. Mit Max Weber, Werner Sombart, Heinrich Herkner, Friedrich von Gottl-Ottlilienfeld, und Alfred Weber wies die erste Strömung diverse prominente Vertreter auf. Joseph Schumpeter kann als vermittelnde Figur eingeordnet werden, während Friedrich von Wieser, Eduard Heimann, Emil Lederer, Jakob Marschak und Adolf Weber zur zweiten Strömung gehörten.

4 Von der Historischen Theorie des Kapitalismus zur Ordnungsökonomik

Folgt man Schumpeters einschlägiger Klassifizierung aus der *History of Economic Analysis,* dann wären neben Max Weber auch Werner Sombart und Arthur Spiethoff zu den exponierten Vertretern einer post-Schmoller'schen „jüngsten" Historischen Schule zu zählen (Schumpeter 1954: 815). Auch Schumpeter selbst lässt sich in weiten Teilen diesem Debattenkreis zuordnen. Im Kern ging es dabei zunächst um eine klare Abgrenzung zur tradierten Historischen Schule, indem eine Integration von Theorie und Geschichte angestrebt wurde – gerade auch unter dem Eindruck des politisch-intellektuellen marxistischen Einflusses (Ebner 2000: 360 f., 2003). Die zeitgenössischen Herausforderungen um sozialistische und planwirtschaftliche Ideen verwiesen auf Fragen zum Verhältnis von Markt und Staat jenseits etablierter Sozialpolitik wie sie in Schumpeters staatstheoretischen Ausführungen erörtert wurden (Ebner 2006a). Hatte sich die Diskussion zu einer historischen Theorie des Kapitalismus seit der Jahrhundertwende vor allem mit dessen religiös-kultureller Genese befasst, so standen bald dessen systemische Besonderheiten im Vordergrund. Mitte der 1920er Jahre rückten die Aspekte einer neuen, monopolistisch-bürokratischen Phase des Kapitalismus sowie die Probleme konjunktureller Zyklen und langfristiger wirtschaftlicher Stagnation in das Zentrum der Diskussion,

gefolgt von einer Erneuerung der Systemfrage im Rahmen von Regulierungs- und Planungsdebatten in den frühen 1930er Jahren (Chaloupek 2021: 133 f.).

Werner Sombart (1863–1941) gehörte zu den exponierten konservativen Vertretern der „jüngsten" Historischen Schule in diesen Debatten. Sein Werk reflektierte neben jenem Max Webers wie kaum ein anderes die fundamentalen analytischen Probleme der Sozialökonomik der Zwischenkriegszeit, dabei ökonomische, soziologische und historische Diskurse miteinander verknüpfend. Sombarts Hauptwerk *Der moderne Kapitalismus* wurde in der zweibändigen Erstausgabe 1902 publiziert, 1916 neu aufgelegt und erweitert, und 1927 mit einem dritten Band abgeschlossen (Sombart 1902, 1916, 1927a). Sombarts Fragestellung zielte darauf ab, die historische Besonderheit des modernen Kapitalismus herauszustellen, indem dessen spezifische Ausgangsbedingungen, Entwicklungsformen und Perspektiven behandelt werden sollten. Das programmatische Anliegen zielte wie auch bei Max Weber auf die Überwindung des Schmoller'schen Methodenverständnisses zugunsten einer geschichtlichen Systemtheorie des Kapitalismus (Ebner 2002; Backhaus 1989: 81 f., 91 f.). Dabei wurde ein analytischer Fokus umrissen, der sich auf die handlungsleitende Motivation der Akteure richten sollte, repräsentiert durch das Konzept des „kapitalistischen Geistes", das, anders als in Webers Ansatz zum rationalen Betriebskapitalismus, den kapitalistischen Erwerb als Ausdruck schrankenloser Akkumulation auffasste (Ebner 2021: 26 f.). Dieses Konzept des Wirtschaftsgeistes diente auch als zentrale Komponente im Ansatz des Wirtschaftssystems, das in der Neuauflage von *Der moderne Kapitalismus* (1916) eingeführt wurde, wobei neben dem „Geist", also der handlungsleitenden Motivation, auch die institutionellen Ordnungsformen sowie die technologischen Strukturen des Wirtschaftens als konstitutive Elemente eines Wirtschaftssystems angeführt wurden (Sombart 1916).

Sombarts impulsgebende Rolle für die deutsche Sozialökonomik der Zwischenkriegszeit bezog sich dann vor allem auf die weiterführenden Ausarbeitungen zum kapitalistischen Wirtschaftssystem mit seinen besonderen ökonomischen Motiven und Verhaltensparametern, institutionellen Organisations- und Ordnungsmustern sowie technologischen Entwicklungsdynamiken. Gegenstand von Sombarts monographischen Publikationen der 1920er Jahre war zunächst die institutionelle Entwicklung des kapitalistischen Wirtschaftssystems. In der Abhandlung „Die Ordnung des Wirtschaftslebens", 1923 in Erstauflage und 1927 in überarbeiteter Neuauflage erschienen, führte Sombart das Thema des kapitalistischen Wirtschaftssystems im Hinblick auf Betriebsformen und wirtschaftspolitische Regulierung weiter aus (Sombart 1927b). In seinem Beitrag „Prinzipielle Eigenart des modernen Kapitalismus" zum *Grundriß der Sozialökonomik* betonte Sombart wiederum in metaphorischer Nähe zum Begriff organischer Wachstumsphasen, dass sich Wirtschaftssysteme in historische Etappen einer Früh-, Hoch-,

und Spätentwickung einteilen ließen, wobei der zeitgenössische Hochkapitalismus in die Spätphase einer bürokratisch regulierten Mischwirtschaft einmünden würde (Sombart 1925: 25 f.). Die historisch-empirischen Ausführungen dieser in mehreren Einzelpublikationen ausgearbeiteten Perspektive leistete Sombart im 1927 publizierten dritten Band von *Der moderne Kapitalismus,* den er mit der Ankündigung einleitete, dass er einen Beitrag zur Integration von historischen und theoretischen Ansätzen leisten sollte, und dieser damit in Fortführung des Marx'schen Werks formuliert wäre (Sombart 1927a: XIV, XIX). Zentral für die auch schon von Max Weber diagnostizierten Rationalisierungs- und Bürokratisierungsprozesse war Sombart zufolge die kapitalistische Erwerbslogik, welche monetäre Akkumulation als selbständigen Zweck erachten würde, dem mit rationaler Kalkulation gedient wäre – bei fortdauernder Instabilität des Gesamtsystems. Erwerbsorientierter Rationalismus, privatwirtschaftliche Konkurrenz und wissenschaftsbasierte Technik wären demnach in einer Eigendynamik befangen, die zur Selbsttransformation des Kapitalismus in Richtung eines kollektivistischen Mischsystems beitragen könnte (Sombart 1927a: 34 f.).

Im Gefolge der Weltwirtschaftskrise widmete sich Sombart zwar auch tagesaktuellen wirtschaftspolitischen Fragen, insbesondere der Beschäftigungsförderung durch Re-Agrarisierung, er publizierte aber maßgeblich zu Fragen der Methodologie. In *Die drei Nationalökonomien* von 1930 wurden hermeneutische Positionen zu einer „verstehenden Nationalökonomie" skizziert, die auf den Nachvollzug der kulturell objektivierten Sinnhaftigkeit kapitalistischer Entwicklung ausgerichtet waren (Sombart 1930: 140 f., 156 f.). Damit positionierte er sich als Vertreter einer geisteswissenschaftlich orientierten Sozialökonomik, die sich gegen den abklingenden Historismus wie auch gegen die an Einfluss gewinnenden neoklassischen Positionen stellen wollte (vgl. Ebner 2014). Dieser methodologischen Abgrenzung folgte eine wirtschaftspolitische Annäherung an autoritäre Modelle. In *Die Zukunft des Kapitalismus* von 1932 stand ein interventionistischer Voluntarismus im Vordergrund, der die Gestaltung der Wirtschaft nicht als „Wissensproblem", sondern als autoritär zu lösendes „Willensproblem" auffasste (Sombart 1932: 1). Diese Akzentuierung kulminierte nach 1933 im Programm eines auf autoritäre Gemeinschaftsformen abstellenden „deutschen Sozialismus", der eine ökonomische Stabilisierung durch die staatliche Regulierung technologischer Innovationen bewirken sollte (Sombart 1934: 265 f.). Während die Ablehnung des biologistischen Rassismus wie auch die antimoderne Position zum technischen Fortschritt bald Konflikte mit den Nationalsozialisten mit sich brachten, vollendete Sombart seine disziplinäre Wende von der historischen Sozialökonomik zur historisch verstehenden Soziologie, indem er sich zuletzt auf Probleme einer „geisteswissenschaftlichen Anthropologie" konzentrierte – wobei auch hierbei der „Geist" als Schlüsselkategorie diente (Sombart 1938: 16 f.).

Die intellektuelle Entwicklung in Richtung soziologischer Fragestellungen, die für Sombarts Zugang zur Sozialökonomik charakteristisch war, prägte auch das Werk von Joseph A. Schumpeter (1883–1950), der in seinen Arbeiten neben ökonomischen Analysen soziologische Fragestellungen verfolgte, die sich im Kern auf die institutionellen Bedingungen von innovationsgetriebenem Wandel im modernen Kapitalismus konzentrierten. Im Mittelpunkt dieses Programms stand die These, dass der Prozess wirtschaftlicher Entwicklung in kapitalistischen Marktwirtschaften von zyklischem Strukturwandel geprägt wäre, angetrieben von der wettbewerblichen Durchsetzung kreditfinanzierter Innovationen im Sinne radikal neuer Produktionsprozesse und Produkte (vgl. Ebner 2020, 2007). Die Unternehmerfunktion der Durchsetzung solcher angebotsseitigen Neuerungen – die allgemein einer sozialen Führungsfunktion beim Durchbrechen habitueller Routinen entsprach – bezeichnete die entscheidende soziologische Komponente in Schumpeters Ansatz, welche er explizit von seinem Wiener Lehrer Friedrich von Wieser übernahm, die sich aber auch bei Max Weber und Werner Sombart finden ließ (vgl. Ebner 2006a). Im Einklang mit diesen Zusammenhängen wirtschaftlicher Entwicklung konzentrierte sich Schumpeter zunehmend auf die ökonomischen wie auch sozialen und institutionellen Charakteristika des modernen Kapitalismus, den er als ein auf Privateigentum beruhendes Wirtschaftssystem definierte, in dem Innovationen mittels geliehener Kaufkraft umgesetzt würden (Schumpeter 1939: 223). Schumpeters theoretische Anliegen lassen sich in diesem Zusammenhang als Variation einer historischen Theorie des Kapitalismus fassen, die auf sozialökonomischen Vorarbeiten aus dem Umfeld der „jüngsten" Historischen Schule um Max Weber und Werner Sombart beruhte (Ebner 2003: 122 f., 2002: 22 f.; Shionoya 2000). Ein ideengeschichtlich rekonstruierter „Schmoller-Weber-Schumpeter-Nexus" weist in diese Richtung (Shionoya 1997: 278, 1991). Dabei blieb für Schumpeter die Marx'sche Herausforderung präsent, gerade auch im Hinblick auf das prozesshafte und evolutionäre Grundverständnis kapitalistischer Entwicklung (Swedberg 1991: 5 f.; Ebner 2000, 2020).

Schumpeters Wiener Habilitationsschrift *Wesen und Hauptinhalt der theoretischen Nationalökonomie* aus dem Jahre 1908 bewegte sich noch im Rahmen walrasianischer Gleichgewichtsanalysen, machte dabei aber deutlich, dass eine dynamische Theorie wirtschaftlicher Entwicklung historische und institutionelle Umstände zu berücksichtigen hätte. Sie würde damit den Zugang zu einer genuinen „Kapitalismustheorie" bieten (Schumpeter 1908: 18). In der 1911 publizierten *Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung* erhob Schumpeter dann den Anspruch, eine solche Theorie vorzulegen – modelliert als diskontinuierlicher Prozess der Generierung und Diffusion von Innovationen (Schumpeter 1911: VIII). In Webers *Grundriß der Sozialökonomik* blieb der

theoretische Grundlagenbeitrag in der ersten, einführenden Abteilung zum Themenfeld Wirtschaft und Wirtschaftswissenschaft allerdings Friedrich von Wieser vorbehalten. Schumpeter selbst bekam einen Beitrag zu den „Epochen der Dogmen- und Methodengeschichte“ übertragen, wobei er hinsichtlich des zu verhandelnden Gegenstandbereichs Sozialökonomik und Nationalökonomie weitgehend gleichsetzte (Schumpeter 1914: 21). Die „ökonomische Soziologie“, die sich mit dem „Bild des sozialen Geschehens“ befassen sollte, erschien dabei als genuiner Bestandteil der Sozialökonomik (Schumpeter 1914: 69 f.).

Schumpeters unmittelbarer Beitrag zur deutschen Sozialökonomik der Zwischenkriegszeit basierte zunächst auf Aufsätzen zu finanzsoziologischen Aspekten des Kapitalismus und zu den ökonomischen Perspektiven des Sozialismus, die er zwischen 1918 und 1921 noch vor der Aufgabe seiner Grazer Professur verfasste. Leitmotiv war die Auseinandersetzung mit zeitgenössischen sozialistischen Ideen. Als finanzsoziologisches Grundlagenwerk, das kritisch auf Rudolf Goldscheids Beiträgen zur Soziologie der Staatsfinanzen aufbaute, betonte Schumpeter in „Die Krise des Steuerstaates“ das historische Zusammenwirken von Staat und Privatwirtschaft, wobei die Förderung der privatwirtschaftlichen Dynamik immer auch unverzichtbare Grundlage gesicherter Staatseinnahmen gewesen wäre (Schumpeter 1918/1953). Mit dieser Sicht auf die ökonomischen Interessenlagen der Fiskalpolitik im Prozess kapitalistischer Entwicklung begründete Schumpeter einen eigenständigen Zugang zu einer finanzsoziologischen Theorie des kapitalistischen Staates – und trug damit zur Debatte in einem sozialökonomischen Forschungsstrang bei, der sich in finanzwissenschaftlicher Kontinuität mit der Historischen Schule wusste (Ebner 2006a; Häuser 1994b: 158 f.). Schumpeter adressierte die tagespolitisch aktuelle Systemfrage auch im Aufsatz „Zur Soziologie der Imperialismen“, in dem der Imperialismus aus vorbürgerlichen, außerkapitalistischen Quellen hergeleitet wurde (Schumpeter 1918/1919). In „Sozialistische Möglichkeiten von heute“ erklärt Schumpeter – ähnlich wie Max Weber –, dass ein realistischer Sozialismus auf der Bürokratisierung kapitalistischer Großunternehmen fußen würde, wobei der dann herrschende bürokratische Sozialismus keine demokratische Gestalt annähme (Schumpeter 1920/1921). Mit diesen Ausführungen skizzierte Schumpeter eine Sicht auf das Spannungsverhältnis von Sozialismus und Demokratie, die er 20 Jahre später in *Capitalism, Socialism and Democracy* weiter ausführte (Schumpeter 1942).

Schumpeter folgte 1925 von Österreich aus einem Ruf auf Dietzels finanzwissenschaftliche Professur an die Universität Bonn, nun als maßgeblicher Akteur innerhalb der deutschen Sozialökonomik. So legte er 1926 seine gekürzte und dabei inhaltlich auf ökonomische Zusammenhänge fokussierte Zweitauflage der *Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung* vor – bei Streichung des

kultursoziologischen Schlusskapitels der Erstauflage (Schumpeter 1926a: XI). Diese Überarbeitung bedeutete allerdings keine Rücknahme soziologischer Komponenten in Schumpeters Forschungsprogramm. Im Aufsatz „Gustav von Schmoller und die Probleme von heute“, ebenfalls von 1926, präsentierte er ein programmatisches Bekenntnis zur Wirtschaftssoziologie als eigenständiger Komponente angewandter ökonomischer Analyse im Geiste Schmollers, die sich mit historisch-empirischen Analysen zum Verständnis der komplexen Wirkungsmechanismen wirtschaftlicher Entwicklung befassen sollte (Schumpeter 1926b: 34 f.). Damit näherte sich Schumpeter weiter an das Lager der post-Schmoller'schen Historischen Schule an, was von seinerzeit gegen den Historismus opponierenden Ökonomen wie Alexander Rüstow als „Verrat“ empfunden wurde (Janssen 2000: 35 f.; Köster 2011: 227). Schumpeter versuchte wohl solche Einschätzungen zu zerstreuen, wenn er in einer Bestandsaufnahme der deutschen Wirtschaftstheorie auf ihr Problem hinwies, von der Ökonomik aus in die Soziologie „abzuirren“ (Schumpeter 1927c: 9 f.). Trotz dieser punktuellen Distanzierung blieb Schumpeter dem sozialökonomischen Forschungsprogramm einer historischen Theorie des Kapitalismus verbunden. Die positiven Bezüge zu den Ausläufern der Historischen Schule verwiesen dabei vor allem auf Sombarts Arbeiten zum modernen Kapitalismus (Schumpeter 1927a). Entsprechend befasste sich Schumpeter in der Folge selbst vertieft mit theoretischen und historischen Fragen zur institutionellen Variabilität und Formenvielfalt kapitalistischer Entwicklung, wobei die Auseinandersetzung mit zeitgenössischen Debatten um monopolistische Formen des Kapitalismus im Vordergrund stand (Schumpeter 1927b, 1928b, 1929). Damit einher ging die international einflussreiche Auseinandersetzung mit dem Konzept der Skalenerträge im Aufsatz „The Instability of Capitalism“ (Schumpeter 1928a).

Bei seinem Abschied aus Bonn wies Schumpeter 1932 schließlich darauf hin, dass die deutsche Fachdebatte von kaum vermittelbaren absoluten Standpunkten geprägt wäre (Schumpeter 1932/1952: 603 f.). Letzteres verwies auf die Probleme der vorparadigmatischen Konstellation in der deutschen Sozialökonomik zu Anfang der 1930er Jahre. Nach dem Wechsel an die Harvard University arbeitete er an einer historisch-empirischen Umsetzung seiner Entwicklungstheorie, die er 1939 in *Business Cycles* vorlegte, wobei er den Schritt zur Formulierung einer eigenständigen Kapitalismustheorie vollzog, da grundlegende Charakteristika wirtschaftlicher Entwicklung wie Unternehmergewinn, Zins, Konjunkturzyklus nun dezidiert als Eigenheiten des modernen Kapitalismus thematisiert wurden (Schumpeter 1939). In diesem Sinne orientierte sich Schumpeter weiterhin am sozialökonomischen Programm historischer Kapitalismustheorie (Ebner 2006b). Schumpeters letzte Monographie, *Capitalism, Socialism and Democracy* von

1942, unterstrich diese Orientierung: Hier präsentierte er seine ökonomische und soziologische Auseinandersetzung mit der Marx‘ schen Theorie, der innovationsgetriebenen Entwicklungsdynamik des Kapitalismus, und dem institutionellen Verhältnis von Sozialismus und Demokratie – damit auf genuin sozialökonomische Fragen zurückgreifend, die ihn während der Zwischenkriegszeit beschäftigt hatten (Schumpeter 1942). Mehr noch: In einer seiner letzten programmatischen Stellungnahmen zur Konjunkturforschung forderte Schumpeter qualitative Einzelstudien industriellen Wandels als Bestandteil der anstehenden Forschungsstrategie – womit er implizit auf das Schmoller’sche Programm und die Grundzüge historisch-empirischer Sozialökonomik rekurrierte (Schumpeter 1949/1951: 314).

Nach Schumpeters Wechsel in die USA, der kurz nach Sombarts Berliner Emeritierung 1931 und Schumpeters gescheiterten Nachfolgebemühungen erfolgt war, positionierte sich sein Bonner Kollege Arthur Spiethoff (1873–1957), vormals Schüler und Mitarbeiter Schmollers, als maßgebliche akademische Größe im Milieu jener Vertreter der post-Schmoller’schen Historischen Schule, die sich um historisch angelegte Theorien des Kapitalismus bemühten. Mit seinen Beiträgen zur Krisen- und Konjunkturproblematik war er ein Pionier der Konjunkturtheorie im Umfeld der Historischen Schule, der auch Schumpeters Ansatz beeinflusst hatte (Spiethoff 1902, 1903). Für die deutsche Sozialökonomik der Zwischenkriegszeit war Spiethoff entsprechend vor allem über seine Beiträge zur Konjunkturforschung sichtbar. Der Aufsatz „Krisen“ im *Handwörterbuch der Staatswissenschaften* war sein maßgeblicher Eigenbeitrag zur zeitgenössischen sozialökonomischen Konjunkturdebatte. Neue Technologien und Märkte für Investitionsgüter lieferten Impulse für einen konjunkturellen Aufschwung, der sich auf neue Kredite stützte – aus dieser Dynamik resultierte eine Überinvestitionskonstellation, die wiederum in eine Krise mündete (Spiethoff 1925). Die Konjunkturforschung verband Spiethoff in der Folge zunehmend mit methodologischen Fragestellungen zu den Perspektiven einer historischen, das heißt, zugleich historisierenden wie auch dynamisch argumentierenden Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung des modernen Kapitalismus. Sein Konzept des Wirtschaftsstils präsentierte er als Weiterführung von Sombarts Konzept des Wirtschaftssystems. Der Wirtschaftsstil bezeichnet eine historische Wirtschaftsformationen als Gefüge aus Wirtschaftsgeist, natürlich-technischen Grundlagen, Wirtschafts- und Gesellschaftsverfassung sowie konjunktureller Entwicklungsdynamik (Spiethoff 1932: 76 f.). Dieser Ansatz wurde von Spiethoff mit der Schmoller’schen Perspektive historisch-anschaulicher Forschung begründet – als Ausdruck empirisch rückgekoppelter Theoriebildung (Spiethoff 1938). Allerdings blieben diese Entwürfe und Ansätze zunächst nur rudimentär ausgearbeitet. Spiethoff konnte zwar seinen monographischen Beitrag zur Konjunkturforschung wie auch weiterführende methodologische Aufsätze in

den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg publizieren – allerdings war zu diesem Zeitpunkt die vorparadigmatische Konstellation der deutschen Sozialökonomik der Zwischenkriegszeit aufgelöst, so dass sein Beitrag kaum noch die erwartete Resonanz fand (Spiethoff 1948, 1955).

Der mittlerweile dominante Ordoliberalismus hatte sich seit den 1920er Jahren in Auseinandersetzungen mit den Ausläufern der Historischen Schule profiliert. Das Projekt einer historischen Theorie des Kapitalismus deuteten die Vertreter jener Richtung dahingehend, dass sie die Frage der Variabilität von Handlungsmotiven in eine historische Kultursoziologie verlagerten (Ebner 2006c). Dieses Vorhaben wurde besonders eindrücklich von Walter Eucken (1891–1950) betrieben. So verband Eucken die theoretische Orientierung an der Österreichischen Schule mit methodologischen Angriffen auf Schmollers historisch-ethischen Ansatz wie auch auf die post-Schmoller'sche Generation um Sombart und Spiethoff mit ihrer geisteswissenschaftlichen Orientierung (Eucken 1938). In *Die Grundlagen der Nationalökonomie* von 1940 verwies Eucken auf „die große Antinomie" von theoretischen und historischen Problemen, die über eine rigorose Analyse institutioneller Ordnungsformen des Wirtschaftens aufzuheben sei (Eucken 1940: 26 f.). Mit diesem Zugang zur Integration von Theorie und Geschichte sollte insbesondere das Konzept des kapitalistischen Wirtschaftsstils, wie es bei Spiethoff angelegt war, durch die morphologische Differenzierung der institutionellen Komponenten von Wirtschaftsordnungen ersetzt werden, wobei diese Komponenten als historisch invariant betrachtet wurden, im Sinne einer „Invarianz des Gesamtstils" des Wirtschaftens (Eucken 1940: 57 f., 74 f., 216 f.). Für einen gesonderten Begriff des Kapitalismus als eines historisch spezifischen Wirtschaftssystems war dabei kein Platz mehr (Eucken 1940: 95 f.). Sozialökonomisch relevante Ausführungen zur Sicherung der Marktwirtschaft gegen Vermachtungstendenzen bezogen sich in diesem konzeptionellen Zusammenhang vornehmlich auf außerökonomisch „ordnende Potenzen" wie Staat, Wissenschaft und Kirchen (Eucken 1952: 180 f., 325 f., 1932).

Wilhelm Röpke (1899–1966) verfolgte im Kontext der deutschen Sozialökonomik der Zwischenkriegszeit zunächst konjunkturtheoretische Überlegungen, um sich dann zunehmend auch mit institutionellen sowie sozialkulturellen Aspekten der kapitalistischen Moderne zu befassen. Den Ruf als exzellenter Wirtschaftstheoretiker der jüngeren Generation festigte Röpke mit seinem Werk *Die Lehre von der Wirtschaft,* das sich mit seiner neoklassischen Fundierung gegen die Ausläufer der Historischen Schule stellte (Röpke 1937). Röpke hatte 1933 das nationalsozialistische Deutschland verlassen, um in der Folge seine Sozial- und Kulturkritik der kapitalistischen Moderne auszuformulieren. In *Die Gesellschaftskrisis der Gegenwart* stellte er den Zusammenhang von Vermassung,

Proletarisierung, Mechanisierung und Zentralisierung in den Vordergrund seiner kulturkritischen Krisenanalyse (Röpke 1942: 30 f.). Ähnliche Positionen vertrat Alexander Rüstow (1885–1963), der sich ebenfalls aus der neoklassischen Wirtschaftstheorie heraus in Richtung einer weiter gefassten kultursoziologischen Kritik des Wirtschaftsliberalismus entwickelte (Rüstow 1950a). In der dreibändigen *Ortsbestimmung der Gegenwart* erschien der Kapitalismus wiederum als vermachtete Entartung der Marktwirtschaft, die politisch zu regulieren wäre (Rüstow 1950b, 1952, 1957).

Die frühen Arbeiten von Alfred Müller-Armack (1901–1978) waren maßgeblicher Bestandteil dieser ordoliberalen Debatten – boten dabei aber besonders akzentuierte Verbindungen zu den Ausläufern der Historischen Schule (Schefold 1998: 38 f.). So befasste sich Müller-Armack in seiner Dissertationsschrift mit dem *Krisenproblem in der theoretischen Sozialökonomik,* welches er als Ausdruck einer geldwirtschaftlich vermittelten Problematik der Überproduktion bewertete (Müller-Armack 1923). Seine Habilitationsschrift diskutierte eine *Ökonomische Theorie der Konjunkturpolitik,* in der das Verhältnis von Staat und Markt neu austariert wurde – ein zentrales Thema sich formierender ordoliberaler Perspektiven, das er auch in seinem Handbuchartikel „Konjunkturforschung und Konjunkturpolitik" ausführte (Müller-Armack 1926, 1929). In *Entwicklungsgesetze des Kapitalismus* von 1932 nahm Müller-Armack dann eine an Schumpeters *Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung* orientierte, historisch und sozialkulturell informierte Ausarbeitung seiner konjunkturtheoretischen Überlegungen vor (Müller-Armack 1932). Dabei trat die von den Ordoliberalen prominent verhandelte Frage nach den Möglichkeiten politischer Steuerungsmodelle der Wirtschaft in den Vordergrund. In der Folge näherte sich Müller-Armack autoritären Vorstellungen eines korporativen Aufbaus von Wirtschaft und Staat an (Müller-Armack 1933: 44 f.). Allerdings gab er diese Bezüge bald wieder auf: zur weiterführenden Analyse der historischen und sozialkulturellen Dimensionen staatlicher Gestaltungsformen des Wirtschaftens adaptierte Müller-Armack stattdessen das in Positionen der Historischen Schule verankerte Konzept des Wirtschaftsstils (Müller-Armack 1940). Das in dieser Diskussion zum Tragen kommende Motiv der Einbettung ökonomischer Prozesse in einem historisch konkretisierten sozialkulturellen Kontext prägte nach 1945 auch Müller-Armacks Konzept der Sozialen Marktwirtschaft, aufgefasst als spezifischer Stil der Überwindung weltanschaulicher Gegensätze zugunsten einer mit sozialer Sicherung verbundenen marktwirtschaftlichen Wettbewerbsordnung (Müller-Armack 1947). Dass er die in seiner Wirtschaftsstilforschung angedeutete kultursoziologische Orientierung auch in der Bundesrepublik weiterverfolgte, unterstreicht die Bedeutung sozialkultureller Dimensionen für seine spezifische Version einer sich aus den Debatten der Sozialökonomik heraus formierenden

Ordnungsökonomik (Müller-Armack 1949, 1972: 23 f.). Über Müller-Armacks politisch-administrative Tätigkeit gingen diese Ideen in die strategische Ausrichtung der bundesdeutschen Wirtschaftspolitik ein (Watrin 2000; Ebner 2006c).

5 Sozialökonomische Theoriebildung und die sozialistische Herausforderung

Die für die Ordoliberalen charakteristische Frontstellung richtete sich nicht nur gegen den Historismus, sondern auch gegen die sozialökonomischen Befürworter einer sozialistischen Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft jenseits marxistischer Orthodoxie. Letztere bildeten in der Zwischenkriegszeit eine neu aufkommende, moderne Strömung, die exakte wirtschaftstheoretische und quantitative methodische Positionen vertrat, und ihr Verständnis einer historischen Theorie des Kapitalismus auf Fragen der Instabilität des Wirtschaftsgeschehens und dessen politische Regulierung fokussierte. Die Auseinandersetzung mit marxistischen Positionen zur Werttheorie wie auch zur industriellen Konzentration spielte hier eine Schlüsselrolle. Dabei vertraten diese Vertreter der sozialökonomischen Kapitalismustheorie zeitgenössische Vorstellungen einer sozialreformerischen, ethisch begründeten Politik.

Einer ihrer maßgeblichen Ideengeber war Franz Oppenheimer (1864–1943), der auch im ordoliberalen Lager einflussreich war. Dass Oppenheimer ab 1919 an der Goethe-Universität Frankfurt den ersten sozialökonomischen Lehrstuhl innehatte, der in der Denomination Soziologie und theoretische Nationalökonomie verband, versah seinen intellektuellen Einfluss auf die deutsche Sozialökonomik der Zwischenkriegszeit bis zu seiner durch die Nationalsozialisten erzwungenen Emigration mit einer soliden institutionellen Grundlage (Caspari und Lichtblau 2014: 13). Oppenheimer hatte sich zwar über Vermittlung Schmollers in Berlin habilitiert, sein charakteristischer Ansatz zur theoretischen und methodischen Integration von wirtschafts- und gesellschaftstheoretisch fundierter Forschung zielte allerdings für ihn als gelernten Mediziner darauf ab, im Gegensatz zur Historischen Schule deduktiv-nomothetische Aspekte des gesellschaftlichen Wirtschaftslebens – analog zur Vorgehensweise der Naturwissenschaften – rigoros in ihrer gesetzmäßigen Regelhaftigkeit zu erfassen und kausal zu erklären (Caspari und Lichtblau 2014: 133 f.). Bereits in seinen frühen Schriften zu Großgrundbesitz und Bodenmonopol entfaltete Oppenheimer ein Forschungsprogramm, das mit seinem Bezug auf soziale Gruppen und Klassen als Kollektivakteuren explizit soziologisch verortet war, und dabei zugleich die interdisziplinäre Verbindung mit Ökonomik und Geschichte suchte. Leitmotiv war die Idee, dass das Großgrundeigentum in gewaltsamen historischen Prozessen

eine monopolistische „Bodensperre“ errichtet hätte, die auch im Industriezeitalter noch als Quelle von Profiten dienen würde – mit ausbeuterischen Effekten für die bodennutzende Bevölkerung. Im Marktwettbewerb interagierende Genossenschaften könnten diese eigentumsrechtliche und herrschaftssoziologische Substanz der sozialen Frage überwinden (Oppenheimer 1898). Die dieser Problematik angemessene Forschungsmethodik sollte sich als sozialökonomische Geschichtsauffassung mit historischen wie vergleichenden Fragen des „menschlichen Kollektivlebens“ befassen (Oppenheimer 1903a, b: 410 f.).

Diese Positionen prägten Oppenheimers Beiträge zur deutschen Sozialökonomik der Zwischenkriegszeit. Auf die politisch-ökonomische Umbruchsituation der frühen Weimarer Jahre reagierte er zunächst mit seiner 1919 publizierten Gegenüberstellung von Kapitalismus, Kommunismus und seinem Konzept des „liberalen Sozialismus“. Kapitalismus als Kombination von gewaltbasiertem Klassenstaat und ausbeuterischer Monopolmacht hatte wenig mit der Logik des Marktwettbewerbs zu tun. Tatsächlich konnte für Oppenheimer eine freie Wettbewerbswirtschaft nicht kapitalistisch sein (Oppenheimer 1919: 3, 11). Mit der Unterscheidung: einerseits, von politisch definiertem Eigentum, das sich historisch zur umkämpften Monopolmacht entwickelt, und andererseits der Selbststeuerung von Märkten im Wettbewerb als einer überhistorischen Grundkonstante des Wirtschaftens, verwies Oppenheimer auf einen gangbaren Ausweg aus der kapitalistischen Krise (Oppenheimer 1919: 179). Das ihm vorschwebende Modell des „liberalen Sozialismus“ war ein eigentumsrechtlicher Sozialismus – geprägt von Genossenschaften – in einer durch Wettbewerb selbstregulierten Marktwirtschaft (Oppenheimer 1919: 166 f.).

Im vierbändigen *System der Soziologie,* das zwischen 1922 und 1935 erschien, führte Oppenheimer diese theoretischen Vorstellungen weiter aus und illustrierte sie mit historischem Material. Das disziplinäre Primat der Soziologie kam darin zum Ausdruck, dass er im ersten Band des *System* ein umfassendes Lehrgebäude der Soziologie präsentierte, das sich in zwei Teilbänden mit theoretischen und methodologischen Grundlagen sowie mit der Analyse sozialer Prozesse auseinandersetzte (Oppenheimer 1922, 1923a). Die Soziologie definierte Oppenheimer als Lehre von der Gesellschaft und den Gesetzen ihrer Bewegung – analog zur Position der Soziologie als Universalwissenschaft der Gesellschaft (Oppenheimer 1922: 129 f.). In Band 2 des *System der Soziologie* wurde dann eine soziologische Staatsidee der Klassenherrschaft zur Sicherung monopolistischer Ausbeutungsmöglichkeiten formuliert; das Entwicklungsschema reichte vom „primitiven Eroberungsstaat“ bis zum „Verfassungsstaat“ der kapitalistischen Moderne (Oppenheimer 1926: 675 f.). Band 3 des *System* präsentierte grundlegende ökonomische Zusammenhänge, wobei Oppenheimer an der These vom

Erlöschen des Kapitalismus durch eine entmonopolisierende Bodenreform festhielt (Oppenheimer 1923b, 1924: 1111 f.). Band 4 betrachtete schließlich in einer umfassenden Gesamtschau die Wirtschafts- und Sozialgeschichte Europas seit der Völkerwanderung, wobei die Entwicklung des Kapitalismus wiederum über das Problem der „Bodensperre" entwickelt wurde (Oppenheimer 1929, 1933a, 1935: 1048 f. und 1174 f.). Insofern betonte Oppenheimer nicht nur seine methodologische Absonderung von den Ausläufern der Historischen Schule, auch im Hinblick auf seine Kapitalismustheorie stellte er sich gegen die bei Weber und Sombart gängigen Vorstellungen vom historisch spezifischen „Geist des Kapitalismus", um dagegen seine These von den institutionellen Bedingungen sozialer Monopolmacht als Quelle kapitalistischer Akkumulation vorzubringen (Kruse 1996: 173 f.). Der von ihm vorgeschlagene „dritte Weg" einer liberalen und zugleich sozialistischen Reformbewegung jenseits der nationalsozialistischen und kommunistischen Bedrohungen fand 1933 allerdings kein Gehör mehr (Oppenheimer 1933b). Nichtsdestotrotz sollte sich das maßgeblich vom Oppenheimer-Schüler Ludwig Erhard in der Bundesrepublik durchgesetzte ordoliberale Konzept der Sozialen Marktwirtschaft unter anderem auch auf seinen „liberalen Sozialismus" als Synthese aus Marktwettbewerb und sozialer Einbettung berufen (Haselbach 2000).

Neben Oppenheimer erwies sich Emil Lederer (1882–1939) als einflussreicher Vertreter einer neuen Form sozialökonomischer Theoriebildung, die rigorose ökonomische Konjunkturforschung mit soziologischen Aspekten sozialer Schichtung kombinierte, um zu einer schlüssigen Theorie kapitalistischer Entwicklungsdynamik zu gelangen – unter der normativen Prämisse sozialistischer Transformation (Hagemann 2009: 31 f.). Als akademischer Schüler Lujo Brentanos übernahm er ab 1920 eine Professur in Heidelberg, wo er neben Alfred Weber zum maßgeblichen Kopf der Heidelberger Sozialwissenschaften avancierte, um dann – nach einem abgelehnten Ruf auf die Oppenheimer-Nachfolge in Frankfurt – 1931 die noch prestigeträchtigere Sombart-Nachfolge in Berlin anzutreten. Ab 1933 im Exil, wirkte er maßgeblich an der New Yorker New School for Social Research. Diese markanten akademischen Stationen verband Lederer mit exponierter politischer Praxis im Umfeld der Sozialdemokratie. So wirkte er 1919 neben Hilferding und Schumpeter als Mitglied der beiden deutschen Sozialisierungskommissionen. Besonders wichtig für das Feld der deutschen Sozialökonomik der Zwischenkriegszeit war schließlich seine institutionelle Aufstellung, insbesondere seine Mitarbeit am *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik:* 1911 wurde er zum Redaktionssekretär bestellt, 1918 zum Schriftleiter, und 1921 neben Alfred Weber und Schumpeter zum geschäftsführenden Herausgeber (Gostmann und Ivanova 2014: 7 f.).

Mit der Monographie *Die Privatangestellten in der modernen Wirtschaftsentwicklung* setzte Lederer noch vor dem Ersten Weltkrieg das Leitmotiv seines sozialökonomischen Forschungsprogramms: die Implikationen der sozialstrukturellen Differenzierung moderner Industriegesellschaften im Hinblick auf wirtschaftliche Instabilität und politische Fragmentierung. Im Mittelpunkt stand zunächst die Rolle der gehaltsbeziehenden Angestellten gegenüber lohnabhängigen Arbeitern, und damit die Herausbildung neuer, politisch schwer zuzuordnender „Zwischenschichten" (Lederer 1912). Die Ambivalenz dieser Entwicklungen schlug sich in Lederers Sicht auf den Wandel der industriellen Arbeitsorganisation im Geiste tayloristischer Arbeitszergliederung nieder. Entfremdung und Vereinzelung wurden als negative soziale Auswirkungen bestimmt (Lederer 1914, 1915, 1918/1919). Im Hinblick auf die politische Steuerung des industriellen und sozialen Wandels verwies Lederer auf die Potentiale von Zentralisierung und Sozialisierung – die Lehren aus dem Weltkrieg verwiesen seiner Auffassung nach in diese Richtung (Lederer 1915). Dieses Thema, das Lederers Wirken in der Zwischenkriegszeit grundierte, und in das auch seine Erfahrungen aus den Sozialisierungskommissionen einflossen, fasste den anvisierten, von Hilferding später so benannten „organisierten Kapitalismus" als Übergang zu einem planerisch effizienten Sozialismus (Lederer 1920).

Lederer positionierte sich in den 1920er Jahren als theoretisch orientierter Ökonom, der Synthesen aus objektiver und subjektiver Werttheorie im Sinne von Marx'scher Arbeitswertlehre und neoklassischer Grenznutzenlehre soziologisch anreicherte. Methodologisch knüpfte er an Marx wie auch an der Historischen Schule an, wenn er feststellte, dass ökonomische Theorie als Teil der Gesellschaftswissenschaften das „Bewegungsgesetz wirtschaftlichen Handelns" nur mit Bezug auf bestimmte Epochen erfassen könne (Lederer 1922: 4 f.). Lederers sozialökonomische Theoriebildung zielte also auf eine historisch spezifische Kapitalismustheorie. Aus dieser Perspektive entwickelte er seine Sicht auf die endogene, aus dem Wirtschaftsprozess heraus modellierte Begründung der Konjunkturproblematik, die ab Mitte der 1920er Jahre zu einem bestimmenden Thema in der deutschen Sozialökonomik wurde. In seinem Kapitel „Konjunktur und Krisen" für den *Grundriß der Sozialökonomik* betonte er, dass die Effekte konjunktureller Schwankungen nur dann adäquat behandelt werden könnten, wenn neben der Frage der Proportionalität von Investitions- und Konsumgüterindustrie auch Verteilungsaspekte berücksichtigt werden könnten. In Lederers Unterkonsumtionstheorie bewirkten Differenzen in den Einkommenselastizitäten gesellschaftlicher Klassen und Schichten strukturelle Ungleichgewichte und konjunkturelle Schwankungen (Lederer 1925: 368 f., 393 f., 403 f.). Zudem sah Lederer die industriellen Kartelle und Monopole – im Gegensatz zur partei-

offiziellen Sozialdemokratie – als Quellen ineffizienter technologischer Rivalität (Lederer 1927). Im Gefolge der Weltwirtschaftskrise vollzog Lederer den Übergang zu einer planungsoptimistischen Position, die das irreversible Auseinanderfallen von technischer und monetärer Rationalität diagnostizierte, und daher für Sozialisierung und Planung als ultima ratio der Krisenlösung plädierte. Sein 1931 publiziertes Hauptwerk *Technischer Fortschritt und Arbeitslosigkeit* präsentierte im Anschluss an Marx und Ricardo eine Theorie struktureller Arbeitslosigkeit. Ausgangspunkt war wiederum die These, dass sich von Monopolen und Kartellen forcierter technischer Fortschritt „zu schnell" vollziehen würde, was Disproportionalitäten vertiefe und zu dauerhafter Arbeitslosigkeit führen müsste (Lederer 1931: V f.). Der zeitgenössische Kapitalismus hatte sich Lederer zufolge in einen Rentnerkapitalismus verwandelt, der nur noch arbeitssparende Neuerungen generiere. Die resultierende Massenarbeitslosigkeit verweise auf die Notwendigkeit gesamtwirtschaftlicher Planung. Allerdings sollte sich der Systemübergang reformerisch im Rahmen marktwirtschaftlicher Logiken und Spielräume bewegen (Lederer 1931: 121 f., 1932). Im New Yorker Exil präsentierte Lederer schließlich seine Kritik totalitärer Planungsregime: Massenstaaten wie die Sowjetunion würden die Auflösung sozialer Bindungen erzwingen und bewirkten damit Vereinzelung und Entfremdung (Lederer 1940).

Fragen zur Gestaltung eines postkapitalistischen Wirtschaftssystems aus Markt- und Planungselementen sowie zum transformativen Potential einer entsprechend ausgelegten Sozialpolitik bildeten auch das Leitmotiv der Forschungsarbeiten von Eduard Heimann (1889–1967). Als Generalsekretär der deutschen Sozialisierungskommissionen gewann Heimann administrative Einblicke in die politische Praxis sozialistischer Transformationsversuche. Dies sollte sein Forschungsprogramm prägen, das er ab 1925 an der Universität Hamburg auf einem Lehrstuhl für theoretische und praktische Sozialökonomie verfolgte – womit er institutionell zu einem zentralen Akteur der deutschsprachigen Sozialökonomik avancierte. Das Exil ab 1933 führte ihn an die New Yorker New School for Social Research. Heimanns charakteristischer Zugang zur Kapitalismustheorie gründete auf einer christlichen Fundierung sozialpolitischer Reformvorstellungen in Richtung einer Systemtransformation zum demokratischen Sozialismus. Diese Überzeugungen reflektierten Debatten im Kreis um den Theologen Paul Tillich, an denen sich Heimann beteiligte. Das Problem sozialkultureller Entfremdung in der kapitalistischen Moderne stand dabei im Mittelpunkt – den Debatten des Ordoliberalismus wie auch der Historischen Schule nicht unähnlich (Böhnisch 2020: 16 f.).

Heimanns erste Aufsätze im *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik* markierten bereits die Parameter seines Forschungsprogramms, das den monopolisierten Kapitalismus auf der Grundlage eines gewandelten Wirt-

schaftsgeistes der sozialistischen bzw. „solidarischen“ Transformation zuführen wollte. Heimann bezog sich hierbei auf zeitgenössische Diskussionen zu den Möglichkeiten postkapitalistischer Neuorganisation während des Weltkrieges (Heimann 1915, 1916). In *Mehrwert und Gemeinwirtschaft* lieferte er einen Entwurf zu einer gemeinwirtschaftlichen Ordnung, der als Beitrag zu der von Mises angefachten Debatte um sozialistische Wirtschaftsrechnung darauf abzielte, Erzeugungsplanung, koordinierten Wettbewerb und Marktpreise institutionell zu kombinieren (Heimann 1922). Damit hatte sich Heimann für einen eigenen Beitrag im *Grundriß der Sozialökonomik* qualifiziert, wo er in der Zweitauflage des theoretisch einführenden ersten Bandes der ökonomischen Theoriegeschichte Schumpeters einen ideengeschichtlich vergleichenden Überblick zur Theorie der Wirtschafts- und Sozialpolitik zu Seite stellen durfte, der vom Liberalismus ausgehend den Bogen zum Sozialismus spannen sollte (Heimann 1924).

In seinem Hauptwerk *Soziale Theorie des Kapitalismus* führte Heimann die Problematik einer Regulierung und Transformation des Kapitalismus weiter aus. Im Mittelpunkt stand ein neues, transformatives Konzept der Sozialpolitik, mit dem Heimann auf zeitgenössische Debatten um die von Herkner diagnostizierte „Krise der Sozialpolitik“ reagierte. Heimann verstand seine soziale Theorie des Kapitalismus als Theorie der sozialen Dynamik im Kapitalismus, die immer auch genuin historische Theorie wäre, da sie sich mit geschichtlichen Verläufen befassen würde (Heimann 1929: 1 f.). Heimanns ideengeschichtlicher Ausgangspunkt war der Liberalismus als ein Ideensystem kleinbetrieblichen Marktwettbewerbs, das im Laufe der Industrialisierung in Widerspruch zum großbetrieblichen, vom Kapital wirtschaftlich wie technologisch dominierten, und dabei zunehmend monopolistisch vermachteten Kapitalismus geraten wäre (Heimann 1929: 19, 23). Die technologisch-organisatorischen Errungenschaften des Kapitalismus sollten – von der Monopolmacht befreit – in eine sozialistische Ordnung überführt werden, die individuelle Freiheit mit dem sozialen „Willen zur Gemeinschaft“ verbinden würde (Heimann 1929: 112). Aus Heimanns idealistischer Perspektive, die auf gesellschaftlich wirksame Ideen abstellte, könnte Sozialpolitik transformativ auf das kapitalistische System insgesamt einwirken. Indem sie soziale Ideen im kapitalistischen Kontext normalisieren würde, unterstützte Sozialpolitik zwar die Funktionsfähigkeit des Systems, aber dabei kämen zugleich systemfremde Logiken zum Tragen, die weit über das kapitalistische System hinausreichten (Heimann 1929: 211 f.).

Zentral für Heimanns auf historische Dynamiken sozialen Wandels angelegte Perspektive war also ein Verständnis des Kapitalismus als Wirtschaftssystem, das die für ihn legitimatorisch konstitutiven ökonomischen und sozialen Freiheitsversprechen des Liberalismus aufgrund der kapitalseitigen Machtverhältnisse

nicht einlösen konnte (Heimann 1931: 14 f.). Hier setzte Heimanns Kritik an der Praxis der Historischen Schule um Schmoller an, die – mit Ausnahme Brentanos – das liberale Erbe zugunsten einer simplifizierenden Marktfeindlichkeit aufgegeben hätte (Heimann 1932: 22). Diese Themenstellung führte Heimann in der Nachkriegszeit weiter aus. Im Vordergrund standen weiterhin Fragen eines gemischten Wirtschaftssystems der Zukunft, das eine Synthese aus Marktdynamik und Rahmenplanung, bzw. Freiheit und Ordnung garantieren könnte und sich dabei grundsätzlich auf gesellschaftlich geteilte religiöse Werte stützen müsste (Heimann 1947, 1954). Letztlich mündete dieser Diskussionsstrang in eine Kulturkritik des Kapitalismus, die in Heimanns Spätwerk eine neue ethische Ordnung der Wirtschaft einforderte (Heimann 1963: 311 f.).

Bei Adolf Löwe (1893–1995), ab 1939 Adolph Lowe, wurden die von Oppenheimer gesetzten Akzente mit den von Lederer und Heimann geteilten Themen der konjunkturellen Dynamik, des strukturellen Wandels und der sozialpolitischen Reform des Kapitalismus verbunden. Als Anhänger eines religiösen Sozialismus – er gehörte ebenso wie Heimann und Rüstow zum Kreis um den Theologen Paul Tillich – war für ihn die Verbindung sozialökonomischer Theorie und politischer Praxis von größter Bedeutung (Kruse 1994a: 31). Nach jahrelanger Leitung der Konjunkturabteilung am Institut für Weltwirtschaft in Kiel, wo Löwe als Teil der „Kieler Schule“ mit herausragenden jungen Ökonomen wie Jakob Marschak und Wassily Leontief arbeitete, erlaubte ihm der Ruf an die Goethe-Universität Frankfurt ab 1931 den interdisziplinären Ausbau seines Forschungsprogramms. Im Gefolge der nationalsozialistischen Machtübernahme war er zur Emigration gezwungen, wo er an der New Yorker New School for Social Research wirkte (Krohn 1996: 27 f., 93 f.).

Löwes Leitthemen – die ökonomische Expansionsdynamik und Instabilität des Kapitalismus sowie das diesbezügliche Zusammenwirken ökonomischer, sozialer und politischer Mechanismen – skizzierte er bereits in seiner ersten größeren sozialökonomischen Publikation, in der er sich in kritischer Auseinandersetzung mit der ökonomischen Imperialismustheorie gegen Schumpeters Unterscheidung von Statik und Entwicklung wandte, und stattdessen den Charakter der kapitalistischen Dynamik als Zusammenhang von Expansion und Krise betonte. Der unkoordinierte Expansionsdrang des Kapitalismus verwies auf die Notwendigkeit politischer Einhegung mit dem Ziel wirtschaftlicher Stabilisierung (Löwe 1924: 215 f., 227 f.). Hieran anknüpfend identifizierte Löwe die Differenzierung exogener und endogener Faktoren als Schlüsselproblem der Konjunkturforschung. Diese müsste sich vornehmlich mit der Frage befassen, wie Konjunkturzyklen aus dem Wirtschaftsprozess heraus endogen erklärt werden könnten (Löwe 1925). In seinem einflussreichen Aufsatz „Wie ist Kon-

junkturtheorie überhaupt möglich?“ wurde diese Frage weiter ausgeführt. Löwe betonte die logische Unvereinbarkeit von statischen Gleichgewichtsmodellen und der Modellierung von Konjunkturzyklen. Stattdessen sollten die maßgeblichen Charakteristika des industriellen Kapitalismus analytisch erfasst werden – insbesondere der technische Wandel, dessen konjunkturelle Dynamik mit sektoralem Strukturwandel einherginge (Löwe 1926). Die Weltwirtschaftskrise machte ab 1929 weiterführende Hoffnungen auf eine konjunkturpolitische Steuerung dieser Dynamik zunichte. Da monopolisierte Märkte die von den Liberalen gepriesenen Selbstreinigungskräfte der Krise blockierten, wäre ein Ausweg nur noch über Sozialisierung und Planungsmechanismen denkbar (Löwe 1933: 154 f.).

Löwes methodische Überlegungen zu einer historischen und dynamischen Theorie des Kapitalismus akzeptierten die Potentiale eines verstehenden Ansatzes wie er von Sombart gefordert worden war, da nur über das Sinnverstehen von Handlungsmotiven die Komplexität des Wirtschaftens angemessen abzubilden wäre. Allerdings verteidigte Löwe zugleich die formal-abstrakten Methoden der Konjunkturtheorie. Wie Max Weber angedeutet hatte, spiegelten solche Methoden gesamtgesellschaftliche Rationalisierungsprozesse, und besäßen daher im modernen Kapitalismus mit seinen vielfältigen Kalkulationsansprüchen weitreichende Geltung (Löwe 1932). Für die anvisierte Kooperation von Ökonomik und Soziologie folgerte Löwe, dass die Ökonomik zwar ein ausgefeiltes analytisches Instrumentarium vorweisen könne, aber in mechanistischen und atomistischen Rationalitätskonzepten befangen sei. Die Soziologie könnte die Untersuchung gesellschaftlich relevanter und kausal komplexer Fragestellungen einbringen. Als Beispiel diente wiederum das Zusammenwirken von Konjunkturzyklen und technischem Wandel, dessen komplexe soziale Implikationen die Frage nach der wirtschaftspolitischen Steuerung neuer Technologien unter demokratischen Bedingungen aufwarfen (Löwe 1935: 138 f., 148 f.). Entsprechende Fragestellungen blieben auch für Lowes Spätwerk prägend. In *On Economic Knowledge* befasste er sich noch einmal mit dem Problem wirtschaftspolitischer Steuerung im Kapitalismus: die politische Ökonomik sollte als intervenierende Wissenschaft instrumentelle Analysen zum Erreichen politisch gesetzter Ziele vorlegen – als Beitrag zur politischen Planung in Marktsystemen (Lowe 1965: 128 f.).

6 Fazit

Der vorliegende Beitrag basiert auf der These, dass sich die deutsche Sozialökonomik der Zwischenkriegszeit in einer vorparadigmatischen Konstellation im Sinne Kuhns bewegt habe, die im gemeinsamen analytischen Interesse an

der historischen Entwicklungsdynamik des modernen Kapitalismus begründet war. Zwei parallel verlaufende, selektiv aufeinander Bezug nehmende Diskussionsstränge ließen sich dabei unterscheiden. Einerseits die Ausläufer der Historischen Schule, die sich im Anschluss an Max Weber und Werner Sombart um die Formulierung einer historischen Theorie des Kapitalismus bemühten. Der langfristige Entwicklungsprozess des Kapitalismus wurde dabei in seiner institutionellen und sozialkulturellen Vielfalt zum Ausgangspunkt genommen, um mit einer Kombination von verstehenden und erklärenden Methoden zu einer historisch spezifischen Form der Theoriebildung zu gelangen. Andererseits die Vertreter eines an der klassischen und neoklassischen Theorie orientierten, normativ auf eine wirtschafts- und sozialpolitische Transformation des Kapitalismus hoffenden dynamischen Ansatzes, der im Gefolge Franz Oppenheimers darauf zielte, ein integriertes Forschungsprogramm zur Analyse der konjunkturellen, strukturellen und sozialkulturellen Dynamik des Kapitalismus zu entwickeln.

Die Abgrenzung beider Diskurse war wechselseitig durchlässig; der Ordoliberalismus war als eine aus der Historischen Schule hervorgegangene, theoretisch der Österreichischen Schule verpflichtete Sonderposition zwischen beiden Diskursen angesiedelt, und auch diskursprägende Größen wie Schumpeter blieben schwer zuzuordnen. Diese in theoretischer wie auch methodologischer Hinsicht komplexe Gemengelage wurde durch politisch-normative Konflikte zwischen den tendenziell konservativen Ausläufern der Historischen Schule, den ordoliberalen Theoretikern der Marktwirtschaft, und den sozialistisch orientierten Vertretern einer dynamischen Theorie weiter kompliziert. Tatsächlich wurde die Desintegration der vorparadigmatischen Konstellation zumindest auf dem politisch-normativen Feld spätestens mit der Weltwirtschaftskrise virulent, als sich zwar maßgebliche Vertreter der historischen und dynamischen Strömungen für planerische Regulierungen begeistern konnten, sich aber im Hinblick auf einen autoritären Politikwechsel diametral entgegenstanden. Zugleich erodierte der an abstrakten Modellierungen interessierte Theoriekreis ordoliberaler und sozialistischer Ökonomen, dem Eucken, Rüstow und Röpke ebenso wie Lederer, Heimann und Löwe angehört hatten, und der sich Anfang der 1930er Jahre endgültig politisch zerstritt (Janssen 2000: 35 f., 43 f.).

Der Nationalsozialismus bewirkte in dieser Konstellation den endgültigen Bruch. Gleichschaltung und Emigration führten zur personellen und inhaltlichen Ausdünnung der sozialökonomischen Diskurse (Krohn 1981: 178 f., 190 f.; Häuser 1998: 198 f.). Letzte Spuren der historischen Sozialökonomik der Zwischenkriegszeit waren nach 1945 in der bundesdeutschen Volkswirtschaftslehre nur noch in vereinzelten methodologischen Diskussionen sichtbar (vgl. Schefold 1998; Hesse 2010; Ebner 2014). Auch die westdeutsche Soziologie der

Nachkriegszeit sah sich zügig einer von der positivistischen US-amerikanischen Soziologie ausgehenden Austreibung von Restbeständen historischer bzw. geisteswissenschaftlich orientierter Kapitalismusforschung ausgesetzt (vgl. Moebius 2015; Kruse 1998: 76 f., 1994a: 42 f.; Schefold 1994: 215). Mit der jüngsten Renaissance interdisziplinärer Analysen der Wechselwirkung von Ökonomie und Gesellschaft, die in sozialwissenschaftlichen Teilgebieten wie der Wirtschaftssoziologie und der Politischen Ökonomie seit den 1980er Jahren wieder deutlicher sichtbar geworden sind, könnten sich wohl Potentiale für eine erneuerte Sozialökonomik herausbilden, auch wenn es weiterhin an inter- oder gar transdisziplinärer Orientierung mangelt (vgl. Ebner 2009; Oppolzer 1990: 23).

Vor diesem Hintergrund verweist die Geschichte der deutschen Sozialökonomik der Zwischenkriegszeit auf die verstellten Wege und verpassten Chancen, die aus dem politisch bestimmten Abbruch der vorparadigmatischen Debatten resultierten. Welche Potentiale wurden seinerzeit verschüttet – und welche Pfade der Sozialökonomik wurden im Anschluss an Max Weber letztlich nicht mehr beschritten (Adair-Toteff 2022; Quensel 2007: 137 f.)? Nehmen wir das Beispiel der Frankfurter Sozialökonomik, wo Oppenheimer bis 1929 lehrte, um dann vom Lederer-Schüler Mannheim abgelöst zu werden, bei dem wiederum Norbert Elias tätig war, während Löwe 1931 nach der Rufablehnung Lederers ebenfalls nach Frankfurt wechselte – um dort mit dem ebenfalls in Frankfurt aktiven Tillich sowie mit Horkheimer und Pollock vom Institut für Sozialforschung interdisziplinäre „Kränzchen" zu absolvieren (vgl. Krohn 1996: 102; Ganßmann 1996: 206 f.). Welche Möglichkeiten für eine sozialökonomisch fundierte historische Kapitalismustheorie hätten sich wohl in einer alternativen Geschichtslinie ergeben?

Literatur

Acham, Karl (1998): „Historische Umbrüche in dem halben Jahrhundert seit dem Ersten Weltkrieg. Über einige ihrer Folgen für den Geist der Sozialwissenschaften", in: Ders./Knut Wolfgang Nörr/Bertram Schefold (Hg.), Erkenntnisgewinne, Erkenntnisverluste. Kontinuitäten und Diskontinuitäten in den Wirtschafts-, Rechts- und Sozialwissenschaften zwischen den 20er und 50er Jahren, Stuttgart: Franz Steiner, S. 535–566.

Adair-Toteff, Christopher (2022): Max Weber and the Path from Political Economy to Economic Sociology, London: Routledge.

Backhaus, Jürgen (1989): „Werner Sombarts Konjunkturtheorie", in: Bertram Schefold (Hg.), Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie VII, Berlin: Duncker & Humblot, S. 77–98.

Böhnisch, Lothar (2020): Die Dialektik der Angewiesenheit. Das sozialpolitische Werk von Eduard Heimann neu lesen, Bielefeld: transcript.

Brentano, Lujo (1919): Wie studiert man Nationalökonomie, München: Reinhardt.

Brentano, Lujo (1923): Der wirtschaftende Mensch in der Geschichte, Leipzig: Meiner.
Brentano, Lujo (1924): Konkrete Grundbedingungen der Volkswirtschaft, Leipzig: Meiner.
Caspari, Volker/Klaus Lichtblau (2014): Franz Oppenheimer. Ökonom und Soziologe der ersten Stunde, Frankfurt/M.: Societäts-Verlag.
Chaloupek, Günther (2021): „'Spätkapitalismus'. Stagnationstheorien deutscher Ökonomen zwischen den Weltkriegen", in: Volker Caspari (Hg.), Stagnations- und Deflationstheorien, Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie XXXVIII, Berlin: Duncker & Humblot, S. 113–140.
Dietzel, Heinrich (1895): Theoretische Socialökonomik. Lehr- und Handbuch der politischen Oekonomie: Zweite Hauptabteilung, hrsg. v. Adolph Wagner, Leipzig: C. F. Winter'sche Verlagshandlung.
Ebner, Alexander (2000): „Schumpeter and the 'Schmollerprogramm': Integrating Theory and History in the Analysis of Economic Development", in: Journal of Evolutionary Economics 10 (1–2), S. 355–372.
Ebner, Alexander (2002): „Nationalökonomie als Kapitalismustheorie: Sombarts Theorie kapitalistischer Entwicklung", in Werner Sombart, Nationalökonomie als Kapitalismustheorie. Ausgewählte Schriften, hrsg. von Alexander Ebner und Helge Peukert, Marburg: Metropolis, S. 7–23.
Ebner, Alexander (2003): „The Institutional Analysis of Entrepreneurship: Historist Aspects of Schumpeter's Development Theory", in: Jürgen G. Backhaus (Hg.), Joseph Alois Schumpeter: Entrepreneurship, Style and Vision, Boston: Kluwer, S. 117–139.
Ebner, Alexander (2006a): „Institutions, Entrepreneurship and the Rationale of Government: An Outline of the Schumpeterian Theory of the State", in: Journal of Economic Behavior and Organization 59 (4), S. 497–515.
Ebner, Alexander (2006b): „Schumpeterian Entrepreneurship Revisited: Historical Specificity and the Phases of Capitalist Development", in: Journal of the History of Economic Thought 28 (3), S. 315–332.
Ebner, Alexander (2006c): „The Intellectual Foundations of the Social Market Economy: Theory, Policy and Implications for European Integration", in: Journal of Economic Studies 33 (3), S. 206–223.
Ebner, Alexander (2007), „Schumpeters Geschichte der ökonomischen Analyse – Einleitung", in: Joseph A. Schumpeter, Geschichte der ökonomischen Analyse, Neuausgabe mit einer Einleitung von Alexander Ebner, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, S. IX–XL.
Ebner, Alexander (2009): „Wirtschaftskulturforschung: Ein sozialökonomisches Forschungsprogramm", in: Volker Caspari (Hg.), Theorie und Geschichte der Wirtschaft: Festschrift für Bertram Schefold, Marburg: Metropolis, S. 121–146.
Ebner, Alexander (2014): „Ökonomie als Geisteswissenschaft? Grundzüge der Erklären-Verstehen-Kontroverse in den deutschen Wirtschaftswissenschaften", in: Heinz Kurz (Hg.), Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie XXVIII, Berlin: Duncker & Humblot, S. 73–106.
Ebner, Alexander (2020): „Wirtschaftliche Entwicklung als evolutionärer Prozess? Kontinuität und Wandel des Entwicklungsbegriffs bei Joseph A. Schumpeter", in Peter Spahn (Hg.), Ökonomie und Evolution: Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie XXXVI, Berlin: Duncker & Humblot, S. 159–190.

Ebner, Alexander (2021): „Kapitalistisches Unternehmertum im unternehmerischen Kapitalismus: Zur Aktualität von Max Webers Konzeption des Unternehmertums“, in: Andrea Maurer (Hg.), Mit Leidenschaft und Augenmaß. Zur Aktualität von Max Weber, Frankfurt/M.: Campus, S. 173–227.

Eucken, Walter (1932): „Staatliche Strukturwandlungen und die Krisis des Kapitalismus“, in: Weltwirtschaftliches Archiv 36, S. 297–321.

Eucken, Walter (1938): „Die Überwindung des Historismus“, in: Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reiche 62 (2), S. 191–214.

Eucken, Walter (1940): Die Grundlagen der Nationalökonomie, Jena: Gustav Fischer.

Eucken, Walter (1952): Grundsätze der Wirtschaftspolitik, hrsg. v. Edith Eucken-Erdsiek und Karl Paul Hensel, Tübingen: Mohr.

Ganßmann, Heiner (1996): „Die Arbeitsteilung zwischen Ökonomie und Soziologie bei Franz Oppenheimer, Karl Mannheim und Adolph Lowe“, in: Volker Caspari/Bertram Schefold (Hg.), Franz Oppenheimer und Adolph Lowe. Zwei Wirtschaftswissenschaftler der Frankfurter Universität, Marburg: Metropolis, S. 197–224.

Gostmann, Peter/Alexandra Ivanova (2014): „Emil Lederer: Wissenschaftslehre und Kultursoziologie“, in: Dies. (Hg.), Schriften zur Wissenschaftslehre und Kultursoziologie. Texte von Emil Lederer, Wiesbaden: Springer VS, S. 7–37.

Grimmer-Solem, Erik (2003): The Rise of Historical Economics and Social Reform in Germany, 1864–1894, Oxford: Oxford University Press.

Häuser, Karl (1994a): „Das Ende der Historischen Schule und die Ambiguität der deutschen Nationalökonomie in den zwanziger Jahren“, in: Knut Wolfgang Nörr/Bertram Schefold/Friedrich Tenbruck (Hg.), Geisteswissenschaften zwischen Kaiserreich und Republik. Zur Entwicklung von Nationalökonomie, Rechtswissenschaft und Sozialwissenschaft im 20. Jahrhundert, Stuttgart: Franz Steiner, S. 45–74.

Häuser, Karl (1994b): Finanzwissenschaft der zwanziger Jahre und das Ende der Historischen Schule, in: Heinz Rieter (Hg.), Deutsche Finanzwissenschaft zwischen 1918 und 1939. Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie XIII, Berlin: Duncker & Humblot, S. 143–164.

Häuser, Karl (1998): „Deutsche Nationalökonomie in der Diaspora: Die dreissiger und vierziger Jahre bis Kriegsende“, in: Karl Acham/Knut Wolfgang Nörr/Bertram Schefold (Hg.), Erkenntnisgewinne, Erkenntnisverluste. Kontinuitäten und Diskontinuitäten in den Wirtschafts-, Rechts- und Sozialwissenschaften zwischen den 20er und 50er Jahren, Stuttgart: Franz Steiner, S. 173–209.

Hagemann, Harald (2009): „Volkswirtschaftslehre in den 1920er Jahren“, in: Roman Köster/Werner Plumpe/Bertram Schefold/Korinna Schönhärl (Hg.), Das Ideal des schönen Lebens und die Wirklichkeit der Weimarer Republik. Vorstellungen von Staat und Gemeinschaft im George-Kreis, Berlin: Akademie-Verlag, S. 27–46.

Haselbach, Dieter (2000): „Franz Oppenheimer's Theory of Capitalism and of a Third Path“, in: Peter Koslowski (Hg.), The Theory of Capitalism in the German Economic Tradition: Historism, Ordo-Liberalism, Critical Theory, Solidarism, Berlin: Springer, S. 54–86.

Heimann, Eduard (1915): „Ueber Individualismus und Solidarismus in der kapitalistischen Konzentration“, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 39, S. 741–766.

Heimann, Eduard (1916): „Vom neuen Wirtschaftsgeist“, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 41, S. 758–768.

Heimann, Eduard (1922): Mehrwert und Gemeinwirtschaft. Kritische und positive Beiträge zur Theorie des Sozialismus, Berlin: Hans Robert Engelmann.
Heimann, Eduard (1924): „Entwicklungsgang der wirtschafts- und sozialpolitischen Systeme und Ideale“, in: Grundriß der Sozialökonomik, Abteilung I: Historische und theoretische Grundlagen, Teil 1: Wirtschaft und Wirtschaftswissenschaft, bearb. von Karl Bücher, Eduard Heimann, Eugen von Philippovich und Joseph Schumpeter, 2. Aufl., Tübingen: Mohr, S. 184–201.
Heimann, Eduard (1929): Soziale Theorie des Kapitalismus. Theorie der Sozialpolitik, Tübingen: Mohr.
Heimann, Eduard (1931): Kapitalismus und Sozialismus. Reden und Aufsätze zur Wirtschafts- und Geisteslage, Potsdam: Alfred Protte.
Heimann, Eduard (1932): Sozialwissenschaft und Wirklichkeit. Zwei soziologische Vorträge, Tübingen: Mohr.
Heimann, Eduard (1947): Freedom and Order. Lessons from the War, New York: Charles Scribner’s Sons.
Heimann, Eduard (1954): Wirtschaftssysteme und Gesellschaftssysteme, Tübingen: Mohr.
Heimann, Eduard (1963): Soziale Theorie der Wirtschaftssysteme, Tübingen: Mohr.
Herkner, Heinrich (1923): „Arbeit und Arbeitsteilung“, in: Grundriß der Sozialökonomik, II. Abteilung: Die natürlichen und technischen Beziehungen der Wirtschaft, 1. Teil: Wirtschaft und Natur, bearb. von Heinrich Herkner, Alfred Hettner, Rudolf Michels, Paul Mombert und Karl Oldenburg, 2. Aufl., Tübingen: Mohr, S. 264–302.
Hesse, Jan-Otmar (2010): Wirtschaft als Wissenschaft. Die Volkswirtschaftslehre in der frühen Bundesrepublik, Frankfurt/M.: Campus.
Janssen, Hauke (2000): Nationalökonomie und Nationalsozialismus. Die deutsche Volkswirtschaftslehre in den dreißiger Jahren, Marburg: Metropols.
Köster, Roman (2011): Die Wissenschaft der Außenseiter. Die Krise der Nationalökonomie in der Weimarer Republik, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
Krohn, Claus-Dieter (1981): Wirtschaftstheorien als politische Interessen. Die akademische Nationalökonomie in Deutschland 1918–1933, Frankfurt/M.: Campus.
Krohn, Claus-Dieter (1996): Der Philosophische Ökonom. Zur intellektuellen Biographie Adolph Lowes, Metropolis: Marburg.
Krüger, Dieter (1983): Nationalökonomen im wilhelminischen Deutschland, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
Kruse, Volker (1990): Soziologie und „Gegenwartskrise“. Die Zeitdiagnosen Franz Oppenheimers und Alfred Webers, Wiesbaden: Deutscher Universitätsverlag.
Kruse, Volker (1994a): Historisch-soziologische Zeitdiagnosen in Westdeutschland nach 1945. Eduard Heimann, Alfred von Martin, Hans Freyer, Frankfurt/M.: Suhrkamp.
Kruse, Volker (1994b): Historisch-soziologische Zeitdiagnostik der zwanziger Jahre, in: Knut Wolfgang Nörr/Bertram Schefold/Friedrich Tenbruck (Hg.), Geisteswissenschaften zwischen Kaiserreich und Republik. Zur Entwicklung von Nationalökonomie, Rechtswissenschaft und Sozialwissenschaft im 20. Jahrhundert, Stuttgart: Franz Steiner, S. 375–401.
Kruse, Volker (1996): „Entstehung und Entfaltung des modernen Kapitalismus: Zur Historischen und Allgemeinen Soziologie Franz Oppenheimers“, in: Volker Caspari/Bertram Schefold (Hg.), Franz Oppenheimer und Adolph Lowe. Zwei Wirtschaftswissenschaftler der Frankfurter Universität, Marburg: Metropolis, S. 163–193.

Kruse, Volker (1998): „Historische Soziologie als „Geschichts- und Sozialphilosophie“ – Zur Rezeption der Weimarer Soziologie in den fünfziger Jahren, in: Karl Acham/Knut Wolfgang Nörr/Bertram Schefold (Hg.), Erkenntnisgewinne, Erkenntnisverluste. Kontinuitäten und Diskontinuitäten in den Wirtschafts-, Rechts- und Sozialwissenschaften zwischen den 20er und 50er Jahren, Stuttgart: Franz Steiner, S. 76–112.

Kuhn, Thomas, (1970): The Structure of Scientific Revolutions, 2. Aufl., Chicago: University of Chicago Press.

Lederer, Emil (1912): Die Privatangestellten in der modernen Wirtschaftsentwicklung, Tübingen: Mohr.

Lederer, Emil (1914): „Die ökonomische und sozialpolitische Bedeutung des Taylorsystems“ in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 38, S. 769–784.

Lederer, Emil (1915): „Zur Soziologie des Weltkriegs“, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 39, S. 347–384.

Lederer, Emil (1918/1919): „Zum sozialpsychischen Habitus der Gegenwart“, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 46, S. 114–139.

Lederer, Emil (1920): Deutschlands Wiederaufbau und weltwirtschaftliche Neueingliederung durch Sozialisierung, Tübingen: Mohr.

Lederer, Emil (1922): Grundzüge der ökonomischen Theorie. Eine Einführung, Tübingen: Mohr.

Lederer, Emil (1925): „Konjunktur und Krisen“, in: Grundriß der Sozialökonomik, IV. Abteilung: Spezifische Elemente der modernen kapitalistischen Wirtschaft, 1. Teil, bearb. v. Werner Sombart, Alexander Leist, Hans Nipperdey, Carl Brinkmann, Erwin Steinitzer, Friedrich Leitner, Arthur Salz, Franz Eulenburg, Otto von Zwiedineck-Südenhorst und Emil Lederer, Tübingen: Mohr, S. 354–413.

Lederer, Emil (1927): „Monopole und Konjunktur“, in: Vierteljahreshefte zur Konjunkturforschung. Ergänzungsband 2, S. 13–32.

Lederer, Emil (1931): Technischer Fortschritt und Arbeitslosigkeit, Tübingen: Mohr.

Lederer, Emil (1932): Planwirtschaft, Tübingen: Mohr.

Lederer, Emil (1940): State of the Masses. The Threat of the Classless Society, New York: Norton.

Löwe, Adolf (1924): „Zur ökonomischen Theorie des Imperialismus“, in: Robert Wilbrandt/Adolf Löwe/Gottfried Salomon (Hg.), Wirtschaft und Gesellschaft. Beiträge zur Oekonomik und Soziologie der Gegenwart. Festschrift für Franz Oppenheimer zu seinem 60. Geburtstag, Frankfurt/M.: Frankfurter Societäts-Druckerei, S. 189–228.

Löwe, Adolf (1925): „Der gegenwärtige Stand der Konjunkturforschung“, in: Moritz Julius Bonn/Melchior Palyi (Hg.), Die Wirtschaftswissenschaft nach dem Kriege. Festgabe für Lujo Brentano zum 80. Geburtstag, München/Leipzig: Duncker & Humblot, S. 329–377.

Löwe, Adolf (1926): „Wie ist Konjunkturtheorie überhaupt möglich?“, Weltwirtschaftliches Archiv 24, S. 165–197.

Löwe, Adolf (1932): „Über den Sinn und die Grenzen verstehender Nationalökonomie. Zu Sombarts Werk ‚Die drei Nationalökonomien‘“, in: Weltwirtschaftliches Archiv 36, S. 149–162.

Löwe, Adolf (1933): „Der Stand und die nächste Zukunft der Konjunkturforschung“, in: Gustav Clausing (Hg.), Der Stand und die nächste Zukunft der Konjunkturforschung. Festschrift für Arthur Spiethoff, München: Duncker & Humblot, S. 154–160.

Löwe, Adolf (1935): Economics and Sociology: A Plea for Co-operation in the Social Sciences, London: Allen and Unwin.
Lowe, Adolph (1965): On Economic Knowledge. Toward a Science of Political Economics, New York/Evanston: Harper and Row.
Moebius, Stephan (2015): René König und die „Kölner Schule". Eine soziologiegeschichtliche Annäherung, Wiesbaden: Springer VS.
Mommsen, Wolfgang J. (2004): „Max Weber als Nationalökonom. Von der Theoretischen Nationalökonomie zur Kulturwissenschaft", in: Sociologia Internationalis 42 (1), S. 3–35.
Müller-Armack, Alfred (1923): Krisenproblem in der theoretischen Sozialökonomik. Versuch einer Neubegründung der Ueberproduktionslehre, Diss. Univ. Köln.
Müller-Armack, Alfred (1926): Ökonomische Theorie der Konjunkturpolitik, Leipzig: Gloeckner.
Müller-Armack, Alfred (1929): „Konjunkturforschung und Konjunkturpolitik", in: Ludwig Elster u. a. (Hg.), Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Ergänzungsband, Jena: Gustav Fischer, S. 645–677.
Müller-Armack, Alfred (1932): Entwicklungsgesetze des Kapitalismus. Ökonomische, geschichtstheoretische und soziologische Studien zur modernen Wirtschaftsverfassung, Berlin: Junker und Dünnhaupt.
Müller-Armack, Alfred (1933): Staatsidee und Wirtschaftsordnung im neuen Reich, Berlin: Junker und Dünnhaupt.
Müller-Armack, Alfred (1940): Genealogie der Wirtschaftsstile. Die geistesgeschichtlichen Ursprünge der Staats- und Wirtschaftsformen bis zum Ausgang des 18. Jahrhunderts, Stuttgart: Kohlhammer.
Müller-Armack, Alfred (1947): Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft., Hamburg: Verlag für Wirtschaft und Sozialpolitik.
Müller-Armack, Alfred (1949): Diagnose unserer Gegenwart. Zur Bestimmung unseres geistesgeschichtlichen Standorts, Gütersloh: Bertelsmann.
Müller-Armack, Alfred (1972): Die Soziale Marktwirtschaft und ihre Widersacher, in: Ludwig Erhard/Alfred Müller-Armack (Hg.), Soziale Marktwirtschaft. Ordnung der Zukunft, Frankfurt/M.: Ullstein, S. 21–40.
Nau, Heino Heinrich (1997): Eine „Wissenschaft vom Menschen". Max Weber und die Begründung der Sozialökonomik in der deutschsprachigen Ökonomie 1871 bis 1914, Berlin: Duncker & Humblot.
Oppenheimer, Franz (1898): Großgrundeigentum und soziale Frage. Versuch einer neuen Grundlegung der Gesellschaftswissenschaft, Berlin: Vita.
Oppenheimer, Franz (1903a): „Skizze der sozialökonomischen Geschichtsauffassung I", in: Vierteljahrsschrift für wissenschaftliche Philosophie und Soziologie 27, S. 323–352.
Oppenheimer, Franz (1903b), „Skizze der sozialökonomischen Geschichtsauffassung II", in: Vierteljahrsschrift für wissenschaftliche Philosophie und Soziologie 27, S. 369–413.
Oppenheimer, Franz (1919): Kapitalismus – Kommunismus – Wissenschaftlicher Sozialismus, Berlin/Leipzig: Walter de Gruyter.
Oppenheimer, Franz (1922): System der Soziologie, Bd. 1: Allgemeine Soziologie, 1. Halbband: Grundlegung, Jena: Gustav Fischer.
Oppenheimer, Franz (1923a): System der Soziologie, Bd. 1: Allgemeine Soziologie, 2. Halbband: Der soziale Prozess, Jena: Gustav Fischer.
Oppenheimer, Franz (1923b): System der Soziologie, Bd. 3: Theorie der reinen und politischen Ökonomie, 1. Halbband: Grundlegung, Jena: Gustav Fischer.

Oppenheimer, Franz (1924): System der Soziologie, Bd. 3: Theorie der reinen und politischen Ökonomie, 2. Halbband: Die Gesellschaftswirtschaft, Jena: Gustav Fischer.
Oppenheimer, Franz (1926): System der Soziologie, Bd. 2: Der Staat, Jena: Gustav Fischer.
Oppenheimer, Franz (1929): System der Soziologie, Bd. 4: Abriss einer Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Europas von der Völkerwanderung bis zur Gegenwart, Erste Abteilung: Rom und die Germanen, Jena: Gustav Fischer.
Oppenheimer, Franz (1933a): System der Soziologie, Bd. 4: Abriss einer Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Europas von der Völkerwanderung bis zur Gegenwart, Zweite Abteilung: Adel und Bauernschaft: Das Mittelalter, Jena: Gustav Fischer.
Oppenheimer, Franz (1933b): Weder so – noch so. Der dritte Weg, Potsdam: Alfred Protte.
Oppenheimer, Franz (1935): System der Soziologie, Bd. 4: Abriss einer Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Europas von der Völkerwanderung bis zur Gegenwart, Dritte Abteilung: Stadt und Bürgerschaft: Die Neuzeit, Jena: Gustav Fischer.
Oppolzer, Alfred (1990): „Sozialökonomie. Zu Gegenstand, Begriff und Geschichte eines interdisziplinären und praxisbezogenen Wissenschaftskonzepts“, in: Sozioökonomische Beiträge 1 (1), S. 6–29.
Osterhammel, Jürgen (1988): „Spielarten der Sozialökonomik. Joseph A. Schumpeter und Max Weber“, in: Wolfgang J. Mommsen/Wolfgang Schwentker (Hg.), Max Weber und seine Zeitgenossen, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, S. 147–195.
Quensel, Bernhard K. (2007): Max Webers Konstruktionslogik. Sozialökonomik zwischen Geschichte und Theorie, Baden-Baden: Nomos.
Röpke, Wilhelm (1937): Die Lehre von der Wirtschaft, Erlenbach-Zürich: Eugen Rentsch.
Röpke, Wilhelm (1942): Die Gesellschaftskrisis der Gegenwart, Erlenbach-Zürich: Eugen Rentsch.
Rüstow, Alexander (1950a): Das Versagen des Wirtschaftsliberalismus, 2. Aufl., Bad Godesberg: Küpper.
Rüstow, Alexander (1950b): Ortsbestimmung der Gegenwart. Eine universalgeschichtliche Kulturkritik, Bd. 1: Ursprung der Herrschaft, Erlenbach-Zürich: Eugen Rentsch.
Rüstow, Alexander (1952): Ortsbestimmung der Gegenwart. Eine universalgeschichtliche Kulturkritik, Bd. 2: Weg der Freiheit, Erlenbach-Zürich: Eugen Rentsch.
Rüstow, Alexander (1957): Ortsbestimmung der Gegenwart. Eine universalgeschichtliche Kulturkritik, Bd. 3: Herrschaft oder Freiheit?, Erlenbach-Zürich: Eugen Rentsch.
Schefold, Bertram (1994): „Nationalökonomie und Kulturwissenschaften: Das Konzept des Wirtschaftsstils“, in: Knut Wolfgang Nörr/Bertram Schefold/Friedrich Tenbruck (Hg.), Geisteswissenschaften zwischen Kaiserreich und Republik. Zur Entwicklung von Nationalökonomie, Rechtswissenschaft und Sozialwissenschaft im 20. Jahrhundert, Stuttgart: Franz Steiner, S. 215–242.
Schefold, Bertram (1998): „Der Nachklang der Historischen Schule in Deutschland zwischen dem Ende des Zweiten Weltkriegs und dem Anfang der Sechziger Jahre“, in: Karl Acham/Knut Wolfgang Nörr/Bertram Schefold (Hg.), Erkenntnisgewinne, Erkenntnisverluste. Kontinuitäten und Diskontinuitäten in den Wirtschafts-, Rechts- und Sozialwissenschaften zwischen den 20er und 50er Jahren, Stuttgart: Franz Steiner, S. 31–75.
Schluchter, Wolfgang (1998): „Max Webers Beitrag zum ‚Grundriß der Sozialökonomik‘. Editionsprobleme und Editionsstrategien“, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 50, S. 327–343.

Schmoller, Gustav von (1903): „Werner Sombart, Der moderne Kapitalismus“, in: Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reiche 51 (2), S. 349–369.
Schmoller, Gustav von (1911) Volkswirtschaft, Volkswirtschaftslehre und -methode, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 3. Aufl., Bd. 8, Jena: Gustav Fischer, S. 426–501.
Schmoller, Gustav von (1918): Die soziale Frage. Klassenbildung, Arbeiterschaft, Klassenkampf, Berlin/Leipzig: Duncker & Humblot.
Schmoller, Gustav von (1923a [1900]): Grundriß der Allgemeinen Volkswirtschaftslehre, 2. Aufl., Bd. 1, Berlin: Duncker & Humblot.
Schmoller, Gustav von (1923b [1904]): Grundriß der Allgemeinen Volkswirtschaftslehre, 2. Aufl., Bd. 2, Berlin: Duncker & Humblot.
Schumpeter, Joseph A. (1908): Wesen und Hauptinhalt der theoretischen Nationalökonomie, Berlin: Duncker & Humblot.
Schumpeter, Joseph A. (1911): Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung, Berlin: Duncker & Humblot.
Schumpeter, Joseph A. (1914): „Epochen der Methoden- und Dogmengeschichte“, in: Karl Bücher/Joseph Schumpeter/Friedrich Wieser, Grundriß der Sozialökonomik, I. Abteilung: Wirtschaft und Wirtschaftswissenschaft, Tübingen: Mohr, S. 19–124,
Schumpeter, Joseph A. (1918/1919): „Zur Soziologie der Imperialismen“, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 46, S. 1–39, 275–310.
Schumpeter, Joseph A. (1920/1921): „Sozialistische Möglichkeiten von heute“, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 48 (2), S. 305–360.
Schumpeter, Joseph A. (1926a): Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung. Eine Untersuchung über Unternehmergewinn, Kapital, Kredit, Zins und den Konjunkturzyklus, 2. Aufl., Berlin: Duncker & Humblot.
Schumpeter, Joseph A. (1926b): „Gustav v. Schmoller und die Probleme von heute“, in: Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reiche 50 (1), S. 1–52.
Schumpeter, Joseph A. (1927a): „Sombarts Dritter Band“, in: Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reiche 51 (3), S. 349–369.
Schumpeter, Joseph A. (1927b): „Die sozialen Klassen im ethnisch homogenen Milieu“, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 57 (1), S. 1–67.
Schumpeter, Joseph A. (1927c): „Die Wirtschaftstheorie der Gegenwart in Deutschland“, in: Hans Mayer (Hg.), Die Wirtschaftstheorie der Gegenwart, Bd. 1: Gesamtbild der Forschung in den einzelnen Ländern, Wien: Julius Springer, S. 1–30.
Schumpeter, Joseph A. (1928a): „The Instability of Capitalism”, in: Economic Journal XXXVIII (4), S. 361–386.
Schumpeter, Joseph A. (1928b): „Unternehmer“, in: Ludwig Elster/Adolf Weber/Friedrich Wieser (Hg.), Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. Aufl., Bd. 8, Jena: Gustav Fischer, S. 476–487.
Schumpeter, Joseph A. (1929): „Der Unternehmer in der Volkswirtschaft von heute“, in: Bernhard Harms (Hg.), Strukturwandlungen der Deutschen Volkswirtschaft, 2. Aufl., Bd. 1, Berlin: Reimar Hobbing, S. 303–326.

Schumpeter, Joseph A. (1939): Business Cycles. A Theoretical, Historical and Statistical Analysis of the Capitalist Process, 2 Bd., New York: McGraw-Hill.
Schumpeter, Joseph A. (1942): Capitalism, Socialism and Democracy, London: Allen and Unwin.
Schumpeter, Joseph A. (1951 [1949]): "The Historical Approach to the Analysis of Business Cycles", in: Universities National Bureau Conference on Business Cycle Research, repr. in Richard V. Clemence (Hg.), Essays of J. A. Schumpeter, Cambridge, MA: Addison-Wesley, S. 308–315.
Schumpeter, Joseph A. (1952 [1932]): Das Woher und Wohin unserer Wissenschaft. Abschiedsrede gehalten vor der Bonner staatswissenschaftlichen Fachschaft am 20. Juni 1932, in: Ders., Aufsätze zur ökonomischen Theorie, Tübingen: Mohr, S. 598–608.
Schumpeter, Joseph A. (1953 [1918]): „Die Krise des Steuerstaates", in: Zeitfragen aus dem Gebiet der Soziologie 4, S. 1–71, [abgedr. in: Joseph A. Schumpeter, Aufsätze zur Soziologie, hrsg. v. Erich Schneider und Arthur Spiethoff, Tübingen: Mohr, S. 3–74].
Schumpeter, Joseph A. (1954): History of Economic Analysis, Oxford/New York: Oxford University Press.
Shionoya, Yuichi (1991): „Schumpeter on Schmoller and Weber: A Methodology of Economic Sociology", in: History of Political Economy 23 (2), S. 193–219.
Shionoya, Yuichi (1997): Schumpeter and the Idea of Social Science. A Metatheoretical Study, Cambridge: Cambridge University Press.
Shionoya, Yuichi (2000): Joseph Schumpeter and the German Historical School, in: Peter Koslowski (Hg.), The Theory of Capitalism in the German Economic Tradition: Historism, Ordo-Liberalism, Critical Theory, Solidarism, Berlin: Springer, S. 3–23.
Sombart, Werner (1902): Der moderne Kapitalismus, 2 Bde., Leipzig: Duncker & Humblot.
Sombart, Werner (1916): Der moderne Kapitalismus. Historisch-systematische Darstellung des gesamteuropäischen Wirtschaftslebens von seinen Anfängen bis zur Gegenwart, 2 Bde., München/Leipzig: Duncker & Humblot.
Sombart, Werner (1925): „Prinzipielle Eigenart des modernen Kapitalismus", in: Grundriß der Sozialökonomik, IV. Abteilung: Spezifische Elemente der modernen kapitalistischen Wirtschaft, 1. Teil, bearb. v. Werner Sombart, Alexander Leist, Hans Nipperdey, Carl Brinkmann, Erwin Steinitzer, Friedrich Leitner, Arthur Salz, Franz Eulenburg, Otto von Zwiedineck-Südenhorst und Emil Lederer, Tübingen: Mohr, S. 2–26.
Sombart, Werner (1927a): Der moderne Kapitalismus, Bd. 3: Das Wirtschaftsleben im Zeitalter des Hochkapitalismus, München/Leipzig: Duncker & Humblot.
Sombart, Werner (1927b): Die Ordnung des Wirtschaftslebens, 2. Aufl., München/Leipzig: Duncker & Humblot.
Sombart, Werner (1930): Die drei Nationalökonomien. Geschichte und System der Lehre von der Wirtschaft, München/Leipzig: Duncker & Humblot.
Sombart, Werner (1932): Die Zukunft des Kapitalismus, Berlin: Buchholz und Weißwange.
Sombart, Werner (1934): Deutscher Sozialismus, Berlin: Buchholz und Weißwange.
Sombart, Werner (1938): Vom Menschen. Versuch einer geisteswissenschaftlichen Anthropologie, Berlin: Buchholz und Weisswange.
Sombart, Werner/Weber, Max/Jaffé, Edgar (1904): „Geleitwort", in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 19, I–VII.

Spiethoff, Arthur (1902): „Vorbemerkungen zu einer Theorie der Überproduktion“, in: Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reiche 26, S. 721–759.

Spiethoff, Arthur (1903): „Die Krisentheorien von M. Tugan-Baranowsky und L. Pohle“, in: Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reiche 27, S. 331–360.

Spiethoff, Arthur (1925): „Krisen“, in: Ludwig Elster/Adolf Weber/Friedrich Wieser (Hg.), Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. Aufl., Bd. 6, Jena: Gustav Fischer, S. 8–91.

Spiethoff, Arthur (1932): „Die Allgemeine Volkswirtschaftslehre als geschichtliche Theorie. Die Wirtschaftsstile“, in: Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reiche 56 (2), S. 51–84.

Spiethoff Arthur (1938): „Gustav Schmoller und die anschauliche Theorie der Volkswirtschaft“, in: Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reiche 62 (1), S. 16–35.

Spiethoff, Arthur (1948): „Anschauliche und reine Theorie und ihr Verhältnis zueinander“, in: Edgar Salin (Hg.), Synopsis. Festgabe für Alfred Weber, Heidelberg: Lambert Schneider, S. 567–664.

Spiethoff, Arthur (1955): Die wirtschaftlichen Wechsellagen. Aufschwung, Krise, Stockung, 2 Bde., Tübingen: Mohr.

Swedberg, Richard (1991): Schumpeter. A Biography, Princeton: Princeton University Press.

Swedberg, Richard (1998): Max Weber and the Idea of Economic Sociology, Princeton: Princeton University Press.

Takebayashi, Shiro (2003): Die Entstehung der Kapitalismustheorie in der Gründungsphase der deutschen Soziologie. Von der historischen Nationalökonomie zur historischen Soziologie Werner Sombarts und Max Webers, Berlin: Duncker & Humblot.

Tenbruck, Friedrich (1994), „Wie kann man die Geschichte der Sozialwissenschaft in den 20er Jahren schreiben?“, in: Knut Wolfgang Nörr/Bertram Schefold/Friedrich Tenbruck (Hg.), Geisteswissenschaften zwischen Kaiserreich und Republik. Zur Entwicklung von Nationalökonomie, Rechtswissenschaft und Sozialwissenschaft im 20. Jahrhundert, Stuttgart: Franz Steiner, S. 23–46.

Wagner, Adolph (Hg.) (1892): Grundlegung der Politischen Ökonomie, 3. Aufl., Lehr- und Handbuch der politischen Oekonomie, Erste Hauptabteilung, Leipzig: C. F. Winter’sche Buchhandlung.

Wagner, Adolph (1895): Die akademische Nationalökonomie und der Socialismus. Rede zum Antritt des Rectorats der Königlichen Friedrich-Wilhelms-Universität in Berlin gehalten in der Aula am 15. October 1895 von Adolph Wagner, Berlin: Julius Becker.

Wagner, Adolph (1907): Theoretische Sozialökonomik – oder Allgemeine und theoretische Volkswirtschaftslehre: Grundriß tunlichst in prinzipieller Behandlungsweise, Bd. 1, Leipzig: C. F. Winter’sche Buchhandlung.

Wagner, Adolph (1909): Theoretische Sozialökonomik – oder Allgemeine und theoretische Volkswirtschaftslehre: Grundriß tunlichst in prinzipieller Behandlungsweise, Bd. 2, Leipzig: C. F. Winter’sche Buchhandlung.

Watrin, Christian (2000): Alfred Müller-Armack – Economic Policy Maker and Sociologist of Religion, in: Peter Koslowski (Hg.), The Theory of Capitalism in the German

Economic Tradition: Historism, Ordo-Liberalism, Critical Theory, Solidarism, Berlin: Springer, S. 192–220.
Weber, Max (1904): „Die ‚Objektivität' sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis", in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 19 (1), S. 22–87.
Weber, Max (1920): Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie, Bd. 1, Tübingen: Mohr.
Weber, Max (1921a): Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie, Bd. 2, hrsg. von Marianne Weber, Tübingen: Mohr.
Weber, Max (1921b): Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie, Bd. 3, hrsg. von Marianne Weber, Tübingen: Mohr.
Weber, Max (1921c): Gesammelte Politische Schriften, hrsg. von Marianne Weber, München: Drei Masken.
Weber, Max (1922a): Grundriß der Sozialökonomik, III. Abteilung: Wirtschaft und Gesellschaft, Tübingen: Mohr.
Weber, Max (1922b): Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre, hrsg. von Marianne Weber, Tübingen: Mohr.
Weber, Max (1923): Wirtschaftsgeschichte. Abriß der universalen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Aus den nachgelassenen Vorlesungen, hrsg. von S. Hellmann und M. Palyi, Berlin: Duncker & Humblot.
Weber, Max (1924a): Gesammelte Aufsätze zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Tübingen: Mohr.
Weber, Max (1924b): Gesammelte Aufsätze zur Soziologie und Sozialpolitik, hrsg. von Marianne Weber, Tübingen: Mohr.
Weber, Max (2014/1919–1920): Wirtschaft und Gesellschaft. Soziologie. Unvollendet, Studienausgabe der Max Weber-Gesamtausgabe, Band I/23, hg. von Knut Borchardt, Edith Hanke, und Wolfgang Schluchter, Tübingen: Mohr.
Weber, Max/Paul Siebeck (1914): „Vorwort und Einteilung des Gesamtwerks", in: Grundriß der Sozialökonomik, I. Abteilung: Wirtschaft und Wirtschaftswissenschaft, bearb. von Karl Bücher, Joseph Schumpeter und Friedrich von Wieser, Tübingen: Mohr, S. VII–XIII.
Wilbrandt, Robert (1926): „Das Ende der historisch-ethischen Schule", in: Weltwirtschaftliches Archiv 24 (1), S. 73–108.

Ebner, Alexander, Prof. Dr. habil., geb. 1967 in Wiesbaden, seit 2009 Professor für Politische Ökonomie und Wirtschaftssoziologie am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main. Forschungsschwerpunkte: Unternehmertum und Innovation, Wirtschaftssystemvergleich, Industrie- und Technologiepolitik, Geschichte der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften.

Die Sozialökonomik in der Zwischenkriegszeit und ihre Sicht der Soziologie

Gertraude Mikl-Horke

Inhaltsverzeichnis

1 Sozialökonomie, Volkswirtschaftslehre und Wirtschaftstheorie 298
2 Sozialökonomik und Soziologie bei Max Weber und Friedrich Wieser 301
3 Zur Ökonomie der Zwischenkriegszeit 306
4 Sozialpolitik und Ökonomie: Sozialistische und liberale Perspektiven eines „dritten Weges“ 311
5 Konservativ-geisteswissenschaftliche Ansätze: Sombart, Gottl und Spann 317
6 Die Krise des Denkens und die Sozialökonomik 323
Literatur 324

Zusammenfassung

Was unter Sozialökonomik verstanden wurde, erfuhr seit dem Ende des 19. Jahrhunderts eine Veränderung, die auch als Folge der Methodenauseinandersetzung gesehen werden kann, und die sich vor allem bei Max Weber und den österreichischen Ökonomen ausdrückte. Die dabei auftretenden Unterschiede werden im Vergleich zwischen Weber und Friedrich Wieser aufgezeigt. Die krisenhafte Situation der Zwischenkriegszeit trug dazu bei, dass sich die Ökonomie vielfach und in ideologisch differenzierter Weise als Sozialwissenschaft, Gesellschaftslehre oder als Soziologie begriff. Die dies-

G. Mikl-Horke (✉)
Institut für Soziologie und empirische Sozialforschung Gebäude D4, Wirtschaftsuniversität Wien, Wien, Österreich
E-Mail: Gertraude.Mikl-Horke@wu.ac.at

© Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2022

K. Acham und S. Moebius (Hrsg.), *Soziologie der Zwischenkriegszeit. Ihre Hauptströmungen und zentralen Themen im deutschen Sprachraum*,
https://doi.org/10.1007/978-3-658-31401-9_10

bezüglichen Auffassungen von Ludwig Mises und Joseph A. Schumpeter, von deutschen und österreichischen sozialistischen Sozialwissenschaftlern wie Rudolf Goldscheid, Adolph Lowe, Emil Lederer oder Karl Polanyi, aber auch der Ordoliberalen sowie von konservativen Autoren wie Werner Sombart, Friedrich Gottl-Ottlilienfeld und Othmar Spann werden kurz umrissen. Allmählich traten aber auch eine Tendenz zur disziplinären Trennung von Ökonomie und Soziologie und damit ein Verständnis der Sozialökonomik als Wirtschaftswissenschaft stärker hervor, wie es bei Max Weber schon angedacht war.

Schlüsselwörter

Wirtschaftssoziologie · Sozialpolitik · Sozialwissenschaft · Wirtschaftstheorie · Sozialökonomie

Die kurze Zeitspanne der Zwischenkriegszeit war in Deutschland und Österreich geprägt von den politischen und wirtschaftlichen Folgen des Ersten Weltkriegs sowie durch ideologisch-politische Spaltungen und sozialökonomische Krisen. Dies prägte auch das Denken und verstärkte das Bewusstsein von den Wechselwirkungen zwischen den politischen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen. In der Nationalökonomie kann man einerseits eine Kontinuität der Diskussionen aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg feststellen, andererseits eine weitverbreitete Rhetorik von der Krise des Kapitalismus, aber auch das Bemühen um eine neue Sicht auf Wirtschaft und Gesellschaft. Der Begriff der Sozialökonomik fand jedoch nur selten Verwendung in Mitteleuropa, was in Gegensatz zu den häufigen, aber unterschiedlichen Bezugnahmen in Westeuropa stand.

1 Sozialökonomie, Volkswirtschaftslehre und Wirtschaftstheorie

1.1 Zur Geschichte des Begriffs der Sozialökonomie

Jean Baptiste Say, Charles Dunoyer und John St. Mill verwendeten den Begriff „économie sociale“ bzw. „social economy“, um die individualistisch-liberale Orientierung der klassischen Nationalökonomie zu unterstreichen. In einer anderen Bedeutung fand sich der Begriff vor allem im Frankreich des 19. Jahrhunderts, und zwar im Sinn von sozialethischen und sozialistischen Konzeptionen

bei Proudhon, Fourier, Godin oder Le Play, sowie in politischen Initiativen zugunsten der Arbeiterschichten (vgl. Mikl-Horke 2011a, 2011b). In einem ähnlichen Sinn fand der Begriff Verwendung bei Leon Walras als jener Teil der Nationalökonomie, der sich mit dem Problem der Verteilung auseinandersetzt. Diesen wie auch die angewandte Ökonomie trennte Walras von der „économie pure", der reinen Wirtschaftstheorie. Die „économie sociale" verstand er als eine normativ-ethische Wissenschaft auf der Grundlage des Prinzips der Gerechtigkeit (Walras 1896; vgl. Cirillo 1984). Auch in England befreite William St. Jevons die auf utilitaristischer Basis begründete reine Wirtschaftstheorie von den historischen und sozialen Aspekten und wies diese der Soziologie Herbert Spencers zu; er nannte sie daher „economic sociology" und betrachtete sie als eine die Ökonomie ergänzende, aber davon strikt getrennte Disziplin (Jevons 1871/1888). Demgegenüber ordnete Emile Durkheim, der die utilitaristisch-individualistische Wirtschaftstheorie als Ausdruck der anomischen Pathologie der Zeit kritisierte, in seinem System der Wissenschaften die Ökonomie der Soziologie unter (Durkheim 1908), was in Frankreich eine „soziologische Ökonomie" begründete (vgl. Lebaron 2001).

Diese unterschiedlichen Formen von Sozialökonomie, die sich am Ende des 19. Jahrhunderts in Westeuropa fanden, wurden in Mitteleuropa kaum beachtet, weil sie mit individualistisch-liberaler Wirtschaftstheorie verbunden wurden, die in der deutschen Volkswirtschaftslehre auf Ablehnung traf.[1] Von anderen wurde der Begriff der Sozialökonomie mit den radikalen sozialistischen Ansätzen, wie sie in Frankreich beobachtet wurden, in Verbindung gebracht, und deshalb abgelehnt. Aber selbst Karl Marx verwendete den Begriff der Sozialökonomie nicht für seine Auffassung, denn er stand den sozialreformerischen und sozialpolitischen Bestrebungen kritisch gegenüber, da diese einen Kompromiss im Klassenkonflikt und mit dem bürgerlichen Staat vorausgesetzt hätten. In Deutschland wurde die Diskussion um die Verteilung und die soziale Lage der arbeitenden Schichten unter dem Begriff der „Sozialen Frage" geführt, deren Lösung vom Staat und dessen Sozialpolitik erwartet wurde. Die Vertreter der historischen Volkswirtschaftslehre, allen voran Gustav von Schmoller (1838–1917), suchten Grundlagen für die staatliche Wirtschafts- und Sozialpolitik zu liefern. Zu diesem Zweck wurde 1872 der „Verein für Socialpolitik" gegründet.

[1] Eine Ausnahme stellte Eugen Dühring dar, der im *Cursus der National- und Socialökonomie* (Dühring 1873) die Dominanz der Staats- und Geschichtsorientierung in der deutschen Nationalökonomie kritisierte. Er vertrat eine Sozialökonomie, die er auf einem positivistischen Naturalismus aufbaute.

Die Volkswirtschaftslehre sollte eine praktische Wissenschaft im Dienste des Gemeinwohls sowie der Bildung und der Kultur sein. Dazu sollte gründliche historische und realistische Forschung über die gesellschaftliche Verfassung der Volkswirtschaft führen, wobei vielfach organizistische Vorstellungen des sozialen Ganzen vorherrschten. Sie war daher von der Sache her eine Sozialökonomie, ohne dass dieser Begriff verwendet worden wäre.

In Österreich hatte Carl Menger (von Wolfensgrün) (1840–1921) die Notwendigkeit der Theorie für die Ökonomie betont und diese auf die allgemeine Logik des Warentauschs und die Gesetze der Preisbildung bezogen, die er als Resultat des Zusammenwirkens individueller Handlungen und der subjektiven Bewertung von Gütern bestimmte. Seine reine Wirtschaftstheorie unterschied sich aber von der von Walras und Jevons deutlich, denn sie hatte ihre Wurzeln einerseits sowohl in der klassischen Nationalökonomie als auch in der historischen Volkswirtschaftslehre, andererseits aber in der Tradition logisch-philosophischen Denkens in der Habsburgermonarchie (vgl. Stachel 1999).

Zwischen Schmoller und Menger kam es zu dem bekannten Methodenstreit in der deutschen Nationalökonomie, den Roman Köster auch als Gegensatz zwischen der „sozialen Theorie“ der historischen Volkswirtschaftslehre und der „reinen Theorie“ der österreichischen bzw. Wiener Schule der Nationalökonomie[2] bezeichnet (Köster 2011). Dieser Gegensatz wirkte, wie Köster feststellt, auch noch in der Weimarer Republik weiter und bestimmte das Verhältnis von Ökonomie und Soziologie (Köster 2011: 136 f.). Doch auch die österreichische Ökonomie war eine soziale Theorie, wenn auch keine „Gesellschaftstheorie“ im Sinne der Statuierung eines kollektiven Bewusstseins oder einer übergeordneten Idee von (Staats)Gesellschaft. Der „Methodenstreit“ war daher auch eine Auseinandersetzung über die Auffassungen des Sozialen. Die Wirtschaftstheorie war für Menger Teil einer individualistischen Sozialwissenschaft, die auch die Entstehung der sozialen Institutionen, wie Geld, Markt, Recht, Staat, Religion etc., aus dem Zusammenwirken der subjektiv rationalen Handlungen der Einzelnen erklärt (Menger 1871, 1883; vgl. Mikl-Horke 2020). Menger wie auch seine Mitstreiter Eugen von Böhm-Bawerk und Friedrich von Wieser waren Mitglieder im „Institut de Sociologie“ von René Worms und verstanden

[2] Doch zunächst gab es eigentlich keine Schule, denn weder Carl Menger noch seine Mitstreiter, Eugen von Böhm-Bawerk und Friedrich Wieser, scharten aktiv Schüler um sich; alle drei waren auch durchaus unterschiedlich in ihren Auffassungen, stimmten aber in den zentralen Punkten des methodologischen Individualismus und der Grenznutzentheorie (erst Wieser prägte den Begriff des Grenznutzens) überein.

Soziologie als individualistische Sozialtheorie, die nicht von kollektiven bzw. organizistischen Annahmen über das Soziale ausgeht. John Torrance sprach daher mit Bezug auf die österreichische Wirtschaftstheorie von einer „Gegensoziologie“ (Torrance 1981: 463 f.), aber man kann sie auch als Sozialökonomie im Sinn der klassischen Nationalökonomie begreifen.

Viele Ökonomen versuchten, Theorie und historische Orientierung zu verbinden. Das traf insbesondere auf Heinrich Dietzel (1857–1935) zu, mit dessen *Theoretischer Sozialökonomik* (Dietzel 1895; s. auch schon: Dietzel 1883) der Begriff der Sozialökonomik im deutschsprachigen Raum bekannt wurde. Dietzel war an Jean Baptiste Say, aber auch an der Theorie von Menger orientiert und suchte die subjektive Werttheorie wieder mit der klassischen Produktionskostentheorie zu verbinden (vgl. Kasprzok 2005). Als Schüler von Adolph Wagner war er gleichzeitig der jüngeren Schule der historischen Volkswirtschaftslehre verbunden und wird im Allgemeinen dieser zugezählt. Wie Menger distanzierte sich auch Dietzel von der utilitaristisch-hedonistischen Begründung des Eigeninteresses zugunsten des „wirtschaftlichen Prinzips“ und sah die „Sozialökonomik“ als ein deduktives System auf der Grundlage der Handlungen der „Individualwirtschaften“ (vgl. Nau 1997: 204 ff.).

Eine vermittelnde Position zwischen historisch-praktischer und theoretischer Zugangsweise vertrat auch Eugen von Philippovich (1858–1917), dessen *Grundriß der Politischen Ökonomie* (Philippovich 1893) zahlreiche Neuauflagen erzielte und ein Standardwerk der Ökonomie bis weit in die Zwischenkriegszeit hinein blieb. Er unterschied ähnlich wie Dietzel zwei Interpretationen des Wirtschaftens: zum einen als ein auf das Ziel der Güterversorgung der Gemeinschaft gerichtetes Handeln, zum anderen als logisch-rationales Verhalten gemäß dem Wirtschaftlichkeitsprinzip. Er betonte zudem stark die sozialen Aspekte der „gesellschaftlichen Form der Wirtschaft“, stand den Fabiern nahe und engagierte sich besonders in Fragen der Sozialpolitik. In Bezug auf die sozialökonomische Auffassung der Ökonomie und die Beschäftigung mit der Sozialpolitik folgte ihm auch sein Schüler Otto von Zwiedineck-Südenhorst (1871–1954), der Nachfolger von Max Weber auf dem Lehrstuhl in München wurde.

2 Sozialökonomik und Soziologie bei Max Weber und Friedrich Wieser

Die Denkweisen der historischen Volkswirtschaftslehre, die Auseinandersetzung mit der individualistischen Wirtschaftstheorie sowie die Herausforderung durch die Kapitalismustheorie von Karl Marx prägten die Diskussionen in der Öko-

nomie seit dem Ende des 19. Jahrhunderts und schlugen sich auch im Werk von Max Weber nieder, das zwischen historisch-synthetischer Auffassung und theoretischer Modellbildung, zwischen der Historischen Schule und ihren neoklassischen sowie marxistischen Herausforderern vermittelte, wie Nau anmerkt (Nau 1997: 303). Max Webers Verwendung des Begriffs Sozialökonomik bestimmte das Verständnis derselben auch in der Zwischenkriegszeit und bestimmt es darüber hinaus bis heute.

2.1 Max Webers Sozialökonomik

Max Weber (1864–1920) war von der Jurisprudenz und der Rechtsgeschichte zur Volkswirtschaftslehre gekommen. Zwischen ihm und den österreichischen Ökonomen bestand eine weitgehende Übereinstimmung hinsichtlich der Auffassung vom individuellen Handeln als Grundlage der Ökonomie. Aber Weber wollte nicht Wirtschaftstheorie treiben, sondern ihm ging es um das Erklären und Verstehen der Kulturbedeutung der Wirtschaft. Dies kommt in seinen Handlungstypen, in denen das zweckrationale Handeln als idealtypisch für die moderne Gesellschaft verstanden wird, zum Ausdruck. Er begründete die individuelle Rationalität historisch als kulturelle Entwicklung, in der sich die Rationalisierung der Kultur in der Moderne niederschlug (vgl. dazu auch Norkus 2001: 82 ff.). Aus der Perspektive einer historischen Kulturwissenschaft betrachtete er die Wirtschaftstheorie als idealtypische Ausprägung des modernen Denkens und als Ausdruck der Kulturbedeutung des modernen industriellen Kapitalismus.

Den Begriff Sozialökonomik verwendete Weber im Titel der Reihe *Grundriß der Sozialökonomik,* in der auch *Wirtschaft und Gesellschaft* (Weber 1922), das als Webers Hauptwerk betrachtet wird, erschien. Aufschluss darüber, wie Weber Sozialökonomik verstand, findet sich in dem Aufsatz über „Die ‚Objektivität' sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis" (Weber 1904/1988). Er bezog sich darin auf „die sozialökonomische Wissenschaft seit Marx und Roscher" (Weber 1904/1988: 163), erwähnte aber weder Dietzel noch Menger. Weber meinte, die Sozialökonomik solle sich nicht nur auf die soziale Frage beziehen, sondern das Kulturleben „nach seiner sozialökonomischen Seite hin" untersuchen, jedoch nicht in einer allgemeinen Sozialwissenschaft münden, sondern Ökonomie bleiben. Die Sozialökonomik charakterisierte er als „wissenschaftliche Erforschung der *allgemeinen Kulturbedeutung der sozialökonomischen Struktur des menschlichen Gemeinschaftslebens* und seiner historischen Organisationsformen" (Weber 1988: 165). Sie reflektiert gemäß Weber das Interesse an der Erkenntnis der wirtschaftlichen Seite der Kultur-

bereiche, da das „Sozial-ökonomische“ keine Eigenschaft von Objekten sei, sondern eine Problemstellung repräsentiere. Ein sozialökonomisches Problem aber entstehe nur, wenn sich das Interesse darauf richtet. In der Gegenwart komme, wie Weber meinte, der Erforschung „*der sozialen Erscheinungen und Kulturvorgänge* unter dem speziellen Gesichtspunkt ihrer *ökonomischen* Bedingtheit und Tragweite“ große Bedeutung als „wissenschaftliches Prinzip“ zu (Weber 1904/1988: 166).

Als wissenschaftlicher Forschungsbereich sollte die Sozialökonomik in Webers Sicht eine objektive Darstellung der Kulturbedeutung bieten, die einerseits von einem breiten historisch-kulturellen Verständnis von Wirtschaft ausgehen, andererseits deren typisch moderne Form erfassen sollte. Die Ökonomie oder vielmehr die abstrakte Wirtschaftstheorie, die er als Idealbild und als Utopie bezeichnete (Weber 1904/1988: 190), war für Weber eine Kulturerscheinung, die aber gleichzeitig als ein Mittel der Kulturerkenntnis dienen könne.

In den später verfassten Teilen von *Wirtschaft und Gesellschaft,* vor allem in der Kategorienlehre, sprach Weber nicht mehr von Sozialökonomik, sondern von Soziologie bzw. Wirtschaftssoziologie, denn von dieser erhoffte er sich eine strengere empirisch-kausale Begriffsbildung. Die oft so bezeichnete Wendung Webers zur Soziologie führte aber, wie Norkus feststellt, nicht zu einer „Auflösung“ seiner Sozialökonomik (Norkus 2001: 127 ff.). Vielmehr war sie Ausdruck seines Strebens nach Objektivität und nach kausaler Erklärung, die aber letztlich dem Verstehen der Kulturbedeutung dienen sollte. Webers Sozialökonomik war nicht Vorbereitung oder Vorstufe einer Soziologie, sondern Wirtschaftswissenschaft, in der die Wirtschaftstheorie erklärende Funktion, aber auch kulturwissenschaftliche Bedeutung hat.

2.2 Friedrich Wiesers Soziologie der „gesellschaftlichen Wirtschaft“

Die Verbindung von historischer und theoretischer Perspektive manifestierte sich auch bei Friedrich von Wieser (1851–1926), Mengers Nachfolger auf dem Lehrstuhl an der Universität Wien. Während Eugen von Böhm-Bawerk (1851–1914) sich dem Ausbau der Theorie, insbesondere der Kapitaltheorie, widmete, stand Wieser historischem und soziologischem Denken nahe, was sich auch in seiner *Theorie der gesellschaftlichen Wirtschaft* (Wieser 1914/1924) zeigt, aber mehr noch im *Gesetz der Macht* (Wieser 1926), das als seine „Soziologie“ gilt (Menzel 1927).

Wieser sah im Unterschied zu Weber die Ökonomie als „vorgeschobenen Posten der Gesellschaftstheorie", denn: „Der volkswirtschaftliche Prozeß ist ein gesellschaftlicher Prozeß und muß daher dieselben Probleme aufwerfen, die für alles gesellschaftliche Handeln gelten." (Wieser 1914/1924: 110) Zunächst entwickelte Wieser sein Modell der „einfachen Wirtschaft", das weniger auf eine individualistische Handlungstheorie verweist, als auf die Konzeption einer technologisch fortschrittlichen Haushaltsökonomie. Dieser idealen Konstruktion stellte Wieser die „gesellschaftliche Wirtschaft", in der Macht und Interessen herrschen, entgegen. Während Böhm-Bawerk in der Frage „Macht oder ökonomisches Gesetz?" (Böhm-Bawerk 1914) die Geltung des Letzteren betont hatte, sah Wieser in der Macht eine Grundtatsache in Wirtschaft und Gesellschaft. Macht tritt, wie er meinte, in zweifacher Form auf, als Freiheitsmacht und als Zwangsmacht, denn auch die Freiheit ist für Wieser ein gesellschaftlicher Zustand des Individuums. Wieser ging von einem gesellschaftlich legitimen Eigeninteresse der Einzelnen aus, das auf der Internalisierung von Recht und sozialer Ordnung durch Prozesse der Sozialisierung und der sozialen Kontrolle beruht (Wieser 1914/1924: 117). Das wirtschaftliche Handeln ist daher nicht nur ein soziales Handeln, das auf andere bezogen ist, sondern ein gesellschaftliches Handeln von Individuen. Den Individualismus der Wirtschaftstheorie sah er als eine Idealisierung zu analytischen Zwecken, als methodologisch begründet an.

In seiner Analyse der realen Wirtschaft behandelte Wieser nicht nur die Marktprozesse, sondern auch das Problem der gesellschaftlichen Schichtung. Diese betrachtete er als durch die Kräfte der Wirtschaft geprägt; gleichzeitig stellen aber auch Geld, Markt und Erwerbswirtschaft ihrerseits „gesellschaftliche Bildungen" dar. Macht entsteht auch aus der Wirtschaft heraus, wobei Wieser insbesondere die Entwicklung von Großkonzernen und Kartellen kritisch sah. Im *Gesetz der Macht* kritisierte er besonders die Rolle des Finanzkapitals, die zur Entstehung einer neuen Plutokratie von kapitalistischen Unternehmern und Geldkapitalisten geführt hätte. Er wies aber auch darauf hin, dass Macht nun vornehmlich „anonym" oder unpersönlich bzw. durch Sprache, Geld, Regeln etc. wirke und sich in „Kontrolle" transformiert habe. Das Finanzkapital habe auch die internationale Ausweitung der Macht des Kapitals ermöglicht, das die Kontrolle über Staaten gewinne, neue Machtsphären durch international agierende Unternehmen entstehen lasse und eine „internationale Schichtung" der Volkswirtschaften erzeuge (Wieser 1914/1924: 317 ff.). Er forderte daher insbesondere von der Wissenschaft die Erstellung einer „weltwirtschaftlichen Machtbilanz" (Wieser 1926: 495).

Aber Wieser setzte seine Hoffnung nicht auf den Sozialismus, sondern auf die „ungeschriebene private Wirtschaftsverfassung" (Wieser 1914/1924:

273 ff.), also die Regeln, Praktiken, Normen und Werte, die sich im Lauf der Geschichte durch das tatsächliche Handeln der Menschen auf den Ebenen unterhalb der wechselnden Herrschaftsverhältnisse gebildet haben. Wieser erblickte die Legitimierung des Privateigentums in dieser historisch gewordenen privaten Wirtschaftsverfassung, in der sich der „gesellschaftliche Sinn" der Wirtschaft jenseits von Macht und Gewalt ausdrücke. Dem Liberalismus des 19. Jahrhunderts warf Wieser vor, diesen verletzt zu haben, denn er habe nur die Freiheit der kapitalistischen Unternehmer gemeint (Wieser 1926: 477). Daher müsse nun die staatliche Wirtschafts- und Sozialpolitik den Schutz vor der kapitalistischen Übermacht gewährleisten (Wieser 1914/1924: 286).

Wieser gilt seit der scharfen Kritik von Ludwig Mises nicht mehr als Vertreter der österreichischen Wirtschaftstheorie, wie sie sich dann als „Austrian Economics" in den USA etablierte.[3] Auch in Mitteleuropa blieb dem Werk Wiesers die Anerkennung als ein Versuch einer sozialökonomischen Grundlegung der Wirtschaftswissenschaft weitgehend versagt (vgl. Ekelund/Thornton 1987). Ebenso wurden die deutlichen soziologischen Bezüge in Wiesers wirtschaftlichem Werk in der Wirtschaftssoziologie bis heute nicht beachtet (vgl. Mikl-Horke 2014). In Kreisen des amerikanischen Institutionalismus wurde Wiesers *Theorie der gesellschaftlichen Wirtschaft* hingegen positiv aufgenommen. Wesley Mitchell charakterisierte sie als „Social Economics" (Mitchell 1917) und gab das Werk unter diesem Titel (Wieser 1927) heraus.

Weber und Wieser können als Exponenten einer Sozialökonomik verstanden werden, deren Einfluss in der Zwischenkriegszeit weiterwirkte. Sie repräsentieren zwei unterschiedliche Sichtweisen, die auch gegenwärtige Diskurse in der Sozialökonomie charakterisieren: zum einen die Frage des Einflusses der Ökonomie bzw. des Wirtschaftsdenkens und -handelns auf alle anderen Gesellschafts- und Kulturbereiche, zum anderen das Problem von Macht, Interessen und Normen im Hinblick auf ihre Folgen für die Wirtschaftsordnung, für die soziopolitischen Strukturen und Konflikte und für die Individuen.[4]

[3] Mises warf ihm vor, Geld, Markt und Unternehmerhandeln, die doch eigentlich die Triebkraft der wirtschaftlichen Dynamik darstellten, als Störfaktoren zu behandeln. Seine Auffassung wurde als anti-liberal und sein Modell der einfachen Wirtschaft als „sozialistisch" abgelehnt.

[4] Den Übereinstimmungen und Unterschieden in den Auffassungen zwischen Weber und Wieser wird gegenwärtig wieder Aufmerksamkeit geschenkt (vgl. Kolev 2019; Morlok 2013).

3 Zur Ökonomie der Zwischenkriegszeit

3.1 Die Krise der Wirtschaftstheorie und die sozialökonomischen Probleme der Zeit

Die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg war durch die Katastrophe der militärischen Niederlage, durch politische Unruhen und Räteherrschaft, durch Hyperinflation und hohe Staatsschulden charakterisiert. Themen wie Sozialisierung und Vermögensabgabe beherrschten die Diskussionen. Konzepte einer „neuen Wirtschaft" (Rathenau 1918) entstanden, die auch mit einer grundlegenden Neuausrichtung in Bezug auf Staat und Gesellschaft verbunden waren, denn es hätte „nach dem Ersten Weltkrieg jeder aktuellen Erfahrung widersprochen, die Wirtschaft unter Absehen von ihrer gesellschaftlichen Organisation zu beschreiben" (Köster 2011: 179). Gleichzeitig kam es jedoch auch zur weiteren Vertiefung der ideologischen Unterschiede und der Spaltungen in weltanschaulich-politische Lager, die auch unterschiedliche Denkstile und Auffassungen in den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften bedingten (vgl. Acham 1996, 1998).

Die inhaltlichen Themen, mit denen sich die Ökonomen in den 1920er Jahren beschäftigten, bezogen sich auf den Strukturwandel der Wirtschaft durch Konzerne und Kartelle und auf die Konjunkturbewegungen. Rudolf Hilferding sprach auf dem Kieler Parteitag der SPD 1927 vom „organisierten Kapitalismus", der einen korporativen Geist in der Wirtschaft entstehen habe lassen (vgl. Winkler 1974). Die Frage nach der Zukunft des Kapitalismus nach dem „Ende des Laissez-faire" (Keynes 1926) wurde diskutiert, ja sogar *Das Ende des Kapitalismus* (Fried 1933) beschworen. Die Hinwendung zu Planung und Staatslenkung schien vielen unabwendbar, und sozialistische Ökonomen begrüßten dies als eine Selbsttransformation des Kapitalismus in einen Sozialismus. Die Weltwirtschaftskrise erfasste auch Mitteleuropa und verstärkte den Zweifel an der Fähigkeit des Marktes, Krisen zu bewältigen.

Die Grenznutzentheorie geriet zunehmend in die Kritik, denn sie erschien vielen als realitätsfremd (vgl. Diehl 1925; Gottl-Ottlilienfeld 1923a). In Österreich erlebte die Menger-Theorie im weiteren Verlauf der 1920er Jahre einen Niedergang und spielte nur mehr eine geringe Rolle in der universitären Landschaft (vgl. Klausinger 2016). Man suchte, wie etwa Robert Liefmann, ohne Wert- bzw. Grenznutzenkonzeption auszukommen und rezipierte Gustav Cassels *Theoretische Sozialökonomie* (Cassel 1918), die beanspruchte, die ökonomische Realität abzubilden und für alle Tauschwirtschaften, und darüber hinaus sogar für sozialistische Wirtschaften zu gelten (vgl. Köster 2011: 101 ff.). Auch manche österreichische Ökonomen suchten die Theorie neu zu begründen und gleichzeitig

den realen gesellschaftlichen Bedingungen Rechnung zu tragen. Da man die gesellschaftlichen Verhältnisse immer mitdenke, wenn über Wirtschaft reflektiert werde, meinte Richard Strigl (1891–1942), dass es notwendig sei, reine ökonomische Kategorien von höchster Abstraktion zu entwickeln, die für alle Wirtschaft zutreffen. Erst dann könne man diese wieder inhaltlich und historisch anreichern, um damit die Organisation der Wirtschaft auf theoretischer Basis empirisch zu erfassen (Strigl 1923). Wie so viele andere wandte sich Strigl aber auch verstärkt praktischen ökonomischen Problemen der Sozialpolitik zu (Strigl 1926). Auch Alfred Amonn (1883–1962) verstand die Ökonomie als praktische Wissenschaft, die Grundlagen für die Wirtschafts- und Sozialpolitik liefern sollte. Amonn fühlte sich Menger, Böhm-Bawerk und Wieser, aber auch seinem Lehrer Eugen von Philippovich und dem britischen Ökonomen Alfred Marshall verbunden und wird daher auch der Marshall-Pigouschen Wohlfahrtstheorie zugeordnet. In seiner 1926 erschienenen *Volkswohlstandslehre* wendete er in diesem Sinn die logischen Prinzipien, die er schon 1910 entwickelt hatte und an denen er auch in der zweiten Auflage festhielt (Amonn 1910/1927), auf die realen Problembereiche der Wirtschaft an (Amonn 1926).

3.2 Ludwig Mises' sozialwissenschaftliche Logik

Der engagierteste Vertreter der liberalen Wirtschaftstheorie war Ludwig Mises (1881–1973). Er gehörte in den 1920er Jahren auch zu den schärfsten Gegnern der Planwirtschaft und der Gemeinwirtschaft (Mises 1922) und verteidigte den Liberalismus und die Grenznutzentheorie gegen die Kritiker (Mises 1927, 1933). Mises war zunächst an der historischen Volkswirtschaftslehre und an Max Weber orientiert gewesen, wandte sich dann aber der Theorie von Menger zu und warf Weber vor, er habe das rationale Handeln zum Idealtypus der okzidentalen Moderne erklärt und es damit „historisiert" (Mises 1933: 71 ff.). Das Handeln sei jedoch nicht nur Grundelement der Geschichte, sondern beruhe auf der ontologisch begründeten Zweck-Mittel-Rationalität menschlichen Handelns. Daher sei die Handlungstheorie in der Ökonomie am besten ausgearbeitet und habe aprioristische Geltung für alle Sozialwissenschaften. Mises identifizierte die Handlungslogik zunächst mit Soziologie,[5] deren Kern die Ökonomie sei (Mises

[5] Mises war nicht nur dem „Institut de Sociologie" von René Worms verbunden, sondern auch Mitglied in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie sowie im Verein für Socialpolitik (Mises 1978: 67).

1933: 64 ff.), bezeichnete sie später dann aber als „Praxeologie“ (s. Mises 1940). Er erkannte sie als eine Metadisziplin auf derselben Ebene wie die mathematische Logik oder die Aussagenlogik. Gesellschaft sah Mises durch das Zusammenwirken der subjektiv rationalen individuellen Handlungen bestimmt. Sie beruht demzufolge nicht auf einem Kollektivbewusstsein oder einem Gefühl der Gemeinschaft, sondern auf Austauschbeziehungen, die sich aus Arbeitsteilung und Kooperation ergeben und sich auf „dem Markt“ manifestieren. Während Menger den Begriff des Marktes in seiner abstrakten Bedeutung noch nicht ins Zentrum seiner Theorie gerückt hatte, wurde er für Mises zum Grundbegriff liberaler Wirtschaftstheorie.

Ludwig Mises übte, obwohl er in Österreich akademischer Außenseiter blieb, großen Einfluss aus, denn in seinem Privatseminar versammelten sich viele Interessierte wie Friedrich A. Hayek, Gottfried Haberler, Felix Kaufmann, Fritz Machlup, Oskar Morgenstern, Alfred Schütz, Richard von Strigl, Eric Voegelin etc. (Mises 1978: 66). Insbesondere Friedrich A. Hayek (1899–1992) wurde zu seinem engsten Mitarbeiter und später zu dem berühmtesten Vertreter des wirtschaftstheoretischen Liberalismus in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Hayek ging bereits 1931 an die London School of Economics und wurde dort zum entschiedensten Gegner von John M. Keynes. Nach der Emigration begründete Mises zusammen mit Hayek nach einigen Anfangsschwierigkeiten die neoösterreichische Schule der „Austrian Economics“ (vgl. Mikl-Horke 2017).

3.3 Joseph A. Schumpeter und die theoretische Sozialökonomie

Ein österreichischer Ökonom, der bis heute als einer der wichtigsten Klassiker der Sozialökonomik bzw. der Wirtschaftssoziologie betrachtet wird, ist Joseph A. Schumpeter (1883–1950). Er studierte unter anderem bei Friedrich Wieser, interessierte sich für das Werk von Karl Marx sowie für die formalen und mathematischen Theorien von Jevons und vor allem von Walras, was sein Denken über Kapitalismus und Ökonomie bestimmte (vgl. Kurz 2005). Schumpeter war auch von Max Weber beeindruckt und zeigte eine starke Neigung zu historischen und soziologisch-kulturellen Betrachtungsweisen (vgl. Acham 1984; Swedberg 1994). Er bekannte sich zum „Soziologisieren“, jener „Tendenz nach dem Begreifen von möglichst Vielem an uns, von Recht, Religion, Moral, Kunst, Politik, Wirtschaft, ja selbst von Logik und psychischen Erscheinungen aus der Soziologie heraus“, die in seiner Sicht das Kennzeichen der Epoche war (Schumpeter 1915: 133; vgl. Eisermann 1965). „Soziologie“ verstand

er daher nicht wie Mises als Handlungslogik, sondern als Aufbereitung vielfältiger „weicher" Fakten, die als historische und empirische Ergänzungen der Theorie notwendig seien, aber diese nicht ersetzen sollten (Schumpeter 1926a). Gleichzeitig erkannte er aber auch, dass sich in den Theorien der Ökonomen die jeweilige soziale Ordnung der Zeit und des Landes niederschlägt. In den *Epochen der Dogmen- und Methodengeschichte* (1914) schrieb er in diesem Sinn den Physiokraten und den Klassikern eine „ökonomische Soziologie" zu. Auch sah er zwei Quellen der „Sozialökonomik": Zum einen eine philosophisch-spekulative Tradition, die er bis Aristoteles zurückverfolgte, und eine praktische Tradition, wie er sie den englischen Freihandelsverfechtern und den Kameralisten zuschrieb (Schumpeter 1914: 69 ff.). Er selbst suchte aber nach einer spezifischen theoretischen Perspektive, was sich insbesondere in der zweiten Auflage der *Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung* äußert: er eliminierte in dieser die Abschnitte, die er in der ersten Auflage den kulturell-historischen Aspekten gewidmet hatte, zugunsten der klaren Herausarbeitung der inneren Kräfte des kapitalistischen Prozesses (Schumpeter 1911/1926b). Schumpeter kritisierte Walras' statische Theorie des Gleichgewichts und suchte zu zeigen, dass „Entwicklung" durch innere Kräfte der Wirtschaft, durch neue Kombinationen von Produktionsmitteln, bewirkt werde und nicht an Zustandsanalysen und -vergleichen, sondern an diskontinuierlichen Veränderungen erkennbar sei. Diese Eigendynamik und Innovationskraft der Wirtschaft sah er als Grundmerkmal des Kapitalismus an. Zwar maß Schumpeter auch den Unternehmern und deren Risikobereitschaft und Kreativität große Bedeutung zu, behandelte sie aber nicht wie Marx als eigene Klasse, sondern als Verhaltenstypus der durch nicht-institutionalisiertes Handeln charakterisiert sei. Im Gegensatz zu Marx meinte er, dass der kapitalistische Prozess immer unabhängiger von den Eigeninteressen bestimmter Gruppen oder Klassen werde und eine inhärente Dynamik entfalte. Auch Marx' Klassenbegriff kritisierte er als zu statisch, weshalb dieser der dynamischen Veränderung der sozialen Strukturen im kapitalistischen Prozess nicht Rechnung tragen könne. Klasse war für Schumpeter ein Sozialgebilde, das sich in seiner personalen Zusammensetzung ständig verändert und das nicht gegen andere Klassen abgeschottet ist. Er erkannte die kapitalistische Entwicklung als einen sozialen Prozess, der Aufstieg für die einen und Abstieg für die anderen bedeutet. Wie für Marx waren aber auch für Schumpeter Krisen normale Erscheinungen der kapitalistischen Bewegung, allerdings deshalb, weil es vor dem Auftreten neuer innovativer Kombinationen von Produktionsfaktoren regelmäßig zu Phasen des konjunkturellen Niedergangs komme, auf die wieder Phasen des Aufschwungs folgen. Diesem Prozess der kreativen Zerstörung und

dem Verlauf der Konjunktur und seiner Erklärung galt Schumpeters besonderes theoretisches Interesse (Schumpeter 1939).

Schumpeter ging bereits 1927 nach Harvard und wandte sich der dort vorherrschenden neoklassischen Theorie zu, was zur endgültigen Distanzierung von der Österreichischen Schule führte. Er war von der Notwendigkeit der reinen, mathematisch fundierten Wirtschaftstheorie überzeugt, da sie am besten die Forderung nach exakter Wissenschaftlichkeit erfüllen und damit der Ökonomie einen hohen Grad an Autonomie verleihen könne. Die Lösung aus der Vermengung des Wirtschaftlichen von den sozialen und historischen Bedingungen ermögliche einen eigendynamischen Erkenntnisfortschritt der Theorie und befreie diese von ideologischen Einflüssen (Schumpeter 1987).

Schumpeter verstand Sozialökonomik als „scientific economics", als theoretische Sozialökonomie im Sinn der neoklassischen Theorie. Sie war ihm zufolge Wirtschaftswissenschaft, nicht Sozialwissenschaft, als welche sie Menger, Wieser oder Mises verstanden hatten. Sein Verständnis von Kapitalismus aber ging über die Theorie hinaus, denn er war sich bewusst, dass gerade die Dynamik des kapitalistischen Prozesses auch den Verlust von Lebensformen, Kulturwerten und Idealen bedeutet. Dies zeigte sich insbesondere in dem Essay *Capitalism, Socialism and Democracy* (Schumpeter 1942), auf den sich die meisten Kommentare, die von einer Wirtschaftssoziologie Schumpeters sprechen, beziehen (vgl. Prisching 2010; Swedberg 1994: 127 ff.). Darin sah er, wie so viele andere auch, die weitere Entwicklung des Kapitalismus durch den Übergang in einen Sozialismus bestimmt, verwies auf die sozialen und kulturellen Leistungen des Kapitalismus, auf die Werte, Normen und Institutionen, die er hervorgebracht hatte und auf denen sein Erfolg beruhte – ein Erfolg, den Schumpeter gleichzeitig als Ausgangspunkt seines Niedergangs erkannte.

Schumpeters Denken wechselt immer wieder zwischen der Analyse und Diagnose des realen Kapitalismus und der Betonung der mathematisch-formalen Theorie. Seine Überzeugung von der Aufgabenteilung zwischen Ökonomie und Soziologie (Schumpeter 1915) wurde durch die in den USA bereits weit gediehene Spezialisierung der Disziplinen von Ökonomie und Soziologie verstärkt (vgl. Hodgson 2008). In der posthum veröffentlichten unvollendeten *History of Economic Analysis* stehen dann Wirtschaftsgeschichte, Statistik und Wirtschaftssoziologie als „Techniken" neben der Wirtschaftstheorie und dienen als Wirtschaftswissenschaften der Wirtschaftsanalyse; diese betrachtete er als die eigentliche Aufgabe der Ökonomie und als Grundlage der Politik (Schumpeter 1954). Die Aufgabe der Soziologie bzw. der Wirtschaftssoziologie sah er dagegen in der historisch-empirischen Erforschung der „nicht-ökonomischen" Aspekte des Wirtschaftens.

Gegenwärtige Auffassungen von Sozialökonomie, die diese als Verbindung des Sozialen und des Wirtschaftlichen verstehen, berufen sich oft auf das Werk von Joseph Schumpeter. So etwa meint Jürgen Osterhammel, Schumpeter habe wie wenige andere die Einheit der Sozialwissenschaften verkörpert und sieht ihn als die letzte große Integrationsfigur der deutschen Sozialökonomik in den 1920er Jahren (Osterhammel 1987a: 42), erkennt aber auch die Unterschiede zu Webers Ansatz (Osterhammel 1987b). Swedberg sieht zwei „Visionen" von Sozialökonomik in Schumpeters Werk: zum einen Sozialökonomik im Sinn der Interaktion zwischen sozialen und ökonomischen Faktoren und als Zusammenschau von Volkswirtschaft und Kultur, zum anderen als multidisziplinäre Forschung (Swedberg 1994: 27, 1995). Mitunter wird in der Gesamtschau auf sein Werk auch ein Streben nach einer sozialen Universalwissenschaft gesehen (Kurz 2005: 31; Shionoya 2004). Shionoya meint, Schumpeter habe die institutionelle und die evolutionäre Ökonomie vorweggenommen, und Prisching sieht in der im Geiste Schumpeters entwickelten Sozioökonomie Ansätze für eine sowohl historisch-kulturell orientierte, evolutionäre als auch für eine politische Ökonomie (Prisching 1995).

4 Sozialpolitik und Ökonomie: Sozialistische und liberale Perspektiven eines „dritten Weges"

Die revolutionäre Orientierung und der Rätesozialismus der unmittelbaren Nachkriegszeit waren in den 20er Jahren in Deutschland in vielen Fällen einem gemäßigten Sozialismus gewichen; Demokratie und Sozialpolitik wurden als Weg in eine sozialistische Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung betrachtet. In Österreich hatten in der Monarchie „junge Marxisten" eine Weiterentwicklung der Marx'schen Gedanken zu einem Wissenschaftsprogramm unternommen, was als Austromarxismus bekannt wurde.

4.1 Sozialökonomik im Umkreis des Austromarxismus

Die bedeutendsten Vertreter des Austromarxismus waren Otto Bauer, Karl Renner, Rudolf Hilferding und Max Adler, die sich unter anderem auch mit ökonomischen Theorien und sozialen Problemen beschäftigten. Einige von ihnen hatten am Seminar von Ludwig Mises teilgenommen. Im Umkreis des Austromarxismus entstanden auch Konzeptionen, die an Sozialreformen orientiert waren und sich mit einem liberalen bzw. ethischen Sozialismus verbanden. Sie setzten auf die

soziale Funktion des Rechts und auf eine Sozialpolitik, die ihre Ziele selbständig formuliert und nicht von den Vorgaben der Wirtschaftspolitik abhängig ist, was mitunter auch mit dem Begriff Soziologie verbunden wurde (vgl. Neef 2012).

In Österreich setzte etwa Rudolf Goldscheid (1870–1931) auf die „Sozialpolitisierung" des Staates, den er als ethisches Instrument der Höherentwicklung der Gesellschaft, der Kultur und der Individuen sah (vgl. Mikl-Horke 2007; Peukert 2009). Schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts hatte er die Konzeption einer „Entwicklungs- und Menschenökonomie" ausgearbeitet, an der er bis zuletzt festhielt (Goldscheid 1921). Goldscheid vertrat einen liberalen und ethischen Sozialismus, war aber offen für alle Auffassungen, die der Sache der „Höherentwicklung" der Menschheit dienen könnten, und betrachtete die Verbreitung und Institutionalisierung der Soziologie als Mittel für diesen Zweck.[6] Während und nach dem Ersten Weltkrieg entwickelte Goldscheid eine Finanzsoziologie, in der er in historischer Betrachtung die Staatsfinanzen als Ausdruck der gesellschaftlichen Strukturen charakterisierte (Goldscheid 1917, 1919a, 1926/1976; vgl. Mikl-Horke 2018). Im Rahmen der Sozialisierungsdebatte schlug er ein Konzept der Vermögensabgabe mit staatskapitalistischen Elementen vor (Goldscheid 1919b).

Die Soziologie wurde von den Sozialisten häufig als wissenschaftliche Grundlage für den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft verstanden. Max Adler (1873–1937) verfasste auf der Grundlage einer Verbindung von Kant und Marx eine Soziologie des Marxismus (Adler 1936). Otto Neurath (1882–1945), der ursprünglich von der Volkswirtschaftslehre her kam, hatte im Zuge der Sozialisierungsdiskussion die Konzeption einer Planungsökonomie mit Naturaltausch entwickelt (Neurath 1917), widmete sich dann aber vor allem der empirischen Forschung der Lebensführung der Menschen und entwarf dafür bildstatistische Darstellungen (Neurath 1928). Als Mitglied des Wiener Kreises verband er Austromarxismus und Wissenschaftstheorie in seiner Konzeption einer *Empirischen Soziologie* auf materialistischer Basis (Neurath 1931).

Auch Karl Polanyi (1886–1964) war an der Wissenschaftsphilosophie interessiert und hatte in Budapest den Galileo-Kreis gegründet, dem unter anderen auch Georg Lukács und Karl Mannheim angehörten. In den 20er Jahren des vergangenen Jahrhunderts beschäftigte sich Polanyi mit der Möglichkeit

[6] Goldscheid hatte die „Wiener Soziologische Gesellschaft" im Jahr 1907 gegründet und auch an der Entstehung der „Deutschen Gesellschaft für Soziologie" 1909 maßgeblich mitgewirkt. Die Mitglieder der Wiener Gesellschaft waren zu einem Teil Austromarxisten wie Max Adler und Karl Renner, liberale Sozialisten und Fabier, aber auch manch andere, die an Soziologie interessiert waren, wie Hans Kelsen oder Othmar Spann.

der Entwicklung einer sozialistischen Ordnung und verfasste einen Beitrag über „Sozialistische Rechnungslegung“ (Polanyi 1922) im *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik,* der heftige Kritik von Ludwig Mises und Felix Weil hervorrief. In seiner Replik (Polanyi 1924) wiederholte Polanyi seine Forderung einer „positiven“ sozialistischen Theorie und Politik, die neben maximaler Produktivität auch die „Herrschaft des sozialen Rechts“ hinsichtlich der Verteilung der Arbeitserträge und der sozialen Ziele der Produktion ermöglichen sollte, wofür „soziale Kosten“ aufzuwenden seien (Polanyi 1924: 220). Er stellte der Klassenkonzeption von Marx die Vorstellung einer funktionellen Struktur der Gesellschaft gegenüber, denn der Gegensatz in der Gesellschaft sei nicht ein Gegensatz von Klassen, sondern von zwei Positionen aller Individuen: zum einen als Produzenten und zum anderen als Konsumenten. Sie haben daher im Grunde gemeinsame Interessen, zwischen denen ein Ausgleich hergestellt werden müsse.

Polanyi emigrierte 1933 nach Großbritannien, wo er in der Arbeiterbildung tätig war. In dieser Zeit formierten sich seine Gedanken zu seinem bekanntesten Werk *The Great Transformation,* das er dann erst in den USA fertigstellte (Polanyi 1944). Darin kennzeichnete er die Marktökonomie als historisches Produkt des 19. Jahrhunderts und erkannte in seiner Zeit eine neuerliche Transformation in Richtung auf eine demokratische Organisation der Wirtschaft. An der Columbia University in den USA widmete er sich vor allem wirtschaftshistorischen und wirtschaftsanthropologischen Studien. Seine Sicht der Einbettung der Wirtschaft in die jeweilige historische Gesellschaft stellt eine wichtige Perspektive gegenwärtiger Sozialökonomik und Wirtschaftssoziologie dar.

Auch Emil Lederer (1882–1939) verband einen demokratischen Sozialismus mit einer empirisch-realistischen Auseinandersetzung mit den Wirtschafts- und Gesellschaftsproblemen der Zeit. Nach dem Studium in Wien bei Eugen von Philippovich, Eugen von Böhm-Bawerk und Friedrich Wieser, habilitierte er sich in Heidelberg und leitete nach dem Tod von Max Weber zusammen mit Alfred Weber und Joseph A. Schumpeter das *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik* bis zu dessen Auflösung 1933 bzw. zu seiner Emigration in die USA, wo er Gründungsdekan der „University in Exile“ an der New Yorker „New School for Social Research“ wurde. Sein Werk, das sowohl von der österreichischen Nationalökonomie als auch vom Austromarxismus geprägt ist, ist für die Soziologie wie für die Sozialökonomik von großer Bedeutung, denn es umfasst ein breites Spektrum von der Konjunkturtheorie bis zu Problemen der Arbeitslosigkeit (Lederer 1925, 1931), von der Klassenstruktur und der Entwicklung eines neuen Mittelstands (Lederer 1926, 1979) bis zu Fragen der Massendemokratie (vgl. Lederer 1995). Er wird in Deutschland auch den sogenannten Reformökonomen zugeordnet, die sich vor allem um Franz Oppenheimer sammelten.

4.2 Reformökonomie

In Deutschland war 1919 der Lehrstuhl für „Theoretische Nationalökonomie und Soziologie“ in Frankfurt für Franz Oppenheimer (1864–1943) geschaffen worden. Oppenheimers *System der Soziologie* stellt eine historisch weit ausholende Betrachtung der Ökonomie im Kontext der sozialen und historischen Verhältnisse dar, wobei er die Genese des industriellen Kapitalismus aus dem Agrarkapitalismus hervorhob (Oppenheimer 1922–1935; vgl. Kruse 1996: 168 ff.). Den Kapitalismus charakterisierte er nicht als Produktionsverhältnis, sondern als Gesellschaftsordnung (vgl. Caspari und Lichtblau 2014). Als Ursache für die Wirtschaftsprobleme der Zeit betrachtete er die Grundrente und plädierte für die Abschaffung des Eigentums an Grund und Boden zugunsten einer genossenschaftlichen Nutzung. Oppenheimer vertrat einen liberalen Sozialismus, der auf eine sozialistische Organisation durch die Demokratisierung der Wirtschaft und durch politische Demokratie zielte. Er lehnte den Kommunismus, wie er sich in Russland manifestiert hatte, ab und suchte nach einem „dritten Weg“, der weder Kapitalismus noch Kommunismus sein sollte (Oppenheimer 1932).

Dieses Streben nach einem „dritten Weg“ findet sich bei vielen Sozialökonomen der Zeit. Der Strukturwandel der Wirtschaft und die krisenhafte Instabilität der Marktwirtschaft erweckte Erwartungen in Bezug auf eine Transformation des Kapitalismus in einen Sozialismus, die im Sinn der sozialen Ziele zu lenken und zu gestalten sei. Zu diesen „Reformökonomen“ zählte neben Oppenheimer, Lederer und anderen auch Eduard Heimann (1889–1967), der sich insbesondere mit der Theorie der Sozialpolitik befasste (Heimann 1929). Er verknüpfte eine von Paul Tillich inspirierte Orientierung an christlicher Lehre mit sozialistischen Ideen und sah in einer Sozialpolitik, die gleichberechtigt neben der Wirtschaftspolitik stehen solle, die Möglichkeit, den Kapitalismus in einen humanen und liberalen Sozialismus zu verwandeln. Besondere Bedeutung kam jedoch Adolph Löwe (oder dann in den USA: Lowe) (1893–1995) zu. Er hatte sich mit Konjunkturtheorien auseinandergesetzt und den technischen Fortschritt als konjunkturellen Faktor betont, worüber es zu einer Diskussion mit Friedrich A. Hayek kam, der im Unterschied dazu die monetären Faktoren hervorhob (vgl. Hagemann 1996). Lowe sah die Aufgabe der Ökonomie darin, der Wirtschaftspolitik Grundlagen für Maßnahmen zum Ausgleich der inhärenten systemischen Instabilität industrieller Gesellschaften zu liefern (vgl. Chase 1989). Wie sein Freund Karl Mannheim war er der Meinung, dass das Zeitalter der Planung angebrochen sei, in dem die Sozialwissenschaft zur Gestalterin von Gesellschaft und Wirtschaft im Sinn sozialpolitischer Ziele werden müsse. Auch Lowe sah die Geltung der wirtschaftstheoretischen Annahmen historisch auf die Epoche des

Liberalismus beschränkt und kritisierte die Realitätsferne der Wirtschaftstheorie. Er trat für eine „neuklassische“ Ökonomie ein, die wieder zur Verknüpfung von endogenen und exogenen Einflussfaktoren zurückkehren solle. Das aber erfordere die empirische Erforschung der sozioökonomischen Tatsachen im Rahmen einer Strukturanalyse, die sich auf zeitraumbezogene „mittlere Prinzipien“ aus Soziologie und Ökonomie stützen müsse. Dies sah er als Aufgabe der „Wirtschaftssoziologie“ an, welche er als ein interdisziplinäres Kooperationsfeld begriff. Ihr sollte aber auch in der Soziologie als solcher besondere Bedeutung zukommen, denn die wirtschaftlichen Prozesse stellten in seiner Sicht den Kernbereich der soziologischen Forschung dar (Lowe 1935; vgl. Ganßmann 1996). Lowe warnte vor der Überspezialisierung der Einzelwissenschaften, da eine solche der historischen Einheit der sozioökonomischen Realität nicht gerecht werde.[7] Neben der strukturellen Analyse betonte Lowe auch die Notwendigkeit einer instrumentellen Analyse, die den Abgleich zwischen den politischen Zielen, die im demokratischen Prozess bestimmt werden sollten, und den realen Veränderungen der Gesellschaft gewährleisten müsse, um eine liberale Planung zu ermöglichen. Als Voraussetzungen dafür betrachtete er die Verbreitung ökonomischen Wissens in der Bevölkerung und ein entsprechend aufgebautes Bildungssystem (Lowe 1965; vgl. Forstater 2000). Lowe selbst rückte nach seiner Erfahrung mit der amerikanischen Soziologie allerdings von der Bezeichnung seines Ansatzes als Wirtschaftssoziologie ab und sprach von „political economy“.

4.3 Liberalismus und Sozialpolitik: Ordoliberalismus

Zu den Schülern Oppenheimers zählten neben Löwe, Heimann und anderen auch Walter Eucken, Ludwig Erhard und Alexander Rüstow. Während seiner Studienzeit hatte Alexander Rüstow (1885–1963) Anschluss an die sozialistischen Kreise um Oppenheimer gefunden und war mit Löwe und Heimann befreundet. Später allerdings wandte er sich einer liberalen Position zu, kritisierte aber den Laissez-faire Liberalismus und trat für einen Liberalismus ein, der eine moralische Verpflichtung des Staates zur Sozialpolitik unter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips beinhalten sollte. Rüstow prägte dafür den Begriff „Neoliberalismus“. Diese Auffassung teilten in Freiburg auch Wilhelm Röpke und Walter Eucken,

[7] Nach seiner Emigration in die USA gründete Lowe gemeinsam mit Oppenheimer 1941 das *American Journal of Economics and Sociology* (vgl. Forstater 2002).

woraus sich eine Konzeption entwickelte, die später als „Ordoliberalismus“ bezeichnet wurde, weil sie Bezug auf die mittelalterliche christliche Ordo-Vorstellung nahm (vgl. Goldschmidt 2002; Peukert 1992). Der Ordoliberalismus der sogenannten Freiburger Schule beruht auf der Erkenntnis, dass auch die wissenschaftliche Ökonomie nicht ohne Werte auskommt, denn auch Freiheit, Effizienz und Wachstum seien normative Kategorien, genauso wie Gemeinwohl und Wohlfahrt. Wie diese muss auch die Freiheit des Marktes durch Regeln gesichert werden. Soziale Anliegen sollten im Rahmen der freien Marktwirtschaft durch eine Ordnungspolitik verwirklicht werden. Die Ordoliberalen gelten als Begründer der sozialen Marktwirtschaft in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg.

Einer „sozialen Marktwirtschaft“ standen Ludwig Mises und sein Kreis kritisch gegenüber, da sie Interventionen des Staates ablehnten, die sie als Vorbereitung auf den Sozialismus betrachteten. Auch konnte es aus ihrer Sicht keine unsoziale Marktwirtschaft geben. Dennoch zeichnete sich in der Folge eine Annäherung zwischen dem Ordo-Liberalismus von Walter Eucken und der Konzeption von Friedrich A. Hayek ab, nachdem letzterer zwischen dem freien Markt und der realen Wirtschaft unterschieden hatte (vgl. Kolev 2015).

Für eine soziale Marktwirtschaft, die Ordnungsökonomie und Sozialpolitik vereinen sollte, trat auch Götz Briefs (1889–1974) ein. Er hatte sich sowohl mit der Sozialökonomik von Heinrich Dietzel (Briefs 1922) als auch mit dem Werk von Karl Marx intensiv auseinandergesetzt. Anders als Marx sah er die Arbeiterschaft als aufstiegsorientierte Schicht an und forderte ein Wirtschaftssystem, das soziale Mobilität ermöglichen sollte. Der liberalen Markttheorie warf er vor, eine „Grenzmoral“ gefördert zu haben, die dem Individuum mit dem geringsten sozialmoralischen Verantwortungsgefühl oder Gruppen, die ihre Interessen ohne Rücksicht auf andere verfolgen, einen Wettbewerbsvorteil verschaffe. Die Demokratie erfordere aber Gemeinschaftsgefühl und das ethisch-moralische Handeln der einzelnen, das durch eine entsprechende Gestaltung der gesellschaftlichen Ordnung und ihrer Normen ermöglicht werden müsse (vgl. Goldschmidt 2006). Auf der Grundlage des Solidarismus von Heinrich Pesch[8] argumentierte er, dass

[8] Der katholische Theologe, Nationalökonom und Sozialphilosoph Heinrich Pesch (1854–1926), dessen Vorstellungen die päpstliche Enzyklika *Quadragesimo anno* von 1931 maßgeblich mitbestimmten, hob das Solidaritätsprinzip in der katholischen Soziallehre hervor und plädierte für die Unterordnung der Wirtschaft unter die Prinzipien der sozialen Gerechtigkeit und des Gemeinwohls, betonte aber auch die Selbstverantwortung der Individuen.

die gegenseitige Abstimmung der Wirtschafts- und Sozialpolitik in Form einer Ordnungspolitik, wie sie die Ordoliberalen vertraten, nicht genüge, sondern die Diskussion über Werte und die Orientierung an Werten erforderlich sei. In diesem Sinn setzte er sich für eine Verbindung des Ordoliberalismus mit der katholischen Soziallehre ein. Briefs ist auch der Begründer der Betriebssoziologie in Deutschland und setzte sich mit der Gewerkschaftsbewegung und ihrer Entwicklung auseinander.

5 Konservativ-geisteswissenschaftliche Ansätze: Sombart, Gottl und Spann

5.1 Werner Sombart: Kapitalismus und „Geistwissenschaft“

In Deutschland wirkte die historische Volkswirtschaftslehre in der Weimarer Republik nach, vollzog allerdings, wie Volker Kruse meint, einen Paradigmenwechsel hin zu einer „historischen Soziologie“ mit zeitdiagnostischen Zügen (Kruse 1990; vgl. auch Takebayashi 2003). Für eine solche historisch-geisteswissenschaftliche Soziologie steht in der Zwischenkriegszeit vor allem das Werk Werner Sombarts.

Werner Sombart (1863–1941) war ein Wegbegleiter Max Webers; beide waren der historischen Tradition der Volkswirtschaftslehre verbunden, hatten sich aber auch mit der Wirtschaftstheorie und mit Marx auseinandergesetzt. Sombart neigte in seiner Frühzeit zu einem gemäßigten Sozialismus, rückte aber schon vor dem Ersten Weltkrieg davon ab und wurde im Verlauf der Zwischenkriegszeit immer mehr zum Kritiker sowohl des Sozialismus wie auch des Kapitalismus und schließlich zu einem konservativen Kulturpessimisten.

Der moderne Kapitalismus, Sombarts Hauptwerk, sollte eine „historisch-systematische Darstellung des gesamteuropäischen Wirtschaftslebens von seinen Anfängen bis zur Gegenwart“ vermitteln (Sombart 1916). Den Kapitalismus bezeichnete er als „Wirtschaftssystem“, das durch eine bestimmte Ausformung von Wirtschaftsgesinnung, Organisation und Technik charakterisiert sei und eine historische Epoche begründet und geprägt habe. Im dritten Band beschäftigte er sich mit dem „Hochkapitalismus“, in dem er dem Unternehmer und dem kapitalistischen Geist bestimmende Bedeutung zuschrieb (Sombart 1927). Doch diese Epoche sah er mit dem Ersten Weltkrieg als abgeschlossen an; darauf folgte in seiner Sicht der „Spätkapitalismus“ als ein Übergangsstadium, das er durch Bürokratisierung und geistige Verbeamtung sowie durch die Macht von Kartellen

und Konzernen charakterisiert sah (Sombart 1925). *Die Zukunft des Kapitalismus* (Sombart 1932) erblickte Sombart im aktiven Umbau in Richtung einer neuen Wirtschaftsordnung, die eine „gebundene Wirtschaft" oder Planwirtschaft sein müsse, allerdings keine Zentralverwaltungswirtschaft, sondern eine, die in seiner Vorstellung eine Vielfalt von privaten, staatlichen, genossenschaftlichen Formen vereinen sollte (vgl. Appel 1992).

Auch die Ökonomie durchläuft Sombart zufolge verschiedene Epochen und zeigt eine jeweils unterschiedliche Ausformung. Er unterschied „drei Nationalökonomien", die historisch aufeinander folgen: die richtende (metaphysische und normative), die ordnende (naturwissenschaftlich-analytische) und die verstehende (geisteswissenschaftliche) Nationalökonomie (Sombart1930a). Für seine Zeit sah er die Notwendigkeit der Ablösung der wissenschaftlichen Ökonomie durch die verstehende Nationalökonomie. Diese fragt, wie Sombart meinte, nach der Wesenserkenntnis der Wirtschaft als eines sozialen und kulturellen Phänomens und begreift die Wirtschaft als Kulturbereich der Güterbeschaffung und Unterhaltsfürsorge, der historisch-sozial und geistig-kulturell geprägt sei. Sie sei daher eine Geistes- und Kulturwissenschaft, die sich der Erforschung der geistigen Grundlagen der historisch-sozialen Verhältnisse und Ordnungen widme. Die Nationalökonomie in diesem Sinn sei „Geistwissenschaft", die auf eine Theorie ziele, jedoch nicht im Sinn des (natur)wissenschaftlichen Theorieverständnisses, sondern im Sinne des Verstehens der Wirklichkeit durch eine „anschauliche Theorie" (Sombart 1930b: 11). Er meinte, Wirtschaft könne nur als Einheit der sozialökonomischen, politisch-ökonomischen und rein-ökonomischen Betrachtung gedacht werden, weshalb Nationalökonomie gleichbedeutend mit Soziologie im Sinn einer Theorie der Kultur, und Wirtschaftstheorie identisch mit Wirtschaftssoziologie sei.

Sombart hatte großen Einfluss in der Ökonomie der Zwischenkriegszeit in Deutschland; so etwa beschäftigte sich auch Edgar Salin (1892–1974) mit dessen Begriff des Hochkapitalismus (Salin 1927). Salin war aber insbesondere an Alfred Weber und dessen Bruder Max Weber orientiert und widmete sich darüber hinaus kulturphilosophischen Fragestellungen. In der Ökonomie trat er für die Einbettung der Wirtschaftstheorie in kultur- und sozialwissenschaftliche, historische und philosophische Sichtweisen ein, und vermittelte dies wohl auch Talcott Parsons, dessen Dissertationsprojekt er in Heidelberg betreute.

Sombarts Betonung der Wirtschaftsgesinnung und sein Begriff der Wirtschaftssysteme beeinflussten auch Arthur Spiethoff (1932) und Alfred Müller-Armack (1901–1978) und deren Konzept der Wirtschaftsstile, welches den Vorstellungen Sombarts von einer „anschaulichen Theorie" entsprach. Die Orientierung an Sombart, an Max Weber, aber auch an philosophischer

Anthropologie und religiöser Ethik liegt Müller-Armacks *Genealogie der Wirtschaftsstile* zugrunde, in der er die geistigen und religiösen Voraussetzungen wirtschaftlich-politischer Kultur und die dadurch erfolgte Prägung von Stilepochen behandelte (Müller-Armack 1941). In den 1920er und 1930er Jahren setzte er sich auch mit der Konjunkturtheorie sowie mit Marx' Kapitalismusbegriff auseinander und entwickelte die Vorstellung eines Wirtschaftsliberalismus auf der Grundlage sozialethischer Prinzipien, die ihn nach dem Zweiten Weltkrieg zu einem der Begründer der sozialen Marktwirtschaft werden ließ (Müller-Armack 1932).

5.2 Die Allwirtschaftslehre: Friedrich Gottl-Ottlilienfeld

An seinem Lehrer Karl Knies sowie an Wilhelm Dilthey, dem Neukantianismus und der Phänomenologie orientierte sich Friedrich Gottl-Ottlilienfeld (eigentlich Gottl von Ottlilienfeld; 1868–1958). Er wollte sich ursprünglich bei Max Weber in Heidelberg habilitieren, was durch dessen Weggang nicht zustande kam. Aber Gottl und Weber schätzten einander, wenngleich sich auch Unterschiede der Auffassung offenbarten. Eine Übereinstimmung zwischen beiden erkennt Morikawa in der Bedeutung, die sie dem Alltagshandeln beimaßen (vgl. Morikawa 2001). Aber Gottl suchte die Begriffslastigkeit der Ökonomie zu überwinden und zu einem Verständnis von *Wirtschaft als Leben* (Gottl-Ottlilienfeld 1925) zu gelangen. In Bezug auf die österreichische Wirtschaftstheorie stellte Gottl fest, diese habe zwar das Handeln betont, darauf aber eine formale Theorie, die zum Selbstzweck wurde, aufgebaut (Gottl-Ottlilienfeld 1923a). Wirtschaft habe es aber mit der „Lebensnot" zu tun, der weder durch Wettbewerb noch durch Plan begegnet werden könne, sondern nur durch die Einsicht in die Gemeinsamkeit der gesellschaftlich-geschichtlichen Verbundenheit im Zusammenleben.[9] Die Nationalökonomie hat Gottl zufolge kein spezielles Gebiet, keinen abgrenzbaren Gegenstand „Wirtschaft", sie solle eine „Erfahrungswissenschaft vom Alltagsleben aller Zeiten" und „schildernde" Sozialwissenschaft sein, die er „Allwirtschaftslehre" nannte. Sie sollte keine Soziologie, aber eine „Nationalökonomie soziologischen Geistes" darstellen, die auf die nacherlebende Erkenntnis

[9] Gottl sah in Marx' Werk zwar gute Ansätze einer Soziologie, kritisierte jedoch die Affinität der Soziologie seiner eigenen Zeit zu sozialistischen Denkweisen, was er als „Sozialismologie" bezeichnete (Gottl-Ottlilienfeld 1923b: 29).

wirtschaftlichen Handelns gerichtet ist. Webers „Wirtschaftssoziologie“ kennzeichnete Gottl als ein „wertvolles Gegenstück zur Allwirtschaftslehre“, während er die Bezeichnung „Sozialökonomik“ als modische Begriffsschöpfung ablehnte (Gottl-Ottlilienfeld 1923b: 83). Auch die Soziologie begriff Gottl als Geisteswissenschaft, die nicht den Gesellschaftsbegriff, sondern den „Tatbestand des menschlichen Zusammenlebens“ zum Inhalt habe (Gottl-Ottlilienfeld 1923b: 59). Sie gliedere sich in die Wissenschaft vom Ökonomisch-Sozialen, vom Politisch-Sozialen und vom Spezifisch-Sozialen.

Die Allwirtschaftslehre sah Gottl aber auch als Aktionswissenschaft, denn Wirtschaft sei Gestaltung mit dem Ziel, den dauernden Einklang von Bedarf und Deckung zu sichern (Gottl-Ottlilienfeld 1928). Wirtschaft setzt daher ihm zufolge auch einen gemeinschaftlichen Gestaltungswillen voraus, dessen Ausdruck die Technik sei, die der Neigung der Menschen zu Effizienz und Rationalität entspreche.[10] Gottl akzeptierte eine teilweise Selbstregulierung der Wirtschaft und sah die Tendenz zur Planwirtschaft kritisch (Gottl-Ottlilienfeld 1932), hielt aber dennoch auch die Lenkung durch den Staat für notwendig, wobei er die gemeinschaftliche Geisteshaltung als Voraussetzung betonte. Seine Auffassung legte er in umfassender Form in den zwei Bänden *Wirtschaft und Wissenschaft* (Gottl-Ottlilienfeld 1931) nieder sowie später in *Ewige Wirtschaft* (Gottl-Ottlilienfeld 1943). Nach 1933 sah er seine Vorstellungen im Nationalsozialismus verwirklicht, wurde allerdings nur bedingt von diesem anerkannt.[11]

5.3 Othmar Spann und die Sozialökonomik der dreißiger Jahre in Österreich

Von besonderer Bedeutung für die Ökonomie und Soziologie der Zwischenkriegszeit in Österreich war Othmar Spann (1878–1950). In seiner Frühzeit hatte sich Spann zunächst mit empirisch-statistischen Arbeiten befasst und war auch in

[10] Der Technik sind auch Gottls bekannteste Werke gewidmet, insbesondere seine Schrift „Fordismus“ (Gottl-Ottlilienfeld 1924), mit deren Titel er begriffsprägend wirkte. Demgegenüber zeichnen sich seine ökonomischen Schriften durch eine schwer verständliche Sprache aus, die deren Rezeption nicht begünstigte.

[11] Gottl war an verschiedenen deutschen Universitäten als Professor für Nationalökonomie tätig und kehrte erst 1940 nach Österreich zurück, wo er bis 1945 Direktor des Forschungsinstituts für Deutsche Volkswirtschaftslehre in Graz war, das sich insbesondere mit der Sozialökonomie des Südosteuropäischen Raumes beschäftigte.

der wissenschaftlichen Leitung der österreichischen Volkszählung von 1910 tätig. Er befasste sich mit der historischen Volkswirtschaftslehre und sah zunächst auch die individualistische Wirtschaftstheorie positiv. Spann war Mitglied und zeitweilig sogar Funktionär in der 1907 gegründeten Wiener Gesellschaft für Soziologie, in der Spielarten des Sozialismus dominierten, und ab 1922 auch in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie.

Spann betrachtete es als Aufgabe der Soziologie, einen Gesellschaftsbegriff, der auf ein einheitliches Erfahrungsganzes verweist, zu formulieren, was er sowohl in seiner Habilitationsschrift *Wirtschaft und Gesellschaft* (Spann 1907) als auch in seiner *Gesellschaftslehre* (Spann 1930) unternahm. Er bestimmte die Gesellschaft als ein System von „Objektivationssystemen" mit einem hierarchischen und funktionalen Aufbau. Die Wirtschaft stellt eines der Objektivationssysteme dar, daher, so meinte Spann, könne sie in ihrer Eigenart und Struktur und in ihrem Verhältnis zu den anderen Objektivationssystemen nur durch Bezug auf das gesellschaftliche Ganze bestimmt werden. Diese universalistische oder ganzheitliche Auffassung der Wirtschaft als Teilbereich der Gesellschaft erhielt zwischen den *Haupttheorien der Volkswirtschaftslehre* (Spann 1911) und der Schrift *Das Fundament der Volkswirtschaftslehre* (Spann 1918) seine spezifische Ausformung durch die Entdeckung der romantischen Volkswirtschaftslehre von Adam Müller. Spann wandte sich in der Folge von Individualismus, Liberalismus und Materialismus ab, was insbesondere in dem Buch *Der wahre Staat* (Spann 1921) zutage trat, in dem er die Vorstellung eines autoritären Ständestaats jenseits von Demokratie und Marxismus entwickelte. Für Spann mussten Ideen zu politisch-praktischer Gestaltung führen, er sah die Gesellschaftslehre und die darauf beruhende Ökonomie als *Kämpfende Wissenschaft* (Spann 1934). Seine Vorstellung der Wirtschaft als ein „Gebäude von Leistungen für Ziele", das in Selbstverwaltungseinheiten nach Berufsständen und Wirtschaftsverbänden unterteilt werden sollte, wurde als Idee zwar vom Dollfuß-Regime aufgegriffen; allerdings sah Spann selbst die Umsetzung im Ständestaat als Verzerrung seiner Konzeption.

1919 war Spann als Professor für „Nationalökonomie und Gesellschaftslehre" auf den Lehrstuhl, den Eugen von Philippovich innegehabt hatte, berufen worden und blieb bis 1938 die dominante Figur der Nationalökonomie in Wien, um die sich eine Schule, der sogenannte „Spannkreis", entwickelte, zu dem insbesondere Wilhelm Andreae, Jacob Baxa und Walter Heinrich zählten; sein Einfluss reichte aber weit darüber hinaus.

Auch der Ökonom, Jurist und Theologe Johannes Messner (1891–1984) stand dem Spannkreis nahe. In seiner Schrift über *Sozialökonomik und Sozialethik* (Messner 1928) vertrat er die Auffassung, dass sich die sozialökonomische

Theorie mit dem organischen Ineinandergreifen der Einzelwirtschaften beschäftigen müsse. Wie Spann hob Messner die Verbundenheit aller Glieder der Volkswirtschaft in gemeinsamer Arbeit hervor. Solcherart verstanden müsse es auch keinen Gegensatz zwischen Sozialökonomik und Sozialethik geben, ja die erstere werde zur unentbehrlichen Hilfswissenschaft einer Sozialethik, die sich am Erreichbaren orientiert. Messner trat für die Regulierung der Konkurrenz durch halbautonome Verbände und Selbstverwaltungskörperschaften ein und wirkte als Berater der Dollfuß-Regierung.

Die Zeit des Austro- oder Klerikofaschismus brachte eine zunehmende Verengung der Bandbreite des Denkens. Neben Spann und seinem Kreis konnten sich ab 1933 nur konservative, katholisch inspirierte Sozialwissenschaftler noch eine Zeitlang behaupten, wie etwa die Vertreter der Vogelsang-Schule, die sich auf religiös-ethische Grundlagen der katholischen Soziallehre beriefen. Trotz ähnlicher romantisch-antiliberaler Elemente standen sie jedoch in deutlicher Distanz zur Spann-Schule.

Die linkskatholisch orientierten Sozialwissenschaftler konnten noch bis 1938 ihre Positionen behalten; unter ihnen etwa der Ökonom Josef Dobretsberger (1903–1970). Er kritisierte die individualistische Gesetzeswissenschaft und wies in einem bemerkenswerten Aufsatz auf die ideologische Bedingtheit der Wirtschaftstheorie hin, die er durch drei Einbruchsstellen naturrechtlicher Ideologie bestimmt sah: zunächst sei dies die Erkenntnistheorie, sodann der Einfluss der sozioökonomischen Umwelt auf das menschliche Denken und schließlich das pragmatische Erkenntnisziel der Sozialwissenschaften, wodurch die Probleme jeder Zeitepoche in wissenschaftliche Probleme umformuliert würden. Dobretsberger erkannte die historische Relativität der Ökonomie und kritisierte die abstrakten Theorien und Idealkonzepte, denn sie würden die jeweiligen historischen Gegebenheiten verallgemeinern. Die Methode der Abstraktion überschreite die Aufgabe eines wissenschaftlichen Hilfsmittels, weil sie die aus den einfachsten Grundannahmen deduzierten Gesetze zur Erklärung komplexer Wirklichkeit verwende, überdies oftmals statische Interpretationen historischer Institutionen gebe und aus der Allgemeinheit der Begriffe auf ihre Allgemeingültigkeit schließe. Als eine Hauptquelle von Ideologien sah er auch das Naheverhältnis zu den Interessen wirtschaftlicher oder sozialer Gruppen bzw. die Stellungnahme der Wissenschaft für die eine oder andere Klasse (Dobretsberger 1931/32). Dobretsberger sah eine Beschränkung des Liberalismus als notwendig an, nahm aber eine pragmatische und relativierende Position ein: es könne keine ideale Wirtschaftsorganisation geben, da erst die konjunkturellen Auf- und Abschwünge jeweils über die sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen jeder Wirtschaftsform entscheiden würden (Dobretsberger 1927, 1932: 138 ff.).

Dobretsberger war ab 1933 Professor in Graz, dann 1935 Sozialminister in der Regierung Dollfuß, schied, seinen eigenen Angaben zufolge, aus dieser aber aus, nachdem seine Vermittlungsversuche zwischen dem Austrofaschismus und der Sozialdemokratie gescheitert waren; 1938 trat er als Rektor der Universität Graz zurück und emigrierte in die Türkei.

In den frühen 1930er Jahren kam es immer mehr zur Verdrängung und Emigration liberaler und sozialistischer Wissenschaftler. Bis 1938 beherrschten Spann und seine Schüler die akademische Landschaft, danach mussten auch die konservativen, konfessionellen und romantisch-antimodernistischen Ansätze der an Kontrolleffizienz und technischer Fortschrittlichkeit orientierten Wissenschaft des NS-Regimes weichen (vgl. Janssen 2009; Ritschl 1994).

6 Die Krise des Denkens und die Sozialökonomik

Die Krisen der Zeit waren nicht nur wirtschaftliche, sondern ebenso geistige, die auch die Wissenschaft erfassten. Sie zeigten sich in der Entstehung der Wissenssoziologie, im Kulturrelativismus und in zeit- und gesellschaftsdiagnostischen Befunden, vor allem aber in der ideologischen Spaltung, die sich auch in den unterschiedlichen Auffassungen und Denkweisen in den Sozialwissenschaften manifestierte. Viele Ökonomen und Soziologen der Zwischenkriegszeit von Joseph Schumpeter über Karl Mannheim bis Max Adler waren sich des Problems der Ideologie, der Seinsverbundenheit bzw. des Sozialapriori des Denkens bewusst.

Die kurze und krisenhafte Zeitspanne von der turbulenten Zeit nach dem Ende des Ersten Weltkriegs bis zur erneuten Ausrichtung der politisch-wirtschaftlichen Ordnung auf kriegerische Auseinandersetzungen brachte aber auch eine erstaunliche Vielfalt an Denkformen und Ansätzen hervor, darunter auch eine integrative sozialökonomische Perspektive, in der einerseits die Bedeutung des wirtschaftlichen Handelns für Kultur und Gesellschaft bei Max Weber und andererseits die „gesellschaftlichen Bedingtheit“ der Wirtschaft bei Friedrich Wieser betont wurden. Für viele Ökonomen war die Soziologie nicht eine Einzelwissenschaft, sondern eine allgemeine, Gesellschaft und Wirtschaft umfassende Betrachtungsweise, die je nach Auffassung auf Geschichte, Kultur, Alltagsleben, Handlungs- oder Beziehungslogik oder auf die Produktionsverhältnisse hin orientiert war. Soziologie war ohne Wirtschaftsbezug nicht denkbar, und umgekehrt wurde Ökonomie von so manchen mit Soziologie identifiziert oder dieser sogar untergeordnet, und zwar gleichermaßen von liberalen, sozialistischen oder konservativen Ökonomen. Allerdings gab es auch Kritiker dieser Ent-

wicklung wie Arthur Wolfgang Cohn (1922), der eine von der Sozialwissenschaft unabhängige Wirtschaftswissenschaft forderte. Und auch die Soziologie hatte abseits der Diskurse der Ökonomen bereits deutliche Konturen einer eigenständigen Disziplin mit speziellem Erkenntnisobjekt und besonderer Methode entwickelt, was auch von manchen Ökonomen wahrgenommen wurde und die Frage des Verhältnisses von Soziologie und Ökonomie bzw. einer „sozialökonomischen Synthese“ aufwarf (Åkerman 1938). Andere, wie Schumpeter, betonten die Kooperation bei gleichzeitiger Trennung der Disziplinen und sahen die Aufgabe der Soziologie darin, die „nicht-ökonomischen“ Elemente im Wirtschaftsleben empirisch zu erforschen. Die Untersuchung der Lebenslagen und Denkformen bzw. des Verhaltens kennzeichnete die Soziologie immer stärker, machte sie schließlich, insbesondere von der US-amerikanischen Sozialwissenschaft ausgehend, zu einer objektiven, „naturwissenschaftlichen“ Erforschung der „modernen Gesellschaft“, die aus dem historischen Zusammenhang gelöst und als weitgehend unabhängig von ihrer wirtschaftlichen Grundlage gedacht wurde. Aus der Ökonomie ihrerseits verschwand die sozialökonomische Perspektive, die in der Zwischenkriegszeit in der Bezugnahme auf Gesellschaft, Kultur, Leben und Geist bestand. Sie hätte dazu beitragen können, der extremen Formalisierung und Quantifizierung in der Ökonomie, wie sie in der Folge dominant wurde, entgegenzuwirken.

Literatur

Acham, Karl (1984): „Schumpeter – the Sociologist“, in: Christian Seidl (Hg.), Lectures on Schumpeterian Economics, Berlin et al.: Springer, S. 155–172.

Acham, Karl (1996): Zur österreichischen Soziologie im 20. Jahrhundert – von den zwanziger zu den sechziger Jahren, Leipzig: Karl-Lamprecht-Gesellschaft.

Acham, Karl (1998): „Kontinuitäten und Diskontinuitäten in den Geisteswissenschaften zwischen den 20er und 50er Jahren: Soziologie und Sozialphilosophie in Österreich“, in: Ders./Knut Wolfgang Nörr/Bertram Schefold (Hg.), Erkenntnisgewinne, Erkenntnisverluste, Stuttgart: F. Steiner, S. 664–705.

Adler, Max (1936): Das Rätsel der Gesellschaft. Zur erkenntniskritischen Grundlegung der Sozialwissenschaft, Wien: Saturn.

Åkerman, Johan Henrik (1938): Das Problem der sozialökonomischen Synthese, Lund: Gleerup.

Amonn, Alfred (1926): Grundzüge der Volkswohlstandslehre, Jena: G. Fischer.

Amonn, Alfred (1927 [1910]): Objekt und Grundbegriffe der theoretischen Nationalökonomie, 2. Aufl., Wien/Leipzig: Deuticke.

Appel, Michael (1992): Werner Sombart – Historiker und Theoretiker des modernen Kapitalismus, Marburg: Metropolis.

Böhm-Bawerk, Eugen (1914): „Macht oder ökonomisches Gesetz?“, in: Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung 23, S. 205–271.
Briefs, Götz (1922): „Zur Kritik sozialer Grundprinzipien (I)“, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 49 (1), S. 1–53.
Caspari, Volker/Klaus Lichtblau (2014): Franz Oppenheimer – Ökonom und Soziologe der ersten Stunde, Frankfurt: Sozietäts-Verlag.
Cassel, Gustav (1918): Theoretische Sozialökonomie, Leipzig: C.F. Winter.
Chase, Richard X. (1989): „Unity in the Social Thought of Adolph Lowe“, in: The American Journal of Economics and Sociology 48 (1), S. 101–111.
Cirillo, Renato (1984): „Leon Walras and Social Justice“, in: The American Journal of Economics and Sociology 43 (1), S. 53–60.
Cohn, Arthur Wolfgang (1922): „Wirtschaftslehre oder Sozialwissenschaft?“, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 49, S. 170–197.
Diehl, Karl (1925): „Von der sterbenden Wertlehre “, in: Schmollers Jahrbuch 49, S. 1269–1295.
Dietzel, Heinrich (1883): „Der Ausgangspunkt der Sozialwirtschaftslehre und der Grundbegriff“, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft 39, S. 1–80.
Dietzel, Heinrich (1895): Theoretische Socialökonomik, Leipzig: C.F. Winter.
Dobretsberger, Josef (1927): Die Gesetzmäßigkeit der Wirtschaft, Wien: Julius Springer.
Dobretsberger, Josef (1931/32): „Zur Soziologie ökonomischen Denkens“, in: Archiv für angewandte Soziologie IV (32), S. 21–55.
Dobretsberger, Josef (1932): Freie oder gebundene Wirtschaft? Zusammenhänge zwischen Konjunkturverlauf und Wirtschaftsform, München/Leipzig: Duncker & Humblot.
Dühring, Eugen (1873): Cursus der National- und Socialökonomie, Leipzig: Reisland.
Durkheim, Emile (1908): „De la position de l’économie politique dans l’ensemble des sciences sociales“, in: Journal des économistes 18, S. 113–120.
Eisermann, Gottfried (1965): „Joseph Schumpeter als Soziologe“, in: Kyklos. International Review for Social Sciences 18, S. 288–315.
Ekelund, Robert B./Mark Thornton (1987): „Wieser and the Austrian Connection to Social Economics“, in: Forum for Social Economics 16 (2), S. 1–12.
Forstater, Mathew (2000): „Adolph Lowe on Freedom, Education and Socialization“, in: Review of Social Economy 58 (2), S. 225–239.
Forstater, Mathew (2002): „How the AJES Got its Mission Statement in 1941. Adolph Lowe’s Plea for Cooperation and Constructive Synthesis in the Social Sciences“, in: The American Journal of Economics and Sociology 61 (4), S. 779–786.
Fried, Ferdinand (1933): Das Ende des Kapitalismus, Jena: Diederichs.
Ganßmann, Heiner (1996): „Die Arbeitsteilung zwischen Ökonomie und Soziologie bei Franz Oppenheimer, Karl Mannheim und Adolph Lowe“, in: Volker Caspari/Bertram Schefold (Hg.), Franz Oppenheimer und Adolph Lowe. Zwei Wirtschaftswissenschaftler der Frankfurter Universität, Marburg: Metropolis, S. 197–224.
Goldscheid, Rudolf (1917): Staatssozialismus oder Staatskapitalismus. Ein finanzsoziologischer Beitrag zur Lösung des Staatsschulden-Problems, Wien: Anzengruber-Verlag Brüder Suschitzky.
Goldscheid, Rudolf (1919a): „Finanzwissenschaft und Soziologie“, in: Ders., Grundfragen des Menschenschicksals. Gesammelte Aufsätze, Leipzig/Wien: Anzengruber-Verlag Brüder Suschitzky, S. 132–143.

Goldscheid, Rudolf (1919b): Sozialisierung der Wirtschaft oder Staatsbankrott. Ein Sanierungsprogramm, Leipzig/Wien: Anzengruber-Verlag Brüder Suschitzky.
Goldscheid, Rudolf (1921): „Die Stellung der Entwicklungs- und Menschenökonomie im System der Wissenschaften“, in: Kölner Vierteljahreszeitschrift zur Soziologie 1, S. 5–15.
Goldscheid, Rudolf (1976 [1926]): „Staat, öffentlicher Haushalt und Gesellschaft. Wesen und Aufgabe der Finanzwissenschaft vom Standpunkte der Soziologie“, in: Rudolf Hickel (Hg.), Rudolf Goldscheid – Josef Schumpeter. Die Finanzkrise des Steuerstaats. Beiträge zur politischen Ökonomie der Staatsfinanzen, Frankfurt: Suhrkamp, S. 253–316.
Goldschmidt, Nils (2002): Entstehung und Vermächtnis ordoliberalen Denkens, Münster: LIT.
Goldschmidt, Nils (2006): Ein ‚sozial temperierter Kapitalismus‘? Götz Briefs und die Begründung einer sozialethisch fundierten Theorie von Markt und Gesellschaft (= Freiburger Diskussionspapiere zur Ordnungsökonomik 06/8).
Gottl-Ottlilienfeld, Friedrich (1923a): Die wirtschaftliche Dimension. Eine Abrechnung mit der sterbenden Wertlehre, Jena: G. Fischer.
Gottl-Ottlilienfeld, Friedrich (1923b): Freiheit vom Worte. Über das Verhältnis einer Allwirtschaftslehre zur Soziologie, München/Leipzig: Duncker & Humblot.
Gottl-Ottlilienfeld, Friedrich (1924): Fordismus: Über Industrie und technische Vernunft, Jena: G. Fischer.
Gottl-Ottlilienfeld, Friedrich (1925): Wirtschaft als Leben, Jena: G. Fischer.
Gottl-Ottlilienfeld, Friedrich (1928): Bedarf und Deckung. Ein Vorgriff in Theorie der Wirtschaft als Leben, Jena: G. Fischer.
Gottl-Ottlilienfeld, Friedrich (1931): Wirtschaft und Wissenschaft, 2 Bde., Jena: G. Fischer.
Gottl-Ottlilienfeld, Friedrich (1932): Der Mythus der Planwirtschaft. Vom Wahn im Wirtschaftsleben, Jena: G. Fischer.
Gottl-Ottlilienfeld, Friedrich (1943): Ewige Wirtschaft, Berlin: Duncker & Humblot.
Hagemann, Harald (1996): „ Geld, Technischer Fortschritt und Konjunktur. Zur Debatte zwischen Löwe und Hayek“, in: Volker Caspari/Bertram Schefold (Hg.), Franz Oppenheimer und Adolph Lowe. Zwei Wirtschaftswissenschaftler der Frankfurter Universität, Marburg: Metropolis, S. 279–309.
Heimann, Eduard (1929): Soziale Theorie des Kapitalismus, Tübingen: Mohr.
Hodgson, Geoffrey M. (2008): „Marshall, Schumpeter and the Shifting Boundaries of Economics and Sociology“, in: Yuichi Shionoya/Tamozu Nishizawa (Hg.), Marshall and Schumpeter on Evolution. Economic Sociology of Capitalist Development, Cheltenham, UK/Northampton, MA, USA: Edward Elgar, S. 93–115.
Janssen, Hauke (2009): Nationalökonomie und Nationalsozialismus. Die deutsche Volkswirtschaftslehre in den dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts, Marburg: Metropolis.
Jevons, William St. (1888 [1871]): The Theory of Political Economy, 3. Aufl., London/New York: MacMillan.
Kasprzok, Carsten (2005): Der Sozialökonom Heinrich Dietzel. Ein deutscher Klassiker, Marburg: Metropolis.
Keynes, John M. (1926): The End of Laissez Faire, London: Macmillan.
Klausinger, Hansjörg (2016): „Krise und Niedergang der Nationalökonomie an der Wiener Universität nach 1917“, in: Hans-Michael Trautwein (Hg.), Die Zeit um den Ersten Weltkrieg als Krisenzeit der Ökonomen, Berlin: Duncker & Humblot, S. 117–176.

Kolev, Stefan (2015): „Ordoliberalism and the Austrian school“, in: Peter Boettke/Christopher J. Coyne (Hg.), The Oxford Handbook of Austrian Economics, New York: Oxford University Press, S. 419–444.
Kolev, Stefan (2019): „Early Economic Sociology and Contextual Economics. The Weber-Wieser Connection“, in: Journal of Contextual Economics/Schmollers Jahrbuch 138 (1), S. 1–30.
Köster, Roman (2011): Die Wissenschaft der Außenseiter. Die Krise der Nationalökonomie in der Weimarer Republik, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
Kruse, Volker (1990): „Von der historischen Nationalökonomie zur historischen Soziologie: Ein Paradigmenwechsel in den deutschen Sozialwissenschaften um 1900“, in: Zeitschrift für Soziologie 19 (3), S. 149–165.
Kruse, Volker (1996): „Entstehung und Entfaltung des modernen Kapitalismus. Zur Historischen und Allgemeinen Soziologie Franz Oppenheimers“, in: Volker Caspari/Bertram Schefold, Franz Oppenheimer und Adolph Lowe: zwei Wirtschaftswissenschaftler der Frankfurter Universität, Marburg: Metropolis, S. 163–196.
Kurz, Heinz D. (2005): Joseph A. Schumpeter. Ein Sozialökonom zwischen Marx und Walras, Marburg: Metropolis.
Lebaron, Frédéric (2001): „Bases of a Sociological Economy: From François Simiand and Maurice Halbwachs to Pierre Bourdieu“, in: International Journal of Contemporary Sociology 38 (1), S. 54–63.
Lederer, Emil (1925): Konjunkturen und Krisen, Tübingen: Mohr.
Lederer, Emil (1926): Der neue Mittelstand, Tübingen: Mohr.
Lederer, Emil (1931): Technischer Fortschritt und Arbeitslosigkeit, Tübingen: Mohr.
Lederer, Emil (1979): Kapitalismus, Klassenstruktur und Probleme der Demokratie in Deutschland 1910–1940, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
Lederer, Emil (1995): Der Massenstaat. Gefahren der klassenlosen Gesellschaft, Graz/Wien: Nausner & Nausner.
Lowe, Adolph (1935): Economics and Sociology. A Plea for Co-operation in the Social Sciences. London: Allen & Unwin.
Lowe, Adolph (1965): On Economic Knowledge. Toward a Science of Political Economics, New York/Evanston: Harper & Row.
Menger, Carl (1871): Grundsätze der Volkswirtschaftslehre, Wien: Braumüller.
Menger, Carl (1883): Untersuchungen über die Methode der Socialwissenschaften und der Politischen Ökonomie insbesondere, Leipzig: Duncker & Humblot.
Menzel, Adolf (1927): Friedrich Wieser als Soziologe, Wien: Julius Springer.
Messner, Johannes (1928): Sozialökonomik und Sozialethik, Paderborn: Schönigh.
Mikl-Horke, Gertraude (2007): „Vergessene Hoffnungen – Rudolf Goldscheids Soziologie“, in: Wolfgang Fritz/Dies., Rudolf Goldscheid – Finanzsoziologie und ethische Sozialwissenschaft, Wien/Berlin: LIT, S. 87–224.
Mikl-Horke, Gertraude (2011a): „Was ist Sozioökonomie? Von der Sozialökonomie der Klassiker zur Sozioökonomie der Gegenwart“, in: Dies. (Hg.), Sozioökonomie: Die Rückkehr der Wirtschaft in die Gesellschaft, Marburg: Metropolis, S. 19–58.
Mikl-Horke, Gertraude (2011b): „Soziologie und Sozioökonomie“, in: Dies., Historische Soziologie Sozioökonomie – Wirtschaftssoziologie, Wiesbaden: VS Verlag, S. 99–124.
Mikl-Horke, Gertraude (2014): „Macht, Ungleichheit und Preise: Friedrich Wieser und die Wirtschaftssoziologie“, in: Dieter Bögenhold (Hg.), Soziologie des Wirtschaftlichen, Wiesbaden: Springer VS, S. 117–144.

Mikl-Horke, Gertraude (2017): „Die österreichische Schule der Nationalökonomie und die Wirtschaftssoziologie“, in: Klaus Kraemer/Florian Brugger (Hg.), Schlüsselwerke der Wirtschaftssoziologie, Wiesbaden: Springer VS, S. 135–144.
Mikl-Horke, Gertraude (2018): „Zur Aktualität der Finanzsoziologie Rudolf Goldscheids“, in: Max Haller (Hg.), Aktuelle Probleme der Finanzsoziologie, Wien: LIT, S. 53–69.
Mikl-Horke, Gertraude (2020): „Individualistische Sozialwissenschaft“, in: Karl Acham (Hg.), Die Soziologie und ihre Nachbardisziplinen im Habsburgerreich, Wien/Köln/Weimar: Böhlau, S. 560–577.
Mises, Ludwig (1922): Die Gemeinwirtschaft: Untersuchungen über den Sozialismus, Jena: G. Fischer.
Mises, Ludwig (1927): Liberalismus, Jena: G. Fischer.
Mises, Ludwig (1933): Grundprobleme der Nationalökonomie. Untersuchungen über Verfahren, Aufgaben und Inhalt der Wirtschafts- und Gesellschaftslehre, Jena: G. Fischer.
Mises, Ludwig (1940): Nationalökonomie: Theorie des Handelns und Wirtschaftens, Genf: Editions Union.
Mises, Ludwig (1978): Lebenserinnerungen, Stuttgart/New York: G. Fischer.
Mitchell, Wesley (1917): „Wieser’s Theory of Social Economics“, in: Political Science Quarterley 32 (1), S. 95–118.
Morikawa, Takemitsu (2001): Handeln, Welt und Wissenschaft: Zur Logik, Erkenntniskritik und Wissenschaftstheorie für Kulturwissenschaften bei Friedrich Gottl und Max Weber, Wiesbaden: Dt. Univ. Verlag.
Morlok, Christoph (2013): Rentabilität und Versorgung: Wirtschaftstheorie und Wirtschaftssoziologie bei Max Weber und Friedrich von Wieser, Wiesbaden: VS-Verlag.
Müller-Armack, Alfred (1932): Entwicklungsgesetze des Kapitalismus. Ökonomische, geschichtliche, theoretische und soziologische Studien zur modernen Wirtschaftsverfassung, Berlin: Junker und Dünnhaupt.
Müller-Armack, Alfred (1941): Genealogie der Wirtschaftsstile, Stuttgart: Kohlhammer.
Nau, Heino H. (1997): Eine „Wissenschaft vom Menschen“. Max Weber und die Begründung der Sozialökonomik in der deutschsprachigen Ökonomie 1871–1914, Berlin: Duncker & Humblot.
Neef, Katharina (2012): Die Entstehung der Soziologie aus der Sozialreform, Frankfurt/New York: Campus.
Neurath, Otto (1917): Die Wirtschaftsordnung der Zukunft und die Wirtschaftswissenschaften, Berlin/Wien: Verlag für Fachliteratur.
Neurath, Otto (1928): Lebensgestaltung und Klassenkampf, Berlin: E. Laubsche Verlagsbuchhandlung.
Neurath, Otto (1931): Empirische Soziologie. Der wissenschaftliche Gehalt der Geschichte und Nationalökonomie, Wien: Springer.
Norkus, Zenonas (2001): Max Weber and Rational Choice, Marburg: Metropolis.
Oppenheimer, Franz (1922–1935): System der Soziologie, 4 Bde., Jena: G. Fischer.
Oppenheimer, Franz (1932): Weder Kapitalismus und Kommunismus, Jena: G. Fischer.
Osterhammel, Jürgen (1987a): „Joseph A. Schumpeter und das Nicht-Ökonomische in der Ökonomie“, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 39, S. 40–58.
Osterhammel, Jürgen (1987b): „Varieties of Social Economics: Joseph A. Schumpeter and Max Weber“, in: Wolfgang J. Mommsen/Ders. (Hg.), Max Weber and His Contemporaries, London: Allen & Unwin, S. 106–120.

Peukert, Helge (1992): Das sozialökonomische Werk Wilhelm Röpkes, Basel: Peter Lang.
Peukert, Helge (2009): Rudolf Goldscheid – Menschenökonom und Finanzsoziologe, Frankfurt: Peter Lang.
Philippovich, Eugen von (1893): Grundriß der Politischen Ökonomie, Tübingen: Mohr.
Polanyi, Karl (1922): „Sozialistische Rechnungslegung", in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 49 (2), S. 377–420.
Polanyi, Karl (1924): „Die funktionelle Theorie der Gesellschaft und das Problem der sozialistischen Rechnungslegung", in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 52 (1), S. 218–228.
Polanyi, Karl (1944): The Great Transformation, New York/Toronto: Farrar & Rinehart.
Prisching, Manfred (1995): „Sozioökonomie in der Tradition Schumpeters", in: Karl S. Althaler et al. (Hg.), Sozioökonomische Forschungsansätze. Historische Genese, Methoden, Anwendungsgebiete, Marburg: Metropolis. S. 43–69.
Prisching, Manfred (2010): „Joseph A. Schumpeter als Soziologe. Ein Rückblick auf Zeitdiagnosen und Zukunftserwartungen", in: Karl Acham (Hg.), Rechts-, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften aus Graz, Wien/Köln/Weimar: Böhlau, S. 449–478.
Rathenau, Walter (1918): Die neue Wirtschaft, Berlin: Fischer.
Ritschl, Albrecht (1994): „Die NS-Wirtschaftsideologie: Modernisierungsprogramm oder reaktionäre Utopie?", in: Michael Prinz/Rainer Zitelmann (Hg.), Nationalsozialismus und Modernisierung, 2. Aufl., Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, S. 48–70.
Salin, Edgar (1927): „Hochkapitalismus. Eine Studie über Werner Sombart, die deutsche Volkswirtschaftslehre und das Wirtschaftssystem der Gegenwart", in: Weltwirtschaftliches Archiv 25, S. 314–344.
Schumpeter, Joseph, A. (1914): Epochen der Dogmen- und Methodengeschichte, Tübingen: J.C.B. Mohr.
Schumpeter, Joseph A. (1915): Vergangenheit und Zukunft der Sozialwissenschaften, München/Leipzig: Duncker & Humblot.
Schumpeter, Joseph A. (1926a): „Gustav v. Schmoller und die Probleme von heute", in: Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft 51, S. 337–388.
Schumpeter, Joseph A. (1926b [1911]): Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung, 2. Aufl., München/Leipzig: Duncker & Humblot
Schumpeter, Joseph A. (1939): Business Cycles, New York/London: McGaw-Hill.
Schumpeter, Joseph A. (1942): Capitalism, Socialism and Democracy. New York/London: Harper.
Schumpeter, Joseph A. (1954): History of Economic Analysis. New York/Oxford: Oxford University Press.
Schumpeter, Joseph A. (1987): „Wissenschaft und Ideologie", in: Ders., Beiträge zur Sozialökonomik, hrsg. v. Stephan Böhm, Wien/Köln/Graz: Böhlau, S. 117–133.
Shionoya, Yuichi (2004): „Scope and Method of Schumpeter's Universal Social Science: Economic Sociology, Instrumentalism, and Rhetoric", in: Journal of the History of Economic Thought 26 (3), S. 331–347.
Sombart, Werner (1916): Der moderne Kapitalismus. Historisch-systematische Darstellung des gesamteuropäischen Wirtschaftslebens von seinen Anfängen bis zur Gegenwart, 2. neubearb. Aufl., München/Leipzig: Duncker & Humblot.

Sombart, Werner (1925): Die Ordnung des Wirtschaftslebens, München/Leipzig: Duncker & Humblot.
Sombart, Werner (1927): Der moderne Kapitalismus, Bd. 3: Der Hochkapitalismus, 2 Halbbde., München/Leipzig: Duncker & Humblot.
Sombart, Werner (1930a): Die drei Nationalökonomien, München/Leipzig: Duncker& Humblot.
Sombart, Werner (1930b): Nationalökonomie und Soziologie, Jena: Fischer.
Sombart, Werner (1932): Die Zukunft des Kapitalismus, Berlin-Charlottenburg: Buchholz und Weißwang.
Spann, Othmar (1907): Wirtschaft und Gesellschaft, Dresden: Böhmert.
Spann, Othmar (1911): Haupttheorien der Volkswirtschaftslehre, Leipzig: Quelle & Meyer.
Spann, Othmar (1918): Fundament der Volkswirtschaftslehre, Jena: G. Fischer.
Spann, Othmar (1921): Der wahre Staat. Vorlesungen über Abbruch und Neubau der Gesellschaft, Leipzig: Quelle & Meyer.
Spann, Othmar (1930): Gesellschaftslehre, 3. neubearb. Aufl. (zuerst 1914: Kurzgefasstes System der Gesellschaftslehre), Leipzig: Quelle & Meyer.
Spann, Othmar (1934): Kämpfende Wissenschaft, Jena: G. Fischer.
Spiethoff, Arthur (1932): „Die Allgemeine Volkswirtschaftslehre als geschichtliche Theorie: Die Wirtschaftsstile“, in: Schmollers Jahrbuch 56, S. 891–924.
Stachel, Peter (1999): „Leibniz, Bolzano und die Folgen. Zum Denkstil der österreichischen Philosophie, Geistes- und Sozialwissenschaften“, in: Karl Acham (Hg.), Geschichte der österreichischen Humanwissenschaften, Bd. 1, Wien: Passagen, S. 253–296.
Strigl, Richard (1923): Ökonomische Kategorien und die Organisation der Wirtschaft, Jena: G. Fischer.
Strigl, Richard (1926): Angewandte Lohntheorie. Untersuchungen über die wirtschaftlichen Grundlagen der Sozialpolitik, Leipzig/Wien: Deuticke.
Swedberg, Richard (1994): Joseph A. Schumpeter. Eine Biographie, Stuttgart: Klett-Cotta.
Swedberg, Richard (1995): „Schumpeters Vision der Sozioökonomie“, in: Karl S. Althaler et al. (Hg.), Sozioökonomische Forschungsansätze, Marburg: Metropolis, S. 15–42.
Takebayashi, Shiro (2003): Die Entstehung der Kapitalismustheorie in der Gründungsphase der deutschen Soziologie. Von der historischen Nationalökonomie zur historischen Soziologie Werner Sombarts und Max Webers, Berlin: Duncker & Humblot.
Torrance, John (1981): „Die Entstehung der Soziologie in Österreich, 1885–1935“, in: Wolf Lepenies (Hg.), Geschichte der Soziologie, Bd. 3, S. 443–495.
Walras, Leon (1896): Etudes d’économie sociale, Lausanne: F. Rouge.
Weber, Max (1922): Wirtschaft und Gesellschaft, Tübingen: Mohr.
Weber, Max (1988 [1904]): „Die ‚Objektivität’ sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis“, in: Ders., Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre, Tübingen: Mohr, S. 146–214.
Wieser, Friedrich (1924 [1914]): Theorie der gesellschaftlichen Wirtschaft, 2. Aufl., Tübingen: Mohr
Wieser, Friedrich (1926): Das Gesetz der Macht, Wien: Julius Springer.

Wieser, Friedrich (1927): Social Economics. With a preface by Wesley Clair Mitchell, New York: Adelphi.
Winkler, Heinrich (1974): „Einleitende Bemerkungen zu Hilferdings Theorie des Organisierten Kapitalismus“, in: Heinrich Winkler (Hg.), Organisierter Kapitalismus. Voraussetzungen und Anfänge, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, S. 9–18.

Mikl-Horke, Gertraude, Dr. rer.com., geb. 1944; habilitiert für Allgemeine Soziologie und Wirtschaftssoziologie. Bis 2010 Univ.-Prof. für Soziologie an der Wirtschaftsuniversität Wien. Forschungsschwerpunkte: Industrie- und Arbeitssoziologie, Wirtschaftssoziologie, Geschichte der Sozialwissenschaften.

Finanzsoziologie – der Steuerstaat als Schlüssel zur Gesellschaftsanalyse

Manfred Prisching

Inhaltsverzeichnis

1 Die Genese des Steuerstaates 336
2 Das Nachkriegsdesaster 338
3 System, Politik und Wirtschaftslogik 343
4 Funktionsausweitung und steigender Staatsanteil 345
5 Zunehmende Staatsfunktionen 349
6 Das Budget als Instrument der Makrosteuerung 351
7 Angrenzende Wissenschaftsfelder 352
8 Kultursoziologie des Wirtschaftslebens 355
9 Resümee 357
Literatur 358

Zusammenfassung

Die Finanzsoziologie wurde am Ende des Ersten Weltkriegs durch zwei Aufsätze von Rudolf Goldscheid und Joseph Schumpeter angestoßen. Die Finanzsoziologie betrachtet einerseits die gesellschaftlichen Verhältnisse, die sich in den Einnahmen der staatlichen Budgets ausdrücken, und andererseits die Staatsausgaben, die in die Gesellschaft hineinwirken und sie prägen. Denn ohne Zweifel hat historisch die Besteuerung die öffentliche Sphäre des Staates begründet, und wirtschaftspolitisch haben die Anteile der öffentlichen Budgets

M. Prisching (✉)
Institut für Soziologie, Graz, Österreich
E-Mail: manfred.prisching@uni-graz.at

© Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2022

K. Acham und S. Moebius (Hrsg.), *Soziologie der Zwischenkriegszeit. Ihre Hauptströmungen und zentralen Themen im deutschen Sprachraum*,
https://doi.org/10.1007/978-3-658-31401-9_11

am Sozialprodukt in allen Ländern so zugenommen, dass sich in der finanzpolitischen Manifestation schlechthin die Politik, die Machtverhältnisse, aber auch die geistige Verfasstheit eines Volkes ablesen lässt. Natürlich hat man sich mit ähnlichen Fragen zuvor auch schon befasst, in der Kameralistik und in den Staatswissenschaften; doch in der Zwischenkriegszeit sind Ökonomen wie Herbert Sultan, Gerhard Colm und Fritz Karl Mann immer wieder zu dem Thema auch unter dem Titel der Finanzsoziologie zurückgekehrt. Verstreute Bemerkungen gibt es nach dem Zweiten Weltkrieg. Aber die Wirtschaftstheorie hat sich zur selben Zeit mathematisiert, die Soziologie hat ihre Eigenständigkeit ausgebaut – auf beiden Seiten fand sich auf Dauer keine solide Verankerung für die Finanzsoziologie. Verschiedene Themen, die sich mit der ökonomischen Konfiguration des Staates, den Strukturen seiner Finanzierung sowie ihren Hintergründen und den soziologischen Wirkungen seiner Budgets befassen, wurden in der späteren politischen Ökonomie, der Public-Choice-Theorie oder der Institutionenökonomik weitergeführt.

Schlüsselwörter

Steuerstaat · Staatsaufgaben · Staatsbudget · Wirtschaftskultur · Staatsschulden · Wirtschaftslenkung · Planwirtschaft

Die Finanzsoziologie sollte allgemeine Aussagen über die Zusammenhänge und Wirkungsmechanismen zwischen der gesellschaftlichen Entwicklung, dem politischen Geschehen und den öffentlichen Finanzen machen. „Die Finanzen“, so behauptet Joseph Schumpeter (1883–1950) 1918 in einem bekannten Zitat, „sind einer der besten Angriffspunkte der Untersuchung des sozialen Getriebes, besonders, aber nicht ausschließlich, des politischen.“ (Schumpeter 1976: 332) Das heißt: Man schaut auf die öffentlichen Finanzen, um Politik und Gesellschaft zu verstehen. Schumpeter nimmt dabei einen Gedanken von Rudolf Goldscheid (1870–1931) auf, der gerade ein Jahr zuvor für eine Finanzsoziologie plädiert hatte, die allein „vollen Einblick in das wahre Wesen des Staates zu gewähren [vermag]” und allein imstande sei, „sowohl für seine kraftvollsten Leistungen wie für sein mannigfaches folgenschweres Versagen die ausschlaggebenden Gründe aufzuspüren“ (Goldscheid 1976c: 41). Viele Finanzwissenschaftler stimmen zu, mit unterschiedlicher Akzentsetzung. Herbert Sultan (1894–1954), Finanzwirtschaftler an der Universität Leipzig, verkündet: Es gebe keine Finanzwissenschaft, die nicht Finanzsoziologie wäre (Sultan 1952a: 67). Gerhard Colm (1897–1968), der 1933 das Weltwirtschaftsinstitut in Kiel

verließ, wo er zusammen mit Adolph Loewe tätig war, der später im Budgetbüro des Weißen Hauses saß und Wirtschaftsberater von Harry Truman war, sagt: Die Budgeterstellung sei Teil der Soziologie der staatlichen Willensbildung (Colm 1936: 107). Und Fritz Karl Mann (1883–1979), der manchmal als Begründer der Finanzsoziologie bezeichnet wird, der 1936 aus Deutschland ausreiste und ebenfalls als Ökonom im US-Kriegsministerium arbeitete, ergänzt: Da die Eingriffe des Staates sich weiter ausdehnten, nehme die Eignung der Finanzwirtschaft als Gesellschaftsspiegel zu (Mann 1951: 3).

Das ist eine breite Perspektive. Doch der Themenbereich der *Finanzsoziologie* wurde von einigen Arbeiten geprägt, in denen es unmittelbar um die Staatsbudgets ging; freilich oft wieder unter Berücksichtigung von Zusammenhängen, die sich im Ganzen gesellschaftlicher Geflechte verloren. Das war ein Problem. Denn um die Jahrhundertwende begann sich die Spezialisierung in der Wissenschaft durchzusetzen, was in der Nationalökonomie des 20. Jahrhunderts zur Entsoziologisierung führte und das Interesse an Finanzsoziologie schwinden ließ. Gleichzeitig wurde die Soziologie als Spezialfach institutionalisiert; doch mangels entsprechender Kenntnisse hat die Soziologenschaft die wirtschaftlichen Fragen immer mehr der Ökonomie überlassen. Somit gab es auch in der Soziologie keine solide Verankerung für die Finanzsoziologie. Die explizite Bezeichnung als „Finanzsoziologie“, die in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts öfters verwendet wurde, erlahmte bald und kam in der zweiten Jahrhunderthälfte fast nicht mehr vor. Viele finanzsoziologischen Arbeiten waren zudem vom „Stil der Zeit“ geprägt: von der historischen Orientierung, vom ganzheitlichen Ansatz, von einer sozialethischen Orientierung; und was man unter Theorie verstand, blieb oft bei Begrifflichkeiten und Definitionsdiskussionen hängen. Wer jedoch als Wissenschaftler (in Methode und Stil) noch mehr oder weniger im Geiste der Jahrhundertwende argumentierte, war nach dem Zweiten Weltkrieg abgemeldet.

In der Folge werden wir einige der zentralen finanzsoziologischen Diskussionen bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts rekonstruieren. Wir können die ideengeschichtliche Entwicklung der Finanzsoziologie mit der Entwicklung von Staatsfunktionen und deren institutionellen (finanziellen) Ausformungen korrelieren, wir fangen deshalb mit der Entstehung des Steuerstaates an. Man kann den Staat als Idee, als Herrschaftsorganisation und Machtverhältnis, als ökonomische Ausbeutungsinstitution, als Verkörperung von Sittlichkeit und Zivilisiertheit, als Evolutionsprodukt oder als Gesellschaftsvertrag betrachten; und alle diese Perspektiven sind, soweit sie reichen, ertragreich. Doch es ist eine historisch naheliegende Perspektive, den modernen Staat eigentlich als *Steuerstaat* zu betrachten. Der Staat entsteht als solcher erst, indem er seinen Einflussbereich steuertechnisch durchwirkt, und auch die Modernisierungstheorie der

letzten Jahrzehnte sagt: Wenn der Staat nicht das Territorium seines Wirkungsbereichs administrativ, insbesondere steuertechnisch, im Griff hat, steht „Staatlichkeit“ in Frage.

1 Die Genese des Steuerstaates

Man *wollte* den „Steuerstaat“ nicht „gründen“. Er hat sich *ergeben,* aus praktisch-politischen Situationsentscheidungen. Man kann sich für die (evolutionäre) Institutionengenese auf Adam Smith (1723–1790), Carl Menger (1840–1921) oder Friedrich von Hayek (1899–1992) berufen; aber die historische Frühphase hat Joseph Schumpeter in seinem Aufsatz über die *Krise des Steuerstaats* 1918, einem der großen Texte der Finanzsoziologie, beschrieben (Schumpeter 1976). Für die Herausbildung eines Besteuerungssystems, auch für den Wandel von einem feudalen zu einem modern-administrativen System, sind die militärischen Notwendigkeiten, vor die sich größere politisch-soziale Entitäten gestellt sahen, entscheidend gewesen. Im feudalen Staat waren der öffentliche und der private Bereich nicht geschieden, doch am Ende des Mittelalters geriet die Domänenwirtschaft in die Krise, aus einer Reihe von Gründen: höfische Verschwendung, ineffizientes Wirtschaften, die mit dem Aufkommen der Söldnerheere steigenden Kosten der Kriegsführung. Insbesondere die immer wieder zu führenden Kriege gegen die Türken konnten in den europäischen Ländern nicht mehr aus den privaten finanziellen Ressourcen der Fürsten bestritten werden. Der Landesfürst wandte sich an die Stände mit dem Hinweis, dass die Abwendung der drohenden Gefahren, insbesondere der riesigen türkischen Heerscharen, in der „gemeinen Not“ begründet sei. Indem dieses Argument als gültig angesehen wurde, war ein entscheidender Schritt getan. Eine „öffentliche Sphäre“, neben der Privatschatulle des Fürsten, war begründet, und das Steuersystem entwickelte sich Hand in Hand mit der Ausbildung eines Staatsapparates, der zusätzliche Funktionen übernahm. Fritz Karl Mann sagt: „Ohne staatliche Finanzzentrale und geldwirtschaftliche Steuerverwaltung kein Staatskredit; aber auch keine politische Machtentfaltung nach innen und außen.“ (zit. nach Ahrend 2010: 211).

In der Zwischenkriegszeit, die hier zu besprechen ist, haben sich die Funktionen des Staates längst in alle Richtungen ausgeweitet, weit jenseits der militärischen und höfischen Anfänge – nicht oder nicht nur aus dem Bedürfnis der Machthaber, sondern auch in einer Komplementärfunktion zur Wirtschaftsentwicklung. Während relativ autarke Bauernhöfe vor sich hin wirtschaften können, braucht man in und nach der Industrialisierung eine Arbeiterschaft,

die über eine staatlich gesicherte Grundbildung verfügt. Während traditionelle Systeme Krankheit und Genesung dem Schicksal oder dem Gebet überlassen können, handelt es sich in der modernen Welt um Humankapital, um eine „Menschenökonomie", wie es Rudolf Goldscheid (1908, 1911), ein anderer prominenter Vertreter der Finanzsoziologie, nannte. Während sich der Staat in einer fragmentierten Wirtschaft um große Teile der Infrastruktur kaum kümmern muss, wird sie in einer verflochtenen Wirtschaft zu einer Kollektivaufgabe, da sie (aufgrund entsprechenden Marktversagens) als Gemeingut privatwirtschaftlich-marktförmig nicht entsteht. Da ist in vielen Dingen der Staat gefordert – und die Finanzen sind nicht mehr nur Voraussetzung für die Hofhaltung und das Militär, sondern für die gedeihliche Entwicklung vieler Dimensionen im Leben einer Gesellschaft. Finanzsoziologische Bemerkungen, die Steuersystem und Staatsform in Verbindung bringen, finden wir allerdings schon früher, bei Montesquieu (1689–1755), Johann Heinrich Gottlieb Justi (1720–1771), bei Albert Schäffle (1831–1903). Dieser bringt die Finanzwirtschaft in seine Studie über *Bau und Leben des socialen Körpers* (1896) ein, in einer so pointierten Weise, dass Fritz Karl Mann ihm gar eine Art „Finanzsoziologismus" bescheinigt (Mann 1961: 644). Finanzprobleme haben aber auch Karl Renner (1870–1950) in seinem Buch *Das arbeitende Volk und die Steuern* (1909) oder Eduard Bernstein (1850–1932) in seiner Arbeit *Die Steuerpolitik der Sozialdemokratie* (1914) untersucht. Mit dem wachsenden Staatsanteil wird das Budget wirtschaftstheoretisch und wirtschaftspolitisch nicht mehr vernachlässigbar.

Steuer und Staat lassen sich noch in anderer Hinsicht verbinden. Das Steuersystem war nicht unwesentlich daran beteiligt, die ganze Gesellschaft mit einer modernen *Bürokratie* zu durchwirken: *Rationalisierung* im Sinne Max Webers (1864–1920). Ein ausgefeiltes Abgabensystem trug zur *Förderung des rechnenden Geistes* bei. Denn die Ermittlung der Abgaben setzte eine durchgehende Kalkulierbarkeit der eigenen Aktivitäten voraus. Es waren nicht nur die zeitverwendungsreflektierenden Tagebücher eines Benjamin Franklin, die eine Rechenschaftslegung erforderten, sondern die praktischen Notwendigkeiten, die eigenen Aktivitäten vollständig zu erfassen und steuerrechtlich abzubilden. Die Trennung fürstlich-staatlicher Sphären schlug deshalb auch in andere Bereiche durch, die Polarität zwischen Individuum/Privatheit versus Kollektiv/Staatlichkeit erhielt eine gesetzliche Definition. Private Wirtschaft und Lebenswelt standen von nun an der öffentlichen Sphäre gegenüber, die zu einer eigenen Entität wurde – einer öffentlichen Sphäre, die allerdings tief hineinwirkte in das Alltagsleben der Menschen.

2 Das Nachkriegsdesaster

Der intervenierende Staat braucht mehr Geld. Zu einem über die Jahrzehnte stets umstrittenen Problem wurde der *Staatsanteil,* d. h. die Größe des Staatsbudgets im Verhältnis zum Sozialprodukt. Wenig erstaunlich hat es dabei immer zwei konträre Positionen gegeben. Einerseits der *arme Staat:* die Sorge, dass der Steuerstaat verarmen müsse; dass er in Anbetracht der zunehmenden (und notwendigen) Funktionen zu wenig Ressourcen aus der Privatwirtschaft abschöpfen könne und damit von den Geldgebern abhängig werde. Andererseits der *reiche Staat:* die Sorge vor einem übermächtigen Staat, einem Staat, der durch seinen Geldbedarf die Belastungsfähigkeit des wirtschaftlichen Systems überschreiten, seine Dynamik bremsen und Wohlstandsgewinne verspielen könnte.[1]

Als man nach dem Ersten Weltkrieg über den Steuerstaat diskutierte, war die Situation eindeutig. Der Staat war in der Tat bettelarm, hatte Schulden, Zerstörungen mussten überwunden werden, hohe Reparationszahlungen standen vor der Tür: ein wirtschaftliches und finanzielles Desaster. Wie er auch nur die notwendigsten Leistungen erbringen sollte, war unklar. In Anbetracht der Situation am Ende des Kriegs spricht Rudolf Goldscheid vom „besitzlosen, ja tief verschuldeten Steuerstaat" (Goldscheid 1976b: 262), der vom Privatkapital abhängig sei. Der verarmte Staat sei bloß souverän aus zweiter Hand. Er müsse Bittsteller bei den Besitzenden sein, um Befehlender gegenüber den Besitzlosen bleiben zu können. Man habe zwar nun endlich die Demokratie erkämpft, aber man sei um die Beute – angesichts eines expropriierten Staates – geprellt worden. Nur ein reicher Staat könne jedoch demokratisch und rechtsstaatlich sein (Goldscheid 1976a, 1976c). Rudolf Goldscheid (1870–1931), Positivist und Antimetaphysiker, Pazifist, Gründer soziologischer Gesellschaften, hatte schon zuvor die Güterökonomie durch seine „Menschenökonomie" (Goldscheid 1908, 1911) ergänzt: Man müsse ausreichende öffentliche Mittel für die Daseinsvorsorge, für Bildung, Gesundheit, Wohnung, Kunst und Wissenschaft bereitstellen, um die Qualität der Arbeitskräfte zu optimieren und ihren Lebensstandard zu heben. Auch die Staatsfinanzierung sah er deshalb nicht nur als Instrument der erforderlichen Mittel-

[1] Mit strategischen Aspekten der Besteuerung haben sich spätere Theoriefelder wie etwa die Public Choice-Lehre befasst. Sie betont einerseits das rationale Selbstinteresse aller beteiligten Gruppen (jeder will Nutznießer sein und die anderen zu „Zahlern" machen), andererseits die Fiskalillusion: die unzureichende Wahrnehmung einer breitgestreuten und vielfältigen Besteuerung von Seiten des Publikums (die Illusion, dass der Staat „Geschenke" zu verteilen habe).

aufbringung, sondern (in staatsethischer Perspektive) als wesentlichen Hebel für die kollektive Lebensgestaltung (vgl. Fritz und Mikl-Horke 2007; Bammé 2020; Prisching und Peukert 2009; Peukert 2009).

Die Forderung nach Repropriierung des Staates wurde in eine Situation hineingesprochen, in der die *sozialistische Perspektive,* derzufolge sich alle Probleme durch Verstaatlichung lösen ließen, gängig war: in diesem Sinne etwa das klare Sozialisierungskonzept Otto Bauers (1881–1938) *Der Weg zum Sozialismus* (Bauer 1919). Auch die Erfahrungen aus der Kriegswirtschaft (mit einer verstärkten Rolle des Staates bei grundsätzlich aufrechterhaltener Marktwirtschaft) spielten in die Überlegungen hinein. In einer Festschrift schrieb 1930 der Staatswissenschaftler Hermann Schumacher (1868–1952): „Ein ängstliches Suchen nach Neuem" habe angehoben. „So entstand eine ganze Literatur, halb kriegswirtschaftlich, halb sozialistisch: die merkwürdige, meist in ein halbwissenschaftliches Gewand gekleidete Literatur über die ‚Planwirtschaft', deren hervorragendster Vertreter Walther Rathenau war. Sie wird immer ein interessantes ‚Document humain' des deutschen Volkes bleiben, in dem sich ein heroischer Lebenswille mit hochgebildeter Lebensfremdheit in oft ergreifender Weise paart." (Schumacher 1930: 153) Genaue Vorstellungen über das Funktionieren der Wirtschaft nach der Revolution waren bei den sozialistischen Theoretikern oder Praktikern nicht vorhanden. Man wusste nicht, ob man radikal oder behutsam vorgehen sollte, ob man bei den Banken oder der Schwerindustrie ansetzen sollte, ob man Entschädigungen für die Verstaatlichung zahlen sollte, wie man mit der Landwirtschaft umgehen sollte – vor allem, ob man einen *graduellen* Übergang zum Sozialismus vollziehen oder einen *abrupten* Bruch setzen sollte. Für die Allokations- und Entwicklungsprobleme in einer sozialisierten Wirtschaft hatte man keine Lösungen. Dennoch war man sich in der Erwartung, dass der Staat als Unternehmer besser wirtschaften werde als die Privatkapitalisten, sicher.

So sieht auch Rudolf Goldscheid den Ausweg darin, dass sich der Staat die profitablen Wirtschaftsbereiche, die derzeit privat betrieben würden, aneignen müsse. Er nimmt einen blühenden Privatsektor wahr, dessen Erträge nicht der Allgemeinheit zugutekommen. Goldscheid hat deshalb vorgeschlagen, dass der aller profitablen Produktionsanlagen entblößte Staat „repropriiert" werden müsse: etwa auf dem Weg einer Vermögensabgabe (zunächst von einem Drittel des Aktienbesitzes), die letzten Endes dazu führen müsste, dass der Staat gewinnträchtige Unternehmen übernimmt. Der „unternehmerische Staat" wäre dann in der Lage, den produktiven Mehrwert wieder in das Gemeinwohl einzuspeisen. Wäre der Staat „echter Kapitalist", könnte er (anstelle der Privatkapitalisten) die Gewinne einstreifen. Die Fatalität liegt also in der Trennung des Staates von den Produktionsmitteln, denn dann hat der Staat zu wenig Einnahmen, er muss

Schulden machen – und es entsteht der chronisch verschuldete und abhängige Steuerstaat.

Goldscheid weicht vom marxistischen Mainstream ab. Es ist zum einen der Staat, der ganz bewusst diesen Akt setzt. Es bedarf keiner Revolution. Zum anderen strebt Goldscheid keine Planwirtschaft an, sondern einen „Staatskapitalismus". Sogar die privaten Geschäftsführer könnten bleiben. Aber es finden sich bei Goldscheid auch Bemerkungen über Systemwandel und Planungsgedanken; der Außenhandel müsste ohnehin weitgehend verstaatlicht werden, weil der Staat durch die höhere Mobilität des Kapitals in Abhängigkeit gerate (wie dies in Zeiten der Globalisierung nicht ganz unrichtig ist). Goldscheids Vorschlag über den „Unternehmerstaat" war in der historischen Situation insofern nicht so illusorisch, als tatsächlich unterschiedlichste Systeme als möglich erschienen – schließlich probierte man zur selben Zeit auch in Deutschland quasirevolutionäre Machtübernahmen und Rätesysteme, die sich nicht als dauerhaft erweisen sollten. Man kann zudem Elemente von Goldscheids Visionen in der späteren Entwicklung zum ausgebauten Wohlfahrtsstaat, in der Gemeinwirtschaft bzw. der Verstaatlichten Industrie und in Strategien der Humankapitaloptimierung sehen. Was jedoch die radikale Verstaatlichung betrifft, sind die kurzfristige und die langfristige Geschichte anders gelaufen: *Kurzfristig* wurde es in Westeuropa nichts mit der sozialistischen Transformation. *Langfristig* erwies es sich als vorteilhaft, dass nichts daraus wurde. Denn viele Plansysteme sollten in den nächsten Jahrzehnten scheitern, zuweilen mit blutigen oder tödlichen Folgen. Die Idee des *Gewinnstaates* anstelle des *Steuerstaates* ist Illusion geblieben. Auch experimentelle Varianten wie das jugoslawische Modell der Selbstverwaltung (Schleicher 1961), der Dritte-Welt-Sozialismus oder sonstige „Dritte Wege"[2] sind gescheitert. Viele Kritiker von Goldscheids Wunsch nach der Repropriierung der Staaten haben wenig freundliche Kommentare abgegeben. Goldscheid wurde „Vulgär-Materialismus" vorgeworfen, die Überschätzung der Finanzperspektive,

[2] „Dritte Wege" haben immer nach irgendwelchen Methoden gesucht, sozialistische Gesellschaften mit Menschenrechten, Demokratie und Wirtschaftsdynamik zu vereinen. Die Varianten reichen aber von Versionen eines Rätesozialismus oder Selbstverwaltungssozialismus über die Dritten Wege in Entwicklungsländern bis zu außergewöhnlichen Modellen wie jenen von Silvio Gesell, theoretische Angebote finden sich von Ota Sik bis Ossip K. Flechtheim. Selbst Anthony Giddens hat später auf den Begriff zurückgegriffen, auch wenn er ganz anderes meinte. Man kann allerdings auch das vergleichsweise erfolgreiche europäische Modell der „sozialen Marktwirtschaft" bzw. des „Wohlfahrtskapitalismus" als Dritten Weg verstehen.

ein unzureichendes gesellschaftstheoretisches Modell und eine historisch falsche Vereinfachung. Gleichermaßen irritiert war man im sozialistischen Lager.

Joseph Schumpeter, der Nationalökonom, der aus der österreichischen Schule kam, aber ihr nur partiell zugerechnet werden kann, hob die Richtigkeit des Goldscheidschen Befundes in der aktuellen Situation am Ende des Ersten Weltkriegs hervor: Der Staat stehe verhältnismäßig arm an Mitteln den Privatwirtschaften gegenüber und sei auf das angewiesen, was er ihnen entwinden könne – später nannte man dies „öffentliche Armut und privater Reichtum". Schumpeter hält jedoch nichts vom vorgeschlagenen Verstaatlichungsprogramm, er ist vielmehr interessiert an einer optimalen oder maximalen Abschöpfung über das Steuersystem, die es dem Staat ermöglicht, in schwieriger Lage seine finanziellen Verpflichtungen und Aufgaben zu erfüllen. Solange eine kapitalistische Wirtschaftsordnung bestehe, sei kein wesentlicher Unterschied in dem Ausmaß zu erkennen, in dem Ressourcen aus einer privaten Wirtschaft oder aus einer teilstaatlichen Wirtschaft abgezweigt werden können.

Schumpeter geht die einzelnen Möglichkeiten durch. (a) Indirekte Steuern würden zu einer Konsumeinschränkung führen, weil jede derartige Besteuerung einem Überwälzungsprozess ausgesetzt sei. Die Grenze einer derartigen Abschöpfung sei dort zu finden, wo eine weitere Anhebung der Steuer keinen Zuwachs, sondern eine Minderung des Ergebnisses bringe. Die meisten Staaten, so Schumpeters Eindruck, seien über dieses Niveau hinausgeschossen. Ein ähnliches Argument sollte Jahrzehnte später als Laffer-Kurve berühmt werden. Allerdings ist klar, dass es sich um eine „weiche", historisch wandelbare Grenze handelt. (b) Direkte Steuern setzen beim Unternehmergewinn an. Von ihm kann man so viel abziehen, dass der Anreiz zur Innovation und zum unternehmerischen Handeln keinen Schaden erleidet. Eine Überschreitung dieser Grenze schädigt beziehungsweise vernichtet allerdings das Steuerobjekt. Auch in diesem Falle ist die Grenze von Gefühlen und Stimmungen beeinflusst. (c) Bei anderen Gewinnformen steht es nach Schumpeters Überzeugung anders: Beim Monopolgewinn und bei der Grundrente ist eine beinahe vollständige Besteuerung möglich, ohne dass eine Rückwirkung auf den Produktionsprozess eintritt. Freilich ist das Argument in Bezug auf Monopolgewinn und Grundrente an eine nationalstaatliche Perspektive gebunden; wenn grenzüberschreitender Wettbewerb und internationale Mobilität des Kapitals vorausgesetzt werden, muss auch Schumpeters Argument neu formuliert werden. (d) Dasselbe gilt für Zufallsgewinne: Sie stellen einen unverdienten Wertzuwachs dar, mit dem nicht gerechnet werden konnte; Akteure können also ihr Verhalten aufgrund einer entsprechenden Besteuerung nicht ändern. Wie sich ein zufälliger von einem erarbeiteten oder verdienten Gewinn abgrenzen lässt, steht allerdings in den Sternen. (e) Die

letzte Form der Besteuerung richtet sich auf Kapitalzins und Arbeitslohn. Es handelt sich um ein gemeinsames Problem aller Staaten, daher ist von möglichen Wanderungen abzusehen. Auch in diesem Fall wird eine allzu hohe Besteuerung die Kapitalbildung lähmen und eine überdurchschnittliche Arbeitsleistung verhindern. Auch die begrenzte Tragfähigkeit der großen Einkommen ist zu berücksichtigen. (Heute würde man beim Argument begrenzter Tragfähigkeit wohl nicht die ganz großen Einkommen ins Auge fassen, weil diese über praktikable Umgehungsmöglichkeiten verfügen, wohl aber die hohen Einkommen, etwa aus der oberen Mittelschicht, welche aber ohnehin die wesentlichen Lasten für die Allgemeinheit tragen.)

Schumpeters Argument läuft also auf das Folgende hinaus: Natürlich sei eine Unternehmertätigkeit durch den Staat möglich. Wenn man jedoch ein marktwirtschaftliches System aufrechterhalte, dann sei der durch staatliche Betätigung erzielbare Ertrag durch die ökonomischen Gesetze des kapitalistischen Produktionsgewinns begrenzt. Genauer formuliert: Auch der Staat wird nur jenen Gewinn machen können, den private Unternehmer erzielen könnten. Es werde allerdings keinen wesentlichen Unterschied zu einer Situation geben, in der die *unternehmerische Tätigkeit von Privaten erbracht und der größtmögliche Teil für öffentliche Zwecke durch Besteuerung abgeschöpft werde.* Die jeweilige Belastungs- oder Überlastungsgrenze sei in jedem Fall gegeben, und sie könne – aus politischer Dummheit – überschritten werden: „Wenn nun der Wille des Volkes nach immer höheren gemeinwirtschaftlichen Ausgaben geht und immer größere Mittel für Zwecke verwendet werden, für die sie der Private nicht geschaffen hat, wenn immer größere Macht hinter jenem Willen steht und schließlich ein Umdenken über Privateigentum und Lebensformen alle Kreise des Volkes ergreift – dann ist der Steuerstaat überwunden und die Gesellschaft auf andere Triebfedern der Wirtschaft angewiesen als die der Individualegoismen. Diese Grenze – und damit die Krise, die er nicht überleben könnte – kann gewiss erreicht werden: Kein Zweifel, der Steuerstaat kann zusammenbrechen." (Schumpeter 1976: 351 f.)

Erwin von Beckerath (1889–1964) schreibt im Handbuch der Finanzwissenschaft: „Vielleicht war es das Hauptverdienst von Goldscheids Buch, J. Schumpeter zu seiner packend geschriebenen, konzentrierten Studie über die Krise des Steuerstaats angeregt zu haben, die aus Bausteinen gefügt ist, welche die finanzhistorische Literatur Deutschlands zusammengetragen hatte. Bei Schumpeter findet sich eine echte soziologisch-historische Analyse der Steuer, ihrer engen genetischen Verbindung mit dem modernen Staate, so daß der Ausdruck ‚Steuerstaat' fast als ‚Pleonasmus' erscheint, zudem eine Bestimmung der steuerlichen ‚Grenzen', wie sie aus den ureigenen Bedingungen der

kapitalistischen Wirtschaft resultieren. Noch heute lesenswert sind die klugen Erwägungen zu dem Problem, die Kriegsschuld aus dem Weltkriege auf der Basis des Steuerstaates selber zu bewältigen, den Goldscheids utopisches Experiment durch einen neuen Staats- und Wirtschaftstypus ersetzen wollte.“ (Beckerath 1952: 466) Schumpeters verschiedentlich gestreute provokative Bemerkungen, dass es fraglich sei, ob der Kapitalismus überleben könne, haben wohl dazu geführt, dass er in einer sozialistischen Nachkriegsregierung zum Finanzminister berufen wurde – ein Missverständnis, denn man hat wohl seine Schriften nicht genau gelesen. Als Schumpeter erfolgreich das Verstaatlichungsprogramm der Regierung hintertrieb, musste er rasch seinen Hut nehmen.

3 System, Politik und Wirtschaftslogik

Die Auseinandersetzung über die Finanzsoziologie war in der Zwischenkriegszeit geprägt von der großen „Systemfrage“: Sozialismus versus Kapitalismus, Planwirtschaft versus Marktwirtschaft. Gemeinsam war und ist den meisten marxistischen und marxistoiden Strömungen, dass sie den kapitalistischen Staat mit Misstrauen betrachten. Er steht nur formal über den Interessengruppen, eigentlich ist er der Agent für die Klassenherrschaft der Kapitaleigner. Daraus ergeben sich seine politischen Einschränkungen: Aufgabe des Staates ist es dieser Ansicht zufolge, die negativen Folgen der kapitalistischen Produktion zu beseitigen, ohne an die Eigentumsverhältnisse zu rühren oder die Profitabilität einzuschränken, und die gewinnträchtigen Voraussetzungen für die Produktion zu schaffen. Nach der Revolution und der Transformation in ein sozialistisches System werde dann alles anders: kein Privateigentum, kein Profit, kein Staat. Die praktischen Schwierigkeiten einer solchen Umgestaltung sollten in den 1920er Jahren in der Sowjetunion durchgespielt werden, mit Produktionseinbrüchen und Millionen Toten; und vom Verschwinden des Staates sollte dann keine Rede mehr sein.

In einem sozialistischen Planungssystem sind es nicht verstreute Akteure, die Entscheidungen treffen; es ist eine Zentralbehörde. Die Entscheidungen werden nicht nach dem Profit getroffen, sondern nach den „Bedürfnissen“ – wie immer man diese erkennt. Aber die Geldflüsse laufen über die Zentralbehörde. Das bedeutet: *Diese Geldflüsse und die Preisbildungsprozesse sind Teil des staatlichen Budgets.* Sie sind Einnahmen und Ausgaben. Aber diese Vorgänge sind genau das Thema der Finanzsoziologie.

Die berühmte Debatte über *Wirtschaftsrechnung im Sozialismus* klingt nach einem technischen Problem, aber im Grunde handelt es sich um die entscheidende Systemfrage. Die Debatte wurde von Ludwig von Mises (1881–1973)

(in seinem Buch über die *Gemeinwirtschaft,* 1922) angestoßen. Die Mises-These lautete: Sozialismus ist logisch und praktisch undurchführbar. Das Finanz-, Geld- und Preissystem kann nicht funktionieren. Aufgrund des Kollektiveigentums und der zentralen Planentscheidungen können sich für die Güter keine Marktpreise bilden, insbesondere für die Investitionsgüter bedeutet dies, dass es kein effizientes bzw. wirtschaftlich rationales Handeln geben kann. Man kann die ökonomisch sinnvollen Lösungen nicht berechnen. Es ist ein Wissensproblem. Zudem kann man keine Organisationsform finden, die das Handeln von der Mitwirkung der anderen Menschen und Organisationen unabhängig macht; man kann also Leistung und Wert einer Arbeit nicht zurechnen. Die Arbeitswertlehre ist unbrauchbar, andere Methoden der Wertbemessung stehen nicht zur Verfügung. Die einzige Methode der Wertbestimmung ist die Bildung von Marktpreisen, für Konsumgüter, für Investitionsgüter, für die Arbeitskraft. Das war ein kraftvolles Argument, welches sozialistische Wirtschaftsillusionen im Kern trifft, in einer Situation, in der die Vision einer superioren sozialistischen Planwirtschaft weit verbreitet war. Darauf reagierten Oskar Lange (1904–1965), Abba P. Lerner (1903–1982) und andere. Auch Karl Polanyi (1886–1964) hat zwei Aufsätze über sozialistische Rechnungslegung geschrieben.

Ihre erste Lösung lief darauf hinaus, dass es auch bei staatlichem Produktionsmittelbesitz einen *Prozess von Versuch und Irrtum* geben könne, durch den man einen paretoeffizienten Zustand erreichen und dergestalt den Prozess einer optimalen Marktwirtschaft „simulieren" könne. Theoretisch war diese Lösung einleuchtend, aber die Idee, mithilfe eines trial-and-error-Umwegs ausgerechnet einen kapitalistischen Markt nachzuahmen, schien vielen Kapitalismuskritikern kein attraktives postrevolutionäres Ziel zu sein. Warum macht man Revolution, wenn man hinterdrein den Kapitalismus bestmöglich nachzuahmen trachtet? Wenn es sich um die Schwierigkeit quantitativ ausreichender Informationen handelte, bot sich später in Anbetracht hochtechnologischer Fortschritte (in der entstehenden Computertechnik) freilich das Argument an, dass damit auch die Rechenmöglichkeiten vorhanden wären, um sogar die komplexesten Prozesse abzubilden (Lange 1977).

Eine zweite Perspektive: Es hat auch innerhalb der Gruppe der sozialistischen Theoretiker keine Einigkeit darüber gegeben, wie tatsächlich eine Wertrechnung stattfinden sollte. Die einen, wie etwa Otto Neurath (1882–1945), plädierten für eine geldlose Wirtschaft und eine Kalkulation in natürlichen Einheiten, also Kilowatt oder Tonnen oder dergleichen – eine höchst skurrile Vorstellung (Neurath 1919, 1920). Die anderen, wie etwa Karl Kautsky (1854–1938), der sich bereits Gedanken über die kommende *Diktatur des Proletariats* machte, wollten weiterhin Geld verwenden, denn dieses hätte ohnehin im Sozialismus

eine andere Funktion, weil ein Anreiz, es als Finanzkapital zu verwenden, in der neuen Gesellschaft nicht mehr gegeben wäre (Kautsky 1919, 1922). Die dritten wiederum wollten, ganz im Sinne des Kernstücks der ökonomischen Theorie, die Arbeitszeit als Recheneinheit verwenden (Appel 1930), eine Idee, die rasch scheiterte. Kurz: Es waren alles unbrauchbare Ideen.

Die beiden entscheidenden Einwände aus der österreichischen Schule konnten nie widerlegt werden. Erstens wurde das Mises-Argument von Friedrich von Hayek informationstheoretisch weiterentwickelt. Eine zentrale Planungsstelle kann (mit noch so großem bürokratischen Aufwand) niemals alle Verflechtungen der Wirtschaft und Bedürfnisse der Menschen nachvollziehen, weil es sich um Informationen handelt, die beweglich, situativ und oft gar nicht artikulierbar sind. Sie können, selbst durch neue Technologien, nicht erfasst werden, aufgrund der Natur der erforderlichen Informationen. Zweitens hat Joseph Schumpeter die statische Effizienz, um die es in der Debatte ging, als relativ unwichtig abgetan im Vergleich mit einer dynamischen Effizienz des Systems, eine Idee, die den Übergang von seinem ersten zum zweiten Buch markiert, von *Wesen und Hauptinhalt* zur *Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung* (Schumpeter 1908, 1912). Tatsächlich befindet man sich in einer anderen Größenordnung (von Sozialprodukt und Lebensstandard), wenn man in Kategorien des „Prozesses schöpferischer Zerstörung", also von Kreativität und Innovation, mit entsprechenden Wachstumsimpulsen denkt – dann geht es um eine Vervielfachung des Sozialprodukts und nicht um eine allokative Verbesserung um einige Prozent. Auch Schumpeters Intuitionen des Entrepreneurs (Schumpeter 1912) oder Keynes' „animal spirits" (Keynes 1936) könnte man in den Zusammenhang stellen. Schumpeters Bemerkung in seinem Buch *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie,* dass ein sozialistisches System natürlich funktionieren könne, ist hingegen nicht wirklich ernst zu nehmen, wenn man sich seine nähere Beschreibung dieses (keineswegs demokratischen) Systems ansieht; das war bloß seiner Provokationsfreude geschuldet (Schumpeter 1947). Was allerdings die wissenssoziologische Seite des Problems betrifft, haben die Vertreter der österreichischen Theorie nicht nur die bessere Theorie, sondern auch Geschichte und Empirie auf ihrer Seite.

4 Funktionsausweitung und steigender Staatsanteil

Es besteht kein Zweifel, dass der Staat gewisse notwendige, letztlich für die Definition eines Staates entscheidende Funktionen bzw. Aufgabenstellungen zu erfüllen hat: etwa Justizwesen, Militär, dann auch Grundbildung der

Bevölkerung. Aber die Aufgaben weiten sich aus. Der Staat sorgt für wirtschaftsnotwendige Infrastruktur (damals: Kanäle, Straßen, Eisenbahnen, Stromversorgung, kommunale Einrichtungen; heute zusätzlich: die digitalen Netze), für die Qualifikation der erforderlichen Arbeitskräfte (von den Lehrlingen bis zur internationalen Wissenschaft), er bietet Exportförderungen an, er stellt Risikokapital für Startups bereit, er gibt Geld für erwünschte Forschungsprojekte und so fort. Dazu ist viel Geld nötig, was die Frage nach dem Steueraufkommen wieder wichtig macht – und natürlich die Frage nach den Steuervermeidungsmöglichkeiten aufwirft. Denn es handelt sich um einen Eskalationsprozess – oder um ein Katz-und-Maus-Spiel mit jenen Personen und Organisationen, die in der Lage sind, Wirtschaftsanwälte zu beschäftigen.

Die genannten Funktionen führen uns allerdings zu dem, was man damals (so etwa bei Fritz Karl Mann) „finanzwissenschaftlichen Institutionalismus" nannte oder der „Finanzsoziologie" zuweisen würde: die öffentlichen Finanzströme als Ergebnis zahlreicher Faktoren und Prozesse und als Instrument für bestimmte Ziele; zu beiden, den bedingenden und den bedingten Kräften, zählen wirtschaftliche, rechtliche, politische, soziale, kulturelle, psychologische und ethische Faktoren. Fritz Karl Mann hat die veränderte Bedeutung des Staatshaushalts durch zwei neue Begriffe beschrieben: Das Gebilde wandelt sich vom *Anteilsystem* zum *Kontrollsystem* (Mann 1930, 1959; Ahrend 2010).[3] In den früheren Jahrhunderten habe der unbedeutende Anteil der staatlichen Gelder am gesellschaftlichen Aufkommen keinen Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung gehabt. Durch eine Reihe von Gründen, insbesondere durch die Kriegsführung, sei der Finanzbedarf jedoch in ungeheure Höhen getrieben worden, dazu kommen die moderneren Aufgabenstellungen. Die wichtigsten Märkte werden somit dem Einfluss des Staates ausgeliefert. Damit wird der Staat zu einem wichtigen wirtschaftlichen Akteur (Mann 1930). Fritz Karl Mann nimmt Keynes vorweg, wenn er schreibt, dass der Staat nach volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten die Gesamtkaufkraft regulieren, also ausweiten oder begrenzen könne. Allerdings birgt dieses Kontrollsystem eine automatische Wachstumstendenz: durch die zunehmenden Reibungswiderstände des kapitalistischen Wirtschafts-

[3] Herbert Sultan hat sich mit Manns Schema von Anteil- und Kontrollsystem auseinandergesetzt, aber andere grafische Darstellungsweisen vorgeschlagen; es handelt sich aber um ziemlich simple Verbildlichungen, die keine weitere Bedeutung haben. Auch die Übersichtsdarstellung von Sultan ist hoch redundant und beschäftigt sich mit überflüssigen Begriffsdefinitionen und Abgrenzungsfragen (Sultan 1952a). Weitere Bearbeitungen des wissenschaftlichen Feldes finden sich bei Jecht (1928, 1959).

systems, durch den Machttrieb jeder einmal geschaffenen Behörde und durch die massenpsychologische Gewöhnung an öffentliche Betreuung. Die Richtigkeit dieser Prognose sollte sich in den Folgejahrzehnten erweisen. Auch der große Bereich, den Mann selbst ausführlich analysiert hat, nämlich die intermediären Finanzgewalten und Parafisci (wie etwa die ausgegliederten Fonds der Sozialversicherung) – überaus „buntscheckige Gebilde“ (zit. nach Ahrend 2010: 118) –, sollten sich wesentlich ausdehnen (Mann 1928, 1929, 1930).

Das relative *Wachstum des öffentlichen Sektors* ist eine quantitative Veränderung, die aber eine qualitativ neue Wirtschafts- und Politikwelt ins Leben ruft. Das Wagnersche „Gesetz der wachsenden Ausdehnung der öffentlichen und speziell der Staatstätigkeit“, formuliert bereits im Jahr 1892, kennzeichnet einen säkularen Trend, der in der Industrialisierung begonnen hat und bis in die Gegenwart fortwirkt (Wagner 1892). Bei fortschrittlichen Kulturvölkern, so sagt Adolph Wagner (1835–1917), steige der Finanzbedarf überproportional durch die bessere Erfüllung bisheriger und die Übernahme neuer Aufgaben: innere und äußere Sicherheit, Kulturausgaben, Wohlfahrtsausgaben. Es sind umfangreiche wirtschaftliche Vorleistungen des Staates, die einerseits den Lebensstandard der Menschen verbessern, andererseits immer mehr auch als fundamentale Komplementärleistungen für den Wirtschaftsprozess gesehen werden – und die beiden Argumente sind schwer voneinander abgrenzbar. Denn eine gute Gesundheitsversorgung ist sowohl Sache der Lebensqualität als auch eine Verbesserung des Humankapitals. In der Zwischenkriegszeit hat man sich an diese Entwicklung gewöhnt, und für die 1940er Jahre kann Fritz Karl Mann bereits feststellen: „Die meisten zeitgenössischen Nationalökonomen nehmen an, dass ohne Beistand der fiscal policy weder Vollbeschäftigung noch hoher Lebensstandard noch wirtschaftliche Stabilität erreichbar sind.“ (Mann 1959: 53; schon im Aufsatz 1947) Es gibt außerdem einen Verschuldungsspielraum: „Eine Wachstumsrate der Schulden braucht keinen Anlass zur Beunruhigung zu geben, wenn sie hinter der Wachstumsrate des Volkseinkommens zurückbleibt.“ (Mann 1959: 49).

Wagner hat seinerzeit eigentlich nur eine empirische Tendenz postuliert, die sich allerdings im Lauf des nächsten Jahrhunderts erhärten ließ; mittlerweile wurden theoretische Argumente nachgeliefert. *Staatsleistungen als superiore Güter:* Die Nachfrage für diese Güter (auch für Staatsleistungen) nimmt bei steigendem Einkommen zu – Tourismusinfrastruktur braucht man nicht am Existenzminimum. *Fiskalillusion:* Bürger wählen Regierungen, die teure Ausgabenprogramme versprechen, ohne in Rechnung zu stellen, dass sie diese Ausgaben selbst finanzieren müssen – zurzeit freut man sich etwa über die Impulsprogramme der Europäischen Union. *Das Brechtsche Gesetz:* Urbanisierung (verdichtete Besiedlung) erfordert überproportional höhere Aus-

gaben der öffentlichen Hand – in der Tat setzt sich die Landflucht weltweit fort. *Öffentliche Kostenkrankheit:* Staatlich angebotene Dienstleistungen verteuern sich relativ zur Industrieproduktion mit ihrem höheren Produktivitätswachstum – schulischer Unterricht kann kaum Produktivitätsfortschritte aufweisen. *Demographie:* Die Überalterung entwickelter Gesellschaften erfordert enorm steigende Ressourcen für Pension, Gesundheit und Pflege. – Für jedes dieser Argumente lassen sich Namen nennen, die man sachlich der Finanzsoziologie zuordnen könnte. Allerdings ist der Begriff Finanzsoziologie für die Analysen dieser „gesamtgesellschaftlichen" Prozesse nicht mehr verwendet worden.

Auch im öffentlichen Sektor gibt es Produktivitätsfortschritte, die manchen Anstieg auffangen können, aber im Grunde ist die Situation eines überproportionalen Wachstums von Staatsausgaben gegenüber jenem des Sozialprodukts unverändert. Manchmal wird dies als Bestandskrise des Kapitalismus gesehen: Die dauernd steigende Abschöpfung werde irgendwann die dynamischen Kräfte zum Erlahmen bringen. Der Steuerstaat ruiniert den Steuerstaat. Allerdings gelten die Argumente auch für sozialistische Wirtschaftssysteme beliebiger Art. Es handelt sich allerdings nicht nur um technische Machbarkeit bzw. Finanzierbarkeit, sondern auch um drei weitere Fragen.

Die eine Frage ist jene, was denn der Staat auf effiziente Weise finanzieren kann. Empirische Beobachtungen würden eher für einen verhängnisvollen Hang zur *x-inefficiency* im Sinne von Harvey Leibenstein (1922–1994) sprechen. Da kommen wir in den Bereich von *organizational slack* oder von *principal-agent*-Problemen. Die Effizienz staatlicher Unternehmensführung ist begrenzt. – Die zweite Frage ist jene, wie weit denn ein liberaler Staat gehen soll, um seine Bürgerinnen durch finanzielle Anreize oder Sanktionen zu einem erwünschten Verhalten zu veranlassen: Zigarettenrauchen vermeiden; Geburten fördern; Pendler zum Umstieg auf den öffentlichen Verkehr bewegen; den Verkauf von Biogemüse forcieren. Die Frage, wie mit Hilfe des Staatsbudgets (oder durch *moral suasion* oder *nudging*) den Menschen eine bestimmte Vorstellung vom guten Leben aufgenötigt oder nahegelegt werden soll, würde von liberal gesinnten Menschen mit Skepsis betrachtet werden. – Die dritte Frage betrifft das allgemeine Prinzip, das Schumpeter in seiner Steuerstaatsanalyse formuliert hat: dass nämlich auch mit den besten Steuertechniken eine Schwelle erreicht werden kann, jenseits derer die Dynamik des Systems erlahmt. In der bürgerlichen Gesellschaft, sagt Schumpeter, „lebt wirtschaftlich der Staat als Parasit. Nur so viel kann er der Privatwirtschaft entziehen, als mit dem Fortwirken [des] Individualinteresses in jeder konkreten sozialpsychologischen Situation vereinbar ist. Mit anderen Worten: der Steuerstaat darf den Leuten nicht so viel abfordern, dass sie das finanzielle Interesse an der Produktion verlieren oder doch auf-

hören, ihre beste Energie daran zu setzen.“ (Schumpeter 1976: 346) Die staatliche Abschöpfung tendiert in den entwickelten Ländern heute immerhin gegen fünfzig Prozent des geschaffenen Werts.

5 Zunehmende Staatsfunktionen

Der moderne und postmoderne Staat macht es sich zur Aufgabe, soziale Missstände zu beseitigen, eine sozial unverträgliche Akkumulation von Einkommen und Reichtum zu verhindern, insgesamt eine moralisch akzeptable Verteilung von Einkommen und Vermögen zu bewerkstelligen. Das ist nicht die Beschränkung auf die Haushaltserwägungen des Staates. Es ist aber auch nicht die Keynessche Betrachtung des Staatsbudgets als einer regulierenden Masse. Es ist eine dritte Variante: die inhaltliche Betrachtung von Staatsleistungen unter dem Gesichtspunkt des Gemeinwohls, des gesellschaftlichen Wohlstands. Dabei werden die technischen Fragen einer Steuererhebung angereichert durch Aspekte der Lastentragung, der Gerechtigkeit, der Machtverhältnisse.

Wie umfangreich soll die „Abschöpfungsmasse“ durch den Staat, also die Steuerlast, sein? Theoretisch ist es in der Perspektive der Nutzentheorie ein einfaches Prinzip: Der Wähler (als Individuum, als Gruppe, als Klasse?) akzeptiert das Ausmaß der Staatstätigkeit, wenn ihr Wert für ihn über den Wert der Steuerleistung hinausgeht. Die Nutzwertschätzung ist aber nicht einfach: Will man den *Wert öffentlicher Güter und Leistungen* auch nur annähernd schätzen (insbesondere, wenn es nicht nur um den wirtschaftlichen Wert geht, sondern auch um die Bedeutung der Ausgaben für das politische, gesellschaftliche und kulturelle Leben), gerät man geradewegs in unlösbare Probleme. Es gibt dafür keine Methode, und so bleibt das Prinzip im luftleeren Raum. Wie man *unteilbare Güter* behandelt, ist offen: Es gibt Kollektivgüter (wie etwa ein Justizsystem), welche nicht in kleinen Teilmengen (nach dem Grenznutzenprinzip) zu liefern sind. Und es gibt *Nichtbetroffene:* „Der staatswirtschaftliche Nutzwertvergleich“, so vermerkt Fritz Karl Mann, „setzte voraus, dass der Staatsbürger ähnlich dem Kaufbewerber am Markt die öffentlichen Güter und Leistungen vom Standpunkt des präsumtiven Verbrauchers bewertete. Indessen kommen die Staatstätigkeiten auch solchen Personen und sozialen Gruppen zugute, die nicht als ihre Verbraucher im üblichen Sinne betrachtet werden können. Der Bau und die Unterhaltung einer Volksschule kommt nicht nur den Eltern schulpflichtiger Kinder zugute; sie nützt ebenfalls – vielleicht sogar in noch höherem Grade – den Bauunternehmern, Architekten und Bauarbeitern und – nach Fertigstellung des Schulbaues – den angestellten Lehrern und Beamten.“ (Mann 1959: 18).

Eine erste Lösung: Es handelt sich um eine Vielzahl von Ausgabenprogrammen, die unendlich viele Kombinationen ergeben können. So greifen manche Theoretiker auf Fiktionen zurück, die recht abstrakt bleiben. Ein Kalkül, in dem der Nutzen des Staatsbudgets gegen die Kosten abgewogen würde, könne nur durch einen „Gesamtwillen" vorgenommen werden. Aber ein solcher kann nur gebildet werden, wenn die entsprechenden finanzpolitischen Parlamentsbeschlüsse Einstimmigkeit ergeben – so auch ein Vorschlag von Knut Wicksell (1851–1926) (Wicksell 1896). Fritz Karl Mann wendet mit Recht ein, dass die Forderung der Einstimmigkeit darauf hinausläuft, jedem Abgeordneten ein absolutes Vetorecht zuzugestehen, was vermutlich die Arbeitsfähigkeit des Parlaments zum Stillstand brächte. Es gab deshalb auch Modifizierungen des Erfordernisses durch Erik Lindahl (1891–1960) (Lindahl 1919) und andere. Grundproblem ist die Umformung der einzelnen Willen in einen Gesamtwillen, da doch die schlichte Summierung der einzelnen Präferenzen für ein rationales Gesamtkalkül unzureichend ist; aber das hat schon Rousseau nicht überzeugend gelöst.

Die zweite Lösung wird von der Neoklassischen Theorie angeboten, die von einem grundsätzlich stabilen, freien System ausgeht, bei dem Eingriffe des Staates destabilisierend wirken und ein großer Umfang des Staatsbudgets lähmende Auswirkungen hat. Die radikal-marktwirtschaftliche Perspektive hat immer ihre Vertreter gefunden, sie wurde in den späten 1960er Jahren, etwa von Milton Friedman (1912–2006), neu formuliert: Monetarismus, Neoquantitätstheorie, Ablehnung der Phillips-Kurve, also des Tradeoffs zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit. Hauptaufgabe des Staates sei die Stabilisierung der Geldmenge, ein natürlicher Grad der Arbeitslosigkeit stelle sich ein. Dann folgt der Übergang in die Neue Klassische Makroökonomik: Märkte befinden sich immer im Gleichgewicht, die Theorie der rationalen Erwartungen preist das bestmöglich verfügbare Wissen ein.

Die dritte Lösung: Das praktische politische Geschäft läuft darauf hinaus, dass Kompromisse gefunden werden, indem man verschiedene Vereinbarungen bzw. Zugeständnisse gegeneinander abwägt. Die Stabilisierung einer Regierung hängt etwa zuweilen davon ab, dass finanzpolitische Konzessionen an einzelne Gruppierungen oder Parteien gemacht werden. Das alles verfälscht einen finanzwirtschaftlichen Gesamtwillen, sofern man ein solches Konzept nicht überhaupt als mythisches Konstrukt ansehen will. Welche Verzerrungen entstehen, haben beispielsweise die *Neue Politische Ökonomie* oder die *Public-Choice-Theorie* erörtert – die meisten Fragen, die sie behandelt haben, knüpfen an seinerzeitige Erörterungen an, und man könnte sie auch unter den Begriff der Finanzsoziologie rubrizieren.

6 Das Budget als Instrument der Makrosteuerung

Wenn wir die radikalen Fragen der Wirtschaftsordnung hinter uns lassen, haben wir es mit Varianten des Kapitalismus zu tun. Da gab es in der Zwischenkriegszeit einen entscheidenden Schritt. Denn eine gänzlich andere Perspektive auf das Finanzleben bot die Makroanalyse durch John Maynard Keynes (1883–1946), der in seinem berühmten Werk, der *General Theory,* im Jahr 1936 dem Staatsbudget eine ganz andere Funktion zugewiesen hat (Keynes 1936). Das Buch wurde auch im deutschsprachigen Raum rasch gelesen. Manche würden es weithin als ein soziologisches Buch lesen.

Keynes setzt bei der Betrachtung der Staatsfunktionen anders an als die Finanzwissenschaftler, die auf Einnahmen und Ausgaben mit entsprechenden Belastungen und Projekten fixiert waren. Der Staat hat seines Erachtens nicht nur seine notwendigen, also sachlich gebotenen Aufgaben zu erfüllen, die den Maßstab für die Finanzierungsnotwendigkeiten bieten; vielmehr ist das Budget als Aggregat größenmäßig bedeutsam: als nachfrageregulierendes Instrument. Die Ausdehnung oder Schrumpfung des öffentlichen Sektors ist (gewissermaßen ganz unabhängig von den zu erledigenden Aufgaben) das Mittel einer Gesamtsteuerung und Stabilisierung der Volkswirtschaft. Wenn die Nachfrage zurückgeht, könnte es nämlich zu einem Teufelskreis kommen: steigende Arbeitslosigkeit, schlechte Stimmung, keine Investitionen. Also muss der Staat (auch durch Inkaufnahme einer temporären Verschuldung) die fehlende Nachfrage kompensieren. Im Fall einer Übernachfrage, die zu gefährlicher Inflation führen kann, gilt das Gegenteil; dann soll der Staat jene Budgetüberschüsse erzeugen, die es erlauben, die Schulden zurückzuzahlen.

Wenn Finanzsoziologie sich mit Staat, Finanzen, Politik und Gesellschaft befassen soll, dann ist damit ein neues finanzsoziologisches und wirtschaftspolitisches Paradigma geboren. Das Finanzgebaren des Staates ist von nun an überhaupt nicht mehr abtrennbar vom Gesamtblick auf die volkswirtschaftlichen Bewegungen. *Antizyklische Fiskalpolitik* soll eine Glättung des konjunkturflexiblen oder krisenhaften Wirtschaftsgeschehens erreichen, ohne strukturändernde Auswirkungen zu haben. Der Staat greift dabei nicht in spezifische Produktionen oder Konsumtionen ein, er gestaltet Budgetüberschuss oder Budgetdefizit, um überbordende oder unzureichende Nachfrage zu regulieren. Berühmt, aber treffend ist die überspitzte Äußerung, dass man Arbeitskräfte auch damit beschäftigen könnte, Löcher in den Boden zu graben und sie wieder zuzuschütten – oder dass man ihnen (moderner) einfach Konsumtionsgutscheine in die Hand drücken könnte. Die Keynessche Grundidee wird aber in der Finanztheorie

sofort rezipiert und zur *fiscal policy* oder *functional finance* (Lerner 1943; Sultan 1952b) entwickelt.

Keynes hatte allerdings eine für Politiker beschwerliche Vorstellung. Man muss in der Phase der Ankurbelung Schulden machen, das geht nicht anders. Doch in der Phase der Bremsung (bei allzu starker Konjunktur und Inflationsgefahr) muss man sparen und die Schulden zurückzahlen. Die Geschichte zeigt, dass die Politik die erste Botschaft akklamiert, aber auf die zweite vergisst – sodass die Schulden der Staaten beträchtlich angewachsen sind.

7 Angrenzende Wissenschaftsfelder

Um die umfassenden Anfangsdefinitionen handhabbar zu machen, aber auch um die Studien, für die der Begriff der Finanzsoziologie praktisch Anwendung gefunden hat, näher einzugrenzen, empfiehlt es sich, einige thematische Überlappungsbereiche zu skizzieren. Die folgenden vier Bereiche würden unter die anfänglich genannten Definitionen der Finanzsoziologie fallen, müssen aber als „Sonderbereiche" ausgegliedert werden.

Erstens: *Wirtschaftstheorie und Grenznutzenschule.* Wir befinden uns an der Jahrhundertwende mitten in unterschiedlichen Methodenstreitigkeiten: die klassische Nationalökonomie, die Historische Schule, die Grenznutzenschule, die romantische Schule, die marxistischen Lehren; dazu kommen positivistische, lebensphilosophische, nihilistische, phänomenologische und andere Vorstellungen. Nach allgemeiner Auffassung ist es die Epoche des Aufstiegs der Wirtschafts*theorie,* insbesondere in Form der Grenznutzenlehre (zu Lasten einer geschichtlich und sprachlich orientierten Wirtschaftsbetrachtung). Wenn man mit Hilfe des Instrumentenkastens der *Grenznutzenlehre* das Steuer- oder Staatseinnahmenproblem betrachtet, also die Finanzprobleme in das Paradigma der allgemeinen Wirtschaftstheorie eingliedert, dann gilt etwa: Die Steuer ist der Preis für öffentliche Güter und Dienste (oder wird als eine Art Versicherungsprämie gesehen). Die Steuer hängt dann ab von den Kosten oder vom Nutzen öffentlicher Güter und Dienste. Wer eine Steuer tatsächlich zu zahlen hatte, wurde durch Überlegungen und Modelle zur Steuerüberwälzung analysiert (vgl. etwa auch Sultan 1931). Die starke Orientierung an der Besteuerung erfolgte wesentlich zum einen unter dem Gesichtspunkt der Machbarkeit (wie kann man ein Steuersystem gestalten, in dem die Steuern tatsächlich bezahlt werden?) und zum anderen unter jenem der Verwurzelung in ethischen Überlegungen (welche Rolle spielen Theorien vom gleichen Opfer, vom gleichen Grenzopfer, vom kleinsten Gesamtopfer und dergleichen? Mann 1959: 37). Das waren subtile Überlegungen,

die allerdings politikpraktisch wenig brauchbar waren. Damit schien das Umsetzungspotenzial der Grenznutzentheorie erschöpft: Zur Frage, wie man etwa die existentiellen Bedrohungen nach dem Weltkrieg abwenden könnte, hatte die Theorie keine praktischen Handhaben zu liefern. Jene Theoretiker, die man als Finanzsoziologen bezeichnete, haben vergleichsweise „praktischer" argumentiert.

Zweitens: *Kameralistik, Staatswissenschaften und Sozialpolitik.* Im Lexikon *Staat und Politik* heißt es über die Finanzpolitik als wissenschaftliche Disziplin (wobei das gemeint ist, was man vordem als Finanzsoziologie bezeichnet hat): „Die Lehre von der Finanzpolitik mußte infolge der Ausdehnung der öffentlichen Aufgaben weitere Gegenstandsbereiche einbeziehen. Sie hat sich insbesondere über ihren engeren Aufgabenkreis hinaus mit den Wirkungen der öffentlichen Einnahmen-, Ausgaben- und Haushaltspolitik auf die Gesamtwirtschaft zu befassen. Die Finanzpolitik ist angewandter Teil einer wissenschaftlichen Disziplin, der Finanzwissenschaft. Wie stark politologischer Natur ihre wesentlichen Fragestellungen sind, geht nicht zuletzt daraus hervor, daß die Anfänge der modernen Finanzwissenschaft in der ‚Cameral-Wissenschaft' liegen, die zusammen mit der ‚Ökonomischen' und der ‚Policey-Wissenschaft' die Wissenschaft von der Politik bildete, wie sie von der Mitte des 17. bis in das 19. Jh. hinein an den deutschen Universitäten gelehrt wurde." (Fraenkel und Bracher 1957: 90) In der alten Kameralistik sind die öffentlichen Einrichtungen als einzelne Wirtschaftskörper zu betrachten, als Haushalte; und die Finanztheorie hat den monetären Bedarf des öffentlichen Haushalts zu analysieren, die Finanzpolitik hat diesen Bedarf zu decken. Es handelt sich um eine Theorie der öffentlichen Mittelbeschaffung. Auch die *Staatswissenschaften* des 19. Jahrhunderts haben einen weiten thematischen Anspruch erhoben. Sie haben nicht nur die großen Felder der Rechtswissenschaften und der Nationalökonomie umfasst, sie haben auch Wirtschaftsgeschichte und Wirtschaftssoziologie, Finanzwissenschaft und Finanzsoziologie, Organisationstheorie, Verwaltungslehre, Managementpraxis und vieles mehr inbegriffen. Der Fokus war auf die Ausbildung kompetenter Verwalter des Staates – mit umfassender Ausbildung und Bildung – gerichtet. Dem Bereich kann man Autoren wie Lorenz von Stein (1815–1890) und Albert Schäffle (1831–1903) zuordnen, Emil Sax (1845–1927) und Eugen von Philippovich (1858–1917). Aber unter dem Titel der Staatswissenschaften bezog man sich ebenso auf Adam Smith oder Johann Heinrich von Thünen (1783–1850), Karl Heinrich Rau (1792–1870) und Adolph Wagner, Wilhelm Roscher (1817–1894) und Werner Sombart (1863–1941), David Ricardo (1772–1823) und Karl Marx (1818–1883), Gustav Schmoller (1838–1917) und Lujo Brentano (1844–1931), Georg Friedrich Knapp (1842–1926) und Karl Bücher (1847–1930); auch auf Max Weber (vgl. Schumacher 1930) – und hat

damit die gesamten Sozialwissenschaften zusammengefasst. Das war auf Dauer nicht durchzuhalten.

Auch späterhin ist die Finanzsoziologie manchmal restriktiv gefasst worden (Campbell 1993). Man hatte in den deutschsprachigen Ländern, weit eher als in Großbritannien oder den USA, den Staat und seine Politik im Blickfeld, wenn man einschlägige Probleme behandelte. Auch in der Zwischenkriegszeit gehörten noch immer die praktisch-politischen Themen in den Arbeitsbereich der Wissenschaftler: von der Landwirtschaft bis zum Eisenbahnbau. Später verwendete man auch Begriffe wie „politische Ökonomie“: Unter diesem Titel stehen dann Bücher wie jene von Erich Preiser, Helmut Arndt, Winfried Vogt, Warren Samuels und vielen anderen im Regal. Aber das war auch kein genau umschriebener Bereich. Zur gleichen Zeit löste sich die Wirtschaftstheorie von den erwähnten praktischen, politischen und ethischen Fragen. Es entstand eine sonderbare Gemengelage. Die Politikwissenschaft sonderte sich ab. Die praktischen Fragen wurden in spezielle Betriebswirtschaftslehren transferiert. Die technischen Errungenschaften spielten ohnehin in einer eigenen Welt. Die Soziologie zog sich aus den meisten Wirtschaftsthemen zurück. Da fand die Finanzsoziologie keine passende Verankerung mehr.

Drittens: *Geld und Währung.* Ben Baruch Seligman (1912–1970) sagt über Max Weber lapidar: „Welche ökonomische Analyse auch immer in Webers System Eingang fand, in ihrem Mittelpunkt stand das Geld und seine Verwendungsmöglichkeiten.“ (Seligman über Weber in Recktenwald 1971: 490) Doch der Prozess der wissenschaftlichen Arbeitsteilung hat zur Folge, dass man Probleme des Geldes und der Währung nicht mehr in der Finanzsoziologie verortet, auch wenn der Staat (und sei es über eine Zentralbank) im Geldmanagement eine entscheidende Rolle spielt. Geld blieb vielen ein Rätsel und forderte zu immer neuen Anläufen auf. Georg Friedrich Knapp (1842–1926) schrieb 1905 seine *Staatliche Theorie des Geldes,* Ludwig von Mises 1912 seine *Theorie des Geldes,* 1929 Friedrich von Hayek seine *Geldtheorie,* 1930 John Maynard Keynes seinen *Treatise on Money.* Joseph Schumpeter arbeitete sich immer wieder an seinem Buch über das *Wesen des Geldes* ab, veröffentlichte es aber nie; es wurde erstmals 1970 von Fritz Karl Mann herausgegeben. Mittlerweile haben wir uns durch die monetaristische, die neukeynesianische und andere Geldtheorien durchgearbeitet, letzthin haben wir es mit der *Modern Monetary Theory* zu tun, die auf die Theorie von Georg Friedrich Knapp aus dem Jahr 1905 (und auf Abba Lerner) zurückgreift: das Geld als Geschöpf der Rechtsordnung (Knapp 1905). Aber das Geld ist wirklich auszuklammern, wenn wir einen handhabbaren Begriff von Finanzsoziologie behalten wollen.

Viertens: *Finanzkapital.* Der Aufstieg des kapitalistischen Systems ist auch ein Aufstieg des Finanzsektors. Friedrich Engels (1820–1895) hat schon 1894 in seinem Nachwort zum dritten Band des Marxschen *Kapitals* vermerkt, dass seit 1865, als das Buch verfasst wurde, „eine Veränderung eingetreten [sei], die der Börse heute eine um ein Bedeutendes gesteigerte und noch stets wachsende Rolle zuweist und die bei der ferneren Entwicklung die Tendenz hat, die gesamte Produktion, industrielle wie agrikulturelle, und den gesamten Verkehr, Kommunikationsmittel wie Austauschfunktion, in den Händen von Börsianern zu konzentrieren, so daß die Börse die hervorragendste Vertreterin der kapitalistischen Produktion selbst wird." (Engels in Marx 1974: 917) Das war weitsichtig. Rudolf Hilferding (1877–1941) hat sodann in seinem Buch über das *Finanzkapital* 1910 das Modell des „organisierten Kapitalismus" beschrieben: Er hat den Trend zur Konzernbildung beobachtet, zu den Großunternehmen mit politischem Einfluss und starken wirtschaftlichen Hebeln und zur steigenden Macht der Aktienbanken (Hilferding 1910). In Österreich hatte man diese Entwicklung deutlich vor Augen. Die Banken hielten immer größere Anteile der Aktien von Großbetrieben, zugleich versorgten sie diese Unternehmen mit Krediten. Es ergab sich eine natürliche Verschmelzung des Finanzsektors mit der Realwirtschaft: lukrative Emissionsgeschäfte, aber auch Wirtschaftskrisen und Eingriffe des Staates. Insgesamt zeigte sich eine Entwicklung zum „staatsmonopolistischen Kapitalismus". Den Gedanken sollte Lenin aufgreifen, er sollte auch neomarxistische Studien der 1960er Jahre prägen.

8 Kultursoziologie des Wirtschaftslebens

Selbst wenn wir den Kontext, in dem Staat, Steuern und Budget stehen, im Mittelpunkt belassen, können wir – wie dies in den Definitionen des Faches Finanzsoziologie gemacht wurde – Verflechtungen und Einflüsse nach und von allen Feldern des gesellschaftlichen Treibens analysieren. Schließlich lassen sich viele sozialwissenschaftliche Theorien und Theoretiker nennen, die *irgendwie* mit Staat, Finanzen und Gesellschaft zu tun haben, beginnend bei Karl Marx oder Emile Durkheim (1858–1917). Weit ausgreifend könnte man sagen, dass Max Webers Betrachtungen über puritanische Lebensführung, Werner Sombarts (1863–1941) Studie über die *Juden und das Wirtschaftsleben* oder Joseph Schumpeters Skizzen des entrepreunerialen Geistes der Finanzsoziologie zugeordnet werden können, denn schließlich sind die dynamischen Kräfte des Marktsystems für die Staatsfinanzierung wohl von Belang. Georg Simmel (1858–1918) schrieb eine *Philosophie des Geldes,* die in Wahrheit natürlich

eine Soziologie des Geldes ist – und auch das ist sie eigentlich nicht: vielmehr eine Soziologie der Kultur und der Moderne schlechthin. Solche Ausflüge gehen jedenfalls zu weit.

Aber selbst die Fokussierung auf das Staatsbudget schafft Abgrenzungsfragen einer Finanzsoziologie nicht aus der Welt. Muss man Machtanalysen (von Staat und Kapital) einbeziehen? Dann lässt sich auch die Elitentheorie Vilfredo Paretos (1848–1923) auf das öffentliche Finanzwesen anwenden – wie jede andere Theorie, die Besteuerungs- und Machtverhältnisse miteinander koppelt. Böhm-Bawerk (1851–1914) schrieb eine Abhandlung *Macht und ökonomisches Gesetz* (1914), Friedrich von Wieser ein Buch über *Das Gesetz der Macht* (1926), bei Schumpeter spielen Machtverhältnisse in seinen Arbeiten über den *Steuerstaat,* über den *Imperialismus* oder in seinem Buch über *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie* immer wieder eine wesentliche Rolle. Goldscheid hat, so wie Ludwig Gumplowicz (1838–1909), den Staat als Ergebnis von Gruppenkämpfen und als Ausdruck von Machtverhältnissen gesehen und nicht als Ergebnis eines Gesellschaftsvertrages; wie man aber den Staat konzipiert, ist für jede Finanzsoziologie essentiell. Wenn man sich weiter im soziologischen Vokabular umsieht, dann drängen sich Anknüpfungspunkte auf, die seinerzeit unter anderer Begrifflichkeit diskutiert wurden: Informationsverhalten, Vertrauen und Ungewissheit, die Rolle von Normen und Erwartungen, Komplexitätsreduktion und dergleichen – das braucht man zum Kaufen und Investieren, zum Geschäftemachen und für das Börsegeschehen, zur Analyse der Steuereinhebung und der staatlichen Geldverausgabung. Man kann eine Systemtheorie, eine Ethnographie, eine Symbolanalyse oder eine Kultursoziologie des Finanzgeschehens schreiben – und manche anderen Perspektiven ins Spiel bringen. Immer wieder werden Abgrenzungen durchlöchert. Aber letztlich bleibt es, wenn man die Finanzsoziologie konturieren möchte, doch wohl bei der eher handfesten Einschränkung: *der Staat, die Strukturen seiner Finanzierung und ihre Hintergründe sowie die Wirkung seiner Ausgaben.* Das ist der Kernbereich.

Wenn man auf die Finanzsoziologie der Zwischenkriegszeit zurückblickt, kann man zum einen feststellen, dass sie sich als Fach „Finanzsoziologie“ nicht etablieren konnte. Zudem hat es eine deutliche Ausdünnung der Population der Theoretiker durch die Abwanderung in den 1930er Jahren gegeben. Damit ist die Finanzsoziologie, zumindest unter diesem Begriff, versickert. Zum zweiten kann man feststellen, dass sich die einschlägigen Themen heutzutage verschoben haben; d. h.: Wenn wir heute überhaupt von einer Finanzsoziologie sprechen wollen, dann gibt es andere Schwerpunkte. In der jüngsten Zeit hat das soziologische Interesse an finanzwirtschaftlichen Themen wieder zugenommen, weil man etwa die weitgehende „Finanzialisierung“ des Wirtschaftslebens in den letzten Jahr-

zehnten mit Recht als eine neue Phase der kapitalistischen Entwicklung betrachten kann: „Finanzkapitalismus“ (Kromphardt 2015), „Finanzmarktkapitalismus“ (Windolf 2005), „Spekulationskapitalismus“ (Strange 1986), „Finanzialismus“ (Froud et al. 2006) samt den Folgeerscheinungen für die Handlungsfähigkeit von Staaten. Neuere Arbeiten, die einer wiederbelebten Finanzsoziologie zugeordnet werden könnten, stellen alltagsethnografische Mikrostudien über Verhaltensweisen von Kapitalhändlern dar (wie sie etwa von Karin Knorr Cetina (2005) vorgelegt wurden). Aber das entfernt sich noch weiter von einer Analyse öffentlicher Budgets. Gleichwohl könnte man auch Bereiche der Finanzpsychologie (Fischer et al. 2017; Smekal 1994), der Public-Choice-Theorie oder der Institutionenökonomik mit dem Begriff der Finanzsoziologie etikettieren.

9 Resümee

Man muss die Verzweigungen oder Abgrenzungsbemühungen nicht weiterverfolgen; so viel ist schon zu sehen, dass es sich um ein gewisses disziplinäres Durcheinander handelt, welches man nach dem Zweiten Weltkrieg aus der Zwischenkriegszeit geerbt hatte. Joseph Schumpeters Perspektive bleibt dennoch gültig: „Die Finanzen sind einer der besten Angriffspunkte der Untersuchung des sozialen Getriebes, besonders, aber nicht ausschließlich, des politischen. Namentlich an jenen Wendepunkten – oder besser Wendeepochen – in denen Vorhandenes zu sterben und in Neues überzugehen beginnt und die auch stets finanziell Krisen der jeweils alten Methoden sind, zeigt sich die ganze Fruchtbarkeit dieses Gesichtspunkts: Sowohl in der ursächlichen Bedeutung – insofern als staatsfinanzielle Vorgänge ein wichtiges Element des Ursachenkomplexes jeder Veränderung sind – als auch in ihrer symptomatischen Bedeutung – insofern als alles, was geschieht, sich in der Finanzwirtschaft ausdrückt.“ (Schumpeter 1976: 332) Schumpeter verweist also auf beide Wirkungsrichtungen, auf den kausalen und auf den symptomatischen Effekt: Die finanziellen Strukturen prägen das kulturelle Ganze, und die Kultur eines Volkes wiederum findet ihren Ausdruck in den staatlichen Finanzen. Aus dem Finanzgebaren könne man schließen, welch Geistes Kind ein Volk sei, auf welcher Kulturstufe es stehe und wie seine soziale Struktur beschaffen sei. Vielleicht war ein solches Programm schon immer zu weit gefasst; aber die Diskussion der Zwischenkriegszeit hat auch manche Anregungen gebracht, die interessanter sind als die standardisierte Auseinandersetzung zwischen der kapitalismuskritischen Auffassung (mehr „demokratische“ Planung und Umverteilung) und der neoliberalen Auffassung (jeder Rückzug des intervenierenden Staates ist vorteilhaft).

Literatur

Ahrend, Julia C. (2010): Fritz Karl Mann. Ein Pionier der Finanzsoziologie und der Theorie der Parafiski im Schnittfeld deutscher und amerikanischer Wissenschaftskultur, Marburg: Metropolis.

Appel, Jan (1930): Fundamental Principles of Communist Production and Distribution, London: Movement for Worker's Councils.

Bammé, Arno (2020): Rudolf Goldscheid. Eine Einführung, Marburg: Metropolis.

Bauer, Otto (1919): Der Weg zum Sozialismus, Wien: Ignaz Brand.

Beckerath, Erwin von (1952): „Die neuere Geschichte der deutschen Finanzwissenschaft (seit 1800)", in: Wilhelm Gerloff/Fritz Neumark (Hg.), Handbuch der Finanzwissenschaft, Bd. 1, Tübingen: Mohr-Siebeck, S. 416–468.

Campbell, John L. (1993): "The State and Fiscal Sociology", in: Annual Review of Sociology 19, S. 163–185.

Colm, Gerhard (1936): „Probleme der Finanzsoziologie", in: Gerhard Albrecht/Franz Boas/Werner Bohnstedt (Hg.), Reine und angewandte Soziologie. Eine Festgabe für Ferdinand Tönnies zu seinem achtzigsten Geburtstage am 26. Juli 1935, Leipzig: Buske, S. 106–112.

Fischer, Lorenz/Thomas Kutsch/Stephan Ekkehard (Hg.) (2017): Finanzpsychologie, Berlin/Boston: Oldenbourg.

Fraenkel, Ernst/Karl Dietrich Bracher (Hg.) (1957): Staat und Politik. Fischer Lexikon, Frankfurt/M.: Fischer.

Fritz, Wolfgang/Gertraude Mikl-Horke (2007): Rudolf Goldscheid – Finanzsoziologie und ethische Sozialwissenschaft, Wien: LIT.

Froud, Julie et al. (2006): Financialization and Strategy. Narrative and Numbers, London: Routledge.

Goldscheid, Rudolf (1908): Entwicklungswerttheorie, Entwicklungsökonomie, Menschenökonomie. Eine Programmschrift, Leipzig: Klinkhardt.

Goldscheid, Rudolf (1911): Höherentwicklung und Menschenökonomie. Grundlegung der Sozialbiologie, Leipzig: W. Klinkhardt.

Goldscheid, Rudolf (1976a): „Finanzwissenschaft und Soziologie" (erstmals im Weltwirtschaftlichen Archiv 9, 1917), in: Rudolf Hickel (Hg.), Rudolf Goldscheid/Joseph Schumpeter. Die Finanzkrise des Steuerstaats. Beiträge zur politischen Ökonomie der Staatsfinanzen, Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 317–328.

Goldscheid, Rudolf (1976b): „Staat, öffentlicher Haushalt und Gesellschaft" (erstmals im „Handwörterbuch der Finanzwissenschaft", Bd. 1, Tübingen 1926), in: Rudolf Hickel (Hg.), Rudolf Goldscheid/Joseph Schumpeter. Die Finanzkrise des Steuerstaats. Beiträge zur politischen Ökonomie der Staatsfinanzen, Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 253–316.

Goldscheid, Rudolf (1976c): „Staatssozialismus oder Staatskapitalismus" (erstmals Wien 1917), in: Rudolf Hickel (Hg.), Rudolf Goldscheid/Joseph Schumpeter. Die Finanzkrise des Steuerstaats. Beiträge zur politischen Ökonomie der Staatsfinanzen, Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 40–252.

Hilferding, Rudolf (1910): Das Finanzkapital. Eine Studie über die jüngste Entwicklung des Kapitalismus, Wien: Ignaz Brand & Co.

Jecht, Horst (1928): Wesen und Formen der Finanzwirtschaft. Umrisse einer Finanzwirtschaftslehre und Finanzsoziologie, Jena: Fischer.
Jecht, Horst (1959): „Formen der Finanzsoziologie“, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft 115 (3), S. 403–414.
Kautsky, Karl (1919): Die Diktatur des Proletariats, Wien: Wiener Volksbuchhandlung.
Kautsky, Karl (1922): Die proletarische Revolution und ihr Programm, Berlin: Dietz.
Keynes, John Maynard (1936): The General Theory of Employment, Interest and Money, Macmillan: London.
Knapp, Georg Friedrich (1905): Staatliche Theorie des Geldes, Leipzig: Duncker & Humblot.
Knorr Cetina, Karin (2005): „Globale Mikrostrukturen der Weltgesellschaft. Die virtuellen Gesellschaften von Finanzmärkten“, in: Paul Windolf (Hg.), Finanzmarkt-Kapitalismus. Analysen zum Wandel von Produktionsregimen, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 145–171.
Kromphardt, Jürgen (2015): Analysen und Leitbilder des Kapitalismus von Adam Smith bis zum Finanzkapitalismus, Marburg: Metropolis Verlag.
Lange, Oskar (1977): Ökonomisch-theoretische Studien, Frankfurt am Main: EVA.
Lerner, Abba P. (1943): „Functional Finance and the Public Debt“, in: Social Research 10 (1), S. 38–51.
Lindahl, Erik (1919): Die Gerechtigkeit in der Besteuerung. Eine Analyse der Steuerprinzipien auf Grundlage der Grenznutzentheorie. Lund: Glerup.
Mann, Fritz Karl (1928): „Die intermediären Finanzgewalten und ihr Einfluss auf Deutschlands finanzielle Belastung“, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik 129 (2), S. 219–237.
Mann, Fritz Karl (1929): Deutsche Finanzwirtschaft, Jena: G. Fischer.
Mann, Fritz Karl (1930): Die Staatswirtschaft unserer Zeit. Eine Einführung, Jena: G. Fischer.
Mann, Fritz Karl (1951): „Die Finanzkomponente der politischen Revolutionen“, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie 4 (1), S. 1–18.
Mann, Fritz Karl (1959): Finanztheorie und Finanzsoziologie, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
Mann, Fritz Karl (1961): „Finanzsoziologie“, in: Erwin von Beckerath et al. (Hg.), Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd. 3, Stuttgart: Gustav Fischer, S. 642–648.
Marx, Karl (1974): Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Dritter Band, Berlin: Dietz.
Neurath, Otto (1919): Wesen und Weg der Sozialisierung. Gesellschaftstechnisches Gutachten. Vortrag in der 8. Vollsitzung des Münchner Arbeiterrates am 25. Januar 1919, München: Callway.
Neurath, Otto (1920): „Ein System der Sozialisierung“, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 48 (1), S. 44–73.
Peukert, Helge (2009): Rudolf Goldscheid: Menschenökonom und Finanzsoziologe, Frankfurt/M. u. a.: Lang.
Prisching, Manfred/Helge Peukert (2009): Rudolf Goldscheid und die Finanzkrise des Steuerstaates, Graz: Leykam.
Recktenwald, Horst Claus (Hg.) (1971): Geschichte der Politischen Ökonomie, Stuttgart: Kröner.

Schleicher, Harry (1961): Das System der betrieblichen Selbstverwaltung in Jugoslawien, Berlin: Duncker & Humblot.
Schumacher, Hermann (1930): „Staatswissenschaften“, in: Gustav Abb/Friedrich Schmidt-Ott (Hg.), Aus fünfzig Jahren deutscher Wissenschaft. Die Entwicklung ihrer Fachgebiete in Einzeldarstellungen. Reprint 2019, Berlin: Oldenbourg Wissenschaftsverlag, S. 136–158.
Schumpeter, Joseph A. (1908): Das Wesen und der Hauptinhalt der theoretischen Nationalökonomie, Leipzig: Duncker & Humblot.
Schumpeter, Joseph A. (1912): Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung, Leipzig: Duncker & Humblot.
Schumpeter, Joseph A. (1947): Capitalism, Socialism and Democracy, New York/London: Harper.
Schumpeter, Joseph A. (1976): „Die Krise des Steuerstaats“ (erstmals Graz-Leipzig 1918), in: Rudolf Hickel (Hg.): Rudolf Goldscheid/Joseph Schumpeter. Die Finanzkrise des Steuerstaats. Beiträge zur politischen Ökonomie der Staatsfinanzen, Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 329–379.
Smekal, Christian (Hg.) (1994): Stand und Entwicklung der Finanzpsychologie. Unter Mitarbeit von Clemens-August Andreae, Baden-Baden: Nomos.
Strange, Susan (1986): Casino Capitalism, Oxford: Blackwell.
Sultan, Herbert (1931): Art und Maß der Prognose der Steuerwirkungen. Antrittsvorlesung am 18. Juli 1931, Tübingen: Mohr.
Sultan, Herbert (1952a): „Finanzwissenschaft und Soziologie“, in: Wilhelm Gerloff/Fritz Neumark (Hg.), Handbuch der Finanzwissenschaft, Erster Band, 2. Aufl., Tübingen: Mohr, S. 66–98.
Sultan, Herbert (1952b): „Functional Finance und Finanzsoziologie“, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik 164, S. 321–347.
Wagner, Adolph (1892): Grundlegung der politischen Ökonomie, Leipzig: Wintersche Verlagshandlung.
Wicksell, Knut (1896): Finanztheoretische Untersuchungen. Nebst Darstellung und Kritik des Steuerwesens Schwedens, Jena: G. Fischer.
Windolf, Paul (Hg.) (2005): Finanzmarkt-Kapitalismus. Analysen zum Wandel von Produktionsregimen, Opladen: Westdeutscher Verlag.

Prisching, Manfred, geb. 1950 in Bruck a.d. Mur (Steiermark); Studium der Rechtswissenschaften und der Volkswirtschaftslehre in Graz, Habilitation in Soziologie 1985. Ab 1994 Professor am Institut für Soziologie der Universität Graz; korr. Mitglied der Österreichischen Akademie der Wissenschaften. Forschungsschwerpunkte: Wirtschaftssoziologie, Politiksoziologie, Kultursoziologie, Gegenwartsanalyse, sozialwissenschaftliche Ideengeschichte.

Johann Plenge als Wegbereiter der Organisationssoziologie und des organisatorischen Zeitalters

Bernhard Schäfers

Inhaltsverzeichnis

1 Einführung 362
2 Das organisatorische Zeitalter 363
3 Plenges Lehre vom Wir. Seine erkenntnistheoretische Position 365
4 Das Staatswissenschaftliche Unterrichtsinstitut als Keimzelle der organisierten Gesellschaft 366
5 Der Staat im Zentrum des organisatorischen Zeitalters 367
6 Die Lehre von der Organisation als Institutsaufgabe 368
Literatur 371

Zusammenfassung

Johann Plenges Beiträge zum Ausbau der Allgemeinen Beziehungslehre – ein soziologischer Ansatz, den vor allem Leopold von Wiese vertrat – und zur Organisationssoziologie sind heute weniger bekannt als seine Schriften im Ersten Weltkrieg, von denen *1789 und 1914. Die symbolischen Jahre in der Geschichte des politischen Geistes* (1916) immer wieder kritische Auseinandersetzungen herausfordert. In den Kriegsschriften ging es, wie zuvor in seinem viel diskutierten Buch, *Marx und Hegel* (1911), um sein vordringliches Anliegen: Die historisch zwingend erforderliche Durchsetzung

B. Schäfers (✉)
Baden-Baden, Deutschland
E-Mail: schaefers.bernhard@gmx.de

© Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2022

K. Acham und S. Moebius (Hrsg.), *Soziologie der Zwischenkriegszeit. Ihre Hauptströmungen und zentralen Themen im deutschen Sprachraum*,
https://doi.org/10.1007/978-3-658-31401-9_12

des Organisationsgedankens und des organisatorischen Sozialismus. Seine 1920 eingerichtete „Erste Staatswissenschaftliche Unterrichtsanstalt“, die diesen Zielen als Erziehungsaufgabe für Studierende und Funktionäre aus allen Gesellschaftsbereichen dienen sollte, hatte nur kurzfristig Erfolg. Nach ihrer Auflösung 1923 wurde Plenge vom Preußischen Kultusministerium das „Forschungsinstitut für Organisationslehre und allgemeine und vergleichende Soziologie bei der Universität Münster“ eingerichtet. Er nutzte dessen Möglichkeiten nicht, sondern wandte sich der Kunstwissenschaft zu. 1935 wurde das Institut geschlossen; Plenge wurde zwangsemeritiert.

Schlüsselwörter

Organisation · Organisatorisches Zeitalter · Organisatorischer Sozialismus · Die Ideen von 1914 · Die Lehre vom Wir · Allgemeine Beziehungslehre

1 Einführung

Johann Plenge, 1874 in Bremen geboren, 1963 in Münster verstorben, wurde 1913 auf den Lehrstuhl für Wirtschaftliche Staatswissenschaften in der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster berufen. Die Neugründung der Universität im Jahr 1902 ging auf eine Initiative des preußischen Königs und deutschen Kaisers Wilhelm II. zurück. Plenges Berufung war verbunden mit einem Lehrauftrag für Soziologie – eine Disziplin, für die es in Deutschland, anders als in Frankreich oder den USA, noch keine Professur gab.

In der Geschichte der Soziologie ist Plenges Name mit dem Ausbau der Allgemeinen Beziehungslehre und der Organisationssoziologie verbunden. Leopold von Wiese (1876–1969), der wichtigste Vertreter der Allgemeinen Beziehungslehre, schrieb in einem Geleitwort zu einem Gedächtnisband für Plenge: „Als ich im Jahr 1924 den ersten Teil meines ‚Systems der allgemeinen Soziologie’ veröffentlichte, hatte ich recht guten Grund, ihn *Johann Plenge* zu widmen.“ (Schäfers 1967a: V).

Plenge gilt als Begründer der Organisationssoziologie (König 1967 [1958]: 214). Einschränkend muss gleich einleitend hervorgehoben werden, dass es Plenge nicht um Organisation im heutigen allgemeinen und soziologischen Verständnis ging, sondern um Organisation als Grundelement des „organisatorischen Zeitalters“.

Plenge hat allerdings versäumt – anders als in der Beziehungslehre (Plenge 1931a, 1931b, 1932) –, seinen Begriff von Organisation systematisch zu

erläutern. Eine von Alfred Vierkandt (1867–1953), dem Herausgeber des ersten Handwörterbuchs der Soziologie (Vierkandt 1931), angebotene Möglichkeit, die Organisationssoziologie daselbst zu erläutern, lehnte er mit kaum nachvollziehbaren Argumenten ab. Auch als Vierkandt ihm mitteilte, dass dann ein Artikel über Organisation gar nicht erscheine, war er nicht dazu bereit (Schäfers 1967b: 77; der Briefwechsel Plenge/Vierkandt befindet sich, neben anderen, z. B. mit Ferdinand Tönnies, Max Weber oder Leopold von Wiese, in der UB Bielefeld).[1]

2 Das organisatorische Zeitalter

Die Hervorhebung von Organisation als Schlüsselphänomen zur Gestaltung der Gesellschaft geht zurück auf das Werk des französischen Grafen Claude-Henri de Saint-Simon (1760–1825). Saint-Simon, Zeitgenosse der Französischen Revolution 1789 ff., hielt deren revolutionären Neuerungen vor, die wahren Grundlagen für die Ordnung der künftigen Gesellschaft nicht erkannt zu haben. Als Revolution von Advokaten und Philosophen habe sie sich auf den staatlich-politischen und rechtlichen Bereich beschränkt (Schäfers 1969). Dass dieser Vorwurf historisch nicht stimmt, kann hier nicht weiter ausgeführt werden – man denke nur an die bedeutende, auch auf Deutschland ausstrahlende Gründung der *École Polytechnique* im Jahre 1794.

Saint-Simon nahm die nach seiner Auffassung wirklichen Gestaltungskräfte seit Beginn der Industriellen Revolution in England, Schottland und Wales um 1770 in den Blick: Wissenschaft und Industrie. Nur auf ihrer Grundlage könne die „fundamentale Krise“ (Saint-Simon) überwunden werden. Für Plenge s pielte das Werk von Saint-Simon eine wichtige Rolle. Er fühlte sich ihm und dem Saint-Simonismus verbunden. Seine Habilitationsschrift über den *Crédit Mobilier* (Plenge 1903) konnte er im Jahr 1900 durch ein Aktenstudium in der Villa der Pereires in Paris vorbereiten (Busch 2019: 64 f., 162 f.). Die Brüder Émile und Gustave Pereire hatten 1852, zu Beginn des zweiten französischen Kaiserreichs mit Napoleon III., den *Crédit Mobilier* gegründet, um für den Infrastrukturausbau, u. a. der Eisenbahn, die notwendigen Kredite zu beschaffen.

[1] Von 1960 bis Anfang 1963 war ich Plenges letzte studentische Hilfskraft. Da es keine Nachkommen gab, vermachte er sein Haus und den gesamten Besitz seiner zuvor adoptierten Haushälterin. Sie bat mich, für den schriftlichen Nachlass Sorge zu tragen. Prof. Helmut Schelsky, dessen Wissenschaftlicher Assistent ich ab Mai 1965 war, hatte als Gründungsrektor der Universität Bielefeld die Möglichkeit, ihn in die im Aufbau befindliche UB zu geben.

Die Pereires gehörten als Saint-Simonisten zu jenen, die die Lehren Saint-Simons als Handlungsanleitung für die wissenschaftlich-technisch fundierte Umgestaltung aller Bereiche der Gesellschaft verstanden. Hierbei spielte das Geld- und Finanzwesen eine bedeutende Rolle. Das war auch Plenges Auffassung. Seine Arbeiten zur Geld- und Finanzwissenschaft waren ein wichtiger Beitrag hierzu. Über sein Bankbuch, *Von der Diskontpolitik zur Herrschaft über den Geldmarkt* (1913), sagte er in einer autobiographischen Notiz: „Das ist organisatorischer Sozialismus" (zit. in: Schäfers 1967a: 15).

Sein Verständnis von Sozialismus hat mit den üblichen Auffassungen dazu, z. B. denen von Karl Marx (1818–1883) und Friedrich Engels (1820–1895), kaum Gemeinsamkeiten. Die grundlegende Differenz ist darin zu sehen, dass es Plenge n icht um die Herrschaft des Proletariats ging, schon gar nicht um eine Zerschlagung und Verstaatlichung der Großindustrie und der Banken. Seine Vorstellung von Sozialismus war bezogen auf ein volksgemeinschaftliches Wir-Gefühl, eine innere Verbundenheit mit dem Volksganzen, um diesem Selbstbewusstsein und innere wie äußere Kraft für die Behauptung der deutschen Nation zu geben. In seinem Beitrag, „Johann Plenges Programm eines organisatorischen Sozialismus", schreibt Einhard Schrader (1967: 19): „Für Plenge ist der Sozialismus die sich notwendig ergebende Synthese aus der idealistischen Denktradition des 18. und 19. Jahrhunderts und dem gesellschaftlichen Umbruch, der durch die Industrialisierung bewirkt wurde."

Schrader hob hervor, dass für Plenges Auffassung von Sozialismus und Organisation seine Schrift, *Marx und Hegel* (1911), eine Schlüsselstellung hatte. Bei aller Bewunderung für die große Leistung von Marx hielt er ihm als entscheidendes Versäumnis vor, im Hinblick auf die künftige Gestaltung der Gesellschaft nicht explizit praktisch gedacht zu haben. Allein mit der Organisation der Arbeiterschaft, des Proletariats, sei es nicht getan. Marx sei von Hegel (1770–1831) her neu zu denken und auf eine – ganz im Sinne der Dialektik – höhere Stufe zu heben. Nur so können der Hegelsche Idealismus und der Marxsche Materialismus mit einer gestaltenden Idee, der des organisatorischen Sozialismus, vereint werden. Für die Absicht von Marx, „die ganze bürgerliche Ordnung um(zu)reißen, um am Tage nach dem Siege eine neue Gesellschaft zu extemporieren", hatte er nur beißenden Spott übrig (Plenge 1911: 66).

Wie viele Professoren, Schriftsteller und Intellektuelle begrüßte Plenge den Ersten Weltkrieg als eine sich positiv auswirkende Schicksalswende für das deutsche Volk, in seinem Fall: den Aufbau eines organisatorischen Staats- und Gesellschaftswesens. In der breit rezipierten und sich bis heute mit seinem Namen verbindenden Schrift, *1789 und 1914. Die symbolischen Jahre in der Geschichte des politischen Geistes* (1916), hat er diesen Grundgedanken weiter

ausgeführt. Zu Recht betonte der Hamburger Historiker Axel Schildt in seinem Beitrag über Plenge, „Ein konservativer Prophet moderner nationaler Integration“ (1987), dass sich der Name des Nationalökonomen und Soziologen Johann Plenge vor allem mit den „Ideen von 1914“ verbinde, da er „der Urheber dieses bekannten Schlagworts und Etiketts deutscher Weltkriegs-Ideologie war“ (Schildt 1987: 523). Der Weltkrieg machte nach Plenges Auffassung Schluss mit der durch die Französische Revolution betonten Sonderstellung des Individuums. Zu überwinden sei die „abstrakte Freiheitsidee der leeren atomistischen Einzelwillen“ (Plenge 1916: 9).

3 Plenges Lehre vom Wir. Seine erkenntnistheoretische Position

Obwohl es keine explizite Wissenschaftstheorie bzw. Erkenntnislehre bei Plenge gibt, werden alle Ausführungen zu Philosophie und Soziologie, zum Sozialismus und zur Organisationslehre von einer einheitlichen, Erkenntnis begründenden Grundposition getragen: der Lehre vom Wir.

Die Quintessenz dieser Lehre ist in dem von ihm abgewandelten Satz des französischen Philosophen René Descartes (1596–1650) zu sehen: Statt Descartes’ *cogito, ergo sum* betonte Plenge: *cogito, ergo sumus.* Denken sei nur im gattungsmäßigen Lebensprozess möglich: „Cogito, ergo sumus. Ich denke, also bin ich Glied eines gesellschaftlichen Ganzen, das in solchen allgemeinen Bestimmungen lebt, wie ich sie denkend fasse. Ich denke, also bin ich eingeordneter Teil in einer organisierten Gesellschaft.“ (Plenge 1911: 94).

Nach seiner Auffassung gibt die Lehre vom Wir auch „der Logik, einschließlich der Erkenntnistheorie, der Ethik, der Metaphysik und der Ästhetik neue Aufgaben und Möglichkeiten, ebenso selbstverständlich der Psychologie, die durch die Lehre vom ‚Selbst im Gemeinselbst’ die konkrete Wissensstruktur der Geistesseele erhält, und der Pädagogik, die das Ich als Persönlichkeit für das Leben im ‚Wir’ erziehen soll“ (Plenge 1931, 1932: 2 f.). Die „zusammenfassende Herrschaft über die Beziehungen“ (in Bezug auf die Allgemeine Beziehungslehre; B. Sch.) ist für Plenge in einer Durchorganisierung der Gesellschaft zu sehen. „So erscheint der Mensch für Philosophie und Soziologie in vertiefter Erfassung des aristotelischen *zoon politikon* als das *organisatorische Wesen.*“ (Plenge 1931, 1932: 4).

Plenge machte das „modische Zurück zu Kant“ (Plenge 1910: 215) nicht mit. Er sah vielmehr die wichtigste Aufgabe für Philosophie und Soziologie darin, das zusammenzubringen, was bei Hegel und Marx wie ein alternativloses Gegensatz-

paar auftrat: eine materiell substanzlose Ideenlehre und ein ideenloser Materialismus. Der ja auch für Max Weber (1864–1920) so bedeutende Neu-Kantianismus war nach Plenge ein Schritt hinter Hegel zurück, so wie für ihn Marx einen Schritt zu weit über Hegel hinaus gegangen war (Plenge 1910: 213).

4 Das Staatswissenschaftliche Unterrichtsinstitut als Keimzelle der organisierten Gesellschaft

Im Mai 1920 wurde mit großer Resonanz in der regionalen und überregionalen Presse das Staatswissenschaftliche Unterrichtsinstitut als Einrichtung der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Münster eingeweiht. Unter den Gästen konnte Plenge vom preußischen Kultusministerium Unterstaatssekretär Carl Heinrich Becker begrüßen (Plenge 1920: 7).

Die Unterrichtsanstalt war in einem sehr schönen Gebäude im Spätrenaissance-Stil untergebracht, dem 1588 gegründeten Jesuitenkolleg (das bis zur Aufhebung des Jesuitenordens 1773 existierte). Der Unterrichtsanstalt standen drei geräumige Geschosse zur Verfügung. Die großzügige Ausstattung hatte vor allem Plenges Bremer Schulfreund Ludwig Roselius finanziert (er war durch die Erfindung von Kaffee Hag vermögend geworden) Auch namhafte Firmen der Großindustrie aus dem Ruhrgebiet hatten das Projekt unterstützt.

Plenge wähnte sich am Ziel seiner Wünsche als *praeceptor germaniae* für den Aufbau des organisatorischen Sozialismus (hierzu Busch 2019: 725 ff.). Über seine guten Kontakte zur SPD – zur Zeit der Eröffnung der Lehranstalt war der ihn fördernde Konrad Haenisch preußischer Kultusminister – und zu den Gewerkschaften konnte er Unterrichtseinheiten für Gewerkschaftsfunktionäre aus ganz Deutschland veranstalten. Bereits zum ersten Semester hatten „Gewerkschaften aller Richtungen 60 ausgewählte Vertreter geschickt“ (Plenge 1920: 7). Theorie und Praxis hatten ein neues Verhältnis zueinander gefunden. Neben dem Ausschuss für die Gewerkschaftsschulung gab es einen für Jugend- und Wohlfahrtspflege, der einen zweisemestrigen Kurs für entsprechende Amtsleiter vorsah.

Im Zentrum des Unterrichts stand Plenges Tafelwerk,[2] für das die Fa. Zeiß aus Jena ein neu entwickeltes Episkop geliefert hatte und das, von der Industrie

[2] Über das Tafelwerk, das sich im Nachlass Plenges in der UB Bielefeld befindet, gibt es wegen seiner mit neu geprägten Latinismen und Gräzismen überhäuften, sehr komplexen Darstellung viele Kommentare (zusammenfassend Busch 2019: 576, 584). Ohne Plenges Erläuterungen sei es unverständlich gewesen.

finanziert, im Hörsaal installiert wurde. Mit diesem Tafelwerk wollte Plenge unter Beweis stellen, dass auf „das Zeitalter der Philosophie das Zeitalter der Naturwissenschaften gefolgt“ sei und nun folgerichtig „sich über dem Zeitalter der Naturwissenschaft ein Zeitalter der praktisch und organisatorisch gerichteten Staats- und Gesellschaftswissenschaften erhebt“ (Plenge 1920: 15). In ihnen komme der Lehre von der organisierten Gesellschaft und des Staates als alles zusammen fassende Überbauten größte Bedeutung zu. Es ist ersichtlich, dass Plenges Stufenlehre eine Abwandlung des von Auguste Comte (1798–1857), dem Schüler Saint-Simons, aufgestellten Gesetzes zur geistigen und gesellschaftlichen Entwicklung der Menschheit ist.

5 Der Staat im Zentrum des organisatorischen Zeitalters

Plenge blieb, trotz aller Bewunderung für Marx und seinen Schritt über Hegel hinaus, letztlich Hegelianer, seiner Geistes- und Ideenlehre und weltgeschichtlichen Betrachtung tief verbunden. Die Gesellschaftswissenschaft blieb für ihn, trotz aller geforderten Empirie und Anschauung, eine Geisteswissenschaft. Die für seine Auffassungen wichtige Schrift, *Marx und Hegel* (1911), sollte den Schritt zurück machen zu Hegel, um von ihm aus die nun erreichte Stufe des Weltgeschehens zu beleuchten. Plenge sah sich selbst als derjenige, der mit seinen Ideen zum organisatorischen Zeitalter diesen Schritt vollzog.

Hegel hatte in seiner Philosophie des Rechts (zuerst 1821) den Staat und dessen für alle Bürger verbindliche Sittlichkeit in eine enge Beziehung gebracht. Im dritten Teil des dritten Abschnitts, „Die Sittlichkeit“ betitelt, heißt es auf Seite 258: „Der Staat ist als die Wirklichkeit des substantiellen Willens, die er in dem zu seiner Allgemeinheit erhobenen besonderen *Selbstbewusstsein* hat, das an und für sich *Vernünftige“* (kursiv im Original).

Bei Plenge ist, den Staat betreffend, nicht mehr von Vernunft und Sittlichkeit die Rede, sondern –und nicht weniger verpflichtend – vom „Stand im Wir“ und der inneren Verbundenheit aller Staatsbürger über den bewussten und immer neu bewusst zu machenden organisatorischen Sozialismus. Diese Zusammenhänge sollte sein Tafelwerk veranschaulichen.

Über Plenges Verhältnis zum Staat gibt auch die Doktorarbeit von Kurt Schumacher (1895–1952) Auskunft. Dessen Promotion bei Plenge im Jahr 1920 ging auf eine Anregung von Konrad Haenisch, dem ersten sozialdemokratischen Kultusminister Preußens, zurück.

Kurt Schumacher hatte fast die gesamte Zeit während des Nazi-Regimes in Konzentrationslagern verbracht. Nach dem Krieg war er der wichtigste Organisator für die bis 1945 verbotene Sozialdemokratie. Bei der Wahl des ersten deutschen Bundeskanzlers, September 1949, unterlag er Konrad Adenauer (1876–1967) ganz knapp. Seine Doktorarbeit, *Der Kampf um den Staatsgedanken in der deutschen Sozialdemokratie,* konnte 1920 – so wenig wie zahlreiche andere Doktorarbeiten bei Plenge – wegen des akuten Papiermangels in der Nachkriegszeit nicht veröffentlicht werden. Einer Initiative von Friedrich Holtmeier, letzter Wissenschaftlicher Assistent Plenges im 1935 aufgelösten Forschungsinstitut für Organisationslehre, ist es zu verdanken, dass die Arbeit 1973 erscheinen konnte, mit einem Geleitwort von Herbert Wehner (1906–1990), damals Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion.

Aus der Arbeit von Kurt Schumacher seien jene Passagen zitiert, die den Staatsgedanken bei Plenge deutlich machen. „Mit Johann Plenge gewann zum ersten Male seit Eugen Dühring ein Vertreter der offiziellen Gelehrsamkeit Einfluss auf die politische Theorie der deutschen Sozialdemokratie. Die *Ideen von 1914* bedeuteten eine Erhebung des Organisationsgedankens zum Ideal des freiheitlichen Aufgehens der Individualität in einer Kollektivperson." (Schumacher 1973: 104).

Aus Plenges Kriegsschrift, *Die Revolutionierung der Revolutionäre* (1918), zitierte Schumacher folgende Passage: „Wissenschaftlicher Sozialismus mit organisatorischer Gesellschaftspraxis auf der Grundlage einer die Erkenntnismittel des sogenannten ‚Materialismus' in sich enthaltenden Geisteslehre und mit dem Propagandaziel, vor allem das soziale Bewusstsein und die Befähigung der gesellschaftlichen Funktionäre zu schulen, damit die hochgespannte sozialistische Hoffnung der Massen in einem möglichen Ziel zu einem wirklichen Erfolg gelangen kann." (Schumacher 1973: 104 f.)

6 Die Lehre von der Organisation als Institutsaufgabe

Über das Ende des im Mai 1920 feierlich eröffneten Staatswissenschaftlichen Unterrichtsinstituts nur drei Jahre später gibt es zahlreiche Berichte und unzählige Briefe und Memoranden von Plenge selbst (zusammenfassend Busch 2019: 566–586). Die Zerschlagung dieser Unterrichtsanstalt ist ein einmaliger Vorgang in der deutschen Universitätsgeschichte. Plenges herrschsüchtiger, zur Unversöhnlichkeit neigender Charakter hatte mit dazu beigetragen und die Schließung dieser Einrichtung mit herbei geführt. Er sah dies völlig anders.

„Unter den Kollegen grassierte der Neid“, wie er im Gespräch häufig betonte. In seinem weiteren, noch 40 Jahre währenden Leben konnte er diesen Verlust nicht verschmerzen.

Durch Plenges immer noch vorhandene Bewunderer im Preußischen Kultusministerium gelang es ihm, Ersatz zu bekommen. 1923/25 wurde das „Institut für Organisationslehre und allgemeine und vergleichende Soziologie bei der Universität Münster“[3] gegründet. Die Verbindung zur Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät wurde gekappt. Plenge wurde Honorarprofessor in der Philosophischen Fakultät.

Das Institut befand sich im Gebäude der ehemaligen Oberpostdirektion; es war mit Räumen wie mit Etatmitteln großzügig ausgestattet. Der Soziologe und Philosoph Josef Pieper (1904–1997), sein Assistent von 1929–1933, hat darüber berichtet. In seinen autobiographischen Aufzeichnungen schreibt er im Kapitel „Wunderliche Assistentenjahre“: „Das Institut, mit den Mitteln des Preußischen Kultusministeriums in einem modernen Behördenbau am Rande der Altstadt eingerichtet, eine wohlausgestattete Flucht von etwa zwanzig hellen Räumen – dies neue ‚Forschungsinstitut’ war, wegen des unnachgiebigen Widerstandes der früheren Fachkollegen, aus der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät inzwischen ausgesiedelt und der Philosophischen angegliedert worden.“ In den Räumen herrschte absolute Stille. Neben ihm, Pieper, gab es noch eine Sekretärin, eine Bibliothekarin und einen „handwerklichen Alleskönner“, der mit der Herstellung des Tafelwerkes beschäftigt war. „Plenge n ahm die ministerielle Förderung mit der ungeniertesten Selbstverständlichkeit wie einen geschuldeten Tribut in Anspruch.“ (Pieper 1976: 82 ff.)

Aber nicht in diesem Institut entstanden seine Arbeiten zur Organisationslehre bzw. Organisationssoziologie, die liegen allesamt früher. Nach 1923 wandte sich Plenge mehr und mehr der Kunstwissenschaft zu, auch hier den Streit mehr suchend als scheuend. Seine bekannteste Arbeit zur Organisation entstand 1919, *Drei Vorlesungen über die allgemeine Organisationslehre.* Sie begründeten seinen Ruf, der erste Organisationssoziologe gewesen zu sein (König 1967 [1958]).

Die Vorlesungen hatten die Titel: I. Die Aufgabe der Organisationslehre. II. Die Organisationslehre im Reich der Wissenschaft. III. Das Urgesetz der

[3] Zu erinnern ist daran, dass es soziologische Institute in Deutschland erst ab 1919 gab, beginnend mit Köln und Leopold von Wiese als erstem Lehrstuhlinhaber (für Nationalökonomie und Soziologie). Zu den soziologischen Instituten der 1920er Jahre in Deutschland vgl. Moebius (2021: Abschn. 2.2 und 2.3).

Organisation. Im Geleitwort schrieb Plenge: „Die Veröffentlichung dient zunächst den eigenen Unterrichtszwecken, soll aber über den unmittelbaren Hörerkreis hinauswirken, weil die Zeit nur durch die innerste Erfassung des Organisationsgedankens gesunden kann. Gleichzeitig ist nur auf dem Unterbau der Organisationslehre ein allgemeiner Fortschritt der Staats- und Gesellschaftswissenschaften und mit ihm der Weltgeschichtsbetrachtung möglich."

Zu Beginn des Winter-Semesters 1918/19 führte Plenge in der ersten Vorlesung aus: „Mit dieser Vorlesung über ‚Allgemeine Organisationslehre' […] gedenke ich, eine neue Wissenschaft an unseren deutschen Universitäten einzuführen, die wohl schon längst hätte vertreten sein sollen und von der zu erwarten ist, dass sie für unsere Zukunft und namentlich für den Wiederaufbau unserer deutschen Zukunft nützen wird". Dann folgt die wohl bekannteste Definition Plenges zur Organisation: sie sei „bewusste Lebenseinheit aus bewussten Teilen" (Plenge 1919: 7).

Nachfolgend einige weitere Zitate aus der ersten Vorlesung: „Sehen wir über die schwere Gegenwart hinaus in die Zukunft, so heißt es wieder: Organisation. Was ist der Völkerbund anderes, als die höchste Einheit und Zusammenfassung der Menschheit. Eine Ausreifung ihres inneren Organisationsgesetzes […]. Die Gesundheit und die innere Kraft einer Zeit zeigt sich in ihrem reichen Organisationsleben." (Plenge 1919: 10 f.) Sodann nimmt Plenge die zu dieser Zeit neu entstehenden Jugendorganisationen als Beispiel für eine Durchorganisierung des gesellschaftlichen Lebens in den Blick. „Überall, wo eine Gesellschaftsschicht so durch das Zusammenströmen vieler aus ihren alten Verbindungen gelöster Einzelner entsteht, entfaltet sich ein besonders reiches und in sich bewegtes Leben neuer Organisationen und Verbindungen." (Plenge 1919: 12 ff.)

Wenn Plenge auf Vorläufer des Organisationsgedankens zu sprechen kommt, erwähnt er auch den österreichischen Justizminister Franz Klein. Er habe im Wintersemester 1912/13 über das Organisationswesen gelesen und diese Vorträge 1913 unter dem Titel, *Das Organisationswesen der Gegenwart,* veröffentlicht (Plenge 1919: 18).

Die zweite Vorlesung ist u. a. dem Verhältnis seiner Organisationslehre zu anderen Wissenschaften, vor allem den Gesellschaftswissenschaften, gewidmet. Die dritte Vorlesung beschäftigt sich mit einem allgemeinen Grundvorgang: „Einheit aus der Vielheit. Organisation ist das einleuchtendste Beispiel aller Einigungsvorgänge." (Plenge 1919: 45) Im Bereich der bewussten Organisation behaupte nur der Wille die Einheit. Plenge verweist zur Veranschaulichung des „Grundvorgangs", wie aus Vielheit Einheit entsteht, auf den englischen Soziologen Herbert Spencer (1820–1903) und dessen „Grundgesetz" von

Differenzierung und Integration. Auch Immanuel Kants Zusammenführung von Geist und Vernunft und Hegels Lehre, „dass alle Vorgänge der von Grund aus gesehenen Wirklichkeit immer wieder auf Bejahung, Verneinung und schließlich Vereinigung der Gegensätze“ auf höherer Stufe hinauslaufen, lässt Plenge als philosophische Vorläufer gelten. Organisation sei „die höchstausgeprägte Form dieser Synthese“ (Plenge 1919: 48). Diese Auffassung von Organisation macht das Urteil von René König verständlich, dass der Organisationsbegriff von Plenge „ein höchst unklares Gemisch von Philosophie, Organisationslehre, Betriebswissenschaft und Soziologie“ sei (König 1967 [1958]: 234).

Wie hervorgehoben, nutzte Plenge die großzügigen Möglichkeiten des „Forschungsinstituts für Organisationslehre und allgemeine und vergleichende Soziologie“ nicht für den eigentlichen Institutszweck. 1935 wurde es geschlossen und Plenge zwangsemeritiert.

Die Kriegsschriften und Plenges vehemente Ablehnung des sich vor allem mit Max Weber verbindenden Postulats der Werturteilsfreiheit wissenschaftlicher Aussagen trugen bei zur Entfremdung zwischen diesen beiden Gelehrten. Am 14. März 1913, als seine Berufung zum Sommer-Semester nach Münster fest stand, schrieb er Max Weber: „Herzlichen Dank für Ihre tatkräftige Hilfe in Münster und Gießen.“ Sein Bankbuch von 1913, *Von der Diskontpolitik zur Herrschaft über den Geldmarkt,* hatte er dankbar Max Weber gewidmet.

Weber starb im Juni 1920. Es ist davon auszugehen, dass es zu keiner neuerlichen Annäherung zwischen ihm und Plenge gekommen wäre, obgleich beide vom Temperament her viel Ähnlichkeit hatten. Aber anders als Plenge konnte Weber dieses Temperament, wenn auch nur mühsam, zügeln und gab der werturteilsfreien wissenschaftlichen Aussage und Definition den Vorrang vor geschichtsphilosophisch- hegelianisch angehauchten Aussagen über Volk und Staat und ihre Organisationen.

Literatur

Busch, Michael (2019): Der Gesellschaftsingenieur Johann Plenge (1874–1963), Veröffentlichungen des Universitätsarchivs Münster, Bd. 13, Münster: Aschendorff Verlag.

König, René (1967 [1958]): Art. „Organisation“, in: Fischer-Lexikon Soziologie, hg. von René König, Frankfurt: Fischer Verlag, S. 234–241.

Moebius, Stephan (2021): „Soziologie in der Zwischenkriegszeit in Deutschland“, in: Karl Acham/Stephan Moebius (Hg.), Soziologie der Zwischenkriegszeit. Ihre Hauptströmungen und zentralen Themen im deutschen Sprachraum, Bd. 1, Wiesbaden: Springer VS, S. 31–176.

Pieper, Josef (1976): Noch wusste es niemand. Autobiographische Aufzeichnungen 1904–1945, München: Kösel.
Plenge, Johann (1910): „Marx oder Kant?“, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft 66, S. 213–239.
Plenge, Johann (1911): Marx und Hegel, Tübingen: Laupp.
Plenge, Johann (1916): 1789 und 1914. Die symbolischen Jahre in der Geschichte des politischen Geistes, Berlin: J. Springer.
Plenge, Johann (1918): Die Revolutionierung der Revolutionäre, Leipzig: Der Neue Geist-Verlag.
Plenge, Johann (1919): Drei Vorlesungen über die allgemeine Organisationslehre, Essen: G. D. Baedeker.
Plenge, Joahnn (1920) Das erste Staatswissenschaftliche Unterrichtsinstitut. Seine Einrichtungen und Aufgaben, Essen: G. D. Baedeker.
Plenge, Johann (1931a): „Zum Ausbau der Beziehungslehre (L. von Wiese gewidmet). I: Beziehungsrichtungen“, in: Kölner Vierteljahrshefte für Soziologie IX, S. 271–288.
Plenge, Johann (1931b): „Zum Ausbau der Beziehungslehre. II: Der Beziehungsbogen“, in: Kölner Vierteljahrshefte für Soziologie IX, S. 448–493.
Plenge, Johann (1933): „Die Philosophie des ‚Wir‘ als Tiefenbegründung der Soziologie“, in: Kölner Vierteljahrshefte für Soziologie XI (2), S. 135–138.
Plenge, Johann (1932): „Zum Ausbau der Beziehungslehre. III: Gang und Aufbau der isolierten Beziehung“, in: Kölner Vierteljahrshefte für Soziologie X, S. 320–354.
Schäfers, Bernhard (Hg.) (1967a): Soziologie und Sozialismus. Organisation und Propaganda. Abhandlungen zum Lebenswerk von Johann Plenge. Mit einem Anhang von Johann Plenge: Obtinenz und Realität. Über Wirklichkeitssysteme, an Erich Rothacker, Stuttgart: Ferdinand Enke Verlag.
Schäfers, Bernhard (1967b): „Soziologie und Wirklichkeitsbild. Plenges Beitrag zur deutschen Soziologie um 1930“, in: Ders. (Hg.), Soziologie und Sozialismus, Organisation und Propaganda. Abhandlungen zum Lebenswerk von Johann Plenge, Stuttgart: Ferdinand Enke Verlag, S. 61–122.
Schäfers, Bernhard (1969): „Voraussetzungen und Prinzipien der Gesellschaftsplanung bei Saint-Simon und Karl Mannheim“, in: Zentralinstitut für Raumplanung an der Universität Münster (Hg.), Zur Theorie der allgemeinen und der regionalen Planung, Bielefeld: Bertelsmann Universitätsverlag, S. 25–40.
Schildt, Axel (1987): „Ein konservativer Prophet moderner nationaler Integration. Biographische Skizze des streitbaren Soziologen Johann Plenge (1874–1963)“, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 35 (4), S. 523–570.
Schrader, Einhard (1967): „Theorie und Praxis. Johann Plenges Programm eines organisatorischen Sozialismus“, in: Bernhard Schäfers (Hg.), Soziologie und Sozialismus, Organisation und Propaganda. Abhandlungen zum Lebenswerk von Johann Plenge, Stuttgart: Ferdinand Enke Verlag, S. 17–44.
Schumacher, Kurt (1973): Der Kampf um den Staatsgedanken in der deutschen Sozialdemokratie. hg. von Friedrich Holtmeier, mit einem Geleitwort von Herbert Wehner, Stuttgart et al.: Verlag W. Kohlhammer.
Vierkandt, Alfred (Hg.) (1931): Handwörterbuch der Soziologie. Stuttgart: F. Enke Verlag. (Eine von Helmut Schelsky veranlasste Neuausgabe erschien 1959, in gleicher Aufmachung und im gleichen Verlag.)

Schäfers, Bernhard, Dr. rer. pol., Prof. em., geb. 1939 in Münster/Westf., Professuren für Soziologie seit 1971, zuletzt an der Universität Karlsruhe (TH); dort auch Zweitmitglied der Fakultät für Architektur. Schwerpunkte in Lehre und Forschung: Sozialstrukturanalysen, Soziologie der Stadt und der Architektur. 1991/92 Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Soziologie.

Kultursoziologische Ansätze in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts: Ludo Moritz Hartmann, Emil Lederer, Franz Borkenau, Lucie Varga

Peter Stachel

Inhaltsverzeichnis

1 Ludo Moritz Hartmann (1865–1924) 377
2 Emil Lederer (1882–1939) 381
3 Franz Borkenau (1900–1957) 386
4 Lucie Varga (1904–1941) 394
Literatur. 401

Zusammenfassung

Der Beitrag beschäftigt sich mit vier Autoren (darunter eine Frau) aus Österreich bzw. Altösterreich, die in der Zeit von knapp vor dem Ersten Weltkrieg bis knapp nach dem Zweiten Weltkrieg in unterschiedlichen disziplinären Zusammenhängen kultursoziologische Überlegungen in ihre Arbeit einfließen haben lassen. Der Historiker Ludo Moritz Hartmann (1865–1924) plädierte bereits vor dem Ersten Weltkrieg für einen Paradigmenwechsel in der historischen Forschung, hin zu einer historischen Soziologie. Der Nationalökonom und Soziologe Emil Lederer (1882–1939) verfasste mehrere kürzere

P. Stachel (✉)
Österreichische Akademie der Wissenschaften (IKT), Wien, Österreich
E-Mail: peter.stachel@oeaw.ac.at

© Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2022

K. Acham und S. Moebius (Hrsg.), *Soziologie der Zwischenkriegszeit. Ihre Hauptströmungen und zentralen Themen im deutschen Sprachraum*,
https://doi.org/10.1007/978-3-658-31401-9_13

programmatische Texte über Kultursoziologie, wobei er im Sinn eines eng gefassten Kulturbegriffs primär eine Soziologie der Kunst meinte. Franz Borkenau (1900–1957), ein ehemals ranghoher Funktionär der Komintern, der sich später zum engagierten Antikommunisten wandelte, beschäftigte sich mit einer großen Zahl von soziologischen und historischen Fragestellungen. Lucie Varga (1904–1941), eine der ersten Frauen, die im Fach Geschichte in Österreich promovierte, gehörte in den 1930er Jahren zum engeren Kreis der Mitarbeiter der französischen historischen Fachzeitschrift *Annales d'histoire économique et sociale,* für die sie mehrere mentalitätsgeschichtlich-ethnologische Artikel verfasste.

Schlüsselwörter

Kultursoziologie · Geschichtswissenschaft · Marxismus · Antikommunismus · Mentalitätengeschichte

Die im weitesten Sinn „kultursoziologischen" Schriften der vier im Folgenden behandelten Autoren umspannen einen Zeitraum von kurz vor dem Ersten Weltkrieg (Ludo Moritz Hartmann) bis kurz nach dem Zweiten Weltkrieg (Franz Borkenau). Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen, also jenen beiden Jahrzehnten, in denen die Soziologie sich auch im deutschen Sprachraum als eigenständige akademische und wissenschaftliche Disziplin zu etablieren begann, dabei aber noch mit heftigen Widerständen der Verteidiger eines traditionellen, humanistischen Bildungsideals konfrontiert war (vgl. Ringer 1983).

Die vier Autoren belegen beispielhaft gerade auch die Fruchtbarkeit kultursoziologischer Ideen in interdisziplinären Zusammenhängen, kann doch nur einer von ihnen – Emil Lederer – als Fach-Soziologe im engeren Sinn bezeichnet werden. Ludo Moritz Hartmann und Lucie Varga waren Historiker, und das weit ausgreifende publizistische Werk Franz Borkenaus, das ideengeschichtliche Analysen ebenso umfasst, wie Beiträge zur politischen Theorie, zur Mythentheorie, zur Universalgeschichte und zur Tagespolitik, entzieht sich ohnedies jeder terminologischen Festlegung.

Was die vier Autoren eint, ist einerseits ihre regionale Herkunft: Sie alle stammen aus Österreich bzw. der österreichischen Reichshälfte der Habsburgermonarchie. Aber auch ihr soziales Herkunftsmilieu ist dasselbe: das materiell saturierte Großbürgertum jüdischer Abstammung, das bestrebt war, sich an die deutsche Kultur zu „assimilieren". Damit entsprechen alle vier Autoren einem

sozialen Typus, der uns vor allem in der Frühgeschichte der Soziologie häufig begegnet (vgl. Wiehn 1989, darin insbesondere Kaesler 1989) und den Georg Simmel – selbst ein „assimilierter" deutscher Jude – im Typus des „Fremden", der als Fremder dennoch ein Element der Gruppe ist, und zwar eines, das „zugleich ein Außerhalb und ein Gegenüber" (Simmel 1987: 63 f.) repräsentiert, auf den Punkt gebracht hat. Aus einem derart ambivalenten Verhältnis zur sozialen Umgebung, kann, so Simmel, ein spezielles Interesse an der Analyse sozialer Phänomene erwachsen.

1 Ludo Moritz Hartmann (1865–1924)

Der Wiener Historiker Ludo Moritz Hartmann ist der mit einigem Abstand Älteste unter den vier hier behandelten Autoren. Er gehört im Prinzip einer anderen Generation an als die anderen drei, was sich unter anderem auch in den Autoren (und Theorien) ausdrückt, auf die er sich bezieht: Charles Darwin (1809–1882) stellt für ihn den zentralen Bezugspunkt dar, der Philosoph Ernst Mach (1838–1916) und der Wirtschaftshistoriker Karl Bücher (1847–1930) sind bedeutende Einflüsse, Herbert Spencer (1820–1903) und Ludwig Gumplowicz (1838–1909) dienen ihm an zentralen Stellen seiner Argumentation als Belege.

Ludo Moritz Hartmann wurde als Sohn des dazumal sehr bekannten Dichters und 1848er Revolutionärs Moritz Hartmann (1821–1872) und dessen Ehefrau Berta in Stuttgart geboren, wuchs aber ab dem dritten Lebensjahr in Wien auf. Der Vorname Ludo, eine vor allem in Oberitalien verbreitete Kurzvariante von Ludovico (Ludwig), war der Italien-Begeisterung des Vaters geschuldet. Die Liebe zu Italien scheint vom Vater auch auf den Sohn übergegangen zu sein, stellt doch Hartmanns wissenschaftliche Hauptleistung seine im Verlauf von 18 Jahren – von 1897 bis 1915 – veröffentlichte, sechsbändige *Geschichte Italiens im Mittelalter* (Hartmann 1897–1923) dar, die die Geschichte der Apenninenhalbinsel auf rund 1.800 Druckseiten vom 5. bis ins 11. Jahrhundert detailliert analysiert; die ursprünglich geplante Weiterführung bis zur Entstehung der modernen italienischen Stadtstaaten gegen Ende des 13. Jahrhunderts vermochte Hartmann nicht mehr zu verwirklichen. Wie Hartmanns Biograph Günter Fellner anmerkte, gelang es dem Autor dabei, die komplexe Verschränkung von „ereignis-, verwaltungs-, rechts- und begriffsgeschichtlichen Aspekten" zu meistern, auch unter Einbeziehung „der wirtschafts- und sozialgeschichtlichen Dimension, um die sich der Autor besonders bemühte" (Fellner 1992: 20). Eine nicht gering zu bewertende Leistung war es auch, die Kontinuitäten zwischen antiker und

mittelalterlicher Geschichte aufzuzeigen, zwei Bereiche, die in der historischen Forschung bislang institutionell getrennt behandelt worden waren.

Vater Moritz Hartmann verstarb, als der Sohn erst sieben Jahre alt war. Nach der Matura studierte Ludo Moritz Hartmann in Wien und Berlin Geschichte, Rechtsgeschichte und Nationalökonomie, unter anderem bei Theodor Mommsen (1817–1903) und Lujo Brentano (1844–1931). Nachdem er in Berlin 1887 mit einer in lateinischer Sprache verfassten Dissertation promoviert wurde, folgten Studienaufenthalte in Rom und Straßburg, in weiterer Folge ging er an das Institut für Österreichische Geschichtsforschung in Wien. Bereits 1889 wurde er in Wien für Alte und Mittelalterliche Geschichte habilitiert und erhielt noch im selben Jahr eine unbefristete Dozentenstelle für Römische und mittelalterliche Geschichte. Eine glänzende akademische Karriere schien sich vor dem damals erst Vierundzwanzigjährigen aufzutun – doch: Es kam anders. Bis zur erhofften Ernennung zum ordentlichen Professor sollten mehr als drei Jahrzehnte vergehen, sie erfolgte erst in der 1. Republik Österreich, gerade einmal zwei Jahre vor Hartmanns Tod.

Tatsächlich war Hartmann unter den Historikern der Universität Wien ein sozialer Außenseiter: Einerseits aufgrund seiner jüdischen Abstammung, andererseits, weil er der vermutlich erste Universitätslehrer der Wiener Universität war, der sich inmitten des politisch konservativen Milieus ausdrücklich als Anhänger der Sozialdemokratie deklarierte; um 1901 wurde er Parteimitglied. Im Engagement in den sozialdemokratischen Bildungseinrichtungen scheint er auch einen gewissen Ausgleich für seine randständige Position an der Universität gefunden zu haben; so war er an der Gründung von mehreren Volkshochschulen in Wien beteiligt. Überhaupt war Hartmann von einem pädagogischen Impetus getrieben, die Aufbereitung von historischen Erkenntnissen für ein breiteres Publikum von „interessierten Laien“ war ihm ein lebenslanges Anliegen (vgl. Unterhumer 2010; Jaretz 2011). Daher nahm er 1919 auch das Projekt einer *Weltgeschichte in gemeinverständlicher Darstellung* (Hartmann 1919–1923) in Angriff, ein Sammelwerk, für das er eine Reihe internationaler Mitarbeiter gewinnen konnte. Von den geplanten zwölf Bänden konnten jedoch nicht alle verwirklicht werden, Hartmann selbst verfasste die Texte zur frührömischen und spätantiken Epoche. Über der Darstellung des 19. Jahrhunderts, die er als Herausgeber sich selbst vorbehalten hatte, ist er verstorben, das Manuskript blieb unvollendet.

Was Hartmann in einen fundamentalen und grundlegenden Konflikt mit der Mehrzahl seiner Kollegen, allen voran dem Wirtschaftshistoriker Alfons Dopsch (1868–1953) und dem Mediävisten Otto Brunner (1898–1982), brachte, waren

aber vermutlich weniger seine politischen Überzeugungen, als vielmehr seine dem herrschenden Paradigma des Historismus vollkommen entgegengesetzten Vorstellungen von Sinn und Zweck historischer Forschung. Zusammengefasst hat er seine Überzeugungen dazu in einem dünnen Bändchen von gerade einmal 90 Seiten, das auf einer Serie von Vorträgen beruhte und im Jahr 1905 unter dem Titel *Über historische Entwickelung. Sechs Vorträge zur Einleitung in eine historische Soziologie* (Hartmann 1905) veröffentlicht wurde; gewidmet war das Werk Ernst Mach.[1]

Ausgangspunkt von Hartmanns Ausführungen ist dabei seine grundsätzlich monistische Weltsicht, hinter der der Fortschrittsoptimismus seiner Zeit und das Vertrauen in die Erklärungskraft der exakten Naturwissenschaften steht: Physik, Chemie, Biologie und Geschichte haben sich zwar als institutionell getrennte Forschungsgebiete entwickelt, doch in ihnen allen wirken dieselben grundlegenden Gesetzmäßigkeiten. Auch die Geschichte des Menschen ist für Hartmann „Teil des Gesamtkomplexes der organischen Natur“ (Hartmann 1905: 6). Bei den erwähnten Gesetzmäßigkeiten handelt es sich im Wesentlichen um die von Darwin konstatierten evolutionären Entwicklungsgesetze, der Kampf ums Dasein – überhaupt neigt Hartmann dazu, jede Art von Konflikt als „Kampf“ zu definieren – und die Durchsetzung der am besten Angepassten. Mit Ludwig Gumplowicz betrachtet Hartmann diesen Kampf ums Dasein aber nicht primär als Kampf zwischen einzelnen Individuen, sondern zwischen Gruppen. Nicht der handelnde Mensch ist das Objekt der historischen Forschung, vielmehr gilt es „die politischen, ökonomischen usw. Tatsachen vom Standpunkte der physikalischen d. h. nicht psychologischen Abhängigkeitsverhältnisse zu betrachten“ (Hartmann 1905: 10). Dementsprechend ist „die Projektion des bewußten Willens in die Reihe der äußeren historischen Vorgänge unnötig“ (Hartmann 1905: 11). Damit widerspricht Hartmann ganz explizit einer der Grundauffassungen des Historismus, der zufolge große Individuen („große Männer“) „Geschichte machen“. Da der Einzelne aber in seinem Verhalten und seinen Entscheidungen stets durch die Gruppe und andere kollektive Mächte determiniert sei, könne davon, dass bewusste, willentliche Entscheidungen Geschichte machen würden, gar keine Rede sein, vielmehr sei der Bereich des Geistig-Seelischen nur als Sekundärphänomen der Wirkkraft physikalischer Naturgesetze zu verstehen. Auch moralische Gefühle und Instinkte gelten Hartmann als bloße „Anpassungserscheinungen“ (Hartmann 1905: 88).

[1] In neueren Nachdrucken des Werkes fehlt diese Widmung.

Statt einzelne Fakten in quasi anekdotischer Erzählweise aneinander zu reihen, müsse es das Ziel historischer Forschung sein, durch Vergleich und Typisierung eine Gesamtschau auf Strukturen und Prozesse, auf langfristige Entwicklungslinien, zu gewinnen. Die gesellschaftlichen Erscheinungen sollten nicht durch deskriptive Einzelaussagen dargestellt, also beschrieben, sondern durch die Rückführung auf allgemeingültige Regeln – jene des Darwinismus – nomologisch erklärt werden; der für das historistische Methodenverständnis so zentrale Begriff des „Verstehens" kommt demgegenüber bei Hartmann überhaupt nicht vor (vgl. Herholt 1999). Günter Fellner meint dazu:

> „Wer das Fach [Geschichte] in Analogie zu den Naturwissenschaften als Disziplin definierte, die nach Gesetzen sucht und sie als *erklärende* und nicht primär nacherzählend *verstehende* Wissenschaft begreift, noch dazu in Verbindung mit der unmißverständlichen Postulierung der Determiniertheit des Geschehens, mußte im Lager der traditionellen Historiker auf Ablehnung stoßen. Zu viele Grundsätze ihres Welt- und Menschenbildes waren verletzt: die grundsätzliche Offenheit des Geschichtlichen, die Freiheit und Verantwortung des geschichtlich agierenden Menschen, vor allem der großen politischen und geistigen Persönlichkeit, damit auch der Wert ihrer biographischen Nachzeichnung; die Unwiederholbarkeit, Unvergleichbarkeit und somit Einmaligkeit von Umständen und Ereignissen […]." (Fellner 1992: 29)

Geschichte als Wissenschaft ist für Hartmann nur als historische Soziologie vorstellbar, insofern gebraucht er beide Begriffe als Synonyme. Genauer gefasst ist die historische Soziologie so etwas wie die Grundlage einer universalen Geschichtstheorie bzw. einer Makrotheorie der Menschheitsgeschichte, „sie erfasst primär menschheitsgeschichtliche, universale Phänomene mittels relativ weniger und vager Theorien vornehmlich aus dem Begriffsrepertoire des Sozialdarwinismus: Anpassung, Kampf ums Dasein, Gruppe, Organisation, Assoziierung" (Fellner 1992: 27). So ist es nur folgerichtig, dass Hartmann, so Fellner, „nie einen Gegensatz zwischen der Rolle als Historiker und als Soziologe" gesehen hat. „Formal zählte er als Wissenschaftler zwar immer eindeutig zur Kategorie der Historiker. Ihn selbst hat es aber sicher am wenigsten gestört, als er einmal in einem Gelehrtenlexikon dem Fach Soziologie zugerechnet wurde." (Fellner 1985: 162).

Aus seinem Geschichtsverständnis resultiert für Hartmann auch die Überzeugung einer Gerichtetheit des historischen Prozesses, hin zu „einer immer größeren Beherrschung der Natur" (Hartmann 1905: 83), zu größerer Produktivität und zu immer dichterer Vergesellschaftung (vgl. Suppanz 2000). Auch wenn Hartmann diesen Begriff nirgends genauer definiert, wird aus dem argumentativen Zusammenhang deutlich, dass mit dieser fortschreitenden „Sozialisierung" letzt-

endlich das Entstehen einer sozialistischen Gesellschaft gemeint ist. Und zwar sind es gerade die Prinzipien des Sozialdarwinismus, aus denen Hartmann die Notwendigkeit des Entstehens einer sozialistischen Gesellschaft ableitet: Da im Sozialismus keine innere Unterscheidung einzelner Klassen mehr bestehe, sei dieser die bestmögliche Form der natürlichen Anpassung auf gesellschaftlicher Ebene, weshalb sich der Sozialismus im Kampf ums Dasein zwischen den politischen Systemen notwendig durchsetzen müsse.

In der Tat war Hartmann wohl einer der ersten, wenn nicht der erste Historiker, der sich für einen Paradigmenwechsel hin zu einer sozialwissenschaftlich orientierten Geschichtsforschung aussprach; als dieser Paradigmenwechsel Anfang der 1970er Jahre tatsächlich, wenn auch zeitlich befristet, eintrat, bezog sich allerdings keiner der damaligen Akteure auf das Vorbild Hartmanns. Ob dies aus schlichter Unkenntnis geschah oder weil das dominant sozialdarwinistische Element in Hartmanns Auffassungen die Aktualisierung seiner Ideen ausschloss, muss dahingestellt bleiben: Tatsächlich führt jedenfalls keine direkte Verbindungslinie von Hartmann zur modernen Sozialgeschichte. „Der Historiker Ludo Moritz Hartmann (1865–1924), der Sohn des 1848er-Revolutionärs und Dichters Moritz Hartmann, ist heute weitgehend vergessen“ (Fellner 1985: 1), lautet vielsagend der allererste Satz von Günter Fellners großer Monographie über Hartmann aus dem Jahr 1985.

In seinen letzten Lebensjahren machte Hartmann in der 1. Republik Österreich unerwartet noch politisch Karriere. Nachdem er kurzzeitig der erste Botschafter der jungen Republik Österreich in Deutschland war, gehörte er 1919–1920 der konstituierenden Nationalversammlung an und war von 1920 bis zu seinem Tod Abgeordneter Wiens im Österreichischen Bundesrat. Und schlussendlich, nachdem ihm die Universitäten Heidelberg und Bonn die Ehrendoktorwürde verliehen hatten, wurde er 1922, zwei Jahre vor seinem Tod, doch noch zum Ordentlichen Professor an der Wiener Universität ernannt. Als er im Alter von nur 59 Jahren verstarb, hinterließ er seine Frau Grete, die ihn um mehr als zwei Jahrzehnte überlebte, und zwei erwachsene Kinder.

2 Emil Lederer (1882–1939)

Emil Lederer ist der einzige der vier im vorliegenden Text behandelten Autoren, der als Fach-Soziologe im engeren Sinn betrachtet werden kann. Allerdings kam auch er auf Umwegen zur Soziologie, nachdem er an der Universität Wien Rechtswissenschaft und Nationalökonomie studiert hatte. Von der Nationalökonomie, wo Eugen Böhm von Bawerk (1851–1914) und Friedrich von Wieser

(1851–1926) seine wichtigsten Lehrer waren, führte ihn sein weiterer Weg über die Auseinandersetzung mit der politischen Theorie schließlich zur Soziologie, die er als Grundlage jeder nationalökonomischen Fragestellung auffasste.

Lederer wurde in eine Kaufmannsfamilie im böhmischen Pilsen *(Plzeň),* das damals zur österreichischen Reichshälfte der Habsburgermonarchie gehörte, geboren. 1905 wurde er in Wien zum Dr. jur. promoviert, absolvierte an verschiedenen Gerichten seine Verpflichtung als Advokatskandidat und arbeitete in der Folge kurzzeitig für den Niederösterreichischen Gewerbeverein. Vermutlich hat Lederer niemals vorgehabt, als Jurist zu arbeiten, jedenfalls beteiligte er sich bereits von Wien aus an der redaktionellen Arbeit des renommierten *Archivs für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik.* 1910 übersiedelte er nach Heidelberg, wo das *Archiv* herausgegeben wurde, und wurde als Redaktionssekretär angestellt, ab 1918 war er verantwortlicher Chefredakteur. Durch diese Tätigkeit kam er in persönlichen Kontakt mit Max Weber (1864–1920), der sein Mentor wurde, und mit Werner Sombart (1863–1941), der sich später aus politischen Gründen mit Lederer überwarf. 1911 schloss Lederer ein zweites Studium, jenes der Nationalökonomie, bei Lujo Brentano an der Universität München mit dem Dr. rer. pol. ab, im Jahr darauf habilitierte er sich mit der Studie *Die Privatangestellten in der modernen Wirtschaftsentwicklung* an der Universität Heidelberg. Dabei handelte es sich um die wahrscheinlich erste umfassende sozialwissenschaftliche Untersuchung der Entstehung einer neuen, in gewisser Hinsicht privilegierten Schicht von unselbständig Tätigen, der technischen und leitenden Angestellten, eine Thematik, die später unter anderem auch von Siegfried Kracauer (1889–1966) zum Thema einer soziologischen Analyse gemacht wurde (vgl. Kracauer 1930). Die technischen Angestellten, so Lederers Leithypothese, seien eine neue soziale Erscheinung und sie hätten wegen ihrer hohen Konzentration in der Großindustrie und in den großen Städten einen Einfluss auf Politik und Gesellschaft, der wesentlich größer sei, als ihre vergleichsweise geringe Anzahl vermuten ließe (Lederer 1912).

Nach mehreren Zwischenschritten wurde Emil Lederer in Heidelberg 1922 zum ordentlichen Universitätsprofessor für Sozialpolitik ernannt. In dieser Zeit gehörte er, der für eine planwirtschaftlich orientierte Ökonomie eintrat, auch der Kommission zur Vorbereitung der Sozialisierung von Industriezweigen und Betrieben in Deutschland und der Kommission zur Vorbereitung der Sozialisierung in Österreich an. In den Jahren 1923 bis 1925 nahm er zwei Gastprofessuren in Japan wahr, in der Folge unterrichtete er wieder in Heidelberg, bis er 1931 als Nachfolger von Werner Sombart auf den renommierten Lehrstuhl für Nationalökonomie und Finanzwissenschaft an der Berliner Universität berufen wurde. Neben seiner universitären Lehr- und Publikationstätigkeit setzte sich

Lederer im Umfeld der SPD – deren Mitglied er seit 1925 war – auch für die politische Umsetzung sozialwissenschaftlicher Erkenntnisse ein (vgl. Eßlinger 1995) und gehörte der Arbeitsgemeinschaft zum Studium der sowjetrussischen Planwirtschaft an. Für seinen früheren Studienkollegen Joseph Schumpeter (1883–1950) gehörte Lederer damals zu den „Parteileuten jenes Typs, die jede Anweisung ausführen ohne Fragen zu stellen" (so Schumpeter in einem Brief an John Maynard Keynes (1883–1946); Gostmann und Ivanova 2014: 28).

1933 erhielt Lederer, der unter die Nürnberger Rassegesetze fiel, vom NS-Staat Berufsverbot und kehrte daraufhin von einem Aufenthalt in Paris nicht nach Deutschland zurück. Er emigrierte in die USA, wo er zu den Mitbegründern der University in Exile an der *New School of Social Research* in New York gehörte, die später zur Graduate Faculty of Political and Social Science wurde und deren erster Dekan Lederer wurde; ab 1934 war er auch Redakteur der Zeitschrift *Social Research.* Damit war Lederer einer der wenigen von den Nazis vertriebenen Wissenschaftler, denen eine beinahe bruchlose Fortsetzung ihrer Karriere in der Emigration vergönnt war. Lederer verstarb jedoch bereits im Frühjahr 1939 vollkommen überraschend im Alter von nur 57 Jahren an den Folgen medizinischer Komplikationen nach einem chirurgischen Eingriff. Seine Bedeutung für die sozialwissenschaftliche Forschung auch in den Vereinigten Staaten wurde nach seinem Tod in mehreren Artikeln gewürdigt (vgl. Johnson 1939; Lasker et al. 1940; Marschak et al. 1941). Zum Zeitpunkt seines Todes arbeitete Lederer an einem Manuskript über den „Massenstaat", in dem er sich mit Führerkult, Techniken der Massensuggestion und der Propaganda beschäftigte und das ein Jahr nach seinem Tod als Buch veröffentlicht wurde (vgl. Lederer 1940).

In einem im Original im Jahr 1925 veröffentlichten Artikel versucht Lederer eingangs grundlegende Auffassungen von Zweck und Aufgaben der Soziologie darzulegen.

> „Wir sind in der Soziologie bisher noch nicht zu einer allseits akzeptierten Klarlegung des Erkenntnisobjektes gelangt und befinden uns daher in der fatalen Lage, dass auch die Methoden soziologischer Forschung noch sehr verschiedene sind. Ohne Vollständigkeit anzustreben, seien einige Fragestellungen erwähnt: Soziologie als Geschichtsphilosophie; Soziologie als Theorie der gesellschaftlichen Formen (im Sinne von: der Formen, in denen Gesellschaft möglich ist); Soziologie als Entwicklungstheorie der menschlichen Gesellschaft; Soziologie als Lehre von den Gesetzen des menschlichen Zusammenlebens; Soziologie als Geschichtstheorie. So ist Soziologie bald als Philosophie, bald als Naturwissenschaft, bald als Geisteswissenschaft aufgefasst worden. Der eine Forscher sieht sie als Grundwissenschaft, der andere nur als Konglomerat der Einzelwissenschaften." (Lederer 2014c: 259)

Insbesondere der letzte Satz deutet auf eine wichtige Selbstverortung Lederers hin, der die Soziologie ausdrücklich nicht als Einzelwissenschaft, sondern als Grundwissenschaft versteht. Sämtliche menschliche Kulturschöpfungen sind in einem gewissen, wenn auch eingeschränkten Sinn, von den sozialen Rahmenbedingungen – Lederer spricht von „sozialen Grundverhältnissen" – abhängig. Diese Abhängigkeit sei aber vielfältig und differenziert und könne keinesfalls als simple Kausalbeziehung im Sinn eines „primitiven Materialismus" verstanden werden (vgl. Lederer 2014b: 251). Dieser Zusammenhang zwischen materiell-ökonomischer Basis und geistigen Inhalten werde besonders in Zeiten beschleunigter Entwicklungen, also gesellschaftlichen Wandels, sichtbar. Dabei hebt Lederer hervor, dass es unterschiedliche Typen von Gesellschaften gebe, diese aber selbst niemals handelndes Subjekt seien; nur Personen können Handlungen setzen (methodologischer Individualismus).

Rechtssoziologie beispielsweise könne weder Rechtsnormen begründen, noch deren innere Logik darlegen, sie könne aber gesellschaftlichen Rahmenbedingungen eines Rechtssystems analysieren. Anders gesagt: Die interne Struktur des Rechtssystems lässt sich nicht mittels soziologischer Analyse erschließen, keine einzelne Rechtsnorm kann soziologisch gedeutet werden, aber das Rechtssystem als Ganzes ist in seiner gesellschaftlichen Einbettung und Funktion der soziologischen Analyse zugänglich. Das bedeutet jedoch, dass die einzelnen Disziplinen bzw. Einzelwissenschaften jeder soziologischen Durchdringung eines Problemkomplexes notwendig vorangehen müssen: „Es kann keine Soziologie der Künste vor einer Kunstwissenschaft geben, ebenso wenig wie eine Soziologie der Wirtschaft vor einer theoretischen Durchdringung des wirtschaftlichen Kreislaufes und so wenig als es eine Soziologie des Krieges vor einer Kriegswissenschaft geben könnte." (Lederer 2014a: 228)

Was Lederer in seinen Studien mit dem Überbegriff „Kultursoziologie" bezeichnet, geht in Wahrheit von einem sehr eingeengten Kulturbegriff aus: Konkret versteht Lederer darunter Soziologie der Kunst, wobei er seine konkreten Beispiele fast ausschließlich aus den Bereichen Malerei und bildende Kunst entnimmt; Literatur wird nur en passant erwähnt, Musik überhaupt nicht. Ausgangspunkt ist dabei, entsprechend Lederers eben dargelegter Grundüberzeugung, die auf ästhetischen Grundpositionen beruhende Kunsttheorie und Kunstgeschichte. Der genuin soziologische Zugang zur Kunst kann die Ästhetik und die immanente kunstgeschichtliche Betrachtung nicht ersetzen, er wertet daher auch nicht und untersucht nicht die Geltung ästhetischer Urteile, sondern die Einbettung der Kunst und der Kunstgeschichte in das ökonomische und soziale Leben der Gesellschaft.

Die Kunst ist für die soziologische Betrachtung nach Ansicht Lederers deshalb ein besonders geeigneter Untersuchungsgegenstand, weil dabei die Wechselwirkung zwischen dem bedeutenden Individuum – dem künstlerischen Genie – und den sozialen Mächten besonders gut herausgearbeitet werden kann. Dem genialen Künstler sei es unter Umständen gegeben, die Wandlung der Realität gewissermaßen vorherzusehen und bereits vorab mit einer Veränderung des künstlerischen Stils darauf zu reagieren. Im Zentrum des Interesses stehe daher stets die unabdingbare Abhängigkeit des Künstlers von seiner Zeit. Überhaupt sei Zeit ein soziologischer Zentralbegriff, „von welchem jede soziologische Analyse der Kulturphänomene ihren Ausgangspunkt nehmen muss“ (Gostmann und Ivanova 2014: 21). Oder, mit Lederers eigenen Worten: „Zeit ist hierbei nicht verstanden als inhaltloses Datum, wie wir ja tatsächlich Zeit nie inhaltlos, gleichsam naturwissenschaftlich meinen, sobald wir sie mit Menschen und ihrer Geschichte verbinden, sondern ‚Zeit‘ ist verstanden als gesamtes Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse.“ (Lederer 2014a: 227) Mit eben diesem „gesamten Ensemble gesellschaftlicher Verhältnisse“ steht Kunst im Zusammenhang, sodass ein künstlerischer Stil zumindest ansatzweise soziologisch aus der sozialen Struktur der Zeitverhältnisse heraus erklärt werden kann. Allerdings ist die Beziehung zwischen der Zeit und ihrer Kunst niemals linear, kausal und eindeutig, sondern vielfältig vermittelt. In diesem Punkt ist Lederer jedoch nicht ganz eindeutig: So bringt er beispielsweise die Entstehung der expressionistischen Kunst linear mit dem sozialen Raum der modernen Großstadt in Verbindung (vgl. Lederer 2014a: 231).

Im Zentrum des „gesamten Ensembles der gesellschaftlichen Verhältnisse“, die eine Zeit prägen, stehen für Lederer die Formen der Ökonomie, konkret, marxistisch argumentiert, die Produktionsverhältnisse, die die notwendige Grundlage jeglicher soziologischen Untersuchung von Kulturformen sind. Zugleich versucht Lederer sich von einigen Auslegungen der marxistischen Lehre abzugrenzen und betont, dass Soziologie keineswegs deckungsgleich mit einer materialistischen Geschichtsauffassung sei (vgl. Lederer 2014b: 235 f.). Es gehe keineswegs nur um die ökonomisch-technische Seite der Produktionsverhältnisse, sondern um deren gesellschaftsgestaltende Kraft, etwa ihre Wirkungen auf die Entstehung bestimmter sozialer Typen und eines sozialen Habitus: So aufgefasst haben die Produktionsverhältnisse „nicht nur ökonomischen Charakter und [sind nicht nur] technische Eigentümlichkeiten der Gütererzeugung, sondern als gesellschaftliche Struktur, also Aufbau der Gesellschaft nach Schichten verstanden, die, ihrer Interessenlage nach gruppiert, bestimmte ökonomische und soziale Machtpositionen inne haben und festhalten, in diesen ihre Lebensformen gestalten und den Charakter der ‚Zeit‘ ausbilden“ (Lederer 2014b: 245).

Emil Lederers Beitrag zu Fragen der Kultursoziologie beschränkt sich auf einige wenige, eher kürzere Texte, in denen in sehr allgemeiner Weise mögliche Rahmenbedingungen einer soziologischen Analyse von Kunst- und Kunsttheorie abgesteckt werden. Dabei stellt die Engführung von Kultur auf Kunst eine erhebliche, dabei nicht weiter begründete Einschränkung dar. Da Lederer auch nie versucht hat, die von ihm selbst entwickelten Kriterien anhand konkreter Beispiele in einer umfangreicheren kunstsoziologischen Studie auf ihre Brauchbarkeit zu testen, beschränkt sich sein Beitrag zur Kultursoziologie auf allgemeine programmatische Erklärungen.

3 Franz Borkenau (1900–1957)

Der in Wien als Sohn einer habsburgtreuen Beamtenfamilie geborene Franz Borkenau repräsentiert einen intellektuellen Typus, für den es im 20. Jahrhunderts mehrere prominente Beispiele gibt: jenen des begeisterten Anhängers des Kommunismus, der sich durch seine Erfahrungen mit der Praxis der Machtausübung kommunistischer Parteien und Systeme zum entschiedenen Antikommunisten und engagierten Warner vor der totalitären Verführung wandelt. Namen wie Arthur Köstler (1905–1983), Ignazio Silone (1900–1978) oder George Orwell (1903–1950) kommen einem in den Sinn; Letztgenannter war übrigens ein meist begeisterter Leser und Rezensent der Veröffentlichungen Borkenaus, den er als „one of the most valuable gifts that Hitler has made to England“ (zit. n. Lange-Enzmann 1996: 168) bezeichnete. Borkenau unterscheidet sich jedoch in zweifacher Hinsicht von den genannten Autoren: Zum einen hat er sich nicht in literarischen, sondern analytischen, historisch-soziologischen Texten an seiner eigenen Vergangenheit als Kommunist abgearbeitet, zum anderen war er als ranghoher Mitarbeiter des Berliner Büros der Komintern (Kommunistische Internationale) Teil des Parteiestablishments.

Borkenaus Vater Rudolf Pollack (1864–1939) war Universitätsprofessor und Mitglied des Obersten Gerichtshofs in Wien; ursprünglich jüdischer Konfession, war er zum katholischen Glauben übergetreten, was zwar nicht formal, wohl aber real die Voraussetzung für seine steile Karriere gewesen sein dürfte. Für den einzigen Sohn Franz war die Offizierslaufbahn vorgesehen, wobei Vater Pollack der Ansicht war, dass der unter Umständen als jüdisch identifizierbare Familienname ein Hindernis für eine militärische Karriere sein könnte. Er veranlasste daher die Adoption seines Sohns durch eine entfernte Verwandte, wodurch dieser zu dem in den Augen des Vaters unverfänglicheren Namen Borkenau kam. Seine Doktorarbeit hat der Sohn, möglicherweise aus rechtlichen Gründen, mit dem Doppel-

namen Borkenau-Pollack gezeichnet, später verwendete er nur mehr den Namen Borkenau bzw. gelegentlich auch Pseudonyme.

Der weitere Lebensweg Franz Borkenaus vermittelt den Eindruck von Ruhelosigkeit, ja Gehetztheit. Rasche Ortwechsel, zuerst innerhalb Europas, dann, nachdem sich die Pläne für einen Forschungsaufenthalt in Südafrika zerschlagen hatten, ein kurzes akademisches Zwischenspiel in Panama, danach wieder Europa, drei Reisen in den Spanischen Bürgerkrieg, Großbritannien, dann zwei Jahre Exil in Australien, schließlich wieder der rasche Wechsel zwischen mehreren europäischen Ländern, unterbrochen durch ein Jahr in den USA. 1946 unternahm Borkenau den nach dem Panama-Zwischenspiel zweiten Anlauf zu einer Position im universitären Bereich, er wurde in Marburg an der Lahn für Mittlere und neue Geschichte, besonders für Geschichte der Sozialtheorien habilitiert und erhielt im Jahr darauf eine Stelle als „Außerordentlicher Professor" von der er sich jedoch bereits im Jahr darauf dauerhaft beurlauben ließ. Der geregelte Alltag eines Universitätsprofessors war Borkenaus Sache nicht, viel eher verstand er sich wohl als „freischwebender" Intellektueller. Das wirft die Frage auf, von welchen Einkünften Borkenau seinen Lebensunterhalt bestritt. Sein langjähriger Freund Richard Löwenthal (1908–1991) merkt dazu an, dass er von den Honoraren für seine tagespolitischen Veröffentlichungen gelebt habe (vgl. Löwenthal 1984: 28), was auch teilweise die argumentativen Brüche in einigen der umfangreicheren Veröffentlichungen Borkenaus erklären würde, an denen der Autor eben nicht kontinuierlich arbeiten habe können. Tatsächlich kann es aber als einigermaßen wahrscheinlich gelten, dass der bekennende Anti-Kommunist Borkenau nach 1945 aus Mitteln des US-amerikanischen Re-education Programms unterstützt wurde.

Über die Privatperson Borkenau ist wenig bekannt. Er war drei Mal verheiratet, in den 1930er Jahren mit der österreichischen Historikerin Lucie Varga (1904–1941), seine wesentlich jüngere dritte Ehefrau Hilde, eine Deutsche, lernte er während seines universitären Zwischenspiels in Marburg kennen, mit ihr hatte er zwei Söhne. Sein einsamer Tod in einem Züricher Hotelzimmer, er verstarb im Alter von nur 56 Jahren an einem Herzinfarkt, erscheint retrospektiv in gewissem Sinn als logisches Ende eines rastlosen Lebens.

Es drängt sich der Eindruck auf, dass Borkenaus eigentliche Biographie sich in der kaum überblickbaren Flut seiner Veröffentlichungen ausdrückt, die in mehreren Sprachen verfasst sind und von umfangreichen Monographien, über Artikel in Sammelbänden und Fachzeitschriften, bis zu Kommentaren in der Tagespresse reichen und auch das, heute quellenmäßig schwer erschließbare, nach 1945 populäre Format des Rundfunkvortrags einschließen. Bei einer derartigen Flut von Publikationen konnte es nicht ausbleiben, dass diese qualitativ

sehr unterschiedlich ausgefallen sind. Borkenau stellt in seinen Schriften häufig überraschende Gedankenverbindungen her, die jedoch teilweise stark spekulativ und schwer nachvollziehbar sind. So hat der französische Historiker Lucien Febvre (1878–1956) Borkenaus Texte treffend als „hochinteressant und anregend" aber „gelegentlich […] zu subtil" (zit. n. Schöttler 1991: 23) charakterisiert. Ein gewisser Hang zu überschießenden Verallgemeinerungen ist in einigen Arbeiten festzustellen, auch finden sich oft in rascher Folge veröffentlichte Texte zu ähnlichen Themen, in denen Borkenau eben noch vertretene Auffassungen verwirft und neu formuliert. So kann man die Weiterentwicklung der Ideen Borkenaus zumindest teilweise nachvollziehen, zugleich ist es aber in vielen Fällen nicht möglich, eine bestimmte Auffassung als charakteristisch für Borkenaus Denken herauszuheben; zusätzlich widmet er sich in seinen Veröffentlichungen einem großen Kreis zum Teil sehr unterschiedlicher Themen. Im Folgenden kann daher keine erläuternde Zusammenfassung der grundlegenden Ideen Borkenaus geliefert werden, es kann nur auf einige rote Fäden im dichten Textgewebe hingewiesen werden. Anzumerken ist generell allerdings, dass Borkenau mit seinen Prognosen bevorstehender Entwicklungen erstaunlich oft ins Schwarze getroffen hat.

Am ehesten ist heute von Borkenaus Arbeiten die auf einen finanzierten Forschungsauftrag des Frankfurter Instituts für Sozialforschung aus dem Jahr 1929 zurückgehende, 1932 fertiggestellte und 1934 in Paris im Druck erschienene umfangreiche Studie *Der Übergang vom feudalen zum bürgerlichen Weltbild. Studien zur Geschichte der Manufakturperiode* (Borkenau 1934) ein Begriff. Dem Ruf des wissenschaftlichen Autors Borkenau ist die relative Prominenz gerade dieses Werks eher abträglich, handelt es sich dabei doch um eine seiner schwächeren Arbeiten. Die Ausgangshypothese der Studie dürfte vom Leiter des Frankfurter Instituts, Max Horkheimer (1895–1973), vorgegeben gewesen sein, Borkenau sollte diese Hypothese belegen: Im 17. Jahrhundert habe das Bürgertum in der Arbeitsweise der Manufakturen das Vorbild für die Entwicklung eines mechanistischen Weltbildes gefunden, das in der Folge bei Veränderungen in der Produktionsweise als Waffe im Klassenkampf gedient habe. Der Umstand, dass Borkenau den Forschungsauftrag unmittelbar nach seinem Ausschluss aus der Kommunistischen Partei und dem damit verbundenen Verlust seiner Arbeitsstelle bei der Komintern übernahm, lässt eine primär finanzielle Motivation vermuten. Ob er von Anfang an Zweifel an der holzschnittartigen Ausgangshypothese hatte oder ob sich diese erst während der Arbeit einstellten, lässt sich nicht feststellen, jedenfalls unternahm er im Grunde gar nicht den ernsthaften Versuch, die Ausgangshypothese zu belegen. So finden sich praktisch keine konkreten Daten zur wirtschaftlichen oder sozialen Entwicklung im frag-

lichen Zeitraum, auch wird der Einfluss der Produktionsweise der Manufakturen auf das Weltbild zwar wiederholt postuliert, aber nicht im Detail erläutert. Letztendlich bleibt es bei dem wenig anspruchsvollen Postulat, dass die Entwicklung der Manufakturtechnik *irgendwie* mit dem Denken und mit der gesellschaftlichen Struktur der Entstehungszeit in Zusammenhang steht. Diese Behauptung findet sich eingebettet in eine weit ausholende, bereits in der Philosophiegeschichte der Spätantike einsetzende ideengeschichtliche Darstellung, wobei vollkommen unklar bleibt, wie die Ideen einzelner Denker konkret als Grundlage eines verbreiteten Weltbildes, und damit als Motivation sozialen Handelns gedient hätten (vgl. Lange-Enzmann 1996: 22–54).

So kann es nicht überraschen, dass die Auftraggeber mit dem von Borkenau vorgelegten Manuskript keine Freude hatten und sich mit der Veröffentlichung Zeit ließen. Knapp nach der Veröffentlichung erschien ein umfangreicher, wütender Verriss der Studie in der *Zeitschrift für Sozialforschung,* verfasst von Henryk Grossmann (1881–1950), einem Mitarbeiter des Instituts für Sozialforschung (Grossmann 1935). Der Text trägt eindeutig Züge einer persönlichen Abrechnung, war doch Grossmann zu dieser Zeit noch bekennender Kommunist, Borkenau dagegen bereits seit Jahren aus der Partei ausgeschlossen. Unabhängig davon ist jedoch zu konstatieren, dass einige der von Grossmann angeführten Kritikpunkte zutreffend sind. Auch andere Leser zeigten sich irritiert: „Ich las: F. Borkenau *Der Übergang vom feudalen zum bürgerlichen Weltbild,* ein dicker marxistischer Wälzer über Pascal und Descartes. Ein warnendes Beispiel für Marxisten und solche, die es werden wollen“ (zit. n. Dietzsch 1995: 109), schrieb Gerhard (Gershom) Scholem (1897–1982) in einem Brief vom 14. August 1934 an Walter Benjamin (1892–1940).

Für das Verständnis einer Reihe der Schriften Borkenaus ist die Kenntnis der Geschichte seiner Zugehörigkeit zur Kommunistischen Partei notwendig: 1921 trat er in Leipzig, wo er zu dieser Zeit studierte, der KPD bei und stieg bis zum Reichsleiter der kommunistischen Studentenfraktion auf, nach seiner Promotion 1924 arbeitete er für das Berliner Büro der Komintern. Als die Abteilung, in der er beschäftigt war, 1928 nach Moskau übersiedelt wurde, blieb Borkenau auf eigenen Wunsch in Berlin, was ihm vermutlich das Leben rettete. Nachdem er Kritik an den „Säuberungen“ Stalins und an der Denunzierung der sozialdemokratischen Parteien als „Sozialfaschisten“ geübt hatte, wurde er 1929 als „Rechtsabweichler“ aus der Partei ausgeschlossen.

In einem im Internet verfügbaren Rundfunkvortrag (Borkenau 1956) schildert Borkenau aus dem Abstand von mehr als eineinhalb Jahrzehnten wie er zum Kommunismus gefunden und wie er sich schließlich davon gelöst hatte. Während des Ersten Weltkriegs und danach sei es offenkundig gewesen, dass

die gesellschaftliche, soziale und ökonomische Entwicklung in eine Sackgasse geraten sei, aus der man nur durch radikale Maßnahmen herausfinden könne. An der Kommunistischen Partei habe ihn vor allem der Kern der Politik Lenins, das „Lenin'sche Organisationsprinzip" angezogen, die Idee einer kleinen, verschworenen Gruppe, die durch eine gemeinsame Ideologie und eiserne Disziplin zusammengehalten werde und, aus allen normalen Lebensbeziehungen herausgelöst, nur auf die Revolution hin orientiert sei. Damit habe Lenin ein Instrument geschaffen, das geeignet war, die Revolution von der Ebene der Utopie zu holen und in die Praxis umzusetzen. Im Gegensatz zu ihm, so Borkenau, hätten viele der damals in die Partei Eintretenden diesen Entschluss aus Idealismus und somit aus der Emotion heraus gefasst, wobei ihnen der genuin politische Charakter ihrer Entscheidung oft gar nicht bewusst gewesen sei. Nach seinem Parteiausschluss habe es noch einige Zeit gedauert, bis er auch innerlich mit dem Kommunismus gebrochen habe. Auslöser dafür sei die Erkenntnis gewesen, dass das von ihm einst so bewunderte „Lenin'sche Organisationsprinzip" auch die Grundlage für den Terror Stalins bildete.

Diese Erklärung klingt ein wenig zu stringent, um zu überzeugen. Sie stimmt im Übrigen auch nicht mit der Biographie Borkenaus überein. Der Schlüssel zu dieser nachträglichen Deutung der eigenen Motive liegt in einigen kleineren Arbeiten aus den 1930er Jahren, in denen er sich mit den Theorien Vilfredo Paretos (1848–1923) und Carl Schmitts (1888–1985), insbesondere mit dem Begriff und der Funktion von Eliten, auseinandersetzt. Darin äußert Borkenau grundsätzliche Zweifel an der Funktionsfähigkeit plebiszitärer Demokratien, die seiner Ansicht nach nur für „Schönwetterperioden" der Politik geeignet seien, in Krisensituationen aber zwangsläufig versagen würden (vgl. z. B. Borkenau 1933). Es bedürfe daher starker, unabhängiger Regierungen, die sich auf eine selbstbewusste Funktionselite stützen können und zumindest teilweise auch das Wirtschaftsleben planend in geordneten Bahnen lenken. Es ist offenkundig, dass sich hinter diesem Ideal im Prinzip eine abgeschwächte Version des „Lenin'schen Organisationsprinzips" verbirgt; wenn nun aber gerade dieses die Grundlage für Stalins „Totalitarismus" – ein Begriff, dem im Werk Borkenaus große Bedeutung zukommt – darstellt, so ergibt sich ein Dilemma, aus dem Borkenau in der Tat keinen Ausweg findet. Da eine Rückkehr zu vormodernen, meist sakral-religiös fundierten Regierungsformen nicht möglich ist, gibt es im Prinzip keine Form von politischer Herrschaft, die unter den sozialen und ökonomischen Bedingungen moderner Gesellschaften funktionieren kann. Auch wenn Borkenau nach 1945 die Möglichkeiten demokratischer Politik pragmatischer betrachtet, liegt in diesem Dilemma wohl eines der Motive für den Kulturpessimismus des

„späten“ Borkenau, der die europäische Kultur auf ein katastrophisches Ende zusteuern sah.

Tatsächlich lässt sich der endgültige Bruch Borkenaus mit dem Kommunismus ziemlich genau datieren: Es sind die Beobachtungen, die er als Journalist im Spanischen Bürgerkrieg machte, die ihm die letzten Illusionen über den seiner Auffassung nach „wahren Charakter“ des Kommunismus nahmen. Die 1936 beginnende Rekrutierung der Internationalen Brigaden (Interbrigaden), Milizverbände aus Freiwilligen aus aller Welt, durch die Komintern, mit der erklärten Absicht, diese gegen die rechten Putschisten unter General Francisco Franco (1892–1975) militärisch einzusetzen, führte zu einem spürbaren Solidarisierungseffekt zwischen den unterschiedlichen linken Lagern. Auch Borkenau scheint sich anfangs emotional engagiert zu haben, meldete sich jedoch nicht zum Dienst mit der Waffe, sondern beschloss, sich publizistisch für die Sache der Republikaner einzusetzen. Bei drei längeren Aufenthalten in den von den Republikanern kontrollierten Gebieten Spaniens wurde Borkenau dann jedoch Zeuge, wie die Kommunisten innerhalb der Internationalen Brigaden ein System der Denunziation und Bespitzelung eingerichtet hatten, regelrechte Säuberungsaktionen durchführten und die Interbrigaden damit vollständig unter ihre Kontrolle brachten. Borkenau wäre selbst beinahe Opfer dieses Systems geworden: Eine ihm zugeordnete Mitarbeiterin, eine britische Kommunistin, denunzierte ihn, worauf er kurzzeitig verhaftet wurde. Da Freunde Borkenaus seine ihn belastenden Notizen rechtzeitig aus seinem Zimmer entfernt hatten, endete die Angelegenheit jedoch ohne weitere Folgen.

In seinem in englischer Sprache verfassten Augenzeugenbericht *The Spanish Cockpit* (Borkenau 1937) schildert Borkenau präzise und unsentimental diese Verhältnisse. Das Buch gilt bis heute als einer der besten zeitgenössischen Berichte über den Spanischen Bürgerkrieg und auch als eine der gelungensten Veröffentlichungen Borkenaus. George Orwell, der seine eigenen Erfahrungen in Spanien durch Borkenau bestätigt sah, verfasste eine überaus positive Rezension (Orwell 1937), hatte aber Mühe, dafür ein Publikationsorgan zu finden. So genau wollte man im linken Lager über die hässliche Realität hinter dem schönen Schein des brüderlich-vereinten Kampfes gegen den Faschismus offenbar nicht Bescheid wissen.

Borkenaus deprimierender Befund lautete, dass es letztlich unerheblich für die Zukunft Spaniens wäre, welche Seite aus dem Bürgerkrieg als Sieger hervorgehe. Am Ende werde jedenfalls ein diktatorisches Regime stehen, die Frage sei einzig, ob es rechts oder links orientiert sei:

> „Ob ein erfolgreicher General im linken Lager auftauchen wird, bleibt abzuwarten. Wenn nicht, hätte die Armee wahrscheinlich sehr viel zu sagen, vorausgesetzt, die Republikaner gewinnen. Wenn Franco gewinnt, wird es eine Militärdiktatur geben, welche offizielle Beschreibung sie sich zu Propagandazwecken auch immer geben mag. Die wahrscheinliche Schlußfolgerung wird dann die sein: Die Komintern und die Faschintern werden in Spanien eine wichtige Runde ausgefochten haben, aber für die Spanier bleibt im wesentlichen alles beim alten, allerdings mit dem Unterschied, daß die ausländische Einmischung viel stärker sein wird als vorher.“ (Borkenau 1982: 362)

Damit ist ein weiterer roter Faden im Textgewebe Borkenaus angezeigt, seine Totalitarismustheorie, die aus vergleichender Perspektive auf die Gemeinsamkeiten von Nationalsozialismus und Kommunismus, insbesondere in der Praxis ihrer Machtausübung und der politischen Funktion ihrer Eliten, verweist. Kritiker haben Borkenau vorgeworfen, dass er die Gemeinsamkeiten zu stark hervorgehoben und die Unterschiede vernachlässigt habe. Generell wurde die Totalitarismustheorie häufig auch als typisches Produkt des Kalten Krieges denunziert, tatsächlich aber ist sie so alt wie die analysierten Systeme selbst. In einem ersten, noch sehr allgemein gehaltenen Ansatz hatte Borkenau den Totalitarismus-Begriff noch direkt mit Parteien verknüpft: Diese seien totalitär, wenn sie bestrebt sind, alle Lebensbereiche ihrer Anhänger absolut zu kontrollieren, sie von äußeren Einflüssen abzuschotten und ihnen ein geschlossenes politisches Weltbild zu vermitteln – im Grunde also wieder so etwas Ähnliches wie das „Lenin’sche Organisationsprinzip“. Fatal sind die Auswirkungen einer solchen Orientierung vor allem deshalb, weil sie einen halbwegs rationalen Abtausch und das Ausverhandeln unterschiedlicher politischer Interessen verunmöglichen, andere Meinungen als die eigene kriminalisieren und den politischen Gegenspieler zum absoluten Feind machen, den zu bekämpfen im Prinzip jedes Mittel legitim ist. Bemerkenswerterweise hat Borkenau in seinem unmittelbar nach dem Anschluss Österreichs an NS-Deutschland veröffentlichten Buch *Austria and After* seinen Kriterienkatalog im Kapitel über den Austromarxismus auch auf die Sozialistische Partei Österreichs vor 1934 angewandt und diese folgerichtig als totalitär gekennzeichnet (Borkenau 1938a: 177 f.).

Bereits vor dem Krieg begann Borkenau mit der Publikation mehrerer monographischer Studien zur Geschichte des Kommunismus, nach 1945 setzte er diese Serie fort (vgl. Borkenau 1938b, 1952a). Diese Studien profitieren einerseits von Borkenaus intimen Kenntnissen der inneren Abläufe in den kommunistischen Organisationen und seinen Sprachkenntnissen, sind aber nicht immer frei von Polemik. Ein kleines Kabinettstück gelang Borkenau mit einer nicht sehr umfangreichen, aber gehaltvollen, als Sonderdruck veröffentlichten

Studie für die Zeitschrift *Der Monat* im Jahr 1952, in der er breite Schneisen in das die Revolutionsereignisse von 1917 überwuchernde Mythendickicht schlug (Borkenau 1952b). Generell ist zu konstatieren, dass Borkenau nach 1945 vermehrt für Tages- und Wochenzeitungen schrieb und sich damit als das etablierte, was man damals scherzhaft als „Kremlastrologen" bezeichnete –ein Spezialist, der für westliche Leser die Entwicklungen hinter dem Eisernen Vorhang erklärte und kommentierte, meist verbunden mit einem warnenden Unterton.

Wissenschaftlich beschäftigte sich Borkenau in seinen letzten Lebensjahren mit Ansätzen zu einer universalhistorischen Kulturzyklentheorie in der Tradition Oswald Spenglers (1880–1936), die in jüngster Zeit auf neues Interesse stößt (vgl. Engels 2021), und derjenigen Arnold J. Toynbees (1889–1975). Wie bereits angedeutet, war Borkenau davon überzeugt, dass sich die traditionelle europäische Kultur in ihrer Endphase befinde. Da er aber im Gegensatz zu Spengler – der die einzelnen Kulturen als „fensterlose Monaden" auffasste – von der prinzipiellen Möglichkeit des kulturellen Austauschs zwischen den Kulturen bzw. Zivilisationen ausging, war er davon überzeugt, dass nach dem Untergang der europäischen Kultur irgendeine neue Form von Kultur folgen werde, die bestimmte Elemente ihrer Vorgängerkultur, insbesondere auch materielle und wissenschaftliche Werte, weiter tradieren werde. Im Mittelpunkt des mehr als zwei Jahrzehnte nach Borkenaus Tod erschienenen Buch *Ende und Anfang. Von der Generation der Hochkulturen und von der Entstehung des Abendlandes* (Borkenau 1984) stehen jedoch mehrere Studien zu Mythen und linguistischen Entwicklungen, die sich mit den Anfängen der abendländischen Kultur beschäftigen. Geprägt sind diese von faktengesättigten, zum Teil subtilen Überlegungen, die jedoch häufig in hochspekulative, zum Teil rational kaum nachvollziehbare Schlussfolgerungen münden. Berücksichtigt man überdies, dass das Buch nicht in einer von Borkenau autorisierten Fassung vorliegt, sondern nach dessen Tod von seinem Freund Richard Löwenthal aus zum Teil unveröffentlichten, teilweise aber bereits veröffentlichten Texten zusammenkompiliert wurde, so ist es schwierig, dieses Werk überhaupt angemessen zu beurteilen.

Franz Borkenau war im englischen Sprachraum seit der Veröffentlichung von *The Spanish Cockpit* hoch angesehen, im deutschen Sprachraum wiederum galt er seit 1945 als „öffentlicher Intellektueller". Heute ist er weitgehend vergessen. Das liegt zum einen daran, dass viele seiner Veröffentlichungen gewissermaßen mit „heißer Nadel gestrickt" sind und sich unmittelbar auf aktuelle Ereignisse beziehen: So lag sein Buch über den Anschluss Österreichs an das Dritte Reich bereits im Mai 1938 (!) im Druck vor. Noch bedeutsamer ist aber vermutlich der Umstand, dass sich die akademischen Milieus und auch die Gesellschaften Westeuropas in den Jahrzehnten nach 1968 deutlich nach links verschoben haben. Aus

dieser Perspektive werden Borkenaus Warnungen vor dem Kommunismus mit einer gewissen Zwangsläufigkeit als Aussagen eines „kalten Kriegers“ gedeutet; dass sie auf genauer Kenntnis des Innenlebens der Kommunistischen Bewegung beruhen, wird dabei geflissentlich übersehen.

4 Lucie Varga (1904–1941)

Das Leben der österreichisch-französischen Historikerin Lucie Varga könnte als Vorlage für ein Hollywood-Melodram dienen. Als eine der ersten Frauen, die an einer österreichischen Universität im Fach Geschichte promoviert wurde, fand sie unvermittelt als erste Frau und erste Person aus Österreich Zugang zum inneren Mitarbeiterkreis der damals wohl innovativsten geschichtswissenschaftlichen Fachzeitschrift, den von Lucien Febvre und Marc Bloch (1886–1944) geleiteten interdisziplinär orientierten *Annales d’histoire économique et sociale* (vgl. Burke 2004). Kein Geringerer als Febvre selbst förderte die Karriere Vargas. Lucie Vargas Glück war allerdings nur von kurzer Dauer, es gelang ihr nicht, sich dauerhaft im Wissenschaftsbetrieb zu etablieren. Ihre Lebensgeschichte ist zugleich auch die Biographie einer hochbegabten jungen Frau aus begüterten, großbürgerlichen Verhältnissen, die im Alter von noch nicht einmal 37 Jahren weitgehend verarmt als politisch und „rassisch“ Verfolgte verstarb.

Rosa Stern, so ihr ursprünglicher Name, wurde im Jahr 1904 in Baden bei Wien als zweites Kind eines aus Ungarn nach Wien zugewanderten Ehepaars geboren; die Eltern lebten zum Zeitpunkt ihrer Geburt bereits getrennt, der Vater war nach Ungarn zurückgezogen, Rosa und ihre Schwester lebten bei der Mutter. Die Familie war jüdischen Glaubens, kulturell orientierte sie sich an der deutschen Kultur – und: Die Familie war ausgesprochen wohlhabend, Immobilienbesitz in Österreich und Ungarn erlaubten einen großbürgerlichen Lebensstil. Dieser finanzielle Hintergrund und der daraus resultierende Lebensstil waren in gewisser Hinsicht die Voraussetzung für Lucie Vargas wissenschaftliche Laufbahn. Von ausländischen Gouvernanten betreut, erlernte sie bereits im Kindesalter Fremdsprachen, insbesondere beherrschte sie die französische Sprache perfekt. In einer Zeit, als der reguläre Besuch eines „normalen“ öffentlichen Gymnasiums für Mädchen so gut wie ausgeschlossen war, besuchte sie die reformorientierte Schwarzwald-Schule, die erste Schule Österreichs, an der Mädchen die Maturitätsprüfung ablegen konnten; in dieser Zeit änderte sie ihren Vornamen eigenmächtig von Rosa zu Lucie. Und noch in der Zeit ihrer Mitarbeit an den *Annales* in Paris blieben sie und ihre Tochter, aufgrund der nur geringfügigen Entlohnung ihrer Arbeit, von regelmäßigen finanziellen

Zuwendungen der Mutter abhängig. Als diese nach dem „Anschluss" Österreichs an das Dritten Reich nur mehr spärlich flossen (meist über Ungarn), geriet Varga rasch in existenzielle Not, die sie bis zu ihrem frühen Tod begleiten sollte.

Unmittelbar nach Abschluss der Schule heiratete Lucie Stern den zwölf Jahre älteren, ebenfalls aus Ungarn nach Wien zugewanderten Arzt Josef Varga, 1925 wurde ihr einziges Kind, die Tochter Berta geboren. Dabei setzte sie sich über den Rat ihrer Ärzte hinweg, die der unter schwerer Diabetes leidenden Varga von einer Schwangerschaft abgeraten hatten. Immerhin war es ab Mitte der 1920er Jahre möglich, Insulin als Medikament einzusetzen, dennoch war Varga durch ihre Erkrankung beeinträchtigt und ist letztlich auch in jungen Jahren daran gestorben. Während ihrer ersten Ehe begann Lucie Varga mit dem Studium der Geschichte und Kunstgeschichte an der Universität Wien. Auch in dieser Hinsicht erwies sie sich als Nonkonformistin: Waren studierende Frauen im damaligen Österreich insgesamt noch eine kleine Minderheit, so wurde es als geradezu selbstverständlich angesehen, dass Studentinnen, wenn sie heirateten und Kinder bekamen, ihr Studium abbrachen.

Als akademischen Mentor wählte sich Varga den bereits erwähnten Wirtschaftshistoriker Alfons Dopsch, der als einer der frühesten Förderer des Frauenstudiums an der Universität Wien galt und auch eine ihm zugeordnete Assistentenstelle mit einer Frau – Erna Patzelt (1894–1987) – besetzt hatte (vgl. Kunde und Richter 2019). Zu den Studienkolleginnen, die annähernd zeitgleich mit Varga bei Dopsch ihre Doktorarbeit verfassten, gehörte übrigens die spätere langjährige Wissenschaftsministerin Hertha Firnberg (damals Hon-Firnberg) (1909–1994). Vargas Dissertation über *Das Schlagwort vom „finsteren Mittelalter"* entspricht in etwa den damals üblichen Anforderungen an Doktorarbeiten, die deutlich geringer waren als in späterer Zeit; sie erschien mit Förderung von Dopsch in geringer Auflage in einem Kleinverlag auch im Druck (Varga 1932). Methodisch und thematisch steht sie in keinem Zusammenhang mit ihren späteren Veröffentlichungen; es ist auch ihre einzige Publikation, die in deutscher Sprache verfasst wurde.

Nach der Scheidung von Josef Varga heiratete Lucie Varga im Jahr 1933 Franz Borkenau und übersiedelte mit diesem und ihrer Tochter nach Paris, wo sowohl Borkenau als auch Varga die Etablierung im dortigen akademischen Milieu anstrebten. Während Borkenaus Hoffnungen enttäuscht wurden, konnte Varga zumindest zeitweilig reüssieren. Mit einem Empfehlungsschreiben von Dopsch suchte sie Lucien Febvre auf, der sie sofort als akademische Hilfskraft anstellte. Febvres Bestreben war es, in den *Annales* auch die deutschsprachige Fachliteratur zu rezensieren, wofür seine eigenen Deutschkenntnisse jedoch kaum ausreichten; eine wissenschaftliche Hilfskraft deutscher Muttersprache, die auch

das Französische perfekt beherrschte, kam ihm da gerade recht. Lucie Vargas Aufgabe war es somit, die aktuelle deutschsprachige Fachliteratur zu lesen und darüber Exzerpte in französischer Sprache zu verfassen, auf Basis derer Febvre dann seine Rezensionen schrieb.

Der Charakter der Beziehung von Varga und Febvre änderte sich jedoch bald in doppelter Hinsicht: Zum einen wurde Varga rasch auch mit eigenständigen wissenschaftlichen Publikationsprojekten betraut, zum anderen wurden die junge Österreicherin und der 26 Jahre ältere französische Historiker ein Liebespaar. Dieser besondere Charakter der Beziehung erklärt zum einen die nachhaltige Förderung, die Varga durch Febvre erfahren hat, zum anderen auch das abrupte Ende ihrer wissenschaftlichen Laufbahn. Als Febvres Ehefrau hinter den intimen Charakter der Beziehung ihres Mannes zu seiner wissenschaftlichen Mitarbeiterin kam, zwang sie den um seinen guten Ruf besorgten Febvre, nicht nur den privaten, sondern auch den beruflichen Kontakt mit Varga abzubrechen. Ein Wiedereinstieg in das wissenschaftlich-akademische Milieu sollte Varga nicht mehr gelingen, wiewohl sie offenbar bis an ihr Lebensende weiter Ideen für wissenschaftliche Studien entwickelte.

Nach der Scheidung von Borkenau ging Lucie Varga eine dritte Ehe mit einem Franzosen Namens Robert Morin ein. Es kann jedoch kein Zweifel darüber bestehen, dass es sich dabei um eine bloße Scheinehe gehandelt hat, deren Zweck es war, Lucie Varga die französische Staatsbürgerschaft und einen französischen Namen zu verschaffen. Als Französin Namens Rose Morin bereiste sie in der Folge mehrmals NS-Deutschland, wobei sie möglichweise auch Kurierdienste leistete. Nachdem sie bei einer dieser Reisen von der Gestapo aufgegriffen und verhört worden war, stellte sie diese für eine aus Österreich stammende Jüdin höchst riskante Tätigkeit ein.

In Paris gelang es Varga im Jahr 1939 noch einmal beruflich Fuß zu fassen, wobei wieder ihre Sprachkenntnisse gefragt waren. Für die amtliche Presseagentur Agence Havas übersetzte sie deutsche Presseartikel und Abhörprotokolle ins Französische. Nach dem Einmarsch der Wehrmacht in Frankreich wurden sämtliche Mitarbeiter der Agentur nach Südfrankreich evakuiert, wo sie in weiterer Folge auf sich selbst gestellt waren. Lucie Varga versuchte sich und ihre Tochter unter anderem durch Hilfsarbeiten in der Landwirtschaft ökonomisch über Wasser zu halten, wofür ihr jedoch sowohl die fachlichen als auch die körperlichen Voraussetzungen fehlten. Die unter diesen Umständen unzureichende Versorgung mit dem für sie lebensnotwendigen Insulin führte schließlich im April 1941 zum Tod Lucie Vargas in einem Krankenhaus in Toulouse. Ihre Tochter Berta wurde dem Vater in Ungarn übergeben, wo sie später nach dem väterlichen Vorbild Medizin studierte und als Ärztin praktizierte.

Dass unter den geschilderten Umständen tatsächlich so etwas Ähnliches wie ein wissenschaftliches Lebenswerk entstehen konnte, ist erstaunlich; weniger erstaunlich ist der Umstand, dass es vom Umfang her sehr schmal und sowohl thematisch wie auch methodisch heterogen ist. Im deutschen Sprachraum waren Autorin und Werk jahrzehntelang vollkommen unbekannt, ehe der deutsche Historiker Peter Schöttler, der beim Studium des Briefwechsels zwischen Lucien Febvre und Marc Bloch auf die Existenz einer österreichischen Mitarbeiterin Febvres aufmerksam geworden war, im Jahr 1991 im Suhrkamp Verlag eine Sammlung der meisten Texte Vargas in deutscher Übersetzung (Varga 1991a) mit einer umfangreichen biographischen Einleitung veröffentlichte (Schöttler 1991[2]).

Sieht man von den meist eher knapp gehaltenen Buchbesprechungen ab, so lassen sich die wissenschaftlichen Beiträge Vargas grob in drei Kategorien einteilen. Drei Texte beschäftigen sich mit den religiösen Vorstellungen der Katharer, einer radikalen, aus der Sicht der offiziellen Kirche häretischen Strömung des Christentums, die zwischen dem 12. und dem 14. Jahrhundert im Süden Frankreichs eine Blüte erlebte. Aufgrund der vergleichsweise guten Quellenlage – im wesentlichen Akten der Inquisition – ist diese Thematik von den Historikern der Annales-Schule später mehrfach behandelt worden. Auslöser für Vargas Beschäftigung mit dieser Thematik war eine Art „Forschungsauftrag" Febvres, der selbst an einer religionshistorischen Studie über das 16. Jahrhundert arbeitete und sich als Ergänzung dazu eine Darstellung der vorhergehenden Jahrhunderte wünschte, die möglichweise in Febvres Studie integriert hätte werden sollen (Schöttler 1991: 27, 90). Ob Varga in der Lage gewesen wäre, diesen hohen Anspruch ihres Mentors zu erfüllen, muss offen bleiben. Die veröffentlichten Texte formulieren Hypothesen, weisen auf offene Fragen und noch zu leistende Forschungen hin – kurz: Sie umreißen eher vage ein künftiges Forschungsfeld, dessen Ausarbeitung der Autorin nicht vergönnt war. Spätere Studien anderer Autoren haben allerdings Vargas Annahmen und Hypothesen größtenteils widerlegt.

Aus heutiger Sicht deutlich interessanter sind jedoch drei andere Beiträge Vargas. Im November 1937 erschien eine ebenso mutige wie folgenreiche Ausgabe der *Annales,* die sich ausschließlich mit Deutschland beschäftigte und dabei nicht nur historische Themen, sondern auch die aktuelle politische Situation im nationalsozialistischen Deutschland thematisierte. Obwohl dabei der prinzipiell verbrecherische Charakter des Regimes nicht eigens thematisiert wurde – darüber

[2] Sämtliche im vorliegenden Text erläuterten biographischen Angaben zu Lucie Varga sind diesem Beitrag entnommen.

war der durchschnittliche französische Zeitungsleser ohnedies informiert – war der Grundtenor unverhohlen kritisch; zu kritisch in den Augen des Verlagshauses Armand Collin, das in der Folge den Vertrag mit der Zeitschrift aufkündigte, die danach im Selbstverlag erschien. Der Einleitungsartikel des Heftes wurde von Lucie Varga verfasst (Varga 1991b; im frz. Original: Varga 1937) und stellte wohl so etwas wie ihre offiziöse Aufnahme in die kleine Gemeinschaft der Annales-Autoren dar.

„Obwohl die *Annales* in den dreißiger Jahren eine Reihe von Artikeln zur Entwicklung in Deutschland und zu den europäischen Faschismen publizierten, ist es keinem von ihnen im gleichen Maße gelungen, aktuell-politische und historische Aspekte, kritische Außenperspektive und ‚verstehende' Innensicht zu kombinieren" (Schöttler 1991: 53), urteilt Peter Schöttler über diesen Beitrag. Dabei profitierte die Autorin von ihrem Informationsvorsprung gegenüber anderen Analytikern des Nationalsozialismus, ihren persönlichen Kontakten nach Deutschland und der regelmäßigen Lektüre der deutschsprachigen Zeitungen. Varga nimmt die Selbstdarstellung der NS-Bewegung als einer „revolutionären Bewegung" ernst, deutet diese jedoch als rückwärtsgewandte Revolution. Zwei der damals verbreitetsten Erklärungsversuche verwirft sie ausdrücklich: Massenpsychologische oder ideengeschichtliche Ansätze seien nicht in der Lage, die Anziehungskraft des Nationalsozialismus auf seine Anhänger zu erklären, und der marxistische Versuch, den Nationalsozialismus auf ein Klassenphänomen zu reduzieren werde durch die soziale Heterogenität der Massenbasis der NS-Bewegung widerlegt. In der Folge entwirft Varga so etwas wie eine – mutmaßlich wohl fiktive – Kollektivbiographie, in der sie unterschiedliche (Ideal)Typen von Anhängern des Nationalsozialismus vorführt. Was sie alle einige, sei nicht die gemeinsame Klassenzugehörigkeit oder das ökonomische Elend, sondern die Angst vor sozialem Statusverlust. Der gemeinsame Antrieb sei letztlich die Verteidigung der „sozialen Ehre".

> „Nicht die ökonomische Misere, die häufig nur zu einem Rückzug und einer eingeschränkten Lebensweise führt, sondern der Verlust der ‚sozialen Ehre' wird als psychischer Einschnitt empfunden? ‚Soziale Ehre': Dieser Begriff ist den Ethnologen wegen seiner Bedeutung und Wirksamkeit in primitiven Gesellschaften wohl bekannt. […] Aber gibt es nicht auch in unseren Gesellschaften ein solches Gefühl der ‚sozialen Ehre'? Die Angst, seinen Rang zu verlieren, das Gefühl, keine gute Figur mehr zu machen, nicht mehr zu zählen und keinen Platz mehr zu haben, der Ärger und Groll darüber, überflüssig oder überzählig zu sein, zunehmend verdrängt und verstoßen zu werden – all das schürt Haß und Mißgunst. Warum benutzen wir diesen Begriff nie in historischen Darstellungen? In Wahrheit geht es weniger um die ökonomische Situation im engeren Sinn als um die soziale Situation." (Varga 1991b: 120)

Peter Schöttler äußert die Vermutung, dass sich Varga in dieser Hinsicht direkt am Vokabular des Nationalsozialismus orientiert habe – so fand etwa der Nürnberger Parteitag des Jahres 1936 unter dem Titel „Parteitag der Ehre“ statt (Schöttler 1991: 54). Konkrete Hinweise darauf finden sich jedoch in Vargas Text nicht, sie beruft sich ausdrücklich auf die Ethnologie als methodologische Anregung und erwähnt etwa das Phänomen des Potlatch als Beispiel, bei dem Geschenke ausgetauscht werden, deren Wert zum Teil für den Schenkenden ökonomisch selbstmörderisch ist, ihm aber ein hohes Maß an sozialer Ehre bzw. sozialem Kapital einbringt. Was Varga jedenfalls deutlich herausarbeitet, ist der heute unter Historikern weitestgehend anerkannte Umstand, dass die Massenbasis der Nationalsozialisten nicht auf einer ausformulierten Programmatik oder Ideologie, sondern vor allem auf dem manipulativen Umgang mit Symbolen und Emotionen beruhte. Im Weiteren versucht Varga, die Entstehung des Nationalsozialismus als Produkt eines deutschen „Sonderwegs“ in die Moderne zu erklären, ein Ansatz, der vor allem nach 1945 häufig vertreten wurde (vgl. u. a. Plessner 1959).

Peter Schöttler verweist zwar auf einzelne Schwächen von Vargas Artikel, insbesondere in der Schilderung der Verhältnisse zu jener Zeit, als der Text verfasst wurde, gelangt aber insgesamt zu einer höchst positiven Beurteilung, denn der „Grundtenor des Aufsatzes“ komme „einer modernen sozialhistorischen Sichtweise erstaunlich nahe“:

> „Der Nationalsozialismus wird nicht als Regimewechsel zugunsten einer einzelnen Klasse begriffen, sondern als ein aus der Weimarer Gegenwart und der besonderen deutschen Entwicklung erklärbarer Krisenbewältigungsversuch, der unter Ausnutzung vorkapitalistischer und antidemokratischer Mentalitäten den deutschen Weltmachtanspruch restaurieren sollte. Wenn man bedenkt, daß sich diese […] Interpretation erst nach jahrzehntelangen Debatten unter deutschen Historikern hat durchsetzen können, ist Lucie Vargas Essay, der überdies bereits Elemente einer anthropologischen Betrachtungsweise enthält, umso erstaunlicher.“ (Schöttler 1991: 56 f.)

Die dritte Gruppe von Texten besteht aus zwei Regionalstudien, die man im weitesten Sinn als „volkskundlich“ bezeichnen könnte. Im weitesten Sinn deshalb, weil der für die deutschsprachige Volkskunde der damaligen Zeit so charakteristische kulturpessimistische und vergangenheitsverherrlichende Grundtenor hier völlig fehlt. Da eine genuin französische volkskundliche Forschung zu dieser Zeit gerade erst im Entstehen war, stellen die beiden Studien über das Vorarlberger Montafon und das von Ladinern bewohnte Enneberg-Tal (Val Badia) in den Südtiroler Dolomiten in gewissem Sinn Pionierleistungen dar. Methodologisch beruft sich Varga dabei auf das Prinzip der „teilnehmenden

Beobachtung“, konkret auf persönliche Anregungen, die sie von Bronislaw Malinowski (1884–1942) erhalten habe (Varga 1991c: 169; im frz. Original: Varga 1936; vgl. dazu Löwy 2009). Varga hatte Malinowski, der ein Haus in Bozen besaß, in das er auch seine Studenten einlud, offenkundig während ihrer Täler-Studien kennengelernt. Im strengen Sinn kann man allerdings bei beiden Texten nicht wirklich von methodischer Anwendung der „teilnehmenden Beobachtung“ sprechen, dazu waren die jeweiligen Aufenthalte Vargas vor Ort zu kurz, und beide Texte haben denn auch eher den Charakter von Reisebeschreibungen.

In der Studie über das Montafon wird vor allem der durch den Ersten Weltkrieg und den beginnenden Tourismus verursachte kulturelle Wandel, das Eindringen städtischer Kulturelemente in den ländlichen Raum und die Zurückdrängung der traditionellen Volksfrömmigkeit, sowie der sich auch auf lokaler Ebene verschärfende Konflikt zwischen katholischer Kirche und Nationalsozialismus thematisiert. Im Text über das Enneberg-Tal (Varga 1991d; im frz. Original: Varga 1939) ist der thematische Schwerpunkt ein anderer: Varga geht hier den Spuren magischer Rituale (Analogiezauber) und Vorstellungen nach, die sie ausdrücklich nicht als bloßen naiven Aberglauben, sondern als einer eigenen kulturellen Logik folgend interpretiert und als solche ernst nimmt. Unter anderem bekundet sie das mit einem liebenswürdigen Scherz: Ihr Aufenthalt im Tal sei zu kurz gewesen, um selbst die Anwendung von Hexerei zu erlernen, „aber ich bezweifle nicht, daß es möglich ist“ (Varga 1991d: 175). Der Glaube an die Macht von Hexen und Naturgeistern sei lange Zeit ein völlig selbstverständlicher Teil des Lebensalltags im Tal gewesen und habe auch bestimmte soziale und psychologische Funktionen erfüllt; in einzelnen Resten habe er bis in die Gegenwart überlebt. Seit den bahnbrechenden Studien Carlo Ginzburgs ab den 1960er Jahren (vgl. Ginzburg 1980, 1990) ist eine solche Sicht auf Alltagsmagie und Hexenglauben unter Historikern praktisch zum common sense geworden, als Lucie Varga ihren Aufsatz veröffentlichte, war sie ihrer Zeit um Jahrzehnte voraus.

Ob Varga selbst ihre Arbeiten als kultursoziologisch ausgerichtet verstanden hat, ist eher zweifelhaft. Soziologische Autoren oder Theorien werden von ihr kaum explizit zitiert oder angesprochen, dagegen beruft sie sich an mehreren Stellen eindeutig auf die Vorbildfunktion der Ethnologie. Insgesamt folgt sie einem interdisziplinären Methodensetting, wie es für die Annales-Schule typisch war; darin finden sich jedenfalls auch kultursoziologische Elemente.

Literatur

Borkenau, Franz (1933): „Zur Geschichte der demokratischen Ideologie“, in: Zeitschrift für Öffentliches Recht 8, S. 336–355.
Borkenau, Franz (1934): Der Übergang vom feudalen zum bürgerlichen Weltbild. Studien zur Geschichte der Philosophie der Manufakturperiode, Schriften des Instituts für Sozialforschung, Paris: Felix Alcan.
Borkenau, Franz (1937): The Spanish Cockpit. An Eye Witness Account of the Political and Social Conflict of the Spanish Civil War, London: Faber and Faber.
Borkenau, Franz (1938a): Austria and After, London: Faber and Faber.
Borkenau, Franz (1938b): The Communist International, London: Faber and Faber.
Borkenau, Franz (1952a): Der europäische Kommunismus. Seine Geschichten von 1917 bis zur Gegenwart, Bern: Francke.
Borkenau, Franz (1952b): Das Jahr 1917. Wirklichkeit und Legende der russischen Revolution, Berlin: Sonderdruck aus Der Monat.
Borkenau, Franz (1956): Über seinen Bruch mit dem Kommunismus, Radiovortrag, https://www.youtube.com/watch?v=t6037rL5cQ4&t=30s (Zugegriffen: 19.11.2021).
Borkenau, Franz (1982): Kampfplatz Spanien. Politische und soziale Konflikte im Spanischen Bürgerkrieg. Ein Augenzeugenbericht, Stuttgart: Klett Cotta (dt. Übersetzung v. Borkenau 1937).
Borkenau, Franz (1984): Ende und Anfang. Von der Generation der Hochkulturen und von der Entstehung des Abendlandes, hrsg. u. eingeführt v. Richard Löwenthal, Stuttgart: Klett Cotta.
Burke, Peter (2004): Die Geschichte der „Annales“. Die Entstehung der modernen Geschichtsschreibung, Berlin: Wagenbach.
Dietzsch, Steffen (Hg.) (1995): Philosophen beschimpfen Philosophen. Die kategorische Impertinenz seit Kant, Leipzig: Reclam.
Engels, David (2021): Oswald Spengler. Werk, Deutung, Rezeption, Stuttgart: Kohlhammer.
Eßlinger, Hans Ulrich (1995): „Emil Lederer – Ein Plädoyer für die politische Verwertung der wissenschaftlichen Erkenntnis“, in: Hubert Treiber/Karol Sauerland (Hg.), Heidelberg im Schnittpunkt intellektueller Kreise. Zur Topographie der geistigen Geselligkeit eines „Weltdorfes“ 1850–1950, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 422–444.
Fellner, Günter (1985): Ludo Moritz Hartmann und die österreichische Geschichtswissenschaft. Grundzüge eines paradigmatischen Konfliktes, Wien/Salzburg: Geyer Edition.
Fellner, Günter (1992): „Ludo M. Hartmann als Historiker. Vom Historismus zur Gesellschaftsgeschichte“, in: Wilhelm Filla/Michaela Judy/Ursula Knittler-Lux (Hg.), Aufklärer und Organisator. Der Wissenschaftler, Volksbildner und Politiker Ludo Moritz Hartmann, Wien: Picus, S. 19–35.
Gostmann, Peter/Alexandra Ivanova (2014): „Emil Lederer – Wissenschaftslehre und Kultursoziologie. Zur Einleitung“, in: Emil Lederer, Schriften zur Wissenschaftslehre und Kultursoziologie, hrsg. u. eingeleitet v. Peter Gostmann u. Alexandra Ivanova (Klassiker der Sozialwissenschaften), Wiesbaden: Springer, S. 7–37.
Grossmann, Henryk (1935): „Die gesellschaftlichen Grundlagen der mechanistischen Philosophie und die Manufaktur“, in: Zeitschrift für Sozialforschung 4, S. 161–231.

Ginzburg, Carlo (1980): Die Benandanti. Feldkulte und Hexenwesen im 16. und 17. Jahrhundert, Frankfurt/M.: Syndikat Autoren- und Verlagsgesellschaft (ital. Original: 1966).
Ginzburg, Carlo (1990): Hexensabbat: Entzifferung einer nächtlichen Geschichte, Berlin: Wagenbach (ital. Original: 1989).
Hartmann, Ludo Moritz (1897–1923): Geschichte Italiens im Mittelalter, 6 Bde., Leipzig-Gotha: Friedrich Andreas Perthes.
Hartmann, Ludo Moritz (1905): Über historische Entwickelung. Sechs Vorträge zur Einleitung in eine historische Soziologie, Gotha: Friedrich Andreas Perthes.
Hartmann, Ludo Moritz (Hg.) (1919–1923): Weltgeschichte in gemeinverständlicher Darstellung, 10 Bde., Gotha/Stuttgart: Perthes.
Herholt, Volker (1999): Ludo Moritz Hartmann. Alte Geschichte zwischen Darwin, Marx und Mommsen, Berlin: Weißensee-Verlag.
Jaretz, Thomas (2011): Ludo M. Hartmann und die Volkshochschule als Raum des Wissens in der späten Habsburgermonarchie, Berlin: epubli GmbH.
Johnson, Alvin (1939): „Emil Lederer. In Memory", in: Social Research 6 (3), S. 313–315.
Kaesler, Dirk (1989): „Das ‚Judentum' als zentrales Entstehungsmilieu der frühen deutschen Soziologie", in: Erhard R. Wiehn (Hg.), Juden in der Soziologie. Eine öffentliche Vortragsreihe an der Universität Konstanz 1989, Konstanz: Hartung-Gorre, S. 97–126.
Kracauer, Siegfried (1930): Die Angestellten. Aus dem neuesten Deutschland, Frankfurt/M.: Frankfurter Societäts Druckerei.
Kunde, Anne-Katrin/Julia Richter (2019): „Erna Patzelt (1894–1987) und Lucie Varga (1904–1941). Leben zwischen Kontinuität und Diskontinuität", in: Karel Hruza (Hg.), Österreichische Historiker. Lebensläufe und Karrieren 1900–1945, Bd. 3, Wien/Köln/Weimar: Böhlau, S. 405–439.
Lange-Enzmann, Birgit (1996): Franz Borkenau als politischer Denker, Berlin: Duncker & Humblot.
Lasker, Bruno/Hans Staudinger/Albert Salomon et al. (1940): „Emil Lederer, 1882–1939. I. The Sociologist", in: Social Research 7 (3), S. 337–358.
Lederer, Emil (1912): Der Privatangestellte in der modernen Wirtschaftsentwicklung, Tübingen: Mohr.
Lederer, Emil (1940): State of the Masses. The Threat of the Classless Society, New York: W.W. Norton & Co. (dt.: Der Massenstaat. Gefahren der klassenlosen Gesellschaft, Graz/Wien 1995: Nausner und Nausner).
Lederer, Emil (2014a): „Zeit und Kunst", in: Ders., Schriften zur Wissenschaftslehre und Kultursoziologie, hrsg. u. eingeleitet v. Peter Gostmann u. Alexandra Ivanova (Klassiker der Sozialwissenschaften), Wiesbaden: Springer. S. 227–234 [Erstdruck: Die neue Rundschau 33 (1922), S. 992–1001].
Lederer, Emil (2014b): „Aufgaben einer Kultursoziologie", in: Ders., Schriften zur Wissenschaftslehre und Kultursoziologie, hrsg. u. eingeleitet v. Peter Gostmann u. Alexandra Ivanova (Klassiker der Sozialwissenschaften), Wiesbaden: Springer, S. 235–258 [Erstdruck: in: Melchior Palyi (Hg.), Hauptprobleme der Soziologie. Erinnerungsgabe an Max Weber, Bd. 2, München/Leipzig: Duncker & Humblot 1923, S. 147–171].
Lederer, Emil (2014c): „Zum Methodenstreit in der Soziologie. Ein Beitrag zum Grundproblem einer ‚verstehenden' Soziologie", in: Ders., Schriften zur Wissenschaftslehre

und Kultursoziologie, hrsg. u. eingeleitet v. Peter Gostmann u. Alexandra Ivanova (Klassiker der Sozialwissenschaften), Wiesbaden: Springer, S. 259–282 [Erstdruck: in: Shakaigaku Zasshi 15 (1925), S. 1–16 und 16 (1925), S. 1–18].

Löwenthal, Richard (1984): „Einführung des Herausgebers", in: Franz Borkenau, Ende und Anfang. Von der Generation der Hochkulturen und von der Entstehung des Abendlandes, hrsg. u. eingeführt v. Richard Löwenthal, Stuttgart: Klett Cotta, S. 12–45.

Löwy, Hanno (2009): „Ungleichzeitigkeiten. Lucie Varga im Montafon", in: Hanno Löwy/Gerhard Milchram (Hg.), Hast du meine Alpen gesehen? Eine jüdische Beziehungsgeschichte, Hohenems: Bucher, S. 218–220.

Marschak, Jakob/Alfred Kähler/Eduard Heimann et al. (1941): „Emil Lederer, 1882–1939. II. The Economist", in: Social Research 8 (1), S. 79–105.

Orwell, George (1937): „Spanish Nightmare (Rev. of The Spanish Cockpit and Volunteer in Spain)", in: Time and Tide 18 (31), S. 1047f.

Plessner, Helmut (1959): Die verspätete Nation. Über die politische Verführbarkeit bürgerlichen Geistes, Stuttgart: Kohlhammer.

Ringer, Fritz K. (1983): Die Gelehrten. Der Niedergang der deutschen Mandarine 1890–1933, Stuttgart: Klett-Cotta.

Schöttler, Peter (1991): „Lucie Varga – eine österreichische Historikerin im Umkreis der „Annales" (1904–1941)", in: Lucie Varga, Zeitenwende. Mentalitätshistorische Studien 1936–1939, hrsg., übersetzt u. eingeleitet v. Peter Schöttler, Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 13–110.

Simmel, Georg (1987 [1908]): „Der Fremde", in: Ders., Das individuelle Gesetz. Philosophische Exkurse, hrsg. v. Michael Landmann, Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 63–70.

Suppanz, Werner (2000): „Zwischen Historismus und Utopismus. Ludo Moritz Hartmann als Theoretiker von Modernisierung und Globalisierung", in: Sabine A. Haring/Katharina Scherke (Hg.), Analyse und Kritik der Modernisierung in den Wissenschaften um 1900 und um 2000, Wien: Passagen, S. 263–282.

Unterhumer, Georg (2010): Alles Lernen soll zum Denken führen. Demokratie und Erwachsenenbildung bei Ludo Moritz Hartmann, Saarbrücken: VDM Verlag.

Varga, Lucie (1932): Das Schlagwort vom „finsteren Mittelalter", Baden/Leipzig/Brünn: Rohrer.

Varga, Lucie (1936): „Dans une vallée du Vorarlberg: d'avant-hier à aujourd'hui", in: Annales d'histoire économique et sociale 8, S. 1–20.

Varga, Lucie (1937): „La genèse du national-socialisme. Notes d'analyse sociale", in: Annales d'histoire économique et sociale 9, S. 529–546.

Varga, Lucie (1939): „Sorcellerie d'hier. Enquête dans une vallée ladine", in: Annales d'histoire sociale 1, S. 121–132.

Varga, Lucie (1991a): Zeitenwende. Mentalitätshistorische Studien 1936–1939, hrsg., übersetzt u. eingeleitet v. Peter Schöttler, Frankfurt/M.: Suhrkamp.

Varga, Lucie (1991b): „Die Entstehung des Nationalsozialismus. Sozialhistorische Anmerkungen", in: Dies., Zeitenwende. Mentalitätshistorische Studien 1936–1939, hrsg., übersetzt u. eingeleitet v. Peter Schöttler, Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 115–137.

Varga, Lucie (1991c): „Ein Tal in Vorarlberg – Zwischen Vorgestern und heute", in: Dies., Zeitenwende. Mentalitätshistorische Studien 1936–1939, hrsg., übersetzt u. eingeleitet v. Peter Schöttler, Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 146–169.

Varga, Lucie (1991d): „Hexenglauben in einem ladinischen Tal“, in: Dies., Zeitenwende. Mentalitätshistorische Studien 1936–1939, hrsg., übersetzt u. eingeleitet v. Peter Schöttler, Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 170–186.
Wiehn, Erhard R. (Hg.) (1989): Juden in der Soziologie. Eine öffentliche Vortragsreihe an der Universität Konstanz 1989, Konstanz: Hartung-Gorre.

Peter Stachel, geb. 1965 in Leoben, Steiermark. Mag. Dr. phil., Habilitation für Neuere Geschichte an der Universität Graz. Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Kulturwissenschaften und Theatergeschichte der Österreichischen Akademie der Wissenschaften. Wissenschaftliche Arbeitsschwerpunkte: Geschichte der Habsburgermonarchie, Bildungs-, Wissenschafts- und Ideengeschichte, Politische Rituale und Symbole und Identitätspolitik, Tourismusgeschichte, Musikgeschichte.

Mediensoziologie der Zwischenkriegszeit

Udo Göttlich

Inhaltsverzeichnis

1 Einleitung 406
2 Forschungsfelder im Exil und deren Wiederaufnahme 408
3 Massenmedien und Massenkommunikation 410
4 Medien und Öffentlichkeit 417
5 Literatursoziologie und Filmanalyse als Vorläufer einer Soziologie der Medien? . . . 421
Literatur 423

Zusammenfassung

Die Anfänge der Medien- und Kommunikationssoziologie in der Zwischenkriegszeit zu suchen und zu rekonstruieren gelingt nicht ohne Umwege. Auf der einen Seite liegen die Ursprünge in der Literatur- und Kunst- aber auch der Kultursoziologie des frühen 20. Jahrhunderts, zum anderen erfolgt die Etablierung der Medien- und Kommunikationssoziologie im Wesentlichen erst in der Nachkriegszeit, genauer den 1970er Jahren. Der Beitrag sucht seinen Zugang zum Thema deshalb nicht in der und Darstellung der Leistung einzelner Autoren oder Positionen der Zwischenkriegszeit. Der vorliegende Text möchte vielmehr einige der Entwicklungsstränge, die zur Herausbildung einer Medien- und Kommunikationssoziologie in der Nachkriegszeit mit

U. Göttlich (✉)
Zeppelin-Universität Friedrichshafen, Friedrichshafen/Bodensee, Deutschland
E-Mail: udo.goettlich@zu.de

© Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2022

K. Acham und S. Moebius (Hrsg.), *Soziologie der Zwischenkriegszeit. Ihre Hauptströmungen und zentralen Themen im deutschen Sprachraum*,
https://doi.org/10.1007/978-3-658-31401-9_14

beigetragen haben, herausarbeiten. Bei der Rekonstruktion der Anfänge stützt er sich im Wesentlichen auf Alphons Silbermann, Leo Löwenthal, Walter Benjamin, Paul Lazarsfeld, Siegfried Kracauer, Max Weber und Theodor Geiger und legt dabei die unterschiedlichen Verbindungsfäden der frühen Massenkommunikationsforschung offen.

Schlüsselwörter

Mediensoziologie · Medien- und Kommunikationssoziologie · Literatursoziologie · Massenkommunikation · Massenmedien · Massenkultur

1 Einleitung

Von einer Mediensoziologie der Zwischenkriegszeit zu sprechen, verfängt nicht ohne Umwege. Die Wurzeln in der Literatursoziologie zu suchen, ist hierfür nur einer der möglichen Wege, wozu Grundlegungen in der Theoriebildung, maßgeblich jener der materialistischen Literaturtheorie als auch damit zusammenhängender ideologiekritischer und weiterer inhalts- oder rezeptionsanalytischer Positionen an dieser Verbindungsstelle auftauchen, die die Brücke zur Mediensoziologie mit vorbereiten helfen (vgl. u. a. Fügen 1971; Löwenthal 1948). Das gilt auch für andere Brückenpositionen, die sich dem Film bzw. dem Kino aber auch dem Radio in den 1920er Jahren gewidmet haben. Alles das sind Anfänge in historisch bewegten Zeiten, wenn man insbesondere die politischen Entwicklungen in den 1930er Jahren bedenkt, als deren Folge die überwiegende Zahl der maßgeblichen Protagonisten einer Medien- und Kommunikationssoziologie aus der Zwischenkriegszeit ins Exil vertrieben wurden, wodurch viele Entwicklungspfade unvermittelt abbrachen und erst Jahrzehnte später – dabei mitunter als anglo-amerikanische Reimporte – wieder aufgenommen werden konnten.

Damit lässt sich einleitend festhalten, dass das, was Medien- und Kommunikationssoziologie als Forschungs- und Lehrgestalt darstellt, sich im Wesentlichen erst in der deutschsprachigen Soziologie der Nachkriegszeit herauskristallisieren konnte, und auch das nur über vielfältige Umwege, die erst seit den 1970er Jahren in die Ausbildung einer solchen speziellen Soziologie mündeten. Denkbar aber ist selbst diese Entwicklung nicht ohne die Grundlegungen, die in der Zwischenkriegszeit bei ganz unterschiedlichen Personen auf ganz unterschiedlichen Gebieten der Medien, wie der Photographie, des Films, des Radios und viel grundlegender bereits des Zeitungs- und Pressewesens und schließlich

– viel länger schon als für die damals neuen Medien – der Literatur stattfanden bzw. ansetzten.

Der vorliegende Text sucht seinen Zugang zum Thema deshalb nicht in der Besprechung und Darstellung der Leistung einzelner Autoren oder Positionen der Zwischenkriegszeit. Der vorliegende Text möchte vielmehr einige der Entwicklungsstränge, die zur Herausbildung einer Medien- und Kommunikationssoziologie mit beigetragen haben, herausarbeiten (helfen). Er erhebt dabei nicht den Anspruch auf Vollständigkeit noch den Anspruch darauf, die Leistung so unterschiedlicher „Gründerpersonen" wie Hertha Herzog, Siegfried Kracauer, Paul Lazarsfeld, Leo Löwenthal oder Georg Lukács, Arnold Hauser, Günther Anders und Alphons Silbermann, aber schließlich auch Max Weber und Theodor Geiger oder Ferdinand Tönnies sowie Wilhelm Bauer und zahlreicher anderer, namentlich einem breiteren, gerade auch nichtfachspezifischen Publikum weitaus bekannteren wie z. B. Theodor W. Adorno oder Walther Benjamin im Einzelnen herausstreichen zu wollen noch zuwollen noch zu können.[1]

Auch wenn die wichtigsten Namen damit bereits genannt scheinen und der Text für eine solches Handbuch nun exemplarisch die Facetten von fachgeschichtlich prägenden Aufsätzen oder Büchern herausheben und hierzu teils auch in Werkgeschichten eintauchen könnte, sucht der vorliegende Beitrag aus den einleitend genannten Gründen darzulegen, welche Bestände für die in der Nachkriegszeit erfolgte Rekonstruktion vorlagen. Eine Rekonstruktion, die wie z. B. im Fall Kracauers, von diesem selbst für die Filmsoziologie in Angriff genommen wurde, indem er mit seinen Beständen aus der Zwischenkriegszeit arbeitete. Vergleichbare Wieder-Aneignungen bzw. Rekonstruktionen lassen sich für Herta Herzog und Leo Löwenthal aber auch Theodor Geiger – wobei die Nennung dieser Namen nur ausschnitthaft sein kann – auf ihren jeweiligen Gebieten nachweisen.

Im Ganzen aber zeigt sich, dass die Medien- und Kommunikationssoziologie bis auf den heutigen Tag eine spezielle Soziologie ist, obwohl, oder gerade weil die für das Fach grundlegenden Theoretiker wie Jürgen Habermas (1962/1990) oder Niklas Luhmann (1996) – bei aller Unterschiedlichkeit ihrer „Großtheorien" – für deren Grundlegung zweifelsohne nicht nur kommunikationstheoretisch, sondern vielmehr sogar medien- und kommunikationssoziologisch ein- und

[1] Viele der in den letzten beiden Jahrzehnten publizierten Handbücher und Fachlexika leisten hierfür grundlegenderes und trotz des kompilatorischen Charakters einzelner Einträge oder Lemmata vermitteln sie einen Einblick in die Vielfalt an Positionen und Zugängen.

ansetzen. Dafür spricht nicht nur das maßgebliche Öffentlichkeitsbuch von Habermas – ohne die „TKH“ umgehen zu wollen –, sondern auch die Arbeit Luhmanns zur Realität der Massenmedien. Auch wenn beide Bücher nicht als Medien- und Kommunikationssoziologie angelegt sind, noch ihre Wurzeln aus den Grundlegungen der Zwischenkriegszeit beziehen, leisten sie Grundlegendes für die Medien und Kommunikationssoziologie, ohne dazu gleich auch als eine solche zu gelten noch in ihrer Genese dort verortet zu werden. Hierin besteht zweifelsohne eine der Schwierigkeiten der Medien- und Kommunikationssoziologie innerhalb der Soziologie. Einerseits ist Kommunikation ein das gesamte Fachgebiet bestimmendes Thema, zum andern ist die an die Medien gebundene Rolle von Kommunikation scheinbar dann wieder zu speziell für eine grundlagentheoretische Bezugnahme, und auch die aktuelle soziologische Auseinandersetzung mit der Digitalisierung überschneidet sich mit der Medien- und Kommunikationssoziologie und möchte doch etwas anderes, neues repräsentieren, einen Aufbruch zu einer digitalen Soziologie oder wahlweise auch zu einer Soziologie des Digitalen, bei der allerdings bislang noch ungeklärt bleibt, was das „Digitale“ ist (vgl. u. a. Maasen und Passoth 2020).

Angesicht dieser Situation verwundert es nicht, dass sich im Kontext der Nachkriegszeit ein unmittelbarer „Anschluss“ an die Bestände aus der Zwischenkriegszeit vielfach unterblieb. Und das nicht nur, weil das Feld vielfach durch die Exilsituation zerstreut und zersplittert war und von gemeinsamen Beständen schon deshalb keine Rede sein konnte. Vielmehr galt es Verbindungsfäden erst wieder neu zu knüpfen um ein Gebiet, das sich dem Entwicklungstand der Medien folgend bereits seit den 1920er Jahren und damit bereits fast 50 Jahre dem Phänomen der Massenkommunikation widmete, als für die Soziologie attraktiven Gegenstand zu platzieren. Vor diesem Hintergrund lässt sich wiederholen, dass es eine Medien- und Kommunikationssoziologie der Zwischenkriegszeit – jedenfalls dem heutigen Verständnis nach – nicht gab, und sie zeichnete sich in der unmittelbaren Nachkriegszeit auch noch nicht am Horizont ab. Was es gab, waren eine Reihe an soziologischen Zugriffen auf Einzelmedien, die keineswegs auf eine spezielle Gestalt einer Medien- und Kommunikationssoziologie verweisen konnten.

2 Forschungsfelder im Exil und deren Wiederaufnahme

Vieles zu den Anfängen der Mediensoziologie in der Zwischenkriegszeit läuft somit auf eine Rekonstruktion hinaus. Dabei ist nicht die vorliegende des Beitragsverfassers gemeint. Gemeint ist jene, die ihren Niederschlag in

maßgeblichen Texten gefunden hat, auf die ich mich im Folgenden konzentrieren werde, wenn auch selektiv. Wobei die Rekonstruktion mitunter von den früheren Autoren in der Nachkriegszeit selbst unternommen wurde. Die nachfolgend getroffene Auswahl mag dem fachlich versierten Leser zufällig und daher beliebig erscheinen, sie hat aber ihre in der Fachgeschichte der Nachkriegszeit nachvollziehbaren Gründe. Alle Texte bzw. Autoren spielten nämlich für die Grundlegung einer Mediensoziologie in der Nachkriegszeit eine mehr oder weniger bedeutende Rolle.

Für das nachfolgende dritte Kapitel habe ich Walter Benjamin, Leo Löwenthal und Alphons Silbermann ausgewählt, weil alle drei jeweils für entscheidende Positionen in der Analyse der Massenkultur und der Massenkommunikation stehen. Beim erstgenannten Autor geht es mir um die Positionierung der „Reproduktionsarbeit", die in der Zwischenkriegszeit bzw. der Zeit des Exils entstanden ist, die im Fach der Soziologie zunächst aber keine Wirkung entfalten konnte. Die verspätete Wirkung gilt auch für Leo Löwenthal, dessen Arbeiten neben der Grundlegung einer Literatursoziologie eher für die Kommunikationswissenschaft in den USA denn für die Mediensoziologie in Deutschland maßgeblich wurden, und auf seine Arbeiten der Zwischenkriegszeit und der des Exils zurückgehen. Und es geht um Alphons Silbermanns *Soziologie der Massenkommunikation,* in welcher der Kölner Lehrstuhlinhaber seine soziologische Beschäftigung mit der Massenkommunikation entwickelt und vorantreibt, die auf ganz andere Wurzeln als die in der Tradition der kritischen Theorie stehende Forschung zurückgreift.

Mit dieser Auswahl für das folgende Kapitel ist auch gesagt, welche Autoren und Texte nicht behandelt oder nur gestreift werden. Das in seiner Wirkungsgeschichte der 60er und 70er Jahre des letzten Jahrhunderts unverzichtbare Kapitel über die Kulturindustrie wird nicht weiter behandelt und auch die Arbeiten Benjamins oder Brechts zum Radio werden ausgeklammert. Dafür wende ich mich im fünften, den Beitrag abschließenden Kapitel kurz dem Feld des Films und der Literatur zu, womit scheinbare Seitenäste einer Medien- und Kommunikationssoziologie in ihrer für die Rekonstruktion maßgeblichen Rolle kurz eingeordnet werden sollen; auch das kann nur exemplarisch geschehen und stellt somit nur einen Ausschnitt dar, wobei das Radio ausgelassen wird.

Im vierten Kapitel werde ich mich für das Thema Medien und Öffentlichkeit auf die Leistung Max Webers, Theodor Geigers und Paul F. Lazarsfelds beziehen, weil in der Soziologie deren Beiträge für eine Medien- und Kommunikationssoziologie bis heute unterrepräsentiert und vielfach unbekannt sind. Bei Max Weber interessiert die großangelegte Enquête über das Zeitungswesen, bei Theodor Geiger dessen Analyse des Journalismus und bei Paul F. Lazarsfelds

die Grundlegung einer empirischen Kommunikationswissenschaft, die vermittelt über die Rezeption der US-amerikanischen Forschung in der unmittelbaren Nachkriegszeit auch für die Medien- und Kommunikationssoziologie Relevanz hatte, wenn auch in den Vereinigten Staaten.

3 Massenmedien und Massenkommunikation

Alphons Silbermann fällt eine spezifische Rolle bei der Wiederbegründung der Mediensoziologie seit den 1970er Jahren zu, die bislang leider viel zu wenig Aufmerksamkeit in Fachkreisen gefunden hat. Dabei ist es seine *Soziologie der Massenkommunikation,* die als eine der ersten Einführungen in das Fach gelesen werden kann. Einleitend heißt es im Vorwort dieses, in den frühen 1970er Jahren erschienenen Buches:

> „Im Vergleich zu den rapiden Entwicklungen der Massenmedien hat sich die Lehre von der Massenkommunikation recht langsam entfaltet. Nur unter schwierigen Umständen gelang es ihr, sich aus der Enge metaphysischer und philosophischer Kontemplationen herauszuarbeiten, in der sie sich so wohlfühlig bewegte. Erst als erkannt wurde, daß es mit Mutmaßungen nicht getan ist, um eine Kompatibilität zwischen den von der Gesellschaft zur Erfüllung ihrer Bedürfnisse etablierten Medien und der Gesellschaft selbst herzustellen, machte man sich an die Erforschung der Medien, ihrer Strukturen, ihrer Funktionen sowie der Kommunikationsprozesse insgesamt. Aus sinnierenden Betrachtungen wurde angestrengte Forschung. Dieser Übergang vollzog sich ebenso mühsam wie seinerzeit der Versuch eines Auguste Comte, dem Nachdenken über das Soziale eine feste, d. h. tangible Basis zu verleihen, jene die er zunächst als ‚physique sociale', später als ‚sociologie' bezeichnete." (Silbermann und Krüger 1973: 7)

Was hier im Ton einer Bestandsaufnahme eingeleitet wird, ist einem Programm medien- und kommunikationssoziologischer Forschung vorangestellt, das selbst nur mit Umwegen aufgenommen und weiterentwickelt werden konnte.[2] Die Leistung Alphons Silbermanns beruht dabei in der Rolle eines Vermittlers, der wie viele andere auf ihren Gebieten für die Grundlegung einer von ihm so genannten „Soziologie der Massenkommunikation" an den „nach dem zweiten

[2] Silbermann bedient sich hier im Übrigen der gleichen Tonlage wie Fügen, der im selben Zeitraum für die Wiederbegründung der Literatursoziologie eintritt, (vgl. Silbermann und Krüger 1973: 13)

Weltkrieg aus den USA“ eindringenden „unaufhörlichen Strom soziologischer Erkenntnisse“ (Silbermann und Krüger 1973: 7) anschloss bzw. anzuschließen suchte und einen ersten Weg für eine im Wesentlichen methodisch empirisch-analytisch bzw. auf dem Gebiet der Theorie funktionalistisch grundierten Massenkommunikationssoziologie legte.

> „Wer offen und ehrlich der Wissenschaft von der Massenkommunikation gegenübersteht, muß zugeben, daß bei ihr noch nicht von einer eigenständigen Disziplin gesprochen werden kann. Vielmehr wird sie – ohne Herabsetzung ihrer Bedeutung – vorerst noch als eine ‚Hilfswissenschaft‘ oder als ein ‚Knotenpunkt‘ zu bezeichnen sein, womit das interdisziplinäre Vorgehen bei der systematischen Erforschung und Erklärung massenkommunikativer Prozesse charakterisiert wird. Gleichzeitig wird von vielen Seiten aufs neue der Mangel an einer geschossenen Theorie bedauert und in geradezu absurder Theoriesucht versucht, Konstrukte zu bauen, in deren Rahmen nun alles Praxisbezogene als letzte Wahrheit passen soll.“ (Silbermann und Krüger 1973: 13)

Diesen Mangel beansprucht Silbermann durch einen starken Rückbezug auf die empirisch-analytische Massenkommunikationsforschung (vgl. Silbermann und Krüger 1973: 18) abzuhelfen, womit er der Soziologie der Massenkommunikation eine starke Fundierung in dieser Tradition vermittelt. Bezug nimmt er dazu – wie vor ihm bereits Lazarsfeld an anderer Stelle – auf eine Reihe an Fachvertretern einer Massenkommunikationsforschung wie z. B. Harold D. Lasswell, Kurt Lewin, oder Carl I. Hovland, nicht ohne Charles H. Cooley, George H. Mead oder Robert E. Park und natürlich Lazarsfeld unerwähnt zu lassen. (vgl. Silbermann und Krüger 1973: 16) In der Breite der Inhalte, für die die genannten Vertreter stehen, kommt zugleich die merkwürdige Unbestimmtheit der Medien- und Kommunikationssoziologie zwischen allgemeiner und spezieller Soziologie zum Ausdruck. Silbermann geht es dabei um die medien- und kommunikationssoziologische Frage nach dem durch die Medien der Massenkommunikation gestifteten Kitt für die Gesellschaft. Einer Frage, die auch für die frühen Arbeiten der Kritischen Theorie gilt, die dazu aber von Seiten der Theoriebildung vollkommen anderes vorgingen.

Im Amerika der Nachkriegszeit findet sich vergleichbar mit der Rolle Silbermanns im deutschsprachigen Kontext aus der Feder Leo Löwenthals ein beinahe ähnlich klingender Vermittlungsversuch für die Begründung einer Medien- und Kommunikationssoziologie, der sich dabei vorgenommen hatte, die Bestände literatursoziologischer Forschung – als deren Mitbegründer er gilt – auch für die Erforschung der Massenkommunikation einzusetzen. Im Unterschied zu Silbermann konnte Leo Löwenthal dazu jedoch auf seine eigenen, seit 1932 in der

Zeitschrift für Sozialforschung erschienenen Arbeiten zurückgreifen, was der Aufgabenbeschreibung für eine zukünftige Mediensoziologie zugleich auch eine andere Ausrichtung lieferte, als im Falle Silbermanns. Dabei kam es allerdings nicht zu einer eigenständigen Buchpublikation, in der das Programm dargelegt wurde. Die Fachöffentlichkeit musste bis in die 1980er Jahre warten, ehe seine lange Zeit nur verstreut vorliegenden Texte erstmals mit der Edition seiner Schriften in fünf Bänden vorlagen.[3]

Für die Bestimmung von Löwenthals Position in der Nachkriegszeit ist neben zwei grundlegenden, theoretisch ausgerichteten Texten, mit denen er sein Forschungsprogramm in einem rekonstruktiven Zugriff umreißt (Löwenthal 1948, 1950), eine weitere Gruppe von Texten zur Behandlung der Massenkulturproblematik interessant, die auf die historische Genese von Bewertungsmaßstäben in der Diskussion um die gesellschaftliche Rolle der Massenkultur aufmerksam machen. Für alle in diesem Zeitraum in Frage kommenden Texte lässt sich von einer zweiten „programmatischen" Phase[4] in seinem Werk sprechen, in der es um eine Nutzbarmachung und Übertragung der literatursoziologischen Erkenntnisse – wie sie in dem Text von 1932 („Zur gesellschaftlichen Lage der Literatur") dargelegt wird – für die Analyse der Massenkultur geht. Auf der Suche nach einem Vermittlungspunkt zwischen kritischer und administrativer Kommunikationsforschung – in letzterer war er in den Exiljahren in unterschiedlichen Positionen eingebunden – heißt es dabei in dem für die Entwicklung des Löwenthalschen Forschungsprogramms maßgeblichen Aufsatz „Historical Perspectives of Popular Culture" (1950):

> „This paper was written to be provocative, by one who has been engaged in empirical research for a considerable number of years and who has recently been charged with the administration of a large scale research programm. The author has taken it upon himself to act as the spokesman for an approach to popular culture which some will call 'social theory' and others 'obsolete, abstract criticism'. Specifically, the paper deals with aspects of the historical and theoretical frame of reference which seem to me to be a basic requirement for the study of mass communication and yet a blind spot in contemporary social science." (323, zit. n. Göttlich 2006: 115 f.)

[3] Die nachfolgenden Abschnitte zu Leo Löwenzahl zitiere ich aus meinem Beitrag in der Reihe „Klassiker der Kommunikations- und Medienwissenschaft" heute in der Zeitschrift „Medien & Kommunikationswissenschaft" (Göttlich 2006: 115 ff.).

[4] Die erste programmatische Phase kennzeichnete, wie oben dargestellt, der Aufsatz „Zur gesellschaftlichen Lage der Literaturwissenschaft" im ersten Heft der ZfS und diente der Formulierung einer materialistischen Literatur- und Medienkritik.

Löwenthals Strategie, in der amerikanischen Kommunikationswissenschaft, zunächst mit einem empirisch ausgerichteten Forschungsprogramm auf seinen „kritischen Approach" aufmerksam zu machen, wirkt von heute aus betrachtet nachvollziehbar. In den damaligen Diskussionen war jedoch vor allem die historische und weniger die kritische Autorität Löwenthals gefragt. So überwog in der theoretischen Grundlegung des Forschungsprogramms die resümierende Darstellung von Ergebnissen seiner bisherigen Arbeiten, also gewissermaßen deren eigene Historisierung, die dem Programm das Fundament geben sollte. Das Motiv zu diesem Schritt war deutlich auf die besondere Situation der 1950er Jahre bezogen und lautete:

> „If a sociologist of literature wants to hold his claim to be heard in the field of modern communications research, the least he can do is to discuss a programm of research that can be located within the areas proper to his field and that at the same time joins up with scientific experiences already accumulated for the other mass media […]." (Löwenthal 1948: 96)

In diesem ersten, für seine theoretische Arbeit im amerikanischen Forschungskontext der Nachkriegszeit zentralen Aufsatz „The Sociology of Literature" (1948) liegt der argumentative Schwerpunkt folglich auf der resümierenden Darstellung seiner bisherigen Arbeit und der zu behandelnden Probleme der Literatursoziologie bei der Deutung der gehobenen wie der massenliterarischen Erzeugnisse. Hintergrund dieser Bestrebung war – wie erörtert – die Absicht, eine Verbindung zu finden zwischen Literatursoziologie und der amerikanischen Kommunikationsforschung, die sich zunächst relativ unbeeinflusst von historischen Fragestellungen und qualitativen Zugängen des „European Approach" entwickelt hatte. Löwenthal arbeitete so gesehen bereits an „Übersetzungsproblemen" seiner historischen, aus der geisteswissenschaftlichen Tradition herrührenden Position mit der am Szientismus orientierten Position der amerikanischen Kommunikationsforschung.

In seinem Forschungsprogramm betonte Löwenthal verschiedene Arbeitsbereiche, die sich im Aufsatz „Historical Perpectives of Popular Culture" (1950) wiederfinden. Die in beiden Texten ähnlich diskutierten „Thesen zum Verhältnis von kritischer Gesellschaftstheorie und empirischer Forschung" bildeten den Ausgangspunkt für seine Vermittlungsanstrengungen in der Theoriebildung. Der zentrale Arbeitsbereich einer kritischen Kommunikationsforschung gilt erstens der Bestimmung der „Funktion der kulturellen Medien innerhalb des Gesamtprozesses einer Gesellschaft" (Löwenthal 1980, LS-Bd. 1: 23). Es handelte sich hier um den Aspekt, den bereits Lazarsfeld als das maßgebliche Unterscheidungskriterium der kritischen zur administrativen Forschung in seinem

Aufsatz „Remarks on Administrative and Critical Communication Research“ (1941) herausgestrichen hatte. Diese funktionelle Auffassung bildete das tragende Fragegerüst, dem die weiteren Ebenen des Forschungsprogramms bis hin zur Ideologiekritik und Gesellschaftsanalyse zugeordnet wurden. Die Funktionsanalyse im Rahmen der Kritischen Theorie dient der Suche nach den Mechanismen, wie die „objektiven Elemente eines gesellschaftlichen Ganzen in den Massenmedien produziert und reproduziert werden“ (Löwenthal 1980, LS-Bd. 1: 24). Darin klingt u. a. die Suche nach kulturellen, also ideologischen „Faktoren“ an. Von der Anlage her gesehen handelt es sich um den in der heutigen Wirkungsforschung nachhaltig verkümmerten Gedanken einer gesellschaftlichen Bewusstseinsanalyse, für die eine kulturkritische Verortung geistiger Strömungen und deren wissenssoziologische Kontextualisierung unerlässlich ist. Die heutige funktionalistische Betrachtungsweise der Kommunikationswissenschaft hingegen verfolgt die skizzierte Problemstellung zumeist unter Abzug der gesellschaftstheoretischen resp. gesellschaftskritischen Bestimmung.

Ein zweiter, unmittelbar mit dieser Zielsetzung zusammenhängender Aufgabenbereich erstreckte sich auf die Bestimmung ästhetischer Bewertungskriterien – ein Aufgabenbereich, der in der empirischen Kommunikationsforschung heute nicht nur höchst ungewöhnlich erscheint, sondern auch kaum mehr als Herausforderung begriffen wird. Löwenthal verstand „Wirkung“ vor diesem ästhetischen Hintergrund nicht als isoliert durch einen Stimulus hervorgerufen, sondern als Ausdruck eines bestimmten gesellschaftlichen und kulturellen Verhältnisses. Das bedeutet zunächst, dass bestimmte kommunikative Formen und Stile nicht zu allen Zeiten gleich verstanden werden. Die ästhetischen Eigenschaften werden zeitabhängig decodiert, während der heutige Wirkungsbegriff von einem kontextunabhängigen Stimulus ausgeht. Dieser Punkt korrespondiert drittens mit der auch in anderen Zusammenhängen von Löwenthal herausgestrichenen Aufgabe, die „Rolle des Kulturerbes“ in der Massenkultur zu erklären. Dabei müsse viertens im Hinblick auf die Rolle und Funktion der „Standardisierung“ in der Massenkultur auch der „psychologische und anthropologische Charakter der Massenkultur“ (Löwenthal 1980, LS-Bd. 1: 25) bestimmt werden. Der fünfte in den Texten skizzierte Aufgabenbereich zielte schließlich auf den historischen Kontext von Bedürfnissen und Reizen wie deren jeweiliger gesellschaftlicher Vermittlung. Dieser Aufgabenbereich war im Hinblick auf den manipulativen Charakter der Massenkultur relevant, sprach aber zugleich die soziologische Fragestellung mit Blick auf den gesellschaftlichen Wandel mit an. Alle diese fünf Punkte griffen die Frage nach dem Einfluss der gesellschaftlichen Situation auf die Kultur und Kulturprodukte auf und mündeten schließlich in eine historisch-systematische Behandlung der Massenkulturproblematik.

In diesen Punkten weist die Arbeit Löwenthals eine interessante Überschneidung mit der Arbeit Walter Benjamins auf. Namentlich mit dessen in der Medien- und Kommunikationssoziologie bis heute nachwirkenden Kunstwerkaufsatz – oder seiner Reproduktionsarbeit, wie der Text von Benjamin selbst genannt wurde. Die Frage einer Behandlung der „Massenkulturproblematik" ist nämlich ohne eine Analyse und Berücksichtigung der populären Literatur und Medien wie Film und Radio kaum zu denken, und in der Analyse dieses Kontextes hat das Institut für Sozialforschung für die Ausbildung einer Medien- und Kommunikationssoziologie an unterschiedlichen Stellen maßgebliches geleistet, auch und gerade in der Grundlegung ganz unterschiedlicher Positionen in der Bezugnahme auf die Massenkultur bzw. der Kulturindustrie. Den Gemeinsamkeiten und Unterschieden zwischen den drei Autoren Benjamin, Adorno und Löwenthal, die sich beinahe zeitgleich der Massenkultur gewidmet haben, nachzugehen, wäre eine eigene Abhandlung wert. Der Grund, weswegen Walter Benjamin an dieser Stelle als Wegbereiter für die Etablierung bzw. Entwicklung der Medien- und Kommunikationssoziologie genannt werden muss, bezieht sich ganz wesentlich auf seinen historisch-materialistischen Ansatz, der die bis heute als maßgeblich und weitreichend empfundenen Thesen seiner „Reproduktionsarbeit" ausmachen und das Feld der Literatur- und Kunstsoziologie mit dem Feld der „neuen" Medien bis in die Gegenwart hinein verbinden (vgl. dazu insbesondere auch Raulet 1988).

Maßgeblich geht es Benjamin darum, „ob der Charakter von Kunst insgesamt durch die neuen Reproduktionsmedien nicht eine grundsätzliche Veränderung erfährt […]" (Benjamin 2012: 325). Für den Nachweis bzw. die Diskussion dieser Frage- und Problemstellung setzt Benjamin, ähnlich wie viele Zeitgenossen, die sich mit Literatur, Kunst und den damals neuen Medien Kino und Radio befassen, bei der materialistischen Theoriebildung ein. Während Löwenthal seinen Theoriebeitrag 1932 in dem Aufsatz „Zur gesellschaftlichen Lage der Literatur" vorlegt, ist es Benjamin, der 1935 mit der ersten Fassung der Reproduktionsarbeit folgt, in der es direkt einleitend heißt:[5]

> „Als Marx die Analyse der kapitalistischen Produktionsweise unternahm, war diese Produktionsweise in den Anfängen. Marx richtete seine Unternehmungen so ein, dass sie prognostischen Wert bekamen. […] Die Umwälzung des Überbaus, die viel langsamer als die des Unterbaus vor sich geht, hat mehr als ein halbes Jahr-

[5] Die komplizierte Editionsgeschichte ist umfassend dokumentiert in Bd. 16 der Kritischen Gesamtausgabe von Benjamins Werk (2012: hier insb. 332 ff.).

> hundert gebraucht, um auf allen Kulturgebieten die Veränderung der Produktionsbedingungen zur Geltung zu bringen. In welcher Gestalt das geschah, lässt sich erst heute angeben. An diese Angaben sind gewisse prognostische Anforderungen zu stellen. Es entsprechen diesen Anforderungen aber weniger Thesen über die Kunst des Proletariats nach der Machtergreifung, geschweige die der klassenlosen Gesellschaft, als Thesen über die Entwicklungstendenzen der Kunst unter den gegenwärtigen Produktionsbedingungen. Deren Dialektik macht sich im Überbau nicht weniger bemerkbar als in der Ökonomie." (Benjamin 2012: 207 f.)

Auf die einzelnen Thesen Benjamins vertiefend einzugehen, muss an dieser Stelle unterbleiben, zumal es auch hierzu umfangreichere Abhandlungen und Besprechungen gibt, die der Sachhaltigkeit der einzelnen Argumente fundiert nachgehen (vgl. Lindner 2006). Die theoretische Grundlegung, auf die es an dieser Stelle ankommt, und die auch für die Entwicklung der Mediensoziologie seit den 1960er Jahren maßgeblich wurde, ist aber in dem die Theoriebildung tragenden Gestus der „positiven Barbarei" zu finden. Benjamin leistet keine grundlegende Kritik an der Massenkultur als Ausdruck einer verwalteten Gesellschaft, wie sie etwa das einschlägige Kapitel über die Kulturindustrie „Aufklärung als Massenbetrug" in der *Dialektik der Aufklärung* (Horkheimer und Adorno 1944/2008) leistet. Er steht der Entwicklung aber auch keineswegs teilnahmslos gegenüber, sondern mit einem gewissen Optimismus, dass die Individuen sich die neuen Reproduktionsmittel in dem Sinne aneignen, dass sie in einer „Politisierung der Kunst" (vgl. Benjamin 2012: 250) münden. Dass dieses Thema in den 1960er Jahren unmittelbaren Einfluss auf die Medien- und Kommunikationssoziologie genommen hat, ist mehr als nachvollziehbar, in der Benjamins Position keinesfalls als defensiv gesehen wurde.

Die neuen Reproduktionsmedien der 1960er Jahre wurden nicht zuletzt von Enzensberger als die revolutionären Produktionsmittel genannt, als die Benjamin sie gesehen hatte. Aber das Revolutionäre entpuppt sich hierbei nicht als Prozess der Umkehrung aller bisherigen Produktionsverhältnisse, die künstlerische miteingeschlossen. Für Benjamin, wie Enzensberger, der Benjamins Position in seinem „Baukasten für eine Theorie der Medien" nutzbar gemacht hat, geht es vielmehr um die Umkehrung der Perspektive: „Statt die Produktion der neuen Medien unter dem Gesichtspunkt älterer Produktionsweisen zu beweisen, muß sie [die Theorie, d.Verf.] umgekehrt das, was mit den hergebrachten 'künstlerischen' Medien hervorgebracht wird, von den heutigen Produktionsbedingungen her analysieren." (Enzensberger 1997: 124) Illustriert wird das von Enzensberger am Beispiel neuer Darstellungstechniken der elektronischen Medien, die an die Stelle der durch Literatur und Schriftlichkeit bestimmten bisherigen Berichterstattungsformen treten:

> „Für die elektronischen Medien gibt es keines der Charakteristika, welche die geschriebene und gedruckte Literatur auszeichnen. Mikrophon und Kamera heben den Klassencharakter der Produktionsweise (nicht der Produktion) auf. Die normativen Regeln treten zurück: das mündliche Interview, der Streit, die Demonstration verlangen und erlauben keine Orthographie und keine Schönschrift. Der Bildschirm entlarvt die ästhetische Glättung ungelöster Widersprüche als Camouflage.“ (Enzensberger 1997: 127)

Dieses und weitere Beispiele aus dem „Baukasten“, mit der eine gezielte Fortschreibung von Benjamins Sichtweise verfolgt wurde, illustriert Enzensberger die „panische Angst vor einem solchen Wechsel der Perspektive […]. Der Vorgang macht nicht nur fortgeschleppte Zunftgeheimnisse im Überbau zu Ladenhütern, er birgt auch ein genuin destruktives Moment. Er ist, mit einem Wort, riskant. Doch liegt in ihrer dialektischen Aufhebung die einzige Chance der ästhetischen Tradition.“ (Enzensberger 1997: 125)

Noch radikaler verfährt in dieser Interpretationsrichtung der Benjamischen Arbeit Gérard Raulet, wenn er mit Blick auf die Digitalisierung in den 1980er Jahren auch diese Chance längst als vereinnahmt sieht: „Heutzutage imitiert die Simulation nicht mehr, sie *kreiert* vielmehr selbst *ihre* Wirklichkeit.“ (Raulet 1988: 201) Und als eine Folge dieser Umbrüche ist bis auf wenige Arbeiten in der Tradition kritischer Theorie auch die materialistische Perspektive an einem Scheidepunkt angekommen, wenn mittlerweile die Technologie selber eigenständig Bildwelten kreiert (Kunstforum International 2021).

4 Medien und Öffentlichkeit

Für den Zweig der Kommunikationssoziologie nachhaltig gewirkt haben aber ihrerseits auch Max Weber und Theodor Geiger, wobei deren Rolle erst mit einem rekonstruktiven Zugriff durch Weischenberg (2012) und Horst Pöttker (2019) eine Einordung für das Fach bzw. als fachgeschichtliche Urheber für die Mediensoziologie bzw. genereller noch der Kommunikations- und Medienwissenschaft erhalten haben. Am Beispiel von Max Weber befinden wir uns für die Betrachtung seiner Grundlegung sogar in der Vorkriegszeit des Ersten Weltkriegs. Den Zeitgenossen in der Zwischenkriegszeit war Webers Arbeit zur Presse bzw. der Entwurf zu einer Presseenquête, aber auch Theodor Geigers Arbeit zur Rolle der Presse für die Öffentlichkeit wenig bis überhaupt nicht bekannt. Vor allem für Geiger ist das wiederum dem Exil geschuldet, dass seine in der Zwischenkriegszeit in der Weimarer Zeit begonnene Arbeit erst über das Exil hinaus in der Nachkriegszeit zur Kenntnis und kaum überhaupt zur Wirksamkeit kam.

Was die Rolle von Max Webers Presseenquête für die Grundlegung der Mediensoziologie betrifft, so ist auch in diesem Fall eine verwickelte Wirkungsgeschichte anzunehmen, wie sie durch Siegfried Weischenberg erhellt wurde. Für den vorliegenden Beitrag ist vor allem interessant, dass Webers geplante Untersuchung zur Rolle der Presse mit der Geschichte der *Deutschen Gesellschaft für Soziologie* auf das engste verknüpft ist. Nachhaltige Erwähnung hat das großangelegte Projekt zur Rolle, Bedeutung und Stelle der Presse für moderne Gesellschaften nämlich in dem Geschäftsbericht aus Anlass der Gründung der DGS in Frankfurt 1910 erfahren (Weber 1911). In der Zwischenkriegszeit ist an diese Grundlegung und an den „Vorbericht" (Weber 1908) nicht mehr angeschlossen worden – das Projekt selbst scheiterte sogar schon vor dem Ersten Weltkrieg – und erst im Nachgang der Rekonstruktion von Webers Werk und Wirkungsgeschichte für die Nachkriegssoziologie ist in den letzten Jahren im Kontext einer Rekonstruktion der Fachgeschichte der Kommunikationswissenschaft diese mediensoziologische Grundlegung überhaupt erst entsprechend eingeordnet worden. Dieser Weber'sche Entwurf zu einer „Soziologie des Zeitungswesens" findet durch Siegfried Weischenberg dabei folgende Einordnung und Bewertung:

> „Man könnte also, cum grano salis behaupten, dass die *Mediensoziologie* mit einem konkreten detaillierten Forschungsprogramm die Eröffnungsmelodie für die deutsche Soziologie spielte. Und man könnte, in durchaus polemischer zeitkritischer Absicht sagen, dass Weber in jenen frühen Tagen moderner Gesellschaftswissenschaft sozusagen die *Exzellenz-Initiative* ergriff und vorführte, wie Forschung sein könnte, wenn man sie aller Antrags- und Marketing-Rhetorik entkleidet und doch an praktischen Problemen ausrichtet" (Weischenberg 2012: 80 f.)

Worum ging es in dieser Enquête? Folgt man Weischenberg, der sich für seine Diskussion zur Rolle Webers im Wesentlichen auf den Geschäftsbericht bezieht, so war es die Frage nach der Rolle der Publizität für die moderne Gesellschaft. Allerdings, und das scheint nicht unerheblich, versteht Weber unter Publizität nicht Öffentlichkeit „sondern zielt eher auf den Prozess des ‚Öffentlichmachens' – mit allem, was dazugehört: in erster Linie die Bedingungen und Machtverhältnisse bei der Aussagenproduktion, des Weiteren die institutionellen Einflüsse, die Professionalisierung des Journalismus […] und schließlich Aspekte journalistischer Qualität, Merkmale der Akteure und anderes mehr" (Weischenberg 2012: 89). Das Ziel sei, so Weischenberg, die *„Entzauberung der Medienwelt",* und in diesem Sinne fragt er nach der „kulturellen Bedeutung der modernen Presse und ihrem Wirkungspotential auf die Gesellschaft und ihre Menschen" (Weischenberg 2012: 89). Weber, so die zentrale Schlussfolgerung,

ist in diesem kurzen Beitrag überzeugt davon, dass es unbedingt ein soziologischer Zugang sein muss, der sich dem Zeitungs- und Pressewesen annehmen muss (vgl. Weber 1911: 45). In diesem Sinne sind es die Machtverhältnisse, die es in den Mittelpunkt zu stellen gilt, soll die Spezifik der Zeitungspublizität für die moderne, kapitalistisch geprägte Gesellschaft erhellt werden (vgl. Weber 1911: 45). In dem Sinne sei die Presse letztlich in zwei Richtungen zu untersuchen: „[…] was trägt sie zur Prägung des modernen Menschen bei? Zweitens: Wie werden die objektiven überindividuellen Kulturgüter beeinflußt, was wir an ihnen verschoben, was wird an Massenglauben, an Massenhoffnungen vernichtet und neu geschaffen […]“ (Weber 1911: 51). Fragen, die an die grundsätzlichen Eckpfeiler mediensoziologischen Denkens rühren, und in einer Zeit aber, in der audiovisuelle Medien noch gar nicht verfügbar waren, mehr als weitsichtig erscheinen. Der rekonstruktive Aufgriff solcher Fragen, die mit an der Wiege der Mediensoziologie standen, erfolgte in der Zwischenkriegszeit dann aber nur marginal und nachhaltig erst ab den 1950er Jahren, auch in der US-amerikanischen Forschung, als in der Nachkriegszeit an die Gründungsfiguren der Zeitungswissenschaft der Zwischenkriegszeit, wie Lasswell, Lippmann, Lazarsfeld, Hovland und Lewin umfassender angeschlossen werden konnte, nicht jedoch an Weber selber, womit es in seinem Fall um einen abgebrochenen, zumindest aber nicht weiterverfolgten Pfad in der deutschen Soziologie geht (vgl. u. a. Weischenberg 2012: 159).

In diesen Kreis von Soziologen und Kommunikationswissenschaftler bzw. auch der Journalismusforschung lässt sich für die Grundlegung einer Mediensoziologie in der Zwischenkriegszeit auch Theodor Geiger eingemeinden. In der deutschsprachigen Soziologie ist Geiger stärker im Hinblick auf wissenssoziologische Fragen, bzw. seinen dementsprechenden Beitrag, denn als Medien- und Kommunikationssoziologe betrachtet worden, der sich der Rolle von Journalisten für eine zusehends medialisierte Öffentlichkeit zuwandte. Dabei hat er sich insgesamt für die Rolle des Journalisten als „Spezialist für die Entspezialisierung“ interessiert. D. h. für Geiger erfüllt dieser Beruf die an ihn gestellte funktionale Anforderung insofern, als dass er mit seinen Mitteln der Darstellung eine „Kompensation“ für die gesellschaftliche Differenzierung leistet, indem er mit seinen Fähigkeiten an einer „komplexitätsübergreifenden Öffentlichkeit […] als notwendiges Gegengewicht zu den Belastungen, die die Parzellierung der modernen Gesellschaft mit sich bringt“, arbeitet (Pöttker 2001: 415). Im Grunde handelt es sich bei Geiger aber kaum um einen medien- und kommunikationssoziologischen Beitrag, sondern eher um einen Beitrag zur Professionssoziologie, der wichtige Überschneidungen mit der Konstitution der Öffentlichkeit durch publizistische Aktivitäten und Akteure aufweist. Nach Horst Pöttker erkennt

Geiger die Aufgabe des Journalismus darin, mit einer „Pflicht zu Klarheit und Verständlichkeit“ (Pöttker 2001: 444) zu agieren und dazu der kulturellen und gesellschaftlichen Lage angepasste Darstellungsformen zu entwickeln (Pöttker 2001: 445). Das zweite tragende Element von Geigers Position zur Rolle der Intelligenz in der Gesellschaft sieht Pöttker darin, an einer dem Wahrheitsdiskurs verpflichteten Machtkritik zu arbeiten (vgl. Pöttker 2001: 445). „Journalistische Aufgabe kann demnach nur sein, die Welt und die darin wirksamen Ideologien durchschaubar zu machen, so dass Menschen auf der Grundlage zutreffender Informationen selbst entscheiden können, wie sie handeln und an welchen sozialen Regulierungsmechanismen sie sich beteiligen wollen.“ (Pöttker 2001: 446) Der Verfall dieser Möglichkeit ist wie bei Habermas‘ Kritik des Öffentlichkeitswandels in der Bundesrepublik der 1960er Jahre darin begründet, dass sich Partikularinteressen einflussreicher Gruppen zur Machtabsicherung der Informationsmedien bemächtigen (vgl. Pöttker 2001: 447). Im Unterschied zu Habermas ist diese Analyse Geigers aber nicht durch eine umfassende Öffentlichkeitstheorie getragen und es finden sich in der Medien- und Kommunikationssoziologie bislang keine weiteren Bestrebungen, in einer kritischen Rekonstruktion die verschiedenen Theorielinien miteinander in Beziehung zu setzen.

Lazarsfelds *Radio Research Project* grundiert hingegen ein Bewusstsein dafür, welche zentrale Leistung den Medien der Massenkommunikation nicht nur für die Freizeitgestaltung sondern weitaus mehr noch als Kitt für die Gesellschaft zukommt. In einem gemeinsam 1948 mit Robert Merton geschriebenen Aufsatz erinnert er an die Forschungen der Zwischenkriegszeit mit der Grundlegung im *Radio Research Projekt* (vgl. Lazarsfeld und Stanton 1944), mit dem die zentralen Forschungsfelder einer Massenkommunikationsforschung und damit einer frühen Mediensoziologie erstmals anhand der gesellschaftlichen Rolle des Radios verfolgt wurden. Diese Fragen wurden in der Nachkriegszeit dann auch auf die Rolle des Fernsehens und damit auf ein sich über beinahe 70 Jahren in unterschiedlichen Schritten vollziehenden Ausbaus eine Massenmediensystems erstreckt. Zentral war dabei für Lazarsfeld das Problem der sozialen Rolle „of the machinery of mass media“. „What role can be assigned to the mass media by virtue of the fact that they exist.“ (Lazarsfeld und Stanton 1944: 18) Eine Beantwortung der Frage halten Lazarsfeld und Merton aufgrund des Fehlens grundlegender empirischer Studien für spekulativ: „[…] it may again be noted that the sheer presence of these media may not affect our society so profoundly as it is widely supposed.“ (Lazarsfeld und Stanton 1944: 20).

Ein solcher Einstieg in die Darstellung des Forschungsfeldes mag defensiv erscheinen, allerdings eröffnet das die Möglichkeit für die Etablierung eines

umfangreichen Forschungsprogramms für die Begründung einer Mediensoziologie, das auf drei Säulen ruhen sollte. Untersuchungen zur „status conferral function", zum „enforcement of social norms" und zur „narcotizing dysfunction" (Lazarsfeld und Stanton 1944: 20 ff.) sollten Klarheit über die Rolle schaffen, wobei daran anschließende Forschungsfelder wie die Analyse sozialer Besitzstrukturen, Untersuchungen zur Rolle des populären Geschmacks und schließlich die Rolle der Propaganda für die Erreichung sozialer und politischer Zielvorgaben die Hauptuntersuchungsfelder sein sollten. Bei der Breite des Feldes überrascht zunächst das Schlussstatement des Textes, das den Medien eine soziale und kulturelle Verhältnisse konservierende Rolle zuweist (vgl. Lazarsfeld und Stanton 1944: 30), was im Wesentlichen auf die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse zurückgeführt wird, die für Außenseiter so gut wie keinen konkurrenzfähigen publizistischen Raum lassen: „The forward looking groups at the edges of the power structure do not ordinarily have the large financial means of the contented groups at the center." (Lazarsfeld und Stanton 1944: 30) Daraus ergibt sich in einem spezifischen Sinne auch eine Einschränkung des bereits oben dargestellten Konzepts von Geiger, das im Sinne der Aufklärung die Aufgabe des Journalismus darin erkennt, mit einer „Pflicht zu Klarheit und Verständlichkeit" (Pöttker 2001: 444) zu agieren und dazu der kulturellen und gesellschaftlichen Lage angepasste Darstellungsformen zu entwickeln (vgl. Pöttker 2001: 445), die aber nur Verbreitung finden können, wenn die Journalisten auch eine ökonomische Basis in einer pluralen Medienlandschaft finden.

5 Literatursoziologie und Filmanalyse als Vorläufer einer Soziologie der Medien?

Und schließlich, in den Kontext der Massenkommunikation gehört auch der Film und zu Teilen auch die Rolle der Literatur, die eingangs bereits für die Grundlegung der Mediensoziologie betont wurde. Beiden Medien jedenfalls, bzw. die Auseinandersetzung mit diesen Medien als Gegenstand für die Mediensoziologie fällt auch eine Rolle für die Ausbildung von Methoden und Fragestellungen zu, weshalb auch hier der rekonstruktive Faden für eine Mediensoziologie in der Nachkriegszeit durch die Autoren selbst gelegt wurde. Lukács' Literatursoziologie (1977) und Kracauers Arbeiten zum Kino (vgl. 1947, 1960) konnten erst hier fachgeschichtlich gesichert und zugeordnet werden; vielfach durch deren Eigenleistung und ohne besondere Schulenbildung. Kracauer hat für seine Arbeiten zum Film in der Nachkriegszeit auch darauf bestanden, dass er keinem der soziologischen Felder im Besonderen zuzurechnen sei. Das mögen

an Kracauers Leistung interessierte Forscher anders beurteilen, inwiefern die frühen Leistungen Kracauers maßgeblich für die Film- und Mediensoziologie sind. In der historischen Einordnung von Kracauers Rolle in der „Fachgeschichte“ ist eher wohl Witte zuzustimmen, auf den auch Ahrens u. a. in ihrem, den Arbeiten Kracauers gewidmeten Sammelband zustimmend verweisen. Nach Witte hat Kracauers Beitrag in der Analyse des Kinos aber auch des Alltags darin bestanden, dass „sein Blick auf die Randzonen der Hochkultur fiel und sich den Medien der populären Kultur zuwandte […]. Die Klammer vom frühen zum späten Werk ist die Intention, aus ephemeren Kulturphänomenen gleichzeitige gesellschaftliche Tendenzen zu dechiffrieren.“ (Witte zit. n. Ahrens et al. 2017: 7) In diesem Sinne hat Kracauer – auch nach seiner Selbstauskunft – der Film „im Grunde immer nur als Mittel interessiert, um gewisse soziologische und philosophische Aussagen zu machen“ (Belke und Renz zit. n. Ahrens et al. 2017: 10).

Das scheint für die Literatursoziologie ähnlich zu liegen, und dennoch gibt es hier einen fundamentalen Unterschied, der in der Methode liegt, wenn es darum geht, Literatur als Dokument für historische Entwicklungen zu analysieren und zu kritisieren. Lukács und auch Löwenthal, aber auch andere Literatursoziologen der Zwischenkriegszeit wie Walter Mehring (1966) haben am empirischen Material der Literatur Gesellschaftsanalyse betrieben, während Kracauer das Medium des Films analysiert hat und in einem demgegenüber eingeschränkteren Sinn gesellschaftliche Tendenzen an ihm nachzuweisen gesucht hat. Man lese hier nur im Vergleich den Text Löwenthals zum Zusammenhang von Literatur und Gesellschaft (1932), der unvermittelt im Kontext der Kritischen Theorie eine historische Gesellschaftsanalyse für das 19. Jahrhundert anhand des Menschenbildes in den unterschiedlichen literarischen Werken anstrebt. Und das ist ein relevanter Unterschied in dem Sinne, dass die Literatursoziologie keine Literaturanalyse im literaturwissenschaftlichen Sinn betreibt, sondern an der Literatur das gesellschaftliche Moment dechiffriert, wozu es unterschiedlichen Methoden gibt. Dennoch ist die Literatursoziologie im Feld der Medien- und Kommunikationssoziologie allenfalls nur marginal angekommen (vgl. auch Dörner und Vogt 2013). Auch Leo Löwenthals maßgebliche Arbeiten zur literarischen Rezeption (1934), zur biographischen Mode bzw. zu populären Biographien (1944) wie allgemein zur Rolle der historischen Kontextualisierung von literarischen Stoffen, Themen und Welten haben erst durch den Medienwechsel zum Fernsehen eine breitere Rolle im Feld eingenommen, ohne allerdings dazu weiterhin noch auf die literatursoziologischen Wurzeln bezogen zu werden.

Nicht nur an dieser Stelle waren wichtige Verbindungsfäden allzu lange abgebrochen, wenn nicht unterbunden. Die Rolle und Stellung der sogenannten neuen Medien und damit die Abfolge von immer neuen technologischen Ent-

wicklungen, die zu einer beinahe totalen Durchdringung des Alltags mit Medien geführt haben, lässt dabei mitunter vergessen, dass manche der bereits vor hundert Jahren gestellten theoretischen und methodischen Grundfragen bis heute, wenn auch nicht unbeantwortet sind, so doch auf eine Rekonstruktion und Reaktualisierung warten. Sei es am Beispiel der Literatur oder am Beispiel von sozialen Plattformmedien, es geht um das Problem der gesellschaftlichen und kulturellen Integration pluraler bzw. individualisierter Gesellschaften, für die deni Leitmedien des 19. und 20. Jahrhunderts aufgrund der über die Jahrzehnte wachsenden gesellschaftlichen Fragmentierung zugleich auch eine andere Rolle und Stellung zukommt als der Literatur in den Jahrhunderten zuvor. Die Aneignung und Rekonstruktion auch der Arbeiten aus der Zwischenkriegszeit hat somit noch ein breites Aufgabenfeld der Sicherung und Anwendung vor sich, das mit dem historischen Bewusstsein für die Genese spezieller Soziologien erschlossen und dabei aktualisiert werden muss.

Literatur

Ahrens, Jörn/Paul Flemming/Susanne Martin/Ulrike Vedder (2017): „‘Doch ist das Wirkliche auch vergessen, so ist es darum nicht getilgt.‘ Zur Gegenwart Siegfried Kracauers“, in: Dies. (Hg.), Doch ist das Wirkliche auch vergessen, so ist es darum nicht getilgt. Beiträge zum Werk Siegfried Kracauers, Wiesbaden: Springer VS, S. 3–13.

Benjamin, Walter (2012): „Das Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit“, in: Kritische Gesamtausgabe, Bd. 16, Berlin: Suhrkamp.

Dörner, Andreas/Ludgera Vogt (2013): Literatursoziologie: Eine Einführung in zentrale Positionen – von Marx bis Bourdieu, von der Systemtheorie bis zu den British Cultural Studies, Wiesbaden: Springer VS.

Enzensberger, Hans-Magnus (1997): „Baukasten zu einer Theorie der Medien“, in: Peter Glotz (Hg.), Baukasten zu einer Theorie der Medien: kritische Diskurse zur Pressefreiheit, München: Fischer, S. 97–132.

Fügen, Norbert (1971): „Einleitung“, in: Ders., Wege der Literatursoziologie, Darmstadt: Luchterhand, S. 13–35.

Göttlich, Udo (2006): „Leo Löwenthal: Soziale Theorie der Massenkultur und kritische Kommunikationsforschung. Löwenthals Medienanalysen und Massenkulturkritik im Kontext der amerikanischen Kommunikationsforschung der Nachkriegszeit“, in: Medien & Kommunikationswissenschaft 1, S. 105–127.

Habermas, Jürgen (1990 [1962]): Strukturwandel der Öffentlichkeit, Frankfurt/M.: Suhrkamp.

Horkheimer, Max/Adorno, Theodor W. (2008): Dialektik der Aufklärung, Frankfurt am Main: Fischer, [1. Aufl. 1968, Erstdruck 1947, Amsterdam: Querido Verlag, Hektographie 1944, Institute of Social Research: New York].

Kracauer, Siegfried (1947): From Caligari to Hitler: A Psychological History of the German Film, Princeton: Princeton University Press.
Kracauer, Siegfried (1960): Theory of Film. The Redemption of Physical Reality, New York: Oxford University Press.
Kunstforum International (2021): Bd. 278, Kann KI Kunst?, Nov.-Dez. 2021, Köln.
Lazarsfeld, Paul F. (1941): „Remarks on Administrative and Critical Communications Research“, in: Studies in Philosophy and Social Science 9, S. 2–16
Lazarsfeld, Paul F./Frank Stanton (Hg.) (1944): Radio Research (1942–1943), New York: Duell, Sloan and Pearce.
Lazarsfeld, Paul F./Robert K. Merton (2000 [1948]): „Mass Communication, Popular Taste and Organized Social Action“, in: Paul Marris/Sue Thornham (Hg.), Media Studies. A Reader, New York: New York University Press, S. 18–30.
Lindner, Burkhardt (2006): „Das Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit“, in: Ders. (Hg.), Benjamin Handbuch. Leben – Werk – Wirkung, Stuttgart: Metzler, S. 229–251.
Löwenthal, Leo (1932): „Zur gesellschaftlichen Lage der Literatur“, in: ZfS 1, S. 85–102 (Wieder als: „Zur gesellschaftlichen Lage der Literaturwissenschaft“, in: LS-Bd. 1, S. 309–327).
Löwenthal, Leo (1934): „Die Auffassung Dostojewskis im Vorkriegsdeutschland“, in: ZfS 3, S. 343–382 (Wieder als: „Die Auffassung Dostojewskis im Vorkriegsdeutschland“, in: LS-Bd. 1, S. 188–230).
Löwenthal, Leo (1944): „Biographies in Popular Magazines“, in: Paul F. Lazarsfeld/Frank N. Stanton (Hg.), Radio Research 1942–1943, New York: Duell, Sloan and Pearce, S. 507–548 u. 581–585 (Wieder als: „Der Triumph der Massenidole“, in: LS-Bd. 1, S. 258–300).
Löwenthal, Leo (1948): „The Sociology of Literature“, in: Wilbur Schramm (Hg.), Communications of Modern Society. Fifteen Studies of Mass Media, University of Illinois: Urbana-Champaign campus, S. 83–100 (Wieder als: „Aufgaben der Literatursoziologie”, in: LS-Bd. 1, S. 328–349).
Löwenthal, Leo (1950): „Historical Perspectives of Popular Culture“, in: The American Journal of Sociology 55 (4), S. 323–332 (Wieder als: “Standortbestimmung der Massenkultur”, in: LS-Bd. 1, S. 9–25).
Löwenthal, Leo (1980): Literatur und Massenkultur, Schriften Bd.1, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
Lukács, Georg (1977): Schriften zur Literatursoziologie, Frankfurt/M.: Ullstein.
Luhmann, Niklas (1996): Die Realität der Massenmedien, Opladen: Westdeutscher Verlag.
Maasen, Sabine/Passoth, Jan-Hendrik (Hrsg.) (2020): Soziologie des Digitalen – Digitale Soziologie, Soziale Welt Sonderband 23, Baden-Baden: Nomos.
Mehring, Franz (1966): Aufsätze zur deutschen Literaturgeschichte, hg. von Hans Koch, Leipzig: Reclam.
Pöttker, Horst (2001): „Theodor Geiger: Journalismus als Wahrheitsberuf und kritische Instanz“, in: Ders. (Hg.), Öffentlichkeit als gesellschaftlicher Auftrag. Klassiker der Sozialwissenschaft über Journalismus und Medien, Konstanz: UVK, S. 413–415.
Pöttker, Horst (2019): „Die Presse verrät ihren Beruf. Theodor Geiger – ein (fast) vergessener Klassiker auch der Kommunikationswissenschaft“, in: Medien- und Kommunikationswissenschaft 4, S. 437–458.

Raulet, Gérard (1988): „Die neue Utopie. Die soziologische und philosophische Bedeutung der neuen Kommunikationstechnologien“, in: Manfred Frank/Gérard Raulet/Willem van Reijen (Hg.), Die Frage nach dem Subjekt, Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 283–316.
Silbermann, Alphons/Udo Michael Krüger (1973): Soziologie der Massenkommunikation, Stuttgart: Kohlhammer.
Weber, Max (1908): „Vorbericht über eine vorgeschlagene Erhebung über die Soziologie des Zeitungswesens“, in: Horst Pöttker (Hg.), Öffentlichkeit als gesellschaftlicher Auftrag. Klassiker der Sozialwissenschaft über Journalismus und Medien, Konstanz: UVK, S. 316–325.
Weber, Max (1911): „Geschäftsbericht“, in: N.N., Reprint aus: Verhandlungen des Ersten Deutschen Soziologentages, Reden und Vorträge, Tübingen: J.C.B. Mohr, S. 39–62.
Weischenberg, Siegfried (2012): Max Weber und die Entzauberung der Medienwelt. Theorien und Querelen – eine andere Fachgeschichte, Wiesbaden: Springer VS.

Udo Göttlich, (1961) Dr. phil. habil., Studium der Soziologie, Politischen Wissenschaft und Komparatistik, Professor für Allgemeine Medien- und Kommunikationswissenschaft an der Zeppelin Universität in Friedrichshafen. Forschungsschwerpunkte: Medien-, Kommunikations- und Kultursoziologie, Cultural Studies Approach und Soziologische Theorien.

Zur Entwicklung der Kunstsoziologie der bildenden Kunst in Deutschland in der Zwischenkriegszeit – Disziplinäre Abgrenzungen im Lichte der Diskussionen der Deutschen Gesellschaft für Soziologie

Katharina Scherke

Inhaltsverzeichnis

1 Einleitung 428
2 Kunstsoziologische Erörterungen im Zusammenhang mit der Institutionalisierung der Soziologie in der Zwischenkriegszeit 432
3 Ausgewählte weitere Beiträge zur Kunstsoziologie der Zwischenkriegszeit 441
Literatur. 449

Zusammenfassung

Anhand der Verhandlungen der *Deutschen Gesellschaft für Soziologie* (DGS) zum Thema Kunst(soziologie) und weiteren ausgewählten Positionen wird die Bedeutung kunstsoziologischer Erörterungen in der Zwischenkriegszeit beleuchtet. Die Konzentration auf die DGS erlaubt es, jene kunstsoziologischen Positionen zu erfassen, die in der Gruppe der an der weiteren Institutionalisierung des Faches Soziologie Interessierten verhandelt wurden. Als weitere Referenzquellen dienen einschlägige Zeitschriften und das 1931

K. Scherke (✉)
Institut für Soziologie, Graz, Österreich
E-Mail: katharina.scherke@uni-graz.at

© Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2022

K. Acham und S. Moebius (Hrsg.), *Soziologie der Zwischenkriegszeit. Ihre Hauptströmungen und zentralen Themen im deutschen Sprachraum*,
https://doi.org/10.1007/978-3-658-31401-9_15

erschienene *Handwörterbuch der Soziologie.* Die Auseinandersetzung mit dem Thema Kunst war der soziologischen Selbstvergewisserung gegenüber anderen Disziplinen dienlich, da die Besonderheiten einer soziologischen Perspektive, im Unterschied zu jener anderer Disziplinen, in diesem Feld gut herausgearbeitet werden konnten. Darüber hinaus wurden bis heute aktuelle Themenfelder der Kunstsoziologie bereits in der Zwischenkriegszeit grundlegend behandelt.

Schlüsselwörter

Kunstsoziologie · Kunst · Institutionalisierung · DGS

1 Einleitung

Die Zwischenkriegszeit wird selten explizit als bedeutsam für die Entwicklung der Kunstsoziologie genannt, wiewohl – was im Folgenden zu zeigen sein wird – die wesentlichen Themenfelder moderner Kunstsoziologie bereits damals schon angelegt waren. Im Folgenden soll ausgehend von den im Rahmen der *Deutschen Gesellschaft für Soziologie* (DGS) geführten Diskussionen zum Thema Kunst die Bedeutung der Zwischenkriegszeit für die nachfolgende Entwicklung der Kunstsoziologie in Deutschland beleuchtet werden.

Ein Blick in aktuelle Einführungswerke zum Thema Kunstsoziologie bildet den Rahmen für diese Auseinandersetzung mit kunstsoziologischen Beiträgen der Zwischenkriegszeit. In rezenten Einführungen (vgl. Danko 2012; Müller-Jentsch 2012; Schwietring 2010; Smudits et al. 2013) wird die Geschichte der Kunstsoziologie zumeist mit den französischen Klassikern des 19. Jahrhunderts, Jean-Marie Guyau (1854–1888) und Hippolyte Taine (1828–1893), eingeleitet oder es werden dem üblichen Kanon der Klassiker zugehörige Autoren und deren Äußerungen zum Thema Kunst vorgestellt (vgl. Smudits et al. 2013: 35–47, 50–64; Danko 2012: 20–22). Hierbei spielen auch die klassischen Autoren des deutschsprachigen Raumes (etwa Max Weber (1864–1920) oder Georg Simmel (1858–1918)) eine wichtige Rolle, wobei deren Aussagen zur Kunst als Teil ihrer allgemeinen Gesellschaftsanalyse vorgestellt werden (vgl. Danko 2012: 8, 22; Müller-Jentsch 2012: 16 f.). Kunstsoziologie gilt in manchen der zeitgenössischen Einführungen bis heute als „relativ gering institutionalisiert“ (Schwietring 2010: 221), obwohl es zahlreiche soziologische Bearbeitungen des Themas Kunst gibt, die aber nicht als Kunstsoziologie tituliert werden. Schwietring beschreibt dies folgendermaßen: „Andererseits jedoch hat ‚Kunst‘

im Selbstbild der Moderne […] und auch in soziologischen Gesellschafts- und Kulturanalysen eine zentrale und manchmal geradezu prototypische Stellung inne, wobei aber nicht alle soziologischen Thematisierungen von Kunst ausdrücklich unter ‚Kunstsoziologie' firmieren." (Schwietring 2010: 221) Vorläufer der Kunstsoziologie werden zudem auch in anderen Disziplinen gesucht beziehungsweise es wird auf die Verwendung soziologischer Argumente in anderen Disziplinen hingewiesen (vgl. Schwietring 2010: 221; Smudits et al. 2013: 64–69, 146 f.). Die Zusammenarbeit über Fachgrenzen hinweg erscheint im Zusammenhang mit kunstsoziologischen Erörterungen selbstverständlich und hat, wie weiter unten gezeigt werden wird, die Kunstsoziologie von Beginn an begleitet.

Vier Themenfelder werden gemeinhin als kunstsoziologisches Betätigungsfeld im engeren Sinne in neueren Einführungen genannt: Der Produktions-, der Distributions- und der Rezeptionskontext eines künstlerischen Werkes sowie eine entsprechende Analyse des Werkes selbst (vgl. etwa Danko 2012: 16 f.; Schwietring 2010: 222). Letzteres, d. h. die soziologische Beschäftigung mit Form und Inhalt künstlerischer Werke, war innerhalb der Entwicklung der Kunstsoziologie umstritten (man denke etwa an die diesbezüglich ablehnende Position Alphons Silbermanns, vgl. Silbermann 1978: 191). Methoden der kunsthistorischen Bildanalyse und -interpretation erfuhren jedoch durchaus eine erfolgreiche Integration und Weiterentwicklung innerhalb des soziologischen Denkens (zum Beispiel wären Pierre Bourdieus Bezugnahme auf Erwin Panofsky (1892–1968) (vgl. Bourdieu 1997: 130–137) oder Ralph Bohnsacks Adaption des ikonologischen Ansatzes im Rahmen seiner Methode der dokumentarischen Inhaltsanalyse (vgl. Bohnsack 2010: 62; Scherke 2009: 132–134) zu erwähnen). Solche Brückenschläge zwischen den Disziplinen erfolgten bereits früh, wie Karl Mannheims (1893–1947) Auseinandersetzung mit Alois Riegls (1858–1905) Idee des Kunstwollens und Erwin Panofskys Vorstellungen zum Sinngehalt von Kunstwerken zeigen (vgl. Mannheim 1923: 24 f., 38; Riegl 1901; Panofsky 1920). Allerdings wurde disziplinübergreifendes Arbeiten gerade in der Zwischenkriegszeit auch kritisch gesehen, wie im Folgenden zu zeigen sein wird.

Bei einem Blick in aktuelle Einführungswerke zur Kunstsoziologie fällt außerdem auf, dass unterschiedlichste Künste als Gegenstandsbereich der Kunstsoziologie firmieren. Die soziologische Auseinandersetzung mit bildender Kunst reiht sich solcherart neben jene mit Literatur, Musik und weiteren Formen künstlerischen Ausdrucks, wie etwa Tanz, Theater oder Film. Heute wird daher auch von einer Soziologie der Künste im Plural gesprochen. Bereits in der Zwischenkriegszeit bezogen sich kunstsoziologische Erörterungen häufig auf die gesamte Bandbreite künstlerischer Betätigungen, allerdings wurde die Frage des

Einbezugs der „Popularkunst“ in den Gegenstandsbereich der Kunstsoziologie (zusätzlich zur „Hochkunst“) kontrovers diskutiert.

Ein Beitrag, der sich mit der Entwicklung der Kunstsoziologie der bildenden Kunst in Deutschland zwischen 1918–1939 beschäftigt, steht vor einer ganzen Reihe von Fragen zur Eingrenzung des Themas. Es stellt sich zunächst die Frage, ob man sich nur auf Arbeiten der zur Debatte stehenden Zeit bezieht, die explizit das Wort Kunstsoziologie erwähnen, oder auch Werke im oben beschriebenen Sinne berücksichtigt, die Kunst thematisieren und dabei eine im weitesten Sinne soziologische Perspektive einnehmen, ohne dies allerdings mit dem Etikett „Kunstsoziologie“ zu versehen? Mit dieser Frage verbunden ist auch die Überlegung, welche Werke aus dem Schrifttum der Zwischenkriegszeit bei einer systematischen Analyse zu berücksichtigen sind (etwa nur explizit soziologisch ausgerichtete oder auch andere Zeitschriftenbeiträge)? Wie grenzt man außerdem den Kreis der zu berücksichtigenden Personen näher in geographischer und zeitlicher Hinsicht ein? Geographisch stellt sich etwa die Frage, wie mit dem Werk von Personen aus dem restlichen deutschsprachigen Raum (insbesondere aus Österreich und den Nachfolgestaaten der Habsburgermonarchie) verfahren werden soll: Zählt der Geburtsort oder der Ort des Schaffens in der Zwischenkriegszeit? Wie umgehen mit im Exil entstandenen Werken? Zeitlich gilt es zu klären, wie mit für die Kunstsoziologie bedeutsamen Autorinnen und Autoren[1] zu verfahren ist, deren Denken zwar möglicherweise in der Zwischenkriegszeit geprägt wurde, deren kunstsoziologische Arbeiten aber erst später erschienen. Eine umfassende Aufarbeitung des kunstsoziologischen Schaffens der Zwischenkriegszeit muss sich diesen Fragen stellen; im Rahmen des vorliegenden Beitrages können anhand ausgewählter Positionen der Zeit nur die entsprechenden Eingrenzungsprobleme aufgezeigt und Lösungswege angeboten werden.

Es werden im Folgenden zunächst die innerhalb der DGS vertretenen Positionen zum Thema Kunst/Kunstsoziologie behandelt, bevor anschließend exemplarisch auf weitere Beiträge der Zeit eingegangen wird. Die Konzentration

[1] Der Beitrag verwendet geschlechtergerechte Schreibweisen an Stellen, an denen Frauen sich prinzipiell im Kreis der Angesprochenen befunden haben; abstrakte Aussagen über Künstler, Rezipienten usw. werden im generischen Maskulinum belassen, da sich die entsprechenden Referenzstellen aus dem zur Debatte stehenden Zeitraum der Zwischenkriegszeit sowohl auf Frauen als auch Männer beziehen konnten und in den meisten Fällen zudem davon auszugehen ist, dass der Darstellungsfokus vorrangig auf männliche Kunstschaffende gerichtet war.

auf die DGS erlaubt es, jene kunstsoziologischen Positionen zu erfassen, die in der Gruppe der an der weiteren Institutionalisierung des Faches Soziologie Interessierten verhandelt wurden, wobei hier auch Vertreterinnen und Vertreter anderer Fächer und Personen mit Geburtsorten außerhalb Deutschlands zu Wort kamen. Zu beachten ist auch, dass durch die Konzentration auf die DGS zunächst vor allem die Zeit bis 1933 in den Vordergrund rückt. Die Soziologie durchlief in der Weimarer Zeit eine Reihe von Institutionalisierungsschritten (vgl. Moebius 2021): Zu erwähnen wäre etwa die steigende Zahl von dem Fach Soziologie explizit gewidmeten Lehrstühlen sowie jenen Hochschulstandorten, an denen das Fach zumindest als Wahl- oder Nebenfach gelehrt wurde (vgl. Käsler 1984: 626–628; Lepsius 1979: 26). Außerdem fielen neue Zeitschriftengründungen, als weitere wichtige Institutionalisierungsschritte der Soziologie in Deutschland, in diesen Zeitraum (vgl. Moebius 2017: 10 f.). Die Institutionalisierung des Faches erlitt einen entscheidenden Bruch im Jahr 1933: Die DGS, als eine der wesentlichen treibenden Kräfte der Etablierung vor 1933, stellte bis 1946 ihre Aktivitäten ein. Viele Vertreterinnen und Vertreter der Soziologie mussten aus dem deutschen Sprachraum emigrieren (vgl. Lepsius 1979: 26; Fleck 1988: 265–270; Acham 1998: 679–682). Die wichtigsten außeruniversitären Zentren der neu entstandenen Disziplin wurden geschlossen (etwa das Forschungsinstitut in Köln) oder aus Deutschland verlegt (wie das Frankfurter Institut für Sozialforschung). Wichtige Fachjournale mussten ihr Erscheinen einstellen (wie z. B. die *Kölner Vierteljahreshefte für Soziologie* (1923–1934)) oder ihren Redaktionssitz verlagern (wie z. B. die *Zeitschrift für Sozialforschung* (1932–1941), die zwischen 1933–1938 zunächst in Paris, 1939/1940 und 1941/1942 dann in New York City herausgegeben wurde). Die Soziologie existierte zwar weiterhin an den deutschen Universitäten (vgl. Moebius 2021: 100 ff.), und es gab auf Basis eines völkischen Soziologieverständnisses auch Bemühungen, die weitere Etablierung dieser Disziplin zu erwirken, jedoch wurde die Vielfalt soziologischen Denkens durch ein Verständnis dieser Wissenschaft als Gehilfin des NS-Staates ersetzt (vgl. Schauer 2018: 121–141; Kruse 2018; Lepsius 1981/2017a: 20). Der Entwicklungsbruch des Faches insgesamt wirkte sich auch auf das kunstsoziologische Schaffen aus: „Soziologentage“ der DGS, auf denen das Thema weiter verhandelt hätte werden können, fanden nicht statt; relevante kunstsoziologische Publikationen, etwa aus dem Umkreis der Frankfurter Schule bzw. der *Zeitschrift für Sozialforschung,* mussten im Exil erscheinen und wurden erst spät wieder im deutschen Sprachraum rezipiert; Ansätze der in Deutschland Verbliebenen, wie etwa jener Alfred von Martins, gerieten in der „inneren Emigration“ in Vergessenheit und erfuhren ebenfalls erst eine späte Wiederentdeckung.

2 Kunstsoziologische Erörterungen im Zusammenhang mit der Institutionalisierung der Soziologie in der Zwischenkriegszeit

Die Weimarer Zeit kann als „Take off-Phase der Soziologie“ (Glatzer 1995: 219) betrachtet werden, wobei sich vor allem die Versammlungen der 1909 gegründeten *Deutschen Gesellschaft für Soziologie* (DGS) als Forum für Fragen der weiteren Entwicklung der Disziplin erwiesen. Die DGS übernahm nicht nur unter den deutschen Soziologinnen und Soziologen, sondern auch unter den österreichischen und schweizerischen Kolleginnen und Kollegen eine zentrale Kommunikationsfunktion, was unter anderem an der Abhaltung der „Soziologentage“ in Wien (1926) und Zürich (1928) sichtbar wird (vgl. auch Lepsius 1981/2017a: 8–17; Käsler 1984: 69; Moebius 2021: 89–95).

Die Debatten der „Soziologentage“ zeigen, dass Kunst als Thema für die Soziologie der Weimarer Zeit durchaus eine wichtige Rolle spielte, zumal die Auseinandersetzung mit diesem Thema sich als geeignet erwies, die Besonderheiten einer soziologischen Perspektive im Unterschied zu jener anderer Disziplinen herauszuarbeiten. Darüber hinaus wird anhand der Erörterungen der „Soziologentage“ deutlich, dass heutige Themenfelder der Kunstsoziologie bereits in der Weimarer Zeit andiskutiert wurden. Leopold von Wieses Konzeption von Soziologie, die er explizit vom Aufgabenbereich anderer Disziplinen, etwa der Psychologie, der Wirtschaftswissenschaft und der Philosophie abgrenzte, entwickelte sich innerhalb der DGS zu einer bis 1933 dominanten Richtung (vgl. Käsler 1984: 71–92, 314; Moebius 2017). Auch die Beschäftigung mit der Kunst diente bei von Wiese dem Zweck der näheren Definition der Soziologie als einzelwissenschaftlicher Disziplin und ihrer Abgrenzung von anderen Wissenschaften. Dagmar Danko hat kürzlich festgestellt: „Die Kunstsoziologie bildet sich nicht erst zu einem Zeitpunkt heraus, an dem die Soziologie bereits etabliert ist, sondern begleitet ihre Entwicklung als Forschungsrichtung von Anfang an. Daher durchläuft die Kunstsoziologie auch alle Etappen der Soziologie als Disziplin, wozu wechselnde Auffassungen darüber gehören, wie sich die (Kunst-)Soziologie von welchen Disziplinen abgrenzen soll.“ (Danko 2012: 15) Allerdings wurde die allgemeine Entwicklung der Soziologie nicht einfach nur parallel durch die Kunstsoziologie mitvollzogen, sondern gerade die Auseinandersetzung mit dem Thema Kunst war der soziologischen Selbstvergewisserung gegenüber anderen Disziplinen besonders dienlich, wie die Debatten der Fachgesellschaft zeigen.

Ich beziehe mich im Folgenden vor allem auf die *Verhandlungen des Siebenten Deutschen Soziologentages,* der vom 28. September bis 1. Oktober

1930 in Berlin stattfand und auf dem in einer eigenen Untergruppe „Soziologie der Kunst“ unterschiedliche Positionierungen dieses Themenfeldes in der Soziologie und ihren Nachbardisziplinen vorgenommen wurden. Ich schildere zunächst die Argumente der drei Hauptreferenten der Tagung (Leopold von Wiese, Erich Rothacker und Kurz Breysig).

Leopold von Wiese (1876–1969) nützt seine einleitenden Ausführungen „Methodologisches über den Problemkreis einer Soziologie der Kunst“ (1931) dazu, um sehr deutlich die Aufgaben der Soziologie im Themenfeld Kunst von jenen anderer Disziplinen abzugrenzen und dabei zugleich seinen beziehungswissenschaftlichen Ansatz als Methode der Soziologie allgemein zu propagieren. Die Aufgabe der Diskussionen des „Soziologentages“ sieht von Wiese darin, das Feld der Soziologie der Kunst auszuloten: „Wir wollen versuchen, durch Gedankenaustausch Wege neuer Forschung anzuregen. Wir wollen nichts Fertiges mitteilen; sondern es handelt sich für uns um erste Diskussionen, um tastende Unterhaltungen.“ (von Wiese 1931: 122) Er verweist dabei auf die bereits weiter fortgeschrittene Debatte in anderen Ländern (Frankreich, England und USA) und erklärt die bisherige Zurückhaltung gegenüber dem Thema im deutschen Sprachraum mit einer noch vorhandenen Unsicherheit, was „Aufgaben und Grenzen der Soziologie“ (von Wiese 1931: 123) betrifft. Verbunden wird dies mit dem Plädoyer: „Man muß über den Aufgabenkreis, der einer Einzelwissenschaft vom Zusammenleben und Zusammenwirken der Menschen gestellt ist, und über die hierzu zu verwendenden Verfahren völlig im klaren sein, ehe man sich an das Teilgebiet der Kunstsoziologie begeben kann.“ (von Wiese 1931: 123) Das Unterfangen, die Debatte über die Kunstsoziologie zu eben jener Selbstvergewisserung des Faches allgemein zu verwenden, wird in diesem Zitat besonders deutlich. Als Schwierigkeit im Rahmen dieses Prozesses ortet von Wiese die Tatsache, dass neben dem engeren Begriff der Soziologie auch in den Nachbardisziplinen eine soziologische Perspektive im weiteren Sinne Verwendung findet. Auch in den Kunstwissenschaften gäbe es eine Gruppe „soziologienahe[r] Forscher“ (von Wiese 1931: 125), wie er sie nennt, die die sozialen Zusammenhänge rund um das Kunstwerk beachten und „diese Umwelt zur Erklärung von Erscheinungen der Kunst nicht unerheblich“ (von Wiese 1931: 126) heranziehen. Von Wiese sieht diese, seines Erachtens eigentlich sozialgeschichtlichen, Arbeiten als wichtige Bausteine für die Kunstsoziologie, sie seien jedoch nicht selbst als solche zu bezeichnen. Er zieht auch eine Grenze zu Ansätzen einer „geschichtlich deutende[n] Forschung“ (von Wiese 1931: 126), die den Sinn des Kunstschaffens bestimmter historischer Epochen erfassen wollen, da diese sich vorrangig auf die Inhalte der Kunstwerke beziehen müssten und von daher zu den Kunstwissenschaften zählten. Von Wiese betont den soziologischen Charakter der von ihm

vertretenen Kunstsoziologie und signalisiert damit zugleich, dass dieses Fach den Kunstwissenschaften ihren Aufgabenbereich nicht streitig machen wolle. Er definiert Kunstsoziologie wie folgt: „Die Kunst erscheint uns […] als ein Gebiet, auf dem sich Menschen aneinander binden oder voneinander lösen. Nur in dieser besonderen Funktion interessiert sie uns hier, eben nur als Bereich menschlicher Beziehungen." (von Wiese 1931: 127) Kunst würde in besonderer Weise einen Zusammenhang zwischen Menschen stiften und auch aus diesem Zusammenhang hervor gehen, weshalb sie sich zur Analyse des „Mensch-Mensch-Verhältnisses" eigne. Er betont dabei den zweckfreien Charakter der durch Kunst zwischen den Menschen geschaffenen Verbindung, der sie von Verbindungen in anderen Bereichen, etwa der politischen, ökonomischen oder rechtlichen Sphäre unterscheide. Auch der Einfluss der Kunst auf das Verhalten von Einzelnen und von Gruppen ist für von Wiese von Interesse für die Soziologie, womit er an Jean-Marie Guyaus Thesen zur sozialen Wirkung von Kunst anschließt. Als Themenfelder der Kunstsoziologie skizziert von Wiese die bis heute in Einführungen zur Kunstsoziologie immer wieder ausführlich behandelten Bereiche der Produktion, Distribution und Rezeption von Kunstwerken, ohne sie explizit so zu betiteln (vgl. von Wiese 1931: 129 f.). In dem programmatisch gehaltenen Beitrag wird die Bandbreite kunstsoziologischer Fragestellungen angedeutet, wobei die Spannbreite der Fragestellungen von der Instrumentalisierung der Kunst im Rahmen politischer Zwecke, über die Abhängigkeit der Kunstproduktion von ökonomischen Gegebenheiten, bis hin zu Fragen der Kunst als Spiegel von Zeitströmungen reicht. Die Ausführungen beziehen sich dabei auf unterschiedliche Kunstsparten (bildende Kunst, Theater, Literatur, Musik) und nehmen nicht nur den Bereich der „Hochkunst" in den Blick, sondern erwähnen explizit auch Kunstschöpfungen des sogenannten „Volkslebens" (von Wiese 1931: 131).

Erich Rothacker (1888–1965) widmet sich unter dem Titel „Der Beitrag der Philosophie und der Einzelwissenschaften zur Kunstsoziologie" (Rothacker 1931) der notwendigen Zusammenarbeit verschiedener Disziplinen im Feld der Kunstsoziologie und rückt damit das bei von Wiese erwähnte, breitere Feld kunstsoziologischer Produktion im Umfeld der Soziologie in den Vordergrund der Betrachtung. Auch Fragen der Stilentstehung bzw. des Stilwandels werden von ihm als Aufgabengebiet der Kunstsoziologie gesehen, die dabei die „Fülle der Materialien" geistesgeschichtlicher Literatur verarbeiten solle. Es ginge darum, „Beziehungen zwischen sozialen Schichten, Lagen, Weltanschauungen und Stilen [zu] suchen" (Rothacker 1931: 132), wozu eine enge Arbeitsgemeinschaft mit den Kunstwissenschaften als unvermeidbar dargelegt wird. Rothacker bezieht sich direkt auf Mannheims These der Seinsverbundenheit der Kunst, die er aber als schon bisherigen „Hauptbestandteil der kunstwissenschaftlichen

Arbeit“ (Rothacker 1931: 136) ausmacht. Auch von Wiese war sich der nötigen Zusammenarbeit mit den Kunstwissenschaften bewusst. Während von Wiese im Sinne der von ihm vertretenen Beziehungslehre die zwischenmenschlichen Beziehungen als Aufgabenfeld der Kunstsoziologie im engeren und eigentlichen Sinne betonte, geht es Rothacker um den Beitrag der Soziologie zum breiteren Feld der Kunstsoziologie, den er im Bereich der Soziographie verortet (vgl. Rothacker 1931: 153). Rothacker versteht darunter die Darstellung der gesellschaftlichen Zustände einer Zeit, die auf die Stilentwicklung wirken. Kunstsoziologie bleibt bei Rothacker Gemeinschaftsarbeit und Soziologie leistet lediglich einen Beitrag zu dieser (vgl. Rothacker 1931: 146). Er bezieht sich in seinen Darlegungen auf eine ganze Reihe von Autoren unterschiedlicher fachlicher Provenienz und regt deren Berücksichtigung durch die Kunstsoziologie an. Die Bandbreite der behandelten Autoren reicht dabei von Rudolf Jhering über Friedrich Wilhelm Nietzsche oder Georg Lukács bis hin zu Wilhelm Pinder. Er mahnt allgemein die Zusammenarbeit unterschiedlicher Disziplinen an: „Die Wissenschaften vom Menschen werden sich entweder in gegenseitigem guten Willen finden oder aber zum Nachteil ihrer Wissenschaftlichkeit nicht finden.“ (Rothacker 1931: 139) Trotz dieses Plädoyer für gemeinschaftliche Arbeit, verweist Rothacker auch auf Schwierigkeiten, die sich für einen solch umfassenden Zugang stellen würden. „Die gegenwärtige Organisation der wissenschaftlichen Anstalten bietet der Arbeit auf Grenzgebieten keinen günstigen Boden.“ (Rothacker 1931: 156) Wie schon von Wiese, so bezieht sich auch Rothacker auf unterschiedliche Kunstsparten (Literatur, bildende Kunst, Baukunst).

Kurt Breysig (1866–1940) schließlich widmet sich unter dem Titel „Das geistige Schaffen als Gegenstand der Gesellschaftslehre“ (1931) einer strikten Ausarbeitung der Kunstsoziologie im Sinne der beziehungswissenschaftlichen Schule von Wieses. „Die Gesellschaftslehre ist nach meiner Überzeugung die Wissenschaft von den Bewirkungen, die, sei es zwischen den Einzelmenschen und ihren Einungen untereinander, sei es zwischen dem Menschen und seiner Umwelt, stattfinden, insofern sie zu dauernden oder vorübergehenden Bindungen ihres handelnden, also im engeren Sinn gesellschaftlichen oder ihres geistigen Verhaltens führen.“ (Breysig 1931: 158) Breysig sieht die Aufgaben der Gesellschaftslehre darin, die Träger des geistigen Lebens und insbesondere deren „Ordnungen“ (Breysig 1931: 157), womit im Wesentlichen deren Organisationsformen gemeint sind (etwa Kirchen, Schulen, Zünfte), zu analysieren, ebenso den Inhalt ihrer Werke und die „Grundhaltung der Formen des geistigen Schaffens“. Die Zuständigkeit der Gesellschaftslehre wird dabei von jener anderer Wissenschaften strikt getrennt, da sie sich doch nur „auf die deutende Verwertung“ erstrecken dürfe, „nicht auf die Erforschung der Tatbestände, die

der Kunstgeschichte und der Kunstlehre, der Wissenschaftsgeschichte und der Wissenschaftslehre überlassen bleibt“ (Breysig 1931: 157). Die Dreiteilung des kunstsoziologischen Aufgabenbereiches in die Analyse der Produktions-, Distributions- und Rezeptionsbedingungen findet sich indirekt auch bei Breysig, betreffen doch die von ihm angesprochenen „gesellschaftlichen Bindungen und Bewirkungen“ (Breysig 1931: 159) sowohl den Bereich der Künstler, und etwa auch das Verhältnis von Künstlerschulen zueinander, als auch den Bereich der Rezipienten sowie aller zwischengeschalteten Instanzen. Der Einfluss der Kunst auf die Gesellschaft wird ebenso thematisiert wie umgekehrt deren Prägung durch gesellschaftliches Verhalten (vgl. Breysig 1931: 165). Wiederum wird dabei gleichermaßen auf unterschiedliche Kunstsparten, wie Theater, Literatur oder bildende Kunst verwiesen.

In der an die drei Hauptvorträge anschließenden Diskussion (und den zusätzlichen schriftlichen Beiträgen) wird das Ringen um die fachliche Einordnung der Kunstsoziologie noch deutlicher als in den Vorträgen selbst. Das Ausmaß und die Form der Zusammenarbeit mit den Kunstwissenschaften wurden dabei intensiv diskutiert. Die meisten Beiträgerinnen und Beiträger plädieren für eine klare Arbeitsteilung mit den Kunstwissenschaften, wobei Kunstsoziologie als Aufgabengebiet der Soziologie gesehen wird. Für alle unumstritten ist, dass unterschiedliche Bereiche der Kunstproduktion Gegenstand kunstsoziologischer Betrachtungen sein sollten, dass neben der bildenden Kunst also stets auch andere Künste (etwa Literatur oder Theater) zu berücksichtigen seien. Kontrovers diskutiert wurde hingegen die Frage künstlerischer Qualitätsurteile als Vorbedingung kunstsoziologischer Erörterungen. Gregor Sebba (1905–1985) tritt gegen den Einbezug künstlerischer Betätigungen des alltäglichen Lebens in den Gegenstandsbereich der Kunstsoziologie auf und fordert, dass sich die Kunstsoziologie auf die „hohe Kunst“ konzentrieren solle, „welche an den Menschen mit der nicht ausgesprochenen, aber immanenten Forderung herantritt: sein Leben zu ändern“ (Sebba 1931: 176). Alfred Peters (1888–1974) hingegen fordert Kunstwerke unterschiedlichster Provenienz zum Gegenstand kunstsoziologischer Erörterungen zu machen und „nicht einen Kunststil, etwa den naturalistischen, für die Quintessenz oder doch den letzten Maßstab künstlerischer Äußerungen überhaupt“ (Peters 1931: 288) zu halten. Die Kunstsoziologie, welche sich für die menschlichen Beziehungen rund um das Kunstwerk interessiere, könne sich bei der Auswahl der zu analysierenden Werke an der Arbeit der Kunstwissenschaft orientieren: Eigene Kunstexpertise oder „ein Kunsterleben von besonderer Intensität kann nicht zur Bedingung des Betriebes einer Soziologie der Kunst gemacht werden“ (Peters 1931: 288). Die der Kunst zugeschriebenen gesellschaftsverändernden Funktionen werden auch im Beitrag von Kurt H. Busse deut-

lich, der die Ideen von Wieses auf den Film bzw. das Kino anwendet und dabei zugleich eine Kritik dieser neuen künstlerischen Ausdrucksform vornimmt (Busse 1931). Er hebt die problematische Rolle des Kinos hervor, die darin bestehe, dass es zu keiner wirklichen Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse anrege. „Der Gesellschaftsfilm will so einerseits die irreale Fiktion ungehemmter sozialer Aufstiegsmöglichkeiten erzeugen, indem er alle sozialen Hindernisse und Widerstände der Welt einfach wegleugnet, und will dadurch den kleinen Mann, der mit jener Scheinwelt fingierter Liebes- und Ehrenhändel eigentlich nichts gemein hat, verführen, diese Kulissenherrlichkeiten für wahr und, was noch schlimmer ist, auch für besser zu halten, so daß er sich an ihnen als Wertmaßstäben orientiert." (Busse 1931: 187) Dies wiederum komme der Filmindustrie selbst zu Gute, da auf diese Weise das beständige Interesse des Publikums gesichert werde.

Systematischere Skizzierungen der Themenfelder der Kunstsoziologie finden sich in den Beiträgen von Paul Honigsheim (1885–1963) und von Hanna Meuter (1889–1964). Die von beiden aufgelisteten Themenfelder sprechen dabei im Prinzip alle Bereiche heutiger kunstsoziologischer Studien an, darunter Fragen der Kunst als Beruf, der Beziehung der Künstler zum Publikum, die soziale Struktur des Publikums oder die Rolle von Kunsthändlern als Vermittlern (vgl. Honigsheim 1931; Meuter 1931: 284–288). Hanna Meuter geht dabei explizit sowohl auf die bildende Kunst als auch auf die Literatur ein, wobei Kunstwerke auch „als Demonstrationsmittel der Soziologie" (Meuter 1931: 281) verwendet werden sollten, um deren Forschungsergebnisse zu veranschaulichen. Die Grenzziehung zu anderen Disziplinen, findet sich bei Meuter vor allem im Hinblick auf die Abgrenzung zur Psychologie (Meuter 1931: 286). Auch Richard Müller-Freienfels (1882–1949) arbeitet die Unterschiede zwischen einer soziologischen bzw. sozialpsychologischen und einer psychologischen Perspektive auf das Kunstschaffen heraus. Er widmet sich dabei sowohl der Beziehung zwischen Künstler und Publikum, etwa der Prägung des Künstlers bzw. seines Stils durch die Einbettung in bestimmte gesellschaftliche Gruppen, als auch dem Zustandekommen von ästhetischen Wertungen (vgl. Müller-Freienfels 1931).

Zusammenfassend lassen sich folgende Thematisierungsweisen von Kunst in der Diskussion finden, wobei zumeist mehrere davon in den jeweiligen Beiträgen vertreten werden. 1.) Der Einfluss der Kunst auf die Gesellschaft (am deutlichsten wird dies bei Hans Lorenz Stoltenberg (1888–1963) angesprochen, der darin auch das eigentliche Betätigungsfeld der Kunstsoziologie sieht). 2.) Die Kunst als durch die Gesellschaft geprägtes Phänomen, dessen Analyse Rückschlüsse auf eben diese Gesellschaft ermöglicht (ein Zugang, der sehr deutlich von Fedor Stepun (1884–1965) betont wird). 3.) Kunst als Feld sozialer Beziehungen

zwischen Kunstschaffenden, -rezipierenden und Vermittlern (besonders deutlich im Beitrag von Honigsheim geschildert; zugleich stand dieser Punkt auch im Vordergrund der Hauptreferate von von Wiese und Breysig).

Auch die Verhandlungen des „sechsten deutschen Soziologentages“, der 1928 in Zürich stattfand, sollen hier kurz erwähnt werden. Auch auf diesem „Soziologentag“ wurden Fragen der Kunst eingehend erörtert, wenn auch nicht unter dem Etikett der „Soziologie der Kunst“, sondern im Zusammenhang mit Fragen zur „Entstehung der Kunst“. Die gesellschaftliche Prägung der Kunst und die soziale Einbettung der Kunstschaffenden stand, bei aller Unterschiedlichkeit der vertretenen Positionen, im Vordergrund der Verhandlungen, womit ein wichtiges Thema für die später geführten Debatten zur Soziologie der Kunst bereits damals angesprochen wurde.

Richard Thurnwald (1869–1954) schilderte in seinem Vortrag das u. a. durch die expressionistische Kunst geweckte Interesse an „primitiver Kunst“ und unterstrich die Aufgaben der Soziologie in diesem Zusammenhang, die darin lägen die soziale Bedingtheit der Kunst aufzuzeigen (vgl. Thurnwald 1929: 249). Fortschritt in der Kunst könne nicht nur durch technische Entwicklungen erklärt werden, sondern die sozialen Prozesse im Zusammenhang mit der Entwicklung von Kunststilen, insbesondere die Übernahme und Veränderung künstlerischer Formen im Zuge von Wanderungen, müssten beachtet werden. Kunstbetätigungen dienten in frühen Phasen der Menschheitsgeschichte stets unterschiedlichen Zwecken, etwa magisch-religiösen oder auch alltäglichen, mitteilenden Zwecken. Eine Verselbständigung der Kunst und die Ausbildung eines eigenständigen Künstlerberufs finde hingegen erst in den Hochkulturen statt (vgl. Thurnwald 1929: 252–256). Der heutige Kunstbegriff könne daher nicht auf die künstlerische Betätigung früherer Zeiten angewendet werden. Ebenso wenig seien dichotome Begriffsbildungen, wie etwa geometrisch-linear oder realistisch, zur Beschreibung früher künstlerischer Betätigungen geeignet. „Das, was wir bei dem einzelnen Naturvolk finden, ist jedesmal der historisch-psychologisch bedingte Ausdruck der gesamten Lebensgestaltung. Es sind Auseinandersetzungen mit der örtlichen Umgebung und Erlebnisse mit den Nachbarn.“ (Thurnwald 1929: 263) Die Analyse der konkreten Lebensgestaltung heutiger Naturvölker und ihres darin eingebetteten Kunstschaffens könne diesbezüglich Aufschluss geben, um auch die Anfänge menschlicher Kunstbetätigungen zu verstehen. Thurnwald wandte sich mit diesen Überlegungen vor allem gegen die Kulturkreislehre, die in der Diskussion jedoch von Julius Lips (1895–1950) verteidigt wurde, der Kunstformen als Ausdruck spezifischer Wirtschafts- und Gesellschaftsstrukturen darlegte (vgl. Lips 1929: 277 f.). Auch Honigsheim plädierte in der Diskussion für eine Systematisierung unterschiedlicher Kulturen, deren Wirtschafts- und

Gesellschaftsorganisationen je spezifische Kunstformen hervorbrächten (vgl. Honigsheim 1929). Thurnwald widersprach und plädierte dafür, Gemeinsamkeiten zwischen Kunstformen unterschiedlicher Kulturen nicht auf deren ähnliche Wirtschaftsweise zurückzuführen, sondern auf konkrete Beeinflussungsprozesse. Auch Nobert Elias (1897–1990) setzte beim Verstehensproblem anderer Kulturen an und forderte anstelle der Verwendung der Gegenwart entlehnter Kategorien die Beachtung der konkreten Lebenswelt vergangener Zeiten, in welcher Wirtschaft, Recht und auch Kunst noch keine klar voneinander unterschiedenen Sphären gewesen seien (Elias 1929: 283). Felix Speiser (1880–1949) griff ebenfalls Thurnwalds Kritik einer Übertragung des heutigen Kunstbegriffs auf die Kunst der Naturvölker auf, deren künstlerische Betätigungen keine Kunst „im höheren Sinne“ (Speiser 1929: 271) seien, da sie vorrangig emotional getrieben (etwa durch den Wunsch nach Jagdglück, der sich in entsprechenden Felszeichnungen niederschlage) und noch nicht rein ästhetisch motiviert seien. Zugleich wies er auf die Bedeutung dieser emotionalen Komponente für jede künstlerische Betätigung hin: „[…] denn der Mensch sucht im Kunstwerk nicht nur die Befriedigung ästhetischen Sinnes, sondern auch die Befreiung von der Schwere des Daseins“ (Speiser 1929: 274).

Die Verhandlungen der beiden „Soziologentage“ der DGS zeigen, dass wesentliche Themen kunstsoziologischer Erörterungen bereits in der Zwischenkriegszeit angedacht waren, wenn auch widersprüchlich diskutiert wurden. Diese Debatten erfolgten allerdings nicht mit dem Ziel, eine spezielle Soziologie der Kunst zu etablieren, sondern wurden im Lichte der allgemeinen Etablierung der noch jungen Disziplin Soziologie geführt (vgl. Danko 2012: 14–16, 27). Hinzu kommt, dass die Ausführungen notwendigerweise auf der programmatischen Ebene angesiedelt waren; inhaltlich reichhaltigere Darstellungen finden sich in anderen Quellen, von denen im Folgenden einige präsentiert werden sollen. Es werden dabei vorrangig Beiträge von Personen berücksichtigt, die gemeinhin der Soziologie zugerechnet werden (Beiträge anderer fachlicher Herkunft finden nur Erwähnung, insofern sie sich explizit auf kunstsoziologische Fragen beziehen bzw. in diesem Zusammenhang rezipiert wurden). Auch sollen nur jene Personen berücksichtigt werden, deren Werke mit Bezug zur bildenden Kunst im zur Debatte stehenden Zeitraum 1918–1939 erschienen sind. Manche später für den Bereich der Kunstsoziologie bedeutsam gewordene Autorinnen und Autoren waren zwar bereits in der Zwischenkriegszeit tätig, haben ihre kunstsoziologisch relevanten Werke aber erst danach verfasst (z. B. Arnold Hauser) und sollen daher hier unberücksichtigt bleiben. Die geographische Herkunft der besprochenen Autorinnen und Autoren wird vernachlässigt, da die im Folgenden beachteten Publikationsorgane – ähnlich wie die DGS – in dieser Zeit als Forum für alle

an der Soziologie Interessierten innerhalb des deutschen Sprachraumes gelten können (vgl. auch Lepsius 1981/2017a: 5 f.).

Neben dem Eintrag zum Thema Kunst im 1931 erschienenen *Handwörterbuch der Soziologie,* welches hier als Referenzquelle für das in soziologischen Übersichtswerken der Zwischenkriegszeit repräsentierte soziologische Selbstverständnis herangezogen wird, werden im Folgenden auch relevante Aufsätze ausgewählter Zeitschriften exemplarisch beleuchtet. Die *Kölner Vierteljahreshefte für Soziologie* (erschienen zwischen 1923–1934) und die *Zeitschrift für Sozialforschung* (erschienen zwischen 1932–1941) dienen dabei als Beispiele für Publikationsorgane im (Nah-)Bereich der Soziologie, während *Logos. Internationale Zeitschrift für Philosophie der Kultur* (erschienen zwischen 1910–1933/1934) das breitere Umfeld der Soziologie repräsentiert.

In den *Kölner Vierteljahresheften* taucht Kunst(soziologie) vorrangig als Thema in Literaturbesprechungen auf (zu erwähnen wären etwa Honigsheims Besprechung französischer Schriften zum Thema altamerikanische Kultur und „primitive" Kunst (1933/1934) oder Anny Schürholz-Ohrnbergers Besprechung von Jean-Marie Guyaus Thesen zur Kunst (1931/1932)). Hervorzuheben ist darüber hinaus der Beitrag von Richard Müller-Freienfels, „Künstlertum und Kunstpublikum" (1931/1932), in dem er eine eingehende Schilderung der Aufgaben der Kunstsoziologie in beziehungswissenschaftlicher Perspektive vornimmt. Müller-Freienfels rückt die im Verlauf der Geschichte variierende gesellschaftliche Stellung der Kunstschaffenden ins Zentrum und macht dabei deutlich, inwiefern moderne Vorstellungen von Kunst und einzelnen Künstlerpersönlichkeiten ungeeignet sind, um „Kunst" früherer Zeiten adäquat zu beschreiben (vgl. Müller-Freienfels 1931/1932: 69–72). Darüber hinaus kritisiert er den modernen Geniebegriff und verweist auf die Bedeutung von Künstlergruppen und eines entsprechend disponierten Kunstpublikums, die wesentlich zum Erfolg Einzelner beitragen. „In Wahrheit ist der Erfolg einer Künstlerpersönlichkeit stark abhängig von höchst komplizierten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Konstellationen, auf die der Schaffende bewußt oder unbewußt Rücksicht nimmt." (Müller-Freienfels 1931/1932: 76 f.) Seine Beispiele stammen dabei nicht nur aus der bildenden Kunst, sondern auch aus der Literatur oder dem Theater. Interessant ist die Sichtweise des Künstlers als „Unternehmer" (Müller-Freienfels 1931/1932: 78), der sich aktiv um sein Publikum bemühen muss. Auch die Bemerkungen zur oftmals notwendigen Ausübung eines Nebenberufs deuten auf spätere einschlägige Arbeiten zur Einkommenslage von Künstlerinnen und Künstler voraus (vgl. etwa König und Silbermann 1964; Fohrbeck und Wiesand 1975). Die Rolle von Mäzenen, Kunsthändlern und von Salons oder Vereinen wird ebenso geschildert wie der Beitrag

einzelner Wissenschaften zum Feld der Kunst (etwa durch Sammlungstätigkeit oder im Bereich der Kunstkritik). Neben Historikern, Philosophen und Psychologen wird auch der Beitrag von Kunstsoziologen explizit angesprochen: „Da sowohl das Kunstschaffen wie das Kunstgenießen nicht eine rein individuelle Sache ist, sondern stets mitbedingt von soziologischen Tatsachen, so ist es notwendig, diese zu verstehen und ins Bewußtsein zu erheben, wenn man das Kunstleben in der Tiefe erfassen will." (Müller-Freienfels 1931/1932: 83) Eine solche soziologische Perspektive könne insbesondere zum Verständnis der Kunstwerke früherer Zeiten und Völker und zur Korrektur einer einseitigen, an Künstlerindividualitäten oder reiner Stilgeschichte orientierten Kunstgeschichtsschreibung beitragen.

Das Thema Kunst spielte in *Logos. Internationale Zeitschrift für Philosophie der Kultur* insgesamt betrachtet eine bedeutendere Rolle als in den *Kölner Vierteljahresheften für Soziologie.* Neben kunsthistorischen Beiträgen, etwa von Erwin Panofsky (z. B. 1932 „Zum Problem der Beschreibung und Inhaltsdeutung von Werken der bildenden Kunst") oder Heinrich Wölfflin (z. B. 1933 „Kunstgeschichtliche Grundbegriffe. Eine Revision"), erschienen auch Aufsätze soziologischerer Ausrichtung, etwa von Georg Simmel (z. B. 1917/1918 „Gesetzmäßigkeit im Kunstwerk") oder Alfred von Martin (1928 „Romantische Konversionen"). Die Zeitschrift spiegelt gut den fachübergreifenden Diskurs der Zwischenkriegszeit, der am Beispiel Panofskys im Folgenden dargestellt wird. Kunstsoziologische Erörterungen nahmen auch in der *Zeitschrift für Sozialforschung* relativ breiten Raum ein (vgl. Schmidt 1980: 37*), wobei neben Überlegungen Leo Löwenthals zur Literatur und Theodor W. Adornos zur Musik, durch Walter Benjamin (1892–1940), auf den im Folgenden näher eingegangen wird, auch die bildende Kunst im engeren Sinne thematisiert wurde (vgl. Schmidt 1980: 56–61*).

3 Ausgewählte weitere Beiträge zur Kunstsoziologie der Zwischenkriegszeit

Die Herausgabe des *Handwörterbuch der Soziologie* durch Alfred Vierkandt im Jahr 1931 kann als Indiz für die fortgeschrittene Institutionalisierung des Faches gesehen werden (vgl. Lepsius 1981/2017a: 16; Moebius 2021: 58). Der Anspruch des Werkes, einen Überblick über dieses Fach zu geben, wurde auch von Zeitgenossen positiv gewürdigt (vgl. Gollub 1932: 154). Die Aufnahme eines Eintrags „Kunst (Bildende Kunst und Literatur)" in das Handwörterbuch unterstreicht die Bedeutung dieses Themas für die Soziologie der

Zwischenkriegszeit. Allerdings wird auch in diesem Text das Bemühen, die soziologische Beschäftigung mit Kunst zur Positionierung dieses Faches gegenüber anderen Fächern zu nutzen, deutlich. Werner Ziegenfuß (1904–1975), der Autor des Eintrags, grenzt seine eigenen Überlegungen zum Thema von jenen Taines, Guyaus und des Kunsthistorikers Wilhelm Hausensteins (1882–1957) ab (Ziegenfuß bezieht sich auf dessen 1916 veröffentlichte Werk *Die Kunst und die Gesellschaft*). Ziegenfuß versucht Kunst systematisch als soziales Phänomen dazulegen und wendet sich dabei gegen alle Versuche, dieses einseitig auf natürliche, psychologische oder sozio-ökonomische Ursachen zurückzuführen (vgl. Ziegenfuß 1931: 310). „Primitive Kunst", die „Volkskunst" und die „Künstlerkunst" werden im Hinblick auf ihre soziale Einbettung hin, d. h. ihre Prägung durch und ihre Wirkung auf die Gemeinschaft hin diskutiert. Der Artikel beschränkt sich dabei nicht auf die bildende Kunst und Literatur, sondern bezieht etwa auch Musik oder das Theater in die Überlegungen mit ein. Durchaus vergleichbar zu späteren Vorstellungen der Kunstwelt (Howard Becker) oder des künstlerischen Feldes (Pierre Bourdieu) zeigt Ziegenfuß das Zusammenspiel unterschiedlicher Akteure, wie etwa der Kunstliebhaber, der Mäzene, der Kunstkritiker oder Galeristen, mit den Künstlern auf. Auch der geniale Künstler ist solcherart nie als völlig autonom von der Gesellschaft zu betrachten. „Jedes Werk ist eine Frage an die Mitwelt. Das Ja oder Nein der Mitlebenden ist verantwortungsvolle Entscheidung über das Schicksal der Kunstwelt und über das Ergehen des Schaffenden, nicht nur in seinem äußeren Dasein." (Ziegenfuß 1931: 323) Gemeinsamkeiten des Stils können nach Ziegenfuß nicht mit den Konzepten „Rasse" und „Klasse" erklärt werden und auch der „Generationenbegriff" im Sinne Wilhelm Pinders erscheint ihm nur bedingt geeignet zu sein (vgl. Ziegenfuß 1931: 331–333). Der Soziologie komme die Aufgabe zu, am Kunstwerk selbst anzusetzen und dieses als ganzheitlichen Ausdruck der Gemeinschaft zu deuten. „Die Soziologie kann nur ausgehen von jenen Gebilden, in denen sich dieses soziale Leben Dauer und Bestand gibt und zugleich Ausdruck und Symbol seines inneren gesellschaftlichen oder gemeinschaftlichen Sinnes schafft." (Ziegenfuß 1931: 335) Anhand der Genre des Selbstporträts und des Romans illustriert er das Spannungsverhältnis von als autonom verstandenen Künstlern und der von ihnen zum Ausdruck gebrachten gemeinschaftlichen Wirklichkeit.

Eine vergleichbare Ausrichtung, Kunstwerke als Belege für den in ihnen zum Ausdruck kommenden gemeinschaftlichen Sinn heranzuziehen, fand sich bereits bei Karl Mannheim (dessen wissenssoziologischer Ansatz im Übrigen von Ziegenfuß nicht erwähnt wird). Karl Mannheims Werk eignet sich gut dafür, die wechselseitige Vernetzung zwischen Soziologie und Kunstwissenschaften in der Zwischenkriegszeit (wie auch die enge Vernetzung innerhalb

des deutschen Sprachraums) aufzuzeigen. Der in Budapest geborene Mannheim lebte ab 1920 in Deutschland und gehörte, gemäß Käsler, zum „inneren Rand" der DGS. Aus Lepsius Sicht besaß Mannheim das Potential für eine zukünftig prominentere Stellung innerhalb der DGS, das aber nach 1933 in Deutschland nicht mehr eingelöst werden konnte (vgl. Käsler 1984: 38; Lepsius 1981/2017a: 14). Wie oben erwähnt, bezog Mannheim für seine wissenssoziologischen Überlegungen Anregungen bei den Kunsthistorikern Riegl (Wien) und Panofsky (Hamburg).[2] Nach Mannheim lassen sich kollektive Denkstile – vergleichbar zu datierbaren Kunststilen – feststellen, wie er 1929 in *Ideologie und Utopie* festhielt: „Auf Grund der immer genauer werdenden Erkenntnis der phänomenologischen Merkmale, durch die die einzelnen Denkweisen voneinander unterschieden werden können, gelingt es auch immer mehr, genau so, wie man Bilder datieren kann, Denkweisen zu datieren und mit Hilfe der puren Analyse der Denkstruktur festzustellen, wann und wo die Welt sich dem hinter der Aussage stehenden Subjekt in dieser und nur in dieser Gestalt gab […]" (Mannheim 1929/1969: 233 f.). Mannheim hatte bereits 1922 in der Arbeit „Beiträge zur Theorie der Weltanschauungsinterpretation" (welche zunächst im *Jahrbuch für Kunstgeschichte,* Jg. 1, H. 4, erschien und 1923 als eigenständiger Nachdruck veröffentlicht wurde) diese Vorstellung von Denkstilen in Anlehnung an Riegls Arbeiten zur Stilgeschichte bzw. dessen weitergehende Überlegungen zum „Kunstwollen" entwickelt. Das „Kunstwollen" stellte nach Riegl das prägende Prinzip sämtlicher formaler Charakteristika einer Kunstepoche dar, das in unterschiedlichen Bereichen des Kunstschaffens (vom Ornament bis hin zur Architektur) nachgewiesen werden kann. Auch Panofskys frühere Auseinandersetzung mit dem Begriff des Kunstwollens wurde von Mannheim berücksichtigt (vgl. Mannheim 1923: 24 f., 38; Riegl 1901; Panofsky 1920; Scherke 2009: 133). Objektiver Sinn, Ausdruckssinn und Dokumentsinn eines Kunstwerkes müssen aus Sicht von Mannheim systematisch unterschieden werden. Der objektive Sinn bezieht sich dabei auf die Beschreibung des visuell in Inhalt und Form eines Kunstwerkes Gegebenen, der Ausdruckssinn bezieht sich darüber hinaus auf das vom Künstler oder der Künstlerin mit der Darstellung Gemeinte, d. h. auf den subjektiv intendierten Sinn des Kunstwerkes. Der Dokumentsinn schließlich bezieht sich auf das Kunstwerk als Beleg für die Weltanschauung einer Epoche,

[2] Zur Bedeutung der Wiener Schule der Kunstgeschichte für die Kunstsoziologie der Zwischenkriegszeit vgl. Acham (2021: 255–258); zur kunsthistorischen Vernetzung zwischen Wien und Hamburg vgl. Scherke (2004).

die vom deutenden Subjekt aus dem Kunstwerk abgeleitet werden kann (vgl. Mannheim 1923: 17–36). Kunstwerke werden in dieser Sichtweise auch zu Quellen soziologischer Erkenntnis.

Panofsky ist für die (Kunst-)Soziologie nicht nur durch die Rezeption Mannheims (oder seine spätere Bedeutung für Bourdieu und Bohnsack, siehe oben) interessant. Obwohl von der Ausbildung her Kunsthistoriker, rangiert er in diversen Kompendien unter den „Klassikern" der Kunstsoziologie (Müller 2017; Silbermann 1979). Diese Zuordnung ist durchaus gerechtfertigt, wenn man bedenkt, dass er bereits in der Zwischenkriegszeit wichtige Beiträge für Zeitschriften (wie z. B. *Logos*) verfasste, in denen auch soziologische Arbeiten erschienen und die daher auch von Vertreterinnen und Vertreter dieses Faches rezipiert wurden. Panofsky gehörte zudem ab 1920 in Hamburg zum engen Umfeld der Bibliothek Warburg, deren Ausrichtung, wie das Schaffen Aby Warburgs insgesamt, einen breiten kulturwissenschaftlichen Anspruch folgte und sich somit disziplinären Abgrenzungstendenzen systematisch entzog (vgl. Scherke 2004: 400; Michels 1991: 384).

Ich beziehe mich im Folgenden auf Panofskys Aufsatz „Zum Problem der Beschreibung und Inhaltsdeutung von Werken der bildenden Kunst", welcher 1932 in der Zeitschrift *Logos* erschien. Er beschäftigt sich darin mit der „Problematik der kunsthistorischen Deutungsarbeit" (Panofsky 1932: 118), spricht dabei aber auch für die (Kunst-)Soziologie relevante Probleme an. In Kunstwerken einer Zeit kommt aus der Sicht Panofskys eine bestimmte historisch-soziale Disposition zum Ausdruck. Sie sind nicht nur geniale Leistungen einzelner Individuen, sondern sie müssen auch als Ausdruck ihrer jeweiligen Zeit und Gesellschaft gelesen werden (vgl. auch Müller 2017: 221). Während Ziegenfuß' Idee einer ganzheitlichen Deutung der Kunstwerke in eine ähnliche Richtung geht, jedoch hinsichtlich des methodischen Vorgehens unspezifisch bleibt, werden von Panofsky klar mehrere Stufen der Inhaltsdeutung unterschieden, die dazu dienen sollen, den Dokumentsinn eines Kunstwerks freizulegen. Unter Bezugnahme auf verschiedene Kunstwerke, etwa Matthias Grünewalds „Auferstehung Christi", schildert Panofsky die Unterschiede zwischen Phänomensinn, Bedeutungssinn und Dokumentsinn sowie die jeweils nötigen Vorkenntnisse zu deren Interpretation. Er knüpft damit an Karl Mannheims oben beschriebene Idee der Sinnschichten an (vgl. Panofsky 1932: 115), die dieser seinerseits unter Bezugnahme auf frühe Ideen Panofskys und Riegls entwickelt hatte. Der fachübergreifende Diskurs der Zwischenkriegszeit wird an diesem Beispiel gut sichtbar und bildet quasi die Kontrastfolie zu den am Beispiel der DGS geschilderten Abgrenzungsbemühungen zwischen den Fächern.

Auch Alfred von Martins (1882–1979) kultursoziologische Arbeiten können als weiterer wichtiger Beitrag zur Soziologie der Kunst in der Zwischenkriegszeit gesehen werden. Sein Werk geriet, wie andere kultursoziologische und -historische Beiträge der Weimarerzeit, in der NS-Zeit und der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg in Vergessenheit und wurde erst spät breiter rezipiert (vgl. Lepsius 1972/2017b: 372; Moebius 2021: 110). Die Aufforderung Alfred Vierkandts, zwei kultursoziologische Beiträge für das *Handwörterbuch der Soziologie* zu verfassen, bildete den Ausgangspunkt für von Martins Darstellungen der Kultursoziologie des Mittelalters und der Renaissance. 1932 erschien dann das Buch *Soziologie der Renaissance. Zur Physiognomik und Rhythmik bürgerlicher Kultur,* welches unter Zeitgenossen, etwa auch in der *Zeitschrift für Sozialforschung* (vgl. Salomon 1932), breit besprochen wurde. Kunstsoziologisch interessant sind vor allem von Martins Ausführungen zum Wandel der Kunstproduktion in der Renaissance. Das Bürgertum trat zunehmend als Auftraggeber von Kunstwerken in Erscheinung, die der Repräsentanz dieses aufstrebenden Standes dienen sollten. Dieser neuen Auftraggeberschicht korrespondiert ein neuer Typus des Künstlers, der sich gegenüber dem genossenschaftlich organisierten Kunstbetrieb des Mittelalters durch größeren Individualismus auszeichnet. „Die neue politische Lebensform des zur Selbständigkeit durchgedrungenen Bürgertums war die städtische Demokratie, und die Kunst übernahm nun zunächst die Funktion, ein Abbild der neugewonnenen Machtstellung des Stadtstaates zu geben." (von Martin 1931b: 503) Zwar wurde Kunst weiterhin auch für sakrale Zwecke geschaffen, jedoch wurde sie nun vom Bürgertum beauftragt und zeichnete sich, aus Sicht von von Martin, durch einen quasi demokratisch-volkstümlichen Zug aus. Idealtypisch sichtbar wird dieser Grundzug auch in der Verbreitung von Aktdarstellungen, in denen eine Standesunterschiede nivellierende Haltung sichtbar wurde: „Das sich nicht mehr unterdrückt fühlende, sondern im bewußten Aufstieg zur Macht begriffene Bürgertum darf durch seine Künstler den Menschen als solchen, in seiner Nacktheit, mitten ins Leben stellen: denn schon hier, nicht erst vor Gottes Richterstuhl, will er keine Standesunterschiede mehr gelten lassen (auch wenn er gegen die dafür eingetauschten neuen Klassenunterschiede nichts tun kann)." (von Martin 1931b: 504) Der Wandel der Auftraggeberschicht setzte bereits im ausgehenden Mittelalter ein, wie von Martin es für den Übergang von der karolingischen zur staufischen Zeit schildert. Das Aufkommen der höfischen Kultur und ihres Lebensstils prägte nachfolgend wesentlich die Kunstproduktion, die durch einen zunehmenden Naturalismus und Individualismus gekennzeichnet wird (vgl. von Martin 1931a: 386). Kunst wird bei von Martin eindeutig durch die Gesellschaft, konkret den Lebensstil und die Interessen der Auftraggeberschichten, geprägt geschildert. Interessant

sind in diesem Zusammenhang von Martins methodologische Überlegungen (die er für die leicht veränderte Fassung des Werkes im Jahr 1949 hinzufügte): In Abgrenzung zur Kulturgeschichte sieht er die Aufgabe des Soziologen darin „den gesellschaftlichen Verwurzelungen des Geistes einer Epoche nach[zugehen]; er sucht was man den Geist ‚der Zeit' heißt, zu verstehen aus seinem Zusammenhange mit der Mentalität der in dieser Zeit – wirtschaftlich, politisch und kulturell – führenden Schichten; er fragt nach der gesellschaftlichen Bedingtheit und der gesellschaftlichen Funktion der eine Zeit beherrschenden Ideen" (von Martin 1949/2016: 10). Von Martin strebt damit eine ganzheitliche Deutung der Kunstproduktion als Ausdruck ihrer Entstehungszeit an und orientiert sich dabei sowohl an der idealtypische Vorgehensweise Max Webers als auch an Karl Mannheim, dem er 1932 auch sein Buch gewidmet hatte (vgl. von Martin 1949/2016: 5).

Als weiteres Beispiel für die Bandbreite kunstsoziologisch relevanter Arbeiten der Zwischenkriegszeit soll im Folgenden noch Walter Benjamins 1936, zunächst in französischer Sprache in der *Zeitschrift für Sozialforschung,* erschienener und später in verschiedenen Fassungen überarbeitete Aufsatz „Das Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit" herangezogen werden. Benjamins in der Emigration vorgetragene Überlegungen wurden im deutschen Sprachraum erst in den 1960er Jahren breiter für die Kunstsoziologie rezipiert (vgl. Danko 2012: 28). Er widmet sich den durch Fotographie und Film veränderten Produktionsbedingungen von Kunst in der Moderne und den damit verknüpften Wahrnehmungsänderungen auf Seiten der Betrachter. Der Verfall der „Aura" des Kunstwerks durch dessen massenhafte Verbreitung in den modernen Medien (vgl. Benjamin 1936/1977a: 13–15) wird bei ihm im Unterschied zu anderen Autoren der *Kritischen Theorie* der Frankfurter Schule nicht vorrangig negativ gesehen, obwohl auch er Gefahren, etwa die einer faschistischen Vereinnahmung des Mediums Film, beachtete. Ausgehend von einer grundlegenden Kritik der bürgerlich-humanistischen Kunstrezeption sah Benjamin in den neuen Möglichkeiten der technischen Vervielfältigung von Kunstwerken und auch im Film die Basis für eine breitere Kunstrezeption durch die Massen (vgl. Benjamin 1936/1977a: 21; Hieber 2017: 256–263; Schmidt 1980: 56 f.*). Anstelle kontemplativer Versenkung in das Kunstwerk treten andere Formen des Zugangs, wie etwa die Zerstreuung oder Ablenkung. Die Einmaligkeit und Authentizität des Kunstwerks, seine „Aura", werde im Rahmen der Vervielfältigung zerstört, wodurch aber auch bürgerliche Wahrnehmungskonventionen überwunden werden können. Gesteigert werde dies im Film, dessen rasch wechselnde Kameraeinstellungen eine „Chockwirkung" auf den Betrachter ausüben und damit eine kontemplative Haltung einzelnen Bildern gegenüber verunmöglichen

würden. Gleichzeitig bietet der Film dadurch auch Einübungsmöglichkeiten und Gewöhnung an eine notwendig gewordene neue Wahrnehmungsform. „Die Aufgaben, welche in geschichtlichen Wendezeiten dem menschlichen Wahrnehmungsapparat gestellt werden, sind auf dem Wege der bloßen Optik, also der Kontemplation, gar nicht zu lösen. Sie werden allmählich nach Anleitung der taktilen Rezeption, durch Gewöhnung, bewältigt.“ (Benjamin 1936/1977a: 41) Auch in seinem 1937 ebenfalls in der *Zeitschrift für Sozialforschung* erschienenen Aufsatz „Eduard Fuchs, der Sammler und der Historiker“ kommt diese Sichtweise, anstelle des kulturpessimistischen Bedauerns, das progressives Potential der technischen und gesellschaftlichen Veränderungen zu beachten, zum Vorschein. Das Schaffen Fuchs‘ gilt aus Sicht von Benjamin als Paradebeispiel für materialistische Kunstbetrachtung, die konsequent Produktionsbedingungen der Kunst, veränderte Wahrnehmungs- und Rezeptionsformen sowie allgemeine Entwicklungstendenzen der Zeit zueinander in Bezug setzt (vgl. Benjamin 1937/1977b: 80–83). Die von Fuchs verfolgte ganzheitliche Sammelpraxis, die auch Beispiele der Gebrauchskunst oder Karikatur umfasste, ist dazu geeignet, die klassischen Praktiken des bildungsbürgerlichen Sammelns für das Museum und den „Fetisch des Meisternamens“ (Benjamin 1937/1977b: 105) zu überwinden (vgl. Hieber 2017: 264 f.).

Theodor W. Adorno, oder später auch Arnold Hauser, waren wesentlich skeptischer was die Aneignung der Künste durch die Massen betraf und betonten eher deren Vereinnahmung durch die moderne Kulturindustrie und den diesbezüglichen Beitrag der neuen Medien zur Unterstützung kapitalistischer Praktiken. Wie im übrigen auch Herbert Marcuse, dessen Beitrag „Über den affirmativen Charakter der Kultur“ 1937 ebenfalls in der *Zeitschrift für Sozialforschung* erschien und sich den Kennzeichen und der Kritik bürgerlicher Kultur widmet, welche dazu geführt habe, dass „die geistig-seelische Welt als ein selbständiges Wertreich von der Zivilisation“ (Marcuse 1937: 60) abgelöst und über sie erhöht wurde. „Ihr entscheidender Zug ist die Behauptung einer allgemein verpflichtenden, unbedingt zu bejahenden, ewig besseren, wertvolleren Welt, welche von der tatsächlichen Welt des alltäglichen Daseinskampfes wesentlich verschieden ist, die aber jedes Individuum ‚von innen her‘, ohne jene Tatsächlichkeit zu verändern, für sich realisieren kann.“ (Marcuse 1937: 60) Kunstrezeption als erhabene, vom Alltag losgelöste Tätigkeit und damit zugleich als Privileg nur jener, die sich diese Loslösung vom Alltag leisten können, wird hier sichtbar. Die Kritik der durch die bürgerliche Kultur verbreiteten Idee der abstrakten Gleichheit zieht sich durch den Beitrag Marcuses, der zugleich die materialistische Philosophie als Alternative, die sich um eine „wirkliche Veränderung der materiellen Daseinsverhältnisse“ (Marcuse 1937: 64) kümmere und damit auch

eine neue Form des Genusses ermögliche, gegenübergestellt wird. Marcuse illustriert seine Thesen vorrangig mit Beispielen aus der Literatur, die bildende Kunst findet lediglich in allgemeiner Form Erwähnung. Bürgerliche Kunst trage vor allem zur Bewahrung der bestehenden Verhältnisse bei: „Wie die Kunst das Schöne als gegenwärtig zeigt, bringt sie die revoltierende Sehnsucht zur Ruhe." (Marcuse 1937: 82) Der Einfluss der (bürgerlichen) Kunst auf die Gesellschaft, wird in diesem Beitrag deutlich, wenn auch hinsichtlich ihrer die gesellschaftlichen Verhältnisse bewahrenden Funktion.

Die Bedeutung der Kunst(soziologie) für die soziologischen Strömungen der Zwischenkriegszeit wird bereits anhand der für diesen Beitrag ausgewählten Referenzquellen deutlich (wobei sich das Bild durch die Berücksichtigung weiterer Zeitschriften und soziologischer Einführungswerke, in denen der Kunst(soziologie) eigene Abschnitte gewidmet waren, weiter abrunden ließe). Folgende Thematisierungsweisen von Kunst, die bis heute zum Gegenstandsbereich der Kunstsoziologie zählen, können dabei unterschieden werden:

1. Der Einfluss der Kunst auf die Gesellschaft. Seit Guyau gilt die Bearbeitung dieses Themas als zentrales Betätigungsfeld der Kunstsoziologie. In der Zwischenkriegszeit spielte es sowohl in den programmatischen Beiträgen der „Soziologentage" eine Rolle als auch beispielsweise in Veröffentlichungen aus dem Umfeld der Frankfurter Schule (bei Marcuse etwa im Hinblick auf den Beitrag der bürgerlichen Kultur zur Bewahrung bestehender gesellschaftlicher Verhältnisse oder bei Benjamin im Hinblick auf die durch Filmrezeption erfolgende Gewöhnung an neue Wahrnehmungsformen).
2. Die Kunst als durch die Gesellschaft geprägtes Phänomen, dessen Analyse Rückschlüsse auf eben diese Gesellschaft und ihre Weltanschauung ermöglicht. In den oben geschilderten Diskussionen der DGS wurde dieser Zugang nur am Rande erwähnt, was nicht zuletzt auf dessen fachübergreifenden, und daher den Etablierungsbemühungen einer Fachgesellschaft entgegenstehenden, Charakter zurückgeführt werden kann. Ein Blick in andere Quellen unterstreicht jedoch die Bedeutung, die dieser Thematisierungsweise von Kunst in der Zwischenkriegszeit zukam. Die Bandbreite reichte dabei von deutenden Bezugnahmen auf die Kunstproduktion einer Epoche (z. B. bei von Martin, aber auch bei den Theoretikern der Frankfurter Schule) bis hin zu stärker systematisch-methodologischen Überlegungen (z. B. bei Mannheim oder Panofsky).
3. Kunst als Feld sozialer Beziehungen, die im Produktions-, Distributions- und Rezeptionskontext von Kunst näher erforscht werden. Diese Perspektive findet sich bei allen oben behandelten Ansätzen mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen. Im Vordergrund stand sie bei Autorinnen und Autoren der

beziehungswissenschaftlichen Tradition von Wieses. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde diese Perspektive im Umfeld der Kölner Schule (etwa von Alphons Silbermann) auch systematisch weitergeführt, während die wissens- und kultursoziologische Perspektive, ebenso wie die marxistisch orientierte Kunstsoziologie, in der deutschsprachigen Nachkriegssoziologie erst verspätet wieder aufgegriffen wurden.

Von Wiese resümierte die Verhandlungen des siebten „Soziologentages“ 1930 folgendermaßen: „Ich möchte mit dem Worte schließen: Wir haben Saat gestreut, sie möge reiche Frucht tragen!“ (von Wiese 1931: 195) Im Hinblick auf den Beitrag der Zwischenkriegszeit zur Kunstsoziologie allgemein kann man festhalten, dass sich dieser Wunsch erfüllt hat, allerdings sind die Früchte zum Teil außerhalb des deutschen Sprachraums und erst nach dem Zweiten Weltkrieg aufgegangen.

Literatur

Acham, Karl (1998): „Kontinuitäten und Diskontinuitäten in den Geisteswissenschaften zwischen den 20er und 50er Jahren: Soziologie und Sozialphilosophie in Österreich“, in: Ders./Knut Wolfgang Nörr/Bertram Schefold (Hg.), Erkenntnisgewinne, Erkenntnisverluste. Kontinuitäten und Diskontinuitäten in den Wirtschafts-, Rechts- und Sozialwissenschaften zwischen den 20er und den 50er Jahren, Stuttgart: Franz Steiner Verlag, S. 664–705.

Acham, Karl (2021): „Österreichische Soziologie der Zwischenkriegszeit: Zeitumstände, Themen, Wirkungszusammenhänge – Ein Überblick“, in: Ders./Stephan Moebius (Hg.), Soziologie der Zwischenkriegszeit. Ihre Hauptströmungen und zentralen Themen im deutschen Sprachraum. Band 1, Wiesbaden: Springer, S. 177–295.

Benjamin, Walter (1977a [1936]): „Das Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit“, in: Ders., Das Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit. Drei Studien zur Kunstsoziologie, 4. Aufl., Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 7–44.

Benjamin, Walter (1977b [1937]): „Eduard Fuchs, der Sammler und der Historiker“, in: Ders., Das Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit. Drei Studien zur Kunstsoziologie, 4. Aufl., Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 65–107.

Bohnsack, Ralf (2010): Rekonstruktive Sozialforschung. Einführung in qualitative Methoden, 8. Aufl., Köln/Weimar/Wien: Budrich et al.

Bourdieu, Pierre (1997): „Der Habitus als Vermittlung zwischen Struktur und Praxis“, in: Ders., Zur Soziologie der symbolischen Formen, 6. Aufl., Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 125–158.

Breysig, Kurt (1931): „Das geistige Schaffen als Gegenstand der Gesellschaftslehre“ in: Verhandlungen des siebten deutschen Soziologentages vom 28. September bis 1. Oktober 1930 in Berlin, Tübingen: Verlag J.C.B. Mohr Paul Siebeck, S. 156–169.

Busse, Kurt H. (1931): Diskussionsbeitrag zum Thema Soziologie der Kunst, in: Verhandlungen des siebten deutschen Soziologentages vom 28. September bis 1. Oktober 1930 in Berlin, Tübingen: Verlag J.C.B. Mohr Paul Siebeck, S. 182–188.

Danko, Dagmar (2012): Kunstsoziologie, Bielefeld: transcript.

Elias, Nobert (1929): Diskussionsbeitrag über Anfänge der Kunst, in: Verhandlungen des sechsten deutschen Soziologentages vom 17. bis 19. September 1928 in Zürich, Tübingen: Verlag J.C.B. Mohr Paul Siebeck, S. 281–284.

Fleck, Christian (1988): „Vertrieben und Vergessen. Ein Überblick über die aus Österreich emigrierten Soziologen", in: Josef Langer (Hg.), Geschichte der Österreichischen Soziologie. Konstituierung, Entwicklung und europäische Bezüge, Wien: Verlag für Gesellschaftskritik, S. 257–278.

Fohrbeck, Karla/Andreas Johannes Wiesand (1975): Der Künstlerreport. Musikschaffende/Darsteller/Realisatoren/Bildende Künstler/Designer, München: Hanser Verlag.

Glatzer, Wolfgang (1995): „Deutsche Gesellschaft für Soziologie – die akademische soziologische Vereinigung seit 1909", in: Bernhard Schäfers (Hg.), Soziologie in Deutschland. Entwicklung – Institutionalisierung und Berufsfelder – Theoretische Kontroversen, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 215–230.

Gollub Wilhelm (1932): „Besprechung: Vierkandt A., Handwörterbuch der Soziologie", in: Max Horkheimer (Hg.), Zeitschrift für Sozialforschung, Jg. 1, mit einer Einleitung von Alfred Schmidt, München: Deutscher Taschenbuchverlag, S. 153–154.

Hieber, Lutz (2017): „Walter Benjamin (1892–1940)", in: Christian Steuerwald (Hg.), Klassiker der Soziologie der Künste, Wiesbaden: Springer, S. 253–280.

Honigsheim, Paul (1929): Diskussionsbeitrag über Anfänge der Kunst, in: Verhandlungen des sechsten deutschen Soziologentages vom 17. bis 19. September 1928 in Zürich, Tübingen: Verlag J.C.B. Mohr Paul Siebeck, S. 279–281.

Honigsheim, Paul (1931): Diskussionsbeitrag zum Thema Soziologie der Kunst, in: Verhandlungen des siebten deutschen Soziologentages vom 28. September bis 1. Oktober 1930 in Berlin, Tübingen: Verlag J.C.B. Mohr Paul Siebeck, S. 179–181.

Honigsheim, Paul (1933/34): „Altamerikanische Kultur, primitive Kunst und Naturvölker im heutigen französischen soziologischen Schrifttum", in: Kölner Vierteljahreshefte für Soziologie XII, S. 70–82.

Käsler, Dirk (1984): Die frühe deutsche Soziologie 1909 bis 1934 und ihre Entstehungsmilieus. Eine wissenschaftssoziologische Untersuchung, Opladen: Westdeutscher Verlag

König, René/Alphons Silbermann (1964): Der unversorgte selbständige Künstler. Über die wirtschaftliche und soziale Lage der selbständigen Künstler in der Bundesrepublik, hg. von der Stiftung zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung über Wesen und Bedeutung der freien Berufe, Köln/Berlin: Deutscher Ärzte-Verlag.

Kruse, Volker (2018): „Drittes Reich, Zweiter Weltkrieg und die deutschsprachige Nachkriegssoziologie", in: Stephan Moebius/Andrea Ploder (Hg.), Handbuch Geschichte der deutschsprachigen Soziologie. Band 1, Wiesbaden: Springer, S. 229–250.

Lepsius, Rainer M. (1979): „Die Entwicklung der Soziologie nach dem Zweiten Weltkrieg. 1945 bis 1967", in: Günther Lüschen (Hg.), Deutsche Soziologie seit 1945, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 25–70 (= Sonderheft 21, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie).

Lepsius, Rainer M. (2017a [1981]): „Die Soziologie der Zwischenkriegszeit: Entwicklungstendenzen und Beurteilungskriterien", in: Ders., Soziologie und Soziologen.

Aufsätze zur Institutionalisierung der Soziologie in Deutschland, Tübingen: Mohr Siebeck, S. 3–20.
Lepsius, Rainer M. (2017b [1972]): „Alfred von Martin zum neunzigsten Geburtstag“, in: Ders., Soziologie und Soziologen. Aufsätze zur Institutionalisierung der Soziologie in Deutschland, Tübingen: Mohr Siebeck, S. 371–374.
Lips, Julius (1929): Diskussionsbeitrag über Anfänge der Kunst, in: Verhandlungen des sechsten deutschen Soziologentages vom 17. bis 19. September 1928 in Zürich, Tübingen: Verlag J.C.B. Mohr Paul Siebeck, S. 276–279.
Mannheim, Karl (1923): Beiträge zur Theorie der Weltanschauungsinterpretation, Wien: Österreichische Verlagsgesellschaft E Hölzel.
Mannheim, Karl (1969 [1929]): Ideologie und Utopie, 5. Aufl., Frankfurt/M.: Schulte-Bulmke.
Marcuse, Herbert (1937): „Über den affirmativen Charakter in der Kultur“, in: Zeitschrift für Sozialforschung VI (1), S. 54–92.
Martin, Alfred von (1931a): „Kultursoziologie des Mittelalters“, in: Alfred Vierkandt (Hg.), Handwörterbuch der Soziologie, Stuttgart: Ferdinand Enke Verlag, S. 370–390.
Martin, Alfred von (1931b): „Kultursoziologie der Renaissance“, in: Alfred Vierkandt (Hg.), Handwörterbuch der Soziologie, Stuttgart: Ferdinand Enke Verlag, S. 495–510.
Martin, Alfred von (2016 [1949]): „Soziologie der Renaissance. Zur Physiognomik und Rhythmik bürgerlicher Kultur“, in: Ders.: Soziologie der Renaissance und weitere Schriften, hg. von Richard Faber und Christine Holste, Wiesbaden: Springer, S. 1–116.
Meuter, Hanna (1931): Schriftlicher Beitrag zum Thema Soziologie der Kunst, in: Verhandlungen des siebten deutschen Soziologentages vom 28. September bis 1. Oktober 1930 in Berlin, Tübingen: Verlag J.C.B. Mohr Paul Siebeck, S. 281–288.
Michels, Karen (1991): „Erwin Panofsky und das Kunsthistorische Seminar“, in: Arno Herzig (Hg.), Die Juden in Hamburg 1590 bis 1990. Wissenschaftliche Beiträge der Universität Hamburg zur Ausstellung „Vierhundert Jahre Juden in Hamburg“, Hamburg: Dölling und Galitz, S. 383–392.
Moebius Stephan (2017): „Die Geschichte der Soziologie im Spiegel der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie (KZfSS)“, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie (Suppl 1) 69, S. 3–44.
Moebius, Stephan (2021): „Soziologie in der Zwischenkriegszeit in Deutschland“, in: Karl Acham/Stephan Moebius (Hg.), Soziologie der Zwischenkriegszeit. Ihre Hauptströmungen und zentralen Themen im deutschen Sprachraum. Band 1, Wiesbaden: Springer, S. 31–176.
Müller, Julian (2017): „Erwin Panofsky (1892–1968)“, in: Christian Steuerwald, Klassiker der Soziologie der Künste, Wiesbaden: Springer, S. 215–233.
Müller-Freienfels, Richard (1931/1932): „Künstlertum und Kunstpublikum“, in: Kölner Vierteljahreshefte für Soziologie X, S. 67–86.
Müller-Freienfels, Richard (1931): „Diskussionsbeitrag zum Thema Soziologie der Kunst“, in: Verhandlungen des siebten deutschen Soziologentages vom 28. September bis 1. Oktober 1930 in Berlin, Tübingen: Verlag J.C.B. Mohr Paul Siebeck, S. 279–281.
Müller-Jentsch, Walther (2012): Die Kunst in der Gesellschaft, 2. durchgesehene Aufl., Wiesbaden: Springer
Panofsky, Erwin (1920): „Der Begriff des Kunstwollens“, in: Zeitschrift für Ästhetik und allgemeine Kunstwissenschaft, 14/1920, S. 321–339.

Panofsky, Erwin (1932): „Zum Problem der Beschreibung und Inhaltsdeutung von Werken der bildenden Kunst“, in: Logos. Internationale Zeitschrift für Philosophie der Kultur XXI, S. 103–119.

Peters, Alfred (1931): Diskussionsbeitrag zum Thema Soziologie der Kunst, in: Verhandlungen des siebten deutschen Soziologentages vom 28. September bis 1. Oktober 1930 in Berlin, Tübingen: Verlag J.C.B. Mohr Paul Siebeck, S. 288–291.

Riegl, Alois (1901): Die spätrömische Kunst-Industrie nach den Funden in Österreich-Ungarn im Zusammenhange mit der Gesamtentwicklung der Bildenden Künste bei den Mittelmeervölkern, Wien: Kaiserlich-Königliche Hof- und Staatsdruckerei.

Rothacker, Erich (1931): „Der Beitrag der Philosophie und der Einzelwissenschaften zur Kunstsoziologie“, in: Verhandlungen des siebten deutschen Soziologentages vom 28. September bis 1. Oktober 1930 in Berlin, Tübingen: Verlag J.C.B. Mohr Paul Siebeck, S. 132–156.

Salomon, Alfred (1932): „Martin, Alfred von, Soziologie der Renaissance. Zur Physiognomik und Rhythmik bürgerlicher Kultur. Ferdinand Enke. Stuttgart 1932“, in: Zeitschrift für Sozialforschung 1, S. 213–214.

Schauer, Alexandra (2018): „Soziologie in Deutschland zur Zeit des Nationalsozialismus“, in: Stephan Moebius/Andrea Ploder (Hg.), Handbuch Geschichte der deutschsprachigen Soziologie. Band 1, Wiesbaden: Springer, S. 117–148.

Scherke, Katharina (2004): „Die Wiener Schule der Kunstgeschichte und die Warburg-Schule. Anmerkungen zur geistigen Infrastruktur zweier Großstädte“, in: Peter Stachel/Cornelia Szabo–Knotik (Hg.), Urbane Kulturen in Zentraleuropa um 1900, Studien zur Moderne, Bd. 19, Wien: Passagen, S. 383–408.

Scherke, Katharina (2009): Emotionen als Forschungsgegenstand der deutschsprachigen Soziologie, Wiesbaden: Springer.

Schmidt, Alfred (1980 [1970]): „Die ‚Zeitschrift für Sozialforschung‘. Geschichte und gegenwärtige Bedeutung“, in: Max Horkheimer (Hg.), Zeitschrift für Sozialforschung, Jg. 1, mit einer Einleitung von Alfred Schmidt, München: Deutscher Taschenbuchverlag, S. 5*–63*.

Schürholz-Ohrnberger, Anny (1931/32): „Sozialpsychologische Gedanken Guyaus über Kunst“, in: Kölner Vierteljahreshefte für Soziologie X, S. 106–109.

Schwietring, Thomas (2010): „Kunstsoziologie“, in: Georg Kneer/Markus Schroer (Hg.), Handbuch Spezielle Soziologien, Wiesbaden: Springer, S. 221–242.

Sebba, Gregor (1931): Diskussionsbeitrag zum Thema Soziologie der Kunst, in: Verhandlungen des siebten deutschen Soziologentages vom 28. September bis 1. Oktober 1930 in Berlin, Tübingen: Verlag J.C.B. Mohr Paul Siebeck, S. 175–179.

Silbermann, Alphons (1978): „Kunstsoziologie“, in: Peter Bürger (Hg.), Seminar: Literatur- und Kunstsoziologie, Frankfurt/M.: Suhrkamp.

Silbermann, Alphons (1979): Klassiker der Kunstsoziologie, München: Beck.

Smudits, Alfred/Michael Parzer/Rainer Prokop/Rosa Reitsamer (2013): Kunstsoziologie. Lehr- und Handbücher der Soziologie, München: de Gruyter.

Speiser, Felix (1929): Diskussionsbeitrag über Anfänge der Kunst, in: Verhandlungen des sechsten deutschen Soziologentages vom 17. bis 19. September 1928 in Zürich, Tübingen: Verlag J.C.B. Mohr Paul Siebeck, S. 269–274.

Thurnwald, Richard (1929): „Anfänge der Kunst“, in: Verhandlungen des sechsten deutschen Soziologentages vom 17. bis 19. September 1928 in Zürich, Tübingen: Verlag J.C.B. Mohr Paul Siebeck, S. 248–267.

Wiese, Leopold von (1931): „Methodologisches über den Problemkreis einer Soziologie der Kunst“, in: Verhandlungen des siebten deutschen Soziologentages vom 28. September bis 1. Oktober 1930 in Berlin, Tübingen: Verlag J.C.B. Mohr Paul Siebeck, S. 121–132.

Ziegenfuß, Werner (1931): „Kunst (Bildende Kunst und Literatur“)“, in: Alfred Vierkandt (Hg.), Handwörterbuch der Soziologie, Stuttgart: Ferdinand Enke Verlag, S. 308–338.

Katharina Scherke, Mag. Dr. rer.soc.oec., geb. 1969 in Offenbach/Main, seit 2007 ao. Universitätsprofessorin am Institut für Soziologie der Universität Graz. Forschungsschwerpunkte: Geschichte der Soziologie, Soziologische Theorie, Kunst- und Kultursoziologie, Soziologie der Emotionen, Wissenschaftssoziologie.

„Zurück auf den Markt des Lebens“ (Hans Tietze) Die Anfänge der soziologischen Kunstgeschichte im Wien der 1920er Jahre – eine Spurensuche

Georg Vasold

Inhaltsverzeichnis

1 1918 – Zäsur und Krise 458
2 Max Dvořák und sein Postulat der „geistigen Gemeinschaft“ 462
3 Weltanschauung und Stil: Dvořáks Erbe 465
4 Otto Benesch und der Wiener Geistkreis 467
5 Hans Tietze 470
6 Gründe für das Vergessen der österreichischen Kunstsoziologie 474
Literatur 477

Zusammenfassung

Der Beitrag widmet sich einem erst in Ansätzen erforschten Kapitel der österreichischen Wissenschaftsgeschichte. Es geht um die in den 1920er Jahren z. T. sehr intensive Beschäftigung meist junger Kunsthistoriker und Kunsthistorikerinnen mit sozialen Themen und Fragestellungen. Durch diese Perspektivänderung suchten sie ihr in die Krise geratenes Fach grundlegend zu erneuern. Aufbauend auf den Theorien des Wiener Ordinarius Max Dvořák

G. Vasold (✉)
Wien, Österreich
E-Mail: georg.vasold@univie.ac.at

© Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2022

K. Acham und S. Moebius (Hrsg.), *Soziologie der Zwischenkriegszeit. Ihre Hauptströmungen und zentralen Themen im deutschen Sprachraum*,
https://doi.org/10.1007/978-3-658-31401-9_16

waren es v. a. seine ungarischen Schüler und Schülerinnen sowie sein Freund Hans Tietze, welche die Notwendigkeit erkannten, die Kunstgeschichtsschreibung als eminent gesellschaftsrelevante Disziplin zu begreifen. Der Beitrag wirft einige Schlaglichter auf die Tätigkeiten dieser Forscherinnen und Forscher, wobei deutlich wird, dass die Anfänge der Kunstsoziologie in Österreich tendenziell eher außerhalb der universitären Mauern lagen. Die neuen Wege, die dort – oft im regen Austausch mit Vertreterinnen und Vertretern der Philosophie und Soziologie – eingeschlagen wurden, erfuhren jedoch spätestens 1938 ein ebenso abruptes wie gewaltsames Ende.

Schlüsselwörter

Wiener Schule der Kunstgeschichte · „Lebendige Kunstwissenschaft“ · Kunstsoziologie · Geistesgeschichte · Geistkreis

Die Bedeutung der Soziologie für die österreichische Kunstgeschichtsschreibung der Zwischenkriegszeit ist erst in Ansätzen bekannt und war bislang nur selten Gegenstand der Forschung (vgl. Verstegen 2012; Bakoš 2013). Die Gründe hierfür sind vielfältig, sie sollen am Ende dieses Beitrags zur Sprache kommen. Grundsätzlich ist festzuhalten, dass die Kunstsoziologie[1] in Österreich zu Beginn des 20. Jahrhunderts auf weitaus weniger Interesse stieß als etwa in Deutschland. Während dort schon um 1900 über die Notwendigkeit einer wissenschaftlichen Engführung von Kunst und Gesellschaft nachgedacht wurde, gab man sich in Österreich eher reserviert. Insbesondere aus dem Umfeld der traditionsreichen *Wiener Schule der Kunstgeschichte* drangen meist skeptische Töne. Als etwa August Schmarsow (1853–1936) in Leipzig die Kunst grundlegend als „schöpferische Auseinandersetzung des Menschen mit der Welt, in die er gestellt ist“ (Schmarsow 1905: 33) definierte, er für eine Erweiterung des

[1] Der Terminus *Kunstsoziologie* wird im Folgenden als Sammelbegriff für alle in der Zwischenkriegszeit gesetzten Schritte genommen, die darauf abzielten, die bildende Kunst in Beziehung zu gesellschaftlichen Fragen zu diskutieren. Er wird gemäß einer rezent gegebenen Definition als wissenschaftlicher Ansatz verstanden, der „verschiedene Formen der Kunst in verschiedenen sozialen Kontexten“ untersucht (vgl. Steuerwald und Schröder 2013). Der Begriff selbst wurde von den Wiener Kunsthistorikern indes nur selten gebraucht.

kunsthistorischen Arbeitsfeldes eintrat und von einer „sozialen Kunstwissenschaft“ (Schmarsow 1907: 308) sprach, hat man dies in Wien als „uferloses Programm“ (Tietze 1913: 101), Schmarsows Schriften gar als „Geschwätz“ (Wickhoff 1905: 105) abgetan. Ähnlich klang es einige Zeit später, als der Wiener Max Dvořák (1874–1921) apodiktisch festhielt: „Künstlerische Erscheinungen in einen ursächlichen Zusammenhang mit der Entstehung neuer wirtschaftlicher, sozialer, religiöser Zustände zu bringen, wurde […] längst als unfruchtbar erkannt“ (Dvořák 1918/1924: 49). Und sogar noch 1930, als die Kunstsoziologie außerhalb Österreichs schon in hohem Ansehen stand und Thema des Siebenten Deutschen Soziologentags war, hieß es aus Wien lapidar, dass „eine gewissenhafte Untersuchung, frei von jeder Ideologie, über den Einfluß der sozialen und wirtschaftlichen Faktoren auf das geistige Leben noch ausständig ist“ (Zaloscer 1930: 31).

Diese ablehnende oder zumindest skeptische Haltung trug wesentlich dazu bei, dass die Kunstsoziologie in Österreich lange Zeit (und daran hat sich im Grunde bis heute wenig geändert) als *quantité négligeable* galt: als Forschungszweig, der hierzulande nur wenig Anklang fand und sich namentlich in den 1930er Jahren gegen die ungleich populärere kunsthistorische Strukturforschung eines Hans Sedlmayr (1896–1984), eines Otto Pächt (1902–1988) oder eines Guido von Kaschnitz-Weinberg (1890–1958) nicht durchsetzen konnte.

Ziel des nachfolgenden Aufsatzes ist es, dieses Urteil in Frage zu stellen. Denn so sehr es gewiss zutrifft, dass die Kunstsoziologie in der Zwischenkriegszeit in Österreich eher eine akademische Randerscheinung blieb, so richtig ist zugleich, dass sich damals unerwartet viele Forscher und Forscherinnen dem Thema zugewandt haben. An einige davon gilt es im Folgenden zu erinnern, wobei – dies sei vorausgeschickt – kein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben wird. Der Artikel versteht sich eher als knappe Zusammenschau und bietet nicht mehr als einen groben Überblick, dem notwendig weitere Studien folgen müssen, ehe die Relevanz der Soziologie für die österreichische Kunstwissenschaft vollständig erfasst und entsprechend gewürdigt werden kann.

Wenn auf den nachstehenden Seiten der Blick überwiegend auf Wien gerichtet ist, so deshalb, weil sich die kunstwissenschaftliche Auseinandersetzung mit soziologischen Aspekten in der Bundeshauptstadt trotz der dort bestehenden Skepsis klarer abzeichnet als in Restösterreich. Damit soll keineswegs behauptet werden, dass das Thema nicht auch außerhalb Wiens Beachtung fand. Zu erinnern wäre etwa an das Grazer Seminar für Philosophische Soziologie, wo Hugo Spitzer (1854–1936) schon zur Jahrhundertwende Überlegungen zur „gesellschaftlichen Funktion der Kunst“ anstellte, vor dem „verhängnisvollen Grundsatze ‘l’art pour l’art’“ warnte und auf „mancherlei Erscheinungsformen,

die die Kunst unter dem Einfluß sozialer Lebensgestaltungen annimmt“ (Spitzer 1908: 1677 ff.), zu sprechen kam.[2]

Eine vergleichbare Situation scheint auch in Innsbruck bestanden zu haben. Dort hielt der aus Wien berufene Kunsthistoriker Moriz Dreger (1868–1939) im Rahmen der sogenannten Volkstümlichen Universitäts-Curse Vorträge, in denen die Kunst ihres elitären Anspruchs entkleidet und breiten Gesellschaftsschichten zugänglich gemacht wurde (Marinelli 2019: 420). Dass gerade Dreger an der Enthierarchisierung der Kunst und ihrer Geschichte mitwirkte, ist nicht allzu erstaunlich. Schließlich hatte er sich schon in jungen Jahren als Fachmann für Textilien Gedanken über den Status von „Massenartikeln“ gemacht, also von Werken, die nicht als herausragende künstlerische „Einzelleistungen“ zu werten seien, sondern für die „große Menge“ (Kisa 1904: 650) geschaffen werden.

All diesen Hinweisen muss nachgegangen werden, will man eine österreichweite Gesamtschau der „Zusammenhänge zwischen Kunst und Gesellschaft“ (Anonym 1921: 5) gewinnen. Eine solche Perspektive kann zwar aktuell wegen weithin fehlender Vorarbeiten noch nicht eingenommen werden. Immerhin aber lassen sich vereinzelt Hinweise geben, die es erlauben, den breiten kunstsoziologischen Gedankenfluss, der in der Zwischenkriegszeit quer durch Österreich und weit über die Landesgrenzen hinaus verlief, zumindest ein Stück weit zu rekonstruieren.

1 1918 – Zäsur und Krise

Wie in fast allen Lebens- und Tätigkeitsbereichen markiert auch im Feld der Kunst das Jahr 1918 einen dramatischen Wendepunkt. Die vereinzelt schon davor empfundene diffuse Ahnung einer bevorstehenden Zeitenwende – „Revolution lag in der Luft“ (Tietze 1924: 183), hieß es im Rückblick auf das Jahr 1913 – verdichtete sich nun, im Angesicht des Zusammenbruchs der politischen Ordnung, zu einem echten Krisenbewusstsein. Dieses Gefühl wurde durch das Ableben von prominenten Vertretern des Wiener Kunstlebens noch gesteigert. Mit dem knapp aufeinanderfolgenden Tod von Gustav Klimt (1862–1918), Otto Wagner (1841–1918), Koloman Moser (1868–1918) sowie Egon Schiele (1890–1918)

[2] Hugo Spitzer genoss unter Kunsthistorikern hohes Ansehen. Insbesondere seine umfangreiche Studie *Hermann Hettners kunstphilosophische Anfänge und Literarästhetik* (1903/2. Aufl. 1913), wo Spitzer um eine klare Scheidung zwischen der Kunstgeschichte und der Ästhetik bemüht war, hinterließ großen Eindruck.

war die Speerspitze der heimischen Avantgarde gebrochen, und es wurde augenfällig, dass neue Zeiten mit unklaren Verhältnissen bevorstanden. Dazu zählte etwa die ungewisse Zukunft der Wiener Secession, die im Krieg 67 ausländische Mitglieder verloren hatte und buchstäblich zu provinzialisieren drohte; das Schicksal der höfischen Sammlungen, deren Bestand von Restitutionsforderungen vor allem seitens Italiens bedroht war; die identitätspolitisch brisante Frage, ob der junge Staat mit seinen reichen Kunstschätzen als legitimer Nachfolger des Habsburgerreichs zu betrachten sei; und schließlich das von vielen Kulturtreibenden eingeforderte Bekenntnis zur stärkeren Förderung junger Kunst durch die öffentliche Hand – auch das ein brisantes Thema, weil man gerade in Wien vor der Entscheidung stand, ob das künstlerische Profil der Stadt modern, d. h. zeitgenössisch und in die Zukunft gerichtet sein solle, oder ob es nicht klüger sei, sich tourismuswirksam als glanzvolle ehemalige Kaisermetropole zu repräsentieren.

Viele dieser Veränderungen hatten unmittelbare Auswirkungen auf die Kunstwissenschaft sowie ihre Vertreter und Vertreterinnen. Zum einen, weil der Krieg auch unter ihnen Opfer gefordert hatte und das Fach somit personell geschwächt war.[3] Und zum anderen, weil durch die nach 1918 erfolgte Umstrukturierung des gesamten Kunst- und Kulturbereichs, durch die anhaltend prekäre Wirtschaftslage, und nicht zuletzt durch den sich ausbreitenden Antisemitismus für viele Kunsthistoriker und Kunsthistorikerinnen kaum Aussicht auf ein berufliches Fortkommen bestand. Als Folge davon entschlossen sich viele der vornehmlich Jungen unter ihnen, das Land zu verlassen, was freilich eine weitere Schwächung der Disziplin bewirkte.

Wie deprimierend die Lage nach 1918 für die Kunstwissenschaft tatsächlich war, erschließt sich u. a. aus einem autobiographisch gefassten Bericht des Wiener Ordinarius Julius von Schlosser (1866–1938). In seinem 1924 publizierten „Lebenskommentar“ wähnte er die Kunstwissenschaft in einer fundamentalen Krise, „an der ich als Einzelwesen innerlich so stark beteiligt

[3] Zu den hoffnungsvollen Kunstforschern, die im Krieg ihr Leben verloren, zählte neben Paul Hauser (1868–1914) und Georg Sobotka (1886–1918) auch der aus Prag gebürtige Oskar Pollak (1883–1915), der von 1910 bis 1913 als Assistent von Max Dvořák gearbeitet hatte. Pollak war ein Spezialist für die Barockkunst und vertrat somit jenen Forschungsbereich, der seit den Arbeiten Alois Riegls in Wien eine prominente Rolle spielte und im vorliegenden Zusammenhang insofern interessiert, als es gerade die „soziologischen Unterströmungen“ des Barock waren, welche die Forschung ab ca. 1920 verstärkt aufzudecken suchte (vgl. Schwabacher 1920/1921: 369).

bin, daß mir in häufig auftretenden Augenblicken des Zweifels an mir selbst und meiner Arbeit mehr als einmal der Gedanke gekommen ist, […] mich einer ganz anderen, vielleicht fruchtbareren Tätigkeit zuzuwenden“ (Schlosser 1924: 95 f.).

Schlossers eindringlicher Krisenbefund erstreckte sich nicht nur auf die triste Lebens- und Arbeitssituation der Kollegenschaft, sondern auch auf den Zustand des Faches als Ganzes. Jahrzehntelang genoss die *Wiener Schule* wegen ihrer strengen Ausrichtung auf die quellengestützte Erforschung der Kunst in ihrer historischen Entwicklung national wie international hohes Ansehen. Insbesondere der Generation um 1900 war es unter der intellektuellen Führung von Alois Riegl (1858–1905) und Franz Wickhoff (1853–1909) gelungen, aus dem in Akademikerkreisen oft mild belächelten Fach Kunstgeschichte eine ernstzunehmende Disziplin zu formen. Dieser Status geriet jedoch zunehmend ins Wanken und deutlich wurde dies v. a. in Methodenfragen. Nicht nur in Wien war man zur Einsicht gelangt, dass der Fokus auf das Werk, das allein nach formalen Kriterien geordnet und mit der größtmöglichen Eloquenz beschrieben wurde, nicht mehr zeitgemäß war. „Die formale Betrachtung des Bildes“, so konstatierte etwa Aby Warburg (1866–1929) trocken, sei ein „steriles Wortgeschäft“ (Warburg 1923/2018: 569) geworden. Im Zentrum der Kritik stand der zunehmend als ungenügend empfundene Stilbegriff, was die Frage aufwarf, ob die Stilanalyse, und sei sie noch so souverän durchgeführt, überhaupt ein dem Kunstwerk in seiner Komplexität angemessener methodischer Zugang sei. Tatsächlich wurde der Stil als die bis dahin dominante Kategorie der deutschsprachigen Kunstwissenschaft zu Beginn des 20. Jahrhunderts vielerorts einer Revision unterzogen.

Schon 1915 war dem jungen Erwin Panofsky (1892–1968) die formanalytische Kunstwissenschaft eines Heinrich Wölfflin (1864–1945) zum wissenschaftlichen „Problem“ (Panofsky 1915) geworden. Nicht viel anders empfanden Max Dvořák und Hans Tietze (1880–1954) in Wien. Beide galten zwar selbst als Vertreter der Kunstgeschichte als Stilgeschichte, doch der Krieg und seine dramatischen Folgen stießen sie in eine Sinnkrise, wodurch sie ihre eigene bis dahin geleistete Arbeit mehr und mehr in Zweifel zogen. Sich weiterhin bloß dem „ausdruckslosen Präparat der objektiven formalistischen Stilgeschichte“ (Schlosser 1924: 126) zu widmen, d. h. die Form eines Kunstwerks nur in ihrer ästhetischen Selbstbezüglichkeit zu feiern und alle darüberhinausgehenden Aspekte hintanzustellen – das schien zunehmend unmöglich. Die Kunstgeschichte, so der Tenor, habe sich fortan anderen, drängenderen Fragen zuzuwenden. Sie müsse sich stärker der Gegenwart widmen, neue Fragen stellen und aktuelle Herausforderungen annehmen. Gemeint war damit zunächst die als dringlich empfundene Popularisierung des Wissens. Hans Tietze hielt hierzu para-

digmatisch fest: „Im Wesen unserer demokratischen Entwicklung liegt es, daß jede Kenntnis mündlich und schriftlich möglichst verbreitet und allen Schichten des Volkes dargeboten werden soll.“ Dabei handle es sich jedoch weniger um das allgemeinverständliche Aufbereiten akademischer Inhalte, als vielmehr um die Vermittlung sogenannter Lebenswerte: „Wissenschaft kann nur Erkenntnisse liefern. Wenn sie verlebendigt werden soll, dann muß sie statt tauben Wissens Erkenntnisse geben, die Lebenswerte sind, weil sie von der Zeit als Lebenswerte empfunden werden.“ (Tietze 1925/2007a: 180 f.)

Mit seinem Ruf nach einer lebendigen Kunstwissenschaft stand Tietze nicht allein. Fast gleichlautend hatte davor schon Ernst Heidrich (1880–1914) in Basel von der „Anschauung der Kunst und ihres Zusammenhanges mit dem Leben selbst“ (Heidrich 1917: 109) gesprochen. Ganz ähnlich tönte es aus Straßburg, wo Georg Simmel (1858–1918) das Kunstwerk „im vollen Strom des Lebens gebettet“ sah, weshalb er vorschlug, das Schlagwort *l’art pour l’art* als „la vie pour l’art und l’art pour la vie“ (Simmel 1914/2000:13) zu deuten. Und auch außerhalb der Universitäten wurde immer vehementer eine Richtungsänderung eingemahnt. Dem Schriftsteller Hermann Bahr (1863–1934) etwa, einem aufmerksamen Beobachter des gesamten Kulturgeschehens, geriet 1920 seine Besprechung zweier Bücher des Münchener Kunstkritikers Wilhelm Hausenstein (1882–1957) zur Generalabrechnung mit dem kunstwissenschaftlichen *status quo*. Mit deutlichen Worten äußerte er sein Missfallen über das Festhalten an alten und aus seiner Sicht überkommenen Grundsätzen. Bahrs Einwände galten dem Expressionismus sowie der Art, wie darüber geschrieben wurde, und Wilhelm Hausenstein diente ihm dabei als Kronzeuge. „Hausenstein, einer der ersten, die den hippokratischen Zug im Gesicht des Expressionismus gewahrten, blickt jetzt, da dieser begraben ist, nach der dunklen, leeren Zukunft aus. So ratlos enttäuscht stand noch niemals eine Zeit: alles ausprobiert, jede Möglichkeit erschöpft, nichts übrig, das sich auch nur denken ließe. […] So läuft Hausensteins letzte Schrift auf eine zersetzende Selbstkritik hinaus, ja auf einen Selbstnekrolog, auf einen Nekrolog der Kunstschriftstellerei […].“ Nach diesem saloppen Abgesang auf einen Kunststil und die Kunstkritik insgesamt kam Bahr auf den Kern des Problems zu sprechen. In wörtlicher Übernahme einer Formulierung Hausensteins schrieb er: „Form ist kein Gegenstand der Ueberlegung und Debatte. Reden von Form ist *vanity fair*. Sie ist oder sie ist nicht: man kann ihr nicht zureden. Alles liegt in der Sache. Kunst, Form ist eine Funktion der Sache – oder sie ist Limbus des Nichts.“ (Bahr 1920: 6).

Was Hausenstein hier formulierte und worin ihn Bahr wortreich unterstützte, war ein Plädoyer für einen Neuanfang, ein Aufruf zur Änderung, jedenfalls zur Abkehr vom eigenen Tun. Beide Autoren hatten noch kurz davor umfangreiche

Studien über den Expressionismus verfasst und diesen als den adäquaten Ausdruck der Zeit gepriesen. Davon war nun, zu Beginn der 1920er Jahre, nichts mehr zu spüren. Ganz im Gegenteil: die Kraft des Expressionismus sei erlahmt, er zeige eine degoutante „Überzüchtung des formalen Wesens" und sei nur mehr „formalistische Esoterik" (Hausenstein 1920/1960: 263). Mit den Menschen und ihrem Leben habe das alles nichts zu tun. „Den Künsten ist die Brücke zum Gesellschaftlichen abgebrochen", so Hausenstein zu Beginn jenes Kapitels, in dem er sich für eine „Soziologie der Kunst" (Hausenstein 1920/1960: 274) stark machte.

Wilhelm Hausenstein genoss unter den Wiener Kunsthistorikern kein allzu hohes Ansehen. Seine Intention, sich der Kunst vergangener Zeiten mit „Erklärungen aus der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung der Gegenwart" (Tietze 1917: 437) zu nähern, wurde als Irrweg angesehen. Zu sehr fühlte man sich in Wien an alte, aus der Mitte des 19. Jahrhunderts stammende kulturgeschichtliche Konzepte wie jenes von Karl Schnaase (1798–1875) erinnert, dem es trotz großer Anstrengung nicht gelungen war, eine schlüssige Beziehung zwischen der Kunst und ihrem historischen Umfeld herzustellen. Das ist auch der Grund, warum Max Dvořák wie erwähnt kein gutes Haar an solchen Konzepten ließ. Gleichwohl war die von Hausenstein erhobene Forderung nach einer Neuperspektivierung des Stilbegriffs – der Autor sprach 1920 folgerichtig von der „Stilsoziologie" (Hausenstein 1920/1960: 246) – ein Thema, das auch in Wien als dringlich erachtet wurde. Deutlich wurde dies, allen bestehenden Vorbehalten zum Trotz, in den späten Schriften von Max Dvořák.

2 Max Dvořák und sein Postulat der „geistigen Gemeinschaft"

Der aus Böhmen stammende Dvořák fühlte sich als direkter Nachfolger Alois Riegls (1858–1905) an der Universität Wien sowie an der *k.k. Zentralkommission zur Erforschung und Erhaltung der Kunstdenkmäler* über viele Jahre hindurch dessen Wissenschaftsauffassung verpflichtet. Riegls Credo, dass sich eine moderne Kunstforschung primär nicht der Ikonographie, sondern der künstlerischen Form zu widmen habe, galt auch Dvořák lange als Richtschnur seines Tuns. Angesichts der zersetzenden Krise der Disziplin ab ca. 1910 sah aber auch er sich aufgefordert, seine Grundsätze zu überdenken – mit höchst folgenreichem Ergebnis. Insbesondere seine späten Schriften, in denen er sich etwa über das Wachstum der Städte oder die imperialistischen Tendenzen des Welthandels äußerte (Dvořák 1920/2012: 723), müssen „als eine […] kultur- und

gesellschaftspolitisch intervenierende Kunstgeschichte" (Aurenhammer 2012: 16) gelesen werden. Für Dvořák bestand kein Zweifel, dass jedem Kunstwerk – darauf wurde schon früh aufmerksam gemacht – seine „Beziehung zum Milieu und seine Bedeutung für die Gegenwart" (Neumann 1962:192) eingeschrieben seien.

Genau diese Aspekte – das prinzipielle Eingebettetsein des Kunstwerks in die jeweils gegebenen historischen Rahmenbedingungen sowie seine Verknüpfung mit Gegenwartsfragen, die insofern über bloß ästhetische Fragen hinausreichen, als sie echte Lebenswerte betreffen – waren es, die Dvořák 1918 in seinem Aufsatz *Idealismus und Naturalismus in der gotischen Skulptur und Malerei* darlegen wollte. Der Text erschien nicht in einem kunstgeschichtlichen Fachorgan, sondern in Friedrich Meineckes *Historische[r] Zeitschrift,* was als Hinweis darauf verstanden werden darf, dass Dvořák nach dem Weltkrieg nach neuen Horizonten Ausschau hielt. Seine Abhandlung gilt als Gründungsschrift der sogenannten *Kunstgeschichte als Geistesgeschichte.* Sie stellte den kontroversiell diskutierten Versuch dar, die Kunst unter einem sehr weit gefassten Blickwinkel zu betrachten, in dem nicht nur religiöse und allgemein geistige Aspekte Beachtung fanden, sondern das künstlerische Schaffen auch in seinen „anthropologischen, sozialen und kulturellen Bezügen" (Scarrocchia 2012: 25) erfasst wurde. Ziel des Aufsatzes war es, das Spätmittelalter, das in der Forschung oft geringschätzend als „Übergangszeit" (Dvořák 1918/1924: 44) charakterisiert worden war, neu zu bewerten. Mit wiederholten Verweisen auf Wilhelm Dilthey (1833–1911) sowie auf Ernst Troeltsch (1865–1923), namentlich auf dessen *Die Soziallehren der christlichen Kirchen und Gruppen* (1912), beschreibt Dvořák die Gotik als eine Epoche, in der neue Wertvorstellungen Platz griffen. Die „Herrschaft des Geistes über die Materie" (Dvořák 1918/1924: 51) wurde gebrochen und die Menschen begannen sich wieder mit den „realen Verhältnissen auseinander[zu]setzen" (Dvořák 1918/1924: 54). Diese neue Auffassung – die neue „Weltanschauung", wie es in dem Aufsatz häufig heißt – lässt Dvořák die Fragen stellen, wie die von ihm konstatierte neue Beziehung der Menschen zu ihrer Umwelt beschaffen war und welche künstlerischen Konsequenzen sich daraus ergaben. Er diskutiert diese Fragen ausführlich am Beispiel der Statuenreihen an den Fassaden gotischer Kathedralen. Die dort platzierten Skulpturen seien laut Dvořák noch keine autonomen Werke im Sinne der Renaissance, d. h. keine für sich stehendenden Artefakte mit einem je spezifischen Eigenwert. Vielmehr müssen sie als Teil eines größeren Ganzen verstanden werden, mit dem sie eine materielle wie geistige Einheit bilden. Die rhythmisch geordneten Gewändefiguren stehen in diesem Sinn für den in der Gotik vorherrschenden und gleichsam übergeordneten *Geist,* den sie jedoch – und das ist ein entscheidender Punkt in Dvořáks Argumentation

– nicht nur passiv repräsentieren, sondern aktiv mitgestalten. Sie seien folglich nicht irgendeine Zutat zum Gebäude, kein ästhetisches Beiwerk, das man einfach wegnehmen oder austauschen könne, sondern ein integrierender Teil des Gesamtbaus und mit diesem unlösbar verbunden. Als besonderes Merkmal der neuen Auffassung hebt Dvořák das veränderte Verhältnis der Gewändefiguren zueinander hervor. Während die Figuren an romanischen Portalen oft teilnahmslos nebeneinander aufgereiht stehen, komme es in der Gotik zu einem grundlegenden Wandel. Die Figuren treten ein in ein neuartiges „Verhältnis zur ganzen äußeren Welt", sie gehen eine teilnehmende Verbindung zueinander ein, nehmen Blickkontakt auf oder lächeln sich an. Dieser neu etablierte „seelische Kontakt" – Zeugnis einer „neuen Weltbejahung" – bestehe indes nicht allein zwischen den Skulpturen, sondern erstrecke sich auch auf die sie Betrachtenden, also auf die Gläubigen, die beim Betreten der Kirche mit den Portalfiguren unmittelbar konfrontiert werden und auf diese buchstäblich zugehen. Das „seelische Zwiegespräch" (Dvořák 1918/1924: 100 f.), das sich dabei ergibt, das „Sichbewußtwerden von Eindrücken, die jede einzelne Gestalt mit der Außenwelt verbinden" (Dvořák 1918/1924: 102), ist es, was Dvořák als den höchsten, nämlich den ethischen Wert der Gotik postuliert. Sie sei eine Zeit, in der „altruistische Gesinnung und auf geistiger Gemeinschaft beruhende Lebenseinrichtungen wichtiger waren als körperliche Vollkommenheit und individuelles oder öffentliches Machtbewußtsein" (Dvořák 1918/1924: 109).

Auch wenn Dvořák keinerlei Bestrebungen zeigte, auf Grundlage seiner Beobachtungen eine konzise Theorie des Zusammenlebens zu entwickeln (wie das 15 Jahre zuvor bei Alois Riegl der Fall gewesen war, der am Beispiel der holländischen Porträtmalerei die Gesellschaftsstruktur des 17. Jahrhunderts dargelegt hatte), so zeugen seine späten Schriften dennoch vom Bemühen, sich dem Thema des menschlichen Zueinanders und Miteinanders zu widmen. Klar zum Ausdruck gelangt dies etwa in jener Passage, wo er über die tristen Lebensverhältnisse der Menschen in den mittelalterlichen Städten schreibt. „Man wohnte in dumpfen […] Städten in engen Gassen und finsteren Wohnungen, geistig und körperlich zusammengepfercht" (Dvořák 1918/1924: 56), so Dvořák, um indes sofort den Hinweis zu geben, dass es just diese Menschen waren, die die Kathedralen gebaut hatten. Die anonymen Stadtbewohner von Chartres, Amiens oder Reims wurden auf diese Weise zu handelnden Akteuren und zu unverzichtbaren Elementen des gesamten gotischen Kunstgeschehens erklärt.

Dvořáks Text enthält eine Fülle an Bemerkungen, die zwar auf die Vergangenheit gerichtet waren, sich aber auf die aktuellen Gesellschaftsverhältnisse übertragen ließen – man denke an die großstädtische Wohnungsnot, die im Wien der 1920er Jahre zur vielbeachteten Wohnbauoffensive der sozialdemokratisch

geführten Stadtregierung führte. Gerne würde man wissen, in welche Richtung sich Dvořáks Denken weiterentwickelt hätte, ob er in einem nächsten Schritt vielleicht tatsächlich zu einer wie immer gearteten, eventuell stärker begrifflich fundierten Soziologie der Kunst vorgestoßen wäre. Allein, es kam nicht mehr dazu. Völlig unerwartet verstarb der Kunsthistoriker im Februar 1921 mit nur 46 Jahren, wodurch sich die ohnedies schon krisenhafte Lage am Wiener Institut noch weiter zuspitzte.

3 Weltanschauung und Stil: Dvořáks Erbe

Dem „unermeßlichen Verlust“ (Benesch 1924: 159), den die Schüler und Schülerinnen Dvořáks durch seinen Tod erlitten, begegneten sie auf zweierlei Art. Zum einen durch eine mehrbändige Neuedition seiner Schriften, wodurch es zu einer weit über Österreich hinausreichenden Verbreitung von Dvořáks Denkens kam. Und zum anderen durch die zum Teil sehr konsequente Fortführung seines Weges, der viele seiner Schüler nun ebenfalls gesellschaftsbezogene Fragen stellen ließ. Das gilt etwa für Antonín Matějček (1889–1950) und Zdeněk Wirth (1878–1961), die – hierin nicht nur Dvořák, sondern vor allem auch Alois Riegl folgend – den Blick auf das Kunstschaffen anonymer Produzenten richteten und die tschechische Volkskunst in ihrem Verhältnis zur Hochkunst diskutierten. Es war das ein Thema, das angesichts der rapiden Industrialisierung Böhmens und Mährens sowie des damit einhergehenden Niedergangs des traditionellen Kunsthandwerks eine eminente gesellschafts-, wirtschafts- und nicht zuletzt kulturpolitische Dimension besaß (vgl. Filipová 2020).

Deutlicher noch als in Prag und Brünn sind die Spuren Dvořáks in Budapest zu entdecken. Eine ganze Reihe seiner aus Ungarn stammenden Schülerinnen und Schüler verkehrten über Jahre hindurch im *Budapester Sonntagskreis,* wo sie Dvořáks Schriften ebenso wie jene von Alois Riegl diskutierten und mit den Gedanken Georg (György) Lukács’ zu verknüpfen suchten. Über das intellektuelle Klima im *Sonntagskreis,* wo die Tür zu einer soziologischen Interpretation von Kunst weit geöffnet wurde, liegen mehrere Studien vor, sodass an dieser Stelle auf eine detaillierte Darstellung verzichtet werden kann (vgl. u. a. Karádi und Vezér 1985; Born 2011; Markója und Balázs 2020). Erwähnung finden soll aber zumindest die wohl folgenreichste Publikation, die aus dem *Sonntagskreis* hervorging, nämlich Karl Mannheims „Beiträge zur Theorie der Weltanschauungs-Interpretation“. In diesem 1921 im *Wiener Jahrbuch für Kunstgeschichte* erschienenen Artikel brachte der Budapester Soziologe die Theorien der Wiener Kunsthistoriker u. a. mit jenen von Werner Sombart

(1863–1941), Max Weber (1864–1920) oder auch Oswald Spengler (1880–1936) in Zusammenhang. Bedeutsam ist der Text nicht allein wegen des dort unternommenen Versuchs „des Inbeziehungsetzens der ökonomisch-sozialen und der geistigen Sphäre“ (Mannheim 1970: 96), sondern auch deshalb, weil er ein kunsttheoretisches Modell bereitstellte, das die Basis für Erwin Panofskys (1892–1968) berühmtes dreistufiges Schema der Werkanalyse bildete. Dies erklärt, warum Panofsky heute nicht nur als Begründer der ikonographisch-ikonologischen Methode, sondern bisweilen auch als ein Wegbereiter der Kunstsoziologie gilt (Hänseroth 1979; Müller 2017).

Stärker noch als bei Mannheim wird die Wirkung Dvořáks im Werk Frederick (Frigyes/Friedrich) Antals (1888–1954) sichtbar, der, noch bevor er dem *Sonntagskreis* beitrat, 1914 bei Dvořák promovierte hatte (vgl. u. a. Kókai 2005). Antals in den frühen 1920er Jahren konzipierte, in den 1930er Jahren geschriebene, aber erst 1947 in London veröffentlichte Studie *Florentine painting and its social background* verrät einen deutlichen Nachklang des Denkens seines Lehrers, der laut Antal schon früh auf die Bedeutung ökonomischer Tatsachen für die Entwicklung der Kunst hingewiesen habe: „As Dvořák has pointed out, economic facts throw light upon the whole development of art, even if only indirectly.“ (Antal 1947: 4)

Genau wie Dvořák widmete sich auch Antal der Übergangszeit des Spätmittelalters, und genau wie dieser stellte er die Frage, wie sehr der Stil eines Kunstwerks Auskunft über sich ändernde politische, ökonomische und gesellschaftliche Bedingungen geben könne. Am Beispiel der Unterschiede in den Gemälden eines Gentile da Fabriano und eines Masaccio, die zeitgleich in Florenz, jedoch für Auftraggeber aus unterschiedlichen Gesellschaftsschichten tätig waren, räsonierte Antal über die künstlerischen Folgen der in der Toskana um 1400 bestehenden Sozialstrukturen, in die Künstler, Auftraggeber und Publikum gleichermaßen eingebunden waren. Im Bewusstsein der Gefahren allzu simpler deduktiver Erklärungsmodelle hütete sich Antal wohlweislich davor, eine kausale Verbindung zwischen dem Stil einer Epoche und ihren wirtschaftlichen Bedingungen zu behaupten (vgl. Wessely 1991: 274). Viel eher wollte er herausfinden, „what people belonging to different spheres of society thought and felt about the things that mattered most of them“, bzw. wie sehr dies durch die jeweils dominante „Weltanschauung“ („outlook on life“) determiniert sei (Antal 1947: 5).

Über die Anfänge einer solchen Forschungsagenda äußerte sich Antal rückblickend folgendermaßen: „Der strenge historische Geist der Wiener Schule und die resolute Anti-l’art-pour-l’art-Haltung Warburgs bahnten gemeinsam den Weg für ein tieferes, reicheres und weniger nebuloses Studium der Kunstgeschichte, was auch sowohl auf die […] Sozial-, Wirtschafts-, Religions- und politische

Geschichte […], als auch auf eine historisch orientierte Sozialpsychologie bezogen werden kann. Die Kunsthistoriker sind jetzt in der Lage, ernsthaft die Vielseitigkeit einer jeweiligen Periode, die Komplexität der Formen der Weltanschauung und die Art und Weise des Denkens in den verschiedenen Schichten des Publikums in Betracht zu ziehen, um so herauszufinden, welcher Stil zu welcher Lebensanschauung gehört; der Begriff des Stiles ist natürlich nicht nur auf formale Merkmale beschränkt, sondern schließt den Inhalt ein. Wenn wir die ganze Gesellschaft betrachten, nicht nur ihre obersten Schichten, kommen wir dazu, die *raison d'être* aller Bilder zu verstehen, nicht nur die der besten, der berühmtesten, deren vollständige Bedeutung tatsächlich nicht aus der Isolation heraus wirklich begriffen werden kann. Je sorgfältiger sie durchforscht wird, desto leichter und natürlicher entfaltet sich allmählich das soziale, geistige und künstlerische Bild während einer Periode, und die Art und Weise, in der ihre Teile verbunden sind, wird zunehmend geklärt.“ (Antal 1975: 8 f.)

4 Otto Benesch und der Wiener Geistkreis

Es ist verständlich, dass ein so ambitioniertes Programm, das die Einführung einer kunstwissenschaftlichen „method of sociological interpretation“ (Antal 1947: 9) anstrebte, sich nicht von Antal allein umsetzen ließ. Viel eher bedurfte es der Bündelung aller verfügbaren Kräfte, d. h. der möglichst engen Zusammenarbeit mit gleichgesinnten Kollegen und Kolleginnen. Außer an die Mitglieder des *Sonntagskreises,* von denen einige nach der Niederschlagung der ungarischen Räterepublik nach Wien geflüchtet waren und bei Dvořák studierten, ist dabei insbesondere an Otto Benesch (1896–1964) zu erinnern.

Benesch, der Sohn eines aus Ungarn stammenden Kunstsammlers und Förderers Egon Schieles, ist in dem hier erörterten Zusammenhang gleich mehrfach relevant. Erstens, weil er enge Kontakte nach Budapest unterhielt und seine Kollegen vor Ort unterstützte, als diese in den Monaten der Räterepublik damit beschäftigt waren, die privaten Kunstsammlungen des Landes zu verstaatlichen und durch Ausstellungen der Öffentlichkeit zu präsentieren (Born 2011: 109). Aus Sicht Beneschs, der der Sozialdemokratie nahestand, war ein solcher Schritt nur konsequent, bildete er doch die Einlösung des Versprechens der allgemeinen Zugänglichkeit von Kunst.

Zweitens ist Benesch deshalb von Bedeutung, weil er zeitlebens am Konzept der *Kunstgeschichte als Geistesgeschichte* festhielt und somit als der legitime Verwalter des intellektuellen Erbes Dvořáks bezeichnet werden darf. Noch in den Schriften, die er in den 1940er Jahren in den USA veröffentlichte, wohin

er wegen der sogenannten nicht-arischen Herkunft seiner Frau geflüchtet war, betonte Benesch die Notwendigkeit, Kunstwerke stets in einem möglichst weit gefassten kulturellen Rahmen zu erörtern. Auch wenn er sich in seiner einflussreichen und immer wieder aufgelegten Studie *The Art of the Renaissance in Northern Europe* nicht offen zur Kunstsoziologie bekannte, so hielt er schon in der Einleitung grundlegend fest, dass Kunst immer in einem funktionalen Zusammenhang mit dem Leben stehe und sie den Schlüssel zu einem tieferen Verständnis des Daseins in seiner Ganzheit bilde. „Art has always been a function of human life […] Therefore, it is a key to the understanding of the totality of life" (Benesch 1945/1947: 3).

Der dritte Grund, warum Benesch Beachtung verdient, liegt in seiner Beschäftigung mit Max Weber. Im Rahmen einer sehr ausführlichen Besprechung von dessen Abhandlung *Die rationalen und soziologischen Grundlagen der Musik* (1921) unternahm er den Versuch, Webers Musiksoziologie mit den Theorien Alois Riegls in Zusammenhang zu bringen. Die Gemeinsamkeit der beiden Forscher erblickte Benesch darin, dass sie jeweils „große geschichtliche Bildungsmächte" der Kunst benannt hatten, „die keine spekulativen Abstrakta sind, sondern in der unabsehbaren Menge der Erscheinungen ihre Erfüllung finden" (Benesch 1922: 391). Benesch knüpfte hierbei an Riegls in den 1920er Jahren populären und auch von Max Weber verwendeten Begriff des *Kunstwollens* an. Dieses definierte er als „geistigen Grundstrom", der auf „alle Erscheinungen des kulturellen Daseins, politische und wirtschaftliche sowohl wie philosophische, wissenschaftliche und künstlerische Äußerungen" (Benesch 1920: 175) wirke. Mit im Zentrum der Rezension stand die Frage der Valenz der Weber'schen bzw. der Riegl'schen Terminologie und deren Anwendbarkeit auf die jeweils andere Disziplin. Benesch verwies dabei u. a. auf die Begriffspolarität des Optischen und des Haptischen, womit er daran erinnerte, dass sich der Sinn der Kunst nicht allein in der unmittelbaren Anschauung, sondern gleichzeitig immer auch im körperlichen Erleben erschließe. Die haptische Dimension des künstlerischen Gegenstands und insbesondere das Tasterlebnis waren in den 1920er Jahren ein außerordentlich populäres Themenfeld. Es wurde von Kunsttheoretikern und Kunsthistorikerinnen – vornehmlich jenen, die dem *Werkbund* nahestanden – ebenso diskutiert wie von den Reformpädagogen und -pädagoginnen des Roten Wien, die am Beispiel des kindlichen Gestaltungsdrangs die entwicklungspsychologische Bedeutung der manuellen und ganzkörperlichen Welterfahrung ins Zentrum ihrer Forschung rückten.

Ein vierter Grund schließlich, warum Benesch hier als Wegbereiter der österreichischen Kunstsoziologie genannt wird, liegt in seiner Mitgliedschaft

im sogenannten *Geistkreis*.[4] Dieser von 1921 bis 1938 bestehende Zusammenschluss junger Intellektueller aus verschiedenen Disziplinen verstand sich als eine Art Konkurrenzunternehmen zu Othmar Spanns Seminar an der Universität Wien. Gegründet von Herbert Fürth (1899–1995) und Friedrich Hayek (1899–1992) bot der *Geistkreis* seinen insgesamt 25 Mitgliedern – nur Männern! – eine rege Diskussionsplattform, wo über Soziologie, Staatslehre und Geschichtswissenschaft ebenso gesprochen wurde wie über Philosophie und Kunst (Engel-Janosi 1974: 116–128). Benesch sowie sein aus Budapest stammender Kollege Johannes Wilde (1891–1970, vgl. zuletzt: Markója 2017), auch er ein Schüler Dvořáks, wurden im *Geistkreis* mit einigen der führenden Denker der Wiener Zwischenkriegsjahre bekannt. So etwa mit dem Rechtsphilosophen Felix Kaufmann (1895–1949), der bei den regelmäßigen Zusammenkünften einen Vortrag über die „Theorie der Kunstwissenschaft“ hielt, oder mit dem Staats- und Gesellschaftstheoretiker Erich (Eric) Voegelin (1901–1985), der u. a. über die „Methode der Sozialwissenschaft“ und den „Sinn der Kunstgeschichte“ sprach. Wie sehr das fächerübergreifende Denken zum Prinzip des *Geistkreises* zählte, lässt sich vor allem auch an den Beiträgen des Soziologen Alfred Schütz (1899–1959) erkennen, der etwa über den Witz, die Graphologie und den Sinn der Oper referierte. Schütz’ frühe Schriften verraten eine große Vertrautheit mit der zeitgenössischen Kunsttheorie. Deutlich wird dies etwa in seinen Ausführungen zur somatischen und sensuellen Dimension in der Kunst, wo er sich insbesondere über den Tastsinn Gedanken machte (Schütz 2006: 132 ff.); oder in seinen an Henri Bergson (1859–1941) orientierten Reflexionen über das künstlerische „Erlebnis“ (Schütz 2006: 51 ff.); und nicht zuletzt an seinem Aufgreifen des Rhythmusbegriffs (Schütz 2006: 119). Dieser wurde in den 1920er Jahren unter Kunstforschern und Kunstforscherinnen breit diskutiert und zumeist als eine alle Lebens- und Tätigkeitsbereiche umfassende Kollektivkraft verstanden, die Ordnung schafft und gleichzeitig ein schöpferisch-kreatives Potenzial freilegt (vgl. Vasold 2012). Für Benesch und Wilde, die mit Dvořáks geisteswissenschaftlicher Methode bestens vertraut waren, dürfte der Austausch mit Schütz aber auch deshalb fruchtbar gewesen sein, weil der Soziologe mit Bezugnahme auf Dilthey ebenso knapp wie unmissverständlich festhielt, dass „Geisteswissenschaften […] immer Sozialwissenschaften sind“ (Schütz 2006: 187).

[4] Ich danke Michaela Pfadenhauer, Universität Wien, sowie Ohad Reiss Sorokin, Princeton University, für ihre großzügige Hilfe und die Bereitschaft, mir noch unveröffentlichtes Material zum *Geistkreis* zur Verfügung zu stellen.

5 Hans Tietze

Was an Benesch auffällt, ist das dichte intellektuelle Bezugsnetz, in dem er agierte, sowie seine Bereitschaft, fachübergreifend zu denken. Dasselbe lässt sich auch von Hans Tietze sagen, der wohl zentralen Figur in der österreichischen Kunstsoziologie der Zwischenkriegszeit. Der 1880 in Prag geborene Tietze, der bei Riegl und Wickhoff studiert hatte und mit Dvořák in einem engen Freundschaftsverhältnis stand, war einer der produktivsten Kunstforscher seiner Zeit. Er wirkte als Dozent an der Universität Wien, war jahrelang in der Volksbildung tätig, arbeitete am *Kunsthistorischen Institut der k.k. Zentralkommission zur Erforschung und Erhaltung der Kunstdenkmäler,* verantwortete nach dem Ersten Weltkrieg als Abteilungsleiter im Unterrichtsministerium die Reorganisation der österreichischen Museumslandschaft, war leitender Redakteur der Wiener Monatshefte *Die bildenden Künste,* Mitherausgeber der Leipziger Wochenschrift *Kunstchronik und Kunstmarkt,* Begründer der *Gesellschaft zur Förderung der modernen Kunst in Wien,* er publizierte hunderte Fachbeiträge, gestaltete Radiosendungen, hielt Vorträge und kuratierte wegweisende Ausstellungen. Alle diese Tätigkeiten waren geprägt von einem großen und durchgehenden Interesse an kunsttheoretischen Fragen, was schon in seinem frühen opus magnum, *Die Methode der Kunstgeschichte* (1913), sichtbar wird. Dieses 500 Seiten starke Buch verdient nicht zuletzt deshalb Beachtung, weil Tietze dort ein erstes, wenn auch noch zaghaftes Interesse an soziologischen Fragen artikulierte. Mit gelegentlichen Verweisen auf die Schriften von Hippolyte Taine (1828–1893), Jean-Marie Guyau (1854–1888), Gabriel Tarde (1843–1904), Alfred Vierkandt (1867–1953), Werner Sombart (1863–1941) und Max Weber räsonierte er darin etwa über die Massenanfertigung von Kunstgegenständen oder die Rolle des Mäzenatentums.

Tietzes Interesse an soziologischen Themen verstärkte sich im Lauf der Jahre immer mehr. Im Wintersemester 1919/1920 kündigte er an der Universität Wien eine Vorlesung über „Die soziale Funktion der Kunst“ an, die jedoch, so scheint es, nicht gehalten wurde (Tietze-Conrat 2015: 172). Parallel zur wachsenden Präsenz des Themas in Fachorganen wie der *Zeitschrift für Ästhetik und allgemeine Kunstwissenschaft,* wo in den 1920er Jahren in immer kürzeren Abständen Artikel zur Soziologie der Kunst erschienen, und angeregt wohl auch durch die persönliche Bekanntschaft mit dem Pionier der Wiener Erwachsenenbildung Emil Reich (1864–1940), der in seiner Funktion als Dozent an der Universität Wien die österreichweit erste Dissertation betreute, die den Begriff Kunstsoziologie im Titel führte (Sandor 1925), verlagerte Tietze seinen Fokus immer deutlicher hin zur Soziologie. In seinem schon erwähnten Artikel *Verlebendigung der Kunstgeschichte,* der im Hochschulblatt der *Frankfurter Zeitung*

erschien, hielt Tietze zwar an der grundsätzlichen Autonomie der Kunst fest und erklärte, dass die „Kräfte […] des wirtschaftlichen, religiösen, politischen Lebens“ für die Kunstentwicklung prinzipiell nur „auslösende Anregungen“ bilden. Dennoch dürfe man das Kunstwerk nicht als Monade denken, es sei kein Produkt, das von äußeren Faktoren unberührt bleibe. Vielmehr müsse „das werdende Kunstwerk [als] Ausdruck verschiedenartiger geistiger Lebensfülle“ und „das gewordene [in seiner] sozialen Funktion begriffen werden“. Indem das Kunstwerk „in der mannigfachsten Weise Zeugnis ablegt […] für die ganze Weltauffassung seines Urhebers, aber auch für die Meinungen und Überzeugungen seiner Zeit, seines Volkes, seiner sozialen Schichten“, werde es wieder in seiner „Totalität“ sichtbar. Es stehe nicht länger „im luftleeren Raum“, sondern dränge „zurück aus den eingefriedeten Gehegen auf den Markt des Lebens“. Die grundlegende Frage, in welcher Weise dies geschehe, wie also das Leben in der Kunst zum Ausdruck gelange und sichtbar werde, beantwortete Tietze mit dem Hinweis auf ihre formale Gestaltung. Die äußeren Umstände erfahren im Werkprozess nämlich eine „Umsetzung ins Formale“ (Tietze 1925/2007a: 182 f.), weshalb es für die Wissenschaft unabdingbar sei, auch weiterhin die je spezifische Form eines Werks zu analysieren. Der Kunstforschung wies Tietze somit weiterhin die Aufgabe zu, an der vielkritisierten Stilanalyse festzuhalten, sie aber nicht bloß als Beschreibung ästhetischer Phänomene zu begreifen, sondern das Augenmerk verstärkt auf ebenjenes entscheidende Moment der Umsetzung oder Umformung zu richten.

Wie sehr Tietze darum bemüht war, für das komplexe Verhältnis zwischen Kunst und Gesellschaft eine adäquate Begrifflichkeit zu finden, belegt sein 1925 im *Jahrbuch für Soziologie* erschienener Aufsatz *Die soziale Funktion der Kunst.* Dort greift er das in Frankfurt gestellte Problem erneut auf, wobei er, genau wie es auch schon Otto Benesch in seiner Dissertation getan hatte (vgl. Benesch 1921: 22), den Terminus der Verflechtung ins Zentrum seiner Betrachtungen rückte. Tietze erklärt, dass Kunst „mit allem Leben verflochten, ein untrennbares Stück unserer Gesamtexistenz“ (Tietze 1925/2007b: 191) sei. Sie stehe „in engster Verflechtung mit anderen Lebensmächten […]. Immer war Kunst Werk von Menschen, deren geistige Ganzheit in alle ihre Erzeugnisse hineinwirken musste, deren intellektuelle und soziale Gebundenheit sich in dem, was sie taten, widerspiegelte“ (Tietze 1925/2007b: 197 f.). Um den Fallstricken plumper Widerspiegelungstheorien zu entgehen, schreibt Tietze – darin Dvořák folgend und Antal vorausgreifend – der Kunst eine bestimmte Wirkkraft zu, d. h. eine eigene und beschreibbare Handlungsmacht, die auf die Gesellschaft einwirke. Kunst und Gesellschaft stehen für Tietze somit immer in einem reziproken Verhältnis. „Eine Schöpfung wie die *Sixtinische Decke* Michelangelos ist nicht nur aus den

Strömen zeitgenössischen religiösen Lebens und Lehrens gespeist, sondern hat auch umgekehrt bestimmend auf diese eingewirkt. Die künstlerische Leistung ist ein Teil der […] Lebendigkeit der Zeit“ (Tietze 1925/2007b: 197). Zur Verdeutlichung dieses Gedankens wählt Tietze das plastische Bild des schaffenden Künstlers, dessen Wirken von den Rahmenbedingungen determiniert sei, das gleichzeitig aber „auf tausend Wegen durch die Poren eines Volkes […] sickert [und] eine ganze Zeit durchtränkt“ (Tietze 1925/2007b: 195).

Die „stete Wechselwirkung“, die zwischen den beiden Tendenzen, Kunst als „soziales Geschehen [und als] individuelles Erlebnis“ (Tietze 1925/2007b: 199 f.) zu begreifen, und vor allem ihr Eindringen in die Gesellschaft durch alle Poren – das war es, was Tietze allerdings nicht nur theoretisch zu fassen und zu erklären versuchte, sondern zunehmend auch in die Praxis umsetzen wollte. Er erkannte, dass der populären Forderung nach einer Kunst, die für die gesamte Gesellschaft und nicht nur für eine „Gemeinde eingeweihter Bekenner“ (Tietze 1925/2007b: 189) da sei, zwingend auch Taten folgen müssen. Das Festhalten an der l’art pour l’art-Ideologie erachtete er als „gefährlich“ (Tietze 1925/2007b: 188), weil sie zur Exklusion führe und Leute ausschließe: „die Sprache des Künstlers versteht […] nur, wer sie eigens gelernt hat. […] Sie ist die Angelegenheit eingeweihter Kreise geworden, die ihr Ritual und ihre Kultursprache haben und mit unverhohlener Verachtung auf alle herabblicken, die an ihrem Zeremoniell keinen Anteil haben“ (Tietze 1925/2007b: 190). Dieser Umstand sei nicht länger zu dulden, dagegen müsse etwas unternommen werden. Auf den Staat oder die Gemeinde setzte Tietze dabei kaum. Gerade die Kulturpolitik des Roten Wien tat seiner Ansicht nach zu wenig für die Künstlerinnen und Künstler, sie kümmerte sich nur um den Wohnbau und die Musik, die bildende Kunst bliebe auf der Strecke (Tietze 1927/2007c). Deswegen also wurde Tietze selbst aktiv. Im Jahr 1923, d. h. zu einem Zeitpunkt, als immer mehr heimische Künstler und Künstlerinnen das Land verließen, gründete er in Wien die sogenannte *Gesellschaft zur Förderung moderner Kunst.* Ziel dieser Gesellschaft war es, die im Land verbliebenen Künstlerinnen und Künstler finanziell zu unterstützen sowie Ausstellungen zu organisieren, in denen das zeitgenössische Kunstschaffen breiten Bevölkerungsschichten zugänglich gemacht wurde (vgl. Forsthuber 1992).

Als Höhepunkt dieser Bemühungen gilt die große, fast 600 Objekte umfassende Schau *Die Kunst in unserer Zeit.* Sie war von März bis Mai 1930 im Obergeschoß des Wiener Künstlerhauses zu sehen und behandelte die Kunst „als soziologisches Problem“ (Tietze 1930a: 7). Bemerkenswert war die Ausstellung zunächst deshalb, weil sie den musealen Fokus ausdehnte und dem Kunsthandwerk, der Ingenieurskunst, dem Industrieprodukt, aber auch der Fotografie und der Mode einen hohen, der Malerei und Skulptur gleichwertigen

Rang einräumte. Ihre Innovationskraft bestand aber auch darin, dass sie eine eigene Abteilung mit dem Titel *Der soziale Gedanke* enthielt. Es waren dort Werke zu sehen, die sich u. a. mit der Arbeiter- und Arbeiterinnen-Ikonographie, dem Klassenkampf und dem Geschlechterverhältnis auseinandersetzten. Die Vorbereitungen der Ausstellung gestalteten sich schwierig, es gab finanzielle Probleme, und angefragte Leihgaben aus dem Ausland konnten nicht geliefert werden. Tietze und sein 13-köpfiges sogenanntes „Arbeitskomitee" behalfen sich deshalb mit Objekten aus befreundeten Institutionen wie etwa dem von Otto Neurath (1882–1945) geleiteten *Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum,* das u. a. Holzschnitte von Gerd Arntz, Diego Rivera und Frans Masereel beisteuerte.[5] Realisieren ließ sich die Ausstellung letztlich nur, weil Tietze auf einen verlässlichen Stab junger Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen setzen konnte. Für die Abteilung *Der soziale Gedanke* etwa waren die Kunsthistorikerinnen Erna Harth (1904–??) und Hilde Zaloscer (1903–1999) verantwortlich. Die später in Ägypten und Kanada wirkende Zaloscer arbeitete als junge Frau zeitweise für Otto Neurath und war vor allem im Bereich der Volksbildung sehr aktiv. Jahrelang hielt sie an den Wiener Volkshochschulen Vorträge, und gemeinsam mit ihren Kollegen Fritz Grossmann (1902–1984) und Fritz Novotny (1903–1983) rief sie ein Projekt ins Leben, bei dem originalgetreue Reproduktionen von Werken aus dem *Kunsthistorischen Museum* auf Leiterwagen montiert wurden, die sie in die Wiener Arbeiterbezirke zogen, um den dort lebenden Menschen die Kunst buchstäblich nahezubringen (Zaloscer 1988: 49).

Die Ausstellung im Künstlerhaus bildete den Höhepunkt von Tietzes Beschäftigung mit sozialen Fragestellungen. Zugleich läutete sie in Österreich aber auch das Ende der Bemühungen ein, die Kunstsoziologie breitenwirksam zu diskutieren und als neuen Forschungszweig zu etablieren. Tatsächlich finden sich – zumindest im Bereich der Kunstgeschichtsschreibung – nach 1930 kaum noch Versuche in diese Richtung. Zwar war das Thema selbst nach wie vor aktuell. Es ist daran zu erinnern, dass etwa Ernst Kris (1900–1957) und Otto Kurz (1908–1975) ihre Studie zur Künstlerbiographik mit der Feststellung einleiteten, das „Rätsel des Künstlers" sei im Grunde „eine soziologische Frage" (Kris und Kurz 1934/1980: 21). Zu ähnlichen Ansichten gelangte 1931 der heute weitgehend vergessene Kunsthistoriker Leopold Speneder (1901–??), der es als „unumgänglich notwendig" erachtete, „die Zusammenhänge zwischen Kunst und Gesellschaft

[5] Auf konzeptuelle Parallelen zwischen Tietzes Ausstellungen und dem Wirtschafts- und Gesellschaftsmuseum wurde rezent aufmerksam gemacht von Burke (2013). Ich danke Gernot Waldner, Universität Wien, für diesen Hinweis.

[…] in der Beurteilung jedes Werkes der bildenden Kunst in Betracht zu ziehen“ (Speneder 1931: 151). Und auch der junge Otto Pächt (1902–1988) scheint sich der Thematik nicht verschlossen zu haben, jedenfalls hielt er 1931 fest: „Wenn man eine geschichtliche Erklärung eines Kunstwerks verlangt, so ist eine der Hauptfragen die, seine Funktion in dem Geschehen zu ermitteln, in dem es entstanden ist.“ (Pächt 1931/1986: 59).

All diese Bemerkungen dürfen als Beleg dafür genommen werden, dass Tietzes Wirken – und zwar vor allem sein Herausstreichen der sozialen Bedeutung von Kunst, die „unseren Blick [schärft] für die Art, wie sich das Zusammenleben und Zusammenwirken der Menschen vollzieht“ (Tietze 1930a, 1930b, 2007d: 254) – für die jüngere Forschergeneration nicht folgenlos blieb. Doch eine breite und fundierte Auseinandersetzung mit dem Thema lässt sich in Österreich nach 1930 nicht mehr feststellen. Tietzes ebenso wortgewaltiges wie rastloses Eintreten für ein neues Kunstverständnis – eines, das Kunst und Gesellschaft zusammendenkt und in ein reziprokes Verhältnis setzt; eines, welches das Kunstwerk von seinem elitären Anspruch löst und breiten Gesellschaftsschichten gegenüber öffnet; und schließlich eines, das die Kunst als „den Niederschlag komplexer menschlicher Betätigungen“ (Tietze 1930a, 1930b, 2007d: 248) begreift – ein solches Kunstverständnis fand in Wien nach 1930 keine nennenswerte Fortsetzung. Im Austrofaschismus wurde die *Gesellschaft zur Förderung moderner Kunst* rasch aufgelöst. Später, in der NS-Zeit, sah sich fast der gesamte Vorstand der *Gesellschaft* Repressalien ausgesetzt, einige der Mitglieder und Förderer wurden in den Konzentrationslagern ermordet, anderen gelang die Flucht. So auch Hans Tietze, der die letzten Jahre seines Lebens in den USA verbrachte, wo er im April 1954 verstarb. Um seine Rückholung nach Wien hatte sich das offizielle Österreich nie bemüht.

6 Gründe für das Vergessen der österreichischen Kunstsoziologie

Stellt man abschließend die Frage, warum die Kunstsoziologie im Österreich der Zwischenkriegszeit eine derart marginale Rolle spielte, oder besser, warum sie bis dato nur als knappe Fußnote in der Kunsthistoriographie Erwähnung findet, so müssen mindestens drei Aspekte angeführt werden.

Zunächst ist an die erzwungene Emigration vieler Kunsthistoriker und Kunsthistorikerinnen in den 1930er Jahren zu erinnern, wodurch es zur Unterbrechung oder Beendigung einer möglichen Weiterentwicklung der kunstsoziologischen Forschung kam. So gut wie alle in diesem Text angeführten Forscher

und Forscherinnen haben Österreich verlassen. Das gilt für Antal ebenso wie für Benesch, Wilde, Kurz, Kris, Zaloscer, Wirth, Grossmann, Tietze oder auch für Fannina W. Halle (1881–1963). Diese aus Litauen stammende Kunsthistorikerin war in den 1920er Jahren eine enge Weggefährtin Tietzes, dehnte ihr Interessensgebiet aber zunehmend auf die Bereiche der Ethnologie und Soziologie aus. Sie unternahm Reisen in die Sowjetunion und schrieb darüber erfolgreiche, in mehrere Sprachen übersetzte Bücher, in denen sie den Status der Frau im Kommunismus ebenso thematisierte wie den durch Planwirtschaft und moderne Produktionsweisen eingetreten Wandel im Kunsthandwerk. Ihre leicht lesbaren, für ein breites Publikum verfassten Reiseberichte, in denen sie kunsthistorische und soziologische Fragen verknüpfte, ermöglichten es Halle, nach ihrer Flucht in die USA eine Zeit lang an der Yale University, möglicherweise auch an der Columbia University zu unterrichten – und zwar als Kunsthistorikerin und Soziologin (Walter 1988: 497). Wie lange sie dort Lehraufträge erhielt, wen und was genau sie unterrichtete, wie umfangreich ihr in New York liegender Nachlass ist, in welchen Kreisen sie sich bewegte und ob sie Themen, die in Wien entwickelt worden waren, in die USA verpflanzte und dort weiter pflegte – all das ist unerforscht. Das Leben von Fannina W. Halle steht in diesem Sinn symptomatisch für das Schicksal der österreichischen Kunstsoziologie: man weiß kaum etwas darüber, aber es lassen sich – immerhin – Spuren ausmachen, die nicht selten in die USA führen und denen jedenfalls zu folgen lohnt.

Ein weiterer Grund für die fachgeschichtliche Vernachlässigung der Kunstsoziologie in Österreich liegt in dem Umstand, dass sie in der Zwischenkriegszeit (und weit darüber hinaus) große politische Ablehnung erfuhr. Mit welcher Wut die Aktivitäten Tietzes bisweilen bekämpft wurden, belegt etwa ein Zeitungsartikel, den der ehemalige Kabinettsdirektor von Kaiser Karl I., Artur Graf Polzer-Hoditz (1870–1945), am 4. Mai 1930 im *Neuen Wiener Journal* veröffentlichte. Polzer-Hoditz schreibt nach dem Besuch eines Vortrags, den Tietze im Rahmen der Ausstellung *Die Kunst in unserer Zeit* gab, verächtlich von „Terror" und von „Bolschewismus in der Kunst". Bemerkenswerterweise lag der Grund seiner Verärgerung weniger in der Ikonographie der gezeigten Objekte, sondern eher in der Tatsache, dass das Künstlerhaus, der „Tempel der Kunst", entweiht und „dem Volke bis zur Waschfrau und bis zum kleinen Moritz hinab weit geöffnet" worden sei (Polzer-Hoditz 1930: 19). Die Kunstsoziologie, so wird an dem Artikel von Polzer-Hoditz deutlich, galt in Österreich um 1930 vielfach als aufrührerisch und revolutionär, als politisch unterwandert und linksstehend. Angesichts einer solchen öffentlichen Meinung ist es nicht verwunderlich, dass Leute wie Hans Sedlmayr oder Otto Pächt, die als junge Hoffnungsträger der *Wiener Schule der Kunstgeschichte* galten, sich der politisch eher unverdächtigen

Gestaltpsychologie zuwandten und die erwünschten Impulse zur Erneuerung des Faches von dort holten. Fachhistorisch verdient diese Orientierung deshalb Beachtung, weil es dadurch zu einer weitgehenden Entpolitisierung der Kunstgeschichte kam – was von linken Denkern wiederum als Rückschritt gesehen wurde. Der marxistische Kunsthistoriker Meyer Shapiro (1904–1996) fand in seiner ausführlichen Besprechung der Schriften der sogenannten *Neuen Wiener Schule der Kunstgeschichte* denn auch sehr kritische Worte und hielt fest: „The authors often tend to isolate forms from the historical conditions of their development", und er beklagte, dass „social, economic, political and ideological factors in art" im Denken der Wiener offenbar keine Rolle mehr spielten. „They lose sight of the structure of the historical object, namely, the particular human society" (Schapiro 1936/2000: 459 f.).

Und schließlich lässt sich noch ein dritter und letzter Aspekt für die Marginalisierung der Kunstsoziologie in Österreich anführen. Hans Tietze sah sich nämlich nicht nur massiven Vorbehalten seitens der heimischen Presse ausgesetzt. Auch viele Kollegen und Kolleginnen begegneten jeder Form kunstsoziologischen Denkens zunehmend mit Ablehnung. Gerade am Wiener kunsthistorischen Institut herrschte in den späten 1920er und frühen 1930er Jahren eine alles andere als für die Kunstsoziologie gedeihliche Stimmung. Julius von Schlosser, der Nachfolger Dvořáks am Wiener Lehrstuhl, ankannte zwar durchaus die Notwendigkeit einer Erneuerung des Fachs. Doch verband er damit gänzlich andere Ideen als Tietze und sein Kreis. Obwohl sich Schlosser als junger Forscher selbst immer wieder über Formen der Populärkultur geäußert, über „Armeleutekunst" (Schlosser 1921) geschrieben und sich Gedanken über das „Kulturprodukt in tieferen Regionen der sozialen Schichtung" (Schlosser 1910/1911: 172) gemacht hatte, fand er spätestens um 1930 zurück zum Glauben an die Inselhaftigkeit der Kunst. In Übernahme von Positionen ausgewiesener Kritiker der Kunstsoziologie wie etwa Benedetto Croce, mit dem Schlosser befreundet war, betonte er nachdrücklich das alle Zeiten überdauernde Ingenium großer Künstlergestalten, die, so Schlosser, in ihrem monadenhaften Schaffen das Herzstück der Kunstforschung bilden sollten. Damit nahm er die genau gegenteilige Position zu Tietze ein, der mit dem Mythos des inselhaft aus sich schaffenden Meisters nur wenig anfangen konnte und es eher mit Edgar Zilsel hielt (1891–1944), dessen Abrechnung mit dem Geniebegriff bzw. der „Geniereligion" (Zilsel 1918/1990) Tietze beeindruckte (Tietze 1930a, 1930b, 2007d: 240).

Tietze – und das gilt für fast alle seine hier in Erinnerung gerufenen Kollegen und Kolleginnen – schwebte ein ganz anderes Bild von moderner, zeitgemäßer Kunstforschung vor Augen. Eine seiner Formulierungen im Katalog zu *Die Kunst in unserer Zeit* legt davon – knapp, aber überaus bezeichnend – ein klares

Zeugnis ab. Es liest sich wie das persönliche Credo Tietzes in seinem langen, aber letztlich erfolglosen Kampf um die Anerkennung der Kunstsoziologie in Österreich. „Wenn sich die Aufgabe der Kunst nicht darin erschöpft, ihren eigenen Zielen zu dienen, sondern darüber hinaus die volle Breite des Lebens in ihrer besonderen Sprache zu deuten, so kann sie am sozialen Gedanken nicht vorbei gehen, in dem sich ihr ein Feld brennender und neuer Aktualität eröffnet.“ (Tietze 1930b: 65).

Literatur

Anonym (1921): „Kunst“ (= Rez. v. Wilhelm Hausenstein, Bild und Gemeinschaft. Entwurf einer Soziologie der Kunst), in: Allgemeiner Tiroler Anzeiger 2.3.1921, S. 5–6.

Antal, Frederick (1947): Florentine painting and its social background, London: Kegan Paul.

Antal, Frederick (1975): „Bemerkungen zur Methode der Kunstgeschichte“, in: Ders., Zwischen Renaissance und Romantik, Dresden: Verlag der Kunst, S. 5–21.

Aurenhammer, Hans (2012): „Max Dvořák. Denkmalpflege als praktische Realisierung der Kunstgeschichte in der Moderne“, in: Max Dvořák, Schriften zur Denkmalpflege. Gesammelt und kommentiert von Sandro Scarrocchia, Wien/Köln/Weimar: Böhlau, S. 14–16.

Bahr, Hermann (1920): „Tagebuch“, in: Neues Wiener Journal 5.9.1920, S. 6.

Bakoš, Jan (2013): “From the ideological critique to the apologia for the market”, in: Ders., Discourses and strategies. The Role of the Vienna School in Shaping Central European Approaches to Art History & Related Discourses, Frankfurt/M.: Peter Lang, S. 69–106.

Benesch, Otto (1920): „Die Wiener Kunsthistorische Schule“, in: Österreichische Rundschau 62 (Jän.-März), S. 174–178.

Benesch, Otto (1921): Rembrandts zeichnerische Entwicklung, Dissertation Universität Wien (ungedruckt).

Benesch, Otto (1922): „Max Weber als Musikwissenschaftler“, in: Österreichische Rundschau. Deutsche Zeitschrift für Politik und Kultur 18 (9/10), S. 387–402.

Benesch, Otto (1924): „Max Dvořák. Ein Versuch zur Geschichte der historischen Geisteswissenschaften“, in: Repertorium für Kunstwissenschaft 44, S. 159–197.

Benesch, Otto (1947 [1945]): The Art of the Renaissance in Northern Europe. Its Relation to the Contemporary Spiritual and Intellectual Movements, 2. Aufl., Cambridge, Mass.: Harvard University Press.

Born, Robert (2011): „Budapest und die Entwicklung des sozialgeschichtlichen Ansatzes in der Kunstgeschichte“, in: Dietlind Hüchtker/Alfrun Kliems (Hg.), Überbringen – Überformen – Überblenden. Theorietransfer im 20. Jahrhundert, Wien/Köln/Weimar: Böhlau, S. 93–123.

Burke, Christopher (2013): Isotype: Design and contexts 1925–1971, London: Hyphen Press.

Dvořák, Max (1924 [1918]): „Idealismus und Naturalismus in der gotischen Skulptur und Malerei“, in: Ders., Kunstgeschichte als Geistesgeschichte, München: Piper & Co., S. 41–147.

Dvořák, Max (2012 [1920]): „Denkmalpflege“, in: Ders., Schriften zur Denkmalpflege. Gesammelt und kommentiert von Sandro Scarrocchia, Wien/Köln/Weimar: Böhlau, S. 721–726.
Engel-Janosi, Friedrich (1974): … aber ein stolzer Bettler. Erinnerungen, Graz/Wien/Köln: Styria.
Filipová, Marta (2020): „The Czech Vienna School and the art of the ‘small people’“, in: Journal of Art Historiography 22, URL: https://arthistoriography.wordpress.com/22-jun20/ (zugegriffen: 23.10.2021).
Forsthuber, Sabine (1992): „Hans Tietzes kunstpädagogische Ausstellungen“, in: Gottfried Fliedl/Roswitha Muttenthaler/Herbert Posch (Hg.), Museumszeit Museumsraum, Wien: Picus, S. 167–188.
Hänseroth, Albin (1979): „Erwin Panofsky“, in: Alphons Silbermann (Hg.), Klassiker der Kunstsoziologie, München: C. H. Beck, S. 183–199.
Hausenstein, Wilhelm (1960 [1920]): Die Kunst in diesem Augenblick, München: Prestel.
Heidrich, Ernst (1917): Beiträge zur Geschichte und Methode der Kunstgeschichte, Basel: Benno Schwabe.
Karádi, Éva/Erzsébet Vezér (1985): Georg Lukács, Karl Mannheim und der Sonntagskreis, Frankfurt/M.: Sendler.
Kisa, Anton (1904): „Die künstlerische Entwicklung der Weberei und Stickerei“ (= Rez. von: Moriz Dreger, Künstlerische Entwicklung der Weberei und Stickerei innerhalb des europäischen Kulturkreises von der spätantiken Zeit bis zum Beginne des XIX. Jahrhunderts, Wien 1904), in: Kunst und Kunsthandwerk 7 (12), S. 649–660.
Kókai, Károly (2005): „Impulse der Wiener Schule der Kunstgeschichte im Werk von Friedrich Antal“, in: Wiener Jahrbuch für Kunstgeschichte 53, S. 109–119.
Kris, Ernst/Otto Kurz (1980 [1934]): Die Legende vom Künstler. Ein geschichtlicher Versuch, Frankfurt/M.: Suhrkamp.
Mannheim, Karl (1970): Wissenssoziologie. Auswahl aus dem Werk, Darmstadt: Luchterhand.
Marinelli, Ursula (2019): „Moritz Dreger: Ein ‘Wiener Schüler’ der Kunstgeschichte als Ordinarius in Innsbruck“, in: Sybille Moser-Ernst/Christoph Bertsch (Hg.), Kunst :: Wissenschaft. Eine fächerübergreifende Untersuchung am Beispiel der Universität Innsbruck, Innsbruck: Innsbruck University Press, S. 405–426.
Markója, Csilla (2017): “János (Johannes) Wilde and Max Dvořák, or Can we speak of a Budapest school of art history?”, in: Journal of Art Historiography 17, https://arthistoriography.wordpress.com/17-dec17/ (zugegriffen: 23.10.2021).
Markója, Csilla/Kata Balázs (2020): “The Tolnay–Panofsky affair or, loyalty to the youth: Max Dvořák, the Vienna School, and the Sunday Circle”, in: Journal of Art Historiography 23, https://arthistoriography.wordpress.com/23-dec20/ (zugegriffen: 23.10.2021).
Müller, Julian (2017): “Erwin Panofsky”, in: Christian Steuerwald (Hg.), Klassiker der Kunstsoziologie, Wiesbaden: Springer, S. 215–234.
Neumann, Jaromír (1962): „Das Werk Max Dvořáks und die Gegenwart“, in: Acta Historiae Artium VIII, S. 177–213.
Pächt, Otto (1986 [1931]): „Die historische Aufgabe Michael Pachers“, in: Ders., Methodisches zur kunsthistorischen Praxis, 2. Aufl., München: Prestel, S. 59–106.

Panofsky, Erwin (1915): „Das Problem des Stils in der bildenden Kunst“, in: Zeitschrift für Ästhetik und Allgemeine Kunstwissenschaft 10, S. 460–467.

Polzer-Hoditz, Artur Graf (1930): „Bolschewismus in der Kunst. Betrachtungen während eines Führungsgvortrages von Professor Tietze“, in: Neues Wiener Journal 4.5.1930, S. 19f.

Sandor, Paul (1925): Probleme einer Kunstsoziologie. Mit besonderer Berücksichtigung der Literatur, Dissertation Universität Wien (ungedruckt).

Scarrocchia, Sandro (2012): „Denkmalpflege und Moderne: Die Lehre Max Dvořáks“, in: Max Dvořák, Schriften zur Denkmalpflege. Gesammelt und kommentiert von Sandro Scarrocchia, Wien/Köln/Weimar: Böhlau, S. 23–210.

Schapiro, Meyer (2000 [1936]): „The New Viennese School”, in: Christopher S. Wood (Hg.), The Vienna School Reader. Politics and Historical Method in the 1930s, New York: Zone, S. 452–485.

Schlosser, Julius v. (1910/11): „Geschichte der Porträtbildnerei in Wachs. Ein Versuch“, in: Jahrbuch der Kunsthistorischen Sammlungen des Allerhöchsten Kaiserhauses 29, S. 171–258.

Schlosser, Julius v. (1921): „‘Armeleutekunst’ alter Zeit“, in: Jahrbuch für Kunstsammler 1, S. 47–66.

Schlosser, Julius v. (1924): „Ein Lebenskommentar“, in: Johannes Jahn (Hg.), Die Kunstwissenschaft der Gegenwart in Selbstdarstellungen, Leipzig: Felix Meiner, S. 95–134.

Schmarsow, August (1905): Grundbegriffe der Kunstwissenschaft, Leipzig/Berlin: Teubner.

Schmarsow, August (1907): „Kunstwissenschaft und Völkerpsychologie. Ein Versuch zur Verständigung“, in: Zeitschrift für Ästhetik und Allgemeine Kunstwissenschaft 2, S. 305–339, 469–500.

Schütz, Alfred (2006): Sinn und Zeit. Frühe Wiener Schriften (= Werkausgabe, Bd. 1), Konstanz: UKV Verlagsgesellschaft.

Schwabacher, Sascha (1920/21): „Neue Kunstbücher“, in: Der Kunstwanderer 2, S. 369–370.

Simmel, Georg (2000 [1914]): L’art pour l‘art, in: Ders., Aufsätze und Abhandlungen 1909–1918, Bd. II, Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 9–15.

Speneder, Leopold (1931): Die Kunst in unserer Zeit, Wien: Reinhold.

Spitzer, Hugo (1908): „Psychologie, Ästhetik und Kunstwissenschaft“, in: Deutsche Literaturzeitung 29 (25), Sp. 1541–1551, 1605–1615, 1669–1680.

Steuerwald, Christian/Frank Schröder (2013): „Einleitung“, in: Dies. (Hg.), Perspektiven der Kunstsoziologie. Praxis – System – Werk, Wiesbaden: Springer, S. 7–12.

Tietze, Hans (1913): Die Methode der Kunstgeschichte. Ein Versuch, Leipzig: E. A. Seemann.

Tietze, Hans (1917): „Die Literatur über die jüngste Kunst“, in: Kunstchronik. Wochenschrift für Kunst und Kunstgewerbe 28, Sp. 435–439.

Tietze, Hans (1924): „Geisteswissenschaftliche Kunstgeschichte“, in: Johannes Jahn (Hg.), Die Kunstwissenschaft der Gegenwart in Selbstdarstellungen, Leipzig: Felix Meiner, S. 183–198.

Tietze, Hans (1930a): „Einleitung“, in: Die Kunst in unserer Zeit (Ausstellungskatalog Künstlerhaus Wien), Wien: Verlag der Gesellschaft zur Förderung moderner Kunst in Wien, S. 7–12.

Tietze, Hans (1930b): „Der soziale Gedanke“, in: Die Kunst in unserer Zeit (Ausstellungskatalog Künstlerhaus Wien), Wien: Verlag der Gesellschaft zur Förderung moderner Kunst in Wien, S. 64–65.
Tietze, Hans (2007a [1925]): „Verlebendigung der Kunstgeschichte“, in: Ders., Lebendige Kunstwissenschaft. Texte 1910–1954, Wien: Schlebrügge, S. 178–185.
Tietze, Hans (2007b [1925]): „Die soziale Funktion der Kunst“, in: Ders., Lebendige Kunstwissenschaft. Texte 1910–1954, Wien: Schlebrügge, S. 186–202.
Tietze, Hans (2007c [1927]): „Gemeindepolitik und moderne Kunst“, in: Ders., Lebendige Kunstwissenschaft. Texte 1910–1954, Wien: Schlebrügge, S. 204–215.
Tietze, Hans (2007d [1930]): „Die Kunst in unserer Zeit“, in: Ders., Lebendige Kunstwissenschaft. Texte 1910–1954, Wien: Schlebrügge, S. 216–255.
Tietze-Conrat, Erica (2015): Tagebücher. Bd. I: Der Wiener Vasari (1923–1926), Wien/Köln/Weimar: Böhlau.
Vasold, Georg (2012): „Anschauung versus Erlebnis. Der Rhythmus in der deutschsprachigen Kunstforschung um 1900“, in: Sigrid Brandt/Andrea Gottdang (Hg.), Rhythmus. Harmonie. Proportion. Zum Verhältnis von Architektur und Musik, Worms: Wernersche Verlagsgesellschaft, S. 36–41.
Verstegen, Jan (2012): „The ‘Second’ Vienna School as Social Science“, in: Journal of Art Historiography 7, https://arthistoriography.wordpress.com/7-dec2012/ (zugegriffen: 23.10.2021).
Walter, Hans Albert (1988): Deutsche Exilliteratur 1933–1950, Bd. 3: Internierung, Flucht und Lebensbedingungen im Zweiten Weltkrieg, Stuttgart: Metzler.
Warburg, Aby (2018 [1923]): Reise-Erinnerungen aus dem Gebiet der Pueblo Indianer in Nordamerika, in: Ders., Werke, Berlin: Suhrkamp, S. 567–600.
Wessely, Anna (1991): „Transposing ‘Style’ from the History of Art to the History of Science“, in: Science in Context 4 (2), S. 265–278.
Wickhoff, Franz (1905): „August Schmarsow, Grundbegriffe der Kunstwissenschaft“, in: Kunstgeschichtliche Anzeigen 2, S. 103–106.
Zaloscer, Hilde (1930): „Agnes Waldstein: Das Industriebild. Vom Werden einer neuen Kunst“, in: Belvedere 9 (1), S. 31–32.
Zaloscer, Hilde (1988): Eine Heimkehr gibt es nicht, Wien: Löcker.
Zilsel, Edgar (1990 [1918]): Die Geniereligion. Ein kritischer Versuch über das moderne Persönlichkeitsideal mit einer historischen Begründung, Frankfurt/M.: Suhrkamp.

Georg Vasold, Dr. phil., geb. 1969 in Schladming; seit 2020 als Projektmitarbeiter am Institut für Kunstgeschichte an der Universität Wien tätig. Forschungsschwerpunkte: Kunsttheorie des frühen 20. Jahrhunderts mit Fokus auf die „Wiener Schule der Kunstgeschichte“; Kunst und Architektur der 1950er Jahre.

Sprache und Gesellschaft. Sprachsoziologie als „Grenzgebiet“ in der Zwischenkriegszeit

Pascale Roure

Inhaltsverzeichnis

1 Die Sprache als „fait social“ oder „soziales Objektivgebilde“ 486
2 Sprachwissenschaft und Soziologie – Disziplinäre Abgrenzungen 488
3 Kritische Sprachwissenschaft und Sprachkritik im Sinne Fritz Mauthners 491
4 Leo Weisgerber, Muttersprache und Sprachgemeinschaft 496
5 „Wörter und Sachen wandern zusammen“: Rudolf Meringer und die Sachforschung 501
6 „In der Sprache lassen sich keine festen Scheidewände erkennen“: Hugo Schuchardt, Sprachmischung und sozialer Sprachwandel 503
7 Leo Jordans Plädoyer für eine Sprachsoziologie (1923) oder „sociologie linguistique“ (1929) 507
8 Von Wien nach Istanbul: Leo Spitzer als Sprachkritiker zwischen zwei Weltkriegen 513
9 Schluss 519
Literatur 520

Für die Durchsicht dieses Manuskripts und wertvolle Anregungen danke ich Frau Dr. Anne Krier.

P. Roure (✉)
Berlin, Deutschland
E-Mail: pscl.roure@gmail.com

© Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2022

K. Acham und S. Moebius (Hrsg.), *Soziologie der Zwischenkriegszeit. Ihre Hauptströmungen und zentralen Themen im deutschen Sprachraum*,
https://doi.org/10.1007/978-3-658-31401-9_17

Zusammenfassung

Der Beitrag untersucht die Entstehung der Idee einer Sprachsoziologie, im Zusammenhang einerseits mit wissenschaftspolitischen Diskussionen in den 1920er Jahren über die Verhältnisse zwischen Sprachwissenschaft und Soziologie als neuer Disziplin, die mit der Völkerpsychologie und der Kulturgeschichte konkurriert, andererseits mit der Ausarbeitung einer politischen Sprachsoziologie in den 1930er Jahren, die organische Verbindungen zwischen „Muttersprache“ und Gemeinschaft behauptete. Ausgehend von Leo Weisgerbers Auffassung der Sprachsoziologie wurde gezeigt, wie seine eigene Rekonstruktion des neuen Ansatzes durch einen kontrastiven Vergleich mit der französischen Wissenstradition dazu beigetragen hat, die sprachkritische Ausarbeitung einer Sprachsoziologie im deutschsprachigen Raum auszublenden. Gegenüber der Wiederaneignung der Sprachsoziologie im Rahmen konservativer, pangermanischer oder nationalsozialistischer Ideologien, die auf einem kulturnationalen (Karl Vossler) oder biologischen (Georg Schmidt-Rohr) Sprachgemeinschafts-Begriff beruhen, geht es darum, eine kritische Tradition der Sprachforschung (Rudolf Meringer, Hugo Schuchardt, Leo Jordan, Leo Spitzer) und, am Rand dieser Strömung, die Sprachkritik im Sinne Fritz Mauthners zu berücksichtigen.

Schlüsselwörter

Sprachsoziologie · Sprachkritik · Sprachgemeinschaft · Muttersprache

Dieser Beitrag will die Entstehung der Idee einer Sprachsoziologie im Kontext der Zwischenkriegszeit nachzeichnen. Sprachsoziologie erscheint dabei in verschiedener Hinsicht als „Grenzgebiet“ – an der Schnittstelle zwischen mehreren Disziplinen, wie es von Walter Benjamin in seinem 1935 in der *Zeitschrift für Sozialforschung* erschienen „Sammelreferat“ zu „Problemen der Sprachsoziologie“ betont wurde,[1] aber auch als Ergebnis einer Auseinandersetzung zwischen

[1] Benjamin (1991 [1935]: 452): „Ist von der Sprachsoziologie als einem Grenzgebiet die Rede, so denkt man zunächst wohl nur an ein Gebiet, das jenen Wissenschaften gemeinsam ist, an die das Wort unmittelbar erinnert: [das] der Sprachwissenschaft und der Soziologie. Tritt man dem Problemkreis näher, ergibt sich, dass er auf eine ganze Anzahl anderer Disziplinen übergreift.“

wissenschaftlichen Traditionen, die parallel zu einer zunehmenden Internationalisierung der Wissenschaft paradoxerweise immer stärker als national geprägt wahrgenommen wurden. Auf den ersten Blick mag es so erscheinen, als würde dieses Unternehmen auch die Grenze der Chronologie überschreiten. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Soziolinguistik als Teildisziplin der Sprachwissenschaft etabliert und dabei als eine aus den USA importierte, in den 1960er Jahren entstandene neue Disziplin dargestellt.[2] In der deutschsprachigen Soziologie und den angrenzenden Disziplinen kam es unter der Bezeichnung „Soziologie der Sprache“ frühestens in den 1970er Jahren[3] zu einer Berücksichtigung von Sprache in ihrem Verhältnis zur Gesellschaft sowie seit den 1980er Jahren zu einer Auseinandersetzung mit verschiedenen Ansätze der linguistischen Diskursanalyse (Bluhm et al. 2000).

Wissenschaftshistorische Versuche, eine Sprachsoziologie oder, genauer gesagt, eine Soziolinguistik „avant la lettre“ zu rekonstruieren,[4] haben im Rückgriff auf diese neuen Paradigmen meist dazu geführt, den nur impliziten oder randständigen Charakter sprachsoziologischer Fragestellungen im deutschsprachigen Raum hervorzuheben, und diese pauschal im Zusammenhang mit dem

[2] Vgl. Knoblauch (2003: 581): „Seit den sechziger Jahren entwickelte sich zunächst in den Vereinigten Staaten, dann auch in der Bundesrepublik ein Forschungszweig, der als Sprachsoziologie oder Soziolinguistik bezeichnet wurde. Das Aufblühen dieses Forschungszweiges in den folgenden Jahrzehnten kann auch als eine Folge des sogenannten ‚linguistic turn‘ verstanden werden, der in der Philosophie vor allem in der Folge der Arbeiten Wittgensteins und Austins vollzogen worden war.“ Für eine kritische Studie zur Historiographie der Soziolinguistik in Deutschland, vgl. Auer (2015).

[3] Ein wichtiger Schritt im Hinblick auf institutionelle Aspekte war der 7. Weltkongress für Soziologie im Jahre 1970 mit der „Soziologie der Sprache“ als thematischem Schwerpunkt. Joshua Fishman weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass der vorherige Kongress, der 1966 in Évian stattfand, keinen Platz für dieses Gebiet einräumte, vgl. Fishman (1971: 33): „Der Kongress der *International Sociological Association* (ISA) im Jahre 1970 in Varna (Bulgarien) kann als guter Index für den Fortschritt herangezogen werden, den die Soziologie der Sprache innerhalb der letzten paar Jahre gemacht hat. Auf dem vorangegangenen Kongress der ISA […] war für Wissenschaftler und Interessierte auf diesem Gebiet weder ein bestimmter Platz im Programm noch eine spezifische Sektion vorgesehen, die Arbeiten auf diesem Felde hätte aufnehmen und koordinieren können.“

[4] Vgl. aus dem Vorwort des Bandes *Soziolinguistik. Ein internationales Handbuch zur Wissenschaft von Sprache und Gesellschaft*(Ammon et al. 2004: XXIV): „[…] die wissenschaftshistorische Beschäftigung mit der Soziolinguistik [steckt] bislang noch weitgehend in den Kinderschuhen. Einzelne Beobachtungen zu den Anfängen soziolinguistischer Forschungsfragen sind bisher sporadisch geblieben.“

Sprachdenken in der Tradition Wilhelm von Humboldts zu fassen.[5] Besonders im Kontrast zu der französischsprachigen Wissenschaft scheint ein Dialog zwischen Sprachwissenschaft und Soziologie gefehlt zu haben, so die Annahme. Diese Darstellung steht im Einklang mit der Klage, die der Sprachwissenschaftler Leo Weisgerber (1899–1985) in seinem Eintrag „Sprache“ im *Handwörterbuch der Soziologie* (1931) äußerte: „die Disziplinen der Sprachwissenschaft und Soziologie sind einander ziemlich ferngerückt“, und besonders in der deutschen Sprachwissenschaft seien „soziologische Gedanken und Untersuchungsweisen nicht so ausgebildet, wie der Gegenstand es erforderte“, wobei aber die Situation „erst in neuester Zeit“ angefangen zu haben scheint, sich zu verbessern (Weisgerber 1964 [1931]: 290 f.). Diese Darstellung stützt sich auf einen kontrastiven Vergleich mit der Situation in Frankreich und der französischsprachigen Schweiz: „Unter dem Einfluss der französischen Soziologie fand die soziologische Sprachbetrachtung namentlich in Paris und Genf Boden, während in Deutschland teils durch die Völkerpsychologie, teils durch die Soziologie, teils durch die Kulturphilosophie der Zugang zur sachgemäßen Erfassung der sprachlichen Tatsachen geschaffen wurde.“ (Weisgerber 1964 [1931]: 290 f.).

Hinsichtlich der Vorstellung einer etablierten Sprachsoziologie in der französischen Wissenschaftstradition der Vorkriegszeit, auf die Weisgerber hier anspielt, sollte betont werden, dass nicht nur der Terminus,[6] sondern auch der wissenschaftspolitische Begriff einer Sprachsoziologie als aufzubauende Disziplin erst nach dem Ersten Weltkrieg sich zu verbreiten begann, und zwar *insbesondere* im deutschsprachigen Raum. Anfang der 1920er Jahren wurde die Idee einer Sprachsoziologie kontrovers diskutiert, was sich etwa in den Beiträgen der Romanisten Leo Jordan (1874–1940) und Karl Vossler (1872–1949) in der Abteilung „Soziologie der Sprache“ des von Melchior Palyi als Erinnerungsgabe für Max Weber herausgegebenen Sammelbands *Hauptprobleme der Soziologie* (1923) zeigt. In den 1930er Jahren und insbesondere im Rahmen der NS-Wissenschaft war später immer mehr von Sprachsoziologie die Rede, so dass auch im

[5] Vgl. Knoblauch (2003: 582): „Obwohl gerade die deutschsprachige Wissenschaft sich in der Tradition Wilhelm von Humboldts lange Zeit implizit mit sprachsoziologischen Fragestellungen beschäftigt hat, spielt die Sprache in der klassischen Soziologie diesseits des Rheins eine untergeordnete Rolle. Nur am Rande findet sie in den Werken Sombarts, Simmels oder Webers Erwähnung.“

[6] Vgl. Dittmar (2004: 699): „Das Wort ‚Sprachsoziologie‘ wurde bereits in der deutschen Sprachwissenschaft in den zwanziger Jahren benutzt; ähnlich verhält sich mit der ‚sozialen Linguistik‘ in der Sowjetunion der zwanziger Jahre.“

Ausland der deutsche Terminus „Sprachsoziologie“[7] verwendet wurde, um die Versprechungen und Grenzen dieser neuen Disziplin zu diskutieren.

Für die wissenschaftshistorische Rekonstruktion soziolinguistischer und sprachsoziologischer Denkansätze verdienen die Germanistik (Löffler 2020), die Romanistik[8] und die Dialektforschung (Berthele 2004) besondere Aufmerksamkeit. Im Folgenden möchte ich aber, ohne mich auf die professionalisierte Sprachwissenschaft zu beschränken, die verschiedenartigen Auffassungen von Sprachsoziologie ebenso wie das sprachkritische Denken über die Zusammenhänge zwischen Sprache und Gesellschaft aus einer breiteren ideengeschichtlichen Perspektive betrachten, die darauf abzielt, die Wechselwirkungen zwischen dem wissenschaftlichen und dem politischen Diskurs aufzuzeigen. Chauvinistische Strömungen und Sprachideologien, die sich innerhalb oder am Rand der Wissenschaft entwickelten und im Ersten Weltkrieg verstärkt politisiert wurden, die politische Neuordnung Europas unter Berücksichtigung der Sprachgrenzen nach den Pariser Vorortverträgen, und nicht zuletzt die Politisierung des Wissenschaftsbetriebs in der Zeit des Nationalsozialismus bilden die Kulisse für unterschiedliche Vorstellungen bezüglich des Verhältnisses zwischen Sprache, Gesellschaft und Kultur, die der programmatischen Idee einer „Sprachsoziologie“ – und darüber hinaus der „Soziologie“[9] anstelle der Völkerpsychologie

[7] Der Soziolinguist John E. Reinecke (1904–1982) bezieht sich auf den deutschsprachigen Begriff in seinem Aufsatz „Trade Jargons and Creole Dialects as Marginal Languages“ (Reinecke 1938: 109): „[The marginal languages] constitute a distinct field for the study of what has been called, perhaps prematurely, *Sprachsoziologie*.“ Reinecke, dem wir eine Studie über das hawaiianische Pidgin-Englisch aus dem Jahr 1935 verdanken, verweist in diesem Aufsatz auf Otto Jespersen (1860–1943), dessen Werk *Language* (1922) unter dem Titel *Die Sprache* ins Deutsche übersetzt wurde (vgl. Jespersen 1925), und dem „Pionier-Artikel“ des Leipziger Sozialökonomen Ernst Schultze (1874–1943): „Sklaven- und Dienersprachen (sogen. Handelssprachen), ein Beitrag zur Sprach- und Wanderungssoziologie“ (1933).

[8] Vgl. Goebl (2004: 684): Der Autor weist zu Recht darauf hin, dass diese Perspektiven in einem stärker international ausgerichteten Rahmen, der auch die Anglistik und die Slawistik einschließt, sowie in einem stärker interdisziplinären Rahmen ergänzt werden sollten.

[9] Zu beachten ist auch, dass der mit Auguste Comte (1798–1857) oder Herbert Spencer (1820–1903) und dem sog. Sozialdarwinismus assoziierte Terminus „Soziologie“ im deutschen Sprachraum lange vermieden oder gar abgelehnt wurde. Vgl. Alfred Vierkandt, der „Soziologie“ als unklarer Begriff kritisiert und das Wort „Gesellschaftslehre“ als Verdeutschung vorschlägt in seiner *Gesellschaftslehre. Hauptprobleme der philosophischen Soziologie* (1923).

und der Kulturgeschichte als einem besonderen Gebiet der Wissenschaft – in der Zwischenkriegszeit zugrunde liegen.[10]

1 Die Sprache als „fait social" oder „soziales Objektivgebilde"

Als Ausgangspunkt meiner Ausführungen möchte ich zunächst auf die historiographische Doxa zurückkommen, nach welcher die „soziologische Sprachbetrachtung" – um den schon erwähnten Aufsatz Weisgerbers zu zitieren – sich „unter dem Einfluss der französischen Soziologie" in Paris und Genf etablieren konnte. Hier wird auf die Definition der Sprache als „fait social" bei Ferdinand de Saussure (1857–1913) und seinen Schülern Antoine Meillet (1866–1936) und Charles Bally (1865–1947)[11] angespielt; explizit verweist aber Weisgerber in seinem Aufsatz lediglich auf Antoine Meillet, dessen Gedanken er allerdings in die Terminologie des Soziologen Alfred Vierkandt (1867–1953) übersetzt und umformuliert: „die Sprache eines Volkes" sei „nunmehr grundsätzlich […] als unpersönliches soziales Objektivgebilde" anzuerkennen (Weisgerber

[10] In der von Moritz Lazarus und Heymann Steinthal begründeten *Zeitschrift für Völkerpsychologie und Sprachwissenschaft* wurde der umstrittene Terminus der Völkerpsychologie als Bezeichnung für ein „planlos bebautes Gebiet" verwendet, welches die Psychologie, die Ethnologie, die Geistesgeschichte, aber gerade auch die neue Disziplin der Soziologie – im Sinne des sog. Sozialdarwinismus – umfassen sollte. Vgl. dazu Heymann Steinthal, „An den Leser", in: *Zeitschrift des Vereins für Volkskunde. Neue Folge der Zeitschrift für Völkerpsychologie und Sprachwissenschaft,* 1. Jg. (1891), S. 10–17, bes. S. 14 f.: „Nun hat sich aber in neuester Zeit in der Soziologie ein viertes Thor der Völkerpsychologie eröffnet. Diese jüngste aller Disziplinen hat sich in Darwins Gefolge gebildet. […] was wir Völkerpsychologie nannten, heißt nach der Richtung derselben auf die Praxis der Völker dem Darwinisten Soziologie".

[11] Zwischen 1918 und 1936 entwickelte Bally auf Antrag der Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Universität Genf eine soziologische Linguistik in seinen Vorlesungen (vgl. Forel 2008), veröffentlichte jedoch fast nichts von dieser soziologischen Linguistik, mit Ausnahme seines Aufsatzes „La contrainte sociale dans le langage" (Bally 1927), den Weisberger in seinem Literaturverzeichnis erwähnt. In seinem *Traité de Stylistique Française* (1909) versuchte Bally, Saussures Definition der Sprache als soziales Faktum mit der Berücksichtigung des Ausdruckes individueller Affektivität zu verbinden und führte zahlreiche sozialpsychologischen Analysen zur „sozialen Symbolik" der Sprache, wehrte sich aber ausdrücklich dagegen, weder eine Psychologie noch eine Soziologie der Sprache zu betreiben (vgl. Chriss 1985: 89).

1964 [1931]: 291). Hierbei bleibt die Bezugnahme auf Meillet ausdrücklich approximativ: „vgl. etwa A. Meillet: ‚Les caractères d’extériorité à l’individu et de coercition par lesquels Durkheim définit le fait social apparaissent dans le langage avec la dernière évidence‘.“

Dieses Zitat stammt aus Meillets Aufsatz „Comment les mots changent de sens“, der in der von Émile Durkheims (1858–1917) begründeten Zeitschrift *Année Sociologique* (Jg. 1905–1906)[12] veröffentlicht wurde. Meillet, der ein regelmäßiger Mitarbeiter dieser Zeitschrift war, stellte die Sprache als einen Gegenstand dar, der par excellence die beiden Kriterien aufweist, durch welche Durkheim in seinen *Règles de la méthode sociologique* (1895) das soziale Faktum („fait social“) als eigentlichen Gegenstand der Soziologie definierte, nämlich die Äußerlichkeit gegenüber dem individuellen Bewusstsein, und die Zwangswirkung, die es auf dieses Bewusstsein ausübt oder ausüben kann: „Un fait social se reconnaît au pouvoir de coercition externe qu’il exerce ou est susceptible d’exercer sur les individus […]“ (Durkheim 1960 [1895]: 11). Daher sei das soziale Faktum, so Durkheim weiter, entweder durch das Vorhandensein einer Sanktion oder durch den Widerstand identifizierbar, den das Faktum dem individuellen Willen, es zu ändern, entgegensetzt. Weisgerber zitiert hier ohne Quellenangabe den Schlusssatz des ersten Absatzes, in welchem Meillet ausdrücklich auf diese Definition Bezug nimmt, um die Sprache („le langage“) zu definieren (Meillet 1906: 2).

Genauso wie Meillet sich auf Durkheim berufen hat, um die Sprache als „soziales Faktum“ zu definieren, beruft sich Weisgerber auf Vierkandt – der zugleich der Herausgeber des Sammelbandes war, in dem Weisgerber seinen Beitrag publizierte –, um zu bestimmen, in welchem Sinne die Sprache eine gesellschaftliche Form sei: in der „Sprache einer Gemeinschaft“ sei „nicht so sehr [ein] Mittel der Äußerung, der Mitteilung, der Verständigung zu sehen, sondern eine gesellschaftliche Erkenntnisform“ (Weisgerber 1964 [1931]: 291). Ich werde später auf die Bedeutung dieser These Weisgerbers als Parallele zu Durkheims einschlägiger Auffassung eingehen, einer These, die eher aus einem philosophischen als aus einem soziologischen Ansatz hervorgeht. Dabei möchte ich gleich vorweg klarstellen, was an Weisgerbers Darstellung einer von Durkheims Soziologie beeinflussten französischen sprachsoziologischen Betrachtung

[12] Vgl. König (2013: 162): „In der *Année Sociologique* war seit Band V (1900/01) eine besondere Rubrik für Sprachsoziologie eingerichtet worden. Das war übrigens letztlich von Durkheim selber vorgesehen […]; außerdem hatte sich im gleichen Sinne der im Ersten Weltkrieg gefallene einzige Sohn von Durkheim dem Studium der Sprachwissenschaft unter Leitung von Antoine Meillet zugewandt.“

problematisch ist: Zum einen ist die Anerkennung der gesellschaftlichen Dimension von Sprache nicht mit der Aneignung eines sprachsoziologischen Ansatzes gleichzusetzen und impliziert nicht notwendigerweise eine Annäherung zwischen den Disziplinen der Sprachwissenschaft und der Soziologie. Zum anderen verschweigt Weisgerber in seiner Darstellung die sprachsoziologischen Aspekte der deutschsprachigen Sprachforschung um 1900, auf die sich Meillet in seinem Artikel bezieht, um die soziale Natur der Sprache zu behaupten.

2 Sprachwissenschaft und Soziologie – Disziplinäre Abgrenzungen

Während sprachtheoretische Entwicklungen in Durkheims Wissenssoziologie eine Rolle gespielt haben mögen, scheint es umgekehrt schwieriger, über die Definition des „sozialen Faktums" hinaus eine Anlehnung der Linguistik von Meillet oder Saussure an Durkheims Soziologie zu erkennen. Zugleich besteht zwischen Meillets Auffassung von Sprache („langage") als gesellschaftlicher bzw. historischer Tatsache und Saussures Definition der Sprache („langue") als „fait social" im Gegensatz zum individuellen und subjektiven Charakter der Rede („parole") ein wesentlicher Unterschied (vgl. dazu Puech und Radzynski 1988).

In seinem Aufsatz zum Bedeutungswandel wie auch in seinen politischen Schriften der Zwischenkriegszeit, auf die sich Weisgerber ebenfalls bezieht,[13]

[13] In seinem Werk *Les langues dans l'Europe nouvelle* (1928) definiert Meillet den sozialen Charakter der Sprache in Hinblick auf soziale Normen und wertet geschriebene und einheitliche Nationalsprachen gegenüber den Dialekten oder lokalen Sprechweisen auf, deren Vielfalt das Kennzeichnen einer traditionellen Welt sei, die angesichts des Fortschritts der „modernen Zivilisation" zum Verschwinden bestimmt sei: „L'une des nouveautés du monde moderne est que le rationnel tend à y remplacer le traditionnel. Sans doute une langue ne se laisse pas ‚tayloriser' comme une exploitation industrielle. Mais les patois locaux meurent comme disparaissent les petits façonniers devant la fabrication industrielle en grandes séries" (Meillet 1928: 4). So bewertet er positiv die Existenz einer einzigen und einheitlichen Norm im Französischen und „in den anderen romanischen Sprachen", an die sich die Sprecher halten müssen (als Beispiel nennt er die Bemühungen des Südfranzosen, der versucht, seinen Akzent zu „korrigieren"). Im Gegensatz dazu bestehen mehrere Normen für das Deutsche, das trotz der Existenz „einer einzigen, überall gleich geschriebenen Form je nach Region unterschiedlich gesprochen wird". So würde seines Erachtens „die Aussprache eines Wiener Juristen" vor einem Berliner Gericht als „fremd" und „fast unverständlich" empfunden. Meillet nennt auch als Beispiele die Existenz einer Literatur „im Dialekt" und den Gebrauch der Lokalsprache („parler local") durch die Deutschschweizer in ihrem Privatleben – „selbst wenn sie hochgebildet sind" (Meillet 1928: 25).

verstand Meillet als sozial die Historizität der Sprache, auf die er auch die Phänomene der sozialen Bewertung des Sprachgebrauchs bezüglich einer nationalen Norm zurückführte: „[…] sauf accident historique, les limites des diverses langues tendent à coïncider avec celles des groupes sociaux qu'on nomme des nations; l'absence d'unité de langue est le signe d'une nationalité récente, comme en Belgique, ou artificiellement constituée, comme en Autriche; le langage est donc éminemment un fait social“ (Meillet 1906: 1). Bei Saussure stand die Sprache als System von sozial aufgestellten Werten im radikalen Gegensatz zum individuellen und subjektiven Sprechakt: Der eigentliche Gegenstand seiner Linguistik war die stabile Sprache, die dem labilen Sprechen wie das Soziale dem Individuellen gegenüberstehe (vgl. dazu Bakhtine 2014 [1929]: 92). Damit wurden das Sprechen, aber auch die Sprachgeschichte von Saussure an die Grenzen der Linguistik verwiesen.

Die Betonung des sozialen Charakters der Sprache und die autoritative Bezugnahme auf Durkheim bedeutet nicht, dass es zu einer wirklichen Begegnung zwischen Soziologie und Linguistik gekommen ist (Puech und Radzynski 1988: 82). Vielmehr ging es um eine parallele Konstituierung dieser Disziplinen als autonome Wissenschaften durch die gemeinsame Abgrenzung gegenüber der Psychologie und der Biologie. Die Betonung des sozialen, normativen und konventionellen Charakters der Sprache als Institution[14] hat bereits in der Sprachwissenschaft des späten 19. Jahrhunderts die explizite Funktion gehabt, die von August Schleicher eingeführte Definition der Sprache als Naturorganismus (Schleicher 1863, 1865) und den damit verbundenen sprachwissenschaftlichen Darwinismus sowie den Ansatz der Völkerpsychologie abzulehnen.

Gegen die Vorstellung der Sprache als Organismus und die hierauf beruhenden rassistischen Konzeptionen von Sprache (Römer 1985) entstand innerhalb der Sprachwissenschaft eine sprachkritische Strömung, die sowohl in der historischen Semantik von Michel Bréal (1832–1915) als auch in der sogenannten junggrammatischen Schule[15] erkennbar ist, und die sich auf den amerikanischen

[14] Die Auffassung der Sprache als Institution ist allerdings mit der Anerkennung einer natürlichen Dimension der Sprache nicht unvereinbar. So bezeichnete Rousseau die Sprache („la parole“) als „die erste Institution, die ihre Form nur natürlichen Ursachen verdankt“ („la prémiére institution qui ne doit sa forme qu'à des causes naturelles“) (Rousseau 1970 [1781]: 26).

[15] Zu der Etikettierung „Junggrammatiker“ im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts, die möglicherweise „mit Blick auf den damals laufenden politischen Diskurs über die Jungtürken“ zunächst eine spöttische Bezeichnung gewesen ist, vgl. Maas (2016: 282).

Sanskritologen William D. Whitney (1827–1894) und sein Werk *Leben und Wachsthum der Sprache* (1876, engl. Orig. 1875) beruft, der als Erster gegen die Organismus-Metapher gerichtet, die Sprache als eine primär soziale Institution, als „menschliche Erfindung und Einrichtung“ (Whitney 1876: 35) auffasste. Whitney definierte den sozialen Charakter der Sprache in Bezug auf den „konventionellen“ Charakter des „gesprochenen Zeichens“, aufgrund dessen „willkürliche[r] Gedankenverbindung“ mit dem „bezeichneten Begriffe“ (Whitney 1876: 48). Die heutige Sprachwissenschaft, konnte Hugo Schuchardt im Jahre 1885 schreiben, erblickt in der Sprache keinen „natürlichen Organismus“, sondern ein „sociales Product“ (Schuchardt 1885: 34).

In Deutschland übte Hermann Paul (1846–1921) in seinen *Prinzipien der Sprachgeschichte* Kritik an den „Darwinistischen Gleichnissen“ der Wissenschaftssprache und der „Hypostasierung einer Reihe von Abstraktionen“, wie z. B. dem Begriff „Volksgeist“ und seinen „Elementen“, etwa der Kunst, der Religion usw. (Paul 1920 [1880]: 10 f.). Selbst der Begriff der „Gemeinsprache“, dem das letzte Kapitel des Buches gewidmet ist, wird zu den kollektiven Entitäten gezählt, die keine „konkrete Existenz“ haben. Die Gemeinsprache sei „eine Abstraktion“ und eine „ideale Norm, die angibt, wie gesprochen werden soll“; was wirklich ist, sei nur die „Sprechtätigkeit“, d. h. die individuellen Prozesse, aus denen die „realen Vorgänge des Sprachlebens“ bestehen (Paul 1920 [1880]: 404). Bemerkenswert ist hierbei, dass Paul einen Begriff von Kulturwissenschaft als „Gesellschaftswissenschaft“ verteidigt, nach welchem die Gesellschaft dem Individuum, aber auch der Kultur vorausgeht: „Die Kulturwissenschaft ist immer Gesellschaftswissenschaft. Erst Gesellschaft ermöglicht die Kultur, erst Gesellschaft macht den Menschen zu einem geschichtlichen Wesen.“ (Paul 1920 [1880]: 7).

In seinem *Cours de linguistique générale* (1916) hat Saussure die junggrammatische Schule als exemplarisch für die Ablehnung des organischen Modells zugunsten einer historischen Betrachtungsweise gefeiert: „Leur mérite fut de placer dans la perspective historique tous les résultats de la comparaison, et par là d’enchaîner les faits dans leur ordre naturel. Grâce à eux, on ne vit plus dans la langue un organisme qui se développe par lui-même, mais un produit de l’esprit collectif des groupes linguistiques.“ (Saussure 1972 [1916]: 18 f.)[16]

[16] In seiner Rekonstruktion inszeniert sich Saussure sowohl als Fortsetzer der Junggrammatiker, „deren Führer alle Deutsche waren“, als auch in Abgrenzung zu dieser „neuen Schule“, indem er den Anspruch erhebt, den vermeintlich rein historischen, „diachronischen“ Ansatz durch eine systematische, „synchrone“ Sichtweise zu ergänzen.

Dabei ist zu bedenken, dass die Lehre von der Ausnahmslosigkeit der Lautgesetze und darüber hinaus der Ansatz der Junggrammatiker durch den Import des physikalischen Paradigmas sich immer noch an den Naturwissenschaften orientieren (vgl. Putschke 1984: 477) – um es mit Saussure zu sagen: sich „die Fakten in ihrer natürlichen Reihenfolge aneinanderreihen“. Ein weiterer Schritt wurde in der historischen Semantik vorweggenommen, indem der Begriff des Gesetzes im metaphorischen Sinne verstanden bzw. durch den pragmatischen Begriff der „Regel“ ersetzt wird. In diesem Sinne zählte Michel Bréal in seinem *Essai de sémantique* (1897) die Semantik, wie auch die Sprachwissenschaft insgesamt, zur historischen Forschung: Da die Sprache „das Werk des Menschen“ ist, sollte das Element des sprachlichen Zwangs nicht mit einem „Naturgesetz“ verwechselt werden, denn diese „Einschränkung der Freiheit“ sei „von derselben Art wie die anderen Gesetze, die unser gesellschaftliches Leben bestimmen“ (Bréal 2005 [1897]: 176).

3 Kritische Sprachwissenschaft und Sprachkritik im Sinne Fritz Mauthners

Das soeben erwähnte Fragment der Geschichte der Sprachwissenschaft mit dieser etwas übertriebenen Betonung der Bedeutung der Junggrammatiker wurde nicht nur von Saussure, sondern auch in den 1920er Jahren mobilisiert, um eine soziologisch geprägte Sprachauffassung gegen die romantischen Vorstellungen einer organischen Verbindung zwischen Sprache und Nation oder Rasse zu verteidigen (vgl. Jordan 1923: 339–341).

In der breiteren Öffentlichkeit war der Berliner Theaterkritiker und Feuilletonist Fritz Mauthner (1849–1923) einer der vehementesten Kritiker dieser naturalistisch-evolutionistischen Ausrichtung der vergleichenden Sprachwissenschaft. Mauthners Sprachkritik, die eine heterogene Synthese der sprachkritischsten Denkströmungen der Wissenschaft seiner Zeit darstellt – u. a. in Anlehnung an die historische Semantik entwickelt (vgl. Roure 2013) – ist eine umfassende Offensive gegen die organische und evolutionäre Erklärung der sozialen Wirklichkeit, die zu einer Suche nach den Ursprüngen von Sprache und Kultur führte. Der „pedantische deutsche Darwinismus“ – gemeint sind der evolutionäre Monismus Ernst Haeckels mit seiner linguistischen Variante und das

philosophische System Herbert Spencers[17] – habe „bei seinen Konstruktionen und Rekonstruktionen die Vorsicht Darwins außer Acht gelassen“ (Mauthner 1923/1: XXIII),[18] um über leere Begriffe wie etwa die Ursprache, das Urvolk, die Urheimat, die Urkultur zu spekulieren.

Die Geschichte des Wortes „Entwickelung“ oder „Evolution“ sei ein vortreffliches Beispiel für die sprachlichen Wechselwirkungen zwischen Wissenschaft und Gesellschaft, wobei wissenschaftliche Termini nicht nur in der Populärwissenschaft als Schlagwörter übernommen, sondern auch durch die politische Sphäre geprägt werden. Bereits vor Darwin[19] sei das Wort Evolution das „wissenschaftliche Schlagwort“ geworden „für jeden Versuch, geschichtliche Veränderung zu erklären“. Als Surrogat des Schöpfungsbegriffs und universelles Erklärungsprinzip sei das Wort „Evolution“ zudem „ein Modewort der populären Wissenschaft geworden und stellt sich immer wieder ein, wo deutlichere Begriffe fehlen“ (Mauthner 1982 [1923], Bd. 3: 591). Unter dem Druck der Mode und durch die Presse verbreiteten sich Sprach- und damit Denkgewohnheiten schnell, so dass z. B. in Deutschland der technische Ausdruck „Kampf ums Dasein“ in allen Romanen zu finden sei und in Frankreich das Wort „struggle-forlifeur“ gebildet wurde (Mauthner 1982 [1923], Bd. 3: 520).

[17] Mauthner (1982 [1923], Bd. 3: 598): „Ich brauche mich dann mit dem Evolutionsgeschwätze nicht mehr abzugeben, das aus dem Munde von Spencers Nachtretern im zweiten usw. Gliede unsere Akademien und Universitäten, unsere Festsäle und Volksversammlungen erfüllt und nach dem Glauben der Zeitungsschreiber und Zeitungsleser so etwas wie die Lösung des Welträtsels enthält“. Herbert Spencer (1820–1903) war allerdings kein Darwinist (er bezieht sich auf Jean Baptiste de Lamarck und Karl Ernst Ritter von Baer), wusste aber auf dem Erfolg der Darwinistischen Theorie aufzubauen, um seine Sozialphilosophie durchzusetzen.

[18] Mauthner unterscheidet zwischen Darwins Denken, das er wegen seiner theoretischen Vorsicht schätzt, und dem „Darwinismus“ oder „Evolutionismus“, der sich auf eine Geschichtsphilosophie bezieht, die der darwinistischen Hypothese fremd ist. Wegen der politischen Nebenbedeutungen des Wortes hat sich Darwin selbst lange gegen dessen Verwendung gewehrt.

[19] Mauthner (1982 [1923], Bd. 3: 590 f.): „Das Wort ist nicht erst durch den deutschen Darwinismus aufgekommen. Schon 1857 klagt Vischer (Ästhetik III.1217): ‚Wie schön ist das Wort Entwicklung, und wie Viele brauchen es, wo Werden, Wachsen, sich Bilden und dergleichen vollkommen hinreichend wäre!‘.“

Weil Mauthner kritische Argumente der Sprachwissenschaft seiner Zeit übernimmt, wurde ihm vorgeworfen, er habe „die Philologen oft schlechter gemacht, als sie sind“ und oft auch „tote Wortgespenster, die keinen Sprachforscher von heute mehr schrecken können, mit unnützem Apparat nochmals totgeschlagen“ – dazu gehöre die Polemik gegen den Darwinismus (Spitzer 1919: Sp. 204). Aber gerade durch seine Stellung außerhalb des Wissenschaftsbetriebs konnte Mauthner in einer breiteren Perspektive die szientistischen Vorurteile bekämpfen, die zwar in der Wissenschaft als bereits überholt galten, aber nichtsdestotrotz eine dauerhafte politische Wirkung hatten. In diesem Sinne konnte sein begeisterter Anhänger und romantischer Interpret Gustav Landauer (1870–1919) schreiben: „Sprachkritik wäre also dasselbe wie Sprachwissenschaft, wenn diese nämlich kritisch wäre […].“ (Landauer 1923: 23)

Die empirische Kritik an Hypostasierungen abstrakter Kollektivbegriffe, wie etwa der Begriffe „Volksgeist“ und „Volksseele“, wurde bei Mauthner mit einer Kritik populärwissenschaftlicher Vorurteile verknüpft. Mauthner kritisiert zwar Hermann Paul für seine Auffassung der Sprachgeschichte als Gesetzeswissenschaft, lobt aber die „neue Wahrheit“, die er lehrte: „Sprache ist Abstraktion, auch noch Volkssprachen, Mundarten, Gruppensprachen sind Abstraktionen. Nicht einmal Individualsprachen gibt es ohne Abstraktion.“ (Mauthner 1906: 113 f.) Solche Kategorien wie auch die „Schriftsprache“ bezeichnet Mauthner als „metaphorische Hypothese“ (Mauthner 1906: 28). Die Kategorie der Muttersprache als „einer einem Volke gemeinsamen Sprache“ sei ebenso eine Abstraktion, die aber als sozialpsychologische Illusion politische Folgen bewirken könne. In seinem Essay über den Sprachnationalismus mit dem Titel *Muttersprache und Vaterland* (1920) bezeichnet Mauthner die affektive, ja erotische Bindung an die Muttersprache (vgl. Mauthner 1982 [1923], Bd. 3: 227) als Grundlage des Nationalismus. Insofern wurden in den Nationalkriegen „die Nationalitätsidee und der geschürte Nationalhaß von den Gewalthabern als Vorwand benutzt […] für ihre persönlichen oder wirtschaftspolitischen Ziele“, lässt sich auch fragen, ob die Liebe zur Muttersprache „notwendig den Haß anderer Sprachen erzeugen müsse. Wie man im Mittelalter hätte fragen sollen, ob die Religion der Liebe den Haß gegen andere Religionen zur Folge haben müsse.“ (Mauthner 1920: 23 f.; zur Kritik der Verachtung fremder Sprachen vgl. Mauthner 1982 [1923], Bd. 2: 27 f.)

„Wo ist also das Abstraktum ‚Sprache‘ Wirklichkeit? In der Luft. Im Volke, zwischen den Menschen.“ (Mauthner 1982 [1923], Bd. 1: 19) Ausgehend vom Abstraktionsbegriff definiert Mauthner die Sprache als „Sprachgebrauch“, als situative und intersubjektive, flüssige Wirklichkeit, die „zwischen den Menschen“ schwebt, wobei die Vorstellung eines Besitzes der Sprache oder einer

Beherrschung seiner Muttersprache durch den Einzelnen, als „Selbsttäuschung“ erklärt wird (Mauthner 1982 [1923], Bd. 1: 25). So stellt er auch fest:

> „Die Sprache ist aber kein Gegenstand des Gebrauchs, auch kein Werkzeug, sie ist überhaupt kein Gegenstand, sie ist gar nichts anderes als ihr Gebrauch. Sprache ist Sprachgebrauch. Da ist es doch kein Wunder mehr, wenn der Gebrauch mit dem Gebrauche sich steigert.“ (Mauthner 1982 [1923], Bd. 1: 24)

Anders als Gebrauchsgegenstände und Werkzeuge kann die Sprache als Sprachgebrauch weder vernichtet noch verschlechtert und verbraucht werden: „Gebrauchsgegenstände bleiben unverändert, wenn weder menschlicher Gebrauch noch ihr ungewollter Verbrauch durch die Naturkräfte sie verzehrt. Die Sprache dagegen, weil sie kein Gebrauchsgegenstand, sondern selbst Gebrauch ist, stirbt ohne Gebrauch.“ (Mauthner 1982 [1923], Bd. 1: 25).

In der Abteilung „Sprache und Sozialismus“ im ersten Band seiner *Beiträge zu einer Kritik der Sprache* beschreibt Mauthner diese soziologische Sprachauffassung auch mit den Metaphern der Sprache als Großstadt[20] und als „Gesellschaftsspiel“. Dabei wird der soziale Zwang, den die Sprachgebräuche bedingen, nicht als notwendiger Zwang im Sinne eines Gesetzes, sondern als relativer Zwang einer „Spielregel“ gedeutet: „Die Sprache ist nur ein Scheinwert wie eine Spielregel, die auch umso zwingender wird, je mehr Mitspieler sich ihr unterwerfen […].“ (Mauthner 1982 [1923], Bd. 1: 25) Die Anzahl der Individuen, die den gleichen Sprachgebrauch wiederholen, bestimmt den Grad der Einschränkung, der den Sprachgebrauch innerhalb einer bestimmten Gruppe normiert. In dieser Hinsicht betont Mauthner in seiner Sprachkritik die Bedeutung der Mode als Faktor der Standardisierung von Sprech- und Handlungsweisen und dadurch der Erzeugung eines Gefühls der kollektiven Zugehörigkeit:

> „In dem weltumspannenden und fast majestätischen Gesellschaftsspiel der Sprache erfreut es den einzelnen, wenn er nach der gleichen Spielregel mit Millionen zusammen denkt, wenn er z.B. für alte Rätselfragen die neue Antwort ‚Ent-

[20] Mauthner (1982 [1923], Bd. 1: 26 f.): „Die Sprache aus dem gemeinen Mitteilungstrieb ist schlechte Fabrikarbeit, zusammengestoppelt von Milliarden von Tagelöhnern. […] Die Sprache ist geworden wie eine große Stadt. Kammer an Kammer, Fenster an Fenster, Wohnung an Wohnung, Haus an Haus, Straße an Straße, Viertel an Viertel, und das alles ist ineinander geschachtelt, miteinander verbunden, durcheinander geschmiert, durch Röhren und Gräben […].“

> wicklung' nachsprechen gelernt hat, wenn das Wort Naturalismus Mode geworden ist, oder wenn die Worte Freiheit, Fortschritt ihn regimenterweise aufregen." (Mauthner 1982 [1923], Bd.1: 25)

Die illusorische „Gemeinsamkeit der Seelensituation" lässt sich „immer nur für den augenblicklichen Zweck, für die verständliche Mitteilung" erreichen (Mauthner 1982 [1923], Bd. 3: 239). Diese Gemeinsamkeit sei aber nicht mit der Gemeinsamkeit einer einzigen Sprache verbunden, und Mauthner verteidigt nicht nur im Bereich der Literatur die dialektale Vielfalt, sondern auch in der globalisierten Welt die Mehrsprachigkeit:

> „[…] so gibt es auch für die Weltanschauung der abendländischen Kulturvölker und Amerikas eine Gemeinsamkeit der Seelensituation, die trotz der Verschiedenheit der Mundarten oder Sprachen zu einer Internationalität geführt hat. Namentlich die Seelensituation der Großstädter aller Völker ist auf den Gebieten des Wissens gemeinsam. Dieses ungeheure Gebiet des Wissens ist freilich in viele verschiedene Sprachen aufgeteilt; aber diese Sprachen sind wie Meere, die die Völker nicht trennen, sondern verbinden." (Mauthner 1906: 43)

Anders als andere, korrektive Arten der Sprachkritik (vgl. Polenz 1982), zielt Mauthners Sprachkritik nicht auf die Heilung einer „Krankheit der Unechtheit" im Sinne der Sprachkritik von Karl Kraus (1874–1936) (Benjamin 1980 [1931]: 355),[21] und auch nicht auf eine „Gesundung der Grammatik" im Sinne der Sprachphilosophie von Rudolf Carnap (1891–1970).[22] Vielmehr ist sie als immanente Sprach- und Sozialkritik zu verstehen, die die Sprache als „Spiegelbild der öffentlichen Zustände" und „soziale[r] Bedrückungen" betrachtet, wie etwa im Fall der Unterschiede zwischen „Männer- und Frauensprache" (Mauthner 1982 [1923], Bd. 1: 58). „Worte können Waffen werden oder doch Maschinenteilchen einer komplizierten Waffe" (Mauthner 1982 [1923], Bd. 1:

[21] Mauthners Sprachkritik unterscheidet sich grundlegend von jeder normativen Kritik idiosynkratischer Sprachverwendungen. Vielmehr geht es ihm um eine Kritik an kollektiven Vorurteilen, die unreflektiert im Sprachgebrauch, und selbst im eigenen Sprachgebrauch, latent am Werk sind. Zur Bedeutung für die Sprachsoziologie der Sprach- und Gesellschaftskritik im Sinne von Karl Kraus, vgl. Horkheimer (1989 [1954]).

[22] Vgl. Mauthner (1906: 36): „Unter gesellschaftlichen Mißständen leiden unzählige Menschen, unter der Mangelhaftigkeit der Sprachen leiden nur Sprachphilosophen, es gibt auf der Welt mehr hungernde und beladene andere Menschen als Sprachforscher. Darum ist eine Gesundung der Grammatik keine so dringende Aufgabe, wie etwa eine gute Arbeitergesetzgebung."

152). Mauthners Sprachkritik ist emanzipatorisch orientiert und zugleich „Selbstkritik“: Bei der Entlarvung impliziter Vorurteile, die in den gängigsten Sprachgebräuchen vermittelt werden, ist der Sprachkritiker selbst „nach der Tyrannei des Sprachgebrauchs“ gezwungen, die gleiche Sprache zu benutzen, die er kritisiert. Er ist nicht in der Lage, wie ein Richter die Sprache von außen zu beurteilen.

4 Leo Weisgerber, Muttersprache und Sprachgemeinschaft

Wenn hingegen Weisgerber den sozialen Charakter der Sprache betont, geht es ihm nicht darum, diese sprachkritische Strömung zu verstärken, sondern im Gegenteil darum, ihr ein Ende zu setzen, indem er die Wirklichkeit der „Sprachgemeinschaft“ bzw. der „Sprache eines Volkes“ postuliert und sie als „Kulturbesitz eines Volkes“ bzw. als „gemeinsame[n] Besitz einer Menschengruppe in der Gemeinschaft“ definiert: gegen die Zweiteilung zwischen „real“ und „abstrakt“ schlug Weisgerber in seinem Werk *Muttersprache und Geistesbildung* (1929) vor, „eine Dreiheit von Seinsformen“ anzunehmen: „real (= dinglich), wirklich (dahin gehören vor allem auch die kulturellen Besitztümer einer Gemeinschaft) und abstrakt (= bloß gedacht)“ (Weisgerber [1930]: 215). Die soziologische Betrachtungsweise im Sinne Weisgerbers ermögliche dann, den „richtigen Mittelweg“ zu finden – einen Mittelweg zwischen der „Verdinglichung der Sprache eines Volkes“ und „ihrer Auflösung in lauter Individualsprachen (wobei dann die Sprache eines Volkes zu einer ‚bloßen Abstraktion‘ herabsank)“ (Weisgerber 1964 [1931]: 291). Denn nicht die Sprache im Allgemeinen, sondern lediglich die Sprache als Sprache einer Gemeinschaft sei ein „Musterbeispiel für soziologische Betrachtungsweise“ (Weisgerber 1964 [1931]: 290).[23]

Diese Sprachauffassung wurzelt in einer Kritik am Positivismus in den Sprachwissenschaften im Sinne Karl Vosslers in seiner Streitschrift *Positivismus und Idealismus in der Sprachwissenschaft* (1904). Als „Positivismus“ wird

[23] In dem gerade zitierten Aufsatz „‚Neuromantik‘ in der Sprachwissenschaft“ (Weisgerber 1964 [1930]) wird die Unterscheidung von de Saussure zwischen „langue, langage, parole“ als eine Vierteilung überarbeitet: „1. Das Sprechen oder allgemeiner die Verwendung der sprachlichen Mittel, 2. Den Sprachbesitz des einzelnen Menschen, 3. Die Sprache eines Volkes, als Kulturbesitz einer Gemeinschaft, und 4. Die Sprachfähigkeit des Menschen“, wobei „soziologische Denkmittel“ lediglich der Erforschung des dritten Problemkreises angemessen seien (Weisgerber 1964 [1930]: 214).

die empirische Methode der Sprachforschung bezeichnet, die keine objektive, sondern nur eine „objektivierte Sprache“ untersuche.[24] „Lebendig und wirksam“ in der Sprache einer Gemeinschaft sei das „Weltbild“, d. h. ein „geistiger Gehalt“ und ein „Schatz von Wissen“ (Weisgerber 1964 [1931]: 305). Die Soziologie erlaube, so Weisgerber, einen neuen Objektivitätsanspruch zu erheben und dabei die Sprache als „lebendige“ Wirklichkeit zu betrachten: „objektiv“ sei die Sprache einer Gemeinschaft insofern, als sie von der „Gesamtheit“ getragen wird, während der Einzelne durch Beherrschung seiner Muttersprache „an einer Sprache teil hat“ (Weisgerber 1964 [1931]: 292). Das Sprechen als Tätigkeit, das augenblickliche Sprechen des einzelnen Sprechers sei daher nur „eine vorübergehende Erscheinungsform“ dieses Sprachbesitzes des Einzelnen, primär jedoch dessen Gemeinschaft (Weisgerber 1964 [1931]: 303).

Weisgerbers Berufung auf die Soziologie ist aus seiner Perspektive eine positive Aufwertung des Wortes und seiner kulturphilosophischen Umdeutung. „Auf der eine Seite steht das Kulturgut Sprache als unpersönliches soziales Objektivgebilde, auf der anderen die Sprachgemeinschaft als überpersönliches soziales Objektivgebilde.“ (Weisgerber 1964 [1931]: 311) Von der Gesellschaftslehre Vierkandts ausgehend würde es die Sprachwissenschaft als Vorteil betrachten, dass „die Lebensprozesse eines sozialen Objektivgebildes sich in dem Objektivgebilde an der Gruppe abspielen“. Aufgrund von Weisgerbers Gleichsetzung zwischen Sprachwandel und Kulturwandel sei auch „die Vierkandtsche These von den drei Bedingungen des Kulturwandels (Bedürfnis, Reife, Anstoß führender Persönlichkeiten) an den Erscheinungen der Sprache zu erproben“ (Weisgerber 1964 [1931]: 302). Außerdem verweist Weisgerber auf Vosslers Buch *Geist und Kultur in der Sprache* (1925) als Pionierarbeit in der Betrachtung der Wechselbeziehungen zwischen Sprache und Kultur und schlägt vor, Vosslers Auffassung der Sprache „als Spiegel einer Kultur“ (hier eine Reminiszenz an Vosslers Werk *Frankreichs Kultur im Spiegel seiner Sprachentwicklung* – 1913) mit der These zu radikalisieren, dass „Werden und Wandel der inneren Sprachform nicht nur Spiegelungen der Kulturentwicklungen“ seien, „sondern geradezu diese Entwicklung selbst“ (Weisgerber 1964 [1931]: 311 f.). Mit Verweis auf

[24] Vgl. Weisgerber (1964 [1931]: 293): „Da man oft nicht scharf genug zwischen der Sprache als lebendigem Besitz einer Gemeinschaft und der in Wörterbuch und Grammatik objektivierten Sprache scheidet, glaubte man häufig, deshalb die Sprache eines Volkes selbst als Abstraktion betrachten zu dürfen. Dieser Fehlschluß ist unbedingt abzulehnen […].“

Humboldts Begriff der inneren Sprachform wurde schließlich die Sprache als gesellschaftliche Erkenntnisform gedeutet (vgl. auch Vossler 1923: 369 f.).

In dem 1933 in der Zeitschrift *Muttersprache* veröffentlichten Aufsatz mit dem Titel „Wesen und Kräfte der Sprachgemeinschaft" wurde der soziale Zwangscharakter noch deutlicher im Sinne einer deterministischen Gesetzwissenschaft gedeutet. Dabei ist die Sprache nicht als „Ausdruck der Seele der Gemeinschaft", wie etwa Hermann Ammann es in seiner Monographie *Die menschliche Rede* formulierte (Ammann 1925: 26), sondern als bildende Kraft der Gemeinschaft selbst, als eine personifizierte Macht zu verstehen: „Die Sprache ist die einzige Macht, die über Raum und Zeit ein Zusammenwirken von Menschen ermöglicht, die ein Schaffen aus einem Geist geradezu erzwingt." (Weisgerber 1964 [1933]: 436) Als ererbtes Weltbild und „Begleiterin einer Volksgemeinschaft" schaffe die Gemeinschaftssprache „Bindungen, denen sich niemand entziehen kann" (Weisgerber 1964 [1931]: 319). Weisgerber spricht sogar von einem „unerbittlichen Zwang zur Sprachgemeinschaft", der dem Einzelnen nicht die Möglichkeit lässt, die Bindungen der Sprachgemeinschaft zu verweigern. Die „allumfassende Verbindlichkeit der Sprachgemeinschaft" zwinge als eine der „fast mit der Gewalt und Sicherheit von Naturgesetzen wirkenden Einrichtungen" (Weisgerber 1964 [1933]: 433 f.).

Damit wird die Sprachgemeinschaft als „naturgegebene Grundform geistiger Gemeinschaft" und das Erlernen der Muttersprache als „Eingliederung in den Geist der Sprachgemeinschaft" aufgefasst (Weisgerber 1964 [1933]: 432 f.). Indem Weisgerber den Begriff des Objektivgebildes aufgreift und das Element des Zwangs, mit dem Durkheim das soziale Faktum definierte, als einen quasi-natürlichen, gewaltsamen Zwang umdeutet, der den Sprecher an eine einzige Muttersprache und damit an eine einsprachige Volksgemeinschaft bindet, verfolgt er ein zugleich wissenschaftspolitisches und politisches Ziel. Die Sprachsoziologie, wie sie von Weisgerber konzipiert und in der Zeit des Nationalsozialismus besonders von Georg Schmidt-Rohr (1890–1945) entwickelt wurde,[25] definiere aufgrund einer gemeinsamen Weltanschauung und eines gemeinsamen

[25] Zu Schmidt-Rohrs Auffassung der Sprachsoziologie vgl. die glühend-begeisterte Rezension betreffend Schmidt-Rohrs „politische Sprachsoziologie" bei Hans Schrepfer (1935: 231). Vgl. auch Walter Benjamins schonungslose Kritik „weitmaschige[r] Spekulationen" in Schmidt-Rohrs Buch *Die Sprache als Bildnerin der Völker* (Schmidt-Rohr 1932; vgl. Benjamin 1991 [1935]: 471 f.). Georg Schmidt-Rohr leitete die 1943 begründete „Sprachsoziologische Abteilung" bzw. „Lehr- und Forschungsstätte für angewandte Sprachsoziologie" der SS in Frankfurt/Oder (vgl. Simon 2011).

Territoriums[26] eine einheitliche „Schicksalsgemeinschaft“, der das Individuum in keiner Weise entkommen kann.

Mit Berufung auf der *Theorie des objektiven Geistes* (1923) des Soziologen und Kulturphilosophen Hans Freyer (1887–1969),[27] der gerade die Sprache nicht als „Sozialform“ auffasste (Borst 1995 [1957–1963]: 1854 f.), sondern als „typisch sozialgeschaffenes Werk“ (Freyer 1923: 84),[28] spricht Weisgerber von der schicksalhaften Bedeutung der Sprachgemeinschaft (Weisgerber 1964 [1933]: 435): die „Einheit einer Gemeinschaft“ sei „in dem Durchdrungensein mit dem geistigen Gehalt des gleichen Schicksalraumes“ begründet. Damit kommt er zu folgendem Schluss: „[…] der geistige Gehalt eines Volksraumes und das in der Sprache einer Gemeinschaft niedergelegte Weltbild decken sich in so wesentlichen Teilen, dass, wenn man überhaupt eine Volksgemeinschaft mit einem einzelnen Merkmal fassen kann, nur die Gemeinsamkeit der Sprache dafür in Betracht kommt“ (Weisgerber 1964 [1931]: 319). Als „Weltbürger“ sei der Mensch „ohne Wurzeln“ und außerhalb der „Kultur der Menschheit“ (Weisgerber 1964 [1933]: 432), Zweisprachigkeit sei auch mit dem Wesen der Gemeinschaft unvereinbar (siehe die Bewertung der Zweisprachigkeit und der Zugehörigkeit zu mehreren Sprachgemeinschaften als etwas dem Wesen der Sprache Entgegenstehendes in Weisgerber 1964 [1931]: 313).

Ich habe versucht hervorzuheben, was Weisgerbers Rückgriff auf die Soziologie bedeutet. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass ihn die Ablehnung des methodologischen Individualismus der empirischen Sprachwissenschaft dazu

[26] Zum Problem der Begrenzung einer Sprache als „Einheit“ verweist Weisgerber mit einem Zitat des Germanisten Theodor Frings (1886–1968) auf sprachgeographische Methoden und insbesondere auf den Begriff des Sprachraumes, aus welchem eine „Soziologie der historischen Lebensräume“ entwickelt werden könnte (Weisgerber 1964 [1931]: 297).

[27] Weisgerber verweist auch auf den Soziologen und Philosophen Gunther Ipsen (1899–1984) und dessen in den *Blättern für deutsche Philosophie* veröffentlichten Aufsatz „Ursprache, Sondersprache, Gemeinsprache“ (1930), sowie auf Ernst Cassirer und Lucien Lévy-Bruhl in Bezug auf die Nähe, in der die Arbeiten beider zu Sprache und Mythos zueinander stehen. Vgl. dazu Benjamin (1991 [1935]: 456).

[28] Später findet sich bei Freyer die sprachbewertende Auffassung, nach welcher die Sprache nicht nur „das Mittel des Denkens“ sei, sondern „das Medium, in dem sich das Denken bewegt, gleichsam der Leib, in dem es lebt“, wobei nicht jede Sprache „in gleichem Masse auf Philosophie angelegt“ sei (Freyer 1956: 24).

führte, sowohl den organischen Begriff der Gemeinschaft gegenüber dem der Gesellschaft zu bevorzugen, als auch eine Sprachauffassung, die das Individuum ebenfalls organisch mit einer kulturnationalen Sprachgemeinschaft verbindet.[29] Damit sollte die Sprache zum Gegenstand einer kulturphilosophisch orientierten Soziologie werden. Die Betonung einer notwendigen und quasi-natürlichen Verbindung zwischen Sprache und Gemeinschaft lenkt das Motiv des Zwangs von seiner methodischen Funktion ab (die Sprache als sozialen „Tatbestand" aus dem naturalistischen Ansatz herauszunehmen), um kollektive Identitäten im Zusammenhang mit der „naturgegebenen Gliederung der Menschheit in Sprachgemeinschaften" (Weisgerber 1964 [1933]: 435) voneinander abzugrenzen. Es ist daher nicht verwunderlich, dass Weisgerber sich auf Meillet[30] beruft: vielleicht nicht so sehr auf den Meillet, der am Anfang des 20. Jahrhunderts die gesellschaftlichen Faktoren des Bedeutungswandels betonte, sondern auf den Meillet, der in seinem Werk *Les langues dans l'Europe nouvelle* (1928) die „linguistische Halbanarchie" Europas nach dem Ersten Weltkrieg monierte (Meillet 1928: 4)[31] und romantische Vorstellungen einer wesentlichen und natürlichen Verbindung zwischen Sprache und Nation wiederbelebte, um die Natürlichkeit der Sprachgrenzen zu behaupten und die neuen politischen Grenzen Europas zu legitimieren (vgl. Moret 2011: 16 f., vgl. aber auch schon Meillet 1906: 1).

[29] Zur Erneuerung der organizistischen Vorstellungen von Sprache und Gemeinschaft in den 1930er Jahren, vgl. Hutton (2001: 15 f.): „While the Neogrammarians retained considerable influence over German linguistics in the inter-war years, this period also saw the rise of a German school of organicist linguistics associated with the names of Leo Weisgerber and Jost Trier. These linguists rejected what they saw as the atomism, materialism and methodological individualism of the Neogrammarians to embrace various forms of collectivity, and this stance was maintained during the Nazi period."

[30] Weisgerber nennt in seinem Literaturverzeichnis Meillets Aufsatzsammlung *Linguistique historique et linguistique générale* (1921), die den Artikel „Wie Wörter ihre Bedeutung ändern" enthält, und sein Werk über die Sprachen in Europa nach dem Ersten Weltkrieg, *Les langues dans l'Europe nouvelle* (1928), welches im deutschen völkischen Milieu heftige Polemik auslöste; vgl. dazu Maas (2016: 458, 395): „Die zusammenfassende Darstellung der sprachlichen Verhältnisse bei Meillet (1918) wurde in Deutschland durchweg als Provokation verstanden, auf die ‚völkisch' ausgerichtete Publikationen antworteten."

[31] Verfechter kontinentaler Neugruppierungen in Bezug auf eine möglichst kleine Anzahl von Kultursprachen schreibt Meillet ferner, dass „die großen kollektiven Kräfte zugunsten der Einheit der Sprache [wirken]" (Meillet 1928: 103), was bei ihm zu einer Verteidigung der Dominanz der französischen Sprache als Weltsprache der Zivilisation führt.

5 „Wörter und Sachen wandern zusammen“: Rudolf Meringer und die Sachforschung

Als Meillet in der *Année Sociologique* die Sprache als soziales Faktum definierte, ging es ihm darum, den Ansatz der historischen Semantik zu vervollständigen, d. h. nicht nur den historischen Bedeutungswandel, sondern auch die gesellschaftliche Sprachdifferenzierung zu berücksichtigen. Um die soziale Dimension des Bedeutungswandels zu betonen (vgl. Meillet 1906: 13–33), stützte er sich nicht mehr auf seinen Lehrer Bréal, sondern im Wesentlichen auf deutschsprachige Quellen. Im Zusammenhang mit der Erforschung von Sondersprachen, Argot und gruppenspezifischen Kunstsprachen – wie z. B. dem Metzger-Jargon in Frankreich, namens „loucherbème“ – verweist er vornehmlich auf die lexikografischen Studien von Friedrich Kluge (1856–1926) zur Studentensprache (Kluge 1895)[32] und die des Iranisten Paul Horn (1863–1908) zur Soldatensprache (Horn 1899; Meillet 1906: 18). Vor allem aber erwähnt er die Wortforschung der Grazer Sprachwissenschaftler Rudolf Meringer (1859–1931) und Hugo Schuchardt (1842–1927) (vgl. Schuchardt 1900b, 1903, 1904). Beide haben Wortforschung und Sachforschung verknüpft[33] und galten daher bis in die Zwischenkriegszeit als Hauptvertreter einer soziologisch orientierten Sprachforschung, die sich als „Reaktion auf das Neugrammatikertum“[34] entwickelt hat, so dass ihre Abwesenheit in Weisgerbers Darstellung besonders hervorsticht.[35]

---

[32] Kluge hat andere Sondersprachen erforscht, nämlich die „Geheimsprachen“ wie die „Gaunersprache“ (1901) und die „Seemannssprache“ (1908). Vgl. Dauzat (1929: 28).

[33] In seinem Aufsatz „Sachen und Wörter“ wies Schuchardt auf die Gemeinsamkeiten zwischen seinem und Meringers Ansatz hin und erwähnte in diesem Zusammenhang einen von Fritz Mauthner im zweiten Band seiner *Beiträge zu einer Kritik der Sprache* (1901) zitierten Spruch von Vico: *„e della storia delle cose si accertasse quella delle lingue“* (Schuchardt 1912: 829).

[34] Vgl. Feuerhahn und Rabault-Feuerhahn (2010: 293), zitiert aus einem Brief von Karl Vossler an Max Weber (6.12.1911), wo eine spöttische Kritik an der Sachforschung enthalten ist: „Die Sprachforschung ist im Begriffe, der Geschichte der Rührlöffel, der Hosenknöpfe, des Butter- u. Käsemachens nun höheres Interesse mitzuteilen resp. abzugewinnen.“

[35] Schuchardt wurde im Zusammenhang mit dem Problem der Begrenzung der „Mundartsgruppen“ in Europa zitiert (Weisgerber 1964 [1931]: 294). Die von ihm am Ende seines Beitrags angegebene Literaturliste, wo „eine ausführliche Darstellung der Soziologie der Sprache“ als Lücke gemeldet wird, erwähnt auch das 1928 von Leo Spitzer zusammengestellte „Schuchardt-Brevier“ (Weisgerber 1964 [1931]: 319 f.).

Meillet hat die Wortgeschichtsforschung von Meringer und Schuchardt in dem bisher besprochenen Aufsatz zum Bedeutungswandel rezipiert (Meillet 1906: 14) und 1911 eine Besprechung der Zeitschrift *Wörter und Sachen* verfasst, auf welcher Meringer kritisch reagierte (Meringer 1912: 23). Dies könnte erklären, dass diese Forschungsrichtung, die Onomasiologie und Sprachgeographie kombiniert, in der französischen Sprachwissenschaft der Zwischenkriegszeit nur wenig Anklang gefunden hat (Müller und Schmieder 2016: 426).[36] In seinem Vorwort zum *Dictionnaire étymologique de la langue française* (1932) von Oscar Bloch und Walther von Wartburg betonte jedoch Meillet die Rolle der Wanderung von Wörtern zwischen verschiedenen Sprachen sowie der Wechselwirkungen zwischen der Gemeinsprache und den Fachsprachen für die Bedeutungserweiterung (Meillet 1964 [1932]: XI) und forderte vergleichende Forschungen zu den „Termini der europäischen Zivilisation" in einer Weise, die an das Programm der Zeitschrift „Wörter und Sachen" erinnert – ohne jedoch darauf Bezug zu nehmen (Meillet 1964 [1932]: XVII).

Anders im deutschsprachigen Raum, wo das Programm der 1909 begründeten Zeitschrift *Wörter und Sachen. Kulturhistorische Zeitschrift für Sprach- und Sachforschung* als Zugang der Sprachwissenschaft zur Soziologie interpretiert wurde. Dass Weisgerber diese soziologische Ausrichtung der Sprachforschung nicht erwähnte, ist besonders insofern bemerkenswert, als er bereits im Jahr 1929 anfing, an der Zeitschrift *Wörter und Sachen* als Autor mitzuwirken – und später, von 1933 bis 1937, sogar als Mitherausgeber tätig war (vgl. Heller 1998: 57, 61).[37] In seinem Aufsatz „Sprache und Gesellschaft" (1923) wies Leo Jordan auf die sprachsoziologische Bedeutung der sachorientierten Sprachforschung von Meringer und seinen Mitarbeitern hin. Meringers Zeitschrift zeichne „allerorts Soziologisches aus dem Leben der Sprache nach" (Jordan 1923: 346). Walter Benjamin, der wie Leo Jordan unter dem Druck der NS-Verfolgung im Jahre 1940 Suizid beging, erwähnt ebenso die Bedeutung dieser Zeitschrift für die Sprachsoziologie in seinem „Sammelreferat" zu „Problemen der Sprachsoziologie": ebenfalls „Einen vermittelteren Zugang zur Soziologie hat die moderne

[36] Der Sachforschungs-Ansatz wurde hingegen im Bereich der Geschichtswissenschaft von Lucien Febvre (1878–1956) aufgenommen, der in den *Annales* eine Rubrik „Les mots et les choses" eingerichtet hat.

[37] Zur Ideologisierung der Zeitschrift *Wörter und Sachen* unter Wirkung von Hermann Güntert (1886–1948) und Walther Wüst (1901–1993), der zwischen 1938 und 1944 an den Neuen Folgen der Zeitschrift mitgearbeitet hat, vgl. Heller (1998: 57–60) und Müller und Schmieder (2016: 430).

Sprachwissenschaft in der sogenannten Wort-Sach-Forschung gefunden. […] Wir haben von dieser Schule sprachwissenschaftliche Studien über die Bodenbestellung und Brotbereitung, über das Spinnen und Weben, über Gespann und Viehzucht – um nur die primitiveren Wirtschaftsvorgänge zu nennen.“ (Benjamin 1991 [1935]: 465)[38] Dabei bezieht er sich auf verschiedene Aufsätze aus den Jahren zwischen 1913 und 1921 und zitiert eine lange Stelle aus der Studie des Schweizer Romanisten Walther Gerig zum Thema „Die Terminologie der Hanf- und Flachskultur in den frankoprovenzalischen Mundarten“ (Gerig 1913), über die gemeinsamen Wanderungen von Wörtern und Sachen und die Bedeutung der Migrationen der „wandernden Arbeitskräfte“ für den transnationalen, wirtschaftlichen und kulturellen Sprachwandel. In dieser Hinsicht ist die Sachforschung ein wesentlicher Beitrag zur Erforschung landwirtschaftlicher und handwerklicher Terminologien.

6 „In der Sprache lassen sich keine festen Scheidewände erkennen“: Hugo Schuchardt, Sprachmischung und sozialer Sprachwandel

Es ist hier nicht möglich, einen vollständigen Überblick über die in der Fachliteratur oft erwähnte Bedeutung der Arbeiten von Hugo Schuchardt und seiner Sprachauffassung für die Sprachsoziologie zu geben (Goebl 2004: 695; Berthele 2004: 729). Die Leipziger Probevorlesung von 1870 „Über die Klassifikation der romanischen Mundarten“ (1900) entwirft eine „Theorie von der geographischen Abänderung“ (Schuchardt 1900a: 6, 1925: 16),[39] die auf eine Kritik an den Klassifikationen zwischen Sprachen, Mundarten usw. des graduellen Kontinuums zwischen Sprachgebieten beruht: „Aber wo sollen wir den Grenzpfahl in den Boden stossen?“ (Schuchardt 1900a: 8; vgl. dazu Weisgerber 1964[1931]: 294)

[38] Benjamin stellt Schmidt-Rohrs „Gesamtansichten“ die „Konkretion“ der Arbeiten der Zeitschrift *Wörter und Sachen* entgegen (Benjamin 1991 [1935]: 472).

[39] Zu Schuchardts Kritik an die Ausführungen von Meillet über die Kunst- und Sklavensprachen in der Einführung seines Werkes *Les langues du monde* (1924) vgl. Schuchardt (1925: 14 f.). Neben expliziten Sprachbewertungen („un anglais dégénéré qu’on appelle le pidgin-english“, Meillet 1924: 16) äußert Meillet die Meinung, dass die Sklaven in den Kolonien nicht versucht haben, die Sprache ihrer Herren „normal zu sprechen“, woraufhin Schuchardt entgegnet: „Vielmehr waren es die letzteren die gar nicht suchten den Sklaven mehr beizubringen als für sie selbst unbedingt notwendig war.“ (Schuchardt 1925: 14).

Aber vor allem die Erforschung der „Not- und Kunstsprachen“, darunter der kreolischen Sprachen bzw. „Sklavensprachen“, kann als entscheidender Beitrag zur soziologisch orientierten Sprachforschung gewertet werden. Dabei erklärte Schuchardt die Sprachmischung als Ursache für Sprachwandel und den Sprachwandel als soziales Phänomen (vgl. Hurch 2009: 3). Daher konnte Schuchardt im Vergleich zu Meillet als viel radikaler in seiner Auffassung von der Rolle der sozialen Bedingungen beim Sprachwandel, auch in phonetischer Hinsicht, angesehen werden.[40]

Im Zusammenhang mit dem Ausgangspunkt meiner Ausführungen ist es allerdings interessant zu betonen, dass Schuchardt in seiner kritischen Besprechung des *Cours de linguistique générale* ironisch bemerkt, dass Saussure seine Linguistik oder Semiologie nicht konsequent den Gesellschaftswissenschaften angeschlossen habe, sondern letztendlich von der Sozial- und dann der allgemeinen Psychologie abhängig geblieben sei.[41] Schuchardt geht auf die von Saussure eingeführten begrifflichen Unterscheidungen ein, zunächst auf die zwischen „langue“ und „parole“, die er als eine unmögliche Trennung zwischen der sozialen und individuellen Seiten der Sprache zurückweist:

> „Nun findet vom Individuellen zum Kollektiven kein Sprung statt sondern ein allmählicher Uebergang und dieser Uebergang ist zudem ein ganz äusserlicher, das heisst, es ändert sich dabei das Wesen der betreffenden Tatsachen nicht im geringsten. Was von einer Minderheit gesprochen wird, gilt als Fehler; was von der Mehrheit oder von allen, als Regel. Ich möchte sagen, es gebe hier nicht einmal

[40] So schreibt der Linguist Albert Dauzat in seinem Werk *La philosophie du langage* (die erste Auflage erschien 1912): „Allant plus loin encore dans cette direction, on a pu demander aux conditions sociales la cause première des évolutions linguistiques. Actions généralement indirectes, tout au moins pour la phonétique, car Schuchardt était à peu près le seul à penser – bien que Jespersen se soit engagé dans la même voie – que les lois phonétiques, à l’intérieur d’un même groupe phonétique, peuvent varier avec les conceptions sociales diverses où sont placés les mots différents.“ (Dauzat 1948: 191 f.)

[41] Hugo Schuchardt (1917: Sp. 2): „Jede Wissenschaft berührt sich mit verschiedenen andern […]. Auch Saussure gibt zu, dass die Grenzen unserer Wissenschaft gegen andere nicht immer deutlich hervortreten (20); doch ist es ihm vielleicht entgangen, dass im allgemeinen an der anerkannten Grenzen das wissenschaftliche Leben am stärksten pulsiert, dass Grenzen geradezu Zentren werden – von seiner hohen Warte aus hat Poincaré sich ähnlich geäussert. Wenn Saussure die Sprachwissenschaft der Semiologie und diese der sozialen und schließlich der allgemeinen Psychologie unterordnet (34), so wird man ihm nicht widersprechen; aber ebenso gut wird man sie an die Soziologie, die Kulturgeschichte usw. anschließen dürfen.“ (vgl. Spitzer 1928a: 348)

> einen Unterschied wie zwischen einer unreifen und einer reifen Kirsche, sondern nur wie zwischen der reifen Kirsche am Baum und der auf dem Teller.“ (Schuchardt 1917: Sp. 3)

Daher sei auch die „Einteilung in *langue* und *parole*“ keine logische: „sie sind keine Arten des *langage,* sondern die Hälfte von ihm […] und noch inniger miteinander verbunden als etwa durch eine Art Osmose“ (Schuchardt 1917: Sp. 4). Genauso problematisch sei die zweite „Hauptgablung“ zwischen synchronischen und diachronischen Sprachwissenschaften, die an die Unterscheidung von Auguste Comte zwischen dynamischer und statischer Soziologie erinnere: „Ruhe und Bewegung (diese im weitesten Sinne genommen) bilden wie überhaupt so bei der Sprache keinen Gegensatz; nur die Bewegung ist wirklich, nur die Ruhe ist wahrnehmbar“ (Schuchardt 1917: Sp. 4). Schuchardt suggeriert, dass diese Unterscheidung eigentlich derjenigen zwischen Kollektiv und Individuum entspreche und dass Saussures System – anders als Ballys Stilistik (Schuchardt 1917: Sp. 6) – mit der Rede („la parole“) das Individuelle ebenso wie das Zeitliche aus der Sprache beseitige.

Schuchardt vertrat eine empirische und nominalistische Wissenschaftsauffassung, weshalb er sowohl den physikalischen Determinismus, den er mit dem „Dogma“ der phonetischen Gesetze verknüpfte, als auch frühere biologische Sprachauffassungen ablehnte. Die Sprache sei „kein selbständiger Organismus“, sondern „eine gesellschaftliche Tätigkeit“ (Spitzer 1928a: 313), deren Veränderungen, selbst bei einem Individuum, von einer Vielzahl sozialer und kultureller Faktoren abhängen. Beim Sprechen mischen sich verschiedene Sprechweisen. Die Sprache ist als Kontinuum zu denken, als ein durch Sprachmischung stets werdendes Geschehen. Sprachmischung sei daher keine „ethnische Mischung“, sondern „auch innerhalb der homogensten Verkehrsgenossenschaft“ stets am Werk (Schuchardt 1885: 16), auch keine Randerscheinung, sondern der Normalzustand der Sprache als zugleich soziale und individuelle Tätigkeit, ja, ein Faktor relativer Einheitlichkeit: „Jedes Individuum lernt und modifiziert seine Sprache im Verkehr mit einer Reihe von anderen Individuen. Diese allseitige und unablässige Sprachmischung hemmt innerhalb einer Verkehrsgruppe die Bildung bedeutenderer Differenzen.“ (Schuchardt 1885: 132)

Ein weiterer zentraler Aspekt von Schuchardts Arbeit für unser Thema ist seine Kritik an der genealogischen Verwandtschaftstheorie. Auch diese Kritik basiert auf einer soziologischen Sprachauffassung: „Die sozialen Gruppen dürfen keinesfalls mit den Verwandtschaftsgruppen identifiziert werden. Man darf die Sprache nicht als eine Folge der Blutmischung ansehen; ich habe mich schon längst gegen diesen blendenden Irrtum ausgesprochen.“ (Spitzer 1928a: 274)

„Die Ursache der Sprachmischung ist immer sozialer, nicht physiologischer Art.“ (Spitzer 1928a: 128 f.) Demzufolge sei auch die „genealogische Darstellung“ für die Sprache ungeeignet, insofern der „Sprachwechsel“ an der „Kreuzung“ von verschiedenen Sozialwissenschaften (Anthropologie, Ethnologie, Kulturgeschichte) liegt (Spitzer 1928a: 181). „Die Sprache ist eine Funktion, das Volk ihr Träger; der Träger kann die Funktion wechseln, nicht umgekehrt“ (Spitzer 1928a: 280), wobei „Volk“ als „etwas Soziales“ zu verstehen sei: „Wenn die Ethnologie, die Völkerkunde eine soziologische Wissenschaft ist, so muß auch ihr Gegenstand, Volk, etwas Soziales sein […].“ (Spitzer 1928a: 273)

Zum Abschluss dieses knappen Überblicks sei darauf hingewiesen, dass beide angesprochenen Säulen des Sprachdenkens von Schuchardt, nämlich die Auffassung der Sprachmischung als normaler Zustand der Sprache, sowie die Kritik an der Theorie der genealogischen Sprachverwandtschaft die theoretische Grundlage der Sprachauffassung Mauthners[42] und seiner Kritik an der vergleichenden Sprachwissenschaft bilden. Mit explizitem Verweis auf Hugo Schuchardt und Johannes Schmidt (1843–1901) bezeichnet Mauthner den für die Indogermanistik zentralen Begriff der „Verwandtschaft der Sprachen“ als „bestenfalls ein[en] bildliche[n] Ausdruck“, der mit der längst überholten naturalistischen Konzeption des „Stammbaums“ abzulehnen sei (Mauthner 1923/1: XXX) und plädiert für die Anerkennung der Sprachmischung als linguistische Bereicherung und gegen die Vorstellung geschlossener und einheitlicher Sprachgemeinschaften: „Es gibt so wenig eine ungemischte Sprache wie es einen ungemischten Volksstamm gibt. […] Die Aneignung fremder Wörter und Begriffe ist in der Geschichte jeder Sprache nachzuweisen. […] stoßweise haben solche Kulturwanderungen ganze Mengen fremder Begriffe dem eigenen Boden zugeführt, schmutzig und ertragreich wie einen gesegneten Nilschlamm.“ (Mauthner 1920: 15 f.) Beide Thesen vereinigen sich in der Kritik am Chauvinismus der modernen Sprachwissenschaft, der in der Metaphorik der Sprachverwandtschaft latent vorhanden sei:

[42] Fritz Mauthner wurde in der Sprachwissenschaft seiner Zeit nicht rezipiert, mit Ausnahme einer Rezension von Leo Spitzer, was ihm harsche Kritik von seinen Kollegen einbrachte, vgl. dazu Spitzers Briefe an Schuchardt vom 26.05.1920 („Ich freue mich, daß Sie Mauthner schätzen: Meine Mauthner-Rez. hat mir nämlich viel böse Feindschaft in der deutschnationalen Gelehrtenwelt eingetragen […]“) und vom 05.09.1921 („Die Mauthner Rez. hat in Deutschland wenig gefallen – die Parteinahme für einen Autodidakten, der die Lehrstühle etwas wanken macht?!“) (Hugo Schuchardt Archiv Universitätsbibliothek Graz, Sondersammlungen). Schuchardt schätzte ebenfalls das Werk Mauthners, den er gelegentlich zitiert.

„[…] chauvinistisch ist im Grunde auch die Tendenz der genau ebenso alten modernen Sprachwissenschaft, welche die Ursprünglichkeit z.B. der deutschen Sprache dadurch zu retten sucht, dass sie Sprach- und Völkerverwandtschaft annimmt, wo Wanderungen von Wortwerten vorliegen, dass sie den Entlehnungen von Worten wie Diebstählen in der Familie einen gemütlichen Charakter gibt. Chauvinistisch ist ihrem Ursprunge nach die Annahme eines arischen Volksstammes; kein Wunder, dass die Hypothese chauvinistische Folgen hatte.“ (Mauthner 1923/1: S. XVI f.)

7 Leo Jordans Plädoyer für eine Sprachsoziologie (1923) oder „sociologie linguistique“ (1929)

Ein weiterer Ansatz, der sowohl linguistisch als auch aufklärerisch an die Sprachsoziologie herangeht, findet sich in den programmatischen Schriften des Romanisten Leo Jordan. Jordan gibt einen Überblick über neue Orientierungen der Sprachforschung, die seiner Meinung nach zu einer Soziologie der Sprache oder „sociologie linguistique“ (Jordan 1929)[43] als einer neuen Disziplin führen sollten. Romanisten wie Hugo Schuchardt, Jules Gilliéron und Heinrich Morf (1854–1921) gehörten seines Erachtens zu einer Generation, die die romanische Philologie durch die Berücksichtigung der Geographie umgewandelt habe, während zuvor „die Sprachwissenschaft in Europa hauptsächlich historisch“ gewesen sei und die Tatsache ignoriert habe, dass „die Laute, Formen und die Syntax einer Sprache nicht nur durch die Zeit, sondern auch durch den Raum differenziert werden“ (Jordan 1929: 305).

Das Interesse für den gesellschaftlichen Sprachwandel bekam also von neuen Orientierungen der Sprachwissenschaft um 1900 wichtige Impulse aus der Wort- und Sachforschung und der Sprach- oder Dialektgeographie.[44]

[43] Der Begriff einer „sociologie linguistique“ im Sinne der „Sprachsoziologie“ wurde in einer Anzeige der Zeitschrift *Romania* kritisch besprochen, vgl. M. R. (1933: 475 f.): „Cet article […] se rattache aux études que l’auteur a antérieurement publiées et qu’il appelle, un peu ambitieusement, me semble-t-il, études de sociologie linguistique (‘Sprachsoziologie’): en fait, il s’agit d’établir que certains mots appartiennent à certains milieu (ou en proviennent), comme ils peuvent appartenir à certaines régions ou à certains temps.“

[44] Zur Konkurrenz dieser Parallelbegriffe der Sprachgeographie und Dialektgeographie vgl. Hildebrandt (1998: 495). Der Autor plädiert für den Terminus „Dialektgeographie“, da „Dialekt“ aufgrund seiner Etymologie (mit der Bedeutung ‚durch Zeit und Raum‘) besser geeignet sei als das als semantisch vage beurteilte Präfix „Sprach-“: „Dialekt meint also nichts anderes als ‚Sprache in der Raumperspective, Sprache, die von Ort zu Ort differiert‘.“

Anhand quantitativer Methoden wie Feldstudien, Fragebögen und Tonaufnahmen wurden erste Sprachatlanten und Glossare erstellt, wie beispielsweise der Atlas der romanischen Dialekte von Gilliéron (*Atlas linguistique de la France,* 1902–1910)[45] und der von Georg Wenker (1852–1911) begründete *Sprachatlas des Deutschen Reichs* (nach 1927 als *Deutscher Sprachatlas* fortgesetzt, vgl. Knoop et al. 1982). Der *Sprach- und Sachatlas Italiens und der Südschweiz,* der zwischen 1928 und 1940 von Jakob Jud (1882–1952) und Karl Jaberg (1877–1958) erstellt wurde, kombiniert Sprachgeographie und Onomasiologie und beruft sich explizit auf Meringers materielle Wortforschung. Jordan betont die Bedeutung der Sprachgeographie auch auf institutioneller Ebene, da die Lehrstühle zum Nachteil der historischen Sprachwissenschaftler in diese Richtung umgestaltet worden seien. Er fügt hinzu, dass „die chrono-geografische Methode" die einzige sei, die „die Fakten der Geschichte einer Gesellschaft entschlüsseln kann" (Jordan 1929: 306). Um die sprachlichen Tatsachen erklären zu können, müssen zwei Studienachsen, Zeit und Raum, kombiniert werden.

Diese kombinierte Methode ist aber nur die notwendige Voraussetzung für die Entwicklung einer Sprachsoziologie, die davon ausgeht, dass die sprachlichen Fakten den „menschlichen Verkehr" („commerce humain") widerspiegeln: „[…] chaque fait linguistique étant un reflet du commerce des hommes, son étude doit aboutir à ce commerce" (Jordan 1929: 306). Jordan entwickelte sein Verständnis von Sprachsoziologie auf der Grundlage einer pan-soziologischen Sprachauffassung, die die pan-(sozial)psychologische Sprachauffassung Saussures[46] bekräftigt: „Sprache und Gesellschaft: ein Riesengebiet, denn eigentlich ist alles an der Sprache sozial, zum Verkehr von Mensch zu Mensch bestimmt. Zusammen mit anderem Gemeinsamem: mit Tracht, Formen, Ideen – Vorurteilen bindet sie diejenigen, die zum Verkehr untereinander bestimmt sind." (Jordan 1923: 341) Der Verkehr ist zwanghaft, „nivelliert" und „korrigiert" – Jordan spricht im Hinblick darauf von einer „Diktatur des Verkehrs" (Jordan 1923: 344).

[45] Vgl. auch das von Louis Gauchat (1866–1942) begründete *Glossaire des patois de la Suisse romande* (1899). Die erste Nummer des Glossars wurde im Jahr 1924 veröffentlicht (vgl. Gauchat et al. 1924–1933).

[46] Vgl. Saussure (1972 [1916]: 21): „Au fond, tout est psychologique dans la langue […] et puisque la linguistique fournit à la psychologie sociale de si précieuses données, ne fait-elle pas corps avec elle ?"

„Warum werden Worte, Formen, syntaktische Formeln ungebräuchlich?“, fragt Jordan (Jordan 1923: 350). Die Sprachsoziologie berücksichtigt die Rolle sozialer Faktoren bei rein sprachlichen Veränderungen wie dem Verschwinden des *passé simple* und *imparfait du subjonctif* im Französischen aufgrund gesellschaftlicher Stigmatisierung (vgl. Jordan 1923: 350, 357 f.). Die Mode wird dabei als sozialer, konformistischer Nachahmungszwang aufgefasst („In allem Konventionellen entscheidet der Brauch, die Mode“, Jordan 1923: 358), aber gleichzeitig auch als ein Mittel, sich von anderen zu unterscheiden und sozial abzugrenzen: „Qui dit imitation, dit distinction; car imiter quelqu’un, c’est vouloir se distinguer des autres“; „L’imitation a son contrepoids, son pôle négatif dans la recherche de la distinction“ (Jordan 1929: 309). Diese sozialpsychologischen Ausführungen zum Thema der Nachahmung und Differenzierung erinnern, auch wenn Jordan nicht darauf verweist, an die *Lois de l’imitation* (1890) des Soziologen Gabriel Tarde (1843–1904), die im ersten Viertel des 20. Jahrhunderts zahlreiche sprach- und sozialkritische Überlegungen zum Phänomen der Mode anregten, wie bei Mauthner, der seinerseits auf die Theorie der Nachahmung von Tarde[47] verweist (Mauthner 1923/1: XXXI). Durkheim wandte gegen Tardes Theorie ein, dass die Berücksichtigung individueller Verhaltensweisen unzureichend sei, um den soziologischen Charakter von Tatsachen zu erfassen: „Sans doute, tout fait social est imité, il a […] une tendance à se généraliser, mais c’est parce qu’il est social, c’est-à-dire obligatoire. Sa puissance d’expansion est, non la cause, mais la conséquence de son caractère sociologique. […] un état individuel qui fait ricochet ne laisse pas pour cela d’être individuel.“ (Durkheim 1960 [1895]: 12) Mit der Betonung der Nachahmung als Faktor sozialen Wandels geht Jordan über die Durkheim’sche Abgrenzung zwischen Psychologie und Soziologie hinaus, um die Sozialpsychologie als eigenständige Soziologie anzuerkennen. Dies bestätigt

[47] Das Interesse der Soziologen am Phänomen der Nachahmung hätte laut Dauzat die Linguisten dazu veranlasst, sich eingehender mit dieser Frage zu beschäftigen. Auch wenn er die Analogie zwischen sprachlichen Tatsachen und anderen sozialen Tatsachen wie Mode oder Religion, wie sie etwa bei Paul de Reul zu finden ist, als oberflächlich kritisiert, sah es Dauzat dennoch als eine Tatsache an, dass die „moderne Soziologie“ einen nützlichen Beitrag zur Sprachwissenschaft geleistet hat, indem sie neben den phonetischen und psychischen Phänomenen eine „dritte Kategorie“, die der sozialen Phänomene, hervorgehoben hat (Dauzat 1948: 182–188). Für diese neue Richtung der Sprachwissenschaft verweist er auf die italienische Schule der Neolinguistik, die Gedanken von Schuchardt und Meyer-Lübke radikalisiert habe (Dauzat 1948: 189–192).

seine Bemerkung zu dem Streit zwischen Hermann Paul und Wilhelm Wundt über die Völkerpsychologie: „[…] alle Äußerungen dieses konventionellen, sozialen Charakters [sind] nicht mit psychologischen, sondern mit soziologischen Methoden zu messen […]. Volkspsychologie ist meiner Ansicht nach ein pseudo-psychologisches Gebiet; es ist Soziologie“ (Jordan 1923: 349);[48] sein „Fazit“ lautet daher: „Die Sprache hat in allen ihren Phasen soziale Zwecke; Psychologisches erschließt sie nur beim Individuum.“ (Jordan 1923: 360)

Da Zeit und Raum nicht ausreichen, um die „faits sociologiques de la langue“ zu erklären, müsste die Sprachsoziologie notwendigerweise auch „die Beobachtung verschiedener Umgebungen (l'observation des différents milieux)“ als „chrono-geographische Schnittpunkte (entre-croisements chrono-géographiques)“ einbeziehen, sowie auch die stilistischen Unterschiede (Jordan 1929: 307). Die Sprachsoziologie hat die Aufgabe, die Interaktionen und Wechselwirkungen zwischen unterschiedlichen und miteinander kommunizierenden Menschengruppen zu untersuchen.[49] Dabei geht es wie gesagt nicht mehr nur um geographische, sondern um soziale Differenzierung: „Nun ist die Sprache nicht nur geographisch geschichtet – sie ist auch sozial gestuft. Auch Gesellschaftsklassen entwickeln und hegen ihre eigene Diktion mit derselben puristischen Intoleranz wie Dorfmundarten.“ (Jordan 1923: 344) So wurden „Varianten von Mundart oder Schriftsprache“ nach verschiedenen sozialen und sogar beruflichen Gruppen entwickelt, die sowohl getrennt als auch verbunden sind: „Die kirchliche Organisation im Mittelalter, die politische in der Neuzeit und über diese hinaus der Weltverkehr verbindet die Menschen, stutzt ihre Sprache – und trennt sie gleichzeitig gruppenweise.“ (Jordan 1923: 344)

[48] Ein weiteres Indiz für die soziologische Interpretation der Völkerpsychologie in den 1920er und 1930er Jahren findet sich in der 1925 von Richard Thurnwald (1869–1954) gegründeten *Zeitschrift für Völkerpsychologie und Soziologie,* deren Titel ein Echo auf die *Zeitschrift für Völkerpsychologie und Sprachwissenschaft* von Steinthal und Lazarus ist. In den 1930er Jahren wurde der Terminus „Völkerpsychologie“ in der englischen Überschrift als „Social psychology“ übersetzt.

[49] Dieses Verständnis ähnelt Mauthners Interpretation des eigentlichen Gegenstandes einer „idealen Sprachforschung“ im Sinne von Hermann Paul, nämlich der Sprache als „sämtliche Äußerungen der Sprachtätigkeit an sämtlichen Individuen in ihrer Wechselwirkung aufeinander“ (Mauthner 1982 [1923], Bd. 2: 73).

Jordan bezieht sich auf die wortgeschichtlichen Studien aus der Zeitschrift *Wörter und Sachen* sowie auf die Arbeiten von Schuchardt und von Wilhelm Meyer-Lübke (1861–1936) über die Spezifika der „Berufssprachen", mit Beispielen aus der Hirtensprache, Fischersprache, Pfarrersprache, Juristensprache[50] usw. (Jordan 1923: 344 f.). „Juristen, Philosophen, Dichter haben eine besondere Art des Denkens, die eigene Ausdrücke, eigene Diktion fordert – die Philologen alten Stils sind in der Sprache gern um ein Jahrhundert zurück; besonders hübsch ist dies in Frankreich, wo man das Französisch alter Akademiker, von Lesern und Leserinnen des *Figaro* und ausländischen Lehrern als *Français de Professeur* bezeichnet." (Jordan 1923: 344). Auch das Argot als Geheimsprache, mit besonderer Aufmerksamkeit für den Kriegsjargon (Argot de guerre/War-Slang) im Kontext des Ersten Weltkriegs,[51] und die „Umgangssprache" (langue populaire) fingen an, von der Sprach- und Literaturwissenschaft berücksichtigt zu werden: „Aujourd'hui, la littérature s'enrichit des mots populaires évités jadis et tend à se démocratiser." (Jordan 1929: 325)

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Jordan mit seinem programmatischen Aufsatz von 1923 versucht, eine Soziologie der Sprache auf der Grundlage der modernen empirischen Sprachwissenschaften im Rahmen eines aufklärerischen Kampfs gegen die „irrationalen Bestrebungen" der konservativen Sprachtheorie seiner Zeit zu definieren, die u. a. von seinem Kollegen Karl Vossler in München vertreten wurde. Letzterer veröffentlichte im selben Band im Anschluss an Jordans Beitrag seinen provokativen Essay über „Die Grenzen der Sprachsoziologie", in welchem er die „Soziologie der Sprache" als eine scheinbare Neuigkeit,

[50] Für die Juristensprache verweist er auf eine in *Wörter und Sachen* veröffentlichte Studie von Leopold Wenger (vgl. Wenger 1909).

[51] In diesem Zusammenhang verweist er auf die Studie des „rührigen *Argot*-Forscher[s]" A. Dauzat, *L'Argot de la Guerre* (1918), und auf die vom Imperial War Museum veranstaltete Sammlung des *„War-Slang"* (Jordan 1923: 345 f.). Im Vorwort seines Buches über den Argot des Ersten Weltkriegs weist Dauzat darauf hin, dass die ersten Untersuchungen zu diesem Thema tatsächlich in der Schweiz durchgeführt wurden, und in Deutschland auf Initiative der Zeitung *Lustige Blätter* (Dauzat 1918: 1). Er weist auch auf das „große Interesse" hin, das der französische Militärslang in den USA und in Deutschland hervorgerufen hat, und bezieht sich auf eine Studie von W. Lüdecke, die 1916 erschienen ist (Dauzat 1918: 29).

als eine aus Frankreich importierte neue Mode[52] herabzuwürdigen versucht, die „schon lange geübt wurde", nämlich in den „Traktakten der Rhetoriker" (Vossler 1923: 379). Dabei werden Sprachsoziologie, Kulturgeschichte, Volkspsychologie, Komparatistik und Wortforschung als „allerlei Namen" dieser Soziologie der Sprache in denselben Topf geworfen.[53] Die „moderne Soziologie der Sprache" unterscheide sich von den alten Rhetoriken dadurch, dass sie „die Sprache als Werkzeug, Mittel, Medium und nicht als Selbstzweck betrachtet" (Vossler 1923: 378).[54]

Eine soziologische Sprachauffassung wie die von Jordan, die durch den „Verkehr", den vielfältigen Austausch zwischen Menschen und Menschengruppen über alle möglichen Grenzen hinweg, definiert ist, steht ebenso dem völkischen Diskurs diametral entgegen, in welchem die deutsche Sprache „in Abgrenzung zu reinen Verkehrssprachen" als „Sprache der Dichter und Denker" gefeiert wird (Maas 2016: 459).

---

[52] Vgl. die Beschimpfung gegen Raoul de la Grasserie (1838–1911), zunächst in einer Buchbesprechung in der *Deutsche[n] Literaturzeitung* (1911) und in seinem Aufsatz von 1923: „Im Grunde ist es nur der Terminus Soziologie, an dem manche Sprachforscher als an einem modernen Schlagwort sich heute noch stoßen, während andere hinwiederum, von dessen Klang berauscht, sich verführen lassen, eine Soziologie der Sprache uns als etwas völlig Neues anzupreisen, das erst noch zu entwerfen und zu gründen wäre. So zum Beispiel Raoul de la Grasserie mit seinem schrulligen Buche […] Neu an seinem Unternehmen ist eigentlich nur die Terminologie; denn schon den ehrwürdigen Traktaten der Rhetoriker war seine Unterscheidung der Stilarten und Sprachformen in hohe, niedere und mittlere durchaus geläufig." (Vossler 1923: 379) Eine positive Erwähnung der Studie von Raoul de la Grasserie findet sich hingegen bei Benjamin (Benjamin 1991 [1935]: 464). Über den eher psychologischen als soziologischen Ansatz im Umgang mit der Sprache in den Schriften von Raoul de la Grasserie, der nämlich den Terminus „Soziologie" nicht verwendet, vgl. Joly (2017: 584 f.) Die französische Bezeichnung findet sich jedoch im Titel des Buches von Raoul de la Grasserie, *Des parlers des différentes classes sociales. Etudes de psychologie et de sociologie linguistiques* (1909).

[53] „Es bedarf keiner weiteren Ausführungen, um eine allseitige Soziologie der Sprache, wie sie übrigens unter allerlei Namen, sei es als Sprachgeographie, Kulturgeschichte, Volkspsychologie, sei es als historische oder vergleichende Grammatik oder Wortforschung, tatsächlich schon lange geübt wird, besonders zu rechtfertigen. Ist doch Max Weber sogar in die letzten Zufluchtsstätten der Einzelseele, Musik und Religion, mit den Lichtstrahlen seiner Soziologie erfolgreich eingedrungen." (Vossler 1923: 379)

[54] Vgl. auch Vossler (1923: 378): „Durch die handelnde, praktische, umgängliche Art des Sprechens, die man Reden nennt, nicht durch sein Dichten und Forschen wird der Mensch zum geselligen Wesen. Die Soziologie der Sprache wird daher wesentlich mit dieser eloquenten Seite zu tun haben."

8 Von Wien nach Istanbul: Leo Spitzer als Sprachkritiker zwischen zwei Weltkriegen

Leo Spitzers wissenschaftliche Ausbildung und Sozialisation, sein persönlicher Werdegang und seine Forschungsfragen lassen ihn als zentralen Protagonisten einer Sprachsoziologie im Sinne einer soziologisch orientierten Sprachkritik in der Zwischenkriegszeit erscheinen. Nicht dass er die Bezeichnung „Sprachsoziologie“ benutzt oder für sich beansprucht hätte – allerdings veranlasste ihn der „anregende, sozusagen wissenschaftspolitische Artikel“ (Spitzer 1928b/1: 223) seines Kollegen Leo Jordan zu einigem Spott in einer Besprechung mit dem Titel „Romanisch *FACIT ‚er sagt‘ (Zur Bewertung des ‚Schöpferischen‘ in der Sprache)“. Spitzer wirft Jordan insbesondere den Intellektualismus seiner Offensive gegen die Romantik und seinen Positivismus vor, anerkennt aber gleichzeitig die Richtigkeit seiner Kritik am zeitgenössischen Irrationalismus:

> „Das Gefühl betrachtet Jordan bloß als Trübung unserer wissenschaftlichen Erkenntnis – er hat gewiß recht, wo er die Einschmuggelung der Nationalvorurteile auf der Hintertreppe der kulturgeschichtlichen Sprachbetrachtung geißelt, die Grillparzers Wort ‚von Humanität durch Nationalität zur Bestialität‘ auf linguistischem Gebiet besonders wahr zu machen droht –, aber, sollte das Gefühl nicht auch die beste Erkenntnisquelle für das Gefühlsmäßige an der Sprache sein?“ (Spitzer 1928b/1: 255 f.)

Nach einer Promotion zum Thema der *Wortbildung als stilistisches Mittel exemplifiziert an Rabelais* (Spitzer 1910), welche Dissertation er unter der Betreuung von Wilhelm Meyer-Lübke in Wien verfasste, wurde Spitzer 1913 mit einer von Émile Gilliéron betreuten sprachgeographischen Arbeit an der EPHE in Paris habilitiert. Ab 1912 stand er auch im Briefwechsel mit Schuchardt (Hurch 2006) – „le grand contradicteur et antipode de Meyer-Lübke“ (Spitzer 1938: 219) – und veröffentlichte anstelle einer Festschrift für Schuchardt eine Auswahl aus seinen Schriften unter dem Titel *Hugo-Schuchardt-Brevier* (1928). Zwischen 1912 und 1926 veröffentlichte Spitzer des Weiteren zahlreiche onomasiologische Untersuchungen in der Zeitschrift *Wörter und Sachen* (Müller und Schmieder 2016: 434). Kritisch gegenüber dem, was er als „reine“ oder „allzu positive“ Sprachwissenschaft bezeichnete, stützte Spitzer seine Auffassung der Sprachforschung auf das anthropologische Postulat, nach welchem „die menschliche Sprache“ dazu da sei, „das Menschliche auszudrücken“ – ein Postulat, das Spitzer mit einer ironischen Pointe gegen die Junggrammatiker als „das Gesetz der Sprachgesetze“ bezeichnete (Spitzer 1934: 267).

Die disziplinäre Abgrenzung der Gebiete der Sprachforschung war ein bevorzugtes Ziel seiner polemischen Verve, insbesondere die Trennung zwischen einer Sprachwissenschaft, die sich nur mit der „Kollektivsprache" befasst, und einer Literaturwissenschaft, die die Ergebnisse der wissenschaftlichen Sprachforschung nicht berücksichtigt (Spitzer 1928b/2: 2 f., 1935a: 316). Diese Kluft sollte nämlich die „Stilforschung" überbrücken, und zwar durch die Erforschung der Wechselwirkungen zwischen individuellen „Sprachstilen" und kulturellen „Stilsprachen", zwischen Sprachinnovation des Einzelnen und Nachahmung konventioneller bzw. stereotypischer Sprachelemente. In der Spannung zwischen der Möglichkeit der sprachlichen Innovation des individuellen Stils und der Notwendigkeit, auf die Sprache zurückzugreifen, wie sie sich in ihrem gesellschaftlichen Gebrauch durchsetzt, und nicht in den inneren Merkmalen irgendeiner poetischen Sprache oder Manifestation des Geistes, liegt der soziologische Knotenpunkt jeder Literatur.[55]

Spitzer betont dadurch die Rolle des Individuums[56] im kollektiven Sprachwandel, denn selbst der konformistischeste Sprecher, der sich bemüht, die soziale Norm der ererbten Sprache perfekt nachzuahmen, könne Abweichungen nicht vermeiden. Das Zwangselement der sozialen Fakten wird also durch die Tätigkeit des Einzelnen ausgeglichen, die sich durch kleine, wenn auch nur infinitesimale Abweichungen von der Gruppennorm auszeichnet. Die menschliche Nachahmung kann keine exakte Reduplikation sein. Dies führt dazu, dass Spitzer paradoxerweise jeden Sprechenden als einen „Konservativen" definiert, „der unwissentlich zum Revolutionär wird":

[55] Diese Problematik, die in Gustav Landauers Interpretation der Mauthnerschen Sprachkritik eine zentrale Rolle einnimmt, findet sich auch in Ballys Schriften: Es ist die „Tragödie des Dichters", der „ausdrücken will, was nicht zweimal gesagt wird" und dennoch, „um verstanden zu werden, sein Ideal an Wörter, d. h. an konventionelle, sozialisierte Zeichen anpassen" muss (Bally 1927: 229).

[56] Vgl. Spitzer (1928b/2: 517): „[A]lle Neuerung geht von schöpferischen Einzelnen aus, *nihil est in syntaxi quod non fuerit in stylo*. Syntax, ja Grammatik sind nichts als gefrorene Stilistik." Hier gibt es eine auffällige Parallele zu einem Gedanken, den Rudolf Meringer in einem Brief an Hugo Schuchardt (19.04.1905) äußerte: „Jede Neuerung in der Cultur geht von einzelnen Individuen aus u. wird vom Verkehre weitergetragen. Gleiche Sprache begünstigt den Verkehr, ungleiche hebt ihn aber noch nicht auf. Es entstehen von Einzelnen ausgehend Sprachwellen u. Sachwellen." (Hugo Schuchardt Archiv Universitätsbibliothek Graz, Sondersammlungen)

> „On innove par esprit de conservation. […]. Au fond, l'évolution des sens et des sons montre l'homme s'évertuant à rester le même et par là même échouant à sa tâche: un conservateur qui à son insu devient révolutionnaire." (Spitzer 1935b: 342)

Eine der Auswirkungen dieses Verständnisses von Stilistik ist ferner eine radikale Infragestellung der Hierarchie von literarischen und kulturellen Gegenständen der Forschung nach ihrer sozialen Zugehörigkeit. Dies erklärt das breite Spektrum von Spitzers stilistischen Studien, das von der Analyse der Selbstzensur in den Briefen italienischer Kriegsgefangener während des Ersten Weltkriegs[57] (Spitzer 1920, 1921) bis zur Untersuchung der suggestiven Wirkung von Werbung reicht. Gegen Karl Vossler betonte er z. B., dass „auch Mundart und Berufssprache […] in hohem Maße dichterisch sind" (Spitzer 1928b/1: 253).

Diese Auffassung, die der Konzeption des Stils als Wechselwirkung zwischen dem persönlichen Spielraum des Individuums und dem Konventionellen des Sprachgebrauchs zugrunde liegt, teilt mit Jordans Sprachsoziologie einen individualistischen Ansatz, relativiert jedoch den Zwangscharakter des Sprachverkehrs, um die Bedeutung individueller Abweichungen stärker zu betonen. Gegenstand der Stilforschung sind die Verflechtungen und Wechselwirkungen zwischen individueller Subjektivität und gesellschaftlich bedingtem, konventionellem Sprachgebrauch. Dadurch wird auch – anders als bei Ferdinand de Saussure (und Leo Weisgerber) – eine relative Macht des Sprechers gegenüber der „Tradition" oder der „Masse" bzw. der Gemeinschaft betont und somit die Möglichkeit der Innovation und einer sprachkritischen Emanzipation behauptet. Im Gegensatz dazu war bei Saussure die Sprache („la langue") als das definiert, was sich der Kontrolle der sprechenden Subjekte entzieht, die gezwungen sind, sich den Normen anzupassen, ohne die Macht zu haben, solche Normen in Frage zu stellen: Der Widerstand der kollektiven Trägheit gegen jede Innovation, so der *Cours de linguistique générale,* „reicht aus, um die Unmöglichkeit einer Revolution zu beweisen" (Saussure 1972 [1916]: 107).

[57] Spitzers Buch über die italienische Umgangssprache, welches Karl Vossler gewidmet ist, wurde von Valentin N. Volochinov in seinem Werk *Marxismus und Sprachphilosophie: Grundlegende Probleme der soziologischen Methode in der Sprachwissenschaft* (russ. Orig. 1929) als Beispiel für die Analyse der Formen des im Gespräch verwendeten Italienisch in Bezug auf die Bedingungen des Gebrauchs und „vor allem die soziale Situation des Gesprächspartners" zitiert. Der Autor wirft Spitzer jedoch vor, dass er aus diesen Analysen keine „kohärente soziologische Schlussfolgerung" gezogen habe und bezeichnet seine Methode als „psychologisch-deskriptiv" (Bakhtine 2014 [1929]: 135). Vgl. dazu auch Dauzat (1929: 29).

Ebenfalls von Bedeutung für die soziologische und sprachkritische Ausrichtung von Spitzers Sprachforschung ist die Verstrickung seiner Forschungsinteressen mit seiner Lebenserfahrung, vom Ersten Weltkrieg bis zur Emigration in der Zeit des Nationalsozialismus, 1933 nach Istanbul und 1936 nach Baltimore. Leo Spitzer war stets ein politisch engagierter Linguist, der sich nicht für eine sprachliche Ideologie, sondern gerade gegen Sprachvorurteile und gegen die politische Instrumentalisierung der Wissenschaft einsetzte.

Während des Ersten Weltkrieges hielt er in Wien populärwissenschaftliche Vorträge zum Thema Sprache und Politik. Daraus entstanden 1918 zwei polemische Broschüren, die von Schuchardt im *Literaturblatt für germanische und romanische Philologie* kritisch besprochen wurden.[58] Im *Anti-Chamberlain* (Spitzer 1918a) wurden die pseudo-linguistischen Thesen von Houston Stewart Chamberlain (1855–1927) mit Hinweis auf seine Verwechslung von „Sprache", „Volk" und „Rasse" widerlegt (Spitzer 1918a: 30) und die Absurdität des Versuchs der Sprachbewertung aufgezeigt. Sprachbewertung beruht auf einer ethnozentrischen Illusion: „Nur unser eigenes Sprachsystem und unsere eigenen Worte erscheinen uns logisch, berechtigt und schön – eine Illusion, die die Folge der Gewöhnung, also der Trägheit ist." (Spitzer 1918a: 68 f.)[59]

Spitzers Pamphlet gegen den Sprachpurismus hingegen, mit dem Titel *Fremdwörterhatz und Fremdvölkerhass* (Spitzer 1918b), richtet sich gegen eine „Sprachreinigung" im Sinne des Allgemeinen Deutschen Sprachvereins (ADSV) und folglich gegen Sprachwissenschaftler, die politische Eingriffe in die Sprache zum Zweck ihrer Verbesserung verteidigen, wie etwa Spitzers ehemalige Professorin an der Universität Wien, die Romanistin Elise Richter (1865–1943), der das Buch „in verehrungsvoller Gegnerschaft" gewidmet ist. Anhand zahlreicher Beispiele

[58] In seiner Rezension von *Fremdwörterhatz und Fremdvölkerhass* kritisiert Schuchardt als „Grundfehler" die vorausgesetzte Verbindung zwischen den im Titel genannten Haltungen (Schuchardt 1919: 1).

[59] Dazu verweist er auf Fritz Mauthner und eine seiner Anekdoten, die auch im Werk von Georg von der Gabelentz (1840–1893) und später Schuchardt zu finden sei (Spitzer 1918a: 68 f.). Vgl. Mauthner 1906: 79 f.: „Nun aber haben wir erfahren, daß die Muttersprache eines Volkes, die Gemeinsprache, nicht so entstanden ist, wie der einfache Landmann sich das vorstellt: ‚die Italiener sagen cavallo, wir aber sagen Pferd, und es ist auch ein Pferd'. Auch nicht so entstanden, wie die Poeten der Sprachwissenschaft es hundert Jahre lange geträumt haben, durch wurzelreine Abstammung von einer Ahnensprache. Daß die Weltanschauung, welche in der Volkssprache niedergelegt ist, zusammengerafft und zusammengeborgt worden ist von allen Erdenvölkern, die im Laufe der Jahrtausende an dem gearbeitet haben, was jede Gegenwart für den Gipfel der Kultur hielt, was auch unsere Gegenwart Kultur nennt."

aus der *Zeitschrift des allgemeinen Deutschen Sprachvereins* wurde die „wissenschaftlich orientierte Sprachreinigung“ als Ausdruck einer „Weltanschauung“ mit politischen Implikationen gekennzeichnet (Spitzer 1918b: 49–65).

Anders als eine Sprachkritik im Sinne einer „Besinnung auf die Muttersprache“ oder einer „Sprachtherapie“ sei die Sprachreinigung im Sinne des ADSVs ein Produkt der „Bundesgenossenschaft von Chauvinismus und Philologie“. Der Fremdwortpurismus sei wie auch der „Kriegspurismus“[60] ein Beispiel „für wissenschaftliche Legitimierung eines volkstümlichen Instinkts“ (Spitzer 1918b: 7). Spitzer bezeichnet das Verpönen von Fremdworten („Friseur“), während das Lehnwort („Uhr“) geduldet werde, als eine Inkonsequenz des linguistischen Nationalismus.

Dies illustriert eine Anekdote, die Leo Jordan im expliziten Zusammenhang mit dem Ersten Weltkrieg in seinem Beitrag „Sprache und Gesellschaft“ erzählt:

> „Während des Krieges bekannte mir ein Freund, er würde nur noch von ‚Frauenzimmern‘, nie mehr von ‚Damen‘ sprechen, so wie es sein philologisch geschulter ‚Onkel‘ lehre. Als ich ihn darauf hinwies, dass auch ‚Onkel‘ ein Fremdwort sei – sagte er nur noch ‚Oheim‘, ‚Muhme‘, ‚Base‘ – und wurde ob dieser ungebräuchlich gewordenen Worte oft ausgelacht.“ (Jordan 1923: 347)

Spitzers kritisiert eine „zentralistische Sprachpolitik – vom Sprachzentrum Berlin aus“ (Spitzer 1918b: 10), und seine Broschüre gibt zahlreiche Beispiele des Fremdwortpurismus an, die alle gleichermaßen durch Lachen sozial sanktioniert werden können. „Die offizielle Sprachzentrale kann den Gebrauch des Ersatzwortes auch anbefehlen (durch Reklame, Schule, Verordnung) – ob aber die Sprecher sich bei dem Ersatzwort wohl befinden, liegt außerhalb ihrer Macht.“ (Spitzer 1918b: 20) Neben dem lächerlichen Beispiel des Wortes „Fahrpreisanzeigerdroschke“ als Ersatzwort für „Taxi“ weist Spitzer auf andere Wortschöpfungen hin, wie z. B. die Ausdrücke „Haarkünstler“, „Haarpfleger“, „Haarschneider“ (Spitzer 1918b: 10 f.), die mittlerweile mit neuen Konnotationen in den Sprachgebrauch eingegangen sind oder gar erfolgreich vermarktet wurden.

[60] Zum Fremdwortpurismus im Ersten Weltkrieg, mit erotisierender Interpretation der Leidenschaftlichkeit, die von diesem Thema ausgelöst werden kann, vgl. Adorno (1961 [1959]: 112): „Die Fremdwörter bildeten winzige Zellen des Widerstands gegen den Nationalismus im Ersten Krieg. […] Der frühe Drang zu den Wörtern aus der Fremde ähnelt dem zu ausländischen, womöglich exotischen Mädchen; es lockt eine Art Exogamie der Sprache, die aus dem Umkreis des Immergleichen, dem Bann dessen, was man ohnehin ist und kennt, heraus möchte. Fremdwörter ließen damals erröten wie die Nennung eines verschwiegen geliebten Namens.“

Spitzers Argumente übernehmen Schuchardts Auffassung der Sprachmischung: „Überhaupt ist Sprachmischung nicht gleich Degeneration, und es gibt sogar Sprachforscher, die die Sprachmischung als das einzig treibende, sprachverändernde, also fortschrittliche Element in den Sprachen betrachten." (Spitzer 1918a: 29) Zu diesem Thema verweist er auf Fritz Mauthner, der „uns vor allem sehen gelehrt [hat], wie eine ‚gemeinsame Seelensituation' alle europäischen Kulturen und Kultursprachen verbindet und keine Einzelsprache aufstehen kann, die da von sich sagen könnte: ‚Ich bin ich'. Jede ist der anderen verschuldet und Panurges Grundsatz vom allgemeinen Borgen und Leihen scheint auch das Prinzip in der Sprachwelt zu sein." (Spitzer 1918b: 34 f.) Um die Internationalität der Wissenschaft zu gewährleisten, aber auch für eine „scharfe Umgrenzung der wissenschaftlichen Begriffe" sei die Verwendung von Fremdwörtern insbesondere im Falle der Fachsprachen zu verteidigen (Spitzer 1918b: 23).

Weniger bekannt sind hingegen jene Studien Spitzers, die sich mit soziologischen oder sprachpolitischen Fragen der 1930er Jahren befassen, und die er insbesondere als Mitarbeiter an der 1933 von Albert Dauzat (1877–1955) begründeten Zeitschrift *Le Français moderne* während der Zeit seines Aufenthalts in der Türkei verfasst hat.[61] In dieser Zeitschrift publizierte Spitzer zahlreiche Aufsätze mit pädagogischen, soziologischen und politischen Ansichten,[62] darunter einen Aufsatz über die verschiedenen Varietäten des Französischen in Istanbul (Spitzer 1936b)[63] und den Unterricht des Französischen als Fremdsprache in der Türkei, wobei die Kultur- und Wissenschaftsdiplomatie Frankreichs von ihm als Apostolat angeprangert wird (Roure 2022: 145). Spitzer protestierte in dieser Zeitschrift auch aus linguistischer Sicht und mit einer beißenden Ironie gegen die herablassende Missachtung, die einige seiner französischen Kollegen der Namensänderung von Konstantinopel zu Istanbul entgegenbrachten: Fremde Namen sollen nicht erstarren, da sie „ein Spiegelbild der ewig wandernden Geschichte sind" (Spitzer 1937: 327). Anderer-

[61] Spitzer begründete 1933 das Romanische Seminar an der Universität Istanbul, wo er zwischen 1933 und 1936 als Professor wirkte und seine Forschung weitertreiben konnte, allerdings mit einer verstärkten sprachsoziologischen und wissenschaftspolitischen Komponente.

[62] Dabei werden kritische Anspielungen auf den Nationalsozialismus und dessen Einführung in die Wissenschaft der Sprache im Sinne der politischen Propaganda nicht ausgespart (Spitzer 1936a: 48).

[63] Auch zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang die Studie von Spitzers Studenten Michel Rottenberg, die unter dem Titel „L'argot franco-turc du lycée Galatasaray" (1937), und ebenso in *Le Français moderne*, erschien.

seits dokumentiert er die türkische Sprachreform kritisch als puristische Bestrebung, das Türkische von Lehnwörtern zu bereinigen (vgl. Roure 2020: 185). Im Zusammenhang mit der Frankophonie und der türkischen Sprachreform erweiterte er die Kritik der Sprachbewertung und des Sprachpurismus, nicht zuletzt die schon im Anti-Chamberlain formulierte These, dass die Macht und die Verbreitung einer Sprache keineswegs bedeuten, sie sei „besser“ oder „leichter zu erlernen“ als andere.[64]

9 Schluss

Joshua Fishman erwähnt, um die Verspätung der „wissenschaftlichen Anerkennung“ der Soziologie der Sprache „in den deutschsprachigen Gebieten“ nach dem Zweiten Weltkrieg zu erklären, obwohl diese Disziplin „eine besondere deutsche Vorliebe während der ersten drei Jahrzehnte“ des 20. Jahrhunderts gewesen sei, die Aneignung der Sprachsoziologie durch die pan-germanistische und nationalsozialistische Ideologie (Fishman 1971: 34 f.). Diese Aneignung bestand auch in der historiographischen Tendenz, sprachkritische und soziologisch geprägte Entwicklungen der Sprachforschung unsichtbar zu machen.

In diesem Beitrag habe ich verschiedene Konzeptionen des Zusammenhangs zwischen Sprache und Gesellschaft in der Zwischenkriegszeitnachgezeichnet und versucht, sie ideengeschichtlich zu kontextualisieren und miteinander zu vergleichen, um die Sprachsoziologie nicht nur als interdisziplinäres „Grenzgebiet“, sondern als Schnittstelle verschiedener Ansätze zu beschreiben. Die scheinbar

[64]Vgl. Spitzer (1918a: 29 f.): „Schuchardt hat schon darauf hingewiesen: eine so schwer erlernbare Sprache wie das Arabische hat die Weltherrschaft erringen können.“ In seinem Artikel über das Französische in der Türkei betont Spitzer den Zusammenhang zwischen dem trügerischen Gefühl, dass eine Sprache leichter zu erlernen ist als andere, und ihrem Status als globale Verkehrssprache oder „lingua franca“, wie etwa „das Französisch von Péra“, das allerdings von Spitzer hart beurteilt wird und den Puristen in ihm weckt: „das im europäischen Viertel von Istanbul gebräuchliche Französisch, barbarisches Französisch, wenn überhaupt, freches Kauderwelsch mit exotischen Modulationen und balkanischer Syntax, eine wahre ‚lingua franca‘, die von Türken, Griechen, Armeniern, Juden und Russen gesprochen wird, welche nie die Luft Frankreichs geatmet haben, eine Sprache des Handels ohne Poesie, ‚lingua del pane‘, nicht ‚del cuore‘ […] Nirgendwo wie hier habe ich gespürt, wie wenig eine Sprache von dem Boden, der sie hervorgebracht hat, getrennt werden kann, und wie sehr jede ‚Volapukisierung‘ einer Sprache ihren poetischen Duft zerstört.“ (Spitzer 1936b: 227) Dies erkläre seiner Meinung nach, warum Französisch in den 1930er Jahren in Istanbul als eine leichtere Sprache als Englisch angesehen werden konnte (Spitzer 1936b: 234).

einstimmige Anerkennung der sozialen Dimension von Sprache seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts deckte tatsächlich ganz unterschiedliche Inhalte ab, die sich *a minima* nach wissenschaftspolitischen Strategien einordnen lassen. Zwei Orientierungen, die in sich nicht homogen sind, schienen aufeinanderzuprallen. Zum einen wurde aus einem sprach- und kulturphilosophischen bzw. mythologischen Ansatz ein Begriff der Sprachsoziologie herbei theoretisiert, der ideologisch zu einer kulturnationalen Sprachauffassung – von der Muttersprache als bildender Kraft der Gemeinschaft – und praktisch zu einer konservativen Sprachkritik im Sinne einer Verteidigung der „Reinheit" der Muttersprache führt. Ausgehend von einer kritischen Auseinandersetzung mit Weisgerbers partialer und national orientierter Wissenschaftsgeschichtsschreibung habe ich eine andere Traditionslinie der Sprachsoziologie rekonstruiert, die aus einem sprachwissenschaftlichen und sprachkritischen Ansatz entworfen wurde und analytisch vorgeht: von der Beobachtung individueller Sprachgebräuche hin zu einem Verständnis der Sprachgemeinschaft als einer gemischten und offenen Gesamtheit von Interaktionen. Im Anschluss an diese Tradition einer soziologisch bzw. sozialpsychologisch orientierten Sprachkritik kann das Nachdenken über die kollektive Konstituierung von Sinn „wieder an Wilhelm von Humboldts Sprachtheorie anknüpfen, allerdings nach Überwindung der Weisgerberschen Einengung des Sprachrelativismus und -determinismus auf einen vagen kulturnationalen ‚Sprachgemeinschafts'-Begriff" (Polenz 1998: 45).

Fritz Mauthners Sprachkritik verdient es, in dieser Perspektive neu gelesen zu werden, wie der Sprachwissenschaftler und Germanist Peter von Polenz (1928–2011) zu Recht betont hat: Mauthners Sprachkritik „fällt aus dem Rahmen der konservativen Tradition deutscher Sprachkritik heraus" und ist „radikal aufklärerisch und sprachsoziologisch, z. T. sogar schon sprachpragmatisch orientiert"; sie „nimmt entschieden Stellung gegen das Gerede von der homogenen ‚Sprachgemeinschaft', von der ‚Muttersprache' und von der einer ‚Bedeutung' der Wörter. Sprache sei nichts weiter als ein Handeln der Sprecher in Gruppen und in Situationen" (Polenz 1982: 80 f.).

Literatur

Adorno, Theodor W. (1961 [1959]): „Wörter aus der Fremde", in: Ders., Noten zur Literatur II, Frankfurt/M.: Suhrkamp Verlag, S. 110–130.

Ammann, Hermann (1925): Die menschliche Rede. Sprachphilosophische Untersuchungen. I. Teil: Die Idee der Sprache und das Wesen der Wortbedeutung, Lahr: Verlag v. Moritz Schauenberg.

Ammon, Ulrich/Norbert Dittmar/Klaus Mattheier/Peter Trudgill (2004): „Vorwort“, in: Dies. (Hg.), Soziolinguistik. Ein internationales Handbuch zur Wissenschaft von Sprache und Gesellschaft, 1. Teilbd., 2. Aufl., Berlin/New York: De Gruyter, S. XVIII–XXXII.

Auer, Peter (2015): „Die Geschichte der germanistischen Soziolinguistik in Deutschland: eine Skizze“, in: Ludwig Eichinger (Hg.), Sprachwissenschaft im Fokus: Positionsbestimmungen und Perspektiven, Berlin/München/Boston: De Gruyter, S. 379–405.

Bakhtine, Mikhail [Volochinov, V. N.] (2014 [1929]): *Le marxisme et la philosophie du langage. Essai d'application de la méthode sociologique en linguisitique*, übers. v. Marina Yaguello, Paris: Les éditions de Minuit.

Bally, Charles (1927): „La contrainte sociale dans le langage“, in: Revue internationale de sociologie 35, S. 209–229.

Benjamin, Walter (1980 [1931]): „Karl Kraus“, in: Ders., Illuminationen. Ausgewählte Schriften. Frankfurt/M.: Suhrkamp Verlag, S. 353–384.

Benjamin, Walter (1991 [1935]): „Probleme der Sprachsoziologie. Ein Sammelreferat“, in: Ders. (1991), Gesammelte Schriften III, hg. v. Hella Tielmann-Bartels, Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 452–480.

Berthele, Raphael (2004): „Dialektsoziologie – Soziolinguistische Aspekte der Dialektologie/Dialect Sociology“, in: Ulrich Ammon/Norbert Dittmar/Klaus Mattheier/Peter Trudgill (Hg.), Soziolinguistik. Ein internationales Handbuch zur Wissenschaft von Sprache und Gesellschaft, Berlin/New York: De Gruyter, S. 721–738.

Bluhm, Claudia/Dirk Deissler/Joachim Scharloth/Anja Stukenbrock (Hg.) (2000): „Linguistische Diskursanalyse: Überblick, Probleme, Perspektiven“, in: Sprache und Literatur 31, S. 3–19.

Borst, Arno (1995 [1957–1963]): Der Turmbau von Babel. Geschichte der Meinungen über Ursprung und Vielfalt der Sprachen und Völker, Bd. III/2, München: Deutscher Taschenbuch Verlag.

Bréal, Michel (2005 [1897]): Essai de sémantique, Limoges: Lambert-Lucas.

Chriss, Jean-Louis (1985): „La stylistique de Charles Bally: de la notion de ‘sujet parlant’ à la théorie de renonciation“, in: Langage 19 (77), S. 85–94.

Dauzat, Albert (1918): L'argot de la guerre, Paris: Armand Colin.

Dauzat, Albert (1929): Les argots. Caractères – Évolutions, Paris: Delagrave.

Dauzat, Albert (1948): La philosophie du langage, Nouvelle édition revue et corrigée, Paris: Flammarion.

Dittmar, Norbert (2004): „Forschungsgeschichte der Soziolinguistik (seit Verwendung dieses Ausdrucks)“, in: Ulrich Ammon/Norbert Dittmar/Klaus Mattheier/Peter Trudgill (Hg.), Soziolinguistik. Ein internationales Handbuch zur Wissenschaft von Sprache und Gesellschaft, Berlin/New York: De Gruyter, S. 698–720.

Durkheim, Émile (1960 [1895]): Les règles de la méthode sociologique, Paris: PUF.

Feuerhahn, Wolf/Pascale Rabault-Feuerhahn (2010): „Heidelberg um 1900: eine Hochburg des Idealismus? Max Weber und Karl Vossler“, in: Kay Waechter (Hg.), Grenzüberschreitende Diskurse. Festgabe für Hubert Treiber, Wiesbaden: Harrassowitz Verlag, S. 279–298.

Fishman, Joshua A. (1971): „Die Soziologie der Sprache auf dem 7. Weltkongress für Soziologie“, in: Rolf Kjolseth/Fritz Sack (Hg.), Zur Soziologie der Sprache. Ausgewählte Beiträge vom 7. Weltkongreß der Soziologie, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 33–35.

Forel, Claire (2008): La linguistique sociologique de Charles Bally, Étude des inédits, Genève: Droz. (vgl. die Rezension von Christian Puech, in: Cahiers Ferdinand de Saussure, No. 62 (2009), S. 325–330).
Freyer, Hans (1923): Theorie des objektiven Geistes, Leipzig/Berlin: Teubner.
Freyer, Hans (1956): „Vom Ursprung der griechischen Philosophie“, Ankara: TTK Basımevi.
Gauchat, Louis/Jules Jeanjaquet/Ernest Tappolet (1924–1933): Glossaire des patois de la Suisse romande, Bd. 1: a – arranger, Neuchâtel/Paris: Victor Attinger.
Gerig, Walther (1913): „Die Terminologie der Hanf- und Flachskultur in den franko-provenzalischen Mundarten, mit Ausblicken auf die umgebenden Sprachgebiete“, in: Wörter und Sachen, Beiheft 1. (vgl. die Rezension von Leo Spitzer, in: Zeitschrift für romanische Philologie, XXXVIIL 24).
Goebl, Hans (2004): „Vorsoziolinguistische Entwicklungen in der Erforschung von Sprache und Gesellschaft“, in: Ulrich Ammon/Norbert Dittmar/Klaus Mattheier/Peter Trudgill (Hg.), Soziolinguistik. Ein internationales Handbuch zur Wissenschaft von Sprache und Gesellschaft, Berlin/New York: De Gruyter, S. 684–697.
Heller, Dorothee (1998): Wörter und Sachen: Grundlagen einer Historiographie der Fachsprachenforschung, Tübingen: Gunter Narr Verlag.
Hildebrandt, Reiner (1998): „Der Beitrag der Sprachgeographie zur Sprachgeschichtsforschung“, in: Werner Besch/Anne Betten/Oskar Reichmann/Stefan Sonderegger (Hg.), Sprachgeschichte. Ein Handbuch zur Geschichte der deutschen Sprache und ihrer Erforschung, 2. Aufl., Teilbd. 1, Berlin/New York: De Gruyter, S. 495–519.
Horkheimer, Max (1989 [1954]): „Karl Kraus und die Sprachsoziologie“, in: Gesammelte Schriften Bd. 13, Nachgelassene Schriften 1949–1972, Frankfurt am Main: Fischer, S. 19–24.
Horn, Paul (1899): Die deutsche Soldatensprache, Gießen: Rickersche Verlagsbuchhandlung.
Hurch, Bernhard (Hg.) (2006): Leo Spitzers Briefe an Hugo Schuchardt, Berlin/New York: De Gruyter.
Hurch, Bernhard (2009): „Von der Peripherie ins Zentrum: Hugo Schuchardt und die Neuerungen der Sprachwissenschaft“, in: Karl Acham (Hg.), Kunst und Wissenschaft aus Graz. Werk und Wirken überregional bedeutsamer Künstler und Gelehrter: vom 15. Jahrhundert bis zur Jahrtausendwende, Bd. 2.1, Wien: Böhlau, S. 493–510.
Hutton, Christopher (2001): *Linguistics and the Third Reich. Mother-tongue fascism, race and the science of language*, London/New York: Routledge.
Jespersen, Otto (1925): Die Sprache, ihre Natur, Entwicklung und Entstehung, Heidelberg: Winter.
Joly, Marc (2017): La révolution sociologique. De la naissance d’un régime de pensée scientifique à la crise de la philosophie (XIX^{e}-XX^{e} siècle), Paris: La Découverte.
Jordan, Leo (1923): „Sprache und Gesellschaft“, in: Melchior Palyi (Hg.), Hauptprobleme der Soziologie, Bd. 1, München/Leipzig: Duncker & Humblot, S. 337–360.
Jordan, Leo (1929): „Essai de sociologie linguistique“, in: The Romanic Review XX (4), S. 305–325.
Kluge, Friedrich (1895): Deutsche Studentensprache, Straßburg: Trübner.
Knoblauch, Hubert (2003): „Das Ende der linguistischen Wende. Von der Sprachsoziologie zur Wissenssoziologie“, in: Barbara Orth/Thomas Schwietring/Johannes Weiß (Hg.),

Soziologische Forschung: Stand und Perspektiven. Ein Handbuch, Opladen: Leske + Budrich, S. 581–593.
Knoop, Ulrich/Wolfgang Putschke/Herbert Ernst Wiegand (1982): „Die Marburger Schule: Entstehung und frühe Entwicklung der Dialektgeographie“, in: Dies. (Hg.), Dialektologie. Ein Handbuch zur deutschen und allgemeinen Dialektforschung, 1. Halbbd., Berlin/New York, S. 38–91.
König, René (2013): Emile Durkheim. Zur Bestimmung der französischen Soziologie in Deutschland, hg. v. Clemens Albrecht, Wiesbaden: Springer.
Landauer, Gustav (1923): Skepsis und Mystik. Versuche im Anschluss an Mauthners Sprachkritik, Köln: Marcan-Block-Verlag.
Löffler, Heinrich (2020): „Sprache und Gesellschaft in der Geschichte der vorstrukturalistischen Sprachwissenschaft“, in: Ulrich Ammon/Norbert Dittmar/Klaus Mattheier/Peter Trudgill (Hg.), Sociolinguistics/Soziolinguistik, Bd. 1, Berlin/Boston: De Gruyter Mouton, S. 379–389.
Maas, Utz (2016): Sprachforschung in der Zeit des Nationalsozialismus. Verfolgung, Vertreibung, Politisierung und die inhaltliche Neuausrichtung der Sprachwissenschaft, Berlin/Boston: De Gruyter.
Mauthner, Fritz (1906): Die Sprache, Frankfurt/M.: Rütten & Loening.
Mauthner, Fritz (1920): Muttersprache und Vaterland, Leipzig: Dürr & Weber.
Mauthner, Fritz (1923): Wörterbuch der Philosophie. Neue Beiträge zu einer Kritik der Sprache, 3 Bde., Leipzig: Felix Meiner.
Mauthner, Fritz (1982 [1923]): Beiträge zu einer Kritik der Sprache (3 Bde., 1. Aufl. 1901–1902, 2. überarb. Aufl. 1906–1913, 3. Auflage 1923), Frankfurt/M./Berlin/Wien: Ullstein Materialen.
Meillet, Antoine (1906): „Comment les mots changent de sens“, in: L’année sociologique 1905–1906, S. 1–38.
Meillet, Antoine (1921): Linguistique historique et linguistique générale, Paris: Champion.
Meillet, Antoine (1924): Les Langues du monde, Paris: Champion.
Meillet, Antoine (1928): Les Langues dans l’Europe nouvelle, Paris: Payot.
Meillet, Antoine (1964 [1932]): „Préface“, in: Oscar Bloch/W. von Wartburg, Dictionnaire étymologique de la langue française, Paris: PUF.
Meringer, Rudolf (1912): „Zur Aufgabe und zum Namen unserer Zeitschrift“, in: Wörter und Sachen 3, S. 22–56.
Moret, Sébastien (2011): „Antoine Meillet et le futur des empires après la Première guerre mondiale“, in: Langages 182: Théories du langage et politique des linguistes, S. 11–24.
Müller, Ernst/Schmieder, Falko (2016): Begriffsgeschichte und historische Semantik. Ein kritisches Kompendium, Berlin: Suhrkamp.
Paul, Hermann (1920 [1880]): Prinzipien der Sprachgeschichte, Halle: Max Niemeyer.
Polenz, Peter von (1982): „Sprachkritik und Sprachnormenkritik“, in: Hans Jürgen Heringer (Hg.), Holzfeuer im hölzernen Ofen. Aufsätze zur politischen Sprachkritik, Tübingen: Gunter Narr Verlag, S. 70–93.
Polenz, Peter von (1998): „Deutsche Sprache und Gesellschaft in historischer Sicht“, in: Werner Besch/Anne Betten/Oskar Reichmann/Stefan Sonderegger (Hg.), Sprachgeschichte. Ein Handbuch, 1. Teilbd., Berlin/New York: De Gruyter, S. 41–54.
Puech, Christian/Anne Radzynski (1988): „Fait social et fait linguistique: A. Meillet et F. de Saussure“, in: Histoire Épistémologie Langage 10 (2): Antoine Meillet et la linguistique de son temps, S. 75–84.

Putschke, Wolfgang (1984): Die Arbeiten der Junggrammatiker und ihr Beitrag zur Sprachgeschichtsforschung, in: Werner Besch/Anne Betten/Oskar Reichmann/Stefan Sonderegger (Hg.), Sprachgeschichte, Berlin/New York: De Gruyter, S. 474–494.
R., M. [Mario Roques (?)] (1933): „PÉRIODIQUES“, in: Romania, 59 (235), 468–476.
Reinecke, John E. (1938): „Trade Jargons and Creole Dialects as Marginal Languages“, in: Social Forces 17 (1), S. 107–118.
Römer, Ruth (1985): Sprachwissenschaft und Rassenideologie in Deutschland, München: Wilhelm Fink Verlag.
Roure, Pascale (2013): „Begriffskritik und Wortgeschichte. Fritz Mauthners Rezeption der historischen Semantik“, in: Gerald Hartung (Hg.), An den Grenzen der Sprachkritik. Fritz Mauthners Beiträge zur Sprach- und Kulturtheorie, Würzburg: Verlag Königshausen & Neumann, S. 163–188.
Roure, Pascale (2020): „Auf der harten Schulbank der Sprache. Leo Spitzers Bemerkungen über das Erlernen des Türkischen“, in: Andreas Keller/Stefan Willer (Hg.), Selbstübersetzung als Wissenstransfer, Berlin: Kulturverlag Kadmos, S. 171–190.
Roure, Pascale (2022): „Between French Culture and German Geist - The Transnational Constitutions of Turkish Academic Philosophy“, in: Deniz Kuru/Hazal Papuççular (Hg.), *The Turkish Connection: Global Intellectual Histories of the Late Ottoman and Republican Turkey*, De Gruyter, S. 137–172.
Rousseau, Jean-Jacques (1970 [1781]): Essai sur l’origine des langues où il est parlé de la mélodie et de l’imitation musicale, Paris: A. G. Nizet.
Saussure, Ferdinand de (1972 [1916]): Cours de linguistique générale, hg. v. Tullio de Mauro, Paris: Payot.
Schleicher, August (1863): Die Darwinsche Theorie und die Sprachwissenschaft: Offenes Sendschreiben an Herrn Dr. Ernst Haeckel, Weimar: Böhlau.
Schleicher, August (1865): Ueber die Bedeutung der Sprache für die Naturgeschichte des Menschen, Weimar: Böhlau.
Schmidt-Rohr, Georg (1932): Die Sprache als Bildnerin der Völker. Eine Wesens- und Lebenskunde der Völker, Jena: E. Diederichs.
Schrepfer, Hans (1935): „[Rez.] Raumüberwindende Mächte: M. Hesch, R. W. Graf v. Keyserlingk, O. Maull, E. Oberhummer, E. Obst, K. Sapper, G. Schmidt-Rohr, K. Wiedenfeld, W. Wüst und Karl Haushofer“, in: Weltwirtschaftliches Archiv 41, S. 228–232.
Schuchardt, Hugo (1885): Über die Lautgesetze. Gegen die Junggrammatiker, Berlin: Verlag von Robert Oppenheim.
Schuchardt, Hugo (1900a): Über die Klassifikation der romanischen Mundarten. Probevorlesung gehalten zu Leipzig am 30. April 1870, Graz: Styria.
Schuchardt, Hugo (1900b): „Zur Methodik der Wortgeschichte“, in: Zeitschrift für romanische Philologie, 24, S. 569–571.
Schuchardt, Hugo (1903): „Zur Methodik der Wortgeschichte“, in: Zeitschrift für romanische Philologie, 27, S. 609–615.
Schuchardt, Hugo (1904): „Zur Methodik der Wortgeschichte“, in: Zeitschrift für romanische Philologie, 28, S. 316–325.
Schuchardt, Hugo (1912): „Sachen und Wörter“, in: Anthropos. Internationale Zeitschrift für Völker- und Sprachkunde (7), S. 827–839.

Schuchardt, Hugo (1917): „[Rez] Ferdinand de Saussure, Cours de linguistique générale, publié par Ch. Bailly et Alb. Sechehaye, avec la collaboration de Alb. Riedlinger. Libr. Payot & Cie, Lausanne 1916. 336 S. 6 Fr.“, in: Literaturblatt für Germanische und Romanische Philologie 38 (1–2), Sp. 1–10.

Schuchardt, Hugo (1919): „[Rez.] Leo Spitzer, „Fremdwörterhatz und Fremdvölkerhass. Eine Streitschrift gegen die Sprachreinigung, Wien, Manzsche Hof-, Verlags- und Universitäts-Buch[h]andlung. 1918“, in: Sonderabdruck aus dem Literaturblatt für germanische und romanische Philologie (Sp. 5–20), S. 1–8.

Schuchardt, Hugo (1925): Der Individualismus in der Sprachforschung, Wien/Leipzig: Hölder-Pichler-Tempsky (=Akademie der Wissenschaften in Wien, Sitzungsberichte Bd. 204, 2. Abhandlung).

Schultze, Ernst (1933): „Sklaven- und Dienersprachen (sogen. Handelssprachen), ein Beitrag zur Sprach- und Wanderungssoziologie“, in: Sociologus 9, S. 377–418.

Simon, Gerd (2011): „Die sprachsoziologische Abteilung der SS“, in: Wilfried Kürschner/Rüdiger Vogt/Sabine Siebert-Nemann (Hg.), Sprachtheorie, Pragmatik, Interdisziplinäres: Akten des 19. Linguistischen Kolloquiums (Vechta 1984), Bd. 2, Berlin/New York: Max Niemeyer, S. 375–396.

Spitzer, Leo (1910): Die Wortbildung als stilistisches Mittel, exemplifiziert an Rabelais (Beiheft der Zeitschrift für romanische Philologie), Halle a.S.: Niemeyer.

Spitzer, Leo (1918a): Anti-Chamberlain. Betrachtungen eines Linguisten über Houston Stewart Chamberlains „Kriegsaufsätze“ und die Sprachbewertung im Allgemeinen, Leipzig: O. R. Reisland.

Spitzer, Leo (1918b): Fremdwörterhatz und Fremdvölkerhaß. Eine Streitschrift gegen die Sprachreinigung, Wien: Manzsche Hof-, Verlags- und Universitäts-Buch[h]andlung.

Spitzer, Leo (1919): „Rez. Zu Fritz Mauthner, Beiträge zu einer Kritik der Sprache, 2. Aufl., I. Zur Sprache und zur Psychologie (1906), II. Zur Sprachwissenschaft (1912), III. Zur Grammatik und Logik (1913), Stuttgart: Cotta“, in: Literaturblatt für germanische und romanische Philologie 40 (7–8), Sp. 201–212.

Spitzer, Leo (1920): Die Umschreibungen des Begriffes „Hunger“ im Italienischen, Stilistisch-onomasiologische Studie auf Grund von unveröffentlichem Zensurmaterial. Beihefte zur Zeitschrift für romanische Philologie, Halle a.S.: Niemeyer.

Spitzer, Leo (1921): Italienische Kriegsgefangenenbriefe. Materialien zu einer Charakteristik der volkstümlichen italienischen Korrespondenz. Bonn: Peter Hanstein Verlag.

Spitzer, Leo (Hg.) (1928a): Hugo Schuchardt-Brevier. Ein Vademekum der allgemeinen Sprachwissenschaft, 2. Aufl., Halle a.S.: Niemeyer.

Spitzer, Leo (1928b): Stilstudien, 2 Bde., München: Max Hueber.

Spitzer, Leo (1934): „Études lexicologiques. La vie du mot ‘nazi’ en français“, in: Le Français moderne, Jg. 2, Nr. 3, S. 263–268.

Spitzer, Leo (1935a): „Explication linguistique et littéraire de deux textes français (I)“, in: Le Français moderne, Jg. 3, Nr. 4, S. 316–323.

Spitzer, Leo (1935b): „[Rez.] Vom Wesen des Lautwandels. By Kasper Rogger“, in: Modern Language Notes 5 (50), S. 341f.

Spitzer, Leo (1936a): „Explication linguistique et littéraire de deux textes français (II. Ronsard)“, in: Le Français moderne, Jg. 4, Nr. 1, S. 37–48.

Spitzer, Leo (1936b): „Le français en Turquie“, in: Le Français moderne, Jg. 4, Nr. 3, S. 225–237.
Spitzer, Leo (1937): „Etais-je à Istanbul ou à Constantinople ?“, Jg. 5, Nr. 4, in: Le Français moderne, S. 325–328.
Spitzer, Leo (1938): „Mes souvenirs de Meyer-Lübke“, in: Le Français moderne, Jg. 6, Nr. 3, S. 213–224.
Vierkandt, Alfred (1923): Gesellschaftslehre. Hauptprobleme der philosophischen Soziologie, Stuttgart: Enke.
Vossler, Karl (1904): Positivismus und Idealismus in der Sprachwissenschaft. Eine sprachphilosophische Untersuchung, Heidelberg: Carl Winter's Universitätsbuchhandlung.
Vossler, Karl (1923): „Die Grenzen der Sprachsoziologie“, in: Melchior Palyi (Hg.), Hauptprobleme der Soziologie, Bd. 1, München/Leipzig: Duncker & Humblot, S. 361–389 (Reprint in: Gesammelte Aufsätze zur Sprachphilosophie, München: Max Hueber 1923, S. 210–260).
Vossler, Karl (1925): Geist und Kultur in der Sprache, Heidelberg: Carl Winter.
Weisgerber, Leo (1964 [1930]): „‚Neuromantik' in der Sprachwissenschaft“, in: Ders., Zur Grundlegung der ganzheitlichen Sprachauffassung. Aufsätze 1925–1933, Düsseldorf: Pädagogischer Verlag Schwann, S. 212–230. Erstveröffentlichung in: Germanisch-Romanische Monatsschrift, Jg. 18, 1930, S. 241–259.
Weisgerber, Leo (1964 [1931]): „Sprache“, in: Ders., Zur Grundlegung der ganzheitlichen Sprachauffassung. Aufsätze 1925–1933, Düsseldorf: Pädagogischer Verlag Schwann, S. 290–320. Erstveröffentlichung in: Alfred Vierkandt [Hg.], Handwörterbuch der Soziologie, Stuttgart: Enke 1931, S. 592–608 (Neudruck 1959, S. 438–451).
Weisgerber, Leo (1964 [1933]): „Wesen und Kräfte der Sprachgemeinschaft“, in: Ders., Zur Grundlegung der ganzheitlichen Sprachauffassung. Aufsätze 1925–1933, Düsseldorf: Pädagogischer Verlag Schwann, S. 431–438. Erstveröffentlichung in: Muttersprache, Jg. 48, 1933, S. 225–232.
Wenger, Leopold (1909): „Studie zum Thema ‚Sprachforschung und Rechtwissenschaft'“, in: Wörter und Sachen 1, S. 84–94.
Whitney, William Dwight (1876): Leben und Wachsthum der Sprache, übers. v. August Leskien, Leipzig: Brockhaus.

Roure, Pascale, Dr. phil., geb. 1981 in Marseille, seit 2018 DFG-Forschungsstipendiatin an der Bergischen Universität Wuppertal und bis 2021 Gastforscherin an der Universität Istanbul. Forschungsschwerpunkte: Sprachphilosophie, Hermeneutik, Historische Epistemologie, Philosophie- und Wissenschaftsgeschichtsschreibung, Wissenszirkulation.

Grundlagen und Praxis der empirischen Sozialforschung

Wilhelm Winklers „Gesellschaftsstatistik“ – konzeptionelle Aspekte und zeitgenössische Rezeption

Alexander Pinwinkler

Inhaltsverzeichnis

1 Winklers Konzeptionalisierung der Statistik und deren Rezeption 532
2 Winkler und die „Frankfurter Schule der Statistik“ – zusammenfassende Bemerkungen 549
Literatur. 553

Zusammenfassung

Im Blickpunkt der Studie über den Wiener Statistiker Wilhelm Winkler stehen einige seiner fachwissenschaftlichen Publikationen und deren zeitgenössische Rezeption in den Kreisen deutscher Fach- und Verwaltungsstatistiker. Speziell mit seinem zweibändigen Lehrwerk *Grundriß der Statistik* (1931/33) verfolgte Winkler die Zielsetzung, die damals vorherrschende stofflich-logische Tradition innerhalb der deutschsprachigen statistischen Wissenschaft nach angloamerikanischem Vorbild mit der mathematisch orientierten Statistik zu verbinden. Wie in dem Beitrag gezeigt wird, geriet der Wiener Statistiker damit in eine Kontroverse mit der einflussreichen „Frankfurter Schule“ der deutschen Statistik. Der Artikel betont die Leistung Winklers, der die wachsende Bedeutung der englischen und amerikanischen Statistiker im internationalen Diskurs des Faches erkannt hatte und diese zu rezipieren suchte;

A. Pinwinkler (✉)
Wien, Österreich
E-Mail: alexander.pinwinkler@univie.ac.at

© Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2022

K. Acham und S. Moebius (Hrsg.), *Soziologie der Zwischenkriegszeit. Ihre Hauptströmungen und zentralen Themen im deutschen Sprachraum*,
https://doi.org/10.1007/978-3-658-31401-9_18

ebenso wird aufgezeigt, dass sein Werben um eine methodische Erneuerung der Statistik speziell bei den im Diskurs einflussreichen Verwaltungsstatistikern nur auf wenig Resonanz stieß. Der Umbruch zur mathematisch und wahrscheinlichkeitstheoretisch orientierten Statistik, die Winkler als einer der Ersten stark befürwortete, war damals in den deutschsprachigen Ländern erst ansatzweise sichtbar.

Schlüsselwörter

Statistik · Theorie der Statistik · Gesellschaftsstatistik · Mathematische Statistik · Wilhelm Winkler

Im September 1922 nahm der damals 38-jährige Statistiker und Demograph Wilhelm Winkler (1884–1984) an der Magdeburger Tagung der Deutschen Statistischen Gesellschaft (DStG) teil, bei der er einen grundlegenden Vortrag zum Thema „Statistik und Mathematik“ halten sollte. Dieser war aber nur einer von drei geplanten Vorträgen des Wiener Privatdozenten auf dem Symposion, für welches insgesamt nur sieben Referate vorgesehen waren. Außer „Statistik und Mathematik“ referierte Winkler auch über „Statistische Schutzarbeit für das Grenzlanddeutschtum“ und über den „Statistischen Quellennachweis“. In seinen in den 1970er Jahren verfassten unveröffentlichten Lebenserinnerungen stilisierte Winkler den Magdeburger Auftritt als eine Kraftprobe zwischen ihm und dem Präsidenten der DStG, Georg v. Mayr (1841–1925), der als Doyen der „stofflich-logischen“ Statistik den nach 1900 zunehmend diskutierten soziologischen und nationalökonomischen Erkenntnisinteressen und methodischen Zugängen in der Statistik zurückhaltend bis ablehnend gegenüberstand. Folgt man späteren Äußerungen Winklers, hatte Eugen Würzburger (1858–1938) als Schriftführer der DStG die Vorbereitungen zu der Tagung getroffen, ohne den über 80-jährigen Georg v. Mayr über den Vortragsgegenstand des damals noch kaum bekannten Kollegen aus Wien zu informieren:

> „Er [= v. Mayr] war daher sehr überrascht und erzürnt, als Prof. Würzburger […] den Vortrag eines fast unbekannten österreichischen Kollegen ankündigte. Die Sitzung gestaltete sich hochdramatisch. Georg von Mayr rief erbost aus: ‚Solange ich Präsident dieser Gesellschaft bin, wird dieser Vortrag hier nicht abgehalten.‘ Der Schriftführer entschuldigte sein Vorgehen ich weiß nicht mehr womit, aber es schien nichts zu helfen. Prof. Mayr verließ den Sitz des Vorsitzenden und zog sich in das Nebenzimmer zurück. Prof. Würzburger folgte ihm auf dem Fuße. Ich rührte mich

> nicht weg vom Vortragspult, überzeugt, daß nur zähes Ausharren hier helfen könne. Die Zuhörer blieben, erregt und gespannt, wie dieses Drama ausgehen würde. Nach einer halben Stunde erschienen die beiden alten Professoren im Saale, nahmen wortlos ihre Plätze ein, und ich begann ohne vieles Fragen und Zaudern meinen Vortrag." (Winkler 1979: Fragm. 2, 12)

Es ist jedenfalls quellenmäßig gesichert, dass Winkler sein Magdeburger Referat programmatisch auf eine Gesamtschau der Lage der wissenschaftlichen Statistik in Deutschland ausrichtete. Es gebe in der deutschen Statistik zwei Streitfragen, welche die Debatte über die Wahl der richtigen Methoden beherrschten: Einerseits werde um die Frage gerungen, ob zur Statistik noch die Ergebnisbetrachtung hinzugehöre oder nicht. Andererseits, das sei die eigentlich entscheidende Frage, sei umstritten, wieweit die Anwendung mathematischer Methoden in der Statistik eine Berechtigung hätte. Gerade im Teilgebiet der statistischen Verhältniszahlen komme es jedoch zu einem „untrennbare[n] Zusammenwirken von Begriffsbildung und Mathematik". So könnten z. B. Mittelwerte „in einer ganz rohen Weise" berechnet werden, deren Größe ganz erheblich von einer verwickelten, höheren Berechnung (z. B. durch analytische Gewichtung der in Frage kommenden statistischen Massen) abweiche. Die deutsche Statistik müsse endlich anerkennen, dass die angewandte statistische Formenlehre und die praktische Auswertung dieser Erkenntnisse als Verfahrenslehre untrennbare Bestandteile der Statistik als Wissenschaft seien (vgl. Winkler 1923a: 3).[1]

Der vorliegende Artikel beleuchtet ausgehend von den oben angedeuteten Problemstellungen Wilhelm Winklers konzeptionelle Überlegungen zur Statistik, die er zu einer methodologisch erneuerten „Gesellschaftsstatistik" weiterentwickeln wollte. Der Beitrag beruht auf der Dissertation des Verfassers (Pinwinkler 2003). Im Blickpunkt der folgenden Ausführungen stehen die Versuche des Wiener Statistikers, die ältere stofflich-logische Tradition nach anglo-amerikanischem Vorbild mit der damals neuartigen mathematisch orientierten Statistik zu verbinden, sie vernachlässigen aber die bevölkerungswissenschaftlichen und nationalitäten- und minderheitenstatistischen Arbeiten, für die der Wiener Statistiker seit den 1920er Jahren ebenfalls einen hohen Bekanntheitsgrad

[1] Die Magdeburger Aussprache um „Statistik und Mathematik" wurde von Winkler und einigen seiner Kollegen im Organ der Deutschen Statistischen Gesellschaft fortgesetzt (vgl. Statistik und Mathematik 1924: Sp. 117 f.).

erwarb (vgl. hierzu ebenfalls Pinwinkler 2003: bes. 144–175, sowie Pinwinkler 2007). Im Folgenden wird daher vor allem Winklers Profilierung als Theoretiker der Statistik erörtert. Der Artikel fragt darüber hinaus jeweils nach der zeitgenössischen Rezeption seiner Studien. Abschließend soll deutlich gemacht werden, dass die von Winkler in der Zwischenkriegszeit vertretenen Konzeptionen zur Statistik – im zeitgenössischen Kontext der deutschsprachigen statistischen Wissenschaft betrachtet – zwar ungewöhnlich waren, dass sie aber selbst stärker in die Tradition der begriffslogisch orientierten Statistik eingebettet waren, als Winkler dies selbst im autobiographischen Rückblick behauptete.

1 Winklers Konzeptionalisierung der Statistik und deren Rezeption

1931/33 veröffentlichte Winkler sein zweibändiges Lehrbuch *Grundriß der Statistik* (Bd. 1: *Theoretische Statistik;* Bd. 2: *Gesellschaftsstatistik*) (Winkler 1931, 1933). 1947/48 folgte eine umgearbeitete zweite Auflage dieses Kompendiums, in welchem Winkler nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs die seit den 1930er Jahren erschienene internationale Literatur zur Statistik zu rezipieren suchte (vgl. ausführlich zu Winklers Positionierung und Tätigkeit als Statistiker nach 1945 – Pinwinkler 2003: 342 ff.). Mit diesem Werk verfasste der Wiener Statistiker in den Worten des deutschen Bevölkerungswissenschaftlers Karl Schwarz (1917–2014) jedenfalls das erste Lehrbuch der Disziplin, „in dem höhere Mathematik Anwendung fand, obwohl der Umbruch von elementarer zu mathematischer Statistik an den deutschsprachigen Universitäten noch nicht vollzogen war“ (Schwarz 1984: 241).

Mit seinem Lehrwerk stieg Winkler bereits in der Zwischenkriegszeit zu einem der bekanntesten deutschsprachigen Statistiker auf. Er stellte sich damit an die Seite damals angesehener Fachkollegen wie z. B. Friedrich Burgdörfer (1890–1967), Robert René Kuczynski (1876–1947) und Paul Mombert (1876–1938). Mit dem *Grundriß der Statistik* wollte er seine bereits 1922 bei der Magdeburger Tagung der DStG verkündete Lebensaufgabe, eine Synthese zwischen „mathematischer“ und „stofflicher“ Statistik zu schaffen, erstmals in der Form eines Lehrbuchs für Studierende der Statistik verwirklichen. Mit diesem hohen Anspruch geriet er jedoch, wie im Folgenden ebenfalls gezeigt werden soll, in eine Kontroverse mit der einflussreichen Schule der deutschen „sozialwissenschaftlichen“ Statistiker.

1.1 „Statistische Verhältniszahlen" (1921)

Eine wichtige Vorarbeit für sein späteres Lehrbuch *Grundriß der Statistik* bildete seine bereits 1921 fertiggestellte Habilitationsschrift *Die statistischen Verhältniszahlen,* die Winkler in Auszügen zuerst in der Neuen Folge der *Zeitschrift für Volkswirtschaft und Sozialpolitik* veröffentlichte (vgl. Winkler 1921). Diese Zeitschrift war auf dem Gebiet der Nationalökonomie und Sozialpolitik in Österreich führend und wurde von seinen beiden Habilitationspaten Othmar Spann (1878–1950) und Friedrich Wieser (1851–1926) herausgegeben. Sie betreute auch das Gebiet der Statistik, die damals in Österreich über kein eigenes fachwissenschaftliches Organ verfügte. Erst 1923 konnte Winklers gesamtes Manuskript, dem aufgrund der Hyperinflation in Deutschland zwei Jahre Schubladenruhe auferlegt worden war, in der Reihe *Wiener Staatswissenschaftliche Studien* erscheinen.

Winkler bezeichnete es als Zweck seiner Untersuchung, zur Kritik der statistischen Verhältniszahlen beizutragen und „an der Klärung unserer Vorstellungen von ihrer Verwendbarkeit in der Praxis mitzuwirken". Die Studie solle darüber hinaus „auch in gewissem Maße zwischen ‚allgemeiner statistischer' und ‚mathematisch-statistischer' Theorie eine Brücke" schlagen (Winkler 1923b: 2). Die Arbeit ist in einen „Allgemeinen" und in einen „Besonderen" Teil aufgegliedert. Der „Allgemeine Teil" untersucht das „Wesen der statistischen Massen" und teilt diese nach „Herkunft und Wirkung" ein. Daran schließt sich eine Untersuchung der statistischen Verhältniszahlen an. In einem dritten Abschnitt werden Ziffer und Wahrscheinlichkeit in ihrer Bedeutung als Häufigkeitsmasse geprüft. Der „Besondere Teil" bestimmt anhand der österreichischen Rekrutierungsstatistik Tauglichkeitsmesszahlen. Mit der Darstellung neuer statistischer Messzahlen und Berechnungsmethoden führt der Autor die im allgemeinen Teil der Studie gewonnenen theoretischen Erkenntnisse in die statistische Praxis über. Neben den Tauglichkeitsmesszahlen dienen Beispiele aus der Sterblichkeits- und Ehestatistik zur Veranschaulichung.

Im Folgenden werden jene Elemente aus seinem Lehrgebäude vorgeführt, die über die damals im deutschsprachigen Raum gängige statistische Theorie hinausreichten und die von Fachkollegen teilweise kontrovers diskutiert wurden.

Nachdem Winkler einleitend die statistischen Massen definiert, schreitet er zur neuen Einteilung der von Georg v. Mayr so bezeichneten „Bewegungs-" und „Bestandsmassen" in „Punkt- und Streckenmassen", worin der Einfluss der von Irving Fisher u. a. geprägten angelsächsischen Statistik sichtbar wurde. Punktmassen können demnach z. B. Geburten, Heiraten, Ehescheidungen oder Selbst-

morde sein, als Streckenmassen können „Dauergegenstände und -tatsachen“ wie z. B. die „Person“ in einer Volkszählung verstanden werden (Winkler 1923b: 3, 13–34; 8, 14 – wörtl. Zit.).

Die Theorie der statistischen Verhältniszahlen bildet den Kern seiner Studie. Die Beziehungsverhältnisse dieser Zahlen stehen im Zentrum der Darlegungen: Die Verhältniszahlen drücken die inneren Relationen der bezogenen Massen aus. Diese können zueinander im Verhältnis der Gleichartigkeit, der Teilung, der Ursächlichkeit, des äußeren Zusammenhangs und der Fremdheit stehen. Weiters unterscheidet Winkler bei der Betrachtung der „Wahrscheinlichkeit als Häufigkeitsmaß“ zwischen dem von ihm eingeführten Begriff der „stetigen“ und der „unstetig“ bezogenen Wahrscheinlichkeit. Abschließend teilt er die Verhältniszahlen nach der „Stärke“, der „Häufigkeit“, der „Dichte“ und nach der „Ausdehnung“ (Winkler 1923b: 34–58). In der Auseinandersetzung mit der zum Thema der Verhältniszahlen vorhandenen Fachliteratur verweist der Verfasser u. a. auf die Forschungen Wilhelm Lexis’ (1837–1914) und v. Mayrs. Letzterem gegenüber insistiert er auf seinem Konzept der gegenseitigen Durchdringung materieller und formeller Einteilungskriterien der Verhältniszahlen (Winkler 1923b: 53).

Im „Besonderen Teil“ der Arbeit wendet sich Winkler der Sterblichkeitsmessung und der Ehestatistik zu. Für die Sterblichkeitsmessung wendet er die aus der „Sterbetafel“ (Tafelmethode: Verfahren zur zahlenmäßigen Darstellung eines Ereignisablaufs) (vgl. Union Internationale pour l’Etude scientifique de la Population 1960: 31) gewonnene „reine“ Sterblichkeitsziffer, die Sterbenswahrscheinlichkeit nach der Sterbetafel und die „rohe“ Sterbeziffer (Verhältnis der Todesfälle zur wirklichen Bevölkerung im „zufälligen“ Altersaufbau) an. Für die Ehestatistik unterscheidet er zwischen einer „allgemeinen Heiratsziffer“, welche die Eheschließungen auf die Gesamtbevölkerung bezieht, und einer besonderen, auf die heiratsfähigen Altersklassen bezogenen Heiratsziffer. Ferner berechnet er „reine“ und „rohe“ Heiratsziffern, stetig bezogene Tafelwahrscheinlichkeiten und stetig bezogene reine Abgangswahrscheinlichkeiten (Winkler 1923b: 93–177).

Die statistischen Verhältniszahlen bildeten Winklers erstes monographisches Werk, das in den wichtigsten nationalökonomischen und statistischen Zeitschriften Deutschlands ausführlich rezensiert wurde. Damit besiegelten die deutschen Fachstatistiker die Aufnahme des österreichischen Kollegen in ihren Kreis. Unter den Rezensenten, die seiner Habilitationsschrift eine Besprechung widmeten, fanden sich auch Georg v. Mayr und Franz Zizek (1876–1938), der wie Mayr ebenfalls ein Hauptvertreter der damaligen deutschsprachigen Statistik war.

Georg v. Mayr bekleidete seit 1898 eine ordentliche Professur für Statistik, Finanzwissenschaft und Nationalökonomie an der Universität München. Er blickte Anfang der 1920er Jahre zudem auf eine jahrzehntelange Tätigkeit im

bayerischen Statistischen Büro zurück und vertrat die deutsche Statistik bei den Tagungen des *Internationalen Statistischen Instituts* (ISI), dessen Vizepräsident und Ehrenmitglied er war. 1890 hatte er das *Allgemeine Statistische Archiv* begründet. Mayr bildete die Statistik zu einer selbständigen Gesellschaftswissenschaft heran; in seinem dreibändigen Hauptwerk *Statistik und Gesellschaftslehre* (*1. Theoretische Statistik, 2. Bevölkerungsstatistik, 3. Moralstatistik*) vertrat er die Lehre einer alle Gebiete der Rechts-, Staats- und Verwaltungswissenschaften umfassenden Statistik. – Der in Graz geborene Franz Zizek habilitierte sich 1909 in Wien mit seinem Buch *Die statistischen Mittelwerte.* Er hatte an der 1914 gegründeten Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Frankfurt den Lehrstuhl eines ordentlichen Professors für Statistik inne. Sein Schüler Paul Flaskämper (1886–1979) charakterisierte ihn als einen Sozialwissenschaftler, der sich „immer auf die Erfordernisse der Praxis" gestützt habe. Zizek vertrat die Lehre von den „vier entscheidenden Begriffen der Statistik, durch die jede statistische Zahl bestimmt ist: Erhebungseinheit, Erhebungsmerkmale, Gruppe und Aussage". In seinem 1921 erschienenen Lehrbuch *Grundriß der Statistik* schuf er eine allgemeine Methodenlehre der Disziplin, deren wichtigste Anwendungsbereiche die Bevölkerungs- und Wirtschaftsstatistik waren (vgl. Zahn 1925; Flaskämper 1935/36; Grohmann 2000; v. Mayr 1921/22).

Seine Monographie über *Die statistischen Verhältniszahlen* stellte nur den Beginn einer längeren Auseinandersetzung Winklers mit theoretischen Fragen dar, die 1931/33 mit der Veröffentlichung der ersten Auflage seines zweibändigen statistischen Lehrbuchs einen Höhepunkt erleben sollte. Von den Besprechungen der *„Verhältniszahlen"* in den drei nationalökonomischen und statistischen Periodika Deutschlands, dem *Allgemeinen Statistischen Archiv,* den *Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik, Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft* und der österreichischen *Zeitschrift für Volkswirtschaft und Sozialpolitik* begrüßten drei ausdrücklich Winklers Beitrag zur statistischen Theorie.[2] Nur eine Rezension, jene v. Mayrs, war zurückhaltend, wenngleich nicht grundsätzlich ablehnend.[3] Welchen längerfristigen Einfluss dieses Werk auf die Entwicklung der statistischen Theorie hatte, lässt sich hier kaum entscheiden. In Würdigungen Winklers, die viele Jahrzehnte später verfasst

[2] Vgl. v. Sigmund Schott, Zeitschrift für Volkswirtschaft und Sozialpolitik 3 (1923), S. 199–202; Philipp Schwartz, Schmollers Jahrbuch 48 (1924), S. 354 f.; Franz Zizek, Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik 122 (1924), S. 275–280.

[3] Vgl. Bespr. v. Georg v. Mayr, Allgemeines Statistisches Archiv 14 (1923/24), S. 481–484.

wurden, wird es jedenfalls nicht als eines seiner Hauptwerke erwähnt (Schubnell 1984: 111).

Es bleibt indes festzuhalten, dass Winklers Habilitationsschrift in zweierlei Hinsicht einen Wendepunkt in seinem Werk darstellte: Einerseits spiegelte es seine eigene Herkunft aus der stofflich-logisch orientierten Schule der Statistik, wie sie in den statistischen Ämtern verbreitet war, andererseits deutete die Arbeit bereits auf seine zunehmend der Einbeziehung mathematischer Methoden in die Statistik zugewandten Entwicklung als Fachgelehrter hin. Letztere gewann in seinem theoretischen Werk seither sukzessive an Bedeutung, wobei Winklers eigentlicher Durchbruch in diese Richtung erstmals auf der Magdeburger Tagung der *Deutschen Statistischen Gesellschaft* öffentlich sichtbar wurde.

1.2 „Statistik" (1925; ²1933)

Im Jahr 1925 erschien beim Leipziger Verlag Quelle & Meyer die erste Auflage von Winklers Lehrbuch *Statistik.* 1933 wurde eine zweite Auflage herausgegeben, der sogar eine dritte folgen sollte. Doch als diese fällig war, existierte der Verlag nicht mehr (vgl. Winkler 1966: 296). Winklers populärwissenschaftliches Lehrbuch der Statistik, von dem immerhin 20.000 Exemplare abgesetzt wurden (Heimat bist Du großer Söhne 1968: 6) gesellte sich zu drei anderen damals auf dem deutschen Buchmarkt erhältlichen Einführungen. Die Statistiker Bleicher, Schott und Zach hatten bereits derartige Werke verfasst.[4] Im Vorwort verkündet Winkler das Programm seines Lehrbuches: Dieses sei die „Unterstufe" des von ihm geplanten „groß angelegten Lehrwerkes über die reine statistische Theorie", es sei allgemein verständlich gehalten und ohne besondere mathematische Vorkenntnisse lesbar. Sein Lehrbuch strebe erstmals eine Synthese zwischen der mathematischen und der begriffslogisch-stofflichen Richtung in der Statistik an. Demnach würden die zwei „Grundpfeiler" der beiden Richtungen, die „Forderung (oder: das Gesetz) der großen Zahl" (mathematisch) und das Postulat der „Gleichartigkeit der Einheiten" (logisch) den Bau tragen, den er mit seiner „Statistik" vorlege (Winkler 1925: 3 f.).

Die *Statistik* besteht aus drei Teilen: der „Reinen Theorie der Statistik", der „Technik der Statistik" und der „Angewandten Theorie der Statistik". Der erste Teil führt den einen „Grundpfeiler" des Lehrbuchs, das „Gesetz der großen Zahl",

[4] Bespr. v. Johannes Müller, Allgemeines Statistisches Archiv 15 (1925), S. 475.

vor und bestimmt die Aufgabe der Statistik. Es folgen Ausführungen über „Die statistischen Massen" (hier zur „Gleichartigkeit"), Arten, Aufgaben und Zwecke der „Statistischen Gliederung", der „Statistischen Reihen" und der „Statistischen Mittelwerte". Ferner werden „Statistische Verteilungsmaße", „Statistische Verhältniszahlen" und „Tafeln" besprochen. Den Abschluss des ersten Teils bildet ein Kapitel über die „Statistische Ursachenforschung". Das Kapitel über die „Technik der Statistik" weist seinen Autor als versierten Praktiker der amtlichen Statistik aus, erhält der Leser doch aus erster Hand Informationen über „Die statistische Erhebung" und „Die statistische Aufarbeitung". Im abschließenden „angewandten" Teil des Lehrbuchs führt der Verfasser Theorie und Methode der „Bevölkerungsstatistik" und der „Wirtschafts- und Sozialstatistik" vor. Für die „begriffsbildende" (mit Zizek und später Flaskämper „sozialwissenschaftliche") Richtung der Statistik[5] empfiehlt Winkler die Lektüre von v. Mayrs *Statistik und Gesellschaftslehre* und von Zizeks *Grundriß der Statistik.* Als Hauptvertreter der „mathematischen" Richtung galt ihm Emanuel Czubers (1851–1925) Studie *Die statistischen Forschungsmethoden,* das auf entsprechenden Forschungen des britischen Statistikers George U. Yule (1871–1951) beruhte. Zur Weiterbildung seien die einschlägigen Artikel im *Handwörterbuch der Staatswissenschaften* dienlich (Winkler 1925: Inhaltsverzeichnis; Anhang, 155 f.).

Die in Deutschland herrschende Fraktion der „Begriffsstatistiker" nahm Winklers *Statistik* eher kritisch auf. Der Direktor des Bayerischen Statistischen Landesamtes Friedrich Zahn (1869–1946), ein Schüler v. Mayrs, war von Winklers Versuch einer Verschmelzung der beiden konkurrierenden Richtungen ebenso wenig überzeugt wie Johannes Müller (1889–1946), der Direktor des Thüringischen Statistischen Landesamtes. Müller veröffentlichte selbst zwischen 1925 und 1928 ein vierbändiges Lehrbuch *(„Grundriß")* der Statistik. Beide Rezensenten empfahlen jedoch ausdrücklich, das Lehrbuch des Wiener Statistikers als Grundlage für statistische Einführungsvorlesungen

[5] Winkler verengte mit dieser Bezeichnung das breite, sozialwissenschaftlich angelegte Konzept der „Frankfurter Schule". – Im Folgenden wird, gemäß dem wissenschaftstheoretischen Anspruch der Begründer der Frankfurter Schule der Statistik, in Bezug auf die Arbeiten von Zizek, Flaskämper und Blind – und zwar in Anführungsstrichen – der Ausdruck „sozialwissenschaftliche" Richtung der Statistik verwendet. Damit ist weder eine polemische Wendung gegen Winkler verbunden, der sich stets auch als sozialwissenschaftlicher Statistiker (er sprach in seiner Terminologie jedoch von einer gesellschaftswissenschaftlichen Statistik) bezeichnete, noch soll die in der Tradition v. Mayrs entschieden begriffslogische Fundierung der „Frankfurter Schule" vergessen gemacht werden.

heranzuziehen.[6] Eindeutig ablehnend reagierte nur Karl Seutemann (1871–1958), der Direktor des Statistischen Amtes von Hannover. In seiner Besprechung warf Seutemann dem Autor vor, für die Vorgänge innerhalb der statistischen Massen „Gesetzmäßigkeiten" und „Wesensformen" anzunehmen und die Erforschung von Massentatsachen zum „Selbstzweck" zu machen. Die Aufgabe des Statistikers sei es aber, Urteile zu fällen, „die im Grunde der mathematischen Weise ganz entgegengesetzt sind". Die abstrakte Sprache der Mathematik, wie sie Winkler in die Disziplin einführen wolle, stehe ganz im Gegensatz zu dem auf die Erfassung der „Wirklichkeit" hinstrebenden Sinn des Statistikers. Er, Seutemann, lasse sich nicht auf Winklers „zweiteiligen Lehrweg" drängen; für ihn bleibe der „Zweckgedanke", der unabhängig von jeder Methode sei, der Kern der Statistik.[7] Der in dieser Weise Angegriffene antwortete im folgenden Band von *Conrads Jahrbüchern* auf den Versuch des Rezensenten, den einen „Grundpfeiler" seiner Theorie der Statistik, das „Gesetz der großen Zahl"[8], zu stürzen, indem er auf führende Autoren der begriffslogisch-„sozialwissenschaftlichen" Richtung verwies. Demnach hätten sich sogar v. Mayr, Zizek und Zahn auf das „Gesetz der großen Zahl" bezogen. Winkler sah aber im Gegensatz zu den Genannten in diesem Gesetz nicht bloß eine „interessante Einzelheit", sondern „eine Voraussetzung für das Zutagetreten der Massentatsachen". Er habe auch – als Ersatz für „Gesetzmäßigkeit" oder „Regelmäßigkeit" – den neuen Ausdruck der „Wesensform" für diejenige Form geprägt, die unter Wirksamkeit des „Gesetzes der großen Zahl" Bedeutung erlange. Was Seutemann anlange, so verweise dieser genau wie er selbst in seinen Schriften auch auf das „Gesetz der großen Zahl", wenngleich unter anderen, wechselnden Bezeichnungen. Seutemanns statistischer „Zweck" sei nichts anderes als platter, völlig unfruchtbarer Utilitarismus. Er

[6] Bespr. v. Friedrich Zahn, Schmollers Jahrbuch 49 (1925), S. 213, und v. Johannes Müller, Allgemeines Statistisches Archiv 15 (1925), S. 474 f.

[7] Bespr. v. Karl Seutemann („Statistische Grundpfeiler oder statistische Zwecke?"), Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik 123 (1925), S. 787, 784, 788, 792.

[8] Winkler definiert dieses von J. Bernoulli und Poisson erstmals mathematisch formulierte Gesetz mit folgenden Worten: „Denn wenn man hier […] von Massenerscheinungen spricht, kann man dies nur tun im Hinblick auf die Wirkung des Gesetzes der großen Zahl, das sich in ihnen vollzieht: daß vermöge der großen Zahl der Beobachtungen die in der Einzelform zum Ausdruck kommenden ‚zufälligen' ‚individuellen' Ursachen sich dank des Umstandes, daß sie sich gleich häufig in positiver und negativer Richtung auswirken und daß sie sich auch in der Größe die Wage [sic!] halten, ausgleichen und so die wesentlichen, die Grundursachen der Tatsache, der Ereignisse zum Ausdrucke kommen lassen." (Winkler 1926b: 404)

bleibe „dem vagen Ermessen des theorielosen Empirikers" verpflichtet, der nicht einmal imstande sei, theoretische Überlegungen anzustellen (Winkler 1926b: 404; 406 – wörtl. Zit., 408, 412, 413 – wörtl. Zit.).

Winkler bemühte sich um eine begriffliche Fassung der „statistischen Wesensform". Er definierte sie als „diejenige Form eines statistischen Tatbestandes […], der die Masse bei wachsender Zahl von Beobachtungseinheiten asymptotisch zustrebt". Die „Wesensform" mache das Wesentliche der Erscheinung sichtbar. Dies rief jedoch beim Berner Statistiker Arnold Schwarz Widerspruch hervor. Schwarz wandte sich dabei nicht gegen das Postulat des „Gesetzes der großen Zahl" an sich, sondern gegen Winklers Begründung dieses Gesetzes aus der Analogie zur Wahrscheinlichkeitstheorie (Winkler 1928c: 1113 ff.). Für das soziale Leben würden keine Gesetze aus der Theorie der Glücksspiele gelten; die Handlungen des Einzelnen unterlägen dem freien Willen (vgl. Schwarz 1928/29). Winkler hielt dieser Kritik entgegen, dass er nicht einem Determinismus hinsichtlich der Willensfreiheit des Einzelnen huldige; der Wille der handelnden Menschen gehe vielmehr „in die Bestimmungsgründe der Wesensform" ein (Winkler 1928a: 422 – wörtl. Zitate, 421).

1.3 „Grundriß der Statistik" (1931/33)

Erschienen als 46. Band der von seinem ehemaligen akademischen Lehrer Arthur Spiethoff (1873–1957) herausgegebenen Reihe *Enzyklopädie der Rechts- und Staatswissenschaft,* sollte der *Grundriß der Statistik* die „Mittelstufe der statistischen Theorie (einschließlich der unentbehrlichen Unterstufe)" bilden (Winkler 1931: V). Die Arbeit baute auf grundlegenden, in der Mittelschule vermittelten mathematischen Kenntnissen auf; sie war auch die Grundlage der Begleitlektüre der Hörer von Winklers Vorlesungen. Der erste Band *Theoretische Statistik* bestand aus drei Teilen: Einleitung, Theorie und Verfahrenslehre der Statistik.

In der Einleitung gibt der Autor einen knappen Abriss der Geschichte des Faches; er referiert über die Organisation der zeitgenössischen Statistik und die statistische Quellenkunde und informiert die Leser über die Praxis der statistischen Erhebung. In Anspielung auf die Lage der deutschen Universitätsstatistik äußert er sein Bedauern darüber, dass diese nur über fünf Lehrkanzeln (Berlin, Leipzig, Frankfurt, Köln, Jena) verfüge und dadurch gegenüber dem Ausland im Rückstand sei. Der zweite und mit 140 Seiten ausführlichste Teil der Arbeit stellt die Statistik als eine formale Wissenschaft vor, die über ein differenziertes Spektrum von Methoden verfügt. Die siebzehn Unterkapitel führen u. a. folgende Themen vor: „Die statistische Masse"; „Die statistische

Streuung“; „Das Gesetz der großen Zahl“; „Die Lexissche Dispersionstheorie“; „Die statistische Gruppenbildung – Die statistische Tabelle“; „Die statistische Reihe“; „Die statistischen Mittelwerte“; „Die statistischen Streuungsmaße“; „Die Normalkurve“; „Die zeitlichen Reihen“; „Die statistische Einschaltung (Interpolation) und Weiterführung (Extrapolation)“; „Die statistischen Verhältniszahlen“; „Die statistische Ursachenforschung“; „Das statistische Schaubild“.

Zu einigen der genannten Stoffbereiche, wie z. B. zum „Gesetz der großen Zahl“ und zu den statistischen Verhältniszahlen, hatte der Verfasser bereits in früheren Jahren originäre Beiträge geliefert. Dasselbe gilt für bestimmte Begriffe, die er eingeführt hatte (z. B. die Strecken- und Punktmassen anstelle der Georg v. Mayrschen Bestands- und Ereignismassen) und denen er in seinem Lehrbuch kanonische Geltung zu verschaffen trachtet. Gewisse Besonderheiten, etwa die Stellungnahmen des Autors zur Verwendbarkeit von „Schaubildern“ sind indes gesondert hervorzuheben. Was die statistischen Darstellungsmittel anlange, so sei die Tabelle eine unverzichtbare Grundlage der Arbeit eines Statistikers, die durch Schaubilder ergänzt werden könne. Ein Schaubild dürfe im Gegensatz zur Tabelle tendenziös sein, verlasse dabei jedoch häufig den Boden der strengen Wissenschaft und stehe daher im Grenzbereich zwischen Wissenschaft und Politik (Winkler 1931: 122, 154 f.).[9]

Das theoretische Grundgerüst des Lehrbuchs wird von der Wahrscheinlichkeitstheorie getragen, deren Verfahren Winkler mit Beispielen aus dem Glücksspiel vorstellt. Die von ihm besprochenen statistischen Methoden betrachtet er insofern als spezifisch statistisch, als sie die Statistik als eine arteigene Wissenschaft, als „formale Theorie der Massenerscheinungen“ charakterisieren. Theorie und Verfahrenslehre der Statistik seien zwar begrifflich voneinander zu unterscheiden, jedoch vielfach miteinander verschmolzen. Die von dem Statistiker und Ökonomen Ladislaus v. Bortkiewicz (1868–1931) eingeführte Bezeichnung „Stochastik“ für die Statistik (nach v. Bortkiewicz „die an der Wahrscheinlichkeitstheorie orientierte, somit auf ‚das Gesetz der großen Zahlen‘ sich gründende Betrachtung empirischer Vielheiten“) lehnt Winkler in seinem Lehrwerk ab.

[9] Als Beispiel für eine tendenziöse Vorgangsweise bei der Darstellung von Bevölkerungsbewegungen nennt Winkler die prinzipielle Möglichkeit, den Geburtenrückgang mittels Kurve in einem Koordinatensystem je nach bevölkerungspolitisch opportunem Standpunkt darzustellen: „Wählen wir nun den Maßstab auf der Ordinatenachse klein, die Jahresabstände auf der Abszissenachse aber groß, so wird der Rückgang als geringfügig erscheinen. Vertauschen wir dagegen das Verhältnis der Maßstäbe, so wird sich ein erschreckender Sturz der Geburten ergeben.“ (Winkler 1931: 154)

Denn jede statistische Erwägung „müsse" zugleich stochastisch sein. Es gebe nur eine Theorie der Statistik, wobei mathematische Denkmittel „ebenso vollberechtigt wie die logischen" seien. Dagegen seien zwei Arten von Statistikern zu unterscheiden: „solche, die alle Denkmittel der modernen statistischen Theorie beherrschen, und solche, denen ein Teil davon, der mathematische, ein Buch mit sieben Siegeln ist" (Vgl. Winkler 1931: 41–51, 61 f., 62 – wörtl. Zit., zit. n. L. v. Bortkiewicz).

Winklers Leistung bestand vor allem darin, mit der *Theoretischen Statistik,* dem ersten Band seines *Grundrisses,* ein Lehrwerk geschaffen zu haben, das den Anspruch erhob, die verschiedenen, vorwiegend von angelsächsischen Statistikern für die Naturwissenschaften geschaffenen mathematischen Methoden auch für die Sozial- und Wirtschaftswissenschaften anwenden zu wollen. Er ging damit über die bereits in deutscher Sprache vorhandenen Lehrbücher der mathematischen Statistik hinaus, die von den deutschen Verwaltungsstatistikern kaum verstanden wurden. Winkler sah demgegenüber die wachsende Bedeutung der englischen und amerikanischen Statistiker im internationalen Diskurs des Faches und wollte den Rückstand der logisch-stofflichen und begriffsstatistischen Denkformen verhafteten „sozialwissenschaftlichen" deutschsprachigen Statistik aufholen. Dies konnte zunächst nur über eine einseitige Rezeption international führender Statistiker und über die Vermittlung ihrer Methoden an die akademische Jugend erfolgen. So wies er in seinen Literaturhinweisen besonders auf jene Lehrbücher hin, die George U. Yule, Arthur L. Bowley (1869–1957), Rodolfo Benini (1862–1956) und Lucien March (1859–1933) veröffentlicht hatten. Ein Blick auf das Namensverzeichnis, d. h. auf alle in Text und Fußnoten zitierten Statistiker, belegt ein quantitatives Übergewicht angloamerikanischer Forscher und ihrer Werke. Die in Deutschland lehrenden mathematischen Statistiker v. Bortkiewicz und Lexis werden gleichfalls häufig zitiert. Die Vertreter der „sozialwissenschaftlichen" Statistik, im Wesentlichen v. Mayr, Flaskämper und Zizek, erhalten im Namensverzeichnis sieben, vier bzw. dreizehn (Zizek) Eintragungen. Dass Winkler sich so häufig auf Zizek bezog, hatte jedoch teilweise damit zu tun, dass er sich von dessen Lehren hier kritisch abgrenzte, und weniger mit einer zustimmenden Rezeption (vgl. Winkler 1931: Namensverzeichnis, 172).[10]

[10] Zur Auseinandersetzung mit Zizek um den Begriff der „Gleichartigkeit" der statistischen Einheiten, dem der Frankfurter Lehrstuhlinhaber den Begriff der „Gleichwertigkeit" gegenüberstellen wollte, vgl. Winkler (1931: 58).

Die Rezensenten seines Buchs waren Oskar Anderson (1887–1960), Paul Flaskämper, Emil Julius Gumbel (1891–1966), Giorgio Mortara (1885–1967), Josef Mráz (1882–1934), Kurt Pohlen, Joseph Schumpeter (1883–1950) und Philipp Schwartz. Davon kamen zwei – Anderson und Gumbel – eindeutig aus dem mathematisch orientierten Lager der Statistik, während zwei andere – Flaskämper und Schwartz – Anhänger der „sozialwissenschaftlichen" Richtung der Statistik waren. Der Nationalökonom Schumpeter ließ sich keinem der beiden Lager zuordnen, die in der deutschsprachigen Statistik bestanden. Schumpeter rezensierte Winklers „Grundriß" von Boston aus, wo er an der Harvard University lehrte.

Die Rezensenten waren sich zwar weitgehend darüber einig, dass das neue Lehrbuch eine bestehende „Lücke" im Lehrbetrieb der deutschen Universitäten ausfülle, und sie begrüßten über die fachlichen Gräben hinweg, die sich zwischen einigen von ihnen und dem Autor auftaten, das Erscheinen des Werkes.[11] Im Mittelpunkt der einzelnen Besprechungen stand die Frage, wie weit es dem Autor gelungen sei, sein Postulat einer Verschmelzung der beiden Richtungen durchzuführen. Flaskämper konzedierte, dass die mathematischen Methoden von der deutschen Statistik bisher zu wenig gepflegt worden seien. Andererseits laufe die „mathematische Statistik" neben der Sozialstatistik her, ohne die sozialen Tatbestände in ihre Systematik einzubeziehen. Winklers Versuch, eine Synthese der beiden Strömungen herbeizuführen, hielt Flaskämper für „nicht ganz" gelungen; insbesondere sei es ihm nicht schlüssig gelungen, „sachlogische und zahlenlogische Gesichtspunkte aufeinander abzustimmen". Schärfer noch ist Schwartz' Einschätzung, der meinte, Winklers Lehrwerk vergrößere noch die bestehende Spannung zwischen den beiden Richtungen innerhalb der Statistik, anstatt sie zu verkleinern. Die „Stoffstatistiker" seien nicht, wie Winkler es darstelle, grundsätzliche Gegner der Anwendung von mathematischen Methoden, sie verträten aber die Auffassung, dass eine breite Öffentlichkeit nur in einer allgemein „verständlichen" Sprache über die Ergebnisse statistischer Erhebungen informiert werden könne. Oskar Anderson strich als besonderes Verdienst des Autors hervor, dass dieser die von Lexis und v. Bortkiewicz begründete deutsche Entwicklungslinie der mathematisch orientierten Statistik wieder aufgegriffen habe. Er bezeichnete Winklers Versuch, diese lange vernachlässigte

[11] Vgl. die Bespr. v. Paul Flaskämper, Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik 137 (1932), S. 785, 791; Bespr. v. Jozef Mráz, Statistický Obzor 13 (1932), S. 138; Bespr. v. Joseph Schumpeter, Schmollers Jahrbuch 57/I. (1933), S. 136, 139; Bespr. v. Oskar Anderson, Zeitschrift für Nationalökonomie 4 (1933), S. 708.

Richtung der deutschen Statistik mit den Gedankengängen der angelsächsischen Schule zu verbinden, als geglückt. Dennoch sei sein Lehrwerk nicht als eigentlich „mathematisch" anzusehen, denn es verzichte meist auf die Darstellung von Verfahren der höheren Mathematik. In seinem 1935 erschienenen Lehrbuch *Einführung in die mathematische Statistik* griff Anderson für methodische Spezialfragen mehrmals auf „das treffliche neue Werk von Winkler" zurück. Für vertiefende Studien empfahl er jedoch nicht die Arbeit des Wiener Statistikers, sondern die einschlägigen Einführungen von Ronald A. Fisher (1890–1962) und Raymond Pearson (1873–1939) (Anderson 1935: 5 – wörtl. Zit., 61, 63, 130, 150, 154, 306 f.). – Gumbel hob hervor, dass Winkler „in klarer Weise" für die mathematische Statistik eintrete. Hingegen kritisierte der Heidelberger Statistiker die stoffliche Anordnung und verweist auf „logische Unklarheiten".[12] Mortara stellte in seiner Besprechung heraus, dass Winkler mit seinem Lehrbuch etwas nachhole, was Lexis und v. Bortkiewicz versäumt hätten zu tun, nämlich eine Einführung über die Methodik der Statistik zu verfassen. Schumpeter charakterisierte Winklers Darstellung als „über jedes Lob erhaben"; er erhoffe vom Verfasser „eines Tages jene Oberstufe, in der sein hohes Können und seine […] der Wissenschaft besonders nützliche Gesamtauffassung sich werden ausleben können". Die Arbeit fülle jene Lücke aus, die bisher durch Hinweise auf amerikanische Lehrbücher habe ausgefüllt werden müssen.[13]

Der zweite Band von Winklers *Grundriß der Statistik,* die *Gesellschaftsstatistik,* wurde 1933 als Band 46a der *Enzyklopädie der Rechts- und Staatswissenschaft* veröffentlicht. Dieser Band war – mehr noch als der erste – auf die didaktischen Bedürfnisse der Lehre ausgerichtet. Die Begleittexte, welche die Tabellen und Diagramme erläuterten, wurden mit dem Fortschreiten des Stoffes immer knapper. Die Studierenden sollten dadurch dazu angehalten werden, sich neben dem Text auch mit den Zahlentabellen kritisch zu befassen.

[12] Bespr. v. Emil Julius Gumbel, Deutsches Statistisches Zentralblatt 24 (1932), Sp. 87 f. Winkler verteidigte sich gegen die Einwände des Rezensenten mit dem Argument, dass der stoffliche Aufbau seines Lehrbuchs eben ganz bestimmten didaktischen Gesichtspunkten folge. („Erwiderung" von W. Winkler, Deutsches Statistisches Zentralblatt 24 (1932), Sp. 123 f.).

[13] Siehe die folgenden Besprechungen: Flaskämper, Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik 137 (1932), S. 786; Schumpeter, Schmollers Jahrbuch 57/I. (1933), S. 138, 139; Anderson, Zeitschrift für Nationalökonomie 4 (1933), S. 706; Philipp Schwartz, Allgemeines Statistisches Archiv 22 (1932), S. 8; Giorgio Mortara, Giornale degli Economisti e Rivista di Statistica (1932), S. 782.

Winkler gliederte sein Werk in fünf Teile, wobei er in einer Einleitung sich mit dem System der „Gesellschaftsstatistik“ beschäftigt, die in seiner Terminologie die engere Demographie mit umfasste. In den übrigen Kapiteln bietet er Einführungen in die Bevölkerungsstatistik, die Wirtschaftsstatistik, die Kulturstatistik und die politische Statistik. Diese Einteilung ging auf Georg v. Mayr zurück, wobei dieser den Abschnitt „Kulturstatistik“ in eine „Moral- und eine Bildungsstatistik“ zergliedert hatte. Der Abschnitt über die Bevölkerungsstatistik, Winklers Hauptarbeits- und Hauptforschungsgebiet als Leiter der Bevölkerungsabteilung des österreichischen Bundesamtes für Statistik (vgl. hierzu Pinwinkler 2003: 94–116, 190–208), umfasst mit rund 120 Seiten fast die Hälfte aller anderen Kapitel.

Die von Winkler propagierte Einführung des Begriffs der „Gesellschaftsstatistik“ anstatt der bisher verbreiteten Bezeichnung „Sozialstatistik“ begründet der Statistiker damit, dass letzterer seine allgemeine Gültigkeit verloren habe und sich nur mehr auf ein Teilgebiet der Gesellschaftsstatistik, die „Statistik der hilfsbedürftigen Gesellschaftsmassen“, beziehe (vgl. Winkler 1933: 1 – wörtl. Zit., 3).[14]

Im Folgenden soll unter Ausblendung der anderen im Lehrbuch behandelten Teilgebiete der Statistik Winklers Einführung in die Bevölkerungsstatistik genauer dargestellt werden, wobei jene Stoffbereiche, deren eigentümliche Behandlung durch den Autor eine besondere Prägung durch den diskursiven Kontext der damaligen Zeit verrät, größeres Interesse verdienen.

Das Kapitel zur Bevölkerungsstatistik ist, so wie die anderen Teile des Lehrbuchs auch, im Ganzen wenig mathematisch geraten. Es referiert die Möglichkeiten zur Erfassung einer Bevölkerung, die sogenannte natürliche Bevölkerungsbewegung und die Statistik der Wanderungen. Der Autor pflegt bei der Erörterung seines Stoffes ein relativ klares Schema einzuhalten, indem er zunächst die zur Diskussion anstehenden Begriffe einer definitorischen Erörterung unterzieht und die zum jeweiligen Gegenstandsbereich vorhandene weiterführende Literatur zitiert. Sind die Begriffe geklärt, schreitet er zur Vorführung der statistischen Erfassungsmethoden, wobei die der Statistik zur Verfügung stehenden Ziffern jeweils in ihrer Brauchbarkeit gewürdigt werden.

[14] Der Begriff „Gesellschaftsstatistik“ konnte sich jedoch gegenüber dem gebräuchlicheren Begriff der „Sozialstatistik“ nicht durchsetzen [Anm. d. V f.].

Zunächst wendet sich Winkler der Weiterführung (Extrapolation) einer Bevölkerung zu, einer Aufgabe, die Geburten und Zuwanderung als Aktiva, Sterbefälle und Abwanderung als Passiva in Rechnung stellt. Die Erfassung der Bevölkerung erfolgt in dreierlei Weise: als rechtliche Bevölkerung, als anwesende Bevölkerung und als Wohnbevölkerung. Winkler spricht sich dezidiert für die Erhebung der Wohnbevölkerung aus. Im Zuge von Volkszählungen werde stets die Zahl der Haushaltungen erhoben, deren „Kern, die Familie", den Autor besonders interessiert. Eine möglichst in mehrjährigen Abständen wiederholte Durchführung einer familienstatistischen Erhebung gelte einerseits in bevölkerungsstatistischer Beziehung der Frage, „welchen Ertrag eine […] Ehe […] ergeben hat", wobei die nicht mehr im Haushalt lebenden Kinder (die erwachsenen und gestorbenen einbezogen) gleichfalls erhoben werden sollten. Eine solcherart angelegte Familienstatistik gewähre einerseits tiefe Einblicke in die Vermehrungsvorgänge. Andererseits ermögliche diese die Untersuchung von „Familien abnormaler [gegenüber Familien von ‚normaler'] Gestaltung: Häufung der Kinder aus verschiedenen Ehen, Familienreste […]". Im Mittelpunkt derartiger Untersuchungen stünden die unversorgten Kinder, gleichgültig, ob sie ehelicher Herkunft seien oder nicht. Die Erhebung des Familienstandes gebe Einblicke u. a. in die Zahl der Geschiedenen, die sich gerade in den letzten Jahren vor Veröffentlichung des Lehrwerks stark erhöht habe. Diese Erscheinung sei „teilweise auf die leichtere Art eine Ehe einzugehen, teilweise […] auf die Zunahme individualistischer Lebensbetonung mit dem abnehmenden Vermögen, sich in eine Gesamtheit […] restlos einzufügen", zurückzuführen (Winkler 1933: 7, 12, 22, 33).

Diese oben zitierten Aussagen Winklers reflektierten sowohl sein von der Perspektive des bürgerlichen Familienvaters geprägtes Familien- und Gesellschaftsbild, als auch spezifische zeitgenössische Entwicklungen innerhalb der Bevölkerungsstatistik: Diese tendierte dazu, relativ differenzierte statistische Ergebnisse weiter zu zergliedern und neue Messzahlen zu entwickeln, mit denen das als Hauptproblem begriffene Phänomen des „Geburtenrückgangs" einer formal verfeinerten Studie unterzogen werden konnte. Solche zum Kulturpessimismus neigenden, ideologisch geprägten Sichtweisen reflektierte auch das Konstrukt der „Bevölkerungspyramide", welches den „Bevölkerungsschwund" als visuell bedrohlich anmutendes Menetekel an die Wand zu malen suchte: „Zunehmende Geburtenzahl hat die Neigung, die Basis der Pyramide immer mehr zu erweitern, der Pyramide also die Seiten auszuhöhlen, abnehmende Geburtenzahl die Neigung, die Basis der Pyramide immer mehr zu verengen, die Pyramidenseiten also auszubauchen, der Pyramide also mehr eine Glocken- oder gar eine Zwiebelform zu geben […]" (Winkler 1933: 39, 47).

Im Abschnitt über die „Statistik der körperlichen Beschaffenheit“ zeigte sich gleichfalls, dass zeitgenössische Diskurse um die angebliche physische Qualitätsverschlechterung der Bevölkerung an dem Wiener Statistiker nicht spurlos vorübergegangen waren. Damals rezipierte Winkler erstmals Veröffentlichungen von Vertretern der „anthropometrischen“ Statistik bzw. der Eugenik. Er führt z. B. das Standardwerk der deutschen Eugenik, den *Grundriß der menschlichen Erblichkeitslehre und Rassenhygiene* (Baur-Fischer-Lenz), in den Literaturhinweisen an. Im dazugehörenden Text bezieht er sich jedoch nicht auf das genannte „Standardwerk“, sondern auf seine eigene, aus dem Jahr 1920 stammende Studie über den „Rückgang der körperlichen Tüchtigkeit“ (vgl. Winkler 1920). Der Vererbungsforschung glaubt Winkler einen weiteren Bedeutungsanstieg voraussagen zu können, wenn diese bestimmte „körperliche oder geistige Eigenschaften, Krankheiten u. dgl.“ aus „Familientafeln“ entnehme und damit „wirklich statistisch“ arbeite (Winkler 1933: 45.).

Das Kapitel über die „natürliche Bevölkerungsbewegung“ beleuchtet Geburten, Eheschließungen, Sterbefälle und Wanderungen. Den weitaus größten Teil der Darstellung nimmt hingegen die Geburtenstatistik ein. Die Erhebung der Geburten (aber auch die der Eheschließungen) sollte analog zur Erfassung der Bevölkerung nach dem Wohnort erfolgen. Dadurch könnten kurzfristige Wanderungen, etwa von Brautpaaren, die zur Eheschließung Wallfahrtskirchen aufsuchen, als die Statistik verzerrend erkannt und ausgeschaltet werden. Diese Wanderungen könnten statistisch erfasst werden, indem der „Ereignisort“ (im Unterschied zum Wohnort) erhoben werde. Von Bedeutung seien auch Merkmalsverbindungen wie jene zwischen Beruf und sozialer Stellung bei der Heirat („soziales Connubium“ nach Karl Theodor von Inama-Sternegg, 1843–1908). Berechnet würden neben den verschiedenen Heiratsziffern auch „Abgangsordnungen“. Diese erweisen für beide Geschlechter und die verschiedenen Altersgruppen eine Wahrscheinlichkeit, zu heiraten oder zu sterben. Die Heiratswahrscheinlichkeit werde durch Heiratstafeln dargestellt (Winkler 1933: 55, 57, 61, 67).

Das Unterkapitel „Geburtenstatistik“, die Winkler bereits in einem eigenen Artikel des *Handwörterbuchs der Staatswissenschaften* dargestellt hatte (Winkler 1926a), bringt wieder die verschiedenen Methoden der statistischen Erfassung der Geborenen, wobei er auf den Nachteil der üblicherweise angewandten Geburtenziffer hinweist, die durch ihre Beziehung „auf 1000 der Bevölkerung“ die Kinder einbeziehe und damit die tatsächlichen Verhältnisse verzerre. Der Ausweg sei die Erfassung der ehelichen Fruchtbarkeit mittels „Fruchtbarkeitsziffer“. – Weitere

Ausführungen gelten u. a. der Statistik der Säuglingssterblichkeit, der Aufstellung einer Sterbetafel für jedes Alter, der Berechnung der Lebenserwartung und der Erörterung des „Standardindex" zur Verfeinerung der Berechnung der Sterblichkeit, der vom ungarischen Statistiker József Kőrösi (1844–1906) geschaffen worden war. Winkler lehnt diesen ab, weil er die „zufälligen Verschiedenheiten im Altersaufbau" nicht beseitige (Winkler 1933: 71, 75, 78, 87, 92, 95, 96).

Was die Ursachen des von ihm vielfach monierten Geburtenrückgangs betrifft, vermutet Winkler, dass der Sterblichkeitsrückgang den Rückgang der Geburten mitbestimmt habe, diesen jedoch nicht allein erkläre. Sein Erklärungsmodell geht davon aus, dass beide parallellaufenden Phänomene einander wechselseitig bedingten. Kinderarme Familien könnten ihrem Nachwuchs eine reichlichere Ernährung und eine bessere Pflege angedeihen lassen, wodurch die Säuglingssterblichkeit zusätzlich verringert werde. Der Rückgang der Sterblichkeit sei jedoch nicht auf die Säuglinge beschränkt, sondern erfasse auch die älteren Menschen. Als weitere wesentliche Ursache für die allgemein gestiegene Lebenserwartung bezeichnet er den allgemeinen „kulturelle[n] Fortschritt", der es ermöglicht habe, dass die Menschen sich „ausleben" könnten, folglich aus seiner Sicht weniger Verantwortungsfreude entwickelten und dadurch weniger Kinder in die Welt setzten. Die Folge sei die Entstehung eines „Zweikindersystems", das theoretisch weiter zum „Einkinder-" und zum „Keinkindersystem" führen könne (Winkler 1933: 105, 107 – wörtl. Zit.).

Besprochen wurde die *Gesellschaftsstatistik* von Flaskämper und Schwartz, die schon den ersten Band des *Grundrisses* rezensiert hatten. Außerdem gaben der Berliner Statistiker Rudolf Meerwarth (1883–1946) und der dänische theoretische Statistiker und Demograph Harald Westergaard (1853–1936) ihre kritischen Kommentare ab. Nicht zuletzt ist zu erwähnen, dass Winkler in seinem Lehrbuch auch den späteren Nobelpreisträger des Jahres 1971 Simon Kuznets (1901–1985) zitierte (vgl. Winkler 1933: 230, 282). Dieser rezipierte seinerseits den Artikel „Volkseinkommen" des Wiener Statistikers, der 1928 im *Handwörterbuch der Staatswissenschaften* erschienen war (vgl. Winkler 1928b; Vane und Mulhearn 2010: 26).

Die oben genannten Rezensenten waren sich darüber einig, dass der Wiener Kollege ein – so z. B. Westergaard – „vollkommen gelungen[es]" Lehr- und Übungsbuch verfasst habe. Einhellig begrüßt wurde auch die ausführliche Darstellung der Bevölkerungsstatistik, wobei Meerwarth das erfolgreiche Ineinandergreifen von Theorie und Praxis hervorhob. Positiv vermerkten die Vertreter der begrifflichen Statistik Flaskämper und Schwartz, dass der Autor

im zweiten Band seines Lehrbuchs auf eine breitere Entwicklung von Verfahren der mathematischen Statistik verzichtet habe. Letzterer vertrat im Gegensatz zu seiner Besprechung des ersten Bands von Winklers „Grundriß“ die Aufassung, dass Winkler mit dem vorliegenden Werk die von ihm angestrebte Synthese zwischen den beiden Strömungen in der Statistik bereits erreicht habe. Allerdings seien die Kapitel über Wanderungen und die Kriminalstatistik zu knapp behandelt worden.[15]

Winklers *Grundriß* war ein Pionierwerk innerhalb der deutschsprachigen Statistik, das einen methodischen Durchbruch, vielleicht sogar „die Aufwertung der Statistik als eigenständige Wissenschaft“ mit sich brachte (Schubnell 1984: 111). Die verbreiteten Widerstände gegen die Mathematisierung der Sozialstatistik und der Demographie legen jedoch die Vermutung nahe, dass zumindest der theoretische Teil des Lehrwerks von Seiten der Hochschullehrer wie auch von Seiten vieler Studierender eher zurückhaltend aufgenommen wurde (vgl. dazu Schubnell 1984: 109). Dies lag wesentlich daran, dass der „Umbruch von elementarer zu mathematischer Statistik an den deutschsprachigen Universitäten“ – wie eingangs mit den Worten von Karl Schwarz erwähnt – vor dem Zweiten Weltkrieg „noch nicht vollzogen“ war (Schwarz 1984: 241). Darüber hinaus hatte Winkler mit seinem Versuch, eine Synthese zwischen den beiden Richtungen in der Statistik zu schaffen, eine Rolle als Schiedsrichter auf sich genommen, mit der er keinen der anderen Statistiker wirklich überzeugen konnte. Diese strukturelle Bedingtheit aus noch nicht ausgereifter, wenngleich auf Arbeiten anderer aufbauender Pioniertat und forscherischer Einzelleistung, die ohne Bindung an eine bestimmte Schule in einem eher ungünstigen diskursiven Umfeld zustande kam, verhinderte eine breitere Rezeption von Winklers Lehrwerk. Dieses war durch seine schwerpunktmäßige Behandlung des Gebiets der Bevölkerungsstatistik zudem vorwiegend auf fachliche Fragestellungen von Demographen ausgerichtet, wodurch der potenzielle Kreis der Rezipienten weiter eingeschränkt wurde.[16]

[15] Siehe hierzu die folgenden Besprechungen: Paul Flaskämper, Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik 139 (1933), S. 792–794; Philipp Schwartz, Allgemeines Statistisches Archiv 23 (1933/34), S. 264 f.; Rudolf Meerwarth, Schmollers Jahrbuch 58,1 (1934), S. 109–111; Harald Westergaard, Weltwirtschaftliches Archiv 39 (1934), S. 7–10; 8 – wörtl. Zit.

[16] Im Jahr 1934 betonte Flaskämper in einem Forschungsbericht, dass Winklers Lehrbuch die Bevölkerungsstatistik im Unterschied zu anderen derartigen Kompendien besonders hervorhebe (vgl. Flaskämper 1934: 85).

2 Winkler und die „Frankfurter Schule der Statistik" – zusammenfassende Bemerkungen

Einer der oben bereits erwähnten Rezensenten Winklers war Paul Flaskämper (vgl. zu Flaskämper Grohmann 1979), der Biologie, Philosophie und Sozialwissenschaften in Berlin und München studiert hatte. Flaskämper wurde nach dem Ersten Weltkrieg ein Schüler von Franz Zizek, bei dem er sich 1928 habilitierte. Ähnlich wie viele seiner Fachkollegen, darunter auch Winkler, verknüpfte Flaskämper durch seine Tätigkeit als Hochschullehrer und als Leiter des Statistischen Amtes der Stadt Frankfurt am Main praktische mit theoretischer Statistik. Der fachliche Gegensatz zwischen Winkler und seinem Frankfurter Kollegen bestand darin, dass letzterer im Gegensatz zum Wiener Extraordinarius für Statistik der Einführung mathematischer Methoden in die Sozialstatistik reserviert gegenüberstand und die Eigenständigkeit der „sozialwissenschaftlichen" Statistik gegenüber anderen, von den Naturwissenschaften beeinflussten Richtungen betonte. Für Flaskämper waren Denkweise und Erkenntnisziele der „sozialwissenschaftlichen" Statistik gegenüber den Naturwissenschaften zu unterschiedlich, um die für die Anwendung in den Naturwissenschaften entwickelten statistischen Methoden ohne Abstriche auch in das System der Sozialstatistik und der Demographie zu integrieren. Gemeinsam mit Franz Zizek, dem im Wesentlichen in der Tradition Georg v. Mayrs und der historischen Schule der Nationalökonomie stehenden Begründer der „Frankfurter Schule", bildete Flaskämper das geistige Gravitationszentrum der deutschen „sozialwissenschaftlichen" Statistik; 1941 folgte er seinem akademischen Lehrer auf dem Frankfurter Lehrstuhl, den er bis zu seiner Emeritierung 1957 innehatte.

Von Zeitzeugen wird Flaskämper als „einer der großen wissenschaftlichen Gegner" Winklers beschrieben.[17] Diese Gegnerschaft lässt sich auf persönlich-informeller Ebene allerdings kaum mehr nachvollziehen, da über gegenseitige Buchbesprechungen und gemeinsame Teilnahmen an Tagungen hinausreichende Kontakte zwischen Flaskämper und Winkler quellenmäßig nicht greifbar sind. Hypothetisch liegt allerdings schon einige Aussagekraft darin, dass Winkler den Frankfurter Kollegen in seinen Lebenserinnerungen mit keinem Wort erwähnte. Nur ein einziges Mal ließ er seine Haltung gegenüber der Person Flaskämpers indirekt durchblicken: Als sich Winkler 1945 um seine Wiedereinstellung als Professor an der Wiener Universität bemühte, fertigte er einen Lebenslauf an,

[17] Gespräch des Vf. mit Univ.-Prof. Dr. Gerhart Bruckmann vom 17.06.1999, Protokoll.

in dem er auf seine in den 1930er Jahren gescheiterte Berufung nach Frankfurt zu sprechen kam und mittelbar den Nationalsozialisten die Schuld gab, dass er damals nicht zum Zug gekommen war. Als nämlich der Lehrstuhlinhaber verstorben sei, „waren bereits die Nationalsozialisten an der Macht und setzten ihren Parteigenossen Flaskämper [sic!] als Zizeks Nachfolger ein". Flaskämper war tatsächlich seit März 1933 Mitglied der NSDAP.[18] In einigen Aussagen, die von dem Frankfurter Ordinarius überliefert sind, lässt sich eine Affinität zur NS-Ideologie nachweisen: So trat Flaskämper z. B. für das rassistische und eugenische Paradigma der nationalsozialistischen Bevölkerungspolitik ein (vgl. Flaskämper 1936).

Dass Winkler ein *grundsätzlicher* Gegner der Frankfurter „sozialwissenschaftlichen" Statistik gewesen sei, wäre aber eine Aussage, die sich so undifferenziert nicht aufrechterhalten ließe. Er trat allerdings für ein Hinausgehen über die rein logisch-philosophische Theoriebildung auf dem Gebiet der Statistik ein, wie sie vom Kreis um das Schuloberhaupt Franz Zizek und von Paul Flaskämper maßgeblich betrieben wurde. Persönlich verbanden ihn zu Zizek, einem gebürtigen Grazer, der in Deutschland Karriere gemacht hatte, gute Beziehungen. Winkler berichtet, dass dieser noch zu Lebzeiten (er starb 1938) den Wunsch geäußert habe, er möge sein Nachfolger auf dem Frankfurter Lehrstuhl für Statistik werden.[19] Als er sich 1928 um den Posten eines Abteilungsleiters am Internationalen Arbeitsamt in Genf bewarb, ließ er sich von Zizek ein Zeugnis ausstellen. Dieser charakterisierte seinen Wiener Kollegen als einen Theoretiker, der „an einer der allerersten Stellen überhaupt" stehe. Zizek hob Winklers Eigenschaft, statistische Theorie und Praxis miteinander zu verbinden, besonders hervor.[20] Außer dem Umstand, dass der Frankfurter Ordinarius in der Auseinandersetzung mit der statistischen Begriffsbildung der mathematisch fundierten Wahrscheinlichkeitstheorie so gut wie keine Beachtung schenkte, gab es weitere Unterschiede: So sprach Winkler von der „Gleichartigkeit" der

[18] Universitätsarchiv Wien (UAW), PA Prof. Dr. Wilhelm Winkler, Lebenslauf und Schriftenverzeichnis (Juli 1945), S. 2; vgl. zu Flaskämper auch Wietog (2001: 99).

[19] UAW, PA Prof. Dr. Wilhelm Winkler, Lebenslauf und Schriftenverzeichnis (Juli 1945), S. 2.

[20] Ebd., Utterances about Prof. Wilhelm Winklers scientific work. „[…] So ist Winkler imstande, Theorie und Praxis zu vereinigen, d. h. mit Hilfe seines theoretischen Wissens und Verständnisses die Behandlung der Einzelzweige und Einzelprobleme der Statistik auf ein höheres Niveau zu heben, und andererseits aus der Behandlung der praktischen Fragen neue Anregungen für den weiteren Ausbau der Theorie zu schöpfen […]".

statistischen Massen, während Zizek die „Gleichartigkeit" auf die methodisch-formale Übereinstimmung und den Begriff der „Homogenität" (griech. „Gleichartigkeit") allein auf das statistische Verursachungsprinzip angewendet wissen wollte (vgl. Zizek 1928/29: 393).[21]

Die 1936 zu Zizeks sechzigstem Geburtstag von Flaskämper und Adolf Blind (1906–1996) herausgegebene Festschrift *Beiträge zur deutschen Statistik* wurde von achtzehn in Ämtern und an Universitäten tätigen Statistikern dargebracht, die alle in einer mehr oder weniger engen persönlichen Beziehung zum Jubilar standen. Flaskämper und Blind würdigten Zizek als eine Gelehrtenpersönlichkeit, die Theorie und Praxis in einem geschlossenen System vereinigt habe (Flaskämper und Blind 1936: 4). Winkler schrieb für die Festschrift einen Beitrag über „Die Wesensform als systembildender Unterscheidungsgrund?". Darin hielt er fest, dass hinsichtlich der wahrscheinlichkeitstheoretischen Grundlegung des Gesetzes der großen Zahl durch die statistische Wissenschaft aller Länder eigentlich nur gradmäßige, jedoch keine wesensmäßigen Unterschiede vorlägen. Dennoch ließen sich drei Gruppen von Statistikern unterscheiden, die das Gesetz der großen Zahl in seiner Bedeutung jeweils verschieden einschätzten: Zur ersten Gruppe, die das Herzstück der statistischen Theorie in der wahrscheinlichkeitstheoretischen („stochastischen") Auffassung des genannten Gesetzes erblickten, zählte Winkler Ladislaus v. Bortkiewicz, Alexander Tschuprow (1874–1926), O. N. Anderson, aber auch sich selbst. Zu dieser Gruppe gehörten auch die angelsächsischen Statistiker (Pearson, Yule u. a.), die sich Fragen der Stichprobenentnahme widmeten. Zu einer zweiten Gruppe von Statistikern rechnete er alle diejenigen (unter ihnen v. Mayr, Zizek u. a.), die die wahrscheinlichkeitstheoretische Begründung des für sein Lehrgebäude zentralen Gesetzes zwar anerkennen würden, sich jedoch in ihren Schriften kaum damit befassten. Eine dritte und letzte Gruppe sucht für das Gesetz der großen Zahl eine andere als die wahrscheinlichkeitstheoretische Erklärung (z. B. Mortara) (Winkler 1936: bes. 54 f., 56, 58 f.).

Es verwundert nicht, dass Winkler in einer Festschrift, die dem damaligen Doyen der „sozialwissenschaftlichen" Statistik gewidmet war, allein schon

[21] Hier sei darauf hingewiesen, dass Winkler danach strebte, die Verwendung von Fremdwörtern, gleichgültig welcher sprachlichen Herkunft, in seinen Schriften zugunsten möglichst exakter deutscher Entsprechungen auszuschalten. Diese sprachpuristische Haltung war ein Grund dafür, dass viele von Winklers Begriffsprägungen (z. B. die „Wesensform" für „das Verteilungsgesetz einer zufälligen Variablen" – vgl. Winkler 1936: 54) nicht in die Terminologie der mathematischen Statistik Eingang fanden.

aus Gründen der Höflichkeit in Bezug auf die große Streitfrage innerhalb der damaligen deutschen Statistik vergleichsweise sanfte Töne anschlug. Immerhin war seine Idee der Synthese nicht auf Konfrontation, sondern auf einen Ausgleich zwischen zwei Strömungen angelegt, der für die Weiterentwicklung von Theorie und Methodik der „Gesellschaftsstatistik" fruchtbar sein sollte. Sein theoretischer Standpunkt, der die zentrale Bedeutung des Gesetzes der großen Zahl herausstrich, wurde von Flaskämper zwar bekämpft (Flaskämper 1929: 232), jedoch waren die Unterschiede nicht so groß, dass sie per se eine unüberwindbare Hürde zwischen den beiden Gelehrten dargestellt hätten. Flaskämper trat selbst zumindest verbal für die „Übernahme der Grundzüge der mathematischen Statistik" ein (Flaskämper 1935/36: 477). Sein Nachschlagebuch *Allgemeine Statistik* und seine *Theorie der Indexzahlen* wurden von Winkler mit Zustimmung aufgenommen, obwohl Flaskämpers letztere Arbeit eine Streitschrift gegen den von Winkler sehr geschätzten US-amerikanischen Ökonomen und Statistiker Irving Fisher war.[22] Die „Schärfe" der Auseinandersetzungen zwischen Winkler und Flaskämper lag „mehr in den persönlichen und polemischen Äußerungen". Nach dem Statistiker und Demographen Heinz Grohmann (1921–2018), der in dem Konflikt auch eine Nachwirkung des Methodenstreits zwischen Gustav Schmoller (1838–1917) und Carl Menger (1840–1921) vermutete, war vielleicht auch das Misslingen der Bemühungen Winklers um die Nachfolge Zizek der Anlass für spätere „Schärfen" und „Abneigungen".[23]

Die oben gemachten Ausführungen weisen somit nachdrücklich auf Folgendes hin: Winkler hatte zwar seine Karriere in Deutschland – sofern man ihre anfänglichen äußeren Umstände als Ausdruck eines Generationenkonflikts verstehen will – im Jahr 1922 als junger, mathematisch engagierter „David" gegen den „Goliath" der stofflich-logischen Statistiker Georg v. Mayr begonnen. Bei allen seinen verdienstvollen Bestrebungen, die Statistik nach angloamerikanischem Vorbild weiterzuentwickeln und in Richtung einer Anwendung mathematischer

[22] Bespr. v. Wilhelm Winkler zu Paul Flaskämper, Theorie der Indexzahlen. Beitrag zur Logik des statistischen Vergleichs. Abteilung I, Heft 7. Berlin-Leipzig 1928, Zeitschrift für Staatswissenschaft 88 (1930), S. 652–655; Bespr. v. W. Winkler zu Paul Flaskämper, Statistik. Teil I. Allgemeine Statistik. Halberstadt 1930, Schmollers Jahrbuch 55/1 (1931), S. 166 f.; die „Theorie der Indexzahlen" war Flaskämpers Habilitationsschrift (vgl. Grohmann 2000: 671).

[23] Mitteilung von em.Univ.-Prof. Dr. Heinz Grohmann an den Vf. v. 13.12.2000.

Verfahren zu bringen, blieb Winkler aber – jedenfalls im Vergleich zum Stand der heutigen statistischen Wissenschaft – damals selbst in einem hohen Maße der tradierten „praktisch" orientierten, stofflich-enzyklopädischen Statistik verhaftet.[24]

Literatur

Anderson, Oskar N. (1935): Einführung in die mathematische Statistik, Wien: Springer.

Flaskämper, Paul (1929): „Das Problem der ‚Gleichartigkeit' in der Statistik", in: Allgemeines Statistisches Archiv 19, S. 232.

Flaskämper, Paul (1934): „Bericht über neueres bevölkerungsstatistisches und bevölkerungspolitisches Schrifttum", in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik 140, S. 83–101.

Flaskämper, Paul (1935/36): „Franz Zizek zum 60. Geburtstag", in: Allgemeines Statistisches Archiv 25, S. 475–477.

Flaskämper, Paul (1936): „Einige Forderungen an die Bevölkerungsstatistik vom Standpunkte der Bevölkerungspolitik", in: Hans Harmsen/Franz Lohse (Hg.), Bevölkerungsfragen. Bericht des Internationalen Kongresses für Bevölkerungswissenschaft. Berlin, 26.8.-01.09.1935, München: Lehmann, S. 414–417.

Flaskämper, Paul/Adolf Blind (Hg.) (1936): Beiträge zur deutschen Statistik. Festgabe für Franz Zizek, Leipzig: Buske.

Grohmann, Heinz (1979): „Paul Flaskämper †", in: Allgemeines Statistisches Archiv 63, S. 401–404.

Grohmann, Heinz (2000): „Statistik als Instrument der empirischen Wirtschafts- und Sozialforschung", in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik 220, S. 679–688.

Heimat bist du großer Söhne (1968): Neue Illustrierte Wochenschau, 25.06.1968, S. 6.

Mayr, Georg v. (1921/22): „Zur Systematik der Bevölkerungsstatistik", in: Allgemeines Statistisches Archiv 13, S. 65–97.

Pinwinkler, Alexander (2003): Wilhelm Winkler (1884–1984) – eine Biographie. Zur Geschichte der Statistik und Demographie in Deutschland und Österreich, Berlin: Duncker & Humblot.

Pinwinkler, Alexander (2007): „Minderheitendiskurse in der Bevölkerungsstatistik in Österreich 1900 bis 1945", in: Gerhard Baader/Veronika Hofer/Thomas Mayer (Hg.), Eugenik in Österreich. Biopolitische Strukturen von 1900 bis 1945, Wien: Czernin, S. 257–283.

Schubnell, Hermann (1984): „Wilhelm Winkler zur Vollendung seines hundertsten Lebensjahres", in: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft: Demographie 10, S. 109–114.

Schwarz, Arnold (1928/29): „Die ‚statistische Wesensform'", in: Allgemeines Statistisches Archiv 18, S. 235–239.

[24] Vgl. Gespräch des Vf. mit Univ.-Prof. Dr. Erich Streißler v. 11.10.1999, Protokoll.

Schwarz, Karl (1984): „Wilhelm Winkler 100 Jahre“, in: Allgemeines Statistisches Archiv 68, S. 241–243.

Statistik und Mathematik (1924), Deutsches Statistisches Zentralblatt 16, Sp. 117 f.

Union Internationale pour l’Etude scientifique de la Population (Mehrsprachiges Demographisches Wörterbuch) (1960): Deutschsprachige Fassung bearbeitet auf der Grundlage der von einer Wörterbuchkommission der „Union“ erstellten und von den Vereinten Nationen in New York veröffentlichten französischen, englischen und spanischen Ausgaben von Wilhelm Winkler, Augsburg: Deutsche Akademie für Bevölkerungswissenschaft an der Universität Hamburg, 31.

Vane, Howard R./Chris Mulhearn (Hg.) (2010): Simon S. Kuznets, Theodore W. Schultz, W. Arthur Lewis and Robert M. Solow, Cheltenham/Northampton: Elgar.

Wietog, Jutta (2001): Volkszählungen unter dem Nationalsozialismus. Eine Dokumentation zur Bevölkerungsstatistik im Dritten Reich. Berlin: Duncker & Humblot.

Winkler, Wilhelm (1920): „Der Rückgang der körperlichen Tüchtigkeit in Österreich 1870–1912“, in: Archiv für soziale Hygiene und Demographie 14, S. 193–240, 289–363.

Winkler, Wilhelm (1921): „Die statistischen Verhältniszahlen“, in: Zeitschrift für Volkswirtschaft und Sozialpolitik N.F. 1, S. 719–743.

Winkler, Wilhelm (1923a): „Statistik und Mathematik“, in: Deutsches Statistisches Zentralblatt 15, Sp. 1–6.

Winkler, Wilhelm (1923b): Die statistischen Verhältniszahlen, Leipzig/Wien: F. Deuticke.

Winkler, Wilhelm (1925): Statistik, Leipzig: Quelle & Meyer.

Winkler, Wilhelm (1926a): „Geburtenstatistik“, in: Ludwig Elster/Adolf Weber/Friedrich Wieser (Hg.), Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. Aufl., Bde. 1–8, 4, Jena: G. Fischer, S. 647–662.

Winkler, Wilhelm (1926b): „Statistische Grundpfeiler oder statistische Zwecke? Eine Entgegnung“, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik 124, S. 403–413.

Winkler, Wilhelm (1928a): „Die statistische Wesensform“, in: Allgemeines Statistisches Archiv 18, S. 420–425.

Winkler, Wilhelm (1928b): „Volkseinkommen“, in: Ludwig Elster/Adolf Weber/Friedrich Wieser (Hg.), Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. Aufl., Bde. 1–8, 8, Jena: G. Fischer, Sp. 746–770.

Winkler, Wilhelm (1928c): „Zahl, Gesetz der großen“, in: Ludwig Elster/Adolf Weber/Friedrich Wieser (Hg.), Handwörterbuch der Staatswissenschaften. 4. Aufl., Bde. 1–8, 8, Jena: G. Fischer, Sp. 1112–1122.

Winkler, Wilhelm (1931): Grundriß der Statistik, Bd. 1. Theoretische Statistik, Berlin: Springer [2., umgearb. Aufl. Wien 1947].

Wilhelm Winkler (1933): Grundriß der Statistik, Bd. 2. Gesellschaftsstatistik, Berlin: Springer [2., umgearb. Aufl. Wien 1948].

Winkler, Wilhelm (1936): „Die Wesensform als systembildender Unterscheidungsgrund?“, in, Paul Flaskämper/Adolf Blind (Hg.), Beiträge zur deutschen Statistik. Festgabe für Franz Zizek, Leipzig: Buske, S. 52–60.

Winkler, Wilhelm (1966): „60 Jahre erlebter Wissenschaft“, in: Allgemeines Statistisches Archiv 50, S. 294–300.

Winkler, Wilhelm (1979): Mein überreich bewegtes Leben, Wien [ungedr. autobiographisches Manuskript, im Besitz des Verfassers].

Zahn, Friedrich (1925): „Georg von Mayr 1841–1925", in: Allgemeines Statistisches Archiv 15, S. 1–6.
Zizek, Franz (1928/29): „Gleichartigkeit, Homogenität und Gleichwertigkeit in der Statistik", in: Allgemeines Statistisches Archiv 18, S. 393–420.

Pinwinkler, Alexander, Priv.-Doz. Dr. phil., geb. 1975 in Salzburg, seit 2012 Dozent für Zeitgeschichte am Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Universität Wien; Projektmitarbeiter an der Internationalen Stiftung Mozarteum Salzburg; Mitglied des Fachbeirats Straßennamen der Stadt Salzburg. Forschungsschwerpunkte: Wissenschafts-, Sozial- und Zeitgeschichte.

Institutionen und Organisationen der Soziologie

Soziologie als akademisches Lehrfach in der Weimarer Republik: Institutioneller Siegeszug oder Schattenexistenz?

Roberto Sala

Inhaltsverzeichnis

1 Frühe Dispute 562
2 Die ersten Lehrstühle: Soziologie als Randnotiz 565
3 Die zunehmenden Debatten innerhalb der DGS 571
4 Tönnies versus von Wiese 576
5 Soziologie als Prüfungsfach 580
6 Fazit 584
Literatur 586

Zusammenfassung

In den 1920er Jahren entfaltete sich eine rege methodologische Diskussion rund um die deutsche Soziologie. Das disziplinäre Projekt der Soziologie in der Weimarer Zeit stand hierbei im Zeichen des Spannungsverhältnisses von Theorie und Praxis. Dieses spiegelte sich besonders deutlich in der Diskussion

Dieser Aufsatz gibt im Wesentlichen das sechste Kapitel aus dem dritten Teil meines Buches *Theorie versus Praxis? Soziologie in Deutschland und den Vereinigten Staaten im frühen 20. Jahrhundert* (2019) wieder.

R. Sala (✉)
Grenzach-Wyhlen, Deutschland
E-Mail: roberto.sala@phzh.ch

© Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2022

K. Acham und S. Moebius (Hrsg.), *Soziologie der Zwischenkriegszeit. Ihre Hauptströmungen und zentralen Themen im deutschen Sprachraum*,
https://doi.org/10.1007/978-3-658-31401-9_19

über Soziologie als Unterrichtsfach wider, die in der Weimarer Republik eine besondere Bedeutung annahm. So entwickelte sich die *Deutsche Gesellschaft für Soziologie* zu einem Sprachrohr, um die Einführung soziologischer Lehrstühle zu fordern. Innerhalb dieser Debatten konkurrierte ein integratives Verständnis des Faches gegen Positionen, die alleine Professuren einer theoretischen Soziologie durchsetzen wollten. Die Debatte über die Soziologie als Unterrichtsfach zeigt, dass die Institutionalisierungserfolge der Weimarer Soziologie viel verfänglicher waren, als die Forschung häufig angenommen hat. Sie wurde zu einem Schauplatz für die Kämpfe rund um das Wesen einer Disziplin, die noch dabei war, ihre Identität zu finden.

Schlüsselwörter

Weimarer Soziologie · Beziehungslehre · Empirische Sozialforschung · Akademische Lehre · Deutsche Gesellschaft für Soziologie

In der Forschungsliteratur hat die Weimarer Soziologie einen ambivalenten Status. In seiner Kurzgeschichte der *Deutschen Gesellschaft für Soziologie* (DGS) konnotiert Wolfgang Glatzer die Zwischenkriegszeit als eine „*Take off*-Phase" der Disziplin (Glatzer 1995: 219). Aus fast gegensätzlicher Perspektive betrachtet Klaus Lichtblau die deutschsprachige Soziologie der 1920er Jahre als ein Fach, das sich in einem dauerhaften Krisenzustand befand (Lichtblau 2009). Dirk Käsler wählt differenzierte Töne, sieht aber die damalige Soziologie als Geisel der „Beziehungslehre" von Leopold von Wiese; im Zeichen dieser abstrakt-formalistischen Ansätze habe sich die Disziplin mehrheitlich durch ihre „Wirklichkeitsferne" ausgezeichnet und sei nicht in der Lage gewesen, die politische Krise der Weimarer Republik zu diagnostizieren (Käsler 2002: 537; Käsler und Steiner 1992). Dass die Weimarer Soziologie sich vom politischen Geschehen entfremdet oder sogar gegenüber dem Aufstieg des Nationalsozialismus „versagt" habe, stellen weitere Studien fest (Gorges 1986; Dyk und Schauer 2010, 2015; Nolte 2000: 133).[1] Aus einem anderem Blickwinkel hebt jedoch Erhard Stölting

[1] Freilich wird die These der „zeitdiagnostischen Sterilität" von etlichen Autoren entschieden hinterfragt, nicht zuletzt, weil sie zumindest in Teilen die polarisierten Debatten der bundesrepublikanischen Nachkriegszeitsoziologie widerspiegelt (Bock 1994: 160 f.; Dörk 2018).

hervor, ein stark abstrahierendes Verständnis des Faches habe die frühe Weimarer Soziologie geprägt, sei aber in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre auf eine regelrechte „Opposition“ seitens der Vertreter praxisnaher und empirieorientierter Ansätze gestoßen (Stölting 1986: 211 ff.).

Sind die Deutungen über den Zustand der deutschsprachigen Soziologie nach dem Ersten Weltkrieg kontrovers, besteht breiter Konsens darüber, dass die Disziplin in puncto akademische Institutionalisierung große Erfolge feiern konnte.[2] Tatsächlich entstanden nach dem Ersten Weltkrieg die ersten Lehrstühle und Institute, die sich nominell der Soziologie widmeten, und ihre Anzahl wuchs bis zum Ende der Weimarer Republik kontinuierlich. Blickt man auf die konkrete Unterrichtspraxis und auf die Debatten über Soziologie als Unterrichtsfach, erscheint der institutionelle Erfolg der Weimarer Soziologie allerdings in einem anderen Lichte.

Die intensiven methodologischen Debatten auf den deutschen Soziologentagen berührten wesentliche fachidentitäre Fragen, ließen jedoch die Frage von Soziologie als Unterrichtsfach unerwähnt. Diese fand aber umso mehr bei den Mitgliederversammlungen und Gremiensitzungen der DGS, durch die publizistischen Stellungnahmen ihrer Mitglieder und in der späten Weimarer Republik sogar durch öffentliche Appelle und spezielle Treffen der Hochschuldozenten der Soziologie hohe Beachtung. Die Stellung des Faches in der akademischen Lehre war mit der Einrichtung entsprechender Lehrstühle eng verbunden und betraf also ein Kernanliegen der Institutionalisierungsbestrebungen der Weimarer Soziologen.

Der vorliegende Aufsatz betrachtet die Entwicklung der Soziologie als Unterrichtsfach in der Weimarer Republik als Spiegel ihres institutionellen Erfolges. Es zeigt sich in aller Deutlichkeit, dass die Institutionalisierung der Soziologie „brüchig“ oder zumindest stockend war, im Schatten anderer Disziplinen stand und durch heftige disziplininterne Dispute geprägt wurde. Gefragt wird danach, in welchem Verhältnis diese Schwerfälligkeit mit dem Spannungsverhältnis zwischen theoretisch-abstrakten und praktisch-empirischen Zugängen zum jungen Fach stand.

[2] Das erkennen die klassischen Studien von Käsler (1984, 2002), Käsler und Steiner (1992), Stölting (1986, 2006) und Glatzer (1995) ausdrücklich an. Kritische Perspektiven bezüglich des Institutionalisierungsgrades der Weimarer Soziologie formulieren jedoch Scherke (2009: 182–184) und Krekel-Eiben (1990: 54).

1 Frühe Dispute

Bereits in den ersten Nachkriegsjahren entfachte sich ein Streitgespräch, ob und in welcher Form die Disziplin in den akademischen Betrieb aufgenommen werden sollte. Anlass hierfür war eine in der Soziologiegeschichte viel beachtete publizistische Auseinandersetzung, die durch Carl Heinrich Becker, Unterstaatssekretär im preußischen Kultusministerium, ausgelöst wurde (Nolte 2000: 134 ff.; Kleine 1989: 29 ff.; Stölting 2006: 23 ff.; Bruch 2006: 388). In seinen *Gedanken zur Hochschulreform* betonte er, dass der deutsche „Volkscharakter" mit einem ausgeprägten „Partikularismus" einherging, das heißt einer starken Tendenz zur Verfolgung individueller Interessen; das zeige sich „auf wissenschaftlichem Gebiete im Überwuchern des Spezialistentums und dem Mangel an Synthese" (Becker 1919: 2). Vor diesem Hintergrund forderte Becker, soziologische Lehrstühle an allen Hochschulen einzurichten: Die Soziologie sei in Deutschland kaum verbreitet, weil sie nur aus Synthese bestehe und daher dem deutschen Denken nicht entspreche. Die „soziologische Betrachtung" sei ein nötiges Erziehungsmittel, denn mit ihr „werde die Wissenschaft für uns der Weg vom Individualismus und Partikularismus zum staatsbürgerlichen Charakter" (Becker 1919: 9).[3]

Ganz neu war dieser Gedanke nicht. Becker stützte sich auf Argumente, die wenige Jahre zuvor vom Freiburger Privatdozenten Franz Keller niedergeschrieben worden waren und sich eigentlich auf die Schulbildung bezogen (vgl. Völkl 1977). Mitten im Krieg hatte der katholische Theologe dafür plädiert, die „pädagogische Soziologie" als Unterrichtsfach zu etablieren und somit „die sicheren Ergebnisse der soziologischen Wissenschaft als einen Teil der menschlichen Allgemeinbildung" zu überliefern (Keller 1916: 301). Für Keller sollte die pädagogische Soziologie der „staatbürgerlichen Erziehung" dienen, denn diese sei Gegenmittel gegen den „theoretischen und praktischen Individualismus" des modernen Lebens (Keller 1916: 303).

Becker war von derselben erzieherischen Intention animiert. Er erläuterte, er habe seine Vorschläge zur Einrichtung soziologischer Lehrstühle vom „Standpunkt des Pädagogen, nicht vom Standpunkt des Systematikers" formuliert.[4] Becker erklärte:

[3] Zu Beckers Verständnis einer ethisch aufgeladenen Bildung siehe Wolbring (2013: 267–270).

[4] Carl Heinrich Becker an Ferdinand Tönnies, 29. November 1920, Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin (GSPK): VI. HA NL Carl Heinrich Becker, Nr. 3255.

> „Als Pädagoge empfinde ich die Notwendigkeit, in unserer Volkserziehung, nach dem Zusammenbruch der alten Autoritäten, zu neuen Bindungen des Individuums zu kommen. Die entscheidende neue Bindung, die wir brauchen, ist die Selbstverantwortung gegenüber dem eigenen Ich und gleichzeitig gegenüber der Gemeinschaft. […] [I]ch stelle alle Maßnahmen pädagogischer Natur, die von dem Kultusministerium ausgehen, unter diesen einen großen Gesichtspunkt der Volkserziehung. Sowohl die Schulgemeinden, wie die Elternbeiräte, wie das Studentenrecht, ja selbst die Hochschulreform […] sind für mich nur verschiedene Mittel zur Erreichung des einen großen Zweckes: der Erziehung zur Selbstverantwortung.“[5]

Seine Anregungen zur Soziologie ordnete Becker also in die allgemeinen Bemühungen ein, an deutschen Schulen und Hochschulen politische Bildung zu fördern. Gerade vor dem Hintergrund der politisch-ethischen Bedeutung der Soziologie löste seine Schrift eine heftige Kontroverse aus (Nolte 2000: 134 f.). Der Freiburger Historiker Georg von Below schrieb, Soziologie sei ein bis zur Novemberrevolution kaum beachteter Begriff, der erst an Bedeutung gewonnen habe, nachdem der sozialdemokratische Kultusminister Adolph Hoffmann die Einrichtung soziologischer Professuren gefordert habe (Below 1919: 1271 f., Below 1920a). Hoffmann habe zwar keine klare Vorstellung von Soziologie, möge aber das Wort, weil es an „sozial“ und „sozialistisch“ anklinge. Durch die Schaffung von Lehrstühlen für Soziologie verfolge er das Ziel, Personen sozialistischen Bekenntnisses zu Professoren zu befördern – ein Anliegen, das von Hoffmanns Nachfolger Konrad Haenisch und seinem Unterstaatssekretär Carl Heinrich Becker weiterverfolgt worden sei. Diesen Radikalangriff ergänzte von Below mit der Feststellung, Soziologie sei ohnehin ein unnötiges Fach – sowohl in der von Becker geforderte Form einer „Universalwissenschaft“ noch als Einzeldisziplin, denn soziologische Fragestellungen seien bereits ein fester Bestandteil der etablierten Geisteswissenschaften (Below 1919: 1311 ff.). Soziologie sei etwa eine „Methode“ oder eine „Betrachtungsart“ der Nationalökonomie (Below 1920b: 523 f.).

In einem leidenschaftlichen Artikel verteidigte Ferdinand Tönnies die Stellungnahme von Becker und nahm von Belows Positionen penibel auseinander (Tönnies 1920).[6] Der Kieler Geheimrat unterstellte sogar, von Below habe die Forderung von Lehrstühlen für Soziologie durch Hoffmann und später

[5] Carl Heinrich Becker an Ferdinand Tönnies, 29. November 1920, Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin (GSPK): VI. HA NL Carl Heinrich Becker, Nr. 3255.

[6] Einen kritischen Aufsatz gegen die Positionen von Belows publizierte auch von Wiese (1920).

Haenisch frei erfunden („was der damalige Minister über Soziologie gesagt hat, weiß er offenbar so wenig wie ich“) (Tönnies 1920: 221). Beckers Schrift sei die Meinung eines hochangesehenen Gelehrten und nicht der „Kommentar zu den Gedanken der Minister“. Carl Heinrich Becker bedankte sich zutiefst bei Tönnies für dessen Beitrag. Nichts widerspreche seiner Tendenz mehr, als „die Schaffung parteipolitischer Lehrstühle oder gar die Forderung einer enzyklopädischen Allerweltwissenschaft“.[7] Dabei bemerkte er, die finanzielle Lage erschwere zwar jeden Plan, aber er gebe die Hoffnung nicht auf, „dass sich doch Mittel und Wege werden finden lassen, dem soziologischen Denken im Rahmen einer verstärkten Betonung des philosophischen Denkens überhaupt den ihm gebührenden Platz an unseren Hochschulen zu verschaffen“. Die solidarischen Worte zwischen Becker und Tönnies verstellen allerdings den Blick dafür, dass die beiden Gelehrten eigentlich sehr unterschiedliche Auffassungen von Soziologie vertraten. Während Becker die Disziplin ganz in den Kanon humanistischer Bildung einordnete, hatte Tönnies in seiner Stellungnahme nicht versäumt, seine Vorstellung einer empirischen und angewandten Soziologie hervorzuheben (Tönnies 1920: 219).

Der Disput zwischen Becker, von Below und Tönnies spiegelte wider, wie unscharf die Frage von „Soziologie als Unterrichtsfach“ in der unmittelbaren Nachkriegszeit war. Dies galt weit über den durch von Below polemisch vorgetragenen Vorwurf hinaus, soziologische Lehrstühle könnten zu Boten sozialdemokratischer Gesinnung werden. Die beteiligten Gelehrten vertraten Positionen, die stark auseinandergingen, aber allesamt verbreitete und „legitime“ Auslegungsvarianten der Soziologie zum Ausdruck brachten. Beckers Vorstellung einer philosophischen Gesellschaftslehre, die zum grundlegenden Verständnis sozialer Zusammenhänge beitragen sollte, war keine kurzweilige Erfindung des Ministerialbeamten, sondern baute auf im Kaiserreich gängigen Diskursen auf. Tönnies’ Plädoyer für eine empirische und angewandte Soziologie stellte gerade die Gegenposition zu dieser Konzeption einer primär philosophisch-spekulativen Disziplin dar. Schließlich stand Georg von Below den Perspektiven vieler Gelehrter, die für die Soziologie Interesse bekundeten, näher, als auf den ersten Blick anzunehmen wäre. Er sprach soziologischen Fragestellungen keine Legitimität ab, sondern beteuerte, dass sie durch die etablierten Disziplinen bereits berücksichtigt wurden. Die meisten Mitglieder der DGS hatten Professuren beispielsweise der Nationalökonomie, der Rechtswissenschaft oder

[7] Becker an Tönnies, 29. November 1920. Folgende Zitate stammen aus diesem Dokument.

der Statistik inne und verfolgten die Soziologie nicht als einen Gegenentwurf zur eigenen Disziplin, sondern als eine in ihr bestehendes disziplinäres Profil zu integrierende Perspektive.

2 Die ersten Lehrstühle: Soziologie als Randnotiz

Von diesen mannigfaltigen Ambivalenzen zeugten die ersten Lehrstühle, die in ihrer Bezeichnung den Terminus Soziologie trugen und im Jahre 1919 an den neugegründeten Universitäten Frankfurt (Franz Oppenheimer) und Köln (Leopold von Wiese und Max Scheler) eingerichtet wurden. Soziologie bildete einen Appendix zu einer etablierten Disziplin und Inhalte, die als soziologisch explizit konnotiert waren, spielten in der Unterrichtspraxis eine zweitrangige Rolle. Das war sicherlich der Fall bei Franz Oppenheimer, der als ordentlicher Professor für „Soziologie und theoretische Nationalökonomie" in Frankfurt lehrte. Deutlich mehr als zwei Drittel seiner Lehrveranstaltungen waren im Bereich Volkswirtschaftslehre angesiedelt.[8] Nach mehr als sechs Semestern hatte er nur zwei

[8] Es sind die Vorlesungsverzeichnisse der Universität Frankfurt zwischen dem Winter 1919/1920 und dem Winter 1922/1923 ausgewertet worden (Universität Frankfurt 1919, 1920a, b, c, 1921a, b, 1922a, b). Oppenheimer hielt in diesem Zeitraum folgende Veranstaltungen: Winterhalbjahr 1919/1920: *Geschichte des Sozialismus* (Volkswirtschaftslehre); *System der Soziologie II. Teil: Staat und Wirtschaftsgesellschaft* (Soziologie und Politik). Sommerhalbjahr 1920: *Geschichte der Nationalökonomie* (Volkswirtschaftslehre); *Seminar und Übungen für Vorgeschrittene über theoretische Nationalökonomie* (Volkswirtschaftliche Seminare); *Proseminar und Übungen für Anfänger über theoretische Nationalökonomie* (Volkswirtschaftliche Seminare). Winterhalbjahr 1920/1921: *Geschichte des Sozialismus* (Volkswirtschaftslehre und Wohlfahrtspflege); *Uebungen in theoretischer Nationalökonomie für Anfänger mit kleinen schriftlichen Uebungen* (Volkswirtschaftliche Seminare); *Uebungen in theoretischer Nationalökonomie für Fortgeschrittene mit schriftlichen Arbeiten* (Volkswirtschaftliche Seminare). Winterhalbjahr 1921/1922: *Geschichte der Nationalökonomie* (Volkswirtschaftslehre und Wohlfahrtspflege); *Soziologisches Kolloquium* (Soziologie). Sommerhalbjahr 1922: *Uebungen für Anfänger* (Volkswirtschaftliche Seminare); *Uebungen für Fortgeschrittene* (Volkswirtschaftliche Seminare); *Soziologisches Kolloquium* (mit Gottfried Salomon) (Soziologie). Winterhalbjahr 1922/1923: *Geschichte des Sozialismus* (Volkswirtschaftslehre); *Uebungen in theoretischer Nationalökonomie* (für Anfänger) (Volkswirtschaftliche Seminare); *Uebungen in theoretischer Nationalökonomie* (für Fortgeschrittene) (Volkswirtschaftliche Seminare); *Allgemeine Soziologie* (Grundlegung) (Soziologie); *Soziologisches Kolloquium über Rassentheorien* (mit Gottfried Salomon) (Soziologie).

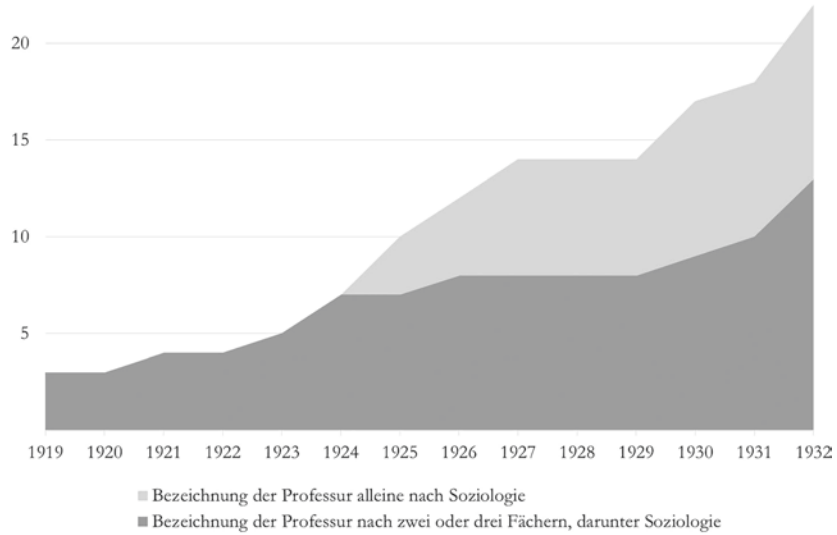

Abb. 1 Anzahl der ordentlichen oder außerordentlichen Lehrstühle, die den Begriff Soziologie im Titel trugen. Deutsches Reich, 1919–1932. (Quelle: Eigene Bearbeitung, basierend auf Sala (2019: 342 ff.).[9])

Vorlesungen im Bereich Soziologie (beziehungsweise Soziologie und Politik) gehalten, darunter eine mit einem explizit ökonomischen Themenzugang. Dazu kamen drei *Soziologische Kolloquien,* die er gemeinsam mit Gottfried Salomon veranstaltete, einem in der Causa der Soziologie engagierten jungen Privatdozenten.

Dennoch machte Soziologie auch bei Leopold von Wiese und Max Scheler, die neben ihren Professuren auch die Soziologische Abteilung des Forschungsinstituts für Sozialwissenschaften in Köln leiteten, nur einen untergeordneten Anteil ihrer Lehrtätigkeit an der Universität Köln aus. Als er sich in die Kontroverse mit Georg von Below einschaltete, gab von Wiese dies auch zu, denn die zwei Vertreter der Soziologie in Köln würden „in erster Linie zwei längst

[9] Basierend auf Sala (2019: 342 ff.).

anerkannte Fächer (Philosophie und Nationalökonomie)“ unterrichten (Wiese 1920: 349). In der Praxis unterschied sich jedoch der Umgang beider Gelehrter mit Soziologie als Unterrichtsfach. Bei Scheler, Professor für Philosophie und Soziologie an der Philosophischen Fakultät,[10] war ein spezifisch soziologisches Profil kaum sichtbar, denn er hielt zum größtem Teil Vorlesungen und Seminare, die eindeutig dem philosophischen Bereich zuzuordnen waren; die wenigen Lehrveranstaltungen, die einen potentiellen Bezug zum zweiten von ihm zu vertretenden Fach – wie beispielsweise *Probleme der Sozialpsychologie* – hatten, waren nicht explizit entsprechend bezeichnet.[11] Leopold von Wiese, der Professor für Wirtschaftliche Staatswissenschaften und Soziologie an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät war, bemühte sich hingegen offensichtlich, der Soziologie einen eigenständigen Platz einzuräumen. Auch bei ihm drehte sich die Mehrheit der Lehrveranstaltungen (circa sieben von zehn) um die „stärkere“

[10] Zunächst wurde Scheler der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät zugeordnet, ab 1920 der neugegründeten Philosophischen Fakultät.

[11] Zwischen Sommer 1919 und Winter 1921/1922 hielt Scheler folgende Lehrveranstaltungen: Sommerhalbjahr 1919 (Allgemeine Geisteswissenschaften): *Grundfragen der Ethik (mit besonderer Berücksichtigung der Genealogie der herrschenden Wertschätzungen); Übungen für Fortgeschrittene: Wesensformen der sozialen Verbände*. Zwischensemester September-Dezember 1919 (Philosophie): *Wesen und Begründungsformen der Religion; Übungen über die Formen des Sozialismus und das Christentum; Philosophische Übungen über das Problem von Leib und Seele*. Sommersemester 1920 (Philosophie): *Grundfragen der Erkenntnislehre (mit Einleitung in die Philosophie der Gegenwart); Geschichte der europäischen Philosophie im 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart; Probleme der Sozialpsychologie*. Wintersemester 1920/1921 (Philosophie und Pädagogik): *Probleme der Metaphysik; Einleitung in die Geisteswissenschaften und die Philosophie der Geschichte; Über christlichen Solidarismus; Lektüre von Kants Kritik der reinen Vernunft*. Sommersemester 1921 (Philosophie, Psychologie und Pädagogik): *Grundproblem der Ethik; Problem der Unsterblichkeit der Seele; Übungen*. Wintersemester 1921/1922 (Philosophie, Psychologie und Pädagogik): *Einleitung in die Philosophie (zugleich Einführung in die Erkenntnistheorie der Gegenwart); Über den Solidarismus (Grundlinien einer Sozialphilosophie); Vorbilder und Führer; Philosophisches Seminar: Besprechung neuerer phänomenatopischer Arbeiten, besonders über die Wahrnehmung*. Städtische Handelshochschule Köln (1919). Universität Köln (1919, 1920a, b, 1921a, b).

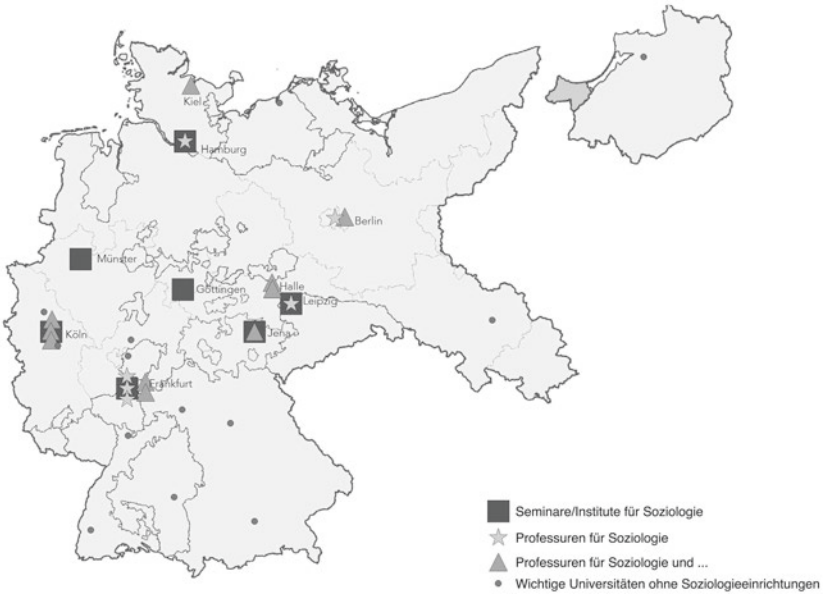

Abb. 2 Seminare, Institute und Lehrstühle für Soziologie an deutschen Universitäten (ohne Technische Hochschulen und Handelshochschulen) im Jahre 1932. (Quelle: Eigene Bearbeitung, Basierend auf Sala (2019: 342 ff.) und Tietze (1995).[12])

Disziplin, sprich die Nationalökonomie.[13] Er unterrichtete beispielsweise *Agrar-, Gewerbe- und Industriepolitik, Geschichte der Volkswirtschaftslehre* oder *Organisation der Produktion und der Verkehrspolitik.* Seine Lehre betraf häufig auch die Sozialpolitik, die er ja in seinen methodologischen Stellungnahmen

[12] Basierend auf Sala (2019: 342 ff.) und Tietze (1995).

[13] In den ersten drei Jahren nach seiner Berufung waren 22 der von ihm gehaltenen 31 Lehrveranstaltungen eindeutig der Nationalökonomie zuzuordnen. Zwischen Sommer 1919 und Winter 1921/1922 hielt von Wiese folgende Lehrveranstaltungen: Sommerhalbjahr 1919 (A. Volkswirtschaftslehre): *Einführung in die Volkswirtschaftslehre; Geschichte der Volkswirtschaftslehre*; *Grundzüge der Soziologie zur Einführung in die Sozialwissenschaften; Kolloquium über Organisation der Produktion und der Verkehrspolitik; Kolloquium über Geschichte und moderne Probleme der Sozialpolitik; Volkswirtschaftliches Seminar*. Zwischensemester September-Dezember 1919 (Volkswirtschaftslehre): *Geschichte der Volkswirtschaftslehre. Teil II von Adam Smith bis zur Gegenwart; Sozial-*

stets als Gegenpol der Soziologie darstellte. Dennoch bot von Wiese regelmäßig Veranstaltungen an, die klar als soziologisch zu erkennen waren. Dies galt insbesondere für die „Soziologischen Seminare", die sowohl für Anfänger als auch für Fortgeschrittene veranstaltet wurden und zum Teil sogar die Beteiligung an den Studien des Forschungsinstituts für Sozialwissenschaften vorsahen. Von Wiese hatte offenbar durch die Lehrverpflichtungen zur Nationalökonomie beschränkte Spielräume, um Soziologie in die akademische Lehre einzubringen, wenn er auch allmählich diesen Bereich ausweiten konnte.[14]

Wie an der Lehrtätigkeit von Oppenheimer, Scheler und von Wiese deutlich wird, implizierte die Einrichtung von Professuren, die den Terminus Soziologie

---

politik (unter bes. Berücksichtigung der Probleme der gewerb. Arbeitsverhältnisses) (Spezielle Volkswirtschaftslehre V); Kolloquium über Agrar-, Gewerbe- und Industriepolitik; *Volkswirtschaftliches Seminar*. Sommersemester 1920 (Volkswirtschaftslehre): *Einführung in die Volkswirtschaftslehre (Allgemeine Volkswirtschaftslehre I); Geschichte des Sozialismus; Volkswirtschaftliches Seminar; Soziologisches Seminar; Übungen über Volksbildungswesen (Seminar zur Ausbildung von Volkshochschullehrern).* Wintersemester 1920/1921 (Volkswirtschaftslehre): *Allgemeine Volkswirtschaftslehre II: Lehre vom Werte, Preise und Einkommen; Einführung in die Gesellschaftslehre (Grundlage der Soziologie); Sozialpolitik; Einführung in die Gesellschaftslehre (Grundlage der Soziologie); Soziologisches Seminar*. Sommersemester 1921 (Volkswirtschaftslehre): *Einführung in die Volkswirtschaftslehre (Allgemeine Volkswirtschaftslehre, I. Teil: Wirtschaftssoziologie); Geschichte der Volkswirtschaftslehre, I. Teil (Von der Antike bis Adam Smith); Volkswirtschaftliches Seminar; Soziologisches Seminar.* Unterstufe: *Einführende Referate und Besprechungen; Soziologisches Seminar*. Oberstufe: *Teilnahme an den Studien des Forschungsinstituts*. Wintersemester 1921/1922 (Volkswirtschaftslehre): *Allgemeine Volkswirtschaftslehre II: Wirtschaftstheorie; Geschichte der Volkswirtschaftslehre. Teil II (von Adam Smith bis zur Gegenwart); Kolloquium über Probleme der Allgemeinen Volkswirtschaftslehre; Kolloquium über Sozialpolitik; Volkswirtschaftliches Seminar; Soziologisches Seminar.* Unterstufe: *Einführende Referate und Besprechungen; Soziologisches Seminar. Oberstufe: Teilnahme an den Studien des Forschungsinstituts.* Städtische Handelshochschule Köln (1919); Universität Köln (1919, 1920a, b, 1921a, b).

[14] Im Wintersemester 1928/1929 hielt er beispielsweise nominell je drei Veranstaltungen in den Bereichen Volkswirtschaftslehre und Soziologie. Allerdings sahen die wirtschaftswissenschaftlichen Kurse mehr als doppelt so viele Unterrichtsstunden wie die soziologischen vor: *Einführung in die Volkswirtschaftslehre (Allgemeine Volkswirtschaftslehre I: Wirtschaftssoziologie),* 3 Wochenstunden; *Geschichte des Sozialismus (Geschichte der Volkswirtschaftslehre III),* 2 Wochenstunden; *Volkswirtschaftliches Seminar (Übungen über Gegenwartsprobleme des Sozialismus),* 2 Wochenstunden; *Geschichte und Hauptprobleme der Soziologie,* 1 Wochenstunde; *Soziologisches Seminar (Unterstufe),* 1 Wochenstunde; *Soziologisches Seminar (Oberstufe),* 1 Wochenstunde. Universität Köln (1928: 51–54).

als Zweitbezeichnung mittrugen, kein klar erkennbares Angebot „soziologischer Themen“. Vielmehr bedeutete das Nebeneinanderstehen von einer starken, etablierten Disziplin und der Soziologie, dass als soziologisch erkennbare Lehrveranstaltungen – je nach Intentionen des Dozenten – eine sehr schwache (Scheler), schwache (Oppenheimer) oder mittelschwache (von Wiese) Berücksichtigung finden konnten.

Dass die Soziologie mit einem anderen Fach „kohabitierte“, blieb der vorherrschende Zustand an deutschen Hochschulen, auch nachdem ab Mitte der 1920er Jahre reine soziologische Lehrstühle eingerichtet wurden (siehe Abb. 1). Im Jahre 1932 betraf die Doppelbenennung mehr als die Hälfte der strukturellen, also ordentlichen oder außerordentlichen Professuren mit Verweis auf die neue Disziplin (13 von 22). Die meisten „Doppelprofessuren“ verknüpften die Soziologie mit den Wirtschaftswissenschaften (sieben Professuren), gefolgt von der „Philosophie und Sozialpädagogik“ und den Rechtswissenschaften (jeweils zwei Professuren). Die Randstellung der Soziologie als Anhang zu etablierten Fächern lässt sich bei Leopold von Wiese, dem Advokat einer soziologischen Einzeldisziplin, auch über seine Lehrpraxis hinaus illustrieren. Seine ökonomisch-soziologische Professur hatte er als einen der zwölf ordentlichen Lehrstühle inne, die an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Köln angesiedelt waren (Universität Köln 1932: 15 f.). Darunter trugen drei Professuren den Titel „Wirtschaftliche Staatswissenschaften“, weitere vier hatten Bezeichnungen, die im damaligen Verständnis eng mit der Nationalökonomie verknüpft waren (Sozialpolitik, Wirtschaftsgeschichte, Finanzwissenschaft und Statistik). Hinzu kamen vier Professuren der Betriebswirtschaftslehre.

Professuren der Soziologie als Einzelfach wurden nur an wenigen Hochschulen eingerichtet. Die Universität Frankfurt verfügte um 1930 über drei reine Soziologielehrstühle, die Universitäten Berlin, Hamburg und Leipzig jeweils über einen. Hierzu kamen die Technischen Hochschulen Dresden und Braunschweig sowie die Wirtschaftshochschule Berlin. Trotz ihrer begrenzten Anzahl trugen diese Professuren dazu bei, ein abgegrenztes Lehrangebot zu etablieren, das explizit als soziologisch erkennbar war. In Frankfurt hielt etwa Karl Mannheim Einführungsveranstaltungen wie *Hauptprobleme der Soziologie* oder *Kultursoziologie* ab, in Braunschweig unterrichtete Theodor Geiger *Systematische Soziologie* (Universität Frankfurt 1930: 57, 1931: 57; Technische Hochschule Carolo-Wilhelmina zu Braunschweig 1930: 50). Derartige Vorlesungen setzten das Verständnis von Soziologie als einer klar definierten Disziplin voraus. Zugleich verdeutlicht gerade das Beispiel von Mannheim und Geiger, welche heterogenen Inhalte unter dem Dach der Soziologie gelehrt wurden. Setzte sich Ersterer mit *Ideengeschichte des XIX. Jahrhunderts in soziologischer Betrachtung* aus-

einander, ging Letzterer – noch im Geist der Sozialreform – auf *Die Lebenswelt und Lebensschicksal des Industriearbeiters* ein (Universität Frankfurt 1930: 57, 1931: 50).

Wie auch in Abb. 2 verdeutlicht, bildete die Soziologie bis zum Ende der Weimarer Republik nur einen schwachen Bezugsrahmen für den akademischen Lehrkörper. Dabei konzentrierten sich die Einrichtungen und Lehrstühle, die nach der Disziplin benannt waren, fast ausschließlich auf Preußen – dort profitierten die Befürworter einer akademischen Soziologie von der wohlwollenden Haltung, die das preußische Kultusministerium unter dem Einfluss von Carl Heinrich Becker hatte. An süddeutschen Universitäten kam es hingegen zu keinerlei formalisierter Anerkennung des Faches.

3 Die zunehmenden Debatten innerhalb der DGS

Gerade wegen der schwachen Verbreitung der Soziologie in akademischen Strukturen wurde innerhalb der DGS intensiv debattiert, wie sie als Unterrichtsfach etabliert beziehungsweise wie die Einrichtung soziologischer Lehrstühle erreicht werden konnte. Die Stellungnahmen und Interventionen der Vereinigung und ihrer Mitglieder begleiteten die zwar bescheidene, aber progressive Zunahme von Soziologieprofessuren.[15] Im Hintergrund stand jedoch keine geradlinige Kampagne der DGS. Vielmehr verdichteten sich um die Frage von Soziologie als Unterrichtsfach die methodologischen Auseinandersetzungen um die junge Disziplin.

In einem Gutachten für das preußische Kultusministerium aus dem Jahr 1920 beteuerte Andreas Walther, damals Inhaber einer geschichtswissenschaftlichen Professur an der Universität Göttingen, Soziologie sei als anerkanntes Unterrichtsfach notwendig; er wandte sich aber gegen „die Begriffssoziologie oder ‚reine' Soziologie (die sich oft missbräuchlich einfach Soziologie nennt)".[16] Die „Gesellschaft" werde von den Vertretern dieser Strömung „mehr oder weniger

[15] Eine detaillierte Chronologie liefert Matthes (1980: 25 ff.; vgl. Stölting 1986: 237 ff., 2006).

[16] Bericht von Prof. Andreas Walther und der Philosophischen Fakultät der Universität Göttingen für das Kultusministerium, Göttingen, 24. Juni 1920, Ausfertigung, gez. Stille (Spenkuch 2016: 1000 ff.).

aus dem Leeren“ konstruiert, während sie in Wirklichkeit „etwas eminent Empirisches [sei], das nur in der Gesamtgeschichte vorzufinden“ sei.[17]

Leopold von Wiese nutzte hingegen seine privilegierte Position als Schriftführer der DGS und Herausgeber der *Kölner Vierteljahrshefte für Soziologie,* um auch in Bezug auf die Einrichtung neuer Lehrstühle sein Credo durchzusetzen, die Soziologie sei eine vorwiegend theoretische Disziplin. Dies geschah auch und besonders durch indirekte, aber aussagekräftige Eingriffe. Auf dem Vierten Soziologentag in Heidelberg 1924 hatte die Mitgliederversammlung den Beschluss gefasst, die Gesellschaft solle zur „Förderung der Soziologie als Lehrfach“ beitragen und benötige daher „eine ausreichende Orientierung über die gegenwärtigen tatsächlichen Verhältnisse“ (Wiese 1925: 317). Davon ausgehend initiierte von Wiese eine Umfrage über die entsprechenden Zustände im Wintersemester 1924/1925 und schrieb Dutzende von Kollegen an deutschsprachigen Universitäten an. Der Fragebogen sah drei Hauptrubriken vor, die allerdings ungleich vertreten waren. Unter „A. Allgemeine (theoretische) Soziologie (Gesellschaftslehre)“ stellte von Wiese einen detaillierten Katalog von neun Fragen auf, die sich unter anderem auf die personelle und institutionelle Ausstattung, informelle Arbeitszirkel, die Zulassung der Soziologie als Prüfungsfach und Lehrveranstaltungen bezogen. Lediglich summarische Mitteilungen waren hingegen erbeten unter den Punkten „B. Nachbargebiete (spezielle Soziologie, z. B. Wirtschafts-, Rechts-, Religions-, Kunst-, Sprachsoziologie, Sozialphilosophie, Völkerkunde usw.)“ sowie „C. Soziologische Methoden“.

Durch den Fragebogen machte Leopold von Wiese klar, unter Soziologie sei nur die theoretische, allgemeine Disziplin zu verstehen, während spezielle, auf konkrete Inhalte bezogene Felder lediglich Nachbargebiete darstellen würden; auch das Verständnis von Soziologie als Methode verdiente für den Schriftführer der DGS höchstens eine Randbemerkung. Somit hatte die Umfrage eine starke wissenschaftspolitische Komponente. Dennoch ließen sich die Teilnehmer keineswegs auf die Reduktion der Disziplin auf ein bloß theoretisches Gebilde ein. Auf die Fragen unter der Rubrik „Allgemeine (theoretische) Soziologie (Gesellschaftslehre)“ gaben sie meistens Antworten, die mannigfaltige Inhalte – sowohl empirischer als auch eher spekulativer Natur – berücksichtigten und undifferenziert von einer nicht näher definierten „Soziologie“ ausgingen. Anders formuliert: Sie gaben wieder, welche Stellung Soziologie als Etikett für die

[17] Bericht von Prof. Andreas Walther und der Philosophischen Fakultät der Universität Göttingen für das Kultusministerium, Göttingen, 24. Juni 1920, Ausfertigung, gez. Stille (Spenkuch 2016: 1000 ff.).

Tab. 1 Soziologie als Prüfungsfach oder als Themenfeld von Dissertationen 1924/1925. (Quelle: Umfrage von Leopold von Wiese (1925))

I. Soziologie als Prüfungsfach (11 Hochschulen)
Promotionshauptfach Dr. rer. pol. (Uni Leipzig, Uni Frankfurt, Uni Göttingen – beantragt)
Promotionsnebenfach Dr. rer. pol. (Uni Greifswald, Uni Kiel, Uni Münster)
Promotionshauptfach Dr. phil. (Uni Göttingen, Uni Heidelberg, Uni Kiel)
Promotionsnebenfach Dr. phil. (Uni Berlin)
Wahlfach volkswirtschaftliche Diplomprüfung (Uni Königsberg, HH Nürnberg, Uni Leipzig – geplant)
Obligatorisches Prüfungsfach volkswirtschaftliche Diplomprüfung (TH Dresden)
II. Soziologie kein Promotionsfach, aber… (1 Hochschule)
…soziologische Themen für Dissertationen an der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät möglich (Königsberg)
III. Soziologie kein Prüfungsfach, aber… (6 Hochschulen)
…soziologische Themen für Dissertationen an der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät möglich (Uni Breslau, Uni Freiburg)
…soziologische Themen für Dissertationen an der Rechts- und Staatswissenschaftlichen oder Philosophischen Fakultät möglich (Uni Halle, Uni Jena)
…soziologische Themen für Dissertationen möglich – ohne Angabe der Fakultät (Uni Gießen, Uni Würzburg)
IV. Soziologie weder Prüfungsfach, noch Dissertationsthema (12 Hochschulen)
Uni Aachen, HH Berlin, Uni Bonn, TH Brünn, TH Danzig, TH Darmstadt, Uni Hamburg, TH Hannover, HH Mannheim, Uni Marburg, Uni München, Uni Rostock

akademische Lehre hatte, ohne jegliche erkenntnistheoretische Konnotation vorzunehmen.

Hinsichtlich der personellen Ressourcen bestätigte die Umfrage, dass „soziologische Lehrstühle“ schwach vertreten und lediglich in Frankfurt, Köln, Berlin, Göttingen und Halle/Wittenberg vorhanden waren, wenn auch einzelne Universitäten wie Gießen, Greifswald, Heidelberg, Jena, Kiel und Münster Lehraufträge in Soziologie erteilten. Besondere Erkenntnisse lieferten aber vor allem die Rückmeldungen auf die Frage, ob Soziologie ein Prüfungsfach sei und ob soziologische Themen für Dissertationsarbeiten gewählt würden.

Von den 29 Hochschulen aus dem Reichsgebiet, die das Formular zurückschickten, gaben knapp zwei Drittel an, Soziologie sei kein Prüfungsfach (siehe Tab. 1, Bereiche III und IV).[18] Darunter meldeten zwar einige Einrichtungen, ein

[18] Die Erhebung erfasste auch die österreichischen Universitäten Wien, Innsbruck und Graz. Nur bei ersterer war Soziologie als Promotionsfach zugelassen.

soziologisches Thema könne Gegenstand einer Dissertation sein; offiziell aber musste die Doktorarbeit unter dem Dach einer anderen, anerkannten Disziplin deklariert werden. Dennoch teilten ein gutes Drittel der Hochschulen mit, Soziologie sei als Prüfungsfach anerkannt. In den meisten Fällen war sie Haupt- oder Nebenfach für die Promotion zum *Doctor Rerum Politicarum* oder zum *Doctor Philosophiae,* erteilt jeweils durch Fakultäten wie die Rechts- und Staatswissenschaftliche oder die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche einerseits und die Philosophische Fakultät andererseits. Zudem boten einzelne Hochschulen Soziologie als Prüfungsfach für das volkswirtschaftliche Diplom an, das gerade in den 1920er Jahren eingeführt wurde, um den steigenden Bedarf an ausgebildeten Ökonomen zu decken (Köster 2011a: 72 ff.).

Diese Kennzahlen verdeutlichen, dass sich die formalisierte Anerkennung der Soziologie in der akademischen Lehre zwar noch in einer Frühphase befand, aber kein Randphänomen darstellte. Allerdings stand sie zwischen zwei Polen. Auf der einen Seite wurde das Fach im Rahmen von Studiengängen anerkannt, die einen starken praktischen Bezug hatten und generell auf Karrieren in der Verwaltung vorbereiteten – also Curricula in einem „staatswissenschaftlichen" Kontext. Auf der anderen Seite war Soziologie an den traditionsreichen Philosophischen Fakultäten vertreten, die ihr Selbstverständnis generell gerade auf Praxisferne aufbauten. Obwohl sich institutionelle und methodologische Ebene nicht gleichsetzen lassen, spiegelte diese Konstellation das grundlegende Spannungsverhältnis zwischen abstrakter Sozialtheorie und „praktischer" Forschung wider, dass die Entwicklung der deutschen Soziologie von Beginn an geprägt hatte.

Ausgehend von der Erhebung bereitete von Wiese eine Stellungnahme vor, in der die Einrichtung von Professuren der „Gesellschaftslehre" an den Rechts- und Staatswissenschaftlichen sowie an den Philosophischen Fakultäten gefordert werden sollte.[19] Die Wahl eines anderen Terminus als Soziologie sollte offenbar dazu beitragen, soziologische Lehrstühle mit einem klaren theoretischen Schwerpunkt zu etablieren. Diese Strategie wurde jedoch nicht konkretisiert. In der Sache jedoch erhielt von Wiese Unterstützung durch die Schrift *Soziologie als Lehrfach an deutschen Hochschulen,* die vom Rat und Ausschuss der *Deutschen Gesellschaft für Soziologie* im September 1925 in Auftrag gegeben wurde und im darauffolgenden Jahr erschien (Stoltenberg 1926). Verfasst wurde sie von Hans Lorenz Stoltenberg, der sich gerade an der Universität Gießen in Sozialpsycho-

[19] „Vermerk der Landesbibliothek Kiel: Konzept einer Eingabe (an Kultusministerien? und Universitäten?) [1925]?", o. J., Schleswig-Holsteinische Landesbibliothek (SHL): Nachlass Tönnies, Cb 54.61: 2.2–9.

logie und Allgemeine Soziologie habilitiert hatte.[20] Dieser besprach auf mehreren Seiten Tönnies' Einteilung der Disziplin – besonders die Unterscheidung zwischen reiner und empirischer (oder angewandter) Soziologie – und bestätigte sie als Referenzrahmen, um die Bedeutung des Faches in der akademischen Lehre zu erörtern (Stoltenberg 1926: 4 ff.; vgl. Tönnies 1925). Dennoch machte er klar, dass vor allem die reine Soziologie als eigenständiges Unterrichtsfach aufgenommen werden sollte. Es genüge nämlich nicht, „wenn bloße Fachgelehrte die angewandten und empirischen Soziologien ihres Faches treiben"; vielmehr sei nötig, dass diese speziellen Soziologien (etwa der Wirtschaft, des Rechts, der Kunst) „ihre Leitlinien durch eine selbstständig gepflegte, reine Soziologie bekommen" (Stoltenberg 1926: 14 f.). In anderen Worten verlegte Stoltenberg die empirische Soziologie in den Arbeitsbereich der bereits etablierten Fächer. Neue Lehrstühle sollten für die eigentliche Soziologie, die theoretische eingerichtet werden. Dies machte er ersichtlich, als er plädierte, das Fach an den Philosophischen Fakultäten anzusiedeln:

> „[…] [Die Soziologie muss] an jeder Universität nicht nur überhaupt, sondern auch durch eine selbständige Professur vertreten sein […], und zwar, wie ich gleich hinzufüge, möglichst innerhalb der philosophischen Fakultät. Denn dazu ist der Gegenstand der Soziologie, vor allem allerdings der Universalsoziologie viel zu umfassend, als dass sie nicht in der Regel, mit der eigentlichen Philosophie zusammen, der sie am nächsten verwandt ist, in die umfassendste Abteilung, eben in die philosophische Fakultät, hineingenommen werden sollte." (Stoltenberg 1926: 17)

Doch übersah Stoltenberg nicht das Potential, das für die Soziologie in praxisnahen akademischen Kontexten vorhanden war. Auch hier betonte er jedoch die theoretische Auslegung des Faches. Die allgemeine und reine Soziologie sei für eine große Anzahl an den Universitäten betriebenen Wissenschaften und „auszubildender praktischer Berufstätigkeiten" von großer Bedeutung, denn keiner, der die menschliche Kultur wissenschaftlich begreifen möchte, könne „ungestraft an der Soziologie vorübergehen" (Stoltenberg 1926: 15). Er vermerkte, dass Soziologieprofessuren auch für andere – neben den Philosophischen – Fakultäten von großer Relevanz wären, vor allem für die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät. Zudem ging Stoltenberg auf die Technischen Hochschulen ein: Dort könne die Soziologie zwar nur eine bescheidene Rolle spielen, sei aber nicht entbehrlich, denn gerade an diesen Einrichtungen würden verhältnismäßig viele

[20] Ursprünglich wurde die Aufgabe Ferdinand Tönnies anvertraut, der sie aber Stoltenberg übertrug; allerdings verfasste er ein Nachwort (vgl. Möhr 2016).

soziologische Vorlesungen gehalten. An jeder Technischen Hochschule solle daher zumindest ein Lehrauftrag, wenn nicht eine Professur, für Soziologie bestehen (Stoltenberg 1926: 13 f.). Ähnliches gelte für die Handelshochschulen, die auf Dauer zweifelsohne selbstständige soziologische Lehrstühle benötigen würden.

Stoltenberg schien die „eierlegende Wollmilchsau" vorzuschweben. Die Soziologie sollte als theoretisch-spekulatives Unterrichtsfach etabliert werden und dementsprechend eine Reihe von Lehrstühlen an den Philosophischen Fakultäten deutscher Universitäten erhalten. Sie sollte aber auch in praxisnahen Studiengängen möglichst durch Professuren vertreten werden, weil wer „im praktischen Beruf das Leben beherrschen" wolle, brauche ein „feines Wissen von seinen Zusammenhängen" (Stoltenberg 1926: 15 f.).

4 Tönnies versus von Wiese

Das Nachwort zu Stoltenbergs Abhandlung verfasste Ferdinand Tönnies. Dass der jüngere Privatdozent zwar die Unterscheidung zwischen reiner und empirischer Soziologie bestätigte, aber dann de facto eine Beschränkung der Unterrichtsinhalte auf die theoretische Seite vorschlug, schien den Kieler Geheimrat nicht zu stören. Zwar erinnerte Tönnies daran, die Soziologie habe ihre Legitimität in der Auseinandersetzung mit der Sozialen Frage gefunden und sei die Wissenschaft des Staatsmanns (Stoltenberg 1926: 19 ff.). Dennoch hinterfragte er die Vorschläge des Kollegen nicht und betonte vielmehr, er habe mit Überraschung festgestellt, dass seine Einteilung der Disziplin in Stoltenbergs Empfehlung der Soziologie als Unterrichtsfach aufgenommen worden sei. Es lässt sich in der historischen Retrospektive nicht eindeutig feststellen, ob Tönnies an dieser Stelle taktischen Gedanken folgte – etwa der Vorstellung, es könne wissenschaftspolitisch vorteilhaft sein, theoretisch angelegte Soziologielehrstühle zu fordern, sofern die empirische Seite der Disziplin nicht verneint werde. Mittelfristig strebte er aber an, unter dem Dach der Soziologie Professuren empirischer Ausrichtung zu erreichen, wie sich später zeigte.

Obwohl auf dem Wiener Soziologentag von 1926 beschlossen wurde, die Aufnahme der Soziologie als Prüfungsfach offiziell zu fordern (Wiese 1926), kam in den darauffolgenden Jahren wenig Bewegung in die Sache. Dies änderte sich 1929, wie Leopold von Wiese in einem späteren Aufsatz nachträglich schilderte:

> „Als am 8. März 1929 der Rat [der DGS] in Berlin tagte, wurden Beschlüsse gefasst, die über die bloße Orientierung hinausgingen. Es wurden den Ministerien Anträge auf Errichtung von Lehrstühlen an bestimmten Universitäten und Lehr-

> aufträgen an anderen Hochschulen unterbreitet. Hinsichtlich der Gestaltung der Studienordnung wurde beschlossen, dass als Dozenten der Soziologie nur Lehrkräfte gelten könnten, die imstande und bereit seien, auch allgemeine oder theoretische Soziologie zu lesen. Ungefähr zur selben Zeit hat der preußische Landtag einen Beschluss gefasst, der an allen Hochschulen die Errichtung von Lehrstühlen der Soziologie fordert." (Wiese 1932)

Tatsächlich hatte die Sozialdemokratie im Landestag die Einrichtung von „ordentlichen Lehrstühlen für allgemeine Soziologie" zur politischen Frage gemacht und somit auch den Rücken von Carl Heinrich Becker, nun Kultusminister, gestärkt; dieser sah bei der Berufung von Soziologieprofessuren nicht zuletzt die Möglichkeit, „die Anzahl republiktreuer Dozenten an den preußischen Hochschulen nach und nach zu erhöhen, um so das überwiegend konservativ und republikfeindlich ausgerichtete Hochschulwesen langfristig zu demokratisieren" (Wierzock 2017: 315 f.).[21] Das Kultusministerium forderte sowohl Leopold von Wiese als auch Ferdinand Tönnies auf, Stellungnahmen über potentielle Kandidaten einzureichen.[22]

Gerade in diesem wissenschaftspolitisch brisanten Kontext tauchte die langjährige Streitfrage zwischen beiden Gelehrten wieder auf, ob empirische Forschung Platz innerhalb der Soziologie haben dürfe. Von Wiese schrieb dem Kieler Geheimrat, er mache sich Sorgen um die Soziographie, weil Statistiker bei etwaigen Berufungen soziologische Professuren kapern könnten, und bat ihn darum dringend, „in der Behandlung dieser Frage dem Ministerium gegenüber recht vorsichtig zu sein".[23] Doch folgte Tönnies dem Rat nicht. Vielmehr sprach er in seiner Stellungnahme die Differenzen zu seinem Kollegen offen an:

---

[21] Wierzock bietet eine detaillierte Rekonstruktion der wissenschaftspolitischen Ereignisse von 1929 sowie des damit zusammenhängenden Briefaustausches zwischen Leopold von Wiese und Ferdinand Tönnies. Über die wissenschaftspolitischen Auseinandersetzungen rund um die Besetzung von Soziologieprofessuren vgl. Wollmann (2010: 257 ff.).

[22] Leopold von Wiese, „Denkschrift (über Errichtung soziolog. Lehrstühle). Mit Kurzbeurteilung infrage kommender Personen", 1929, SHL: Nachlass Tönnies, Cb 54.61: 2.2–9. Gutachten von Prof. Ferdinand Tönnies für das Kultusministerium mit Anschreiben des stellvertretenden Kurators der Universität Kiel, Hellmut Kuhnert, Kiel 2. August bzw. Juli 1929 (Spenkuch 2016: 1014 ff.). Für eine editierte und kommentierte Fassung der Stellungnahme Tönnies' siehe Wierzock (2017). Vgl. auch Leopold von Wiese an Ferdinand Tönnies, 17. April 1929, SHL: Nachlass Tönnies, Cb 54.61: 2.1–25.

[23] Leopold von Wiese an Ferdinand Tönnies, 26. April 1929, SHL: Nachlass Tönnies, Cb 54.61: 2.1–25.

> „Vor allem scheine ich dadurch von Herrn von Wiese abzuweichen, dass ich die Soziographie, das heißt die empirische Erforschung der Tatsachen des sozialen Lebens als ein notwendiges Element in der gesamten Gestaltung der Soziologie behaupte. Herr von Wiese schrieb mir am 26. April des Jahres, er wolle sich keineswegs etwa gegen meine Auffassung wenden und die Bedeutung dieses Faches für die Soziologen verkleinern, auch er halte für durchaus notwendig und wünschenswert, daß die Ergebnisse der Beschreibungen […] mit der Theorie in Verbindung gebracht werden. Er fürchte nur die mögliche Verwechslung der Soziographie mit dem heute leider einmal auch im akademischen Unterricht üblichen Gebrauch des Wortes Statistik. Ich hege diese Besorgnis nicht […].“[24]

Die unterschiedlichen methodologischen Auffassungen von Tönnies und von Wiese spiegelten somit einen Konflikt wider, der die Institutionalisierung der neuen Disziplin im Kern berührte. Der Streit beschränkte sich nicht auf einen Zwist zwischen beiden Schlüsselfiguren der DGS, sondern stellte das gesamte Projekt der Soziologie als eigenständige Disziplin in Frage. Dies wurde spätestens auf der „Frankfurter Dozententagung“ vom Februar 1932 sichtbar, der Ferdinand Tönnies fernblieb. Die Zusammenkunft der „reichsdeutschen Hochschuldozenten der Soziologie“ sollte dazu dienen, eine Interessengruppe zu schaffen, die in institutionelle Fragen rund um den akademischen Unterricht der neuen Disziplin eingreifen sollte (Wiese 1932: 439). Sie wurde aber von den tiefgreifenden Meinungsverschiedenheiten unter denjenigen geprägt, die unter dem Dach der Soziologie in der Lehre tätig waren. In seinem einleitenden Vortrag appellierte Leopold von Wiese – ähnlich wie Karl Mannheim – an die Einigkeit, gab aber gleich zu, man könne nur Mindestforderungen formulieren.[25] Es gehe zunächst um die „Schaffung einer Phalanx, die bereit ist, die Soziologie als Wissenschaft, Lehrfach und Lehrberuf nach außen zu verteidigen“. Er beklagte „das Gerede vom ‚Chaos in der Soziologie‘, zu dem die neigen, in deren Köpfen allein dieses Chaos besteht, die aber durch Anschuldigung der wissenschaftlichen Situation den Blick von ihrer eigenen Verwirrtheit“ ablenken wollen. Hinter der in von Wieses Worten erkennbaren angespannten Stimmung standen die Engpässe, die infolge der Wirtschaftskrise den Hochschulbereich tangiert hatten. Die sich Ende der 1920er Jahre abzeichnende politische Bereitschaft, zumindest in Preußen flächendeckend Soziologielehrstühle einzurichten, hatte zwar zu einzelnen Berufungen geführt, aber die Verschlechterung der finanziellen Verhältnisse unterbrach diese Entwicklung weitgehend.

[24] Gutachten von Prof. Ferdinand Tönnies (Spenkuch 2016: 1014 ff.).

[25] Folgende Zitate beziehen sich auf Wiese (1932: 443 f.).

Die in Frankfurt versammelten Gelehrten verabschiedeten eine Eingabe über „Soziologie als Lehrfach“, die kurze Zeit später den „hohen Ministerien, Hochschulen, Fakultäten und Prüfungsämtern“ vorgelegt wurde.[26] Zur Frage, welche Inhalte im akademischen Soziologieunterricht zu vertreten waren, konnte „eine mittlere Linie“ in folgender Formulierung des Göttinger Honorarprofessors Alfred von Martin gefunden werden:

> „Die Soziologie ist sowohl nach der Seite ihrer theoretischen Grundlegung, wie der ihrer Konkretion am geschichtlichen und besonders am gegenwärtigen Material, wie endlich nach der Seite der empirischen Beobachtung und Beschreibung in Vorlesungen und Übungen zu lehren.“[27]

Diese Kompromissformel war das Ergebnis intensiver Debatten. Während die „allgemeine (oder theoretische oder systematische) Soziologie“ – zumindest wenn wir der Rekonstruktion von Wieses Vertrauen schenken – nicht hinterfragt wurde, war die „Reichweite der historischen Soziologie, der Soziographie und der sogenannten Gegenwartskunde“ umstritten.[28] Von Wiese betonte die Notwendigkeit, von der „einheitlichen, eben beziehungswissenschaftlichen Methode“ auszugehen und lehnte Karl Mannheims Vorschlag, die soziologische Lehre in eine „1. systematische, dann 2. historische, schließlich 3. konkret beschreibende Soziologie“ zu unterteilen, vehement ab (Mannheim 1932; Kettler et al. 2008: 62 ff.). Auch richtete er sich gegen die ebenfalls von Mannheim stark gemachte „Gegenwartskunde“, denn diese lasse an die „Stelle strenger theoretischer Systematik die frei schweifende Diskussion über ‚aktuelle Fragen‘“ treten (Mannheim 1932: 30 ff.; Fleck 2000). Einen Kontrahenten fand von Wiese aber auch und vor allem in Hans Freyer, der – wie oben kurz besprochen – zu den schärfsten Kritikern der Beziehungslehre gehörte; seine „Soziologie als Wirklichkeitswissenschaft“ sollte zu einem „historisch-gesättigten“ System führen, denn die soziologische Analyse der gesellschaftlichen Wirklichkeit ermögliche die Erkenntnis von „Grundstrukturen“, die „in bestimmten geschichtlichen Lagen

[26] Leopold von Wiese, „Eingabe der reichsdeutschen Dozenten für Soziologie. Betrifft: Soziologie als Hochschulfach“, April 1932, SHL: Nachlass Tönnies, Cb 54.61: 2.2–05.

[27] Leopold von Wiese, „Eingabe der reichsdeutschen Dozenten für Soziologie. Betrifft: Soziologie als Hochschulfach“, April 1932, SHL: Nachlass Tönnies, Cb 54.61: 2.2–05; vgl. Wiese (1932: 446).

[28] Wenn nicht anders angegeben, stammen sämtliche Zitate und Verweise in diesem Absatz aus: Wiese (1932: 446 ff.).

in einem sehr hohen Grade von Reinheit verwirklicht worden“ seien (Kleine 1989: 61 f.; Freyer 1930: 225). Diese Kombination idealistisch-geschichtsphilosophischer und zugleich historistischer Perspektiven widersprach komplett der Beziehungslehre. Besonders hart verhandelt wurde darüber, wie eine Linie zwischen den gegensätzlichen Positionen von Wieses und Freyers gefunden werden könnte. Von Wiese bilanzierte rückblickend:

> „[…] [Der für den akademischen Unterricht wünschenswerte] Grad von formaler Übereinstimmung […] ist also darin gefunden, daß der Grad und die Art, in der die Kategorie des Historischen gegen die Kategorie des Sozialen verselbstständigt oder mit ihr vermengt wird, dem einzelnen Hochschullehrer überlassen bleiben muß; aber der systematische Soziologie muss von der geschichtlichen Entwicklung, der historische Soziologe von den Kategorien der systematischen Soziologie in einer ihm zu überlassenden Weise Notiz nehmen und sie im Unterricht berücksichtigen.“ (Wiese 1932: 447)

Hier verkündete von Wiese quasi seine eigene Kapitulation. Dem Anspruch „Einigkeit in den eigenen Reihen“ wich der pragmatische Grundsatz „jeder für sich“. Die Debatten auf der Frankfurter Tagung beschränkten sich allerdings nicht auf das Spannungsverhältnis zwischen theoretischen und empirischen Zugängen und gingen über polarisierte Streitgespräche hinaus. Besondere Aufmerksamkeit erhielt die Frage, in welcher Form Soziologie als Prüfungsfach zugelassen werden sollte, denn diese – wie wir in Bezug auf die Umfrage über das Wintersemester 1924/25 gesehen haben – war für die Stellung der Disziplin in der akademischen Lehre von maßgeblicher Bedeutung.

5 Soziologie als Prüfungsfach

Im Laufe der Jahre war die ambivalente Zuordnung der Soziologie, die sowohl in spekulativ-humanistischen als auch in administrativ-praktischen Studiengängen unterrichtet werden konnte, mehr und mehr zu einem Dilemma avanciert. War die Soziologie an Philosophischen Fakultäten angesiedelt, profitierte sie von den Spielräumen, die grundsätzlich mit dem humanistischen Studienkanon verbunden waren. Dort waren aber die Entwicklungsmöglichkeiten sehr begrenzt. Gegen Ende der Weimarer Republik machten die Professuren an Philosophischen Fakultäten – wie diejenigen von Paul Tillich in Frankfurt, Paul Honigsheim in Köln und Alfred Vierkandt in Berlin (vgl. Sala 2019: 342 ff.) – nur den kleineren Teil der Lehrstühle aus, deren Bezeichnung (auch) Soziologie beinhaltete. An Rechts- und Staatswissenschaftlichen oder Sozial- und Wirtschaftswissen-

schaftlichen Fakultäten, wo die meisten nach der neuen Disziplin genannten Professuren angegliedert waren, genoss hingegen Soziologie erheblich größere Ressourcen. Hier unterlag sie jedoch der zunehmenden Regulierung, die insbesondere der Einführung der wirtschaftswissenschaftlichen Diplomstudiengänge gefolgt war (Stölting 1986: 232 ff.; Köster 2011b). Wie Leopold von Wiese rückblickend referierte, brachte Karl Mannheim auf der Tagung diese Entwicklung auf den Punkt, indem er von „Verschulung der Universität" sprach. Von Wiese erläuterte:

> „Mannheim deutete darauf hin, dass heute immer mehr die Lehr- und Lernfreiheit – am wenigsten in den philosophischen, erheblich aber zum Beispiel in den wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fakultäten – durch eine Situation der zunftmässigen Gebundenheit abgelöst werde. Entweder käme man zu einem allgemeinen Abbau des Zwangssystems oder zur Sicherung der Soziologie in diesem Zunftsystem. Weil der Abbau dieser Zwangsordnung gegenwärtig kaum zu erreichen sei, müsse man eine Einordnung in diese unliberale Ordnung fordern." (Wiese 1932: 446)

Dieser pragmatische Grundsatz mündete in die Doppelstrategie, die die Eingabe der „reichsdeutschen Dozenten" kennzeichnete.[29] Im Hinblick auf die Promotion zum *Dr. phil.* und *Dr. rer. pol.* sollte das – nicht explizit erwähnte, aber sehr wohl intendierte – Lehrfreiheitsprinzip offen verteidigt werden. Soziologie sollte „sowohl als selbständiges, eines Rahmenfachs nicht bedürftiges Hauptfach (Fach der Dissertationsarbeit), wie als selbstständiges Nebenfach von jedem Kandidaten dort frei wählbar [sein], wo die Soziologie als Lehrfach" durch eine Professur vertreten war. Die Wahl der Fächer für die Promotionsprüfung sollte zudem grundsätzlich keinen Beschränkungen unterliegen. Bezüglich der Diplomprüfungen, die im Mittelpunkt der „Verschulungsprozesse" standen und die auch die meisten Studierendenzuwächse verzeichneten, wurde hingegen der Strategie der Sicherung gefolgt. Für die „kaufmännische Diplomprüfung, die Diplomprüfung für Volkswirte und die Diplomprüfung für das Handelslehramt" sollte die Soziologie den Charakter des „obligatorischen Wahlfaches" erhalten, also eines Fachs, das „den Pflichtfächern völlig gleichgestellt ist für den Fall, dass der Kandidat dieses Fach unter mehreren als Prüfungsgegenstand wählt". In Bezug auf die Lehrerprüfungen – insbesondere die der „Handelslehrer", perspektivisch

[29] Sämtliche Verweise dieses Absatzes beziehen sich auf: Wiese, „Eingabe der reichsdeutschen Dozenten".

diejenigen aller „zukünftigen Lehrer an Volks-, Mittel- und höheren Schulen“ – war der Vorschlag radikal: Die Soziologie sollte „zum obligatorischen Prüfungsfach in enger Verbindung mit der Pädagogik, also zum Bestandteil des erziehungswissenschaftlichen Teils der Prüfung“ werden.

Während der Appell für möglichst hohe Wahlfreiheit bei der Promotionsprüfung von vielen geteilt wurde, bildeten die Forderungen bezüglich der Diplom- und Lehrerprüfungen Gegenstand intensiver Diskussionen – hier schien von Wiese dem Plädoyer Mannheims, man müsse die Soziologie im überregulierten Lehrbetrieb sichern, teilweise entgegenzutreten. Wie er zusammenfasste, könne man zwar mit Blick auf das sich verschärfende Zwangssystem die einzige mögliche Lösung darin sehen, „diese als unerlässlich erkannte Disziplin zum Pflichtfache zu machen“; man müsse aber vermeiden, dass „die Soziologie zum Zwangsfach für Leute gemacht wird, die keinen Sinn und Begabung dafür besitzen“, denn ansonsten könne sie zu einem „‚Büffel‘-Fache“ werden (Wiese 1932: 445). Hier griff von Wiese Debatten auf, die auf dem Wiener Soziologentag von 1926 stattgefunden hatten: Damals sprach sich die Mitgliederversammlung der DGS dafür aus, die Soziologie zwar als Wahlfach, aber nicht als Pflichtfach zu fordern (Wiese 1926). De facto setzte sich diese Linie auch bei der Eingabe von 1932 durch. Zwar schlugen die „reichsdeutschen Dozenten“ vor, die Soziologie als Pflichtfach für das Handelslehramt einzuführen. In dem bei Weitem wichtigeren Bereich der allgemeinen wirtschaftswissenschaftlichen Diplomprüfungen sollte die Disziplin gemäß dem Gesuch lediglich als Wahlfach vorhanden sein. Wie hier deutlich wird, war der „Kampf“ für die Zulassung der Soziologie als Prüfungsfach keineswegs linear, sondern stellte die Vertreter der Disziplin vor schwierige strategische Entscheidungen.

Die deutschen Soziologen mussten sich zudem mit den Vertretern der etablierten Disziplinen auseinandersetzen, die die zwar bescheidene, aber zunehmende Institutionalisierung der Soziologie bedrohten. Davon zeugt unter anderem die Tagung der Vereinigung der sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Hochschullehrer im September 1929, in deren Rahmen Leopold von Wiese über *Soziologie als Lehrfach und Lehrberuf* referierte (Wiese et al. 1980). Die Erfahrung zeige laut von Wiese, dass „sobald von einem der Kultusministerien oder von Professoren die Errichtung eines Lehrstuhles für Soziologie oder die Gewährung von Lehraufträgen für dieses Fach vorgeschlagen [werde], manche Mitglieder der beteiligten Fakultäten die Gelegenheit benutzen, Persönlichkeiten zu nennen, die ihnen aus diesem oder jenem Grunde als Bereicherungen der Fakultäten erscheinen, die aber keine Soziologen“ seien (Wiese et al. 1980: 239). Das Wort Soziologie sei ungeschützt und werde daher weit ausgelegt und miss-

braucht. Zu den potentiellen Usurpatoren zählte von Wiese vor allem Nationalökonomen und Juristen, in zweiter Instanz auch Philosophen (Wiese et al. 1980: 238–240).

Darüber hinaus versuchten die etablierten Fächer neue Soziologieprofessuren ganz zu verhindern, sobald die Gefahr eines Ressourcenverlustes drohte. Georg Jahn von der Universität Halle/Wittenberg beklagte, dass an seiner Hochschule ein nationalökonomischer Lehrstuhl mit einem Soziologen neubesetzt werden sollte, wogegen er und die Kollegen im Interesse des Lehrbetriebes vehement protestiert hätten (Wiese et al. 1980: 245 f.). Zwar war Jahn Professor für Nationalökonomie und Soziologie, aber im direkten Vergleich galt seine Loyalität offenbar der bei seiner Professur erstgenannten Disziplin. Das Kultusministerium habe auf die Beschlüsse des Preußischen Landtages vom Frühjahr 1929 verwiesen und die geplante Umwidmung verteidigt (vgl. auch Spenkuch 2016: 1072 ff.). Jahn plädierte also dafür, in einer etwaigen Stellungnahme der Vereinigung der sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Hochschullehrer festzuhalten, dass „die Neuschaffung soziologischer Lehrstühle nicht auf Kosten der Nationalökonomie vor sich gehen darf und durch sie nicht wichtige Interessen des nationalökonomischen Lehrbetriebes und d. h. wichtige Interessen der Nationalökonomie Studierenden beeinträchtigt werden dürfen“ (Wiese et al. 1980: 246). Mit der Berufung von Friedrich Hertz als Professor für Volkswirtschaftslehre und Soziologie hatte das Ministerium in Halle einen (Teil-)Erfolg verbucht, während beispielsweise die Einrichtung soziologischer Professuren in Göttingen und Greifswald an den Widerständen der etablierten Fächer scheiterten (Spenkuch 2016: 141 ff.).

Leopold von Wiese kommentierte, natürlich dürfe ein neues Fach nicht auf Kosten eines alten geschaffen werden, aber man müsse doch berücksichtigen, dass die Nationalökonomie „doch in Deutschland hier und da so ‚dick‘ besetzt“ sei (Wiese et al. 1980: 246). Er relativierte die Vorgänge in Halle und betonte etwa, der emeritierte Professor Heinrich Waentig habe sich doch auch als Soziologe betrachtet – eine Aussage, der das Publikum mit Zurufen widersprach. Dennoch konnte von Wiese den Vorstoß Georg Jahns nicht verhindern. Die Vereinigung der sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Hochschullehrer verabschiedete eine Resolution, in der soziologische Professuren befürwortet wurden. Allerdings wurde explizit erwähnt, dass sie „neben den bestehenden sozialwissenschaftlichen Lehrstühlen“ eingerichtet werden sollten (Wiese 1932: 440). Im Kampf um Ressourcen waren die Vertreter anderer Disziplinen zu keinen Zugeständnissen bereit.

6 Fazit

Die Debatte über Soziologie als Unterrichtsfach war von der Gründung bis zum Ende der Weimarer Republik virulent. Als Schlüsselbereich akademischer Institutionalisierung bildete die Lehre eine wesentliche Projektionsfläche für die Kontroversen über das Wesen der Disziplin, zeichnete sich aber auch durch eine Eigendynamik aus. Zum einen machte der akademische Lehrbetrieb die konkreten Konfliktlinien sichtbar, die sich zwischen einer soziologischen Einzelwissenschaft und den etablierten Fächern, in erster Linie der Nationalökonomie, ergaben. An der konkreten Lehrpraxis wird deutlich, dass die Einrichtung von „Doppelprofessuren", die auch nach der Soziologie betitelt waren, nur bedingt eine Verankerung der Disziplin bedeutete. Die Soziologie stellte in der Regel die kleinere Schwester dar, die kaum oder nur in begrenztem Umfang einen eigenständigen Platz in der Lehre erhielt. Noch häufiger waren die Fälle, in denen die Gründung von Soziologieprofessuren direkt am Widerstand von Vertretern anderer sozialwissenschaftlicher Fächer scheiterte. Zum anderen ging die Theorie-Empirie-Frage mit einem Dilemma einher, das die Unterrichtsfachdebatte während der Weimarer Republik tiefgehend prägte. Die Soziologie bot sich als ein Etikett für Lehrinhalte, die einen konkreten Bezug zu gesellschaftlichen Verhältnissen hatten, und profitierte stark von der massiven Ausweitung praxisorientierter sozialwissenschaftlicher, vor allem volkswirtschaftlicher Studiengänge. Zugleich führte dies dazu, dass soziologische Lehrstühle als Behälter für wenig differenzierte sozialwissenschaftliche Inhalte dienten, ohne jene „theoretische" Soziologie zu verkörpern, die einen wesentlichen Kern der Disziplin ausmachen sollte.[30]

Die Entwicklung der Soziologie in den 1920er Jahren stand ganz im Zeichen des Spannungsverhältnisses zwischen Theorie und Empirie, das die Entstehung des Projekts einer soziologischen Einzeldisziplin bereits vor dem Ersten Weltkrieg geprägt hatte. Dennoch bestand ein wesentlicher Unterschied zwischen der Wilhelminischen und der Weimarer Zeit. Im Kaiserreich mündete die Spannung zwischen Theoretischem und Praktischem darin, dass die Soziologie tendenziell

[30] Erhard Stölting weist in diesem Zusammenhang zurecht darauf hin, dass die Zulassung der Soziologie als Fach bei der volkswirtschaftlichen Diplomprüfung ein Hauptziel der DGS war, vernachlässigt aber die Tatsache, dass dies äußerst umstritten war (Stölting 1986, 2006).

der Sozialpolitik gegenübergestellt wurde: Beide Ebenen legitimierten einander und waren eng verknüpft, schienen aber eigenständige epistemische Felder zu bilden (Sala 2017). In der Weimarer Republik fand diese Vorstellung in Leopold von Wiese und seinen Mitstreitern einflussreiche Befürworter, wurde aber durch ein integratives Verständnis der Soziologie nach und nach verdrängt. Integrativ war diese Konzeption der Soziologie, weil sie sowohl theoretisch-abstrakte als auch empirisch-praktische Perspektiven umfasste, ganz im Zeichen von Ferdinand Tönnies, für den die Disziplin eine „reine" und eine „angewandte" Seite hatte.

Die Novemberrevolution in Deutschland ebnete den Weg für jene Pluralisierungsprozesse, die im Kaiserreich zwar bereits angesetzt hatten, aber auf die Schranken des kaiserlichen Herrschaftssystems gestoßen waren. Trotz der Schwächen und inneren Widersprüche der Weimarer Republik begünstigten die neuen politischen Rahmenbedingungen ein Wissenschaftsverständnis, das sich von traditionellen staatszentrischen Konzeptionen der Wissensproduktion ablöste. In nuce: Der partielle Machtverlust von Obrigkeitsinstanzen führte dazu, dass sich das diskursive Verhältnis zwischen „Staat" und „Gesellschaft" teilweise entpolarisierte und dass sich infolgedessen ein idealer Fruchtboden für ein integratives Verständnis von Soziologie herauskristallisierte.[31] Das Begriffspaar „theoretische und empirische" Soziologie ersetzte das alte Binom „Soziologie versus Sozialpolitik".

Wie die Debatten und Praktiken rund um Soziologie als akademisches Unterrichtsfach zeigen, wies die Institutionalisierung der Disziplin gegen Ende der Weimarer Republik keineswegs einen hohen Reifegrad auf. Vielmehr war häufig „Soziologie" ein Namenschild für wenig kongruente Inhalte, in wesentlichem Maße in Diensten etablierter Fächer. Diese „holprigen" Institutionalisierungen stellten jedoch eine wesentliche Bühne für jene Verständigungsprozesse über das Wesen der Soziologie dar. Wurde die weitere Konsolidierung des Faches durch den Nationalsozialismus unterbrochen, knüpfte die Nachkriegszeitsoziologie an die Weimarer Entwicklung an und erfuhr eine effektive und umfassende Institutionalisierung als akademisches Fach. Wesentlich hierfür war, dass das Spannungsverhältnis von Sozialtheorie und empirischer Forschung die Achse bildete, um die sich die kognitive Identität der Disziplin verdichtete.

[31] Siehe den dritten und den fünften Teil in Sala (2019).

Literatur

Becker, Carl Heinrich (1919): Gedanken zur Hochschulreform, Leipzig: Quelle & Meyer.

Below, Georg von (1919): „Soziologie als Lehrfach. Ein Kritischer Beitrag zur Hochschulreform“, in: Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft 43, S. 1271–1322.

Below, Georg von (1920a): Soziologie als Lehrfach. Ein Kritischer Beitrag zur Hochschulreform, München: Duncker & Humblot.

Below, Georg von (1920b): „Soziologie und Hochschulreform. Eine Entgegnung“, in: Weltwirtschaftliches Archiv, 16, S. 512–527.

Bock, Michael (1994): „Die Entwicklung der Soziologie und die Krise der Geisteswissenschaften in den 20er Jahren“, in: Knut Wolfgang Nörr/Bertram Schefold/Friedrich H. Tenbruck (Hg.), Geisteswissenschaften zwischen Kaiserreich und Republik: zur Entwicklung von Nationalökonomie, Rechtswissenschaft und Sozialwissenschaft im 20. Jahrhundert, Stuttgart: Franz Steiner, S. 159–185.

Bruch, Rüdiger vom (2006): Gelehrtenpolitik, Sozialwissenschaften und akademische Diskurse in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart: Franz Steiner.

Dörk, Uwe (2018): „Die Deutsche Gesellschaft für Soziologie (DGS) in der Zwischenkriegszeit (1918–1933). Akademische Etablierung im Zeichen elitär-demokratischer Kreisbildung“, in: Stephan Moebius/Andrea Ploder (Hg.), Handbuch Geschichte der deutschsprachigen Soziologie, Bd. 1: Geschichte der Soziologie im deutschsprachigen Raum, Wiesbaden: Springer, S. 829–848.

Dyk, Silke van/Alexandra Schauer (2010): „Vom doppelten Versagen einer Disziplin. Die Stilllegung der DGS, die Entwicklung der Soziologie im Nationalsozialismus und die Geschichte der Aufarbeitung“, in: Hans-Georg Soeffner/Kathy Kursawe (Hg.), Unsichere Zeiten. Herausforderungen gesellschaftlicher Transformationen. Verhandlungen des 34. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Jena 2008, Wiesbaden: Springer, S. 917–944.

Dyk, Silke van/Alexandra Schauer (2015): „… daß die offizielle Soziologie versagt hat“. Zur Soziologie im Nationalsozialismus, der Geschichte ihrer Aufarbeitung und der Rolle der DGS, Wiesbaden: Springer.

Fleck, Christian (2000): „Karl Mannheim im Mahlstrom. Die Vorlesung von 1930 – ein Beitrag zur Gegenwartsdiagnostik?“, in: Martin Endreß/Ilja Srubar (Hg.), Karl Mannheims Analyse der Moderne – Mannheims erste Frankfurter Vorlesung von 1930, Edition und Studien, Opladen: Leske + Budrich, S. 241–262.

Freyer, Hans (1930): Soziologie als Wirklichkeitswissenschaft. Logische Grundlegung des Systems der Soziologie, Berlin: B. G. Teubner.

Glatzer, Wolfgang (1995): „Deutsche Gesellschaft für Soziologie (DGS). Die akademische soziologische Vereinigung seit 1909“, in: Bernhard Schäfers (Hg.), Soziologie in Deutschland. Entwicklung, Institutionalisierung und Berufsfelder Theoretische Kontroversen, Opladen: Leske + Budrich, S. 215–230.

Gorges, Irmela (1986): Sozialforschung in der Weimarer Republik 1918–1933. Gesellschaftliche Einflüsse auf Themen- und Methodenwahl des Vereins für Socialpolitik, der Deutschen Gesellschaft für Soziologie und des Kölner Forschungsinstituts für Sozialwissenschaften, Frankfurt/M.: Hain.

Käsler, Dirk (1984): Die frühe deutsche Soziologie 1909 bis 1934 und ihre Entstehungs-Milieus. Eine wissenschaftssoziologische Untersuchung, Opladen: Westdeutscher Verlag.

Käsler, Dirk (2002): „From Republic of Scholars to Jamboree of Academic Sociologists: The German Sociological Society, 1909–99“, in: International Sociology 17, S. 159–177.

Käsler, Dirk/Thomas Steiner (1992): „Academic Discussion or Political Guidance? Social-Scientific Analyses of Fascism and National Socialism in Germany before 1933“, in: Stephen P. Turner/Dirk Käsler (Hg.), Sociology Responds to Fascism, London: Routledge, S. 88–126.

Keller, Franz (1916): „Pädagogische Soziologie als Unterrichtsfach“, in: Pharus. Katholische Monatsschrift für Orientierung in der gesamten Pädagogik 7, S. 297–307.

Kettler, David/Colin Loader/Volker Meja (2008): Karl Mannheim and the Legacy of Max Weber: Retrieving a Research Programme, Aldershot: Ashgate.

Kleine, Helene (1989): Soziologie und die Bildung des Volkes. Hans Freyers und Leopold von Wieses Position in der Soziologie und der freien Erwachsenenbildung während der Weimarer Republik, Opladen: Leske + Budrich.

Köster, Roman (2011a): Die Wissenschaft der Außenseiter. Die Krise der Nationalökonomie in der Weimarer Republik, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.

Köster, Roman (2011b): „Die deutsche Nationalökonomie in den 1920er Jahren und die Einführung des Diplomexamens“, in: Rainer Pöppinhege/Dietmar Klenke (Hg.), Hochschulreformen früher und heute. Autonomie oder gesellschaftlicher Gestaltungsanspruch, Köln: SH-Verlag, S. 80–100.

Krekel-Eiben, Elisabeth M. (1990): Soziologische Wissenschaftsgemeinschaften. Ein struktureller Vergleich am Beispiel der Fachpublikationen in der Bundesrepublik Deutschland und den USA, Wiesbaden: Deutscher Universitätsverlag.

Lichtblau, Klaus (2009): „Krise als Dauerzustand? Weltanschauliche Implikationen der Weimarer Soziologie“, in: Roman Köster/Werner Plumpe/Bertram Schefold/Korinna Schönhärl (Hg.), Das Ideal des schönen Lebens und die Wirklichkeit der Weimarer Republik. Vorstellungen von Staat und Gemeinschaft im George-Kreis, Berlin: Akademie Verlag 2009, S. 15–26.

Mannheim, Karl (1932): Gegenwartsaufgaben der Soziologie. Ihre Lehrgestalt, Tübingen: Mohr.

Matthes, Joachim (1980): Einführung in das Studium der Soziologie, Opladen: Westdeutscher Verlag.

Möhr, Arno (2016): „Ferdinand Tönnies und Hans Lorenz Stoltenberg. Eine intellektuelle Beziehung“, in: Tönnies-Forum 25 (2), S. 7–32.

Nolte, Paul (2000): Die Ordnung der deutschen Gesellschaft. Selbstentwurf und Selbstbeschreibung im 20. Jahrhundert, München: Carl Beck.

Sala, Roberto (2017): „The Rise of Sociology: Paths of Institutionalization in Germany and the United States around 1900“, in: Geschichte und Gesellschaft 43 (4), S. 557–584.

Sala, Roberto (2019): Theorie versus Praxis? Soziologie in Deutschland und den Vereinigten Staaten im frühen 20. Jahrhundert, Frankfurt/M.: Campus.

Scherke, Katharina (2009): Emotionen als Forschungsgegenstand der deutschsprachigen Soziologie, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaft.

Spenkuch, Hartwin (Hg.) (2016): Acta Borussica. 2. Reihe, Abteilung II, Neue Folge. Preußen als Kulturstaat. Der preußische Kulturstaat in der politischen und sozialen Wirklichkeit, Bd. 9, in zwei Halbbänden: Wissenschaftspolitik in der Weimarer Republik. Dokumente zur Hochschulentwicklung im Freistaat Preußen und zu ausgewählten Professurenberufungen in sechs Disziplinen (1918 bis 1933), Berlin: De Gruyter.

Städtische Handelshochschule Köln (1919): Vorlesungsverzeichnis für das Sommer-Halbjahr 1919, Köln.

Stoltenberg, Hans Lorenz (1926): Soziologie als Lehrfach an deutschen Hochschulen, Karlsruhe: G. Braun.

Stölting, Erhard (1986): Akademische Soziologie in der Weimarer Republik, Berlin: Duncker & Humblot.

Stölting, Erhard (2006): „Die Soziologie in den hochschulpolitischen Konflikten der Weimarer Republik", in: Bettina Franke/Kurt Hammerich (Hg.), Soziologie an deutschen Universitäten. Gestern – heute – morgen, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 9–30.

Technische Hochschule Carolo-Wilhelmina zu Braunschweig (1930): Programm für das Studienjahr 1930–31, Braunschweig.

Titze, Hartmut (1995): Wachstum und Differenzierung der deutschen Universitäten, 1830–1945, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.

Tönnies, Ferdinand (1920): „Soziologie und Hochschulreform", in: Weltwirtschaftliches Archiv 16, S. 212–245.

Tönnies, Ferdinand (1925): „Einteilung der Soziologie", in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft 79 (1), S. 1–15.

Universität Frankfurt a. M. (1919): Vorlesungsverzeichnis: Winterhalbjahr 1919/20 (25. September 1919 bis 31. Januar 1920), Frankfurt/M.

Universität Frankfurt a. M. (1920a): Vorlesungsverzeichnis: Sommerhalbjahr 1920a (6. Mai bis 20. August 1920), Frankfurt/M.

Universität Frankfurt a. M. (1920b): Vorlesungsverzeichnis: Zwischensemester Frühjahr 1920b (2. Februar bis 31. März), Frankfurt/M.

Universität Frankfurt a. M. (1920c): Vorlesungsverzeichnis: Winterhalbjahr 1920c/21 (15. Oktober 1920 bis 15. März 1921), Frankfurt/M.

Universität Frankfurt a. M. (1921a): Vorlesungsverzeichnis: Sommerhalbjahr 1921a (15. April bis 15. August 1921), Frankfurt/M.

Universität Frankfurt a. M. (1921b): Vorlesungsverzeichnis: Winterhalbjahr 1921b/22 (17. Oktober 1921 bis 15. März 1922), Frankfurt/M.

Universität Frankfurt a. M. (1922a): Vorlesungsverzeichnis: Sommerhalbjahr 1922a. (19. April bis 15. August 1922), Frankfurt/M.

Universität Frankfurt a. M. (1922b): Vorlesungsverzeichnis: Winterhalbjahr 1922b/23 (16. Oktober 1922 bis 15. März 1923), Frankfurt/M.

Universität Frankfurt a. M. (1930): Verzeichnis der Vorlesungen und Personalverzeichnis. Winterhalbjahr 1930–1931, Frankfurt/M.

Universität Frankfurt a. M. (1931): Verzeichnis der Vorlesungen und Personalverzeichnis. Sommerhalbjahr 1931, Frankfurt/M.

Universität Köln (1919): Vorlesungsverzeichnis der Universität Köln. Zwischensemester vom 22. September bis 20. Dezember 1919 (einschl.), Köln.

Universität Köln (1920a): Vorlesungsverzeichnis der Universität Köln. Sommer-Semester 1920a (15. April bis 1. August 1920), Köln.
Universität Köln (1920b): Vorlesungsverzeichnis der Universität Köln. Winter-Semester 1920b/21 (15. Oktober 1920 bis 1. März 1921), Köln.
Universität Köln (1921a): Vorlesungsverzeichnis der Universität Köln. Sommer-Semester 1921a (15. April bis 1. August 1921), Köln.
Universität Köln (1921b): Vorlesungsverzeichnis der Universität Köln. Winter-Semester 1921b/22 (15. Oktober 1921 bis 28. Februar 1922), Köln.
Universität Köln (1928): Vorlesungs- und Personalverzeichnis. Winter-Semester 1928–1929, Köln.
Universität Köln (1932): Vorlesungs-Verzeichnis für das Wintersemester 1932/1933, Köln.
Völkl, Richard (1977): „Keller, Franz“, in: Neue Deutsche Biographie, Bd. 11.: Kafka – Kleinfercher, Berlin: Duncker & Humblot, S. 435–436.
Wierzock, Alexander (2017): „Ferdinand Tönnies über den wissenschaftlichen Nachwuchs in der Soziologie. Eine Denkschrift aus der Zeit der Weimarer Republik“, in: Martin Endreß/Klaus Lichtblau/Stephan Moebius (Hg.), Zyklos 3: Jahrbuch für Theorie und Geschichte der Soziologie, Wiesbaden: Springer, S. 313–339.
Wiese, Leopold von (1920): „Die Soziologie als Einzelwissenschaft“, in: Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft 44 (2), S. 347–367.
Wiese, Leopold von (1925): „Nachrichten über den Stand der Soziologie als Lehrfach an deutschen Hochschulen im Wintersemester 1924/1925“, in: Kölner Vierteljahrshefte für Soziologie 4, S. 316–329.
Wiese, Leopold von (1926): „Soziologie als Pflicht- und Wahlfach an den reichsdeutschen Hochschulen“, in: Kölner Vierteljahrshefte für Soziologie 6 (3), S. 301–304.
Wiese, Leopold von (1932): „Die Frankfurter Dozententagung“, in: Kölner Vierteljahreshefte für Soziologie 10 (4), S. 439–449.
Wiese, Leopold von et al. (1980): „Sonderdruck aus dem Protokoll der Tagung der Vereinigung der sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Hochschullehrer in Bad Kissingen am 24.9.1929 (Referat von Leopold von Wiese: Soziologie als Lehrfach und Lehrberuf, und anschließende Diskussion)“, in: Joachim Matthes, Einführung in das Studium der Soziologie, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 235–248.
Wolbring Barbara (2013): Trümmerfeld der bürgerlichen Welt. Universität in den gesellschaftlichen Reformdiskursen der westlichen Besatzungszonen (1945–1949), Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
Wollmann, Helmut (2010): „Soziologie zwischen Kaiserreich, Weimarer Republik und NS-Regime“, in: Heinz-Elmar Tenorth (Hg.), Geschichte der Universität Unter den Linden, Bd. 5: Transformation der Wissensordnung, Berlin: De Gruyter, S. 257–276.

Sala, Roberto, Dr. phil., geb. 1979 in Mailand, von 2012 bis 2018 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Departement Geschichte der Universität Basel, zuvor Postdoktorand am Max-Weber-Kolleg für kultur- und sozialwissenschaftliche Studien der Universität Erfurt. Seine Arbeiten untersuchen die deutsche Migrationsgeschichte der Nachkriegszeit, die Zeitgeschichte Südeuropas sowie die Geschichte der Sozialwissenschaften, insbesondere der Soziologie in Deutschland und den Vereinigten Staaten, im frühen 20. Jahrhundert.

Bisher erschienen

Band 1

Zur Historiographie der deutschsprachigen Soziologie der Zwischenkriegszeit – Soziologie in der Zwischenkriegszeit in Deutschland – Österreichische Soziologie der Zwischenkriegszeit: Zeitumstände, Themen, Wirkungszusammenhänge – Zwischen Rassentheorien und Faschismus: Soziologie in der Schweiz in der Zwischenkriegszeit – Soziologische Zeitdiagnostik in der Weimarer Republik. Alfred Weber, Max Scheler, Karl Mannheim – Der Austromarxismus und seine Beziehungen zu den akademischen Sozialwissenschaften – „Krisenwissenschaft", völkische Emphase und systemtheoretische Abkühlung: Die „Leipziger Schule" der Soziologie – ein Mythos der Wissenschaftsgeschichtsschreibung? – Die Vogelsang-Schule in der Ersten Republik – Bevölkerungswissenschaft in Österreich – Techniksoziologie in den 1920er Jahren. Theorien und Kontexte – Über sozialwissenschaftliche Empirie: die Bühler-Schule – Sozialwissenschaften im Wiener Kreis: Zur Entstehungs- und Wirkungsgeschichte von Otto Neuraths *Empirische Soziologie* (1931) – Die Entwicklung der Sozialforschung des Vereins für Socialpolitik unter den Bedingungen des Wechsels vom Kaiserreich zur Weimarer Republik – Soziologische Gesellschaft, Wien (SGW) – Soziologische Gesellschaft, Graz (SGG) – Richard Thurnwald und die Zeitschrift *Sociologus:* Kontinuität und Diskontinuität in der Entwicklung der deutschsprachigen Soziologie zwischen den 1920er und den 1950er Jahren.

© Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2022

K. Acham und S. Moebius (Hrsg.), *Soziologie der Zwischenkriegszeit. Ihre Hauptströmungen und zentralen Themen im deutschen Sprachraum,*
https://doi.org/10.1007/978-3-658-31401-9

Vorschau

Aus dem Inhalt von Band 3

Zum Anspruch der formalen Soziologie und ihrer methodischen Lücke – Historische Soziologie als Orientierungswissen in der Zwischenkriegszeit: Alfred Weber, Norbert Elias und Franz Borkenau als Theoretiker von Langfristprozessen im Vergleich – Phänomenologische Soziologie und sozialwissenschaftliche Methodologie: Felix Kaufmann und Alfred Schütz – Die Marktgesellschaft und ihre endogenen Machtdynamiken: Der Ordoliberalismus und seine disziplinären Kombinationen – Heidelberger Geist an der Universität Basel. Von Robert Michels zu Edgar Salin – Bevölkerungswissenschaft in Deutschland – Der Streit um die Wissenssoziologie – Marxistische politische Soziologie in Deutschland und in Österreich – Nichtmarxistische politische Soziologie in Deutschland – Macht, Staat, Nation: Zur politischen Soziologie der Zwischenkriegszeit in Österreich – Paul F. Lazarsfeld über Arbeitslosigkeit – Vergesellschaftung und soziale Reproduktion: ‚Pädagogische Soziologie' als Thema, Theorieproblem und Focus disziplinärer Organisation – Wissenschaft, die zur Praxis drängt: Zum Verhältnis von Sozialpädagogik und Psychologie im Österreich der Zwischenkriegszeit – Franz Žižek – Ein Forscher zwischen den Stühlen? – Zur empirischen Sozialforschung bei Theodor Geiger – Die Soziologentage – Der Spann-Kreis.

© Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2022

K. Acham und S. Moebius (Hrsg.), *Soziologie der Zwischenkriegszeit. Ihre Hauptströmungen und zentralen Themen im deutschen Sprachraum,*
https://doi.org/10.1007/978-3-658-31401-9

Personenverzeichnis

A
Acham, Karl, 19, 443
Adenauer, Konrad, 368
Adler, Max, 27, 69, 70, 311, 312, 323
Adorno, Theodor W., 24, 142, 144, 157, 407, 415, 416, 441, 447, 517
Åkerman, Johan Henrik, 324
Alemann, Heine von, 92
Ammon, Otto, 232
Amonn, Alfred, 307
Anders, Günther, 407
Anderson, A. N, 551
Anderson, Oskar, 542, 543, 551
Andreae, Wilhelm Friedrich Otto, 69, 321
Antal, Frederick, 466, 467, 471, 475
Appel, Michael, 318
Arlt, Ilse, 27
Arndt, Helmut, 354
Arrow, Kenneth J., 33
Aschoff, Ludwig, 245
Astel, Karl, 231, 239
Augustin(us), 119, 124
Aurenhammer, Hans, 463

B
Bachofen, Johann Jakob, 202, 203, 207
Bahr, Hermann, 461
Baker, Paul, 176
Bakoš, Jan, 456
Balázs, Béla, 121
Balázs, Kata, 465
Bally, Charles, 486, 504, 514
Bauer, Otto, 14, 311, 339
Bauer, Thomas, 138
Bauer, Wilhelm, 407
Baumann, Hermann, 217
Bawerk, Eugen von (Boehm), 53, 300, 303, 304, 307, 313
Baxa, Jacob, 321
Bayer, Karen, 248
Beck, Hermann, 59, 61, 63
Becker, Carl Heinrich, 366, 562–564, 571, 577
Becker, Howard, 442
Becker, Oskar, 80
Beckerath, Erwin von, 342
Below, Georg von, 563, 564, 566
Benesch, Otto, 467–469, 471, 475
Benini, Rodolfo, 541
Benjamin, Walter, 117, 144, 389, 406, 407, 409, 415–417, 441, 446, 447, 482, 498, 499, 502, 503, 512
Benn, Gottfried, 3, 217
Berger, Peter L., 107
Bergson, Henri, 80, 104, 469
Bergstraesser, Arnold, 114, 115, 133
Bernatzik, Edmund, 47
Bernstein, Eduard, 147, 337
Biemel, Walter, 86

© Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2022

K. Acham und S. Moebius (Hrsg.), *Soziologie der Zwischenkriegszeit. Ihre Hauptströmungen und zentralen Themen im deutschen Sprachraum*,
https://doi.org/10.1007/978-3-658-31401-9

Blind, Adolf, 537, 551
Bloch, Ernst, 115, 124, 127
Bloch, Marc, 394, 397
Boas, Franz, 210
Bobek, Hans, 170
Bock, Michael, 2
Boehm, Max Hildebert, 239
Bohnsack, Ralph, 429
Boisits, Barbara, 24
Borkenau, Franz, 23, 152, 376, 386–396
Borkenau, Hilde, 387
Born, Robert, 465
Bortkiewicz, Ladislaus v., 68, 540–543, 551
Bourdieu, Pierre, 429, 442, 444
Bowley, Arthur L., 541
Bréal, Michel, 489, 491, 501
Brentano, Lujo, 89, 257, 262, 265, 279, 353, 378, 382
Breuer, Hans, 114
Breuer, Stefan, 143
Breysig, Kurt, 433, 435, 436, 438
Briefs, Götz, 267, 316, 317
Brinkmann, Carl, 115, 118, 267
Bruch, Rüdiger von, 63
Brunner, Otto, 378
Buber, Martin, 122
Bücher, Karl, 265, 266
Bühl, Walter L., 102
Burckhardt, Jakob, 116, 130
Burgdörfer, Friedrich, 532
Burke, Christopher, 473
Burke, Peter, 13, 394
Busch-Zantner, Richard, 170, 180, 190
Buselmeier, Michael, 114
Busse, Kurt H., 436

C

Campanella, 232
Carnap, Rudolf, 495
Caspari, Volker, 277
Cassel, Gustav, 306
Cassirer, Ernst, 137, 499
Chamberlain, Houston Stewart, 232, 240, 516
Chase, Richard X., 314
Christaller, Walter, 195
Cirillo, Renato, 299
Clausewitz, Carl v., 215
Clauß, Ludwig Ferdinand, 245
Cohn, Arthur Wolfgang, 29, 324
Colm, Gerhard, 334
Comte, Auguste, 3, 4, 11, 12, 14, 15, 55, 99, 202, 367, 410, 485, 505
Cooley, Charles H., 411
Curtius, Ernst Robert, 30, 126
Cwiklinski, Ludwig, 47
Czuber, Emanuel, 537

D

Danko, Dagmar, 428, 432
Darwin, Charles, 229, 232, 377, 379, 486, 492
Dassel, Reinald (Pseud. v. Walter Heinrich), 493
Dauzat, Albert, 504, 509, 511, 518
Demm, Eberhard, 120
Deniker, Joseph, 232
Descartes, René, 365, 389
Diehl, Karl, 68
Dietzel, Heinrich, 258, 262, 263, 265, 272, 301, 316
Dilthey, Wilhelm, 19, 20, 22, 79, 80, 82, 85, 319, 463, 469
Dobretsberger, Josef, 29, 322, 323
Dobzhansky, Theodosius, 247
Dopsch, Alfons, 378, 395
Dörk, Uwe, 560
Douglas, Mary, 211
Dreger, Moritz, 458
Driesch, Hans, 128
Dühring, Eugen, 299, 368
Dunn, Leslie C., 247
Dunoyer, Charles, 298
Dürer, Albrecht, 240
Durkheim, Emile, 202, 299, 355, 486–489, 498, 509
Dvořák, Max, 455, 457, 459, 460, 462–467, 469–471, 476

E
Ehrlich, Eugen, 52
Einstein, Albert, 238
Eisermann, Gottfried, 90
Eisler, Rudolf, 8
Elias, Norbert, 11, 14, 23, 113, 114, 123, 128–131, 133–138, 145, 286, 439, 593
Endreß, Martin, 12
Engels, Friedrich, 202, 355, 364
Enzensberger, Hans-Martin, 416, 417
Erhard, Ludwig, 279
Eucken, Walter, 261, 275, 285, 315, 316

F
Fannina, W. Halle, 475
Febvre, Lucien, 388, 394–397, 502
Fellner, Günter, 377, 380, 381
Filipová, Marta, 465
Firnberg, Hertha, 395
Fischer, Eugen, 229, 232, 241
Fischer, Hans, 213, 215–217
Fisher, Irving, 533, 552
Fisher, Ronald A., 543
Fishman, Joshua A., 483, 519
Flaskämper, Paul, 535, 537, 541, 542, 547, 549–552
Flechtheim, Ossip K., 340
Fleck, Christian, 50, 153
Fliedner, Dietrich, 171
Forel, August, 231
Forstater, Mathew, 315
Forsthuber, Sabine, 472
Fourier, Charles, 299
Franco, Francisco, 391, 392
Franklin, Benjamin, 337
Frazer, James George, 202
Freud, Anna, 128
Freud, Sigmund, 137, 154, 238
Freund, Bodo, 191
Freyer, Hans, 499, 579, 580
Frick, Wilhelm, 240, 244
Fried, Ferdinand, 306
Friedman, Milton, 350
Friedrich, Adolf, 217
Friedrich, Ernst, 176
Frings, Manfred S., 100
Frings, Theodor, 499
Fromm, Erich, 135, 152
Fromm-Reichmann, Frieda, 135
Fuchs, Eduard, 447
Fuchs, Sigmund H. (Heinz), 135
Fülep, Lajos, 121
Fürth, Herbert, 469

G
Galton, Francis, 232
Ganßmann, Heiner, 286
Garncarz, Josef, 129
Gauchat, Louis, 508
Gehlen, Arnold, 217
Geiger, Moritz, 80
Geiger, Theodor, 18, 31, 406, 407, 409, 417, 419–421, 570
George, Stefan, 115, 130
Gerig, Walther, 503
Gerland, Georg, 196
Gesell, Silvio, 340
Gilliéron, Emile, 513
Gilliéron, Jules, 507, 508
Gingrich, André, 218
Ginzburg, Carlo, 400
Glatzer, Wolfgang, 560
Gobineau, Joseph Arthur de, 204, 232, 237, 240
Godin, Jean-Baptiste André, 299
Goebbels, Joseph, 237
Goethe, Johann Wolfgang von, 2, 135
Goetze, Dieter, 202, 206, 209
Goldscheid, Rudolf, 27, 46, 48, 57–60, 62–64, 272, 298, 312, 333, 334, 337–340, 342, 343, 356
Goldschmidt, Nils, 316
Gorges, Irmela, 560
Göring, Hermann, 244
Gothein, Eberhard, 113, 114, 116, 117, 130, 257

Gottl-Ottlilienfeld, Friedrich von, 25, 70, 268, 306, 319
Graebner, Fritz, 214
Granö, Joahnnes Gabriel, 175
Granqvist, Hilma, 205
Grohmann, Heinz, 549, 575
Groß, Matthias, 171
Groß, Walter, 175, 236, 237
Grossmann, Fritz, 473, 475
Grossmann, Henryk, 144, 389
Grünberg, Karl (auch: Carl), 47, 56, 266
Grünwald, Ernst, 30
Gumbel, Emil Julius, 542, 543
Gumplowicz, Ludwig, 206, 232, 356, 377, 379
Gundolf, Friedrich, 114, 115
Günther, Adolf, 29, 170, 180–182
Günther, Hans F. K., 227, 237, 239–245
Günther, Siegmund, 180
Gurwitsch, Aron, 101
Guyau, Jean-Marie, 428, 434, 440, 442, 448, 470

H

Haberler, Gottfried, 308
Habermas, Jürgen, 22, 24, 28, 144, 407, 408, 420
Haenisch, Konrad, 366, 367, 563, 564
Hainisch, Michael, 53, 58
Hänseroth, Albin, 466
Harten, Hans-Christian, 232
Hartmann, Berta, 377
Hartmann, Grete, 381
Hartmann, Ludo Moritz, 45, 48–50, 56, 58, 70, 375–378, 380, 381
Hartmann, Moritz, 377, 378, 381
Hasbach, Wilhelm, 117
Hassinger, Hugo, 170, 183, 185–187, 195, 196
Hausenstein, Wilhelm, 442, 461, 462
Hauser, Arnold, 121, 407, 439, 447
Hauser, Otto, 180, 245
Hauser, Paul, 459
Haußleiter, Otto, 177–179, 192
Hayek, Friedrich August von, 15, 308, 314, 316, 336, 345, 354, 469
Heberle, Rudolf, 24, 192–196
Hegel, Georg Wilhelm Friedrich, 14, 157, 158, 362, 364–367, 371
Heidegger, Martin, 80, 81, 101, 131
Heidrich, Ernst, 461
Heidrich, Franz, 239
Heimann, Eduard, 257, 266, 268, 281, 282, 285, 292, 314, 315
Heinrich, Walter, 27, 321
Heller, Hermann, 192
Helling, Ingeborg, 89
Hellpach, Willy, 178
Hellwald, Friedrich von, 232
Hentschel, Volker, 117
Hentschel, Willibald, 229
Herder, Johann Gottfried, 192
Herkner, Heinrich, 262, 263, 266, 268, 282
Hertwig, Oscar, 233
Hertz, Friedrich (Otto), 23, 31, 192, 583
Herzog, Hertha, 407
Heß, Rudolf, 236
Hettner, Alfred, 171–176, 178, 183, 266
Hetzer, Hildegard, 28
Heuss, Theodor, 65
Hilferding, Rudolf, 153, 279, 306, 311, 355
Hintze, Hedwig, 134
Hirschfeld, Magnus, 231
Hitler, Adolf, 210, 215, 231, 236, 244, 386
Hodgson, Geoffrey M., 310
Holtmeier, Friedrich, 368
Homburger, August, 127
Honigsheim, Paul, 24, 437–440, 580
Hönigswald, Richard, 129
Horkheimer, Max, 30, 81, 141, 143, 146, 149–160, 388
Horn, Paul, 501
Horthy, Miklas, 121
Hovland, Carl I., 411, 417
Humboldt, Wilhelm von, 484, 498, 520
Husserl, Edmund, 77–81, 83–91, 93, 94, 96, 98, 101–106, 121, 214

I
Inama-Sternegg, Karl Theodor von, 16, 17

J
Jaberg, Karl, 508
Jaffé, Edgar, 61, 117, 264, 265
Jahoda, Marie, 16
Janssen, Hauke, 259
Jaspers, Karl, 19, 114, 126, 128, 129
Jensen, Adolf Ellegaard, 217
Jespersen, Otto, 485, 505
Jevons, William St., 299, 300, 318
Jhering, Rudolf, 435
Jordan, Leo, 482, 484, 502, 507–513, 515, 517
Jud, Jakob, 508
Jünger, Ernst, 217
Justi, Johann Heinrich Gottlieb, 337

K
Kant, Immanuel, 23, 157, 159, 181, 312, 365, 371
Kantorowicz, Hermann, 52
Karádi, Éva, 144
Karsten, Rafael, 205
Kaschnitz-Weinberg, Guido von, 457
Käsler, Dirk, 101, 431, 443, 560
Kasprzok, Carsten, 301
Kaufmann, Felix, 14, 21, 29, 91, 92, 103, 308, 469
Kautsky, Karl, 344
Keller, Franz, 562
Kelsen, Hans, 28–30, 51, 52, 117, 312
Kettler, David, 122
Keynes, John M., 308, 345, 346, 351, 354, 383
Keyserling, Hermann, 115
Kisa, Anton, 458
Kistiakowski, Theodor, 122
Klausinger, Hansjörg, 306
Klein, Franz, 370
Kleine, Helene, 562
Klezl-Norberg, Felix (von), 15
Klimt, Gustav, 458
Klinkhardt, Werner, 61
Kluge, Friedrich, 501
Knapp, Georg Friedrich, 57, 153, 353, 354
Knies, Karl, 260
Knorr Cetina, Karin, 357
Kodály, Zoltán, 121
Kókai, Károly, 466, 477
Kolev, Stefan, 316
Kondratjew, Nikolai, 117
König, René, 362, 371
Konopath, Hanno, 244
Kornhauser, Arthur W., 16
Korningen, Erich von, 65
Kőrösi, József, 547
Korsch, Karl, 148, 154
Köster, Roman, 300
Köstler, Arthur, 386
Kracauer, Siegfried, 90, 91, 382, 406, 407, 421, 422
Kraus, Karl, 495
Krauß, Alfred, 239
Krauße, Erika, 247, 251
Krekel-Eiben, Elisabeth, 561
Kris, Ernst, 473, 475
Krupp, Friedrich Alfred, 234
Kruse, Volker, 23, 259, 317
Kuczynski, Robert René, 532
Kurz, Heinz D., 311
Kurz, Otto, 445, 473, 475
Kutschera, Ulrich, 247
Kuznets, Simon, 547

L
Lagarde, Paul de, 26
Landauer, Gustav, 493, 514
Landsteiner, Karl, 231
Landtman, Gunnar, 205
Lang, Juliska, 121, 128, 135
Langbehn, Julius, 26
Lange, Oskar, 344
Lapouges, Georges Vacher de, 232
Lasswell, Harold D., 15, 405, 411, 413, 419, 420

Lautensach, Hermann, 183–185, 196
Lazarsfeld, Paul Felix, 407, 409
Lebaron, Frédéric, 299
Le Bon, Gustave, 240
Lederer, Emil, 6, 12, 23, 25, 114, 115, 117, 118, 122, 127, 256, 257, 267, 268, 279–281, 283, 285, 298, 313, 314, 375, 376, 381–386
Lederer-Seidler, Emmy, 122
Lehmann, Julius Friedrich, 240, 241
Leibenstein, Harvey, 348
Leichter, Käthe (geb. Pick), 27, 65–67
Lenin, Wladimir Iljitsch, 146, 154, 390
Lenz, Fritz, 240, 241
Le Play, Frédéric, 299
Lepsius, Rainer M., 70, 431, 432, 440, 443, 445
Lerner, Abba P., 344, 354
Letourneau, Charles, 202
Lévi-Strauss, Claude, 203
Lévy-Bruhl, Lucien, 207, 499
Lewin, Kurt, 411, 419
Lexis, Wilhelm, 54, 534, 541–543
Leznai, Anna, 121
Lichtblau, Klaus, 560
Liebenfels, Jörg Lanz von, 229
Liefmann, Robert, 306
Lindahl, Erik, 350
Lippman, Walter, 419
Lipps, Hans, 80
Lips, Julius, 438
Loader, Colin, 155, 584
Loewe, Adolph, 335
Lombroso, Cesare, 229
Löwe, Adolf (Lowe, Adolph), 24, 29, 127, 257, 282–284, 298, 314, 315
Löwenthal, Leo, 24, 157, 406, 407, 410, 413–415, 422, 441
Löwenthal, Richard, 387, 393
Loyola, Ignatius von, 116
Luckmann, Thomas, 107
Luhmann, Niklas, 407, 408
Lukács, Georg (György), 121, 148, 149, 157, 312, 407, 421, 422, 435, 465
Luschan, Felix (von), 31, 245
Luxemburg, Rosa, 146, 154

M

Maas, Walther, 29, 191
Mach, Ernst, 50, 60, 377, 380
Machlup, Fritz, 308
Máday, André de, 176
Malinowski, Bronislaw, 205, 207, 218, 400
Mann, Fritz Karl, 25, 334–337, 346, 347, 354
Mann, Golo, 14
Mannheim, Karl, 10, 22, 30, 32, 82, 83, 88, 90, 99, 107, 113, 114, 117, 121–128, 130, 134, 137, 144, 148, 149, 155, 156, 286, 312, 314, 323, 429, 434, 442–444, 446, 448, 465, 466, 570, 573, 578, 579, 581, 582
March, Lucien, 541
Marcuse, Herbert, 152, 157, 447, 448
Marinelli, Ursula, 458
Markója, Csilla, 465
Marshall, Alfred, 307
Martin, Alfred v., 23, 129, 130, 431, 441, 445, 579
Martin, Rudolf, 240
Marx, Karl, 97, 119, 122, 146, 154, 155, 157, 158, 280, 281, 299, 301, 302, 308, 309, 312, 313, 316, 317, 319, 353, 355, 364, 365, 367, 415
Masaryk, Tomáš Garrigue, 238
Matthes, Joachim, 571
Mauthner, Fritz, 482, 491–495, 500, 501, 506, 509, 510, 518–520
Mayr, Georg von, 530, 533–535, 537, 538, 541, 544, 549, 551, 552
Mayreder, Rosa, 28
Mead, George H., 411
Meerwarth, Rudolf, 547
Mehring, Walter, 422
Meillet, Antoine, 486–489, 500, 502–504
Meinecke, Friedrich, 463
Meja, Volker, 30
Menger, Carl, 300–303, 307, 308, 310, 336, 552
Menzel, Adolf, 70
Meringer, Rudolf, 482, 501, 502, 508, 514
Merkenschlager, Friedrich (Fritz), 245
Messner, Johannes, 27, 321, 322

Meuter, Hanna, 437
Meyer, Eduard, 50
Meyer, Franz, 128
Meyer, Fritz, 24, 195
Meyer-Lübke, Wilhelm, 509, 511, 513
Michel, Ute, 216
Michels, Robert, 63, 267
Mielewczik, Michael, 247
Mill, John St., 298
Milotová, Jaroslava, 247
Mises, Ludwig von, 117, 282, 298, 305, 307–311, 313, 316, 343, 354
Mises, Richard von, 15, 29
Mitchell, Wesley, 305
Moebius, Stephan, 145, 369
Möhr, Arno, 575
Mombert, Paul, 266, 532
Mommsen, Theodor, 49, 378
Montesquieu, 192, 337
Morf, Heinrich, 507
Morgan, Lewis Henry, 202, 203
Morgenstern, Oskar, 308
Morikawa, Takemitsu, 319
Morin, Robert, 396
Morlok, Christoph, 305
Mortara, Giorgio, 542, 543, 551
Moser, Koloman, 458
Mráz, Josef, 542
Muckermann, Hermann, 232
Mühlfeld, Claus, 202, 206, 208
Mühlmann, Wilhelm Emil, 206, 208, 210–218, 226
Müller, Adam, 124, 125, 321
Müller, Alfred, 257
Müller, Ernst, 513
Muller, Hermann J, 247
Müller, Johannes, 537
Müller, Julian, 466
Müller-Armack, Alfred, 257, 276, 318
Müller-Freienfels, Richard, 437, 441

N

Nau, Heino H., 58
Naumann, Walter, 57
Neef, Katharina, 59
Neumann, Carl, 130
Neumann, Franz, 157, 158
Neumann, Jaromír, 477
Neurath, Otto, 10, 27, 58, 67, 312, 344, 473
Nietzsche, Friedrich Wilhelm, 2, 435
Nobel, Nehemia Anton (Rabbi), 135
Nolte, Paul, 560
Nordenholz, Anastasius, 230
Norkus, Zenonas, 303
Novotny, Fritz, 473

O

Offer, Miriam, 247
Olschki, Leonardo, 131
Oppenheimer, Franz, 256, 257, 260, 277–279, 282, 284, 286, 313–315, 565, 569
Orwell, George, 386, 391
Osterhammel, Jürgen, 311
Ostwald, Wilhelm, 50

P

Pächt, Otto, 457, 474, 475
Palyi, Melchior, 484
Panofsky, Erwin, 429, 441, 443, 448, 460, 466
Pareto, Vilfredo, 356, 390
Park, Robert E., 175, 411
Parsons, Talcott, 102, 107, 115, 318
Pascal, Blaise, 389
Passarge, Siegfried, 245
Patzelt, Erna, 395
Paul, Hermann, 490, 494, 510
Paulsen, Friedrich, 26
Pearson, Raymond, 543, 551
Pereire, Émile, 363
Pereire, Gustave, 363, 364
Pesch, Heinrich, 316
Petermann, Werner, 206, 217
Peters, Alfred, 436
Peukert, Helge, 312
Pfadenhauer, Michaela, 469
Pfänder, Alexander, 80
Pflug, Hans, 194, 196

Philippovich, Eugen, Frhr. von Philippsberg, 47, 53, 55, 265, 266, 301, 307, 313, 321, 353, 542
Pieper, Josef, 369
Pinder, Wilhelm, 435, 442
Pintschovius, Karl, 189
Pinwinkler, Alexander, 531, 555
Plate, Ludwig, 230
Platon, 232, 243
Plener, Ernst Frhr. von, 53
Plenge, Johann, 24, 68, 361–371
Plessner, Helmuth, 23, 30, 101
Ploetz, Alfred, 229, 230, 232, 240
Pohlen, Kurt, 542
Polanyi, Karl, 298, 312, 313, 344
Pollack, Rudolf, 386
Pollak, Oskar, 459
Pollock, Friedrich, 148, 149, 157, 285
Polzer-Hoditz, Artur Graf, 475
Pöttker, Horst, 417, 419, 421
Preiser, Erich, 354
Preussner, Eberhard, 24
Prisching, Manfred, 310, 311, 339, 359
Proudhon, Pierre-Joseph, 300

Q
Quetelet, Adolphe, 15

R
Radcliffe-Brown, Alfred Reginald, 218
Rathenau, Walther, 339
Rathgen, Karl, 117
Ratzel, Friedrich, 170, 173, 174, 178, 179, 181, 184, 192, 193
Rau, Karl Heinrich, 353
Raulet, Gérard, 417
Rebling, Eberhard, 24
Redlich, Josef, 47, 56
Rehmke, Johannes, 90
Reichert, Folker, 116
Reinach, Adolf, 80
Reinecke, John E., 485
Renner, Karl, 18, 311, 312, 337
Retzius, Anders A., 229
Ricardo, David, 281, 353
Richter, Elise, 516
Rickert, Heinrich, 20, 51, 122, 128
Riegl, Alois, 429, 443, 444, 460, 462, 464, 465, 468, 470
Ritoók, Emma, 121
Ritschl, Albrecht, 323
Roffenstein, Gaston, 66
Rohan, Karl Anton, Prinz, 133
Röpke, Wilhelm, 275, 285, 315
Roscher, Wilhelm, 50, 260, 302, 353
Roselius, Ludwig, 366
Rosenberg, Alfred, 236, 244, 245
Rosthorn, Arthur von, 70
Rothacker, Erich, 433–435
Rousseau, Jean-Jacques, 350, 489
Rühl, Alfred, 184, 190, 191, 196
Rüstow, Alexander, 273, 276, 283, 285, 315
Rutkowski, Lothar Stengel von, 239

S
Saint-Simon, Claude-Henri de, 363
Sala, Roberto, 580, 589
Salin, Edgar, 593
Saller, Karl, 237, 245
Salz, Arthur, 115
Samuels, Warren, 354
Sander, Fritz, 89, 90
Sandor, Paul, 470
Saussure, Ferdinand de, 51, 486, 488, 489, 491, 492, 496, 504, 505, 508
Sax, Emil, 353
Say, Jean Baptiste, 298, 301
Scarrocchia, Sandro, 463
Schäfers, Bernhard, 362, 373
Schäffle, Albert, 337, 353
Schallmayer, Wilhelm, 232, 235
Schapiro, Meyer, 476
Schauer, Alexandra, 560
Scheffel, Victor von, 114
Scheidt, Walter, 212, 213

Scheler, Max, 10, 18, 22, 24, 25, 80, 83, 92–101, 104, 106, 107, 565, 566, 569, 570
Schelling, Thomas C., 11
Schelsky, Helmut, 107, 363
Scherke, Katharina, 443, 453, 561
Schey von Koromla, Josef Baron, 47
Schiele, Egon, 458, 467
Schiff, Walter, 47
Schildt, Axel, 365
Schleicher, August, 489
Schlosser, Julius, 459, 460, 476
Schluchter, Wolfgang, 54, 138
Schlüter, Otto, 174, 175, 180, 183, 185, 189, 191
Schmalenbach, Hermann, 101
Schmarsow, August, 456, 457
Schmidt, Johannes, 506
Schmidt, Karl, 267
Schmidt, Peter Heinrich, 170
Schmidt, Wilhelm, 214
Schmidt-Rohr, Georg, 482, 498, 503
Schmitt, Carl, 117, 215, 217, 390
Schmitthenner, Heinrich, 191
Schmoller, Gustav von, 56, 57, 118, 256, 257, 260–264, 268, 273, 275, 277, 283, 299, 300, 353, 535, 548, 552
Schnaase, Karl, 462
Scholem, Gerhard (Gershom), 389
Schöttler, Peter, 397, 399
Schrader, Einhard, 364
Schröder, Frank, 456
Schuchardt, Hugo, 482, 490, 501–507, 511, 513, 516, 518, 519
Schultze, Ernst, 485
Schultze-Naumburg, Paul, 243
Schulze, Winfried, 13
Schulze-Gaevernitz, Gerhart von, 57, 68, 266
Schumacher, Hermann, 339
Schumacher, Kurt, 367, 368
Schumpeter, Joseph, 10, 29, 54, 58, 67, 68, 256, 257, 260, 261, 263, 265, 268, 271, 272, 274, 279, 283, 285, 298, 308–311, 323, 324, 333, 336, 341, 342, 345, 348, 354–357, 383, 542, 543
Schürholz-Ohrnberger, Anny, 440
Schütz, Alfred, 14, 20, 21, 92, 102–107, 308, 469
Schwabacher, Sascha, 459
Schwartz, Philipp, 535, 542, 547, 548
Schwarz, Angela, 247
Schwarz, Arnold, 539
Schwarz, Karl, 532, 548
Schwietring, Thomas, 428
Sebba, Gregor, 436
Sedlmayr, Hans, 457, 475
Seligman, Ben Baruch, 354
Serauky, Walter, 24
Seutemann, Karl, 538
Shionoya, Yuichi, 260, 311
Shirokogoroff, Sergei Mikhailovich, 216
Siebeck, Paul, 53, 61
Sik, Ota, 340
Silbermann, Alphons, 406, 407, 410–412, 429, 449
Silone, Ignazio, 386
Simmel, Georg, 8, 47, 59, 60, 63, 64, 80, 87, 88, 121, 122, 137, 181, 355, 377, 428, 441, 461, 484
Smith, Adam, 336, 353
Sobotka, Georg, 459
Sohn-Rethel, Alfred, 125
Somary, Felix, 67
Sombart, Werner, 18, 22–25, 28, 29, 56–58, 61, 65, 117, 191, 192, 257, 260, 263–265, 267–269, 274, 278, 283, 284, 298, 317, 318, 355, 382, 467, 470, 484
Sorokin, Pitirim, 182
Spann, Othmar, 27, 68, 69, 171, 298, 312, 320–323, 469, 533
Sparing, Frank, 247
Speiser, Felix, 439
Spencer, Herbert, 202, 299, 370, 377, 485, 492
Speneder, Leopold, 473
Spengler, Oswald, 118, 120, 393
Spenkuch, Hartwich, 571

Spiethoff, Arthur, 257, 263, 268, 274, 318, 539
Spitzer, Hugo, 457, 458
Spitzer, Leo, 501, 506, 513–519
Spitzmüller, Alexander, Frhr. von Harmersbach, 47
Srubar, Ilja, 77
Stachel, Peter, 300, 404
Stalin, Josef, 389, 390
Stehr, Nico, 30
Stein, Edith, 83, 87
Stein, Lorenz von, 80, 353
Steiner, Thomas, 561
Steinmetz, George, 211
Steinmetz, Sebald Rudolf, 29, 177, 178, 190, 191, 193
Stepun, Fedor, 437
Stoltenberg, Hans Lorenz, 437, 574, 575
Stölting, Erhard, 560, 584
Strauss, Leo, 26
Strigl, Richard, 307
Strzygowski, Josef, 66
Sultan, Herbert, 334, 346
Swedberg, Richard, 265, 311

T
Tada, Mitsuhiro, 102
Taine, Hippolyte, 428, 442, 470
Tarde, Gabriel, 470, 509
Thierry, Amédée, 204
Thode, Henry, 130
Thomale, Eckhard, 171, 174, 186, 191
Thornton, Mark, 305
Thukydides, 4
Thünen, Johann Heinrich von, 353
Thurnwald, Hilde, 208, 218
Thurnwald, Richard, 201, 202, 206–215, 218, 438, 439
Tiessen, Ernst, 186
Tietze, Hans, 24, 456–458, 460, 461, 470–477
Tietze-Conrat, Erica, 470
Tillich, Paul, 281, 283, 286, 314, 580
Toller, Ernst, 66
Tolstoi, Lew Nikolaevich, 215
Tönnies, Ferdinand, 9, 26, 47, 60, 64, 70, 87, 88, 101, 176, 193, 363, 407, 563, 564, 575–577, 579, 585
Topitsch, Ernst, 30
Torrance, John, 301
Toynbee, Arnold J., 393
Trappe, Thomas, 228
Troeltsch, Ernst, 124, 125, 130, 463
Troll, Carl, 172
Truman, Harry, 335
Tschuprow, Alexander, 551
Tylor, Edward Burnett, 202

V
Varga, Berta, 395
Varga, Eugen, 147
Varga, Josef, 395
Varga, Lucie, 376, 387, 394–399
Vasold, Georg, 66, 469
Verstegen, Jan, 456
Vezér, Erzsébet, 144
Vierkandt, Alfred, 8, 88–90, 101, 192, 363, 441, 445, 470, 486, 487, 497, 580
Voegelin, Eric (Erich Vögelin), 23, 308, 469
Vogt, Winfried, 354
Völkl, Richard, 562
Vossler, Karl, 484, 496, 497, 511, 515

W
Wagner, Adolph, 257, 261, 301, 347, 353
Wagner, Günter, 210, 218
Wagner, Otto, 458
Wald, Abraham, 17
Wallerstein, Immanuel, 12
Walras, Leon, 299, 308, 309
Walter, Gerda, 83, 86, 87
Walter, Hans Albert, 477
Warburg, Aby, 406, 444, 466
Wardenga, Ute, 173
Waßner, Rainer, 195
Weber, Alfred, 10, 23, 24, 50, 54, 114, 116–120, 122, 124, 125, 129–133,

135, 137, 138, 266, 268, 279, 313, 318, 591
Weber, Heiko, 247
Weber, Marianne, 50, 62, 65, 66, 122
Weber, Max, 10, 12, 14, 18–21, 24, 26, 29, 46–55, 57–59, 61, 62, 64–71, 79, 81, 87, 91, 102–104, 114–118, 120, 122–125, 128, 132, 155, 156, 179, 184, 185, 191, 217, 256–258, 261, 263, 265–271, 273, 278, 283, 285, 286, 298, 301–305, 307, 308, 312, 314, 319, 320, 322, 323, 337, 353–355, 366, 371, 382, 407, 409, 417, 419, 420, 428, 446, 466, 468, 470, 484, 512
Wehner, Herbert, 368
Weil, Felix, 149, 313
Weindling, Paul, 232
Weisberger, Leo, 486
Weischenberg, Siegfried, 417, 418
Wenker, Georg, 508
Wenskus, Reinhard, 216
Werlen, Benno, 172
Westergaard, Harald, 547
Westermarck, Edward, 202–207, 218
Whitney, William D., 490
Wickhoff, Franz, 460, 470
Wicksell, Knut, 350
Wierzock, Alexander, 577
Wiese, Leopold von, 8, 24, 92, 180, 182, 183, 192, 362, 369, 432–434, 436, 438, 439, 449, 560, 565–567, 570, 572–574, 576–581, 583–585
Wieser, Friedrich (Frhr. von), 11, 14, 18, 46, 53, 264, 266, 267, 270, 272, 300, 301, 303–305, 307, 308, 311, 313, 323, 356, 381, 533
Wilbrandt, Robert, 70, 267
Windelband, Wilhelm, 13
Winkler, Wilhelm, 7, 17, 25, 529–553
Wissemann, Volker, 247
Wittfogel, Karl August, 148
Wittgenstein, Ludwig, 21, 483
Woelck, Wolfgang, 247
Wolbring, Barbara, 562
Wölfflin, Heinrich, 441, 460
Wollmann, Helmut, 577
Woltmann, Ludwig, 230, 240
Worms, René, 300, 307
Wundt, Wilhelm, 14, 50, 206, 510
Würzburger, Eugen, 530

Y

Yule, George U., 537, 541, 551

Z

Zahn, Friedrich, 537, 538
Zaloscer, Hilde, 473, 475
Zeisel, Hans, 16
Ziegenfuß, Werner, 442, 444
Zilsel, Edgar, 476
Zizek (Žižek), Franz, 17, 25, 534, 535, 537, 538, 549, 550, 552
Zollschan, Ignaz, 238, 239
Zweerde, Evert van der, 30
Zwiedineck-Südenhorst, Otto von, 267, 301